Deutsche Bank

Stärken nutzen, Herausforderungen meistern, Vertrauen mehren

Jahresbericht 2014

Leistung aus Leidenschaft

Deutsche Bank

Der Konzern im Überblick	2014	2013
Aktienkurs zum Ende der Berichtsperiode[1]	24,99 €	33,07 €
Aktienkurs höchst[1]	38,15 €	36,94 €
Aktienkurs tiefst[1]	22,66 €	28,05 €
Ergebnis je Aktie (unverwässert)[2]	1,34 €	0,64 €
Ergebnis je Aktie (verwässert)[2]	1,31 €	0,62 €
Ausstehende Aktien (unverwässert, Durchschnitt), in Mio[2]	1.242	1.045
Ausstehende Aktien (verwässert, Durchschnitt), in Mio[2]	1.269	1.073
Eigenkapitalrendite vor Steuern (basierend auf dem durchschnittlichen den Deutsche Bank-Aktionären zurechenbaren Eigenkapital)	5,0 %	2,6 %
Eigenkapitalrendite vor Steuern (basierend auf dem durchschnittlichen Active Equity)	5,1 %	2,6 %
Eigenkapitalrendite nach Steuern (basierend auf dem durchschnittlichen den Deutsche Bank-Aktionären zurechenbaren Eigenkapital)	2,7 %	1,2 %
Eigenkapitalrendite nach Steuern (basierend auf dem durchschnittlichen Active Equity)	2,7 %	1,2 %
Aufwand-Ertrag-Relation[3]	86,7 %	89,0 %
Personalaufwandsquote[4]	39,2 %	38,6 %
Sachaufwandsquote[5]	47,5 %	50,3 %

in Mio €	2014	2013
Erträge insgesamt	31.949	31.915
Risikovorsorge im Kreditgeschäft	1.134	2.065
Zinsunabhängige Aufwendungen insgesamt	27.699	28.394
Ergebnis vor Steuern	3.116	1.456
Jahresüberschuss	1.691	681

in Mrd €	31.12.2014	31.12.2013
Bilanzsumme	1.709	1.611
Den Deutsche Bank-Aktionären zurechenbares Eigenkapital	68,4	54,7
Nettovermögen je ausstehende Stammaktie (unverwässert)	49,32 €	50,80 €[2]
Materielles Nettovermögen je ausstehende Stammaktie (unverwässert)	38,53 €	37,87 €[2]
Tier-1-Kernkapitalquote (CRR/CRD 4)[6]	15,2 %	12,8 %
Tier-1-Kernkapitalquote (CRR/CRD-4-Vollumsetzung)[6]	11,7 %	12,8 %
Tier-1-Kapitalquote (CRR/CRD 4)[6]	16,1 %	16,9 %
Tier-1-Kapitalquote (CRR/CRD-4-Vollumsetzung)[6]	12,9 %	16,9 %

Anzahl	31.12.2014	31.12.2013
Niederlassungen	2.814	2.907
davon in Deutschland	1.845	1.924
Mitarbeiter (in Vollzeitkräfte umgerechnet)	98.138	98.254
davon in Deutschland	45.392	46.377

Langfristige Bonitätseinstufung	31.12.2014	31.12.2013
Moody's Investors Service	A3	A2
Standard & Poor's	A	A
Fitch Ratings	A+	A+

[1] Die historischen Kurse bis und einschließlich 5. Juni 2014 (letzter Handelstag Cum-Bezugsrecht) wurden im Zusammenhang mit der Kapitalerhöhung 2014 nachträglich durch Multiplikation mit dem Korrekturfaktor 0,9538 (R-Faktor) angepasst.
[2] Alle Perioden wurden angepasst, um den Effekt der Bonuskomponente von Bezugsrechten, die im Juni 2014 im Rahmen der Kapitalerhöhung ausgegeben wurden, zu berücksichtigen.
[3] Prozentualer Anteil der Zinsunabhängigen Aufwendungen insgesamt am Zinsüberschuss vor Risikovorsorge im Kreditgeschäft plus Zinsunabhängige Erträge.
[4] Prozentualer Anteil des Personalaufwands am Zinsüberschuss vor Risikovorsorge im Kreditgeschäft plus Zinsunabhängige Erträge.
[5] Prozentualer Anteil des Zinsunabhängigen Sachaufwands, der sich aus den Zinsunabhängigen Aufwendungen abzüglich Personalaufwand zusammensetzt, am Zinsüberschuss vor Risikovorsorge im Kreditgeschäft plus Zinsunabhängige Erträge.
[6] Werte für 2014 basieren auf „CRR/CRD 4" unter Berücksichtigung der Übergangsregeln und „CRR/CRD-4-Vollumsetzung" gemäß der vollständigen Anwendung des CRR/CRD-4-Regelwerks. Werte für 2013 basieren auf „Basel 2.5". Die Kapitalquoten setzen das jeweilige Kapital in Beziehung zu den risikogewichteten Aktiva. In den Werten für 2013 sind keine Übergangsposten gemäß dem früheren § 64h Absatz 3 KWG enthalten.

Die Deutsche Bank-Aktie

Wissenswertes über die Deutsche Bank-Aktie

2014

Gesamtrendite (Total Return) im Jahresverlauf[1]	–22,46 %
Anteil am Aktienumsatz (Xetra)	9,27 %
Durchschnittlicher Börsenumsatz pro Tag[1]	8,2 Mio Aktien
Aktienkurs höchst	38,15 €
Aktienkurs tiefst	22,66 €
Dividende je Aktie	0,75 €[2]

Per 31.12.2014

Ausgegebene Aktien	1.379.273.131
Ausstehende Aktien	1.379.012.949
Grundkapital	3.530.939.215,36 €
Marktkapitalisierung	34,46 Mrd €
Aktienkurs[3]	24,99 €
Gewicht im DAX	3,58 %
Gewicht im Euro STOXX 50	1,43 %

Wertpapierkennung

Deutsche Börse		New York Stock Exchange	
Emissionsart	Namensaktie	Emissionsart	Global Registered Share
Symbol	DBK	Währung	US-$
WKN	514000	Symbol	DB
ISIN	DE0005140008	CINS	D 18190898
Reuters	DBKGn.DE	Bloomberg	DBK GR

[1] Auf der Basis von Xetra
[2] Vorschlag für die Hauptversammlung am 21. Mai 2015
[3] Xetra-Schlusskurs

Stärken nutzen, Herausforderungen meistern, Vertrauen mehren

2014 war ein herausforderndes Jahr. In einem Umfeld niedriger Zinsen, gestiegener geopolitischer Risiken und zunehmender Regulierung konnte die Deutsche Bank ihre Stärken nutzen.

Alle vier Kerngeschäftsbereiche zeigen in ihren Märkten eine solide Performance. Im Privat- und Firmenkundengeschäft steht die Deutsche Bank unter den Privatbanken auf Platz eins in Deutschland und ist führend in Europa. Die Investmentbank erhöhte ihren Marktanteil. Im globalen Transaktionsgeschäft gehört die Bank zu den renommiertesten Akteuren und steigerte die Geschäftsvolumina. Im Asset und Wealth Management verwaltet die Bank heute Vermögen von mehr als 1 Billion €.

Die Deutsche Bank hat seit 2012 eine große Wegstrecke zurückgelegt: Sie ist heute eine stärkere, sicherere, besser ausbalancierte und verantwortungsvollere Bank.

Über unser Jahresthema „Stärken nutzen, Herausforderungen meistern, Vertrauen mehren“ sprachen wir mit unserem Kunden Jonathan Mariner, Chief Investment Officer, Major League Baseball, New York (Seiten 16/17); unserer Investorin Kamya Somasundaram, Vice President, Global Capital Markets, European Investment Grade, BlackRock, London (Seiten 32/33); unseren Kunden Maria Luisa Cosso, Pinerolo (Seiten 40/41); sowie Huashan Xu, Chief Financial Officer und Director, China Hainan Rubber Industry Group Co., Ltd., Haikou (Seiten 52/53); unserer Mitarbeiterin Gülabatin Sun, Global Head of Diversity and Inclusion, Deutsche Bank AG, Frankfurt am Main (Seiten 64/65); unseren Kunden Steve Weiner, Group Treasurer, Unilever, London (Seiten 72/73); und Héctor M. Camacho, Chief Financial Officer, North American Development Bank (NADB), San Antonio (Seiten 78/79).

02 Interview mit den Vorstandsvorsitzenden
08 Group Executive Committee
11 Brief des Aufsichtsrats
14 Aufsichtsrat

1 Konzern Deutsche Bank

19 Strategie
Signifikante Erfolge, weitere Herausforderungen
25 Governance und Kontrollstrukturen
Wirkungsvoll, solide, umfassend
29 Kultur
Gemeinsame Werte und Überzeugungen leben

2 Kapitalgeber

35 Kapitalgeber
Ein schwieriges Jahr für die Aktie
39 Daten und Fakten
Mehr Grundkapital in Deutschland verwahrt

3 Kunden

43 Corporate Banking & Securities
Den Weg für nachhaltige Leistung ebnen
47 Private & Business Clients
Im Heimatmarkt tief verwurzelt
51 Global Transaction Banking
Wachstumsmärkte erfolgreich erschlossen
57 Deutsche Asset & Wealth Management
Hohe Nettomittelzuflüsse und anhaltende Transformation
61 Non-Core Operations Unit
Kernbestandteil der Strategie 2015+ zum Risikoabbau und Kapitalaufbau
63 Daten und Fakten
Herausragende Leistungen für anspruchsvolle Kunden

4 Mitarbeiter

67 Mitarbeiter
Der richtige Mitarbeiter am richtigen Platz
71 Daten und Fakten
Große Vielfalt, global aufgestellt

5 Unternehmerische Verantwortung

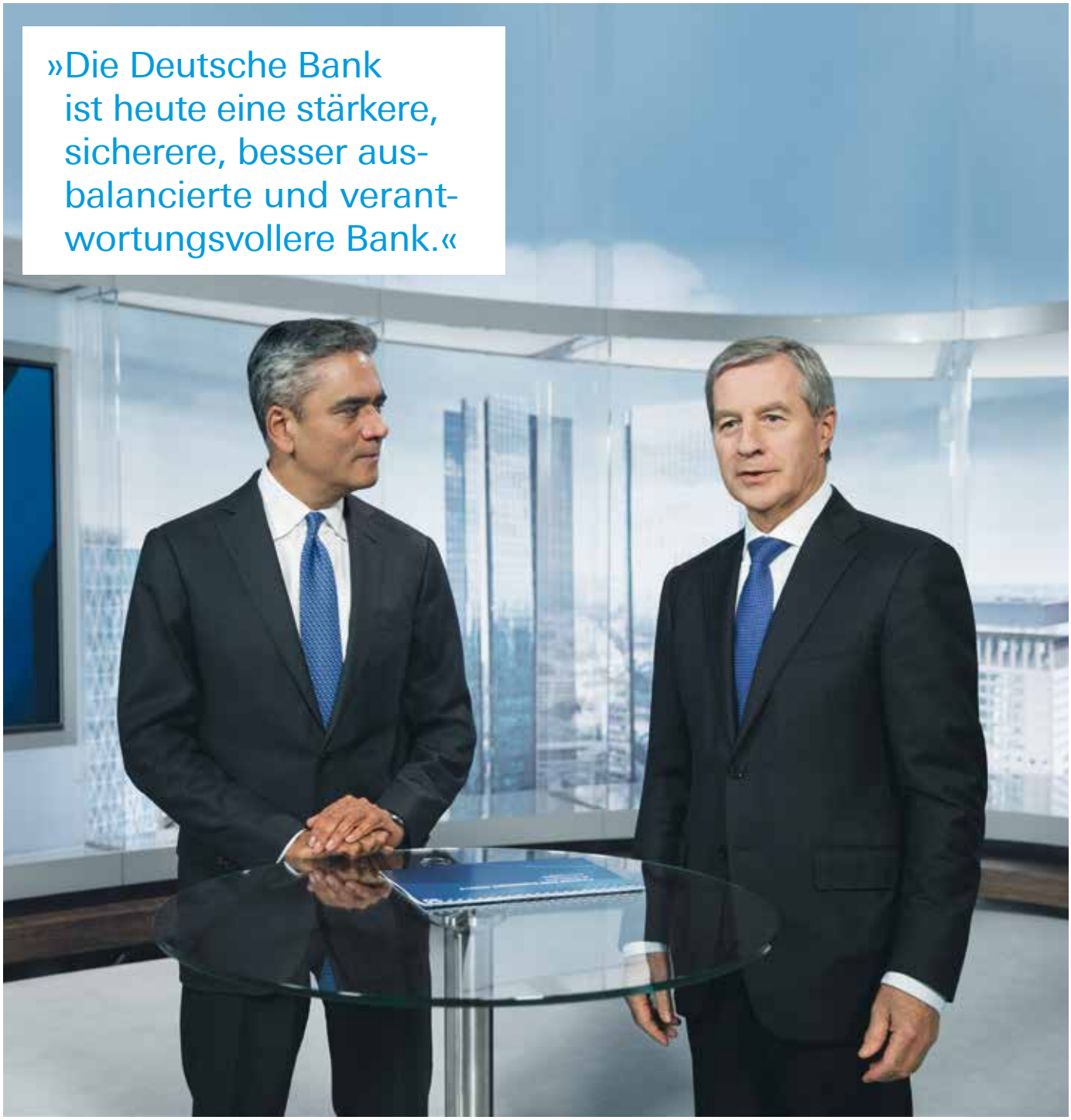
75 Unternehmerische Verantwortung
Umwelt- und Sozialstandards im Kerngeschäft gestärkt
77 Daten und Fakten
Chancen nutzen, Risiken begrenzen

6 Konzernabschluss / Auszüge

81 Gewinn-und-Verlust-Rechnung
82 Bilanz
83 Der Konzern im Fünfjahresvergleich

84 Impressum / Publikationen

Interview mit den Vorstandsvorsitzenden



»Die Deutsche Bank ist heute eine stärkere, sicherere, besser ausbalancierte und verantwortungsvollere Bank.«

3,1
Mrd €
Gewinn vor Steuern, mehr als doppelt so viel wie im Vorjahr

Wie war das Jahr 2014 für die Bankenbranche?
Fitschen: — Es war ein Jahr der Herausforderungen für die gesamte Branche – und für die Deutsche Bank. In der globalen Wirtschaft erlebten wir eine „Welt mit drei Geschwindigkeiten“: Führende asiatische Volkswirtschaften wuchsen stark, die Erholung der US-Wirtschaft beschleunigte sich, während die Eurozone nur ein geringes Wachstum verzeichnete. Die Zinsen blieben auf einem historisch niedrigen Niveau und die Regulierung der Bankenbranche nahm zu, vor allem in Bezug auf Kapital und Verschuldung. Weltweit haben Banken auf die Beilegung von Rechtsstreitigkeiten hingearbeitet. Die damit verbundenen Kosten erreichten ein bisher ungekanntes Ausmaß. Außerdem war das Jahr von zunehmenden geopolitischen Unsicherheiten geprägt. Dazu gehörten die Konflikte in der Ukraine und im Nahen Osten. Diese Unsicherheiten bestehen nach wie vor.

Welches Ergebnis hat die Deutsche Bank 2014 in diesem Umfeld erwirtschaftet?
Jain: — Die finanzielle Performance der Deutschen Bank verbesserte sich trotz der schwierigen Rahmenbedingungen, die Jürgen Fitschen beschrieben hat, deutlich. Die Erträge beliefen sich auf 32 Mrd € und waren damit im Vergleich zu 2013 nahezu unverändert. Aber das Ergebnis erhöhte sich signifikant. Der Gewinn vor Steuern hat sich gegenüber dem Vorjahr von 1,5 Mrd € auf 3,1 Mrd € mehr als verdoppelt, der Jahresüberschuss stieg von 681 Mio € auf 1,7 Mrd €. Das spiegelt die gute Performance unserer Kerngeschäftsfelder, eine geringere Risikovorsorge im Kreditgeschäft und niedrigere Kosten für noch anhängige Rechtsstreitigkeiten im Berichtsjahr wider.

Was haben die Unternehmensbereiche zum Ergebnis beigetragen?
Fitschen: — Erstmals erzielten 2014 alle vier Kerngeschäftsfelder ein

8,5
Mrd €
mehr Kernkapital

Vorsteuerergebnis von jeweils über 1 Mrd €. In dieser Hinsicht haben wir einen Meilenstein erreicht! Dies hat zu einer ausgewogeneren Verteilung unseres Ergebnisses zwischen der Investmentbank – also dem Bereich Corporate Banking & Securities (CB&S) – und den drei anderen Kerngeschäftsfeldern – Private & Business Clients (PBC), Global Transaction Banking (GTB) und Deutsche Asset & Wealth Management (Deutsche AWM) – beigetragen. Das Vorsteuerergebnis von CB&S war trotz des schwierigen Umfelds mit 3,3 Mrd € solide, während unsere anderen Kerngeschäftsbreiche zusammen ein Vorsteuerergebnis von 3,6 Mrd € erreichten – dies entspricht einem Anstieg von etwa 50% seit 2012, dem Startjahr unserer Strategie 2015+.

Wie entwickelte sich das Geschäft in den einzelnen Bereichen?
Jain: — Der Unternehmensbereich CB&S hat besser abgeschnitten als unsere Wettbewerber und seinen Marktanteil erhöht. Dies konnten wir erreichen, obwohl wir gleichzeitig unsere Verschuldungsquote wesentlich verbessert haben. PBC entwickelte sich angesichts der schwierigen Bedingungen gut. Die Erträge blieben trotz der niedrigen Zinsen stabil. Die Profitabilität wurde allerdings durch Aufwendungen für die Rückerstattung von Kreditbearbeitungsgebühren und durch Investitionen in das Geschäft beeinflusst. GTB sah sich in Europa einem herausfordernden Umfeld gegenüber, konnte jedoch dank seiner globalen Präsenz die Geschäftsvolumina und die Erträge in Nord- und Südamerika sowie in wichtigen Märkten des asiatisch-pazifischen Raums erhöhen. Im Unternehmensbereich Deutsche AWM begann sich der umfangreiche Umbau des Geschäfts auszuzahlen. Das Vorsteuerergebnis überstieg 1 Mrd € und das verwaltete Vermögen überschritt 1 Bio €. Dazu trugen Nettomittelzuflüsse in allen Quartalen bei. Zum einen ist das eine Trendwende gegenüber den Mittelabflüssen in den Vorjahren, zum anderen sehen wir darin einen Vertrauensbeweis unserer Kunden.

Die Stärkung der Kapitalbasis ist ein wesentliches Element der Strategie der Deutschen Bank. Welche Fortschritte gab es 2014?
Fitschen: — Wir haben unsere Kapitalbasis deutlich gestärkt und unser Kernkapital im Juni um 8,5 Mrd € erhöht. Unsere Tier-1-Kernkapitalquote stieg von 9,7% zum Jahresbeginn auf 11,7% am Jahresende und hat sich damit seit Anfang 2012 fast verdoppelt. Darüber hinaus haben wir Fortschritte bei der Reduzierung des Risikomaßes für die Verschuldungsquote, des sogenannten Leverage Exposure, gemacht, vor allem im vierten Quartal. Dies half uns, den Verschuldungsgrad zum Ende des Jahres 2014 auf 3,5% zu verbessern. Des Weiteren nahmen wir in zwei Tranchen 4,7 Mrd € zusätzliches Kernkapital (Additional Tier 1) auf; unser Angebot stieß bei den Investoren übrigens auf großes Interesse. Mit den zwei Emissionen erreichten wir nahezu unser erst für Ende 2015 angestrebtes Ziel von 5 Mrd € zusätzlichem Kernkapital.

Die Europäische Zentralbank hat – als neue europäische Aufsichtsbehörde – 2014 eine umfassende Bilanzbewertung, das Comprehensive Assessment, von rund 130 Banken aus der Eurozone durchgeführt. Wie hat die Deutsche Bank dabei abgeschnitten?
Jain: — Diese Bewertung war in zweifacher Hinsicht eine Bestätigung für die Deutsche Bank. Die Stresstests der EZB haben gezeigt, dass wir in den angenommenen Stressszenarien

»Wir intensivieren die Zusammenarbeit unserer Unternehmensbereiche, damit diese unsere Kunden gemeinsam ganzheitlich betreuen können.«

200 Mio €

investiert die Bank in die Digitalisierung

im Vergleich zu anderen Banken der Eurozone über einen der komfortabelsten Kapitalpuffer verfügen – und dies bereits vor unserer Kapitalerhöhung im Juni. Ferner hat die Prüfung der Qualität unserer Vermögenswerte, der Asset Quality Review, unsere Bewertungsansätze im Wesentlichen bestätigt.

Die Digitalisierung verändert die Art und Weise, wie Kunden Bankgeschäfte tätigen. Wie agiert die Deutsche Bank auf diesem Feld?

Fitschen: — Mehrgleisig und kundenorientiert. Wir wollen zum Beispiel unseren Privatkunden in PBC durch eine Kombination von Filial- und Online-Angeboten einen flexiblen und nahtlosen Zugang über mehrere Kanäle anbieten. Im Geschäftsjahr 2014 haben wir Investitionen von 200 Mio € in die Digitalisierung unseres Privatkundengeschäfts angekündigt. Nur ein Beispiel: Wir vereinfachen für unsere Kunden den Online-Zugang zu ihrem Konto mit Innovationen wie dem Login per Fingerabdruck. Im Berichtsjahr haben sich unsere Kunden rund eine Milliarde Mal über PCs, Laptops, Tablet-Computer und Mobiltelefone eingeloggt. Kunden haben so auf Informationen zugegriffen oder Transaktionen durchgeführt. Das ist ein Anstieg von fast 50% seit 2012.

Was tut die Deutsche Bank, um ihre Kundenorientierung und ihren Service zu optimieren?

Jain: — Einiges. Beispielsweise intensivieren wir die Zusammenarbeit unserer Unternehmensbereiche, damit diese unsere Kunden gemeinsam ganzheitlich betreuen können. Dazu sind 2014 CB&S und Deutsche AWM eine Partnerschaft im Corporate Finance eingegangen. CB&S und GTB investieren, um die Betreuung großer multinationaler Unternehmen in den USA zu verbessern. Die Zusammenarbeit macht große Fortschritte. Die Kooperation von Deutsche AWM und PBC zielt darauf ab, Chancen zu nutzen; sie führte 2014 schon zu

rund 3.000 gemeinsamen Verkaufsaktivitäten. Schließlich hat unser neues Serviceangebot für den deutschen Mittelstand zusätzliche Kunden angezogen und die Geschäftsvolumina gesteigert.

Sie haben erklärt, der Kulturwandel sei von entscheidender Bedeutung, um das Vertrauen in die Bankenbranche wiederherzustellen. Wie hat die Deutsche Bank diesen Wandel 2014 vorangetrieben?

Fitschen: — Wir haben unsere Kontrollstrukturen gestärkt – in Form der „drei Verteidigungslinien", Three Lines of Defense –, um künftig Fehlverhalten zu verhindern. Seit dem Start dieser Initiative wurden in unseren Kontrolleinheiten rund 700 zusätzliche Mitarbeiter eingesetzt. In CB&S haben wir ein spezielles Team zur Optimierung der Kontrollen (Conduct and Control Group) gebildet und mit rund 6.000 Mitarbeitern, das sind circa 90% der Belegschaft des Bereichs, Workshops zu den Themen Compliance und Risikokultur durchgeführt. In Deutschland absolvierten rund 400 oder 90% der Managing Directors zweitägige Seminare, die in Zusammenarbeit mit dem Institut der deutschen Wirtschaft in Köln organisiert wurden. Im Berichtsjahr fanden weltweit über eine halbe Million Trainingseinheiten zum Thema Compliance und Risikokultur statt, ein Drittel mehr als 2013. Wir haben unsere Governance-Struktur durch die Einführung spezifischer Verantwortlichkeiten des Vorstands für Rechtsstreitigkeiten und Rechtsthemen gestärkt. Außerdem haben wir neue Mitglieder mit dezidierter Verantwortung für Compliance und aufsichtsrechtliche Angelegenheiten in unser Group Executive Committee berufen.

Verändert der Kulturwandel die Art und Weise, wie die Deutsche Bank Geschäfte tätigt?

Jain: — Absolut. CB&S beispielsweise hat den Verkauf komplexer Derivate auf bestimmte Kundengruppen beschränkt und Geschäfte, aus denen sich Reputationsrisiken ergeben könnten oder die nicht zu unseren Werten passen, ganz eingestellt. Ferner wurden 2014 1.250 potenzielle Transaktionen im Hinblick auf ihre möglichen ökologischen und sozialen Risiken überprüft, fast doppelt so viele wie 2013. Außerdem haben wir unsere klare Haltung zu potenziellen Transaktionen bekräftigt, die sich möglicherweise auf UNESCO-Welterbestätten auswirken.

Haben Sie 2014 die Kosten senken können?

Fitschen: — Unser Operational-Excellence(OpEx)-Programm war im Berichtsjahr mit Kosteneinsparungen von 1,3 Mrd € sehr erfolgreich. Bis Ende 2014 summierten sich die Einsparungen im Rahmen des OpEx-Programms auf 3,3 Mrd €. Sie lagen damit um 400 Mio € über dem Ziel für 2014. In einigen Bereichen sind die Kosten jedoch gestiegen. Dies hing größtenteils mit regulatorischen Anforderungen zusammen, etwa der Veränderung des Vergütungsmix, mit den Anpassungen unseres Geschäfts an die neuen Vorschriften sowie der Umsetzung aufsichtsrechtlicher Berichtspflichten. Außerdem haben wir in das Wachstum unseres Geschäfts investiert. Diese Kostensteigerungen übertrafen die Einsparungen im Rahmen des OpEx-Programms. Wir sind mit der Entwicklung der Kosten nicht zufrieden und entschlossen, dieses Thema anzugehen.

1,3 Mrd €

Kosteneinsparungen 2014 im Rahmen des OpEx-Programms

Vor welchen anderen Herausforderungen standen Sie 2014?

Jain: — Die Deutsche Bank sah sich zahlreichen Herausforderungen gegenüber, wie einer fragilen Wirtschaft in der Eurozone, den anhaltenden Niedrigzinsen und dem sich verändernden regulatorischen Umfeld. Die Aufwendungen für Rechtsstreitigkeiten waren niedriger als 2013, belasteten aber die Profitabilität. Dies gilt auch für die Aktivitäten der Non-Core Operations Unit (NCOU), die seit ihrer Gründung die nicht zum Kerngeschäft gehörenden Vermögenswerte erfolgreich um rund 100 Mrd € beziehungsweise 72% reduziert hat. All dies führte dazu, dass die Rendite für unsere

»Die Deutsche Bank sah sich zahlreichen Herausforderungen gegenüber, wie einer fragilen Wirtschaft in der Eurozone, den anhaltenden Niedrigzinsen und dem sich verändernden regulatorischen Umfeld.«

Investoren nicht zufriedenstellend war. Die Steigerung dieser Rendite hat für uns eine hohe Priorität.

Wo steht die Deutsche Bank heute insgesamt?
Fitschen: — Uns ist sehr wohl bewusst, dass noch einige Herausforderungen vor uns liegen. Wir halten es jedoch auch für wichtig, die große Wegstrecke zu sehen, die wir seit 2012 gegangen sind. Wir haben die Kernkapitalquote nahezu verdoppelt, die Bilanzsumme um fast ein Viertel beziehungsweise mehr als 500 Mrd € reduziert, alle vier Kerngeschäftsbereiche zu solider Performance geführt, signifikante Investitionen in Infrastruktur, Systeme und Kontrollen getätigt sowie uns unumstößlich dem Kulturwandel verschrieben. Zusammengefasst: Die Deutsche Bank ist heute eine stärkere, sicherere, besser ausbalancierte und verantwortungsvollere Bank. Wir danken all unseren Kolleginnen und Kollegen für den Beitrag, den sie zu unseren bisherigen Erfolgen geleistet haben.

Und wie geht es strategisch weiter?
Jain: — Gegenwärtig arbeiten wir mit Nachdruck an der nächsten Phase unserer Strategie. Wir unterziehen unsere bisherigen Ergebnisse einer grundlegenden und gründlichen Bewertung und berücksichtigen dabei Erfolge und Herausforderungen. Darüber hinaus analysieren wir das operative Umfeld und suchen Antworten auf die Fragen: Wie haben sich die Weltwirtschaft, die Zinssätze, die Regulierung und die Kundenbedürfnisse seit 2012 verändert? Auf Basis dieser komplexen Analyse werden wir unsere Schlussfolgerungen für die Strategie in den einzelnen Geschäftsbereichen und das Unternehmen insgesamt ziehen. Wir freuen uns darauf, unsere Aktionäre zeitnah umfassender über unsere Strategie zu informieren.

Frankfurt am Main, im März 2015

Group Executive Committee

1 2 3 4 5 6 7 8 9 10

1 David Folkerts-Landau, *1949
Chefvolkswirt

2 Sylvie Matherat, *1962
Global Head of Government & Regulatory Affairs

3 Richard Walker, *1950
General Counsel

4 Christian Sewing, *1970
Vorstandsmitglied seit 2015.
Head of Legal, Incident Management Group und Group Audit

5 Gunit Chadha, *1961
Co-Chief Executive Officer für Asien/Pazifik

6 Henry Ritchotte, *1963
Vorstandsmitglied seit 2012.
Chief Operating Officer

7 Alan Cloete, *1962
Co-Chief Executive Officer für Asien/Pazifik

8 Rainer Neske, *1964
Vorstandsmitglied seit 2009.
Head of Private & Business Clients

9 Colin Fan, *1973
Co-Head of Corporate Banking & Securities und Head of Markets

10 Christian Ricken, *1966
Chief Operating Officer für Private & Business Clients

4 – 6 – 8 – 11 – 14 – 15 – 18 – 20
Mitglieder des Vorstands der Deutschen Bank AG

11 12 13 14 15 16 17 18 19 20 21 22

11 Stefan Krause, *1962
Vorstandsmitglied seit 2008.
Chief Financial Officer und Leiter des Ressorts Strategie & Organisationsentwicklung

12 Werner Steinmüller, *1954
Head of Global Transaction Banking

13 Michele Faissola, *1968
Head of Asset & Wealth Management

14 Jürgen Fitschen, *1948
Vorstandsmitglied seit 2009.
Co-Vorsitzender des Vorstands und des Group Executive Committee

15 Anshuman Jain, *1963
Vorstandsmitglied seit 2009.
Co-Vorsitzender des Vorstands und des Group Executive Committee

16 Jacques Brand, *1960
Chief Executive Officer für Nordamerika

17 Colin Grassie, *1961
Chief Executive Officer für Großbritannien

18 Stuart Lewis, *1965
Vorstandsmitglied seit 2012.
Chief Risk Officer

19 Marcus Schenck, *1965
Stellv. Chief Financial Officer

20 Stephan Leithner, *1966
Vorstandsmitglied seit 2012.
Chief Executive Officer Europa (ohne Deutschland und Großbritannien), Personal, Compliance, Government & Regulatory Affairs

21 Nadine Faruque, *1960
Global Head of Compliance

22 Fabrizio Campelli, *1973
Head of Group Strategy

Aufsichtsrat

Reihe vorn, von links nach rechts:

Georg F. Thoma
Martina Klee
John Cryan
Dr. Paul Achleitner
Louise M. Parent
Alfred Herling
Katherine Garrett-Cox

Reihe hinten, von links nach rechts:

Gabriele Platscher
Rudolf Stockem
Stephan Szukalski
Professor Dr. Klaus Rüdiger Trützschler
Dr. Johannes Teyssen
Dina Dublon
Timo Heider
Henriette Mark
Peter Löscher
Bernd Rose
Sabine Irrgang
Professor Dr. Henning Kagermann
Frank Bsirske

Sehr geehrte Aktionärinnen und Aktionäre,

unsere diesjährige Hauptversammlung folgt nur wenige Wochen auf das 145. Jubiläum Ihrer Deutschen Bank, die am 10. März 1870 gegründet wurde. Dies ist erwähnenswert, weil sich die Bank heute ähnlichen Herausforderungen gegenübersieht, wie sie sich schon damals stellten. So schrieb 1876 Georg von Siemens, zu jener Zeit Sprecher der Deutschen Bank, an den Mitgründer Adelbert Delbrück:

„Das Programm der Deutschen Bank war von Anfang an ein Schwieriges. Es handelte sich um die Einbürgerung eines Geschäftes in Berlin, welches bis dahin kein gewöhnliches gewesen, bei dessen Durchführung man auch auf besondere Unterstützung unseres Kaufmannstandes nur wenig rechnen durfte, bei welchem dieser uns auch nur wenig helfen konnte. Den Kredit, dessen wir im Auslande bedurften, konnten wir uns nur erzwingen durch ein hohes Kapital ...“ (Quelle: Karl Helfferich, 1923, Georg von Siemens. Ein Lebensbild aus Deutschlands großer Zeit.)

Wie der Siemens-Biographie von Karl Helfferich darüber hinaus zu entnehmen ist, wurden damals nicht nur Strategie und Kapital, sondern auch der Geschäftsmix intensiv diskutiert. Wir schreiben diesen Brief zu einem Zeitpunkt, in dem das Resultat der 2014 angestoßenen Überarbeitung der Strategie der Bank noch nicht feststeht. Schon heute fällt es jedoch nicht schwer vorherzusagen, dass das Ergebnis je nach Standpunkt Anlass zu kritischer Diskussion geben dürfte. Das wäre zu Zeiten der Gründerväter nicht anders gewesen. Unternehmertum hat sich zudem stets dadurch ausgezeichnet, gelegentlich entgegen konventionellen Meinungen zu handeln. Entscheidend ist, dass auf der Basis gründlicher Reflexion über eigene Traditionen, Stärken und Schwächen sowie der Analyse bestehender und zu erwartender Rahmenbedingungen das Management eine Richtung vorgibt und diese dann konsequent verfolgt. Ohne disziplinierte Umsetzung wird selbst die beste Strategie erfolglos bleiben. Ihr Aufsichtsrat wird die strategische Entwicklung der Bank weiterhin mit Rat begleiten und die Umsetzung der entsprechenden Pläne sorgfältig überwachen. Doch nun zum Berichtsjahr.

1. Quartal 2014: In den ersten drei Monaten des Jahres fanden 21 Sitzungen des Aufsichtsrats beziehungsweise seiner Ausschüsse statt. Wir setzten uns mit dem Abschluss des Geschäftsjahres 2013, dem Dividendenvorschlag und der laufenden Unternehmensplanung auseinander. Besonderes Augenmerk erforderten der geschlossene Vergleich zur Beilegung des Rechtsstreits mit der Kirch-Gruppe sowie seine uns bis heute beschäftigenden Folgethemen. Auch andere Rechtsfälle und regulatorische Untersuchungen, zum Beispiel zu den Themen Interbankenzinssatz, Devisenhandel oder CO_2-Emissionshandel, wurden als so bedeutsam eingestuft, dass wir beschlossen haben, sie einer weiterführenden intensiven Überwachung durch den Aufsichtsrat und vor allem durch den im Vorjahr geschaffenen Integritätsausschuss zu unterziehen. Im Hinblick auf die politischen und ökonomischen Risiken für die Bank haben wir nicht zuletzt die sich abzeichnenden geopolitischen Risiken in der Ukraine beziehungsweise Russland gründlich analysiert.

2. Quartal 2014: Im zweiten Quartal fanden insgesamt zwölf Sitzungen der Aufsichtsratsgremien sowie unsere Hauptversammlung statt. Von großer Bedeutung waren für den Aufsichtsrat in diesem Zeitraum die erfolgreiche Kapitalerhöhung sowie die Ausgabe von zusätzlichem Tier-1-Kernkapital (Additional Tier 1). Ein weiterer Schwerpunkt unserer Diskussionen mit dem Vorstand war die Stärkung der Kontrollfunktionen, insbesondere durch die beiden Projekte „Three Lines of Defense“ und „House of Governance“, über deren Fortschritte wir uns regelmäßig berichten lassen.

Die Hauptversammlung hat im Mai dem Vorschlag zugestimmt, das Verhältnis von fester zu variabler Vergütung für die Mitglieder des Vorstands und die Mitarbeiter der Bank auf eins zu zwei festzulegen, entsprechend den Bestimmungen der europäischen Richtlinie zur Eigenmittelausstattung von Kreditinstituten (Capital Requirements Directive IV, CRD 4). Wir haben die Vorstandsverträge angepasst und uns versichert, dass die geforderten Prinzipien in der Bank insgesamt umgesetzt werden. Operative Risiken sowie die Herausforderung eines potenziell negativen Zinsumfelds wurden ebenso diskutiert wie Fortschritte bei der Verbesserung des regulatorischen und finanziellen Berichtssystems der Bank.

Nachdem Frau Suzanne Labarge zum 30. Juni ihr Mandat auf eigenen Wunsch niedergelegt hatte, wurde mit Frau Louise Parent per 1. Juli eine ebenso hochqualifizierte Nachfolgerin für Ihren Aufsichtsrat gewonnen. Frau Parent wird sich im Mai 2015 der Hauptversammlung zur Wahl stellen. Bereits jetzt ist deutlich, dass besonders ihre weitreichende Erfahrung eine Bereicherung für unser Gremium darstellt.

3. Quartal 2014: In den Sommermonaten fanden zwölf Sitzungen der Aufsichtsratsgremien sowie ein Strategie-Workshop mit Vorstand, Geschäftsbereichsleitern und Aufsichtsrat statt. Dieser etablierte die Grundlagen für eine im Folgequartal vom Vorstand auf breiter Basis begonnene Diskussion hinsichtlich der Weiterentwicklung der Strategie 2015+. Zusätzlich fand in diesem Rahmen die regelmäßige Diskussion zur Nachfolgeplanung des Vorstands statt. Schwerpunkte waren die aktive Förderung von Frauen in Führungspositionen und generell der Vielfalt in der Belegschaft. In detaillierten Einzelinterviews mit Vorstands- und Aufsichtsratsmitgliedern sowie Gruppengesprächen setzte sich der Aufsichtsrat in diesen Monaten mit der eigenen Effektivität und der Zusammenarbeit mit dem Vorstand auseinander. Er schuf damit die Grundlagen für einen Beurteilungsbericht gemäß den neuen Anforderungen des § 25d Absatz 11 Kreditwesengesetz (KWG).

Neben einer Vielzahl kleinerer Veränderungen ist die Wahl von Frau Dina Dublon zur Vorsitzenden des Risikoausschusses und die damit verbundene breitere Aufgabenteilung eine der Maßnahmen, mit denen wir die Wirksamkeit Ihres Aufsichtsrats noch weiter stärken wollen. Besonderes Augenmerk widmeten wir in diesem Quartal auch den Themen IT-Sicherheit und regulatorische Anforderungen im Bereich des elektronischen Handels.

4. Quartal 2014: In den 17 Sitzungen des Schlussquartals spielten zwei Vorgänge eine besondere Rolle. Einmal die Erweiterung des Vorstands durch die Herren Christian Sewing und Dr. Marcus Schenck. Herr Sewing ist per 1. Januar 2015 verantwortlich für das Ressort Recht und Revision, Herr Dr. Schenck wird nach der Hauptversammlung das Ressort Finanzen übernehmen. Wir sind überzeugt, dass die Bank zwei hervorragende Führungskräfte für ihren Vorstand gewonnen hat. Die Neuordnung der Ressortzuständigkeiten schafft zudem zusätzliche Kapazitäten und ermöglicht eine weitere Fokussierung der Arbeit des Vorstands. Wir sind sicher, dass der Vorstand damit noch besser aufgestellt ist, um die anstehenden Herausforderungen im Interesse der Bank, ihrer Mitarbeiter und Aktionäre zu meistern.

Ein zweiter Schwerpunkt unserer Tätigkeit im vierten Quartal war die Beschäftigung mit der lang erwarteten Bilanzqualitätsanalyse der Europäischen Zentralbank (EZB) beziehungsweise dem Stresstest der Europäischen Bankenaufsichtsbehörde. Die Ergebnisse waren für Ihre Bank außerordentlich erfreulich und übertrafen die externen Erwartungen teilweise deutlich. Für den Prüfungsausschuss war es eine klare Entscheidung, der Veröffentlichung der Ergebnisse zuzustimmen. Wir sehen in ihnen eine Bestätigung der guten Arbeit in diesem Bereich über die letzten Jahre hinweg.

Im November übernahm die EZB die primäre Aufsicht über die Deutsche Bank. Vorstand und Aufsichtsrat werden alles tun, um den hohen Erwartungen dieses neuen Regulators gerecht zu werden. Im Rahmen der einschlägigen Vorschriften des Kreditwesengesetzes und der Institutsvergütungsverordnung haben wir uns zum Jahresende intensiv mit den Vergütungsplänen 2014 sowie der Umsetzung konsequenter Beurteilungssysteme auseinandergesetzt und geprüft, ob diese im Einklang mit der Risikotragfähigkeit der Bank stehen.

Weitere Informationen

Finanzbericht 2014,
Bericht des Aufsichtsrats, Seiten 543 ff.

Abschließend möchten wir uns bei allen Kollegen im Aufsichtsrat für die intensive Arbeit in diesem Gremium bedanken. Natürlich gebührt der Dank für die erreichten Fortschritte zuallererst dem Vorstand und den Mitarbeitern der Bank. Aber auch wir werden weiterhin alles daran setzen, Ihrem Vertrauen gerecht zu werden. Es gibt, wie schon 1870, viel zu tun – und jeder muss auf seine Weise einen Beitrag zum nachhaltigen Erfolg der Deutschen Bank leisten.

Im Namen des Aufsichtsrats

Dr. Paul Achleitner
Vorsitzender

Alfred Herling
Stv. Vorsitzender

Frankfurt am Main, im März 2015

Aufsichtsrat

Dr. Paul Achleitner
Vorsitzender
München

Alfred Herling*
Stellvertretender Vorsitzender
Deutsche Bank AG,
Wuppertal

Frank Bsirske*
Vorsitzender der ver.di –
Vereinte Dienstleistungsgewerkschaft,
Berlin

John Cryan
Präsident Europa, Leiter Afrika,
Portfoliostrategie und Kreditportfolio
der Temasek International Pte Ltd.,
(bis 31. Juli 2014),
London

Dina Dublon
New York

Katherine Garrett-Cox
Chief Executive Officer
Alliance Trust Plc,
Brechin, Angus

Timo Heider*
BHW Bausparkasse Zentrale,
Emmenthal

Sabine Irrgang*
Deutsche Bank AG,
Mannheim

Prof. Dr. Henning Kagermann
Präsident acatech – Deutsche
Akademie der Technikwissenschaften,
Königs Wusterhausen

Martina Klee*
Deutsche Bank AG,
Frankfurt am Main

Suzanne Labarge
bis 30. Juni 2014
Oakville

Peter Löscher
Chief Executive Officer
Renova Management AG,
München

Henriette Mark*
Deutsche Bank AG,
München

Louise M. Parent
seit 1. Juli 2014
Rechtsanwältin (Of Counsel), Cleary
Gottlieb Steen & Hamilton LLP,
New York

Gabriele Platscher*
Deutsche Bank Privat- und
Geschäftskunden AG,
Braunschweig

Bernd Rose*
Gesamtbetriebsratsvorsitzender
der Postbank Filialbetrieb AG und
Postbank Filial GmbH,
Menden

Rudolf Stockem*
Gewerkschaftssekretär der ver.di –
Vereinte Dienstleistungsgewerkschaft,
Aachen

Stephan Szukalski*
Deutsche Postbank AG,
Frankfurt am Main

Dr. Johannes Teyssen
Vorsitzender des Vorstands
E.ON SE,
Düsseldorf

Georg F. Thoma
Rechtsanwalt (Of Counsel),
Shearman & Sterling LLP,
(bis 31. Dezember 2014 Partner),
Neuss

Prof. Dr. Klaus Rüdiger Trützschler
Essen

* Von den Arbeitnehmern in Deutschland gewählt.

Aufsichtsratsausschüsse

Präsidialausschuss
— Dr. Paul Achleitner
Vorsitzender
— Frank Bsirske*
— Alfred Herling*
— Prof. Dr. Henning Kagermann

Vermittlungsausschuss
— Dr. Paul Achleitner
Vorsitzender
— Alfred Herling*
— Prof. Dr. Henning Kagermann
— Stephan Szukalski*

Prüfungsausschuss
— John Cryan
Vorsitzender
— Dr. Paul Achleitner
— Henriette Mark*
— Gabriele Platscher*
— Bernd Rose*
— Prof. Dr. Klaus Rüdiger Trützschler

Risikoausschuss
— Dina Dublon
Vorsitzende seit 28. Januar 2015
— Dr. Paul Achleitner
Vorsitzender bis 28. Januar 2015
— John Cryan
— Suzanne Labarge
bis 30. Juni 2014
— Louise M. Parent
seit 1. Juli 2014
— Rudolf Stockem*

Nominierungsausschuss
— Dr. Paul Achleitner
Vorsitzender
— Frank Bsirske*
— Alfred Herling*
— Prof. Dr. Henning Kagermann
— Dr. Johannes Teyssen

Integritätsausschuss
— Georg F. Thoma
Vorsitzender
— Dr. Paul Achleitner
— Timo Heider*
— Sabine Irrgang*
— Martina Klee*
— Peter Löscher

Vergütungskontrollausschuss
— Dr. Paul Achleitner
Vorsitzender
— Frank Bsirske*
— Alfred Herling*
— Prof. Dr. Henning Kagermann

* Von den Arbeitnehmern in Deutschland gewählt.

Stärken nutzen, Herausforderungen meistern, Vertrauen mehren

Jonathan Mariner, New York
Chief Investment Officer,
Major League Baseball

»Die globale Präsenz der Deutschen Bank, ihr Zugang zu Schlüsselunternehmen und einzigartige Geschäftsideen – all das macht sie zu einem geschätzten Partner für uns.«

Im Jahr 2001 erwarb die Deutsche Bank das Gebäude 60 Wall und ist heute die einzige globale Bank, die ihren US-Firmensitz an der Wall Street hat.

1

Konzern Deutsche Bank

19 Strategie
Signifikante Erfolge, weitere Herausforderungen

25 Governance und Kontrollstrukturen
Wirkungsvoll, solide, umfassend

29 Kultur
Gemeinsame Werte und Überzeugungen leben

2014 hat die Deutsche Bank substanzielle Fortschritte mit ihrer Strategie 2015+ erreicht, ausgewogenere Ergebnisse über die Geschäftsbereiche hinweg erzielt, die operative Effizienz gesteigert und den Kulturwandel vorangetrieben.

Stärken nutzen, Herausforderungen meistern, Vertrauen mehren

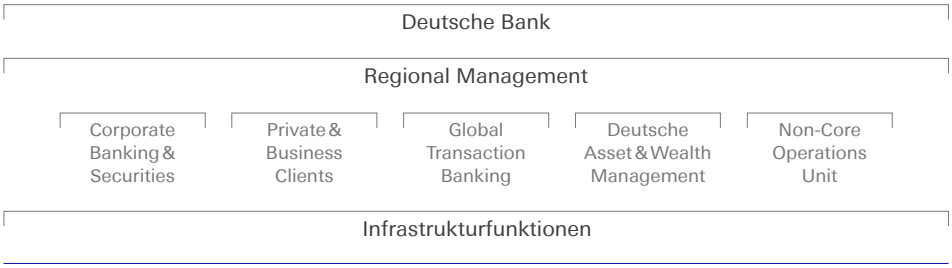
Strategie
Signifikante Erfolge, weitere Herausforderungen

In Kürze

- Umsetzung der Strategie 2015+ im dritten Jahr weit fortgeschritten
- Die Deutsche Bank ist stärker und stabiler geworden
- Kostensenkung bleibt im Fokus

Die Deutsche Bank ist eine der führenden globalen Universalbanken. Ihre Geschäfte umfassen eine breite Palette von Aktivitäten im Kapitalmarktgeschäft, im Firmen- und Privatkundengeschäft sowie in der Vermögensverwaltung. In ihrem Heimatmarkt Deutschland ist die Bank Marktführer unter den Privatbanken und in Europa hervorragend etabliert. In Nordamerika und in wichtigen Wachstumsmärkten, insbesondere in Asien, verfügt die Deutsche Bank über eine starke Wettbewerbsposition.

Unternehmensbereiche



2014 war das dritte Jahr, in dem die Deutsche Bank die Umsetzung der Strategie 2015+ vorangetrieben hat. Die Bank hat signifikante Fortschritte dabei gemacht, ihre Ziele zu erreichen. Das gilt insbesondere für die Stärkung des Kapitals. Im Berichtsjahr hat die Bank ihre exzellente globale Geschäftsbasis und ihre Stellung im Heimatmarkt weiter ausgebaut, die Leistungsfähigkeit ihres Universalbankmodells genutzt, das Kapital gestärkt, operative Prozesse effizienter gestaltet und Kosten gesenkt. Nicht zuletzt arbeitete die Deutsche Bank daran, beim Kulturwandel in der Finanzdienstleistungsbranche eine Vorreiterrolle einzunehmen. Das Bekenntnis zum Universalbankmodell, zum Heimatmarkt und zur globalen Präsenz wurde bekräftigt. Natürlich sind nicht alle Herausforderungen bewältigt. 2014 hat die Deutsche Bank jedoch substanzielle Fortschritte bei der Umsetzung der Strategie 2015+ gemacht, und zwar in allen fünf Dimensionen:

5.000

neue Mittelstandskunden gewonnen

Kunden. Die Unternehmensorganisation wurde noch gezielter an den Kundenbedürfnissen ausgerichtet. Über eine 2013 eingeführte spezielle Plattform für deutsche Mittelstandskunden hat die Deutsche Bank im Berichtsjahr Geschäfte mit circa 5.000 neuen Kunden abgewickelt. Im Rahmen einer im Mai 2014 gestarteten Initiative im Privatkundengeschäft investiert die Bank 200 Mio € in die Digitalisierung, um den Kunden einen nahtlosen Übergang zwischen Online- und Filialangebot zu bieten. Die gemeinsame Initiative von Corporate Banking & Securities und Global Transaction Banking zur verbesserten Betreuung von multinationalen Unternehmen in den USA gewann 66 neue Mandate. Insgesamt hat die Bank 2014 ihre Kundenbetreuung präziser abgestimmt, Mechanismen entwickelt, um mit Kunden bereichsübergreifend enger zu kooperieren, und an neuen Methoden gearbeitet, um die Kundenzufriedenheit zu messen.

Kompetenzen. Die Strategie 2015+ beruht auch auf der Leistungsfähigkeit der Geschäftsbereiche. Die Deutsche Bank ist im Berichtsjahr im Hinblick auf ihre finanzielle Leistungsfähigkeit ausgewogener und damit stärker geworden. Der Vorsteuergewinn stieg 2014 auf 3,1 Mrd € (2013: 1,5 Mrd €) und zum ersten Mal haben alle vier Kerngeschäftsfelder – Corporate Banking & Securities, Private & Business Clients, Global Transaction Banking und Deutsche Asset & Wealth Management – mit einem Vorsteuergewinn von jeweils über 1 Mrd € dazu beigetragen. Diese Ergebnisse wurden in einem herausfordernden Marktumfeld mit äußerst niedrigen Zinsen erzielt. Auch 2015 dürfte das Umfeld schwierig bleiben. Die Bank wird sich unter diesen geschäftlichen Rahmenbedingungen auf die Sicherung nachhaltiger Profitabilität und die Steigerung der Rendite für ihre Aktionäre konzentrieren.

Kapital. Die Deutsche Bank stärkte im Berichtsjahr ihre Kapitalbasis. Wesentlich dazu beigetragen haben die Kapitalerhöhung von 8,5 Mrd € im Juni und die Aufnahme von 4,7 Mrd € zusätzlichem Kernkapital (Additional Tier 1) im Juni und November, die auf eine starke Nachfrage von Investoren traf. Eine verbesserte Kapitalposition erhöht die Sicherheit und Stabilität der Deutschen Bank sowie des Finanzsystems insgesamt. Die Deutsche Bank erfüllte die Anforderungen der umfassenden Bewertung durch die Europäische Zentralbank, die aus einer Bilanzprüfung und einem Stresstest bestand. Die Überprüfung hat gezeigt, dass die Kapitalbasis der Deutschen Bank die regulatorischen Anforderungen klar übersteigt, auch in einem starken Stressszenario, und bestätigte die Qualität der Vermögenswerte der Bank. Seit Ankündigung der Strategie 2015+ hat die Bank ihre Kapital- und Verschuldungsquoten signifikant verbessert. Die Kernkapitalquote bei voller Umsetzung von CRD 4 (Capital Requirements Directive IV, EU-Richtlinie zur Eigenmittelausstattung von Kreditinstituten) erhöhte sich auf 9,7% Ende 2013 und erreichte zum Jahresende 2014 11,7%. Damit liegt sie deutlich über dem Ziel von 10%. Die Bank hat zudem ihr Risikomaß für die Verschuldungsquote reduziert. Die Verschuldungsquote betrug zum Ende des Berichtsjahres 3,5% (basierend auf überarbeiteten CRD-4-Regeln); dies entspricht dem im Rahmen der Strategie 2015+ angestrebten Wert. Die regulatorischen Anforderungen an Kapital und Verschuldung werden sich weiter erhöhen. Die Bank stellt sich auf die Umsetzung neuer Regeln und Spezifikationen ein.

Kosten. Die Deutsche Bank hat 2014 die Vorgaben des Operational-Excellence(OpEx)-Programms erfüllt. Es ist darauf gerichtet, die Qualität der Dienstleistungen zu erhöhen, die Flexibilität der Bank zu steigern, die Kontrollen zu verstärken und eine Kultur der Kosteneffizienz zu etablieren. Durch Investitionen von 4 Mrd € sollen bis 2015 insgesamt jährliche Kosten von 4,5 Mrd € eingespart werden; allein 2014 waren es 1,3 Mrd €. Im Rahmen von OpEx konnten bis zum Ende des Berichtsjahres insgesamt bereits Einsparungen in Höhe von 3,3 Mrd € realisiert werden, geplant waren 2,9 Mrd €. Trotzdem sieht sich die Deutsche Bank mit Herausforderungen bezüglich ihrer Kostenbasis konfrontiert, da die Einsparungen noch nicht die angestrebten Ergebnisse geliefert haben. Die bereinigten Kosten betrugen 2014 23,8 Mrd €, 2 % mehr als im Vorjahr. Dies wurde vor allem durch Ausgaben für regulatorische Anforderungen in Höhe von 1,3 Mrd € verursacht. Ungefähr 60 % der zusätzlichen Kosten sind projektbezogene oder fortlaufende Ausgaben für regulatorische Anforderungen. Die Bank hat außerdem Investitionen in Wachstumsprojekte in den Geschäftsbereichen getätigt. Die Aufwendungen für Rechtsstreitigkeiten gingen 2014 zwar im Vergleich zum Vorjahr zurück, waren aber immer noch zu hoch. Daher hat Kostendisziplin auch künftig eine sehr hohe Priorität.

Kultur. 2014 trieb die Deutsche Bank den Kulturwandel voran und verankerte ihn weiter im Unternehmen. Die Bank sieht einen tiefgreifenden kulturellen Wandel in der Finanzdienstleistungsbranche als unerlässlich an und bekennt sich dazu, eine Vorreiterrolle einnehmen zu wollen. Der Kulturwandel ist die Voraussetzung, um öffentliches Vertrauen in die Finanzdienstleistungsbranche zurückzugewinnen. Integrität spielt dabei eine Schlüsselrolle. Die Deutsche Bank verpflichtet sich zu einer Kultur, die Risiken und Erträge in ein ausgewogenes Verhältnis bringt, talentierte Mitarbeiter gewinnt und fördert, Teamarbeit und Kollegialität belohnt und auf die Belange der Gesellschaft eingeht. Die Bank hat im Rahmen der Strategie 2015+ ein breit angelegtes Programm zum Kulturwandel ins Leben gerufen. Im Berichtsjahr gab es dazu 100 Mitarbeiterversammlungen und rund 4.700 Workshops. Sie befassten sich damit, wie Werte und Überzeugungen in das Tagesgeschäft integriert werden können, aber auch damit, welche Rolle sie bei Leistungsbeurteilung und Vergütung spielen.

71

in 71 Ländern
weltweit präsent

Regionale Hauptstandorte: Frankfurt am Main, London, New York, São Paulo, Dubai, Singapur, Hongkong

Strategie 2015+

Die Strategie 2015+ spiegelt die Ausrichtung der Deutschen Bank wider, hohe Leistungsfähigkeit mit Verantwortung zu verbinden. 2014 bekräftigte die Bank das Bekenntnis zum Universalbankmodell, zum Heimatmarkt und zur globalen Präsenz. Fünf Dimensionen sind entscheidend für den Erfolg der Strategie 2015+:

Kunden

Unsere Kunden stehen im Zentrum unseres Handelns. Denn nur wenn wir für sie nachhaltigen Nutzen erzielen, können wir auch nachhaltig Wert für unsere Stakeholder schaffen. Unser Augenmerk richtet sich besonders auf unseren Heimatmarkt Deutschland, den asiatisch-pazifischen Raum sowie Amerika.

Kompetenzen

Unser Geschäftsmodell baut auf die besten Talente, auf die besten Prozesse und auf beständige Verbesserung in allen Bereichen. Wir bieten hochwertige Beratung und erstklassige Dienstleistungen an und setzen auf bedingungslose Integrität sowie eine engere Zusammenarbeit der Unternehmensbereiche untereinander und mit zentralen Infrastrukturfunktionen.

Kapital

Wir haben uns vorgenommen, unsere Kapitalquoten weiter zu stärken, unter anderem indem wir unsere risikogewichteten Aktiva abbauen, um eine solide Kapitalbasis und eine streng an Risiken ausgerichtete Kapitalallokation zu erzielen. Diese Maßnahmen tragen insgesamt zur Stärkung und Stabilisierung des Finanzsystems bei.

Kosten

Wir setzen auf strenge Kostendisziplin und steigern fortgesetzt unsere operative Leistungsfähigkeit, indem wir unsere Infrastruktur erheblich verbessern, Strukturen verschlanken und Komplexität reduzieren.

Kultur

Wir betrachten einen tiefgreifenden kulturellen Wandel in unserer Branche als unerlässlich und wollen in diesem Prozess eine Vorreiterrolle einnehmen. Die Beziehung zu unseren Kunden und die Integrität unseres Handelns stehen im Zentrum all unserer Initiativen. Indem wir nachhaltige Leistung belohnen, schaffen wir eine Kultur, die gesellschaftliche Belange wertschätzt und zugleich sämtlichen Stakeholdern nutzt.

Unternehmensprofil

Die Deutsche Bank gliedert sich in die fünf Unternehmensbereiche Corporate Banking & Securities (CB&S), Private & Business Clients (PBC), Global Transaction Banking (GTB), Deutsche Asset & Wealth Management (Deutsche AWM) und Non-Core Operations Unit (NCOU).

Corporate Banking & Securities

CB&S besteht aus den Geschäftsbereichen Markets und Corporate Finance. Zu Markets gehören die Vertriebs-, Handels- und Strukturierungsaktivitäten in einem breiten Spektrum von Finanzprodukten wie Anleihen, Aktien und aktienbezogene Produkte, börsennotierte und außerbörsliche Derivate, Devisen, Geldmarktinstrumente sowie verbriefte Forderungen.

Corporate Finance ist für Fusionen und Übernahmen sowie die Emission von Anleihen und Aktien zuständig. Regionale branchenfokussierte Teams sorgen dafür, dass den Kunden die ganze Palette der Finanzierungsprodukte und Dienstleistungen aus einer Hand zur Verfügung stehen.

Private & Business Clients

PBC stellt in Deutschland und international Bank- und Finanzdienstleistungen für Privatkunden, Selbstständige sowie kleine und mittlere Unternehmen zur Verfügung. Das Produktangebot von PBC umfasst Kontoführung und Zahlungsverkehr, Vermögensanlage- und Vorsorgeberatung, Wertpapiere, Einlagen und Kredite.

PBC ist die führende Privatbank im Heimatmarkt Deutschland mit einem Vertriebsnetz in Italien, Spanien, Belgien, Portugal, Polen und Indien. In China kooperiert PBC mit der Hua Xia Bank, an der PBC als zweitgrößter Aktionär mit 19,99 % beteiligt ist.

Global Transaction Banking

GTB ist weltweit für Unternehmen und Finanzdienstleister tätig. Seine Produkte und Leistungen dienen der Abwicklung inländischer und grenzüberschreitender Zahlungen sowie der Risikosteuerung und Finanzierung internationaler Handelsgeschäfte. Außerdem stellt GTB Leistungen im Treuhand- und Vermittlungsgeschäft sowie in der Wertpapierverwahrung und -verwaltung bereit.

Deutsche Asset & Wealth Management

Deutsche AWM unterstützt private und institutionelle Kunden in aller Welt dabei, ihr Vermögen zu sichern und zu mehren. Der Unternehmensbereich offeriert traditionelle – aktive wie passive – und alternative Investmentprodukte und -lösungen in allen wichtigen Anlageklassen. Deutsche AWM bietet maßgeschneiderte Vermögensverwaltungs- und Bankdienstleistungen für vermögende und sehr vermögende Privatkunden und Familien (Family Offices) an.

Non-Core Operations Unit

Die Non-Core Operations Unit (NCOU) hat die Aufgabe, Kapital freizusetzen, die Bilanz zu verkürzen und das Aktionärsvermögen zu schützen, indem sie Risiken reduziert, die von nichtstrategischen Vermögenswerten, Verbindlichkeiten und Geschäftsaktivitäten ausgehen. Hohe Transparenz sowie ein striktes Kapital- und Bilanzmanagement sind in einem sich verändernden regulatorischen Umfeld kritische Erfolgsfaktoren für die Bank.

Infrastruktur und Regional Management

Zu den Infrastrukturfunktionen gehören unter anderem Finance (Finanzen), Legal (Recht), Compliance, Group Audit (Revision), Risk (Risiko), Communications, Corporate Social Responsibility & Public Affairs, Human Resources (Personal), Group Technology & Operations, Group Strategy (Abteilung für Konzernentwicklung), Corporate Insurance (Versicherungsabteilung) und DB Research (Volkswirtschaftliche Abteilung). Die strategischen, risikosteuernden und kontrollierenden Abteilungen unterstützen den Vorstand bei der Führung des Konzerns.

Regional Management ist weltweit für die Steuerung des Geschäfts in den Regionen verantwortlich und vertritt regionale Interessen auf Konzernebene.

Im November 2014 sind einige der persönlichen Verantwortungsbereiche im Vorstand im Einklang mit laufenden strategischen, regulatorischen und rechtlichen Prioritäten der Bank neu geordnet worden. Geschaffen wurde ein Ressort für Strategie und Organisationsentwicklung, das die entsprechenden Verantwortlichkeiten bündelt, sowie eine gesonderte Zuständigkeit für den Bereich Recht (Legal).

Die bisherigen Erfolge und die Herausforderungen, denen sich die Bank gegenübersieht, bilden den Hintergrund für die nächste Stufe der Strategieentwicklung. Das Management wird nach gründlichen internen und externen Analysen die Ergebnisse zeitnah der Öffentlichkeit vorstellen. Die Deutsche Bank ist überzeugt, dass sie trotz aller Veränderungen des geschäftlichen Umfelds und trotz verschärfter Regulierung zu dem kleinen Kreis globaler Universalbanken zählt, die stark genug und richtig positioniert sind, um zukünftige Chancen zu nutzen.

Während der vollständigen strategischen Überprüfung des Konzerns wird die Deutsche Bank auch weiterhin die bestehenden Ziele der Strategie 2015+ verfolgen, bis die überarbeiteten strategischen Ziele vollständig implementiert sind. Der Ausblick in diesem Bericht wurde auf Basis der existierenden Ziele und der erreichten Fortschritte im Rahmen der Strategie 2015+ erstellt.

Unsere Vision

Wir wollen die führende kundenorientierte globale Universalbank sein.

Wir dienen unseren Aktionären am besten, indem wir unsere Kunden in den Mittelpunkt stellen und ein globales Netzwerk ausgewogener Geschäftsaktivitäten bieten, das auf einer soliden Kapital- und Liquiditätsausstattung beruht.

Wir wertschätzen unsere deutschen Wurzeln und bekennen uns zu unserer weltweiten Aufstellung.

Wir verpflichten uns zu einer Kultur, die Risiken und Anerkennung in ein ausgewogenes Verhältnis stellt, Talente gewinnt und fördert, Teamarbeit und Kollegialität belohnt und auf die Belange der Gesellschaft eingeht.

Governance und Kontrollstrukturen
Wirkungsvoll, solide, umfassend

In Kürze

- Effiziente Strukturen für effiziente Entscheidungen
- House of Governance schafft Transparenz
- Interne Kontrollen auf neue Stufe gehoben

CRD-4-Regeln
in Vergütungssystem integriert

Eine wirkungsvolle Corporate Governance, die hohen internationalen Standards entspricht, ist ein wesentlicher Bestandteil der Unternehmensführung der Deutschen Bank. Die Bank hat im Berichtsjahr mit dem „House of Governance“ und dem „Three Lines of Defense“-Programm zwei Initiativen vorangetrieben, um ihre hohen Ansprüche an eine verantwortungsvolle Unternehmensführung und effiziente Kontrollstrukturen zu bekräftigen.

Corporate Governance: verantwortungsbewusste Führung

Fünf Elemente sind für die Corporate Governance der Deutschen Bank kennzeichnend: effiziente Entscheidungen auf der Grundlage angemessener Informationen und effizienter Strukturen, eine effektive Zusammenarbeit von Vorstand und Aufsichtsrat, gute Beziehungen zu den Aktionären und anderen Anspruchsgruppen, ein am langfristigen Erfolg ausgerichtetes Vergütungssystem sowie eine transparente Rechnungslegung in Verbindung mit zeitgerechter Berichterstattung. Zu den Aktionären und den Organen der Deutschen Bank siehe Seite 27.

Wichtige Rechtsgrundlagen sind das deutsche Aktiengesetz, das Kreditwesengesetz und der Deutsche Corporate Governance Kodex. Da die Aktie der Deutschen Bank auch an der New Yorker Börse (NYSE) notiert ist, unterliegt die Bank zudem den US-amerikanischen Kapitalmarktgesetzen und Bestimmungen der Securities and Exchange Commission (SEC) sowie der New York Stock Exchange.

Vergütung. Im Berichtsjahr hat die Bank ihr Vergütungssystem für den Vorstand angepasst. Anlass dafür war, dass auf europäischer Ebene die Richtlinie zur Eigenmittelausstattung von Kreditinstituten (Capital Requirements Directive IV – CRD 4) in Kraft trat. Demnach ist das Verhältnis der fixen zur variablen Vergütung für bestimmte Mitarbeiter in Banken auf eins zu eins zu beschränken. Die Hauptversammlung hat im Mai 2014 der gesetzlichen Möglichkeit zugestimmt, dieses Verhältnis unter anderem für die Mitglieder des Vorstands auf eins zu zwei festzulegen, ohne hierdurch die erwartete Gesamtvergütung zu erhöhen. Bereits seit 2013 berücksichtigt das Vergütungssystem der Deutschen Bank nicht nur das „Was“, sondern auch das „Wie“ der Zielerreichung. Der überwiegende Teil der variablen Vergütung wird weiterhin aufgeschoben und mit Verfallsbedingungen versehen gewährt. Mindestens 50 % der gesamten variablen Vergütung des Vorstands sind aktienbasiert und damit von der nachhaltigen Ergebnisentwicklung der Deutschen Bank abhängig.

Weitere Informationen

Finanzbericht 2014, Vergütungsbericht, Seiten 289 ff.

Das Vergütungssystem für die Aufsichtsratsmitglieder folgt den Vorgaben des Deutschen Corporate Governance Kodex. Es sieht neben der Basisvergütung jährliche feste Zusatzvergütungen nach Maßgabe von Ausschussmitgliedschaft und Funktion der Mitglieder vor.

Rechnungslegung. Anteilseigner und Öffentlichkeit werden regelmäßig durch den jährlichen Bericht 20-F und den Finanzbericht, der den Konzernabschluss enthält, sowie die Zwischenberichte informiert. Die Konzernrechnungslegung entspricht den International Financial Reporting Standards (IFRS). Dies sorgt für hohe Transparenz und internationale Vergleichbarkeit.

Vorstand und Aufsichtsrat haben am 29. Oktober 2014 die jährliche Entsprechenserklärung gemäß § 161 Aktiengesetz veröffentlicht. Demnach entspricht die Deutsche Bank AG den Empfehlungen des Deutschen Corporate Governance Kodex in der Fassung vom 13. Mai 2013 und in der Fassung vom 24. Juni 2014 mit zwei Ausnahmen. Die eine Ausnahme betrifft Ziffer 5.3.3 des Kodex und bezieht sich auf die Zusammensetzung des Nominierungsausschusses des Aufsichtsrats. Die andere Ausnahme betrifft Ziffer 4.2.3 Abs. 2 Satz 6 und bezieht sich auf die betragsmäßigen Höchstgrenzen für bestimmte variable Vergütungsteile. Die Bank ist der Auffassung, dass sie rückwirkend ab dem 1. Januar 2014 der Regelung nach Ziffer 4.2.3 Abs. 3 entspricht. Danach soll der Aufsichtsrat bei Versorgungszusagen das jeweils angestrebte Versorgungsniveau festlegen und den daraus abgeleiteten jährlichen sowie den langfristigen Aufwand für das Unternehmen berücksichtigen. Die Erklärung zur Unternehmensführung 2014 sowie weitere Dokumente zur Corporate Governance der Deutschen Bank AG sind im Internet abrufbar.

Weitere Informationen
► www.deutsche-bank.de/corporate-governance

Die Deutsche Bank überprüft ihre Corporate Governance kontinuierlich und passt sie gegebenenfalls an. Dabei werden neue Erfahrungen und gesetzliche Vorgaben sowie nationale und internationale Standards berücksichtigt.

Klare Zuordnung von Verantwortung

Um die Regeln und Mechanismen guter Unternehmensführung an der Spitze der Deutschen Bank im Einklang mit den neuen gesetzlichen Vorgaben, den Werten und Überzeugungen der Bank und anerkannter Praxis zu stärken, hat der Vorstand im dritten Quartal 2013 das House of Governance (HoG) geschaffen. Die Initiative verbessert und harmonisiert die Governance-Strukturen der Bank. Sie erhöht die Transparenz der internen Organisation und der Verantwortlichkeiten. Die HoG-Initiative untersteht dem Chief Governance Officer der Bank. Sie richtet sich an den Vorstand und die nachgeordneten zwei Hierarchieebenen – das Senior-Management.

Die Initiative verfolgt drei Ziele: Erstens sollen die Vorstandspflichten und – soweit rechtlich zulässig – ihre ordnungsgemäße Delegation erfasst werden. Zweitens werden die Strukturen der Komitees der Deutschen Bank harmonisiert und schlanker gestaltet. Drittens sollen die Führungs- und Entscheidungsstrukturen der Deutschen Bank dokumentiert werden, um dauerhaft die Transparenz zu erhöhen sowie die Kontrollmöglichkeiten zu verbessern.

Regulatorische und gesetzliche Pflichten des Vorstands in Deutschland, Großbritannien, den USA, in Hongkong und Singapur wurden erfasst und kategorisiert. Für eine mögliche Delegation an die nachgeordneten zwei Hierarchieebenen wurden klare Kriterien definiert und die Linienverantwortungen festgelegt und dokumentiert. Die Harmonisierung der Struktur aller Komitees folgt einem einheitlichen Governance-Standard. Die Struktur wurde nach Kriterien wie Ermächtigungsgrundlage, Zusammensetzung und Mitgliedschaft, Aufgaben und Verantwortlichkeiten sowie Entscheidungs- und Eskalationsprozessen überprüft und angepasst. Die Pflichten, Linienverantwortungen und Mitgliedschaften in Komitees werden in Positionsbeschreibungen für das Senior-Management erfasst. Durch die HoG-Initiative ist die Bank gut auf die neuen regulatorischen Vorgaben, zum Beispiel in Großbritannien, vorbereitet.

Corporate Governance

Durch ihre Corporate Governance stellt die Deutsche Bank eine verantwortungsbewusste, auf nachhaltige Wertschöpfung ausgerichtete Leitung und Kontrolle der Deutschen Bank sicher.

Aktionäre

Die Aktionäre gehören zu den wichtigsten Zielgruppen der Deutschen Bank. Die Bank strebt eine intensive Beziehung zu ihren Anteilseignern an und will eine hohe Beteiligung an den Hauptversammlungen erreichen. Die Aktionäre sind per Gesetz an wichtigen Unternehmensentscheidungen wie Satzungsänderungen, der Verwendung des Bilanzgewinns, der Ermächtigung zur Ausgabe neuer Aktien und wesentlichen Strukturveränderungen beteiligt. Die Deutsche Bank hat nur eine Gattung von Aktien; jede Aktie gewährt ein Stimmrecht.

Vorstand

Der Vorstand leitet die Gesellschaft in eigener Verantwortung. Er ist für die ordnungsgemäße Organisation der Deutsche Bank-Gruppe, ihre Weiterentwicklung und die entsprechende Kontrolle verantwortlich. Die Mitglieder des Vorstands repräsentieren die Bank in der Öffentlichkeit. Der Vorstand ist verpflichtet, die gesetzlichen Bestimmungen und regulatorischen Vorgaben einzuhalten.

Seit 1. Juni 2012 sind Jürgen Fitschen und Anshu Jain gleichberechtigte Co-Vorsitzende des Vorstands. Die Co-Vorsitzenden vertreten den Vorstand, führen die Sitzungen des Vorstands, haben die entscheidende Stimme bei Stimmengleichheit und koordinieren die Aktivitäten des Vorstands.

Die Co-Vorsitzenden leiten gemeinsam das Group Executive Committee (GEC), das aus den Mitgliedern des Vorstands und ausgewählten Senior-Managern besteht. Das GEC übernimmt beratende, koordinierende und entscheidungsvorbereitende Aufgaben für den Vorstand.

Der Vorstand ist für die zentralen Leitungsaufgaben direkt verantwortlich. Dazu gehören unter anderen die strategische Steuerung, die ordnungsgemäße Organisation der Bank und der Deutsche Bank-Gruppe, bestimmte wichtige Geschäftsentscheidungen sowie die Ernennung der Senior-Manager der Bank.

Aufsichtsrat

Der Aufsichtsrat überwacht und berät den Vorstand bei der Geschäftsführung. Grundlegende Entscheidungen, die die Bank betreffen, benötigen seine Zustimmung. Der Aufsichtsrat bestellt die Vorstandsmitglieder und plant gemeinsam mit dem Vorstand langfristig deren Nachfolge. Er kann Informations- und Berichtspflichten des Vorstands festlegen, die über die gesetzlichen Vorgaben hinausreichen. Der Aufsichtsrat prüft die Effizienz seiner Arbeit regelmäßig. Im Berichtsjahr hatte der Aufsichtsrat sieben Ausschüsse: Präsidial-, Prüfungs-, Risiko-, Nominierungs-, Vermittlungs-, Vergütungskontroll- und Integritätsausschuss.

Zur Wahrnehmung seiner Aufgaben achtet der Aufsichtsrat auf eine ausgewogene Zusammensetzung sowie darauf, dass seine Mitglieder insgesamt die erforderlichen Kenntnisse, Fähigkeiten und Erfahrung haben. Der Aufsichtsrat hat eine angemessene Zahl von Mitgliedern, die über langjährige internationale Erfahrung verfügen. Der Aufsichtsrat berücksichtigt den Aspekt der Vielfalt, insbesondere im Vorstand und bei Wahlvorschlägen für den Aufsichtsrat.

Kontroll-strukturen

verstärkt entlang der „drei Verteidigungslinien“

Stärkung der Kontrollen: „Drei Verteidigungslinien“

Das „Three Lines of Defense“-Programm ist ein integraler Bestandteil der strategischen Agenda der Deutschen Bank. Es wurde im vierten Quartal 2013 vom Vorstand vor dem Hintergrund verschärfter aufsichtsbehördlicher Vorschriften angestoßen. Das Programm baut auf Erfahrungen aus Kontrollschwächen der Vergangenheit auf und zielt darauf ab, die nichtfinanzielle Risikosteuerung sowie die Compliance-Kultur der Deutschen Bank in allen Geschäftsbereichen und Infrastrukturfunktionen weiter zu stärken. Das Programm stellt auch die Konsistenz aller Initiativen zur Verbesserung der Kontrollstrukturen in der Bank sicher.

Die Deutsche Bank definiert die drei Verteidigungslinien wie folgt: Zur „ersten Verteidigungslinie“ gehören alle Unternehmensbereiche und ausgewählte Infrastrukturfunktionen. Diese übernehmen die Gesamtverantwortung für sämtliche Risiken und Kontrollen in ihren Geschäftsprozessen. Die „zweite Verteidigungslinie“ umfasst alle Kontrollfunktionen wie Risikosteuerung (Risk), Compliance, Recht (Legal), Personal (Human Resources), Finanzen (Finance) und Steuern (Tax). Diese sind für das Rahmenwerk der Richtlinien der Deutschen Bank und eine unabhängige Risikobewertung verantwortlich. Die erste und die zweite Verteidigungslinie sind voneinander unabhängig. Die „dritte Verteidigungslinie“ ist die interne Revision (Group Audit). Sie stellt eine unabhängige und objektive Bewertung der Effektivität des Risikomanagements sowie der internen Kontroll- und Governance-Prozesse sicher.

2014 wurden die Risiko- und Kontrollorganisation der Deutschen Bank im Bereich nichtfinanzieller Risiken sowie die zugehörigen Managementprozesse systematisch überprüft und die folgenden Anpassungen vorgenommen:

- Die Bank hat eine zentrale Kontrolleinheit in jedem Bereich der ersten Verteidigungslinie eingerichtet, um dessen Verantwortung für die Steuerung der Kontrollstrukturen zu stärken.
- Die Verantwortlichkeiten für Risiko und Kontrollen der zweiten Verteidigungslinie wurden entlang eines einheitlichen Risiko- und Kontrollrahmenwerks neu geordnet. Für einzelne Risiken wurden neue Initiativen gestartet, um den Kontrollrahmen der Bank zu festigen.
- Der Risiko- und Kontrollbewertungsansatz wurde zu einem integrierten Rahmenwerk weiterentwickelt, das von allen drei Verteidigungslinien nach einheitlichen Regeln genutzt wird.

2015 wird die Kontrollorganisation ausgebaut, der verbesserte Bewertungsprozess für Risiken und Kontrollen eingeführt und es werden spezifische Kontrollen in allen drei Verteidigungslinien gestärkt. Dazu gehört auch die Einführung des „Three Lines of Defense“-Modells in den Regionen.

Weitere Informationen

Unternehmerische Verantwortung – Bericht 2014, Seiten 19 ff.

Kultur
Gemeinsame Werte und Überzeugungen leben

In Kürze

- Basis für langfristigen Erfolg
- Gute Fortschritte beim Kulturwandel erzielt
- Dialog und Einbettung der Kultur in Geschäfts- und Personalprozesse

Mit ihrem in der Strategie 2015+ fest verankerten Ziel eines tiefgreifenden Kulturwandels hat die Deutsche Bank ein Zeichen gesetzt: Eine starke Unternehmenskultur, aufbauend auf gemeinsamen Werten und Überzeugungen, ist untrennbar mit dem langfristigen Erfolg der Bank verknüpft. Tief verwurzelte und von allen geteilte Werte und Überzeugungen sollen Verhalten und Entscheidungen in einem sich verändernden Umfeld leiten und der Bank dabei helfen, das Richtige zu tun – zum Wohle der Kunden, der Aktionäre, der Mitarbeiter und der Gesellschaft.

Der Kulturwandel der Deutschen Bank ist ein mehrjähriger Prozess. Die Führungskräfte bekennen sich klar zu ihm und leben ihn vor. Im Jahr 2014 hat die Bank auf diesem Weg beträchtliche Fortschritte gemacht. Führungskräfte und Mitarbeiter intensivierten ihren Dialog über die Unternehmenskultur. Die Werte und Überzeugungen werden nach und nach in Geschäfts- und Personalprozesse eingebettet. Die Werte und Überzeugungen sollen ein integraler Bestandteil des täglichen Umgangs in der Deutschen Bank werden.

Im Dialog mit den Mitarbeitern

Interne multimediale Kommunikationskampagnen haben den Mitarbeitern 2014 die Werte und ihre praktische Bedeutung nähergebracht. Führungskräfte und andere Kulturbotschafter vermittelten im ganzen Unternehmen diese Werte – durch Beispiele, spontane Aussagen und inspirierende Fragen.

Um die Werte und Überzeugungen inhaltlich und praktisch fassbar und erfahrbar zu machen, führte die Bank mit Mitarbeitern speziell zu diesem Zweck entwickelte Workshops durch. In kleinen Gruppen debattierten Teilnehmer auf der ganzen Welt, was die Werte mit der Vision der Bank gemeinsam haben, wie sich Werte und Überzeugungen in Geschäften, Kundenbeziehungen und internen Prozessen konkretisieren und was Mitarbeiter tun können, um sie in ihrem Bereich zu verwirklichen und damit Veränderungen herbeizuführen.

400
Managing Directors
in Deutschland zum Kulturwandel geschult

1.250
Geschäftsvorfälle
auf etwaige ökologische oder gesellschaftliche Risiken geprüft

6.000

Mitarbeiter in CB&S zu Compliance und Risikokultur geschult

700 Mitarbeiter

zur Verstärkung der Kontrollfunktionen eingestellt

Die Resultate der 2014 erneut durchgeführten Mitarbeiterumfrage bestätigen, dass die meisten Mitarbeiter die Bedeutung der Werte und Überzeugungen verstehen. Sie wünschen sich aber auch, dass sich die Werte noch stärker in Verhaltensänderungen manifestieren.

Kulturwandel als Bestandteil des Geschäfts

Um ein nachhaltig positives kulturelles Umfeld zu schaffen, das alle Mitarbeiter ermutigt und motiviert, sich richtig zu verhalten, werden Werte und Überzeugungen nach und nach vollständig in alle Geschäfts- und Personalprozesse der Bank integriert.

Die Deutsche Bank berücksichtigt bei der Auswahl ihrer Kunden und ihren Geschäftspraktiken verstärkt die Werte. Sie hat zudem ihre internen Kontrollen verschärft: In der optimierten Struktur übernehmen die Geschäftsbereiche mehr Verantwortung für das Risikomanagement (Three Lines of Defense). Siehe dazu Seite 28 Die Divisionen sind kundenorientierter geworden. Sie haben die Auswahl von für den Kunden geeigneten Produkten verbessert und dazu zusätzliche Kundenkennzahlen eingeführt. Ein überarbeiteter Verhaltens- und Ethikkodex regelt den Umgang der Mitarbeiter mit internen und externen Partnern.

Die Bank hat in den Jahren 2013 und 2014 wichtige Bestandteile der Leistungsmessung der Mitarbeiter (Performance Management) und der Entlohnung an die Werte und Überzeugungen angepasst. Persönliches Verhalten gemäß den Werten und Überzeugungen geht zur Hälfte in die Beurteilung der individuellen Leistung jedes Mitarbeiters ein. Das Vergütungsprogramm für Mitglieder des Vorstands und die Verteilungsmechanismen für den Bonuspool auf Gruppenebene wurden verändert und enthalten nun spezifische Kennzahlen für die Werte. Sollten das Beurteilungssystem und die Anreizsysteme einmal nicht ausreichen, erlaubt ein neu geschaffener globaler Disziplinarprozess, adäquat und konsequent gegen Fehlverhalten vorzugehen.
Siehe dazu Seite 67

Die Deutsche Bank hat im letzten Jahr gute Fortschritte bei der Umsetzung ihrer neuen Werte gemacht. Ein nachhaltiger kultureller Wandel ist aber ein langfristiger Prozess, der mehrere Jahre in Anspruch nehmen wird. Im nächsten Schritt ist es wichtig, den Kulturwandel für alle Beteiligten noch besser greifbar zu machen: für Mitarbeiter, Kunden, Aktionäre, Aufsichtsbehörden und Öffentlichkeit.

Die Werte und Überzeugungen der Deutschen Bank

Die Werte und Überzeugungen bestimmen zunehmend unser Handeln. Sie sollen uns dabei helfen, unsere Geschäftsaktivitäten mit der größtmöglichen Integrität durchzuführen, langfristigen Wert für unsere Aktionäre zu schaffen und Toptalente zu fördern, die die Deutsche Bank in diesem Geist prägen. Wir konzentrieren uns noch stärker darauf, unseren Kunden passende Lösungen bereitzustellen, die ihre Anforderungen erfüllen. Gleichzeitig verbessern wir kontinuierlich unsere eigenen Prozesse. Wir übernehmen Verantwortung und denken wie Eigentümer unserer Bank.

Unsere Werte					
Integrität	Nachhaltige Leistung	Kunden-orientierung	Innovation	Disziplin	Partnerschaft
Unsere Überzeugungen					
Wir richten uns stets nach den höchsten Integritätsstandards – in Worten und in Taten.	Wir schaffen Wert für unsere Aktionäre, indem wir langfristigen Erfolg über kurzfristige Gewinne stellen.	Wir erarbeiten uns das Vertrauen unserer Kunden, indem wir sie in den Mittelpunkt unseres Handelns stellen.	Wir fördern die intellektuelle Neugier unserer Mitarbeiter, weil sie die Grundlage jeglicher Innovation ist.	Wir gehen sorgsam mit unserem Unternehmen und seinen Ressourcen um. Wir denken und handeln wie Eigentümer.	Wir setzen auf gemischte Teams, um bessere Ideen und ausgewogenere Entscheidungen zu erreichen.
Wir tun das, was nicht nur rechtlich erlaubt, sondern auch richtig ist.	Wir unterstützen unternehmerisches Denken und das verantwortungsbewusste Abwägen von Chancen und Risiken.	Wir schaffen Mehrwert für unsere Kunden, weil wir ihre Bedürfnisse verstehen und sie bestmöglich erfüllen.	Wir verhelfen unseren Kunden zum Erfolg, indem wir geeignete Lösungen für ihre Anforderungen suchen und anbieten.	Wir halten uns an Regeln und stehen zu unseren Zusagen – ohne Wenn und Aber.	Wir stellen gemeinsame Ziele über Bereichsdenken. Die Grundlage dafür sind Zusammenarbeit, Respekt und Vertrauen über alle Bereiche hinweg.
Wir sprechen offen miteinander. Wir fördern, äußern und respektieren konstruktive Kritik.	Wir streben nachhaltigen Erfolg an durch gezielte Entwicklung und Förderung unserer Mitarbeiter entsprechend ihrer Leistung und Talente.	Wir wollen der Partner unserer Kunden sein. Die geschaffenen Werte teilen wir fair.	Wir verbessern kontinuierlich unsere Prozesse und Plattformen, indem wir neue und bessere Ideen nutzen.	Wir erreichen operative Exzellenz, indem wir alles, was wir tun, möglichst schon im ersten Anlauf richtig machen.	Wir arbeiten mit allen Stakeholdern und Aufsichtsbehörden partnerschaftlich und verantwortungsbewusst zusammen. Wir nehmen unsere gesellschaftliche Verantwortung ernst.

»Als Anlagekunde haben wir seit Jahren enge Kapitalmarktbeziehungen zur Deutschen Bank, und das weltweit. Wir freuen uns darauf, diese Partnerschaft 2015 fortzusetzen.«

In London ist die Deutsche Bank bereits seit 1873 vertreten. Mit fast 7.000 Mitarbeitern zählt sie heute zu den größten Arbeitgebern in der City.

Stärken nutzen, Herausforderungen meistern, Vertrauen mehren

Kamya Somasundaram, London
Vice President, Global Capital Markets,
European Investment Grade, BlackRock

2

Kapitalgeber

35 Kapitalgeber
Ein schwieriges Jahr für die Aktie

39 Daten und Fakten
Mehr Grundkapital in Deutschland verwahrt

Die Stärkung der Kapitalbasis verbessert die Wettbewerbsposition der Deutschen Bank, erhöht ihre strategische Flexibilität und erfüllt verschärfte regulatorische Anforderungen.

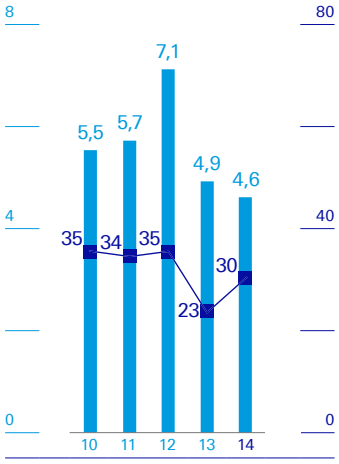
Stärken nutzen, Herausforderungen meistern, Vertrauen mehren

Kapitalgeber
Ein schwieriges Jahr für die Aktie

In Kürze

- Erfolgreiche Kapitalerhöhung
- Jetzt zwei Großaktionäre
- Für Fremdkapitalgeber unverändert attraktiv

2–1
Kapitalpräsenz bei der Hauptversammlung gestiegen



Die von vielen Marktteilnehmern erwartete weltweite Konjunkturerholung und die anhaltende Niedrigzinspolitik der großen Notenbanken stimmten zum Jahresauftakt 2014 die Aktienmärkte optimistisch. Mit 38,15 € erreichte die Deutsche Bank-Aktie Mitte Januar ihren Jahreshöchststand. Im Verlauf der nächsten Monate hielt die freundliche Stimmung an und die meisten Indizes legten leicht zu. So stieg der DAX bis Ende Juni um 2,9 % gegenüber dem Ende des Vorjahres; der STOXX Europe 600 Banks schloss allerdings das erste Halbjahr mit einem Minus von 1,0 % ab. Die Deutsche Bank-Aktie litt unter verschärften regulatorischen Anforderungen und wachsender Unsicherheit über das Ausmaß von Rechtsrisiken in der Branche ebenso wie im Hinblick auf die Bank selbst. Auch die schwächere operative Performance belastete. Die Aktie verlor in der ersten Hälfte des Berichtsjahres 22,3 % und damit deutlich stärker als der STOXX Europe 600 Banks.

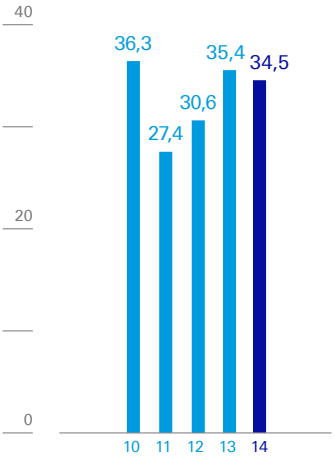
Im zweiten Halbjahr folgte zunächst eine Kurskorrektur des DAX und die Volatilität an den Märkten stieg. So beeinträchtigten unter anderem die sich verfestigenden geopolitischen Spannungen im Zusammenhang mit der Ukraine-Krise, eingetrübte Konjunkturaussichten und der drastische Rückgang des Ölpreises die Kursentwicklung. Mitte Oktober fiel er auf sein Jahrestief; er hatte bis dahin 9 % verloren. Die Verluste konnten wieder aufgeholt werden, so dass der DAX 2014 mit einem Plus von 2,7 % im Vergleich zum Ende des Vorjahres abschloss. Das schwache Marktumfeld und die bestehenden Risiken belasteten die Aktie der Deutschen Bank im zweiten Halbjahr weiter. Die Aktie fiel Mitte Oktober auf ihr Jahrestief von 22,66 €; dies entspricht einem Minus von 31,5 % im Vergleich zum Jahresende 2013. Die Deutsche Bank-Aktie erholte sich danach leicht und beendete 2014 mit einem Minus von 24,5 % im Vergleich zum Vorjahr und einem Schlusskurs von 24,99 €. Diese Kursentwicklung ist nicht zufriedenstellend.

Kapitalerhöhung stärkt strategische Flexibilität

Im Berichtsjahr stand die Finanzbranche erneut vor erheblichen Herausforderungen. Einerseits verschärfte sich das regulatorische Umfeld und die Anforderungen an die Kapitalausstattung von Banken stiegen weiter. Andererseits führten erhebliche Kosten für Regulierung und Compliance sowie das schwierige operative Geschäftsumfeld zu einer erheblichen Belastung der Profitabilität der Bank und beeinträchtigten damit die Möglichkeit zum organischen Kapitalaufbau.

Die Führung der Deutschen Bank hat sich im Mai 2014 zu einer Kapitalerhöhung entschieden, um die Bank hinsichtlich der Herausforderungen bei der Kapitalausstattung abzusichern, Flexibilität zu bewahren und die Wettbewerbsposition zu stärken. Am 25. Juni 2014 wurde die Kapitalerhöhung aus genehmigtem Kapital gegen Bareinlagen erfolgreich abgeschlossen. Die Anzahl der ausgegebenen Stammaktien der Bank hat sich um 359,8 Millionen auf 1.379,3 Millionen Aktien erhöht. Der Bruttoemissionserlös dieser Transaktionen belief sich auf 8,5 Mrd €.

2–2
Marktkapitalisierung
in Mrd € zum Jahresende



Die Kapitalerhöhung bestand aus zwei Emissionen. Unter Ausschluss des Bezugsrechts wurden 59,9 Millionen Aktien zu einem Gegenwert von 1,75 Mrd € bei einem Ankerinvestor, der Paramount Services Holdings Ltd., platziert. Paramount Services Holdings Ltd. ist eine Investmentgesellschaft im Besitz und unter Kontrolle Seiner Exzellenz Scheich Hamad Bin Jassim Bin Jabor Al-Thani aus Katar. Zusätzlich wurden in einer Bezugsrechtsemission insgesamt 299,8 Millionen neue auf den Namen lautende Stammaktien zu einem Gegenwert von 6,75 Mrd € ausgegeben. Der Bezugspreis betrug 22,50 € je Aktie. Die Tier-1-Kernkapitalquote bei vollständiger Umsetzung von Basel 3 stieg durch diese Kapitalerhöhung deutlich. Sie erreichte zum Jahresende 2014 einen Wert von 11,7 % nach 9,7 % im Vorjahr.

Vorstand und Aufsichtsrat schlagen der Hauptversammlung 2015 eine unveränderte Dividende von 0,75 € je Aktie vor.

Marktkapitalisierung gesunken

Die Marktkapitalisierung der Deutschen Bank belief sich Ende 2014 inklusive der Kapitalerhöhung auf 34,5 Mrd €, rund 0,9 Mrd € weniger als ein Jahr zuvor. Grafik 2–2 Im Durchschnitt wurden auf Xetra handelstäglich 8,1 Millionen Deutsche Bank-Aktien gehandelt, ein Anstieg um 1,9 Millionen Aktien gegenüber dem Vorjahr. Das entspricht Rang vier unter den DAX-Papieren, nach Platz fünf im Vorjahr. Damit lag das Handelsvolumen (einfach gezählt) 2014 trotz der Kursschwäche bei 58,6 Mrd €, 4,4 Mrd € mehr als 2013. Die Gewichtung der Deutsche Bank-Aktie im DAX betrug 3,6 % (2013: 4,4 %), ihr Anteil am Aktienumsatz in Xetra 9,3 % (2013: 5,8 %). An der New Yorker Börse, an der die Deutsche Bank-Aktie seit 2001 notiert ist, hat sich die durchschnittliche Zahl der gehandelten Aktien um 23,7 % erhöht.

Langfristige Rendite

Der deutliche Kursrückgang im Berichtsjahr hat die Rendite der Deutsche Bank-Aktie beeinträchtigt. Ein Anleger, der Anfang 2010 für insgesamt 10.000 € Deutsche Bank-Aktien erworben, die Bardividende zum Kauf neuer Aktien eingesetzt und sich an Kapitalerhöhungen ohne Einbringung eigener Mittel beteiligt hat, besaß Ende 2014 ein Depot im Wert von 6.456 €. Dies entspricht einem durchschnittlichen jährlichen Verlust von 8,4 %. Der STOXX Europe 600 Banks verzeichnete im gleichen Zeitraum inklusive Dividende ein jährliches Minus von 0,4 %, der DAX ein Plus von 10,5 %.

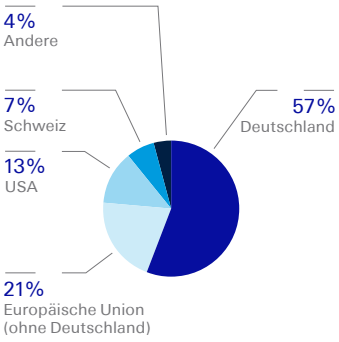
Mehr Aktionäre

Die Deutsche Bank-Aktie befindet sich weiterhin fast vollständig in Streubesitz. 2014 waren 99 % der Aktionäre Privatpersonen. Der von Privatanlegern gehaltene Anteil am Grundkapital betrug zum Ende des Berichtsjahres 20 % (2013: 21 %). Auf institutionelle Investoren entfielen 80 % des gezeichneten Kapitals von 3.530.939.215,36 €.

Seit der Kapitalerhöhung im Juni 2014 hat die Deutsche Bank zwei Großaktionäre, deren Positionen über der gesetzlichen Meldeschwelle von 3 % liegen. Der strategische Ankerinvestor der Bank, Paramount Services Holdings Ltd., hält einen Aktienanteil von 5,83 %, BlackRock Inc., New York, einen Aktienanteil von 6,62 %.

Insgesamt stieg die Zahl der Aktionäre 2014 auf 599.320 (2013: 566.979). Diese Entwicklung steht nur teilweise im Zusammenhang mit der Kapitalerhöhung im Juni. Bereits bis Ende Mai hatte sich die Zahl der Aktionäre auf 571.226 erhöht. Die regionale Verteilung des Grundkapitals laut Aktienregister veränderte sich im Jahresverlauf zugunsten von Deutschland. Am Jahresende 2014 wurden 57 % (2013: 50 %) des Grundkapitals in Deutschland gehalten, während der Anteil der Europäischen Union ohne Deutschland auf 21 % (2013: 26 %) sank. Gleichzeitig verringerte sich der in den USA gehaltene

2–3
Regionale Verteilung des Grundkapitals
In % zum Jahresende 2014



Angaben gerundet

Anteil leicht auf 13% (2013: 15%); der Anteil im Rest der Welt blieb mit 10% konstant. Grafik 2–3 Die regionale Verteilung des Grundkapitals spiegelt den Verwahrort der Aktien wider und nicht notwendigerweise den Sitz der Aktionäre.

Aktienrückkäufe zur Erfüllung von Vergütungsplänen

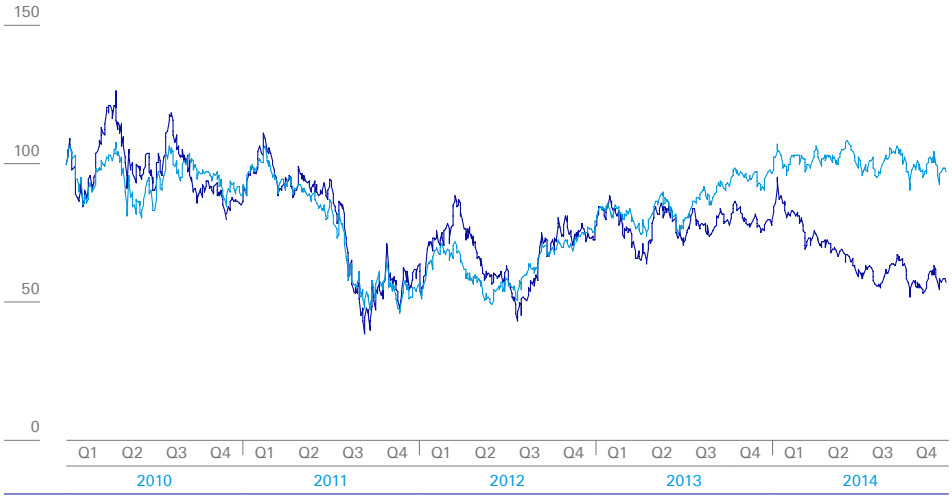
Die ordentliche Hauptversammlung 2014 erteilte dem Vorstand die Ermächtigung, bis zu 10% des Grundkapitals (101,9 Millionen Aktien) bis Ende April 2019 zurückzukaufen. Davon können bis zu 51,0 Millionen Aktien über den Einsatz von Derivaten erworben werden. Diese Ermächtigungen ersetzen die Genehmigungen der Hauptversammlung 2013. Im Jahr 2014 hat die Bank insgesamt 24,6 Millionen Aktien im Wert von 0,72 Mrd € zurückgekauft (2013: 34,2 Millionen). Alle diese Aktien dienten der Erfüllung von Verpflichtungen aus aktienbasierten Vergütungsplänen.

Per 31. Dezember 2014 betrug der Bestand an eigenen Aktien weniger als eine Million. Die Bank hat 2014 weder Aktien eingezogen noch veräußert. Der Bestand an eigenen Aktien hat die meldepflichtige Quote von 3% im Jahresverlauf nicht überschritten.

Ratingagenturen tragen aufsichtsrechtlichen Anforderungen Rechnung

Im März und April 2014 haben Fitch Ratings und Standard & Poor's jeweils ihren Ausblick für die Langfristratings der Deutschen Bank von „stabil" auf „negativ" gesenkt. Dies war das Ergebnis einer branchenweiten Überprüfung, bei der die Annahmen in Bezug auf die Wahrscheinlichkeit staatlicher Unterstützung für den europäischen Bankensektor kritisch hinterfragt worden waren. Beide Agenturen reagierten damit auf die Weiterentwicklung der EU-Richtlinie zur Sanierung und Abwicklung von Kreditinstituten, welche die Stabilität der Finanzdienstleistungsbranche erhöhen soll. Ein wichtiges Ziel der Richtlinie ist es, dass Aktionäre und Besitzer von Anleihen eventuelle Verluste von Banken tragen und die Belastung der Steuerzahler reduziert wird. Im Juli 2014 hat Moody's das Langfrist-, Stand-alone- und Kurzfristrating der Deutschen

Gesamtrendite

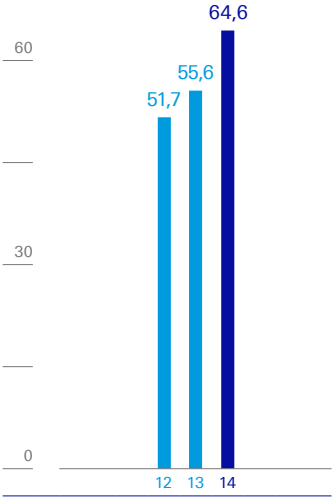


Gesamtrendite (Total Return Index), Jahresanfang 2010 = 100
— STOXX Europe 600 Banks
— Deutsche Bank
Quelle: Bloomberg

Bank um jeweils eine Stufe auf A3, baa3 und P-2 gesenkt. Der Ausblick für das Standalone-Rating der Deutschen Bank wurde als stabil bewertet, während der Ausblick für das Langfristrating negativ geblieben ist. Auch der negative Ausblick der Ratingagentur Moody's reflektiert die Einschätzung, dass die Entwicklung hin zu einer geringeren systemischen Unterstützung für EU-Banken geht.

Im Rahmen ihrer Überprüfung von deutschen, österreichischen und britischen Banken setzte Standard & Poor's das Langfristrating der Deutschen Bank am 3. Februar 2015 auf negativen „Credit Watch" (Überprüfung des Ratings im Hinblick auf eine Herabsetzung). Die Prüfung beruht auf einem neuen Gesetz zur Gläubigerbeteiligung im Insolvenzfall (Bail-in) in diesen Ländern, das seit dem 1. Januar 2015 gilt. Die Ratingagentur will das Ergebnis ihrer Überprüfung bis Anfang Mai 2015 veröffentlichen.

2 – 4
Zunehmende Nutzung von Online-Medien
Anzahl der per E-Mail verschickten Einladungen zur Hauptversammlung der Deutschen Bank AG, in Tausend



Große Unterstützung von Fremdkapitalgebern

Die Deutsche Bank erhielt erneut große Unterstützung von ihren Fremdkapitalgebern, wodurch sie sich sehr günstig refinanzieren konnte. 2014 hat die Deutsche Bank Schuldtitel im Wert von 44,1 Mrd € mit einem durchschnittlichen Spread von 45 Basispunkten über dem relevanten variablen Referenzzins (zum Beispiel LIBOR) und einer durchschnittlichen Laufzeit von 4,8 Jahren ausgegeben. Davon entfielen 22 Mrd € auf Benchmarkemissionen, das heißt Emissionen, die bestimmte Größenanforderungen erfüllen. Weitere 22 Mrd € wurden im Rahmen gezielter Emissionen an Privatkunden (Retail) und Privatplatzierungen eingenommen.

Zu den wichtigsten Transaktionen zählten 2014 die Emissionen von zusätzlichem Kernkapital im Mai und November 2014. Mit diesen zwei Emissionen erreichte die Bank im Wesentlichen das für Ende 2015 angestrebte Volumen von 5 Mrd € an CRD-4-konformem zusätzlichem Kernkapital (Additional Tier 1). Die erste Benchmarkemission von zusätzlichem Kernkapital in Höhe von 3,5 Mrd € im Mai umfasste drei Tranchen. Bei der zweiten Emission im November wurden Anleihen mit unbefristeter Laufzeit und einem Emittenten-Kündigungsrecht nach zehn Jahren im Nennwert von 1,5 Mrd US-$ und mit einer Verzinsung von 7,5 % begeben.

Die Emissionen der Deutschen Bank sind im Hinblick auf Märkte, Instrumente, Währungen und Anlegergruppen gut diversifiziert. Zum Ende des Berichtsjahres stammten 76 % der Refinanzierung der Bank aus sehr stabilen Quellen. Dazu zählen Einlagen von Privatkunden und Kunden aus dem Transaction Banking sowie Emissionen an den Kapitalmärkten und Eigenkapital.

Internetservice

Auf der Investor-Relations-Website bietet die Deutsche Bank umfassende Informationen:

– Ankündigungen und Finanzberichte
– Übertragung großer Investor-Relations-Veranstaltungen und Telefonkonferenzen
– Mitschnitte der Reden auf der Hauptversammlung
– Informationen über die Deutsche Bank-Aktie und Anleihen

Aktionäre nutzen immer häufiger die Möglichkeit, sich online zur Teilnahme an der Hauptversammlung anzumelden und Weisungen zu erteilen. Grafik 2 – 4

Weitere Informationen
► www.deutsche-bank.de/ir

Daten und Fakten
Mehr Grundkapital in Deutschland verwahrt

Strukturdaten

		2014	2013	2012
Anzahl der Aktionäre		599.230	566.979	610.964
Aktionäre nach Gruppen in % des Grundkapitals[1]	Institutionelle (einschließlich Banken)	80	79	75
	Private	20	21	25
Regionale Aufteilung in % des Grundkapitals[1]	Deutschland	57	50	45
	Europäische Union (ohne Deutschland)	21	26	33
	Schweiz	7	6	6
	USA	13	15	13
	Andere	4	4	2

Leistungskennzahlen

	2014	2013	2012
Gesamtrendite der Deutsche Bank-Aktie (Total Return) im Verlauf[2]	–22,5 %	7,5 %	15,0 %
Durchschnittlicher Börsenumsatz pro Tag (in Mio Aktien)[3]	8,1	6,2	7,6
Dividende (in €) je Aktie für Geschäftsjahr	0,75[4]	0,75	0,75

Besondere Projekte

Kapitalerhöhung aus genehmigtem Kapital	Zwei Emissionen mit einem Bruttoemissionserlös von insgesamt 8,5 Mrd €. 59,9 Millionen Aktien zu einem Gegenwert von 1,75 Mrd € wurden bei einem Ankerinvestor, der Paramount Services Holdings Ltd., platziert. Weiterhin wurden 299,8 Millionen neue auf den Namen lautende Stammaktien zu einem Gegenwert von 6,75 Mrd € ausgegeben; der Bezugspreis betrug 22,50 € je Aktie.
Emission von zusätzlichem Tier-1-Kernkapital	2014 wurde in zwei Emissionen zusätzliches Kernkapital in Höhe von 4,7 Mrd € begeben. Die Wertpapiere haben eine unbefristete Laufzeit.

[1] Angaben gerundet
[2] Auf der Basis von Xetra
[3] Orderbuchstatistik (Xetra)
[4] Vorschlag für die Hauptversammlung am 21. Mai 2015

Stärken nutzen, Herausforderungen meistern, Vertrauen mehren

Maria Luisa Cosso, Pinerolo
Privatkundin

»Die Mitarbeiter der Deutschen Bank haben mein volles Vertrauen. Sie sind zuverlässig und liefern schnelle, maßgeschneiderte Lösungen – entscheidende Faktoren für eine optimale Geschäftsbeziehung. Auf diesem festen Fundament steht unsere Partnerschaft, schon seit 1998.«

Italien leistet nach Deutschland den größten Beitrag zu den Konzernerträgen in Kontinentaleuropa. Die Deutsche Bank ist seit 1927 in Italien vertreten und hat dort inzwischen rund 4.000 Mitarbeiter in 370 Filialen.

3

Kunden

43 Corporate Banking & Securities
Den Weg für nachhaltige Leistung ebnen

47 Private & Business Clients
Im Heimatmarkt tief verwurzelt

51 Global Transaction Banking
Wachstumsmärkte erfolgreich erschlossen

57 Deutsche Asset & Wealth Management
Hohe Nettomittelzuflüsse und anhaltende Transformation

61 Non-Core Operations Unit
Kernbestandteil der Strategie 2015+ zum Risikoabbau und Kapitalaufbau

63 Daten und Fakten
Herausragende Leistungen für anspruchsvolle Kunden

In vier Kerngeschäftsfeldern ist die Bank für private, institutionelle und Firmenkunden in aller Welt tätig. Mit einem umfassenden Produktangebot und gutem Service.

Stärken nutzen, Herausforderungen meistern, Vertrauen mehren

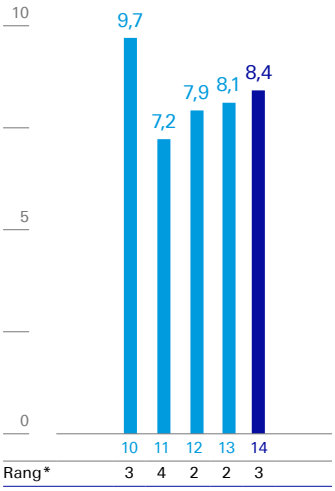
Aussagen über die geschäftliche Position der Deutschen Bank im Vergleich zu Wettbewerbern beziehungsweise zum Markt beruhen grundsätzlich auf externen Quellen. Dazu gehören Fachzeitschriften (zum Beispiel Euromoney) und spezielle Informationsanbieter (zum Beispiel Thomson Reuters, Dealogic).

Corporate Banking & Securities
Den Weg für nachhaltige Leistung ebnen

In Kürze

- Solide Erträge und wachsende Marktanteile
- Fortschritte bei OpEx-Initiativen zur Kostensenkung
- Kulturwandel schreitet voran

3–1
Markets: gefestigte Position im weltweiten Handel mit Staatsanleihen
Marktanteile in %



* im Wettbewerbsvergleich
Quelle: Greenwich Associates

Der Unternehmensbereich Corporate Banking & Securities (CB&S) besteht aus den Geschäftsbereichen Markets und Corporate Finance. Zu Markets gehören die Vertriebs-, Handels- und Strukturierungsaktivitäten in einem breiten Spektrum von Finanzprodukten wie Anleihen, Aktien und aktienbezogene Produkte, börsennotierte und außerbörsliche Derivate, Devisen, Geldmarktinstrumente sowie verbriefte Forderungen. Die Institutional Client Group betreut institutionelle Kunden, während Research Analysen zu Märkten, Produkten und Handelsstrategien liefert. Corporate Finance betreut Fusionen und Übernahmen (Mergers & Acquisitions – M&A) und ist für das Beratungsgeschäft sowie die Emission von Anleihen und Aktien verantwortlich. Regional aufgestellte und branchenorientierte Teams sorgen dafür, dass den Kunden die gesamte Palette der Finanzprodukte und Dienstleistungen aus einer Hand zur Verfügung steht.

CB&S agierte 2014 unter heterogenen, teils schwierigen Bedingungen aufgrund einer grundsätzlich schwächeren Ertragsentwicklung in der Branche und anhaltend niedriger Zinsen in wichtigen Märkten. Die Handelsaktivitäten blieben infolge geringer Volatilität und Volumina insgesamt gedämpft. Die Volatilität nahm im vierten Quartal zu, da die geopolitischen Risiken stiegen und der Ölpreis drastisch fiel. Die US-Wirtschaft setzte hingegen ihren Erholungskurs fort, was die Aktienmärkte dort belebte. Corporate Finance profitierte von einer zunehmend optimistischen Marktstimmung. Dies zeigte sich in regen Geschäftsaktivitäten, insbesondere im Aktienemissionsgeschäft (Equity Capital Markets – ECM) und bei Fusionen und Übernahmen.

Auch 2014 gehörte CB&S zu den weltweit führenden Investmentbanken und konnte gute Ergebnisse erzielen sowie Marktanteile gewinnen, und dies, obwohl der Bereich das Risikomaß für die Verschuldungsquote (Leverage Exposure) reduzierte. Trotz stärkerer Regulierung und schwieriger Handelsbedingungen stiegen die Erträge um

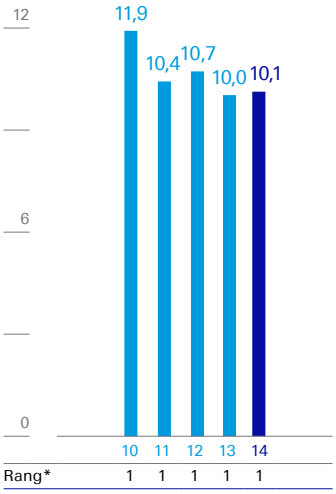
Auszug aus der Segmentberichterstattung (Corporate Banking & Securities[1])

Das Vorsteuerergebnis in Corporate Banking & Securities belief sich 2014 auf 3,3 Mrd € nach 3,2 Mrd € im Vorjahr, was hauptsächlich auf eine solide Ertragsentwicklung infolge einer höheren Volatilität im zweiten Halbjahr 2014 und niedrigere Aufwendungen für Rechtsstreitigkeiten zurückzuführen ist. Diese Effekte wurden teilweise durch höhere Kosten zur Erfüllung aufsichtsrechtlicher Auflagen und Umsetzungskosten für das Operational-Excellence-Programm aufgehoben.

in Mio €	2014	2013
Erträge insgesamt	13.742	13.526
Risikovorsorge im Kreditgeschäft	103	189
Zinsunabhängige Aufwendungen	10.348	10.162
Ergebnis vor Steuern	**3.266**	3.158
Eigenkapitalrendite vor Steuern in %	13	16
Risikogewichtete Aktiva	175.561	114.729
Aktiva	1.213.612	1.102.007

[1] Auszug aus der Segmentberichterstattung. Erläuterungen und weitere Details siehe Finanzbericht 2014 (Lagebericht). Risikogewichtete Aktiva basieren auf dem Basel 2.5 Regelwerk bis zum 31. Dezember 2013. Ab dem 1. Januar 2014 basieren risikogewichtete Aktiva auf dem CRR/CRD 4 Regelwerk.

3–2
Markets: Führungsposition im internationalen Handel mit Anleihen
Marktanteile in %



* im Wettbewerbsvergleich
Quelle: Greenwich Associates

2 % gegenüber dem Vorjahr. Dazu trugen sowohl das Handelsgeschäft (Sales & Trading) als auch das Emissions- und Beratungsgeschäft (Origination & Advisory) bei. Die Erträge im Anleihegeschäft (Debt Sales & Trading) blieben im Vergleich zum Vorjahr unverändert, während das Aktiengeschäft (Equity Sales & Trading) einen Anstieg der Erträge von 7 % verzeichnete. Die Kosten des Unternehmensbereichs stiegen um 2 %. Gründe waren höhere Aufwendungen zur Erfüllung regulatorischer Anforderungen, unter anderem für den Vergütungsmix infolge der CRD-4-Anforderungen, Investitionen in das Unternehmen sowie negative Auswirkungen von Wechselkursänderungen. CB&S erzielte im Berichtsjahr ein Ergebnis vor Steuern von 3,3 Mrd € (2013: 3,2 Mrd €).

Geschäftsmodell optimiert

CB&S optimierte im Berichtsjahr den Ressourceneinsatz in allen Sparten und konnte gleichzeitig seine marktführende Position im Kundengeschäft beibehalten. 2014 reduzierte der Unternehmensbereich konsequent das Risikomaß für die Verschuldungsquote (Leverage Exposure). Auch die Mitarbeiterzahl wurde verringert, wodurch sich die Effizienz erhöhte. Die geschäftlichen Aktivitäten wurden vor dem Hintergrund veränderter Markttrends und regulatorischer Anforderungen evaluiert und angepasst, um Kundenbedürfnisse zu erfüllen und Chancen zu nutzen. Zudem gab CB&S Ende 2014 bekannt, dass der Handel mit CDS (Credit Default Swaps – Kreditausfallswaps) für Einzeladressen zum größten Teil eingestellt wird.

Der Geschäftsbereich Markets verringerte im Berichtsjahr das Leverage Exposure im Geschäft mit Anleihen und Währungen (Fixed Income & Currencies) und verlagerte Ressourcen auf sein marktführendes Geschäft mit strukturierten Lösungen für Risiken und Finanzierungen (Credit Solutions). Ziel war es, Marktchancen beispielsweise im Geschäft mit gewerblichen Immobilien wahrzunehmen. Im Aktiengeschäft arbeitete der Geschäftsbereich entschlossen daran, seine Kapazitäten effizienter zu nutzen und Erträge zu steigern, zum Beispiel im Geschäft mit Hedgefonds (Prime Finance).

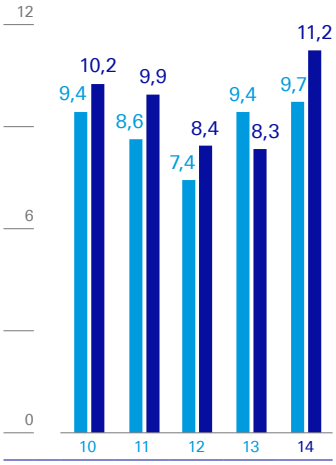
Corporate Finance konzentrierte sich im Berichtsjahr ebenfalls auf die Steigerung der Produktivität. Das wurde durch eine effizientere Kundenbetreuung, eine verbesserte Kapitalallokation und eine engere Zusammenarbeit mit dem Unternehmensbereich Global Transaction Banking (GTB) erreicht. Hohe Priorität hatte die Intensivierung besonders ertragreicher Kundenverbindungen. Zudem erzielte Corporate Finance nachhaltige Renditen aus seinem Kreditportfolio. Der Bereich konnte seine Rolle als Marktführer in Europa halten, baute den Marktanteil in den USA weiter aus und behauptete seine starke Position in Asien (Quelle: Dealogic).

Die Deutsche Bank erhielt 2014 für ihre Aktivitäten im Unternehmensbereich CB&S zahlreiche Auszeichnungen. Unter anderem wurde sie von der Zeitschrift Euromoney zum Best Global Risk Advisor und Best Global Debt House sowie von The Banker zur Most Innovative Investment Bank for FX gekürt.

Markets: solide Erträge

Der Geschäftsbereich Markets konnte 2014 wachsen und Marktanteile gewinnen. Das globale Anleihegeschäft, gemessen am Marktanteil, belegte laut Greenwich Associates zum fünften Mal in Folge Platz eins. Grafik 3–2 Auch 2014 profitierte die Deutsche Bank von der Stärke ihres Geschäftsmodells. So blieben die Erträge in einem rückläufigen Marktumfeld weitgehend stabil. Der Markt für den Devisenhandel (Foreign Exchange) sowie das Geschäft mit Staatsanleihen und Zinsderivaten (Rates) waren besonders schwierig. Dagegen konnten die Erträge bei strukturierten Lösungen für Risiken und Finanzierungen (Credit Solutions) gesteigert werden. Das

3–3
Marktanteil bei Aktienderivaten ausgebaut
Angaben in %



Quelle: Greenwich Associates

Anleihegeschäft (Debt Sales & Trading) verzeichnete eine starke Ertragsentwicklung in den USA und glich damit die schwächere Entwicklung in der Region Europa, Naher Osten, Afrika (EMEA) sowie Asien/Pazifik aus.

Der Bereich Debt Sales & Trading reagierte auf das sich verändernde Marktumfeld und investierte erfolgreich in sein Geschäft. Im Berichtsjahr wurden leistungsfähigere Analyseverfahren und Instrumente entwickelt, um einen möglichst wertschaffenden Einsatz der Ressourcen sicherzustellen. So bietet eine neue Vertriebsplattform schnelleren und transparenten Zugriff auf präzise Informationen über Kunden, Geschäft und Vertriebsleistungen. Markets fokussierte sich außerdem darauf, multinationale Unternehmen besser zu betreuen. Dazu investierte der Bereich in eine neue IT-Plattform. Der Geschäftsbereich nutzte außerdem Chancen, die sich aus regulatorischen Veränderungen ergaben. So hatte Markets den größten Marktanteil im Handel mit US-Dollar-Zinsswaps, die auf das aufsichtsrechtlich vorgeschriebene zentrale Clearing und den elektronischen Handel umgestellt worden waren.

Das Aktiengeschäft (Equity Sales & Trading) zeigte im Berichtsjahr eine solide Ertragsdynamik sowie steigende Marktanteile und konnte somit seinen Beitrag zum Ergebnis vor Steuern deutlich verbessern. Die Deutsche Bank wurde von Greenwich Associates in den Kategorien Flow Equity Derivatives und Equity Options for European Investors zur Nummer eins gekürt. Im Handel mit Aktien (Cash Equities) konzentrierte sich die Bank weiterhin auf die Verbesserung des elektronischen Handels. Der Bereich Equity Derivatives (das Geschäft mit Derivaten auf Aktien) fokussierte sich darauf, das Produktangebot und die Dienstleistungen für Firmenkunden auszubauen, und erzielte ein gutes Ergebnis in allen Regionen, insbesondere in den USA. Grafik 3–3 Markets strukturierte sein Angebot für Hedgefonds und den Einsatz seiner Ressourcen in diesem Bereich neu mit dem Ziel, den Kundenservice zu optimieren.

Corporate Finance: Marktanteile in den USA gewonnen

Im globalen Ranking belegte Corporate Finance 2014 Platz fünf und erreichte einen Marktanteil von 5,4 % auf der Basis von Provisionen (Quelle: Dealogic). Grafik 3–4 Der Geschäftsbereich konnte bei den meisten Produkten und in den meisten Regionen zulegen, insbesondere im globalen hochverzinslichen Finanzierungsgeschäft (Leveraged Debt Capital Markets – LDCM), im Geschäft mit Fusionen und Übernahmen sowie in den USA und Europa. Das Fachmagazin International Financing Review verlieh Corporate Finance mehrere renommierte Auszeichnungen. So wurde der Geschäftsbereich unter anderem zum Euro Bond House of the Year und zum EMEA Financial Bond House of the Year gekürt.

Als Arrangeur internationaler Anleihen in der Welt die

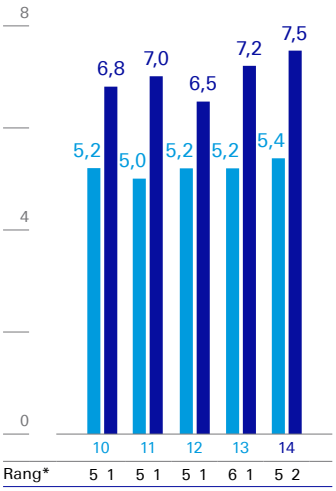
Nummer eins

Im Emissionsgeschäft für Fremdkapital (Debt Capital Markets) war die Deutsche Bank die Nummer eins unter den Arrangeuren internationaler Anleihen. Sie begleitete im Berichtsjahr unter anderem acht der zehn größten Platzierungen von US-Unternehmensanleihen mit guter Bonität sowie die bisher größte Emission einer hochverzinslichen Anleihe (Altice/Numericable). Im Aktienemissionsgeschäft ist die Deutsche Bank das einzige Unternehmen, das an allen fünf weltweit größten Börsengängen beteiligt war. Im Geschäft mit Fusionen und Übernahmen gewann die Deutsche Bank mehr Marktanteile als jede andere führende Bank. Sie nahm damit im Berichtsjahr in der Region EMEA Rang drei ein. In Nord- und Südamerika sowie in der Region Asien/Pazifik (ohne Japan) verbesserte sie ihre Ranglistenposition und ihren Marktanteil (Quelle: Dealogic).

3–4

Corporate Finance:
Marktanteile weiter gestiegen

In %



■ Global
■ EMEA
* im Wettbewerbsvergleich
Quelle: Dealogic, auf Provisionsbasis

Ressourcen reduziert

CB&S erwirtschaftete 2014 trotz einer deutlichen Verringerung der Ressourcen robuste Ergebnisse. Dies reflektiert die Qualität und die Nachhaltigkeit der Kundenverbindungen. Da die Aufsichtsbehörden die Eigenkapitalausstattung stärker in den Fokus nahmen, reduzierte CB&S im Jahresverlauf das Risikomaß für die Verschuldungsquote (Leverage Exposure). Die risikogewichteten Aktiva (Risk Weighted Assets – RWA) bei vollständiger Umsetzung von Basel 3 nahmen hingegen um 20 % auf 176 Mrd € zum Jahresende 2014 zu. Dies war auf Modellanpassungen und die höheren operationellen Risiken wegen gestiegener Aufwendungen für Rechtsstreitigkeiten in der gesamten Branche zurückzuführen. Mit Initiativen im Rahmen des Operational-Excellence(OpEx)-Programms wurden seit seinem Beginn Einsparungen in Höhe von 1 Mrd € erzielt; dies war mehr als geplant.

Kulturwandel vorangetrieben

Um sicherzustellen, dass der an gesellschaftlichen Erwartungen und Kundeninteressen ausgerichtete Kulturwandel der Deutschen Bank auch im Investmentbanking nachhaltig implementiert wird, leitete CB&S 2014 entscheidende Schritte ein. Die Mitarbeiter im Vertrieb und im Handel bewerten die angebotenen Produkte inzwischen aus unterschiedlichen Blickwinkeln, einschließlich nichtfinanzieller Risiken und der Kundenzufriedenheit. Ziel ist die Orientierung an Nachhaltigkeit und Mehrwert für die Kunden. Im Verlauf des Jahres 2014 investierte das CB&S Executive Committee viel Zeit und Energie, um die Werte und Überzeugungen der Deutschen Bank im Unternehmensbereich zu verankern. Nahezu alle CB&S-Mitarbeiter nahmen an Kultur-Workshops teil, die vom Senior-Leadership-Team unterstützt wurden. CB&S baute gleichzeitig seine Systeme und Kontrollen aus, um die Einhaltung bankinterner Richtlinien zu überwachen. Des Weiteren wurde im Unternehmensbereich die unabhängige Kontrolleinheit gestärkt, die das Geschäft überwacht.

Ausblick

2015 wird CB&S das Geschäft weiter an das sich wandelnde Umfeld anpassen und ein noch effizienteres Geschäftsmodell schaffen, mit dem nachhaltig Renditen erwirtschaftet werden können. Makroökonomische Trends und die divergierende Politik der Zentralbanken dürften gute Voraussetzungen für höheres Wachstum als im Berichtsjahr schaffen. Nicht zuletzt sollen dauerhafte Kostendisziplin und die weitere Umsetzung des OpEx-Programms das Ergebnis verbessern. Die Stärkung der Kapitalposition, mit der CB&S 2014 gut vorangekommen ist, behält hohe Priorität. Der Unternehmensbereich wird sein Kundenportfolio optimieren, in Technologie investieren und Ressourcen dynamisch einsetzen, um höhere Erträge zu generieren.

Auszeichnungen 2014

The Banker
Most Innovative Investment Bank for FX
Most Innovative Investment Bank for Bonds
Most Innovative Investment Bank for Emerging Markets

Euromoney
Best Global Risk Advisor
Best Global Debt House
Best Investment Bank in Western Europe
Best Bank in Germany

Risk
Bank Risk Manager of the Year

Greenwich Associates
No. 1 in Global Fixed Income
No. 1 in Flow Equity Derivatives

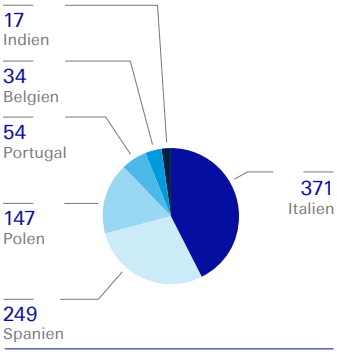
International Financial Review
Structured Finance House of the Year
Euro Bond House of the Year
EMEA Loan House of the Year

Private & Business Clients
Im Heimatmarkt tief verwurzelt

In Kürze

- Marktführerschaft in Deutschland bekräftigt, profitables Wachstum in Europa und Asien
- Digitalisierung als ein Kernelement der strategischen Entwicklung
- Postbank-Integration weit fortgeschritten, gemeinsame Serviceeinheit etabliert

3–5
Filialen im Geschäftsbereich Advisory Banking International
Insgesamt 872 Filialen zum Jahresende 2014



Der Unternehmensbereich Private & Business Clients (PBC) bietet Privatkunden, Selbstständigen sowie kleinen und mittleren Unternehmen im In- und Ausland Bank- und Finanzgeschäfte an. Das Produktangebot von PBC umfasst neben Zahlungsverkehr und Kontoführung die Vermögensanlage- und Vorsorgeberatung, Wertpapiere, Einlagen und Kredite. Als führende Privatbank betreut PBC im Heimatmarkt Deutschland rund 23 Millionen Kunden. Im Ausland betreut der Bereich fünf Millionen Kunden. PBC verfügt über rund 2.700 Filialen in Deutschland, Italien, Spanien, Belgien, Portugal, Polen und Indien. Ergänzt wird das Filialgeschäft durch den mobilen Vertrieb über selbstständige Finanzberater sowie verschiedene Direktkanäle. Außerdem kooperiert PBC mit namhaften Unternehmen. Dazu gehören die Deutsche Post DHL AG, die Deutsche Vermögensberatung AG (DVAG) sowie die spanische und italienische Post. In China hält PBC als zweitgrößter Aktionär 19,99 % an der Hua Xia Bank. PBC umfasst die drei Geschäftsbereiche Privat- und Firmenkundenbank (PFB), Advisory Banking International und Postbank.

Das Geschäftsumfeld blieb 2014 in weiten Teilen herausfordernd. Die niedrigen Zinsen in Europa, die in der zweiten Jahreshälfte sogar in Negativzinsen auf Sichteinlagen seitens der Europäischen Zentralbank mündeten, beeinträchtigten das Einlagengeschäft. PBC hat die Negativzinsen nicht an seine Kunden weitergegeben. Die anhaltend niedrigen Zinsen veranlassten die Kunden in Deutschland und im Ausland aber auch, zunehmend in Wertpapiere und Versicherungen zu investieren. Das Interesse an Krediten zur Immobilienfinanzierung nahm zu.

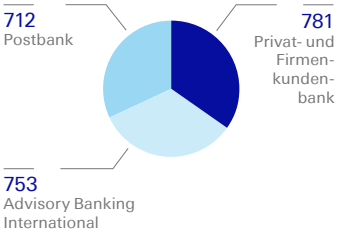
Auszug aus der Segmentberichterstattung (Private & Business Clients[1])

Das Vorsteuerergebnis in PBC belief sich 2014 auf 1,3 Mrd € nach 1,6 Mrd € im Vorjahr. Dieser Rückgang ist hauptsächlich auf Einmaleffekte bei den Zinsunabhängigen Aufwendungen aufgrund von Rückzahlungsansprüchen für Kreditbearbeitungsgebühren infolge zweier Entscheidungen des Bundesgerichtshofs im Mai und Oktober 2014 zurückzuführen. Während die Erträge aufgrund von Nettomittelzuflüssen in Investment- und Versicherungsprodukte und mehr Transaktionen stiegen, verringerte sich die Risikovorsorge im Kreditgeschäft aufgrund des günstigeren Geschäftsumfelds in Deutschland im Vergleich zum Vorjahr. Das verwaltete Volumen an Kundengeldern stieg um 9 Mrd € infolge von Nettozuflüssen in Höhe von 6 Mrd €, hauptsächlich bei Wertpapieren, und positiven Marktwertentwicklungen.

in Mio €	2014	2013
Erträge insgesamt	9.639	9.550
Risikovorsorge im Kreditgeschäft	622	719
Zinsunabhängige Aufwendungen	7.682	7.276
Ergebnis vor Steuern	**1.335**	1.555
Eigenkapitalrendite vor Steuern in %	9	11
Risikogewichtete Aktiva	79.571	73.001
Aktiva	258.381	265.360

[1] Auszug aus der Segmentberichterstattung. Erläuterungen und weitere Details siehe Finanzbericht 2014 (Lagebericht). Risikogewichtete Aktiva basieren auf dem Basel 2.5 Regelwerk bis zum 31. Dezember 2013. Ab dem 1. Januar 2014 basieren risikogewichtete Aktiva auf dem CRR/CRD 4 Regelwerk.

3–6
Vorsteuergewinn* gleichmäßig auf die Geschäftsbereiche verteilt
Insgesamt 2.246 Mio € zum Jahresende 2014



* Vorsteuergewinn ohne Umsetzungskosten (CtA) und Erstattungen von Kreditbearbeitungsgebühren
Zahlen gerundet

2014 erreichte PBC einen Vorsteuergewinn von 1,3 Mrd € (2013: 1,6 Mrd €). Dies berücksichtigt Investitionskosten für die Postbank-Integration, das bereichsübergreifende Operational-Excellence(OpEx)-Programm und Erstattungen von Gebühren für die Kreditbearbeitung. Die Erträge wuchsen um 1 % auf 9,6 Mrd €. Das beschriebene Kundenverhalten trug zu höheren Erträgen im Kredit-, Wertpapier- und Versicherungsgeschäft bei. Dagegen führten das anhaltend niedrige Zinsniveau insbesondere im Einlagengeschäft sowie schwierigere Rahmenbedingungen im Zahlungsverkehr, bei Karten und Konten 2014 zu einem Ertragsrückgang.

Die Kosten des Unternehmensbereichs sind im Vergleich zum Vorjahr um 6 % gestiegen. Nach zwei Entscheidungen des Bundesgerichtshofs mussten in der Vergangenheit vereinnahmte Gebühren für die Kreditbearbeitung erstattet werden. Das belastete PBC mit 400 Mio €. Veränderte regulatorische Anforderungen führten ebenfalls zu Mehraufwand. Diesen Kostensteigerungen standen Einsparungen aus der erfolgreichen Umsetzung des 2012 initiierten OpEx-Programms gegenüber.

Aufgrund des anhaltend stabilen wirtschaftlichen Umfelds in Deutschland und der hohen Qualität des Kreditportfolios waren die Kosten für die Risikovorsorge im Kreditgeschäft der Privat- und Firmenkundenbank sowie der Postbank im Berichtsjahr erneut niedriger als 2013.

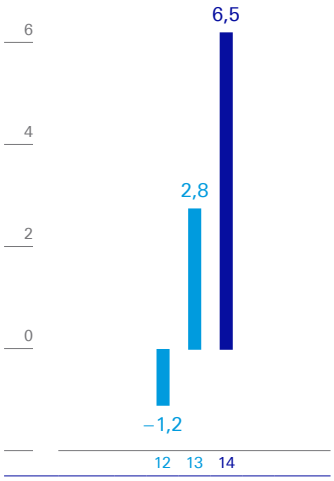
Führungsposition unter den Privatbanken

Strategisch setzt PBC auf den Ausbau seiner Führungsposition unter den Privatbanken in Deutschland und auf einen fokussierten Marktauftritt in ausgewählten europäischen und asiatischen Ländern.

Im Heimatmarkt wurde 2014 die im Jahr zuvor begonnene Zusammenführung der Betreuung von mittelständischen Firmenkunden unter dem Dach der Privat- und Firmenkundenbank (PFB) vollendet. Dadurch erhielten mehr Firmenkunden Zugang zu den 180 Beratungszentren der PFB. Die Firmenkundenbetreuer in den Filialen intensivierten ihre Zusammenarbeit mit dem Unternehmensbereich Global Transaction Banking (GTB). Damit bieten sie mittelständischen Kunden zusätzliche Service- und höhere Beratungsqualität in der Außenhandelsfinanzierung und im Zahlungsverkehr sowie einen erweiterten Zugang zur globalen Produktexpertise und zum weltweiten Netzwerk der Deutschen Bank.

Private & Business Clients

3–7
Nettomittelzuflüsse in Investment- und Versicherungsprodukte
In Mrd €



Die Integration der Postbank wurde im Berichtsjahr vorangetrieben und stärkte die Position von PBC im Heimatmarkt.

Zu Advisory Banking International gehören die Aktivitäten von PBC in Europa (ohne Deutschland), in Indien sowie die Beteiligung der Deutschen Bank an der chinesischen Hua Xia Bank. Das internationale Geschäft von PBC ist klar auf selektives und profitables Wachstum ausgerichtet. In allen Auslandseinheiten war 2014 eine solide Ertrags- und Volumensentwicklung erkennbar. PBC profitierte von der Beteiligung an der chinesischen Hua Xia Bank, deren Ergebnis im Berichtsjahr erneut zunahm.

In allen drei Geschäftseinheiten lag eine strategische Priorität auf Initiativen zur Weiterentwicklung des digitalen Bankgeschäfts. Durch den Ausbau des Multi-Kanal-Angebots sollen die Kunden noch besser bedient werden.

Steigende Erträge im Kreditgeschäft

Die Erträge aus dem Kreditgeschäft stiegen 2014 in allen Geschäftsbereichen. Besonders positiv entwickelte sich die Baufinanzierung in Deutschland. Das günstige ökonomische Umfeld belebte die Nachfrage nach Wohnungsbaukrediten. PBC warb erhebliche Neugeschäftsvolumina mit gleichbleibend gutem Risikoprofil ein. Zu den steigenden Erträgen trug die Konzentration auf Neugeschäft mit höheren Margen bei.

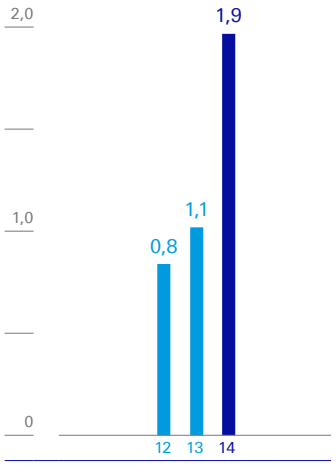
Im Einlagengeschäft stellte das Niedrigzinsumfeld eine große Herausforderung dar. Trotz gezielter Absicherungsgeschäfte sowie einer eng an die Marktentwicklung angelehnten Konditionengestaltung gingen die Erträge leicht zurück. Die Mitte des Jahres gestartete Neugeldkampagne („FestzinsSparen“) stieß auf große Resonanz. Im Umfeld der anhaltend niedrigen Zinsen zeigte sich hier das hohe Ansehen der Deutschen Bank als attraktiver Anbieter von Einlagenprodukten. Insgesamt gewann PBC im Kampagnenzeitraum mehr als 7 Mrd € neue Einlagen.

Bei wachsendem Interesse der Anleger an attraktiven Anlagemöglichkeiten konnte PBC im Berichtsjahr das Wertpapiergeschäft in Europa, aber auch in Indien ausdehnen. Gleichzeitig verzeichnete der Unternehmensbereich mit 6,5 Mrd € die höchsten Nettomittelzuflüsse im Wertpapier- und Versicherungsgeschäft seit mehr als zehn Jahren. Grafik 3–7 Das verwaltete Volumen an Kundengeldern stieg durch Zuflüsse und Kursgewinne um 9 Mrd €. Für PBC hat das Wachstum des Geschäfts mit Investmentprodukten und Versicherungen auch in Zukunft eine hohe Priorität.

Effizientere Prozesse

In der ersten Jahreshälfte 2014 wurden die zuvor unabhängig operierenden Serviceeinheiten der Privat- und Firmenkundenbank und der Postbank in der Holding PBC Banking Services GmbH zusammengefasst. PBC hat mit dieser Servicegesellschaft die größte integrierte Serviceplattform der Finanzindustrie in Deutschland geschaffen. Sie ist das Kompetenzzentrum für alle Dienstleistungen rund um Konten, Karten, Kredite und Wertpapiere und bildet das Rückgrat des Vertriebs. PBC Banking Services bündelt das Expertenwissen von rund 10.000 Mitarbeitern und stellt ein umfassendes Spektrum an Produkten und Services für den optimalen Dienst am Kunden zur Verfügung. Auch künftig wird PBC Strukturen weiter verschlanken, Produkte und Prozesse vereinfachen sowie einen noch höheren Automatisierungsgrad anstreben.

3–8
Gestiegene Nutzung von Online-Medien
App-Downloads
in Millionen zum Jahresende



Weitere Fortschritte wurden beim Aufbau der übergreifenden IT- und Serviceplattform Magellan gemacht. Diese Plattform wird von der Privat- und Firmenkundenbank und der Postbank gemeinsam genutzt. Magellan dient der Konsolidierung und Integration ihrer IT- und Bank-Services. Sie sorgt für Kosteneinsparungen und effizientere Prozesse. Die Erneuerung und Standardisierung der Systeme ermöglicht schnellere Produktentwicklungen und Service-Innovationen. 2014 wurden 18 Millionen Sparkonten SEPA-fähig gemacht und es startete eine neue Anwendung zur Steuerung der Vertriebsaktivitäten in Filialen. Magellan ist die Plattform und das Fundament für die Digitalisierungsoffensive der Deutschen Bank.

Digitalisierung hat hohe Priorität

Digitalisierung war im Jahr 2014 ein Kernelement der strategischen Entwicklung. Im Berichtsjahr stellte die Bank PBC 200 Mio € für Investitionen in das digitale Angebot in einem Zeitraum von drei Jahren zur Verfügung. In allen Geschäftseinheiten von PBC wurden Initiativen auf den Weg gebracht, um die digitalen Zugangswege weiter auszubauen. PBC will so schneller auf die Bedürfnisse seiner Kunden reagieren, ein breiteres Informationsangebot zur Verfügung stellen und die Dialogmöglichkeiten verbessern.

In der Privat- und Firmenkundenbank wurden 2014 mit der Einführung der PhotoTAN, der Erweiterung des digitalen Postfachs und dem Start des Finanzplaners zum Ende des Jahres Fortschritte erzielt. Außerdem stehen den Kunden mehr und leistungsfähigere Banking-Funktionen auf mobilen Endgeräten zur Verfügung. PBC erprobte erfolgreich die Beratung per Videokonferenz, um für die Kunden das Expertenwissen von Spezialberatern auch in kleinen und weniger zentral gelegenen Filialen nutzbar zu machen.

In der Postbank wurde in der zweiten Jahreshälfte 2014 eine großangelegte Marketingkampagne gestartet. Mit ihrem neuen Markenauftritt präsentiert sich die Postbank digital und persönlich. Sie ist eine der ersten Banken, die Überweisungen mittels Fingerabdruck in der App authentifizieren und ausführen kann. Außerdem können die Kontodaten bequem per Mail versendet oder per QR-Scanner gescannt und verteilt werden.

Ausblick

PBC will seine Erträge in den kommenden Jahren auch im anhaltend niedrigen Zinsumfeld kontinuierlich steigern. Angestrebt wird eine Stärkung des Kreditgeschäfts in Deutschland, der Ausbau des Anlage- und Versicherungsgeschäfts und fokussiertes Wachstum in den europäischen Einheiten. Der Unternehmensbereich zielt auf höhere Profitabilität. Eine engere Zusammenarbeit verschiedener Geschäftsbereiche sowohl innerhalb von PBC als auch im Konzern soll den Kundennutzen mehren. International beabsichtigt PBC, sein Beratungsgeschäft in den europäischen Kernmärkten und Indien zu forcieren sowie von seiner Beteiligung an der chinesischen Hua Xia Bank zu profitieren. Die Postbank konzentriert sich nach dem intensiven Bilanz- und Risikoabbau der letzten Jahre verstärkt auf das Kerngeschäft. Die fortschreitende Integration der Postbank soll zusätzliche Synergien freisetzen und Kosten sparen.

Auszeichnungen 2014

Handelsblatt
Beste Anlageberatung – Wertpapiere

PASS Online-Banking Awards 2014
Beste Filialbank
Bester Online Broker (maxblue)

Euro am Sonntag
Vermögensaufbau und Vorsorge – sehr gut

Structured Retail Products.com
Best Distributor for Structured Products in Portugal

Global Transaction Banking
Wachtumsmärkte erfolgreich erschlossen

In Kürze

- Ertragswachstum in einem herausfordernden Umfeld
- Führende Position im Euro-Clearing
- Organisation stärker auf Kundengruppen zugeschnitten

1,2 Mrd €

Ergebnis vor Steuern im Unternehmensbereich

Der Unternehmensbereich Global Transaction Banking (GTB) bietet weltweit Produkte und Leistungen für Unternehmen und Finanzinstitute an. Dazu gehören die Abwicklung inländischer und grenzüberschreitender Zahlungen ebenso wie die Risikosteuerung und Finanzierung internationaler Handelsgeschäfte. Außerdem stellt der Bereich Leistungen im Treuhand- und Vermittlungsgeschäft sowie in der Wertpapierverwahrung und -verwaltung bereit. GTB umfasst Cash Management, Trade Finance und Securities Services.

GTB operierte 2014 erfolgreich in einem herausfordernden Umfeld, das durch eine nur langsame wirtschaftliche Erholung in Europa sowie niedrige – und im zweiten Halbjahr sogar negative – Zinsen geprägt war. Das Geschäft wurde wettbewerbsintensiver, da neue Anbieter auf den Markt kamen und die Margen unter Druck blieben. GTB ist in seinem internationalen Geschäft auch geopolitischen Risiken ausgesetzt. Regulatorische Änderungen stellten Herausforderungen dar, boten aber zugleich Chancen.

Obwohl die Marktbedingungen häufig schwierig waren, hat GTB weiter in Wachstum investiert. Zunehmende Geschäftsvolumina und eine gute Geschäftsentwicklung besonders in Asien sowie Nord- und Südamerika führten dazu, dass die Erträge gegenüber 2013 um 2 % stiegen. Die Risikokosten waren geringer als im Vorjahr. Die Aufwand-Ertrag-Relation lag aber wegen Kosten für Rechtsstreitigkeiten und der Umsetzung regulatorischer Anforderungen geringfügig höher als 2013. GTB konnte sein Ergebnis vor Steuern innerhalb von zwei Jahren fast verdoppeln und erzielte 2014 1,2 Mrd € (2013: 1,1 Mrd €).

Auszug aus der Segmentberichterstattung (Global Transaction Banking[1])

Das Vorsteuerergebnis in Global Transaction Banking belief sich 2014 auf 1,2 Mrd € nach 1,1 Mrd € im Vorjahr. Dies resultierte aus höheren Erträgen und einem Rückgang der Risikovorsorge im Kreditgeschäft (nach einem Kreditereignis im Zusammenhang mit einem einzelnen Kunden im Jahr 2013). Höhere Kosten minderten den Anstieg teilweise.

in Mio €	2014	2013
Erträge insgesamt	4.146	4.069
Risikovorsorge im Kreditgeschäft	156	315
Zinsunabhängige Aufwendungen	2.791	2.648
Ergebnis vor Steuern	**1.198**	1.107
Eigenkapitalrendite vor Steuern in %	20	22
Risikogewichtete Aktiva	43.265	36.811
Aktiva	106.252	97.240

[1]Auszug aus der Segmentberichterstattung. Erläuterungen und weitere Details siehe Finanzbericht 2014 (Lagebericht). Risikogewichtete Aktiva basieren auf dem Basel 2.5 Regelwerk bis zum 31. Dezember 2013. Ab dem 1. Januar 2014 basieren risikogewichtete Aktiva auf dem CRR/CRD 4 Regelwerk.

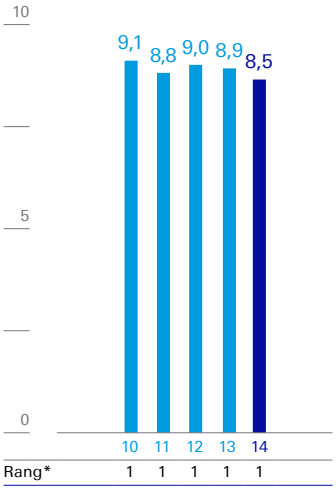
Stärken nutzen, Herausforderungen meistern, Vertrauen mehren

Huashan Xu, Haikou
Chief Financial Officer und
Director, China Hainan Rubber
Industry Group Co., Ltd.

»Die guten Beziehungen zwischen Hainan Rubber und der Deutschen Bank begannen mit der Handelsfinanzierung. Dann kamen Cash Management, Finanzberatung und Wertpapierdienstleistungen hinzu. Wir schätzen die Expertise der Bank und ihre passgenauen Lösungen.«

1872 eröffnete die Deutsche Bank in Shanghai ihre erste Niederlassung in China. Heute beschäftigt sie über 500 Mitarbeiter auf dem chinesischen Festland und rund 1.400 in Hongkong.

3–9
Führend im Euro-Clearing
Marktanteile in %



* im Wettbewerbsvergleich
Quelle: Europäische Zentralbank, Dezember 2014, basierend auf Euro-Zahlungen über TARGET2 und EBA-EURO1

Der Erfolg von Global Transaction Banking beruht auf einem diversifizierten globalen Portfolio – im Hinblick auf Produkte und regionale Aufstellung – und einem lösungsorientierten, volumengetriebenen Geschäftsmodell. Der Bereich ist weltweit in 49 Ländern vertreten und betreut rund 47.000 Kunden in über 190 Ländern, darunter fast alle im Euro STOXX 50 und im DAX gelisteten Unternehmen. GTB hat eine starke Position in attraktiven Wachstumsmärkten wie China, Indien und Lateinamerika.

GTB konzentriert sich darauf, die Geschäftsbeziehungen mit Bestandskunden zu vertiefen und Neukunden zu gewinnen sowie in Lösungen für Kunden und IT-Anwendungen zu investieren. Dazu zählen die Anwendung SWIFT MyStandards, die Kunden direkten Zugang zu standardisierten Dokumenten in Formaten wie SWIFT MT Messaging gewährt, sowie der prämierte „Autobahn"-App-Markt der Bank. Der Unternehmensbereich hat seine Geschäftsaktivitäten und seine globale Präsenz weiter optimiert sowie eine ausgewogene Risiko-, Kapital- und Kostendisziplin beibehalten. Dies spiegelte sich in einer positiven Entwicklung der Eigenkapitalrendite wider.

GTB legte weiterhin einen Schwerpunkt auf den Kulturwandel. In der bereichsübergreifenden Zusammenarbeit hat der Bereich die Kooperation mit der Institutional Client Group und dem Corporate-Banking-Team in Corporate Banking & Securities gestärkt und das Joint Venture mit Private & Business Clients für mittelständische Kunden fortgesetzt. Auch mit Deutsche Asset & Wealth Management kooperierte GTB.

GTB hat das Angebot für institutionelle Kunden neu ausgerichtet. Dazu wurden die Abteilungen für Vertrieb und Produktentwicklung zusammengelegt und eine zusätzliche Funktion für die Kundenbetreuung geschaffen. Die neue Sparte Institutional Cash & Securities Services (ICSS) konnte sich so in einer Phase mit signifikanten Branchenveränderungen besser positionieren. Das Portfolio wurde überprüft und die in Deutschland ansässige registrar services GmbH veräußert. ICSS vereint jetzt das Institutional Cash Management und Securities Services, wozu das Geschäft mit Hinterlegungszertifikaten (Depositary Receipts), das Treuhandgeschäft für Unternehmen (Trust & Agency Services), die Wertpapierleihe (Agency Securities Lending), die Wertpapierverwahrung (Custody) und das Clearing sowie die Wertpapierverwaltung (Fund Services) gehören.

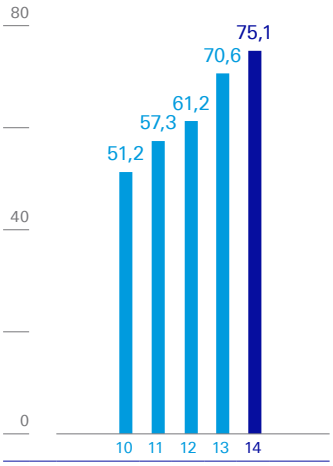
In der Welt präsent

2014 behauptete GTB seine führende Position in der Region Europa, Naher Osten und Afrika (EMEA) und baute sein Geschäft in Nord- und Südamerika sowie im asiatisch-pazifischen Raum aus. GTB wahrte seine führende Position im Euro-Clearing mit einem Marktanteil von 8,5 % (gemessen an Zahlungen in Euro über das TARGET2- und das EBA-EURO1-Clearingsystem) Grafik 3–9 und gehörte im US-Dollar-Clearing mit einem Marktanteil von fast 9 % zu den sechs größten Anbietern (gemessen am Zahlungsverkehr über das Clearing House Interbank Payment System, CHIPS). Im Berichtsjahr wickelte der Bereich regelmäßig Zahlungen von mehr als 1 Bio € pro Tag ab. GTB nutzte Wachstumschancen in Nord- und Südamerika und in Asien. In Nord- und Südamerika nahm der Gewinn zweistellig zu. In Asien wuchsen die Erträge zweistellig; der Bereich erweiterte seine Produkt- und Leistungspalette in der chinesischen Währung Renminbi und etablierte sich in der Freihandelszone Shanghai. Im November konnte die Deutsche Bank die erste Renminbi-Transaktion über das Offshore Clearing Zentrum in Frankfurt am Main abwickeln.

3–10

Wachsendes Volumen im dokumentären Außenhandelsgeschäft

In Mrd € im Jahresdurchschnitt



GTB will seinen Kunden in dem sich stets verändernden regulatorischen Umfeld in allen Geschäftsfeldern beratend zur Seite zu stehen. Der Bereich begleitete seine Kunden 2014 bei der Umstellung auf das harmonisierte Euro-Zahlungssystem SEPA (Single Euro Payments Area) und erzielte Fortschritte bei der Vorbereitung zur Nutzung des zentralen Abwicklungssystems für Wertpapiergeschäfte in Anlehnung an die zweite Generation des europäischen Zahlungsverkehrssystems TARGET (T2S).

Institutional Cash & Securities Services: Marktanteile gewonnen

2014 erhielt ICSS zahlreiche wegweisende Mandate. Alle Geschäftsfelder steigerten ihre Marktanteile und gewannen Neukunden. ICSS baute das Geschäft in Saudi-Arabien, Hongkong und Shanghai, Australien sowie Russland aus.

Das Geschäft mit Hinterlegungszertifikaten wuchs im Berichtsjahr volumenmäßig um mehr als 25 % und konnte seine Marktposition als Nummer zwei weltweit halten. Trust & Agency Services verzeichnete in den USA und weltweit eine positive Entwicklung im Geschäft mit Treuhandlösungen. GTB konnte seine Position als einer der global führenden Anbieter in der Wertpapierverwahrung und im Clearing-Geschäft halten sowie das Wertpapierleihe- und -verwaltungsgeschäft ausbauen. Diese Segmente erzielten ein kräftiges Ertrags- und Gewinnwachstum.

Institutional Cash Management expandierte in den meisten Regionen und profitierte von gestiegenen Transaktionsvolumina sowie höheren Erträgen. Diese Einheit ist einer der wenigen globalen Anbieter von Cash-Management-Leistungen für Finanzinstitute, der währungsübergreifende Produkte wie FX4Cash offeriert. GTB gewann 2014 mehrere große FX4Cash-Mandate von bedeutenden Kunden.

Trade Finance & Cash Management Corporates: optimierte Finanzströme

Cash Management Corporates (CMC) unterstützt Unternehmen dabei, ihren Zahlungsverkehr und die Finanzströme insgesamt zu optimieren. Die Sparte zählt als Anbieter erstklassiger Lösungen zu den Marktführern in Europa. Dies ist auf ihre Service-Exzellenz, Vordenkerrolle und innovative Nutzung von Technologie zurückzuführen.

2014 lag ein Schwerpunkt der regionenübergreifenden Strategie von CMC auf multinationalen Unternehmen sowie Schwellenländern. Ein Drittel der Neukunden kam aus Schwellenländern, insbesondere aus der Region Asien/Pazifik. Bei der Kooperation mit Anbietern von Zahlungsverkehrsdienstleistungen und mit branchenfremden Finanzdienstleistern, dem sogenannten Fintech-Sektor, erzielte Cash Management Corporates wesentliche Fortschritte.

GTB betreut in

190 Ländern

~47.000 Kunden

Rund

1.000 Mrd € Zahlungen pro Tag abgewickelt

Trade Finance arbeitet mit seinen Kunden in jeder Phase der handelsbezogenen Wertschöpfungskette zusammen, um deren Außenhandelsaktivitäten zu unterstützen. Im Berichtsjahr wurden zahlreiche wichtige Transaktionen mit einem Schwerpunkt auf Lösungen für das Betriebskapital und das Forderungsmanagement abgeschlossen. Trade Finance konnte die Volumina 2014 um rund 15 % steigern; das Financial-Supply-Chain-Geschäft (Lösungen für die Optimierung der Finanzströme entlang der Lieferkette von Unternehmen) wuchs um 25 %. Trade Finance zählte mit einem Marktanteil von über 20 % bei Exportakkreditiven zu den führenden Anbietern in Deutschland. Das Portfolio der Sparte umfasste im Berichtsjahr mehr als 75 Mrd €. Grafik 3 – 10

Ausblick

Global Transaction Banking setzt weiterhin auf ein striktes Kosten- und Risikomanagement, um eine effiziente Kapitalnutzung sicherzustellen und attraktive Renditen zu erwirtschaften. Ziel des Unternehmensbereichs ist es, so auch künftig eine wichtige und stabile Säule des Deutsche Bank-Konzerns zu sein. GTB wird in der Zukunft weiterhin sich darauf konzentrieren, in entwickelten Märkten Kundenbeziehungen aufzubauen und zu festigen sowie in ausgewählten Schwellenländern zu expandieren. GTB intensiviert die Zusammenarbeit mit anderen Bereichen des Deutsche Bank-Konzerns kontinuierlich, damit mehr und mehr Kunden von seinen Produkten, Lösungen und Dienstleistungen profitieren können.

Auszeichnungen 2014

Euromoney
Leading US-$ and € provider for Financial Institutions in Western Europe, Central & Eastern Europe, North America and Latin America
Leading International Cash Management Provider for Corporates, Western Europe
Best Transaction Services House in Western Europe

Asiamoney
Best Overall Cash Management in Asia Pacific (voted by large Financial Institutions)

Global Custodian
Agent Banks in Major Markets Survey: 30 „Outperformer“ awards in securities services

FImetrix
Distinguished Provider of Transaction Banking Services in € and US-$

Greenwich Associates
Quality Leader in Eurozone and Asian Large Corporate Cash Management
Quality Leader in U.S. Large Corporate Trade Finance

Deutsche Asset & Wealth Management
Hohe Nettomittelzuflüsse und anhaltende Transformation

In Kürze

- Nettomittelzuflüsse von 40 Mrd €
- Wachstum im Geschäft mit sehr vermögenden Kunden, alternativen Anlagen, in Schwellenländern
- Transformationsprojekte verbessern operative Prozesse

Mehr als 1 Bio €
verwaltetes Vermögen

Deutsche Asset & Wealth Management (Deutsche AWM) umfasst das treuhänderische Anlagemanagement sowie die Vermögensverwaltung und -beratung der Deutschen Bank weltweit. Mit einem verwalteten Vermögen von mehr als 1 Bio € gehört Deutsche AWM in der Vermögensverwaltung zu den zehn größten globalen Anbietern in Bankbesitz.

Deutsche AWM unterstützt private und institutionelle Kunden dabei, ihr Vermögen zu sichern und zu mehren. Der Unternehmensbereich offeriert traditionelle – aktive wie passive – und alternative Investmentprodukte und -lösungen in allen wichtigen Anlageklassen. Deutsche AWM bietet darüber hinaus maßgeschneiderte Vermögensverwaltungs- und Bankdienstleistungen für vermögende und sehr vermögende Privatkunden und Familien (Family Offices) an. Eine tief verankerte Treuhandkultur, ein robustes Anlage- und Risikomanagement sowie kontinuierliche Investitionen in das Geschäft ermöglichen Deutsche AWM, für Kunden in aller Welt nachhaltige Werte zu schaffen.

Im Berichtsjahr operierte Deutsche AWM in einem Umfeld, das einerseits von der Erholung der Weltwirtschaft, andererseits von intensivem Wettbewerb, geringen Margen sowie gestiegenen Aufwendungen für aufsichtsrechtliche Anforderungen und für Compliance geprägt war. Unter diesen teilweise schwierigen Bedingungen und trotz der Kosten für Effizienz- und Integrationsprogramme im Rahmen der Strategie 2015+ konnte das Geschäftsergebnis verbessert werden. Das verwaltete Kundenvermögen nahm kräftig zu.

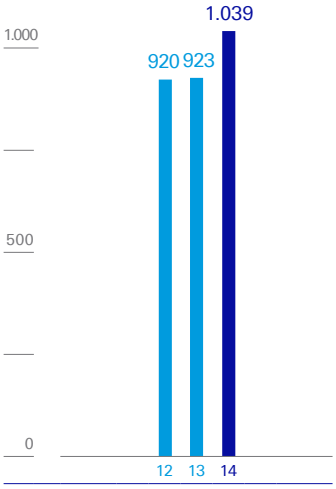
Auszug aus der Segmentberichterstattung (Deutsche Asset & Wealth Management[1])

Das Vorsteuerergebnis in Deutsche Asset & Wealth Management belief sich 2014 auf 1,0 Mrd € nach 782 Mio € im Vorjahr. Leicht rückläufigen Erträgen standen niedrigere Zinsunabhängige Aufwendungen gegenüber, beides im Zusammenhang mit dem Versicherungsgeschäft von Abbey Life. Außerdem sank die Risikovorsorge im Kreditgeschäft, vorwiegend aufgrund von geringeren Einzelrückstellungen sowie Wertaufholungen. Das von Deutsche AWM verwaltete Vermögen hat sich um 116 Mrd € erhöht. Gründe waren Währungseffekte von 50 Mrd €, positive Marktwertentwicklungen von 43 Mrd € und Mittelzuflüsse von 40 Mrd €. Der Anstieg wurde durch den Verkauf von Aktivitäten, die nicht zum Kerngeschäft gehörten, um 21 Mrd € gemindert.

in Mio €	2014	2013
Erträge insgesamt	4.708	4.735
Risikovorsorge im Kreditgeschäft	–7	23
Zinsunabhängige Aufwendungen	3.685	3.929
Ergebnis vor Steuern	**1.027**	782
Eigenkapitalrendite vor Steuern in %	16	13
Risikogewichtete Aktiva	16.597	12.553
Aktiva	81.132	72.613

[1] Auszug aus der Segmentberichterstattung. Erläuterungen und weitere Details siehe Finanzbericht 2014 (Lagebericht). Risikogewichtete Aktiva basieren auf dem Basel 2.5 Regelwerk bis zum 31. Dezember 2013. Ab dem 1. Januar 2014 basieren risikogewichtete Aktiva auf dem CRR/CRD 4 Regelwerk.

3–11
Verwaltetes Vermögen gestiegen
In Mrd €



Deutsche AWM erzielte 2014 ein Ergebnis vor Steuern von 1,0 Mrd €, 31 % mehr als im Vorjahr (0,8 Mrd €). Gründe waren höhere Erträge (ohne Berücksichtigung des Abbey-Life-Portfolios) vor allem im Geschäft mit alternativen und passiven Investments sowie in der Vermögensberatung und im Kreditgeschäft in allen Regionen. Die Kosten (ohne Berücksichtigung des Abbey-Life-Portfolios) konnte Deutsche AWM um 2 % reduzieren. Geringere Kosten aufgrund verschiedener Operational-Excellence-Initiativen wurden allerdings durch höhere Personalausgaben aufgrund gezielter Einstellungen von Mitarbeitern sowie durch Einmaleffekte weitgehend kompensiert.

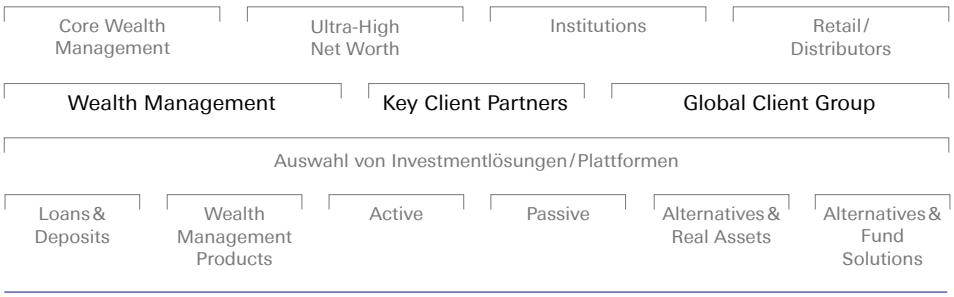
Das von Deutsche AWM verwaltete Vermögen stieg weltweit um mehr als 100 Mrd € auf über 1 Bio €. Grafik 3–11 Darin enthalten sind Nettomittelzuflüsse von Kunden in Höhe von 40 Mrd €. Dies ist eine klare Trendwende gegenüber den Nettomittelabflüssen in den beiden Vorjahren (13 Mrd € 2013 beziehungsweise 25 Mrd € 2012). Zuflüsse konnten in allen Sparten des Geschäfts verbucht werden. Die Bruttomarge blieb unverändert bei 45 Basispunkten (ohne Berücksichtigung des Abbey-Life-Portfolios).

Ein integrierter, kundenorientierter Unternehmensbereich

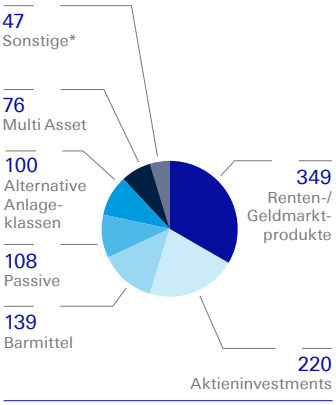
Wesentliche Stärken des Bereichs Deutsche AWM sind ein integriertes Geschäft, ein gut ausgebautes Netzwerk für die Kundenbetreuung und eine globale Investmentplattform. Auf dieser Basis strebt der Bereich nachhaltiges Wachstum an. Spezialisierte Teams bieten allen Kunden einen zentralen Zugang zu den Ressourcen von Deutsche AWM. Dazu zählen die Global Client Group, deren Fokus auf institutionellen und Privatkunden (Retail) liegt, sowie regionale Relationship Manager, die vermögende Privatkunden beraten. Sehr vermögende Kunden betreut ein Team von Key Client Partners (KCP).

Die globale Investmentplattform von Deutsche AWM wird vom Chief Investment Office (CIO) geleitet. Dieses bündelt die Expertise von rund 1.500 Anlage-, Analyse- und Handelsexperten und erarbeitet einen globalen Investmentausblick – die Hausmeinung von Deutsche AWM. Zudem formuliert das CIO die weltweiten Leitlinien für die Teams, die für Aktien-, Anleihe- und Multi-Asset-Portfolios zuständig sind. Portfoliomanager nutzen die Hausmeinung zusammen mit ihren eigenen fundierten Analysen, um Strategien für die von ihnen verwalteten Portfolios und Kundenkonten zu implementieren. Das Angebot von Deutsche AWM umfasst sechs globale Produktbereiche: Kredite und Einlagen (Loans & Deposits), Produkte für vermögende Kunden (Wealth Management Products), Active Investments, Passive Investments, Sachwerte (Alternatives & Real Assets) sowie alternative Anlagen und Fondslösungen (Alternatives & Fund Solutions).

Deutsche Asset & Wealth Management



3–12
Verwaltetes Vermögen nach Produkten
Insgesamt 1.039 Mrd € zum Jahresende 2014



Zahlen gerundet
* Einschließlich Währungsprodukten, Spezialfonds/-produkten

Disziplinierte Umsetzung der Strategie für Effizienz und Wachstum

2014 hat Deutsche AWM sein strategisches Programm vorangetrieben. Es zielt auf die Transformation des Unternehmensbereichs und Wachstum des Geschäfts. Der Bereich verbesserte seine operativen Prozesse und begann damit, neue IT-Lösungen für die Investmentplattform im Anlagemanagement sowie für die Kundenberatung in der Vermögensverwaltung zu implementieren. Diese hochmoderne IT-Infrastruktur wird die Investmentprozesse bestmöglich unterstützen.

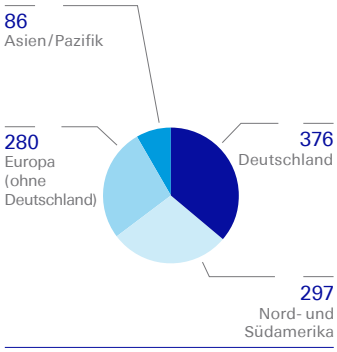
Deutsche AWM hat 2014 sein Geschäftsportfolio und seine regionale Präsenz mit dem Ziel überprüft, sich auf seine Kernaktivitäten zu fokussieren, die Komplexität zu verringern und die Kosten zu senken. Der Schwerpunkt lag weiterhin auf dem Heimatmarkt Deutschland sowie auf Europa. Außerdem konzentrierte sich der Bereich auf sehr vermögende und institutionelle Kunden in Nordamerika, Großbritannien und ausgewählten Schwellenländern in Asien, Afrika und Lateinamerika sowie im Nahen Osten. Gleichzeitig trennte sich Deutsche AWM von Aktivitäten, die nicht zum Kerngeschäft gehörten oder nicht über die erforderliche Größe verfügten. Diese umfassten das Anlagemanagement in Russland und auf den Philippinen, die Vermögensverwaltung für Privatkunden in Großbritannien sowie eine spezielle Fondssparte (Stable Value) in den USA. Zudem hat der Bereich Aktivitäten an günstigere Standorte und zu Dienstleistern verlagert.

Durch signifikante Investitionen in Kundenservice und Produktinnovationen hat Deutsche AWM die Grundlagen für sein künftiges Geschäft gestärkt. Der Bereich stellte Mitarbeiter im Private Banking und in der weltweiten Vermögensberatung für sehr vermögende Kunden ein und vergrößerte die Teams in der Global Client Group.

Das Angebot an innovativen und wachstumsstarken Produkten wurde verbessert. Dazu zählten auf dem CROCI-Ansatz basierende Produkte (CROCI – Cash Return on Capital Invested), physisch replizierende, börsennotierte Fonds (Exchange Traded Funds – ETFs) sowie alternative Fondslösungen. Das in CROCI-Strategien angelegte Vermögen in Publikumsfonds und Angeboten für institutionelle Kunden stieg 2014 weltweit auf 6,0 Mrd € (2013: 4,2 Mrd €). Mit einem verwalteten Vermögen von 19,0 Mrd € (2013: 0,5 Mrd €) konnte Deutsche AWM seine Position als zweitgrößter Anbieter physisch replizierender ETFs in Europa behaupten. Der Bereich bietet nun mehr als 60 dieser Produkte an. Auch die innovativen alternativen Investmentprodukte, die Deutsche AWM auf den Markt gebracht hat, wurden von renditeorientierten institutionellen und Privatkunden stark nachgefragt.

Die Erträge von Deutsche AWM wuchsen 2014 insbesondere im Geschäft mit sehr vermögenden Kunden, in Schwellenländern und bei Investmentfonds mit guter Wertentwicklung kräftig. Das Geschäft mit sehr vermögenden Kunden (verwaltetes Vermögen und Kreditvolumina) nahm um 20 % zu. Um 25 % stieg das verwaltete Vermögen von Kunden aus Schwellenländern in den Regionen Asien/Pazifik, Naher Osten und Nordafrika sowie Lateinamerika. Das verwaltete Vermögen in Fonds mit vier und fünf Sternen (Morningstar) legte um 5 % zu.

3–13
Regionale Verteilung des verwalteten Vermögens
Insgesamt 1.039 Mrd € zum Jahresende 2014



Zahlen gerundet

Kooperation mit anderen Unternehmensbereichen

Die bereichsübergreifende Zusammenarbeit hat für Deutsche AWM einen hohen Stellenwert. Deutsche AWM hat 2014 Vermögenswerte in Höhe von 50 Mrd € für Kunden des Unternehmensbereichs Private & Business Clients (PBC) verwaltet. Für institutionelle Kunden aus Global Transaction Banking (GTB) betreut Deutsche AWM außerdem Vermögenswerte zur Erfüllung von Liquiditätsanforderungen. Die Zusammenarbeit mit Corporate Banking & Securities (CB&S) ist für die künftige Wachstumsstrategie im Sektor der sehr vermögenden Kunden von entscheidender Bedeutung. Diesem Kundenkreis bieten die 2013 geschaffenen globalen Beratungszentren (Key Client Partners – KCP) Zugang zu Anlagemöglichkeiten sowie Finanzierungslösungen, die zusammen mit CB & S über verschiedene Anlageklassen und Länder hinweg entwickelt wurden.

Ausblick

Deutsche AWM strebt weiterhin ehrgeizige Wachstumsziele an. Der Bereich will die Kapazitäten seines integrierten Geschäfts sowie die Zusammenarbeit mit anderen Geschäftsbereichen der Bank intensiv nutzen. Außerdem beabsichtigt Deutsche AWM, die Zahl der Berater für sehr vermögende Kunden zu erhöhen, auf der Stärke seines Heimatmarkts Deutschland aufzubauen und gleichzeitig seinen Marktanteil in der Vermögensverwaltung für institutionelle und Privatkunden (Retail) auszubauen. Darüber hinaus erwartet Deutsche AWM, dass die entschlossene Umsetzung bestehender Transformationsprojekte die Kosteneffizienz des Bereichs verbessern und die operativen Margen erhöhen wird.

Auszeichnungen 2014

Euromoney
No. 1 (Deutschland) – Private Banking and Wealth Management Survey

Asia Risk
Asian Private Bank of the Year

Scope Awards
Best Asset Management Company in Germany

Risk
Hedge Fund Derivatives House of the Year

ETP Awards
Best Provider – Innovation, Exchange-Traded Products

Global ETF Awards
Most Innovative ETF in the Americas

Hedge Fund Journal UCITS Hedge Awards 2014
Best Performing Long/Short Equity Fund

Structured Products
Technology Innovation of the Year

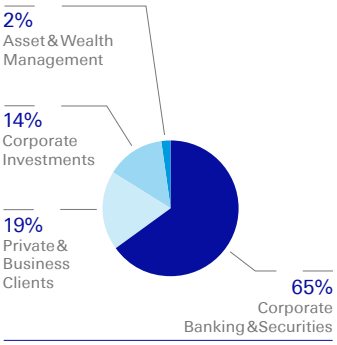
Treasury Management International
Winner – North America, Money Market Fund Awards

Non-Core Operations Unit
Kernbestandteil der Strategie 2015+ zum Risikoabbau und Kapitalaufbau

In Kürze

- Vermögenswerte durch Verkäufe deutlich verringert
- Verkauf wesentlicher operativer Vermögenswerte abgeschlossen
- Seit 2012 Kapital in signifikantem Umfang freigesetzt

3 – 14
Vermögenswerte gemäß IFRS
Insgesamt 38,9 Mrd € zum Jahresende 2014



Zahlen gerundet

Die Non-Core Operations Unit (NCOU) hat die Aufgabe, Kapital freizusetzen, die Bilanz zu verkürzen und das Aktionärsvermögen zu schützen, indem sie Risiken reduziert, die von nichtstrategischen Vermögenswerten, Verbindlichkeiten und Geschäftsaktivitäten ausgehen. Der Bereich ist ein wichtiger Bestandteil der Strategie 2015+, da hohe Transparenz sowie ein striktes Kapital- und Bilanzmanagement in einem sich verändernden regulatorischen Umfeld kritische Erfolgsfaktoren für die Bank sind.

Der Unternehmensbereich wurde im vierten Quartal 2012 gegründet. Ihm wurden Vermögenswerte gemäß IFRS in Höhe von rund 140 Mrd € und risikogewichtete Aktiva (RWA, vollständige Umsetzung Basel 3) in ähnlicher Höhe übertragen. Das Portfolio der NCOU enthält Aktivitäten, die nicht zum Kerngeschäft der Deutschen Bank gehören. Dazu zählen Vermögenswerte, die durch geschäftliche, rechtliche oder regulatorische Einflüsse materiell beeinträchtigt worden sind.

Die NCOU arbeitet auf der Grundlage klar definierter Verkaufsprinzipien, die strikt eingehalten werden. Sie verringert die Bilanzsumme der Bank durch Verkäufe an externe Investoren. Um optimale Lösungen zur Reduzierung von Risiken und zur Abwicklung komplexer Strukturen zu finden, steht sie in ständigem Dialog mit verschiedenen internen und externen Parteien.

Der strategische Fokus der NCOU ist an den strategischen Zielen der Deutschen Bank ausgerichtet. Zunächst lag der Schwerpunkt der Aktivitäten darauf, den Kapitalbedarf zu reduzieren, um die Eigenkapitalquote deutlich zu verbessern und gleichzeitig einen

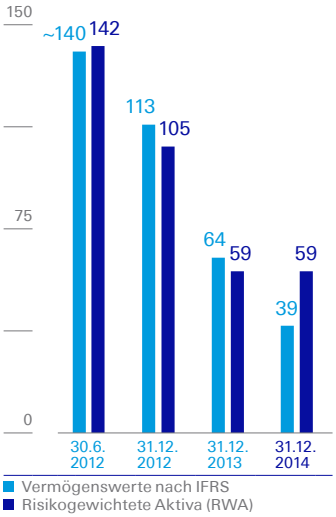
Auszug aus der Segmentberichterstattung (Non-Core Operations Unit[1])

Der Vorsteuerverlust in der Non-Core Operations Unit belief sich 2014 auf 2,9 Mrd € nach 3,4 Mrd € im Vorjahr. Geringere Erträge und eine gesunkene Risikovorsorge spiegeln die Fortschritte beim Risikoabbau wider. Die Zinsunabhängigen Aufwendungen lagen aufgrund niedrigerer Kosten für Rechtsstreitigkeiten und positiver Effekte durch den Fortschritt beim Risikoabbau unter dem Vorjahreswert, werden jedoch weiterhin durch die Art und zeitliche Verteilung von Sondereffekten beeinflusst.

in Mio €	2014	2013
Erträge insgesamt	211	964
Risikovorsorge im Kreditgeschäft	259	818
Zinsunabhängige Aufwendungen	2.804	3.550
Ergebnis vor Steuern	**–2.851**	–3.402
Risikogewichtete Aktiva	58.538	52.443
Aktiva	38.853	63.810

[1]Auszug aus der Segmentberichterstattung. Erläuterungen und weitere Details siehe Finanzbericht 2014 (Lagebericht). Risikogewichtete Aktiva basieren auf dem Basel 2.5 Regelwerk bis zum 31. Dezember 2013. Ab dem 1. Januar 2014 basieren risikogewichtete Aktiva auf dem CRR/CRD 4 Regelwerk.

3 – 15
Weiterer Abbau von Risikopositionen
In Mrd €



Verwässerungseffekt für die Aktionäre zu vermeiden. Zuletzt stand die Verkürzung der Bilanzsumme im Fokus, damit die Deutsche Bank die von ihr angestrebte Verschuldungsquote erreichen kann. Wichtige Aufgaben sind zudem die Rückführung wesentlicher Eventualrisiken aus bestehenden Verbindlichkeiten, die Senkung der Kosten sowie weitere Fortschritte beim Risikoabbau.

Fortschritte erzielt: Immer weniger risikobehaftete Vermögenswerte

Im Berichtsjahr konnte die NCOU die Strategie zum Risikoabbau erfolgreich fortsetzen. Die Vermögenswerte (nach IFRS) wurden um 39 % reduziert. Zum 31. Dezember 2014 beliefen sich diese Vermögenswerte auf insgesamt 39 Mrd € und die entsprechenden risikogewichteten Aktiva (vollständige Umsetzung Basel 3) auf 59 Mrd €, unverändert zum Vorjahr. Grafik 3 – 15 Wie erwartet hat sich 2014 der Risikoabbau im Vergleich zum Vorjahr verlangsamt, da das Portfolio kleiner wurde. Zudem ergab sich eine erhöhte Varianz bei der Berechnung der RWA-Äquivalente. 2014 wurden im Rahmen des Risikoabbaus risikogewichtete Aktiva in Höhe von 12 Mrd € freigesetzt. Diese positive Entwicklung wurde jedoch durch andere Faktoren, wie Anpassungen der Modelle, vollständig kompensiert. Seit ihrer Gründung hat die NCOU der Bank aufsichtsrechtliches Eigenkapital nach Steuern und vor Kosten für Rechtsstreitigkeiten in Höhe von 4,8 Mrd € zugeführt. Dies entspricht einem Anstieg der Common-Equity-Tier-1-Quote (CET 1) um 110 Basispunkte.

Ein Fokus der NCOU lag 2014 auf der Veräußerung operativer Vermögenswerte, die zuvor im ehemaligen Konzernbereich Corporate Investments gehalten wurden. Die Verkäufe der BHF-BANK und des „The Cosmopolitan of Las Vegas“ wurden erfolgreich abgeschlossen. Ergänzend baute der Unternehmensbereich Altbestände wie die zur Absicherung gehaltenen Kreditderivate im Monoline-Portfolio und entsprechende Anleihen ab. Außerdem gelang der NCOU ein wesentlicher Risikoabbau im Kreditkorrelationsportfolio, der zu einer signifikanten Reduzierung der Vermögenswerte gemäß CRD 4 führte.

25 Mrd €

Vermögenswerte 2014 abgebaut

Das Portfolio der Special Commodities Group (SCG), die das Geschäft mit Rohstoffen betreute, wurde zum Ende des ersten Quartals 2014 auf die NCOU übertragen. Dies folgte auf die Entscheidung der Bank im Dezember 2013, den Umfang des Rohstoffgeschäfts deutlich zu reduzieren. Zum Zeitpunkt des Transfers beliefen sich die risikogewichteten Aktiva hier auf 3 Mrd €. Der Abbau dieser Vermögenswerte schritt schneller voran als geplant. Zum Ende des Berichtsjahres betrugen sie weniger als 1 Mrd €.

Aus den von der NCOU abgeschlossenen Veräußerungen resultierte im Berichtsjahr ein positiver Ergebnisbeitrag. Allerdings wurde das Ergebnis des Unternehmensbereichs durch Rückstellungen, Wertberichtigungen wie für den Containerhafen Maher Terminals (New Jersey, USA) und Neubewertungen im gesamten Portfolio stark belastet. Zudem trug die NCOU hohe Kosten aus bestehenden, ihr zugerechneten Verbindlichkeiten. Die Kosten für Rechtsstreitigkeiten waren 2014 zwar geringer als im Vorjahr, beeinträchtigten aber die zinsunabhängigen Aufwendungen deutlich. Insgesamt führte dies zu einem Verlust von 2,9 Mrd €.

Ausblick

Die Non-Core Operations Unit wird auch künftig maßgeblich dazu beitragen, die Risiken der Bank durch Verkäufe von Vermögenswerten abzubauen. Das Tempo dieses Prozesses wird sich mit kleiner werdendem Portfolio verlangsamen. Veränderungen von operationellen und Marktrisiken werden möglicherweise die Bewertung von RWA künftig erheblich schwanken lassen. 2015 dürfte das Vorsteuerergebnis von ähnlichen Faktoren bestimmt werden wie im Berichtsjahr.

Daten und Fakten
Herausragende Leistungen für anspruchsvolle Kunden

Strukturdaten

		2014	2013	2012
Anzahl der Kunden (gerundet)				
Corporate Banking & Securities		18.200	20.200	21.400
Global Transaction Banking		47.400[1]	62.600	67.200
Deutsche Asset & Wealth Management	Retail Asset Management (Deutschland/Luxemburg)	2.324.000	2.461.000	2.316.000
	davon: in Kooperation	645.000	624.000	552.000
	Institutional Asset Management[2]	6.400	6.400	6.400
	Wealth Management[3]	54.800	65.700	71.300
Private & Business Clients		27.473.000	27.994.000	28.419.000
	davon: Deutsche Postbank AG	13.761.000	13.959.000	14.018.000

Leistungskennzahlen

		2014	2013	2012
Corporate Banking & Securities	Zahl der Risk Awards	2	3	3
	Zahl der Euromoney Awards for Excellence	18	19	26
	Dealogic global Corporate Finance market share	5	6	5
	Greenwich Global Fixed Income survey	1	1	1
	Greenwich Foreign Exchange survey	1	1	1
Global Transaction Banking	Verwaltete Vermögenswerte (in Bio €)	2,1	1,8	1,6
	Volumen im dokumentären Außenhandelsgeschäft (in Mrd €)	75,1	70,6	61,2
	Standorte einschließlich Repräsentanzen	49	47	46
	Auszeichnungen für das Wertpapiergeschäft in Asien[4]	17	11	13
Deutsche Asset & Wealth Management	Deutsche AWM Publikumsfonds			
	Zahl der Fondsauszeichnungen (Wertentwicklung) in Europa	64	56	77
	Verwaltetes Vermögen (in Mrd €)	1.039	923	920
	davon: sehr vermögende Privatkunden	241	201	180
Private & Business Clients	App-Downloads (in Tausend)	1.911	1.135	785
	Mittelzuflüsse im Anlage- und Vorsorgegeschäft (in Mrd €)	6,5	2,8	–1,2
	Kreditvolumen Baufinanzierungen (in Mrd €)	121	118	113

Besondere Projekte

Corporate Banking & Securities	„Strategische Agenda“ – ein Paket aus 20 strategischen Initiativen zur weiteren Neuausrichtung von CB&S, das die Themenfelder Kultur, Kunden, Ertragswachstum, Ressourceneffizienz, operative Ausrichtung und bereichsübergreifende Zusammenarbeit umfasst.
Global Transaction Banking	Dank der TARGET2-Securities(T2S)-Lösung werden die Kunden von der neuen gemeinsamen europäischen Abwicklungsinfrastruktur im Wertpapiergeschäft profitieren.
	500 Working-Capital-Schulungen fanden in Trade Finance/Cash Management Corporates statt, um Kunden verbesserte Lösungen für ihr Betriebskapital anbieten zu können.
Deutsche Asset & Wealth Management	Beginn der Implementierung der Investmentplattform „Aladdin“ von BlackRock in Deutschland und der Schweiz. Die globale Investmentplattform wird im Jahresverlauf 2015 vollständig implementiert. Upgrade der Plattform für die Vermögensverwaltung (Avaloq) in der Schweiz.
	Physisch replizierende börsennotierte Fonds (Exchange Traded Funds – ETFs): Die Rekalibrierung von synthetischen hin zu physisch replizierenden ETFs in Europa führte zu Nettomittelzuflüssen von über 5 Mrd €.
Private & Business Clients	PBC Banking Services: Bündelung der zuvor selbstständigen Serviceeinheiten der Privat- und Firmenkundenbank und der Postbank an 14 Standorten.
	Digitalisierung ist ein Kernelement der strategischen Entwicklung. Die Bank stellte PBC 200 Mio € für Investitionen in das digitale Angebot in einem Zeitraum von drei Jahren zur Verfügung.

[1] Der Rückgang ist auf die Neuausrichtung im Firmenkundengeschäft in den Niederlanden zurückzuführen
[2] Einschließlich Investoren mit passiver Anlagestrategie
[3] Anzahl der Kundenbeziehungen ohne Private Client Services (USA), einschließlich Sal. Oppenheim
[4] The Asset's Triple A Investor, Fund Management and Asset Servicing Awards

»Durch Führungsverhalten, das vielfältige Mitarbeiter einbezieht, stärken wir das Innovationspotenzial unserer Belegschaft. Damit unterstützen wir die strategischen Ziele der Bank, weltweit konkurrenzfähig zu sein und besser auf die Anforderungen unserer Kunden und Stakeholder einzugehen.«

Die Deutsche Bank hat ihren Sitz in Frankfurt am Main, dem wichtigsten Finanzzentrum in Kontinentaleuropa. Hier sind rund 10.400 Mitarbeiter aus 75 Nationen tätig.

Stärken nutzen, Herausforderungen meistern, Vertrauen mehren

Gülabatin Sun, Frankfurt am Main
Global Head of Diversity and Inclusion,
Deutsche Bank AG

4

Mitarbeiter

67 Mitarbeiter
Der richtige Mitarbeiter am richtigen Platz

71 Daten und Fakten
Große Vielfalt, global aufgestellt

Um ihre Zukunft zu sichern, will die Deutsche Bank die besten und talentiertesten Mitarbeiter gewinnen und an sich binden. Das gelingt ihr nur als hochattraktiver Arbeitgeber.

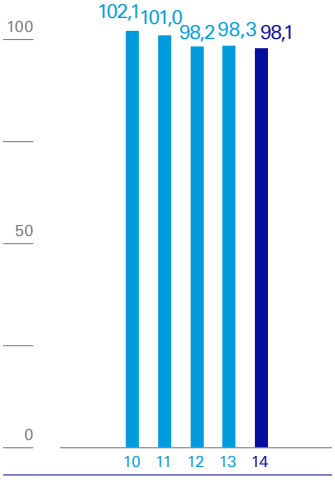
Stärken nutzen, Herausforderungen meistern, Vertrauen mehren

Mitarbeiter
Der richtige Mitarbeiter am richtigen Platz

In Kürze

- Werte und Überzeugungen in Personalprozesse integriert
- Mehr Frauen in Führungspositionen
- Vergütungsstrukturen an regulatorische Anforderungen angepasst

4 – 1
Mitarbeiterzahl
In Tausend zum Jahresende*



* In Vollzeitkräfte umgerechnet

Der globale Wettbewerb um die Gewinnung und Bindung der besten Talente hat sich weiter verschärft. Ziel der Deutschen Bank ist es, in einem Umfeld rapider Umbrüche ein weltweit attraktiver Arbeitgeber im Finanzsektor zu sein. Dieses Ziel soll mithilfe der strategischen Agenda des Personalbereichs erreicht werden. Dabei geht es darum, den Kulturwandel voranzutreiben, Vielfalt (Diversity) und Inclusion zu verwirklichen, die Vergütungsstruktur neu zu ordnen sowie Führungskompetenzen und Talentmanagement zu stärken.

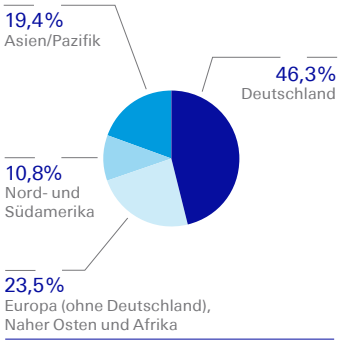
Im Berichtsjahr sank die Zahl der Mitarbeiter (Vollzeitkräfte) des Deutsche Bank-Konzerns um 117 auf 98.138. Grafik 4 – 1 Bereinigt um den Saldo aus erworbenen und veräußerten Unternehmensteilen stieg der Personalbestand um 1.214. Die regionale Mitarbeiterstruktur der Deutschen Bank wurde im Berichtsjahr Grafik 4 – 2 durch die Veräußerung der BHF-BANK beeinflusst. Der prozentuale Anteil der Mitarbeiter in Deutschland, bereinigt um den Einfluss der Veräußerung, blieb stabil.

Werte und Überzeugungen in alle Prozesse integrieren

Die Deutsche Bank hat ihre Werte und Überzeugungen in die Rekrutierungs-, Interview-, und Einstellungsprozesse sowie in die Personalentwicklungskonzepte integriert. 2014 hat die Bank ihren Performance-Management-Ansatz weiter angepasst. Die Einhaltung der Werte und Überzeugungen ist nun ein entscheidendes Element der individuellen Leistungsbeurteilung und wird seit 2014 mit 50 % gewichtet. Das wirkt sich wesentlich auf Beförderungsentscheidungen aus. Auch die Vergütung wurde verändert, um richtige Verhaltensweisen zu fördern und zu honorieren sowie unerwünschte Verhaltensweisen zu sanktionieren. Bei der jährlichen Vergütung von Vorstandsmitgliedern und Mitarbeitern aller Divisionen werden nun wesentliche an den Werten orientierte Kennzahlen berücksichtigt. Außerdem hat die Bank die Prozesse rund um Suspendierungen, Red Flags sowie Leistungsbeurteilungen in den disziplinarischen Prozess sowie die Jahresendbeurteilung einbezogen.

2014 hat die Bank, gesponsert von den Co-Vorstandsvorsitzenden, zum ersten Mal den „Living the Values"-Award verliehen. Mit diesem Preis wird die Leistung von Mitarbeitern anerkannt, die hervorragende geschäftliche Ergebnisse im Einklang mit den Werten der Deutschen Bank erbracht haben. Fast 100 Mitarbeiter wurden nominiert und zehn Teams konnten die Auszeichnung entgegennehmen.

4–2
Regionaler Einsatz der Mitarbeiter
In % zum Jahresende 2014*



* In Vollzeitkräfte umgerechnet

Die Befragung der Mitarbeiter liefert wertvolle Informationen über deren Ansichten zur Unternehmenskultur. 2014 sagten 82 % der Beschäftigten, die geantwortet haben, dass sie die Werte und Überzeugungen kennen. Diese Erkenntnisse werden 2015 unmittelbar in die Personalpolitik der Bank einfließen.

Neuordnung der Vergütungsstrukturen

Im Berichtsjahr hat die Bank ihr Vergütungssystem angepasst. Auf europäischer Ebene traten 2014 mit der Capital Requirements Directive IV (CRD 4) gesetzliche Änderungen in Kraft, die das Verhältnis der fixen zur variablen Vergütung für bestimmte Mitarbeiter in Banken auf eins zu eins beschränken. Während die Bestimmung, dass variable Bezüge maximal so hoch wie das Festgehalt sein dürfen, laut CRD 4 nur auf „wesentliche Risikoträger" zutrifft, weiten die in Deutschland geltenden Richtlinien den Anwendungsbereich auf alle Mitarbeiter aus. Die Hauptversammlung der Deutschen Bank hat im Mai 2014 von der gesetzlichen Möglichkeit Gebrauch gemacht, das Verhältnis von fixer zu variabler Vergütung für alle Mitarbeiter auf eins zu zwei festzulegen. Um eine wettbewerbsfähige Gesamtvergütung sicherzustellen, wurde im Juli 2014 die Vergütungsstruktur einer Gruppe von Mitarbeitern angepasst, insbesondere durch eine Umverteilung variabler auf fixe Vergütungsbestandteile. Zum Zeitpunkt der Anpassung im Juli 2014 wurden circa 1.100 Mitarbeiter identifiziert, die eine Erhöhung ihrer Fixvergütung erhielten.

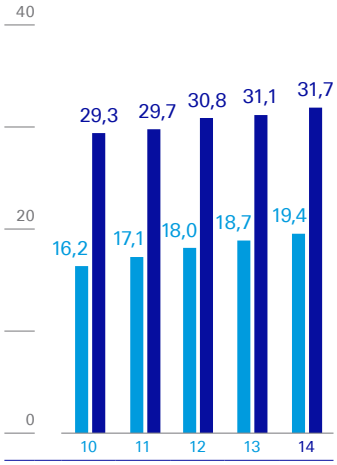
Die Deutsche Bank setzt seit vielen Jahren die variable Vergütung ein, um leistungsstarke Mitarbeiter zu belohnen, zu motivieren und an das Unternehmen zu binden. Auf der Ebene der Senior-Führungskräfte soll sichergestellt werden, dass ein Großteil aller variablen Vergütungskomponenten an die langfristige, nachhaltige Entwicklung und Performance der Bank geknüpft ist. Die Bank setzt daher die aufgeschobene Vergütung über einen Zeitraum von mindestens drei Jahren ein und bindet sie an strenge Bedingungen sowie Verfallsregeln. Die Konditionen für die im Februar 2014 gewährten aufgeschobenen Vergütungsbestandteile wurden verschärft. So wurden die Verfallsbedingungen, die zuvor nur für die wesentlichen Risikoträger galten, für alle Mitarbeiter eingeführt, die aufgeschobene Gehaltsbestandteile erhalten. Auch die Regeln für den Fall von Verletzungen bankinterner Richtlinien wurden auf mehr Mitarbeiter ausgedehnt.

Eine solide und effektive Governance-Struktur gewährleistet, dass die Bank nach den eindeutigen Vorgaben ihrer Vergütungsstrategie und -richtlinie handelt. 2014 lag der Schwerpunkt der Verbesserungen der Governance auf den Aufgaben und Aktivitäten des Group Compensation Oversight Committee. Ergebnisse waren ein gestärkter und verschlankter Vergütungsprozess, eine exaktere Dokumentation individueller Entscheidungen über die Allokation der variablen Vergütung und die konsequente Ausrichtung der Vergütung auf die Unternehmenskultur.

Weitere Informationen

Finanzbericht 2014, Vergütungsbericht, Seiten 289 ff.

4–3
Anteil von Frauen in Führungspositionen gestiegen
In % zum Jahresende



- Weibliche Managing Directors und Directors
- Weibliche Officers (Managing Director, Director, Vice President, Assistant Vice President, Associate)

Diversity und Inclusion machen den Unterschied

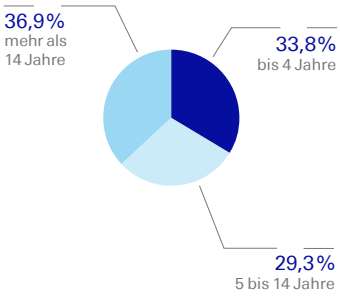
Die Deutsche Bank bekennt sich zu dem Wert einer auf Vielfalt und Inclusion basierenden Organisation. Sie sieht die Chancen und die Herausforderungen des demografischen Wandels. Gemischte Teams können ihr Potenzial jedoch nur in einem Umfeld entfalten, das auf Vertrauen, Respekt und Offenheit basiert. Daher stärkt die Bank das Bewusstsein ihrer Führungskräfte im Hinblick auf die positiven Effekte, die eine Kultur des Miteinanders mit sich bringt. Sie hat Diversity-Ziele für Mitarbeiter in Führungsfunktionen festgelegt, damit Führungskräfte in die Vielfalt ihrer Talente investieren und das Bewusstsein für Diversity gestärkt wird.

2014 hat die Bank den Workshop „Umgang mit unbewussten Denkmustern“ für Managing Directors und Directors in Deutschland auf weitere Regionen ausgeweitet. So haben immer mehr Führungskräfte die Möglichkeit, daran teilzunehmen. Zudem stand das globale E-Learning-Programm „Kluge Köpfe denken anders – von der Bedeutung unterschiedlicher Sichtweisen“ im Fokus. Insgesamt haben über 6.000 Mitarbeiter daran teilgenommen.

Im Berichtsjahr hat die Bank den Anteil von Frauen in Führungspositionen weiter erhöht. Zwei weibliche Führungskräfte wurden in das Group Executive Committee (GEC) berufen. Die Programme zur Förderung von Frauen in Führungspositionen sind eine wichtige Säule der Diversity-Strategie. Am preisgekrönten ATLAS-Programm (Accomplished Top Leaders Advancement Strategy – Aufstiegsstrategie für erfolgreiche Top-Führungskräfte) für weibliche Managing Directors haben seit seinem Start 2009 bereits 42 Frauen teilgenommen. 56% der Alumni wurden danach mindestens einmal befördert und 13 Teilnehmerinnen sind inzwischen Mitglieder globaler oder regionaler Executive Committees. Im Juni 2014 nahmen 37 weibliche Directors am fünften Women-Global-Leaders-Programm der Deutschen Bank an der INSEAD Business School teil.

Zusammen mit anderen DAX-Unternehmen hat die Deutsche Bank im Jahr 2011 eine freiwillige Selbstverpflichtung unterzeichnet – vorbehaltlich der geltenden rechtlichen Bestimmungen weltweit –, bis Ende 2018 den Anteil weiblicher Führungskräfte in den Verantwortungsstufen Managing Director und Director auf 25% und den Anteil außertariflicher Mitarbeiterinnen auf 35% zu erhöhen. Gemäß ihrer Diversity-Strategie und dieser Selbstverpflichtung stellt die Bank für die Aufsichtsräte und auf der Ebene des Senior-Managements mehr weibliche Führungskräfte ein. Seit 2010 ist die Zahl der weiblichen Managing Directors und Directors um rund 260 (+17%) und die der außertariflichen Mitarbeiterinnen um rund 2.200 (+18%) gestiegen; ihr Anteil erreichte 2014 19,4% beziehungsweise 31,7%. Grafik 4–3 Mit der „Women on Boards“-Initiative erhöhte sich der Anteil weiblicher Mitglieder in den regionalen Beratungsgremien 2014 auf 8,5% und verdoppelte sich damit seit Beginn der Initiative im Jahr 2011. Der Anteil der Frauen in Aufsichtsräten blieb unverändert.

4–4
Betriebszugehörigkeit der Mitarbeiter
Anteil Mitarbeiter in % zum Jahresende 2014



Stärkung von Führungskompetenzen und Talentmanagement

Eine zentrale Aufgabe von Führungskräften ist es, die Mitarbeiter zu motivieren und entsprechend ihren Kompetenzen einzusetzen. 2014 hat der Personalbereich ein Programm für Senior-Führungskräfte geschaffen, das Führungspotenziale stärken, Mobilität erhöhen sowie Nachfolgeplanung und Entwicklungsmaßnahmen verbessern soll. 69 Senior-Führungskräfte nahmen im Berichtsjahr daran teil. Dabei hat die Bank zunächst Führungskräfte in das Programm aufgenommen, die als wesentliche Risikoträger eingestuft werden. Ihre Eignung und die künftiger Risikoträger gewinnt nach Einschätzung der Aufsichtsbehörden an Bedeutung.

Die Besetzung von Senior-Führungspositionen wird zentral koordiniert. Dieser Prozess ist eng mit der Nachfolgeplanung verknüpft und fördert die bereichsübergreifende Mobilität sowie die berufliche Entwicklung der Mitarbeiter. Er trägt zur Bindung von Talenten an die Bank bei und begünstigt die Besetzung von Top-Führungspositionen mit Frauen. Bei 50% der internen Stellenbesetzungen dieser Führungskräfte handelte es sich um bereichsübergreifende Wechsel und 63% der internen Kandidaten wurden im Rahmen der Nachfolgeplanung identifiziert. Des Weiteren waren 25% aller in die Senior-Leadership-Gruppe berufenen Mitarbeiter weibliche Managing Directors. Dies wirkte sich positiv auf den Anteil der weiblichen Führungskräfte auf der Ebene des Senior-Managements aus.

Mitarbeiter gewinnen und binden, die die Werte leben

Um den Bedürfnissen der jungen Generation gerecht zu werden, hat die Deutsche Bank 2014 einen konsistenteren Ansatz bei der Rekrutierung, beim Training und beim Einsatz von Trainees in allen Divisionen und an allen Standorten verfolgt. Diese Strategie beabsichtigt, die Effizienz zu erhöhen und einen Pool an Nachwuchstalenten aufzubauen. Die Deutsche Bank hat hierfür in verschiedene Universitäten an neuen oder wachsenden Standorten investiert und damit die Bekanntheit der Marke Deutsche Bank bei ihrer Zielgruppe erhöht. Im Juli 2014 traten 751 Trainees in Geschäfts- und Infrastrukturbereiche der Bank ein. Dies ist gegenüber 2013 eine Steigerung um 19%. Nahezu ein Viertel der Trainees wurde an Standorten eingestellt, an die die Bank im Rahmen ihrer Standortstrategie Geschäftsaktivitäten verlagert hat. Dazu gehören die Technologie- und Servicezentren Jacksonville (Florida, USA), Cary (North Carolina, USA), Moskau und Birmingham (Großbritannien). Am Praktikantenprogramm nahmen im Berichtsjahr 522 Interessierte teil.

Aktienplan mit guter Resonanz

Rund 20.000 Mitarbeiter aus 31 Ländern und damit mehr als im Vorjahr haben sich 2014 am Mitarbeiter-Aktienplan (Global Share Purchase Plan) der Deutschen Bank beteiligt. In Deutschland nahmen 56% der teilnahmeberechtigten Beschäftigten das Angebot an. In den anderen Ländern, in denen Belegschaftsaktien erworben werden konnten, waren es 36%. Der Plan bietet die Möglichkeit, Deutsche Bank-Aktien in monatlichen Raten zu erwerben. Am Ende des Kaufzyklus stockt die Deutsche Bank den so erworbenen Aktienbestand um maximal zehn Gratisaktien auf.

Weitere Informationen
Personalbericht 2014
► www.deutsche-bank.de/ir/berichte

Daten und Fakten
Große Vielfalt, global aufgestellt

Strukturdaten

		2014	2013	2012
Mitarbeiter (Vollzeitkräfte)[1]		98.138	98.254	98.219
Bereiche	Private & Business Clients	38,8%	38,6%	38,6%
	Corporate Banking & Securities	8,4%	8,5%	8,7%
	Deutsche Asset & Wealth Management	6,1%	6,2%	6,6%
	Global Transaction Banking	4,2%	4,2%	4,4%
	Non-Core Operations Unit	0,3%	1,6%	1,7%
	Infrastruktur/Regional Management	42,2%	40,9%	40,0%
Regionen[2]	Deutschland	46,3%	47,2%	47,1%
	Europa (ohne Deutschland), Naher Osten und Afrika	23,5%	23,6%	24,2%
	Nord- und Südamerika	10,8%	10,5%	10,5%
	Asien/Pazifik	19,4%	18,7%	18,2%
Qualifikationen[3,4]	Hochschulabschluss	63,0%	64,2%	64,0%
	Hochschulreife	19,3%	17,4%	17,4%
	Sonstige Schulabschlüsse	17,7%	18,4%	18,6%
Frauen[5]	Weibliche Mitarbeiter insgesamt	41,7%	41,7%	41,7%
	Weibliche Managing Directors und Directors	19,4%	18,7%	18,0%
	Weibliche Officers[6]	31,7%	31,1%	30,8%
Alter[3]	bis 29 Jahre	18,8%	18,9%	19,8%
	30 – 39 Jahre	29,3%	29,2%	29,4%
	40 – 49 Jahre	29,6%	30,6%	30,8%
	über 49 Jahre	22,3%	21,3%	20,0%
Betriebszugehörigkeit[3]	bis 4 Jahre	33,8%	33,2%	34,9%
	5 – 14 Jahre	29,3%	30,7%	30,0%
	über 14 Jahre	36,9%	36,1%	35,1%

Leistungskennzahlen

	2014	2013	2012
Mitarbeiter-Commitment-Index[7]	66%	–	73%
Fluktuationsquote aufgrund von Arbeitnehmerkündigungen	6,6%	6,4%	6,2%
Weiterbildung (Aufwendungen in Mio €)	82	86	109
Berufsausbildung (Aufwendungen in Mio €)	41[8]	46	54

Besondere Projekte

Zahl der internen Stellenbesetzungen angestiegen	Zur Förderung von internen Stellenwechseln wurde 2013 ein globales Programm mit besonderen Veranstaltungen und Marketing-Initiativen gestartet, das nun in der Region Asien/Pazifik Erfolge zeigt. So konnten 2014 dort 36% aller offenen Stellen (2013: 27%) intern besetzt werden. Ein ähnlicher Trend ist auch in den anderen Regionen zu verzeichnen.
Neues Entwicklungsprogramm für Senior-Führungskräfte	Die Bank hat ein Entwicklungsprogramm für Senior-Führungskräfte geschaffen, das Führungspotenziale stärken, Mobilität erhöhen sowie Nachfolgeplanung und Entwicklungsmaßnahmen verbessern soll. 69 Senior-Führungskräfte nahmen im Berichtsjahr daran teil.

[1] Vollzeitkräfte unter anteiliger Berücksichtigung von Teilzeitarbeitskräften, ohne Auszubildende und Volontäre/Praktikanten
[2] 2014 wurden die Mitarbeiter von Mauritius, die bislang unter Europa (ohne Deutschland), Naher Osten und Afrika ausgewiesen wurden, der Region Asien/Pazifik zugeordnet; die Zahlen für 2013 (186 Mitarbeiter) und 2012 (197 Mitarbeiter) wurden entsprechend angepasst
[3] Anzahl Mitarbeiter (Kopfzahlen)
[4] Ohne Postbank, Sal. Oppenheim, BHF-BANK (veräußert 2014) und DB Investment Services
[5] Ohne Gesellschaften außerhalb des Deutsche Bank Corporate Title Systems: Postbank, Sal. Oppenheim, BHF-BANK (veräußert 2014) und DB Investment Services
[6] Mitarbeiter mit Unternehmenstitel Managing Director, Director, Vice President, Assistant Vice President und Associate
[7] 2014 erstmals einschließlich Postbank, Umfrage 2013 nicht durchgeführt
[8] Kosten 2014 um rund 3 Mio € niedriger als im Vorjahr aufgrund geänderter Allokationsmethode vor allem bei Kosten für Informationstechnologie

Stärken nutzen, Herausforderungen meistern, Vertrauen mehren

Steve Weiner, London
Group Treasurer, Unilever

»Mit Unterstützung der Deutschen Bank hat Unilever die erste grüne Anleihe in Pfund Sterling aufgelegt. Die Mittel tragen maßgeblich zur Finanzierung von Projekten für Energieeffizienz und nachhaltiges Wirtschaften bei.«

Deutsche AWM und CB&S lenken einen wichtigen Teil ihres Geschäfts von London aus. Dies verdeutlicht die strategische Bedeutung der britischen Hauptstadt für die Bankenbranche.

5

Unternehmerische Verantwortung

75 Unternehmerische Verantwortung
Umwelt- und Sozialstandards im Kerngeschäft gestärkt

77 Daten und Fakten
Chancen nutzen, Risiken begrenzen

Die Deutsche Bank hat sich dem Prinzip der Nachhaltigkeit verpflichtet. Ihre Geschäfte prüft sie auf Umwelt- und Sozialrisiken.

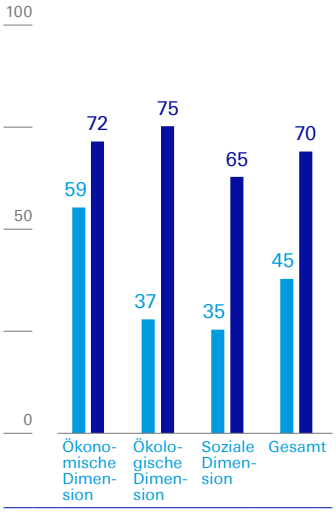
Stärken nutzen, Herausforderungen meistern, Vertrauen mehren

Unternehmerische Verantwortung
Umwelt- und Sozialstandards im Kerngeschäft gestärkt

In Kürze

- Mehr Transaktionen auf Umwelt- und Sozialrisiken geprüft
- Markt für „grüne“ Anleihen mitgestaltet
- 5,8 Millionen Menschen mit Corporate-Citizenship-Programmen erreicht

5 – 1
RobecoSAM-Nachhaltigkeitsrating 2014
Finanzdienstleistungsunternehmen (Skala von 0 bis 100)



Branchendurchschnitt
Deutsche Bank
Quelle: RobecoSAM AG

Der im Berichtsjahr überarbeitete Verhaltens- und Ethikkodex der Deutschen Bank enthält die Verpflichtung zur Nachhaltigkeit. Sie steht im Zentrum der unternehmerischen Verantwortung. Die Bank berücksichtigt die umweltpolitischen und sozialen Folgen ihres Handelns. Bei ihren Geschäftsaktivitäten wendet sie hohe Umwelt- und Sozialstandards an, um in eine nachhaltige Zukunft zu investieren. Diese Verpflichtung steht im Einklang mit der Strategie 2015+ und mit den Werten und Überzeugungen. In einem komplexen Geschäftsumfeld hat die Bank den Nachhaltigkeitsansatz in ihrem Kerngeschäft gestärkt. Dabei lag der Schwerpunkt auf Transparenz, der Nutzung von Geschäftschancen, die sich aus globalen Trends ergeben, und auf dem Management möglicher Umwelt- und Sozialrisiken.

Das Engagement der Bank geht weit über das Kerngeschäft hinaus. Als verantwortungsvoller Unternehmensbürger ist die Bank hervorragend aufgestellt, um neue Konzepte voranzutreiben, die zur Bewältigung globaler Herausforderungen beitragen.

Das Bewusstsein für Umwelt- und Sozialrisiken schärfen

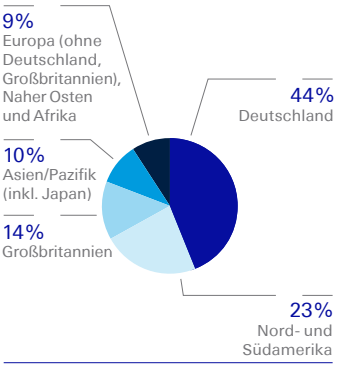
Das Rahmenwerk für Umwelt- und Sozialrisiken (ES-Risikorahmenwerk) der Deutschen Bank erfordert eine besondere Überprüfung von Transaktionen in sensiblen Sektoren. In diesem Zusammenhang hat die Bank im Berichtsjahr eine Position zu Transaktionen in oder in der Nähe von UNESCO-Welterbestätten formuliert sowie die Verpflichtung zum Erhalt von Wäldern bestätigt. Zudem hat die Deutsche Bank gemeinsam mit anderen Banken und Investoren ein Konzept zur Steuerung von Emissionsrisiken erarbeitet, die sich für Kapitalgeber aus ihren Finanzbeziehungen zu Unternehmen mit einem hohen Anteil fossiler Vermögenswerte ergeben können (Carbon Asset Risk).

2014 stieg die Zahl der Transaktionen, die die Bank im Rahmen des ES-Risikorahmenwerks geprüft hat, auf 1.250 (2013: 721). Das spiegelt das geschärfte Bewusstsein für diese Risiken im Unternehmen wider.

Konzentration auf Kundenbedürfnisse

Zufriedene und loyale Kunden sind das Fundament des Erfolgs der Deutschen Bank. Auf der Grundlage bestehender Prozesse hat die Bank im Berichtsjahr einen Kundenzufriedenheitsindex (Net Promoter Score – NPS) für die meisten Kundensegmente ermittelt. Er trägt dazu bei, unternehmensweit einheitlich und systematisch Kenntnisse über die Zufriedenheit der Kunden zu gewinnen, und dient so der Kundenorientierung.

5–2
Fördervolumen der Deutschen Bank und ihrer Stiftungen
2014 insgesamt 80,5 Mio €



Der Unternehmensbereich Private & Business Clients führt seit Langem Zufriedenheitsbefragungen durch. In der Privat- und Firmenkundenbank nahmen 2014 rund 360.000 Kunden an der Befragung teil. Hierdurch erhält die Bank detailliertes Feedback, wie die Kunden Leistungen einschätzen, die Qualität der Beratung beurteilen und in welchem Maße sie bereit sind, die Bank an einen Bekannten oder Verwandten weiterzuempfehlen.

ESG-Faktoren in Investitionsentscheidungen einbeziehen

Die Bank hat ihren Ansatz zur Berücksichtigung von Umwelt-, Sozial- und Governance-Kriterien (Environmental, Social and Governance – ESG) im Investitionsprozess in Deutsche Asset & Wealth Management (Deutsche AWM) weiterentwickelt. Dort wurde das Team verstärkt, das für die Umsetzung der ESG-Strategie sowie für den Ausbau von Kompetenzen und Kapazitäten für nachhaltiges Investieren verantwortlich ist. Im Berichtsjahr entwickelte Deutsche AWM mit der ESG Engine eine Anwendung, die bis zu 1.500 Datensätze zum ESG-Verhalten von mehr als 5.000 Unternehmen filtert. Damit kann der Bereich Produkte entwickeln, die gezielt die ESG-Maßstäbe einzelner institutioneller Investoren berücksichtigen. Ende 2014 verwaltete die Deutsche Bank Vermögenswerte in Höhe von rund 5,4 Mrd €, bei deren Anlage ESG-Kriterien berücksichtigt wurden (2013: 5,1 Mrd €).

Umwelt- und Sozialprojekte fördern

Die Deutsche Bank ist einer der führenden privatwirtschaftlichen Projektfinanzierer auf dem Gebiet der erneuerbaren Energien. Im Berichtsjahr stellte sie mehr als 978 Mio € (2013: 783 Mio €) zur Verfügung. Beratungs- und Finanzdienstleistungen ermöglichten die Finanzierung von Projekten mit einer Gesamtkapazität von gut 1.793 Megawatt und einem Investitionsvolumen von 4,3 Mrd €.

Gemeinsam mit zwölf anderen Banken veröffentlichte die Deutsche Bank die Green Bond Principles, die zur Integrität und Transparenz auf dem Markt für „grüne" Anleihen beitragen sollen. Sie regeln die Standards für diese Anleihen, um sicherzustellen, dass die Finanzierungsmittel Umwelt- und Sozialprojekten zum Beispiel in den Bereichen erneuerbare Energien, Energieeffizienz und Wasserreinhaltung zugutekommen. Im Berichtsjahr vervierfachte sich das Volumen des Marktes für „grüne" Anleihen. Die Deutsche Bank war Konsortialführer bei mehreren großen Emissionen. So begleitete sie eine Anleihe der KfW im Volumen von 1,5 Mrd € und die erste „grüne" Anleihe von Unilever in Höhe von 250 Mio £.

Engagierter Unternehmensbürger

Mit einer Fördersumme von 80,5 Mio € (2013: 78,2 Mio €) waren die Bank und ihre Stiftungen 2014 wieder unter den engagiertesten Unternehmensbürgern weltweit. Grafik 5–2 Im Berichtsjahr erreichten sie mit ihren Initiativen mehr als 5,8 Millionen Menschen. Von den sozialen Projekten profitierten 1,6 Millionen Menschen. Diese umfassen Mikrofinanzierungen und Investitionen zur Lösung von sozialen oder ökologischen Problemen (Impact Investments), fördern Unternehmertum, verbessern das lokale Umfeld und helfen Menschen in Not. Als Vorreiter in der Mikrofinanzierung hat die Deutsche Bank seit 1997 etwa 3,9 Millionen Mikrokredite im Gesamtvolumen von 1,8 Mrd US-$ ermöglicht.

Die Deutsche Bank und ihre Stiftungen bündeln ihre Jugendprogramme unter dem Dach von Born to Be, das 2014 nach dem Start in Großbritannien nun auch in ganz Europa, Asien, Südafrika und Amerika eingeführt wurde. Im letzten Jahr halfen die „Born to Be"-Projekte mehr als einer Million Jugendlichen, ihr Potenzial zu entfalten.

Weitere Informationen
Unternehmerische Verantwortung – Bericht 2014
► www.verantwortung.db.com/14

Daten und Fakten
Chancen nutzen, Risiken begrenzen

Strukturdaten

	2014	2013	2012
Anzahl der Länder, in denen die Deutsche Bank vertreten ist	71	71	72

Leistungskennzahlen

		2014	2013	2012
Nachhaltigkeitsratings	Carbon-Disclosure-Projekt (Band von A bis E)	92/Band B	91/Band A	90/Band A
	OEKOM Research (Skala von A+ bis D–)	C/Prime	C/Prime	C/Prime
	RobecoSAM	70	72	78
	Sustainalytics	62	59	65
Externe Wahrnehmung der Deutschen Bank als verantwortungsbewusster Unternehmensbürger (globaler B2B-Markt)		64 %	51 %	49 %
Investitionen für gesellschaftliches Engagement (in Mio €)		80,5	78,2	82,7
Nachhaltiges Bankgeschäft				
Verwaltetes Vermögen in nachhaltigen Investments (in Mrd €)		5,4	5,1	3,7
Geschätzte aggregierte Kreditausreichungen an Mikrokreditnehmer seit 1997 (in Mrd US-$)		1,75	1,67	1,49
Betriebsökologie				
Anteil erneuerbarer Energien am Gesamtverbrauch		77 %	79 %	67 %
Netto-Treibhausgasemissionen[1] (in t CO_2)		297.303	306.268	346.983
Mitarbeiter und Gesellschaft				
Teilnehmer an Corporate-Volunteering-Programmen der Deutschen Bank (in % der Mitarbeiter, ohne Postbank)		21 %	25 %	24 %
Teilnehmer an Bildungs-/Born to Be-Projekten		1.168.913	411.121	1.322.026
Begünstigte in sozialen Projekten		1.593.177	439.635	710.898

Besondere Projekte

Ökonomie	Entwicklung einer bankeigenen Softwarelösung. Sie ermöglicht es, bis zu 1.500 Datensätze zum ESG-Verhalten von mehr als 5.000 Unternehmen zu filtern. Formulierung einer Position zu Transaktionen in oder in der Nähe von UNESCO-Welterbestätten.
Ökologie	Beibehaltung der Klimaneutralität unseres Geschäftsbetriebs durch Stilllegung von Ausgleichszertifikaten. Konsortialführer bei mehreren großen Emissionen von „grünen“ Anleihen.
Mitarbeiter und Gesellschaft	Werte und Überzeugungen in alle Personalprozesse integriert. Globaler Roll-out von Born to Be, den Jugendprojekten der Deutschen Bank und ihrer Stiftungen. Weltweit engagierten sich rund 17.000 Mitarbeiter (21% der Belegschaft) über 190.000 Stunden für soziale Projekte.

[1] Die Nettoemissionen an Treibhausgasen berücksichtigen erneuerbare Energien und Zertifikate. Durch hochwertige Ausgleichszertifikate werden die Nettoemissionen seit 2012 vollständig neutralisiert.

»Wir bei der NADB sind schon immer sehr zufrieden mit dem individuellen und erstklassigen Service der Deutschen Bank. Sie versteht unsere Bedürfnisse und Ziele voll und ganz. Die Deutsche Bank leistet und liefert mit der gleichen Leidenschaft.«

In den USA beschäftigt die Deutsche Bank rund 10.000 Mitarbeiter in 28 Bundesstaaten und 90 Städten. Die Deutsche Bank Americas trägt ein Viertel zum Ergebnis des Konzerns bei.

Stärken nutzen, Herausforderungen meistern, Vertrauen mehren

Héctor M. Camacho, San Antonio
Chief Financial Officer, North American Development Bank (NADB)

6

Konzernabschluss / Auszüge

81 Gewinn-und-Verlust-Rechnung
82 Bilanz
83 Der Konzern im Fünfjahresvergleich

Weniger Risiko und höheres Eigenkapital kennzeichnen die Bilanz 2014 der Deutschen Bank.

Stärken nutzen, Herausforderungen meistern, Vertrauen mehren

Erläuterungen und weitere Details (inklusive Fußnoten) siehe Finanzbericht 2014 (Konzernabschluss).

Gewinn-und-Verlust-Rechnung

Gewinn-und-Verlust-Rechnung

in Mio €	2014	2013	2012
Zinsen und ähnliche Erträge	25.001	25.601	31.593
Zinsaufwendungen	10.729	10.768	15.619
Zinsüberschuss	**14.272**	14.834	15.975
Risikovorsorge im Kreditgeschäft	1.134	2.065	1.721
Zinsüberschuss nach Risikovorsorge im Kreditgeschäft	**13.138**	12.769	14.254
Provisionsüberschuss	12.409	12.308	11.809
Ergebnis aus zum beizulegenden Zeitwert bewerteten finanziellen Vermögenswerten/Verpflichtungen	4.299	3.817	5.608
Ergebnis aus zur Veräußerung verfügbaren finanziellen Vermögenswerten	242	394	301
Ergebnis aus nach der Equitymethode bilanzierten Beteiligungen	619	369	163
Sonstige Erträge	108	193	–120
Zinsunabhängige Erträge insgesamt	**17.677**	17.082	17.761
Personalaufwand	12.512	12.329	13.490
Sachaufwand und sonstiger Aufwand	14.654	15.126	15.017
Aufwendungen im Versicherungsgeschäft	289	460	414
Wertminderung auf immaterielle Vermögenswerte	111	79	1.886
Restrukturierungsaufwand	133	399	394
Zinsunabhängige Aufwendungen insgesamt	**27.699**	28.394	31.201
Ergebnis vor Steuern	**3.116**	1.456	814
Ertragsteueraufwand	1.425	775	498
Jahresüberschuss	**1.691**	681	316
Den Anteilen ohne beherrschenden Einfluss zurechenbares Konzernergebnis	28	15	53
Den Deutsche Bank-Aktionären zurechenbares Konzernergebnis	1.663	666	263

Ergebnis je Aktie[1]

in €	2014	2013	2012
Unverwässert	1,34	0,64	0,27
Verwässert[2]	1,31	0,62	0,26
Anzahl der Aktien in Millionen[1]			
Gewichteter Durchschnitt der ausstehenden Aktien – Nenner für die Berechnung des Ergebnisses je Aktie	1.241,9	1.045,4	979,0
Bereinigter gewichteter Durchschnitt der ausstehenden Aktien nach angenommener Wandlung – Nenner für die Berechnung des verwässerten Ergebnisses je Aktie	1.269,5	1.073,2	1.004,7

[1] Die Anzahl der durchschnittlich ausstehenden Aktien (unverwässert und verwässert) wurde für alle Perioden angepasst, um den Effekt der Bonuskomponente von Bezugsrechten, die im Juni 2014 im Rahmen der Kapitalerhöhung ausgegeben wurden, zu berücksichtigen.
[2] Einschließlich Effekt auf den Zähler aus angenommener Wandlung.

Bilanz

Aktiva

in Mio €	31.12.2014	31.12.2013
Barreserve	20.055	17.155
Verzinsliche Einlagen bei Kreditinstituten	63.518	77.984
Forderungen aus übertragenen Zentralbankeinlagen und aus Wertpapierpensionsgeschäften (Reverse Repos)	17.796	27.363
Forderungen aus Wertpapierleihen	25.834	20.870
Zum beizulegenden Zeitwert bewertete finanzielle Vermögenswerte		
Handelsaktiva	195.681	210.070
Positive Marktwerte aus derivativen Finanzinstrumenten	629.958	504.590
Zum beizulegenden Zeitwert klassifizierte finanzielle Vermögenswerte	117.285	184.597
Zum beizulegenden Zeitwert bewertete finanzielle Vermögenswerte insgesamt	942.924	899.257
Zur Veräußerung verfügbare finanzielle Vermögenswerte	64.297	48.326
Nach der Equitymethode bilanzierte Beteiligungen	4.143	3.581
Forderungen aus dem Kreditgeschäft	405.612	376.582
Sachanlagen	2.909	4.420
Geschäfts- oder Firmenwert und sonstige immaterielle Vermögenswerte	14.951	13.932
Sonstige Aktiva	137.980	112.539
Steuerforderungen aus laufenden Steuern	1.819	2.322
Steuerforderungen aus latenten Steuern	6.865	7.071
Summe der Aktiva	**1.708.703**	1.611.400

Passiva

in Mio €	31.12.2014	31.12.2013
Einlagen	532.931	527.750
Verbindlichkeiten aus übertragenen Zentralbankeinlagen und aus Wertpapierpensionsgeschäften (Repos)	10.887	13.381
Verbindlichkeiten aus Wertpapierleihen	2.339	2.304
Zum beizulegenden Zeitwert bewertete finanzielle Verpflichtungen		
Handelspassiva	41.843	55.804
Negative Marktwerte aus derivativen Finanzinstrumenten	610.202	483.428
Zum beizulegenden Zeitwert klassifizierte finanzielle Verpflichtungen	37.131	90.104
Investmentverträge	8.523	8.067
Zum beizulegenden Zeitwert bewertete finanzielle Verpflichtungen insgesamt	697.699	637.404
Sonstige kurzfristige Geldaufnahmen	42.931	59.767
Sonstige Passiva	183.823	163.595
Rückstellungen	6.677	4.524
Steuerverbindlichkeiten aus laufenden Steuern	1.608	1.600
Steuerverbindlichkeiten aus latenten Steuern	1.175	1.101
Langfristige Verbindlichkeiten	144.837	133.082
Hybride Kapitalinstrumente	10.573	11.926
Verpflichtung zum Erwerb Eigener Aktien	–	–
Summe der Verbindlichkeiten	**1.635.481**	1.556.434

Eigenkapital

Stammaktien, ohne Nennwert, rechnerischer Nominalwert 2,56 €	3.531	2.610
Kapitalrücklage	33.626	26.204
Gewinnrücklagen	29.279	28.376
Eigene Aktien im Bestand zu Anschaffungskosten	–8	–13
Verpflichtung zum Erwerb Eigener Aktien	–	–
Kumulierte sonstige erfolgsneutrale Eigenkapitalveränderung	1.923	–2.457
Den Deutsche Bank-Aktionären zurechenbares Eigenkapital	**68.351**	54.719
Zusätzliche Eigenkapitalbestandteile	4.619	–
Anteile ohne beherrschenden Einfluss	253	247
Eigenkapital einschließlich Anteile ohne beherrschenden Einfluss	**73.223**	54.966
Summe der Passiva	**1.708.703**	1.611.400

Der Konzern im Fünfjahresvergleich

Bilanz

in Mio €	31.12.2014	31.12.2013	31.12.2012	31.12.2011	31.12.2010
Bilanzsumme	1.708.703	1.611.400	2.022.275	2.164.103	1.905. 630
Forderungen aus dem Kreditgeschäft	405.612	376.582	397.377	412.514	407.729
Summe der Verbindlichkeiten[1]	1.635.481	1.566.434	1.968.035	2.109.443	1.855.262
Den Deutsche Bank-Aktionären zurechenbares Eigenkapital[1]	68.351	54.719	54.001	53.390	48.819
Anteile ohne beherrschenden Einfluss	253	247	239	1.270	1.549
Tier-1-Kapital[2]	63.898	50.717	50.483	49.047	42.565
Aufsichtsrechtliches Eigenkapital insgesamt[2]	68.293	55.464	57.015	55.226	48.688

Gewinn-und-Verlust-Rechnung

in Mio €	2014	2013	2012	2011	2010
Zinsüberschuss	14.272	14.834	15.975	17.445	15.583
Risikovorsorge im Kreditgeschäft	1.134	2.065	1.721	1.839	1.274
Provisionsüberschuss[3]	12.409	12.308	11.809	11.878	10.669
Ergebnis aus zum beizulegenden Zeitwert bewerteten finanziellen Vermögenswerten/Verpflichtungen[3]	4.299	3.817	5.608	2.724	3.354
Sonstige zinsunabhängige Erträge	969	956	344	1.181	–1.039
Zinsunabhängige Erträge insgesamt	**17.677**	17.082	17.761	15.783	12.984
Personalaufwand	12.512	12.329	13.490	13.135	12.671
Sachaufwand und sonstiger Aufwand	14.654	15.126	15.017	12.657	10.133
Aufwendungen im Versicherungsgeschäft	289	460	414	207	485
Wertminderung auf immaterielle Vermögenswerte	111	79	1.886	–	29
Restrukturierungsaufwand	133	399	394	–	–
Zinsunabhängige Aufwendungen insgesamt	**27.699**	28.394	31.201	25.999	23.318
Ergebnis vor Steuern	**3.116**	1.456	814	5.390	3.975
Ertragsteueraufwand	1.425	775	498	1.064	1.645
Jahresüberschuss	**1.691**	681	316	4.326	2.330
Den Anteilen ohne beherrschenden Einfluss zurechenbares Konzernergebnis	28	15	53	194	20
Den Deutsche Bank-Aktionären zurechenbares Konzernergebnis	1.663	666	263	4.132	2.310

Kennziffern

	2014	2013	2012	2011	2010
Ergebnis je Aktie (unverwässert)[4]	1,34 €	0,64 €	0,27 €	4,25 €	2,93 €
Ergebnis je Aktie (verwässert)[4]	1,31 €	0,62 €	0,26 €	4,11 €	2,80 €
Dividendenzahlung je Aktie, gezahlt in der Periode	0,75 €	0,75 €	0,75 €	0,75 €	0,75 €
Eigenkapitalrendite nach Steuern (basierend auf dem durchschnittlichen Eigenkapital)	2,7 %	1,2 %	0,5 %	8,2 %	5,5 %
Eigenkapitalrendite vor Steuern (basierend auf dem durchschnittlichen Eigenkapital)	5,0 %	2,6 %	1,3 %	10,2 %	9,5 %
Aufwand-Ertrag-Relation	86,7 %	89,0 %	92,5 %	78,2 %	81,6 %
Tier-1-Kernkapitalquote[2]	15,2 %	12,8 %	11,4 %	9,5 %	8,7 %
Tier-1-Kapitalquote[2]	16,1 %	16,9 %	15,1 %	12,9 %	12,3 %
Aufsichtsrechtliche Eigenkapitalquote insgesamt[2]	17,2 %	18,5 %	17,1 %	14,5 %	14,1 %
Mitarbeiter (in Vollzeitkräfte umgerechnet)[5]	98.138	98.254	98.219	100.996	102.062

[1] Die erstmalige Bilanzierung des Unternehmenserwerbs von ABN AMRO, die am 31. März 2011 abgeschlossen wurde, führte zu einer rückwirkenden Reduzierung der Gewinnrücklagen in Höhe von 24 Mio € zum 31. Dezember 2010.
[2] Werte für 2014 basieren auf den Übergangsregeln des CRR/CRD-4-Regelwerks. Werte für 2013, 2012 und 2011 basieren auf „Basel 2.5“. Werte für 2010 basieren auf „Basel 2“. Die Kapitalquoten setzen das jeweilige Kapital in Beziehung zu den risikogewichteten Aktiva. Bis 2013 sind keine Übergangsposten gemäß dem früheren § 64h Absatz 3 KWG enthalten.
[3] Vorjahreswerte wurden angepasst. Hierzu verweisen wir auf die Anhangangabe 1 „Wesentliche Rechnungslegungsgrundsätze und -einschätzungen“ im Finanzbericht 2014.
[4] Die Anzahl der durchschnittlich ausstehenden Aktien (unverwässert und verwässert) wurde rückwirkend angepasst, um den Effekt der Bonuskomponente von Bezugsrechten, die im Rahmen der Kapitalerhöhungen im Juni 2014 und Oktober 2010 ausgegeben wurden, zu berücksichtigen.
[5] Die Deutsche Postbank passte die Berechnung der Mitarbeiter auf Basis von Vollzeitkräften per 31. Dezember 2011 an die der Deutschen Bank an. Dies führte zu einer Reduktion um 260 Vollzeitkräfte für den Konzern (vorherige Perioden wurden nicht angepasst).

Impressum/Publikationen

Deutsche Bank Aktiengesellschaft
Taunusanlage 12
60262 Frankfurt am Main
Telefon: (069) 910 00
deutsche.bank@db.com

Aktionärshotline
(0800) 910 80 00

Hauptversammlungshotline
(0800) 100 47 98

Investor Relations
(069) 910 38 080
db.ir@db.com

Fotos

— Andreas Pohlmann, München
Seiten 02 bis 10
— Mathias Ziegler, München
Seiten 16/17, 32/33, 40/41, 52/53, 64/65, 72/73, 78/79 sowie Titel, U2 und U5

Publikationen zum Jahresabschluss

Bitte beachten Sie, dass der Geschäftsbericht des Deutsche Bank-Konzerns aus zwei separaten Teilen, dem Jahresbericht 2014 und dem Finanzbericht 2014, besteht.

— Jahresbericht 2014
(in Deutsch und Englisch)
— Finanzbericht 2014
(in Deutsch und Englisch)
— Unternehmerische Verantwortung – Bericht 2014
(in Deutsch und Englisch)
— Jahresabschluss und Lagebericht der Deutschen Bank AG 2014
(in Deutsch und Englisch)

Bestellmöglichkeiten

E-Mail – Internet
service-center@bertelsmann.de
www.deutsche-bank.de/14

Fax
(01805) 070808

Telefon
(0800) 555 99 94

postalisch
arvato logistics services
Bestellservice Deutsche Bank
Gottlieb-Daimler-Straße 1
33428 Harsewinkel

Online

Alle Publikationen zum Jahresabschluss sind abrufbar unter:
www.deutsche-bank.de/14

Hinweis in Bezug auf zukunftsgerichtete Aussagen

Dieser Bericht enthält zukunftsgerichtete Aussagen. Zukunftsgerichtete Aussagen sind Aussagen, die nicht Tatsachen der Vergangenheit beschreiben. Sie umfassen auch Aussagen über unsere Annahmen und Erwartungen. Diese Aussagen beruhen auf Planungen, Schätzungen und Prognosen, die der Geschäftsleitung der Deutschen Bank derzeit zur Verfügung stehen. Zukunftsgerichtete Aussagen gelten deshalb nur an dem Tag, an dem sie gemacht werden. Wir übernehmen keine Verpflichtung, solche Aussagen angesichts neuer Informationen oder künftiger Ereignisse anzupassen.

Zukunftsgerichtete Aussagen beinhalten naturgemäß Risiken und Unsicherheitsfaktoren. Eine Vielzahl wichtiger Faktoren kann dazu beitragen, dass die tatsächlichen Ergebnisse erheblich von zukunftsgerichteten Aussagen abweichen. Solche Faktoren sind etwa die Verfassung der Finanzmärkte in Deutschland, Europa, den USA und andernorts, in denen wir einen erheblichen Teil unserer Erträge aus dem Wertpapierhandel erzielen und einen erheblichen Teil unserer Vermögenswerte halten, die Preisentwicklung von Vermögenswerten und die Entwicklung von Marktvolatilitäten, der mögliche Ausfall von Kreditnehmern oder Kontrahenten von Handelsgeschäften, die Umsetzung unserer strategischen Initiativen, die Verlässlichkeit unserer Grundsätze, Verfahren und Methoden zum Risikomanagement sowie andere Risiken, die in den von uns bei der US Securities and Exchange Commission (SEC) hinterlegten Unterlagen dargestellt sind. Diese Faktoren haben wir in unserem SEC-Bericht nach „Form 20-F" vom 20. März 2015 unter der Überschrift „Risk Factors" im Detail dargestellt. Kopien dieses Berichts sind auf Anfrage bei uns erhältlich oder unter www.deutsche-bank.com/ir verfügbar.

Klimaneutrale Herstellung

Dieser Bericht wurde klimaneutral gestellt. Durch Herstellung und Verteilung verursachte Treibhausgasemissionen in Höhe von 22 t Kohlendioxidäquivalenten wurden durch zusätzliche Investitionen in ein hochwertiges Klimaschutzprojekt kompensiert.

FSC www.fsc.org MIX Papier aus verantwortungsvollen Quellen FSC® C010264

Die Deutsche Bank will profitabler werden, nicht zuletzt im Interesse ihrer Aktionäre. Um dieses Ziel zu erreichen, will die Bank die Effizienz steigern und die Kosten senken. Die wachsenden Ansprüche ihrer Kunden möchte die Bank auch künftig erfüllen und neue digitale Angebote schaffen. Die Unternehmensbereiche intensivieren die Zusammenarbeit weiter, um die Kunden gemeinsam ganzheitlich zu betreuen.

Ihren Aufgaben stellt sich die Bank auch, indem sie ihre Unternehmenskultur neu ausrichtet. Der Kulturwandel verändert nachhaltig die Art und Weise, wie die Deutsche Bank ihre Geschäfte tätigt. Die Stärke der Deutschen Bank und ihre Fähigkeit, Herausforderungen zu meistern und das Vertrauen ihrer Kunden, Aktionäre und der Gesellschaft zu mehren, bilden die Basis für zukünftigen Erfolg.

Stärken nutzen, Herausforderungen meistern, Vertrauen mehren

Das Jahr auf einen Blick

01
Januar

Ökologisches Kapital erschließen

Die von der Deutschen Bank mitentwickelten Green Bond Principles werden veröffentlicht.

02
Februar

Kirch-Gruppe

Die Deutsche Bank erzielt einen Vergleich mit der Kirch-Gruppe und legt einen langjährigen Rechtsstreit bei.

03
März

Beste ausländische Bank Italiens

Die Deutsche Bank wird von der Wirtschaftszeitung Milano Finanza bei den Global Awards 2014 mit dem „Guido Carli"-Preis als beste ausländische Bank Italiens ausgezeichnet.

04
April

Finanzierung für Numericable

Die Deutsche Bank ist globaler Koordinator und Konsortialführer für eine Finanzierung in Höhe von 15,8 Mrd €, die Numericable den Kauf von SFR ermöglicht.

Verhaltens- und Ethikkodex

Die Deutsche Bank aktualisiert ihren Verhaltens- und Ethikkodex und kommt damit dem Ziel eines langfristigen Kulturwandels einen Schritt näher.

05
Mai

Zusätzliches Kernkapital

Die Deutsche Bank emittiert 3,5 Mrd € zusätzliches Tier-1-Kernkapital.

Hauptversammlung

4.600 Aktionäre und Gäste besuchen die Hauptversammlung der Deutschen Bank in Frankfurt am Main.

06
Juni

Kapitalerhöhung abgeschlossen

Die Deutsche Bank sammelt 8,5 Mrd € Kapital ein und erhöht damit ihre Kernkapitalquote signifikant.

Juli

08
August

SEPA

In allen Ländern der Eurozone wird der Zahlungsverkehr auf das harmonisierte Euro-Zahlungssystem SEPA (Single Euro Payments Area) umgestellt. Die Deutsche Bank hat ihre Kunden dabei aktiv begleitet und alle Konten SEPA-fähig gemacht.

09
September

Börsengang Alibaba

Als einer der Konsortialführer begleitet die Deutsche Bank den Börsengang von Alibaba.

Mandat von Northern Trust

Global Transaction Banking verwahrt für Northern Trust Vermögenswerte in Höhe von 130 Mrd € und wickelt 700.000 Transaktionen in sechs Märkten in Europa ab.

10
Oktober

Erweiterung des Vorstands

Im Einklang mit laufenden strategischen, regulatorischen und rechtlichen Prioritäten ordnet die Deutsche Bank die persönlichen Verantwortungsbereiche im Vorstand neu und beruft zwei neue Mitglieder.

Umfassende Bewertung der EZB

Die Deutsche Bank erfüllt die Anforderungen der Bilanzprüfung und des Stresstests, die von der EZB und der Europäischen Bankenaufsichtsbehörde durchgeführt werden.

11
November

EZB-Mandat

Deutsche Asset & Wealth Management wird von der EZB als einer von vier Vermögensverwaltern für die Beratung im Rahmen des geplanten Ankaufprogramms für kreditgesicherte Wertpapiere mandatiert.

Zusätzliches Kernkapital

Die Deutsche Bank emittiert 1,5 Mrd US-$ zusätzliches Kernkapital und erreicht im Wesentlichen das für Ende 2015 angestrebte Gesamtvolumen von 5 Mrd €.

Dezember

2015

Wichtige Termine

29. April 2015
Zwischenbericht zum 31. März 2015

21. Mai 2015
Hauptversammlung in der Festhalle
Frankfurt am Main (Messegelände)

22. Mai 2015
Dividendenzahlung

30. Juli 2015
Zwischenbericht zum 30. Juni 2015

28. Oktober 2015
Zwischenbericht zum 30. September 2015

2016

Wichtige Termine

28. Januar 2016
Vorläufiges Jahresergebnis für das Geschäftsjahr 2015

15. März 2016
Geschäftsbericht 2015 und Form 20-F

28. April 2016
Zwischenbericht zum 31. März 2016

19. Mai 2016
Hauptversammlung in der Festhalle
Frankfurt am Main (Messegelände)

20. Mai 2016
Dividendenzahlung

28. Juli 2016
Zwischenbericht zum 30. Juni 2016

27. Oktober 2016
Zwischenbericht zum 30. September 2016

Jahresbericht 2014

- Printfassung
- PDF zum Download
- Online-Bericht unter www.deutsche-bank.de/14

Finanzbericht 2014

- Printfassung
- PDF zum Download
- Online-Bericht unter www.deutsche-bank.de/14

Unternehmerische Verantwortung – Bericht 2014

- Printfassung
- PDF zum Download
- Online-Bericht unter www.verantwortung.db.com/14

Personalbericht 2014

- PDF zum Download unter www.deutsche-bank.de/ir/berichte

Deutsche Bank

Stärken nutzen, Herausforderungen meistern, Vertrauen stärken

Finanzbericht 2014

Leistung aus Leidenschaft

Deutsche Bank

Der Konzern im Überblick

	2014	2013
Aktienkurs zum Ende der Berichtsperiode[1]	€ 24,99	€ 33,07
Aktienkurs höchst[1]	€ 38,15	€ 36,94
Aktienkurs tiefst[1]	€ 22,66	€ 28,05
Ergebnis je Aktie (unverwässert)[2]	€ 1,34	€ 0,64
Ergebnis je Aktie (verwässert)[2]	€ 1,31	€ 0,62
Ausstehende Aktien (unverwässert, Durchschnitt), in Mio[2]	1.242	1.045
Ausstehende Aktien (verwässert, Durchschnitt), in Mio[2]	1.269	1.073
Eigenkapitalrendite vor Steuern (basierend auf dem durchschnittlichen den Deutsche Bank-Aktionären zurechenbaren Eigenkapital)	5,0 %	2,6 %
Eigenkapitalrendite vor Steuern (basierend auf dem durchschnittlichen Active Equity)	5,1 %	2,6 %
Eigenkapitalrendite nach Steuern (basierend auf dem durchschnittlichen den Deutsche Bank-Aktionären zurechenbaren Eigenkapital)	2,7 %	1,2 %
Eigenkapitalrendite nach Steuern (basierend auf dem durchschnittlichen Active Equity)	2,7 %	1,2 %
Aufwand-Ertrag-Relation[3]	86,7 %	89,0 %
Personalaufwandsquote[4]	39,2 %	38,6 %
Sachaufwandsquote[5]	47,5 %	50,3 %
in Mio €		
Erträge insgesamt	31.949	31.915
Risikovorsorge im Kreditgeschäft	1.134	2.065
Zinsunabhängige Aufwendungen insgesamt	27.699	28.394
Ergebnis vor Steuern	3.116	1.456
Jahresüberschuss	1.691	681

	31.12.2014 in Mrd €	31.12.2013 in Mrd €
Bilanzsumme	1.709	1.611
Den Deutsche Bank-Aktionären zurechenbares Eigenkapital	68,4	54,7
Nettovermögen je ausstehende Stammaktie (unverwässert)	€ 49,32	€ 50,80[2]
Materielles Nettovermögen je ausstehende Stammaktie (unverwässert)	€ 38,53	€ 37,87[2]
Tier-1-Kernkapitalquote (CRR/CRD 4)[6]	15,2 %	12,8 %
Tier-1-Kernkapitalquote (CRR/CRD 4-Vollumsetzung)[6]	11,7 %	12,8 %
Tier-1-Kapitalquote (CRR/CRD 4)[6]	16,1 %	16,9 %
Tier-1-Kapitalquote (CRR/CRD 4-Vollumsetzung)[6]	12,9 %	16,9 %
Anzahl		
Niederlassungen	2.814	2.907
davon in Deutschland	1.845	1.924
Mitarbeiter (in Vollzeitkräfte umgerechnet)	98.138	98.254
davon in Deutschland	45.392	46.377
Langfristige Bonitätseinstufung		
Moody's Investors Service	A3	A2
Standard & Poor's	A	A
Fitch Ratings	A+	A+

[1] Die historischen Kurse bis und einschließlich 5. Juni 2014 (letzter Handelstag Cum-Bezugsrecht) wurden im Zusammenhang mit der Kapitalerhöhung 2014 nachträglich durch Multiplikation mit dem Korrekturfaktor 0,9538 (R-Faktor) angepasst.

[2] Alle Perioden wurden angepasst, um den Effekt der Bonuskomponente von Bezugsrechten, die im Juni 2014 im Rahmen der Kapitalerhöhung ausgegeben wurden, zu berücksichtigen.

[3] Prozentualer Anteil der Zinsunabhängigen Aufwendungen insgesamt am Zinsüberschuss vor Risikovorsorge im Kreditgeschäft plus Zinsunabhängige Erträge.

[4] Prozentualer Anteil des Personalaufwands am Zinsüberschuss vor Risikovorsorge im Kreditgeschäft plus Zinsunabhängige Erträge.

[5] Prozentualer Anteil des Zinsunabhängigen Sachaufwands, der sich aus den Zinsunabhängigen Aufwendungen abzüglich Personalaufwand zusammensetzt, am Zinsüberschuss vor Risikovorsorge im Kreditgeschäft plus Zinsunabhängige Erträge.

[6] Werte für 2014 basieren auf „CRR/CRD 4" unter Berücksichtigung der Übergangsregeln und „CRR/CRD 4-Vollumsetzung" gemäß der vollständigen Anwendung des CRR/CRD 4-Regelwerks. Werte für 2013 basieren auf „Basel 2.5". Die Kapitalquoten setzen das jeweilige Kapital in Beziehung zu den risikogewichteten Aktiva. In den Werten für 2013 sind keine Übergangsposten gemäß dem früheren § 64h Absatz 3 KWG enthalten.

Aufgrund von Rundungen können sich im vorliegenden Bericht bei Summenbildungen und bei der Berechnung von Prozentangaben geringfügige Abweichungen ergeben.

Bei der Ermittlung des Regulatorischen Kapitals und der Kapitalkennzahlen, die in diesem Bericht Erwähnung finden, wurde der Dividendenvorschlag des Vorstands an den Aufsichtsrat und die Jahreshauptversammlung in Höhe von 0,75 € pro Anteil berücksichtigt.

1 Lagebericht

04 Die Geschäftsentwicklung
Überblick– 4
Der Deutsche Bank-Konzern – 8
Geschäftsergebnisse – 17
Vermögenslage – 43
Liquiditäts- und Kapitalmanagement – 49
Ereignisse nach dem Bilanzstichtag – 50

51 Ausblick

62 Risikobericht
Einführung – 63

73 Risikomanagement – Überblick

75 Grundsätze des Risikomanagements
Rahmenwerk für das Risikomanagement – 75
Risikokultur – 80
Risikotoleranz und Risikokapazität – 81
Strategie und Kapitalplan – 82

85 Risikobewertung und Berichterstattung

88 Risikoinventur

93 Kreditrisiko
Kreditengagement – 102
Kreditengagement gegenüber ausgewählten Ländern der Eurozone – 113
Ausleihebezogenes Kreditrisikoengagement –119
Firmenkreditengagement – 120
Konsumentenkreditengagement – 123
Kreditrisikoengagement aus Derivaten – 124
Beteiligungen – 128
Qualität von Vermögenswerten – 128
Adressenausfallrisiko:
Aufsichtsrechtliche Bewertung – 138
Verbriefungen – 177

199 Marktrisiko aus Handelsaktivitäten
Value-at-Risk (VaR) innerhalb des Deutsche Bank-Konzerns (ohne Postbank) – 202
Aufsichtsrechtliche Anforderungen zum handelsbezogenen Marktrisiko – 205
Bilanz und Vermögenswerte des Handelsbuchs – 211
Value-at-Risk der Postbank – 216
Ergebnisse des Aufsichtsrechtlichen Backtestings des Trading Market Risk – 217

219 Marktrisiko aus Nichthandelsaktivitäten
Bewertung des Marktrisikos aus Nichthandelsaktivitäten – 220
Ökonomischer Kapitalbedarf für unsere nicht handelsbezogenen Marktrisikoportfolios – 222
Gehaltene Beteiligungen – 224

226 Operationelles Risiko

236 Liquiditätsrisiko
Kurzfristige Liquidität und Refinanzierung über den Wholesale-Markt – 237
Refinanzierung und Kapitalmarktemissionen – 237
Diversifizierung der Finanzierungsmittel – 238
Liquiditätsreserven – 242
Belastung von Vermögenswerten – 245
Fälligkeitsanalyse der Vermögensgegenstände und finanziellen Verbindlichkeiten – 248

253 Kapitalmanagement

256 Aufsichtsrechtliches Eigenkapital
Kapitaladäquanz – 256
Aufsichtsrechtliche Eigenkapitalanforderungen – 274

283 Bilanzmanagement
Verschuldungsquote gemäß dem überarbeiteten CRR/CRD 4-Rahmenwerk auf Basis einer Vollumsetzung (nicht testiert) – 283

286 Gesamtrisikoposition
Ökonomisches Kapital – 286
Interne Kapitaladäquanz – 288

289 Vergütungsbericht
Zusammenfassung und Offenlegung konzernweiter Vergütung – 289
Material Risk Taker – 306
Offenlegung und Bericht über die Vorstandsvergütung – 309
Grundzüge des Vergütungssystems für die Mitglieder des Aufsichtsrats – 327

330 Unternehmerische Verantwortung

333 Mitarbeiter

339 Internes Kontrollsystem bezogen auf die Rechnungslegung

343 Angaben nach § 315 Absatz 4 HGB und erläuternder Bericht

2 Konzernabschluss

349 Konzern-Gewinn- und Verlustrechnung

350 Konzern-Gesamtergebnisrechnung

351 Konzernbilanz

352 Konzern-Eigenkapitalveränderungsrechnung

354 Konzern-Kapitalflussrechnung

355 Konzernanhang
01 – Wesentliche Rechnungslegungsgrundsätze und -einschätzungen – 355
02 – Erstmals angewandte und neue Rechnungslegungsvorschriften – 385

03 – Akquisitionen und Veräußerungen – 388
04 – Segmentberichterstattung – 390

Anhangangaben zur Gewinn- und Verlustrechnung
05 – Zinsüberschuss und Ergebnis aus zum beizulegenden Zeitwert bewerteten finanziellen Vermögenswerten/Verpflichtungen – 395
06 – Provisionsüberschuss – 397
07 – Ergebnis aus zur Veräußerung verfügbaren finanziellen Vermögenswerten – 397
08 – Sonstige Erträge – 398
09 – Sachaufwand und sonstiger Aufwand – 398
10 – Restrukturierung – 398
11 – Ergebnis je Aktie – 399

Anhangangaben zur Bilanz
12 – Zum beizulegenden Zeitwert bewertete finanzielle Vermögenswerte und Verpflichtungen – 401
13 – Änderungen zu IAS 39 und IFRS 7, „Umwidmung von finanziellen Vermögenswerten“ – 402
14 – Zum beizulegenden Zeitwert bewertete Finanzinstrumente – 406
15 – Beizulegender Zeitwert von Finanzinstrumenten, die nicht zum beizulegenden Zeitwert bilanziert werden – 422
16 – Zur Veräußerung verfügbare finanzielle Vermögenswerte – 425
17 – Nach der Equitymethode bilanzierte Beteiligungen – 425
18 – Aufrechnung von finanziellen Vermögenswerten und Verpflichtungen – 426
19 – Forderungen aus dem Kreditgeschäft – 431
20 – Risikovorsorge im Kreditgeschäft – 431
21 – Übertragung von finanziellen Vermögenswerten – 432
22 – Als Sicherheit verpfändete und erhaltene Vermögenswerte – 434
23 – Sachanlagen – 435
24 – Leasingverhältnisse – 436
25 – Geschäfts- oder Firmenwert und sonstige immaterielle Vermögenswerte – 437
26 – Zum Verkauf bestimmte langfristige Vermögenswerte und Veräußerungsgruppen – 447
27 – Sonstige Aktiva und Passiva – 449
28 – Einlagen – 449
29 – Rückstellungen – 450
30 – Kreditzusagen und Eventualverbindlichkeiten – 462
31 – Sonstige kurzfristige Geldaufnahmen – 463
32 – Langfristige Verbindlichkeiten und hybride Kapitalinstrumente – 463
33 – Fälligkeitsanalyse der frühestmöglichen undiskontierten vertraglichen Cashflows finanzieller Verpflichtungen – 464

Zusätzliche Anhangangaben
34 – Stammaktien – 465
35 – Leistungen an Arbeitnehmer – 468
36 – Ertragsteuern – 482
37 – Derivative Finanzinstrumente – 485
38 – Geschäfte mit nahestehenden Dritten – 487
39 – Informationen zu Tochtergesellschaften – 489
40 – Strukturierte Einheiten – 490
41 – Versicherungs- und Investmentverträge – 496
42 – Kurz- und langfristige Vermögenswerte und Verbindlichkeiten – 500
43 – Ereignisse nach dem Bilanzstichtag – 501
44 – Ergänzende Erläuterungen zum Konzernabschluss gemäß § 315a HGB – 502
45 – Länderspezifische Berichterstattung – 503
46 – Anteilsbesitz – 505

3 Bestätigungen

540 Bestätigungsvermerk des unabhängigen Abschlussprüfers
542 Versicherung der gesetzlichen Vertreter
543 Bericht des Aufsichtsrats

4 Erklärung zur Unternehmensführung/Corporate-Governance-Bericht

552 Vorstand und Aufsichtsrat
563 Rechnungslegung und Transparenz
564 Geschäfte mit nahestehenden Dritten
565 Wirtschaftsprüfung und Controlling
567 Einhaltung des Deutschen Corporate Governance Kodex

5 Ergänzende Informationen

570 Vorstand
571 Aufsichtsrat
573 Advisory Boards
574 Der Konzern im Fünfjahresvergleich
575 Patronatserklärung
576 Impressum/Publikationen

1

Lagebericht

04 Die Geschäftsentwicklung
Überblick– 4
Der Deutsche Bank-Konzern – 8
Geschäftsergebnisse – 17
Vermögenslage – 43
Liquiditäts- und Kapitalmanagement – 49
Ereignisse nach dem Bilanzstichtag – 50

51 Ausblick

62 Risikobericht
Einführung – 63

73 Risikomanagement – Überblick

75 Grundsätze des Risikomanagements
Rahmenwerk für das Risikomanagement – 75
Risikokultur – 80
Risikotoleranz und Risikokapazität – 81
Strategie und Kapitalplan – 82

85 Risikobewertung und Berichterstattung

88 Risikoinventur

93 Kreditrisiko
Kreditengagement – 102
Kreditengagement gegenüber ausgewählten Ländern der Eurozone – 113
Ausleihebezogenes Kreditrisikoengagement –119
Firmenkreditengagement – 120
Konsumentenkreditengagement – 123
Kreditrisikoengagement aus Derivaten – 124
Beteiligungen – 128
Qualität von Vermögenswerten – 128
Adressenausfallrisiko:
Aufsichtsrechtliche Bewertung – 138
Verbriefungen – 177

199 Marktrisiko aus Handelsaktivitäten
Value-at-Risk (VaR) innerhalb des Deutsche Bank-Konzerns (ohne Postbank) – 202
Aufsichtsrechtliche Anforderungen zum handelsbezogenen Marktrisiko – 205
Bilanz und Vermögenswerte des Handelsbuchs – 211
Value-at-Risk der Postbank – 216
Ergebnisse des Aufsichtsrechtlichen Backtestings des Trading Market Risk – 217

219 Marktrisiko aus Nichthandelsaktivitäten
Bewertung des Marktrisikos aus Nichthandelsaktivitäten – 220
Ökonomischer Kapitalbedarf für unsere nicht handelsbezogenen Marktrisikoportfolios – 222
Gehaltene Beteiligungen – 224

226 Operationelles Risiko

236 Liquiditätsrisiko
Kurzfristige Liquidität und Refinanzierung über den Wholesale-Markt – 237
Refinanzierung und Kapitalmarktemissionen – 237
Diversifizierung der Finanzierungsmittel – 238
Liquiditätsreserven – 242
Belastung von Vermögenswerten – 245
Fälligkeitsanalyse der Vermögensgegenstände und finanziellen Verbindlichkeiten – 248

253 Kapitalmanagement

256 Aufsichtsrechtliches Eigenkapital
Kapitaladäquanz – 256
Aufsichtsrechtliche Eigenkapitalanforderungen – 274

283 Bilanzmanagement
Verschuldungsquote gemäß dem überarbeiteten CRR/CRD 4-Rahmenwerk auf Basis einer Vollumsetzung (nicht testiert) – 283

286 Gesamtrisikoposition
Ökonomisches Kapital – 286
Interne Kapitaladäquanz – 288

289 Vergütungsbericht
Zusammenfassung und Offenlegung konzernweiter Vergütung – 289
Material Risk Taker – 306
Offenlegung und Bericht über die Vorstandsvergütung – 309
Grundzüge des Vergütungssystems für die Mitglieder des Aufsichtsrats – 327

330 Unternehmerische Verantwortung

333 Mitarbeiter

339 Internes Kontrollsystem bezogen auf die Rechnungslegung

343 Angaben nach § 315 Absatz 4 HGB und erläuternder Bericht

Die Geschäftsentwicklung

Die nachfolgenden Erläuterungen sollten im Zusammenhang mit dem Konzernabschluss und den zugehörigen Anhangangaben gesehen werden. Der Abschnitt „Geschäftsergebnisse“ enthält qualitative und quantitative Angaben zu den Segmentergebnissen und Angaben auf Unternehmensebene zu den Ertragskomponenten, entsprechend dem International Financial Reporting Standard (IFRS) 8, „Segmentberichterstattung“. Diese Informationen, die zum Konzernabschluss gehören und über Referenzierungen in diesen einbezogen werden, sind in diesem Bericht durch eine seitliche Klammer markiert. Für weitere Angaben zu den Segmenten gemäß IFRS 8 verweisen wir auf „Konzernanhang 4 – Segmentberichterstattung“ des Konzernabschlusses.

Überblick

Die Weltwirtschaft

Für 2014 erwarten wir, dass das Wachstum der Weltwirtschaft mit 3,4 % weiter relativ schwach geblieben sein dürfte, was der Wachstumsrate des Vorjahres entsprach. Die wirtschaftliche Entwicklung hatte im ersten Quartal 2014 mit 3,6 % gegenüber dem Vorjahr ihren Höhepunkt erreicht und schwächte sich im weiteren Jahresverlauf auf 3,3 % ab.

Während sich im Jahresdurchschnitt 2014 das Wachstum in den Industrieländern beschleunigt haben dürfte, schwächte es sich in den Schwellenländern ab. Die Wirtschaftsleistung dürfte in den Industrieländern um 1,2 % im Jahr 2013 und um 1,7 % im Jahr 2014 zugelegt haben. Weiter dämpfte der Abbau der privaten Verschuldung das Wachstum insbesondere in der Eurozone. Die Geldpolitik der großen Zentralbanken war weiter extrem expansiv ausgerichtet und stützte die Weltkonjunktur. Die Leitzinsen lagen im Jahr 2014 weiter auf historisch niedrigen Niveaus und zudem lieferten umfangreiche quantitative Lockerungen zusätzliche Impulse.

Die Eurozone setzte ihren Mitte des Jahres 2013 begonnenen moderaten Erholungskurs im Jahr 2014 fort. Im Jahresdurchschnitt 2014 stieg das Bruttoinlandsprodukt um 0,9 %, nach einem Rückgang um 0,4 % im Jahr 2013. Der Konsum dürfte der Hauptwachstumstreiber gewesen sein. Das Wachstum der deutschen Wirtschaft beschleunigte sich von 0,1 % im Jahr 2013 auf 1,6 % im Jahr 2014. Nach Stagnation über den Sommer hinweg beschleunigte sich das Wachstum im vierten Quartal wieder deutlich. Gestützt wird die deutsche Konjunktur durch die solide Entwicklung des Konsums. Dieser profitiert vom Beschäftigungsrekord und solider realer Einkommenszuwächse. Im Verlauf des Jahres 2014 entschied sich die Europäischen Zentralbank (EZB) aus Sorge vor einer negativen Rückkopplungsschleife aus abgeschwächter Inflation, einer Entkopplung der Inflationserwartungen und eine schwachen Bankensystem, das das Kreditangebot einschränkt, ihre Politik noch expansiver auszurichten. Sie senkte den Leitzins im Jahresverlauf auf 0,05 %, stellte den Banken mit den gezielten längerfristigen Refinanzierungsgeschäften (TLTROs) Liquidität zur Verfügung und startete gegen Jahresende ein Kaufprogramm für Covered Bonds und ABS-Papiere.

Das Wachstum der US-Wirtschaft beschleunigte sich im Jahr 2014 trotz des wetterbedingten Rückgangs des Bruttoinlandsprodukts im ersten Quartal leicht von 2,2 % im Jahr 2013 auf 2,4 % im Jahr 2014. Zurück ging dies auf die kontinuierliche Verbesserung auf dem Arbeitsmarkt, den Fracking-Boom sowie positive Vermögenseffekte durch die fortgesetzte Belebung auf dem Immobilienmarkt und den kräftigen Kursanstiegen an den Aktienmärkten. Unterstützend wirkte dabei die expansiv ausgerichtete Geldpolitik der Federal Reserve. In Folge der soliden Konjunkturentwicklung reduzierte die Fed ihre Assetkäufe im Jahresverlauf immer weiter und beendete sie im Oktober.

In Japan schwächte sich das Wachstum von 1,6 % im Jahr 2013 auf nur noch Stagnation im Jahr 2014 ab. Dafür verantwortlich war maßgeblich die Erhöhung der Mehrwertsteuer von 5 % auf 8 % im April 2014. Die äußerst expansiv ausgerichtete Fiskal- und Geldpolitik, die ersten beiden Pfeiler der sogenannten „Abenomics“, unterstützen weiter die japanische Konjunktur. Für den dritten Pfeiler der „Abenomics“, die tiefgreifenden Strukturreformen, steht die Implementierung noch weitgehend aus.

Das Wirtschaftswachstum in den Schwellenländern dürfte sich von 5,0 % im Jahr 2013 auf 4,6 % im Jahr 2014 verlangsamt haben. Dies geht zum einen auf eine relativ schwache externe Nachfrage zurück und zum anderen auf Angebotsbeschränkungen wie beispielsweise ein langsameres Wachstum des Arbeitsangebots und des Kapitalstocks. Das Wachstum schwächte sich in allen Regionen ab, wobei die Verlangsamung in Lateinamerika am stärksten ausgefallen sein dürfte.

Das Wachstum in Asien (ohne Japan) dürfte sich von 6,6 % im Jahr 2013 auf 6,5 % im Jahr 2014 leicht abgeschwächt haben. Insbesondere durch die Abschwächung auf dem Immobilienmarkt expandierte Chinas Wirtschaft nach 7,7 % im Jahr 2013 nur noch um 7,4 % im Jahr 2014. In Indien dürfte die Wirtschaft dank investorenfreundlicher Reformen der neuen Regierung unter Ministerpräsident Modi mit 7,2 % stärker als im Vorjahr mit 6,9 % gewachsen sein.

In den Schwellenländern Osteuropas, des Nahen Ostens und Afrikas dürfte sich das Wachstum von 2,6 % im Jahr 2013 auf 2,2 % im Jahr 2014 verlangsamt haben. In Russland schwächte sich das Wachstum vor allem durch die schwache Rohstoffpreisentwicklung und durch die Sanktionen infolge der Ukraine-Krise ab. Nach 1,3 % im Vorjahr lag es im Jahr 2014 bei 0,6 %.

Die wirtschaftliche Aktivität in Lateinamerika dürfte nach 2,5 % im Jahr 2013 nur noch um 0,8 % im Jahr 2014 zugelegt haben. In Brasilien dämpften die politische Unsicherheit der Präsidentschaftswahlen, eine interventionistische Wirtschaftspolitik, die hohe Inflation und die schwachen Rohstoffpreise die Wirtschaft, so dass diese im Jahr 2014 nur in etwa stagniert haben dürfte. Im Jahr 2013 wuchs die brasilianische Wirtschaft noch um 2,5 %.

Die Bankenbranche

Für die Bankenbranche war das Jahr 2014 insgesamt von moderaten Fortschritten geprägt, bei einem gleichzeitig anhaltenden starken Gegensatz zwischen Europa und den USA.

In Europa begann das Kreditgeschäft mit Privatkunden im Jahresverlauf wieder leicht zu wachsen, während sich der Rückgang der Volumina bei Unternehmen graduell verlangsamte. Insgesamt stand für den Privatsektor jedoch ein moderates Minus zu Buche. Auf der Einlagenseite verlief die Entwicklung angesichts der immer gravierenderen Auswirkungen des Niedrigzinsumfelds und weiterer Leitzinssenkungen bemerkenswert stetig, hier gab es konstant hohe bzw. immer noch solide Zuwächse bei den Einlagen von Unternehmen bzw. Privatpersonen. In Deutschland legte das Kreditvolumen sowohl mit Unternehmen als auch mit Haushalten im Jahresverlauf etwas zu und schnitt damit erneut besser ab als im Euroraum insgesamt. Bei der Refinanzierung über den Kapitalmarkt waren die Banken in Europa in 2014 deutlich aktiver als in den äußerst schwachen Vorjahren, auch wenn der Durchschnitt des letzten Jahrzehnts noch nicht wieder erreicht wurde. Gleichzeitig hielt sich die Nachfrage nach den von der EZB gezielten längerfristigen Refinanzierungsgeschäften (Targeted Long-Term Refinancing Operations, TLTRO) in Grenzen. Die Bilanzsumme der Banken im Euroraum stieg erstmals seit 2011 wieder moderat an, um rund 2,5 % gegenüber dem Vorjahr.

Im Kreditgeschäft in den USA verstärkte sich im Jahr 2014 der Kontrast zwischen einem mit zweistelligen Raten expandierenden Volumen der Unternehmenskredite und einem nur schwach wachsenden Privatkundengeschäft. Bei Letzterem verzeichneten Konsumentenkredite immerhin einen soliden Anstieg, Immobilienkredite dagegen ein minimales Minus. Das verglichen mit dem Vorjahr ebenfalls – deutlich – rückläufige Hypothekenverbriefungsvolumen unterstreicht, dass die jüngsten Immobilienpreissteigerungen in den USA im Wesentlichen nicht kreditgetrieben sind. Das Einlagenvolumen der Banken nahm weiter kräftig zu, auch wenn das Wachstum zum Jahresende hin plötzlich abbremste.

Das weltweite Investmentbanking verzeichnete in 2014 ein relativ solides Ergebnis, nicht zuletzt dank deutlich höherer Emissionsvolumina bei Aktien und etwas höherer Emissionsvolumina auf der Fremdkapitalseite; im Bereich Fusionen und Übernahmen liefen die Geschäfte sogar hervorragend, sowohl bei Eigenkapitalemissionen als auch bei M&A wurde damit der beste Wert seit dem Boomjahr 2007 erreicht. Der Handel mit festverzinslichen Wertpapieren schrumpfte in 2014, positiv entwickelte sich dagegen der Aktienhandel. Die Erträge aus Beratung und Emission legten auf breiter Front zu, mit Ausnahme des Konsortialkreditgeschäfts, welches ein leichtes Minus hinnehmen musste. Regional stiegen die Einnahmen in 2014 in Asien und Europa besonders deutlich, allerdings von einer relativ schwachen Ausgangsbasis aus.

Die globale Vermögensverwaltung profitierte weiterhin vom Wachstum der verfügbaren Mittel der vermögenderen Kunden in allen wichtigen Regionen. Dazu trugen hohe Wertsteigerungen sowohl an den Aktien- als auch den Anleihemärkten maßgeblich bei. Die Rendite etwa der 10-jährigen deutschen Bundesanleihen fiel im Jahresverlauf drastisch von knapp 2 % auf 0,5 % zurück und markierte dabei zahlreiche neue Allzeittiefs. Umgekehrt kletterten wichtige Aktienindizes in Nordamerika ebenso wie in Europa auf neue Rekordhochs. Positiv auf das Geschäft dürfte sich vor allem in der zweiten Jahreshälfte auch die insgesamt höhere Marktvolatilität ausgewirkt haben, mit beträchtlichen Bewegungen der Rohstoffpreise (insbesondere Öl) und Wechselkurse.

Mit Blick auf Veränderungen in der Bankenregulierung und Finanzaufsicht lag der Schwerpunkt im Jahr 2014 in Europa auf den Vorbereitungen für den Ende des Jahres erfolgten Start der Bankenunion, zunächst aber der gemeinsamen Bankenaufsicht unter Führung der EZB. Die größten Banken Europas wurden zuvor einer umfassenden Bilanzprüfung und einem Stresstest unterzogen, der die Transparenz und grenzüberschreitende Vergleichbarkeit von Bankdaten verbesserte. Außerdem wurde das neue Regelwerk für die zukünftige Restrukturierung und Abwicklung gescheiterter Banken beschlossen, in welchem unter anderem das Prinzip der Gläubigerbeteiligung eine wichtige Rolle einnimmt. In den USA stand unter anderem das Thema einer Erhöhung der Kapitalanforderungen erneut auf der Tagesordnung, das zudem in eine globale Diskussion über das gesamte verlustabsorptionsfähige Kapital (Total Loss-Absorbing Capacity, TLAC) einfloss. Banken auf beiden Seiten des Atlantiks waren zudem weiterhin von einer Vielzahl an Rechtsstreitigkeiten betroffen, deren Beilegung teilweise erhebliche finanzielle Lasten mit sich brachte.

Unter dem Strich waren die US-amerikanischen Institute dennoch wieder sehr profitabel, mit Nettogewinnen auf Höhe der historischen Rekordstände, dank einer stabilen Entwicklung im operativen Geschäft und einer nochmals leicht sinkenden Kreditrisikovorsorge. In Europa hingegen blieb die Profitabilität der Banken angesichts stagnierender Erträge und wieder steigender Ausgabenniveaus unbefriedigend, trotz eines Rückgangs der Risikokosten.

Ergebnis der Deutschen Bank

In 2014 haben wir weiterhin in das künftige Wachstum der Bank investiert und die Kapitalbasis gestärkt. Die Erträge sind trotz des herausfordernden Marktumfelds stabil geblieben. Während wir Fortschritte bei den Einsparungen infolge unseres OpEx-Programms gemacht haben, sind die Kosten durch regulatorisch bedingte Investitionen negativ beeinflusst. Für 2015 erwarten wir weitere Herausforderungen, die wir diszipliniert angehen werden. Dennoch werden wir weiterhin engagiert an unseren Zielen für 2015 arbeiten und die strategische Vision der Deutschen Bank umsetzen.

Die Key Performance Indikatoren (KPIs) und wesentlichen Finanzkennzahlen des Konzerns im Berichtszeitraum können wie folgt zusammengefasst werden:

— Konzernerträge von 31,9 Mrd € in 2014, ein Anstieg um 34 Mio € gegenüber 2013;
— Ergebnis vor Steuern von 3,1 Mrd €, ein Anstieg um 1,7 Mrd € gegenüber 2013;
— Gewinn nach Steuern von 1,7 Mrd € in 2014, ein Anstieg von 1,0 Mrd € gegenüber 2013;
— Aufwand-Ertrag-Relation (veröffentlicht) von 86,7 % gegenüber 89,0 % in 2013. Aufwand-Ertrag-Relation (bereinigt) von 74,4 % gegenüber 72,5 % in 2013;
— Common Equity Tier-1-Kapitalquote gemäß CRR/CRD 4-Vollumsetzung von 11,7 % zum Jahresende 2014;

— Eigenkapitalrendite nach Steuern basierend auf dem durchschnittlichen Active Equity (veröffentlicht) von 2,7 %, Anstieg im Vergleich zu 1,2 % in 2013. Eigenkapitalrendite nach Steuern basierend auf dem durchschnittlichen Active Equity (bereinigt) von 7,1 %, Rückgang im Vergleich zu 7,7 % in 2013.
— Verschuldungsquote gemäß CRR/CRD 4-Vollumsetzung von 3,5 % zum Jahresende 2014
— Risikogewichtete Aktiva (RWA) (Vollumsetzung) gemäß CRR/CRD 4 von 394 Mrd € zum 31. Dezember 2014

Die Konzernfinanzkennzahlen sind in der folgenden Tabelle aufgeführt:

Konzernfinanzkennzahlen	Status zum Ende 2014	Status zum Ende 2013
Eigenkapitalrendite nach Steuern (basierend auf dem durchschnittlichen Active Equity)[1]	2,7 %	1,2 %
Bereinigte Eigenkapitalrendite nach Steuern (basierend auf dem durchschnittlichen Active Equity)[2]	7,1 %	7,7 %
Aufwand-Ertrag-Relation[3]	86,7 %	89,0 %
Bereinigte Aufwand-Ertrag-Relation[4]	74,4 %	72,5 %
Kostenersparnis[5]	3,3 Mrd €	2,1 Mrd €
Umsetzungskosten (OpEx)[6]	2,9 Mrd €	1,8 Mrd €
Common Equity Tier-1-Kapitalquote gemäß CRR/CRD 4-Vollumsetzung[7]	11,7 %	9,7 %
CRR/CRD 4-Verschuldungsquote auf Basis einer Vollumsetzung[8]	3,5 %	2,4 %[9]

[1] Basierend auf dem den Deutsche Bank-Aktionären zurechenbaren Ergebnis nach Steuern.
[2] Basierend auf dem den Deutsche Bank-Aktionären zurechenbaren Ergebnis nach Steuern, bereinigt um Aufwendungen für Rechtsstreitigkeiten, Umsetzungskosten, Wertminderungen auf den Geschäfts- oder Firmenwert sowie immaterielle Vermögenswerte, weitere Abfindungszahlungen sowie kreditrisikobezogene Bewertungsanpassungen gemäß CRR/CRD 4 (Credit Valuation Adjustments, CVAs), forderungsbezogene Bewertungsanpassungen (Debt Valuation Adjustments, DVAs) und refinanzierungsbezogene Bewertungsanpassungen (Funding Valuation Adjustments, FVAs). Die Berechnung basiert auf einer bereinigten Steuerquote von 34 % zum 31. Dezember 2014 und 36 % zum 31. Dezember 2013.
[3] Prozentualer Anteil der Zinsunabhängigen Aufwendungen insgesamt am Zinsüberschuss vor Risikovorsorge im Kreditgeschäft zuzüglich der Zinsunabhängigen Erträge.
[4] Basierend auf Zinsunabhängigen Aufwendungen bereinigt, um Aufwendungen für Rechtsstreitigkeiten, Umsetzungskosten, Wertminderungen auf den Geschäfts- oder Firmenwert sowie immaterielle Vermögenswerte, Aufwendungen im Versicherungsgeschäft, weitere Abfindungszahlungen und andere bereichsspezifische Einmalkosten; geteilt durch die ausgewiesenen Erträge.
[5] Kostenersparnis aus der Implementierung des OpEx-Programms.
[6] Umsetzungskosten sind Kosten, die bei der Erzielung von Einsparungen im Rahmen des OpEx-Programms anfallen.
[7] Die Common Equity Tier-1-Kapitalquote gemäß CRR/CRD 4-Vollumsetzung entspricht unserer Kalkulation der Common Equity Tier-1-Kapitalquote ohne Berücksichtigung der Übergangsregelungen der CRR/CRD 4. Weitere Informationen zur Berechnung dieser Quote sind im Risikobericht enthalten.
[8] Weitere Informationen zur Berechnung dieser Quote sind im Risikobericht enthalten.
[9] Berücksichtigt nicht die revidierte Berechnung der Verschuldungsquote nach CRR/CRD 4.

Das Ergebnis vor Steuern stieg im Jahresvergleich signifikant auf 3,1 Mrd €, hauptsächlich durch solide Ergebnisse in den Kerngeschäftsbereichen, niedrigere Risikovorsorge und geringere Kosten für Rechtsstreitigkeiten; die Einigung einiger Rechtsstreitigkeiten wird nach 2014 erwartet.

Die Erträge beliefen sich im Jahr 2014 auf 31,9 Mrd € und lagen damit um 34 Mio € über dem Wert von 2013. Trotz des herausfordernden Marktumfeldes haben CB&S, GTB, und PBC ihre Erträge gesteigert, dagegen sind die Erträge in Deutsche AWM aufgrund von Marktwertschwankungen im Versicherungsgeschäft von Abbey Life leicht zurückgegangen. Die Erträge in der NCOU gingen im Vergleich zum Vorjahr aufgrund des Risikoabbaus zurück.

Die zinsunabhängigen Aufwendungen betrugen 27,7 Mrd €, ein Rückgang um 2 % gegenüber 2013 aufgrund niedrigerer Kosten für Rechtsstreitigkeiten. Des Weiteren ist der Rückgang auf niedrigere Aufwendungen im Versicherungsgeschäft, eine Kostenreduktion aufgrund von OpEx-Einsparungen und geringere Restrukturierungsaufwendungen zurückzuführen. Hingegen sind die Personalaufwendungen im Vergleich zu 2013 aufgrund von regulatorischen Vergütungsanforderungen angestiegen.

Durch das OpEx-Programm wurden 2014 jährliche Einsparungen von 3,3 Mrd € erzielt, die damit das Ziel von 2,9 Mrd € übertrafen. Die kumulativen Umsetzungskosten lagen bei 2,9 Mrd €. Davon fielen 1,2 Mrd € in 2014, 1,3 Mrd € in 2013 und 0,5 Mrd € in 2012 an. Im Gegensatz zu den Einsparungen infolge des OpEx-Programms hatten das Marktumfeld und die regulatorischen Anforderungen einen negativen Einfluss auf unsere bereinigte Aufwand-Ertrag-Relation und auf unsere bereinigte Eigenkapitalrendite nach Steuern.

Unsere Kapitalbasis wurde gestärkt und die Common Equity Tier-1-Kapitalquote gemäß CRR/CRD 4-Vollumsetzung lag mit 11,7 % über dem Ziel unserer Strategie 2015+. Folglich betrug die CRR/CRD 4-Verschuldungsquote (Vollumsetzung) 3,5 % basierend auf einer CRR/CRD 4-Verschuldungsposition von 1.445 Mrd € per Ende 2014.

Die Deutsche Bank hat die Anforderungen des Comprehensive Assessment 2014 der Europäischen Zentralbank (EZB) erfüllt. Die Anforderungen beinhalteten einen Asset Quality Review (AQR) und einen Stresstest, welcher die Kapitalanforderungen der Bank unter verschiedenen Stressszenarien prüfte. Die Ergebnisse haben wiederum bestätigt, dass unsere Kapitalausstattung die regulatorischen Anforderungen übertrifft und die Qualität unserer Vermögenswerte gegeben ist, selbst unter adversen Szenarien. Die identifizierten Anpassungen aus dem AQR waren nicht materiell und haben keine Änderungen in der Berichterstattung zur Folge.

Der Deutsche Bank-Konzern

Deutsche Bank: Unsere Organisation

Die Deutsche Bank, die ihren Hauptsitz in Frankfurt am Main hat, ist Deutschlands größte Bank und gehört mit einer Bilanzsumme von 1.709 Mrd € (Stand: 31. Dezember 2014) zu den führenden Finanzdienstleistern in Europa und weltweit. Zum Jahresende 2014 beschäftigte die Bank 98.138 Mitarbeiter (gerechnet auf Basis von Vollzeitkräften), die in 71 Ländern und 2.814 Niederlassungen (66 % davon in Deutschland) tätig sind. Wir bieten Privat-, Firmen- und institutionellen Kunden weltweit eine Vielzahl von Investment-, Finanz- und damit verbundenen Produkten sowie Dienstleistungen an.

Nach einer umfassenden Überprüfung unserer Strategie haben wir unsere Organisationsstruktur im vierten Quartal 2012 neu ausgerichtet. Wir haben unser Bekenntnis zum Universalbankmodell und unseren vier bestehenden Unternehmensbereichen erneuert. Wir haben diesen Fokus durch einen integrierten Unternehmensbereich Deutsche Asset & Wealth Management gestärkt, der auch ehemalige Corporate Banking & Securities-Bereiche, wie börsengehandelte Fonds (ETFs), beinhaltet. Darüber hinaus haben wir mit der Non-Core Operations Unit einen neuen Unternehmensbereich geschaffen. Dieser neue Bereich umfasst den früheren Konzernbereich Corporate Investments (CI) sowie nicht zum Kerngeschäft gehörende Aktivitäten, die aus anderen Unternehmensbereichen auf ihn übertragen wurden.

Zum 31. Dezember 2014 setzte sich der Deutsche Bank-Konzern aus den folgenden fünf Unternehmensbereichen zusammen:

— Corporate Banking & Securities (CB&S)
— Private & Business Clients (PBC)
— Global Transaction Banking (GTB)
— Deutsche Asset & Wealth Management (Deutsche AWM)
— Non-Core Operations Unit (NCOU)

Die fünf Unternehmensbereiche werden von Infrastrukturfunktionen unterstützt. Darüber hinaus haben wir eine regionale Managementstruktur, die weltweit regionale Zuständigkeiten abdeckt.

Wir unterhalten Geschäftsbeziehungen mit bestehenden oder potenziellen Kunden in nahezu jedem Land der Welt. Diese Geschäftsaktivitäten werden abgewickelt über:

— Tochtergesellschaften und Niederlassungen in zahlreichen Ländern,
— Repräsentanzen in vielen anderen Ländern und
— einen oder mehrere Repräsentanten zur Betreuung unserer Kunden in einer Reihe von weiteren Ländern.

Führungsstruktur

Wir betreiben fünf Unternehmensbereiche sowie unsere Infrastrukturfunktionen unter dem Schirm einer „virtuellen Holdinggesellschaft“. Diesen Begriff verwenden wir, um zu verdeutlichen, dass wir die Unternehmensbereiche der übergeordneten Aufsicht unseres Vorstands unterstellen, der von Infrastrukturfunktionen unterstützt wird. Die fünf Unternehmensbereiche bilden zwar keine unabhängigen rechtlichen Einheiten, verfügen jedoch über erhebliche Autonomie bei der Geschäftsführung. Zur Unterstützung dieser Struktur haben wir die folgenden wesentlichen Kontrolleinrichtungen geschaffen:

Der Vorstand trägt gemäß dem deutschen Aktiengesetz die Gesamtverantwortung für die operative Leitung der Deutschen Bank. Seine Mitglieder werden vom Aufsichtsrat, einem selbstständigen Gesellschaftsorgan, ernannt und entlassen. Unser Vorstand befasst sich in erster Linie mit den Themen strategisches Management, Unternehmensführung, Ressourcenallokation sowie Risikomanagement und -kontrolle. Dabei wird er von funktionalen Ausschüssen unterstützt.

Das Group Executive Committee wurde im Jahr 2002 gebildet. Es besteht aus den Mitgliedern des Vorstands, Vertretern des Managements der Regionen, der Unternehmensbereiche und bestimmter Infrastrukturfunktionen, die vom Vorstand ernannt wurden. Das Group Executive Committee ist ein Gremium, das nicht vom Aktiengesetz vorgeschrieben ist. Es dient der Koordination unserer Unternehmensbereiche und Regionen, diskutiert strategische Fragen und bereitet Entscheidungen des Vorstands vor. Es hat keine eigene Beschlusszuständigkeit.

In jedem Unternehmensbereich und jeder Region übernehmen Operating Committees und Executive Committees die Koordinations- und Steuerungsfunktionen. Dadurch wird gewährleistet, dass die Umsetzung der Strategie einzelner Geschäftsbereiche und die Pläne für die Entwicklung von Infrastrukturbereichen an unseren globalen Geschäftszielen ausgerichtet sind.

Unternehmensbereiche

Unternehmensbereich Corporate Banking & Securities

Überblick über den Unternehmensbereich

CB&S setzt sich aus den Geschäftsbereichen Corporate Finance und Markets zusammen. Diese bieten weltweit Finanzdienstleistungen an, zu denen unter anderem die Emission von Aktien und Anleihen, Handelsdienstleistungen für Investoren und die Entwicklung maßgeschneiderter Lösungen im Bereich Unternehmensfinanzierung gehören.

Die CB&S-Geschäftsbereiche werden von der Credit Portfolio Strategies Group (CPSG) unterstützt, die für ein breites Spektrum an Kreditportfolios zuständig ist. Seit 2013 ist sie außerdem für die Absicherung bestimmter unbesicherter derivativer Engagements gegenüber Geschäftspartnern verantwortlich und steuert die damit verbundenen Risiken durch die Implementierung eines strukturierten Absicherungsverfahrens.

Im Rahmen der fortlaufenden Optimierung unseres Geschäftsmodells, durch die wir auf Veränderungen am Markt und im aufsichtsrechtlichen Umfeld reagieren, überprüfen wir kontinuierlich unser Geschäftsportfolio, um es an die aktuellen Marktchancen anzupassen und Kundenbedürfnisse zu erfüllen. In diesem Zusammenhang haben wir Ende 2014 die Einstellung eines Großteils unserer Handelsaktivitäten mit Kreditderivaten für Einzeladressen und physischen Edelmetallen bekannt gegeben.

Im vierten Quartal 2013 haben wir beschlossen, das Rohstoffgeschäft zu verringern und Teile ganz einzustellen. Wir haben zunächst die Portfolios, in denen Aktivitäten eingestellt wurden, in der Special Commodities Group (SCG) zusammengeführt und diese anschließend im ersten Quartal 2014 von CB&S auf die NCOU übertragen. Die SCG ist für Aktiva, Verbindlichkeiten und Eventualrisiken aus Engagements in den Bereichen Energie, Landwirtschaft, Basismetalle und Schüttgut zuständig. Das weitergeführte Rohstoffgeschäft verbleibt in CB&S.

Nach der umfassenden strategischen Überprüfung der Organisationsstruktur des Konzerns wurde CB&S im November 2012 im Rahmen der Umsetzung des neuen Konzern-Geschäftsmodells reorganisiert. Diese Neuausrichtung umfasste drei Kernaspekte: den Transfer von nicht zum Kerngeschäft gehörenden Vermögenswerten (nämlich Korrelationshandels- und kapitalintensive Verbriefungspositionen, Risiken gegenüber Monolineversicherern und nach IAS 39 umklassifizierte Vermögenswerte) zur NCOU; die Übertragung des passiven Fondsgeschäfts und des Geschäfts mit alternativen Anlagen, wie ETFs, auf den neu integrierten Unternehmensbereich Deutsche AWM sowie eine verbesserte Allokation der Kosten für die Kundenbetreuung zwischen CB&S und GTB.

Seit 1. Januar 2012 haben wir folgende signifikante Investitionsausgaben oder Veräußerungen getätigt:

Im Dezember 2014 haben wir den Verkauf unseres 75 %-Anteils an einem US-$ 2,5 Mrd Portfolio, bestehend aus US Gewerbeimmobilienkrediten in besonderen Situationen, an einen von der Texas Pacific Group verwalteten Fonds abgeschlossen. Wir behalten einen 25 %-Anteil an dem Portfolio und werden auch weiterhin am Markt für US-Gewerbeimmobilien in besonderen Situationen neue Kredite vergeben und ankaufen.

Im Juni 2014 hat Markit Ltd., ein Informationsdienstleister für Finanzdaten und Handelsabwicklung, durch die Platzierung von Anteilen bestehender Aktionäre seine Börsennotierung an der NASDAQ Börse initiiert. Im Rahmen dessen haben wir 5,8 Mio unserer 11,6 Mio Aktien (5,7 %) an Markit Ltd. veräußert.

Im Juni 2012 haben wir den Verkauf der DB Export Leasing GmbH an Interoute Communications Limited abgeschlossen.

Im März 2012 haben wir den Verkauf unseres US-amerikanischen Multi-Family-Finanzierungsgeschäfts (Deutsche Bank Berkshire Mortgage) an eine von Lewis Ranieri und Wilbur L. Ross geleitete Unternehmensgruppe abgeschlossen. Diese Transaktion entsprach unserer Strategie, uns in den USA auf das Kerngeschäft zu fokussieren.

Produkte und Dienstleistungen

Im Geschäftsbereich Corporate Finance betreuen wir unsere Kunden bei Fusionen und Übernahmen und bieten ihnen Eigen- und Fremdkapitalfinanzierungen sowie Beratung im Bereich Unternehmensfinanzierung an. Auch für den öffentlichen Sektor stellen wir eine Reihe von Finanzdienstleistungen bereit.

Der Geschäftsbereich Markets ist für den Vertrieb, den Handel und die Strukturierung einer breit gefächerten Palette an festverzinslichen und aktienbezogenen Produkten sowie Aktien, Devisen und Rohstoffen verantwortlich. Der Bereich will den Kunden Lösungen anbieten, die ihren Investitions-, Absicherungs- oder anderen Bedürfnissen entsprechen. Zur Steigerung der Effizienz im Geschäftsbereich arbeiten Rates, Flow Credit und Foreign Exchange jetzt als integrierter Bereich unter einem einzigen Managementteam zusammen. Der Bereich Structured Finance ist für spezifische Finanzierungen sowie das Management strukturierter Risiken für Kunden in allen Branchen und Vermögensklassen verantwortlich.

Unsere gesamten Handelsaktivitäten unterliegen unseren Risikomanagementprozessen und -kontrollen, die im Risikobericht ausführlich erläutert sind.

Vertriebskanäle und Marketing

In CB&S liegt der Fokus unserer Mitarbeiter und Vertriebsteams, die für die Betreuung der Firmen- und institutionellen Kunden verantwortlich sind, auf der Beziehung zu unseren Kunden. Wir haben unser Betreuungsmodell so reorganisiert, dass wir unseren Kunden entsprechend ihren Bedürfnissen und dem jeweiligen Komplexitätsniveau verschiedene standardisierte oder maßgeschneiderte Produkte zur Verfügung stellen können.

Unternehmensbereich Private & Business Clients

Überblick über den Unternehmensbereich

PBC wendet in ganz Europa und in ausgewählten asiatischen Märkten ein einheitliches Geschäftsmodell für das Privatkundengeschäft an. Der Bereich betreut Privat- und vermögende Kunden sowie kleinere und mittelständische Unternehmen.

Er fasst drei Geschäftsbereiche unter einer gemeinsamen strategischen Leitung zusammen. Diese nutzen eine integrierte Service- und IT-Plattform.

— Die Privat- und Firmenkundenbank (PFB) umfasst alle Aktivitäten von PBC in Deutschland unter der Marke Deutsche Bank.
— Advisory Banking International beinhaltet die Aktivitäten von PBC in Europa (ohne Deutschland) und Asien, einschließlich unserer Beteiligung an und Partnerschaft mit der Hua Xia Bank.
— Die Postbank setzt sich unter anderem aus den anderen Geschäftsbereichen, Postbank, norisbank und BHW zusammen.

PBC fokussiert sich weiterhin auf die Realisierung des Potenzials der Privat- und Firmenkundenbank mithilfe seines integrierten Corporate Banking-Modells zur Betreuung kleiner und mittlerer Unternehmen. Die intensivere Nutzung der bankweiten Expertise sowie eine stärkere, bereichsübergreifende Zusammenarbeit und damit einhergehende größere Kundennähe, eröffnet uns neue Opportunitäten im Bereich der kleinen und mittleren Unternehmen.

In Kontinentaleuropa ist Advisory Banking International in fünf großen Bankmärkten aktiv – Italien, Spanien, Polen, Belgien und Portugal. In Asien sind Indien und China unsere Kernmärkte. In Indien betreibt PBC 17 Filialen, die durch ein mobiles Vertriebsteam unterstützt werden. In China hält PBC einen Anteil von 19,99 % an der chinesischen Hua Xia Bank, mit der PBC eine strategische Partnerschaft und Kooperation unterhält.

Die Postbank agiert am Markt weiterhin mit ihrer eigenen Marke. Mit der anhaltenden Integration der Postbank in PBC wollen wir unser gemeinsames Geschäftsmodell deutlich stärken sowie Ertrags- und Kostensynergien generieren.

Seit 1. Januar 2012 haben wir folgende signifikante Investitionsausgaben oder Veräußerungen getätigt:

Im Oktober 2014 hat die Deutsche Bank Immobilien von 90 Retail Banking-Filialen in Italien an den Italian Banking Fund (IBF) veräußert, ein von der Hines Italy SGR verwalteten geschlossenen institutioneller Immobilienfonds. Die veräußerten Immobilien hatten einen Gesamtwert von 134 Mio € und werden zum Großteil für einen Zeitraum von mindestens 12 Jahren von dem Fonds geleast.

Im Mai 2014 hat die Deutsche Bank den Verkauf einer Beteiligung von 20,2 % an der Deutschen Herold AG an die Zürich Beteiligungs AG, eine Tochter der Zürich Insurance Group AG, abgeschlossen. Die Deutsche Bank hat unmittelbar vor dem Verkauf die 20,2 %-Beteiligung von einem Dritten erworben. Davon basieren 15,2 % auf einer Kaufvereinbarung, die Deutsche Bank und Zurich in 2001 eingegangen sind. Die verbleibenden 5,0 % des Verkaufs waren das Ergebnis der Ausübung einer Kaufoption durch Zürich.

Im März 2012 hatten die Postbank und unsere hundertprozentige Tochtergesellschaft DB Finanz-Holding GmbH („DB Finanz-Holding“) beschlossen, einen Beherrschungs- und Gewinnabführungsvertrag gemäß § 291 Aktiengesetz (AktG) mit der DB Finanz-Holding als herrschendem Unternehmen und der Postbank als beherrschtem Unternehmen zu schließen. Der Vertrag trat im Juni 2012 in Kraft und erlangte am 11. September 2012 juristische Gültigkeit. Die Beteiligung an der Postbank betrug 94,1 % zum Jahresende 2014.

Im Februar 2012 hatte die Deutsche Bank eine von der Deutschen Post im Februar 2009 begebene Pflichtumtauschanleihe in 60 Millionen Postbank-Aktien (und eine Barzahlung) umgetauscht. Einen Tag später hatte die Deutsche Post ihre Option ausgeübt und zusätzliche 12,1 % der Aktien der Postbank an uns verkauft. Zusammen mit den bereits gehaltenen Aktien stieg unsere Beteiligung an der Postbank zum damaligen Zeitpunkt damit auf 93,7 %.

Produkte und Dienstleistungen

PBC bietet ein vergleichbares Spektrum an Bankprodukten und -dienstleistungen in Europa und Asien an. Die Unterschiede zwischen den verschiedenen Ländern sind auf lokale Markt-, aufsichtsrechtliche und Kundenanforderungen zurückzuführen.

Wir stellen Anlage- und Versicherungsprodukte, Hypotheken- und Konsumentenkredite, Produkte für Firmenkunden und Leistungen im Zahlungsverkehr sowie Karten-, Konten- und Einlagengeschäft bereit. Darüber hinaus umfasst unser Angebot Produkte für Mid Caps, die im Rahmen unseres Mid Cap-Joint Venture von anderen Bereichen bereitgestellt werden, sowie Postdienstleistungen und bankfremde Produkte in der Postbank.

Unsere Anlageprodukte decken die vollständige Palette von Brokerage-Produkten (Aktien und Anleihen), Single- beziehungsweise Multi-Asset-Investment- und geschlossenen Fonds sowie strukturierten Produkten ab. Außerdem umfasst unser Angebot Leistungen in den Bereichen diskretionäres Portfoliomanagement und Wertpapierverwahrung. Darüber hinaus bieten wir unseren Kunden Lebens- und andere Versicherungen sowie Betriebsrentenprogramme an.

Unser Baufinanzierungsangebot reicht von Standard- bis hin zu komplexen Hypothekenlösungen, welche durch staatliche Fördermöglichkeiten, Baufinanzierungsvermittlung und hypothekenbezogene Versicherungen ergänzt werden. In unserem Produktangebot für Firmenkunden fokussieren wir uns auf die Durchführung von Transaktionen sowie auf das Risiko- und Liquiditätsmanagement. Zudem optimieren wir im Firmenkundengeschäft und bei internationalen Dienstleistungen Zahlungsströme und Marktvolatilität sowie unterstützen die Expansion von Unternehmen. Des Weiteren umfasst unser Kreditangebot individuelle Ratenkredite, Kreditlinien, Dispositions- und Point-of-Sale (POS)-Kredite.

Unsere Produktlösungen im Zahlungsverkehrs-, Karten- und Kontengeschäft ermöglichen Inlands-, internationale und SEPA-Zahlungen. Weiterhin bieten wir Debit-, Kredit- und Guthabenkarten sowie Girokonten für Privat- und Firmenkunden an. Unser Einlagengeschäft beinhaltet Sicht-, Termin- und Spareinlagen.

Unser Kreditgeschäft unterliegt unseren Prozessen zur Steuerung von Kreditrisiken. Weitere Informationen finden Sie im Risikobericht in den Abschnitten „Überwachung des Kreditrisikos“ und „Wesentliche Kreditrisikoengagement-Kategorien“.

Vertriebskanäle und Marketing

Mithilfe unseres kundenorientierten Geschäftsansatzes versuchen wir, die Zusammenarbeit mit unseren Kunden sowie den Zugang zu und die Verfügbarkeit von unseren Dienstleistungen zu verbessern. Der Unternehmensbereich PBC nutzt bei der Kundenbetreuung und dem Vertrieb von Finanzlösungen verschiedene Vertriebskanäle: Der Vertriebskanalmix variiert je nach lokaler strategischer Positionierung und Geschäftsmodell.

— Filialen: In unseren Filialen bieten wir im Allgemeinen unsere gesamte Produkt- und Beratungspalette an.
— Finanzberater: In den meisten Ländern, in den wir aktiv sind, vermarkten wir unsere Produkte und Dienstleistungen im Privatkundengeschäft zusätzlich über unabhängige Finanzberater.
— Customer Contact Centers: Unsere Customer Contact Centers bieten Kunden Remote Services (zum Beispiel das Abrufen von Kontoinformationen sowie die Durchführung von Wertpapiergeschäften), die durch automatisierte Systeme unterstützt werden.

— Online und Mobile Banking: Auf unseren Webseiten stellen wir unseren Kunden vielfältige Produktinformationen und Dienstleistungen zur Verfügung, unter anderem interaktive Tools, Anleitungen und umfangreiche Medieninhalte. Wir bieten eine leistungsstarke Transaktionsplattform für Bank-, Brokerage- und Selbstbedienungsleistungen sowie ein viel genutztes Multi-Mobile-Angebot für Smartphones und Tablets. Darüber hinaus haben wir in die weitere Verbesserung ausgewählter digitaler Produkte investiert. Das Digitalisierungsprogramm wird in allen unseren Geschäftsbereichen eingeführt.
— Selbstbedienungsterminals: Diese Geräte werden zur Unterstützung unserer Filialmitarbeiter eingesetzt und ermöglichen Kunden, Geld abzuheben und zu überweisen, Kontoauszüge zu drucken oder Termine mit einem Finanzberater zu vereinbaren.

Zusätzlich gehen wir länderspezifische Vertriebs- und Kooperationspartnerschaften ein. So haben wir in Deutschland Kooperationsvereinbarungen mit der DP DHL (Kooperation der Postbank) und der Deutschen Vermögensberatung AG (DVAG) geschlossen. Wir bieten unsere Publikumsfonds und andere Bankprodukte über das unabhängige Netzwerk der DVAG an. Zur Ergänzung unserer Produktpalette haben wir ferner Vertriebsvereinbarungen unterzeichnet, in deren Rahmen PBC die Produkte angesehener Anbieter vertreibt. Dazu gehören eine Vereinbarung mit Zurich Financial Services über Versicherungsprodukte und Produktpartnerschaften mit dreizehn Fondsgesellschaften beim Vertrieb ihrer Investmentprodukte.

Um unsere Marke international zu etablieren, achten wir auf eine einheitliche Vermarktung unserer Dienstleistungen in den europäischen und asiatischen Ländern, auf denen unser strategischer Fokus liegt.

Unternehmensbereich Global Transaction Banking

Überblick über den Unternehmensbereich

Der Unternehmensbereich GTB bietet Commercial Banking-Produkte und -Dienstleistungen für Unternehmen und Finanzinstitute. Hierzu gehören die Abwicklung inländischer und grenzüberschreitender Zahlungen, die Finanzierung internationaler Handelsgeschäfte, die Kreditversorgung sowie Serviceleistungen im Treuhand-, Vermittlungs- und Wertpapierverwahrungs-/verwaltungsgeschäft. Unsere Geschäftsbereiche sind:

— Trade Finance and Cash Management Corporates
— Institutional Cash and Securities Services

Seit dem 1. Januar 2012 haben wir folgende signifikante Investitionsaufwendungen oder Veräußerungen getätigt:

Am 28. Februar 2014 wurde registrar services GmbH an Link Market Services veräußert.

Am 1. Juni 2013 schlossen wir den Verkauf der Deutschen Card Services an EVO Payments International ab.

Produkte und Dienstleistungen

Trade Finance bietet innerhalb unseres gesamten internationalen Geschäftsnetzes Standortexpertise, ein breites Spektrum an internationalen Handelsprodukten und -leistungen (einschließlich Finanzierungen), individualisierte Lösungen für strukturierte Handelsgeschäfte und modernste Technologie, so dass unsere Kunden die Risiken und sonstigen Anforderungen im grenzüberschreitenden und Binnenhandel besser steuern können.

Cash Management erfüllt die Anforderungen einer Vielzahl von Unternehmen und Finanzinstituten. Mit einer umfassenden Palette innovativer und zuverlässiger Lösungen beherrschen wir das komplexe Umfeld globaler und regionaler Treasury-Funktionen. Dazu gehören die Bereitstellung von Zugangsmöglichkeiten für Kunden, Zahlungs- und Inkassodienste, Liquiditätsmanagement, Informations- und Kontodienste sowie elektronische Rechnungsstellung und Zahlungsdienste.

Securities Services ist ein Anbieter von Treuhand-, Zahlungs-, Verwaltungs- und zugehörigen Diensten bei bestimmten Wertpapier- und Finanztransaktionen und in mehr als 30 Ländern als Wertpapierverwahrer auf dem jeweiligen Inlandsmarkt vertreten.

Vertriebskanäle und Marketing

GTB entwickelt und vermarktet seine eigenen Produkte und Dienstleistungen in Europa, dem Nahen Osten, Asien sowie Nord- und Südamerika. Im Marketing arbeitet GTB mit den Betreuungsteams in seinem eigenen und dem Vertrieb der Unternehmensbereiche CB&S und PBC zusammen. Das integrierte Commercial Banking Coverage-Modell für kleine und mittlere Unternehmen eröffnet GTB neue Möglichkeiten mit dieser Kundengruppe.

Die Kunden lassen sich in zwei Hauptgruppen unterteilen: (i) Finanzinstitute wie Banken, Publikumsfonds und Pensionsfonds, Broker-Dealer, Fondsmanager und Versicherungsgesellschaften sowie (ii) multinationale Unternehmen, große lokale Firmen und Mittelstandsbetriebe, vor allem in Deutschland und den Niederlanden.

Unternehmensbereich Deutsche Asset & Wealth Management (Deutsche AWM)

Überblick über den Unternehmensbereich

Mit einem verwalteten Vermögen von 1,0 Bil € zum 31. Dezember 2014 ist Deutsche AWM einer der führenden globalen Vermögensverwalter. Der Bereich unterstützt durch sein Angebot an traditionellen aktiven, passiven und alternativen Investmentprodukten in allen wichtigen Anlageklassen Privatanleger und Institutionen weltweit dabei, ihr Vermögen zu schützen und auszubauen. Darüber hinaus erbringt Deutsche AWM maßgeschneiderte Vermögensverwaltungs- und Private-Banking-Leistungen für vermögende sowie sehr vermögende (Ultra High Net Worth - UHNW) Privatkunden und Familien.

Produkte und Dienstleistungen

Zur Produkt- und Leistungspalette von Deutsche AWM gehören sowohl aktive als auch passive Anlagestrategien sowie ein breites Spektrum an Vermögensklassen, einschließlich Aktien, festverzinslichen Wertpapieren, Immobilien, Infrastruktur, Private Equity und Hedgefonds. Darüber hinaus bietet Deutsche AWM individuelle Vermögensverwaltungslösungen und Private-Banking-Leistungen, einschließlich Kreditvergabe und diskretionäres Portfoliomanagement.

In 2014 hat Deutsche AWM sein Produktangebot in verschiedenen innovativen und wachstumsstarken Sektoren ausgebaut. Dazu zählen weitere auf dem Cash Return on Capital Invested (CROCI)-Ansatz basierende Produkte, alternative Fondslösungen sowie physisch replizierende börsennotierte Fonds (Exchange Traded Funds – ETFs), die eine Positionierung des Bereichs als zweitgrößter Anbieter physisch replizierender ETFs in Europa gefestigt haben (Quelle: Deutsche Bank, Bloomberg Finance LP, Reuters). Zudem hat Deutsche AWM durch die gezielte Einstellung von Mitarbeitern die Private Banking und Wealth Advisory-Teams erweitert, die das Geschäft mit sehr vermögenden Kunden weltweit betreuen, ebenso wie die Betreuungsteams für institutionelle und private Kunden in der Global Client Group aufgestockt.

Vertriebskanäle und Marketing

Globale Kundenbetreuungs- und Beratungsteams sind für die Pflege von Kundenbeziehungen, Beratungsleistungen und Unterstützung der Kunden beim Zugang zu den Produkten und Leistungen von Deutsche AWM verantwortlich. Darüber hinaus vermarktet und vertreibt der Bereich seine Produkte über andere Geschäftsbereiche des Deutsche Bank-Konzerns, insbesondere über PBC für Privatanleger und über CB&S für Institutionen und Firmenkunden, sowie über Dritte. Um den Kunden umfassende Service- und Beratungsleistungen zur Verfügung zu stellen, verfügt Deutsche AWM über eine zentrale Anlaufstelle für Kunden, in der verschiedene Expertenteams spezifische Kundengruppen betreuen.

Deutsche AWM profitiert von den 2013 geschaffenen Beratungszentren (Key Client Partners – KCP) in denen der Geschäftsbereich nachhaltig Vorteile aus dem bereichsübergreifenden Netzwerk aus Investment Banking, Corporate Banking und Asset Management nutzt. Diese globalen Zentren bieten professionellen Anlegern einen reibungslosen Zugang zu anlageklasseübergreifenden und grenzüberschreitenden Anlagemöglichkeiten sowie Finanzierungslösungen, die zusammen mit CB&S entwickelt wurden.

Unternehmensbereich Non-Core Operations Unit

Im vierten Quartal 2012 haben wir die NCOU gegründet, die als separater Unternehmensbereich neben unseren Kernbereichen geführt wird. Wie in unserer Strategie 2015+ festgelegt, wollen wir mit der Schaffung der NCOU die Transparenz unserer nicht strategischen Positionen extern verbessern, den Managementfokus durch Abtrennung der nicht zum Kerngeschäft gehörenden Aktivitäten stärker auf das Kerngeschäft richten und eine gezielte Beschleunigung des Risikoabbaus erreichen.

Die NCOU verwaltete zum 31. Dezember 2014 Vermögenswerte von rund 39 Mrd € und RWA-Äquivalente (Vollumsetzung) von 59 Mrd €.

Neben der Verwaltung der globalen Beteiligungen und dem Halten bestimmter nicht strategischer Vermögenswerte bis zur Endfälligkeit wird die NCOU durch gezielte Maßnahmen zum Risikoabbau dazu beitragen, die nicht mit unseren künftigen Kernbereichen verbundenen Risiken weiter zu reduzieren und dadurch die Bilanzsumme sowie den damit verbundenen Kapitalbedarf zu senken. Bei der Umsetzung der an den übergeordneten strategischen Zielen der Bank ausgerichteten Risikoabbaumaßnahmen wird die NCOU die Ausbuchung von Positionen mit weniger günstigen Kapital- und Verschuldungsprofilen priorisieren.

Zum Portfolio der NCOU gehören Aktivitäten, die entsprechend der Geschäftsstrategie der Bank nicht zum künftigen Kerngeschäft zählen, und Vermögenswerte, die durch Änderungen des Geschäfts- und wirtschaftlichen Umfelds sowie des gesetzlichen oder aufsichtsrechtlichen Rahmens signifikant beeinträchtigt und für Risikoabbaumaßnahmen vorgesehen sind. Die NCOU umfasst auch weitere zur Abtrennung geeignete Vermögenswerte, Vermögenswerte mit starker Kapitalbindung bei gleichzeitig niedrigen Renditen sowie Vermögenswerte, die Rechtsrisiken unterliegen. Darüber hinaus wurden bestimmte Passiva auf die NCOU übertragen, wobei ähnliche Kriterien wie bei der Auswahl der Aktiva zugrunde gelegt wurden. Zu den übertragenen Passiva zählen unter anderem Verbindlichkeiten von Geschäftsbereichen, die abgewickelt werden oder zum Verkauf stehen, Altbestände aus Anleiheemissionen und verschiedene kurzfristige Verbindlichkeiten, die mit zugeordneten Aktiva verbunden sind.

Der Großteil der risikogewichteten Aktiva steht nun im Zusammenhang mit aus CB&S übertragenen Altbeständen. Dazu gehören Positionen aus dem Kreditkorrelationshandel, Verbriefungspositionen, Risiken gegenüber Monoline-Versicherern und nach IAS 39 umklassifizierte Vermögenswerte. Darüber hinaus enthält das Portfolio aus PBC übertragene Vermögenswerte, wie ausgewählte Hypothekenkredite für Wohnimmobilien im Ausland und Vermögenswerte privater Kunden, sowie andere Finanzinvestitionen, die für die Postbank nicht mehr von strategischer Bedeutung sind. Zu den Vermögenswerten, die bisher im ehemaligen Konzernbereich Corporate Investments verbucht und verwaltet wurden, zählen die globalen Beteiligungen der Bank, die jetzt hauptsächlich aus unserem Anteil an dem Hafenbetreiber Maher Terminals bestehen.

Im Verlauf des Jahres 2014 wurden in der NCOU signifikante Veräußerungen, vor allem der BHF-BANK sowie von The Cosmopolitan of Las Vegas, abgeschlossen. Diese Veräußerungen haben maßgeblich zum Risikoabbau von 39 % der Aktiva beigetragen.

Seit dem 1. Januar 2012 haben wir folgende signifikante Veräußerungen getätigt:

Am 19. Dezember 2014 wurde der Verkauf der Nevada Property 1 LLC, des Eigentümers von The Cosmopolitan of Las Vegas, an Blackstone Real Estate Partners VII abgeschlossen. Der Kaufpreis in Höhe von 1,73 Mrd US-$ unterliegt abschließenden Preisanpassungen.

Im März 2014 wurde der Verkauf der BHF-BANK an Kleinwort Benson Group und RHJ International zu einem Kaufpreis in Höhe von 347 Mio € abgeschlossen. Der Kaufpreis wurde vorwiegend in bar (316 Mio €) und der Rest in neu emittierten Aktien der RHJ International, der Muttergesellschaft der Kleinwort Benson Group, gezahlt. Diese Aktien wurden anschließend verkauft.

Im Dezember 2013 schloss unsere Tochtergesellschaft Deutsche Postbank AG den Verkauf eines Kreditportfolios für Gewerbeimmobilien in Großbritannien im Wert von rund 1,4 Mrd £ an GE Capital Real Estate ab.

Im Juni 2013 schloss unsere Tochtergesellschaft PB Capital Corporation die Veräußerung eines gewerblichen Immobilienkreditportfolios im Wert von rund 3,7 Mrd US-$ an die Union Bank, N.A., ein in San Francisco ansässiges indirektes Tochterunternehmen der Mitsubishi UFJ Financial Group, Inc., ab.

Im Mai 2013 zahlte die Sicherungseinrichtungsgesellschaft deutscher Banken mbH („SdB“) die verbleibenden, durch den SOFFin (Sonderfonds Finanzmarktstabilisierung, ein im Oktober 2008 im Zusammenhang mit der Finanzmarktkrise gegründeter Sonderfonds) garantierten und EZB-fähigen Anleihen zurück (davon waren 0,8 Mrd € dem ehemaligen Konzernbereich Corporate Investments zugeordnet, der nun zur NCOU gehört).

Im Januar 2013 schlossen wir die Veräußerung unseres 15 %-Anteils an der Dedalus GmbH & Co. KGaA, durch die wir indirekt über rund 1,1 % der Aktien der EADS N.V. hielten, für insgesamt etwa 250 Mio € ab. Im Oktober 2012 veräußerten wir unsere Beteiligung am Generikahersteller Actavis nach dessen Verkauf an Watson Pharmaceuticals.

Infrastrukturfunktionen und Regional Management

Die Infrastrukturfunktionen umfassen unsere zentralen Supportabteilungen für die Geschäftsbereiche. Diese führen vorwiegend Kontroll- und Serviceaufgaben für unsere fünf Unternehmensbereiche aus.

Die Infrastrukturfunktionen spiegeln die Verantwortungsbereiche der Vorstandsmitglieder wider, die nicht für einen bestimmten Geschäftsbereich zuständig sind. Sie sind in COO-Funktionen (wie Global Technology, Global Business Services, Global Logistics Services und Group Strategy), CFO-Funktionen (wie Finance, Tax, Insurance und Treasury), CRO-Funktionen (wie Credit Risk Management und Market Risk Management), CEO-Funktionen (wie Communications, Corporate Social Responsibility und Deutsche Bank Research) sowie in die Bereiche HR, Special Groups & Works Council (Betriebsräte), Recht & Interne Revision, Compliance, AML & GRAD (Compliance, Anti-Money Laundering, Government & Regulatory Affairs) und Strategy, Organisation & Transformation (VKO).

Das Regional Management ist weltweit für die Steuerung der Regionen verantwortlich. Es legt den Fokus auf Governance, Geschäfts- sowie Leistungsentwicklung. In den Regionen werden Regional und Country Heads sowie Management-Komitees eingesetzt, um die kundenorientierte Produktkoordination zwischen den Geschäftsbereichen auszubauen und die Einhaltung von aufsichtsrechtlichen und Kontrollanforderungen auf lokaler und Konzernebene sicherzustellen. Zusätzlich vertritt Regional Management regionale Interessen auf Konzernebene und verbessert die regionenübergreifende Zusammenarbeit.

Alle Aufwendungen und Erträge der Infrastrukturfunktionen und des Regional Managements werden in vollem Umfang unseren fünf Unternehmensbereichen zugeordnet.

Signifikante Investitionsausgaben und Desinvestitionen

Signifikante Investitionsausgaben und Veräußerungen der letzen drei Jahre sind in den vorangehenden Erläuterungen zu den Unternehmensbereichen berücksichtigt.

Seit dem 1. Januar 2014 haben wir kein öffentliches Übernahmeangebot für unsere Aktien durch Dritte erhalten und keine öffentlichen Übernahmeangebote für Aktien anderer Gesellschaften unterbreitet.

Geschäftsergebnisse

Konzernergebnisse

Die nachfolgenden Erläuterungen sind im Zusammenhang mit dem Konzernabschluss zu sehen.

Verkürzte Gewinn- und Verlustrechnung des Konzerns

in Mio €				Veränderung 2014 gegenüber 2013		Veränderung 2013 gegenüber 2012	
(sofern nicht anders angegeben)	2014	2013	2012	in Mio €	in %	in Mio €	in %
Zinsüberschuss	14.272	14.834	15.975	−562	−4	−1.141	−7
Risikovorsorge im Kreditgeschäft	1.134	2.065	1.721	−931	−45	344	20
Zinsüberschuss nach Risikovorsorge im Kreditgeschäft	**13.138**	12.769	14.254	369	3	−1.485	−10
Provisionsüberschuss[1]	12.409	12.308	11.809	101	1	500	4
Ergebnis aus zum beizulegenden Zeitwert bewerteten finanziellen Vermögenswerten/ Verpflichtungen[1]	4.299	3.817	5.608	481	13	−1.791	−32
Ergebnis aus zur Veräußerung verfügbaren finanziellen Vermögenswerten	242	394	301	−152	−39	93	31
Ergebnis aus nach der Equitymethode bilanzierten Beteiligungen	619	369	163	251	68	206	127
Sonstige Erträge	108	193	−120	−85	−44	313	N/A
Zinsunabhängige Erträge insgesamt	**17.677**	17.082	17.761	596	3	−679	−4
Summe Erträge insgesamt[2]	**30.815**	29.850	32.015	965	3	−2.164	−7
Personalaufwand	12.512	12.329	13.490	183	1	−1.160	−9
Sachaufwand und sonstiger Aufwand	14.654	15.126	15.017	−472	−3	110	1
Aufwendungen im Versicherungsgeschäft	289	460	414	−172	−37	46	11
Wertminderung auf immaterielle Vermögenswerte	111	79	1.886	33	42	−1.808	−96
Restrukturierungsaufwand	133	399	394	−267	−67	5	1
Zinsunabhängige Aufwendungen insgesamt	**27.699**	28.394	31.201	−695	−2	−2.807	−9
Ergebnis vor Steuern	**3.116**	1.456	814	1.660	114	642	79
Ertragsteueraufwand	1.425	775	498	650	84	277	56
Jahresüberschuss	**1.691**	681	316	1.010	148	365	116
Den Anteilen ohne beherrschenden Einfluss zurechenbares Konzernergebnis	28	15	53	13	83	−37	−71
Den Deutsche Bank-Aktionären zurechenbares Konzernergebnis	1.663	666	263	997	150	403	154

N/A – nicht aussagekräftig
[1] Vorjahreswerte wurden angepasst. Hierzu verweisen wir auf die Anhangangabe 1 „Wesentliche Rechnungslegungsgrundsätze und -einschätzungen“ in diesem Bericht.
[2] Nach Risikovorsorge im Kreditgeschäft.

Zinsüberschuss

in Mio € (sofern nicht anders angegeben)	2014	2013	2012	Veränderung 2014 gegenüber 2013 in Mio €	Veränderung 2014 gegenüber 2013 in %	Veränderung 2013 gegenüber 2012 in Mio €	Veränderung 2013 gegenüber 2012 in %
Zinsen und ähnliche Erträge insgesamt	25.001	25.601	31.593	−600	−2	−5.992	−19
Summe der Zinsaufwendungen	10.729	10.768	15.619	−39	0	−4.851	−31
Zinsüberschuss	**14.272**	14.834	15.975	−562	−4	−1.141	−7
Verzinsliche Aktiva im Jahresdurchschnitt[1]	1.040.908	1.136.662	1.250.002	−95.754	−8	−113.340	−9
Verzinsliche Passiva im Jahresdurchschnitt[1]	851.714	979.245	1.119.374	−127.531	−13	−140.129	−13
Zinsertragssatz[2]	2,40 %	2,25 %	2,53 %	0,15 Ppkt	7	–0,28 Ppkt	−11
Zinsaufwandssatz[3]	1,26 %	1,10 %	1,40 %	0,16 Ppkt	15	–0,30 Ppkt	−21
Zinsspanne[4]	1,14 %	1,15 %	1,13 %	–0,01 Ppkt	−1	0,02 Ppkt	2
Zinsmarge[5]	1,37 %	1,31 %	1,28 %	0,06 Ppkt	5	0,03 Ppkt	2

Ppkt – Prozentpunkte
[1] Der durchschnittliche Jahreswert wird jeweils auf Basis der Monatsendwerte ermittelt.
[2] Der Zinsertragssatz ist der durchschnittlich erzielte Zins auf unsere verzinslichen Aktiva im Jahresdurchschnitt.
[3] Der Zinsaufwandssatz ist der durchschnittlich gezahlte Zins auf unsere verzinslichen Passiva im Jahresdurchschnitt.
[4] Die Zinsspanne ist die Differenz zwischen dem durchschnittlich erzielten Zins auf unsere verzinslichen Aktiva im Jahresdurchschnitt und dem durchschnittlich gezahlten Zins auf unsere verzinslichen Passiva im Jahresdurchschnitt.
[5] Die Zinsmarge ist der Zinsüberschuss im Verhältnis zu unseren verzinslichen Aktiva im Jahresdurchschnitt.

2014

Der Rückgang des Zinsüberschusses um 562 Mio € (4 %) von 14,8 Mrd € in 2013 auf 14,3 Mrd € in 2014 resultierte hauptsächlich aus einem geringeren Zinsüberschuss in der NCOU, der auf Veräußerungen von Vermögenswerten infolge unserer anhaltenden Aktivitäten zum Risikoabbau zurückzuführen war. Insgesamt verringerte sich die Zinsspanne aufgrund eines leicht stärkeren Anstiegs des Zinsaufwandssatzes gegenüber dem Zinsertragssatz um 1 Basispunkt. Die Zinsmarge stieg um 6 Basispunkte, hauptsächlich aufgrund von Effekten im Zusammenhang mit den vorgenannten Aktivitäten zum Risikoabbau.

2013

Der Rückgang des Zinsüberschusses von 16,0 Mrd € in 2012 um 1,1 Mrd € (7 %) auf 14,8 Mrd € in 2013 resultierte hauptsächlich aus einem niedrigeren Zinsüberschuss aus Handelsaktivitäten in CB&S, der auf die gesunkene Kundenaktivität infolge einer geringeren Liquidität und der Unsicherheit an den Märkten zurückzuführen war. Eine weitere wichtige Ursache für den Rückgang des Zinsüberschusses war der beschleunigte Risikoabbau in der NCOU. In PBC beeinflussten leicht reduzierte Margen und eine strategische Reduzierung der Einlagenvolumina bei der Postbank ebenfalls den Zinsüberschuss in 2013. Insgesamt erhöhte sich die Zinsspanne um 2 Basispunkte aufgrund eines fast parallel verlaufenden Rückgangs des Zinsertrags- und des Zinsaufwandssatzes. Die Zinsmarge stieg um 3 Basispunkte, hauptsächlich aufgrund von Margenverbesserungen in Deutschland.

Ergebnis aus zum beizulegenden Zeitwert bewerteten finanziellen Vermögenswerten/ Verpflichtungen

in Mio € (sofern nicht anders angegeben)	2014	2013	2012	Veränderung 2014 gegenüber 2013 in Mio €	Veränderung 2014 gegenüber 2013 in %	Veränderung 2013 gegenüber 2012 in Mio €	Veränderung 2013 gegenüber 2012 in %
CB&S – Sales & Trading (Equity)	1.066	1.125	991	−58	−5	133	13
CB&S – Sales & Trading (Debt und sonstige Produkte)	2.487	2.544	4.508	−57	−2	−1.964	−44
Non-Core Operations Unit	−663	−374	−846	−289	77	472	−56
Sonstige	1.408	523	955	886	170	−433	−45
Ergebnis aus zum beizulegenden Zeitwert bewerteten finanziellen Vermögenswerten/ Verpflichtungen	**4.299**	3.817	5.608	481	13	−1.791	−32

2014

Das Ergebnis aus zum beizulegenden Zeitwert bewerteten finanziellen Vermögenswerten/Verpflichtungen stieg im Gesamtjahr 2014 um 481 Mio € auf 4,3 Mrd €. Diese Entwicklung resultierte hauptsächlich aus einem Anstieg um 886 Mio € im Sonstigen Ergebnis und reflektiert vor allem Marktwertgewinne aus Zinsbewegungen in CB&S. Diese Verbesserung wurde teilweise durch 289 Mio € höhere Verluste in der NCOU ausgeglichen, wozu auch ein Verlust in der Special Commodities Group aus unserem Engagement in handelbaren Produkten am US-amerikanischen Energiemarkt 2014 beitrug.

2013

Das Ergebnis aus zum beizulegenden Zeitwert bewerteten finanziellen Vermögenswerten/Verpflichtungen sank im Gesamtjahr 2013 um 1,8 Mrd € auf 3,8 Mrd €. Diese Entwicklung resultierte vor allem aus einem Rückgang um 2,0 Mrd € in Sales & Trading (Debt und sonstige Produkte) vor allem infolge einer geringeren Kundenaktivität, verbunden mit einem schwierigen Handelsumfeld und Marktunsicherheiten, die Rates und Commodities beeinflussten, sowie gesunkener Erträge in Foreign Exchange aufgrund einer geringeren Volatilität und Margenkompression. Zusätzlich gingen die Erträge im Sonstigen Ergebnis um 433 Mio € zurück. Dieser Rückgang reflektiert hauptsächlich einen nicht erneut angefallenen negativen Effekt aus einer forderungsbezogenen Bewertungsanpassung (DVA) bei bestimmten derivativen Verpflichtungen in CB&S und die Entkonsolidierung von Fonds in Deutsche AWM, die durch den Anstieg anderer Ertragskomponenten und der Erträge in C&A teilweise kompensiert wurden. Der Anstieg der Erträge in der NCOU um 472 Mio € resultierte aus dem Rückgang der Verluste aus zum beizulegenden Zeitwert bewerteten finanziellen Vermögenswerten/Verpflichtungen, die auf einen Rückgang der Aktiva infolge des beschleunigten Risikoabbaus sowie Veränderungen des beizulegenden Zeitwerts bei nicht zum Kerngeschäft gehörenden Vermögenswerten zurückzuführen waren. Der Anstieg des Ergebnisses aus zum beizulegenden Zeitwert bewerteten finanziellen Vermögenswerten/Verpflichtungen um 133 Mio € in Sales & Trading (Equity) war auf die gestiegene Kundenaktivität und ein verbessertes Marktumfeld zurückzuführen, was zu höheren Erträgen im Aktienhandel führte.

Zinsüberschuss und Ergebnis aus zum beizulegenden Zeitwert bewerteten finanziellen Vermögenswerten/Verpflichtungen

Unsere Handels- und Risikomanagementaktivitäten umfassen wesentliche Geschäfte in Zinsinstrumenten und zugehörigen Derivaten. Nach IFRS werden Zinsen und ähnliche Erträge aus Handelsinstrumenten und zum beizulegenden Zeitwert bewerteten Finanzinstrumenten (beispielsweise Coupon- und Dividendenerträge) sowie Refinanzierungskosten für Handelspositionen im Zinsüberschuss ausgewiesen. Die Erträge aus unseren Handelsaktivitäten werden in Abhängigkeit von unterschiedlichen Faktoren, zu denen auch Risikomanagementstrategien gehören, entweder im Zinsüberschuss oder im Ergebnis aus zum beizulegenden Zeitwert bewerteten finanziellen Vermögenswerten/Verpflichtungen erfasst.

Um diese Entwicklung mit Blick auf die Geschäftstätigkeit des Konzerns besser analysieren zu können, untergliedern wir in der folgenden Tabelle den Zinsüberschuss und das Ergebnis aus zum beizulegenden Zeitwert bewerteten finanziellen Vermögenswerten/Verpflichtungen nach Unternehmensbereichen beziehungsweise innerhalb des Unternehmensbereichs CB&S nach Produkten.

in Mio € (sofern nicht anders angegeben)	2014	2013	2012	Veränderung 2014 gegenüber 2013 in Mio €	Veränderung 2014 gegenüber 2013 in %	Veränderung 2013 gegenüber 2012 in Mio €	Veränderung 2013 gegenüber 2012 in %
Zinsüberschuss	14.272	14.834	15.975	−562	−4	−1.141	−7
Ergebnis aus zum beizulegenden Zeitwert bewerteten finanziellen Vermögenswerten/Verpflichtungen	4.299	3.817	5.608	481	13	−1.791	−32
Zinsüberschuss und Ergebnis aus zum beizulegenden Zeitwert bewerteten finanziellen Vermögenswerten/Verpflichtungen insgesamt	**18.570**	18.651	21.583	−81	0	−2.932	−14
Aufgliederung nach Konzernbereich/ Produkt:[1]							
Sales & Trading (Equity)	2.314	2.129	1.732	185	9	397	23
Sales & Trading (Debt und sonstige Produkte)	6.685	6.069	7.851	616	10	−1.782	−23
Sales & Trading insgesamt	8.998	8.197	9.582	801	10	−1.385	−14
Kreditgeschäft[2]	695	599	182	95	16	418	N/A
Übrige Produkte[3]	−61	72	589	−133	N/A	−517	−88
Corporate Banking & Securities	9.632	8.869	10.353	764	9	−1.485	−14
Private & Business Clients	5.962	5.966	6.220	−4	0	−254	−4
Global Transaction Banking	2.232	1.984	2.016	248	12	−32	−2
Deutsche Asset & Wealth Management	1.505	1.568	1.974	−63	−4	−406	−21
Non-Core Operations Unit	−573	245	650	−818	N/A	−405	−62
Consolidation & Adjustments	−187	19	369	−206	N/A	−350	−95
Zinsüberschuss und Ergebnis aus zum beizulegenden Zeitwert bewerteten finanziellen Vermögenswerten/Verpflichtungen insgesamt	**18.570**	18.651	21.583	−81	0	−2.932	−14

N/A – Nicht aussagekräftig
[1] Diese Aufgliederung reflektiert den Zinsüberschuss und das Ergebnis aus zum beizulegenden Zeitwert bewerteten finanziellen Vermögenswerten/Verpflichtungen. Die Erläuterung der Segmenterträge insgesamt nach Produkten erfolgt in der Anhangangabe 4 „Segmentberichterstattung".
[2] Enthält sowohl die Zinsspanne für Forderungen aus dem Kreditgeschäft als auch die Veränderungen des beizulegenden Zeitwerts von Kreditderivaten und von zum beizulegenden Zeitwert klassifizierten Forderungen aus dem Kreditgeschäft.
[3] Enthält den Zinsüberschuss und das Ergebnis aus zum beizulegenden Zeitwert bewerteten finanziellen Vermögenswerten/Verpflichtungen aus dem Emissions- und Beratungsgeschäft sowie aus sonstigen Produkten.

Corporate Banking & Securities (CB&S)

2014

Die Summe aus Zinsüberschuss und Ergebnis aus zum beizulegenden Zeitwert bewerteten finanziellen Vermögenswerten/Verpflichtungen stieg gegenüber 2013 um 764 Mio € (9 %) auf 9,6 Mrd € in 2014. Der Anstieg der Erträge in Sales & Trading (Debt und sonstige Produkte) resultierte hauptsächlich aus dem Geschäft mit verbrieften Wohnungsbaukrediten (RMBS) infolge der Aktivitäten zum Risikoabbau und des schwierigen Marktumfelds in 2013, aus einem Marktwertgewinn in Bezug auf Risk-Weighted-Asset-reduzierende Maßnahmen im Zusammenhang mit kreditrisikobezogenen Bewertungsanpassungen (CVA) im Vergleich zu einem in 2013 verzeichneten Verlust, sowie aus höheren Erträgen in Credit Solutions infolge eines gestiegenen Finanzierungsvolumens. In Sales & Trading (Equity) war der Anstieg der Erträge in 2014 vor allem auf gestiegene Volumina im Kundengeschäft in Prime Finance und günstige Handelsbedingungen in Equity Derivatives zurückzuführen. Die gestiegenen Erträge aus Kreditprodukten spiegeln Investitionen im Commercial Real Estate-Geschäft wider. Rückläufige Erträge in Übrige Produkte haben diesen Ertragsanstieg teilweise kompensiert. Dies war vor allem auf einen Verlust aus forderungsbezogenen Bewertungsanpassungen (DVA) in Höhe von 126 Mio € (Gesamtjahr 2013: Verlust von 21 Mio €) zurückzuführen.

2013

In 2013 betrug die Summe aus Zinsüberschuss und Ergebnis aus zum beizulegenden Zeitwert bewerteten finanziellen Vermögenswerten/Verpflichtungen 9,0 Mrd €. Dies entspricht einem Rückgang um 1,5 Mrd € (14 %) im Vergleich zu 2012. Dieser Rückgang war teilweise auf Produkte außerhalb von Sales & Trading zurückzuführen. In Übrige Produkte war der Rückgang im Wesentlichen verbunden mit einer nicht erneut angefallenen forderungsbezogenen Bewertungsanpassung in 2012 im Zusammenhang mit derivativen Verbindlichkeiten. Haupttreiber für den Rückgang in Sales & Trading (Debt und sonstige Produkte) waren die niedrigeren Erträge in verbrieften Wohnungsbaukrediten infolge der Aktivitäten zum Risikoabbau während des Jahres, die geringere Liquidität und Marktunsicherheiten, gesunkene Erträge in Foreign Exchange wegen geringerer Volatilität

und Margenkompression sowie schwächere Handelsergebnisse im Rohstoffgeschäft und Rates. Dies wurde teilweise kompensiert durch einen Anstieg bei Kreditprodukten aufgrund günstiger Entwicklungen der Credit Spreads, durch einen geringeren Anteil des Kreditgeschäfts, das zum beizulegenden Zeitwert bewertet wurde, und durch insgesamt niedrigere Absicherungskosten. Der Anstieg in Sales & Trading (Equity) in 2013 war hauptsächlich auf den Wegfall höherer Dividendenzahlungen im Aktienderivategeschäft in 2012, die gestiegene Kundenaktivität und ein verbessertes Marktumfeld im Aktienhandel zurückzuführen.

Private & Business Clients (PBC)

2014

Die Summe aus Zinsüberschuss und Ergebnis aus zum beizulegenden Zeitwert bewerteten finanziellen Vermögenswerten/Verpflichtungen verringerte sich gegenüber 2013 um 4 Mio € auf 6,0 Mrd € in 2014. Dies spiegelt in erster Linie ein weiterhin schwieriges Zinsumfeld in Europa wider. Der Rückgang wurde im Berichtsjahr durch die positiven Effekte aus einem Geschäftsverkauf in einer vorangegangenen Berichtsperiode teilweise kompensiert.

2013

Die Summe aus Zinsüberschuss und Ergebnis aus zum beizulegenden Zeitwert bewerteten finanziellen Vermögenswerten/Verpflichtungen belief sich 2013 auf 6,0 Mrd €, was einem Rückgang um 254 Mio € (4 %) im Vergleich zu 2012 entspricht. Dieser Rückgang war hauptsächlich auf das anhaltend niedrige Zinsumfeld, das die Erträge aus Kundeneinlagen beeinflusst, und höhere negative Effekte aus der Kaufpreisallokation der Postbank zurückzuführen.

Global Transaction Banking (GTB)

2014

Die Summe aus Zinsüberschuss und Ergebnis aus zum beizulegenden Zeitwert bewerteten finanziellen Vermögenswerten/Verpflichtungen stieg gegenüber 2013 um 248 Mio € (12 %) auf 2,2 Mrd € in 2014. Der Anstieg ist hauptsächlich zurückzuführen auf eine Änderung unserer zinsrisikobezogenen Absicherungsinstrumente, wird aber in den Sonstigen Erträgen ausgeglichen. Der Zinsüberschuss insgesamt war weiterhin von dem Niedrigzinsumfeld negativ beeinflusst.

2013

Die Summe aus Zinsüberschuss und Ergebnis aus zum beizulegenden Zeitwert bewerteten finanziellen Vermögenswerten/Verpflichtungen belief sich 2013 auf 2,0 Mrd €, was einem Rückgang um 32 Mio € (2 %) im Vergleich zu 2012 entspricht. Der Zinsüberschuss sank im Vergleich zum Vorjahr infolge des niedrigen Zinsniveaus in Kernmärkten und des Margendrucks. Außerdem wurde das in Euro berichtete Ergebnis durch Wechselkursschwankungen im Vergleich zu 2012 negativ beeinflusst.

Deutsche Asset & Wealth Management (Deutsche AWM)

2014

Die Summe aus Zinsüberschuss und Ergebnis aus zum beizulegenden Zeitwert bewerteten finanziellen Vermögenswerten/Verpflichtungen belief sich 2014 auf 1,5 Mrd €, was einem Rückgang um 63 Mio € (4 %) im Vergleich zu 2013 entspricht. Der höhere Zinsüberschuss aus Kreditgeschäft, Einlagen und alternative Anlagen, wurde mehr als ausgeglichen durch ungünstige Marktwertbewegungen von Garantien und negative Auswirkungen aus Marktwertbewegungen im Versicherungsportfolio von Abbey Life.

2013

In 2013 betrug die Summe aus Zinsüberschuss und Ergebnis aus zum beizulegenden Zeitwert bewerteten finanziellen Vermögenswerten/Verpflichtungen 1,6 Mrd €. Sie war damit um 406 Mio € (21 %) niedriger als in 2012. Dieser Rückgang war insbesondere auf die Entkonsolidierung von Fonds in 2013 zurückzuführen und wurde durch damit verbundene Anstiege in anderen Ertragskomponenten kompensiert.

Non-Core Operations Unit (NCOU)

2014

Die Summe aus Zinsüberschuss und Ergebnis aus zum beizulegenden Zeitwert bewerteten finanziellen Vermögenswerten/Verpflichtungen belief sich 2014 auf negativ 573 Mio €, was einem Rückgang um 818 Mio € im Vergleich zu 2013 entspricht. Dies resultierte vor allem aus niedrigeren Zinserträgen aufgrund von Veräußerungen von Vermögenswerten in der NCOU infolge unseres Risikoabbaus. Der Einmalverlust in der Special Commodities Group aus unserem Engagement in handelbaren Produkten am US-amerikanischen Energiemarkt während des ersten Quartals 2014 führte zudem zu insgesamt geringeren zum beizulegenden Zeitwert bewerteten Verlusten.

2013

Die Summe aus Zinsüberschuss und Ergebnis aus zum beizulegenden Zeitwert bewerteten finanziellen Vermögenswerten/Verpflichtungen belief sich 2013 auf 245 Mio €. Sie war damit um 405 Mio € (62 %) niedriger als in 2012. Der Haupttreiber für diesen Rückgang waren niedrigere Portfolioerträge infolge des beschleunigten Risikoabbaus bei allen Produkten in der NCOU, der insgesamt zu geringeren Verlusten aus der Bewertung zum beizulegenden Zeitwert führte.

Consolidation & Adjustments (C&A)

2014

Die Summe aus Zinsüberschuss und Ergebnis aus zum beizulegenden Zeitwert bewerteten finanziellen Vermögenswerten/Verpflichtungen belief sich 2014 auf minus 187 Mio €, gegenüber plus 19 Mio € in 2013. Diese Entwicklung war hauptsächlich auf negative Effekte aus zeitlichen Differenzen infolge unterschiedlicher Bewertungsmethoden bei der Managementberichterstattung und gemäß IFRS zurückzuführen. Dies wurde teilweise durch höhere Erträge aus dem Anstieg unserer Eigenkapitalanlage kompensiert, was primär auf die Kapitalerhöhung zurückzuführen ist.

2013

Die Summe aus Zinsüberschuss und Ergebnis aus zum beizulegenden Zeitwert bewerteten finanziellen Vermögenswerten/Verpflichtungen belief sich 2013 auf plus 19 Mio € im Vergleich zu 369 Mio € in 2012. Dieser Rückgang reflektierte in erster Linie die geringeren positiven Effekte aus Terminierungsabweichungen aufgrund unterschiedlicher Bilanzierungsmethoden bei der Managementberichterstattung und der Berichterstattung nach IFRS. Der übrige Rückgang war hauptsächlich auf einen nicht den Segmenten zugeordneten Zinsüberschuss und Sachverhalte zurückzuführen, die außerhalb der Managementverantwortung der Segmente liegen. Hierzu gehören beispielsweise Finanzierungsaufwendungen für nicht bereichsbezogene Aktiva/Passiva.

Risikovorsorge im Kreditgeschäft

2014

Die Risikovorsorge im Kreditgeschäft in 2014 betrug 1,1 Mrd € und war damit aufgrund materieller Reduktionen in allen Geschäftsbereichen um 931 Mio € oder 45 % niedriger als im Vorjahr. Der Rückgang in der NCOU resultierte insbesondere aus geringerer Risikovorsorge für nach IAS 39 reklassifizierte Forderungen sowie für Kredite an Unternehmen aus dem gewerblichen Immobiliensektor. Unser Kerngeschäft profitierte von höheren Auflösungen sowie vom Ausbleiben großer Buchungen für Einzelkunden.

2013

Die Risikovorsorge im Kreditgeschäft stieg 2013 um 344 Mio € auf 2,1 Mrd € an. Die Risikovorsorge in der NCOU stieg unter anderem im Zusammenhang mit Krediten an Unternehmen im europäischen gewerblichen Immobiliensektor. Weitere Anstiege verzeichneten GTB aufgrund eines Einzelkundenkreditereignisses sowie CB&S wegen gestiegener Risikovorsorge für Kredite an Schiffsgesellschaften. Diese Erhöhungen wurden teilweise durch einen Rückgang in PBC aufgrund des im Vergleich zum Vorjahr günstigeren Kreditumfelds in Deutschland kompensiert.

Übrige zinsunabhängige Erträge

in Mio € (sofern nicht anders angegeben)	2014	2013	2012	Veränderung 2014 gegenüber 2013 in Mio €	Veränderung 2014 gegenüber 2013 in %	Veränderung 2013 gegenüber 2012 in Mio €	Veränderung 2013 gegenüber 2012 in %
Provisionsüberschuss[1]	12.409	12.308	11.809	101	1	500	4
Ergebnis aus zur Veräußerung verfügbaren finanziellen Vermögenswerten	242	394	301	−152	−39	93	31
Ergebnis aus nach der Equitymethode bilanzierten Beteiligungen	619	369	163	251	68	206	127
Sonstige Erträge	108	193	−120	−85	−44	313	N/A
Übrige zinsunabhängige Erträge	**13.379**	13.264	12.153	114	1	1.111	9
[1] beinhaltet:							
Provisionsüberschuss aus Treuhandgeschäften:							
Provisionsüberschuss aus Verwaltungstätigkeiten	404	435	449	−31	−7	−13	−3
Provisionsüberschuss aus Vermögensverwaltung	3.057	2.963	2.609	94	3	354	14
Provisionsüberschuss aus sonstigen Wertpapiergeschäften	283	247	239	36	14	8	3
Insgesamt	**3.745**	3.646	3.297	98	3	349	11
Provisionsüberschuss des Wertpapiergeschäfts:							
Provisionsüberschuss aus Emissions- und Beratungsgeschäft	2.545	2.378	2.318	167	7	60	3
Provisionsüberschuss aus Maklergeschäften	1.488	1.542	1.526	−54	−3	15	1
Insgesamt	**4.033**	3.920	3.844	113	3	76	2
Provisionsüberschuss für sonstige Dienstleistungen:	4.632	4.742	4.667	−111	−2	76	2
Provisionsüberschuss insgesamt	**12.409**	12.308	11.809	101	1	500	4

N/A – Nicht aussagefähig

Provisionsüberschuss

2014

Der Provisionsüberschuss erhöhte sich von 12,3 Mrd € in 2013 um 101 Mio € auf 12,4 Mrd € in 2014. Die gegenüber dem Vorjahr gestiegenen Erträge aus dem Beratungsgeschäft spiegeln ein höheres Provisionsaufkommen und Marktanteilsgewinne wider. Die Provisionen aus dem verwalteten Vermögen erhöhten sich aufgrund der günstigen Entwicklung börsengehandelter Fonds auf dem europäischen und US-amerikanischen Markt. Diese positiven Effekte wurden teilweise kompensiert durch einen Rückgang in den Gebühren für andere Kundendienstleistungen, hauptsächlich ausgelöst durch regulatorische Anforderungen im Bezug auf Zahlungsverkehrs-, Karten- und Kontengeschäft sowie geringere Erträge aus Postdienstleistungen und bankfremden Produkten. Zusätzlich hat eine Änderung in der Klassifizierung für bestimmte produktbezogene Ausgaben zu einem Rückgang geführt.

2013

Der Provisionsüberschuss stieg von 11,8 Mrd € in 2012 um 500 Mio € auf 12,3 Mrd € in 2013. Die Provisionen aus dem verwalteten Vermögen stiegen im Umfeld der günstigen Entwicklung an den globalen Leveraged Debt-Märkten, die von den niedrigen Zinsen profitierten. Die Provisionen aus dem Emissions- und Beratungsgeschäft sowie dem Brokeragegeschäft und aus sonstigen Dienstleistungen erhöhten sich infolge der gestiegenen Kundenaktivität und verbesserter Marktbedingungen im globalen Aktienhandel.

Ergebnis aus zur Veräußerung verfügbaren finanziellen Vermögenswerten

2014

Das Ergebnis aus zur Veräußerung verfügbaren finanziellen Vermögenswerten belief sich in 2014 auf 242 Mio €, nach 394 Mio € in 2013. Der Rückgang in 2014 resultierte in erster Linie aus Aktivitäten zum Risikoabbau in der NCOU.

2013

Das Ergebnis aus zur Veräußerung verfügbaren finanziellen Vermögenswerten belief sich in 2013 auf 394 Mio €, nach 301 Mio € in 2012. Das in 2013 erzielte Ergebnis resultierte in erster Linie aus Aktivitäten zum Risikoabbau in Bezug auf das NCOU-Portfolio.

Ergebnis aus nach der Equitymethode bilanzierten Beteiligungen

2014

Das Ergebnis aus nach der Equitymethode bilanzierten Beteiligungen stieg von 369 Mio € in 2013 auf 619 Mio € in 2014. Diese Entwicklung war vorwiegend auf eine Wertminderung in der NCOU im Vorjahr und anteilige Gewinne im Zusammenhang mit der Beteiligung an der Hua Xia Bank zurückzuführen.

2013

Das Ergebnis aus nach der Equitymethode bilanzierten Beteiligungen stieg von 163 Mio € in 2012 auf 369 Mio € in 2013. Darin waren anteilige Gewinne von 374 Mio € im Zusammenhang mit der Beteiligung an der Hua Xia Bank enthalten.

Sonstige Erträge

2014

Die Sonstigen Erträge gingen von 193 Mio € in 2013 auf 108 Mio € in 2014 zurück. Dieser Rückgang resultierte vor allem aus der Restrukturierung von Maher Terminals Verbindlichkeiten. Die Restrukturierung hatte zur Folge, dass die Marktwertverluste nicht mehr erfolgsneutral, sondern in Sonstigen Erträgen in der NCOU ausgewiesen werden.

2013

Die Sonstigen Erträge verbesserten sich von negativen 120 Mio € in 2012 auf positive 193 Mio € in 2013. Die Verbesserung in 2013 wurde hauptsächlich im Rahmen der Aktivitäten zum Risikoabbau in Bezug auf NCOU-Portfolios erzielt. Eine Wertminderung im Zusammenhang mit dem erwarteten Verkauf der BHF-BANK wurde durch die anhaltend positive Entwicklung des operativen Gewinns in Maher Terminals teilweise kompensiert. Die Verluste aus zu Sicherungszwecken gehaltenen Derivaten waren deutlich niedriger als im Vorjahr.

Zinsunabhängige Aufwendungen

in Mio € (sofern nicht anders angegeben)	2014	2013	2012	Veränderung 2014 gegenüber 2013 in Mio €	Veränderung 2014 gegenüber 2013 in %	Veränderung 2013 gegenüber 2012 in Mio €	Veränderung 2013 gegenüber 2012 in %
Personalaufwand	12.512	12.329	13.490	183	1	−1.160	−9
Sachaufwand und sonstiger Aufwand[1]	14.654	15.126	15.017	−472	−3	110	1
Aufwendungen im Versicherungsgeschäft	289	460	414	−172	−37	46	11
Wertminderung auf immaterielle Vermögenswerte	111	79	1.886	33	42	−1.808	−96
Restrukturierungsaufwand	133	399	394	−267	−67	5	1
Zinsunabhängige Aufwendungen	**27.699**	28.394	31.201	−695	−2	−2.807	−9

N/A - nicht aussagefähig

[1] beinhaltet:

	2014	2013	2012	in Mio €	in %	in Mio €	in %
EDV-Aufwendungen	3.333	3.074	2.547	259	8	527	21
Mieten und Aufwendungen für Gebäude, Betriebs- und Geschäftsausstattung	1.978	2.073	2.115	−95	−5	−42	−2
Aufwendungen für Beratungs- und ähnliche Dienstleistungen[2]	2.029	1.772	1.887	256	14	−115	−6
Kommunikation und Datenadministration[2]	725	706	756	18	3	−50	−7
Aufwendungen für Reisen und Repräsentation[2]	500	496	579	4	1	−84	−14
Aufwendungen für Bank- und Transaktionsdienstleistungen[2]	660	743	1.274	−83	−11	−532	−42
Marketingaufwendungen	313	314	362	0	0	−48	−13
Konsolidierte Beteiligungen	811	797	760	14	2	37	5
Sonstige Aufwendungen[2,3]	4.305	5.151	4.736	−846	−16	415	9
Sachaufwand und sonstiger Aufwand insgesamt	**14.654**	15.126	15.017	−472	−3	110	1

[2] Vorjahresangaben wurden angepasst, um Änderungen in der Kostenberichterstattung des Konzerns zu berücksichtigen.
[3] Darin enthalten sind Aufwendungen im Zusammenhang mit Rechtsstreitigkeiten von 1,6 Mrd € in 2014, 3,0 Mrd € in 2013 und 2,6 Mrd € in 2012.

Personalaufwand

2014

Der Personalaufwand stieg in 2014 um 183 Mio € (1 %) auf 12,5 Mrd € gegenüber 12,3 Mrd € in 2013. Diese Zunahme spiegelt vor allem höhere fixe Vergütungsaufwendungen infolge neuer regulatorischer Anforderungen, hauptsächlich in CB&S, sowie strategische Neueinstellungen in den Unternehmensbereichen und Kontrollfunktionen wider. Dieser Anstieg wurde durch positive Effekte aus der fortlaufenden Umsetzung des OpEx-Programms im Kerngeschäft teilweise kompensiert.

2013

Der Personalaufwand ging in 2013 um 1,2 Mrd € (9 %) auf 12,3 Mrd € gegenüber 13,5 Mrd € in 2012 zurück. Der Rückgang war auf niedrigere Amortisierungskosten für aufgeschobene Vergütungen infolge reduzierter aufgeschobener Awards und positive Effekte aus der fortlaufenden Umsetzung des OpEx-Programms zurückzuführen.

Sachaufwand und sonstiger Aufwand

2014

Der Sachaufwand und sonstige Aufwand ging in 2014 um 472 Mio € (3 %) auf 14,7 Mrd € gegenüber 15,1 Mrd € in 2013 zurück. Der Rückgang war vor allem auf im Vergleich zu 2013 geringere Aufwendungen für Rechtsstreitigkeiten von 1,6 Mrd € sowie Einsparungen aus dem OpEx-Programm zurückzuführen. Teilweise wurde der Rückgang durch höhere Aufwendungen für die Umsetzung aufsichtsrechtlicher Anforderungen, Investitionen in unser Geschäft sowie Sonderaufwendungen im Zusammenhang mit Kreditbearbeitungsgebühren aufgehoben.

2013

Der Sachaufwand und sonstige Aufwand stieg von 15,0 Mrd € in 2012 um 110 Mio € (1 %) auf 15,1 Mrd € in 2013. Dieser Anstieg war hauptsächlich auf höhere Aufwendungen für Rechtsstreitigkeiten und EDV-Kosten

infolge des Anstiegs der Umsetzungskosten für das OpEx-Programm und der Anlaufkosten von Projekten in 2013 zurückzuführen. Teilweise gegenläufig war der Wegfall der in 2012 ausgewiesenen Restrukturierungsmaßnahmen in den Niederlanden. Außerdem gingen die Aufwendungen für Beratungs- und ähnliche Dienstleistungen, Kommunikation, Reisen und Repräsentation sowie Marketingmaßnahmen zurück.

Aufwendungen im Versicherungsgeschäft

2014

Die Aufwendungen im Versicherungsgeschäft sanken von 460 Mio € in 2013 um 172 Mio € auf 289 Mio € in 2014. Dieser Rückgang ist ausschließlich auf versicherungsbezogene Aufwendungen in Bezug auf Abbey Life zurückzuführen. Diesen Aufwendungen standen Erträge aus zum beizulegenden Zeitwert bewerteten finanziellen Vermögenswerten/Verpflichtungen gegenüber.

2013

Die Aufwendungen im Versicherungsgeschäft stiegen von 414 Mio € in 2012 um 46 Mio € auf 460 Mio € in 2013, ausschließlich aufgrund versicherungsbezogener Aufwendungen in Bezug auf Abbey Life. Diesen Aufwendungen standen Erträge aus zum beizulegenden Zeitwert bewerteten finanziellen Vermögenswerten/Verpflichtungen durch Aufwendungen im Versicherungsgeschäft gegenüber.

Wertminderungen auf immaterielle Vermögenswerte

2014

In 2014 resultierten die Wertminderungen auf den Geschäfts- oder Firmenwert und immaterielle Vermögenswerte von 111 Mio € vor allem aus einer Wertminderung von 194 Mio € für Maher Terminals und einer teilweisen Aufwertung immaterieller Vermögenswerte von Scudder um 84 Mio €.

2013

In 2013 waren die Wertminderungen auf den Geschäfts- oder Firmenwert und immaterielle Vermögenswerte von 79 Mio € vor allem auf das Firmenkundengeschäft in den Niederlanden zurückzuführen. In 2012 waren diese Wertminderungen im Zuge der weiteren Umsetzung von Restrukturierungsmaßnahmen im Rahmen der Strategie 2015+ angefallen.

Restrukturierungsaufwand

2014

Der Restrukturierungsaufwand im Rahmen unseres OpEx-Programms ging um 267 Mio € (67 %) auf 133 Mio € gegenüber 399 Mio € in 2013 zurück.

2013

In 2013 resultierte der Restrukturierungsaufwand von 399 Mio € aus unserem OpEx-Programm und blieb gegenüber dem Vorjahr nahezu unverändert.

Ertragsteueraufwand

2014

In 2014 belief sich der Ertragsteueraufwand auf 1,4 Mrd € gegenüber 775 Mio € für das Geschäftsjahr 2013. Die effektive Steuerquote für 2014 in Höhe von 46 % wurde im Wesentlichen durch steuerlich nicht abzugsfähige Aufwendungen für Rechtsstreitigkeiten und Ertragsteuern für frühere Jahre beeinflusst, wobei Änderungen bei dem Ansatz und der Bewertung latenter Steuern zum Teil gegenläufig wirkten.

2013

In 2013 lag der Ertragsteueraufwand bei 775 Mio €, woraus sich eine effektive Steuerquote von 53 % ergab. In 2012 belief sich der Ertragsteueraufwand auf 498 Mio €, der zu einer effektiven Steuerquote von 61 % führte. Die effektiven Steuerquoten für 2013 und 2012 wurden im Wesentlichen durch steuerlich nicht abzugsfähige Aufwendungen beeinflusst, wobei die effektive Steuerquote für 2012 Wertminderungen des Geschäfts- oder Firmenwerts enthielt.

Segmentergebnisse

Im Folgenden werden die Ergebnisse unserer Konzernbereiche dargestellt. Informationen zu den folgenden Sachverhalten sind in der Anhangangabe 4 „Segmentberichterstattung“ des Konzernabschlusses enthalten:

— Änderungen des Formats der Segmentberichterstattung,
— Rahmenwerk unserer Managementberichtssysteme und
— Definitionen der für die Geschäftsergebnisse unserer Segmente verwendeten, nicht nach IFRS ermittelten Finanzzahlen.

Grundlage für die Segmentierung ist die am 31. Dezember 2014 gültige Konzernstruktur. Die Ergebnisse der Bereiche wurden auf Basis unserer Managementberichtssysteme ermittelt.

								2014
in Mio € (sofern nicht anders angegeben)	Corporate Banking & Securities	Private & Business Clients	Global Transaction Banking	Deutsche Asset & Wealth Management	Non-Core Operations Unit	Management Reporting insgesamt	Consoli-dation & Adjustments	Konzern insgesamt
Erträge insgesamt[1]	13.742	9.639	4.146	4.708	211	32.446	−497	31.949
Risikovorsorge im Kreditgeschäft	103	622	156	−7	259	1.133	1	1.134
Zinsunabhängige Aufwendungen	10.348	7.682	2.791	3.685	2.804	27.310	389	27.699
davon:								
Abschreibungen und Amortisation	2	0	0	0	0	2	117	120
Abfindungszahlungen	46	134	11	10	5	207	36	242
Aufwendungen im Versicherungs-geschäft	0	0	0	289	0	289	0	289
Restrukturierungsaufwand	112	9	10	−3	4	133	0	133
Wertminderung auf immaterielle Vermögenswerte	0	0	0	−83	194	111	0	111
Anteile ohne beherrschenden Einfluss	25	1	0	4	−2	28	−28	0
Ergebnis vor Steuern	3.266	1.335	1.198	1.027	−2.851	3.975	−859	3.116
Aufwand-Ertrag-Relation	75 %	80 %	67 %	78 %	N/A	84 %	N/A	87 %
Aktiva[2]	1.213.612	258.381	106.252	81.132	38.853	1.698.230	10.474	1.708.703
Investitionen in langlebige Aktiva	0	108	0	1	0	109	517	626
Risikogewichtete Aktiva[3]	175.561	79.571	43.265	16.597	58.538	373.532	20.437	393.969
Durchschnittliches Active Equity	24.204	14.420	5.860	6.454	7.649	58.588	2.037	60.624
Eigenkapitalrendite vor Steuern (basierend auf dem durchschnittlichen Active Equity)	13 %	9 %	20 %	16 %	(37) %	7 %	N/A	5 %
Eigenkapitalrendite nach Steuern (basierend auf dem durchschnittlichen Active Equity)[4]	9 %	6 %	14 %	11 %	(25) %	N/A	N/A	3 %
[1] beinhaltet:								
Zinsüberschuss	5.451	5.887	1.875	1.052	90	14.355	−83	14.272
Ergebnis aus nach der Equitymethode bilanzierten Beteiligungen	128	431	3	22	34	617	2	619
[2] beinhaltet:								
nach der Equitymethode bilanzierte Beteiligungen	521	3.154	50	163	170	4.058	85	4.143

N/A – Nicht aussagekräftig
[3] RWA und Kapitalquoten basieren auf CRR/CRD 4-Vollumsetzung seit 1. Januar 2014.
[4] Für den Konzern wird die Eigenkapitalrendite nach Steuern basierend auf dem durchschnittlichen Active Equity unter Berücksichtigung der berichteten effektiven Steuerquote des Konzerns ermittelt, die zum 31. Dezember 2014 46 % betrug. Bezüglich der Segmente werden für die Eigenkapitalrendite nach Steuern basierend auf dem durchschnittlichen Active Equity Auswirkungen permanenter Differenzen auf die effektive Steuerquote, die nicht den Segmenten zuzuordnen sind, eliminiert. Zum 31. Dezember 2014 wurde demnach für die Segmente eine Steuerquote von 34 % angewandt.

in Mio € (sofern nicht anders angegeben)	Corporate Banking & Securities	Private & Business Clients	Global Transaction Banking	Deutsche Asset & Wealth Management	Non-Core Operations Unit	Management Reporting insgesamt	Consolidation & Adjustments	Konzern insgesamt
								2013
Erträge insgesamt[1]	13.526	9.550	4.069	4.735	964	32.844	−929	31.915
Risikovorsorge im Kreditgeschäft	189	719	315	23	818	2.064	0	2.065
Zinsunabhängige Aufwendungen	10.162	7.276	2.648	3.929	3.550	27.564	830	28.394
davon:								
Abschreibungen und Amortisation	2	0	0	0	2	5	18	23
Abfindungszahlungen	26	224	8	5	14	278	25	303
Aufwendungen im Versicherungsgeschäft	0	0	0	460	0	460	0	460
Restrukturierungsaufwand	130	22	54	170	25	399	0	399
Wertminderung auf immaterielle Vermögenswerte	0	7	57	14	0	79	0	79
Anteile ohne beherrschenden Einfluss	16	0	0	1	−3	15	−15	0
Ergebnis vor Steuern	3.158	1.555	1.107	782	−3.402	3.200	−1.744	1.456
Aufwand-Ertrag-Relation	75 %	76 %	65 %	83 %	N/A	84 %	N/A	89 %
Aktiva[2]	1.102.007	265.360	97.240	72.613	63.810	1.601.029	10.371	1.611.400
Investitionen in langlebige Aktiva	12	176	9	7	0	203	539	742
Risikogewichtete Aktiva (CRR/CRD 4-Vollumsetzung)	114.729	73.001	36.811	12.553	52.443	289.537	10.832	300.369
Durchschnittliches Active Equity[3]	20.161	13.976	5.136	5.864	10.296	55.434	0	55.434
Eigenkapitalrendite vor Steuern (basierend auf dem durchschnittlichen Active Equity)	16 %	11 %	22 %	13 %	−33 %	6 %	N/A	3 %
Eigenkapitalrendite nach Steuern (basierend auf dem durchschnittlichen Active Equity)[4]	9 %	6 %	13 %	8 %	−19 %	N/A	N/A	1 %
beinhaltet:								
1 Zinsüberschuss	5.409	5.963	1.930	988	618	14.909	−76	14.834
Ergebnis aus nach der Equitymethode bilanzierten Beteiligungen	78	375	3	18	−106	368	1	369
2 beinhaltet:								
nach der Equitymethode bilanzierte Beteiligungen	628	2.563	48	143	171	3.554	28	3.581

N/A – Nicht aussagekräftig

[3] Mit Wirkung zum 1. Juli 2013 wurde die Definition von Active Equity an das CRR/CRD 4-Rahmenwerk angepasst. Demzufolge wird das den Deutsche Bank-Aktionären zurechenbare Eigenkapital nur noch um die Dividendenabgrenzung angepasst. Die Zahlen für 2013 wurden entsprechend bereinigt, um diesen Effekt abzubilden.

[4] Für den Konzern wird die Eigenkapitalrendite nach Steuern basierend auf dem durchschnittlichen Active Equity unter Berücksichtigung der berichteten effektiven Steuerquote des Konzerns ermittelt. Zum 31. Dezember 2013 betrug sie 53 %. Bezüglich der Segmente werden für die Eigenkapitalrendite nach Steuern basierend auf dem durchschnittlichen Active Equity Auswirkungen permanenter Differenzen auf die effektive Steuerquote, die nicht den Segmenten zuzuordnen sind, eliminiert. Zum 31. Dezember 2013 wurde demnach für die Segmente eine Steuerquote von 42 % angewandt.

in Mio € (sofern nicht anders angegeben)	Corporate Banking & Securities	Private & Business Clients	Global Transaction Banking	Deutsche Asset & Wealth Management	Non-Core Operations Unit	Management Reporting insgesamt	Consoli-dation & Adjustments	Konzern insgesamt
								2012
Erträge insgesamt[1]	15.073	9.540	4.200	4.472	1.427	34.711	−975	33.736
Risikovorsorge im Kreditgeschäft	81	781	208	18	634	1.721	0	1.721
Zinsunabhängige Aufwendungen	12.071	7.224	3.327	4.299	3.697	30.618	582	31.201
davon/darin:								
Abschreibungen und Amortisation	5	0	0	0	2	8	17	25
Abfindungszahlungen	164	249	24	42	4	484	59	543
Aufwendungen im Versicherungsgeschäft	0	0	0	414	0	414	0	414
Restrukturierungsaufwand	236	0	40	104	12	392	0	394
Wertminderung auf immaterielle Vermögenswerte	1.174	15	73	202	421	1.886	0	1.886
Anteile ohne beherrschenden Einfluss	17	16	0	1	31	65	−65	0
Ergebnis vor Steuern	2.904	1.519	664	154	−2.935	2.307	−1.493	814
Aufwand-Ertrag-Relation	80 %	76 %	79 %	96 %	N/A	88 %	N/A	92 %
Aktiva[2]	1.448.924	282.428	87.997	78.103	113.247	2.010.699	11.576	2.022.275
Investitionen in langlebige Aktiva	15	140	1	1	0	157	477	634
Risikogewichtete Aktiva	112.630	72.695	34.976	12.429	84.743	317.472	16.133	333.605
Durchschnittliches Active Equity[3]	20.213	12.177	4.181	5.916	12.440	54.927	0	54.927
Eigenkapitalrendite vor Steuern (basierend auf dem durchschnittlichen Active Equity)	14 %	12 %	16 %	3 %	−24 %	4 %	N/A	1 %
Eigenkapitalrendite nach Steuern (basierend auf dem durchschnittlichen Active Equity)[4]	9 %	8 %	10 %	2 %	−15 %	N/A	N/A	0 %
[1] beinhaltet:								
Zinsüberschuss	5.244	6.115	1.964	1.033	1.496	15.851	123	15.975
Ergebnis aus nach der Equitymethode bilanzierten Beteiligungen	131	312	5	6	−295	159	4	163
[2] beinhaltet:								
nach der Equitymethode bilanzierte Beteiligungen	750	2.303	46	131	307	3.538	39	3.577

N/A – Nicht aussagekräftig

[3] Mit Wirkung zum 1. Juli 2013 wurde die Definition von Active Equity an das CRR/CRD 4-Rahmenwerk angepasst. Demzufolge wird das den Deutsche Bank-Aktionären zurechenbare Eigenkapital nur noch um die Dividendenabgrenzung angepasst. Die Zahlen für 2012 wurden entsprechend bereinigt, um diesen Effekt abzubilden.

[4] Für den Konzern wird die Eigenkapitalrendite nach Steuern basierend auf dem durchschnittlichen Active Equity unter Berücksichtigung der berichteten effektiven Steuerquote des Konzerns ermittelt, die sich zum 31. Dezember 2012 auf 61 % belief. Bezüglich der Segmente werden für die Eigenkapitalrendite nach Steuern basierend auf dem durchschnittlichen Active Equity Auswirkungen permanenter Differenzen auf die effektive Steuerquote, die nicht den Segmenten zuzuordnen sind, eliminiert. Zum 31. Dezember 2012 wurde demnach für die Segmente eine Steuerquote von 35 % angewandt.

Unternehmensbereiche

Unternehmensbereich Corporate Banking & Securities

in Mio € (sofern nicht anders angegeben)	2014	2013	2012	Veränderung 2014 gegenüber 2013 in Mio €	Veränderung 2014 gegenüber 2013 in %	Veränderung 2013 gegenüber 2012 in Mio €	Veränderung 2013 gegenüber 2012 in %
Erträge insgesamt:							
Sales & Trading (Debt und sonstige Produkte)	6.841	6.806	8.815	35	1	−2.009	−23
Sales & Trading (Equity)	2.928	2.737	2.288	191	7	449	20
Emissionsgeschäft (Debt)	1.527	1.557	1.417	−30	−2	140	10
Emissionsgeschäft (Equity)	761	732	518	29	4	214	41
Beratung	580	480	590	100	21	−110	−19
Kreditgeschäft	1.196	1.234	899	−39	−3	336	37
Sonstige Produkte	−90	−21	547	−70	N/A	−567	N/A
Summe Erträge insgesamt	**13.742**	13.526	15.073	217	2	−1.547	−10
Risikovorsorge im Kreditgeschäft	**103**	189	81	−87	−46	108	133
Zinsunabhängige Aufwendungen	**10.348**	10.162	12.071	186	2	−1.909	−16
davon:							
Restrukturierungsaufwand	112	130	236	−17	−13	−106	−45
Wertminderung auf immaterielle Vermögenswerte	0	0	1.174	0	N/A	−1.174	N/A
Anteile ohne beherrschenden Einfluss	**25**	16	17	9	57	−1	−6
Ergebnis vor Steuern	**3.266**	3.158	2.904	108	3	255	9
Aufwand-Ertrag-Relation	75 %	75 %	80 %	N/A	0 Ppkt	N/A	–5 Ppkt
Aktiva[1]	1.213.612	1.102.007	1.448.924	111.605	10	−346.917	−24
Risikogewichtete Aktiva[2]	175.561	114.729	112.630	N/A	N/A	2.099	2
Durchschnittliches Active Equity[3]	24.204	20.161	20.213	4.043	20	−52	0
Eigenkapitalrendite vor Steuern (basierend auf dem durchschnittlichen Active Equity)	13 %	16 %	14 %	N/A	–2 Ppkt	N/A	1 Ppkt

N/A – Nicht aussagekräftig
[1] Die Aktiva der Segmente sind konsolidiert, das heißt, Salden zwischen den Segmenten sind nicht enthalten.
[2] RWA und Kapitalquoten basieren auf Basel 2.5 Regeln per 31. Dezember 2013 und auf CRR/CRD 4-Vollumsetzung seit 1. Januar 2014.
[3] Die Allokation des durchschnittlichen Active Equity auf die Segmente ist in Anhangangabe 4 „Segmentberichterstattung“ des Konzernabschlusses beschrieben.

2014

CB&S meldete für das Gesamtjahr 2014 trotz des schwierigen Marktumfelds, das durch eine niedrige Volatilität und Kundenaktivität in der ersten Jahreshälfte gekennzeichnet war, solide Ergebnisse. In der zweiten Jahreshälfte nahm die Volatilität zu, und CB&S verzeichnete in seinem gesamten Geschäft eine stärkere Ertragsdynamik.

Im Gesamtjahr 2014 beliefen sich die Erträge auf 13,7 Mrd €, was einem Anstieg um 217 Mio € (2 %) gegenüber 13,5 Mrd € im Vorjahr entspricht. Diese beinhalteten Maßnahmen zur Reduzierung der risikogewichteten Aktiva im Zusammenhang mit kreditrisikobezogenen Bewertungsanpassungen (Credit Valuation Adjustment, CVA), forderungsbezogenen Bewertungsanpassungen (Debt Valuation Adjustment, DVA) und refinanzierungsbezogene Bewertungsanpassungen (Funding Valuation Adjustment, FVA) sowie Verfeinerungen in der Berechnung von CVA und FVA nach IFRS, die zu einem Verlust von insgesamt 299 Mio € führten (Gesamtjahr 2013: Verlust von 201 Mio €).

Die Erträge in Sales & Trading (Debt und sonstige Produkte) blieben im Berichtsjahr mit 6,8 Mrd € gegenüber dem Vorjahr unverändert. Die Erträge im RMBS-Geschäft waren deutlich höher und reflektierten Aktivitäten zum Risikoabbau und das schwierige Marktumfeld in 2013. Der Bereich Distressed Products hat vor allem aufgrund seiner starken Performance in Europa höhere Erträge verzeichnet. Im Flow-Credit-Geschäft waren die Erträge aufgrund der schwächeren Performance in Nordamerika deutlich niedriger. Die Erträge in Core Rates waren aufgrund von FVA-Verlusten, die auf Marktbewegungen und eine Verfeinerung der Berechnungsmethode zurückzuführen waren, sowie einer schwächeren Performance in der Region Asien-Pazifik und Europa niedriger als im Vorjahr. Im Devisengeschäft waren die Erträge aufgrund der geringeren Volatilität und Kundenaktivität vor allem in den ersten sechs Monaten 2014 niedriger als im Vorjahr,. Die Erträge in Global Liquidity Management, Credit Solutions und Emerging Markets blieben auf dem Niveau des Vorjahres. Die Erträge von Sales & Trading (Debt und sonstige Produkte) beinhalteten drei Bewertungsanpassungen, die zu

einem Gesamtverlust von 173 Mio € führten: erstens, ein Marktwertgewinn von 7 Mio € (Gesamtjahr 2013: ein Verlust von 240 Mio €) im Zusammenhang mit den Maßnahmen zur Senkung der risikogewichteten Aktiva bei kreditbezogenen Bewertungsanpassungen (CVA), zweitens, ein Verlust von 58 Mio € (Gesamtjahr 2013: null) im Zusammenhang mit einer Verfeinerung der Berechnungsmethode der CVA nach IFRS, drittens, ein FVA-Verlust von 122 Mio € (Gesamtjahr 2013: Gewinn 67 Mio €), der einen negativen Effekt von 51 Mio € aufgrund einer Verfeinerung der Berechnungsmethode beinhaltete.

Die Erträge in Sales & Trading (Equity) stiegen gegenüber dem Vorjahr um 191 Mio € (7 %) auf 2,9 Mrd €. Prime Finance verzeichnete aufgrund der Zunahme von Kundenvolumina gegenüber dem Vorjahr einen Ertragsanstieg. Sowohl die Erträge im Aktienhandel als auch im Aktienderivategeschäft blieben gegenüber dem Vorjahr unverändert.

Im Emissions- und Beratungsgeschäft wurden im Gesamtjahr 2014 Erträge von 2,9 Mrd € verzeichnet. Dies entspricht einem Anstieg gegenüber dem Vorjahr um 99 Mio € (4 %). Im Beratungsgeschäft war der Ertragszuwachs gegenüber dem Vorjahr auf ein höheres Provisionsaufkommen im Markt und einen vergrößerten Marktanteil zurückzuführen. Die Erträge im Aktien- und Anleiheemissionsgeschäft entsprachen den Vergleichswerten des Vorjahres.

Die Erträge im Kreditgeschäft beliefen sich auf 1,2 Mrd € im Gesamtjahr 2014 und entsprachen damit dem Niveau des Vorjahres.

Bei den Sonstigen Produkten wurden im Berichtsjahr negative Erträge von 90 Mio € gegenüber negativen Erträgen von 21 Mio € im Vorjahr verzeichnet. Die Erträge aus Sonstigen Produkten beinhalteten einen DVA-Verlust von 126 Mio € (Gesamtjahr 2013: Verlust von 21 Mio €) sowie einen Gewinn von 37 Mio € im Zusammenhang mit einer verfeinerten Berechnungsmethode gemäß IFRS für CVA.

Die Risikovorsorge im Kreditgeschäft belief sich in CB&S im Gesamtjahr 2014 auf netto 103 Mio €. Dies entspricht einem Rückgang um 87 Mio € (46 %) gegenüber dem Vorjahr und ist auf gesunkene Rückstellungen für Schiffsfinanzierungen sowie Nettoauflösungen im Leveraged-Finance-Portfolio zurückzuführen.

Die Zinsunabhängigen Aufwendungen stiegen im Vergleich zum Gesamtjahr 2013 um 186 Mio € (2 %). Der Anstieg resultierte aus Aufwendungen zur Erfüllung aufsichtsrechtlicher Anforderungen, Verbesserungen der Geschäftsplattform und negativen Wechselkursänderungen. Diese Kostensteigerungen waren höher als die Fortschritte bei der Umsetzung unseres Operational-Excellence-(OpEx) Programms und die Verringerung der Aufwendungen für Rechtsstreitigkeiten.

Das Vorsteuerergebnis belief sich auf 3,3 Mrd € nach 3,2 Mrd € im Vorjahr. Ursachen hierfür waren in erster Linie die solide Ertragsentwicklung und niedrigere Aufwendungen für Rechtsstreitigkeiten, die teilweise durch höhere Kosten zur Erfüllung aufsichtsrechtlicher Auflagen und Umsetzungskosten (cost-to-achieve) neutralisiert wurden.

2013

Das Ergebnis im Gesamtjahr 2013 war durch die anhaltende Marktunsicherheit, insbesondere in Bezug auf die Entscheidung der US-amerikanischen Notenbank, die quantitativen Lockerungsmaßnahmen schrittweise zu reduzieren („Tapering“), sowie einen Rückgang der Liquidität und eine Verlangsamung der Kundenaktivität erheblich beeinträchtigt worden.

Im Gesamtjahr 2013 beliefen sich die Erträge auf 13,5 Mrd €, was einem Rückgang von 1,5 Mrd € (10 %) gegenüber 15,1 Mrd € in 2012 entsprach. Die Erträge wurden durch drei Bewertungsanpassungen beeinflusst: erstens einen Marktwertverlust von 265 Mio € aus Absicherungsgeschäften für risikogewichtete Aktiva im Zusammenhang mit einer kreditrisikobezogenen Bewertungsanpassung und zweitens einen Verlust von 21 Mio € im Zusammenhang mit dem Effekt einer forderungsbezogenen Bewertungsanpassung (DVA). Diese Verluste wurden durch einen Gewinn von 85 Mio € aus einer refinanzierungsbezogenen Bewertungsanpassung (FVA)

teilweise ausgeglichen. Ohne Berücksichtigung dieser Effekte in 2012 und 2013 waren die Erträge im Gesamtjahr um 1,0 Mrd € (7 %) niedriger als 2012.

Die Erträge in Sales & Trading (Debt und sonstige Produkte) lagen im Berichtsjahr mit 6,8 Mrd € um 2,0 Mrd € (23 %) unter dem Vergleichswert des Vorjahres. Die Erträge in Rates waren erheblich niedriger als im Vorjahr. Ursächlich hierfür war die gesunkene Kundenaktivität, die auf eine geringere Liquidität und anhaltende Marktunsicherheit zurückzuführen war. Das RMBS-Geschäft wurde durch die 2013 durchgeführten Risikoabbaumaßnahmen beeinträchtigt. Diese Entwicklung wurde durch eine niedrigere Liquidität und anhaltende Unsicherheit an den Märkten verschärft und führte zu signifikant geringeren Erträgen als im Vorjahr. Trotz gestiegener Volumina sanken die Erträge im Devisengeschäft aufgrund der gesunkenen Volatilität und des höheren Margendrucks im Vergleich zum Vorjahr. Im Flow-Credit-Geschäft waren die Erträge aufgrund der schwachen Performance in Europa niedriger. In den Bereichen Emerging Markets und Distressed Products blieben die Erträge gegenüber dem Vorjahr konstant.

Die Erträge in Sales & Trading (Equity) stiegen gegenüber dem Vorjahr um 449 Mio € (20 %) auf 2,7 Mrd €. Dabei verzeichneten die Bereiche Equity Trading und Equity Derivatives höhere bzw. deutlich höhere Erträge als im Vorjahr, was auf eine höhere Kundenaktivität und ein verbessertes Marktumfeld zurückzuführen ist. Im Bereich Prime Finance blieben die Erträge auf dem Niveau des Vorjahres.

Im Emissions- und Beratungsgeschäft wurden im Gesamtjahr 2013 Erträge in Höhe von 2,8 Mrd € verzeichnet. Dies entspricht einem Anstieg gegenüber dem Vorjahr um 244 Mio € (10 %). Die Erträge im Emissionsgeschäft (Debt) waren im Berichtsjahr höher als im Vorjahr und im Emissionsgeschäft (Equity) sogar deutlich höher. Dies spiegelt eine starke Emissionsaktivität an den globalen Anleihe- und Aktienmärkten wider. Im Beratungsgeschäft waren die Erträge infolge eines verminderten Provisionsaufkommens im Markt und geringerer Transaktionsvolumina niedriger als im Vorjahr.

Die Erträge im Kreditgeschäft lagen 2013 mit 1,2 Mrd € um 336 Mio € (37 %) über dem Vergleichswert von 2012. Dieser Anstieg ist auf niedrigere Absicherungskosten, einen gesunkenen Anteil an Krediten, die zum beizulegenden Zeitwert (Fair Value) zu bewerten sind, die günstige Entwicklung der Risikoaufschläge sowie eine weitere Stärkung unseres gewerblichen Immobiliengeschäfts zurückzuführen.

Im Gesamtjahr 2013 gingen die Erträge aus Sonstigen Produkten von positiven 547 Mio € in 2012 auf negative 21 Mio € zurück. Der Rückgang ergab sich im Wesentlichen infolge eines positiven Einmaleffekts im Vorjahr aus der in 2012 verfeinerten Berechnungsmethode für eine forderungsbezogenen Bewertungsanpassung (DVA) im Zusammenhang mit bestimmten Verbindlichkeiten aus Derivategeschäften.

Die Risikovorsorge im Kreditgeschäft in CB&S belief sich im Gesamtjahr 2013 auf 189 Mio €. Dies entspricht einem Anstieg um 108 Mio € (133 %) gegenüber dem Vorjahr und war auf gestiegene Rückstellungen im Portfolio für Schiffsfinanzierungen zurückzuführen.

Die Zinsunabhängigen Aufwendungen sanken um 1,9 Mrd € (16 %) gegenüber dem Gesamtjahr 2012, in dem eine Wertminderung auf immaterielle Vermögenswerte vorgenommen worden war. Ohne Berücksichtigung dieser Belastungen resultierte der Rückgang aus einem geringeren Personal- und Sachaufwand infolge der laufenden Umsetzung von OpEx-Maßnahmen sowie günstigen Wechselkursänderungen. Dieser Rückgang wurde durch steigende Aufwendungen für Rechtsstreitigkeiten teilweise aufgehoben.

Das Ergebnis vor Steuern betrug 3,2 Mrd € nach 2,9 Mrd € im Vorjahr. Ursächlich hierfür waren der Wegfall der Wertminderung auf immaterielle Vermögenswerte sowie ein geringerer Personal- und Sachaufwand, der durch niedrigere Erträge und höhere Rückstellungen für Rechtsstreitigkeiten teilweise aufgehoben wurde.

Unternehmensbereich Private & Business Clients

in Mio € (sofern nicht anders angegeben)	2014	2013	2012	Veränderung 2014 gegenüber 2013 in Mio €	Veränderung 2014 gegenüber 2013 in %	Veränderung 2013 gegenüber 2012 in Mio €	Veränderung 2013 gegenüber 2012 in %
Erträge insgesamt:							
Kreditgeschäft	3.463	3.408	3.331	55	2	76	2
Einlagengeschäft	2.977	3.012	3.175	−34	−1	−163	−5
Zahlungsverkehrs-, Karten- und Kontengeschäft	983	1.019	1.027	−36	−3	−8	−1
Wertpapier- und Versicherungsgeschäft	1.308	1.220	1.146	88	7	74	6
Postdienstleistungen und bankfremde Produkte	416	434	454	−17	−4	−20	−4
Sonstige Produkte	491	457	407	33	7	51	12
Summe Erträge insgesamt	**9.639**	9.550	9.540	89	1	10	0
Risikovorsorge im Kreditgeschäft	**622**	719	781	−97	−13	−62	−8
Zinsunabhängige Aufwendungen	**7.682**	7.276	7.224	406	6	52	1
davon: Wertminderungen auf immaterielle Vermögenswerte	0	7	15	−7	N/A	−8	−54
Anteile ohne beherrschenden Einfluss	**1**	0	16	0	46	−15	−97
Ergebnis vor Steuern	**1.335**	1.555	1.519	−220	−14	35	2
Aufwand-Ertrag-Relation	80 %	76 %	76 %	N/A	4 Ppkt	N/A	0 Ppkt
Aktiva[1]	258.381	265.360	282.428	−6.978	−3	−17.068	−6
Risikogewichtete Aktiva[2]	79.571	73.001	72.695	N/A	N/A	306	0
Durchschnittliches Active Equity[3]	14.420	13.976	12.177	444	3	1.799	15
Eigenkapitalrendite vor Steuern (basierend auf dem durchschnittlichen Active Equity)	9 %	11 %	12 %	N/A	– 2 Ppkt	N/A	–1 Ppkt
Aufgliederung von PBC nach Geschäftsbereich							
Privat- und Geschäftskundenbank:							
Erträge insgesamt	3.855	3.704	3.741	150	4	−36	−1
Risikovorsorge im Kreditgeschäft	79	128	174	−49	−38	−46	−26
Zinsunabhängige Aufwendungen	3.533	3.237	3.098	296	9	139	4
Ergebnis vor Steuern	**243**	339	468	−96	−28	−129	−28
Advisory Banking International:							
Erträge insgesamt	2.134	2.052	1.971	82	4	81	4
Risikovorsorge im Kreditgeschäft	272	248	211	24	10	37	17
Zinsunabhängige Aufwendungen	1.179	1.139	1.217	41	4	−78	−6
Ergebnis vor Steuern	**683**	666	543	17	3	122	22
Postbank:[4]							
Erträge insgesamt	3.651	3.794	3.828	−143	−4	−34	−1
Risikovorsorge im Kreditgeschäft	271	343	395	−71	−21	−52	−13
Zinsunabhängige Aufwendungen	2.970	2.900	2.910	70	2	−9	0
Anteile ohne beherrschenden Einfluss	1	0	15	0	69	−15	−97
Ergebnis vor Steuern	**409**	550	508	−141	−26	43	8

N/A – Nicht aussagekräftig
[1] Die Aktiva der Segmente sind konsolidiert, das heißt, Salden zwischen den Segmenten sind nicht enthalten.
[2] RWA und Kapitalquoten basieren auf Basel 2.5 Regeln per 31. Dezember 2013 und auf CRR/CRD 4-Vollumsetzung seit 1. Januar 2014.
[3] Die Allokation des durchschnittlichen Active Equity auf die Segmente ist in Anhangangabe 4 „Segmentberichterstattung“ des Konzernabschlusses beschrieben.
[4] Beinhaltet wesentliche Geschäftsaktivitäten der Postbank AG sowie BHW und norisbank.

Zusätzliche Informationen

in Mrd € (sofern nicht anders angegeben)	2014	2013	2012	Veränderung 2014 gegenüber 2013 in Mrd €	Veränderung 2014 gegenüber 2013 in %	Veränderung 2013 gegenüber 2012 in Mrd €	Veränderung 2013 gegenüber 2012 in %
Invested Assets[1]	291	282	293	9	3	−11	−4
Nettomittelzu-/-abflüsse	6	−15	−10	21	N/A	−6	58

N/A – Nicht aussagekräftig
[1] Wir definieren Invested Assets als (a) im Namen von Kunden zu Anlagezwecken gehaltenes Vermögen und/oder (b) als von uns verwaltete Vermögenswerte der Kunden. Wir verwalten Invested Assets auf diskretionärer bzw. Beratungsbasis oder als Einlagen.

2014

Das Geschäftsumfeld von PBC blieb im Jahr 2014 herausfordernd mit Gegenwind durch den weiteren Rückgang des Zinsniveaus, durch zusätzliche aufsichtsrechtliche Anforderungen sowie signifikante einmalige Aufwendungen für Kreditbearbeitungsgebühren durch zwei Urteile des Bundesgerichtshofs in Deutschland im Mai und Oktober 2014. Trotz des schwierigen Marktumfeldes stiegen die Erträge gegenüber dem Vorjahr durch eine Belebung der Kundenaktivität im Wertpapiergeschäft und durch das Wachstum in bestimmten Kreditprodukten, vorwiegend in Deutschland. Die Risikovorsorge im Kreditgeschäft ging in 2014 aufgrund der verbesserten Qualität des Kreditportfolios zurück.

Das PBC Ergebnis ging im Vergleich zu 2013 aufgrund der oben genannten Aufwendungen bezüglich der Rückzahlungsansprüche für Kreditbearbeitungsgebühren in Höhe von 400 Mio € zurück. Entsprechende Rückstellungen für Bearbeitungsgebühren wurden in 2014 gebildet, so dass wir in 2015 und darüber hinaus keine weiteren Effekte erwarten.

Die Erträge stiegen in PBC im Vergleich zu 2013 um 89 Mio € (1 %). Die Zunahme der Erträge im Wertpapier- und Versicherungsgeschäft um 88 Mio € (7 %) spiegelte Nettomittelzuflüsse und höhere Transaktionszahlen wider, vor allem im Wertpapiergeschäft. Die Erträge im Kreditgeschäft stiegen um 55 Mio € (2 %), hauptsächlich infolge erhöhter Kreditvolumina, die vor allem im Baufinanzierungsgeschäft in Deutschland verzeichnet wurden. Die Erträge aus Sonstigen Produkten erhöhten sich um 33 Mio € (7 %) und spiegeln in erster Linie die Auswirkungen von Gewinnen in der Privat- und Geschäftskundenbank aus einem in einer vorangegangen Periode abgeschlossenen Geschäftsverkauf sowie Gewinne aus Wertpapierverkäufen der DB Bauspar und einer verbesserten Performance unserer Beteiligung an der Hua Xia Bank wider. Dies wurde teilweise durch gesunkene Erträge aus nicht operativen Aktivitäten der Postbank kompensiert. Zusätzlich war das Geschäftsjahr 2013 durch eine teilweise Auflösung von Risikovorsorge der Postbank positiv beeinflusst worden. Diese war in den Erträgen aus Sonstigen Produkten ausgewiesen worden, da die Risikovorsorge vor der Konsolidierung gebildet worden war. Die Erträge aus dem Zahlungsverkehrs-, Karten- und Kontengeschäft gingen um 36 Mio € (3 %) zurück. Dies resultierte hauptsächlich aus Änderungen der aufsichtsrechtlichen Anforderungen in Bezug auf Gebühren im Zahlungsverkehr und im Kartengeschäft. Im Einlagengeschäft sanken die Erträge um 34 Mio € (1 %) infolge des anhaltend schwierigen Zinsumfelds in Europa sowie infolge einer Reduzierung der Kundeneinlagenvolumina insbesondere bei der Postbank. Die Erträge aus Postdienstleistungen und bankfremden Produkten verringerten sich um 17 Mio € (4 %), vorwiegend aufgrund einer Änderung in der Berichtsklassifizierung bestimmter produktbezogener Aufwendungen.

Die Risikovorsorge im Kreditgeschäft ging aufgrund des günstigen Geschäftsumfelds in Deutschland gegenüber dem Vorjahr um 97 Mio € (13 %) zurück. Im Vorjahr wurde ein zusätzlicher Betrag in Höhe von 86 Mio € im Sonstigen Zinsüberschuss ausgewiesen, der eine teilweise Auflösung von Risikovorsorge der Postbank sowie eine Verbesserung der Kreditqualität der Postbank-Kredite widerspiegelt. Letztere hatte der Konzern bei der erstmaligen Konsolidierung zum beizulegenden Zeitwert ausgewiesen.

Die Zinsunabhängigen Aufwendungen erhöhten sich im Vergleich zu 2013 um 406 Mio € (6 %). Signifikante Auswirkungen hatten in 2014 Aufwendungen von 400 Mio €, die auf die oben genannten Urteile des Bundesgerichtshofs in Bezug auf die Erstattung von Kreditbearbeitungsgebühren zurückzuführen waren. Darüber hinaus führten höhere Infrastrukturkosten, die vorwiegend aus aufsichtsrechtlichen Auflagen resultierten, zu einem Kostenanstieg. Der Anstieg der Aufwendungen in 2014 wurde durch einen Einmalertrag aus der Veräußerung von Gebäuden in Europa kompensiert. Im Vergleich dazu beinhalteten die Zinsunabhängigen Aufwendungen im Geschäftsjahr 2013 einen Einmaleffekt in vergleichbarer Höhe im Zusammenhang mit der Auflösung einer Rückstellung im Rahmen der Hua Xia Bank-Kreditkartenkooperation. Die Umsetzungskosten gingen, im Einklang mit der Entwicklung unseres OpEx- und Postbankintegrations-Programms, um 42 Mio € (8 %) zurück. Darüber hinaus erzielte PBC inkrementelle Einsparungen dank weiterer Effizienzsteigerungen im Rahmen unseres OpEx-Programms.

Das Ergebnis vor Steuern sank im Vergleich zum Vorjahr um 220 Mio € (14 %), vor allem aufgrund der oben erwähnten Aufwendungen im Zusammenhang mit der Erstattung von Kreditbearbeitungsgebühren.

Die Invested Assets erhöhten sich gegenüber dem 31. Dezember 2013 um 9 Mrd €. Dieser Anstieg war auf Nettomittelzuflüsse von 6 Mrd €, insbesondere im Wertpapiergeschäft, und weitere positive Marktwertentwicklungen zurückzuführen.

2013

PBC erzielte ein stabiles operatives Ergebnis in einem Niedrigzinsumfeld und die auch weiterhin gedämpfte Kundenaktivität in Deutschland stellten Herausforderungen dar. Das Kreditumfeld in 2013 war günstig und die Risikovorsorge lag im Kreditgeschäft unter dem Niveau der Vorjahre. Die europäischen Märkte außerhalb Deutschlands, in denen PBC präsent ist, waren von geringeren Aktivitäten im Kreditgeschäft gekennzeichnet, die durch eine Belebung des Wertpapiergeschäfts kompensiert wurden. Die Turbulenzen an den chinesischen und indischen Kapitalmärkten während der letzten Monate in 2013 haben unser Geschäft in diesen Ländern nicht merklich beeinflusst.

2013 wurde gegenüber dem Vorjahr eine leichte Zunahme der Erträge um 10 Mio € verzeichnet.

Höhere Erträge im Kreditgeschäft, im Wertpapier- und Versicherungsgeschäft sowie im Geschäft mit Sonstigen Produkten wurden durch niedrigere Erträge im Einlagengeschäft, die auf das weiterhin bestehende Niedrigzinsumfeld zurückzuführen waren, und höhere negative Effekte der Kaufpreisallokation auf die Postbank, ausgeglichen. Die Erträge im Kreditgeschäft stiegen um 76 Mio € (2 %) und reflektieren vor allem das Volumenwachstum im Hypothekengeschäft in der Privat- und Geschäftskundenbank sowie höhere Margen bei Konsumentenfinanzierungen in Advisory Banking International. Die Erträge im Wertpapier- und Versicherungsgeschäft stiegen um 74 Mio € (6 %) dank höherer Transaktionsvolumina in Advisory Banking International und gestiegener Erträge aus dem diskretionären Portfoliomanagement in der Privat- und Geschäftskundenbank. Die Erträge aus Sonstigen Produkten erhöhten sich dank des verbesserten Geschäftsergebnisses der Hua Xia Bank um 51 Mio € (12 %). Dieser Anstieg wurde jedoch durch verschiedene Einmaleffekte, vor allem im Zusammenhang mit der Postbank, teilweise kompensiert. Die Erträge aus Postdienstleistungen und bankfremden Produkten der Postbank sind um 20 Mio € (4 %) gesunken. Dies entspricht der üblichen Ertragsvolatilität. Die Erträge aus dem Zahlungsverkehrs-, Karten- und Kontogeschäft blieben stabil.

Die Risikovorsorge im Kreditgeschäft belief sich auf 719 Mio €, was einem Rückgang um 8 % von 781 Mio € im Jahr 2012 entspricht. Haupttreiber war die Geschäftsentwicklung in der Privat- und Geschäftskundenbank sowie bei der Postbank, die eine verbesserte Portfolioqualität und ein günstigeres Kreditumfeld in Deutschland widerspiegelt. Zusätzlich wurde ein Betrag in Höhe von 86 Mio € (2012: 94 Mio €) in sonstigen Zinserträgen verbucht. Dies spiegelt eine verbesserte Qualität der Postbank-Kredite wider, die bei der erstmaligen Konsolidierung durch den Konzern zum beizulegenden Zeitwert bilanziert worden waren. In Advisory Banking International war die höhere Risikovorsorge im Kreditgeschäft im Wesentlichen auf das schwierige Kreditumfeld in Italien zurückzuführen.

Die Zinsunabhängigen Aufwendungen stiegen gegenüber 2012 um 52 Mio € (1 %), vornehmlich aufgrund höherer Umsetzungskosten in Höhe von 112 Mio € im Zusammenhang mit der Postbank-Integration und dem OpEx-Programm sowie höherer Kostenallokationen seitens der Infrastrukturfunktionen. Diese wurden größtenteils durch Einsparungen aufgrund von Synergieeffekten in der Postbank ausgeglichen.

Das Ergebnis vor Steuern erhöhte sich gegenüber dem Vorjahr um 35 Mio € (2 %) trotz gestiegener Umsetzungskosten um 112 Mio €.

Die Invested Assets sanken um 11 Mrd €. Dies war vor allem auf Nettomittelabflüsse in Höhe von 15 Mrd €, insbesondere im Einlagengeschäft, zurückzuführen. Dem stand ein Anstieg von 4 Mrd € aufgrund positiver Marktwertentwicklungen gegenüber.

Unternehmensbereich Global Transaction Banking

in Mio € (sofern nicht anders angegeben)	2014	2013	2012	Veränderung 2014 gegenüber 2013 in Mio €	Veränderung 2014 gegenüber 2013 in %	Veränderung 2013 gegenüber 2012 in Mio €	Veränderung 2013 gegenüber 2012 in %
Erträge insgesamt:							
Transaction Services	4.146	4.069	4.200	76	2	−130	−3
Sonstige Produkte	0	0	0	0	N/A	0	N/A
Summe Erträge insgesamt	**4.146**	4.069	4.200	76	2	−130	−3
Risikovorsorge im Kreditgeschäft	**156**	315	208	−159	−50	107	52
Zinsunabhängige Aufwendungen	**2.791**	2.648	3.327	144	5	−680	−20
davon:							
Restrukturierungsaufwand	10	54	40	−44	−81	13	33
Wertminderung auf immaterielle Vermögenswerte	0	57	73	−57	N/A	−16	−22
Anteile ohne beherrschenden Einfluss	**0**	0	0	0	N/A	0	N/A
Ergebnis vor Steuern	**1.198**	1.107	664	92	8	442	67
Aufwand-Ertrag-Relation	67 %	65 %	79 %	N/A	2 Ppkt	N/A	–14 Ppkt
Aktiva[1]	106.252	97.240	87.997	9.012	9	9.243	11
Risikogewichtete Aktiva[2]	43.265	36.811	34.976	N/A	N/A	1.835	5
Durchschnittliches Active Equity[3]	5.860	5.136	4.181	724	14	955	23
Eigenkapitalrendite vor Steuern (basierend auf dem durchschnittlichen Active Equity)	20 %	22 %	16 %	N/A	–1 Ppkt	N/A	6 Ppkt

N/A – Nicht aussagekräftig
[1] Die Aktiva der Segmente sind konsolidiert, das heißt, Salden zwischen den Segmenten sind nicht enthalten.
[2] RWA basieren auf Basel 2.5 Regeln per 31. Dezember 2013 und auf CRR/CRD 4-Vollumsetzung seit 1. Januar 2014.
[3] Die Allokation des durchschnittlichen Active Equity auf die Segmente ist in der Anhangangabe 4 „Segmentberichterstattung“ des Konzernabschlusses beschrieben.

2014

Die Erträge und das Ergebnis vor Steuern von GTB entwickelten sich in 2014, trotz eines andauernd herausfordernden Marktumfeldes, solide. Dieses war geprägt von weiteren Senkungen der bereits niedrigen Zinsen, gestiegenen geopolitischen Risiken sowie einem wettbewerbsintensiven Geschäftsumfeld. Die Zinsunabhängigen Aufwendungen wurden im Berichtsjahr und Vorjahr durch Sondereffekte beeinflusst. Das Geschäftsjahr 2014 war durch Aufwendungen für Rechtsstreitigkeiten belastet, während das Ergebnis in 2013 durch höhere Kosten für die Neuausrichtung unseres niederländischen Firmenkundengeschäfts im Rahmen der Strategie 2015+ und eine Wertminderung auf einen immateriellen Vermögenswert beeinträchtigt wurde.

Die Erträge stiegen im Vergleich zu 2013 um 76 Mio € (2 %). 2014 umfasste einen Gewinn aus dem Verkauf der registrar services GmbH und 2013 die Veräußerung der Deutschen Card Services. In Trade Finance stiegen die Erträge aufgrund hoher Volumina und der sich stabilisierenden Margen, vor allem in Asien-Pazifik und Europa. Securities Services profitierte ebenfalls von steigenden Volumina. Die Erträge im Cash Management-Geschäft blieben angesichts der anhaltend niedrigen Zinsen weiter unter Druck.

Die Risikovorsorge im Kreditgeschäft sank gegenüber dem Vorjahr um 159 Mio € (50 %). Dieser Rückgang resultierte vorwiegend aus einem Kreditereignis im Zusammenhang mit einem einzelnen Kunden in Trade Finance, das in 2013 ausgewiesen worden war.

Die Zinsunabhängigen Aufwendungen stiegen im Vergleich zu 2013 um 144 Mio € (5 %). Wie bereits erwähnt, beinhaltete das Berichtsjahr Aufwendungen für Rechtsstreitigkeiten, während das Vorjahr durch höhere Kosten im Zusammenhang mit der Strategie 2015+ beeinflusst worden war. Dazu zählten höhere Umsetzungskosten im Rahmen des OpEx-Programms für die Neuausrichtung in den Niederlanden und eine Wertminderung auf einen immateriellen Vermögenswert. Ohne Berücksichtigung dieser Effekte stiegen die Zinsunabhängigen Aufwendungen. Dies war auf höhere ertragsbezogene Kosten sowie höhere Kosten zur Einhaltung aufsichtsrechtlicher Anforderungen zurückzuführen. Des Weiteren trugen Investitionen zur Förderung des Geschäftswachstums zum Anstieg der Kosten bei.

Das Ergebnis vor Steuern erhöhte sich im Vergleich zu 2013 um 92 Mio € (8 %). Dies resultierte zum einem aus einem Rückgang der Risikovorsorge im Kreditgeschäft (nach einem Kreditereignis im Zusammenhang mit einem einzelnen Kunden in 2013) und zum anderen aus höheren Erträgen. Dieser Anstieg wurde teilweise durch höhere Kosten gemindert.

2013

Trotz der schwierigen Marktbedingungen stieg die Profitabilität von GTB im Vergleich zu 2012. Beide Perioden beinhalteten Sondereffekte im Zusammenhang mit der Umsetzung der Strategie 2015+. 2013 war durch die oben genannten Sondereffekte geprägt, und die Ergebnisse im Geschäftsjahr 2012 beinhalteten Aufwendungen für Rechtsstreitigkeiten, eine Ausgleichszahlung für eine Kreditabschirmung durch den Verkäufer im Rahmen der Neuausrichtung des niederländischen Firmenkundengeschäfts sowie eine Wertminderung auf einen immateriellen Vermögenswert.

Die Erträge gingen gegenüber dem Vorjahr, das die oben genannte Ausgleichszahlung im Rahmen der Neuausrichtung des Firmenkundengeschäfts in den Niederlanden beinhaltete, um 130 Mio € (3 %) zurück. Das Geschäftsjahr 2013 beinhaltete einen Gewinn aus dem Verkauf der Deutsche Card Services. Das gesamtwirtschaftliche Umfeld war in 2013 aufgrund der anhaltend niedrigen Zinsen in Kernmärkten und des wettbewerbsbedingten Drucks auf die Margen schwierig. Darüber hinaus wirkten sich im Vergleich zu 2012 die Wechselkursänderungen negativ auf das in Euro ausgewiesene Ergebnis von GTB aus. Ohne Berücksichtigung der vorgenannten Herausforderungen und Sondereffekte verbesserten sich die Erträge gegenüber 2012 mit einem Wachstum in den Regionen Asien-Pazifik sowie Nord- und Südamerika. Die Erträge in Trade Finance waren stabil und profitierten von starken Volumina, wodurch der Effekt des wettbewerbsbedingten Margendrucks kompensiert wurde. Securities Services verzeichnete in diesem Marktumfeld dank höherer Volumina ein robustes Ergebnis. Die soliden Transaktionsvolumina und hohen Kundeneinlagen wirkten sich positiv auf die Erträge in Cash Management aus.

Die Risikovorsorge im Kreditgeschäft stieg gegenüber 2012 um 107 Mio € (52 %) an. Der Anstieg war insbesondere auf ein Kreditereignis im Zusammenhang mit einem einzelnen Kunden in Trade Finance zurückzuführen und wurde teilweise durch niedrigere Rückstellungen im niederländischen Firmenkundengeschäft ausgeglichen.

Die Zinsunabhängigen Aufwendungen lagen um 680 Mio € (20 %) unter dem Vergleichswert des Vorjahres. Dies war vor allem auf den Wegfall der vorgenannten Aufwendungen für Rechtsstreitigkeiten sowie niedrigere Aufwendungen für die Neuausrichtung in den Niederlanden zurückzuführen. Die Umsetzungskosten im Rahmen des OpEx-Programms stiegen gegenüber dem Vorjahr um 68 Mio € auf 109 Mio €. Ohne Berücksichtigung dieser Belastungen lagen die Zinsunabhängigen Aufwendungen aufgrund des fortgesetzten Fokus auf das Kostenmanagement unter dem Vergleichswert von 2012. Dies wurde durch einen Anstieg der Kosten im Zusammenhang mit einer Intensivierung der Geschäftsaktivitäten und der Umsetzung der Strategie 2015+ teilweise aufgehoben.

Das Ergebnis vor Steuern erhöhte sich im Vergleich zu 2012 um 442 Mio € (67 %). Dies war auf die in 2012 verzeichneten Sondereffekte, wie Aufwendungen für Rechtsstreitigkeiten und für die Neuausrichtung des niederländischen Firmenkundengeschäfts, zurückzuführen.

Unternehmensbereich Deutsche Asset & Wealth Management

in Mio € (sofern nicht anders angegeben)	2014	2013	2012	Veränderung 2014 gegenüber 2013 in Mio €	Veränderung 2014 gegenüber 2013 in %	Veränderung 2013 gegenüber 2012 in Mio €	Veränderung 2013 gegenüber 2012 in %
Erträge insgesamt:							
Managementgebühren und sonstige laufende Erträge	2.601	2.441	2.282	161	7	158	7
Transaktionsbezogene Erträge	826	924	905	−97	−11	19	2
Zinsüberschuss/-Erträge	624	578	496	45	8	83	17
Sonstige Produkte	367	299	369	68	23	−70	−19
Marktwertanpassungen im Versicherungsgeschäft in Abbey Life	291	494	420	−202	−41	74	18
Summe Erträge insgesamt	**4.708**	4.735	4.472	−27	−1	263	6
Risikovorsorge im Kreditgeschäft	**−7**	23	18	−30	N/A	5	29
Zinsunabhängige Aufwendungen	**3.685**	3.929	4.299	−245	−6	−370	−9
davon:							
Aufwendungen im Versicherungsgeschäft	289	460	414	−172	−37	46	11
Restrukturierungsaufwand	−3	170	104	−173	N/A	66	63
Wertminderung auf immaterielle Vermögenswerte	−83	14	202	−97	N/A	−188	−93
Anteile ohne beherrschenden Einfluss	**4**	1	1	2	N/A	0	60
Ergebnis vor Steuern	**1.027**	782	154	245	31	628	N/A
Aufwand-Ertrag-Relation	78 %	83 %	96 %	N/A	–5 Ppkt	N/A	–13 Ppkt
Aktiva[1]	81.132	72.613	78.103	8.519	12	−5.490	−7
Risikogewichtete Aktiva[2]	16.597	12.553	12.429	N/A	N/A	124	1
Durchschnittliches Active Equity[3]	6.454	5.864	5.916	590	10	−52	−1
Eigenkapitalrendite vor Steuern (basierend auf dem durchschnittlichen Active Equity)	16 %	13 %	3 %	N/A	3 Ppkt	N/A	11 Ppkt

N/A – Nicht aussagekräftig
[1] Die Aktiva der Segmente sind konsolidiert, das heißt, Salden zwischen den Segmenten sind nicht enthalten.
[2] RWA basieren auf Basel 2.5 Regeln per 31. Dezember 2013 und auf CRR/CRD-Vollumsetzung seit 1. Januar 2014.
[3] Die Allokation des durchschnittlichen Active Equity auf die Segmente ist in der Anhangangabe 4 „Segmentberichterstattung“ des Konzernabschlusses beschrieben.

Zusätzliche Informationen

in Mrd € (sofern nicht anders angegeben)	2014	2013	2012	Veränderung 2014 gegenüber 2013 in Mrd €	Veränderung 2014 gegenüber 2013 in %	Veränderung 2013 gegenüber 2012 in Mrd €	Veränderung 2013 gegenüber 2012 in %
Invested Assets[1]	1.039	923	920	116	13	3	0
Nettomittelzuflüsse	40	−13	−25	53	N/A	12	−48

N/A – Nicht aussagekräftig
[1] Wir definieren Invested Assets als (a) im Namen von Kunden zu Anlagezwecken gehaltenes Vermögen und/oder (b) als von uns verwaltete Vermögenswerte der Kunden. Wir verwalten Invested Assets auf diskretionärer bzw. Beratungsbasis oder als Einlagen.

2014

Deutsche AWM profitierte in 2014 weiterhin von einer Zunahme des verwalteten Vermögens aufgrund höherer Marktniveaus, gestiegener Mittelzuflüsse und positiver Währungseffekte von der Stärkung des US-Dollar, die zu einem Anstieg der laufenden Erträge führten. Das Ergebnis wird weiterhin von steigenden Kosten im Zusammenhang mit der Umsetzung aufsichtsrechtlicher Anforderungen und den anhaltend niedrigen Zinsen beeinflusst, die Druck auf die Margen im Einlagengeschäft ausüben. Die Erträge sind aufgrund niedrigerer Marktwertanpassungen im Versicherungsgeschäft von Abbey Life gesunken. Diesen standen geringere Aufwendungen im Versicherungsgeschäft gegenüber, die in den Zinsunabhängigen Aufwendungen ausgewiesen werden.

In Deutsche AWM lagen die Erträge im Gesamtjahr 2014 bei 4,7 Mrd € und damit um 27 Mio € (1 %) unter dem Wert des Vorjahres.

Die Managementgebühren und sonstigen laufenden Erträge nahmen um 161 Mio € (7 %) zu. Ursache hierfür war ein Anstieg des durchschnittlichen verwalteten Vermögens aufgrund von Nettomittelzuflüssen, positiven Währungseffekten und einer günstigen Marktentwicklung. Die erfolgsabhängigen und transaktionsbezogenen Erträge sowie sonstigen laufenden Erträge sanken um 97 Mio € (11 %), was auf niedrigere erfolgsabhängige Provisionserträge in der Vermögensverwaltung sowie geringere Transaktionserträge aus festverzinslichen und

Devisenprodukten für Privatkunden zurückzuführen ist. Der Zinsüberschuss erhöhte sich infolge eines höheren Kreditvolumens, der Eintreibung von in früheren Perioden angefallenen Zinsen und verbesserter Kreditmargen um 45 Mio € (8 %). Die Erträge aus Sonstigen Produkten stiegen im Vergleich zu 2013 um 68 Mio € (23 %). Grund hierfür waren unter anderem gestiegene Erträge im Geschäft mit alternativen Anlagen. Diese wurden jedoch teilweise durch ungünstige Veränderungen aus zum beizulegenden Zeitwert bewerteten Garantien aufgehoben, die durch den Rückgang der langfristigen Zinssätze beeinflusst wurden. Die Marktwertanpassungen im Versicherungsgeschäft von Abbey Life sanken gegenüber dem Vorjahr um 202 Mio € (41 %) und wurden größtenteils durch gegenläufige Entwicklungen in den Zinsunabhängigen Aufwendungen ausgeglichen.

Die Risikovorsorge im Kreditgeschäft verringerte sich um 30 Mio €. Dies resultierte vorwiegend aus geringeren Einzelrückstellungen sowie aus Wertaufholungen in 2014.

Die Zinsunabhängigen Aufwendungen lagen um 245 Mio € (6 %) unter dem Wert des Vorjahreszeitraums. Hauptursachen hierfür waren gesunkene Aufwendungen im Versicherungsgeschäft, die Wertaufholung einer Abschreibung auf immaterielle Vermögenswerte von Scudder, geringere Umsetzungskosten im Rahmen des OpEx-Programms und die positiven Auswirkungen laufender OpEx-Maßnahmen sowie niedrigere Aufwendungen für Rechtsstreitigkeiten. Dieser Rückgang wurde teilweise aufgehoben durch gestiegene Personalaufwendungen aus strategischen Neueinstellungen und Einmaleffekten zur Einhaltung von aufsichtsrechtlichen Anforderungen und Änderungen in Bezug auf Pensionsverpflichtungen.

Im Geschäftsjahr 2014 wurde ein Ergebnis vor Steuern von 1,0 Mrd € erzielt, was einem Anstieg um 245 Mio € gegenüber dem Vorjahr entspricht. Die leicht rückläufigen Erträge wurden durch eine gesunkene Risikovorsorge im Kreditgeschäft und niedrigere Zinsunabhängige Aufwendungen mehr als ausgeglichen.

Die Invested Assets in Deutsche AWM beliefen sich zum 31. Dezember 2014 auf 1,0 Bil € und lagen damit um 116 Mrd € (13 %) über dem Wert zum Jahresende 2013. Hauptgründe hierfür waren Währungseffekte von 50 Mrd €, positive Marktwertentwicklungen von 43 Mrd € und Mittelzuflüsse von 40 Mrd €.

2013

Deutsche AWM profitierte in 2013 von den positiven Entwicklungen an den Aktien- und Anleihemärkten. Darüber hinaus führte die Initiative zur Verbesserung der operativen Plattform zu Kostensenkungen.

Die Erträge von Deutsche AWM lagen im Gesamtjahr 2013 bei 4,7 Mrd € und damit um 263 Mio € (6 %) über dem Wert des Vorjahres.

Die Managementgebühren und sonstigen laufenden Erträge haben sich um 158 Mio € (7 %) erhöht. Ursächlich dafür waren ein Anstieg des verwalteten Vermögens infolge der positiven Marktbedingungen und Margenverbesserungen aufgrund des Wachstums im Geschäft mit alternativen Anlagen und Privatkunden nach einer günstigen Verschiebung innerhalb des Produktmixes. Die Marktwertanpassungen im Versicherungsgeschäft von Abbey Life erhöhten sich gegenüber 2012 um 74 Mio € (18 %) und wurden zum überwiegenden Teil in den Zinsunabhängigen Aufwendungen kompensiert. Der Zinsüberschuss stieg dank der starken Zunahme der Erträge aus verbrieften Krediten und gewerblichen Immobilienkrediten um 83 Mio € (17 %). Die erfolgsabhängigen und transaktionsbezogenen Erträge sowie sonstigen nicht wiederkehrenden Erträge stiegen infolge der höheren erfolgsabhängigen Provisionen im Geschäft mit alternativen Anlagen und aktiv verwalteten Fonds um 19 Mio € (2 %). Die Erträge aus Sonstigen Produkten sanken gegenüber 2012 um 70 Mio € (19 %), hauptsächlich infolge eines Gewinns aus dem Verkauf von Value Retail im Vorjahr.

Die Risikovorsorge im Kreditgeschäft erhöhte sich gegenüber 2012 um 5 Mio €. Dieser Anstieg resultierte vor allem aus einer Einzelrückstellung im Kreditgeschäft in der Schweiz.

Die Zinsunabhängigen Aufwendungen waren um 370 Mio € (9 %) niedriger als im Vorjahr. Dieser Rückgang war im Wesentlichen auf eine Reduzierung der Belegschaft im Rahmen des OpEx-Programms in 2013 sowie auf Abschreibungen im Zusammenhang mit Scudder und im IT-Bereich in 2012 zurückzuführen. Er wurde jedoch teilweise durch den zuvor genannten Effekt im Zusammenhang mit Abbey Life kompensiert.

Im Geschäftsjahr 2013 wurde ein Ergebnis vor Steuern von 782 Mio € erzielt, was einem Anstieg um 628 Mio € gegenüber dem Vorjahr entspricht. Ursächlich hierfür waren solide Erträge, im Geschäftsjahr 2012 vorgenommene Abschreibungen und die in 2013 erzielten Fortschritte beim OpEx-Programm.

Die Invested Assets in Deutsche AWM beliefen sich zum 31. Dezember 2013 auf 923 Mrd € und lagen damit um 3 Mrd € über dem Wert zum Jahresende 2012. Dies resultierte hauptsächlich aus einer positiven Marktwertentwicklung von 40 Mrd €, der Währungseffekte, Mittelabflüsse und sonstige Bewegungen entgegenstanden. Die Nettomittelabflüsse entstanden vorwiegend im niedrigmargigen Geschäft mit institutionellen Kunden und wurden teilweise durch Mittelzuflüsse von 11 Mrd € im Privatkundengeschäft ausgeglichen.

Unternehmensbereich Non-Core Operations Unit

in Mio € (sofern nicht anders angegeben)	2014	2013	2012	Veränderung 2014 gegenüber 2013 in Mio €	Veränderung 2014 gegenüber 2013 in %	Veränderung 2013 gegenüber 2012 in Mio €	Veränderung 2013 gegenüber 2012 in %
Erträge insgesamt	**211**	964	1.427	−753	−78	−463	−32
davon:							
Zinsüberschuss und Ergebnis aus zum beizulegenden Zeitwert bewerteten finanziellen Vermögenswerten/Verpflichtungen	−573	245	650	−818	N/A	−405	−62
Risikovorsorge im Kreditgeschäft	**259**	818	634	−559	−68	185	29
Zinsunabhängige Aufwendungen	**2.804**	3.550	3.697	−746	−21	−147	−4
davon:							
Aufwendungen im Versicherungsgeschäft	0	0	0	0	N/A	0	N/A
Restrukturierungsaufwand	4	25	12	−20	−83	13	104
Wertminderung auf immaterielle Vermögenswerte	194	0	421	194	N/A	−421	N/A
Anteile ohne beherrschenden Einfluss	**−2**	−3	31	1	−24	−34	N/A
Ergebnis vor Steuern	**−2.851**	−3.402	−2.935	551	−16	−467	16
Aufwand-Ertrag-Relation	N/A	N/A	N/A	N/A	N/A	N/A	N/A
Aktiva[1]	38.853	63.810	113.247	−24.957	−39	−49.437	−44
Risikogewichtete Aktiva[2]	58.538	52.443	84.743	N/A	N/A	−32.300	−38
Durchschnittliches Active Equity[3]	7.649	10.296	12.440	−2.647	−26	−2.143	−17
Eigenkapitalrendite vor Steuern (basierend auf dem durchschnittlichen Active Equity)	−37 %	−33 %	−24 %	N/A	−4 Ppkt	N/A	−9 Ppkt

N/A – Nicht aussagekräftig
[1] Die Aktiva der Segmente sind konsolidiert, das heißt, Salden zwischen den Segmenten sind nicht enthalten.
[2] Risiko gewichtete Aktiva und Eigenkapitalrendite basieren auf Basel 2.5 Regeln bis 31. Dezember 2013 und auf CRR/CRD 4-Vollumsetzung seit 1. Januar 2014.
[3] Die Allokation des durchschnittlichen Active Equity auf die Segmente ist in der Anhangangabe 4 „Segmentberichterstattung“ des Konzernabschlusses beschrieben.

2014

Die NCOU hat ihre Strategie zum Risikoabbau in 2014 weiter umgesetzt und dabei einen besonderen Fokus auf die Veräußerung operativer Vermögenswerte gelegt, die zuvor im ehemaligen Konzernbereich Corporate Investments gehalten wurden. Zu den veräußerten Vermögenswerten in 2014 gehören die BHF-BANK und The Cosmopolitan of Las Vegas. Ergänzt wurden diese Verkäufe durch die Veräußerung weiterer Altbestände, wie die vorzeitige Auflösung einiger zur Absicherung gehaltener Kreditderivate im Monoline-Portfolio und den Verkauf zugrunde liegender Anleihen sowie eine signifikante Reduzierung der Vermögenswerte gemäß CRD 4 im Kreditkorrelationsportfolio. Beim Abbau der Risikoaktiva wurden in 2014 Gewinne von 181 Mio € erzielt.

Die Erträge der NCOU sanken im Berichtszeitraum um 753 Mio € (78 %) auf 211 Mio €. Dieser Rückgang reflektiert gesunkene Portfolioerträge infolge der Veräußerung von Vermögenswerten und geringere Gewinne aus dem Risikoabbau, die teilweise durch niedrigere Bewertungsanpassungen im Berichtszeitraum ausgeglichen wurden. Zu den Sondereffekten in 2014 zählten Marktwertverluste im Zusammenhang mit einer Swap Transaktion in Höhe von 314 Mio € auf Grund der Restrukturierung der Fremdfinanzierung bei Maher Termi-

nals, in deren Folge die aufgelaufenen Marktwertverluste nicht mehr erfolgsneutral, sondern in Sonstigen Erträgen ausgewiesen werden. Ein weiterer Sondereffekt war ein Verlust von 151 Mio € in der Special Commodities Group aus unserem Engagement in handelbaren Produkten am US-amerikanischen Energiemarkt. Die Erträge beinhalteten in 2013 einen Verlust von 183 Mio € im Zusammenhang mit dem Verkauf der BHF-BANK, einen negativen Effekt von 171 Mio € infolge der erstmaligen Anwendung einer refinanzierungsbezogenen Bewertungsanpassung (Funding Valuation Adjustment – FVA) und Kosten für Hypothekenrückkäufe von 122 Mio €.

Die Risikovorsorge im Kreditgeschäft sank im Vergleich zum Vorjahr um 559 Mio € (68 %). Dieser Rückgang ist vor allem auf eine niedrigere Risikovorsorge für gemäß IAS 39 reklassifizierte Vermögenswerte und Gewerbeimmobilien zurückzuführen.

Die Zinsunabhängigen Aufwendungen verringerten sich gegenüber 2013 um 746 Mio € (21 %), was vor allem auf gesunkene Aufwendungen für Rechtsstreitigkeiten zurückzuführen war. Die direkten Kosten gingen ebenfalls um 327 Mio € (21 %) zurück. Dies resultierte aus dem Verkauf der BHF-BANK im Berichtsjahr sowie anderen Maßnahmen zum Risikoabbau. Dieser Rückgang wurde durch eine spezifische Wertminderung von 194 Mio € aufgehoben, die im Berichtszeitraum auf unsere Beteiligung an Maher Terminals vorgenommen wurde.

Der Verlust vor Steuern betrug 2,9 Mrd €, was einem Rückgang um 551 Mio € gegenüber dem Vorjahr entspricht. Geringere Erträge und gesunkene Kreditverluste spiegeln die Fortschritte beim Risikoabbau wider. Die Zinsunabhängigen Aufwendungen haben sich verringert, werden jedoch weiterhin durch die zeitliche Verteilung und Art von Sondereffekten beeinflusst.

2013

Die Erträge gingen gegenüber dem Vorjahr um 463 Mio € (32 %) zurück. Grund hierfür war der Rückgang der Portfolioerträge infolge des Abbaus von Aktiva. Zu den Sondereffekten in 2013 zählten ein Verlust von 183 Mio € im Zusammenhang mit dem erwarteten Verkauf der BHF-BANK, ein negativer Effekt von 171 Mio € infolge der erstmaligen Anwendung einer refinanzierungsbezogenen Bewertungsanpassung (FVA), Kosten für Hypothekenrückkäufe von 122 Mio € und zahlreiche Wertminderungen, die teilweise durch einen Anstieg der Nettogewinne aus dem Risikoabbau ausgeglichen wurden. In 2012 beinhalteten die Erträge negative Effekte aus einer Abschreibung von 257 Mio € auf unser früheres Engagement bei der Actavis Group, Anpassungen der CVA-Methodik von 203 Mio € und Kosten für Hypothekenrückkäufe von 233 Mio €.

Die Risikovorsorge im Kreditgeschäft erhöhte sich gegenüber 2012 um 185 Mio € (29 %), vor allem infolge spezifischer Kreditereignisse in den Portfolios, einschließlich Engagements in europäischen Gewerbeimmoblilien.

Die Zinsunabhängigen Aufwendungen sanken im Vergleich zu 2012 um 147 Mio €. Diese Entwicklung war auf höhere Kosten für Rechtsstreitigkeiten zurückzuführen, die durch den Wegfall der im Vorjahr bilanzierten Wertminderung auf immaterielle Vermögenswerte von 421 Mio € kompensiert wurden.

Der Verlust vor Steuern betrug 3,4 Mrd €, was einem Anstieg von 467 Mio € gegenüber dem Vorjahr entspricht. Niedrigere Erträge waren der Haupttreiber. Beide Perioden wurden jedoch durch die Art und zeitliche Verteilung der Sondereffekte beeinflusst.

Consolidation & Adjustments

in Mio € (sofern nicht anders angegeben)	2014	2013	2012	Veränderung 2014 gegenüber 2013 in Mio €	Veränderung 2014 gegenüber 2013 in %	Veränderung 2013 gegenüber 2012 in Mio €	Veränderung 2013 gegenüber 2012 in %
Erträge insgesamt[1]	−497	−929	−975	432	−47	46	−5
Risikovorsorge im Kreditgeschäft	1	0	0	0	38	0	N/A
Zinsunabhängige Aufwendungen	389	830	582	−440	−53	247	42
Anteile ohne beherrschenden Einfluss	−28	−15	−65	−13	82	49	−76
Ergebnis vor Steuern	**−859**	−1.744	−1.493	885	−51	−251	17
Aktiva[2]	10.474	10.371	11.576	102	1	−1.205	−10
Risikogewichtete Aktiva[3]	20.437	10.832	16.133	N/A	N/A	−5.300	−33
Durchschnittliches Active Equity[4]	2.037	0	0	2.037	N/A	0	N/A

N/A – Nicht aussagekräftig
[1] Zinsüberschuss und zinsunabhängige Erträge.
[2] Die Aktiva der Segmente sind konsolidiert, das heißt, Salden zwischen den Segmenten sind nicht enthalten.
[3] RWA basieren auf Basel 2.5 Regeln per 31. Dezember 2013 und auf CRR/CRD 4-Vollumsetzung seit 1. Januar 2014. Risikogewichtete Aktiva in C&A enthalten Sachverhalte, die außerhalb der Managementverantwortung der Segmente lagen. Dies sind in erster Linie Konzernaktiva, die im Zusammenhang mit den Pensionsplänen des Konzerns stehen. Der Rückgang der risikogewichteten Aktiva in 2013 war im Wesentlichen auf den Risikoabbau bei unseren Pensionsverpflichtungen zurückzuführen.
[4] Das durchschnittliche Active Equity in C&A reflektiert den verbleibenden, nicht den Segmenten zugeordneten Eigenkapitalbetrag, wie in Anhangangabe 4 „Segmentberichterstattung" beschrieben.

2014

In C&A beliefen sich die Erträge auf negative 497 Mio €. Darin enthalten waren negative 336 Mio € im Zusammenhang mit Spreads für Kapitalinstrumente und ein Verlust von 66 Mio € aus einer refinanzierungsbezogenen Bewertungsanpassung bei internen unbesicherten Derivategeschäften zwischen Treasury und CB&S. Die vorgenannten Effekte beliefen sich 2013 auf negative 330 Mio € im Zusammenhang mit Spreads für Kapitalinstrumente und negative 276 Mio € aus der erstmaligen Anwendung einer refinanzierungsbezogenen Bewertungsanpassung. Die Erträge enthielten außerdem negative Effekte von 172 Mio € aus unterschiedlichen Bewertungsmethoden bei der Managementberichterstattung und gemäß IFRS im Vergleich zu negativen 249 Mio € in 2013, da die geringere Volatilität bei USD/EUR-Basis-Spreads und der Effekt aus eigenen Risikoprämien geringer ausgefallen ist.

Die Zinsunabhängigen Aufwendungen von 389 Mio € waren um 53 % geringer als im Vorjahr. Hauptursache hierfür ist das Ausbleiben einer wesentlichen Aufwendung für Rechtsstreitigkeiten von 528 Mio € in 2013. Die Zinsunabhängigen Aufwendungen enthielten außerdem Aufwendungen von 342 Mio € für Bankenabgaben gegenüber 197 Mio € in 2013.

Die Anteile ohne beherrschenden Einfluss in Höhe von 28 Mio € resultierten hauptsächlich aus einem strukturierten Finanzprodukt. Im Geschäftsjahr 2013 hatten sie sich auf 15 Mio € belaufen und waren vor allem auf die Postbank zurückzuführen. Die Anteile ohne beherrschenden Einfluss werden von dem Ergebnis vor Steuern der Segmente abgezogen und in C&A wieder umgekehrt.

Im Geschäftsjahr 2014 wurde ein Verlust vor Steuern von 859 Mio € ausgewiesen nach einem Verlust von 1,7 Mrd € in 2013. Das Ergebnis wurde vorwiegend vom Wegfall wesentlicher Aufwendungen für Rechtsstreitigkeiten beeinflusst, die teilweise durch höhere Bankenabgaben aufgehoben wurden.

2013

Die Erträge in C&A beliefen sich in 2013 auf negative 929 Mio € und beinhalteten negative 330 Mio € im Zusammenhang mit Spreads für Kapitalinstrumente und einen Verlust von 276 Mio € infolge der erstmaligen Anwendung einer refinanzierungsbezogenen Bewertungsanpassung auf interne unbesicherte Derivategeschäfte zwischen Treasury und CB&S. In den Erträgen waren auch Effekte aus unterschiedlichen Bilanzierungs- und Terminierungsmethoden in Höhe von negativen 249 Mio € für Positionen enthalten, die bei der Managementberichterstattung zum beizulegenden Zeitwert und gemäß IFRS zu fortgeführten Anschaffungskosten bewertet wurden. Diese Effekte gleichen sich über die Laufzeit der Positionen aus. Gegenüber 2012 waren diese Effekte deutlich weniger negativ und reflektierten vor allem die verringerten Basisrisikobewegungen in der EUR/USD-Relation und die ergebniswirksame Verlustabschreibung in den Vorjahren.

Die Zinsunabhängigen Aufwendungen in Höhe von 830 Mio € waren um 42 % höher als im Vorjahr. Ursächlich dafür sind vor allem Kosten für Rechtsstreitigkeiten, wie der Vergleich mit der Kirch Gruppe in Höhe von 528 Mio €. Dem stand ein positiver Effekt aufgrund der Korrektur einer internen Kostenverrechnung in 2013 gegenüber. Die Zinsunabhängigen Aufwendungen in 2013 beinhalteten ferner Rückstellungen für die Bankenabgabe von 197 Mio €.

Der Rückgang der Anteile ohne beherrschenden Einfluss, der vom Ergebnis vor Steuern in den Segmenten abgezogen und in C&A wieder umgekehrt wird, war hauptsächlich auf die Postbank zurückzuführen.

Im Geschäftsjahr 2013 wurde ein Verlust vor Steuern von 1,7 Mrd € ausgewiesen nach 1,5 Mrd € im Vorjahr. Diese Verschlechterung war hauptsächlich auf den Vergleich mit der Kirch Gruppe und den vorgenannten Verlust infolge der erstmaligen Anwendung einer FVA zurückzuführen, die teilweise durch niedrigere negative Effekte aus unterschiedlichen Bewertungs- und Terminierungsmethoden und niedrigere Zinsunabhängige Aufwendungen kompensiert wurden.

Vermögenslage

			Veränderung 2014 gegenüber 2013	
in Mio €	31.12.2014	31.12.2013	in Mio €	in %
Barreserve	20.055	17.155	2.900	17
Verzinsliche Einlagen bei Kreditinstituten	63.518	77.984	−14.466	−19
Forderungen aus übertragenen Zentralbankeinlagen, Wertpapierpensionsgeschäften (Reverse Repos) und Wertpapierleihen	43.630	48.233	−4.603	−10
Handelsaktiva	195.681	210.070	−14.389	−7
Positive Marktwerte aus derivativen Finanzinstrumenten	629.958	504.590	125.368	25
Zum beizulegenden Zeitwert klassifizierte finanzielle Vermögenswerte	117.285	184.597	−67.311	−36
davon:				
Forderungen aus Wertpapierpensionsgeschäften (Reverse Repos)	60.473	116.764	−56.291	−48
Forderungen aus Wertpapierleihen	20.404	32.485	−12.082	−37
Forderungen aus dem Kreditgeschäft	405.612	376.582	29.030	8
Forderungen aus Handelsgeschäften und Wertpapierabwicklung	115.054	83.185	31.869	38
Übrige Aktiva	117.910	109.004	8.905	8
Summe der Aktiva	**1.708.703**	1.611.400	97.303	6
Einlagen	532.931	527.750	5.181	1
Verbindlichkeiten aus übertragenen Zentralbankeinlagen, Wertpapierpensionsgeschäften (Repos) und Wertpapierleihen	13.226	15.685	−2.459	−16
Handelspassiva	41.843	55.804	−13.961	−25
Negative Marktwerte aus derivativen Finanzinstrumenten	610.202	483.428	126.774	26
Zum beizulegenden Zeitwert klassifizierte finanzielle Verpflichtungen	37.131	90.104	−52.973	−59
davon:				
Verbindlichkeiten aus Wertpapierpensionsgeschäften (Repos)	21.053	73.642	−52.590	−71
Verbindlichkeiten aus Wertpapierleihen	1.189	1.249	−60	−5
Sonstige kurzfristige Geldaufnahmen	42.931	59.767	−16.836	−28
Langfristige Verbindlichkeiten	144.837	133.082	11.755	9
Verbindlichkeiten aus Handelsgeschäften und Wertpapierabwicklung	143.210	118.992	24.219	20
Übrige Passiva	69.170	71.822	−2.653	−4
Summe der Verbindlichkeiten	**1.635.481**	1.556.434	79.047	5
Eigenkapital einschließlich Anteilen ohne beherrschenden Einfluss	**73.223**	54.966	18.257	33

Entwicklung der Aktiva

Der Gesamtanstieg um 97 Mrd € (oder 6 %) zum 31. Dezember 2014 gegenüber dem 31. Dezember 2013 war hauptsächlich auf eine Erhöhung der positiven Marktwerte aus derivativen Finanzinstrumenten um 125 Mrd € im Berichtszeitraum zurückzuführen, die überwiegend bei Zins- und Währungsprodukten im Laufe des vierten Quartals zu verzeichnen waren, trotz erheblicher Maßnahmen für Kontraktanpassungen und Novation von Geschäften zur Reduzierung von Marktwerten.

Die Veränderungen unserer Bilanzsumme beinhalten einen Anstieg in Höhe von 91 Mrd € aus Wechselkursveränderungen, insbesondere aufgrund der deutlichen Aufwertung des US-Dollars gegenüber dem Euro, auf welche 79 Mrd € der Erhöhung entfielen, hauptsächlich in der zweiten Jahreshälfte.

Forderungen aus Handelsgeschäften und Wertpapierabwicklung trugen 32 Mrd € zur Gesamterhöhung bei, überwiegend durch erhöhte Sicherheitsleistungen, die mit dem Anstieg der negativen Marktwerte aus derivativen Finanzinstrumenten einhergingen.

Forderungen aus dem Kreditgeschäft stiegen um 29 Mrd € an, wobei höhere Inanspruchnahmen in CB&S, Deutsche AWM sowie GTB teilweise durch einen gesteuerten Abbau in unserer NCOU kompensiert wurden.

Zur Veräußerung verfügbare finanzielle Vermögenswerte (in den Übrigen Aktiva enthalten) erhöhten sich um 16 Mrd €, hauptsächlich bedingt durch einen Anstieg von hochliquiden Wertpapieren in Höhe von 12 Mrd €, die im Rahmen der strategischen Liquiditätsreserve der Gruppe gehalten werden. Dieser Anstieg resultiert aus der fortgesetzten Optimierung unserer Liquiditätsreserven.

Diese Anstiege wurden teilweise durch einen Rückgang um 73 Mrd € bei Forderungen aus übertragenen Zentralbankeinlagen, Wertpapierpensionsgeschäften (Reverse Repos) sowie Wertpapierleihen, sowohl auf Basis fortgeführter Anschaffungskosten als auch zum beizulegenden Zeitwert bewertet, ausgeglichen. Der Rückgang war überwiegend auf einen Abbau von Wertpapierfinanzierungen, die wir Kunden zur Verfügung gestellt haben, verminderter Wertpapierausleihungen zur Deckung von Short-Positionen infolge des Abbaus von Short-Positionen sowie auf die Anwendung von IAS 32 R in 2014 zurückzuführen. Dieser Standard erlaubt unter bestimmten Voraussetzungen eine Aufrechnung von Finanzaktiva und Finanzpassiva aus bilateralen Reverse Repo- und Repo-Geschäften.

Der Rückgang der Handelsaktiva um 14 Mrd € entfiel hauptsächlich auf Schuldverschreibungen und wurde durch einen Anstieg bei Aktientiteln geringfügig kompensiert.

Verzinsliche Einlagen bei Kreditinstituten verringerten sich im gleichen Zeitraum um 14 Mrd €, während die Barreserve um 3 Mrd € anstieg, hauptsächlich als Folge aus der gesteuerten Reduktion unserer Wholesale-Einlagen.

Entwicklung der Verbindlichkeiten

Die Summe der Verbindlichkeiten erhöhte sich zum 31. Dezember 2014 um 79 Mrd € (oder 5 %) gegenüber dem Jahresende 2013.

Negative Marktwerte aus derivativen Finanzinstrumenten erhöhten sich um 127 Mrd €, Verbindlichkeiten aus Handelsgeschäften und Wertpapierabwicklung stiegen im Vergleich zum 31. Dezember 2013 um 24 Mrd € an. Diese Veränderungen waren hauptsächlich auf die gleichen Ursachen zurückzuführen, die für positive Marktwerte aus derivativen Finanzinstrumenten sowie Forderungen aus Handelsgeschäften und Wertpapierabwicklung bereits oben beschrieben wurden.

Langfristige Verbindlichkeiten haben sich um 12 Mrd € erhöht, hauptsächlich aufgrund höherer Finanzierungsaktivitäten, die das Volumen der im Laufe des Berichtsjahres fällig gewordenen Verbindlichkeiten überstiegen.

Einlagen erhöhten sich um 5 Mrd €, wobei Anstiege unserer Refinanzierung in den Bereichen Transaction Banking und Retail teilweile von geringerem Volumen aus unbesicherter Wholesale-Refinanzierung kompensiert wurden.

Forderungen aus übertragenen Zentralbankguthaben, Wertpapierpensionsgeschäften (Repos) und Wertpapierleihen, sowohl auf Basis fortgeführter Anschaffungskosten als auch zum beizulegenden Zeitwert bewertet, sind insgesamt um 55 Mrd € gefallen. Dieser Rückgang war hauptsächlich auf den Abbau von Wertpapierfinanzierungen, die wir Kunden zur Verfügung gestellt haben, sowie auf die Anwendung von IAS 32 R in 2014

zurückzuführen. Dieser Standard erlaubt unter bestimmten Voraussetzungen eine Aufrechnung von Finanzaktiva und Finanzpassiva aus bilateralen Reverse Repo- und Repo-Geschäften.

Sonstige kurzfristige Geldaufnahmen gingen hauptsächlich aufgrund geringerer Emissionen in CB&S und – in geringerem Umfang – in GTB um 17 Mrd € zurück.

Der Rückgang der Handelspassiva um 14 Mrd € entfiel hauptsächlich auf Schuldverschreibungen und wurde durch einen Anstieg bei Aktientiteln geringfügig kompensiert.

Ähnlich wie für die Aktivseite spiegelt der Gesamtanstieg der Verbindlichkeiten ebenfalls den Effekt aus Wechselkursveränderungen im Jahresverlauf wider.

Liquidität

Die Liquiditätsreserven zum 31. Dezember 2014 beliefen sich auf 184 Mrd € (zum Vergleich: 196 Mrd € zum 31. Dezember 2013). Wir erhielten eine positive Netto-Liquiditätsposition unter Stress zum 31. Dezember 2014 (in einem kombinierten Szenario).

Eigenkapital

Das Eigenkapital hat sich zwischen dem 31. Dezember 2013 und dem 31. December 2014 insgesamt um 18,3 Mrd € erhöht. Dieser Anstieg resultierte in erster Linie aus der Ausgabe von 359,8 Mio Stammaktien im Juni 2014 mit Gesamterlösen von 8,5 Mrd € sowie der Emission von neuen zusätzlichen Eigenkapitalbestandteilen (Zusätzliche Tier-1-Anleihen, die nach IFRS als Eigenkapital klassifiziert werden) am 20. Mai und 19. November 2014 mit Erlösen von 4,7 Mrd €. Zum Anstieg des Eigenkapitals trugen des Weiteren das den Deutsche Bank-Aktionären zurechenbare Konzernergebnis von 1,7 Mrd €, positive Effekte aus Wechselkursänderungen in Höhe von 2,9 Mrd € (vor allem US-Dollar) sowie unrealisierte Gewinne (per Saldo) aus zur Veräußerung verfügbaren finanziellen Vermögenswerten in Höhe von 1,4 Mrd € bei, die hauptsächlich aus gestiegenen Marktpreisen von festverzinslichen Wertpapieren europäischer Emittenten resultierten. Teilweise gegenläufig zu dieser positiven Entwicklung war die Dividendenzahlung an Deutsche Bank-Aktionäre von 765 Mio €.

Aufsichtsrechtliches Eigenkapital

Die Berechnung von aufsichtsrechtlichem Eigenkapital und Kapitalquoten, die in diesem Bericht dargestellt sind, berücksichtigen die Jahresendgewinne nach Abzug einer Dividendenzahlung von 0,75 € je Aktie gemäß dem Vorschlag des Vorstands an den Aufsichtsrat und die Hauptversammlung. Für weitere Details verweisen wir auf unser Kapitel “Behandlung von Jahresendgewinnen für die Solvabilitätsmeldung” im Abschnitt „Risikobericht – Aufsichtsrechtliches Eigenkapital“.

Die Berechnung unseres aufsichtsrechtlichen Eigenkapitals zum 31. Dezember 2013 beruht auf dem Basel 2.5-Rahmenwerk. Seit dem 1. Januar 2014 erfolgt die Berechnung unseres aufsichtsrechtlichen Eigenkapitals, unserer risikogewichteten Aktiva und unserer Kapitalquoten auf Basis der Eigenkapitalanforderungen gemäß der Capital Requirements Regulation (CRR) und der Capital Requirements Directive 4 (CRD 4), die am 27. Juni 2013 veröffentlicht wurde, einschließlich der darin enthaltenen Übergangsregelungen. Insofern verwenden wir bei der Darstellung der Ergebnisse unter Berücksichtigung der Übergangsregeln die Bezeichnung „CRR/CRD 4“. Bei der Darstellung der Ergebnisse auf Basis einer vollständigen Anwendung des finalen Rahmenwerks verwenden wir den Begriff „CRR/CRD 4-Vollumsetzung“.

Das Tier-1-Kapital gemäß CRR/CRD 4 erhöhte sich zum 31. Dezember 2014 auf 63,9 Mrd €, was zu einer CRR/CRD 4 Tier-1-Kapitalquote von 16,1 % zum 31. Dezember 2014 führte. Zum 31. Dezember 2013 betrug unser Tier-1-Kapital gemäß Basel 2.5-Regelungen 50,7 Mrd €, verbunden mit einer Tier-1 Kapitalquote zum 31. Dezember 2013 gemäß Basel 2.5 von 16,9 %. Unser CRR/CRD 4 Tier-1-Kernkapital (als Tier-1-Kapital ohne Hybridinstrumente unter Basel 2.5 bezeichnet) betrug zum 31. Dezember 2014 60,1 Mrd €, verbunden mit einer CRR/CRD 4 Tier-1-Kernkapitalquote zum 31. Dezember 2014 von 15,2 %. Zum Jahresende 2013

betrug unser Tier-1-Kernkapital gemäß Basel 2.5-Regeln 38,5 Mrd € und die dazugehörige Basel 2.5-Tier-1-Kernkapitalquote 12,8 %.

Die Umsetzung der neuen Kapitalanforderungen gemäß CRR/CRD 4 hat zu einem negativen Erstanwendungseffekt von 1,5 Mrd € in unserem Tier-1-Kapital geführt. Der negative Effekt wurde zum Einen verursacht durch die Aberkennung unserer ehemals emittierten hybriden Tier-1-Kapitalinstrumente, die unter Vollumsetzung der CRR/CRD 4-Regeln nicht mehr als Tier-1-Kapital angerechnet werden können und die den, nach den Übergangsregelungen maximal anerkennungsfähigen Betrag (Anrechnungsobergrenze, ‚Cap') für Zusätzliches Tier-1-Kapital um 2,2 Mrd € überschritten hatten. Eine weitere Reduktion unseres Tier-1-Kapitals in Höhe von 1,5 Mrd € war auf Kapitalabzüge zurückzuführen, die in 2014 mit einem ‚Phase-in'-Satz von 20 % zu berücksichtigen waren. Im Wesentlichen handelte es sich hierbei um Kapitalabzüge von latenten Steueransprüchen sowie von Vermögenswerten leistungsdefinierter Pensionsfonds. Die Reduktion wurde teilweise durch positive Erstanwendungseffekte aus Verbriefungspositionen in Höhe von 0,9 Mrd € abgeschwächt, für die wir eine Risikogewichtung von 1250 % an Stelle einer Abzugsbehandlung gewählt haben. Ein weiterer, positiver Effekt in Höhe von 1,2 Mrd € resultierte aus wesentlichen Beteiligungen an Unternehmen der Finanz- und Versicherungsbranche, die von der Ausnahmeregelung für Beträge profitierten, die unterhalb der, auf das entsprechende Tier-1-Kernkapital bezogenen 15 %-Schwelle liegen und daher – an Stelle eines Kapitalabzugs – mit 250 % risikogewichtet wurden.

Wir hatten weiterhin einen Anstieg in unserem Tier-1-Kapital, welcher im Wesentlichen aus der Kapitalerhöhung aus genehmigtem Kapital gegen Bareinlagen mit einem Bruttoerlös von 8,5 Mrd € resultierte sowie aus der Begebung von Zusätzlichen Tier-1-Anleihen (Additional Tier-1-Notes, im Folgenden „AT1-Anleihen") gemäß CRR/CRD 4, die in zwei Transaktionen mit einem anrechenbaren Betrag von 4,6 Mrd € getätigt wurden. Unser den Deutsche Bank-Aktionären zurechenbares Konzernergebnis in 2014 in Höhe von 1,7 Mrd €, ermäßigt um die Abgrenzung für Dividenden und AT1-Coupons in Höhe von 1,2 Mrd €, trug ebenfalls zu diesem Anstieg bei. Weiterhin sahen wir positive Effekte auf unser Tier-1-Kapital und Tier-1-Kernkapital aufgrund von Währungsumrechnungsdifferenzen in Höhe von 1,5 Mrd €.

Unser CRR/CRD 4 Tier-1-Kapital in der Vollumsetzung betrug 50,7 Mrd € zum 31. Dezember 2014. Die CRR/CRD 4 Tier-1-Kapitalquote (Vollumsetzung) belief sich zum 31. Dezember 2014 auf 12,9 %. Unser CRR/CRD 4 Tier-1-Kernkapital in der Vollumsetzung betrug 46,1 Mrd €. Die CRR/CRD 4 Tier-1-Kernkapitalquote in der Vollumsetzung belief sich zum 31. Dezember 2014 auf 11,7 %.

Zum 31. Dezember 2014 war unser CRR/CRD 4 Tier-1-Kapital in der Vollumsetzung um 13,2 Mrd € niedriger als unser, nach den Übergangsregelungen ermitteltes CRR/CRD 4 Tier-1-Kapital. Dies resultierte zum Einen aus der Aberkennung unserer ehemals emittierten hybriden Tier-1-Kapitalinstrumente in Höhe von 10,0 Mrd €. Zum anderen wurden mit einem Gesamtbetrag von 3,6 Mrd € bestimmte Abzugspositionen – im Wesentlichen latente Steueransprüche sowie Vermögenswerte leistungsdefinierter Pensionsfonds – in voller Höhe vom Tier-1-Kernkapital abgesetzt, während sie nach den Übergangsregeln vom Zusätzlichen Tier-1-Kapital abgezogen wurden.

Die risikogewichteten Aktiva gemäß CRR/CRD 4 betrugen 397 Mrd € zum 31. Dezember 2014 im Vergleich zu 300 Mrd € zum Jahresende 2013 gemäß Basel 2.5. Die risikogewichteten Aktiva für das Kreditrisiko stiegen um 42 Mrd € im Wesentlichen aufgrund der Umstellung auf das neue CRR/CRD 4-Rahmenwerk, aufgrund von Fremdwährungsbewegungen insbesondere in der zweiten Hälfte des Jahres sowie aufgrund von Modelländerungen. Die neue Ermittlung von RWA für CVA im Rahmen des CRR/CRD 4-Rahmenwerkes trugen 21 Mrd € zum Anstieg bei. Die Erhöhung der RWA für Marktrisiken um 17 Mrd € war primär verursacht durch die im Rahmen des CRR/CRD 4-Rahmenwerkes erfolgte Umstellung von Kapitalabzugpositionen auf eine 1250 %-Risikogewichtung, teilweise kompensiert durch Reduktionen von Aktiva. Die risikogewichteten Aktiva für das Operationelle Risiko stiegen um 16 Mrd € an, vorrangig aufgrund einer frühzeitigen Berücksichtigung der Auswirkungen von Modellverbesserungen in unserem fortgeschrittenen Messansatz (AMA-Modell) im zweiten Quartal 2014.

Die risikogewichteten Aktiva gemäß CRR/CRD 4-Vollumsetzung betrugen 394 Mrd € zum 31. Dezem-ber 2014. Zusätzlich zu den oben genannten Bewegungen hatten wir in der Vollumsetzung eine Reduktion der RWA in Höhe von 3 Mrd €, im Wesentlichen aufgrund von RWA-Reduzierungen bei den Pensionsfonds.

Änderungen zu IAS 39 und IFRS 7, „Umwidmung von finanziellen Vermögenswerten“

Am 31. Dezember 2014 beliefen sich die Buchwerte umgewidmeter Vermögenswerte auf 7,4 Mrd € (31. Dezember 2013: 8,6 Mrd €). Der beizulegende Zeitwert dieser Vermögenswerte betrug zum 31. Dezember 2014 7,4 Mrd € (31. Dezember 2013: 8,2 Mrd €). Diese Vermögenswerte werden vom Unternehmensbereich NCOU gehalten.

Für zusätzliche Informationen zu diesen Vermögenswerten und den Auswirkungen ihrer Umwidmung wird auf Anhangangabe 13 „Änderungen zu IAS 39 und IFRS 7, ‚Umwidmung von finanziellen Vermögenswerten‘“ verwiesen.

Risikopositionen gegenüber Monolineversicherern

Die Verwerfungen am US-amerikanischen Subprime-Hypothekenmarkt und an mit diesem verbundenen Märkten haben bei Anbietern von Finanzgarantien wie Monolineversicherern zu hohen Risikopositionen geführt, wenn sie den Wert eines Pools von Sicherheiten, auf den forderungsbesicherte Schuldverschreibungen oder andere gehandelte Wertpapiere referenzieren, versichert oder garantiert haben. Ansprüche gegenüber Monolineversicherern werden nur dann fällig, wenn der Bank Verluste dadurch entstehen, dass Aktiva (oder Kreditsicherheiten) ausfallen. Es besteht weiterhin eine gewisse Verunsicherung darüber, ob manche Monolineversicherer ihre Verpflichtungen gegenüber Banken und anderen Käufern von Absicherungen erfüllen können. Unter bestimmten Umständen, beispielsweise bei der Liquidation, können wir Forderungen unabhängig von tatsächlichen Verlusten aus den abgesicherten Aktiva geltend machen.

Die folgenden Tabellen fassen unser Nettoausfallrisiko gegenüber Monolineversicherern, bezogen auf Aktivitäten in US-amerikanischen Wohnungsbaukrediten und anderen Aktivitäten, zusammen. Die gezeigten Beträge basieren auf den aktuellen Marktwerten der Vermögenspositionen, denen die von Monolineversicherern garantierten Nominalwerte gegenübergestellt werden. Die sonstigen Risikopositionen, die in der zweiten Tabelle beschrieben sind, resultieren aus verschiedenen kunden- und handelsbezogenen Aktivitäten und umfassen Collateralized Loan Obligations, gewerbliche verbriefte Hypothekenkredite, hybride Kapitalinstrumente, Studentenkredite und Schuldtitel des öffentlichen oder kommunalen Sektors. Die Tabellen zeigen die zugehörigen kreditrisikobezogenen Bewertungsanpassungen, die wir für diese Positionen vorgenommen haben. Für Risikopositionen mit Monolineversicherern mit aktiv gehandelten Kreditausfallversicherungen („Credit Default Swaps“, CDS) werden die kreditrisikobezogenen Bewertungsanpassungen mithilfe eines Bewertungsmodells auf Basis der CDS berechnet. Die Bewertungsanpassungen für Risikopositionen mit Monolineversicherern ohne aktiv gehandelte CDS werden anhand eines Modellansatzes mit diversen Parametern ermittelt einschließlich durch den Markt definierter Ausfallwahrscheinlichkeiten, der Wahrscheinlichkeit eines Kreditereignisses (entweder einer Restrukturierung oder einer Insolvenz), einer Abschätzung der möglichen Ausgleichszahlungen im Fall einer Restrukturierung und von Erlösquoten im Fall einer Restrukturierung oder einer Insolvenz. Die Monoline-Methode für Bewertungsanpassungen für Risikopositionen wird vierteljährlich vom Management überprüft. Im zweiten Quartal 2011 wurde die Nutzung von Marktspannen zur Ermittlung der kreditrisikobezogenen Bewertungsanpassungen intensiviert.

Die Zuordnung zu den unten genannten Bonitätseinstufungen basiert jeweils auf der niedrigsten verfügbaren Bonitätseinstufung von Standard & Poor's, Moody's oder unserer internen Einstufung.

Risikoposition gegenüber Monolineversicherern bezogen auf US-amerikanische Wohnungsbaukredite

	31.12.2014				31.12.2013			
in Mio €	Nominalwert	Betrag vor Bewertungs-anpassungen	Bewertungs-anpassungen	Beizu-legender Zeitwert nach Bewertungs-anpassungen	Nominalwert	Betrag vor Bewertungs-anpassungen	Bewertungs-anpassungen	Beizu-legender Zeitwert nach Bewertungs-anpassungen
AA Monolines:								
Sonstige Subprime	95	30	−7	23	94	29	−5	23
Alt-A	1.405	423	−61	361	2.256	768	−105	663
AA Monolines insgesamt	**1.500**	**452**	**−68**	**384**	2.350	797	−110	686

Sonstige Risikoposition gegenüber Monolineversicherern

	31.12.2014				31.12.2013			
in Mio €	Nominalwert	Betrag vor Bewertungs-anpassungen	Bewertungs-anpassungen	Beizulegender Zeitwert nach Bewertungs-anpassungen	Nominalwert	Betrag vor Bewertungs-anpassungen	Bewertungs-anpassungen	Beizulegender Zeitwert nach Bewertungs-anpassungen
AA Monolines:								
TPS-CLO	1.269	254	−43	210	1.512	298	−41	257
CMBS	712	−2	0	−2	1.030	−3	0	−3
Corporate Single Name/Corporate CDO	0	0	0	0	0	0	0	0
Studentenkredite	322	44	−9	35	285	0	0	0
Sonstige	506	72	−14	59	511	69	−7	62
AA Monolines insgesamt	**2.810**	**368**	**−66**	**302**	3.338	364	−48	316
Nicht-Investment-Grade Monolines:								
TPS-CLO	329	77	−16	61	353	67	−8	58
CMBS	1.476	−2	0	−2	1.444	7	0	6
Corporate Single Name/Corporate CDO	28	5	0	5	0	0	0	0
Studentenkredite	679	66	−9	57	604	116	−11	105
Sonstige	774	136	−50	86	827	90	−31	60
Nicht-Investment-Grade Monolines insgesamt	**3.285**	**282**	**−75**	**207**	3.228	280	−50	229
Insgesamt	**6.095**	**650**	**−141**	**509**	6.566	644	−98	545

Die Tabellen berücksichtigen nicht das Nettoausfallrisiko gegenüber Monolineversicherern aus so genannten „Wrapped Bonds". Dies sind Schuldverschreibungen, die von Dritten versichert oder garantiert werden. Solche Risikopositionen beliefen sich, bezogen auf US-amerikanische Wohnungsbaukredite, zum Ende des Berichtsjahres auf Null € (2013: Null €). Die Risikopositionen von „Wrapped Bonds", die sich nicht auf US-amerikanische Wohnungsbaukredite beziehen, betrugen 22 Mio € (2013: 15 Mio €). In jedem Fall stellen die Werte eine Schätzung der möglichen Wertanpassungen auf solche Schuldverschreibungen im Fall eines Ausfalls der Versicherer dar.

Ein Teil des Marktwerts der erworbenen Monolineabsicherungen wurde durch CDS mit anderen Marktteilnehmern oder durch andere Instrumente wirtschaftlich abgesichert.

Zum 31. Dezember 2014 betrugen die Bewertungsanpassungen auf Risikopositionen gegenüber Monolineversicherern insgesamt 209 Mio €. Es gab keine Änderung in der Bewertungsanpassung gegenüber dem 31. Dezember 2013, da die Auswirkung des reduzierten Kreditvolumens durch Verschiebungen in der Kreditspanne in der Periode aufgehoben wurde.

Liquiditäts- und Kapitalmanagement

Erläuterungen zu unserem Liquiditätsrisikomanagement sind im Risikobericht enthalten.

Langfristige Bonitätseinstufung

Industrieweite aufsichtsrechtliche Anforderungen beeinflussten die Handlungen der Ratingagenturen im Jahr 2014.

Im März und April 2014 haben Fitch Ratings und Standard & Poor's jeweils ihren Ausblick für die Langfristratings der Deutschen Bank von „stabil" auf „negativ" gesenkt. Dies war das Ergebnis einer branchenweiten Überprüfung, bei der die Annahmen in Bezug auf die Wahrscheinlichkeit staatlicher Unterstützung für den europäischen Bankensektor kritisch hinterfragt worden waren. Beide Agenturen reagierten damit auf die Weiterentwicklung der EU-Richtlinie zur Sanierung und Abwicklung von Kreditinstituten, welche die Stabilität der Finanzdienstleistungsbranche erhöhen soll. Ein wichtiges Ziel der Richtlinie ist es, dass Aktionäre und Besitzer von Anleihen eventuelle Verluste von Banken tragen und die Belastung der Steuerzahler reduziert wird.

Im Juli 2014 hat Moody's das Langfrist-, Stand-alone- und Kurzfristrating der Deutschen Bank um jeweils eine Stufe auf A3, baa3 und P-2 gesenkt. Der Ausblick für das Stand-alone-Rating der Deutschen Bank wurde als stabil bewertet, während der Ausblick für das Langfristrating negativ geblieben ist. Auch der negative Ausblick der Ratingagentur Moody's reflektiert deren Einschätzung, dass die Entwicklung hin zu einer geringeren systemischen Unterstützung für EU-Banken geht.

Im Rahmen ihrer Überprüfung von deutschen, österreichischen und britischen Banken setzte Standard & Poor's das Langfristrating der Deutschen Bank am 3. Februar 2015 auf negativen „Rating Watch" (Überprüfung des Ratings im Hinblick auf eine Herabsetzung). Die Prüfung beruht auf einem neuen Gesetz zur Gläubigerbeteiligung im Insolvenzfall (Bail-in) in diesen Ländern, das seit dem 1. Januar 2015 gilt. Die Ratingagentur will das Ergebnis ihrer Überprüfung bis Anfang Mai 2015 veröffentlichen.

	31.12.2014	31.12.2013	31.12.2012
Moody's Investors Service, New York[1]	A3	A2	A2
Standard & Poor's, New York[2]	A	A	A+
Fitch Ratings, New York[3]	A+	A+	A+

[1] Die „A"-Bonitätseinstufung von Moody's kennzeichnet Verbindlichkeiten, die der oberen Mittelklasse zugeordnet werden und ein geringes Kreditrisiko bergen. Die Zahl 2 zeigt die Einstufung in der Mitte der „A"-Kategorie an. Die Zahl 3 zeigt die Einstufung am unteren Ende der „A"-Kategorie an.
[2] Standard & Poors beschreibt Anleihen der Bonitätseinstufung der Kategorie „A" als anfälliger für negative Entwicklungen im Markt- und wirtschaftlichen Umfeld, verglichen mit denen höherer Bonitätseinstufungen. Allerdings gilt die Fähigkeit des Schuldners, seine finanziellen Verpflichtungen zu erfüllen, nach wie vor als gut.
[3] Eine „A"-Bonitätseinstufung von Fitch Ratings belegt eine hohe Bonität. Die „A"-Bonitätseinstufung von Fitch Ratings kennzeichnet eine geringe Wahrscheinlichkeit eines Kreditrisikos. Fitch Ratings zufolge deuten „A"-Bonitätseinstufungen auf eine hohe Fähigkeit hin, finanziellen Verpflichtungen termingerecht nachzukommen. Ungünstige geschäftliche sowie wirtschaftliche Entwicklungen machen sich in dieser Kategorie etwas stärker bemerkbar als in den höheren Kategorien. Das Pluszeichen zeigt die Einstufung am oberen Ende der „A"-Kategorie.

Jede Bonitätseinstufung verdeutlicht die Einschätzung der Ratingagentur lediglich zum Zeitpunkt, zu dem uns die Bonitätseinstufung mitgeteilt wurde. Es wird empfohlen, jede Bonitätseinstufung getrennt zu bewerten und für die Bedeutung der einzelnen Bonitätseinstufungen die Erklärungen der Ratingagenturen heranzuziehen. Die Ratingagenturen können ihre Bonitätseinstufungen jederzeit ändern, wenn sie der Meinung sind, dass die Umstände dies rechtfertigen. Diese langfristigen Bonitätseinstufungen dienen nicht als Empfehlung zum Kauf, Halten oder Verkauf unserer Wertpapiere.

Vertragliche Verpflichtungen

Noch nicht fällige Barleistungsverpflichtungen zum 31. Dezember 2014

Vertragliche Verpflichtungen				Zahlungsfälligkeit nach Periode	
in Mio €	Insgesamt	Bis 1 Jahr	1 bis 3 Jahre	3 bis 5 Jahre	Mehr als 5 Jahre
Verpflichtungen aus langfristigen Verbindlichkeiten[1]	164.450	28.776	50.678	32.755	52.241
Hybride Kapitalinstrumente[1]	12.270	5.579	2.202	4.238	251
Langfristige zum beizulegenden Zeitwert klassifizierte Verpflichtungen[2]	10.535	1.965	3.737	1.147	3.686
Finanzleasingverpflichtungen	114	6	13	11	84
Operating-Lease-Verpflichtungen	5.103	778	1.322	1.047	1.955
Kaufverpflichtungen	1.920	528	810	285	298
Langfristige Einlagen[1]	26.336	0	8.980	4.863	12.492
Sonstige langfristige Verbindlichkeiten	5.063	918	986	557	2.602
Insgesamt	**225.790**	38.550	68.726	44.904	73.610

[1] Beinhaltet Zinszahlungen.
[2] Beinhaltet im Wesentlichen zum beizulegenden Zeitwert klassifizierte langfristige Verbindlichkeiten und langfristige Einlagen.

In den oben genannten Zahlen sind die Erträge aus nicht kündbaren Untervermietungen in Höhe von 171 Mio € für Operating Leases nicht enthalten. Kaufverpflichtungen für Waren und Dienstleistungen umfassen zukünftige Zahlungen, unter anderem für Informationstechnologie und Gebäudemanagement. Einige der unter „Kaufverpflichtungen“ ausgewiesenen Beträge stellen vertragliche Mindestzahlungen dar, tatsächlich anfallende künftige Zahlungen könnten höher ausfallen. In den langfristigen Einlagen sind Einlagen mit einer Restlaufzeit von weniger als einem Jahr nicht enthalten. Unter bestimmten Bedingungen können zukünftige Zahlungen aus einigen langfristigen zum beizulegenden Zeitwert klassifizierten Verpflichtungen früher fällig werden. Weitere Informationen finden sich in den folgenden Erläuterungen (Anhangangaben) des Konzernabschlusses: Anhangangabe 5 „Zinsüberschuss und Ergebnis aus zum beizulegenden Zeitwert bewerteten finanziellen Vermögenswerten/Verpflichtungen“, Anhangangabe 24 „Leasingverhältnisse“, Anhangangabe 28 „Einlagen“ und Anhangangabe 32 „Langfristige Verbindlichkeiten und hybride Kapitalinstrumente“.

Ereignisse nach dem Bilanzstichtag

Alle wesentlichen, berücksichtigungspflichtigen Ereignisse nach dem Bilanzstichtag sind in unserer Ertrags-, Finanz- und Vermögenslage enthalten.

Ausblick

Die Weltwirtschaft

Das Wachstum der Weltwirtschaft dürfte im Jahr 2015 im Jahresdurchschnitt unverändert bei 3,4 % und damit unter der Vorkrisentrendwachstumsrate liegen. Die globale Inflationsrate dürfte sich durch die schwache Entwicklung der Rohstoffpreise und weiter unterausgelastete Kapazitäten auf 3,2 % abschwächen.

Wir erwarten eine kräftige Wachstumsbeschleunigung in den Industrieländern auf 2,3 % und einen gedämpften Anstieg der Verbraucherpreise um 0,4 % im Jahr 2015. Für die Schwellenländer rechnen wir mit einer Abschwächung des Wachstums auf 4,3 %. Die Inflation dürfte bei 5,3 % liegen.

Das BIP der Eurozone dürfte sich, unterstützt von der Belebung der Weltwirtschaft, einer Lockerung der Kreditbedingungen, deutlich niedrigeren Ölpreisen und einem schwächeren Euro im Jahr 2015, moderat um 1,3 % erhöhen. Dämpfen dürften die anhaltenden geopolitischen Risiken, insbesondere die Ukraine-Krise, sowie die Notwendigkeit des Abbaus der Verschuldung im privaten Sektor. Für eine Verbesserung auf dem Arbeitsmarkt dürfte das moderate Wachstum nicht ausreichen und die Arbeitslosenquote dürfte somit im Jahr 2015 auf einem erhöhten Niveau verharren. Die schwache Rohstoffpreisentwicklung und die unterausgelasteten Kapazitäten dürften dafür sorgen, dass die Verbraucherpreise im Jahr 2015 wahrscheinlich um 0,3 % fallen. Kräftig unterstützt wird die Konjunktur durch die äußerst expansiv ausgerichtete Geldpolitik der Europäischen Zentralbank (EZB), die ab März 2015 im Rahmen ihrer unkonventionellen Maßnahmen den Kauf von Vermögenswerten auf monatlich 60 Mrd € erhöht und zusätzlich zu den Covered-Bonds und ABS-Papieren auch von im Euroraum ansässigen Zentralregierungen, Emittenten mit Förderauftrag und europäischen Institutionen begebene Anleihen kauft. Die politische Unsicherheit dürfte durch den klaren Sieg von Syriza bei den vorgezogenen Neuwahlen in Griechenland und die anstehenden Wahlen in Finnland, Portugal und Spanien, bei denen die eurokritischen Parteien Stimmengewinne erzielen dürften, im Verlauf des Jahres relativ hoch bleiben. Die deutsche Wirtschaft dürfte im Jahr 2015, hauptsächlich binnenwirtschaftlich getrieben, um 2,0 % wachsen und damit stärker als die Eurozone insgesamt.

Für die USA erwarten wir im Jahr 2015 ein über dem Trend liegendes Wachstum von 3,4 %. Damit dürften die USA der Hauptwachstumstreiber unter den Industrieländer sein. Die Verbraucherpreise steigen 2015 infolge schwacher Rohstoffpreise und eines nur moderaten Lohndrucks wahrscheinlich um 0,6 %. Das kräftige Wirtschaftswachstum geht auf die fortgesetzte Belebung des Arbeitsmarktes und die höheren wohnungsbaubezogenen Ausgaben zurück. Die privaten Haushalte befinden sich in einer guten finanziellen Verfassung, was zusammen mit den stark gefallenen Energiekosten für einen kräftigeren Konsum sorgen dürfte. Die Geldpolitik der Federal Reserve dürfte weiter die US-Konjunktur unterstützen. Wir erwarten zwar eine Erhöhung der Leitzinsen ab Mitte des Jahres auf 1,0 % zum Jahresende 2015, die realen Zinsen dürften aber im Jahresdurchschnitt weiter negativ sein.

Die japanische Wirtschaft dürfte im Jahr 2015 um 0,7 % expandieren. Fiskalische Stimuli und die extrem expansiv ausgerichtete Geldpolitik dürften weiter Wachstumsimpulse liefern. Die Inflationsrate dürfte nach Auslaufen des Effekts der Mehrwertsteuererhöhung und schwacher Rohstoffpreise auf 0,9 % fallen.

Das Wachstum in den Schwellenländern dürfte sich im Jahr 2015 über alle Hauptregionen hinweg abschwächen. Das Wachstum der Wirtschaftsaktivität in Asien (ohne Japan) dürfte sich leicht auf 6,4 % verlangsamen und die Inflation bei 2,9 % liegen. Chinas Wirtschaft dürfte sich im Jahr 2015 vor allem durch die Abkühlung des Immobilienmarktes auf 7,0 % abschwächen und die Inflation bei 1,8 % liegen. Eine expansivere Ausrichtung der Geld- und Fiskalpolitik dürfte im zweiten Halbjahr für ein moderates Anziehen des Wachstums sorgen. In Indien dürfte sich das Wachstum im Jahr 2015 durch eine Erholung der Investitionen und einen kräftigeren Konsum auf 7,5 % beschleunigen. Die Verbraucherpreise dürften um 5,3 % steigen.

In den Schwellenländern Osteuropas, des Nahen Ostens und Afrikas dürfte sich das Wachstum auf 0,6 % im Jahr 2015 verlangsamen und die Verbraucherpreise um 7,5 % steigen. Der schwache Ölpreis setzt die Ölförderländer unter Druck. Getroffen wird davon vor allem die russische Wirtschaft, die in die Rezession rutschen und um 5,2 % schrumpfen dürfte. Dämpfend wirken zudem die verhängten Sanktionen in Folge der Ukraine-Krise. Die Inflation dürfte in Russland bei 13,3 % liegen.

In Lateinamerika dürfte das Wachstum im Jahr 2015 auf 0,7 % abkühlen, gedämpft durch Angebotsbeschränkungen und schwache Rohstoffpreise. Die Verbraucherpreise dürften um 12,4 % steigen. Die brasilianische Wirtschaft dürfte im Jahr 2015 um 0,7 % schrumpfen und die Verbraucherpreise um 7,3 % steigen.

Risiken für unsere Prognosen liegen unter anderem in den USA bei dem anstehenden Kurswechsel der US-Geldpolitik, der holprig verlaufen könnte und zu einem deutlich stärker als von uns unterstellten Zinsanstieg am Rentenmarkt führen könnte. Dies hätte negative Folgen für die Finanzmärkte und könnte insbesondere in den Schwellenländern zu Problemen führen. In Europa könnten ein fehlender Zusammenhalt im EZB-Rat, eine ausbleibende fiskalische Konsolidierung und eine Verzögerung bei der Implementierung von Strukturreformen sowie eine gestiegene Zustimmung für eurokritische Parteien erhebliches Störpotenzial für unsere Prognosen entfalten. Für unseren Ausblick auf die Entwicklung in den Schwellenländern bestehen insbesondere drei Risiken: Die Nachfrage aus den Industrieländern könnte schwächer als erwartet ausfallen, die Ukraine-Krise könnte sich verschärfen und der Versuch Chinas, die Wirtschaft abzukühlen, könnte zu einer harten Landung führen.

Die Bankenbranche

Die Bankenbranche dürfte in Europa in diesem Jahr zu einem moderaten Ertragswachstum zurückkehren. Beim Kreditvolumen mit Firmenkunden wird der jahrelange Schrumpfungsprozess voraussichtlich zu Ende gehen, bei Privathaushalten ist eine leichte Zunahme wahrscheinlich. Das Einlagengeschäft dürfte unter erheblichem Druck aufgrund des extrem niedrigen Zinsniveaus bleiben. Die Risikovorsorge für ausfallgefährdete Kredite wird sich möglicherweise weiter normalisieren; auf der Kostenseite drohen den Banken dagegen neue Steigerungen, nicht zuletzt aufgrund nötiger Investitionen in digitale Plattformen, modernere Filialnetze und stärkere interne Kontrollfunktionen.

In den USA könnte sich die Ertragslage der Banken relativ stabil entwickeln. Auch hier ist davon auszugehen, dass der Zinsüberschuss dank einer Ausweitung der Volumina zwar wachsen wird, sinkende Zinsmargen diesen Effekt aber zum Teil wieder aufzehren werden. Das zuletzt etwas schwächelnde Einlagengeschäft könnte von der anstehenden Zinswende profitieren. Andererseits deutet vieles auf eine Trendwende und damit eine Rückkehr zu einer höheren Kreditrisikovorsorge hin (von einem außerordentlich geringen Niveau aus).

Im globalen Investmentbanking scheint insgesamt eine leichte Belebung möglich, getragen vom Aktien- und Anleihegeschäft aufgrund einer besseren makroökonomischen Entwicklung und höherer Volatilität. Eher negativ ist der Ausblick hingegen für einige margenstärkere Segmente (Verbriefungen, Hochzinsanleihen, Schwellenländer), unter anderem aufgrund der massiv gefallenen Rohstoffpreise. Bei der Beratung zu Fusionen und Übernahmen sind die Aussichten überwiegend freundlich.

Die Vermögensverwaltung könnte 2015 von einem stärkeren Wirtschaftswachstum in Europa und den USA ebenso wie von anhaltend hohen Bewertungen an den Kapitalmärkten profitieren. In beiden Regionen wird die Entwicklung der Wertpapiermärkte aller Voraussicht nach auch weiterhin stark von der Politik der Notenbanken abhängen und möglicherweise stärkeren Schwankungen unterliegen. Die Zinswende der Fed dürfte zu moderat steigenden Renditen an den Anleihemärkten führen.

Hinsichtlich regulatorischer und aufsichtsrechtlicher Veränderungen stehen in Europa die volle Etablierung der gemeinsamen Bankenaufsicht und die beginnende Umsetzung der Regeln für die geordnete Restrukturierung und Abwicklung gescheiterter Banken ebenso wie die Umsetzung der Basel III-Mindestliquiditätsquote (Liquidity Coverage Ratio, LCR) im Fokus. Auch rücken die verschiedenen Bankenabgaben und Beiträge zu Abwicklungs- und Einlagensicherungsfonds in den Vordergrund. Außerdem stehen Entscheidungen über die sogenannte Bankenstrukturreform und die Finanztransaktionssteuer an. Schließlich dürften die Überlegungen zur Schaffung einer Europäischen Kapitalmarktunion konkreter werden. In den USA wiederum könnten das System der Immobilienfinanzierung oder der Repo-Markt reformiert werden. Global wird den Diskussionen über die Einführung neuer Anforderungen bezüglich des gesamten verlustabsorptionsfähigen Kapitals (TLAC) und des nominalen Verschuldungsgrads (Leverage-Ratio) große Bedeutung zukommen. Sowohl die europäischen als auch die US-Banken werden ihre Kapitalquoten daher vermutlich weiter steigern. Die Belastungen aus Rechtsstreitigkeiten bleiben dabei voraussichtlich beträchtlich.

Der Deutsche Bank-Konzern

Im Jahr 2012 haben wir die Strategie 2015+ eingeführt. Damit sollte sichergestellt werden, dass die Deutsche Bank eine noch ausgewogenere, schlankere, robustere und stabilere Organisation vorweisen kann. Fünf Hebel spielten bei der Umsetzung dieser Vision eine wichtige Rolle: Kunden, Kompetenzen, Kapital, Kosten und Kultur. Zusätzlich hat der Konzern mehrere Finanzziele bekannt gegeben, um die finanziellen Effekte der Strategie 2015+ darzustellen.

Da die Herausforderungen des makroökonomischen, regulatorischen und des Marktumfelds höher als in 2012 zunächst erwartet waren, gaben wir im Mai 2014 eine Reihe von Maßnahmen zur Stärkung unseres Kapitals und zur Verbesserung unserer Wettbewerbsposition sowie Investitionen in unser Kundengeschäft bekannt. Zu diesen Maßnahmen gehörte eine Kapitalerhöhung zur Verbesserung unserer Kapitalbasis und Bildung eines Kapitalpuffers für künftige Herausforderungen. In diesem Zusammenhang haben wir auch unsere Finanzziele für den Konzern und die Geschäftsbereiche angepasst.

Zu den wesentlichen Annahmen, auf deren Basis unsere Ziele im Mai 2014 angepasst wurden, gehören die Implementierung regulatorischer Regelwerke (z.B. CRD 4, Leitlinien der EBA) nach Maßgabe unserer Kenntnisse der aktuellen Vorschriften und ihrer voraussichtlichen Auswirkungen auf die Deutsche Bank sowie das sich zwischen 2 % und 4 % einpendelnde weltweite BIP-Wachstum auf Jahresbasis, ein stabiles Zinsumfeld vor Beginn des Jahres 2016 und der Rückgang der Zentralbankinterventionen in den USA.

Bei der Implementierung unserer Ziele haben wir enorme Fortschritte erzielt. Auf unseren Märkten sowie im regulatorischen Umfeld rechnen wir mit weiteren Herausforderungen, nichtsdestotrotz werden wir uns weiter auf die Umsetzung unserer Strategie 2015+ konzentrieren.

Unser Management führt derzeit eine vollständige strategische Überprüfung des Konzerns durch. Die Deutsche Bank wird auch weiterhin die bestehenden Ziele der Strategie 2015+ verfolgen, bis die überarbeiteten strategischen Ziele vollständig implementiert sind. Wir haben unseren Ausblick basierend auf den existierenden Zielen und den erreichten Fortschritten im Rahmen der Strategie 2015+ erstellt.

Finanzkennzahlen

Konzernfinanzkennzahlen	Status zum Ende 2014	Ziel für 2015	Ziel für 2016
Eigenkapitalrendite nach Steuern (basierend auf dem durchschnittlichen Active Equity)[1]	(angepasst) 7,1 % (berichtet) 2,7 %	~ (angepasst) 12 %	~ (berichtet) 12 %
Aufwand-Ertrag-Relation[2]	(angepasst) 74,4 % (berichtet) 86,7 %	~ (angepasst) 65 %	~ (berichtet) 65 %
Kostenersparnis[3]	3,3 Mrd € jährlich	4,5 Mrd € jährlich	
Investments (OpEx)[4]	2,9 Mrd €	4 Mrd €	
CRR/CRD 4 Tier-1-Kernkapitalquote (Vollumsetzung)[5]	11,7 %	Größer als 10 %	Größer als 10 %
CRR/CRD 4-Verschuldungsquote auf Basis einer Vollumsetzung[6]	3,5 %	~ 3.5 %	~ 3.5 %

[1] Basierend auf dem den Deutsche Bank-Aktionären zurechenbaren Ergebnis nach Steuern bereinigt um Aufwendungen für Rechtsstreitigkeiten, Umsetzungskosten, Wertminderungen auf den Geschäfts- oder Firmenwert sowie immaterielle Vermögenswerte, weitere Abfindungszahlungen sowie kreditrisikobezogene Bewertungsanpassungen gemäß CRR/CRD 4 (Credit Valuation Adjustments, CVAs), forderungsbezogene Bewertungsanpassungen (Debt Valuation Adjustments, DVAs) und refinanzierungsbezogene Bewertungsanpassungen (Funding Valuation Adjustments, FVAs). Die Berechnung basiert auf einer bereinigten Steuerquote von 34 % zum 31. Dezember 2014.
[2] Berichtete Aufwand-Ertrag-Relation als prozentualer Anteil der Zinsunabhängigen Aufwendungen insgesamt am Zinsüberschuss vor Risikovorsorge im Kreditgeschäft zuzüglich der Zinsunabhängigen Erträge. Die angepasste Aufwand-Ertrag-Relation basierend auf Zinsunabhängigen Aufwendungen bereinigt um Aufwendungen für Rechtsstreitigkeiten, Umsetzungskosten, Wertminderungen auf den Geschäfts- oder Firmenwert sowie immaterielle Vermögenswerte, Aufwendungen im Versicherungsgeschäft, weitere Abfindungszahlungen und andere bereichsspezifische Einmalkosten; geteilt durch die ausgewiesenen Erträge.
[3] Realisierte Kostenersparnis (brutto) aus der Implementierung des OpEx-Programms.
[4] Investments (OpEx) sind Kosten, welche für die Realisierung der Kostenersparnis im Rahmen des OpEx-Programms benötigt werden.
[5] Die Common Equity Tier-1-Kapitalquote gemäß CRR/CRD 4-Vollumsetzung repräsentiert unsere Kalkulation der Kernkapitalquote ohne die Übergangsphase von CRR/CRD 4. Weitere Informationen zur Berechnung dieser Quote sind im Risikobericht enthalten.
[6] Die CRR/CRD 4-Verschuldungsquote auf Basis einer Vollumsetzung entspricht unserer Berechnung auf Basis des überarbeiteten CRR/CRD 4, welches am 17. Januar 2015 im Rahmen einer delegierten Rechtsakte veröffentlicht wurde. Weitere Informationen zur Berechnung dieser Quote sind im Risikobericht enthalten.

Das Kostenmanagement ist einer der Haupttreiber unserer Strategie. Bei der nachhaltigen Performance geht es um die Priorisierung langfristigen Erfolgs statt kurzfristiger Gewinne. Dies bedeutet, dass wir in unsere Mitarbeiter und die Infrastruktur investieren, damit wir zukunftsfähig werden und bleiben. Im Rahmen des Operational Excellence (OpEx)-Programms wird aktuell in mehr als 160 konzernweiten Projekten eine Transformation unserer Geschäftsaktivitäten vorgenommen. Wir haben bereits 2,9 Mrd € in die Straffung und Standardisierung von Prozessen sowie die Einsparung von Zeit und Ressourcen investiert. Der Großteil der ursprünglich für 2014 vorgesehenen Ausgaben dürfte in 2015 anfallen. Damit tragen wir den regulatorischen Entwicklungen Rechnung, welche auf die Bereitstellung einer stärkeren und effizienteren Geschäftsplattform abzielen. Mit 3,3 Mrd € an jährlicher Kostenersparnis, die in 2014 erreicht wurden, liegen wir bereits über unserem Plan.

in Mrd €	Geplante Investitionen	Geplante zusätzliche Kosteneinsparung
2012	0,6	0,4
2013	1,7	1,2
2014	1,5	1,3
2015	0,2	1,6
Summe	4,0	4,5

Wir sind weiterhin bemüht, die im Rahmen unserer Strategie 2015+ angestrebte jährliche Kosteneinsparung von 4,5 Mrd € zu erzielen. Wir werden auch künftig unseren Fokus auf die IT-Investitionen, die Straffung unserer Organisation und die Vereinfachung von Prozessen richten, um eine effizientere Ressourcennutzung sicherzustellen.

In unserer Mitteilung vom Mai 2014 hatten wir für die angepasste Aufwand-Ertrag-Relation eine Zielgröße von ungefähr 65 % genannt. Seitdem sind die Kosten infolge weiterer regulatorischer Vorschriften und der dadurch erforderlich gewordenen Projekte und zusätzlichen Mitarbeiter für die Stärkung der Kontrollfunktionen sowie aufgrund erhöhter, auch in Zukunft anfallender Belastungen, wie beispielsweise der Bankenabgaben, über das bisher erwartete Niveau hinaus gestiegen. Ferner hielten die Herausforderungen am Markt, insbesondere im Niedrigzinsumfeld, an und haben sich im Berichtszeitraum in einigen Regionen sogar verstärkt, sodass unser Ertragswachstum gebremst wurde. Wir beabsichtigen nach wie vor, die Zielgröße für die Aufwand-Ertrag-

Relation zu erreichen. Gleichwohl dürften sich die regulatorischen Anforderungen und die Herausforderungen im Marktumfeld erheblich auf unsere Ziele in 2015 auswirken.

Im Geschäftsjahr 2014 war die angepasste Eigenkapitalrendite nach Steuern von verschiedenen Faktoren, einschließlich der Verbesserung unserer Kapitalbasis, beeinflusst. Unsere Fortschritte bei der Erzielung einer angepassten Eigenkapitalrendite nach Steuern (basierend auf dem durchschnittlichen Active Equity) von rund 12 % werden auch weiterhin von den Kosten für die Umsetzung regulatorischer Anforderungen, zusätzlichen Belastungen aus Bankenabgaben, den anhaltend schwierigen Marktbedingungen und volatilen effektiven Steuerquoten beeinträchtigt werden. Wir werden weiterhin auf unser Ziel hinarbeiten, gleichwohl wird die Erzielung von Fortschritten durch das herausfordernde Umfeld bestimmt.

Das Kapitalmanagement wird für die Bank weiterhin im Fokus stehen. Im Geschäftsjahr 2014 haben wir nach Maßgabe unserer Strategie 2015+ unsere risikogewichteten Aktiva weiter gesenkt und werden auch im Jahr 2015 die strikte RWA-Disziplin beibehalten. Wir werden unser Risikoabbauprogramm fortsetzen. Allerdings dürfte sich angesichts der Verkleinerung des NCOU-Portfolios der Risikoabbau verlangsamen. Unsere Common-Equity-Tier-1 (CET1)-Kapitalquote nach CRR/CRD 4-Vollumsetzung belief sich Ende 2014 auf 11,7 %, damit übertraf sie bereits unser Ziel von mehr als 10 % nach Maßgabe unserer Strategie 2015+, und dürfte auch im Jahr 2015 über der Zielgröße liegen. Gleichwohl rechnen wir mit weiteren regulatorischen Auflagen. Die Anforderungen nach Maßgabe der technischen Regulierungsstandards (Regulatory Technical Standards – „RTS“) der Europäischen Bankenaufsichtsbehörde (European Banking Authority – „EBA“), wie die konservative Bewertung (Prudent Valuation) und der Übergang zu einem einheitlichen Aufsichtsmechanismus (Single Supervisory Mechanism), könnten signifikante Auswirkungen auf unsere Kapitalposition in 2015 haben.

Wir haben unsere Verschuldungsquote bereits deutlich reduziert. Durch die Ausgabe neuer Aktien und die Senkung unseres Leverage Exposures nach CRD 4 konnten wir bis Ende 2014 unsere Verschuldungsquote auf 3,5 % verbessern. Die aufsichtsbehördlichen Anforderungen dürften, wie oben beschrieben, im laufenden Jahr zunehmen. In Anbetracht des weiterhin aktiven Managements unseres Exposures nach CRD 4 erwarten wir jedoch, dass wir Ende 2015 für die CRR/CRD 4-Verschuldungsquote auf Basis einer Vollumsetzung unser Ziel von ungefähr 3,5 % erreichen werden.

Die Kundeninteressen stehen im Mittelpunkt aller unserer Aktivitäten. Das Bankgeschäft wird sich in den nächsten Jahren grundlegend ändern, und diese Transformation hat bereits eingesetzt. Über soziale Medien, Blogs und Foren werden den Kunden entsprechende Serviceleistungen, Informationen und Produkte angeboten. Dadurch wird die Veränderung im Umgang mit Kunden durch digitale Technologien und Innovationen unterstützt. Darüber hinaus werden unsere Unternehmensbereiche enger und intensiver zusammenarbeiten, damit wir gegenüber unseren Kunden als eine Bank auftreten, denn nur durch Kooperation können wir unsere Vision verwirklichen und eine wirklich globale Bank werden.

Wir werden uns weiterhin auf kulturellen Wandel, die Verankerung unserer Werte und Überzeugungen und die Verbesserung unseres Kontrollumfelds konzentrieren. Im Rahmen unseres Three Lines of Defense-Programms sollen unser internes Kontrollsystem umfassend analysiert sowie die Festigung unserer Governance-Strukturen und Kontrollprozesse sichergestellt werden. Wir werden uns weiterhin für konzernweite Diversity und Zusammenarbeit einsetzen, denn beide sind unverzichtbar, wenn wir uns als die führende kundenorientierte globale Universalbank positionieren wollen.

Chancen

Die nach Maßgabe der Strategie 2015+ erfolgte Umstrukturierung der Kernbank hat sich bereits signifikant auf unsere Performance ausgewirkt und kann zur Schaffung künftiger Wachstumschancen beitragen. Mit den fortlaufenden Verbesserungen der Systeme, Prozesse und Kontrollen der Deutschen Bank könnten wir nicht nur unsere Effizienz steigern, sondern neue Geschäftsmöglichkeiten noch flexibler nutzen als bisher. Darüber hinaus setzen wir den Risikoabbau bei den nicht zum Kerngeschäft gehörenden Vermögenswerten fort und verzeichnen eine Verbesserung unserer Kapitalposition. Dies dürfte unsere Positionierung auf unsicheren Märkten weiter festigen und den Umfang unserer Geschäftsaktivitäten positiv beeinflussen. Der Marktaustritt

wesentlicher Mitbewerber und die höhere Transparenz im regulatorischen Umfeld könnten ebenfalls Wachstumschancen bieten.

Unser Ausblick basiert auf den verschiedenen beschriebenen ökonomischen Annahmen. Diese könnten sich stärker verbessern als zum ursprünglichen Zeitpunkt erwartet und somit zu höheren Erträgen führen, die nur teilweise durch zusätzliche Kosten aufgezehrt werden würden. Dies könnte deshalb zu einer Verbesserung des Ergebnisses vor Steuern und der Aufwand-Ertrag-Relation sowie der regulatorischen Kennziffern, wie Tier-1-Kapitalquote und Verschuldungsquote, führen.

Risiken

Die Umsetzung unserer strategischen Ziele beziehungsweise die Realisierung ihres erwarteten Nutzens könnten durch einige Faktoren beeinträchtigt werden. Dazu zählen wirtschaftliche Faktoren wie das erneute Auftreten extremer Turbulenzen an den für uns relevanten Märkten, die Verschlechterung globaler, regionaler und nationaler Wirtschaftsbedingungen, ein verstärkter Wettbewerb am Markt und politische Instabilität, insbesondere in Europa. Neue regulatorische Anforderungen können zu einem Anstieg unserer Kostenbasis oder einer Einschränkung unserer Geschäftsaktivitäten führen. Verschiedene Aufsichtsbehörden haben Initiativen zum Strukturwandel ergriffen oder planen deren Einführung. Da diese behördlichen Initiativen momentan noch in Diskussion sind, können wir ihre künftigen Auswirkungen noch nicht abschätzen. Bedingt durch die Art unserer Geschäftstätigkeit sind wir an Rechts- und Schlichtungsverfahren sowie aufsichtsrechtlichen Untersuchungen in Deutschland und zahlreichen Jurisdiktionen außerhalb Deutschlands, insbesondere in den USA, beteiligt, deren Ausgang unsicher ist. Wir haben zahlreiche signifikante Rechtsstreitigkeiten beigelegt und Fortschritte bei laufenden Verfahren erreicht. Uns ist bewusst, dass das Umfeld in Bezug auf Rechtsstreitigkeiten und Durchsetzung auch künftig herausfordernd sein wird.

Die Geschäftsbereiche

Wie oben erläutert, wurden die Ziele unserer Geschäftsbereiche im Rahmen der Strategie 2015+ im Mai 2014 angepasst, um den stärker als erwartet gestiegenen Herausforderungen in unseren Märkten und dem regulatorischen Umfeld Rechnung zu tragen. Nachfolgend werden die Details zu den angepassten Zielen und die Erwartungen der Geschäftsbereiche in Bezug auf ihre Zielereichung in 2015 dargestellt.

Im laufenden Jahr wird der Konzern seine Methodik für die Allokation des durchschnittlichen Active Equity sowie für die Allokation bestimmter Ertrags- und Kostenpositionen, die momentan in Consolidation & Adjustments berichtet werden, auf die Geschäftsbereiche ändern. Die Geschäftsbereiche werden dadurch eine gegenüber dem bisherigen Ansatz höhere Allokation an durchschnittlichem Active Equity erhalten und darüber hinaus bestimmte Aufwendungen, z.B. die Bankenabgabe, erfassen, die zuvor in Consolidation & Adjustments verbucht wurden. Dabei wird CB&S am meisten von der veränderten Methode betroffen sein.

Corporate Banking & Securities

In 2015 dürfte das Investmentbanking aufgrund des günstigeren makroökonomischen Ausblicks und der erhöhten Volatilität moderat wachsen. Jedoch wird es weiterhin Herausforderungen geben, einschließlich der neuen regulatorischen Anforderungen und des fortgesetzten Drucks auf Ressourcen sowie der Auswirkungen potenzieller geopolitischer Ereignisse.

Wir rechnen mit einem anhaltenden globalen Wachstum in 2015. Die unterschiedlichen Wachstumsraten in den Regionen werden jedoch zu stärkeren Abweichungen ihrer Währungspolitik führen. Die Renditen der wichtigsten Staatsanleihen dürften im Jahresverlauf moderat steigen. Allerdings könnten die Zinsen auf kurze Sicht noch weiter fallen. Trotz der Markterholung im Jahr 2014 erwarten wir ein weiterhin starkes Aktiengeschäft. Gründe hierfür sind höhere Erträge, das gestiegene Vertrauen der Unternehmen dank geringerer wirtschaftlicher Unsicherheiten sowie die vergleichsweise niedrigen globalen Geldmarkt- und Anleiherenditen.

Wir werden unsere Geschäftsaktivitäten weiterhin fortlaufend optimieren und gleichzeitig unsere Kostenziele sowie die angestrebten Kapital- und Verschuldungsquoten umsetzen. Aus geografischer Sicht werden wir sicherstellen, dass Ressourcen den Marktchancen entsprechend eingesetzt werden, um die Profitabilität und die Ergebnisse zu maximieren.

Die bereinigte Eigenkapitalrendite nach Steuern basierend auf dem durchschnittlichen Active Equity lag für CB&S im Jahr 2014 bei 13 %. In 2015 werden wir uns bei der Erreichung unseres finanziellen Ziels einer Eigenkapitalrendite nach Steuern von 13 % bis 15 % basierend auf dem durchschnittlichen Active Equity signifikanten Herausforderungen stellen müssen. Dies ist teilweise der oben bereits angesprochenen Veränderung der Allokation von Positionen auf die Geschäftsbereiche geschuldet. Darüber hinaus werden Aufwendungen im Zusammenhang mit regulatorischen Auflagen, einschließlich eines gegenüber den bisherigen Bankabgaben höheren Beitrags zum Einheitlichen Abwicklungsfonds (SRF), negative Auswirkungen auf die Eigenkapitalrendite nach Steuern basierend auf dem durchschnittlichen Active Equity in diesem Geschäftsbereich haben.

Anhaltende Risiken und Unsicherheiten schließen die Anfälligkeit des globalen Wirtschaftswachstums für Ereignisrisiken, die potenziellen Auswirkungen einer Veränderung der US-amerikanischen Geldpolitik, anhaltende regulatorische Entwicklungen, die Folgen einer weiteren Reduzierung des bilanziellen Verschuldungsgrades, Aufwendungen für Rechtsstreitigkeiten und Durchsetzungen und Fortschritte bei den Kosteneinsparungen im Rahmen des OpEx-Programms, die durch Aufwendungen für die Umsetzung regulatorischer Anforderungen und Verbesserungen der Plattform aufgehoben werden, mit ein.

Im Bereich Sales & Trading rechnen wir in 2015 mit einem leichten Anstieg der Erträge im weltweiten Fixed Income-Geschäft gegenüber 2014, der durch eine erhöhte Volatilität und Kundenaktivität infolge der zunehmenden Unterschiede in der Geldpolitik unterstützt wird. Die laufenden Erträge im kundenbezogenen Aktienkassageschäft dürften mittelfristig durch das globale Wirtschaftswachstum, vor allem in den USA, gestützt werden.

In Corporate Finance wird das Provisionsaufkommen in 2015 voraussichtlich geringfügig unter dem von 2014 liegen, das bisher das Rekordjahr nach der Finanzkrise darstellt. Die M&A-Aktivitäten dürften teilweise infolge der in 2014 angekündigten umfangreichen Transaktionen etwas höher sein. Allgemein rechnen wir jedoch in den USA bei allen Markets Produkten mit einer niedrigeren Aktivität. Gründe hierfür sind das höhere Zinsniveau in den USA, das in einer Verringerung der Anleiheemissionen resultieren wird und höhere Volatilität, infolge derer die Aktienemissionen sinken werden.

Trotz des schwierigen Marktumfelds in den letzten Jahren und des anhaltend unsicheren Ausblicks sehen wir CB&S aufgrund der fortgesetzten dynamischen Optimierung des Portfolios und der anhaltenden Fokussierung auf die Ressourceneffizienz als gut aufgestellt, um möglichen Herausforderungen zu begegnen und zukünftige Chancen zu nutzen.

Private & Business Clients

Der makroökonomische Ausblick für die Länder, in denen Private & Business Clients (PBC) tätig ist, erwartet eine Fortsetzung des moderaten Wachstumstrends. Das gesamte Marktumfeld dürfte jedoch weiterhin schwierig bleiben. Durch die anhaltende expansive Geldpolitik in der Eurozone wird auf kurze Sicht keine Verbesserung der, durch das Niedrigzinsumfeld bedingten, Auswirkungen erwartet.

Infolge des Niedrigzinsumfelds dürfte unser Einlagengeschäft weiterhin unter erheblichem Druck bleiben. Die Entwicklung bei den Erträgen aus dem Wertpapiergeschäft ist vor allem vom makroökonomischen Umfeld in Europa und der Wiedergewinnung des Kundenvertrauens in Deutschland abhängig. Weitere regulatorische Anforderungen der Aufsichtsbehörden könnten unsere Fähigkeit zur Ertragsgenerierung weiter beeinträchtigen. Werden die Integration der operativen Postbankbereiche sowie die Durchführung unseres Opex-Programms nicht zeitgerecht und effizient durchgeführt, so kann dies materielle, negative Effekte auf die Erreichung unserer geplanten Effizienzsteigerungen haben.

Zur Stärkung unserer Position als Marktführer in Deutschland und zum Ausbau unseres gut aufgestellten Beratungsgeschäfts in ausgewählten internationalen Märkten, werden wir die uns zur Verfügung stehenden Opportunitäten nutzen. Im Kreditgeschäft strebt PBC den Ausbau seines Kerngeschäfts in Deutschland durch Ausweitung der Margen und durch Volumenswachstum an. Gleichzeitig werden wir eine strenge Risikodisziplin in allen Geschäftsbereichen beibehalten und den Kapitalbedarf weiter gezielt optimieren. In Bezug auf unsere Investmentgeschäfte planen wir, weiterhin in allen unseren Geschäftsbereichen auf unserem Wachstumskurs zu bleiben. Darüber hinaus werden wir in bestimmte digitale Angebote investieren, um unser Multikanal Angebot auszubauen. Das Digitalisierungsprogramm rollen wir in allen unseren Geschäftsbereichen aus. Durch die Integration der operativen Bereiche in PBC konsolidieren und verbessern wir unsere einheitliche Service- und IT-Plattform, um dadurch die Effizienz von PBC zu steigern.

In Private & Commercial Banking werden wir unsere Marktposition weiter stärken, indem wir unser integriertes Betreuungsmodell für kleine und mittlere Unternehmen in Form eines Joint Venture zwischen PBC und GTB nutzen. Wir werden unseren Schwerpunkt weiterhin auf das risikoarme Hypothekengeschäft legen, unser Geschäft mit Anlage- und Versicherungsprodukten ausbauen und unsere strikte Kostendisziplin beibehalten.

In Advisory Banking International profitieren wir von unserer Stärke im Beratungsgeschäft in Europa und nutzen weiterhin effizient unsere wachstumsorientierten Investitionen in asiatischen Kernländern.

Die Postbank wird ihren Wachstumskurs in Deutschland fortsetzen und parallel dazu ihre Geschäftspraktiken weiter angleichen sowie durch die Umsetzung organisatorischer Maßnahmen Kosteneinsparungen anstreben. Die fortschreitende Integration der Postbank sollte es PBC ermöglichen, die angestrebten Synergien zu erzielen. Ein neuer Vertragsabschluss mit der Deutschen Post DHL wird in 2015 zu einem beträchtlichen Rückgang der Erträge gegenüber dem Vorjahr führen. Das wird teilweise durch niedrigere Kosten ausgeglichen werden.

Wir erwarten, dass unsere Umsetzungskosten für die Integration der Postbank und andere Maßnahmen im Rahmen unseres OpEx-Programms größtenteils unseren ursprünglichen Plänen entsprechen. Sie sind jedoch nach wie vor von der Erreichung von Meilensteinen und Fortschritten bei einzelnen Projekten abhängig. Wir erwarten einen Rückgang der Umsetzungskosten in 2015 gegenüber dem Vorjahr und rechnen in 2015 und in den Folgejahren mit einer damit verbundenen Kostenreduktion.

PBC erzielte in 2014 trotz einiger Herausforderungen, wie der einmaligen Sonderbelastung für die Rückzahlung von Kreditbearbeitungsgebühren, einen Gewinn vor Ertragsteuern in Höhe von 1,3 Mrd €. In 2015 visieren wir weiterhin unsere ehrgeizige Ambition eines Ergebnisses vor Steuern von rund 2,5 Mrd € bis 3 Mrd € an. Dieses ist jedoch stark abhängig von strategischen Initiativen wie die Realisierung von Synergieeffekten aus der Postbankintegration, von den zukünftigen Marktbedingungen und von Unsicherheiten im regulatorischen Umfeld.

Global Transaction Banking

Transaction Banking wird wie in 2014 wahrscheinlich weiterhin von verschiedenen wichtigen Faktoren beeinflusst werden. Das relativ niedrige Zinsniveau, einschließlich der negativen Zinssätze auf einigen Kernmärkten dürften weiterhin bestehen. Gleichwohl könnten bestimmte Märkte, insbesondere die USA, im zweiten Halbjahr einen möglichen Aufschwung aufweisen. Das globale Wachstum könnte sich 2015 beschleunigen und die US-Wirtschaft dürfte ihren stabilen Erholungskurs wieder aufnehmen. In der Eurozone dürfte sich die leichte Erholung fortsetzen. Die Wachstumsraten in den Schwellenländern werden jedoch wahrscheinlich voneinander abweichen. Die Ertragspools in Transaction Banking dürften ein leichtes Wachstum mit unterschiedlicher Dynamik bei den einzelnen Produkten verzeichnen. Das Volumenwachstum dürfte jedoch durch den anhaltenden Margendruck sowie das oben erwähnte weiterhin bestehende Niedrigzinsumfeld neutralisiert werden. Deutlich umfangreichere und strengere regulatorische Anforderungen, einschließlich potenzieller struktureller Änderungen, der Kostendruck sowie Rechtsstreitigkeiten dürften weiterhin eine Herausforderung für die gesamte Bankenbranche darstellen.

Die oben beschriebenen Entwicklungen werden unsere Aktivitäten in Global Transaction Banking (GTB) weiterhin beeinflussen. Durch das anhaltend dynamische profitable Wachstum und die Ausweitung der Kundenbasis im operativen Geschäft in den vergangenen Jahren sowie dank qualitativ hochwertiger und innovativer Produkte dürften wir gut aufgestellt sein, um diese Herausforderungen zu bewältigen und unsere Kundenbasis weiter auszubauen. Trade Finance könnte von dem globalen Wirtschaftswachstum und der daraus resultierenden Außenhandelsnachfrage profitieren. Darüber hinaus wird der starke Rückgang im Kreditgeschäft voraussichtlich ein Ende haben, und die in jüngster Zeit beobachtete Stabilisierung der Margen dürfte anhalten. Im Bereich Securities Services könnte die Aussicht auf einen anhaltenden Anstieg der Ertragspools in 2015 sowie der Trend zu einer Konzentration der Investment Banking-Dienstleistungen unseres Erachtens Wachstumsmöglichkeiten bieten. In Cash Management ist die Zunahme der weltweiten Aktivitäten ein möglicher positiver Faktor, wobei das voraussichtlich weiter anhaltende Niedrigzinsumfeld das Wachstum hemmen wird. Der Bereich legt seinen Schwerpunkt auch künftig auf die Intensivierung seiner bestehenden Geschäftsbeziehungen zu anspruchsvollen Unternehmen und institutionellen Kunden. Zudem wird er den Ausbau des Geschäfts in einigen Schwellenländern fortsetzen. Die Zusammenarbeit mit anderen Bereichen der Bank (unter anderem die enge Geschäftsbeziehung zum Vertrieb in CB&S) wird kontinuierlich ausgebaut. So soll sichergestellt werden, dass ein breiterer Kundenstamm Zugang zu unseren Produkten und Dienstleistungen erhält. Zu den Maßnahmen gehörte unter anderem die Zusammenführung und Integration des Geschäfts mit kleinen und mittleren Unternehmen in Deutschland im September 2013, um unsere Position im Heimatmarkt zu festigen.

Die aktualisierte Strategie 2015+ sah einen Anstieg des Vorsteuerergebnisses von GTB auf 1,6 Mrd € bis 1,8 Mrd € bis 2015 vor. In 2014 hat GTB ein Vorsteuerergebnis von 1,2 Mrd € erreicht. Insgesamt hat der Ausbau unserer Geschäftsaktivitäten für die Deutsche Bank nach wie vor Priorität und die damit verbundenen Initiativen dürften dem Rechnung tragen. Der erfolgreiche Abschluss der Neuausrichtung im Firmenkundengeschäft in den Niederlanden wird unseren Erwartungen nach ebenfalls zur Erreichung des Ziels von GTB beitragen. Das durch starken Wettbewerb gekennzeichnete Geschäftsumfeld dürfte jedoch weiterhin eine Herausforderung darstellen, und die Zinsen, welche in der zweiten Hälfte des vergangenen Jahres sogar negativ wurden, werden voraussichtlich auf dem niedrigen Niveau bleiben. Auch der Kostendruck sowie die wachsenden aufsichtsbehördlichen Forderungen und die Aufwendungen für die potenzielle Beilegung von Rechtsstreitigkeiten werden GTB weiterhin vor Herausforderungen stellen. GTB wird auch weiterhin seine gezielten Maßnahmen zur Umsetzung der Strategie 2015+ fortsetzen. Die Erreichung des Wachstumsziels könnte in Anbetracht des aktuell schwierigen Geschäftsumfelds eine besonders hohe Herausforderung sein.

Deutsche Asset & Wealth Management

Die Vermögensverwaltungsbranche wird in 2015 von der weiterhin anhaltenden Erholung der Weltwirtschaft profitieren. Trotz des schwierigen makroökonomischen Umfeldes, welches durch die europäische Staatsschuldenkrise, der Volatilität in den Schwellenländern und das sich verändernde aufsichtsrechtliche Umfeld geprägt ist, bleibt unser Ausblick für 2015 positiv. Wir erwarten, dass eine anhaltend niedrige Inflation in den Industrieländern, ein moderater Anstieg des U.S.-Zinsniveaus und eine expansive Geldmarktpolitik der Zentralbanken die Aktienmärkte weiter antreiben wird. Diese Faktoren werden unserer Ansicht nach insbesondere große Vermögensverwalter begünstigen, die Skaleneffekte und Effizienzen nutzen können, um Kunden anspruchsvolle Anlagelösungen anzubieten.

Dank seiner Strategie ist der Bereich Deutsche AWM gut aufgestellt, um von den Branchen- und Wettbewerbstrends zu profitieren. In 2014 konnte ein Ergebnis vor Steuern von 1 Mrd € verzeichnet werden. Aufbauend auf den Fortschritten aus 2014 im Hinblick auf die Implementierung laufender Projekte zur Transformation der Infrastruktur, werden in 2015 weitere Ertragssteigerungen und Effizienzgewinne erwartet. Die hieraus resultierende signifikante Steigerung der Performance im Vergleich zum Vorjahr wird uns erlauben unser angestrebtes Ergebnis vor Steuern von 1,7 Mrd € bis Ende 2015 zu erreichen. Wir streben an, an das Wachstumsmomentum aus dem Vorjahr anzuknüpfen, indem wir unseren Kunden eine weiterhin hohe Qualität unserer Dienstleistungen anbieten und nachhaltige Plattformeffizienzen erzielen werden.

Wir werden unsere Präsenz in ausgewählten Märkten ausbauen und dabei insbesondere von dem globalen Netzwerk des Deutsche Bank-Konzerns profitieren. Wir sind in Schwellenländern aktiv, in denen ein schnelles

Wachstum die Schaffung von Wohlstand und damit die Nachfrage nach Vermögensverwaltungsleistungen begünstigt. Unsere fokussierte Strategie beinhaltet ebenfalls die Optimierung ausgewählter Geschäftsportfolios.

In Einklang mit unserem Ziel, die Anzahl der Geschäftsbeziehungen zu sehr vermögenden Kunden von 2012 bis 2015 um rund 50 % zu erhöhen, werden wir im laufenden Jahr unser Geschäft mit sehr vermögenden Kunden (Ultra High Net Worth – UHNW) weltweit weiter ausbauen, welches sich im Vergleich zu anderen Vermögensbereichen vor allem durch sein schnelles Wachstum besonders hervorhebt. Diese anspruchsvollen Kunden profitieren von unserem globalen Betreuungsmodell und unseren integrierten Kundenbetreuungsteams. Die anspruchsvollsten UHNW-Kunden können zudem die kürzlich geschaffenen Key Client Partners (KCP) Desks nutzen. Diese wurden gegründet, damit wir unseren Kunden einen Zugang sowohl zu unseren eigenen als auch zu externen anlageklassenübergreifenden sowie grenzüberschreitenden Anlagemöglichkeiten und Finanzierungslösungen bieten können.

Wir erwarten, dass sich die Verschiebung der Anlagepräferenzen in 2015 fortsetzen wird, und Investitionen in alternative Produkte (Hedgefonds, Private Equity, Immobilien und Rohstoffe) aufgrund ihrer stetigen, risikoadjustierten Erträge sowie in passive Produktangebote (ETFs) dank vergleichsweiser geringer Gebühren zunehmen wird. Hieraus resultierend gehen wir davon aus, dass alternative und passive Produkte andere Anlageklassen in 2015 hinter sich lassen werden. Ein weiterer wichtiger Trend, der vor allem in Industrieländern anhalten dürfte, ist die steigende Nachfrage nach Altersvorsorgeprodukten, die durch demografische Trends getrieben wird.

Das Geschäft mit passiven Produkten wird von der Verlagerung des Schwerpunkts hin zu physisch replizierenden börsennotierten Fonds (ETFs) profitieren, die 2015 abgeschlossen wird. Damit bekräftigen wir die Positionierung von Deutsche AWM als einer der größten Anbieter direkt replizierender ETFs in Europa. Wir gehen davon aus, dass diese bereits bestehenden Produkte ebenso wie die Einführung neuer Produktangebote in 2015 die entscheidenden Wachstumstreiber unseres verwalteten Vermögens sein werden. Der Erfolg der Palette an neuen physisch replizierenden ETFs wird teilweise von der anhaltenden Kundennachfrage nach passiven Investments mit physischer Replikation abhängen.

Wir wollen die Zusammenarbeit mit anderen Bereichen der Deutschen Bank in 2015 weiter intensivieren. Dies umfasst unter anderem die Fortsetzung der Beziehungen zu PBC als Vertriebspartner für DWS-Fonds in Deutschland und zu CB&S zur Umsetzung der Anforderungen vermögender Kunden im Bereich Corporate Financing. Des Weiteren werden wir auch weiterhin die Stärken unserer aktiven Investmentplattform (zum Beispiel im Fixed Income Bereich und bei Dividendenfonds) nutzen, um den Kunden attraktive Dienstleistungen zur Verfügung stellen zu können.

Die in 2014 initiierten Investitionen in unser operatives Geschäft und die EDV werden in 2015 vollumfänglich implementiert, und statten Deutsche AWM mit einer umfassenden und modernen IT-Infrastruktur aus. So wird beispielsweise das erfolgreiche Ausrollen unserer Vermögensverwaltungsplattform in 2015 zu signifikanten Verbesserungen in Bezug auf Effizienz und Funktionalität führen. Diese Initiativen sind Teil zahlreicher Projekte zur Optimierung unserer geografischen und operativen Präsenz. Die finanzielle Performance des Bereiches basiert teilweise auf der erfolgreichen Umsetzung dieser Projekte. Sie ist darüber hinaus von der Zunahme des verwalteten Vermögens und einer höheren Rendite neuer Vermögenswerte abhängig. Um dies zu erreichen, bauen wir weiterhin auf unserem integrierten Betreuungsmodell auf und erweitern unsere Produktpalette.

Non-Core Operations Unit

Die Non-Core Operations Unit (NCOU) dürfte weiterhin einen Beitrag zur Erreichung der strategischen Ziele des Konzerns leisten einschließlich des Deleveraging-Programm. Der Schwerpunkt unserer Strategie und unseres Mandats liegt auf dem beschleunigten Risikoabbau, womit beide an den strategischen Zielen der Deutschen Bank ausgerichtet sind. Das Ziel ist die Freisetzung von Kapital, Reduzierung der Bilanzsumme sowie der Schutz des Aktionärsvermögens durch Reduzierung von Risiken aus verbleibenden Vermögenswerten und Geschäftsaktivitäten.

Der Schwerpunkt liegt daher auf der Reduzierung des Kapitalbedarfs, um die Kapitalquote der Deutsche Bank zu verbessern, ohne dass es für die Aktionäre zu einem Verwässerungseffekt kommt. Künftig wird der Fokus ebenfalls auf der Verkürzung der Bilanz in Übereinstimmung mit der CRR/CRD 4 liegen, um die Bank bei der Erreichung ihrer Ziele in Bezug auf den Verschuldungsgrad zu unterstützen. Weitere Schwerpunkte sind die Reduzierung latenter Risiken und bankfremder Vermögenswerte sowie die Anpassung der Kostenbasis des Unternehmensbereichs NCOU an den fortschreitenden Risikoabbau.

Bei der erfolgreichen Umsetzung dieser Strategie gibt es weiterhin spezifische Herausforderungen. Die NCOU-Portfolios enthalten signifikante Investitionen in einzelne Unternehmen sowie sonstige Vermögenswerte, die nicht mehr zu unserem Kerngeschäft gehören. Diese Investitionen und Vermögenswerte unterliegen sich verändernden wirtschaftlichen Rahmen- und Marktbedingungen. Solche Veränderungen können zu Abweichungen im Zeitplan für den Risikoabbau führen und sich auf künftige Ergebnisse auswirken. Darüber hinaus fallen in der NCOU weiterhin Kosten aufgrund hoch verzinslicher Verbindlichkeiten und für die Inanspruchnahme der Infrastruktur des Deutsche Bank-Konzerns an.

Die Geschwindigkeit des Risikoabbaus hat sich verlangsamt, da das Portfoliovolumen gesunken ist. Dies hat zu einer erhöhten Volatilitätssensitivität der Berechnung risikogewichteter Aktiva (RWA) vor allem bei Markt- und operationellen Risiken geführt und dadurch kurzfristig die Kapitalfreisetzung beeinflusst. Neben den Unsicherheiten im Zusammenhang mit der Strategie des Risikoabbaus in der NCOU rechnen wir mit einem weiterhin herausfordernden rechtlichen Umfeld.

Risikobericht

Einführung – 63

73 Risikomanagement – Überblick

75 Grundsätze des Risikomanagements
Rahmenwerk für das Risikomanagement – 75
Risikokultur – 80
Risikotoleranz und Risikokapazität – 81
Strategie und Kapitalplan – 82

85 Risikobewertung und Berichterstattung

88 Risikoinventur

93 Kreditrisiko
Kreditengagement – 102
Kreditengagement gegenüber ausgewählten Ländern der Eurozone – 113
Ausleihebezogenes Kreditrisikoengagement –119
Firmenkreditengagement – 120
Konsumentenkreditengagement – 123
Kreditrisikoengagement aus Derivaten – 124
Beteiligungen – 128
Qualität von Vermögenswerten – 128
Adressenausfallrisiko:
Aufsichtsrechtliche Bewertung – 138
Verbriefungen – 177

199 Marktrisiko aus Handelsaktivitäten
Value-at-Risk (VaR) innerhalb des Deutsche Bank-Konzerns (ohne Postbank) – 202
Aufsichtsrechtliche Anforderungen zum handelsbezogenen Marktrisiko – 205
Bilanz und Vermögenswerte des Handelsbuchs – 211
Value-at-Risk der Postbank – 216
Ergebnisse des Aufsichtsrechtlichen Backtestings des Trading Market Risk – 217

219 Marktrisiko aus Nichthandelsaktivitäten
Bewertung des Marktrisikos aus Nichthandelsaktivitäten – 220
Ökonomischer Kapitalbedarf für unsere nicht handelsbezogenen Marktrisikoportfolios – 222
Gehaltene Beteiligungen – 224

226 Operationelles Risiko

236 Liquiditätsrisiko
Kurzfristige Liquidität und Refinanzierung über den Wholesale-Markt – 237
Refinanzierung und Kapitalmarktemissionen – 237
Diversifizierung der Finanzierungsmittel – 238
Liquiditätsreserven – 242
Belastung von Vermögenswerten – 245
Fälligkeitsanalyse der Vermögensgegenstände und finanziellen Verbindlichkeiten – 248

253 Kapitalmanagement

256 Aufsichtsrechtliches Eigenkapital
Kapitaladäquanz – 256
Aufsichtsrechtliche Eigenkapitalanforderungen – 274

283 Bilanzmanagement
Verschuldungsquote gemäß dem überarbeiteten CRR/CRD 4-Rahmenwerk auf Basis einer Vollumsetzung (nicht testiert) – 283

286 Gesamtrisikoposition
Ökonomisches Kapital – 286
Interne Kapitaladäquanz – 288

Einführung

Veröffentlichungen gemäß IFRS 7 und IAS 1 sowie IFRS 4

Der nachstehende Risikobericht enthält qualitative und quantitative Angaben zu Kredit-, Markt-, und sonstigen Risiken auf Basis des „International Financial Reporting Standard 7 (IFRS 7) Financial Instruments: Disclosures“, Veröffentlichungen zum Kapital entsprechend dem „International Accounting Standard 1 (IAS 1) Presentation of Financial Statements“ sowie qualitative und quantitative Angaben zu Versicherungsrisiken auf Basis des „International Financial Reporting Standard 4 (IFRS 4) Insurance contracts“. Diese Informationen, die zum Konzernabschluss gehören und über Referenzierungen in diesen einbezogen werden, sind in diesem Risikobericht durch eine seitliche Klammer markiert.

Veröffentlichungen gemäß Säule 3 des Kapitalregelwerks nach Basel 3

Der nachfolgende Risikobericht enthält die Veröffentlichungen zur Säule 3 des globalen aufsichtsrechtlichen Regelwerks für Kapital und Liquidität des Baseler Ausschusses für Bankenaufsicht, auch bezeichnet als Basel 3 (früher Basel 2 und Basel 2.5). Dies wird in den Offenlegungspflichten gemäß Teil 8 der „Verordnung (EU) Nr. 575/2013 über Aufsichtsanforderungen an Kreditinstitute und Wertpapierfirmen“ (Capital Requirements Regulation oder „CRR“) und der „Richtlinie 2013/36/EU über den Zugang zur Tätigkeit von Kreditinstituten und die Beaufsichtigung von Kreditinstituten und Wertpapierfirmen“ (Capital Requirements Directive 4, Eigenkapitalrichtlinie 4, oder „CRD 4“) umgesetzt. Deutschland setzte die CRD 4-Anforderungen in nationales Recht in § 26a Kreditwesengesetz (KWG) um. Die Regulierung erfordert kein Testat der Säule-3-Offenlegung. Dementsprechend sind die Säule-3-Offenlegungen als nicht testiert gekennzeichnet.

In diesem Risikobericht bezieht sich der Begriff „Basel 2.5“ auf die Eigenkapitalrichtlinien 2 und 3, so wie sie in deutsches Recht umgesetzt wurden und bis zum 31. Dezember 2013 Gültigkeit hatten. Aus diesem Grund wenden wir den Begriff „Basel 2.5“ an, wenn wir auf diese Regelungen Bezug nehmen. Seit dem 1. Januar 2014 erfolgt die Berechnung unseres aufsichtsrechtlichen Eigenkapitals, unserer risikogewichteten Aktiva und unserer Kapitalquoten auf Basis der Eigenkapitalanforderungen gemäß der CRR und CRD 4, die bestimmten Übergangsregelungen unterliegen. Insofern verwenden wir bei der Darstellung der Ergebnisse unter Berücksichtigung der Übergangsregeln die Bezeichnung „CRR/CRD 4“, sofern nicht anders angegeben. Bei der Darstellung der Ergebnisse auf Basis einer vollständigen Anwendung des finalen Rahmenwerks (und damit ohne Berücksichtigung der anwendbaren Übergangsregeln) verwenden wir die Bezeichnung „CRR/CRD 4-Vollumsetzung“.

Wir haben das Basel 3-Kapitalregelwerk für die Mehrheit unserer Engagements auf Basis eigener interner Modelle zur Messung des Kreditrisikos, des Marktrisikos und des operationellen Risikos umgesetzt, die von der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht („BaFin“) genehmigt wurden. Alle Säule-3-relevanten Veröffentlichungen basieren auf intern definierten Prinzipien und darauf bezogenen Prozessen, welche in unserer entsprechenden Risiko-Veröffentlichungsrichtlinie festgeschrieben sind.

Die folgende Tabelle erleichtert das Auffinden der wichtigsten Säule-3-bezogenen Offenlegungsthemen in diesem Risikobericht.

Wichtigste Säule-3-Offenlegung in unserem Finanzbericht

Säule-3-Offenlegungsthemen	Im Finanzbericht zu finden unter
Einleitung und Anwendungsbereich der Offenlegungspflichten	„Einleitung“, „Anwendungsbereich der aufsichtsrechtlichen Konsolidierung“, „Zusätzliche Offenlegungspflichten für bedeutende Tochterunternehmen“
Risikomanagementziele und -politik	„Risikomanagement: Überblick“, „Grundsätze des Risikomanagements“, „Risikobewertung und Berichterstattung“, „Risikoinventur“, „Bilanzmanagement“, „Kapitalmanagement“ und „Gesamtrisikoposition“
Eigenmittel, Eigenmittelanforderungen und Kapitalpuffer	„Regulatorisches Kapital“, „Kapitalmanagement“, „Gesamtrisikoposition“ und Offenlegung zusätzlicher Informationen auf unserer Homepage
Gegenparteiausfallrisiko, Kreditrisikoanpassungen, Anwendung des IRB-Ansatzes auf Kreditrisiken und Verwendung von Kreditrisikominderungstechniken	„Kreditrisiko“, „Qualität von Vermögenswerten“, „Risikobewertung und Berichterstattung“, „Adressenausfallrisiko: Aufsichtsrechtliche Bewertung“, „Gesamtrisikoposition“ und Anhangangabe 1 „Wesentliche Rechnungslegungsgrundsätze und -einschätzungen“
Unbelastete Vermögenswerte	„Liquiditätsrisiko“
Inanspruchnahme von externen Ratingagenturen (ECAI)	„Adressenausfallrisiko: Aufsichtsrechtliche Bewertung“
Risiko aus Verbriefungspositionen	„Verbriefung“, Anhangangabe 1 „Wesentliche Rechnungslegungsgrundsätze und -einschätzungen“ und Anhangangabe 14 „Zum beizulegenden Zeitwert bewertete Finanzinstrumente“
Risiko aus nicht im Handelsbuch enthaltenen Beteiligungspositionen	„Gehaltene Beteiligungen“, „Regulatorisches Kapital“, Anhangangabe 17 „Nach der Equitymethode bilanzierte Beteiligungen“ und Anhangangabe 46 „Anteilsbesitz“
Marktrisiko, Zinsrisiko aus nicht im Handelsbuch enthaltenen Positionen und Verwendung interner Modelle für das Marktrisiko	„Marktrisiko aus Handelsaktivitäten“, „Marktrisiko aus Nichthandelsaktivitäten“, „Rechnungslegung und Bewertung von Beteiligungspositionen“, „Regulatorisches Kapital“ und Anhangangabe 1 „Wesentliche Rechnungslegungsgrundsätze und -einschätzungen – Ermittlung des beizulegenden Zeitwerts“
Operationelles Risiko und Verwendung fortgeschrittener Messansätze für operationelle Risiken	„Operationelles Risiko“ und „Regulatorisches Kapital“
Liquiditätsrisiko	„Liquiditätsrisiko“
Verschuldung	„Risikomanagement: Überblick“, „Grundsätze des Risikomanagements“ und „Bilanzmanagement“
Indikatoren der globalen Systemrelevanz	Offengelegt auf unserer Homepage

Offenlegung gemäß den Prinzipien und Empfehlungen der Enhanced Disclosure Task Force (EDTF)

In 2012 wurde die „Enhanced Disclosure Task Force“ („EDTF“) als eine privatwirtschaftliche Initiative unter der Schirmherrschaft des Financial Stability Board mit dem primären Ziel gegründet, die grundlegenden Prinzipien für verbesserte Offenlegung von Risiken sowie Empfehlungen für die Verbesserung bereits existierender Offenlegungen von Risiken zu entwickeln. Als ein Mitglied der EDTF haben wir die Offenlegungsvorschläge in diesem Risikobericht berücksichtigt.

Basel 3 und CRR/CRD 4

In der Europäischen Union wurde das neue Basel 3-Kapitalrahmenwerk durch die am 27. Juni 2013 veröffentlichte „Verordnung (EU) Nr. 575/2013 über Aufsichtsanforderungen an Kreditinstitute und Wertpapierfirmen“ (Capital Requirements Regulation, „CRR“) und die am 27. Juni 2013 veröffentlichte „Richtlinie 2013/36/EU über den Zugang zur Tätigkeit von Kreditinstituten und die Beaufsichtigung von Kreditinstituten und Wertpapierfirmen“ (Capital Requirements Directive 4, „CRD 4“) eingeführt. Das CRR/CRD 4-Rahmenwerk ersetzt die Gesetze zur Umsetzung der internationalen Eigenkapitalanforderungen entsprechend den Empfehlungen des Basler Ausschusses für Bankenaufsicht, allgemein als Basel 2 und Basel 2.5 bezeichnet. Um ein einheitliches „Regelwerk“ für Kreditinstitute und Wertpapierfirmen in der Europäischen Union zu schaffen, wurde die CRR unmittelbar für Kreditinstitute und Wertpapierfirmen zur Anwendung gebracht, was die Notwendigkeit von einzelstaatlichen Vorschriften in Bezug auf die von ihr erfassten Regelungsbereiche größtenteils vermied. Infolgedessen wurden das deutsche Kreditwesengesetz (KWG) und die deutsche Solvabilitätsverordnung (SolvV) geändert, um alle Bestimmungen zu entfernen, die durch die CRR ersetzt worden sind. Neue Bestimmungen für aufsichtsrechtliche Eigenmittelanforderungen, die aufsichtsrechtliche Bewertung des Ausfallrisikos und von Verbriefungen und viele weitere für uns relevante Regelungen befinden sich nun in der CRR. Zudem erfolgte die Umsetzung der CRD 4 in deutsches Recht über Anpassungen im

deutschen KWG und in der deutschen Solvabilitätsverordnung (SolvV) sowie in den begleitenden Verordnungen. Zusammen stellen diese Gesetze und Regulierungen das neue aufsichtsrechtliche Rahmenwerk dar, welches in Deutschland unter anderem in Bezug auf das Kapital, die Verschuldung, die Liquidität und auch Veröffentlichungen gemäß Säule 3 anwendbar ist.

Das neue aufsichtsrechtliche Rahmenwerk trat am 1. Januar 2014 unter Berücksichtigung von Übergangsregeln in Kraft. Insofern verwenden wir bei der Darstellung der Ergebnisse unter Berücksichtigung der Übergangsregeln die Bezeichnung „CRR/CRD 4“. Bei Darstellung der Ergebnisse auf Basis einer vollständigen Anwendung des finalen Rahmenwerks (und damit ohne Berücksichtigung der anwendbaren Übergangsregeln) verwenden wir den Begriff „CRR/CRD 4-Vollumsetzung“. In einigen Fällen bestehen trotz der CRR/CRD 4 unverändert Übergangsbestimmungen für die Risikogewichtung bestimmter Gruppen von Vermögenswerten, die von den früheren Kapitaladäquanz-Rahmenwerken Basel 2 oder Basel 2.5 eingeführt worden waren. Hierzu gehören Regeln, die zum Beispiel den Bestandsschutz von Beteiligungen mit einem Risikogewicht von 100 % ermöglichen und die Auswahl der höheren Position aus Long- und Short-Positionen als Basis für die Bemessung im Marktrisiko-Standardansatz erlauben, anstelle der Summe aus Long- und Short-Positionen. In diesen Fällen geht unsere CRR/CRD 4-Methodik von der Annahme aus, dass die Auswirkungen des Ablaufs dieser Übergangsregelungen durch den Verkauf von zugrunde liegenden Vermögenswerten oder andere Maßnahmen vor dem Ablauf dieser Übergangsregeln gemindert werden.

Die neuen Mindestkapitalquoten werden schrittweise bis 2015 eingeführt. Der überwiegende Teil der aufsichtsrechtlichen Anpassungen (das heißt Kapitalabzüge und aufsichtsrechtliche Filter in Korrekturposten) tritt phasenweise bis 2018 in Kraft. Kapitalinstrumente, die nach den neuen Regelungen nicht qualifiziert sind, sind bis 2022 phasenweise nicht mehr zu berücksichtigen. Neue Anforderungen zu Kapitalpuffern werden phasenweise bis 2019 eingeführt. Obwohl die aufsichtsrechtliche Berichterstattung bereits in 2014 beginnt, werden bindende Mindestanforderungen für die kurzfristige Liquidität in 2015 wirksam und ein Standard für die langfristige Liquidität wird in 2018 erwartet. Die Einführung eines verpflichtenden Verschuldungsgrades wird für 2018 erwartet, während die Veröffentlichung der Kennziffer bereits in 2015 beginnen wird.

Hinsichtlich der CRR/CRD 4-Regelungen bestehen immer noch Interpretationsunsicherheiten und einige der darauf bezogenen verpflichtenden technischen Regulierungsstandards liegen auch noch nicht final vor. Daher werden wir unsere Annahmen und Modelle kontinuierlich in dem Maße anpassen, wie sich unser Verständnis und das der Industrie bezüglich der Interpretation der Regeln entwickelt. Vor diesem Hintergrund können unsere CRR/CRD 4-Messgrößen von unseren früheren Erwartungen abweichen. Auch die Annahmen und Einschätzungen unserer Wettbewerber über die Einführung mögen sich verändern, so dass unsere CRR/CRD 4-Kennzahlen nicht mit ähnlich bezeichneten Messgrößen unserer Wettbewerber vergleichbar sind.

Konsolidierungsansatz

Die in den folgenden Abschnitten dargestellten quantitativen Informationen beziehen sich auf den Konzernabschluss in Übereinstimmung mit den „International Financial Reporting Standards“. Daraus resultiert, dass die Berichterstattung grundsätzlich auf den IFRS-Regeln für Bewertungen und Konsolidierung beruht. Jedoch sind insbesondere im Rahmen von Säule 3 die aufsichtsrechtlichen Regeln zur Konsolidierung relevant, die von denen für den Konzernabschluss abweichen. Dies ist im Folgenden genauer beschrieben. In den Fällen, in denen die aufsichtsrechtliche Abgrenzung für den Konzern angewandt wird, ist dies explizit genannt.

Anwendungsbereich der aufsichtsrechtlichen Konsolidierung

Die Deutsche Bank Aktiengesellschaft („Deutsche Bank AG“) mit Sitz in Frankfurt am Main, Deutschland, ist das übergeordnete Unternehmen der Deutsche Bank Institutsgruppe („Institutsgruppe“), die den aufsichtsrechtlichen Bestimmungen des KWG und der SolvV in Verbindung mit CRR und CRD 4 unterliegt. Gemäß § 10a KWG in Verbindung mit den Artikeln 11 und 18 CRR umfasst eine aufsichtsrechtliche Institutsgruppe ein Institut (das heißt, ein Kreditinstitut oder eine Wertpapierfirma) als übergeordnetes Unternehmen und alle anderen Institute und Finanzinstitute (dies sind unter anderem Finanzholdinggesellschaften, Zahlungsinstitute und Kapitalanlagegesellschaften), die dessen Tochterunternehmen im Sinne von Artikel 4 (16) CRR sind oder

freiwillig in die Institutsgruppe einbezogen werden. Tochterunternehmen werden vollständig konsolidiert, während Gesellschaften, die keine Tochterunternehmen sind, auf quotaler Basis einbezogen werden.

Versicherungen und Gesellschaften außerhalb des Banken- und Finanzsektors werden in der aufsichtsrechtlichen Institutsgruppe nicht konsolidiert. Ist eine aufsichtsrechtliche Institutsgruppe sowie deren Tochterunternehmen und Beteiligungen im Versicherungsbereich als Finanzkonglomerat eingestuft, gilt für dieses auch das deutsche Finanzkonglomerate-Aufsichtsgesetz, demzufolge Versicherungen in eine ergänzende Berechnung der Kapitaladäquanz (auch „Solvabilitätsspanne“ genannt) einzubeziehen sind. Wir wurden im Oktober 2007 von der BaFin als Finanzkonglomerat eingestuft.

Zum 31. Dezember 2014 haben die Deutsche Bank AG und ihre Tochterunternehmen Deutsche Bank Privat- und Geschäftskunden AG, norisbank GmbH, Deutsche Bank Europe GmbH, Sal. Oppenheim jr. & Cie. AG & Co. KGaA, Deutsche Oppenheim Family Office AG, Deutsche Immobilien Leasing GmbH und die Leasing Verwaltungsgesellschaft Waltersdorf mbH, die alle im Rahmen der Deutsche Bank Institutsgruppe konsolidiert wurden, keine Kapitalquoten auf selbstständiger Basis berechnet und veröffentlicht, da diese Gesellschaften die Bedingungen der Ausnahmeregelung nach § 2a KWG in Verbindung mit Artikel 7 CRR erfüllen. Im Ergebnis sind sie nicht verpflichtet, bestimmte Anforderungen des KWG sowie der CRR zu ihrem aufsichtsrechtlichen Eigenkapital auf Einzelebene zu erfüllen, was auch die Berechnung der Solvabilität und der Verschuldung sowie die Meldung der aufsichtsrechtlichen Kapital- und Verschuldungsquoten umfasst. Diese Ausnahmeregelungen können nur für Konzerngesellschaften in Deutschland und auch nur dann angewandt werden, wenn unter anderem die Risikostrategie und der Risikomanagementprozess der Deutschen Bank AG diese, die Ausnahmeregel anwendenden Gesellschaften umfassen, weder ein bedeutendes tatsächliches noch rechtliches Hindernis für die unverzügliche Übertragung von Eigenmitteln oder die Rückzahlung von Verbindlichkeiten von der Deutschen Bank AG an die jeweiligen Tochtergesellschaften oder von allen konzernangehörigen Unternehmen an die Deutsche Bank AG vorhanden ist und die Deutsche Bank AG die Verantwortung für die Verbindlichkeiten der jeweiligen Tochtergesellschaften übernommen hat, sofern die von ihnen ausgehenden Risiken nicht vernachlässigbar sind.

Die Konsolidierungsgrundsätze für unsere aufsichtsrechtliche Institutsgruppe weichen von denen unseres handelsrechtlichen Konzernabschlusses ab. Gleichwohl wird die Mehrzahl der Tochterunternehmen in der aufsichtsrechtlichen Institutsgruppe auch in unserem Konzernabschluss gemäß IFRS voll konsolidiert.

Die Hauptunterschiede zwischen der aufsichtsrechtlichen und der handelsrechtlichen IFRS-Konsolidierung sind:

— Tochterunternehmen, die nicht dem Banken- und Finanzsektor angehören, sind nicht Teil der aufsichtsrechtlichen Institutsgruppe, werden aber in den Konzernabschluss nach IFRS einbezogen.
— Die meisten unserer Zweckgesellschaften (Special Purpose Entities, auch „SPEs“), die nach IFRS konsolidiert wurden, erfüllten nicht die Definition eines aufsichtsrechtlichen Tochterunternehmens nach Artikel 4 (1) (16) CRR und wurden daher nicht in unserer aufsichtsrechtlichen Institutsgruppe konsolidiert. Die Risiken, die aus unserem Engagement gegenüber diesen Zweckgesellschaften resultieren, fanden sich jedoch in unseren aufsichtsrechtlichen Eigenkapitalanforderungen.
— Einige wenige, in die aufsichtsrechtliche Institutsgruppe einbezogene Gesellschaften erfüllten wiederum nicht die handelsrechtlichen Konsolidierungskriterien für Tochterunternehmen, sondern wurden anders behandelt: Dreizehn, überwiegend immaterielle Tochterunternehmen, die handelsrechtlich nicht konsolidiert wurden, wurden in der aufsichtsrechtlichen Institutsgruppe konsolidiert; weitere zwei Gesellschaften in unserer aufsichtsrechtlichen Institutsgruppe, die gemeinsam von ihren Anteilseignern kontrolliert werden, wurden aufsichtsrechtlich quotal konsolidiert, während sie handelsrechtlich nach der Equity-Methode bilanziert wurden; weitere vier Gesellschaften wurden aufsichtsrechtlich freiwillig quotal konsolidiert, von denen eine Gesellschaft handelsrechtlich gemäß IFRS nach der Equity-Methode und eine als Zur Veräußerung verfügbarer Vermögenswert bilanziert wurde, ein Unternehmen nach den SPE-Regeln konsolidiert wurde und ein Unternehmen als Sonstiger Vermögenswert behandelt wurde.

Zum Jahresende 2014 umfasste unsere aufsichtsrechtliche Institutsgruppe 769 Unternehmen (außer der Deutsche Bank AG als Mutterunternehmen), von denen sechs quotal konsolidiert wurden. Die aufsichtsrechtliche Institutsgruppe bestand aus 115 Kreditinstituten, zwei Zahlungsinstituten, 60 Finanzdienstleistungsinstituten, 396 Finanzunternehmen, acht Kapitalanlagegesellschaften und 188 Anbietern von Nebendienstleistungen.

Zum Jahresende 2013 umfasste unsere aufsichtsrechtliche Institutsgruppe 844 Tochterunternehmen (außer der Deutsche Bank AG als Mutterunternehmen), von denen sieben quotal konsolidiert wurden. Unsere Institutsgruppe bestand aus 127 Kreditinstituten, einem Zahlungsinstitut, 67 Finanzdienstleistungsinstituten, 449 Finanzunternehmen, 12 Kapitalanlagegesellschaften und 188 Anbietern von Nebendienstleistungen.

Der Rückgang der Anzahl der Kreditinstitute innerhalb unserer aufsichtsrechtlichen Institutsgruppe um zwölf im Jahre 2014 war im Wesentlichen das Ergebnis der Schließung von vier Gesellschaften, die Teil der Emissionsstruktur von vier ‚Trust Preferred Securities'-Serien waren, die wir gekündigt haben sowie des Abgangs von drei Kreditinstituten, die zu der verkauften BHF-BANK-Gruppe gehörten.

106 Unternehmen wurden von der aufsichtsrechtlichen Konsolidierung gemäß § 31 (3) KWG in Verbindung mit Artikel 19 CRR per Jahresende 2014 ausgenommen (Jahresende 2013: 120 Unternehmen). Diese Vorschriften erlauben den Ausschluss kleiner, zum aufsichtsrechtlichen Anwendungsbereich gehörender Gesellschaften vom konsolidierten aufsichtsrechtlichen Meldewesen, sofern deren Bilanzsumme (einschließlich außerbilanzieller Positionen) entweder kleiner als 10 Mio € oder kleiner als 1 % der Bilanzsumme des Konzerns ist. Keines dieser Unternehmen musste im Konzernabschluss nach IFRS konsolidiert werden.

Diese aufsichtsrechtlich nicht konsolidierten Gesellschaften sind in die Abzugsbehandlung für wesentliche Beteiligungen an Unternehmen der Finanzbranche gemäß Artikel 36 (1) (i) CRR in Verbindung mit Artikel 43 (c) CRR einzubeziehen. Die Buchwerte unserer Beteiligungen am Kapital dieser Unternehmen, die in diese Abzugsbehandlung einbezogen wurden, betrugen insgesamt 40 Mio € zum Jahresende 2014 (Jahresende 2013: 20 Mio €). Die gleiche Abzugsbehandlung wurde auf weitere 248 aufsichtsrechtlich nicht konsolidierte Gesellschaften des Finanzsektors (inklusive dreier immaterieller Versicherungsgesellschaften) angewandt, an denen wir mehr als 10 % des Kapitals dieser Gesellschaften per Jahresende 2014 hielten (260 zum Jahresende 2013). Gemäß Artikel 36 (1) (i) CRR und in Verbindung mit Artikel 48 CRR sind diese Beteiligungen vom Tier-1-Kernkapital abzuziehen, wenn deren Beteiligungsbuchwerte in Summe 10 % des Tier-1-Kernkapitals des Instituts beziehungsweise der Institutsgruppe übersteigen oder wenn sie in Summe zusammen mit von der künftigen Rentabilität abhängigen latenten Steueransprüchen, die aus temporären Differenzen resultieren, 15 % des Tier-1-Kernkapitals des Instituts bzw. der Institutsgruppe übersteigen. Seitdem wir als Finanzkonglomerat eingestuft sind, werden Beteiligungen an Versicherungsunternehmen nicht von unserem aufsichtsrechtlichen Eigenkapital abgezogen, sofern diese in die Solvabilitätsberechnung auf Konglomeratsebene einbezogen werden.

Finanzkonglomerat

Der Deutsche Bank Konzern wurde im Oktober 2007 von der BaFin als Finanzkonglomerat eingestuft. Insofern gilt das deutsche Finanzkonglomerate-Aufsichtsgesetz (FKAG) in Verbindung mit der Finanzkonglomerate-Solvabilitätsverordnung (FkSolV).

Das Finanzkonglomerat der Deutschen Bank besteht überwiegend aus Unternehmen, die der aufsichtsrechtlichen Institutsgruppe angehören, und einer kleinen Anzahl von einzelnen Versicherungsgesellschaften gehören. Drei dieser Versicherungsunternehmen sind von unserem aufsichtsrechtlichen Kapital wegen untergeordneter Bedeutung in Abzug gebracht. Unsere wesentlichen Versicherungsgesellschaften sind:

— Abbey Life Assurance Company Limited
— DB Re S.A.

— DB Vita S.A.
— Legacy Reinsurance, LLC
— Primelux Insurances S.A.

Diese Versicherungsunternehmen sind in der ergänzenden Berechnung der Kapitaladäquanz (auch „Solvabilitätsspanne“ genannt) für das Finanzkonglomerat enthalten. Die Tochterunternehmen der Versicherungsbranche haben in ihrer Gesamtheit eine Bilanzsumme von nur etwa 1 % der IFRS Bilanzsumme des Deutsche Bank Konzerns.

Alle diese Versicherungen sind rechtlich betrachtet nicht direkt verbunden, das heißt, keine dieser Versicherungsunternehmen hält eine Beteiligung an einem anderen Versicherungsunternehmen, so dass technisch gesehen diese Versicherungen keine Gruppe für sich bilden.

Vor dem Hintergrund der übergreifenden Governance-Perspektive sind diese Versicherungen grundsätzlich nicht anders als ein anderer Rechtsträger des Konzerns in den Deutsche Bank-Konzern integriert. Dies ist unter anderem dadurch gewährleistet, dass die Deutsche Bank ihre Konzernrichtlinien für alle Tochterunternehmen begibt, unabhängig davon, ob eine solche Tochtergesellschaft Teil der aufsichtsrechtlichen Institutsgruppe (gemäß Artikel 18 CRR) ist oder nicht. Die Anwendbarkeit der einschlägigen Konzernrichtlinien sorgt dafür, dass Versicherungsgesellschaften effektiv die gleichen Führungs- und Managementstrukturen, wie die übrigen Unternehmen der Institutsgruppe aufweisen. Weitere Einzelheiten in Bezug auf die organisatorischen Anforderungen gemäß § 25 (4) FKAG finden Sie in unserem Corporate Governance-Bericht und den Abschnitten „Rahmenwerk für das Risikomanagement“ und „Risikosteuerung“ in unserem Risikobericht.

Zusätzliche Offenlegungspflichten für bedeutende Tochterunternehmen

Artikel 13 (1) CRR verlangt, dass unsere bedeutenden Tochterunternehmen und diejenigen Tochterunternehmen, die für ihren lokalen Markt von wesentlicher Bedeutung sind, Informationen betreffend Eigenmittel, Eigenmittelanforderungen, Kapitalpuffer, Kreditrisikoanpassungen, Vergütungspolitik, Verschuldung und Verwendung von Kreditrisikominderungstechniken auf Einzelbasis oder teilkonsolidierter Basis in dem zur Anwendung gelangenden Ausmaß offenzulegen haben.

Für einige unserer in Deutschland angesiedelten Tochterunternehmen ist eine Ermittlung und Berichterstattung aufsichtsrechtlicher Kapitalkoeffizienten oder Verschuldungsgrade auf Basis einer Einzelbetrachtung nicht verpflichtend, wenn sie die Bedingungen der Ausnahmeregelung nach § 2a KWG in Verbindung mit Artikel 7 CRR erfüllen. In diesem Fall sind die zuvor angeführten Offenlegungsanforderungen für diese Tochterunternehmen ebenfalls nicht anzuwenden.

Um unsere wesentlichen Tochterunternehmen zu identifizieren und einzustufen, wurde ein Katalog mit Kriterien entwickelt, die für unsere sämtlichen unter den CRR als „Kreditinstitut“ oder „Wertpapierunternehmen“ klassifizierten Tochterunternehmen anzuwenden sind, die nicht mit einer Ausnahmegenehmigung (Waiver) gemäß § 2a KWG in Verbindung mit Artikel 7 CRR versehen sind. Ein Tochterunternehmen hat die Anforderungen von Artikel 13 CRR (wie zuvor beschrieben) zu erfüllen, wenn wenigstens eines der in der folgenden Liste angeführten Kriterien erfüllt ist. Die Kriterien wurden in Beziehung zu unserer Geschäftstätigkeit und der Komplexität und des Risikoprofils des jeweiligen Tochterunternehmens definiert. Sämtliche nachfolgend referenzierten Beträge sind auf einer IFRS-Grundlage zum 31. Dezember 2014 berechnet worden:

— Gesamtaktiva in Höhe von 30 Mrd € oder mehr (auf Einzelbasis oder teilkonsolidierter Basis)
— 5 % oder mehr unserer Risikoaktiva auf Konzernebene
— 20 % oder mehr des Bruttoinlandsprodukts im jeweiligen Land, in dem das Tochterunternehmen angesiedelt ist, aber mindestens Gesamtaktiva in Höhe von 5 Mrd € (auf Einzelbasis oder teilkonsolidierter Basis)
— Unmittelbar durch den Europäischen Stabilitätsmechanismus (ESM), die Europäische Finanzstabilitätsfazilität (EFSF) oder einen ähnlichen Mechanismus unterstützte Institute

— Zu den drei größten Instituten des jeweiligen Sitzlandes des Tochterunternehmens gehörende Institute (bezogen auf den Betrag der Gesamtaktiva)
— Klassifizierung als „Institut von lokaler Systemrelevanz“ durch die lokale Aufsichtsbehörde

Keines unser Tochterunternehmen wurde durch irgendeinen Stabilitätsmechanismus unterstützt.

Basierend auf dem zuvor beschriebenen Auswahlprozess haben wir vier Tochterunternehmen identifiziert, die als „wesentlich“ für unseren Konzern einzustufen sind. Folglich sind die in Artikel 13 CRR festgelegten zusätzlichen Offenlegungsanforderungen anzuwenden für:

— Deutsche Postbank AG, Deutschland
— Deutsche Bank Luxembourg S.A., Luxemburg
— Deutsche Bank Securities Inc., Vereinigte Staaten von Amerika
— Deutsche Bank Trust Company Americas, Vereinigte Staaten von Amerika

Die auf Basis von Artikel 13 CRR zusätzlichen offen zu legenden Informationen betreffend unserer wesentlichen Tochterunternehmen sind entweder im Rahmen ihres Finanzberichts respektive ihres Offenlegungsberichts gemäß Säule 3 auf der Internetseite des jeweiligen Tochterunternehmens oder auf der Internetseite des Konzerns für unsere US-Geschäftseinheiten zu finden.

Zusammenfassende Risikobewertung

Zu den für uns wichtigen Risikokategorien gehören das Kreditrisiko, das Marktrisiko, das operationelle Risiko (einschließlich Rechtsrisiko), das Geschäftsrisiko (einschließlich des steuerlichen und des strategischen Risikos), das Reputationsrisiko, das Liquiditätsrisiko, das Modellrisiko und das Compliance-Risiko (MaRisk, das heißt entsprechend den Mindestanforderungen an das Risikomanagement). Wir steuern die Identifikation und die Bewertung von Risiken sowie Maßnahmen zur Reduzierung der wichtigen und möglichen zukünftigen Risiken durch einen internen Governance-Prozess mithilfe von Risikomanagementtools und -prozessen. Unser Ansatz zur Identifizierung und Folgenabschätzung zielt darauf ab, Auswirkungen dieser Risiken auf unser finanzielles Ergebnis, unsere langfristigen strategischen Ziele und unsere Reputation zu reduzieren.

Im Rahmen unserer regelmäßigen Analyse von Risiken und deren Zusammenhängen werden die Sensitivitäten der wichtigsten Portfoliorisiken durch eine induktive Risikobewertung sowie eine deduktive Analyse makroökonomischer und politischer Szenarien überprüft. Dieser duale Ansatz erlaubt es uns, nicht nur Risiken zu erfassen, die sich auf unsere Risikobestände und Geschäftsbereiche auswirken, sondern auch solche, die nur für bestimmte Portfolios relevant sind.

Aktuelle Portfoliorisiken, auf die wir uns weiterhin konzentrieren, sind: die mögliche erneute Eskalation der europäischen Staatsschuldenkrise, ein potenzieller Rückgang des asiatischen Wirtschaftswachstums, Turbulenzen durch monetäre Straffung in den USA und die damit verbundenen Auswirkungen auf Emerging Markets sowie das potenzielle Risiko eines geopolitischen Schocks einschließlich der anhaltenden Spannungen zwischen Russland und der Ukraine. Diese Risiken standen in den letzten Quartalen stets im Vordergrund. In den vergangenen Monaten haben wir darüber hinaus die Auswirkungen niedrigerer Ölpreise in den wichtigsten Produktionsländern und den entsprechenden Branchen in den Fokus genommen. Die Bewertung der potenziellen Auswirkungen dieser Risiken erfolgt durch Integration in unsere konzernweiten Stresstests, die unsere Absorptionsfähigkeit dieser Ereignisse für den Fall ihres Eintritts bewerten. Die Ergebnisse dieser Tests zeigten, dass wir derzeit ausreichend Kapital und Liquiditätsreserven vorhalten, um die Auswirkungen dieser Risiken zu absorbieren, falls sie in Übereinstimmung mit den Testparametern eintreten. Weitere Informationen über die Auswirkungen dieser und anderer Risiken für unsere Portfolios finden sich im Abschnitt „Kreditengagement“.

Im Jahr 2014 hielt der in den Vorjahren beobachtete globale Trend zu mehr Regulierung der Finanzdienstleistungsindustrie an, und er wird sich aus unserer Sicht auch in den nächsten Jahren fortsetzen. Wir konzentrieren uns darauf, potenzielle politische und aufsichtsrechtliche Änderungen zu identifizieren und deren mögliche Auswirkungen auf unser Geschäftsmodell und unsere Prozesse zu bewerten.

Insgesamt lag der Fokus des Risiko- und Kapitalmanagements im gesamten Jahr 2014 darauf, unser Risikoprofil in Übereinstimmung mit unserer Risikostrategie zu halten, unsere Kapitalbasis zu stärken und unsere strategischen Initiativen zu unterstützen. Ein besonderes Augenmerk galt dabei der Optimierung der Bilanzstruktur. Dieser Ansatz spiegelt sich in den nachfolgenden Risikobewertungen wider.

Für die Zwecke von Artikel 431 CRR haben wir eine offizielle Risiko-Offenlegungsrichtlinie etabliert. Diese hat zum Ziel, dass unsere Risiko-Veröffentlichungen in Übereinstimmung mit den geltenden gesetzlichen, aufsichtsrechtlichen und rechnungslegungsbezogenen Risiko-Offenlegungsstandards sind. Ein Risk Disclosure Committee, bestehend aus hochrangigen Vertretern und Fachexperten aus Finance und Risk, überwacht unsere jeweiligen Prozesse der Risiko-Veröffentlichungen. Auf Grundlage unserer Beurteilung und Prüfung sind wir der Überzeugung, dass unsere Risiko-Veröffentlichungen in diesem Risikobericht unser Gesamtrisikoprofil angemessen und umfassend vermitteln.

Risikoprofil

Die Vielfalt unserer Geschäftsaktivitäten impliziert verschiedene Risikoübernahmen durch unsere Geschäftsbereiche. Wir messen die wesentlichen inhärenten Risiken in unseren entsprechenden Geschäftsmodellen durch unsere nicht diversifizierte Gesamtgröße für das Ökonomische Kapital. Diese spiegelt das Risikoprofil für jeden Unternehmensbereich vor übergreifenden Effekten auf Konzernebene wider.

Im Vergleich zum Jahresende 2013 stieg unser Ökonomisches Kapital vor allem in CB&S – resultierend aus gestiegenen Kredit- und Marktrisikolevels, teilweise aus Wechselkurseffekten und höherem Ökonomischen Kapitalbedarf für Operationelles und Strategisches Risiko. Weitere Erhöhungen ergaben sich in Consolidation & Adjustments aus höherem Marktrisiko für Nichthandelspositionen aus Fremdwährungsrisiken und Methodenänderungen bei der Berechnung von Pensionsrisiken. Der beobachtbare Anstieg der risikogewichteten Vermögensgegenstände erklärt sich weitgehend aus dem Wechsel der Berechnungsmethodik von Basel 2.5-Vorgaben auf die neuen CRR/CRD 4-Regelungen und weiteren Methodenänderungen. Weitere Veränderungen der risikogewichteten Vermögensgegenstände ergaben sich aus Wechselkursänderungen sowie erhöhter Risikobereitschaft, reduziert durch den fortschreitenden Risikoabbau in der NCOU.

Risikoprofil unserer Geschäftsbereiche auf Basis des Ökonomischen Kapitals und risikogewichteter Aktiva im Vergleich zu Erfolgskennzahlen

31.12.2014

in Mio € (sofern nicht anders angegeben)	Corporate Banking & Securities	Private & Business Clients	Global Transaction Banking	Deutsche Asset & Wealth Management	Non-Core Operations Unit	Consoli-dation & Adjustments	Insgesamt in Mio €	Insgesamt in %
Kreditrisiko	5.799	3.547	2.302	323	868	46	12.885	40
Marktrisiko	5.153	3.200	185	1.987	1.308	3.020	14.852	47
Operationelles Risiko	3.569	1.088	150	722	2.070	0	7.598	24
Geschäftsrisiko	2.581	0	4	1	499	0	3.084	10
Diversifikations-effekte[1]	−3.441	−1.095	−262	−611	−1.087	−59	−6.554	−21
Ökonomischer Kapitalbedarf insgesamt in Mio €	13.661	6.740	2.379	2.420	3.658	3.008	31.866	100
in %	43	21	7	8	11	9	100	0
IBIT	3.266	1.335	1.198	1.027	−2.851	−859	3.116	N/A
Eigenkapitalrendite vor Steuern (basierend auf dem durchschnittlichen Average Active Equity)[2]	13 %	9 %	20 %	16 %	−37 %	N/A	5 %	N/A
Risikogewichtete Aktiva[3]	175.561	79.571	43.265	16.597	58.538	20.437	393.969	N/A

N/A – nicht aussagekräftig
[1] Diversifikationseffekt über Kredit-, Markt-, operationelles und strategisches Risiko (größte Geschäftsrisiko-Komponente).
[2] Die Buchkapitalallokation wird gesteuert über die risikogewichteten Aktiva sowie weitere regulatorische Abzugspositionen basierend auf CRR/CRD 4-Vollumsetzung. Siehe auch Anmerkung 4 „Segmentberichterstattung" für eine Beschreibung der Zuordnung des durchschnittlichen aktiven Eigenkapitals zu den Geschäftsbereichen.
[3] Risikogewichtete Aktiva und Kapitalkennzahlen basieren auf dem Basel 2.5 Regelwerk bis 31. Dezember 2013 und ab 1. Januar 2014 auf CRR/CRD 4-Vollumsetzung.

31.12.2013[1]

in Mio € (sofern nicht anders angegeben)	Corporate Banking & Securities	Private & Business Clients	Global Transaction Banking	Deutsche Asset & Wealth Management	Non-Core Operations Unit	Consoli-dation & Adjustments	Insgesamt in Mio €	Insgesamt in %
Kreditrisiko	4.597	3.742	1.900	373	1.392	9	12.013	44
Marktrisiko	4.658	2.967	193	1.535	1.565	1.820	12.738	47
Operationelles Risiko	2.453	803	96	580	1.320	0	5.253	19
Geschäftsrisiko	1.413	0	6	1	263	0	1.682	6
Diversifikations-effekte[2]	−1.945	−842	−156	−478	−974	−120	−4.515	−17
Ökonomischer Kapitalbedarf insgesamt in Mio €	11.175	6.671	2.039	2.010	3.566	1.710	27.171	100
in %	41	25	8	7	13	6	100	0
IBIT	3.158	1.555	1.107	782	−3.402	−1.744	1.456	N/A
Eigenkapitalrendite vor Steuern (basierend auf dem durchschnittlichen Average Active Equity)[3]	16 %	11 %	22 %	13 %	−33 %	N/A	3 %	N/A
Risikogewichtete Aktiva[4]	114.729	73.001	36.811	12.553	52.443	10.832	300.369	N/A

N/A – nicht aussagekräftig
[1] Die Betragszuordnung für die Unternehmensbereiche wurde an die Struktur zum 31. Dezember 2014 angepasst.
[2] Ohne das strategische Risiko, das in 2013 noch nicht bei der Berechnung des Diversifikationseffektes berücksichtigt wurde.
[3] Die Buchkapitalallokation wird gesteuert über die risikogewichteten Aktiva sowie weitere regulatorische Abzugspositionen basierend auf CRR/CRD 4-Vollumsetzung. Siehe auch Anmerkung 4 „Segmentberichterstattung" für eine Beschreibung der Zuordnung des durchschnittlichen aktiven Eigenkapitals zu den Geschäftsbereichen.
[4] Risikogewichtete Aktiva und Kapitalkennzahlen basieren auf dem Basel 2.5 Regelwerk bis 31. Dezember 2013 und ab 1. Januar 2014 auf CRR/CRD 4-Vollumsetzung.

Das Risikoprofil von Corporate Banking & Securities (CB&S) wird geprägt vom Handel zur Unterstützung der Begebung von Positionen, Strukturierungs- und Marktpflegeaktivitäten, welche Markt- und Kreditrisiken unterliegen. Weiterhin bestehen Kreditrisiken durch Ausleihungen an Unternehmen und Finanzinstitute. Im aktuellen Geschäftsmodell von Corporate Banking & Securities stammen die verbleibenden Risiken aus operationellen Risiken und Geschäftsrisiken, hauptsächlich aufgrund möglicher Rechts- und Ertragsschwankungsrisiken. CB&S IBIT stieg in 2014 um 108 Mio € oder 3 % im Vergleich zu 2013, jedoch reduzierte sich im gleichen Zeitraum die Eigenkapitalrendite vor Steuern um drei Prozentpunkte auf 13 %. Diese Entwicklung liegt vor allem in der gestiegenen Allokation des durchschnittlichen aktiven Eigenkapitals als Folge der Kapitalerhöhung im Mai 2014 sowie der Erhöhung der risikogewichteten Aktiva, die vor allem aus Methodenänderungen resultieren, die im Zusammenhang mit dem Wechsel vom Basel 2.5 Rahmenwerk zu den Regelungen nach CRR/CRD 4 stehen.

Das Risikoprofil von Private & Business Clients (PBC) spiegelt Kreditrisiken aus dem Kreditgeschäft mit Privatkunden und kleinen und mittleren Unternehmen sowie Marktrisiken aus Nichthandelsaktivitäten aus Investitionsrisiken, aus der Einlagenmodellierung und aus Credit-Spread-Risiken wider. Bei weitgehend unverändertem Risikoprofil reduzierte sich der berichtete Gewinn vor Steuern im Vergleich zu 2013 durch Belastungen aus der Erstattung von Kreditgebühren erheblich, die auch zu einer leicht geringeren Eigenkapitalrendite vor Steuern führte. Diese wurden im Mai und im Oktober des Jahres 2014 durch Änderungen in der deutschen Rechtsprechung zu Kreditbearbeitungsgebühren ausgelöst.

Die Umsätze von Global Transaction Banking umfassen mehrere Produkte mit unterschiedlichen Risikoprofilen. Der Großteil der Risiken stammt von Kreditrisiken aus Handelsfinanzierungsgeschäft, während andere Geschäftsbereiche wenig bis kein Kreditrisiko haben. Der relativ geringe Anteil von Marktrisiken ergibt sich aus derivativen Hedgepositionen. Die Eigenkapitalrendite vor Steuern von 20 % markiert einen leichten Rückgang im Vergleich zu 2013. Vor dem Hintergrund der leicht gestiegenen Profitabilität wird der Rückgang der Eigenkapitalrendite vor Steuern weitgehend durch das gestiegene Geschäftsvolumen in einem wettbewerbsintensiven Niedrigzinsumfeld verursacht.

Der Hauptrisikotreiber in unserem Unternehmensbereich Deutsche Asset & Wealth Management (Deutsche AWM) sind Garantien auf Investmentfonds, die wir unter Marktrisiken aus Nichthandelsaktivitäten ausweisen. Weiterhin bringt das Beratungs- und Kommissionsgeschäft von Deutsche AWM entsprechende operationelle Risiken mit sich. Die Eigenkapitalrendite vor Steuern im Bereich AWM erhöhte sich durch einen höheren Gewinn aufgrund niedrigerer Umsetzungskosten im Zusammenhang mit unserem OpEx-Programm, der Wertaufholung von früheren Wertminderungen auf immaterielle Vermögensgegenstände und niedrigere Kosten aus Rechtsstreitigkeiten. Der Anstieg des Ökonomischen Kapitalbedarfs resultierte hauptsächlich aus einem höheren Marktrisiko aus Nichthandelspositionen für Garantiefonds.

Zum Portfolio der Non-Core Operations Unit (NCOU) gehören Aktivitäten, die entsprechend der Geschäftsstrategie der Bank nicht zum zukünftigen Kerngeschäft zählen, Vermögenswerte, die durch Änderungen des Geschäftsumfelds und der wirtschaftlichen Rahmenbedingungen sowie des gesetzlichen oder aufsichtsrechtlichen Rahmens signifikant beeinträchtigt sind, sowie Vermögenswerte, die für Risikoabbaumaßnahmen vorgesehen sind. Die NCOU umfasst auch weitere zur Abtrennung geeignete Vermögenswerte, Vermögenswerte mit erheblicher Kapitalbindung und niedrigen Renditen sowie Vermögenswerte, die Rechtsrisiken unterliegen. Das Risikoprofil der NCOU umfasst Risiken über die gesamte Bandbreite unseres Unternehmens und enthält Kreditrisiken sowie auch Marktrisiken und operationelle Risiken (inklusive Rechtsrisiken), für die der gezielte beschleunigte Risikoabbau vorgesehen ist. Die Entwicklung der Eigenkapitalrendite von NCOU ergibt sich daraus, dass die Verluste nicht ausreichend mit der Kapitalallokation reduziert werden konnten. Obwohl die Risikoabbaustrategie zum Kapitalaufbau der Gruppe beitragen konnte, war das Einkommen weiterhin von rechtlichen und regulatorischen Kosten betroffen.

Consolidation & Adjustments beinhaltet hauptsächlich Marktrisiken aus Nichthandelsaktivitäten für strukturelle Währungsrisiken und das Risiko aus Pensionsverpflichtungen.

Risikomanagement – Überblick

Kreditrisikoüberblick

— Das maximale Kreditrisiko erhöhte sich um 105 Mrd € oder 6 % auf 1,8 Bil € im Vergleich zum 31. Dezember 2013 weitgehend aufgrund eines Anstiegs der positiven Marktwerte aus derivativen Finanzinstrumenten, die überwiegend bei Zins- und Währungsprodukten im Laufe des vierten Quartals zu verzeichnen waren, trotz erheblicher Maßnahmen für Kontraktanpassungen und Novation von Geschäften zur Reduzierung von Marktwerten. Die Kreditqualität des maximalen Kreditrisikos beinhaltete zu 79 % Kredite mit hoher Anlagequalität zum 31. Dezember 2014, was einen leichten Anstieg im Vergleich mit 77 % zum 31. Dezember 2013 darstellt.
— Das Kreditrisiko blieb diversifiziert nach Regionen, Branchen und Geschäftspartnern. Regional ist es gleichmäßig über unsere Schlüsselmärkte verteilt (Nordamerika 31 %, Deutschland 29 % und restliches Westeuropa 26 %) und blieb in der regionalen Gliederung gegenüber dem Vorjahr weitestgehend stabil. Unser größtes Branchenengagement besteht gegenüber Banken und Versicherungen mit 25 % des Bruttoengagements (vor Berücksichtigung von Sicherheiten) im Vergleich zu 33 % am 31. Dezember 2013. Auf Kreditnehmerebene blieben wir gut diversifiziert, wobei unsere zehn größten Engagements auf Bruttobasis 7 % unserer gesamten Kreditrisiken umfassten, verglichen mit 10 % zum 31. Dezember 2013, und mit Geschäftspartnern guter Bonitätseinstufung (Investment-Grade) waren.
— Die Risikovorsorge im Kreditgeschäft in 2014 betrug 1,1 Mrd € und war damit aufgrund materieller Reduktionen in allen Geschäftsbereichen um 931 Mio € oder 45 % niedriger als in 2013. Der Rückgang in der NCOU resultierte insbesondere aus geringerer Risikovorsorge für nach IAS 39 reklassifizierte Forderungen sowie für Kredite an Unternehmen aus dem gewerblichen Immobiliensektor. Unser Kerngeschäft profitierte von höheren Auflösungen sowie vom Ausbleiben großer Buchungen für Einzelkunden.
— Unser gesamtes Kreditportfolio erhöhte sich um 29 Mrd € oder 7 % von 382 Mrd € zum 31. Dezember 2013 auf 411 Mrd € zum 31. Dezember 2014. Der Anstieg ist im Wesentlichen auf Wechselkursänderungen, Änderungen bei der Strukturierung von Sicherheiten im ETF Geschäft bei CB&S, höheres Geschäftswachstum in CB&S und Deutsche AWM zurückzuführen und wurde teilweise durch den Abbau in unserer NCOU kompensiert. Die größte Branche in unserem Kreditportfolio, Immobilienfinanzierungen für private Haushalte, belief sich auf 153 Mrd € zum 31. Dezember 2014, davon 119 Mrd € im stabilen deutschen Markt. Der Anteil an Krediten mit Investment-Grade Bonitätseinstufung in unserem Firmenkreditportfolio, welches 55 % des gesamten Kreditbuchs umfasste, erhöhte sich zum 31. Dezember 2014 leicht auf 65 % gegenüber 64 % per 31. Dezember 2013.
— Der Ökonomische Kapitalbedarf für das Kreditrisiko erhöhte sich zum 31. Dezember 2014 auf 12,9 Mrd € gegenüber 12,0 Mrd € zum Jahresende 2013. Der Anstieg resultierte hauptsächlich durch höhere Positionswerte in den Unternehmensbereichen CB&S und GTB, teilweise kompensiert durch niedrigere Positionswerte im Unternehmensbereich NCOU.
— Die risikogewichteten Aktiva für das Kreditrisiko haben sich seit dem 31. Dezember 2013 um 41,9 Mrd € oder 21 % auf 244 Mrd € erhöht, was hauptsächlich durch die Einführung des neuen CRR/CRD 4-Rechtsrahmens, Fremdwährungsbewegungen und Modellverbesserungen zu begründen ist. Der Anstieg wurde teilweise durch Reduzierung von Risikopositionen sowie Verkäufe kompensiert, welche hauptsächlich auf den Unternehmensbereich NCOU zurückzuführen sind.

Marktrisikoüberblick

— Der durchschnittliche Value-at-Risk der Handelsbereiche belief sich 2014 auf 51,6 Mio € im Vergleich zu 53,6 Mio € in 2013. Der Rückgang war im Wesentlichen auf eine Risikoreduktion im Credit Spread Risiko und Rohstoffrisiko zurückzuführen.
— Die RWA für das Marktrisiko sind seit dem 31. Dezember 2013 um 17,0 Mrd € oder um 36 % auf 64,2 Mrd € gestiegen, größtenteils getrieben durch die Einführung des regulatorischen Rahmenwerks in CRR/CRD 4, welches eine Erhöhung der RWA für Verbriefungen im Handelsbuch in CB&S zur Folge hatte. Des Weiteren wurde eine potenziell konservativere Modelländerung für den Inkrementellen Risikoaufschlag im vierten Quartal 2014 berücksichtigt.

— Der Ökonomische Kapitalbedarf für das Marktrisiko aus Nichthandelsaktivitäten erhöhte sich um 1,4 Mrd € oder um 16 % auf 9,9 Mrd € zum Jahresende 2014. Dieser Anstieg spiegelte hauptsächlich das gestiegene strukturelle Währungsrisiko, die Methodenverbesserungen für das Pensionsrisiko und das gewachsene Risiko aus Garantiefonds wider, die durch den Risikoabbau in der NCOU teilweise kompensiert wurden.
— Der Ökonomische Kapitalbedarf für das Marktrisiko aus Handelsaktivitäten belief sich auf 5,0 Mrd € zum Jahresende 2014 im Vergleich zu 4,2 Mrd € zum Vorjahresende. Dieser Anstieg war im Wesentlichen zurückzuführen auf das erhöhte Engagement in den zu Marktpreisen bewerteten Bankbüchern.

Operationelles Risiko – Überblick

— Unser Ökonomischer Kapitalbedarf für operationelle Risiken stieg zum 31. Dezember 2014 auf 7,6 Mrd € im Vergleich zu 5,3 Mrd € zum Jahresende 2013. Der Anstieg resultiert hauptsächlich aus der frühzeitigen Berücksichtigung der Auswirkungen von Weiterentwicklungen des Modells für fortgeschrittene Messansätze (AMA), die im zweiten Quartal 2014 integriert wurden und initial zu einer Erhöhung des Ökonomischen Kapitals von 1,1 Mrd € führten. Der zusätzliche Anstieg ist durch die Erhöhung des operationellen Risikoprofils der Deutschen Bank sowie der kompletten Branche begründet. Die aus operationellen Risiken entstandenen Verluste, welche zur Erhöhung des Ökonomischen Kapitalbedarfs führten, beruhen weitgehend auf der Häufung von Rechtsstreitigkeiten, Untersuchungen und den damit verbundenen Maßnahmen.
— Der Ökonomische Kapitalbedarf enthält formal weiterhin die in unserem AMA-Modell eingebettete Sicherheitsmarge, die im Jahr 2011 zur Deckung unvorhergesehener Haftungsrisiken aus der letzten Finanzkrise implementiert wurde. Die kürzlich eingereichten risikosensitiven Modellverbesserungen zur Ablösung der Sicherheitsmarge werden zukünftig zu einem höheren Bedarf an Ökonomischem Kapital für operationelle Risiken im Vergleich zu der Sicherheitsmarge führen. Das Management hat entschieden, diese Erhöhung erstmalig im zweiten Quartal 2014 zu berücksichtigen.
— Die risikogewichteten Aktiva für das operationelle Risiko erhöhten sich zum 31. Dezember 2014 auf 67,1 Mrd € im Vergleich zu 50,9 Mrd € zum Jahresende 2013. Der Anstieg von 16,2 Mrd € ist durch die frühzeitige Berücksichtigung von AMA Modellverbesserungen, die erstmalig im zweiten Quartal 2014 ausgewiesen wurden und initial zu einer RWA Erhöhung von 7,7 Mrd € führten, begründet. Der zusätzliche Anstieg wurde durch die Erhöhung des operationellen Risikoprofils der Deutschen Bank sowie der kompletten Branche hervorgerufen.

Liquiditätsrisikoüberblick

— Die Liquiditätsreserven zum 31. Dezember 2014 beliefen sich auf 184 Mrd € (zum Vergleich: 196 Mrd € zum 31. Dezember 2013). Wir erhielten eine positive Netto-Liquiditätsposition unter Stress zum 31. Dezember 2014 (in einem kombinierten Szenario).
— Wir haben 44 Mrd € für das Gesamtjahr 2014 zu einem durchschnittlichen Aufschlag von 45 Basispunkten und mit einer durchschnittlichen Laufzeit von 4,8 Jahren in den Kapitalmärkten aufgenommen und unseren Emissionsplan für das Jahr 2014 vollständig erfüllt.
— Unsere Refinanzierung stammte zu 76 % aus Refinanzierungsquellen, die wir als die stabilsten einstufen. Dazu gehören Kapitalmarktemissionen und Eigenkapital sowie Einlagen von Privatkunden und Transaktionsbankkunden.

Kapitalmanagementüberblick

— Die Tier-1-Kernkapitalquote (als Tier-1-Kapital ohne Hybridinstrumente unter Basel 2.5 bezeichnet) berechnet gemäß CRR/CRD 4 („Phase-in"-Rate von 20 %) betrug 15,2 % zum 31. Dezember 2014, verglichen mit 12,8 % zum Jahresende 2013 basierend auf Basel 2.5. Unsere Pro-forma-CRR/CRD 4 („Phase-in"-Rate von 0 %) Tier-1-Kernkapitalquote betrug 14,6 % zum Jahresende 2013.
— Das Tier-1-Kernkapital gemäß CRR/CRD 4 stieg um 21,6 Mrd € auf 60,1 Mrd € an verglichen mit 38,5 Mrd € Tier-1-Kernkapital gemäß Basel 2.5. Die Umstellung auf das CRR/CRD 4-Rahmenwerk führte zu einem positiven Erstanwendungseffekt für 2014 in Höhe von 10,4 Mrd € aufgrund der Anwendung einer „Phase-in"-Rate von 20 %, im Wesentlichen aufgrund der Behandlung von immateriellen Vermögenswerten von 9,2 Mrd €. Die Übergangsregeln gemäß CRR/CRD 4 erlauben es, bestimmte Kapitalabzugspositionen zuerst vom Zusätzlichen Tier-1-Kapital abzusetzen, um den Banken den Übergang bis zur Voll-

umsetzung der CRR/CRD 4-Regeln zu erleichtern. Der verbleibende Anstieg in Höhe von 11,1 Mrd € ist im Wesentlichen auf unsere Kapitalerhöhung aus genehmigtem Kapital gegen Bareinlagen mit einem Bruttoerlös von 8,5 Mrd € zurückzuführen.

— Das Zusätzliche Tier-1-Kapital gemäß CRR/CRD 4 sank um 8,4 Mrd € auf 3,8 Mrd €, verglichen mit 12,2 Mrd € Zusätzlichem Tier-1-Kapital gemäß Basel 2.5. Wir hatten einen negativen Erstanwendungseffekt aufgrund der Umsetzung der CRR/CRD 4-Regeln in Höhe von 12,0 Mrd €, welcher im Wesentlichen aus Kapitalabzügen aus immateriellen Vermögenswerten von 9,2 Mrd € resultierte sowie aus ehemals emittierten hybriden Tier-1-Kapitalinstrumenten in Höhe von 2,2 Mrd €, die nicht mehr als Zusätzliches Tier-1-Kapital anrechenbar waren. Der negative Erstanwendungseffekt wurde teilweise ausgeglichen durch die Neuemission von „AT1-Notes“, welche die CRR/CRD 4-Anforderungen erfüllen, in Höhe von 4,6 Mrd €.
— Das Tier-2-Kapital gemäß CRR/CRD 4 sank um 0,4 Mrd € auf 4,4 Mrd € verglichen mit 4,7 Mrd € Tier-2-Kapital gemäß Basel 2.5, primär aufgrund von fälligen und gekündigten Instrumenten sowie aufgrund von Restlaufzeitabschlägen, teilweise kompensiert durch Entlastung beim Abzug von Verbriefungspositionen und wesentlichen Beteiligungen an Unternehmen in der Finanzbranche.
— Die risikogewichteten Aktiva sind im Jahresvergleich um 96 Mrd € von 300 Mrd € per 31. Dezember 2013 basierend auf Basel 2.5 auf 397 Mrd € per 31. Dezember 2014 gemäß CRR/CRD 4 gestiegen. Unsere risikogewichteten Aktiva gemäß Pro-forma-CRR/CRD 4-Berechnung betrugen zum Jahresende 2013 355 Mrd €. Der Anstieg reflektiert hauptsächlich den Effekt der Umstellung auf das CRR/CRD 4-Regelwerk einschließlich des Ansatzes von Risikoaktiva aus kreditbezogenen Bewertungsanpassungen (CVA) sowie höhere risikogewichtete Aktiva aus Kredit- und operationellen Risiken einschließlich der Effekte aus Bewegungen der Fremdwährungskurse. Teilweise gegenläufige Effekte resultierten aus Risikoreduzierungsaktivitäten und dem Verkauf von Aktiva.
— Die Interne Kapitaladäquanzquote erhöhte sich auf 177 % zum 31. Dezember 2014, verglichen mit 165 % zum 31. Dezember 2013.
— Die Tier-1-Kernkapitalquote gemäß CRR/CRD 4-Vollumsetzung verbesserte sich im Jahr 2014 deutlich von Pro-forma-9,7 % zum 31. Dezember 2013 auf 11,7 % zum 31. Dezember 2014. Der Anstieg von 199 Basispunkten war bestimmt durch unsere Kapitalerhöhung mit Bezugsrechtsausschluss im zweiten Quartal 2014, welche ungefähr 250 Basispunkte beisteuerte. Ein teilweise gegenläufiger Effekt resultierte aus höheren Risikoaktiva.

Bilanzmanagementüberblick

— Zum 31. Dezember 2014 betrug unsere CRR/CRD 4-Verschuldungsquote auf Basis einer Vollumsetzung, eine nicht nach IFRS ermittelte finanzielle Messgröße, 3,5 % verglichen mit unserer Pro-forma-CRR/CRD 4-Verschuldungsquote von 2,4 % (ohne Berücksichtigung der vor kurzem erfolgten Überarbeitung der Regeln für die Verschuldungsquote) am 31. Dezember 2013, unter Berücksichtigung des Tier-1-Kapitals auf Basis einer Vollumsetzung in Höhe von 50,7 Mrd € im Verhältnis zum anzuwendenden Risikomaß in Höhe von 1.445 Mrd € (34,0 Mrd € sowie 1.445 Mrd € per 31. Dezember 2013).
— Für Erläuterungen zu den überarbeiteten CRR/CRD 4-Regeln verweisen wir auf den Abschnitt „Bilanzmanagement“ in diesem Bericht

Grundsätze des Risikomanagements

Rahmenwerk für das Risikomanagement

Die Vielfältigkeit unseres Geschäftsmodells erfordert es, Risiken effektiv zu identifizieren, zu bewerten, zu messen, zu aggregieren und zu steuern sowie die verschiedenen Geschäftsbereiche mit Eigenkapital zu unterlegen. Wir handeln als integrierter Konzern durch unsere Unternehmens- und Geschäftsbereiche sowie Infrastrukturfunktionen. Risiken und Kapital werden mithilfe eines Rahmenwerks von Grundsätzen, Organisationsstrukturen sowie Mess- und Überwachungsprozessen gesteuert, die eng an den Tätigkeiten der Unternehmens- und Geschäftsbereiche ausgerichtet sind:

— Die Kernaufgaben des Risikomanagements obliegen dem Vorstand, der deren Ausführung und Kontrolle an Senior-Risk-Management-Komitees delegiert. Der Aufsichtsrat überwacht regelmäßig die Risiko- und Kapitalprofile.
— Wir wirken Risiken auf drei Ebenen entgegen, wobei die Funktionen mit Kundenkontakt, Risikomanagement und Revision unabhängig voneinander agieren.
— Die Risikostrategie wird vom Vorstand jährlich genehmigt und ist definiert auf Basis unserer konzernweiten Risikotoleranz sowie unseres Strategie- und Kapitalplans, um Risiko-, Kapital- und Ergebnisziele aufeinander abzustimmen.
— Konzernweit durchgeführte risikoartenübergreifende Prüfungen sollen sicherstellen, dass robuste Verfahren zur Risikosteuerung und eine ganzheitliche Wahrnehmung von Risiken etabliert sind.
— Wir steuern alle wichtigen Risikoklassen, wie Kredit-, Markt-, operationelle, Liquiditäts-, Geschäfts-, Reputations-, Modell- und Compliance-Risiken (MaRisk, das heißt entsprechend den Mindestanforderungen an die Risikosteuerung auf allen relevanten Ebenen der Bank) durch Risikomanagementprozesse. Modellierungs- und Messansätze zur Quantifizierung von Risiken und des Kapitalbedarfs sind über alle bedeutenden Risikoklassen hinweg implementiert. Nicht-Standard-Risiken (Reputationsrisiko, Modellrisiko, Compliance-Risiko) werden implizit in unserem Rahmenwerk für Ökonomisches Kapital abgedeckt, insbesondere im operationellen Risiko und im strategischen Risiko.
— Für die wesentlichen Kapital- und Liquiditätskennziffern sind eine angemessene Überwachung, Stresstests sowie Eskalationsprozesse etabliert.
— Systeme, Prozesse und Richtlinien sind essenzielle Komponenten unseres Risikomanagements.
— Der Sanierungsplan legt die Eskalationsabläufe zur Krisenmanagementsteuerung fest und liefert dem Management eine Aufstellung von Maßnahmen, die dazu dienen, die Kapital- und Liquiditätssituation im Krisenfall zu verbessern.
— Die Abwicklungsplanung wird von der Bankenaufsicht in Deutschland streng überwacht. Sie beschreibt eine Strategie zur Abwicklung der Deutschen Bank in einem etwaigen Abwicklungsfall. Dieser Abwicklungsplan soll verhindern, dass Steuerzahler für einen Bail-out aufkommen müssen. Er soll ferner die Finanzstabilität durch Erhaltung von Dienstleistungen stärken, die für die Volkswirtschaft insgesamt von besonderer Bedeutung sind.

Risikosteuerung

Aus aufsichtsrechtlicher Sicht werden unsere Aktivitäten in der ganzen Welt von zuständigen Behörden in jedem der Länder, in denen wir Geschäft betreiben, reguliert und überwacht. Diese Aufsicht konzentriert sich auf Lizenzierung, Eigenkapitalausstattung, Liquidität, Risikokonzentration, Führung des Geschäfts sowie Organisation und Meldepflichten. Die Europäische Zentralbank in Zusammenarbeit mit den zuständigen Behörden der EU-Staaten, die dem einheitlichen Aufsichtsmechanismus beigetreten sind, fungieren über das gemeinsame Aufsichtsteam als unsere primären Aufsichtsbehörden, um die Einhaltung des deutschen Kreditwesengesetzes und anderer geltender Gesetze und Vorschriften sowie, seit dem 1. Januar 2014, gegebenenfalls das CRR/CRD 4-Regelwerk entsprechend seiner Umsetzung in deutsches Recht, zu überwachen.

Die deutsche Bankaufsicht bewertet unsere Risikotragfähigkeit auf verschiedene Weisen, die ausführlicher im Abschnitt „Aufsichtsrechtliches Kapital“ beschrieben werden.

Aus Sicht der internen Steuerung haben wir mehrere Managementebenen zur Sicherstellung einer geschlossenen Risikosteuerung:

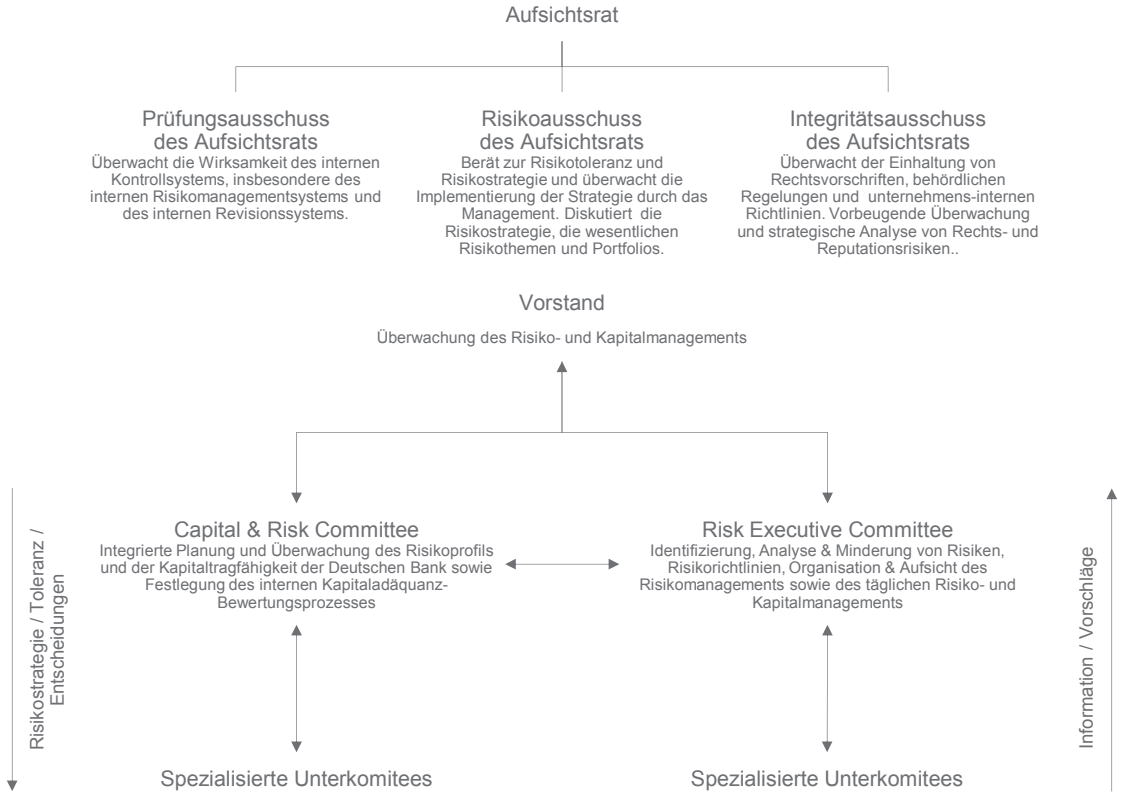
— Der Aufsichtsrat ist regelmäßig und – soweit erforderlich – aus besonderem Anlass über die Risikolage, das Risikomanagement und das Risikocontrolling, die Reputation und wesentliche Rechtsfälle zu unterrichten. Er hat verschiedene Komitees gebildet, die sich mit spezifischen Themen befassen.
— In den Sitzungen des Risikoausschusses berichtet der Vorstand über Kredit-, Markt-, Liquiditäts-, operationelle, sowie Rechts- und Reputationsrisiken. Er berichtet ferner über die Kreditrisikostrategie, Kreditportfolios, Kredite, die nach Gesetz oder Satzung eines Aufsichtsratsbeschlusses bedürfen, Fragen der Kapitalausstattung und Angelegenheiten, die aufgrund der damit verbundenen Risiken von besonderer

Bedeutung sind. Der Risikoausschuss berät mit dem Vorstand Fragen der Gesamtrisikobereitschaft und der Risikostrategie.

— Der Integritätsausschuss überwacht die Maßnahmen des Vorstands, mit denen die Einhaltung von Rechtsvorschriften und behördlichen Regelungen sowie unternehmensinternen Richtlinien durch das Unternehmen sichergestellt wird. Er überprüft auch die Ethik- und Verhaltenskodizes der Bank und beobachtet und analysiert die für die Bank wesentlichen Rechts- und Reputationsrisiken und wirkt auf deren Vermeidung hin.
— Der Prüfungsausschuss, neben weiteren Aufgaben, überwacht die Wirksamkeit des Risikomanagementsystems, insbesondere des internen Kontrollsystems und der internen Revision.
— Der Vorstand verantwortet das Management des Deutsche Bank-Konzerns in Übereinstimmung mit Gesetzen, Firmenstatut und seiner Geschäftsordnung mit dem Ziel einer nachhaltigen Wertschöpfung im Unternehmensinteresse und mithin der Aktionäre, Mitarbeiter und anderer Anspruchsberechtigter. Der Vorstand muss eine ordnungsgemäße Geschäftsorganisation gewährleisten, die ein angemessenes und effektives Risikomanagement beinhaltet. Mit Zustimmung des Aufsichtsrats und dem Ziel, eine effektive Kontrolle über Ressourcen und Risiken zu gewährleisten, schuf der Vorstand das Capital and Risk Committee („CaR“) und das Risk Executive Committee („Risk ExCo“), deren Aufgaben nachfolgend detaillierter beschrieben sind.

Weitere Informationen darüber, wie wir anstreben sicherzustellen, dass unser Handeln mit unserer Risikostrategie im Einklang steht, sind in den Kapiteln „Risikotoleranz und Risikokapazität“ und „Strategie- und Kapitalplan“ zu finden.

Abbildung: Governance-Struktur des Risikomanagements des Deutsche Bank-Konzerns



Die nachstehenden funktionalen Ausschüsse sind von zentraler Bedeutung für das Management der Risiken in der Deutschen Bank:

— Das CaR überwacht die integrierte Planung sowie Steuerung von Risikoprofil und Kapitaladäquanz. Dabei stellt es sicher, dass Risikotoleranz, Kapitalanforderungen sowie Refinanzierungs- und Liquiditätsbedarf mit der Strategie des Konzerns sowie der Unternehmens- und Geschäftsbereiche im Einklang sind. Es bietet eine Plattform zur Diskussion und Vereinbarung strategischer Fragen zwischen Risk, Government & Regulatory Affairs, Finance und den Geschäftsbereichen, die Auswirkungen auf das Kapital, die Finanzierung und die Liquidität haben. Das CaR initiiert entsprechende Maßnahmen und/oder gibt Empfehlungen an den Vorstand. Es ist auch verantwortlich für die regelmäßige Überwachung unseres Risikoprofils im Verhältnis zu unserer Risikotoleranz und dafür, dass angemessene Eskalationen erfolgen oder andere Maßnahmen eingeleitet werden. Das CaR überwacht unser Risikoprofil im Hinblick auf Frühwarnindikatoren und Sanierungsauslöser (Recovery triggers) und schlägt dem Vorstand – sofern erforderlich – Prozesse und Maßnahmen vor, die in unserem Sanierungsplan definiert sind.
— Unser Risk ExCo, der höchste funktionale Ausschuss für unsere Risikosteuerung, identifiziert, überwacht und steuert alle Risiken, einschließlich der Risikokonzentration, auf Konzernebene. Er ist verantwortlich für Risikogrundsätze, die Organisation sowie die Steuerung des Risikomanagements, und überwacht das Risiko- und Kapitalmanagement einschließlich der Risikoidentifizierung, -bewertung und -begrenzung nach Maßgabe der vom Vorstand genehmigten Risiko- und Kapitalstrategie (Planung der Risiko- und Kapitalnachfrage). Das Risk ExCo wird unterstützt von Unterausschüssen, die für spezielle Bereiche des Risikomanagements verantwortlich sind, darunter mehrere Grundsatzausschüsse, das Portfolio Risk Committee („PRC“) und das Group Reputational Risk Committee („GRRC“). Im Februar 2015 wurde entschieden das GRRC direkt unter dem Vorstand anzusiedeln. Die Berichtslinie an das Risk ExCo ist damit entfallen.
— Das PRC unterstützt das Risk ExCo und das CaR insbesondere bei der Steuerung bereichsübergreifender Risiken. Das CaR hat dem PRC die Aufgabe der laufenden Überwachung und Steuerung des Prozesses zur internen Bewertung der Kapitaladäquanz („ICAAP“) übertragen. Das PRC überwacht auch unsere konzernweiten Belastungstests, bewertet die Ergebnisse und schlägt, falls erforderlich, dem Management Maßnahmen vor. Es überwacht die Wirksamkeit des Belastungstest-Prozesses und treibt die fortlaufende Verbesserung des Rahmenwerks für unsere Belastungstests voran.
— Das Living Wills Committee („LWC“) ist der dedizierte Unterausschuss des CaR mit Fokus auf der Sanierungs- und Abwicklungsplanung. Er überwacht die Implementierung unserer Sanierungs- und Abwicklungspläne sowie die Verbesserungen der konzernweiten operativen Bereitschaft, auf Situationen mit hoher Stressbelastung oder bei Gefahr des Eintritts einer solchen Stresssituation zu reagieren.
— Das Regulatory Capital Committee ist ein weiteres Unter-Komitee unseres Capital and Risk Committees. Es hat die Aufgabe, unsere Modelle zur Risikoquantifizierung zu überwachen. Um eine umfassende Überwachung zu fördern, wird es durch mehrere Unter-Komitees unterstützt, die bestimmte Modelle und modellbezogene Themen abdecken.

Mehrere Mitglieder des CaR gehören auch dem Risk ExCo an, wodurch der Informationsfluss zwischen beiden Gremien sichergestellt wird.

Der Risikovorstand (Chief Risk Officer) als Mitglied des Vorstands hat die konzernweite, unternehmensbereichsübergreifende Verantwortung für das Management aller Kredit-, Markt- und operationellen Risiken sowie umfassend die Verantwortung für die Kontrolle der Risiken, unter Einschluss der Liquiditätsrisiken, und die Fortentwicklung der Methoden der Risikomessung. Darüber hinaus ist der Chief Risk Officer für die zusammenfassende Beobachtung und Analyse von und Berichterstattung zu Risiken, einschließlich der Aktiv-/Passiv-Inkongruenzen, sowie der Kapital-, Liquiditäts-, Rechts-, Compliance- und aufsichtsbehördlichen Risiken verantwortlich.

Der Risikovorstand trägt direkte Managementverantwortung für folgende Risikomanagementfunktionen: Kreditrisikomanagement, Marktrisikomanagement, Management der operationellen Risiken und die Liquiditätsrisikokontrolle.

Diese sind mit folgenden Aufgaben betraut:

— Sicherstellung, dass die Geschäftsaktivitäten der Unternehmensbereiche mit der Risikotoleranz übereinstimmen, die das CaR gemäß den Vorstandsvorgaben festgelegt hat;
— Festlegung und Umsetzung angemessener Risiko- und Kapitalmanagementgrundsätze, -verfahren und -methoden für die verschiedenen Geschäftsaktivitäten der Unternehmensbereiche;
— Genehmigung von Limiten für Kredit-, Markt- und Liquiditätsrisiken;
— Regelmäßige Überprüfung der Portfolios, um sicherzustellen, dass sich die Risiken innerhalb annehmbarer Parameter bewegen; sowie
— Entwicklung und Einführung geeigneter Risiko- und Kapitalmanagementinfrastrukturen und -systeme für die jeweiligen Unternehmensbereiche.

Zusätzlich zu den Leitern dieser Risikomanagementfunktionen wurden regional verantwortliche Chief Risk Officer für Deutschland, Amerika und Asien-Pazifik sowie divisional verantwortliche Chief Risk Officer für Deutsche AWM und NCOU ernannt, um ein ganzheitliches Risikomanagement sicherzustellen.

Die Leiter der oben erwähnten Risikomanagementfunktionen sowie die regional und divisional verantwortlichen Chief Risk Officer berichten direkt an den Chief Risk Officer.

Verschiedene Teams innerhalb der Risikomanagementbereiche decken übergreifende Risikoaspekte ab. Ihre Aufgabe ist es, eine stärkere Konzentration auf ein ganzheitliches Risikomanagement und eine umfassende, risikoübergreifende Übersicht zur weiteren Verbesserung unserer Risikoportfoliosteuerung zu ermöglichen. Wesentliche Ziele sind:

— Steuerung von risikoübergreifenden strategischen Initiativen und stärkere Verknüpfung zwischen der Portfoliostrategie und der Übersicht der Umsetzung, einschließlich der Einhaltung regulatorischer Anforderungen;
— Strategische und zukunftsbezogene Managementberichterstattung zu wichtigen Risikothemen, insbesondere zur Risikotoleranz und zu Stresstests;
— Stärkung der Risikokultur in der Bank; und
— Förderung der Umsetzung konsistenter Risikomanagementstandards.

Unsere Bereiche Finance, Risk und Group Audit arbeiten unabhängig von unseren Geschäftsbereichen. Es ist die Verantwortung von Finance und Risk, die Quantifizierung sowie Verifizierung eingegangener Risiken vorzunehmen und die Qualität sowie Integrität risikorelevanter Daten sicherzustellen. Group Audit führt risikoorientierte Prüfungen des Aufbaus und der operativen Effektivität unseres internen Kontrollsystems durch.

Die Integration des Risikomanagements unserer Tochtergesellschaft Deutsche Postbank AG wird durch vereinheitlichte Prozesse zur Identifizierung, Beurteilung, Steuerung, Überwachung und Kommunikation von Risiken sowie Strategien und Prozesse zur Bestimmung und Sicherstellung der Risikotragfähigkeit und der entsprechenden internen Kontrollsysteme vorangetrieben. Die wichtigsten Elemente der gemeinsamen Steuerung sind:

— Funktionale Berichtslinien aus dem Risikomanagement der Postbank an das Risikomanagement der Deutschen Bank;
— Erweiterung der zentralen Risikokomitees der Postbank um stimmberechtigte Mitglieder der Deutschen Bank aus den jeweiligen Risikofunktionen und umgekehrt für ausgewählte zentrale Komitees; und
— Umsetzung wichtiger Konzern-Risikorichtlinien bei der Postbank.

Die wesentlichen Risikomanagementausschüsse der Postbank, in denen der Risikovorstand der Postbank oder ranghohe Risikomanager der Deutschen Bank stimmberechtigte Mitglieder sind, umfassen:

— Das Bankrisikokomitee, das den Vorstand der Postbank mit Blick auf die Festlegung der Risikotoleranz und Risiko- und Kaptialallokation berät;
— Das Kreditrisikokomitee, das für die Limitallokation und Festlegung eines angemessenen Limit-Rahmenwerks verantwortlich ist;
— Das Marktrisikokomitee, das über die Limitallokation, die strategische Positionierung des Anlage- und Handelsbuchs der Postbank, sowie Steuerung des Liquiditätsrisikos entscheidet;
— Das Managementkomitee für operationelle Risiken, das ein angemessenes Risikorahmenwerk und die Limitallokation für operationelle Risiken für die verschiedenen Geschäftsbereiche definiert; und
— Das Modell- und Validierungskomitee, das für die Überwachung der Validierung aller Ratingsysteme und Risikomanagementmodelle verantwortlich ist.

Der Schwerpunkt dieser Arbeit ist es, den vereinbarten aufsichtsrechtlichen IRBA-Fahrplan einzuhalten und unsere gemeinsame Risikomanagementinfrastruktur weiterzuentwickeln. Im Jahr 2013 erhielt das konzernweite AMA-Modell für operationelle Risiken die aufsichtsrechtliche Zulassung zur Anwendung für die Postbank.

Im Jahr 2014 wurde die Integration für große Kunden komplett abgeschlossen. Diese werden nunmehr zentral über unsere Kreditplattform gesteuert und die Aufsichtsbehörden erlaubten die Nutzung der gemeinsamen Modellparameter für Großkunden und Finanzinstitutionen. Die anderen Kundengruppen (Mittelstand, Privatkunden, Immobiliengesellschaften) stehen im Fokus für 2015 und die folgenden Jahre.

Risikokultur

Wir fördern aktiv eine starke Risikokultur auf allen Ebenen unserer Organisation. Eine starke Risikokultur unterstützt die Ausfallsicherheit der Deutschen Bank. Hierfür wenden wir einen ganzheitlichen Ansatz für die Steuerung von Risiken und Erträgen auf allen Ebenen der Organisation sowie das effektive Management unseres Risiko-, Kapital- und Reputationsprofils an. Bei unseren Geschäftsaktivitäten gehen wir bewusst Risiken ein. Die folgenden Prinzipien stützen daher die Risikokultur unseres Konzerns:

— Risiken werden im Rahmen einer definierten Risikotoleranz eingegangen;
— Jedes Risiko muss gemäß dem Rahmenwerk für das Risikomanagement genehmigt werden;
— Risiken müssen angemessenen Ertrag bringen;
— Risiken sollten fortlaufend überwacht und gesteuert werden.

Mitarbeiter auf allen Ebenen sind für die Steuerung und Eskalation von Risiken verantwortlich. Wir erwarten von Mitarbeitern, dass sie durch ihr Verhalten eine starke Risikokultur gewährleisten. Um dies aktiv zu fördern, sorgen wir dafür, dass unsere Leistungsbeurteilungs- und Vergütungsprozesse eine Verhaltensbewertung beinhalten. Verhaltensweisen einer starken Risikokultur wurden auf allen Ebenen der Organisation konsistent kommuniziert und umfassen:

— Verantwortung für unsere Risiken übernehmen;
— Risiken konsequent, zukunftsorientiert und umfassend bewerten;
— kritisches Hinterfragen fördern, betreiben und respektieren;
— Probleme gemeinsam lösen;
— die Deutsche Bank und ihre Reputation bei allen Entscheidungen in den Mittelpunkt stellen.

Zur Stärkung dieser erwarteten Verhaltensweisen unterhalten wir eine Reihe von konzernweiten Aktivitäten. Die Mitglieder unseres Vorstands und das Senior Management kommunizieren regelmäßig die Bedeutung einer starken Risikokultur, um eine einheitliche Botschaft seitens der Leitung zu vermitteln. Um dieser Botschaft ein stärkeres Gewicht zu geben, haben wir unser Angebot an gezielten Schulungen vergrößert. In 2014 belegten unsere Mitarbeiter konzernweit mehr als 88.000 Pflicht-Schulungsmodule. Hierzu gehörten Veranstaltungen zum Bewusstsein für globale Informationssicherheit, eine Einführung in die Mindestanforderungen an das Risikomanagement (MaRisk) und das neu eingeführte Modul „Tone from the Top“. Wir überprüfen regelmäßig unser Schulungsangebot und verbessern beziehungsweise entwickeln weitere Module im Rahmen unserer anhaltenden Maßnahmen zur Stärkung der Risikokultur.

Darüber hinaus und zusammen mit anderen Maßnahmen zur Stärkung unserer Performance-Management-Prozesse haben wir einen Prozess entworfen und implementiert, um die direkte formelle Bewertung von Risikokultur verwandtem Verhalten mit der Leistungsbeurteilung und Vergütung unserer Mitarbeiter zu verknüpfen. Dieser Prozess war seit 2010 in unseren Unternehmensbereichen CB&S und GTB eingeführt und wurde anschließend in allen Unternehmensbereichen und Funktionen eingeführt, wobei PBC Deutschland als letzter den Prozess im Januar 2015 implementierte. Durch diesen Prozess wird die Eigenverantwortung der Mitarbeiter weiter gestärkt.

Wir haben außerdem eine Übersicht zur Messung der Risikokultur auf divisionaler und regionaler Ebene entwickelt. Diese wurde zunächst in CB&S und AWM in 2014 eingeführt und wird über die kommenden Monate hinweg weiterentwickelt werden.

Weitere Maßnahmen werden bereits geprüft und 2015 zu dem Programm hinzugefügt.

Risikotoleranz und Risikokapazität

Die Risikotoleranz ist Ausdruck des Risikos, das wir im Rahmen unserer Risikokapazität einzugehen bereit sind, um unsere Geschäftsziele zu erreichen. Sie wird anhand von quantitativen Mindestmessgrößen und qualitativen Standards festgelegt. Risikokapazität ist definiert als das maximale Risikoniveau, das wir unter normalen und Stressbedingungen eingehen können, ohne regulatorische Schwellenwerte oder Verpflichtungen gegenüber Anspruchsberechtigten zu überschreiten.

Die Risikotoleranz ist ein integraler Bestandteil unserer Prozesse zur Entwicklung unseres Kapital-Nachfrageplans, sodass sichergestellt ist, dass Risiko-, Kapital- und Performanceziele, auch unter Berücksichtigung von Risikokapazität und Risikotoleranz, abgestimmt sind. Unterstützend verwenden wir unsere Stresstestprozesse, um zu prüfen, ob der Plan auch unter Marktstresssituationen diesen Anforderungen entspricht. Die anhand eines Top-down-Ansatzes ermittelte Risikotoleranz dient als Limit für die Risikonahme in der Bottom-up-Planung der Geschäftsbereiche.

Der Vorstand überprüft und genehmigt jährlich oder – bei unerwarteten Änderungen des Risikoumfelds – auch in kürzeren Abständen unsere Risikotoleranz und -kapazität, um sicherzustellen, dass sie unserer Konzernstrategie, dem Geschäftsumfeld, den aufsichtsrechtlichen Bestimmungen sowie den Anforderungen der Anspruchsberechtigten entsprechen.

Um unsere Risikotoleranz und Risikokapazität näher zu bestimmen, haben wir auf Konzernebene unterschiedliche zukunftsgerichtete Indikatoren und Schwellenwerte festgelegt und Eskalationsmechanismen zur Ergreifung erforderlicher Maßnahmen definiert. Wir wählen Risikokennzahlen, die die wesentlichen Risiken, denen wir ausgesetzt sind, und die Finanzlage insgesamt reflektieren. Zudem verbinden wir unser Governance-Rahmenwerk für das Risiko- und Sanierungsmanagement mit dem Rahmenwerk für die Risikotoleranz. Im Einzelnen bewerten wir im Rahmen von regelmäßig durchgeführten konzernweiten Benchmark- sowie stren-geren Stresstests eine Reihe von Kennzahlen unter Stress, wie die Tier-1-Kernkapitalquote gemäß CRR/CRD 4-Vollumsetzung, die interne Kapitaladäquanzquote („ICA“) sowie die Nettoliquiditätsposition unter Stress („SNLP“) und vergleichen deren gestresste Werte mit dem Ampelstatus (rot – gelb – grün) („RAG“), den wir wie in der unteren Tabelle angegeben definiert haben.

Risikotoleranz-Schwellenwerte für wesentliche Kennzahlen

RAG-Niveaus	CRR/CRD 4-Vollumsetzung Tier-1-Kernkapitalquote	Interne Kapitaladäquanzquote	Nettoliquiditätsposition unter Stress
Normal	> 8.0 %	> 135 %	> 5 Mrd €
Kritisch	8.0 % – 5.5 %	135 % – 120 %	5 Mrd € – 0 Mrd €
Krise	< 5.5 %	< 120 %	< 0 Mrd €

Berichte, die unser Risikoprofil mit unserer Risikotoleranz und Risikostrategie vergleichen, sowie unsere Überwachung hiervon, werden regelmäßig dem Vorstand präsentiert. Während des Jahres 2014 blieb unser tatsächliches Risikoprofil innerhalb des in der obigen Tabelle dargestellten „Normalen Niveaus“. Treten Ereignisse ein, bei denen in Normal- oder Stresssituationen unsere festgelegte Risikotoleranzschwelle überschritten wird, wenden wir eine vorab definierte Governance-Matrix für deren Eskalation an. Damit stellen wir sicher, dass diese Überschreitungen dem zuständigen Risikoausschuss, dem Chief Risk Officer und schließlich dem Vorstand gemeldet werden. Änderungen der Risikotoleranz und der Risikokapazität müssen je nach Relevanz vom Chief Risk Officer beziehungsweise vom gesamten Vorstand genehmigt werden. Des Weiteren haben wir im Rahmen der jährlichen Rekalibrierung unserer Risikotoleranz jeweils mit Wirkung ab dem Jahr 2015 den Schwellenwert für Tier-1-Kernkapitalquote gemäß CRR/CRD 4-Vollumsetzung auf 8,5 % und für die interne Kapitaladäquanzquote auf 140 % erhöht. Daher werden entsprechende Änderungen ebenfalls am oberen Ende des kritischen Levels der Tier-1-Kernkapitalquote gemäß CRR/CRD 4-Vollumsetzung und der internen Kapitaladäquanzquote vorgenommen.

Strategie und Kapitalplan

Wir führen alljährlich einen strategischen Planungsprozess durch, der die Entwicklung unserer zukünftigen strategischen Ausrichtung der Gruppe und unserer Geschäftsbereiche und -einheiten widerspiegelt. Der strategische Plan zielt darauf ab, eine ganzheitliche Perspektive zu entwickeln, die Kapital, Finanzierung und Risiko unter Risiko- und Renditegesichtspunkten berücksichtigt. Dieser Prozess übersetzt unsere langfristigen strategischen Ziele in messbare kurz- und mittelfristige Finanzziele und erlaubt eine unterjährige Überprüfung der Zielerreichung und deren Management. Dabei zielen wir darauf ab, optimale Wachstumsmöglichkeiten zu identifizieren, die eine nachhaltige Ertragsentwicklung unter Berücksichtigung der damit verbundenen Risiken ermöglichen und die eine entsprechende Allokation des verfügbaren Kapitals erlauben. Risikospezifische Portfoliostrategien ergänzen diesen Rahmen und erlauben eine weiterführende Umsetzung der Risikostrategie auf Portfolioebene, die Besonderheiten der Risikoart sowie Risikokonzentrationen berücksichtigt.

Der strategische Planungsprozess umfasst zwei Phasen: eine deduktive Zielfestsetzung sowie eine induktive Substantiierung.

In der ersten Phase – der Zielfestsetzung durch die Leitungsebene – diskutiert das Group Executive Committee die Kernziele für Gewinne und Verluste (inklusive Umsatz und Kosten), Kapitalangebots- und Kapitalbedarfsentwicklung sowie Bilanzentwicklung (Bilanzsumme, Refinanzierung und Liquidität) für die Gruppe wie auch die Hauptgeschäftsbereiche. Die Ziele für die nächsten drei Jahre basieren auf unserem makroökonomischen Ausblick und den Erwartungen bezüglich des aufsichtsrechtlichen Rahmenwerks. In der Folge genehmigt der Vorstand die Ziele.

In der zweiten Phase werden die gesetzten Ziele in Detailplänen für Geschäftseinheiten entwickelt, wobei das erste Jahr auf monatlicher Basis als operativer Plan, die Jahre zwei und drei als Jahrespläne ausformuliert werden. Die vorgeschlagenen Detailpläne werden von Finance und Risk einer kritischen Prüfung unterzogen und mit jedem Geschäftsbereichsleiter einzeln erörtert. Dabei werden die Besonderheiten des Geschäftsbereichs berücksichtigt und konkrete Ziele vereinbart, die alle darauf ausgerichtet sind, unsere Strategie zu unterstützen. Die Detailpläne enthalten Ziele für wichtige Gesellschaften, um die lokale Risiko- und Kapitalausstattung zu prüfen. Stresstests ergänzen den strategischen Plan, um auch gestresste Marktbedingungen zu würdigen.

Der resultierende Strategie- und Kapitalplan wird dem Group Executive Committee und dem Vorstand zur Diskussion und Genehmigung vorgelegt. Nach der Genehmigung durch den Vorstand wird der Plan dem Aufsichtsrat vorgelegt.

Der Strategie- und Kapitalplan ist darauf ausgerichtet, unsere Vision einer führenden, auf Kunden ausgerichteten globalen Universalbank zu unterstützen. Er zielt darauf ab, sicherzustellen, dass wir

— ein ausgewogenes risikoadjustiertes Ergebnis in allen Geschäftsbereichen und -einheiten erreichen;
— die Risikomanagementstandards mit speziellem Fokus auf Risikokonzentrationen hochhalten;
— aufsichtsrechtliche Anforderungen einhalten;
— eine starke Kapital- und Liquiditätsposition sicherstellen; und
— mit einer stabilen Refinanzierungs- und Liquiditätsstrategie die Geschäftsplanung innerhalb der Liquiditätsrisikotoleranz sowie der aufsichtsrechtlichen Vorgaben unterstützen.

Unser Strategie- und Kapitalplanungsprozess ermöglicht uns damit die

— Festlegung ertrags- und risikobezogener Kapitaladäquanzziele unter Berücksichtigung der strategischen Ausrichtung und der Geschäftspläne;
— Bewertung unserer Risikotragfähigkeit mit Blick auf interne und externe Anforderungen (zum Beispiel in Bezug auf das ökonomische Kapital und das aufsichtsrechtliche Eigenkapital); und
— Durchführung von angemessenen Stresstests zur Ermittlung der Auswirkungen auf Kapitalbedarf, Kapitalbasis und Liquiditätsposition.

Die spezifischen Limite, wie zum Beispiel aufsichtsrechtliche Kapitalnachfrage und Ökonomisches Kapital, werden aus dem Strategie- und Kapitalplan abgeleitet und sollen unsere Risiko-, Kapital- und Ertragsziele auf allen relevanten Unternehmensebenen angleichen.

Die Ziele, eine harte Kernkapitalquote unter Vollumsetzung von höher als 10 % und eine CRD 4-Verschuldungsquote von 3.5 % bis Jahresende 2015 zu erreichen, werden laufend in Managementkomitees auf angemessener Ebene kontrolliert. Eine projektierte Zielverfehlung wird zusammen mit möglichen Alternativstrategien diskutiert, um letztendlich die gesetzten Ziele dennoch zu erreichen. Änderungen des strategischen Plans müssen vom Vorstand genehmigt werden. Die Erfüllung unserer extern kommunizierten Solvabilitätsziele stellt sicher, dass wir auch jene Anforderungen erfüllen, die uns unsere Herkunftslandbehörde für die Gruppe im Rahmen des aufsichtsrechtlichen Überprüfungs- und Bewertungsprozesses (Supervisory Review and Evaluation Process) kommuniziert hat (Erfüllung einer harten Kernkapitalquote von mindestens 10 % unter Berücksichtigung der Übergangsregeln zu jeder Zeit).

Sanierungs- und Abwicklungsplanung

Die Finanzkrise 2007/2008 hat Banken und weite Teile der globalen Finanzmärkte einer beispiellosen Belastungsprobe ausgesetzt. Diese Belastungen mündeten in massiven staatlichen Unterstützungsmaßnahmen für betroffene Banken sowie umfangreichen Interventionen durch Zentralbanken. Die Krisenereignisse zwangen zahlreiche Finanzinstitute zudem, ihre Geschäftsaktivitäten in bedeutendem Umfang zu restrukturieren und ihre Kapital-, Liquiditäts- und Refinanzierungsbasis zu stärken. Darüber hinaus machte diese Krise deutlich, dass viele Finanzinstitute auf eine rasch fortschreitende, systemische Krise nur unzureichend vorbereitet waren und daher nicht auf eine Weise agieren und reagieren konnten, dass ihr potenzielles Scheitern ohne wesentliche negative Auswirkungen auf das gesamte Finanzsystem und damit letztlich auf Wirtschaft und Gesellschaft bleiben würde.

Als Reaktion auf diese Krise hat das Financial Stability Board (FSB) eine Liste von global systemrelevanten Banken (G-SIBs) veröffentlicht und seinen Mitgliedern empfohlen, für diese G-SIBs die Erstellung von Sanierungs- und Abwicklungsplänen anzuordnen und die betroffenen Institute bei deren Entwicklung zu unterstützen. Entsprechende Gesetzgebungen wurden in verschiedenen Jurisdiktionen einschließlich der Mitgliedsstaaten der Europäischen Union (EU), Deutschland, Großbritannien und der USA erlassen oder vorgeschlagen. Da

auch wir als eines dieser G-SIBs eingestuft wurden, haben wir einen Konzern-Sanierungsplan (Sanierungsplan) entwickelt und bei unseren relevanten Aufsichtsbehörden eingereicht. Dieser Sanierungsplan wird mindestens einmal jährlich aktualisiert und berücksichtigt sowohl Änderungen in den Geschäftsaktivitäten der Bank als auch veränderte aufsichtsrechtliche Anforderungen.

Dieser Sanierungsplan versetzt uns in die Lage, unsere finanzielle Stärke und Überlebensfähigkeit auch während einer extremen Stresssituation wiederherzustellen. Der Sanierungsplan stellt insbesondere dar, wie wir auf eine finanzielle Stresssituation, die einen signifikanten Einfluss auf unsere Kapital- beziehungsweise Liquiditätsposition hätte, reagieren könnten. Dazu beinhaltet er eine Vielzahl von konkreten Maßnahmen, mit dem Ziel, uns, unsere Kunden und die Märkte zu schützen und eine potenziell kostspieligere Abwicklung zu verhindern. Übereinstimmend mit aufsichtsrechtlichen Leitlinien haben wir eine umfangreiche Anzahl von möglichen Sanierungsmaßnahmen identifiziert, die verschiedene Arten von Stressszenarien abschwächen würden. Diese Szenarien berücksichtigen sowohl idiosynkratische als auch marktweite Ereignisse, die erhebliche Kapital- und Liquiditätsauswirkungen sowie Auswirkungen auf unseren Geschäftserfolg wie auch auf unsere Bilanz hätten. Der Sanierungsplan, einschließlich der entsprechenden internen Richtlinien, ermöglicht es uns, unsere Sanierungsmaßnahmen wirksam zu planen und zu überwachen sowie in Krisensituationen zu eskalieren und auszuüben.

Das wesentliche Ziel dieses Sanierungsplans ist es zu ermöglichen, uns von einer Krisensituation erholen zu können, indem angemessene Sanierungsmaßnahmen ausgewählt werden, in Folge derer wir weiterhin ausreichend mit Kapital und Finanzmitteln ausgestattet sind. Dieser Plan geht über unser Risikomanagement-Rahmenwerk hinaus und kann in extremen Krisensituationen (zum Beispiel bei substanziellen Kapitalverlusten oder in Ermangelung eines Zugangs zu erforderlicher Marktliquidität), in denen der Fortbestand unseres Unternehmens gefährdet sein könnte, umgesetzt werden. Der Vorstand entscheidet, wann der Sanierungsplan umgesetzt werden muss und welche Maßnahmen in der jeweiligen Situation als angemessen angesehen werden.

Der Sanierungsplan ist derart ausgestaltet, dass er eine Vielzahl von Richtlinien unter anderem von FSB, EU, Deutschland und anderer relevanter Jurisdiktionen abdeckt. Ferner berücksichtigt der Sanierungsplan zahlreiche Anmerkungen aus den intensiv geführten Diskussionen mit unserer Krisenmanagementgruppe „CMG“ (bestehend aus wesentlichen heimischen und ausländischen Regulatoren). Wir berichten an die CMG in der Absicht, unsere Vorbereitungen auf eine uns betreffende, grenzüberschreitende Finanzkrise zu verbessern, und ein solche Krise besser bewältigen und überwinden zu können. Die CMG ist gehalten, eng mit den Behörden in anderen Jurisdiktionen zusammenzuarbeiten, in denen Finanzinstitute eine systemrelevante Funktion innehaben.

Wir arbeiten zudem eng mit der heimischen Abwicklungsbehörde zusammen und unterstützen diese in ihrem Auftrag, einen Abwicklungsplan für den Konzern der Deutschen Bank gemäß der Richtlinie zur Sanierung und Abwicklung von Kreditinstituten (BRRD) und des Sanierungs- und Abwicklungsgesetzes (SAG) zu erstellen.

Abschnitt 1 des „Dodd-Frank Wall Street Reform and Consumer Protection Act“ (Dodd-Frank Act) und die vom Direktorium des US-Zentralbankensystems und der Bundesanstalt zur Versicherung von Einlagen bei Kreditinstituten („FDIC“) zur Umsetzung herausgegebenen Implementierungen verlangen von allen „Bank Holding Companies“ mit Vermögenswerten über 50 Mrd US-$ – einschließlich der Deutschen Bank AG („DBAG“) – jährlich einen Plan zur geordneten Abwicklung von Niederlassungen und Geschäftsaktivitäten im Falle einer zukünftigen finanziellen Notlage oder einer Insolvenz zu erstellen (den „Title I US Resolution Plan“), und diesen den Regulierungsbehörden einzureichen. Für Banken mit Sitz außerhalb der USA wie die DBAG, bezieht sich der Title I US Resolution Plan nur auf Niederlassungen, Filialen, Geschäftsstellen und Geschäftsaktivitäten, die komplett in den USA angesiedelt oder in weiten Teilen dort abgewickelt werden. Zusätzlich hierzu war die Deutsche Bank Trust Company Americas („DBTCA“) 2014 erstmals dazu aufgefordert, einen spezifischen Abwicklungsplan (den „IDI Plan“) einzureichen. Die DBTCA ist eine der Institutionen der DBAG, die versicherte Einlagen in den USA hält („IDIs“). Die finalen Regelungen der FDIC verlangen von IDIs mit Vermögenswerten über 50 Mrd US-$ der FDIC regelmäßig Abwicklungspläne für den Fall einer Insolvenz nach dem „Federal

Deposit Insurance Act“ (der „IDI Rule“) vorzulegen. Die durchschnittlichen konsolidierten Vermögenswerte der DBTCA im Jahr 2013 überstiegen diesen Schwellenwert der IDI Rule von 50 Mrd US-Dollar, so dass die DBAG den Title I US Resolution Plan im Jahr 2014 in der Form erweitert hat, dass ebenfalls die Anforderungen der IDI Rule erfüllt werden. Zusammen bilden der Title I US Resolution Plan und der IDI Plan den „US Resolution Plan“.

Kernelemente des „US Resolution Plans“ sind signifikante Rechtseinheiten (Material Entities, „MEs“), Kerngeschäftsfelder (Core Business Lines, „CBLs“), kritische ökonomische Funktionen (Critical Operations, „COs“) sowie für die Zwecke des IDI-Planes zudem kritische Dienstleistungen (Critical Services). Der US Resolution Plan legt die Abwicklungsstrategie für jede ME dar. Diese sind als solche Einheiten definiert, die signifikant für die Aktivitäten einer CO oder CBL sind. Der US Resolution Plan zeigt, wie jede ME, CBL und CO in einer zügigen und geordneten Art und Weise sowie ohne systemischen Einfluss auf die US-Finanzmarktstabilität abgewickelt werden kann. Zudem legt der US Resolution Plan die Strategie dar, wie kritische Dienstleistungen im Abwicklungsfall fortgeführt werden können. Die im US Resolution Plan adressierten wesentlichen Faktoren beinhalten Maßnahmen zur Sicherstellung:

— des verbleibenden Zugangs zu Dienstleistungen von anderen US-amerikanischen und nicht-US-amerikanischen Rechtseinheiten sowie externen Parteien, wie Anbietern von Zahlungsdiensten, Börsen und wesentlichen Dienstleistern;
— der Verfügbarkeit sowohl externer wie auch interner Finanzierungsquellen;
— der Weiterbeschäftigung wichtiger Mitarbeiter während der Abwicklungsphase; und
— des effizienten und koordinierten Ausgleichs grenzüberschreitender Verträge.

Der „US Resolution Plan“ wird in Zusammenarbeit mit den Geschäftsbereichen und Infrastrukturfunktionen in den USA erarbeitet, um sicherzustellen, dass er das Geschäft, kritische Infrastrukturen sowie wesentliche Abhängigkeiten korrekt darstellt.

Risikobewertung und Berichterstattung

Risikosteuerungsinstrumente

Zur Überwachung und Steuerung von Risiken verwenden wir zahlreiche quantitative und qualitative Methoden. Es gehört zu unseren Grundsätzen, dass wir die Angemessenheit und Zuverlässigkeit der verwendeten Messinstrumente und Kenngrößen mit Blick auf das sich ändernde Risikoumfeld ständig prüfen. Manche dieser Instrumente können für mehrere Risikoarten genutzt werden, andere sind auf die besonderen Merkmale bestimmter Risikokategorien zugeschnitten. Nachstehend sind die wichtigsten internen Instrumente und Kenngrößen aufgeführt, die wir derzeit für die Messung und Steuerung der Risiken sowie die dazugehörige Berichterstattung verwenden:

— RWA-Äquivalent – Ist definiert als die Summe aus den risikogewichteten Aktiva („RWA“) und einem theoretischen Betrag für speziell zugeordnete Kapitalabzugspositionen vom Tier-1-Kernkapital, der diese in RWA konvertiert. RWA sind die Kerngröße für die Ermittlung der aufsichtsrechtlichen Kapitaladäquanz, dargestellt durch die Tier-1-Kernkapitalquote. RWA-Äquivalente werden bei der Zielsetzung für das Wachstum unserer Geschäftsbereiche verwendet und im Rahmen unseres Managementreportings überwacht. Grundsätzlich werden die RWA im Einklang mit dem aktuell gültigen CRR/CRD 4-Rahmenwerk, so wie es (wo erforderlich) in deutsches Recht implementiert ist, errechnet und für unsere in die Zukunft gerichtete Risiko- und Kapitalplanung verwendet.
— Erwarteter Verlust – Wir nutzen den erwarteten Verlust zur Messung unseres Kredit- und operationellen Risikos. Der erwartete Verlust misst den Verlust, der innerhalb eines Jahres ab dem jeweiligen Berichtstermin aus diesen Risiken zu erwarten ist. Er wird auf der Grundlage historischer Verlustdaten ermittelt. Für die Berechnung des erwarteten Verlusts aus dem Kreditrisiko werden Kreditrisikoeinstufungen, erhaltene Sicherheiten, Fälligkeiten und statistische Durchschnittsverfahren berücksichtigt, um die Risikoei-

genschaften unserer unterschiedlichen Arten von Engagements und Fazilitäten zu erfassen. Alle Parameterannahmen basieren auf statistischen Verfahren für einen Zeitraum von bis zu neun Jahren. Diese wurden auf Basis unserer historischen Ausfall- und Verlustdaten sowie externer Orientierungsgrößen berechnet. Wir setzen den erwarteten Verlust als Instrument in unserem Risikomanagementprozess ein. Außerdem ist er ein Bestandteil unseres Systems für die Managementberichterstattung. Die relevanten Ergebnisse der Berechnung des erwarteten Verlusts werden darüber hinaus zur Ermittlung der aggregierten Wertberichtigungen für Kreditausfälle in Betracht gezogen, die in unserem Jahresabschluss enthalten sind. Für das operationelle Risiko berechnen wir den erwarteten Verlust anhand statistischer Durchschnittswerte, die auf internen Verlustdaten, aktuellen Risikoentwicklungen sowie zukunftsgerichteten Expertenschätzungen basieren.

— Return on Risk-Weighted Assets („RoRWA") – In Zeiten knappen aufsichtsrechtlichen Eigenkapitals ist der Ertrag auf die risikogewichteten Aktiva („RoRWA") ein wichtiges Maß, um die Wirtschaftlichkeit unserer Kundenbeziehungen einzuschätzen, insbesondere in Bezug auf das Kreditrisiko. RoRWA ist zurzeit die vorrangige Leistungskennzahl und setzt sich fort, einen höheren Stellenwert als der zuvor verwendete, auf dem Ökonomischen Eigenkapital basierende „Risk Adjusted Return on Capital" („RARoC") einzunehmen.
— Value-at-Risk – Wir verwenden das Value-at-Risk-Verfahren, um quantitative Kenngrößen für unsere Marktrisiken im Handelsbuch unter normalen sowie das Stress-Value-at-Risk-Verfahren für Marktrisiken unter gestressten Marktbedingungen abzuleiten. Die Value-at-Risk-Werte sind Teil der internen und externen (aufsichtsrechtlichen) Berichterstattung. Für ein bestimmtes Portfolio misst der Value-at-Risk den potenziellen künftigen Verlust (bezogen auf den Marktwert), der mit einem vorher definierten Konfidenzniveau unter normalen/gestressten Marktbedingungen in einer bestimmten Periode nicht überschritten wird. Der Value-at-Risk für ein Gesamtportfolio misst unser diversifiziertes Marktrisiko (aggregiert unter Verwendung zuvor ermittelter Korrelationen) unter normalen/gestressten Marktbedingungen für dieses Portfolio.
— Ökonomisches Kapital – Das Ökonomische Kapital ist eine Messgröße zur Ermittlung des Eigenkapitals, das benötigt wird, um extreme unerwartete Verluste aus unserem Portfolio aufzufangen. „Extrem" bedeutet hier, dass das berechnete Ökonomische Kapital mit einer Wahrscheinlichkeit von 99,98 % die in einem Jahr anfallenden aggregierten unerwarteten Verluste abdeckt. Wir berechnen das Ökonomische Kapital für das Kreditrisiko, für das Marktrisiko einschließlich des handelsbezogenen Ausfallrisikos sowie für das operationelle und das allgemeine Geschäftsrisiko.

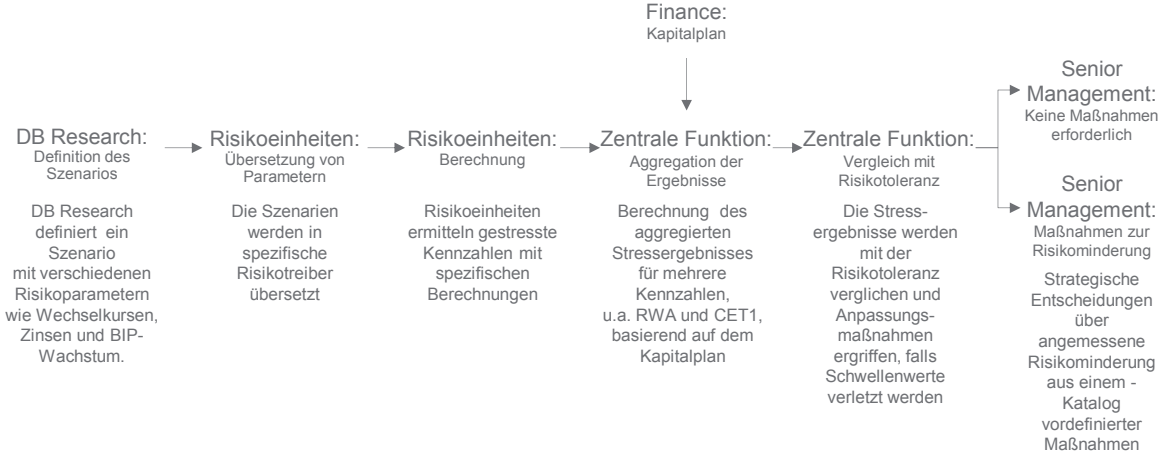
Stresstests

Wir führen regelmäßig Stresstests durch, um die Auswirkungen eines erheblichen Konjunkturabschwungs auf unser Risikoprofil und unsere Finanzlage zu bewerten. Diese Stresstests ergänzen klassische Risikomaße und sind integraler Bestandteil unserer Strategie- und Kapitalplanungsprozesse. Unser Stresstest-Rahmenwerk umfasst regelmäßige konzernweite Stresstests, die auf intern definierten Benchmark-Szenarien und starken globalen Rezessionsszenarien basieren. In unseren Stresstests erfassen wir alle wesentlichen Risikoarten. Der Zeithorizont für alle internen Stresstests beträgt ein Jahr. Unsere Methoden werden von internen Experten sowie Aufsichtsbehörden regelmäßig geprüft, um zu beurteilen, dass die Auswirkungen eines gegebenen Szenarios korrekt erfasst werden. Die Analysen werden um Portfolio- und länderspezifische Stresstests sowie aufsichtsrechtliche Anforderungen, wie jährliche Reverse-Stresstests und zusätzlich von Regulatoren auf Konzern- oder Tochtergesellschaftslevel verlangte Stresstests, ergänzt. Ferner wird pro Jahr ein für die Kapitalplanung relevanter Stresstest durchgeführt, um die Umsetzbarkeit des Kapitalplans der Deutschen Bank bei ungünstigen Marktgegebenheiten zu bewerten und einen klaren Zusammenhang zwischen Risikotoleranz, Geschäftsstrategie, Kapitalplan und Stresstests aufzuzeigen. Ein integrierter Ansatz ermöglicht es uns die Auswirkungen von Ad-hoc-Szenarien zu berechnen, die potenzielle finanzielle oder geopolitische Schocks simulieren.

In der Anfangsphase unserer internen Stresstests definiert DB Research in Zusammenarbeit mit Experten aus dem Risiko- sowie dem Marktbereich ein makroökonomisches Krisenszenario. DB Research beobachtet die politische und wirtschaftliche Entwicklung rund um den Globus und bildet diese in einer makroökonomischen „Heatmap" ab. In dieser Heatmap werden potenzielle negative Szenarien identifiziert. Anhand von quantitativen Modellen und Expertenschätzungen werden ökonomische Parameter, wie Wechselkurse, Zinsen, BIP-

Wachstum oder Arbeitslosenquoten, entsprechend festgelegt, um die Auswirkungen auf unser Geschäft darzustellen. Die Beschreibung des Szenarios wird von Experten in den jeweiligen Risikoeinheiten in spezifische Risikoparameter übersetzt. Anhand interner Modelle ermittelt jede Risikoeinheit Messgrößen wie risikogewichtete Aktiva, Verluste und Ökonomisches Kapital unter Stress. Diese Ergebnisse werden auf Konzernebene aggregiert und wesentliche Größen wie die Nettoliquiditätsposition unter Stress, die Tier-1-Kernkapitalquote und die interne Kapitaladäquanzquote unter Stress hergeleitet. Die Stresstestergebnisse und die zugrunde liegenden Szenarien werden für alle Risikoarten auf verschiedenen Ebenen von Senior Managern innerhalb der Bereiche Risikomanagement, Finance und den Geschäftsbereichen geprüft. Nach dem Vergleich mit unserer festgelegten Risikotoleranz entscheidet das Senior Management über spezifische Risikominderungsmaßnahmen, um die Stressauswirkungen gemäß dem übergreifenden Strategie- und Kapitalplan zu mindern, sofern bestimmte Grenzwerte überschritten werden. Darüber hinaus werden die Ergebnisse in der jährlichen Sanierungsplanung berücksichtigt. Dies ist in einer existenziellen Krisensituation für die Abwicklungsfähigkeit der Bank unerlässlich. Das Ergebnis wird dem Senior Management und schließlich dem Vorstand vorgestellt, um Bewusstsein auf höchster Ebene zu schaffen. Es gibt einen wesentlichen Einblick in spezifische geschäftliche Schwachstellen und trägt zur Gesamtbewertung des Risikoprofils der Bank bei. Im Jahr 2014 blieben wir im Rahmen unseres internen Stresstest-Programms unter verschiedenen, teilweise schweren Stressszenarien ausreichend kapitalisiert. Durch Auswahl von geeigneten Handlungsoptionen aus einem Katalog von verfügbaren Sanierungsmaßnahmen verfügen wir über die Möglichkeit unter den jeweiligen Stressszenarien sicherzustellen, dass potenzielle Kapitallücken im Stress unmittelbar geschlossen werden können. Zudem wird jährlich ein Reverse-Stresstest durchgeführt, um das Geschäftsmodell anhand von Szenarien auf Nachhaltigkeit zu überprüfen. Der Stresstest basiert auf hypothetischen makroökonomischen Szenarien oder idiosynkratischen Ereignissen, die ernsthafte Auswirkungen auf unsere Ergebnisse haben. Vergleicht man die hypothetischen makroökonomischen Szenarien, die dazu führen, dass das Geschäftsmodell nicht mehr tragbar ist, mit dem derzeitigen makroökonomischen Umfeld, dürfte der Eintritt des Szenarios sehr unwahrscheinlich sein. Unter Berücksichtigung der sehr geringen Eintrittswahrscheinlichkeit eines Reverse-Stresstest-Szenarios betrachten wir unsere Geschäftskontinuität nicht als gefährdet.

Stresstest-Rahmenwerk des Deutsche Bank-Konzerns



Risikoberichterstattung und -messsysteme

Wir verfügen über zentralisierte Risikodatenbanken und Systeme, die das aufsichtsrechtliche Meldewesen, externe Veröffentlichungen, aber auch die interne Managementberichterstattung zu Kredit-, Markt-, operationellen (einschließlich Rechtsrisiken), Geschäfts-, Reputations-, Liquiditäts-, Modell- und Compliance-Risiken (gemäß MaRisk) unterstützen. Unsere Risiko-Infrastruktur integriert die relevanten Konzerngesellschaften sowie Geschäftsbereiche. Sie bildet die Grundlage für die maßgeschneiderte regelmäßige sowie Ad-hoc-Berichterstattung zu Risikopositionen, Kapitaladäquanz und Limitinanspruchnahmen an die zuständigen Funktionen. Spezielle Einheiten in Finance und Risk übernehmen die Verantwortung für die Messung und Analyse von Risiken sowie die entsprechende Berichterstattung. Dabei stellen sie die erforderliche Qualität und Integri-

tät der risikorelevanten Daten sicher. Unsere Risikomanagementsysteme werden nach Risikokriterien durch Group Audit überprüft. Unser Vorstand bestätigt hiermit für den Zweck von Artikel 435 CRR, dass unsere Risikomanagementsysteme hinsichtlich unseres Risikoprofils und unserer Risikostrategie angemessen sind.

Die Hauptberichte zum Risiko- und Kapitalmanagement, in denen die zentralen Governance-Gremien über konzernweite Risiken informiert werden, sind:

— Das Risiko- und Kapitalprofil wird dem CaR und dem Vorstand monatlich vorgestellt und anschließend dem Risikoausschuss des Aufsichtsrats zur Information zugeleitet. Es umfasst einen Überblick über unsere aktuelle Risiko-, Kapital- und Liquiditätssituation sowie auch Informationen zur Adäquanz unseres aufsichtsrechtlichen Eigenkapitals und Ökonomischen Kapitals.
— Der Konzern Treasurer und das Group Capital Management stellen dem CaR monatlich einen Überblick über den Kapital-, Liquiditäts- und Refinanzierungsbedarf vor. Dieser umfasst wesentliche Entwicklungen und Kenngrößen einschließlich das Tier-1-Kernkapital sowie die Verschuldungsquote nach CRR/CRD 4 und eine Übersicht über den aktuellen Status unserer Finanzierung und Liquidität, die Liquiditätsstresstests und Notfallmaßnahmen.
— Zweimal im Quartal oder bei Bedarf häufiger werden konzernweite makroökonomische Stresstests durchgeführt, deren Ergebnisse dem PRC zur Verfügung gestellt und diskutiert werden.

Diese Berichte werden durch eine Auswahl weiterer Standard- und Ad-hoc-Berichte von Risk und Finance vervollständigt und unterschiedlichen übergeordneten Ausschüssen präsentiert, die für das Risiko- und Kapitalmanagement auf Konzernebene verantwortlich sind.

Risikoinventur

Durch unsere Geschäftsaktivitäten sind wir einer Vielzahl von Risiken ausgesetzt, die im Folgenden näher beschrieben werden. Kredit-, Markt- und operationelles Risiko erfordern aufsichtsrechtliches Eigenkapital. Im Rahmen unseres Prozesses zur Bewertung der internen Kapitaladäquanz berechnen wir das Ökonomische Kapital von Kredit-, Markt-, Geschäfts- und operationellen Risiken, das benötigt wird, um die aus unseren Geschäftsaktivitäten resultierenden Risiken abzudecken, wobei Diversifikationseffekte zwischen diesen Risikotypen berücksichtigt werden. Darüber hinaus berücksichtigt unser Ökonomisches Kapitalrahmenwerk implizit weitere Risiken, wie zum Beispiel Reputationsrisiken und Refinanzierungsrisiken, für die keine eigenständigen Modelle zur Ermittlung eines Ökonomischen Kapitals aufgebaut wurden. Das Liquiditätsrisiko wird bei der Berechnung des Ökonomischen Kapitals nicht berücksichtigt, da es separat abgedeckt wird. Die Risikoinventur wird regelmäßig, mindestens einmal im Jahr, und bei Bedarf auch öfter aktualisiert, indem der Risikoidentifizierungs- und Risikobewertungsprozess gemäß MaRisk durchgeführt wird. In 2014 wurden das Reputationsrisiko, das Modellrisiko und das Compliance-Risiko (MaRisk) neu als materiell eingestuft.

Kreditrisiko

Das Kreditrisiko entsteht bei Transaktionen, aus denen sich tatsächliche, eventuelle oder künftige Ansprüche gegenüber einem Geschäftspartner, Kreditnehmer oder Schuldner (im Folgenden einheitlich „Geschäftspartner“ genannt) ergeben, einschließlich Forderungen, die zum Weiterverkauf vorgesehen sind (siehe weiter unten im detaillierteren Abschnitt zum Kreditrisiko). Diese Transaktionen gehören in der Regel zu unserem traditionellen nicht handelsbezogenen Kreditgeschäft (wie Kredite und Eventualverbindlichkeiten) oder unseren direkten Handelsaktivitäten mit Kunden (wie außerbörslich gehandelte Derivate, Devisentermingeschäfte und Zinstermingeschäfte). Die Bilanzwerte unserer Beteiligungspositionen werden ebenfalls in den Kapiteln über das Kreditrisiko dargestellt. Wir steuern die jeweiligen Positionen innerhalb unserer Marktrisiko- und Kreditrisikorahmenwerke.

Wir unterscheiden drei Arten von Kreditrisiken:

— Das Ausfallrisiko (Kontrahentenrisiko), das wichtigste Element des Kreditrisikos, ist das Risiko, dass Geschäftspartner vertragliche Zahlungsverpflichtungen in Bezug auf die zuvor beschriebenen Ansprüche nicht erfüllen.
— Das Abwicklungsrisiko ist das Risiko, dass die Abwicklung oder Verrechnung von Transaktionen scheitert. Es entsteht immer dann, wenn liquide Mittel, Wertpapiere und/oder andere Werte nicht zeitgleich ausgetauscht werden, was uns einem potenziellen Verlust aussetzt, falls der Kontrahent ausfallen sollte.
— Das Länderrisiko ist das Risiko, dass uns ein unerwartetes Ausfall- oder Abwicklungsrisiko mit entsprechendem Verlust in einem Land entsteht, auf Basis einer Reihe von makroökonomischen oder sozialen Geschehnissen, die in erster Linie die Kontrahenten in dieser Gerichtsbarkeit beeinträchtigen. Dazu gehören eine Verschlechterung der makroökonomischen Rahmenbedingungen, politische und soziale Unruhen, die Verstaatlichung und Enteignung von Vermögenswerten, die staatliche Nichtanerkennung von Auslandsschulden oder die extreme Ab- oder Entwertung der Landeswährung. Das Länderrisiko beinhaltet auch das Transferrisiko. Dieses entsteht, wenn Schuldner aufgrund direkter staatlicher Interventionen nicht in der Lage sind, Vermögenswerte zur Erfüllung ihrer Verpflichtungen an Nichtgebietsansässige zu übertragen.

Marktrisiko

Das Marktrisiko entsteht durch die Unsicherheit hinsichtlich der Änderungen von Marktpreisen und Kursen (einschließlich Zinsen, Aktienkursen, Wechselkursen und Rohstoffpreisen), der Korrelationen zwischen ihnen und ihrer unterschiedlichen Volatilität. Wir unterscheiden zwischen drei verschiedenen Arten von Marktrisiken:

— Das Marktrisiko aus Handelsaktivitäten entsteht in erster Linie durch Marktpflegeaktivitäten im Unternehmensbereich CB&S. Dazu gehört das Eingehen von Positionen in Schuldtiteln, Aktien, Fremdwährungen, sonstigen Wertpapieren und Rohstoffen sowie in entsprechenden Derivaten.
— Das handelsbezogene Ausfallrisiko entsteht infolge von Ausfällen sowie Bonitätsveränderungen bezogen auf gehandelte Produkte.
— Das Marktrisiko aus Nichthandelsaktivitäten resultiert aus Marktbewegungen, in erster Linie außerhalb der Aktivitäten unserer Handelsbereiche, in unserem Anlagebuch und aus außerbilanziellen Positionen. Dieses schließt Zinsrisiken, Credit-Spread-Risiken, Investitionsrisiken und Fremdwährungsrisiken ein sowie Marktrisiken, die aus unseren Pensionsverpflichtungen, Garantiefonds und aktienbasierten Vergütungen resultieren. Das Marktrisiko aus Nichthandelsaktivitäten beinhaltet auch Risiken aus der Modellierung von Kundendepots sowie Spar- und Kreditprodukten.

Operationelles Risiko

Operationelles Risiko ist die Gefahr von Verlusten, die infolge der Unangemessenheit oder des Versagens von internen Verfahren und Systemen, Menschen oder infolge externer Ereignisse eintreten. Diese Definition schließt Rechtsrisiken ein. Das operationelle Risiko umfasst keine Geschäfts- und Reputationsrisiken.

Liquiditätsrisiko

Das Liquiditätsrisiko ist das Risiko, dass wir möglicherweise nicht oder nur zu überhöhten Kosten in der Lage sind, unsere Zahlungsverpflichtungen bei Fälligkeit zu erfüllen.

Allgemeines Geschäftsrisiko

Das allgemeine Geschäftsrisiko bezeichnet das Risiko, das aufgrund möglicher Veränderungen der allgemeinen wirtschaftlichen Rahmenbedingungen entsteht. Dazu gehören beispielsweise das Marktumfeld, das Kundenverhalten und der technische Fortschritt. Stellen wir uns nicht rechtzeitig auf veränderte Bedingungen ein, können diese unsere Geschäftsergebnisse beeinträchtigen. Das allgemeine Geschäftsrisiko setzt sich aus dem Strategischen Risiko, dem Steuerrisiko und dem Refinanzierungsrisiko zusammen, wobei nur das strategische Risiko als materiell eingestuft wurde.

Reputationsrisiko

Für unsere Risikomanagementprozesse definieren wir das Reputationsrisiko als die Gefahr, dass die öffentliche Berichterstattung über eine Transaktion, einen Geschäftspartner oder eine Geschäftspraxis, an der ein Kunde beteiligt ist, das öffentliche Vertrauen in unser Unternehmen negativ beeinflusst.

Modellrisiko

Modellrisiko ist das Risiko möglicher nachteiliger Folgen von Entscheidungen, die auf der Grundlage von unangemessenen, falschen oder falsch verwendeten Modellen getroffen werden. In diesem Zusammenhang ist ein Modell definiert als eine quantitative Methode, ein System, oder ein Ansatz in Verbindung mit statistischen, wirtschaftlichen, finanziellen oder mathematischen Theorien, Techniken und Annahmen zur Verarbeitung von Daten, die in quantitative Schätzungen einfließen sollen.

Compliance-Risiko

Das Compliance-Risiko gemäß MaRisk wird definiert als das aktuelle oder potenzielle Risiko für Erträge und Kapital infolge von Verstößen gegen Gesetze, Regelungen, Vorschriften, Vereinbarungen, vorgeschriebene Praktiken oder ethische Standards beziehungsweise infolge von deren Nichteinhaltung. Dadurch kann es zu Geldstrafen, Schäden und/oder der Annullierung von Verträgen sowie zur Schädigung des Rufs eines Unternehmens kommen.

Versicherungsrisiko

Unser Versicherungsrisiko entsteht durch die Abbey Life Assurance Company Limited sowie unseren Verpflichtungen aus der leistungsorientierten Versorgungszusage. Es gibt auch ein versicherungsbezogenes Risiko innerhalb des Pensions & Insurance Risk Markets-Geschäfts. Im Rahmen unseres Risikomanagements betrachten wir versicherungsbezogene Risiken in erster Linie als Marktrisiken aus Nichthandelsaktivitäten, welche als materiell eingestuft wurden. Wir überwachen die Annahmen, die der Berechnung dieses Risikos zugrunde liegen, regelmäßig und treffen gegebenenfalls risikomindernde Maßnahmen wie Rückversicherungen. Wir sind insbesondere folgenden versicherungsbezogenen Risiken ausgesetzt:

— Langlebigkeitsrisiko – Das Risiko, dass die Lebenserwartung schneller oder langsamer steigt als angenommen und sich sowohl auf gegenwärtige als auch auf zukünftige Rentenzahlungen auswirkt.
— Sterblichkeits- und Invaliditätsrisiken – Das Risiko, dass die Anzahl der Versicherungsansprüche infolge von Todesfällen oder Berufsunfähigkeit höher oder niedriger als erwartet ist und ein oder mehrere umfangreiche Ansprüche geltend gemacht werden.
— Kostenrisiko – Das Risiko, dass die Verwaltung von Versicherungsverträgen höhere oder niedrigere Kosten verursacht als erwartet.
— Bestandsrisiko – Das Risiko, dass der Prozentsatz der stornierten Verträge höher oder niedriger als erwartet ist.

Sofern die Erfahrungen ungünstiger als die zugrunde gelegten Annahmen sind oder aufgrund verschlechterter Annahmen mehr Rückstellungen erforderlich sind, kann dies zur Erhöhung des benötigten Kapitals der Versicherungsgesellschaften führen.

Risikokonzentrationen

Risikokonzentrationen beschreiben eine Häufung gleicher oder ähnlicher Risikotreiber innerhalb spezifischer Risikoarten (d.h. Intra-Risikokonzentrationen in Kredit-, Markt-, Liquiditäts- und operationellen Risiken) sowie unterschiedliche Risikoarten (Inter-Risikokonzentrationen). Diese können innerhalb von Kontrahenten, Geschäftsbereichen, Regionen/Ländern, Branchen und Produkten sowie darüber hinaus auftreten. Das Management von Risikokonzentrationen ist Bestandteil der Steuerung einzelner Risikoarten und wird regelmäßig überwacht. Das Hauptziel des Managements von Risikokonzentrationen besteht darin, übermäßige Konzentrationen in unserem Portfolio zu vermeiden, was durch einen quantitativen und qualitativen Ansatz erreicht und im Folgenden dargestellt wird:

— Intra-Risikokonzentrationen werden durch die jeweiligen Risiko-Disziplinen (Kredit-, Markt-, operationelles Risikomanagement und andere Risiko-Disziplinen) beurteilt, überwacht und gemindert. Dies wird durch die Festlegung von Limiten auf verschiedenen Ebenen entsprechend der Risikoart unterstützt.
— Inter-Risikokonzentrationen werden über quantitative deduktive Belastungstests und qualitative induktive Bewertungen gesteuert, mit denen Risikothemen unabhängig von der Risikoart ermittelt und bewertet werden. Dies ermöglicht eine ganzheitliche Sicht auf die Bank.

Das Portfolio Risk Committee (PRC), ein Unterausschuss des Capital and Risk Committee (CaR) und des Risk Executive Committee (Risiko ExCo), war im Gesamtjahr 2014 das höchste Gremium für die Überwachung der Konzentrationsrisiken.

Diversifikationseffekt aus verschiedenen Risikoarten

Bei diesem Ansatz werden bei der Ermittlung des Ökonomischen Kapitals die Diversifizierungseffekte zwischen Kredit-, Markt-, operationellen und strategische Risiken quantifiziert. Bis zu dem Maße, dass Korrelationen zwischen diesen Risikoarten unter den Wert 1,0 fallen, resultiert ein positiver Diversifikationseffekt. Mit der Berechnung der Effekte der Diversifizierung nach Risikoarten wird sichergestellt, dass die Werte des Ökonomischen Kapitals der einzelnen Risikoarten auf ökonomisch sinnvolle Weise aggregiert werden.

Rahmenwerk zum Risikomanagement – Wesentliche Risikoarten

Die Details zum Risikomanagement für Kredit-, Markt-, operationelles und Liquiditätsrisiko sind in den Abschnitten „Kreditrisiko“, „Marktrisiko aus Handelsaktivitäten“, „Marktrisiko aus Nichthandelsaktivitäten“, „Operationelles Risiko" und „Liquiditätsrisiko“ ausgeführt. Die Ansätze im Risikomanagement für weitere wesentliche Risiken sind nachfolgend dargestellt:

Strategisches Risiko

Strategisches Risiko ist das Risiko, einen unerwarteten operativen Verlust zu erleiden (zum Beispiel negative Erträge), der durch geringere operative Erträge, die nicht durch Kostenreduzierung im Betrachtungszeitraum des Modells kompensiert werden können, bedingt ist. Strategisches Risiko betrachtet nur solche Ertrags- oder Kostenvolatilitäten, die nicht direkt dem Eingehen von Handelspositionen (Marktrisiko), den Kreditverlusten (Kreditrisiko) oder den operativen Ereignissen (Operationelles Risiko) zugeordnet werden können, da diese bereits in den jeweiligen Risikobereichen abgedeckt werden. Wir versuchen, das allgemeine Geschäftsrisiko in unseren Geschäftseinheiten durch Portfoliodiversifizierung zur Reduktion unserer Abhängigkeit von einzelnen beziehungsweise wenigen Märkten oder Produkten, durch Produktinnovationen, durch zeitnahes Überwachen der Umsetzung des Strategie- und Kapitalplans und durch Sicherstellung einer flexiblen Kostenbasis, zum Beispiel durch Outsourcing, zu verringern.

Reputationsrisiko

Das Reputationsrisiko unterliegt bei uns dem Reputationsrisiko-Management-Programm (RRM-Programm). Dieses Programm wurde aufgebaut, um einheitliche Normen für die Identifikation, Eskalation und Auflösung der Reputationsrisiken aus Geschäften mit Kunden oder durch verschiedene Geschäftsaktivitäten zu bieten. Die Hauptverantwortung für die Identifikation, Eskalation und Lösung von Reputationsrisiken liegt bei den Geschäftsbereichen. Jeder Mitarbeiter ist verpflichtet, im Rahmen seiner Tätigkeit jede unmittelbare oder beabsichtigte Transaktion in Bezug auf mögliche Risikofaktoren zu analysieren und zu bewerten, um Reputationsrisiken zu minimieren. Wenn ein mögliches Reputationsrisiko identifiziert wird, muss es zur weiteren Prüfung auf eine ausreichend hohe Ebene innerhalb des entsprechenden Geschäftsbereichs weitergeleitet werden. Wenn Fragen offenbleiben, sollten sie zur Diskussion unter entsprechend hochrangigen Mitgliedern der relevanten Geschäfts- und Kontrollgruppen eskaliert werden. Reputationsrisiken, die durch solche informellen Gespräche nicht zu einem zufriedenstellenden Abschluss geführt werden, müssen zur weiteren Prüfung und endgültigen Klärung über den etablierten Reputationsrisiko-Eskalationsprozess weitergeleitet werden.

Das Group Reputational Risk Committee („GRRC“) prüft und entscheidet alle das Reputationsrisiko sowie Neukunden betreffenden Fragen, deren Eskalation vom Senior Management und Regional Management als notwendig erachtet wird oder aufgrund anderer Konzernrichtlinien und -verfahren erforderlich ist. In 2014 war das GRRC durchgängig dem Risk ExCo untergeordnet, wurde jedoch im Berichtszeitraum mit Wirksamkeit per Februar 2015 zu einem Komitee mit direkter Berichtslinie an den Gesamtvorstand entwickelt.

Modellrisiko

Darüber hinaus wurde im Jahr 2014 eine neue Abteilung gegründet, welche alle Modellrisikoaktivitäten der Bank in einer unabhängigen Einheit zusammenfasst:

— Modellvalidierung stellt eine unabhängige Validierung der methodischen Aspekte der Modelle sicher. Die wesentlichen Ziele der Modellvalidierung beinhalten die Überprüfung der Angemessenheit der Resultate, die Überprüfung der sachgerechten Anwendung und des Zwecks des Modells, die logische und konzeptionelle Fundierung der Modelle sowie die Angemessenheit und Korrektheit der Implementierung;
— Modellrisikoüberwachung unterstützt die Etablierung eines prozessübergreifenden Rahmenwerks für das Modellrisikomanagement und umfasst übergreifende Standards für Modellentwicklung, -nutzung und -validierung, Identifizierung und Behebung von Problemen und Inkonsistenzen in der Modellierung sowie die Pflege einer konzernweiten Modellinventur; und
— die wesentlichen hochrangigen Komitees, um Modellrisiken zu adressieren, sind das Group Model Risk Management Committee („GMRMC”) und das Pricing Model Risk Management Committee („PMRMC“). Beide sind Subkomitees des CaR und des Risk ExCo und handeln im Auftrag des Vorstands. Das PMRMC ist verantwortlich für das Management und die Überwachung von Modellrisiken der Bewertungsmodelle (Bewertungsmodelle und Risikomanagementmodelle der Geschäftsbereiche für Handelspositionen). Das GMRMC ist verantwortlich für das Management und die Überwachung von Modellrisiken der Risiko- und Kapitalmodelle.

Compliance-Risiko

Compliance ergreift zur Steuerung dieses Risikos folgende Maßnahmen:

— Identifizierung wesentlicher Regelungen und Vorschriften, deren Nichteinhaltung zu einer Gefährdung des Vermögens der Bank führen könnte (gemeinsam mit den Geschäftsbereichen, Infrastrukturfunktionen oder dem Regional Management der Deutschen Bank);
— Beratung und Unterstützung des Vorstands bei der Einhaltung wesentlicher Regelungen und Vorschriften sowie bei der Einführung effizienter Verfahren zur Umsetzung anwendbarer, wesentlicher Regelungen und Vorschriften und der Einrichtung der erforderlichen Kontrollen;
— Überwachung der angemessenen und wirksamen Umsetzung neuer oder angepasster wesentlicher Regelungen und Vorschriften durch die Geschäftsbereiche, Infrastrukturfunktionen oder das Regional Management der Deutschen Bank, einschließlich möglicher Pläne für die Implementierung angemessener Kontrollen. Compliance ist nicht ausdrücklich dazu angehalten, eigene Überwachungsprogramme vorzuhalten, hat jedoch das Recht, Überwachungsaktivitäten durchzuführen;
— Bewertung der angemessenen und wirksamen Umsetzung aller bestehenden wesentlichen Regelungen und Vorschriften durch die Geschäftsbereiche, Infrastrukturfunktionen oder das Regional Management der Deutschen Bank sowie der Einrichtung einer entsprechenden Kontrollumgebung; und
— Mindestens einmal jährlich sowie auf Ad-hoc-Basis Berichterstattung an Vorstand und Aufsichtsrat.

Kreditrisiko

Wir messen und steuern unser Kreditrisiko anhand der nachstehend beschriebenen Philosophie und Grundsätze:

— Unsere Kreditrisikomanagementfunktion ist unabhängig von unseren Geschäftsbereichen. In jedem unserer Geschäftsbereiche werden Kreditentscheidungsstandards, Prozesse und Grundsätze einheitlich angewandt.
— Das Grundprinzip für das Kreditrisikomanagement ist die Kundenanalyse. Unsere Kundenselektion erreichen wir in Zusammenarbeit mit den Partnern aus den Geschäftsbereichen, welche die erste Verteidigungslinie bilden.
— Wir beabsichtigen, hohe Konzentrationsrisiken und Tail-Risks (große unerwartete Verluste) zu vermeiden, indem wir ein diversifiziertes Kreditportfolio halten. Kunden-, branchen-, länder- und produktspezifische Konzentrationen werden anhand unserer Risikotoleranz bewertet und gesteuert.
— Wir wenden Genehmigungsstandards an, um große gebündelte Kreditrisiken auf Kreditnehmer- und Portfolioebene zu vermeiden. Diesbezüglich haben wir einen Ansatz hinsichtlich nicht besicherter Barkredite und nutzen Marktabsicherungen zur Risikoreduzierung. Zusätzlich streben wir für unser Derivateportfolio nach einer Absicherung durch angemessene Besicherungsvereinbarungen und schließen in einzelnen Fällen auch zusätzliche Sicherungsgeschäfte gegen Konzentrationsrisiken ab, um Kreditrisiken aus Marktbewegungen weiter zu reduzieren.
— Jede Gewährung einer neuen Kreditfazilität und jegliche materielle Veränderung einer bereits existierenden Kreditfazilität gegenüber einem Geschäftspartner (wie zum Beispiel Laufzeit, Sicherheitenstruktur oder wichtige Vertragsbedingungen) erfordern eine Kreditgenehmigung auf der angemessenen Kompetenzebene. Kreditgenehmigungskompetenzen erhalten Mitarbeiter, die über eine entsprechende Qualifikation, Erfahrung und Ausbildung verfügen. Diese Kreditkompetenzen werden regelmäßig überprüft.
— Wir messen unser gesamtes Kreditengagement gegenüber einem Kreditnehmer und fassen es konzernweit in Übereinstimmung mit den aufsichtsrechtlichen Anforderungen auf konsolidierter Basis zusammen.
— Wir steuern unsere Kreditengagements auf Basis von Kreditnehmereinheiten, bei denen alle Kreditfazilitäten von Kreditnehmern, die miteinander verbunden sind (beispielsweise dadurch, dass ein Kontroll- und Beherrschungsverhältnis besteht), konsolidiert in einer Gruppe zusammen.
— Innerhalb des Kreditrisikomanagements haben wir – wo es sinnvoll erscheint – spezialisierte Teams etabliert, die für die Analyse des Kundenrisikos, die Analyse und Genehmigung der Transaktionen, die Überwachung von Portfolios oder die Betreuung von Spezialkreditmanagement-Kunden verantwortlich sind. Die Kreditbearbeitung für die NCOU nutzt das vorhandene Know-how unserer Kernkreditorganisation.
— Unser Kreditgeschäft wird durch unsere „Grundsätze für das Management von Kreditrisiken“ geregelt. Diese Grundsätze bestimmen unsere allgemeine Risikophilosophie für das Kreditrisiko sowie die Methoden, dieses Risiko zu steuern. Die Grundsätze definieren wichtige organisatorische Anforderungen, Zuständigkeiten und Verantwortlichkeiten sowie Prozesse für das Kreditrisikomanagement und gelten für alle Kreditgeschäfte, die im Konzern vorgenommen werden.

Kreditrisikoeinstufung

Die Bonitätseinstufung ist ein wesentlicher Bestandteil unseres Genehmigungs- und Kreditprozesses und bildet die Basis für die Ermittlung der Risikotoleranz, als auch der Kreditentscheidung und des Transaktionspreises. Jeder Kreditnehmer muss dahingehend beurteilt werden und jede Bonitätseinstufung muss mindestens jährlich überprüft werden. Eine fortlaufende Beobachtung der Geschäftspartner bezweckt, dass die Bonitätseinstufungen auf dem neuesten Stand sind. Es darf keine Kreditlimite ohne Bonitätseinstufung geben. Für jede Bonitätseinstufung muss die bestmögliche Bewertungsmethode angewendet werden und die sich ergebende Bonitätseinstufung muss in den maßgeblichen Systemen festgelegt sein. Es wurden unterschiedliche Bonitätseinstufungsmethoden eingeführt, um die besonderen Beurteilungsmerkmale von Risikopositionsklassen, einschließlich Zentralregierungen und Zentralbanken, Instituten, Unternehmen und Privatkunden, widerzuspiegeln.

Geschäftspartner in unseren nicht-homogenen Portfolios werden durch unser unabhängiges Kreditrisikomanagement bewertet. Auf das Länderrisiko bezogene Bonitätseinstufungen werden durch DB Research bereitgestellt.

Unsere Bonitätseinstufungsanalyse basiert auf einer Kombination von qualitativen und quantitativen Einflussfaktoren. Bei der Beurteilung von Kunden wenden wir hausinterne Bewertungsmethoden, Ratingsysteme und unsere 21-stufige Bewertungsskala zur Ermittlung der Bonität unserer Geschäftspartner an. Die bisherige 26-stufige Bewertungsskala wurde durch die 21-stufige Bewertungsskala ersetzt, welche sieben Ausfallklassen in zwei zusammenfasst. Diese zwei beinhalten entweder wertberichtigte Kreditengagements oder nicht wertberichtigte Kreditengagements (wie aufgrund von Sicherheiten). Diese Änderung der Methodik hat keine Auswirkungen auf RWA, EL und EC.

Der Großteil unserer Methoden zur Risikobeurteilung ist im Rahmen des fortgeschrittenen internen bonitätsbasierten Ansatzes gemäß geltenden Basel-Regeln zugelassen. Mithilfe unserer Bewertungsskala können wir unsere internen Bonitätsbeurteilungen mit der Marktpraxis und unsere verschiedenen Teilportfolios untereinander vergleichen. Im Allgemeinen bewerten wir unsere Geschäftspartner einzeln, bestimmte Portfolios von angekauften und verbrieften Forderungen werden jedoch auf Poolebene bewertet. Bonitätseinstufungen müssen gut dokumentiert sein. Die Algorithmen der Bonitätseinstufungen werden für alle Geschäftspartner regelmäßig auf Basis der Ausfallhistorie sowie anderer externer und interner Faktoren und Expertenwissen nachkalibriert.

Die Bonitätseinstufungen für Zentralregierungen und Zentralbanken basieren auf einem umfassenden analytischen Rahmen. Dieser berücksichtigt wirtschaftliche, politische und soziodemographische Indikatoren, wie beispielsweise das politische Umfeld in einem Land. Das Modell enthält alle relevanten Aspekte aus den Bereichen empirische Länderrisikoanalyse und Krisen-Frühwarn Modellen um eine ganzheitliche Risikobewertung zu erhalten.

Bonitätseinstufungen für Unternehmen, Institution und kleinere und mittlere Unternehmen (KMU) kombinieren eine quantitative Analyse der finanziellen Verhältnisse mit qualitativen Einschätzungen, wie Industrietrends, Marktstellung und Managementerfahrung. Die Finanzanalyse hat einen speziellen Schwerpunkt auf die Erwirtschaftung von Cashflow und die Schuldenbewirtschaftungsfähigkeit unserer Kunden, auch im Vergleich zu Mitbewerbern. Wenn es erforderlich ist, ergänzen wir die Analyse der finanziellen Verhältnisse mit einer internen Prognose des Finanzprofiles unseres Geschäftspartners. Für angekaufte Unternehmensverbindlichkeiten wenden wir den Ansatz der Bonitätseinstufung für Unternehmen an.

KMU Bonitätseinstufungen basieren auf automatisierten Teilbonitätseinstufungen, die zum Beispiel finanzielle Aspekte und Kontoführung auswerten. Das Spezialkreditgeschäft wird durch spezialisierte Kreditrisikomanagement-Teams für Immobilien, Schiffsfinanzierungen oder Leverage-Transaktionen bearbeitet. Aufgrund der individuellen Gegebenheiten des zugrunde liegenden Kreditgeschäfts haben wir zur Ermittlung der Bonitätseinstufung maßgeschneiderte Ratings erstellt.

In unserem Privatkundengeschäft werden die Bonitätsprüfungen und -einstufungen über eine automatisierte Entscheidungslogik (Decision Engine) ermittelt. Die Entscheidungslogik berücksichtigt quantitative Aspekte (wie Finanzdaten), Verhaltensinformationen, Kreditauskünfte (wie SCHUFA in Deutschland) und allgemeine Kundendaten. Diese Eingabefaktoren werden von unserer Entscheidungslogik zur Ermittlung der Kreditwürdigkeit des Kreditnehmers verwendet, und nach Bewertung der Sicherheiten wird der eventuell zu erwartende Verlust berechnet. Die bewährten Bonitätsbeurteilungsverfahren, die wir in unserem Privatkundengeschäft einsetzen, basieren auf multivariaten statistischen Methoden.

Diese Methoden werden benutzt, um unsere individuellen Kreditentscheidungen für unser Privatkundenportfolio zu treffen und das Portfolio ständig zu überwachen.

Wenn Risiken identifiziert werden oder spezielle regulatorische Anforderungen anzuwenden sind, werden Kreditrisiko und Bonitätseinstufung auf individueller Basis zu festen Überprüfungsdaten überprüft.

Kreditrisiko welches in Eigenkapitalpositionen begründet ist, wird durch separate Teams im Kreditrisikomanagement bearbeitet. Üblicherweise nutzen wir externe Bonitätseinstufungen, wo verfügbar oder Standartansätze als Vorgabewert für den zu erwartenden Verlust von Eigenkapitalpositionen.

Die Postbank verwendet ebenfalls interne Bonitätsbeurteilungssysteme, die für die Verwendung im auf internen Bonitätseinstufungen basierenden Basis- oder Fortgeschrittenen Ansatz gemäß CRR zugelassen sind. Alle internen Bonitätsbeurteilungen und -einstufungen basieren auf einer einheitlichen Masterskala, die jeder Bonitätsbeurteilung oder jedem Einstufungsergebnis die für die jeweilige Stufe festgelegte Ausfallwahrscheinlichkeit zuordnet. Eine konzernweit einheitliche Risikosteuerung ist zum einen durch die Komitee-Struktur innerhalb der Postbank und zum anderen durch die vollständige Integration in das Global Risk Committee des Deutsche Bank-Konzerns gewährleistet.

Genehmigung der Bonitätseinstufungsverfahren

Alle Bonitätseinstufungsmethoden des Konzerns ohne Postbank müssen vor ihrer erstmaligen Verwendung bei Kreditentscheidungen und Kapitalberechnungen beziehungsweise im Fall wesentlicher Änderungen zunächst von dem Capital Methodology Committee („CMC“), einem Unterausschuss des Regulatory Capital Committee, genehmigt werden. Eine aufsichtsrechtliche Genehmigung kann möglicherweise ebenfalls erforderlich sein. Die Ergebnisse der regelmäßigen Validierungsprozesse nach Maßgabe unternehmensinterner Richtlinien sind dem CMC auch dann zu melden, wenn die Validierungsergebnisse keine Änderung bewirken. Zu Beginn jedes Kalenderjahres wird dem CMC der Validierungsplan und in jedem Quartal ein Statusbericht vorgestellt.

Bei der Postbank obliegt die Verantwortung für die Implementierung und die Überwachung der Funktionsfähigkeit der internen Bonitätseinstufungssysteme der Postbankabteilung „Risikoanalytik“ und einem Postbank-Validierungsgremium unter Vorsitz des Head of Credit Risk Controlling der Postbank. Alle Bonitätseinstufungssysteme werden vom Bank Risk Committee, unter Vorsitz des Chief Risk Officers (CRO) der Postbank, genehmigt. Der Postbank-Vorstand wird regelmäßig über die Funktionsfähigkeit der Bonitätseinstufungssysteme sowie über die Bonitätseinstufungsergebnisse informiert. Postbank und Deutsche Bank entsenden gegenseitig Mitglieder des Senior Managements in die Committees, um eine einheitliche Steuerung zu gewährleisten.

Messung des Kreditrisikos

Der Hauptmaßstab im Kreditrisikomanagement, den wir anwenden, um unser Kreditportfolio zu steuern, einschließlich Transaktionsgenehmigungen und Festlegung der Risikobereitschaft, sind interne Limite und Kreditinanspruchnahmen innerhalb dieser Limite. Kreditlimite legen die Obergrenze für Kreditengagements fest, die wir für bestimmte Zeiträume einzugehen bereit sind. Bei der Festlegung der Kreditlimite für einen Geschäftspartner berücksichtigen wir dessen Bonität unter Zugrundelegung der internen Einstufung der Kreditqualität. Kreditengagements werden sowohl auf Brutto- als auch auf Nettobasis gemessen. Hierbei wird der Nettowert durch Abzug von Kreditsicherungsinstrumenten und bestimmten Sicherheiten von den jeweiligen Bruttozahlen ermittelt. Bei Derivaten werden die aktuellen Marktwerte und potenzielle künftige Entwicklungen über die Laufzeit einer Transaktion zugrunde gelegt. Grundsätzlich berücksichtigen wir auch das Risiko-Rendite-Verhältnis der einzelnen Transaktionen und des Portfolios.

Kreditgenehmigung und Kompetenz

Kreditlimite werden vom Kreditrisikomanagement im Rahmen der erteilten Kompetenzen genehmigt. Kreditgenehmigungen werden durch Unterzeichnung des Kreditberichts vom jeweiligen Kreditgenehmigungskompetenzträger dokumentiert und für die Zukunft aufbewahrt.

Eine Kreditgenehmigungskompetenz wird generell als persönliche Kreditgenehmigungskompetenz in Abhängigkeit von fachlicher Qualifikation und Erfahrung vergeben. Alle erteilten Kreditgenehmigungskompetenzen unterliegen einer regelmäßigen Prüfung auf Angemessenheit mit Blick auf die individuelle Leistung des Kompetenzträgers.

Wenn die persönliche Kreditgenehmigungskompetenz nicht ausreichend ist, um ein notwendiges Kreditlimit zu genehmigen, wird die Transaktion an einen Mitarbeiter mit einer höheren Kreditgenehmigungskompetenz oder, falls notwendig, an ein zuständiges Kreditkomitee, wie das Underwriting Committee, weitergeleitet. Wenn die persönliche Kreditgenehmigungskompetenz und die von Komitees nicht ausreichen, um entsprechende Limite zu genehmigen, wird der Fall dem Vorstand vorgelegt.

Kreditrisikominderung

Wir legen nicht nur die Kreditwürdigkeit der Geschäftspartner und die eigene Risikotoleranz fest, sondern verwenden darüber hinaus verschiedene Risikominderungstechniken, um das Kreditengagement zu optimieren und potenzielle Kreditverluste zu reduzieren. Die Instrumente zur Minderung des Kreditrisikos werden wie folgt eingesetzt:

— Umfassende und rechtlich durchsetzbare Kreditdokumentation mit angemessenen Bedingungen,
— Sicherheiten, um durch zusätzliche mögliche Rückflusse Verluste zu reduzieren,
— Risikotransfers, mit denen die Wahrscheinlichkeit des Ausfallrisikos eines Schuldners auf eine dritte Partei übertragen wird, einschließlich Absicherungen durch unsere Credit Portfolio Strategies Group,
— Aufrechnungs- und Sicherheitenvereinbarungen, die das Kreditrisiko aus Derivaten sowie Wertpapierpensionsgeschäften reduzieren.

Sicherheiten

Wir vereinbaren in Verträgen mit Kunden, die ein Kreditrisiko beinhalten, regelmäßig die Hereinnahme oder das Stellen von Sicherheiten. Diese Sicherheiten werden in Form von Vermögenswerten oder Drittverpflichtungen gestellt, die das inhärente Risiko von Kreditausfällen mindern, indem das Ausfallrisiko des Kreditnehmers durch das des Sicherungsgebers ersetzt oder bei Ausfällen die Rückflüsse erhöht werden. Während Sicherheiten eine alternative Rückzahlungsquelle bilden können, ersetzen sie nicht die Notwendigkeit hoher Risikoübernahmestandards im Kreditgeschäft.

Wir unterteilen erhaltene Sicherheiten in die folgenden zwei Kategorien:

— Finanzielle und andere Sicherheiten, die es uns ermöglichen, das ausstehende Engagement vollständig oder in Teilen zurückzuführen, indem der als Sicherheit hinterlegte Vermögenswert verwertet wird, wenn der Kreditnehmer seine Hauptverpflichtungen nicht erfüllen kann oder will. Zu dieser Kategorie gehören in der Regel Barsicherheiten, Wertpapiere (Aktien, Anleihen), Sicherungsübereignungen von Forderungen oder Beständen, Sachmittel (zum Beispiel Anlagen, Maschinen, Flugzeuge) sowie Immobilien.
— Garantiesicherheiten, die die Fähigkeit des Kreditnehmers ergänzen, seine Verpflichtungen gemäß dem Kreditvertrag zu erfüllen, und die von Dritten bereitgestellt werden. Zu dieser Kategorie gehören üblicherweise Akkreditive, Versicherungsverträge, Exportkreditversicherungen, Kreditderivate, erhaltene Garantien und Risikobeteiligungen.

Mit unseren Prozessen streben wir an, sicherzustellen, dass die von uns akzeptierten Sicherheiten zum Zwecke der Risikominderung von hoher Qualität sind. Dieses Streben umfasst unser Bemühen, rechtswirksame und rechtlich durchsetzbare Dokumentationen für verwert- und bewertbare Sicherheiten zu erstellen, die regelmäßig von Expertenteams bewertet werden. Die Beurteilung der Eignung von Sicherheiten einschließlich des zu verwendenden Sicherheitenabschlags für eine bestimmte Transaktion ist Teil der Kreditentscheidung und muss in konservativer Weise durchgeführt werden. Wir nutzen Sicherheitenabschläge, die

regelmäßig überprüft und genehmigt werden. In diesem Zusammenhang streben wir an, Korrelationsrisiken zu vermeiden, bei denen das Kontrahentenrisiko des Kreditnehmers mit einem erhöhten Risiko für eine Verschlechterung des Sicherheitenwerts einhergeht. Für erhaltene Garantien unterliegt der Prozess für die Analyse des Garantiegebers vergleichbaren Bonitätsprüfungen und Entscheidungsprozessen wie bei einem Kreditnehmer.

Risikotransfers

Risikotransfers an dritte Parteien bilden eine Hauptfunktion unseres Risikomanagementprozesses und werden in verschiedenen Formen durchgeführt. Dazu gehören Komplettverkäufe, Absicherung von Einzeladressen und Portfolios sowie Verbriefungen. Sie werden von den jeweiligen Geschäftsbereichen und durch unsere Credit Portfolio Strategies Group (CPSG) in Übereinstimmung mit speziell genehmigten Vollmachten durchgeführt.

CPSG ist für die Steuerung des Kreditrisikos für Kredite und ausleihebezogene Zusagen des Firmenkunden- und institutionelle Kundenkreditportfolios, des Portfolios strukturierter Finanzierungen sowie des Portfolios für Kredite an Unternehmen des deutschen Mittelstandes innerhalb unserer Konzernbereiche CB&S und GTB verantwortlich.

Als zentrale Preisreferenzstelle stellt CPSG den jeweiligen Geschäftsfeldern der Unternehmensbereiche CB&S und GTB die entsprechenden beobachteten oder abgeleiteten Kapitalmarktkonditionen für Kreditanträge bereit. Die Entscheidung über die Kreditvergabe durch die Geschäftseinheit bleibt jedoch dem Kreditrisikomanagement vorbehalten.

Innerhalb dieses Kreditrisikokonzepts konzentriert sich CPSG auf zwei wesentliche Ziele, die zur Verbesserung der Risikomanagementdisziplin, zur Renditesteigerung sowie zum effizienteren Kapitaleinsatz beitragen sollen:

— Verringerung der einzeladressenbezogenen Kreditrisikokonzentrationen innerhalb eines Kreditportfolios sowie
— Management der Kreditengagements durch Anwendung von Techniken wie etwa Kreditverkäufen, Verbriefung von besicherten Kreditforderungen, Ausfallversicherungen sowie Einzeladressen- und Portfolio-CDS.

Aufrechnungs- und Sicherheitenvereinbarungen für Derivate und Wertpapierfinanzierungsgeschäfte

Die Aufrechnung wird bei außerbörslich abgeschlossenen und börsengehandelten (Futures und Optionen) Derivaten angewandt. Darüber hinaus wird die Aufrechnung auch bei Wertpapierfinanzierungsgeschäften angewandt, sofern die vertragliche Vereinbarung, Struktur und Natur der Risikominderung eine Aufrechnung mit dem zugrunde liegenden Kreditrisiko erlauben.

Alle Futures und Optionen werden über eine zentrale Gegenpartei abgerechnet. Diese Gegenpartei steht zwischen beiden Handelsparteien und ist somit Geschäftspartner von jeder Seite. Wenn verfügbar und vereinbart mit unseren Kunden nutzen wir zentrale Gegenparteien auch für unser außerbörslich abgeschlossenes Derivate-Geschäft. Der Dodd Frank Wall Street Reform and Consumer Protection Act fordert verpflichtend eine Abwicklung über eine zentrale Gegenpartei für bestimmte standartisierte außerbörslich abgeschlossene Derivate seit 2013. Die Europäische Regulierung (EU) Nr. 648/2012 über außerbörslich abgeschlossenen Derivate, zentrale Gegenparteien und Transaktionsregister (EMIR) wird den Handel über zentrale Gegenparteien ab dem vierten Quartal 2015 fordern. Die Regeln für zentrale Gegenparteien fordern eine Abwicklung am selben Tag in derselben Währung und reduzieren dadurch unser Abwicklungsrisiko. Abhängig vom Geschäftsmodell der zentralen Gegenpartei findet diese Abwicklung für alle Derivate oder nur für die Derivate derselben Klasse statt. Viele Vorschriften der zentralen Gegenparteien regeln Beendigung, Schließung oder Aufrechnung aller Transaktionen für den Fall einer Insolvenz der zentralen Gegenpartei. In unserem Risikoanalyse- und Risikobewertungsprozess wenden wir „Close-out Netting“ (Aufrechnung mit vorgezogener Fälligkeit) nur dann an, wenn wir von der Werthaltigkeit und der Durchsetzbarkeit überzeugt sind. Für die relevante zentrale Gegenpartei muss eine „Close-out Netting“-Rückstellung gebildet sein.

Um das Kreditrisiko aus außerbörslich abgeschlossenen Derivategeschäften zu reduzieren, sind wir grundsätzlich bemüht, wenn keine Abwicklung über eine zentrale Gegenpartei erfolgen kann, Rahmenverträge mit unseren Kunden abzuschließen (wie den Rahmenvertrag für Derivate der International Swaps and Derivatives Association, Inc (ISDA) oder den deutschen Rahmenvertrag für Finanztermingeschäfte). Ein Rahmenvertrag ermöglicht es für das close-out netting, dann, wenn der Geschäftspartner seinen Verpflichtungen nicht nachkommt, die Ansprüche und Verpflichtungen sämtlicher vom Rahmenvertrag erfasster Derivategeschäfte so zu verrechnen, dass lediglich eine einzige Nettoforderung oder -verbindlichkeit gegenüber dem Geschäftspartner verbleibt. Für bestimmte Teile unseres Derivategeschäfts (wie Devisengeschäfte) schließen wir auch Rahmenverträge ab, unter denen die Zahlungsströme aufgerechnet werden können, was zur Verringerung unseres Abwicklungsrisikos führt. Bei unseren Risikomess- und Risikobeurteilungsprozessen wenden wir das „Close-out Netting“ nur so weit an, wie wir uns von der rechtlichen Wirksamkeit und Durchsetzbarkeit des Rahmenvertrags in allen betreffenden Jurisdiktionen überzeugt haben.

Darüber hinaus schließen wir Besicherungsvereinbarungen („Credit Support Annexes“, „CSA“) zu Rahmenverträgen ab, um das derivatebezogene Kreditrisiko weiter zu senken. Diese Besicherungsanhänge bieten grundsätzlich eine Risikominderung durch die regelmäßigen (gewöhnlich täglichen) Sicherheitennachschüsse für die besicherten Risikopositionen. Die Besicherungsvereinbarungen erlauben darüber hinaus die Kündigung der zugrunde liegenden Derivategeschäfte, falls der Vertragspartner einer Aufforderung zum Sicherheitennachschuss nicht nachkommt. Wenn wir davon ausgehen, dass der Anhang durchsetzbar ist, spiegelt sich dies, wie auch bei der Aufrechnung, in unserer Beurteilung der besicherten Position wider.

In einigen Besicherungsanhängen zu Rahmenverträgen haben wir ratingbezogene Klauseln vereinbart, die vorsehen, dass eine Partei zusätzliche Sicherheiten stellen muss, wenn ihre Bonitätsbewertung herabgestuft wird. Wir schließen auch Rahmenverträge ab, die im Falle der Verschlechterung der Bonitätseinstufung eines Partners das Recht zur Kündigung durch die andere Partei vorsehen. Diese Herabstufungsklauseln in den Besicherungsanhängen und Rahmenverträgen finden üblicherweise auf beide Parteien Anwendung, können aber auch nur gegen uns wirken. Wir analysieren und überwachen in unserem Stresstestansatz für Liquiditätsrisiken laufend unsere möglichen Eventualzahlungsverpflichtungen, die aus einer Herabstufung resultieren. Für eine Darstellung der quantitativen Auswirkungen einer Herabstufung unserer Bonitätsbewertung siehe Tabelle „Stresstestergebnisse“ im Kapitel „Liquiditätsrisiko“.

Konzentration bei der Kreditrisikominderung

Bei der Kreditrisikominderung kann es zu Konzentrationen kommen, wenn mehrere Garantiegeber und Anbieter von Kreditderivaten mit ähnlichen ökonomischen Merkmalen an vergleichbaren Aktivitäten beteiligt sind und ihre Fähigkeit zur Erfüllung der vertraglichen Verpflichtungen durch Änderungen im Wirtschafts- oder Branchenumfeld beeinträchtigt wird. Für die Überwachung der Aktivitäten zur Kreditrisikominderung verwenden wir eine Palette von quantitativen Instrumenten und Messgrößen. Diese beinhaltet auch das Überwachen von potenziellen Risikokonzentrationen innerhalb der gestellten Sicherheiten, welche durch spezifische Stresstests unterstützt werden.

Für weitere qualitative und quantitative Details in Bezug auf die Anwendung von Kreditrisikominderungen und potenziellen Konzentrationen verweisen wir auf den Abschnitt „Maximales Kreditrisiko“.

Kreditrisikoüberwachung und Steuerung des Kreditrisikos

Eine anhaltende aktive Überwachung und Steuerung unserer Kreditrisikopositionen ist integraler Bestandteil unserer Kreditrisikomanagement-Aktivitäten. Ein wesentlicher Fokus unserer Überwachung liegt auf Qualitätsveränderungen im Portfolio sowie auf möglichen Konzentrationen hinsichtlich Einzelrisiken, Branchen, Ländern oder Produkten mit dem Ziel, zu hohe Konzentrationsrisiken zu vermeiden. Auf Portfolioebene können Kreditrisikokonzentrationen dann entstehen, wenn wir wesentliche Engagements mit einer Vielzahl von Kunden mit ähnlichen wirtschaftlichen Rahmenbedingungen oder vergleichbaren Geschäftsaktivitäten unterhalten und

diese Gemeinsamkeiten dazu führen können, dass die Geschäftspartner ihre vertraglichen Verpflichtungen nicht erfüllen können, falls sich wirtschaftliche oder branchenbezogene Rahmenbedingungen ändern.

Unser Portfoliomanagement hält geeignete Analysen zur Bestimmung von Konzentrationen bereit, um diese auf ein akzeptables Niveau zu begrenzen.

Steuerung von Einzelrisiken

Unsere Kunden im Kreditgeschäft werden grundsätzlich Kreditanalysten nach Kreditbereichen entsprechend der Kundenart (wie Kreditinstitute, Firmenkunden oder Privatpersonen) oder Wirtschaftsregion (zum Beispiel Schwellenländer) sowie speziellen Teams für interne Bonitätseinstufungsanalysen zugeordnet. Die entsprechenden Kreditanalysten verfügen über die notwendige Fachkompetenz und Erfahrung hinsichtlich der Steuerung der Kreditrisiken im Zusammenhang mit diesen Kunden und ihren kreditbezogenen Transaktionen. In unserem Privatkundenbereich sind Kreditentscheidung und -überwachung aus Effizienzgründen in erheblichem Maße automatisiert. Das Kreditrisikomanagement überwacht die entsprechenden Prozesse und Systeme, die im Privatkundenkreditbereich hierbei verwendet werden. Jeder Mitarbeiter des Kreditrisikomanagements ist für die ständige kreditseitige Überwachung des ihm übertragenen Portfolios von Kreditnehmern verantwortlich. In diesem Zusammenhang stehen uns Verfahren zur Verfügung, mit denen wir versuchen, frühzeitig Kreditengagements zu erkennen, die möglicherweise einem erhöhten Verlustrisiko ausgesetzt sind.

Sobald wir Kreditnehmer identifizieren, bei denen Bedenken bestehen, dass sich die Kreditqualität verschlechtert hat, oder es nicht unwahrscheinlich erscheint, dass sich die Kreditqualität bis zu dem Punkt verschlechtern könnte, so dass eine erhöhte Ausfallwahrscheinlichkeit gegeben ist, werden die betreffenden Engagements generell auf eine Beobachtungsliste gesetzt. Wir wollen diese Kunden anhand unserer Risikosteuerungsinstrumente frühzeitig identifizieren, um das Kreditengagement effektiv zu steuern und die Rückflüsse daraus zu maximieren. Die Zielsetzung dieses Frühwarnsystems liegt darin, potenzielle Probleme anzugehen, solange adäquate Handlungsalternativen zur Verfügung stehen. Diese Früherkennung potenzieller Risiken ist ein Grundprinzip unserer Kreditkultur und soll sicherstellen, dass größtmögliche Aufmerksamkeit auf solche Engagements gelenkt wird.

Steuerung von Branchenrisiken

Für die Steuerung von Branchenrisiken haben wir unsere institutionellen Kunden in verschiedene Branchenteilportfolios klassifiziert. Für jedes dieser Teilportfolios wird in der Regel jährlich ein Branchenportfoliobericht erstellt. Dieser Bericht zeigt Branchenentwicklungen und Risiken für unser Kreditportfolio, überprüft Konzentrationsrisiken und analysiert das Risiko-Rendite-Profil des Portfolios. Zudem enthält er Stresstests hinsichtlich der Reaktion des jeweiligen Teilportfolios bei einem wirtschaftlichen Abschwung. Schlussendlich wird diese Analyse genutzt, um Kreditstrategien bezüglich des jeweiligen Portfolios zu definieren.

Die Branchenportfolioberichte werden dem CRM Portfolio Committee, einem dem Risk Executive Committee untergeordneten Komitee, präsentiert und danach an den Vorstand geleitet. Nach einem vereinbarten Zeitplan werden dem Risikoausschuss des Aufsichtsrats ausgewählte Branchenportfolioberichte vorgelegt. In Ergänzung zu diesen Berichten wird die Entwicklung der Branchenteilportfolios während des Jahres regelmäßig überwacht und mit den genehmigten Strategien für die Teilportfolios verglichen. Für das CRM Portfolio Committee werden regelmäßig Übersichten erstellt, um die jüngsten Entwicklungen zu besprechen und Maßnahmen einzuleiten, sofern dies erforderlich ist.

Steuerung des Länderrisikos

Die Vermeidung von hohen Konzentrationen auf regionaler Ebene ist ein integraler Bestandteil unseres Kreditrisikomanagementkonzepts. Um dies zu erreichen, werden Länderrisikolimite für Schwellenländer sowie ausgewählte Industrieländer (basierend auf internen Bonitätseinstufungen von Länderrisiken) gesetzt. Schwellenländer sind unterteilt in Regionen. Für jede Region sowie die risikoreicheren Industrieländer wird in der Regel jährlich ein Länderportfoliobericht erstellt. Dieser Bericht zeigt wesentliche makroökonomische Entwicklungen und Aussichten, überprüft die Zusammensetzung des Portfolios und Konzentrationsrisiken und

analysiert das Risiko-Rendite-Profil des Portfolios. Auf dieser Grundlage werden Limite und Strategien für die Länder und – wenn notwendig – für die Region als Ganzes festgelegt. Länderrisikolimite werden entweder vom Vorstand oder durch unser Portfolio Risk Committee, ein dem Risk Executive Committee und Capital and Risk Committee untergeordnetes Komitee, im Rahmen delegierter Kompetenzen genehmigt.

Das Rahmenwerk für Länderlimite umfasst alle wesentlichen Risikokategorien, die durch die jeweiligen Risikobereiche gesteuert werden:

— Kreditrisiko: Limite für Kreditrisiken auf Kundenebene in einem bestimmten Land, um das zusammengefasste Kreditrisiko, welches länderspezifischen, wirtschaftlichen und politischen Ereignissen unterliegt, zu steuern. Diese Limite beinhalten Kreditengagements an Gesellschaften, sowohl lokal als auch Tochtergesellschaften von ausländischen multinationalen Konzernen. Separate Transferrisikolimite sind als Unterlimite gegenüber diesen Kunden etabliert und betreffen unsere länderübergreifenden Kredite.
— Marktrisiko: Limite zur Steuerung von Risiken aus Handelspositionen in Schwellenländern, die gesetzt werden, basierend auf möglichen gestressten Marktereignissen und deren Auswirkung auf die Gewinn- und Verlustrechnung.
— Treasury Risiko: Engagements einer Deutsche Bank-Einheit zu einer anderen (Finanzierung, Kapital oder gestellte Sicherheiten) unterliegen Limits aufgrund des inhärenten Risikos bei der grenzüberschreitenden Übertragung dieser Positionen.
— Gap Risiko: Limite, um das Risiko von Verlusten aufgrund von Korrelationsrisiken innerhalb eines Landes zu steuern.

Unsere Einstufungen des Länderrisikos sind ein wesentliches Instrument für das Länderrisikomanagement. Sie werden von einem unabhängigen Analyseteam für Länderrisiko innerhalb der Deutschen Bank (DB Research) ermittelt und beinhalten:

— Bonitätseinstufung von Staaten. Eine Messgröße der Wahrscheinlichkeit, dass ein Staat seinen Verpflichtungen in Fremdwährung oder seiner eigenen Währung nicht nachkommt.
— Bonitätseinstufung des Transferrisikos. Eine Messgröße der Wahrscheinlichkeit, dass ein Transferrisikoereignis eintritt, das heißt das Kreditrisiko, das entsteht, wenn ein grundsätzlich zahlungsfähiger und zahlungswilliger Schuldner seine Zahlungsverpflichtungen nicht erfüllen kann, da er wegen der Auferlegung staatlicher oder aufsichtsrechtlicher Kontrollen keine Devisen beschaffen oder Vermögenswerte nicht an Nichtgebietsansässige übertragen kann.
— Bonitätseinstufung des Ereignisrisikos. Eine Messgröße der Wahrscheinlichkeit, dass es zu wesentlichen Störungen der Marktrisikofaktoren (Zinsen, Bonitätsaufschlag usw.) eines Landes kommt. Ereignisrisiken werden als Teil unserer Ereignisrisikoszenarien gemessen; für weitere Details siehe Abschnitt „Messung des Marktrisikos“ in diesem Bericht.

Sämtliche Bonitätseinstufungen von Staaten und des Transferrisikos werden mindestens einmal im Jahr vom Cross Risk Review Committee geprüft. Wenn als notwendig erachtet, können häufigere Bewertungen vorgenommen werden.

Länderrisikolimite und Staatsrisikolimite für alle relevanten Länder werden vom Vorstand der Postbank jährlich genehmigt.

Produktspezifisches Risikomanagement

Ergänzend zu unserem Kunden-, Branchen- und Länderrisikoansatz fokussieren wir produktspezifische Risikokonzentrationen und setzen gezielt entsprechende Limite um, sofern diese für das Risikomanagement benötigt werden. Produktspezifische Limite werden insbesondere festgesetzt, wenn eine Konzentration gleichartiger Transaktionen in einem spezifischen Produkt in bestimmten Fällen zu signifikanten Verlusten führen könnte. So könnten korrelierte Verluste aus Verwerfungen an den Finanzmärkten, signifikante Veränderungen spezifischer produktbeeinflussender Marktparameter, makroökonomische Ausfallszenarien oder andere Faktoren mit Implikationen für bestimmte Kreditprodukte resultieren. Spezielle Produktlimite können entweder als

Limite für bestimmte Branchen oder für das gesamte Portfolio gesetzt werden. Wir haben ein einheitliches Rahmenwerk für die Festsetzung und Überprüfung der Produktlimite für unser Corporate Banking & Securities und für unser Transaktions Business entwickelt. Die Ausnutzung der Limite wird regelmäßig überwacht; bei Überziehungen müssen Gegenmaßnahmen eingeleitet werden.

Ein Schwerpunkt wird auf Underwriting Caps gelegt. Diese Höchstgrenzen limitieren das aggregierte Risiko aus Transaktionen, bei denen wir Kreditzusagen mit der Intention machen, das Risiko zu verkaufen oder Teile des Risikos an dritte Parteien weiterzugeben. Diese Zusagen umfassen die Verpflichtung zur Finanzierung von Bankkrediten und Überbrückungskrediten für die Emission öffentlicher Anleihen. Das Risiko besteht darin, dass wir die Anlagen nicht erfolgreich platzieren können, das heißt, wir müssen das zugrunde liegende Risiko länger als geplant behalten. Diese Übernahmeverpflichtungen sind zusätzlich dem Marktrisiko von wachsenden Risikoaufschlägen ausgesetzt. Wir sichern diese Risikoaufschläge im Rahmen von genehmigten Marktrisikolimiten aktiv ab.

Darüber hinaus wenden wir in unserem PBC Geschäft produktspezifische Strategien und das Setzen der Risikotoleranz für unser homogenes Portfolio an. Hier sind individuelle Risikoanalysen zweitrangig. Diese Portfolios umfassen unter anderem Baufinanzierungen, Geschäftskunden- und Konsumentenfinanzierung. Für das Wealth Management werden global Zielgrößen für Konzentrationen auf Basis der Liquidität der zugrundeliegenden Sicherheiten festgelegt.

Abwicklungsrisiko

Bei unseren Handelsaktivitäten können wir zum Zeitpunkt der Abwicklung dieser Geschäfte Risiken ausgesetzt sein. Diese Abwicklungsrisiken entstehen beim Austausch von liquiden Mitteln oder anderen Werten mit einem Geschäftspartner. Das Abwicklungsrisiko bezeichnet dabei das Risiko, einen Verlust zu erleiden, wenn ein Kontrahent seinen vertraglichen Verpflichtungen (zur Lieferung von liquiden Mitteln oder anderen Werten) nicht nachkommt, während wir unseren eigenen Verpflichtungen (zur Lieferung von liquiden Mitteln oder anderen Werten) bereits nachgekommen sind.

Für viele Transaktionsarten verringern wir das Abwicklungsrisiko, indem wir das Geschäft über eine Clearingstelle abschließen, die als Vermittler im Sinne beider Parteien handelt und das jeweilige Geschäft erst abwickelt, wenn beide Parteien ihre Vertragspflichten erfüllt haben.

Steht ein solches Abwicklungssystem nicht zur Verfügung, ist unter Kunden eine Zug-um-Zug-Abwicklung der Transaktion üblich (Free Settlement). In solchen Fällen versuchen wir, das Abwicklungsrisiko dadurch zu senken, dass wir bilaterale Aufrechnungsvereinbarungen für Zahlungen eingehen. Außerdem beteiligen wir uns aktiv an Brancheninitiativen zur Reduzierung des Abwicklungsrisikos. Die Übernahme eines Abwicklungsrisikos für Geschäfte im „Free Settlement“-Verfahren bedarf der Zustimmung aus dem Kreditrisikobereich, entweder in Form vorab genehmigter Abwicklungsrisikolimite oder durch Einholung einer gesonderten Genehmigung für den jeweiligen Geschäftsvorfall. Für Kreditgenehmigungszwecke aggregieren wir Abwicklungsrisikolimite nicht mit anderen Kreditengagements. Wir berücksichtigen jedoch das gesamte Engagement bei der Entscheidung, ob ein bestimmtes Abwicklungsrisiko annehmbar ist.

Kreditrisikoinstrumente – Ökonomisches Kapital für das Kreditrisiko

Wir berechnen das Ökonomische Kapital für das Ausfall-, Transfer- und Abwicklungsrisiko als Komponenten des Kreditrisikos. Übereinstimmend mit unserem Rahmenwerk für das Ökonomische Kapital soll das berechnete Ökonomische Kapital für Kreditrisiken mit einer Wahrscheinlichkeit von 99,98 % extreme aggregierte unerwartete Verluste innerhalb eines Jahres abdecken.

Unser Ökonomisches Kapital für Kreditrisiken wird bestimmt aus der Verlustverteilung eines Portfolios, die mithilfe einer Monte-Carlo-Simulation von korrelierten Bonitätsveränderungen ermittelt wird. Die Verlustverteilung wird in zwei Schritten modelliert. Zunächst werden individuelle Kreditengagements aufgrund von Parametern für Ausfallwahrscheinlichkeit, „Exposure-at-Default“ (Engagementhöhe bei Ausfall) und „Loss-given Default“ (Verlustschwere) bestimmt. In einem zweiten Schritt wird die Wahrscheinlichkeit eines gemeinsamen Ausfalls mithilfe ökonomischer Faktoren modelliert, die den geografischen Regionen und Branchen entsprechen. Unter Verwendung eines eigenentwickelten Modells, das Bonitätsveränderungen und Laufzeiteffekte berücksichtigt, wird dann eine Simulation der Portfolioverluste durchgeführt. Effekte durch negativ korrelierte („Wrong-Way“) Derivaterisiken (das heißt, das derivatebezogene Kreditrisikoengagement ist im Ausfall höher als in einem Szenario ohne Ausfall) werden modelliert durch die Anwendung unseres eigenen Alpha-Faktors bei der Ermittlung des „Exposure-at-Default“ für Derivate- und Wertpapierfinanzierungsgeschäfte bei der Verwendung der Interne-Modelle-Methode gemäß Basel 2.5. Der Alpha-Faktor ist identisch mit dem zur Berechnung der risikogewichteten Aktiva verwendeten Faktor. Der Mindestwert liegt jedoch bei 1,0. Zum 31. Dezember 2014 wurde der Alpha-Faktor auf 1,11 kalibriert. Für die interne Berechnung des Ökonomischen Kapitals beträgt der Mindestwert 1,0. Erwartete Verluste und Ökonomisches Kapital aus dieser Verlustverteilung werden bis auf Transaktionsebene zugewiesen, um eine Steuerung auf Transaktions-, Kunden- und Geschäftsebene zu ermöglichen.

Kreditengagement

Kreditengagements gegenüber Geschäftspartnern resultieren aus dem traditionellen nicht handelsbezogenen Kreditgeschäft, wozu Kredite und Eventualverbindlichkeiten ebenso zählen wie direkte Handelsaktivitäten mit Kunden in bestimmten Instrumenten einschließlich außerbörslich gehandelter Derivate, wie Devisentermingeschäfte und außerbörsliche Zinstermingeschäfte. Ausfallrisiken entstehen auch im Zusammenhang mit unseren Positionen in Beteiligungen und in gehandelten Kreditprodukten, wie Anleihen.

Wir definieren unser Kreditengagement, indem wir sämtliche Transaktionen berücksichtigen, bei denen Verluste eintreten können, die durch die Nichteinhaltung der vertraglichen Zahlungsverpflichtungen des Geschäftspartners verursacht werden.

Maximales Kreditrisiko

Die folgenden Tabellen zeigen für die angegebenen Stichtage unser maximales Kreditrisiko vor Berücksichtigung von Sicherheiten und sonstigen Kreditverbesserungen (Aufrechnungen und Absicherungen), die nicht für eine Verrechnung in unserer Bilanz infrage kommen. Kreditrisikoreduzierungen in Form von Aufrechnungen beinhalten Effekte von rechtlich durchsetzbaren Aufrechnungsvereinbarungen sowie den Ausgleich negativer Marktwerte aus Derivaten durch Barsicherheiten. Kreditrisikoreduzierungen in Form von Absicherungen beinhalten hauptsächlich Sicherheiten auf Immobilien, Sicherheiten in Form von liquiden Geldbeständen sowie als Sicherheit erhaltene Wertpapiere. Wir berücksichtigen für Absicherungen intern ermittelte Sicherheitsabschläge und begrenzen die Sicherheitenwerte zusätzlich auf die Höhe des jeweils besicherten Kreditengagements.

Maximales Kreditrisiko

31.12.2014

in Mio €[1]	Maximales Kreditrisiko[2]	Kreditrisikoreduzierung			
		Aufrechnungen	Sicherheiten	Garantien und Kreditderivate[3]	Kreditrisiko-reduzierung insgesamt
Barreserve	20.055	0	7	0	7
Verzinsliche Einlagen bei Kreditinstituten	63.518	0	53	21	74
Forderungen aus übertragenen Zentralbank-einlagen und aus Wertpapierpensionsgeschäften (Reverse Repos)	17.796	0	16.988	0	16.988
Forderungen aus Wertpapierleihen	25.834	0	24.700	0	24.700
Zum beizulegenden Zeitwert bewertete finanzielle Vermögenswerte[4]	862.035	522.373	163.576	1.102	687.051
Handelsaktiva	125.130	0	3.537	533	4.070
Positive Marktwerte aus derivativen Finanzinstrumenten	629.958	519.590	76.512	336	596.439
Zum beizulegenden Zeitwert klassifizierte Vermögenswerte	106.947	2.782	83.527	233	86.542
davon:					
Forderungen aus Wertpapierpensions-geschäften (Reverse Repos)	60.473	2.415	58.058	0	58.058
Forderungen aus Wertpapierleihen	20.404	368	19.955	0	19.955
Zur Veräußerung verfügbare finanzielle Vermögenswerte[4]	62.038	0	938	0	938
Forderungen aus dem Kreditgeschäft[5]	410.825	0	205.376	28.496	233.872
Sonstige Aktiva mit Kreditrisiko	85.061	67.009	768	363	68.140
Finanzgarantien und andere kreditrisikobezogene Eventualverbindlichkeiten[6]	62.087	0	6.741	8.723	15.464
Unwiderrufliche Kreditzusagen und andere ausleihebezogene Zusagen[6]	154.446	0	5.958	8.582	14.540
Maximales Kreditrisiko	1.763.695	589.381	425.106	47.287	1.061.774

[1] Alle Beträge zum Buchwert, sofern nicht anders angegeben.
[2] Nicht enthalten ist der Nominalbetrag verkaufter (680.699 Mio €) und gekaufter Absicherungen über Kreditderivate. Verzinsliche Einlagen bei Kreditinstituten sind in erster Linie Liquiditätsreserven.
[3] Kreditderivate werden mit den Nominalbeträgen der zugrunde liegenden Positionen dargestellt.
[4] Ohne Aktien, sonstige Kapitalbeteiligungen und Rohstoffe.
[5] Forderungen aus dem Kreditgeschäft brutto abzüglich abgegrenzter Aufwendungen/unrealisierter Erträge vor Abzug der Wertberichtigungen für Kreditausfälle.
[6] Die Beträge spiegeln den Nominalwert wider.

31.12.2013		Kreditrisikoreduzierung			
in Mio €[1]	Maximales Kreditrisiko[2]	Aufrechnungen	Sicherheiten	Garantien und Kreditderivate[3]	Kreditrisiko-reduzierung insgesamt
Barreserve	17.155	0	0	13	13
Verzinsliche Einlagen bei Kreditinstituten	77.984	0	2	31	34
Forderungen aus übertragenen Zentralbank-einlagen und aus Wertpapierpensionsgeschäften (Reverse Repos)	27.363	0	25.100	0	25.100
Forderungen aus Wertpapierleihen	20.870	0	20.055	0	20.055
Zum beizulegenden Zeitwert bewertete finanzielle Vermögenswerte[4]	824.458	423.737	196.321	3.892	623.951
Handelsaktiva	145.170	0	2.333	2.660	4.993
Positive Marktwerte aus derivativen Finanzinstrumenten[5]	504.590	406.616	57.493	274	464.383
Zum beizulegenden Zeitwert klassifizierte finanzielle Vermögenswerte	174.698	17.121	136.495	959	154.575
davon:					
Forderungen aus Wertpapierpensions-geschäften (Reverse Repos)	116.764	16.198	100.091	0	116.289
Forderungen aus Wertpapierleihen	32.485	923	31.017	0	31.941
Zur Veräußerung verfügbare finanzielle Vermögenswerte[4]	46.413	0	760	110	870
Forderungen aus dem Kreditgeschäft[6]	382.171	0	198.668	29.971	228.640
Sonstige Aktiva mit Kreditrisiko	59.030	43.574	1.150	385	45.109
Finanzgarantien und andere kreditrisikobezogene Eventualverbindlichkeiten[7]	65.630	0	7.209	11.513	18.722
Unwiderrufliche Kreditzusagen und andere ausleihebezogene Zusagen[7,8]	137.202	0	4.538	9.182	13.720
Maximales Kreditrisiko	1.658.275	467.311	453.803	55.097	976.212

[1] Alle Beträge zum Buchwert, sofern nicht anders angegeben.
[2] Nicht enthalten ist der Nominalbetrag verkaufter (1.035.946 Mio €) und gekaufter Absicherungen über Kreditderivate. Verzinsliche Einlagen bei Kreditinstituten sind in erster Linie Liquiditätsreserven.
[3] Erworbene Kreditabsicherungen werden mit den Nominalbeträgen der zugrunde liegenden Positionen dargestellt.
[4] Ohne Aktien, sonstige Kapitalbeteiligungen und Rohstoffe.
[5] Die Vorjahreswerte wurden um 10.591 Mio € (Aufrechnungen) und 9.681 € Mio (Sicherheiten) angepasst, die irrtümlicherweise in vorherigen Veröffentlichungen enthalten waren.
[6] Forderungen aus dem Kreditgeschäft brutto abzüglich abgegrenzter Aufwendungen/unrealisierter Erträge vor Abzug der Wertberichtigungen für Kreditausfälle.
[7] Die Beträge spiegeln den Nominalwert wider.
[8] In 2014 wurden die Vorjahreswerte um 10.542 Mio € angepasst, um Fronting Commitments einzubeziehen, die irrtümlicherweise nicht in vorherigen Veröffentlichungen enthalten waren.

Der Anstieg des maximalen Kreditrisikos zum 31. Dezember 2014 war größtenteils durch einen Anstieg der positiven Marktwerte aus derivativen Finanzinstrumenten um 125 Mrd € sowie Wechselkurseffekte in verschiedenen Produkten getrieben. Wie bereits in vorhergehenden Abschnitten dieses Berichts behandelt, wurde dieser Anstieg teilweise durch einen Rückgang von 73 Mrd € in Forderungen aus Wertpapierpensionsgeschäften und Forderungen aus Wertpapierleihen kompensiert. Diese waren sowohl in den zum beizulegenden Zeitwert klassifizierten finanziellen Vermögenswerten enthalten als auch in den Positionen, die zu fortgeführten Anschaffungskosten ausgewiesen werden. Unser gesamtes Kreditportfolio erhöhte sich um 29 Mrd € oder 7 % von 382 Mrd € zum 31. Dezember 2013 auf 411 Mrd € zum 31. Dezember 2014. Der Anstieg ist im Wesentlichen auf Wechselkursänderungen, Änderungen bei der Strukturierung von Sicherheiten im ETF Geschäft bei CB&S und Geschäftswachstum in CB&S und Deutsche AWM zurückzuführen und wurde teilweise durch den Abbau in unserer NCOU kompensiert.

In den Handelsaktiva waren zum 31. Dezember 2014 gehandelte festverzinsliche Wertpapiere in Höhe von 108 Mrd € (zum 31. Dezember 2013: 126 Mrd €) enthalten, die zu mehr als 80 % (zum 31. Dezember 2013: über 86 %) als „Investment-Grade“ eingestuft waren. Die zur Veräußerung verfügbaren finanziellen Vermögenswerte setzten sich überwiegend aus Schuldtiteln, von denen mehr als 94 % (zum 31. Dezember 2013: mehr als 97 %) als „Investment-Grade“ klassifiziert waren, zusammen.

Zur Kreditrisikominimierung eingesetzte Instrumente werden in drei Kategorien eingeteilt: Aufrechnungen, Sicherheiten sowie Garantien und Kreditderivate. Durch eine konservative Festlegung von Sicherheitenabschlägen und Nachbesicherungsverpflichtungen (Margin Calls) sowie eine vorsichtige Einschätzung der eingesetzten Sicherungsinstrumente durch Experten wird verhindert, dass Marktentwicklungen zu einem Anstieg unbesicherter Engagements führen. Alle Kategorien werden regelmäßig überwacht und überprüft. Grundsätzlich sind die eingesetzten Instrumente zur Kreditrisikominimierung diversifiziert und von angemessener Qualität. Sie bestehen weitestgehend aus Barmitteln, von Staaten mit hoher Bonitätseinstufung begebenen Staatsanleihen und Garantien von bonitätsmäßig gut eingestuften Banken und Versicherungen. Diese Finanzinstitute sind im Wesentlichen in Westeuropa und den USA angesiedelt. Des Weiteren haben wir für das homogene Konsumentenkreditgeschäft Sicherheitenpools aus sehr liquiden Vermögenswerten und grundpfandrechtlichen Sicherheiten, die generell für Wohnimmobilien und hauptsächlich in Deutschland bestehen.

Kreditqualität von Finanzinstrumenten, die weder überfällig noch wertgemindert sind

Wir leiten unsere Kreditqualität aus internen Bonitätseinstufungen ab und gruppieren die Engagements wie nachstehend gezeigt. Für weitere Details bezüglich interner Bonitätseinstufungen verweisen wir auf die Abschnitte „Kreditrisikoeinstufung“ und „Genehmigung der Bonitätseinstufungsverfahren“.

Kreditqualität von Finanzinstrumenten, die weder überfällig noch wertgemindert sind

							31.12.2014
in Mio €[1]	iAAA–iAA	iA	iBBB	iBB	iB	iCCC und schlechter	Insgesamt
Barreserve	17.220	896	1.161	727	48	4	20.055
Verzinsliche Einlagen bei Kreditinstituten	57.175	4.514	1.081	578	28	141	63.518
Forderungen aus übertragenen Zentralbankeinlagen und aus Wertpapierpensionsgeschäften (Reverse Repos)	854	13.564	1.553	1.414	332	79	17.796
Forderungen aus Wertpapierleihen	18.705	5.200	1.114	727	88	0	25.834
Zum beizulegenden Zeitwert bewertete finanzielle Vermögenswerte[2]	312.470	385.335	81.930	58.678	16.094	7.529	862.036
Handelsaktiva	58.014	15.973	18.230	21.767	7.061	4.085	125.130
Positive Marktwerte aus derivativen Finanzinstrumenten	208.057	348.179	46.675	20.062	5.120	1.865	629.958
Zum beizulegenden Zeitwert klassifizierte Vermögenswerte	46.399	21.183	17.025	16.848	3.914	1.578	106.947
davon:							
Forderungen aus Wertpapierpensionsgeschäften (Reverse Repos)	17.213	13.820	12.432	14.219	1.529	1.259	60.473
Forderungen aus Wertpapierpensionsgeschäften	17.110	3.266	20	7	0	0	20.404
Zur Veräußerung verfügbare finanzielle Vermögenswerte[2,3]	50.810	3.375	1.782	3.958	194	1.719	61.838
Forderungen aus dem Kreditgeschäft[4]	47.554	56.865	112.106	130.438	39.181	10.313	396.458
davon:							
Nach IAS 39 zu Forderungen aus dem Kreditgeschäft umgewidmet	2.109	1.353	1.408	1.051	685	274	6.880
Sonstige Aktiva mit Kreditrisiko	13.538	48.714	7.049	13.927	1.105	728	85.061
Finanzgarantien und andere kreditrisikobezogene Eventualverbindlichkeiten[5]	6.281	17.696	20.190	11.640	4.929	1.352	62.087
Unwiderrufliche Kreditzusagen und andere ausleihebezogene Zusagen[5]	22.938	39.336	40.145	31.492	18.924	1.612	154.446
Insgesamt	547.546	575.494	268.110	253.577	80.924	23.477	1.749.129

[1] Alle Beträge zum Buchwert, sofern nicht anders angegeben.
[2] Ohne Aktien, sonstige Kapitalbeteiligungen und Rohstoffe.
[3] Beinhaltet überfällige Finanzinstrumente, um Konsistenz mit der Sektion „Qualität von Vermögensgegenständen“ in diesem Bericht sicherzustellen.
[4] Forderungen aus dem Kreditgeschäft brutto abzüglich abgegrenzter Aufwendungen/unrealisierter Erträge vor Abzug der Wertberichtigungen für Kreditausfälle.
[5] Die Beträge spiegeln den Nominalwert wider.

							31.12.2013
in Mio €[1]	iAAA–iAA	iA	iBBB	iBB	iB	iCCC und schlechter	Insgesamt
Barreserve	13.804	1.971	998	311	17	55	17.155
Verzinsliche Einlagen bei Kreditinstituten	71.053	5.078	1.145	391	282	35	77.984
Forderungen aus übertragenen Zentralbankeinlagen und aus Wertpapierpensionsgeschäften (Reverse Repos)	3.774	19.949	1.904	1.516	201	19	27.363
Forderungen aus Wertpapierleihen	12.783	6.381	1.057	382	267	0	20.870
Zum beizulegenden Zeitwert bewertete finanzielle Vermögenswerte[2]	282.000	368.969	69.497	84.517	14.009	5.466	824.458
Handelsaktiva	70.398	17.245	13.902	35.957	4.640	3.028	145.170
Positive Marktwerte aus derivativen Finanzinstrumenten	143.770	303.107	36.452	15.743	3.876	1.642	504.590
Zum beizulegenden Zeitwert klassifizierte Vermögenswerte	67.832	48.617	19.144	32.816	5.493	796	174.698
davon:							
Forderungen aus Wertpapierpensionsgeschäften (Reverse Repos)	29.217	40.922	14.960	28.119	3.095	452	116.764
Forderungen aus Wertpapierpensionsgeschäften	29.104	3.260	75	37	10	0	32.485
Zur Veräußerung verfügbare finanzielle Vermögenswerte[2,3]	35.708	5.435	1.788	1.267	876	1.218	46.293
Forderungen aus dem Kreditgeschäft[4]	34.708	53.624	99.941	127.613	40.869	9.581	366.336
davon:							
Nach IAS 39 zu Forderungen aus dem Kreditgeschäft umgewidmet	999	2.894	2.088	962	817	286	8.046
Sonstige Aktiva mit Kreditrisiko	7.923	37.446	2.821	9.416	1.140	284	59.030
Finanzgarantien und andere kreditrisikobezogene Eventualverbindlichkeiten[5]	8.318	19.285	20.234	11.604	4.382	1.807	65.630
Unwiderrufliche Kreditzusagen und andere ausleihebezogene Zusagen[5,6]	19.794	32.452	39.216	28.523	15.857	1.360	137.202
Insgesamt	489.864	550.591	238.600	265.540	77.900	19.826	1.642.321

[1] Alle Beträge zum Buchwert, sofern nicht anders angegeben.
[2] Ohne Aktien, sonstige Kapitalbeteiligungen und Rohstoffe.
[3] Die Vorjahreswerte wurden um 1,5 Mrd € angepasst und beinhalten nun überfällige Instrumente, um Konsistenz mit der Sektion „Qualität von Vermögenswerten“ in diesem Bericht sicherzustellen.
[4] Forderungen aus dem Kreditgeschäft brutto abzüglich abgegrenzter Aufwendungen/unrealisierter Erträge vor Abzug der Wertberichtigungen für Kreditausfälle. Beträge zum 31. Dezember 2013 wurden für überfällige Kredite, nicht neu verhandelt oder wertgemindert um 303 Mio € erhöht, die irrtümlicherweise nicht in vorheriger Veröffentlichung enthalten waren.
[5] Die Beträge spiegeln den Nominalwert wider.
[6] In 2014 wurden die Vorjahreswerte um 10,5 Mrd € angepasst, um Fronting Commitments einzubeziehen, die irrtümlicherweise nicht in vorherigen Veröffentlichungen enthalten waren.

Der Anstieg des Kreditrisikos um 107 Mrd € zum 31. Dezember 2014 war größtenteils durch einen Anstieg der positiven Marktwerte aus derivativen Finanzinstrumenten mit „Investment-Grade“ Rating getrieben, insbesondere in der besten Ratingkategorie iAAA-iAA sowie Wechselkurseffekte in verschiedenen Produkten.

Wesentliche Kreditrisikoengagement-Kategorien

In den folgenden Tabellen zeigen wir Details zu mehreren unserer wesentlichen Kreditrisikoengagement-Kategorien, und zwar Kredite, unwiderrufliche Kreditzusagen, Eventualverbindlichkeiten und außerbörslich gehandelte Derivate, gehandelte Kredite, gehandelte festverzinsliche Wertpapiere, zur Veräußerung verfügbare festverzinsliche Wertpapiere sowie Wertpapierpensionsgeschäfte:

— „Kredite“ sind Nettoforderungen aus dem Kreditgeschäft wie in unserer Bilanz zu fortgeführten Anschaffungskosten ausgewiesen, jedoch vor Abzug des Wertberichtigungsbestands für Kreditausfälle.
— „Unwiderrufliche Kreditzusagen“ umfassen die nicht in Anspruch genommenen Anteile der unwiderruflichen ausleihebezogenen Zusagen.
— „Eventualverbindlichkeiten“ umfassen Finanz- und Performancegarantien, Kreditbriefe und sonstige ähnliche Arrangements (im Wesentlichen Haftungsübernahmeerklärungen).
— „Außerbörslich gehandelte Derivate“ bezeichnen unser Kreditengagement aus Transaktionen mit außerbörslich gehandelten Derivaten nach Aufrechnung und erhaltenen Barsicherheiten. Diese werden in unserer Bilanz entweder als zum beizulegenden Zeitwert bewertete finanzielle Vermögenswerte oder unter den sonstigen Aktiva als Derivate, die die Anforderungen für die Bilanzierung von Sicherungsgeschäften erfüllen, ausgewiesen, in jedem Fall aber vor Aufrechnung und erhaltenen Barsicherheiten.

— „Gehandelte Kredite“ werden erworben und gehalten mit dem Zweck eines kurzfristigen Verkaufs, oder die materiellen Risiken werden sämtlich abgesichert oder verkauft. Aus aufsichtsrechtlicher Perspektive handelt es sich bei dieser Kategorie im Wesentlichen um Handelsbuchpositionen.
— „Gehandelte festverzinsliche Wertpapiere“ beinhalten Anleihen, Einlagen, Schuldscheine oder Commercial Paper, die mit dem Zweck eines kurzfristigen Verkaufs erworben werden. Aus aufsichtsrechtlicher Perspektive handelt es sich bei dieser Kategorie im Wesentlichen um Handelsbuchpositionen.
— „Zur Veräußerung verfügbare festverzinsliche Wertpapiere“ bezeichnen Schuldverschreibungen, Anleihen, Einlagen, Schuldscheine oder Commercial Paper, welche zu fixen Bedingungen begeben werden und durch den Emittenten zurückgekauft werden können, die wir als zur Veräußerung verfügbar klassifiziert haben.
— „Wertpapierpensionsgeschäfte“ sind Rückkaufs- und Leihegeschäfte von Wertpapieren oder Rohwaren vor Anwendung der bilanziellen Aufrechnung und erhaltenen Sicherheiten.

In den nachfolgenden Tabellen sind folgende Produkte nicht enthalten, obwohl wir sie bei der Kreditrisikoüberwachung berücksichtigen: Forderungen aus Handelsgeschäften und Wertpapierabwicklungen, verzinsliche Einlagen bei Kreditinstituten, Barreserve, zur Veräußerung verfügbare finanzielle Vermögenswerte und Forderungen aus Zinsabgrenzungen. Nicht aufgeführt sind darüber hinaus bilanzwirksame Verbriefungspositionen („Traditional“) und Beteiligungen. Diese werden in den Kapiteln „Verbriefungen“ und „Marktrisiko aus Nichthandelsaktivitäten – Investitionsrisiken“ und „Marktrisiko aus Nichthandelsaktivitäten – Gehaltene Beteiligungen“ näher erläutert.

Die wichtigsten Kreditrisikokategorien nach Unternehmensbereichen

31.12.2014

in Mio €	Kredite[1]	Unwiderrufliche Kreditzusagen[2]	Eventualverbindlichkeiten	Außerbörsliche Derivate[3]	Gehandelte Kredite	Gehandelte festverzinsliche Wertpapiere	Zur Veräußerung verfügbare festverzinsliche Wertpapiere	Wertpapierpensionsgeschäfte[4]	Insgesamt
Corporate Banking & Securities	61.820	119.995	4.865	43.407	14.865	92.272	34.411	112.605	484.239
Private & Business Clients	214.688	11.687	1.735	464	0	2	16.665	8.714	253.955
Global Transaction Banking	77.334	17.121	51.663	595	614	87	184	3.159	150.758
Deutsche Asset & Wealth Management	38.676	4.158	2.681	839	12	7.940	3.403	11	57.719
Non-Core Operations Unit	18.049	954	1.072	1.760	1.163	7.509	4.358	17	34.883
Consolidation & Adjustments	258	530	71	13	0	0	111	0	983
Insgesamt	410.825	154.446	62.087	47.078	16.654	107.808	59.132	124.507	982.537

[1] Beinhaltet wertgeminderte Kredite von 9,3 Mrd € zum 31. Dezember 2014.
[2] Beinhaltet unwiderrufliche Kreditzusagen von 9,4 Mrd € zum 31. Dezember 2014 im Zusammenhang mit dem Konsumentenkreditengagement.
[3] Beinhaltet den Effekt von Aufrechnungen und erhaltenen Barsicherheiten, soweit anwendbar. Für die Bilanzierung von Sicherungsgeschäften qualifizierte Derivate sind nicht enthalten.
[4] Vor Berücksichtigung von Sicherheiten und begrenzt auf Wertpapiere unter Rückkaufsvereinbarungen sowie Wertpapierleihen.

									31.12.2013
in Mio €	Kredite[1]	Unwiderrufliche Kreditzusagen[2,3]	Eventualverbindlichkeiten	Außerbörsliche Derivate[4]	Gehandelte Kredite	Gehandelte festverzinsliche Wertpapiere	Zur Veräußerung verfügbare festverzinsliche Wertpapiere	Wertpapierpensionsgeschäfte[5]	Insgesamt
Corporate Banking & Securities	40.335	102.776	6.716	40.709	14.921	109.864	19.947	176.720	511.988
Private & Business Clients	213.252	13.685	1.595	498	0	1	16.240	15.090	260.362
Global Transaction Banking	72.868	15.931	52.049	500	958	65	171	5.630	148.172
Deutsche Asset & Wealth Management	32.214	3.070	2.795	791	16	9.023	2.946	15	50.869
Non-Core Operations Unit	23.395	1.450	2.416	2.211	1.891	7.203	4.841	15	43.423
Consolidation & Adjustments	106	289	58	7	1	5	97	12	575
Insgesamt	382.171	137.202	65.630	44.716	17.787	126.160	44.242	197.482	1.015.390

[1] Beinhaltet wertgeminderte Kredite von 10,1 Mrd € zum 31. Dezember 2013.
[2] Beinhaltet unwiderrufliche Kreditzusagen von 9,8 Mrd € zum 31. Dezember 2013 im Zusammenhang mit dem Konsumentenkreditengagement.
[3] Vorjahreswerte wurden um 10,5 Mrd € angepasst um Fronting Commitments einzubeziehen, die irrtümlicherweise nicht in vorherigen Veröffentlichungen enthalten waren.
[4] Beinhaltet den Effekt von Aufrechnungen und erhaltenen Barsicherheiten, soweit anwendbar. Für die Bilanzierung von Sicherungsgeschäften qualifizierte Derivate sind nicht enthalten.
[5] Vor Berücksichtigung von Sicherheiten und begrenzt auf Wertpapiere unter Rückkaufsvereinbarungen sowie Wertpapierleihen.

Unsere wichtigsten Kreditrisikokategorien waren um 32,9 Mrd € rückläufig.

— Gegliedert nach Unternehmensbereichen erzielte CB&S eine Reduktion von 27,7 Mrd €, NCOU von 8,5 Mrd € und PBC von 6,4 Mrd €.
— Aus Produktsicht verminderte sich das Kreditrisiko bei den Wertpapierpensionsgeschäften und gehandelten festverzinslichen Wertpapieren stark. Geringe Reduzierungen wurden für Eventualverbindlichkeiten und gehandelte Kredite beobachtet.
— In CB&S bewirkten Änderungen in der Besicherung von Exchange Traded Funds, dass Wertpapierpositionen durch vollständig besicherte Total Return Swaps ersetzt wurden. Als Folge hiervon stiegen die Kredite mit eingebettetem Wertpapierrisiko bei gleichzeitigem Rückgang der Wertpapierpositionen innerhalb der Handelsaktiva.

Die wichtigsten Kreditrisikokategorien nach Branchen

									31.12.2014
in Mio €	Kredite[1]	Unwiderrufliche Kreditzusagen[2]	Eventualverbindlichkeiten	Außerbörsliche Derivate[3]	Gehandelte Kredite	Gehandelte festverzinsliche Wertpapiere	Zur Veräußerung verfügbare festverzinsliche Wertpapiere	Wertpapierpensionsgeschäfte[4]	Insgesamt
Banken und Versicherungen	24.179	23.701	14.368	18.967	4.291	34.856	19.227	110.112	249.700
Fondsmanagement	12.145	6.670	612	3.065	149	3.051	349	49	26.089
Verarbeitendes Gewerbe	25.633	40.483	18.205	2.292	1.604	2.312	204	0	90.732
Handel	15.781	11.975	5.926	1.156	865	839	94	0	36.636
Private Haushalte	197.853	11.203	2.192	739	183	2	0	35	212.207
Gewerbliche Immobilien[5]	35.743	3.864	646	2.054	3.129	606	74	576	46.691
Öffentliche Haushalte	16.790	1.696	231	7.416	446	55.181	34.846	615	117.220
Sonstige	82.700[6]	54.855	19.908	11.389	5.989	10.963	4.339	13.119	203.262
Insgesamt	410.825	154.446	62.087	47.078	16.654	107.808	59.132	124.507	982.537

[1] Beinhaltet wertgeminderte Kredite von 9,3 Mrd € zum 31. Dezember 2014.
[2] Beinhaltet unwiderrufliche Kreditzusagen von 9,4 Mrd € zum 31. Dezember 2014 im Zusammenhang mit dem Konsumentenkreditengagement.
[3] Beinhaltet den Effekt von Aufrechnungen und erhaltenen Barsicherheiten, soweit anwendbar. Für die Bilanzierung von Sicherungsgeschäften qualifizierte Derivate sind nicht enthalten.
[4] Vor Berücksichtigung von Sicherheiten und begrenzt auf Wertpapiere unter Rückkaufsvereinbarungen sowie Wertpapierleihen.
[5] Gewerbliche Immobilienaktivitäten werden gemäß der Industrie, in der der Vertragspartner operiert, klassifiziert. Dies geschieht unabhängig von der Zugehörigkeit des Unternehmensbereichs. Die Geschäftsbereiche „Commercial Real Estate“ (17,2 Mrd €) und „PBC Mortgages“ (11,2 Mrd €) sind hier vor allem engagiert.
[6] Kredite in der Kategorie Sonstige beinhalten Finanzierungsleasing.

									31.12.2013
in Mio €	Kredite[1]	Unwiderrufliche Kreditzusagen[2,3]	Eventualverbindlichkeiten	Außerbörsliche Derivate[4]	Gehandelte Kredite	Gehandelte festverzinsliche Wertpapiere	Zur Veräußerung verfügbare festverzinsliche Wertpapiere	Wertpapierpensionsgeschäfte[5]	Insgesamt
Banken und Versicherungen	25.100	21.234	15.289	22.243	5.389	34.427	14.212	195.273	333.166
Fondsmanagement	10.029	4.756	1.255	3.326	421	4.771	235	20	24.814
Verarbeitendes Gewerbe	21.406	33.120	18.767	1.077	1.301	2.999	314	0	78.983
Handel	13.965	11.850	5.610	904	936	811	128	0	34.205
Private Haushalte	193.515	10.839	2.645	665	611	1	0	59	208.336
Gewerbliche Immobilien[6]	34.259	2.808	831	661	2.047	1.140	88	136	41.969
Öffentliche Haushalte	16.228	1.931	135	4.299	592	64.286	26.101	681	114.253
Sonstige	67.668[7]	50.664	21.099	11.541	6.488	17.726	3.166	1.313	179.663
Insgesamt	382.171	137.202	65.630	44.716	17.787	126.160	44.242	197.482	1.015.390

[1] Beinhaltet wertgeminderte Kredite von 10,1 Mrd € zum 31. Dezember 2013.
[2] Beinhaltet unwiderrufliche Kreditzusagen von 9,8 Mrd € zum 31. Dezember 2013 im Zusammenhang mit dem Konsumentenkreditengagement.
[3] Vorjahreswerte wurden um 10,5 Mrd € angepasst um Fronting Commitments einzubeziehen, die irrtümlicherweise nicht in vorherigen Veröffentlichungen enthalten waren.
[4] Beinhaltet den Effekt von Aufrechnungen und erhaltenen Barsicherheiten, soweit anwendbar. Für die Bilanzierung von Sicherungsgeschäften qualifizierte Derivate sind nicht enthalten.
[5] Vor Berücksichtigung von Sicherheiten und begrenzt auf Wertpapiere unter Rückkaufsvereinbarungen sowie Wertpapierleihen.
[6] Gewerbliche Immobilienaktivitäten werden gemäß der Industrie, in der der Vertragspartner operiert, klassifiziert. Dies geschieht unabhängig von der Zugehörigkeit des Unternehmensbereichs. Die Geschäftsbereiche „PBC Mortgages“ und „Commercial Real Estate“ sind hier vor allem engagiert.
[7] Kredite in der Kategorie Sonstige beinhalten Finanzierungsleasing.

Die obige Tabelle gibt eine Übersicht über unser Kreditengagement nach Branchen; Zuordnungskriterium hierfür ist die NACE-Klassifikation des Vertragspartners mit dem wir Geschäfte machen.

Aus Branchensicht war unser Kreditengagement im Vergleich zum Vorjahr geringer. Gegenüber Banken und Versicherungen ging unser Kreditengagement um 83,5 Mrd € zurück, was hauptsächlich auf ein geringeres Volumen im Wertpapierpensionsgeschäft zurückzuführen war. Dieser Effekt wurde teilweise von Anstiegen kompensiert, insbesondere in der Kategorie Sonstige (23,6 Mrd €).

Die Zunahme der Kreditengagements in der Kategorie Sonstige ist zurückzuführen auf Änderungen in der Besicherung von Exchange Traded Funds in CB&S. Dabei wurden Wertpapierpositionen durch vollständig besicherte Total Return Swaps ersetzt. Dies führte zu einer entsprechenden Verringerung der Wertpapierpositionen innerhalb der Handelsaktiva.

Unser Kreditengagement in den Branchen Banken und Versicherungen, verarbeitendes Gewerbe sowie im öffentlichen Sektor umfasst vorwiegend Kredite mit Bonitätseinstufungen im „Investment-Grade“-Bereich. Das Portfolio unterliegt den Kreditvergabestandards, die in unseren „Grundsätzen für das Management von Kreditrisiken“ festgelegt sind. Dazu gehören verschiedene Kontrollen zur Risikokonzentration hinsichtlich Einzeladressen, Ländern und Branchen sowie produktbezogenen Konzentrationen.

Wesentliche Transaktionen, wie Kreditvergaben mit dem Zweck der Syndizierung, werden von Entscheidungsträgern mit hoher Kreditkompetenz und (je nach Transaktionsvolumen) einem Kreditausschuss und/oder dem Vorstand überprüft. Auf die Strukturierung solcher Transaktionen wird ein großes Augenmerk gelegt, um sicherzustellen, dass Risikorückführungen zeitnah und kosteneffizient erreicht werden. Kreditengagements in diesen Kategorien bestehen zumeist gegenüber Kreditnehmern guter Qualität und unterliegen ebenfalls Maßnahmen zur Risikominderung gemäß der Beschreibung der Aktivitäten unserer Credit Portfolio Strategies Group.

Unser Kreditengagement mit privaten Haushalten betrug 198 Mrd € zum 31. Dezember 2014 (zum 31. Dezember 2013: 194 Mrd €) und ist prinzipiell dem Unternehmensbereich PBC zugeordnet. Hypothekenkredite machten 153 Mrd € (77 %) des Portfolios aus, davon waren 119 Mrd € in Deutschland. Der übrige Teil des Portfolios (45 Mrd €, 23 %) stand in erster Linie im Zusammenhang mit dem Konsumentenkreditgeschäft.

Angesichts der Homogenität dieses Portfolios werden die Kreditwürdigkeit unserer Geschäftspartner sowie die Bonitätseinstufung über eine automatisierte Entscheidungslogik (Decision Engine) ermittelt.

Hauptzweck des Hypothekengeschäfts ist die Finanzierung eigengenutzter Immobilien, die über verschiedene Kanäle in Europa, insbesondere in Deutschland, aber auch in Spanien, Italien und Polen, verkauft werden. Dabei übersteigt das Engagement in der Regel nicht den Immobilienwert. Das Konsumentenkreditgeschäft besteht aus den Produkten „Individuelle Ratenkredite“, „Kreditlinien“ und „Kreditkarten“. Es gelten verschiedene Anforderungen an die Kreditvergabe, wie zum Beispiel maximale Kreditbeträge und Laufzeiten, die je nach den regionalen Bedingungen und privaten Umständen des Kreditnehmers variieren (so wird beispielsweise der Maximalbetrag für einen Konsumentenkredit an das Nettohaushaltseinkommen angepasst). Die Zinssätze werden vor allem in Deutschland meistens für einen bestimmten Zeitraum festgelegt. Durch ein zweitrangiges Pfandrecht besicherte Kredite werden nicht aktiv vertrieben.

Die Höhe des Kreditrisikos des Baufinanzierungsportfolios wird im Wesentlichen durch die Bewertung der Kundenqualität und der zugrunde liegenden Sicherheit bestimmt. Die Kreditbeträge sind im Allgemeinen höher als Konsumentenkredite und werden für einen längeren Zeitraum gewährt. Das Risiko des Konsumentenkreditgeschäfts hängt von der Qualität des Kreditnehmers ab. Da diese Kredite nicht besichert sind, sind im Vergleich zu Hypothekenkrediten die Kreditbeträge geringer und die Laufzeiten kürzer. Auf der Grundlage unserer Kriterien und Prozesse für die Kreditvergabe, diversifizierter Portfolios (Kunden/Immobilien) und geringer Beleihungsausläufe wird das Risiko im Hypothekengeschäft als niedrig und das im Konsumentenfinanzierungsgeschäft als mittel eingestuft.

Unsere gewerblichen Immobilienkredite werden grundsätzlich durch erstrangige Hypotheken auf die zugrunde liegende Immobilie besichert. Dabei werden die Kreditvergabestandards eingehalten, die in den vorgenannten „Grundsätzen für das Management von Kreditrisiken“ definiert wurden (das heißt, die Bonitätseinstufung geht der Kreditgenehmigung auf der Grundlage einer zugewiesenen Kreditgenehmigungskompetenz voraus). Ferner gelten für Kredite zusätzliche Richtlinien für die Risikoübernahme und Vorgaben, wie beispielsweise Beleihungsquoten von in der Regel unter 75 %. Zusätzlich holt unser Bewertungsteam, welches Teil unseres unabhängigen Kreditrisikomanagements ist, aufgrund der Bedeutung der zugrunde liegenden Sicherheit externe Gutachten für alle besicherten Kredite ein. Dieses Bewertungsteam überprüft und hinterfragt die gemeldeten Immobilienwerte regelmäßig.

Mit Ausnahme der in die NCOU übertragenen Kredite, behält die Commercial Real Estate Group nur in Ausnahmefällen Mezzanine- oder andere Junior- Tranchen (obwohl wir Mezzanine Kredite auch zeichnen). Die Postbank hält allerdings ein nicht nennenswertes Unterportfolio mit Junior Tranchen. Kredite, begeben für die Verbriefung, werden sorgfältig unter einem Produktlimit überwacht. Verbriefte Kredite werden vollständig verkauft (sofern nicht die aufsichtsrechtliche Anforderung besteht, das ökonomische Risiko bei der Bank zu belassen), während wir häufig einen Teil der syndizierten Bankenkredite behalten. Das bei der Deutschen Bank verbleibende Portfolio, welches zu fortgeführten Anschaffungskosten bewertet wird, unterliegt ebenfalls den vorgenannten Grundsätzen für das Management von Kreditrisiken. Wir stellen auch auf der Grundlage konservativer Vergabestandards unbesicherte Kreditlinien für Immobilienfonds und sonstige Publikumsgesellschaften mit guter Kapitalausstattung (in der Regel mit Investment-Grade Einstufung) zur Verfügung. Wir stellen sowohl festverzinsliche (im Allgemeinen verbriefte Produkte) als auch variabel verzinsliche Kredite bereit, welche wir gegen Zinsänderungsrisiken absichern. Darüber hinaus werden problembehaftete und leistungsgestörte Kredite und Kreditportfolios grundsätzlich mit einem erheblichen Abschlag auf die Nominalbeträge und die aktuellen Sicherheitenwerte von anderen Finanzinstituten erworben. Es existiert ein stringenter Genehmigungsprozess, und das Risiko wird über getrennte Portfoliolimite gesteuert. Die Bewertung gewerblicher Immobilien und Mieteinnahmen können stark von makroökonomischen Bedingungen und idiosynkratischen Risiken beeinflusst werden. Dementsprechend erhält das Portfolio eine höhere Risikoeinstufung und unterliegt der vorgenannten engen Begrenzung bezüglich Konzentrationsbildung.

Die Kategorie Sonstige Kredite beinhaltet 83 Mrd € zum 31. Dezember 2014 (68 Mrd € zum 31. Dezember 2013) und umfasst zahlreiche kleinere Branchen, wobei auf keine einzelne Branche mehr als 5 % der Kredite insgesamt entfallen.

Unser Kreditengagement gegenüber den zehn größten Kunden belief sich zum 31. Dezember 2014 auf 7 % des gesamten Kreditengagements in diesen Kategorien, verglichen mit 10 % zum 31. Dezember 2013. Unsere zehn größten Kreditengagements bestanden gegenüber Kunden mit guter Bonitätsbewertung oder bezogen sich ansonsten auf strukturierte Kredite mit einem hohen Maß an Risikominderungen.

Kreditrisiko nach Region

31.12.2014

in Mio €	Kredite[1]	Unwiderrufliche Kreditzusagen[2]	Eventualverbindlichkeiten	Außerbörsliche Derivate[3]	Gehandelte Kredite	Gehandelte festverzinsliche Wertpapiere	Zur Veräußerung verfügbare festverzinsliche Wertpapiere	Wertpapierpensionsgeschäfte[4]	Insgesamt
Deutschland	202.658	26.176	14.356	3.250	1.206	6.679	16.339	13.533	284.198
Westeuropa (ohne Deutschland)	94.386	36.781	18.984	18.190	3.295	21.516	33.683	23.935	250.771
davon:									
Frankreich	2.674	6.053	2.434	936	423	3.684	5.346	3.656	25.207
Luxemburg	14.156	3.835	754	1.766	552	2.028	6.240	190	29.522
Niederlande	10.630	5.548	2.548	5.257	436	2.726	7.751	348	35.244
Großbritannien	7.878	9.118	1.911	1.058	586	4.530	5.141	13.607	43.828
Osteuropa	10.524	1.755	2.136	927	1.542	2.494	561	243	20.183
davon:									
Polen	7.055	651	315	74	0	1.353	64	0	9.511
Russland	2.068	524	693	205	1.081	238	0	39	4.848
Nordamerika	55.540	83.400	14.291	14.338	7.531	52.898	5.736	71.306	305.040
davon:									
Kanada	880	2.237	932	1.087	240	1.309	278	1.325	8.287
Cayman Islands	2.571	1.982	61	542	322	2.256	124	12.660	20.519
USA	45.899	77.960	12.881	12.614	6.725	48.669	5.323	56.630	266.702
Mittel- und Südamerika	5.071	777	1.445	1.350	604	2.936	24	1.151	13.358
davon:									
Brasilien	1.787	210	781	241	175	1.558	0	656	5.409
Mexiko	363	90	51	447	199	450	19	301	1.919
Asien/Pazifik	40.081	4.774	10.062	8.643	2.226	20.677	2.467	13.818	102.747
davon:									
China	9.372	331	950	523	180	1.698	0	1.320	14.373
Japan	866	489	397	3.398	173	2.371	90	4.250	12.032
Südkorea	2.069	11	1.095	591	0	842	0	342	4.949
Afrika	1.924	627	805	351	124	541	49	520	4.941
Sonstige	640	156	7	29	126	67	273	0	1.297
Insgesamt	410.825	154.446	62.087	47.078	16.654	107.808	59.132	124.507	982.537

[1] Beinhaltet wertgeminderte Kredite von 9,3 Mrd € zum 31. Dezember 2014.
[2] Beinhaltet unwiderrufliche Kreditzusagen von 9,4 Mrd € zum 31. Dezember 2014 im Zusammenhang mit dem Konsumentenkreditengagement.
[3] Beinhaltet den Effekt von Aufrechnungen und erhaltenen Barsicherheiten, soweit anwendbar. Für Hedgeaccounting qualifizierte Derivate sind nicht enthalten.
[4] Vor Berücksichtigung von Sicherheiten und begrenzt auf Wertpapiere unter Rückkaufsvereinbarungen sowie Wertpapierleihen.

									31.12.2013
in Mio €	Kredite[1]	Unwiderrufliche Kreditzusagen[2,3]	Eventualverbindlichkeiten	Außerbörsliche Derivate[4]	Gehandelte Kredite	Gehandelte festverzinsliche Wertpapiere	Zur Veräußerung verfügbare festverzinsliche Wertpapiere	Wertpapierpensionsgeschäfte[5]	Insgesamt
Deutschland	200.106	24.099	14.572	2.413	1.451	12.608	10.961	16.444	282.655
Westeuropa (ohne Deutschland)	86.846	37.457	19.991	17.056	5.179	31.296	26.309	58.843	282.978
davon:									
Frankreich	2.675	7.815	2.014	1.273	672	6.585	3.691	11.811	36.536
Luxemburg	5.566	2.186	622	1.735	1.362	3.892	3.976	572	19.912
Niederlande	12.163	6.446	3.179	3.099	863	4.111	6.382	429	36.674
Großbritannien	8.719	8.414	1.817	3.834	942	6.421	5.018	31.403	66.567
Osteuropa	9.773	1.573	2.173	844	2.177	2.532	390	529	19.991
davon:									
Polen	6.862	761	215	59	38	867	259	0	9.061
Russland	1.752	463	753	74	1.822	600	0	357	5.822
Nordamerika	42.748	67.833	17.212	14.404	6.111	52.298	4.041	92.099	296.745
davon:									
Kanada	572	2.286	1.571	648	499	2.132	165	798	8.672
Cayman Islands	2.294	1.725	486	1.118	313	1.909	154	25.633	33.632
USA	35.019	63.067	14.680	12.308	5.113	47.710	3.716	64.532	246.146
Mittel- und Südamerika	4.539	745	1.338	701	364	3.016	129	1.310	12.143
davon:									
Brasilien	1.413	249	712	120	162	1.638	17	349	4.660
Mexiko	271	122	34	218	163	279	74	321	1.483
Asien/Pazifik	36.151	4.782	9.392	9.081	2.341	23.740	2.286	28.043	115.817
davon:									
China	8.894	432	788	623	69	1.183	0	2.123	14.113
Japan	848	408	396	3.920	405	5.112	884	16.065	28.038
Südkorea	2.150	7	930	515	22	977	65	337	5.004
Afrika	1.879	668	932	191	111	552	0	214	4.546
Sonstige	130	44	19	25	52	118	126	0	515
Insgesamt	382.171	137.202	65.630	44.716	17.787	126.160	44.242	197.482	1.015.390

[1] Beinhaltet wertgeminderte Kredite von 10,1 Mrd € zum 31. Dezember 2013.
[2] Beinhaltet unwiderrufliche Kreditzusagen von 9,8 Mrd € zum 31. Dezember 2013 im Zusammenhang mit dem Konsumentenkreditengagement.
[3] Vorjahreswerte wurden um 10,5 Mrd € angepasst, um Fronting Commitments einzubeziehen, die irrtümlicherweise nicht in vorherigen Veröffentlichungen enthalten waren.
[4] Beinhaltet den Effekt von Aufrechnungen und erhaltenen Barsicherheiten, soweit anwendbar. Für Hedgeaccounting qualifizierte Derivate sind nicht enthalten.
[5] Vor Berücksichtigung von Sicherheiten und begrenzt auf Wertpapiere unter Rückkaufsvereinbarungen sowie Wertpapierleihen.

Die obige Tabelle gibt eine Übersicht über unser Kreditengagement nach Region, Zuordnungskriterium hierfür ist das Sitzland des Vertragspartners. Siehe dazu auch Abschnitt „Kreditengagements gegenüber ausgewählten Ländern der Eurozone“ in diesem Bericht für eine detaillierte Diskussion der „Sitzland-Perspektive“.

Die größten Kreditrisikokonzentrationen aus regionaler Sicht in Bezug auf Kredite bestanden in unserem Heimatmarkt Deutschland mit einem hohen Anteil privater Haushalte. Dieses Engagement macht einen Großteil unseres Immobilienfinanzierungsgeschäfts aus.

Bei außerbörslichen Derivaten, handelbaren Vermögenswerten und Wertpapierpensionsgeschäften bestanden aus regionaler Sicht die größten Konzentrationen in Westeuropa (ohne Deutschland) und Nordamerika mit einem hohen Anteil bei Banken und Versicherungen mit sehr guter Bonitätseinstufung. Aus Branchensicht haben Engagements aus außerbörslich gehandelten Derivaten, handelbaren Vermögenswerten sowie Wertpapierpensionsgeschäfte einen wesentlichen Anteil in Banken und Versicherungen mit einem sehr guten Rating. Für handelbare Vermögenswerte bestand auch ein großer Anteil an Kreditrisiko mit dem öffentlichen Sektor.

Unser Gesamtbestand an Krediten stieg zum 31. Dezember 2014 auf 411 Mrd € gegenüber 382 Mrd € zum 31. Dezember 2013 an. Dieser Anstieg war hauptsächlich in Nordamerika und Westeuropa (ohne Deutschland) mit Sonstigen, Haushalten und dem Verarbeitenden Gewerbe zu verzeichnen. Der Anstieg der Kredite in Luxemburg ist bedingt durch Änderungen in der Besicherung von Exchange Traded Funds in CB&S, wo Wertpapierpositionen durch vollständig besicherte Total Return Swaps ersetzt wurden. Der Rückgang bei den Wertpapierpensionsgeschäften (73 Mrd €) war vorherrschend im Sektor Banken und Versicherungen innerhalb von Westeuropa (ohne Deutschland) und Nordamerika, gekoppelt mit einem Anstieg der Unwiderruflichen Kreditzusagen (17 Mrd €) vor allem in Nordamerika. Das Kreditengagement gegenüber Russland reduzierte sich aufgrund einer erfolgreichen Risikoreduzierung um 1 Mrd € auf 5 Mrd € und hat den Fokus auf Unternehmen in strategisch wichtigen Branchen. Das Kreditengagement gegenüber der Ukraine war mit 370 Mio € relativ gering.

Kreditengagement gegenüber ausgewählten Ländern der Eurozone

Vor dem Hintergrund der Risikosituation in der Eurozone wird in nachstehenden Tabellen ein Überblick über ausgewählte Länder der Eurozone gegeben. Das erhöhte Risiko für die betroffenen Staaten wird von einer Reihe von Faktoren bestimmt, unter anderem hoher Staatsverschuldung und/oder Budgetdefiziten, eingeschränktem Zugang zu Kapitalmärkten, anstehenden Fälligkeiten, schwachen ökonomischen Rahmendaten beziehungsweise Aussichten (einschließlich niedrigen Wachstums des Bruttoinlandsprodukts, geringer Wettbewerbsfähigkeit, hoher Arbeitslosigkeit und politischer Unsicherheit). Die wirtschaftliche Situation hat sich zu einem gewissen Grade verbessert, mit Wachstumsaussichten und stabilisierten Verhältnissen in diesen Volkswirtschaften, der verbesserten Wettbewerbsfähigkeit und der Reduzierung des außenwirtschaftlichen Ungleichgewichts (zum Beispiel Defizite in der Leistungsbilanz). Dieser Anpassungsprozess wurde durch die OMT (Outright Monetary Transactions) der EZB und des ESM (European Stability Mechanism) unterstützt, indem eine glaubwürdige, aber nicht getestete Rückfalllinie zur Verfügung gestellt wurde und damit die Finanzierungskosten niedrig gehalten werden konnten. Obwohl eine kürzliche Meinung des Generalanwalts aussagt, dass das OMT-Programm nach Europäischen Recht gültig sein solle, wird nicht erwartet, dass der Gerichtshof der Europäischen Union eine finale Entscheidung vor dem Sommer 2015 erlassen wird. Das neu angekündigte Quantitative Easing-Programm wird ebenfalls dazu beitragen, die Finanzierungskosten in der Eurozone zu senken. Die Effektivität dieser Maßnahme wurde bewiesen durch die geringe Ansteckung anderer Anleihemärkte in der Eurozone trotz einer steigenden Unsicherheit bezüglich der Zukunft von Griechenland nach der Wahl von Syriza im Januar 2015.

Für die Darstellung unserer Engagements gegenüber ausgewählten Ländern der Eurozone verwenden wir zwei grundsätzliche Konzepte wie folgt:

— In unserer „Risikomanagement-Perspektive“ berücksichtigen wir das Sitzland der Konzernmutter und spiegeln die Kreditnehmereinheit wider. Darunter werden alle Kreditlinien an eine Gruppe von Kreditnehmern, die miteinander verbunden sind (zum Beispiel durch eine Einheit, die eine Mehrheit der Stimmrechte oder des Kapitals an einer anderen Einheit hält), unter einem Schuldner konsolidiert. Diese Gruppe von Kreditnehmern wird in der Regel dem Herkunftsland der jeweiligen Muttergesellschaft zugeordnet. Beispielsweise ist ein Darlehen an einen Geschäftspartner in Spanien ein spanisches Risiko aus Sicht des Sitzlandes der Gesellschaft, aber ein deutsches Risiko aus Risikomanagement-Perspektive, wenn die jeweilige Gegenpartei eine Muttergesellschaft mit Sitz in Deutschland hat, die nach dem oben genannten Prinzip mit einem Schuldner verbunden ist. Aufrechnungen im Derivategeschäft sowie Sicherungsgeschäfte und Kreditsicherheiten werden in der Risikomanagement-Perspektive berücksichtigt. Die Bewertung der Sicherheiten folgt denselben stringenten Methoden und Prinzipen wie an anderer Stelle aufgezeigt. Ergänzend ordnen wir aus Sicht des Risikomanagements das Engagement gegenüber Zweckgesellschaften dem Sitzland der zugrunde liegenden Vermögenswerte und nicht dem Sitzland der Zweckgesellschaft zu. Ähnliche Überlegungen gelten für strukturierte Produkte. Wenn beispielsweise ein strukturiertes Wertpapier von einer Zweckgesellschaft in Irland ausgegeben wird, wird es als ein irisches Risiko in der „Sitzland-Perspektive“ betrachtet, aber wenn die zugrunde liegenden Vermögenswerte, die das strukturierte Wert-

papier besichern, deutsche Hypothekendarlehen sind, wären die Engagements als deutsches Risiko in der Risikomanagement-Perspektive enthalten.

— In unserer „Sitzland-Perspektive“ aggregieren wir das Kreditrisikoengagement unabhängig von jeglichen Verbindungen zu anderen Kreditnehmern auf Basis des Sitzlandes des Kreditnehmers oder im Falle von Kreditabsicherungen (CDS) nach den zugrunde liegenden Vermögensgegenständen zu den entsprechenden Ländern der Eurozone. Aus diesem Grund beziehen wir auch Kunden mit ein, deren Muttergesellschaft außerhalb dieser Länder ansässig ist, sowie Engagements mit Zweckgesellschaften, deren zugrunde liegende Vermögensgegenstände ihr Sitzland außerhalb dieser Länder haben.

Zusammengefasstes Nettoengagement gegenüber ausgewählten Ländern der Eurozone – Risikomanagement-Perspektive

in Mio €	31.12.2014	31.12.2013
Griechenland	416	466
Irland	750	455
Italien	14.808	15.419
Portugal	1.002	708
Spanien	8.273	9.886
Insgesamt	**25.249**	26.935

Das Nettoengagement reduzierte sich gegenüber dem Jahresende 2013 um 1,7 Mrd € überwiegend durch Rückgänge in Spanien und Italien, überwiegend verursacht durch Reduzierungen gegenüber Staaten, was teilweise wieder aufgehoben wird durch Anstiege in gehandelten Kreditpositionen in Irland und Portugal.

Unser oben dargestelltes Engagement besteht hauptsächlich aus stark diversifizierten, risikoarmen Retail-Portfolios, Klein- und Mittelstandskunden in Italien und Spanien sowie stärkeren Unternehmen und diversifizierten Mittelstandskunden. Unser Engagement gegenüber Finanzinstituten ist vornehmlich auf größere Banken in Spanien und Italien ausgerichtet, die typischerweise besichert sind. Das Engagement gegenüber Staaten ist unserer Ansicht nach auf einem überschaubaren Niveau. Nicht beachet wurde dabei ein grundsätzliches Ansteckungsrisiko nach einem Griechenland Ausstieg aus dem Euro.

Die folgenden, auf der Sitzland-Perspektive basierenden Tabellen zeigen unsere Bruttoposition, die darin enthaltenen nicht gezogenen Kreditlinien (ausgewiesen als „nicht gezogen“-Position) und unser Nettoengagement gegenüber diesen Ländern der Eurozone. Die Bruttoposition reflektiert unser Nettoengagement vor Berücksichtigung gekaufter Besicherung durch Kreditderivate mit Referenz des zugrunde liegenden Vermögenswerts auf eines dieser Länder, erhaltenen Garantien und Sicherheiten. Sicherheiten werden insbesondere im Retail Portfolio gehalten, aber auch gegenüber Finanzinstituten – vorwiegend basierend auf Nachschussvereinbarungen für Derivate – und gegenüber Unternehmen. Zusätzlich reflektieren die Beträge auch die Wertberichtigungen für Kreditausfälle. In einigen Fällen ist die Möglichkeit der Geschäftspartner für Ziehungen unter den verfügbaren Fazilitäten durch die spezifischen Vertragsvereinbarungen eingeschränkt. Die Nettoengagements werden nach Berücksichtigung von gehaltenen Sicherheiten, erhaltenen Garantien und sonstigen Kreditrisikominderungen, inklusive der nominalen Nettoposition aus gekauften beziehungsweise verkauften Kreditderivaten, gezeigt. Die dargestellten Brutto- und Nettoforderungen an ausgewählte europäische Länder beinhalten keine Tranchen von Kreditderivaten und Kreditderivate in Bezug auf unser Korrelationsgeschäft, die konstruktionsbedingt kreditrisikoneutral sind. Die Tranchenstruktur sowie die Korrelationen dieser Positionen eignen sich außerdem nicht für eine disaggregierte Darstellung der Nominalwerte je Land, da zum Beispiel identische Nominalwerte unterschiedliche Risikostufen für verschiedene Tranchenebenen repräsentieren.

Bruttoposition, darin enthaltene nicht gezogene Kreditlinien und unser Nettoengagement gegenüber ausgewählten europäischen Ländern – Sitzland-Perspektive

	Staat		Finanzinstitutionen		Unternehmen		Retail		Sonstige		Insgesamt[1]	
in Mio €	31.12. 2014	31.12. 2013	31.12. 2014	31.12. 2013	31.12. 2014	31.12. 2013	31.12. 2014	31.12. 2013	31.12. 2014	31.12. 2013	31.12. 2014	31.12. 2013
Griechenland												
Brutto	100	52	716	605	1.176	1.338	8	9	34	0	2.033	2.004
nicht gezogen	0	0	20	18	72	101	3	3	0	0	95	122
Netto	89	52	107	23	134	214	3	3	34	0	367	291
Irland												
Brutto	553	765	1.100	721	8.282	6.177	40	48	2.350[2]	1.958[2]	12.325	9.669
nicht gezogen	0	0	48	6	2.257	1.680	1	1	476[2]	358[2]	2.783	2.045
Netto	−21	175	524	438	5.154	4.537	5	9	2.350[2]	1.951[2]	8.012	7.110
Italien												
Brutto	4.673	1.900	5.736	5.232	8.512	8.400	19.330	19.650	1.310	648	39.560	35.830
nicht gezogen	0	0	952	955	3.064	3.407	199	190	28	2	4.242	4.554
Netto	244	1.374	3.431	2.500	5.900	6.529	6.768	6.994	1.229	572	17.573	17.969
Portugal												
Brutto	−5	38	404	257	1.053	1.392	2.023	2.163	205	78	3.680	3.928
nicht gezogen	0	0	37	36	122	172	31	28	0	0	191	237
Netto	−76	25	357	221	504	849	221	282	205	78	1.210	1.456
Spanien												
Brutto	696	1.473	2.465	3.349	9.345	9.288	10.585	10.721	840	637	23.931	25.468
nicht gezogen	0	4	738	662	3.832	3.321	481	521	16	3	5.068	4.510
Netto	275	1.452	2.084	2.389	6.834	6.436	1.894	2.060	792	502	11.879	12.839
Brutto insgesamt	**6.018**	4.228	**10.421**	10.164	**28.368**	26.595	**31.986**	32.591	**4.738**	3.321	**81.530**	76.899
nicht gezogen	**0**	4	**1.795**	1.677	**9.348**	8.680	**715**	743	**520**	364	**12.378**	11.468
Netto insgesamt[3]	**511**	3.078	**6.504**	5.572	**18.526**	18.566	**8.892**	9.347	**4.609**	3.103	**39.041**	39.666

[1] Ungefähr 56 % des Gesamtengagements zum 31. Dezember 2014 werden innerhalb der nächsten fünf Jahre fällig.
[2] Sonstige Engagements gegenüber Irland enthalten Engagements an Kreditnehmer, bei denen der Sitz der Konzernmutter außerhalb Irlands liegt, sowie Engagements gegenüber Zweckgesellschaften, deren zugrunde liegende Vermögenswerte von Kreditnehmern in anderen Ländern stammen.
[3] Nettoposition insgesamt beinhaltet keine Bewertungsanpassungen für das Ausfallrisiko für Derivate in Höhe von 300 Mio € zum 31. Dezember 2014 und 136 Mio € zum 31. Dezember 2013.

Das Nettoengagement insgesamt gegenüber den ausgewählten europäischen Ländern reduzierte sich im Jahr 2014 um 625 Mio €. Der Rückgang war hauptsächlich auf sinkende Engagements gegenüber Italien und Spanien, im Wesentlichen in der Kategorie Staat, aber auch in Retail zurückzuführen, der teilweise durch höhere Engagements gegenüber Finanzinstitutionen, hauptsächlich in Italien, kompensiert wurde.

Aggregiertes Netto-Kreditrisikoengagement nach Finanzinstrumenten gegenüber Kunden mit Sitz in ausgewählten europäischen Staaten

	Zu fortgeführten Anschaffungskosten bewertete Vermögenswerte			Zum beizulegenden Zeitwert bewertete Vermögenswerte	Zum beizulegenden Zeitwert bewertete Finanzinstrumente		31.12.2014
in Mio €	Kredite vor Wertberichtigungen für Kreditausfälle	Kredite nach Wertberichtigungen für Kreditausfälle	Sonstige[1]	Zur Veräußerung verfügbare Vermögenswerte[2]	Derivate	Sonstige	Total[3]
Griechenland	201	182	92	0	85	28	387
Irland	2.101	2.068	2.707	481	843	1.728	7.827
Italien	10.785	9.775	3.791	672	4.071	3.085	21.393
Portugal	639	588	306	20	36	558	1.507
Spanien	5.622	4.983	3.642	231	510	2.015	11.381
Insgesamt	19.348	17.595	10.537	1.404	5.545	7.414	42.496

[1] Enthält überwiegend Eventualverbindlichkeiten und nicht in Anspruch genommene Kreditzusagen.
[2] Ohne Aktien und sonstige Kapitalbeteiligungen.
[3] Nach Wertberichtigungen für Kreditausfälle.

	Zu fortgeführten Anschaffungskosten bewertete Vermögenswerte			Zum beizulegenden Zeitwert bewertete Vermögenswerte	Zum beizulegenden Zeitwert bewertete Finanzinstrumente		31.12.2013
in Mio €	Kredite vor Wertberichtigungen für Kreditausfälle	Kredite nach Wertberichtigungen für Kreditausfälle	Sonstige[1]	Zur Veräußerung verfügbare Vermögenswerte[2]	Derivate	Sonstige	Total[3]
Griechenland	240	207	15	5	7	69	302
Irland	1.342	1.332	2.840	502	800	1.518	6.993
Italien	10.678	9.735	4.143	875	3.559	−176	18.136
Portugal	686	640	400	34	94	538	1.706
Spanien	6.214	5.460	3.386	1.015	510	1.483	11.853
Insgesamt	19.159	17.373	10.784	2.431	4.970	3.432	38.990

[1] Enthält überwiegend Eventualverbindlichkeiten und nicht in Anspruch genommene Kreditzusagen.
[2] Ohne Aktien und sonstige Kapitalbeteiligungen.
[3] Nach Wertberichtigungen für Kreditausfälle.

Die obigen Tabellen enthalten keine derivativen Kreditengagements, welche separat in der folgenden Tabelle dargestellt werden. Für unsere derivativen Kreditengagements in diesen Ländern der Eurozone zeigen wir Nominalwerte für gekaufte und verkaufte Sicherungsinstrumente als Bruttowerte und die resultierenden Nettonominalwerte sowie ihre beizulegenden Zeitwerte.

Engagement in Kreditderivaten mit Sitz der Referenzaktiva in ausgewählten europäischen Staaten

	Nominalbeträge			31.12.2014
in Mio €	Verkaufte Absicherungen	Gekaufte Absicherungen	Nettoposition verkaufter/gekaufter Absicherungen	Beizulegender Zeitwert netto
Griechenland	901	−921	−20	2
Irland	4.344	−4.158	186	4
Italien	41.433	−45.253	−3.821	156
Portugal	5.876	−6.173	−297	6
Spanien	18.061	−17.563	498	10
Insgesamt	70.614	−74.068	−3.454	177

	Nominalbeträge			31.12.2013
in Mio €	Verkaufte Absicherungen	Gekaufte Absicherungen	Nettoposition verkaufter/gekaufter Absicherungen	Beizulegender Zeitwert netto
Griechenland	1.260	−1.271	−11	−1
Irland	7.438	−7.321	117	0
Italien	60.203	−60.370	−167	100
Portugal	10.183	−10.432	−250	7
Spanien	28.452	−27.466	986	−4
Insgesamt	107.536	−106.860	675	101

In Einklang mit allgemeinen Marktusancen nutzen wir Kreditausfallversicherungen (CDS) als ein wichtiges Instrument zum Management von Kreditrisiken, um ungewünschte Konzentrationen im Kreditportfolio zu vermeiden. CDS-Verträge unterliegen der Standard ISDA-Dokumentation, welche Auslöseereignisse für den Versicherungsfall definiert, die dann Ausgleichszahlungen erfordern. Beispiele für diese Auslöseereignisse sind die Insolvenz des Referenzschuldners, die Unfähigkeit des Referenzschuldners, seinen vertraglichen Verpflichtungen nachzukommen (zum Beispiel Zins- oder Tilgungsleistungen), sowie Umschuldungen des Referenzschuldners. Für verkaufte Kreditausfallversicherungen kommen ebenfalls die vorgenannten Auslöseereignisse zur Anwendung. Unsere gekauften Kreditausfallversicherungen, die der Risikoabsicherung dienen, sind überwiegend von Kreditinstituten mit sehr guter Bonitätseinstufung ausgegeben und unterliegen entsprechenden Sicherheitsvereinbarungen. Während wir eindeutig auf die Nettorisikoposition nach Berücksichtigung von Absicherungen/Sicherheiten fokussieren, untersuchen wir gleichzeitig unsere Bruttopositionen vor Absicherungen durch CDS in dem Bewusstsein der potenziellen Gefahr, dass ein definiertes CDS-Auslöseereignis nicht so ausgelöst wird wie erwartet.

Die Engagements, die sich auf die oben genannten Länder beziehen, werden auf Basis des im Abschnitt „Kreditrisiko“ unseres Risikoberichts zum Kreditrisiko beschriebenen Prozesses gesteuert und überwacht. Dies schließt detaillierte Bonitätsbeurteilungen und eine fortlaufende Beobachtung der Kunden ein. Es ist ein Rahmenwerk für die Steuerung von Konzentrationsrisiken, wie in den Abschnitten zu Länder- und Branchenrisiken beschrieben, etabliert. Dieses Rahmenwerk wird ergänzt durch regelmäßige Managementberichte einschließlich gezielter Portfolioprüfungen für diese Länder und Initiativen zur Risikoreduzierung der Portfolios.

Für Kreditabsicherungszwecke bemühen wir uns, Laufzeitinkongruenzen zu vermeiden. Dies hängt jedoch von der Verfügbarkeit der erforderlichen Sicherungsinstrumente im Markt ab. Wenn Laufzeitinkongruenzen nicht vermieden werden können, werden diese Positionen eng überwacht. Wir berücksichtigen die Sensitivitäten des Sicherungsinstruments und des Basiswerts, um Laufzeitinkongruenzen zu neutralisieren.

Unser Regelwerk hat die Zielsetzung, dass wir auf Eurokrisenereignisse eine angemessene Vorbereitung mit risikoreduzierenden Maßnahmen und adäquaten Notfallplänen haben. Wir denken, dass es seine Effektivität bewiesen hat, als der Druck auf Zypern stärker wurde. Dabei hat eine enge Koordination zwischen den Bereichen Risiko, Recht, den Geschäftsbereichen und anderen Infrastrukturfunktionen sichergestellt, dass konsistente operationelle und strategische Reaktionen konzernweit gewährleistet sind.

Insgesamt haben wir das Kreditvolumen in den GIIPS-Ländern seit Beginn der Schuldenkrise gesteuert und sind der Überzeugung, dass wir gut aufgestellt sind angesichts ausgewählter und früh ausgeübter Maßnahmen zur Risikoreduzierung bei diesen Staaten und schwächeren Kunden.

Kreditengagement gegenüber ausgewählten europäischen Ländern

Die in der Tabelle dargestellten Beträge reflektieren die Netto-„Sitzland-Perspektive“ unserer Kreditengagements gegenüber staatlichen Kreditnehmern.

Kreditengagement gegenüber staatlichen Kreditnehmern ausgewählter europäischer Länder

	31.12.2014				31.12.2013			
in Mio €	Direktes Engagement gegenüber Staaten[1]	Nettonominalbetrag von auf Staaten referenzierten CDS	Nettokreditengagement gegenüber Staaten	Hinweis: Beizulegender Zeitwert von CDS auf das Engagement gegenüber Staaten (Nettoposition)[2]	Direktes Engagement gegenüber Staaten[1]	Nettonominalbetrag von auf Staaten referenzierten CDS	Nettokreditengagement gegenüber Staaten	Hinweis: Beizulegender Zeitwert von CDS auf das Engagement gegenüber Staaten (Nettoposition)[2]
Griechenland	100	−11	89	1	52	0	52	2
Irland	−26	4	−21	2	61	114	175	0
Italien	4.600	−4.356	244	133	1.861	−487	1.374	116
Portugal	−5	−71	−76	2	38	−12	25	4
Spanien	688	−413	275	1	1.193	259	1.452	−4
Insgesamt	**5.358**	**−4.848**	**511**	**139**	3.205	−126	3.078	118

[1] Beinhaltet Schuldverschreibungen klassifiziert als zum beizulegenden Zeitwert bewertete finanzielle Vermögenswerte/Verpflichtungen, als zur Veräußerung verfügbare finanzielle Vermögenswerte sowie Kredite zu fortgeführten Anschaffungskosten.
[2] Die Beträge reflektieren den beizulegenden Netto-Zeitwert (im Sinne des Kontrahentenrisikos) von Kreditabsicherungen, die sich auf staatliche Verbindlichkeiten des jeweiligen Landes beziehen.

Der Rückgang des Nettokreditengagement gegenüber Staaten im Vergleich zum Jahresende 2013 resultierte hauptsächlich aus Änderungen in den Handelsbeständen an Staatspapieren und Derivatepositionen. Das Nettokreditengagement gegenüber Italien reduzierte sich seit dem Jahresende 2013, wobei der Anstieg im direkten Engagement bei Staatspapieren, der durch einen Rückgang bei Short-Positionen verursacht wurde, durch höhere Netto-Hedge-Positionen, bedingt durch eine Verringerung verkaufter Absicherungen in Form von Kreditderivaten mehr als ausgeglichen wurde. Die Reduzierung des Kreditengagements gegenüber Spanien spiegelt hauptsächlich Änderungen im Handelsbestand an Staatspapieren wider. Der Anstieg des Kreditengagements gegenüber Griechenland ist hauptsächlich auf einen Anstieg in Derivatepositionen zurückzuführen.

Das oben abgebildete direkte Engagement gegenüber Staaten beinhaltet zum 31. Dezember 2014 Bilanzpositionen, die zu fortgeführten Anschaffungswerten bewertet werden, in von Höhe von 1,3 Mrd €. Hiervon betrugen die Anteile für staatliche Kredite gegenüber Italien 279 Mio € und gegenüber Spanien 580 Mio €.

In zum beizulegenden Zeitwert bewerteten finanziellen Vermögenswerten/Verpflichtungen enthaltene direkte Kreditengagements gegenüber staatlichen Kreditnehmern ausgewählter europäischer Länder

	31.12.2014			31.12.2013		
in Mio €	Beizulegender Zeitwert des Engagements gegenüber Staaten	Beizulegender Zeitwert von Derivaten gegenüber Staaten (Nettoposition)[1]	Beizulegender Zeitwert des Engagements gegenüber Staaten, insgesamt	Beizulegender Zeitwert des Engagements gegenüber Staaten	Beizulegender Zeitwert von Derivaten mit Staaten (Nettoposition)[1]	Beizulegender Zeitwert des Engagements gegenüber Staaten, insgesamt
Griechenland	20	80	100	52	0	52
Irland	−22	0	−22	67	1	69
Italien	385[2]	3.459	3.844	−1.959[2]	2.997	1.038
Portugal	−8	0	−8	−35	70	34
Spanien	66	20	86	543	22	565
Insgesamt	**441**	**3.559**	**4.000**	−1.332	3.090	1.757

[1] Beinhaltet die Effekte von Aufrechnungsrahmen- und Sicherheitenvereinbarungen.
[2] Die Kaufpositionen im Engagement gegenüber Italien bezogen sich hauptsächlich auf strukturierte Handelsgeschäfte mit zugehörigen Kreditderivaten.

In zur Veräußerung verfügbaren finanziellen Vermögenswerten enthaltene Kreditengagements gegenüber ausgewählten europäischen Ländern

	31.12.2014			31.12.2013		
in Mio €	Beizulegender Zeitwert des Engagements gegenüber Staaten	Ursprünglicher Bilanzwert	Im Gewinn nach Steuern berücksichtigte kumulierte Wertminderungsverluste (nach Steuern)	Beizulegender Zeitwert des Engagements gegenüber Staaten	Ursprünglicher Bilanzwert	Im Gewinn nach Steuern berücksichtigte kumulierte Wertminderungsverluste (nach Steuern)
Griechenland	0	0	0	0	0	0
Irland	0	0	0	0	0	0
Italien	77	81	0	97	101	0
Portugal	4	4	0	3	3	0
Spanien	0	0	0	0	0	0
Insgesamt	**81**	**85**	**0**	101	105	0

Ausleihebezogenes Kreditrisikoengagement

Unser Kreditgeschäft unterliegt Kreditrisikomanagementprozessen, sowohl bezogen auf die Kreditvergabe als auch auf die laufende Kreditüberwachung. Ein Überblick über diese Prozesse wird im vorhergehenden Abschnitt „Kreditrisiko“ gegeben.

Kategorien unseres Kreditbuchs mit Unterscheidung in Segmente mit niedrigem, mittlerem und höherem Risiko

	31.12.2014		31.12.2013[1]	
in Mio €	Insgesamt	davon: Non-Core	Insgesamt	davon: Non-Core
Segment niedrige Risiken:				
PBC-Immobilienfinanzierungen	157.099	6.637	154.444	7.372
Investment-Grade/Postbank-Non-Retail	30.604	465	30.751	1.077
GTB	77.334	0	72.868	0
Deutsche AWM	39.298	622	33.147	934
PBC-Kleinbetrieb	17.640	140	16.601	280
Staatsbesicherte Transaktionen/strukturierte Transaktionen[2]	40	0	33	0
Corporate Investments	33	33	28	28
Zwischensumme Segment niedrigere Risiken	**322.048**	**7.897**	307.871	9.690
Segment moderate Risiken:				
PBC-Konsumentenfinanzierungen	20.188	412	20.204	796
Asset Finance (Deutsche Bank-gesponserte Conduits)	13.961	2.648	12.728	2.832
Besicherte gehedgte strukturierte Transaktionen	21.394	3.422	11.470	3.328
Finanzierung von Pipeline Assets[3]	0	0	375	22
Zwischensumme Segment moderate Risiken	**55.543**	**6.482**	44.778	6.977
Segment höhere Risiken:				
Gewerbliche Immobilienfinanzierungen[4]	17.406	1.010	15.832	3.410
Leveraged Finance[5]	4.877	229	4.707	633
Sonstige[6]	10.951	2.432	8.983	2.504
Zwischensumme Segment höhere Risiken	**33.234**	**3.670**	29.522	6.548
Kreditbuch insgesamt	**410.825**	**18.049**	382.171	23.215

[1] Die Betragszuordnung für die Unternehmensbereiche wurde nicht an die Struktur zum 31. Dezember 2014 angepasst, da dies unverhältnismäßigen Aufwand erfordern würde.
[2] Kredite wurden überwiegend im März 2013 abgebaut.
[3] Davon Finanzierung für verkaufte Kredite in Leveraged Finance in Höhe von 0 Mio € und in Commercial Real Estate in Höhe von 0 Mio € zum 31. Dezember 2014 (353 Mio € und 22 Mio € zum 31. Dezember 2013).
[4] Beinhaltet Kredite von CMBS-Verbriefungen. Gewerbliche Immobilienaktivitäten werden gemäß dem Unternehmensbereich, in dem das Geschäft gemacht wird, klassifiziert. Dies geschieht unabhängig von der Industrie, in der der Vertragspartner operiert. Die Industrie mit dem größten Anteil ist „Commercial real estate activities“ (13,9 Mrd € zum 31. Dezember 2014).
[5] Beinhaltet Kredite, die von CPSG überwacht werden.
[6] Beinhaltet andere kleinere Kredite vorwiegend in unserem Unternehmensbereich CB&S.

Unsere mit besicherten strukturierten Transaktionen in Zusammenhang stehende Kreditrisikoposition erhöhte sich zum 31. Dezember 2014 im Vergleich zum Vorjahr um 10 Mrd €. Dieser Anstieg ist im Wesentlich verursacht durch das Ersetzen von Wertpapierpositionen durch vollständig besicherte Total Return Swaps.

Der Hauptteil unseres Kreditvolumens mit niedrigem Kreditrisiko steht im Zusammenhang mit unserem PBC-Privatkundengeschäft. Zum 31. Dezember 2014 waren 78 % unserer Kredite im Segment mit niedrigerem Kreditrisiko.

Unser Segment mit höherem Risiko beinhaltet hauptsächlich gewerbliche Immobilienfinanzierungen, die zum 31. Dezember 2014 im Vergleich zum Vorjahr einen Anstieg in Höhe von 1,6 Mrd € verzeichnen. Unser Kreditrisikomanagement-Ansatz legt großes Augenmerk besonders auf die Portfolios, die aus unserer Sicht höhere Risiken beinhalten. Wir haben für diese Portfolios spezielle Portfoliostrategien und eine sorgfältige Kreditüberwachung etabliert.

Wertgeminderte Kredite und die entsprechenden Wertberichtigungen für Kreditausfälle in unserer höheren Kreditrisikokategorie

	31.12.2014				31.12.2013			
	Insgesamt		davon: Non-Core		Insgesamt		davon: Non-Core	
in Mio €	Wertgeminderte Kredite	Wertberichtigungen für Kreditausfälle	Wertgeminderte Kredite	Wertberichtigungen für Kreditausfälle	Wertgeminderte Kredite	Wertberichtigungen für Kreditausfälle	Wertgeminderte Kredite	Wertberichtigungen für Kreditausfälle
Gewerbliche Immobilienfinanzierungen	775	321	486	181	1.592	698	1.109	443
Leveraged Finance	48	69	43	29	119	116	0	1
Sonstige	355	188	351	158	403	136	372	127
Insgesamt	**1.178**	**578**	**880**	**368**	2.114	951	1.481	570

Sowohl das Volumen der wertgeminderten Kredite als auch die Wertberichtigungen für Kreditausfälle sind im Jahr 2014 deutlich um 44 % beziehungsweise 39 % zurückgegangen. Dies war auf Volumenreduktionen und den daraus folgenden Abschreibungen bestehender Wertberichtigungen durch Forderungsverkäufe sowie Konsolidierung von Kreditnehmern nach IFRS 10 im Bereich gewerblicher Immobilienkredite innerhalb unserer NCOU zurückzuführen.

Klassifizierung des Kreditrisikoengagements

Wir teilen unser Kreditrisikoengagement zudem in zwei Gruppen auf: das Firmenkreditengagement und das Konsumentenkreditengagement.

— Unser Konsumentenkreditengagement besteht aus kleineren standardisierten homogenen Krediten, insbesondere in Deutschland, Italien und Spanien. Es umfasst Privatkredite, Immobilienfinanzierungen für Wohnungsbau und Gewerbe sowie Kreditlinien und Ratenkredite an Selbstständige und Kleingewerbetreibende aus unserem Privatkunden- und Retailgeschäft.
— Unser Firmenkreditengagement setzt sich aus allen Engagements zusammen, die nicht als Konsumentenkreditengagements definiert werden.

Firmenkreditengagement

Die folgenden Tabellen zeigen unser Firmenkreditengagement nach Produktarten und unseren internen Bonitätsklassen. Für weitere Details bezüglich interner Bonitätseinstufungen verweisen wir auf die Abschnitte „Kreditrisikoeinstufung“ und „Genehmigung der Bonitätseinstufungsverfahren“.

Wesentliche Kategorien des Firmenkreditengagements, gegliedert nach unseren internen Bonitätsklassen unserer Geschäftspartner – brutto

in Mio €
(sofern nicht anders angegeben) 31.12.2014

Bewertungseinstufung	Ausfall-wahrschein-lichkeit in %[1]	Kredite[2]	Unwider-rufliche Kreditzusagen[3]	Eventual-verbindlich-keiten	Außer-börslich gehandelte Derivate[4]	Zur Veräußerung verfügbare festverzinsliche Wertpapiere	Insgesamt
iAAA–iAA	0,00–0,04	46.493	22.938	6.281	23.068	50.808	149.589
iA	0,04–0,11	44.799	39.336	17.696	9.469	3.371	114.670
iBBB	0,11-0,5	54.167	40.145	20.190	7.810	1.746	124.057
iBB	0,5–2,27	50.183	31.492	11.640	3.926	3.140	100.380
iB	2,27–10,22	19.359	18.924	4.929	2.253	17	45.482
iCCC und schlechter	10,22–100	9.417	1.612	1.352	552	50	12.983
Insgesamt		224.418	154.446	62.087	47.078	59.132	547.161

1 Ausfallwahrscheinlichkeit auf Zwölfmonatsbasis.
2 Beinhaltet vor allem in der Kategorie „iCCC und schlechter“ wertgeminderte Kredite in Höhe von 5,6 Mrd € zum 31. Dezember 2014.
3 Beinhaltet unwiderrufliche Kreditzusagen in Höhe von 9,4 Mrd € zum 31. Dezember 2014 im Zusammenhang mit dem Konsumentenkreditengagement.
4 Beinhaltet den Effekt von Aufrechnungsverträgen und erhaltenen Barsicherheiten, soweit anwendbar.

in Mio €
(sofern nicht anders angegeben) 31.12.2013

Bewertungseinstufung	Ausfall-wahrschein-lichkeit in %[1]	Kredite[2]	Unwider-rufliche Kreditzusagen[3,4]	Eventual-verbindlich-keiten	Außer-börslich gehandelte Derivate[5]	Zur Veräußerung verfügbare festverzinsliche Wertpapiere	Insgesamt
iAAA–iAA	0,00–0,04	33.213	19.794	8.318	19.222	35.699	116.246
iA	0,04–0,11	43.193	32.452	19.285	11.934	5.332	112.197
iBBB	0,11-0,5	50.441	39.216	20.234	6.700	1.764	118.354
iBB	0,5–2,27	43.529	28.523	11.604	4.775	920	89.351
iB	2,27–10,22	16.173	15.857	4.382	1.711	443	38.566
iCCC und schlechter	10,22–100	11.076	1.360	1.807	374	85	14.702
Insgesamt		197.625	137.202	65.630	44.716	44.242	489.416

1 Ausfallwahrscheinlichkeit auf Zwölfmonatsbasis.
2 Beinhaltet vor allem in der Kategorie „iCCC und schlechter“ wertgeminderte Kredite in Höhe von 5,9 Mrd € zum 31. Dezember 2013.
3 Beinhaltet unwiderrufliche Kreditzusagen in Höhe von 9,8 Mrd € zum 31. Dezember 2013 im Zusammenhang mit dem Konsumentenkreditengagement.
4 Die Vorjahreswerte wurden um 10,5 Mrd € angepasst um Fronting Commitments einzubeziehen, die irrtümlicherweise nicht in vorherigen Veröffentlichungen enthalten waren.
5 Beinhaltet den Effekt von Aufrechnungsverträgen und erhaltenen Barsicherheiten, soweit anwendbar.

Die obige Tabelle zeigt einen generellen Anstieg unseres Brutto-Firmenkreditengagements von 57,7 Mrd € oder 11,8 % in 2014. Der Anstieg aus Krediten von 26,8 Mrd € ist im Wesentlichen auf die Wachstumsstrategie der Bank in Asien und Nordamerika zurückzuführen. Dies beinhaltet eine signifikante Erhöhung in der stärksten Bonitätsklasse um 13,3 Mrd €, welche sich größtenteils aus Änderungen bei der Strukturierung von Sicherheiten im ETF Geschäft bei CB&S ergibt. Zur Veräußerung verfügbare festverzinsliche Wertpapiere sind im Vergleich zum 31. Dezember 2013 um 14,9 Mrd € angestiegen, vorwiegend handelt es sich hierbei um einen 12 Mrd € Anstieg in hochliquiden Wertpapieren, welche in der strategischen Liquiditätsreserve der Gruppe gehalten werden. Diese Anstiege sind das Ergebnis der fortlaufenden Optimierung unserer Liquiditätsreserven. Die Erhöhung in zur Veräußerung verfügbaren festverzinslichen Wertpapieren ergibt sich nahezu ausschließlich aus Produkten der höchsten Bonitätsklasse. Die Qualität des Firmenkreditengagements vor Kreditrisikominderung ist im Vergleich zum 31. Dezember 2013 stabil bei einem Anteil der Engagements mit „Investment-Grade“ Bewertung von 71 %.

Wir nutzen, wie oben beschrieben, Techniken zur Kreditrisikominderung, um unser Firmenkreditengagement zu optimieren und um unsere potenziellen Kreditverluste zu reduzieren. Die folgenden Tabellen zeigen unser Firmenkreditengagement nach Berücksichtigung von Sicherheiten, Garantien und Sicherungsgeschäften.

Wesentliche Kategorien des Firmenkreditengagements, gegliedert nach unseren internen Bonitätsklassen unserer Geschäftspartner – netto

in Mio €
(sofern nicht anders angegeben) — 31.12.2014[1]

Bewertungseinstufung	Ausfall-wahrschein-lichkeit in %[2]	Kredite	Unwider-rufliche Kredit-zusagen	Eventual-verbindlich-keiten	Außer-börslich gehandelte Derivate	Zur Veräußerung verfügbare festverzinsliche Wertpapiere	Insgesamt
iAAA–iAA	0,00–0,04	33.582	19.407	4.282	15.843	50.808	123.922
iA	0,04–0,11	29.585	36.137	15.268	3.957	3.370	88.318
iBBB	0,11-0,5	28.354	35.807	16.377	6.487	1.746	88.771
iBB	0,5–2,27	24.635	29.634	7.274	2.746	3.140	67.428
iB	2,27–10,22	8.582	17.514	2.865	2.164	17	31.143
iCCC und schlechter	10,22–100	4.308	1.451	556	552	50	6.917
Insgesamt		129.046	139.950	46.622	31.748	59.131	406.498

[1] Nach Berücksichtigung von Sicherheiten, Garantien und Sicherungsgeschäften gemäß IFRS Anforderungen.
[2] Ausfallwahrscheinlichkeit auf 12 Monatsbasis.

in Mio €
(sofern nicht anders angegeben) — 31.12.2013[1]

Bewertungseinstufung	Ausfall-wahrschein-lichkeit in %[2]	Kredite	Unwider-rufliche Kredit-zusagen[3]	Eventual-verbindlich-keiten	Außer-börslich gehandelte Derivate	Zur Veräußerung verfügbare festverzinsliche Wertpapiere	Insgesamt
iAAA–iAA	0,00–0,04	21.474	16.606	5.589	15.901	35.669	95.238
iA	0,04–0,11	28.001	27.946	15.893	8.183	5.332	85.355
iBBB	0,11-0,5	24.302	33.157	15.410	5.878	1.744	80.491
iBB	0,5–2,27	20.835	24.330	6.814	3.694	912	56.584
iB	2,27–10,22	6.257	14.313	2.535	1.536	443	25.084
iCCC und schlechter	10,22–100	4.947	1.160	781	362	25	7.274
Insgesamt		105.815	117.511	47.022	35.554	44.125	350.027

[1] Nach Berücksichtigung von Sicherheiten, Garantien und Sicherungsgeschäften gemäß IFRS-Anforderungen.
[2] Ausfallwahrscheinlichkeit auf 12 Monatsbasis.
[3] Die Vorjahreswerte wurden um 10,5 Mrd € angepasst, um Fronting Commitments einzubeziehen, die irrtümlicherweise nicht in vorherigen Veröffentlichungen enthalten waren.

Das Firmenkreditengagement nach Berücksichtigung von Sicherheiten betrug 406,5 Mrd € zum 31. Dezember 2014, was einer Risikominderung von 26 % oder 140,7 Mrd € im Vergleich zum Brutto Firmenkreditengagement entspricht. Dies beinhaltet eine noch signifikantere Reduzierung von 42 % der Kredite, die wiederum eine Reduzierung um 54 % für die niedriger bewerteten „Sub-Investment-Grade“ bewerteten Kredite und 37 % für die höher bewerteten „Investment-Grade“ Kredite beinhalten. Die Risikominderung in der schwächsten Bonitätsklasse war 47 % und somit signifikant höher als in der stärksten Bonitätsklasse mit 17 %.

Die Risikominderung von 140,7 Mrd € setzt sich zu 31 % aus Garantien und Sicherungsgeschäften und zu 69 % aus sonstigen Sicherheiten zusammen.

Risikomindernde Maßnahmen für das Firmenkreditengagement durch die CPSG Group

Unsere Credit Portfolio Strategies Group („CPSG“) hilft, unser Risiko aus Firmenkrediten zu verringern. Der Nominalbetrag der Aktivitäten der CPSG zur Risikoreduzierung stieg um 13 % von 33,8 Mrd € am 31. Dezember 2013 auf 38,2 Mrd € am 31. Dezember 2014. Dies ist primär ein Resultat des Anstiegs der Nominalbeträge der zu besichernden Kredite sowie eines Anstiegs der risikoreduzierenden Maßnahmen zum Steuern der Marktrisiken.

Zum Jahresende 2014 hatte die CPSG Kreditderivate mit einem zugrunde liegenden Nominalbetrag von 6,8 Mrd € im Bestand. Zum 31. Dezember 2013 betrug diese Position 10,4 Mrd €. Die im Rahmen unserer Portfoliomanagementaktivitäten verwendeten Kreditderivate werden zum beizulegenden Zeitwert bewertet.

Zudem hat die CPSG zum 31. Dezember 2014 das Kreditrisiko von Krediten und ausleihebezogenen Zusagen in Höhe von 31,4 Mrd € durch synthetisch besicherte Kreditverbriefungen abgesichert, die vorwiegend mit Finanzgarantien und in geringem Maße auch mit Kreditderivaten unterlegt sind, bei denen die Erstverlustpositionen verkauft wurden. Zum 31. Dezember 2013 betrug diese Position 23,4 Mrd €.

Unter Ausübung des bestehenden Wahlrechts nutzt die CPSG die Fair Value Option gemäß IAS 39 für die Bewertung von Krediten und Kreditzusagen zum beizulegenden Zeitwert, sofern die Kriterien dieses Wahlrechts erfüllt werden. Im Jahresverlauf reduzierte sich das Nominalvolumen der zum beizulegenden Zeitwert ausgewiesenen Kredite und Kreditzusagen der CPSG auf 14,1 Mrd € zum 31. Dezember 2014 (31. Dezember 2013: 25,5 Mrd €). Durch die Bewertung von Krediten und Kreditzusagen zum beizulegenden Zeitwert hat die CPSG die Volatilität der Gewinne und Verluste aus der Inkonsistenz beim Bewertungsansatz erheblich reduziert. Diese war entstanden, als derivative Sicherungsgeschäfte bereits zum beizulegenden Zeitwert, Kredite und Kreditzusagen jedoch noch zu ursprünglichen Anschaffungskosten bewertet wurden.

Konsumentenkreditengagement

Mit unserem Konsumentenkreditengagement überwachen wir den Anteil der Kredite, die 90 Tage oder mehr überfällig sind, und die auf Jahresbasis berechneten Nettokreditkosten nach Eingängen auf abgeschriebene Forderungen.

Konsumentenkreditengagement, Überfälligkeitsquoten und Nettokreditkosten

	Gesamtengagement in Mio €		90 Tage oder mehr überfällig in %[1]		Nettokreditkosten in % des Gesamtengagements	
	31.12.2014	31.12.2013	31.12.2014	31.12.2013	31.12.2014	31.12.2013
Konsumentenkreditengagement Deutschland	147.647	145.929	1,15	1,23	0,22	0,23
Konsumenten- und Kleinbetriebsfinanzierungen	19.980	20.778	3,93	3,81	1,09	1,04
Immobilienfinanzierungen	127.667	125.151	0,71	0,81	0,08	0,10
Konsumentenkreditengagement außerhalb Deutschlands	38.761	38.616	5,35	5,38	0,69	0,76
Konsumenten- und Kleinbetriebsfinanzierungen	11.913	12.307	11,19	11,34	1,64	1,75
Immobilienfinanzierungen	26.848	26.309	2,76	2,60	0,26	0,29
Konsumentenkreditengagement insgesamt[2]	**186.408**	184.545	**2,02**	2,10	**0,32**	0,34

[1] Rückwirkend zum 31. Dezember 2013 wurde das Volumen der 90 Tage und mehr rückständigen Kredite des Konsumentenkreditengagements der Postbank in Deutschland um 626 Mio € bereinigt (oder 0,43 % des Konsumentenkreditengagements insgesamt in Deutschland), die irrtümlicherweise nicht in vorherigen Veröffentlichungen enthalten waren.
[2] Beinhaltet wertgeminderte Kredite von 4,4 Mrd € zum 31. Dezember 2014 und 4,2 Mrd € zum 31. Dezember 2013.

Zum 31. Dezember 2014 ist unser Konsumentenkreditengagement gegenüber dem Jahresende 2013 um 1,9 Mrd € (1,0 %) gestiegen, hauptsächlich bedingt durch den Anstieg der Baufinanzierungen um 2,5 Mrd € in Deutschland, teilweise kompensiert durch einen Rückgang bei den Konsumenten- und Kleinbetriebsfinanzierungen. Der Rückgang der Konsumenten- und Kleinbetriebsfinanzierungen ergibt sich aus dem Verkauf von bei der Postbank geführten angekauften Forderungen. Außerhalb Deutschlands ist das Konsumentenkreditvolumen in Indien um 298 Mio € und in Polen um 209 Mio € gestiegen. Das Volumen in Portugal sank um 186 Mio €.

Die Quote der 90 Tage oder mehr überfälligen Kredite im gesamten Konsumentenkreditengagement sank von 2,10 % per Jahresende 2013 auf 2,02 % zum Jahresende 2014. Der Anstieg der Quote der in 90 Tage oder mehr überfälligen Kredite im Bereich Konsumenten- und Kleinbetriebsfinanzierungen in Deutschland basiert auf der oben erwähnten Reduzierung des Gesamtvolumens im Portfolio des Postbank, das durch die Verbesserung bei Immobilienfinanzierungen in Deutschland überkompensiert wurde. Die Quote der in 90 Tage oder mehr überfälligen Kredite im Bereich der Konsumenten- und Kleinbetriebsfinanzierungen außerhalb von Deutschland profitierte von einem Verkauf von leistungsgestörten Kredite in Italien im dritten Quartal, während der Anstieg der Quote bei Immobilien-Finanzierungen außerhalb Deutschlands auf überfällige Engagements bei der Postbank in Italien zurückzuführen ist.

Die Nettokreditkosten als Prozentsatz des Gesamtengagements gingen von 0,34 % per Jahresende 2013 auf 0,32 % zum Jahresende 2014 zurück. Der leichte Anstieg der Nettokreditkosten als Prozentsatz des Gesamtengagements in Deutschland bei den Konsumenten- und Kleinbetriebsfinanzierungen in Deutschland gegenüber dem Vorjahr basiert auf einen höheren positiven Effekt durch Verkäufe von leistungsgestörten Krediten in 2013, der jedoch durch die günstigen Rahmenbedingungen im Immobilienbereich in Deutschland überkompensiert wurde. Der Rückgang der Nettokreditkosten als Prozentsatz des Gesamtengagements außerhalb von Deutschland im Vergleich zum Vorjahr ist durch den vorgenannten Verkauf von leistungsgestörten Krediten in Italien im dritten Quartal 2014 begründet.

Konsumenten-Immobilienfinanzierungsengagement, gruppiert nach Beleihungsauslaufklassen[1]

	31.12.2014	31.12.2013
≤ 50 %	68 %	69 %
> 50 ≤ 70 %	16 %	16 %
> 70 ≤ 90 %	9 %	9 %
> 90 ≤ 100 %	2 %	2 %
> 100 ≤ 110 %	1 %	1 %
> 110 ≤ 130 %	1 %	1 %
> 130 %	1 %	1 %

[1] Der Ausweis des Gesamtengagements in den Beleihungsauslaufklassen erfolgt durch den relativen Anteil des Gesamtengagements an dem Immobilienwert, der der Kalkulation zugrunde liegt.

Der Beleihungsauslauf setzt das Gesamtengagement in Prozent zum Wert einer Immobilie.

Unser Beleihungsauslauf wird berechnet, indem das Gesamtengagement durch den aktuellen Immobilienwert der zugrunde liegenden Immobiliensicherheit geteilt wird. Diese Immobilienwerte werden regelmäßig aktualisiert. Das Gesamtengagement von Transaktionen, welche zusätzlich durch liquide Sicherheiten besichert werden, wird um den jeweiligen Sicherheitenwert dieser liquiden Sicherheiten reduziert, wohingegen vorrangige Verbindlichkeiten das Gesamtengagement erhöhen. Der berechnete Beleihungsauslauf von Immobilienfinanzierungen beinhaltet lediglich durch Immobilien besicherte Gesamtengagements. Immobilienfinanzierungen, welche ausschließlich durch andere Arten von Sicherheiten besichert sind, fließen nicht in die Kalkulation ein.

Die Kreditwürdigkeit des Kreditnehmers, der Beleihungsauslauf und die Qualität der Sicherheiten sind integrale Bestandteile unseres Risikomanagements bei der Kreditvergabe, deren Überwachung sowie bei der Steuerung unseres Kreditrisikos. In der Regel akzeptieren wir höhere Beleihungsausläufe, je besser die Kreditwürdigkeit des Kreditnehmers ist. Dennoch gibt es Restriktionen für Beleihungsausläufe in Ländern mit einem negativen Konjunkturausblick oder erwarteten Rückgängen von Immobilienwerten.

Zum 31. Dezember 2014 verzeichneten wir für 68 % des Gesamtengagements an Immobilienfinanzierungen einen Beleihungsauslauf kleiner oder gleich 50 %.

Kreditrisikoengagement aus Derivaten

Transaktionen mit börsengehandelten Derivaten (beispielsweise Futures und Optionen) werden regelmäßig über eine zentrale Gegenpartei abgewickelt, deren Richtlinien und Vorschriften tägliche Sicherheitennachschüsse für alle aktuellen und künftigen Risikopositionen vorsehen, welche sich aus diesen Transaktionen ergeben. Wir nehmen auch bei Transaktionen mit außerbörslich gehandelten Derivaten so weit wie möglich die Abwicklungsleistungen einer zentralen Gegenpartei (außerbörsliche Abwicklung) in Anspruch. Dabei profitieren wir von der durch das Abwicklungssystem der zentralen Gegenpartei erzielten Kreditrisikominderung.

Seit 2013 muss nach Maßgabe des Dodd-Frank Wall Street Reform and Consumer Protection Act („DFA“) ein Clearing für außerbörslich gehandelte Derivate für bestimmte standardisierte außerbörslich gehandelte Derivatetransaktionen durchgeführt werden. Das Clearing für außerbörslich gehandelte Derivate für Einschussanforderungen bei außerbörslich gehandelten Derivatetransaktionen, die keinem zentralen Clearing unterzogen wurden, wird voraussichtlich ab Dezember 2015 eingeführt. Die EU-Verordnung Nr. 648/2012 über außerbörslich gehandelte Derivate, zentrale Gegenparteien und Transaktionsregister („EMIR“) führte im Jahr

2013 eine Reihe von Techniken zur Risikominderung bei außerbörslich gehandelten Derivatetransaktionen, die keinem zentralen Clearing unterliegen, sowie im Jahr 2014 die Berichterstattung über außerbörslich gehandelte und börsengehandelte Derivate ein. Das zentrale Clearing für bestimmte standardisierte außerbörslich gehandelte Derivatetransaktionen wird voraussichtlich mit dem Beginn der zweiten Jahreshälfte 2015 bindend sein. Darüber hinaus werden stufenweise ab Dezember 2015 Einschussanforderungen für außerbörslich gehandelte Derivategeschäfte, die keinem zentralen Clearing unterzogen wurden, verpflichtend.

Nominalbeträge und Bruttomarktwerte von Derivatekontrakten

31.12.2014	Nominalbetrag nach Laufzeiten						
in Mio €	Bis 1 Jahr	> 1 Jahr ≤ 5 Jahre	Über 5 Jahre	Insgesamt	Positiver Marktwert	Negativer Marktwert	Netto-marktwert
Zinsbezogen:							
Außerbörslich	16.193.068	13.319.460	8.081.916	37.594.443	439.519	413.696	25.823
Börsengehandelt	3.253.648	841.043	714	4.095.406	152	152	−1
Zinsbezogen insgesamt	19.446.716	14.160.503	8.082.630	41.689.849	439.671	413.849	25.822
Währungsbezogen:							
Außerbörslich	4.783.759	1.307.251	609.549	6.700.559	130.775	134.567	−3.792
Börsengehandelt	12.428	103	0	12.531	55	106	−51
Währungsbezogen insgesamt	4.796.187	1.307.354	609.549	6.713.090	130.829	134.673	−3.844
Aktien-/indexbezogen:							
Außerbörslich	1.203.958	203.328	35.678	1.442.964	27.404	31.949	−4.545
Börsengehandelt	499.899	71.213	4.240	575.353	7.406	7.230	176
Aktien-/indexbezogen insgesamt	1.703.857	274.542	39.919	2.018.317	34.810	39.179	−4.369
Kreditderivate	337.245	935.967	119.549	1.392.760	25.370	23.074	2.296
Rohwarenbezogen:							
Außerbörslich	13.708	2.549	7.115	23.371	2.030	1.804	226
Börsengehandelt	89.656	22.218	66	111.939	605	697	−92
Rohwarenbezogen insgesamt	103.364	24.766	7.181	135.311	2.635	2.501	134
Sonstige:							
Außerbörslich	34.340	8.945	0	43.285	1.017	1.929	−912
Börsengehandelt	9.186	1.037	0	10.223	28	60	−32
Sonstige insgesamt	43.526	9.982	0	53.509	1.045	1.989	−944
Außerbörslich insgesamt	22.566.078	15.777.500	8.853.806	47.197.384	626.115	607.019	19.096
Börsengehandelt insgesamt	3.864.818	935.614	5.021	4.805.453	8.246	8.246	0
Insgesamt	26.430.896	16.713.114	8.858.826	52.002.836	634.361	615.265	19.096
Positive Marktwerte nach Aufrechnungsvereinbarungen und erhaltenen Barsicherheiten					49.416		

31.12.2013	Nominalbetrag nach Laufzeiten						
in Mio €	Bis 1 Jahr	> 1 Jahr ≤ 5 Jahre	Über 5 Jahre	Insgesamt	Positiver Marktwert	Negativer Marktwert[1]	Netto-marktwert[1]
Zinsbezogen:							
Außerbörslich	13.773.939	16.401.710	10.438.348	40.613.997	333.660	305.152	28.508
Börsengehandelt	2.770.393	1.568.462	8.838	4.347.694	387	379	8
Zinsbezogen insgesamt	16.544.331	17.970.173	10.447.186	44.961.690	334.047	305.531	28.517
Währungsbezogen:							
Außerbörslich	4.000.994	1.433.173	628.773	6.062.940	96.805	99.182	−2.376
Börsengehandelt	27.390	350	0	27.739	42	60	−18
Währungsbezogen insgesamt	4.028.383	1.433.523	628.773	6.090.679	96.848	99.242	−2.394
Aktien-/indexbezogen:							
Außerbörslich	300.884	237.554	69.688	608.126	26.462	30.534	−4.072
Börsengehandelt	443.280	69.573	3.009	515.862	8.435	5.812	2.623
Aktien-/indexbezogen insgesamt	744.164	307.127	72.697	1.123.988	34.897	36.346	−1.449
Kreditderivate	363.890	1.599.773	148.388	2.112.051	33.461	32.727	735
Rohwarenbezogen:							
Außerbörslich	39.179	48.227	5.016	92.422	5.615	6.262	−647
Börsengehandelt	149.053	73.469	1.067	223.589	1.993	1.712	280
Rohwarenbezogen insgesamt	188.233	121.696	6.083	316.012	7.607	7.974	−367
Sonstige:							
Außerbörslich	24.935	12.571	35	37.541	1.727	2.183	−455
Börsengehandelt	8.896	1.226	0	10.122	14	42	−28
Sonstige insgesamt	33.831	13.797	35	47.663	1.741	2.225	−484
Außerbörslich insgesamt	18.503.821	19.733.008	11.290.248	49.527.077	497.730	476.038	21.692
Börsengehandelt insgesamt	3.399.012	1.713.080	12.914	5.125.006	10.871	8.006	2.866
Insgesamt	21.902.833	21.446.088	11.303.162	54.652.083	508.602	484.044	24.557
Positive Marktwerte nach Aufrechnungsvereinbarungen und erhaltenen Barsicherheiten					50.504		

[1] In 2014 wurden die Vorjahresbeträge in Höhe von insgesamt 3,0 Mrd € angepasst, die irrtümlicherweise in vorherigen Veröffentlichungen enthalten waren.

Die nachfolgende Tabelle gibt eine Aufgliederung der Nominalbeträge der Vermögenswerte und Verpflichtungen aus außerbörslich gehandelten Derivaten auf der Grundlage von Clearing-Kanälen wider.

Nominalbeträge der außerbörslichen Derivate, aufgegliedert nach Abwicklungsart und Art der Derivate

					31.12.2014[1]
	Bilateral		Zentrale Gegenpartei		
in Mio €	Nominal	in %	Nominal	in %	Insgesamt
Zinsbezogen	15.829.914	63 %	21.764.529	98 %	37.594.443
Währungsbezogen	6.677.149	27 %	23.410	0 %	6.700.559
Aktien-/Indexbezogen	1.442.964	6 %	0	0 %	1.442.964
Kreditderivate	1.069.035	4 %	323.725	1 %	1.392.760
Rohwarenbezogen	23.352	0 %	19	0 %	23.371
Sonstige	43.285	0 %	0	0 %	43.285
Insgesamt	25.085.700	100 %	22.111.683	100 %	47.197.384

[1] Infolge der erstmaligen Offenlegung dieser Tabelle aufgrund einer EDTF-Empfehlung sind die Vorjahreswerte in der Berichterstattung des Jahres 2014 nicht enthalten.

Der Nominalbetrag der Vermögenswerte aus außerbörslich gehandelten Derivaten, welche durch zentrale Gegenparteien abgewickelt wurden, betrug 12,5 Billionen € zum 31. Dezember 2013.

Die folgenden zwei Tabellen zeigen spezifische Offenlegungen auf Basis von Säule 3. Die Regulierung erfordert kein Testat der Säule-3-Offenlegung.

Positive Marktwerte oder Wiederbeschaffungskosten von Transaktionen in Handelsderivaten (nicht testiert)

	31.12.2014				31.12.2013			
in Mio €[1]	Positive Marktwerte vor Netting und Sicherheitenvereinbarungen	Nettingvereinbarungen	Anrechnungsfähige Sicherheiten[2]	Positive Marktwerte nach Netting und Sicherheitenvereinbarungen	Positive Marktwerte vor Netting und Sicherheitenvereinbarungen	Nettingvereinbarungen	Anrechnungsfähige Sicherheiten[2]	Positive Marktwerte nach Netting und Sicherheitenvereinbarungen
Zinsbezogen	435.569	366.769	52.638	16.161	327.761	269.903	41.253	16.604
Währungsbezogen	130.528	102.537	18.004	9.988	99.782	79.101	11.203	9.478
Aktien-/Indexbezogen	34.810	27.663	3.417	3.730	34.566	23.542	2.590	8.434
Kreditderivate	25.370	20.587	1.798	2.985	33.216	27.712	1.896	3.609
Rohwarenbezogen	2.635	1.231	949	456	7.536	4.954	657	1.925
Sonstige	1.045	804	42	199	1.728	1.402	168	158
Insgesamt	**629.958**	**519.590**	**76.848**	**33.520**	504.590	406.616	57.767	40.207

[1] Enthielt zum 31. Dezember 2014 beziehungsweise 31. Dezember 2013 nicht den positiven Marktwert von 4,4 Mrd € (4,0 Mrd €) vor Netting und Sicherheiten beziehungsweise den positiven Marktwert von 566 Mio € (493 Mio €) nach Netting und Sicherheiten für zu Sicherungszwecken gehaltene Derivate.
[2] Enthielt Barsicherheiten in Höhe von 61,5 Mrd € und andere Sicherheiten in Höhe von 15,3 Mrd € zum 31. Dezember 2014 sowie zum 31. Dezember 2013 Barsicherheiten in Höhe von 47,5 Mrd € und andere Sicherheiten in Höhe von 10,3 Mrd €.

Die obige Tabelle zeigt die positiven Marktwerte der Derivate nach Netting und nach Berücksichtigung von Sicherheiten; sie machen lediglich 5,3 % der positiven IFRS-Marktwerte aus. Zusätzlich zu Nettingvereinbarungen schließen wir verschiedene Arten von Besicherungsanhängen (zum Beispiel „Credit Support Annexes“, „CSA“) ab, wobei die überwiegende Anzahl zweiseitig ausgestaltet ist.

Nominalbetrag der Kreditderivate (nicht testiert)

					31.12.2014
	Für das eigene Kreditportfolio		Aus Vermittlertätigkeit		
in Mio €	Eigene Käuferposition	Eigene Verkäuferposition	Eigene Käuferposition	Eigene Verkäuferposition	Gesamt[1]
Einzeladressen CDS	10.067	418	435.814	416.060	862.359
Portfolio CDS	184	100	259.089	258.356	517.729
Total Return Swaps	160	30	6.748	5.734	12.672
Nominalbetrag der Kreditderivate insgesamt	10.411	548	701.650	680.151	1.392.760

[1] Enthält CDS auf Indizes und nth-to-Default CDS.

					31.12.2013
	Für das eigene Kreditportfolio		Aus Vermittlertätigkeit		
in Mio €	Eigene Käuferposition	Eigene Verkäuferposition	Eigene Käuferposition	Eigene Verkäuferposition	Gesamt[1]
Einzeladressen CDS	17.102	2.033	592.523	584.072	1.195.730
Portfolio CDS	25.086	15.715	435.078	429.333	905.213
Total Return Swaps	34	843	6.282	3.950	11.108
Nominalbetrag der Kreditderivate insgesamt	42.222	18.590	1.033.883	1.017.356	2.112.051

[1] Enthält CDS auf Indizes und nth-to-Default CDS.

In den Tabellen sind die Risikopositionen des aufsichtsrechtlichen Anlagebuchs unter der Überschrift „Für das eigene Kreditportfolio“ und die des aufsichtsrechtlichen Handelsbuchs unter der Überschrift „Aus Vermittlertätigkeit“ ausgewiesen. Der Rückgang der Nominalbeträge der Kreditderivate ist hauptsächlich auf unsere De-Risking-Aktivitäten sowie auf einen Rückgang der Volumina im Kreditderivatemarkt zurückzuführen.

Da die Wiederbeschaffungswerte der Derivateportfolios aufgrund von Marktpreisbewegungen und Änderungen der Transaktionen im Portfolio schwanken, berechnen wir auch potenzielle künftige Wiederbeschaffungskosten der Portfolios über die gesamte Laufzeit beziehungsweise bei besicherten Portfolios über angemessene Verwertungszeiträume. Unser potenzielles künftiges Engagement messen wir anhand von separaten Limiten. Die Analyse des potenziellen künftigen Engagements wird durch Stresstests ergänzt, mit denen die unmittelbare Auswirkung extremer Marktereignisse auf unser Gesamtengagement geschätzt werden kann (wie beispielsweise Ereignisrisiken im Portfolio gegenüber Schwellenländern).

Als Messgröße für potenzielle zukünftige Beträge wenden wir in der Regel ein Zeitprofil simulierter positiver Marktwerte des Derivateportfolios jedes Kontrahenten an, bei dem das Netting und die Besicherung berücksichtigt werden. Für die Überwachung von Limiten wenden wir ein Konfidenzniveau von 95 % dieser simulierten Verteilung von Marktwerten an, intern bezeichnet als potenzielles zukünftiges Risiko (Potential Future Exposure, „PFE“). Die im Rahmen desselben Verfahrens generierten durchschnittlichen Engagementprofile werden zur Ermittlung des sogenannten durchschnittlich erwarteten Risikos (Average Expected Exposure, „AEE“) verwendet. Dieses nutzen wir, um potenzielle zukünftige Wiederbeschaffungskosten in unserem Ökonomischen Kapital für das Kreditrisiko abzubilden. Das erwartete positive Risiko (Expected Positive Exposure, „EPE“) als wesentlicher Treiber unserer aufsichtsrechtlichen Kapitalanforderungen wird ebenfalls auf Basis dieses Verfahrens ermittelt. Während AEE und EPE grundsätzlich auf einem Einjahreszeithorizont berechnet werden, wird das PFE für unbesicherte Portfolios über die Gesamtlaufzeit einer Transaktion oder Nettingkonstruktion gemessen, während bei besicherten Portfolios ein angemessener kürzerer Zeithorizont zugrunde gelegt wird. Die zuvor erwähnten Berechnungsmethoden setzen wir auch ein, um damit gestresste Risikopositionen für unsere Kreditportfolio-Stresstests abzuleiten.

Das PFE-Profil jedes Kontrahenten wird täglich mit einem vom verantwortlichen Kreditmanager gesetzten PFE-Limit verglichen. PFE-Limite sind, zusammen mit anderen Limitarten, ein fester Bestandteil des Managements der Adressenausfallrisiken. Verstöße gegen das PFE-Limit zu irgendeinem Profilzeitpunkt lösen eine Meldung für Aktionen im Kreditrisikomanagementprozess aus. Das EPE geht direkt mittels der sogenannten Interne-Modelle-Methode („IMM“) in die Berechnung des IRBA regulatorischen Kapitals auf Kundenebene ein, während das AEE als ein Kreditäquivalent in das Kreditportfoliomodell eingeht, wo es in den jeweiligen Simulations- und Zuordnungsprozessen mit allen weiteren Engagements eines Kontrahenten kombiniert wird (siehe Kapitel „Kreditrisikoüberwachung und Steuerung des Kreditrisikos“).

Beteiligungen

Die nachstehende Tabelle zeigt die Buchwerte unserer Beteiligungen nach IFRS-Definition, gegliedert nach Handels- und Nichthandelspositionen für den jeweiligen Berichtstermin. Wir steuern unsere Positionen innerhalb unseres Marktrisikos und anderer angemessener Risikorahmenwerke.

Zusammensetzung unserer Beteiligungen

in Mio €	31.12.2014	31.12.2013
Gehandelte Beteiligungen	69.831	61.393
Nichtgehandelte Beteiligungen[1]	6.402	5.614
Beteiligungen insgesamt	**76.233**	67.008

[1] Enthält Beteiligungen in Investmentfonds in Höhe von 338 Mio € zum 31. Dezember 2014 und 695 Mio € zum 31. Dezember 2013.

Zum 31. Dezember 2014 umfassten unsere gehandelten Beteiligungen vor allem CB&S-Aktivitäten in Höhe von 65,2 Mrd € und 4,6 Mrd € im Deutsche AWM Geschäft. Im Jahresvergleich erhöhten sich die gehandelten Beteiligungen insgesamt um 8,4 Mrd € durch einen Anstieg in CB&S (7,5 Mrd €) und im Deutsche AWM Geschäft (0,9 Mrd €).

Nähere Einzelheiten zu unseren Beteiligungen an Nichthandelsgeschäften enthält der Abschnitt „Gehaltene Beteiligungen” im Abschnitt „Marktrisiko aus Nichthandelsaktivitäten“.

Qualität von Vermögenswerten

Dieser Abschnitt beschreibt die Qualität unserer Kredite. Alle Kredite, bei denen vorliegende Informationen über mögliche Kreditprobleme von Schuldnern dazu führen, dass unser Management schwerwiegende Zweifel an der Einbringlichkeit der vertraglichen Verpflichtungen des Schuldners hat, sind in diesem Abschnitt enthalten.

Übersicht über nicht leistungsgestörte, überfällige, neu verhandelte und wertgeminderte Kredite nach Kundengruppen

	31.12. 2014			31.12. 2013[1]		
in Mio €	Unternehmenskredite	Konsumentenkredite	Insgesamt	Unternehmenskredite	Konsumentenkredite	Insgesamt
Kredite weder überfällig noch neu verhandelt oder wertgemindert	217.772	177.925	395.697	190.022	175.483	365.506
Überfällige Kredite, nicht neu verhandelt oder wertgemindert	1.307	3.652	4.959	1.293	4.446	5.739
Neu verhandelte, nicht wertgeminderte Kredite	349	473	821	388	395	783
Wertgeminderte Kredite	4.990	4.358	9.348	5.922	4.221	10.143
Insgesamt	**224.418**	**186.408**	**410.825**	197.625	184.545	382.171

[1] Beträge zum 31. Dezember 2013 wurden für überfällige Kredite, nicht neu verhandelt oder wertgemindert um 303 Mio € und neu verhandelte, nicht wertgeminderte Kredite um 112 Mio € erhöht, die irrtümlicherweise nicht in vorheriger Veröffentlichung enthalten waren.

Überfällige Kredite

Kredite gelten als überfällig, wenn vertraglich vereinbarte Tilgungs- und/oder Zinszahlungen des Kreditnehmers ausstehend sind, es sei denn, diese Kredite sind durch Konsolidierung erworben worden. Im Rahmen einer Konsolidierung angekaufte Kredite betrachten wir als überfällig, sobald Tilgungs- und/oder Zinszahlungen des Kreditnehmers, die zum Zeitpunkt der ersten Konsolidierung der Kredite erwartet wurden, ausstehend sind.

Überfällige nicht wertgeminderte Kredite, bewertet zu fortgeführten Anschaffungskosten, nach Anzahl der überfälligen Tage

in Mio €	31.12.2014	31.12.2013[1]
Kredite, weniger als 30 Tage überfällig	3.223	3.218
Kredite 30 Tage oder mehr, aber weniger als 60 Tage überfällig	534	857
Kredite 60 Tage oder mehr, aber weniger als 90 Tage überfällig	363	363
Kredite 90 Tage oder mehr überfällig	898	1.376
Insgesamt	**5.018**	5.813

[1] Beträge zum 31. Dezember 2013 wurden für überfällige Kredite, nicht neu verhandelt oder wertgemindert, um 303 Mio € erhöht, die irrtümlicherweise nicht in vorheriger Veröffentlichung enthalten waren.

Überfällige nicht wertgeminderte Kredite, bewertet zu fortgeführten Anschaffungskosten, nach Branche

in Mio €	31.12.2014	31.12.2013[1]
Banken und Versicherungen	3	32
Fondsmanagement	95	4
Verarbeitendes Gewerbe	141	131
Handel	159	201
Private Haushalte	3.388	3.906
Gewerbliche Immobilien	801	895
Öffentliche Haushalte	3	6
Sonstige	429	640
Insgesamt	**5.018**	5.813

[1] Beträge zum 31. Dezember 2013 wurden für überfällige Kredite, nicht neu verhandelt oder wertgemindert, um 303 Mio € erhöht, die irrtümlicherweise nicht in vorheriger Veröffentlichung enthalten waren.

Überfällige nicht wertgeminderte Kredite, bewertet zu fortgeführten Anschaffungskosten, nach Region

in Mio €	31.12.2014	31.12.2013[1]
Deutschland	2.410	3.201
Westeuropa (ohne Deutschland)	1.694	2.077
Osteuropa	143	110
Nordamerika	678	345
Mittel- und Südamerika	29	0
Asien/Pazifik	63	74
Afrika	1	7
Sonstige	0	0
Insgesamt	**5.018**	5.813

[1] Beträge zum 31. Dezember 2013 wurden für überfällige Kredite, nicht neu verhandelt oder wertgemindert um 303 Mio € erhöht, die irrtümlicherweise nicht in vorheriger Veröffentlichung enthalten waren.

Die überfälligen, aber nicht wertgeminderten Kredite reduzierten sich um 795 Mio € auf 5,0 Mrd € zum 31. Dezember 2014 vor allem innerhalb der über 90 Tagen überfälligen Kredite bei der Postbank in Höhe von 343 Mio €, die teilweise zu den kollektiv beurteilten, wertgeminderten Krediten transferiert wurden.

Aggregierter Wert der Sicherheiten – mit einer Obergrenze des beizulegenden Zeitwerts beim besicherten Kreditvolumen –, die wir zur Absicherung unserer überfälligen, aber nicht wertgeminderten Kredite halten

in Mio €	31.12.2014	31.12.2013
Finanzielle und andere Sicherheiten	2.854	3.260
Erhaltene Garantien	226	161
Insgesamt	**3.080**	3.421

Entsprechend zum Bestand der überfälligen, aber nicht wertgeminderten Kredite reduzierten sich ebenfalls die hierfür gehaltenen Sicherheiten zum 31. Dezember 2014 gegenüber dem Vorjahr.

Neuverhandelte und Kredite mit gelockerten Kreditbedingungen (Forborne-Kredite)

Aus wirtschaftlichen oder rechtlichen Gründen können wir mit einem Kreditnehmer, der sich in beziehungsweise absehbar in finanziellen Schwierigkeiten befindet, eine Forbearance-Maßnahme vereinbaren, um die Erfüllung der vertraglichen Verpflichtung für einen begrenzten Zeitraum zu erleichtern. Für unsere Firmenkunden wird ein individueller Ansatz unter Berücksichtigung der einzelnen Transaktion sowie kundenspezifischer Fakten und Umstände angewandt. Für Konsumentenkredite vereinbaren wir Forbearance-Maßnahmen für einen begrenzten Zeitraum, indem die vollständige oder teilweise Rückzahlung oder zukünftige Ratenzahlungen auf einen späteren Zeitpunkt aufgeschoben werden. Allerdings muss der in diesem Zeitraum nicht gezahlte Betrag inklusive aufgelaufener Zinsen zu einem späteren Zeitpunkt wieder ausgeglichen werden. Rückzahlungsoptionen umfassen eine Verteilung auf die Restlaufzeit, eine einmalige Zahlung oder eine Laufzeitverlängerung. Die Möglichkeiten einer Forbearance-Maßnahme sind begrenzt und abhängig von der wirtschaftlichen Situation des Kunden, unseren Risikomanagementstrategien und den örtlichen Gesetzen. Im Falle einer Forbearance-Vereinbarung führen wir, wie unten beschrieben, eine Verlusteinschätzung durch, bilden, soweit notwendig, eine Wertberichtigung und berichten den Kredit anschließend als wertgemindert.

Kredite, die in der Art und Weise neu verhandelt wurden, dass wir aus wirtschaftlichen oder rechtlichen Gründen im Zusammenhang mit finanziellen Problemen des Kunden dem Kunden Zugeständnisse gemacht haben, die wir unter anderen Umständen nicht zu gewähren bereit gewesen wären, sind als neuverhandelte Kredite ausgewiesen und eine Untermenge der Forborne-Kredite.

Am 20. Februar 2014 veröffentlichte die europäische Bankenaufsicht (EBA) den finalen Entwurf des technischen Durchführungsstandards (ITS) für die aufsichtsrechtliche Berichterstattung über Forborne und Non-Performing Bestände gemäß Artikel 99 (4) der Regulierung (EU) No. 575/2013.

In 2014 haben wir die neuen EBA-Definitionen für Forbearance eingeführt, welche die bisherige Definition neu verhandelter und restrukturierter Kredite ersetzte. Die neue Definition geht in ihrem Umfang über die von uns zuvor angewandte Definition hinaus und umfasst auch Maßnahmen mit Kunden, bei denen wir zukünftige wirtschaftliche Schwierigkeiten erwarten. Sobald die in der ITS genannten Bedingungen erfüllt sind, berichten wir Kredite als Forborne-Kredite beziehungsweise entfernen Kredite aus dem Forbearance-Bericht, sobald die Aufhebungsbedingungen in der ITS erfüllt sind.

Forborne-Kredite

				31.12.2014[1]
	Nicht leistungsgestört		leistungsgestört	Neu verhandelte Kredite insgesamt
in Mio €	Nicht wertgemindert	Nicht wertgemindert	wertgemindert	
Deutschland	1.078	276	1.045	2.399
Nicht-Deutschland	951	651	1.902	3.504
Insgesamt	2.029	927	2.947	5.903

[1] Erstmalige Datenerhebung war nur für das Jahr 2014 realisierbar.

Wertgeminderte Kredite

Unser Kreditrisikomanagement beurteilt regelmäßig, ob objektive Hinweise auf eine Wertminderung eines Kredits oder einer Gruppe von Krediten vorliegen. Ein Kredit oder eine Gruppe von Krediten gilt als wertgemindert und ein Wertminderungsverlust als entstanden, wenn:

— objektive Hinweise auf eine Wertminderung infolge eines Verlustereignisses vorliegen, die nach der erstmaligen Erfassung des Finanzinstruments bis zum Bilanzstichtag eingetreten sind („Verlustereignis"). Bei unserer Beurteilung berücksichtigen wir entsprechend den Anforderungen in IAS 10 Informationen zu solchen Ereignissen, die uns bis zum Zeitpunkt vorliegen, an dem der Geschäftsbericht zur Veröffentlichung autorisiert wird;
— das Verlustereignis einen Einfluss auf die geschätzten zukünftigen Zahlungsströme des finanziellen Vermögenswerts oder der Gruppe finanzieller Vermögenswerte hatte; und
— eine verlässliche Schätzung des Verlustbetrags vorgenommen werden kann.

Die Verlusteinschätzungen unseres Kreditrisikomanagements unterliegen einer regelmäßigen Prüfung, die in Zusammenarbeit mit Group Finance durchgeführt wird. Die Ergebnisse dieser Prüfung werden an ein Aufsichtskomitee berichtet und von diesem genehmigt. Es setzt sich aus Mitgliedern der höheren Führungsebene von Group Finance und Risk Senior Management zusammen.

Für weitere Details bezüglich unserer wertgeminderten Kredite verweisen wir auf unsere Anhangangabe 1 „Wesentliche Rechnungslegungsgrundsätze und -einschätzungen".

Wertminderungsverlust und Wertberichtigungen für Kreditausfälle

Bestehen Hinweise auf eine Wertminderung, wird der Wertminderungsverlust in der Regel auf Basis der diskontierten erwarteten künftigen Zahlungsströme unter Verwendung des ursprünglichen Effektivzinssatzes des Kredits ermittelt. Werden infolge finanzieller Schwierigkeiten des Kreditnehmers die Konditionen eines Kredits neu verhandelt oder auf sonstige Weise angepasst, ohne dass der Kredit ausgebucht wird, wird der Wertminderungsverlust auf der Grundlage des ursprünglichen Effektivzinssatzes vor Anpassung der Konditionen ermittelt. Wir reduzieren den Buchwert der wertgeminderten Kredite mittels einer Wertberichtigung und erfassen den Verlustbetrag in unserer Gewinn- und Verlustrechnung als Bestandteil der Risikovorsorge im Kreditgeschäft. Eine Erhöhung unseres Wertberichtigungsbestands für Kreditausfälle geht als Erhöhung der Wertberichtigung für Kreditausfälle in unsere Konzern-Gewinn- und Verlustrechnung ein. Abschreibungen führen zu einer Ermäßigung des Wertberichtigungsbestands, während mögliche Eingänge auf abgeschriebene Kredite den Wertberichtigungsbestand erhöhen. Auflösungen von Wertberichtigungen, die als nicht mehr notwendig erachtet werden, führen zu einem entsprechenden Rückgang des Wertberichtigungsbestands und zu einer Reduzierung der Wertberichtigungen für Kreditausfälle in unserer Gewinn- und Verlustrechnung. Wenn wir feststellen, dass es keine realistische Aussicht auf Beitreibung mehr gibt und sämtliche Sicherheiten liquidiert oder auf uns übertragen wurden, werden der Kredit und die zugehörige Wertberichtigung für Kreditausfälle abgeschrieben, wodurch der Kredit und die zugehörige Wertberichtigung für Kreditausfälle aus der Bilanz entfernt werden.

Während wir die Wertminderungen für unsere Firmenkreditengagements individuell bewerten, nehmen wir bei unseren kleineren standardisierten homogenen Krediten eine kollektive Beurteilung der Wertminderung vor.

Unsere Risikovorsorge für kollektiv bewertete Kredite, die nicht als wertgemindert gelten, dient zur Abdeckung von entstandenen Verlusten, die weder einzeln ermittelt noch im Rahmen der Verlusteinschätzung für kleinere homogene Kredite zu einer Wertberichtigung führten.

Weitere Details zur Bestimmung des Wertminderungsverlusts und zu den Wertberichtigungen für Kreditausfälle finden Sie in unserer Anhangangabe 1 „Wesentliche Rechnungslegungsgrundsätze und -einschätzungen“.

Wertgeminderte Kredite, Wertberichtigungsbestand für Kreditausfälle und Deckungsquoten der Geschäftsbereiche

	31.12.2014			31.12.2013			Veränderung 2014 gegenüber 2013	
in Mio €	Wertgeminderte Kredite	Wertberichtigungsbestand	Deckungsquote wertgeminderter Kredite in %	Wertgeminderte Kredite	Wertberichtigungsbestand	Deckungsquote wertgeminderter Kredite in %	Wertgeminderte Kredite	Deckungsquote wertgeminderter Kredite in %-Punkten
Corporate Banking & Securities	637	318	50	818	344	42	– 181	8
Private & Business Clients	4.269	2.486	58	4.121	2.519	61	148	– 3
Global Transaction Banking	1.574	995	63	1.662	1.078	65	– 88	– 2
Deutsche Asset & Wealth Management	66	33	50	69	39	56	– 3	– 6
Non-Core Operations Unit	2.803	1.380	49	3.473	1.609	46	– 670	3
davon: gemäß IAS 39 in Forderungen aus dem Kreditgeschäft umgewidmete Aktiva	986	518	53	1.007	479	48	– 20	5
Insgesamt	**9.348**	**5.212**	**56**	10.143	5.589	55	– 795	1

Wertgeminderte Kredite, Wertberichtigung für Kreditausfälle und Deckungsquoten nach Branchenzugehörigkeit

31.12.2014

	Wertgeminderte Kredite			Wertberichtigung für Kreditausfälle				
in Mio €	Einzeln ermittelt	Kollektiv ermittelt	Insgesamt	Einzeln ermittelt	Kollektiv ermittelt für wertgeminderte Kredite	Kollektiv ermittelt für nicht wertgeminderte Kredite	Insgesamt	Deckungsquote wertgeminderter Kredite in %
Banken und Versicherungen	0	0	0	0	0	16	16	N/A
Fondsmanagement	64	0	64	1	0	5	6	9
Verarbeitendes Gewerbe	525	232	757	428	126	71	625	83
Handel	362	229	591	211	148	36	395	67
Private Haushalte	451	3.299	3.750	370	1.947	85	2.402	64
Gewerbliche Immobilien	1.733	314	2.047	475	39	21	535	26
Öffentliche Haushalte	50	0	50	29	0	2	32	63
Sonstige	1.806	284	2.090	849	195	158	1.202	58
Insgesamt	4.990	4.359	9.348	2.364	2.455	393	5.212	56

N/A – nicht aussagekräftig

31.12.2013

	Wertgeminderte Kredite			Wertberichtigung für Kreditausfälle				
in Mio €	Einzeln ermittelt	Kollektiv ermittelt	Insgesamt	Einzeln ermittelt	Kollektiv ermittelt für wertgeminderte Kredite	Kollektiv ermittelt für nicht wertgeminderte Kredite	Insgesamt	Deckungsquote wertgeminderter Kredite in %
Banken und Versicherungen	45	0	45	3	2	15	20	45
Fondsmanagement	92	1	93	1	0	3	5	5
Verarbeitendes Gewerbe	589	222	811	519	111	54	683	84
Handel	441	220	661	225	107	36	369	56
Private Haushalte	477	3.194	3.671	298	1.889	113	2.301	63
Gewerbliche Immobilien	2.388	295	2.683	931	26	38	995	37
Öffentliche Haushalte	39	0	39	18	0	1	20	51
Sonstige	1.849	289	2.139	861	188	147	1.196	56
Insgesamt	5.922	4.221	10.143	2.857	2.324	407	5.589	55

Wertgeminderte Kredite, Wertberichtigung für Kreditausfälle und Deckungsquoten nach Regionen

31.12.2014

	Wertgeminderte Kredite			Wertberichtigung für Kreditausfälle				
in Mio €	Einzeln ermittelt	Kollektiv ermittelt	Insgesamt	Einzeln ermittelt	Kollektiv ermittelt für wertgemin-derte Kredite	Kollektiv ermittelt für nicht wertge-minderte Kredite	Insgesamt	Deckungs-quote wert-geminderter Kredite in %
Deutschland	1.604	1.896	3.499	740	1.017	116	1.873	54
Westeuropa (ohne Deutschland)	2.683	2.303	4.986	1.302	1.311	128	2.741	55
Osteuropa	107	152	259	51	125	10	186	72
Nordamerika	423	2	425	204	0	70	274	64
Mittel- und Südamerika	2	0	3	3	0	6	9	356
Asien/Pazifik	170	5	174	63	1	50	114	65
Afrika	0	1	1	0	0	3	4	346
Sonstige	1	0	1	0	0	11	11	N/A
Insgesamt	4.990	4.359	9.348	2.364	2.455	393	5.212	56

N/A – nicht aussagekräftig

31.12.2013

	Wertgeminderte Kredite			Wertberichtigung für Kreditausfälle				
in Mio €	Einzeln ermittelt	Kollektiv ermittelt	Insgesamt	Einzeln ermittelt	Kollektiv ermittelt für wertgemin-derte Kredite	Kollektiv ermittelt für nicht wertge-minderte Kredite	Insgesamt	Deckungs-quote wert-geminderter Kredite in %
Deutschland	1.586	1.675	3.261	864	964	149	1.977	61
Westeuropa (ohne Deutschland)	3.469	2.363	5.832	1.624	1.232	158	3.015	51
Osteuropa	77	175	252	35	128	9	171	68
Nordamerika	588	1	590	253	0	41	294	50
Mittel- und Südamerika	32	0	32	27	0	4	32	99
Asien/Pazifik	170	4	175	54	1	38	92	53
Afrika	0	1	1	0	0	3	3	337
Sonstige	0	0	0	0	0	4	4	0
Insgesamt	5.922	4.221	10.143	2.857	2.324	407	5.589	55

Entwicklung der wertgeminderten Kredite

	31.12.2014			31.12.2013		
in Mio €	Einzeln ermittelt	Kollektiv ermittelt	Insgesamt	Einzeln ermittelt	Kollektiv ermittelt	Insgesamt
Bestand am Jahresanfang	**5.922**	**4.221**	**10.143**	6.129	4.206	10.335
Im Jahr als wertgemindert klassifiziert[1]	2.112	2.181	4.293	4.553	2.939	7.492
Aufgehobene Wertminderungen im Jahr[1]	– 1.425	– 1.182	– 2.607	– 2.618	– 2.134	– 4.752
Abschreibungen	– 1.037	– 613	– 1.651	– 730	– 485	– 1.215
Verkäufe wertgeminderter Kredite	– 514	– 254	– 768	– 744	– 293	– 1.037
Wechselkursveränderungen/Sonstige	– 68	6	– 62	– 669	– 12	– 680[2]
Bestand am Jahresende	**4.990**	**4.359**	**9.348**	5.922	4.221	10.143

[1] Inklusive Rückzahlungen.
[2] Enthält Konsolidierungsposten, weil der Konzern die Beherrschung über kreditnehmende strukturierte Einheiten erlangt hat, in Höhe von 598 Mio € (zum 31. Dezember 2013).

Im Jahr 2014 reduzierten sich unsere wertgeminderten Kredite um 795 Mio € (7,8 %) auf 9,3 Mrd € maßgeblich aufgrund einzeln bewerteter Kredite, teilweise kompensiert durch einen leichten Anstieg kollektiv bewerteter Kredite. Die Reduktion einzeln wertgeminderter Kredite resultiert vorwiegend aus Verkäufen sowie einem Rückgang neuer wertberichtigter Kredite im Nichtkerngeschäft, der im Einklang zu den Wertminderungen der vergangenen Jahre und zum Risikobau innerhalb unserer Bücher steht. Die Kernbank trägt ebenfalls zum Abbau wertgeminderter Kredite bei; zum einen wiederum durch Verkäufe und zum anderen durch eine entsprechend dem positiven wirtschaftlichen Umfeld geringere Neuklassifizierung zu wertgeminderten Krediten. Die Zunahme der kollektiv beurteilten wertgeminderten Kredite stammt aus dem Kerngeschäft der Postbank.

Die Deckungsquote (definiert als Summe des in der Bilanz ausgewiesenen Wertberichtigungsbestands für Kreditausfälle für alle einzeln oder kollektiv bewerteten wertgeminderten Kredite im Verhältnis zu den nach IFRS wertgeminderten Krediten (ohne Berücksichtigung von Sicherheiten)) stieg aufgrund der NCOU leicht von 55 % zum Jahresende 2013 auf 56 % an.

Unsere wertgeminderten Kredite enthielten 986 Mio € an Krediten, die gemäß IAS 39 in Forderungen aus dem Kreditgeschäft umgewidmet wurden. Diese Position verringerte sich gegenüber dem Vorjahreswert um 20 Mio €.

Risikovorsorge für Kreditausfälle und Eingänge aus abgeschriebenen Krediten nach Branche[1]

	2014						2013
	Risikovorsorge für Kreditausfälle vor Eingängen aus abgeschriebenen Krediten						
in Mio €	einzeln ermittelt	kollektiv ermittelt für wertberichtigte Kredite	kollektiv ermittelt für nicht wertberichtigte Kredite	insgesamt	Eingänge aus abgeschriebenen Krediten	Risikovorsorge für Kreditausfälle vor Eingängen aus abgeschriebenen Krediten (insgesamt)	Eingänge aus abgeschriebenen Krediten
Banken und Versicherungen	0	0	– 1	– 1	0	40	0
Fondsmanagement	0	0	1	1	0	– 41	0
Verarbeitendes Gewerbe	10	31	15	56	11	40	15
Handel	27	38	2	67	9	105	4
Private Haushalte	119	589	– 18	690	101	822	120
Gewerbliche Immobilien	187	13	– 17	182	5	732	2
Öffentliche Haushalte	8	0	0	8	0	19	0
Sonstige	188	64	14	266	15	505	21
Insgesamt	**539**	**735**	**– 3**	**1.270**	**141**	2.222	162

[1] Diese Tabelle erfüllt die Anforderungen von CRR Art. 442 g) iii); die erstmals für das Geschäftsjahr 2014 anzuwenden sind.

Unsere bestehenden Zusagen, neue Gelder an Schuldner mit notleidenden Krediten zu verleihen, beliefen sich auf 76 Mio € zum 31. Dezember 2014 und 168 Mio € zum 31. Dezember 2013.

Sicherheiten gehalten zur Absicherung unserer wertgeminderten Kredite mit einer Obergrenze des beizulegenden Zeitwerts beim besicherten Kreditvolumen

in Mio €	31.12.2014	31.12.2013
Finanzielle und andere Sicherheiten	3.215	3.411
Erhaltene Garantien	296	763
Sicherheiten für wertgeminderte Kredite insgesamt	**3.511**	4.174

Entsprechend zum Bestand der wertgeminderten Kredite reduzierten sich ebenfalls die hierfür gehaltenen Sicherheiten zum 31. Dezember 2014 um 663 Mio € gegenüber dem Vorjahr, maßgeblich für in London und Spanien gehaltene wertgeminderte Kredite. Die Deckungsquote einschließlich der Sicherheiten (definiert als Summe des Wertberichtigungsbestands für Kreditausfälle für alle einzeln oder kollektiv ermittelten wertgeminderten Kredite zuzüglich Sicherheiten für unsere wertgeminderten Kredite, mit einer Obergrenze des beilzulegenden Zeitwertes beim besicherten Kreditvolumen, im Verhältnis zu dem nach IFRS wertgeminderten Krediten) reduzierte sich mit 93 % leicht zum 31. Dezember 2014 gegenüber dem Vorjahr mit 96 % zum 31. Dezember 2013.

Zur Veräußerung verfügbare finanzielle Vermögenswerte

Das Wertminderungskonzept wird auch auf Vermögenswerte angewandt, die zur Veräußerung gehalten werden, und grundsätzlich zum beizulegenden Zeitwert angesetzt werden, wobei Wertänderungen in der Neubewertungsrücklage reflektiert werden. Der Wertberichtigungsbedarf eines solchen zur Veräußerung gehaltenen Vermögenswertes ermittelt sich aus dem Unterschiedsbetrag zwischen den fortgeschriebenen Anschaffungskosten und dem aktuellen, niedrigeren beizulegenden Zeitwert dieses Vermögenswertes. Eine ausführliche Erläuterung der angewandten Rechnungslegungsgrundätze findet sich in Konzernanhang 1 „Wesentliche Rechnungslegungsgrundsätze und –einschätzungen“.

in Mio €	31.12.2014[1]
Wertgeminderte zur Veräußerung zur Verfügung stehende finanzielle Vermögenswerte	200
kumulierte Wertminderungen	68
Deckungsquote wertgeminderter zur Veräußerung zur Verfügung stehender finanzieller Vermögenswerte in %	34

[1] Die erstmalige Datenerhebung war nur für 2014 praktisch durchführbar.

Übernommene Sicherheiten

Wir nehmen Sicherheiten in die Bilanz auf, indem wir zur Risikominderung dienende Sicherheiten oder andere Kreditverbesserungen in unser Eigentum nehmen. Die übernommenen Sicherheiten werden in einem geordneten Verfahren oder im Rahmen einer öffentlichen Auktion veräußert. Die Erlöse werden zur Rückzahlung oder Reduzierung ausstehender Verschuldung genutzt. In der Regel nutzen wir übernommene Gebäude nicht für eigene geschäftliche Zwecke. Die in 2014 übernommenen Sicherheiten in gewerblichen und privaten Immobilien bezogen sich in erster Linie auf unsere Portfolios in den USA und Spanien.

Übernommene Sicherheiten während der Berichtsperiode

in Mio €	2014	2013
Gewerbliche Immobilien	21	10
Private Immobilien	44	48
Sonstige	0	0
In der Berichtsperiode übernommene Sicherheiten insgesamt	**65**	58

Die in der Tabelle gezeigten übernommenen Immobilien beinhalten keine infolge der Konsolidierung von Securitization Trusts gemäß IFRS 10 übernommenen Sicherheiten. Die Jahresendwerte, bezogen auf die übernommenen Sicherheiten dieser Trusts, beliefen sich zum 31. Dezember 2014 auf 6 Mio € nach 4 Mio € zum 31. Dezember 2013.

Wertberichtigungsbestand für Ausfälle im Kreditgeschäft

Veränderungen im Wertberichtigungsbestand

							2014
	Wertberichtigungen für Kreditausfälle			Rückstellungen für außerbilanzielle Verpflichtungen im Kreditgeschäft			
in Mio €	Einzeln ermittelt	Kollektiv ermittelt	Zwischensumme	Einzeln ermittelt	Kollektiv ermittelt	Zwischensumme	Insgesamt
Bestand am Jahresanfang	2.857	2.732	5.589	102	114	216	5.805
Risikovorsorge im Kreditgeschäft	499	631	1.129	– 13	18	4	1.134
davon: (Gewinne)/Verluste aus dem Abgang von wertgeminderten Krediten	– 45	– 16	– 61	0	0	0	– 61
Nettoabschreibungen:	– 997	– 512	– 1.509	0	0	0	– 1.509
Abschreibungen	– 1.037	– 613	– 1.650	0	0	0	– 1.650
Eingänge aus abgeschriebenen Krediten	40	101	141	0	0	0	141
Sonstige Veränderung	5	– 2	3	– 4	10	6	9
Bestand am Jahresende	2.364	2.849	5.212	85	141	226	5.439
Veränderungen gegenüber Vorjahr							
Risikovorsorge im Kreditgeschäft:							
Absolut	– 878	– 52	– 930	2	– 3	– 1	– 931
Relativ	– 64 %	– 8 %	– 45 %	– 14 %	– 14 %	– 12 %	– 45 %
Nettoabschreibungen:							
Absolut	– 296	– 160	– 456	0	0	0	– 456
Relativ	42 %	45 %	43 %	0 %	0 %	0 %	43 %
Bestand am Jahresende:							
Absolut	– 494	117	– 376	– 17	28	11	– 366
Relativ	– 17 %	4 %	– 7 %	– 17 %	24 %	5 %	– 6 %

Die Reduktion der Risikovorsorge in unserem Portfolio einzeln beurteilter Kredite in 2014 gegenüber dem Vorjahr in Höhe von 878 Mio € resultiert aus signifikanten Reduktionen in allen Geschäftsbereichen. Der Rückgang in der NCOU resultierte insbesondere aus geringerer Risikovorsorge für nach IAS 39 reklassifizierte Forderungen sowie aus Krediten an Unternehmen aus dem gewerblichen Immobiliensektor, während unser Kerngeschäft von höheren Auflösungen sowie vom Ausbleiben großer Einzelbuchungen profitierte. Die Risikovorsorge in unserem Portfolio kollektiv beurteilter Kredite reduzierte sich gegenüber dem Vorjahr hauptsächlich aufgrund des anhaltend günstigen Kreditumfelds in Deutschland.

Die Erhöhung der Abschreibungen in 2014 beruht hauptsächlich auf Prozessanpassungen bei der Postbank in unserem Portfolio von einzeln wertgeminderten Krediten. Diese Anpassungen führten zu einer Angleichung des Wertberichtigungsbestands für Kredite der Postbank in Höhe von 233 Mio €. Diese resultieren aus nach-

geholten Abschreibungen sowie der Eliminierung einer fehlerhaften Klassifizierung von Verbesserungen der Qualität von Krediten, die bei der Postbank verbucht sind und nach Übernahme der Postbank wertgemindert wurden, als Zinsertrag. Darüber hinaus verzeichneten wir erhöhte Abschreibungen in Zusammenhang mit einem einzelnen Kreditereignis in GTB im Vorjahr, die teilweise kompensiert wurden durch geringere Abschreibungen für nach IAS 39 reklassifizierte Kredite. Der Anstieg der Nettoabschreibungen für kollektiv beurteilte Kredite beruht auf dem Verkauf wertgeminderter Kreditportfolios in Italien.

Unsere Wertberichtigung für Ausfälle von Krediten, die gemäß IAS 39 umklassifiziert wurden, betrug 518 Mio € per 31. Dezember 2014 und damit 10 % unserer gesamten Wertberichtigungen für Kreditausfälle, und war damit um 8 % höher als der Vorjahresbestand von 479 Mio € (9 % unserer gesamten Wertberichtigungen für Kreditausfälle). Der leichte Anstieg basiert hauptsächlich auf Wechselkursveränderungen, da die Mehrheit unserer nach IAS 39 reklassifizierten Kredite in Fremdwährungen denominiert sind, während die zusätzliche Risikovorsorge im Kreditgeschäft von 54 Mio € größtenteils durch Abschreibungen in Höhe von 43 Mio € kompensiert wurde. Im Vergleich zu 2013 ist die Risikovorsorge für nach IAS 39 umklassifizierte Vermögenswerte um 319 Mio € gesunken, die Nettoabschreibungen sind um um 305 Mio € gesunken. Beide Reduktionen resultieren aus dem Ausbleiben großer Einzelbuchungen im Vergleich zu den hohen Werten im Vorjahr.

							2013
	Wertberichtigungen für Kreditausfälle			Rückstellungen für außerbilanzielle Verpflichtungen im Kreditgeschäft			
in Mio €	Einzeln ermittelt	Kollektiv ermittelt	Zwischensumme	Einzeln ermittelt	Kollektiv ermittelt	Zwischensumme	Insgesamt
Bestand am Jahresanfang	2.266	2.426	4.692	118	97	215	4.907
Risikovorsorge im Kreditgeschäft	1.377	683	2.060	−15	21	5	2.065
davon: (Gewinne)/Verluste aus dem Abgang von wertgeminderten Krediten	−19	−2	−20	0	0	0	−20
Nettoabschreibungen:	−701	−352	−1.053	0	0	0	−1.053
Abschreibungen	−730	−485	−1.215	0	0	0	−1.215
Eingänge aus abgeschriebenen Krediten	30	132	162	0	0	0	162
Sonstige Veränderung	−85	−25	−110	0	−3	−4	−114
Bestand am Jahresende	2.857	2.732	5.589	102	114	216	5.805
Veränderungen gegenüber Vorjahr							
Risikovorsorge im Kreditgeschäft:							
Absolut	262	70	332	−8	20	12	344
Relativ	24 %	11 %	19 %	119 %	0 %	−177 %	20 %
Nettoabschreibungen:							
Absolut	61	−28	33	0	0	0	33
Relativ	−8 %	9 %	−3 %	0 %	0 %	0 %	−3 %
Bestand am Jahresende:							
Absolut	591	306	897	−16	17	1	898
Relativ	26 %	13 %	19 %	−13 %	18 %	1 %	18 %

Der Anstieg der Risikovorsorge in unserem einzeln beurteilten Kreditportfolio in 2013 resultiert aus einem einzelnen Kundenkreditereignis in GTB, einer erhöhten Risikovorsorge für Schiffsfinanzierungen in CB&S sowie in der NCOU unter anderem aufgrund einzelner Kundenengagements im europäischen gewerblichen Immobiliensektor. Der Anstieg unseres kollektiv bewerteten Kreditportfolios resultierte aus der NCOU. Dieser Anstieg wurde teilweise kompensiert durch Verringerungen in unserem Kerngeschäft, hauptsächlich dank einer positiven Entwicklung im deutschen Retailmarkt aufgrund eines günstigeren Kreditumfeldes im Vergleich zum Vorjahr. Unsere Risikovorsorge für außerbilanzielle Verpflichtungen im Kreditgeschäft erhöhte sich um 12 Mio € im Vergleich zum Vorjahr im Geschäftsbereich GTB infolge einer gestiegenen Vorsorge für kollektiv bewertete außerbilanzielle Verpflichtungen in unserem Kerngeschäft mitunter aufgrund von Volumenanstiegen.

Unsere Wertberichtigung für Ausfälle von Krediten, die gemäß IAS 39 umklassifiziert wurden, betrug 479 Mio € per 31. Dezember 2013 und damit 9 % unserer gesamten Wertberichtigungen für Kreditausfälle, eine leichte Verringerung gegenüber dem Vorjahr mit 489 Mio € (10 % unserer gesamten Wertberichtigungen für Kreditausfälle) zum 31. Dezember 2012. Die leichte Verringerung im Jahr 2013 resultiert aus 349 Mio € Abschrei-

bungen und 35 Mio € anderen Veränderungen, die den Anstieg durch eine zusätzliche Risikovorsorge im Kreditgeschäft von 373 Mio € überkompensieren. Die Risikovorsorge für nach IAS 39 umklassifizierte Vermögenswerte ist 2013 im Vergleich zum Vorjahr um 43 Mio € (von 415 Mio € auf 373 Mio €) gesunken aufgrund von Reduktionen in allen Portfolios außer dem für gewerbliche Immobilienfinanzierungen. Die Nettoabschreibungen, bezogen auf nach IAS 39 umklassifizierte Vermögenswerte, erhöhten sich leicht um 18 Mio € von 331 Mio € im Jahr 2012 auf 349 Mio € im Jahr 2013, bedingt durch eine kleine Anzahl von Abschreibungen im Gewerbeimmobiliensektor (im Anschluss an die Teilabschreibungen wurden die jeweiligen kreditnehmenden strukturierten Einheiten konsolidiert, weil der Konzern die Beherrschung über die kreditnehmenden strukturierten Einheiten während des zweiten und dritten Quartals 2013 erlangt hat).

Derivate – Bewertungsanpassung

Für Transaktionen mit außerbörslich gehandelten Derivaten nehmen wir eine Bewertungsanpassung (Credit Valuation Adjustment, „CVA“) beim Ausfallrisiko vor, um erwartete Verluste im Kreditgeschäft abzudecken. Diese Bewertungsanpassung wird bestimmt durch die Bewertung des potenziellen Kreditrisikos gegenüber einem gegebenen Kontrahenten und unter Berücksichtigung von gehaltenen Sicherheiten, der sich aus Rahmenverträgen ergebenden Aufrechnungseffekte, des erwarteten Verlusts bei Ausfall und des Kreditrisikos basierend auf Marktdaten einschließlich CDS-Spreads.

Zum 31. Dezember 2014 haben wir Bewertungsanpassungen in Höhe von 209 Mio € auf unser Engagement gegenüber Monolineversicherern verzeichnet, unverändert im Vergleich zu 209 Mio € zum 31. Dezember 2013. Für weitere Details bezüglich Bewertungsanpassungen gegenüber Monolineversicherern verweisen wir auf das Kapitel „Vermögenslage – Risikopositionen gegenüber Monolineversichereren“.

Behandlung von Kreditausfällen im Derivategeschäft

Anders als in unserem Standardkreditgeschäft haben wir in der Regel mehr Möglichkeiten, das Kreditrisiko bei unseren außerbörslich gehandelten Derivatetransaktionen zu steuern, wenn Veränderungen in den aktuellen Wiederbeschaffungskosten oder das Verhalten unserer Geschäftspartner auf die Gefahr hindeuten, dass ausstehende Zahlungsverpflichtungen aus den Transaktionen möglicherweise nicht erfüllt werden. In diesen Situationen sind wir häufig in der Lage, unter den betreffenden Derivatevereinbarungen, zusätzliche Sicherheiten zu erhalten oder die Derivatetransaktionen kurzfristig zu kündigen und glattzustellen.

Die mit unseren Kunden geschlossenen Rahmenvereinbarungen für außerbörslich gehandelte Derivatetransaktionen sehen in der Regel eine breite Palette an Standard- oder spezifischen Kündigungsrechten vor, so dass wir bei Ausfällen eines Geschäftspartners oder in anderen Fällen, die auf eine hohe Ausfallwahrscheinlichkeit hinweisen, schnell reagieren können. Wir haben einen geringeren Spielraum unter den bestehenden Regeln und Regularien für zentrale Gegenparteien, die hauptsächlich auf den Einzahlungen in Ausfallfonds und Garantien der Mitglieder der Geschäftsabwicklungsstelle beruhen und weniger auf den Kündigungen und Schließungen der Verträge, was nur zu einem späteren Zeitpunkt eingesetzt wird, wenn alle anderen Maßnahmen fehlschlagen sollten. Mit Bezug auf die schweren systemischen Störungen des Finanzsektors, die durch Ausfälle von zentralen Gegenparteien hervorgerufen werden könnten, empfahl das Financial Stability Board („FSB“) im Oktober 2014, diese denselben Abwicklungsmechanismen zuzuordnen, die auch für systemrelevante Banken (G-SIBs) gelten.

Unsere vertraglichen Kündigungsrechte werden von internen Regelungen und Vorgängen mit definierten Rollen und Verantwortlichkeiten unterstützt, die versichern, dass potenzielle Adressenausfallrisiken rechtzeitig identifiziert und adressiert werden. Diese Vorgänge beinhalten notwendige Abwicklungs- und Handelsrestriktionen. Führt unsere Entscheidung dazu, dass Derivatetransaktionen beendet werden, so dass eine Nettoverpflichtung des Geschäftspartners verbleibt, strukturieren wir die Verpflichtung in eine nicht derivative Forderung um. Diese wird dann im Rahmen unseres regulären Abwicklungsprozesses bearbeitet. Infolgedessen weisen wir in der Regel in der Bilanz keine leistungsgestörten Derivate aus.

Das Korrelationsrisiko („Wrong-Way Risk“) entsteht, wenn das Engagement gegenüber einem Geschäftspartner negativ mit dessen Bonität korreliert ist. Gemäß Artikel 291 (2) und (4) CRR hatten wir, ohne die Postbank, einen monatlichen Korrelationsrisiko-Überwachungsprozess (für ein spezifisches Korrelationsrisiko, generell explizites Korrelationsrisiko auf Länder-, Industrie oder Regionenebene und generell implizite Korrelationsrisiken) etabliert, wobei Engagements aus Transaktionen, die ein Korrelationsrisiko aufweisen, automatisch selektiert und dem verantwortlichen Kreditbetreuer vorgelegt werden. Ein Korrelationsrisikobericht wird dem Senior Management des Kreditrisikos monatlich zugesendet. Ergänzend verwendeten wir, ohne die Postbank, einen neu etablierten Prozess zur Kalibrierung eines eigenen Alpha-Faktors (wie in Artikel 284 (9) CRR definiert), um das gesamte Korrelationsrisiko in seinen Derivaten und Wertpapierpensionsgeschäften abzuschätzen. Das Kontrahentenrisiko aus Derivatepositionen der Postbank ist für den Konzern immateriell und Sicherheiten werden in der Regel in Form von Barsicherheiten gehalten.

Adressenausfallrisiko: Aufsichtsrechtliche Bewertung

Der folgende Abschnitt „Adressenausfallrisiko: Aufsichtsrechtliche Bewertung“ zeigt spezifische Offenlegungen auf Basis von Säule 3. Die Regulierung erfordert kein Testat der Säule-3-Offenlegung. Dementsprechend ist dieser Abschnitt, der mit Beginn des Abschnitts „Verbriefungen“ endet, der Säule-3-Offenlegung nicht testiert. Die dargestellten quantitativen Angaben folgen der aufsichtsrechtlichen Konsolidierung.

Allgemeine Darstellungen zur aufsichtsrechtlichen Bewertung des Adressenausfallrisikos

Grundsätzlich wenden wir den fortgeschrittenen IRBA für den Großteil unseres dafür infrage kommenden Kreditportfolios zur Berechnung der aufsichtsrechtlichen Kapitalanforderungen nach Maßgabe des CRR/CRD 4-Rahmenwerks und gemäß den von der BaFin erhaltenen Genehmigungen an.

Voraussetzungen für die Entwicklung von Bonitätseinstufungsverfahren und die Bestimmung von Risikoparametern sind eine angemessene Definition, Identifikation und Erfassung der Ausfallereignisse von Kunden. Die von uns verwendete Definition des Ausfalls stimmt mit den Anforderungen nach Artikel 178 CRR überein und wurde von der BaFin im Rahmen des IRBA-Genehmigungsprozesses bestätigt.

Die von der BaFin erteilten Genehmigungen im Rahmen der Überprüfungsprozesse für unsere Adressenausfallrisikopositionen im fortgeschrittenen IRBA ermöglichen die Anwendung von 68 intern entwickelten Bonitätseinstufungssystemen für die Berechnung der aufsichtsrechtlichen Kapitalanforderungen, ausgeschlossen sind Engagements der Postbank. Von diesen wurden 37 Bonitätseinstufungssysteme im Dezember 2007 genehmigt, während die Zulassung für 31 weitere Bonitätseinstufungssysteme bis einschließlich Ende 2014 folgte. Insgesamt sind damit alle wesentlichen Risikopositionen des Konzerns ohne Postbank in den Risikopositionsklassen „Zentralregierungen und Zentralbanken“, „Institute“, „Unternehmen“ und „Mengengeschäft“ des fortgeschrittenen IRBA erfasst.

Das Mengengeschäft der Postbank wird ebenfalls dem fortgeschrittenen IRBA zugeordnet, basierend auf den entsprechenden Genehmigungen, die der Postbank durch die BaFin erteilt wurden, sowie unserem fortgeschrittenem IRBA-Status. Darüber hinaus hat die Postbank in 2014 als Ergebnis entsprechender Überprüfungsprozesse die Genehmigung der BaFin für ein Postbank spezifisches Bonitätseinstufungssystem erhalten und des Weiteren neun Genehmigungen für Einstufungssysteme, die bereits auf Konzernebene angewendet werden, um den fortgeschrittenen IRBA innerhalb der Risikopositionsklassen „Institute“ und „Unternehmen“ anzuwenden. Für den überwiegenden Anteil der verbleibenden, für den IRBA infrage kommenden Kreditportfolios der Postbank wenden wir den IRB-Basis-Ansatz an, für den die Postbank die Genehmigung der BaFin in früheren Jahren erhalten hatte.

Insgesamt ermöglichen die der Postbank seitens der BaFin erteilten Genehmigungen im Rahmen der Überprüfungsprozesse für die Adressenausfallrisikopositionen die Anwendung von acht intern entwickelten Bonitätseinstufungssystemen für die Berechnung der aufsichtsrechtlichen Kapitalanforderungen der Postbank im IRBA-Ansatz und die Nutzung von neun Bonitätseinstufungssystemen, die bereits auf Gruppenebene angewendet werden. Insgesamt sind damit alle wesentlichen Risikopositionen der Postbank in der Risikopositionsklasse „Mengengeschäft“ im fortgeschrittenen IRBA und alle wesentlichen Risikopositionen in den Risikopositionsklassen „Zentralregierungen und Zentralbanken“, „Institute“ und „Unternehmen“ im fortgeschrittenen und IRBA-Basis-Ansatz erfasst.

In den nachfolgenden Tabellen sind die gezeigten Werte für EAD und RWA per 31. Dezember 2014 gemäß den Übergangsregelungen nach CRR/CRD 4 berechnet worden, sofern es nicht anders angegeben ist.

Details zum fortgeschrittenen IRBA und zu den Risikopositionen im fortgeschrittenen IRBA werden in den Kapiteln „Fortgeschrittener auf internen Bonitätseinstufungen basierender Ansatz“ und „Risikopositionen im fortgeschrittenen IRBA“ gegeben. Der IRB-Basis-Ansatz und die Risikopositionen im IRB-Basis-Ansatz werden in den Kapiteln „IRB-Basis-Ansatz“ und „Risikopositionen im IRB-Basis-Ansatz“ erläutert.

Als IRBA Institut sind wir dazu verpflichtet, bestimmte Beteiligungspositionen und andere kreditunabhängige Aktiva gemeinhin im IRBA zu behandeln. Für diese Risikopositionen werden üblicherweise vom Regulator definierte Risikogewichte hinzugezogen. Für unsere Spezialfinanzierungs-Risikopositionen, welche im IRB-Basis-Ansatz ausgewiesen werden, werden ebenfalls vom Regulator definierte Risikogewichte genutzt.

Auf Konzernebene ohne Berücksichtigung der Postbank ordnen wir einige wenige verbleibende, für den fortgeschrittenen IRBA infrage kommende Portfolios mit geringer Größe vorübergehend dem Standardansatz zu. Bezüglich dieser Portfolios wurde ein Implementierungs- und Genehmigungsplan in Abstimmung mit der Bundesbank, der BaFin und der EZB erstellt. Auch aufseiten der Postbank wird ein Anteil des für den IRBA infrage kommenden Portfolios vorübergehend noch dem Standardansatz zugeordnet. Im Laufe des Jahres 2014 wurden die Umsetzungspläne für den Konzern ohne die Postbank und die Postbank zu einem übergreifenden konzernweiten Umsetzungsplan mit einem ebenfalls kombinierten Genehmigungsplan in Abstimmung mit der BaFin und der Bundesbank zusammengeführt.

Die Details zum Standardansatz und den darin enthaltenen Risikopositionen werden im Abschnitt „Standardansatz“ diskutiert.

Unser Abdeckungsgrad im fortgeschrittenen IRBA ohne Postbank hat mit 96,5 % gemessen an Risikopositionswerten (EAD) und mit 93 % in Bezug auf RWAs die europäische aufsichtsrechtliche Anforderung entsprechend den Vorgaben nach § 11 SolvV zum 31. Dezember 2014 überschritten. Die Abdeckungsgrade sind nahezu unverändert zum Vorjahresniveau von 96,7 % gemessen an EAD und 93 % in Bezug auf RWAs am 31. Dezember 2013. Diese Werte beinhalten nicht die Risikopositionen, die nach Artikel 150 CRR dauerhaft dem Standardansatz zugeordnet sind wie sonstige IRBA-Risikopositionen sowie Verbriefungen. Die aufsichtsrechtlichen Mindestanforderungen hinsichtlich der Abdeckungsgrade wurden zu jeder Zeit eingehalten. In der Folge zur Zusammenführung der Umsetzungspläne für den Konzern ohne die Postbank und die Postbank wurden auch übergreifende konzernweite Abdeckungsgrade für den fortgeschrittenen IRBA etabliert, die entsprechend den Vorgaben nach § 11 SolvV gemessen werden. Im Laufe des Jahres 2014 lagen die Abdeckungsgrade deutlich über den regulatorisch geforderten initialen Schwellenwerten.

Die folgende Tabelle gibt einen Überblick über unsere Kreditrisikopositionen unterteilt nach Modellansätzen und Geschäftsbereichen.

Die Position „Sonstige“ im fortgeschrittenen IRBA beinhaltet Risikopositionen aus Verbriefungen im Anlagebuch, bestimmte Beteiligungspositionen und sonstige Aktiva ohne Kreditverpflichtungen. Innerhalb des Standardansatzes beinhaltet die Position „Zentralregierungen oder Zentralbanken“ Risikopositionen gegenüber „Regionalregierungen und örtliche Gebietskörperschaften“, „Öffentliche Stellen“, „Multilaterale Entwicklungsbanken“ und „Internationale Organisationen“. Die Position „Sonstige“ im Standardansatz beinhaltet „durch Immobilien besicherte Positionen“, „ausgefallene Positionen“, „Mit besonders hohem Risiko verbundene Positionen“, „Gedeckte Schuldverschreibungen“, „Risikopositionen gegenüber Instituten und Unternehmen mit kurzfristiger Bonitätsbeurteilung“, „Organismen für gemeinsame Anlagen (OGA)“, „Beteiligungspositionen“ (mit Bestandsschutz) und „sonstige Positionen“.

Netto-Risikopositionswert nach Modellansatz und Geschäftsbereich

							31.12.2014
In Mio €	Corporate Banking & Securities	Private & Business Clients	Global Transaction Banking	Deutsche Asset & Wealth Management	Non-Core Operations Unit	Consolidation & Adjustments and Other	Insgesamt
Kreditrisiko							
Fortgeschrittener IRBA	298.982	225.016	115.780	50.954	20.890	8.248	719.868
Zentralregierungen und Zentralbanken	58.284	989	30.048	1.694	390	574	91.978
Institute	41.988	7.651	10.662	1.000	1.497	297	63.095
Unternehmen	151.859	19.570	72.600	46.275	11.970	1.239	303.513
Mengengeschäft	823	188.652	112	1.604	1.936	0	193.127
Sonstige	46.028	8.154	2.359	380	5.097	6.138	68.156
IRB-Basis-Ansatz	2.410	7.708	142	0	10	0	10.269
Zentralregierungen und Zentralbanken	0	0	0	0	0	0	0
Institute	0	0	0	0	0	0	0
Unternehmen	2.410	7.708	142	0	10	0	10.269
Standardansatz	84.565	31.721	15.734	3.767	8.702	26.572	171.060
Zentralregierungen oder Zentralbanken	48.777	19.474	7.910	264	565	185	77.175
Institute	29.195	2.973	98	20	32	173	32.491
Unternehmen	5.323	1.522	5.720	1.529	1.340	548	15.982
Mengengeschäft	10	5.761	743	64	1.523	24	8.124
Sonstige	1.260	1.990	1.264	1.891	5.243	25.641	37.288
Risikopositionsbetrag für Beiträge zum Ausfallfonds einer ZGP	1.531	62	1	0	2	0	1.595
Insgesamt	387.487	264.506	131.656	54.720	29.603	34.820	902.793

Die nachfolgende Tabelle zeigt die Risikopositionswerte vor Kreditrisikominderungstechniken, die durchschnittlichen Risikopositionswerte und die RWA in Bezug auf unsere Kreditrisikopositionen unterteilt nach Modellansatz und Risikopositionsklasse. Der Risikopositionswert wird brutto gezeigt, das heißt, dass Positionen, welche mit Garantien oder derivativen Finanzinstrumenten besichert werden, dem originären Geschäftspartner zugeordnet sind. Der durchschnittliche Risikopositionswert wird als Durchschnitt der letzten vier Quartale des Geschäftsjahres berechnet. Im Gegensatz zum Brutto-Risikopositionswert werden die RWA nach der Anwendung von Kreditrisikominderungstechniken gezeigt.

Brutto-Risikopositionswert, durchschnittlicher Brutto-Risikopositionswert und RWA nach Modellansatz und Risikopositionsklasse

			31.12.2014
in Mio €	Brutto Risiko-positionswert	Durchschnittlicher Brutto Risiko-positionswert	RWA
Fortgeschrittener IRBA			
Zentralstaaten und Zentralbanken	85.182	91.911	5.385
Institute	61.785	67.954	13.869
Unternehmen	311.791	295.878	101.533
davon: KMU	21.661	7.200	6.040
Mengengeschäft	192.891	191.604	38.867
davon:			
Durch Immobilien besichert, KMU	1.093	3.860	327
Durch Immobilien besicherte, keine KMU	155.145	150.999	24.863
Qualifiziert revolvierend	4.417	4.376	532
Sonstige KMU	3.159	3.562	973
Sonstige, keine KMU	29.078	28.807	12.172
Beteiligungspositionen	4.318	4.056	12.216
Verbriefungspositionen	53.670	49.804	13.296
Sonstige Aktiva, ohne Kreditverpflichtungen	10.168	7.638	14.258
Fortgeschrittener IRBA insgesamt	719.805	708.845	199.422
IRB-Basis-Ansatz			
Zentralstaaten und Zentralbanken	0	2	0
Institute	0	1.230	0
Unternehmen	10.358	14.010	5.490
davon: KMU	235	115	83
IRB-Basis-Ansatz insgesamt	10.359	15.242	5.491
Standardansatz			
Zentralstaaten oder Zentralbanken	40.445	45.438	0
Regionale oder lokale Gebietskörperschaften	18.322	18.231	7
Öffentliche Stellen	10.182	9.185	107
Multilaterale Entwicklungsbanken	4.931	2.585	0
Internationale Organisationen	2.357	1.438	0
Institute	32.449	29.759	810
Unternehmen	16.381	19.961	11.759
davon: KMU	1.399	1.519	1.125
Mengengeschäft	8.613	8.444	5.697
davon: KMU	690	787	357
Durch Immobilien besichert	3.956	4.448	1.345
davon: KMU	9	6	4
Ausgefallene Positionen	3.423	3.566	4.275
Mit besonders hohem Risiko verbundene Positionen	161	219	229
Gedeckte Schuldverschreibungen	22	25	2
Risikopositionen gegenüber Instituten und Unternehmen mit kurzfristiger Bonitätsbeurteilung	0	0	0
Organismen für gemeinsame Anlagen (OGA)	25.262	23.892	9.046
Beteiligungspositionen	2.707	2.563	2.707
Sonstige Positionen	419	311	350
Verbriefungspositionen	1.404	1.950	1.188
Standardansatz insgesamt	171.034	172.016	37.522
Risikopositionsbetrag für Beiträge zum Ausfallfonds einer ZGP	1.595	1.587	1.693
Insgesamt	902.793	897.690	244.128
davon kontrahentenbezogenes Kreditrisiko aus			
Derivaten	122.742	115.728	37.690
Wertpapierfinanzierungsgeschäften	44.208	54.357	3.427

Die folgenden drei Tabellen zeigen die Verteilung des Brutto-Risikopositionswerts nach Modellansatz und Risikopositionsklasse jeweils aufgeteilt nach geographischen Regionen, Branchen und den Restlaufzeiten.

Brutto-Risikopositionswert nach Modellansatz, Risikopositionsklasse und geografischer Region

31.12. 2014

in Mio €	Deutschland	Westeuropa (ohne Deutschland)	Osteuropa	Nordamerika	Mittel- und Südamerika	Asien/Pazifik	Afrika	Sonstige	Insgesamt
Fortgeschrittener IRBA									
Zentralstaaten und Zentralbanken	0	5.983	3.579	54.008	1.405	13.060	1.135	6.011	85.182
Institute	7.411	25.959	620	12.873	2.042	9.355	450	3.075	61.785
Unternehmen	42.305	86.364	6.331	107.428	6.207	48.578	2.643	11.935	311.791
davon: KMU	2.229	3.739	1.510	2.185	288	9.930	322	1.459	21.661
Mengengeschäft	160.601	26.101	5.719	100	126	98	77	71	192.891
davon:									
Durch Immobilien besichert, KMU	23	739	327	2	0	0	1	1	1.093
Durch Immobilien besichert, keine KMU	133.332	16.795	4.799	69	19	67	14	49	155.145
Qualifiziert revolvierend	4.351	38	5	5	5	7	2	3	4.417
Sonstige KMU	291	2.529	336	1	0	2	0	0	3.159
Sonstige, keine KMU	22.601	5.999	254	23	102	22	60	18	29.078
Beteiligungspositionen	934	241	0	383	4	2.614	4	138	4.318
Verbriefungspositionen	3.459	12.568	592	22.023	273	14.194	33	528	53.670
Sonstige Aktiva, ohne Kreditverpflichtungen	N/A	N/A	N/A	N/A	N/A	N/A	N/A	N/A	10.168
Fortgeschrittener IRBA insgesamt	214.710	157.216	16.841	196.814	10.057	87.899	4.343	21.758	719.805
IRB-Basis-Ansatz									
Zentralstaaten und Zentralbanken	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Institute	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Unternehmen	6.379	2.487	223	645	50	108	8	459	10.358
davon: KMU	201	32	1	0	0	1	0	0	235
IRB-Basis-Ansatz insgesamt	6.380	2.487	223	645	50	108	8	458	10.359
Standardansatz									
Zentralstaaten oder Zentralbanken	10.895	29.467	49	15	0	0	0	20	40.445
Regionale oder lokale Gebietskörperschaften	17.993	329	0	0	0	0	0	0	18.322
Öffentliche Stellen	9.430	719	0	32	0	0	0	0	10.182
Multilaterale Entwicklungsbanken	0	724	0	0	0	0	0	4.207	4.931
Internationale Organisationen	0	0	0	0	0	0	0	2.357	2.357
Institute	6.501	12.830	1	10.064	627	2.326	0	101	32.449
Unternehmen	2.504	10.840	206	1.556	147	788	94	244	16.381
davon: KMU	90	1.287	11	0	0	3	0	7	1.399
Mengengeschäft	2.345	5.088	411	143	0	616	0	10	8.613
davon: KMU	43	637	8	0	0	0	0	2	690
Durch Immobilien besichert	258	3.263	24	4	0	251	0	156	3.956
davon: KMU	6	2	0	0	0	0	0	0	9
Ausgefallene Positionen	651	1.905	13	665	1	185	0	4	3.423
Mit besonders hohem Risiko verbundene Positionen	1	136	0	0	0	0	0	24	161
Gedeckte Schuldverschreibungen	22	0	0	0	0	0	0	0	22
Risikopositionen gegenüber Instituten und Unternehmen mit kurzfristiger Bonitätsbeurteilung	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Organismen für gemeinsame Anlagen (OGA)	16.431	7.108	0	1.630	28	66	0	0	25.262
Beteiligungspositionen	295	1.593	0	611	0	79	0	129	2.707
Sonstige Positionen	88	327	0	5	0	0	0	0	419
Verbriefungspositionen	294	646	0	464	0	0	0	0	1.404
Standardansatz insgesamt	67.708	75.042	704	15.189	803	4.311	94	7.184	171.034
Risikopositionsbetrag für Beiträge zum Ausfallfonds einer ZGP insgesamt	N/A	N/A	N/A	N/A	N/A	N/A	N/A	N/A	1.595
Insgesamt	288.798	234.744	17.768	212.648	10.910	92.317	4.445	29.400	902.793
Davon kontrahentenbezogenes Kreditrisiko aus Derivaten	12.831	53.911	1.290	38.924	2.034	10.726	689	2.337	122.742
Wertpapierfinanzierungs-geschäften	1.056	15.242	1.160	18.534	1.499	3.436	393	2.887	44.208

Brutto-Risikopositionswert nach Modellansatz, Risikopositionsklasse und Branche

31.12. 2014

in Mio €	Banken und Versich-erungen	Fonds-management	Verarbei-tendes Gewerbe	Handel	Private Haushalte	Gewerbliche Immobilien	Öffentliche Haushalte	Sonstige	Insgesamt
Fortgeschrittener IRBA									
Staaten und Zentralbanken	66.993	49	0	0	0	0	12.068	6.072	85.182
Institute	49.192	364	465	221	0	129	2.072	9.342	61.785
Unternehmen	25.334	8.889	45.262	19.952	31.536	23.758	1.328	155.731	311.791
davon: KMU	13.691	205	2.519	938	232	256	4	3.814	21.661
Mengengeschäft	2	38	1.989	2.108	171.826	12.519	3	4.405	192.891
davon:									
Durch Immobilien besichert, KMU	0	0	0	0	642	451	0	0	1.093
Durch Immobilien besicherte, keine KMU	0	0	0	0	143.497	11.647	0	1	155.145
Qualifiziert revolvierend	0	0	0	0	4.417	0	0	0	4.417
Sonstige KMU	0	0	1.020	890	490	55	1	704	3.159
Sonstige, keine KMU	2	38	969	1.218	22.781	366	3	3.701	29.078
Beteiligungspositionen	93	22	7	16	0	155	0	4.025	4.318
Verbriefungspositionen	950	17.521	0	0	672	340	156	34.032	53.670
Sonstige Aktiva, ohne Kreditverpflichtungen	N/A	N/A	N/A	N/A	N/A	N/A	N/A	N/A	10.168
Fortgeschrittener IRBA insgesamt	142.563	26.883	47.723	22.298	204.034	36.901	15.628	213.607	719.805
IRB-Basis-Ansatz									
Staaten und Zentralbanken	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Institute	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Unternehmen	127	25	1.961	3.545	314	1.238	1	3.148	10.358
davon: KMU	0	0	115	107	0	0	0	13	235
IRB-Basis-Ansatz insgesamt	128	25	1.961	3.545	314	1.238	1	3.147	10.359
Standardansatz									
Staaten und Zentralbanken	10.174	2	0	0	0	0	29.476	793	40.445
Regionale oder lokale Gebietskörperschaften	0	0	0	50	0	59	17.593	620	18.322
Öffentliche Stellen	6.697	0	0	42	0	8	2.258	1.176	10.182
Multilaterale Entwicklungsbanken	724	0	0	0	0	0	4.207	0	4.931
Internationale Organisationen	1.602	0	0	0	0	0	0	755	2.357
Institute	1.090	2	0	0	0	0	0	31.357	32.449
Unternehmen	175	1.650	1.356	1.873	364	1.933	38	8.991	16.381
davon: KMU	10	0	177	345	10	275	0	581	1.399
Mengengeschäft	0	0	105	210	7.286	464	0	546	8.613
davon: KMU	0	0	71	175	50	58	0	336	690
Durch Immobilien besichert	0	0	0	4	3.428	368	0	156	3.956
davon: KMU	0	0	0	0	1	2	0	0	3
Ausgefallene Positionen	147	9	224	138	911	583	5	1.407	3.423
Mit besonders hohem Risiko verbundene Positionen	0	0	5	10	100	8	0	38	161
Gedeckte Schuldverschreibungen	22	0	0	0	0	0	0	0	22
Risikopositionen gegenüber Instituten und Unternehmen mit kurzfristiger Bonitätsbeurteilung	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Organismen für gemeinsame Anlagen (OGA)	0	0	9	0	0	0	1.569	23.684	25.262
Beteiligungspositionen	1.354	15	25	1	0	137	14	1.161	2.707
Sonstige Positionen	84	0	0	0	0	0	0	335	419
Verbriefungspositionen	5	514	0	0	784	0	0	101	1.404
Standardansatz insgesamt	22.076	2.191	1.724	2.329	12.873	3.559	55.161	71.120	171.034
Risikopositionsbetrag für Beiträge zum Ausfallfonds einer ZGP	N/A	N/A	N/A	N/A	N/A	N/A	N/A	N/A	1.595
Insgesamt	164.767	29.099	51.408	28.172	217.222	41.699	70.789	287.874	902.793
Davon kontrahenten-bezogenes Kreditrisiko aus Derivaten	21.586	6.133	4.073	1.776	1.348	2.826	9.046	75.955	122.742
Wertpapierfinanzierungs-geschäften	16.710	184	18	6	420	131	85	26.654	44.208

N/A – nicht aussagekräftig

Brutto-Risikopositionswert nach Modellansatz, Risikopositionsklasse und Restlaufzeit

31.12.2014

in Mio €	Bis 1 Monat	Mehr als 1 Monat bis 1 Jahr	Mehr als 1 Jahr bis 2 Jahre	Mehr als 2 Jahre bis 5 Jahre	Mehr als 5 Jahre	Insgesamt
Fortgeschrittener IRBA						
Staaten und Zentralbanken	60.299	9.280	1.408	14.010	184	85.182
Institute	13.513	23.081	6.503	18.509	179	61.785
Unternehmen	38.426	106.617	32.795	129.733	4.220	311.791
davon: KMU	4.063	10.459	1.627	4.924	588	21.661
Mengengeschäft	10.981	6.136	4.526	16.573	154.675	192.891
davon:						
Durch Immobilien besichert, KMU	2	3	6	98	985	1.093
Durch Immobilien besicherte, keine KMU	1.558	2.712	2.761	8.359	139.755	155.145
Qualifiziert revolvierend	4.238	179	0	0	0	4.417
Sonstige KMU	821	1.067	182	759	331	3.159
Sonstige, keine KMU	4.363	2.174	1.577	7.359	13.605	29.078
Beteiligungspositionen	1	44	22	3.573	678	4.318
Verbriefungspositionen	1.445	4.313	1.738	20.684	25.490	53.670
Sonstige Aktiva, ohne Kreditverpflichtungen	N/A	N/A	N/A	N/A	N/A	10.168
Fortgeschrittener IRBA insgesamt	124.666	149.470	46.994	203.082	185.425	719.805
IRB-Basis-Ansatz						
Staaten und Zentralbanken	0	0	0	0	0	0
Institute	0	0	0	0	0	0
Unternehmen	524	880	261	3.026	5.668	10.358
davon: KMU	23	5	1	28	178	235
IRB-Basis-Ansatz insgesamt	524	880	261	3.026	5.669	10.359
Standardansatz						
Staaten oder Zentralbanken	9.569	2.175	4.706	23.995	0	40.445
Regionale oder lokale Gebietskörperschaften	468	7.052	1.253	6.087	3.462	18.322
Öffentliche Stellen	129	817	1.463	7.551	222	10.182
Multilaterale Entwicklungsbanken	17	54	247	4.614	0	4.931
Internationale Organisationen	0	51	123	2.184	0	2.357
Institute	1.854	7.610	9.679	13.232	73	32.449
Unternehmen	2.460	3.625	1.812	7.919	565	16.381
davon: KMU	355	170	89	734	51	1.399
Mengengeschäft	1.430	881	400	2.285	3.617	8.613
davon: KMU	182	30	52	404	22	690
Durch Immobilien besichert	125	920	146	745	2.020	3.956
davon: KMU	0	0	0	6	3	9
Ausgefallene Positionen	842	463	212	1.561	345	3.423
Mit besonders hohem Risiko verbundene Positionen	14	13	33	53	48	161
Gedeckte Schuldverschreibungen	22	0	0	0	0	22
Risikopositionen gegenüber Instituten und Unternehmen mit kurzfristiger Bonitätsbeurteilung	0	0	0	0	0	0
Organismen für gemeinsame Anlagen (OGA)	9	0	0	17.836	7.417	25.262
Beteiligungspositionen	0	480	6	2.143	78	2.707
Sonstige Positionen	5	35	22	242	116	419
Verbriefungspositionen	19	67	165	436	716	1.404
Standardansatz insgesamt	16.964	24.242	20.265	90.884	18.679	171.034
Risikopositionsbetrag für Beiträge zum Ausfallfonds einer ZGP	N/A	N/A	N/A	N/A	N/A	1.595
Insgesamt	142.153	174.592	67.519	296.992	209.774	902.793
Davon kontrahentenbezogenes Kreditrisiko aus						
Derivaten	265	33.504	23.697	63.770	1.506	122.742
Wertpapierfinanzierungsgeschäften	29.488	10.566	1.621	2.533	0	44.208

N/A – nicht aussagekräftig

Fortgeschrittener, auf internen Bonitätseinstufungen basierender Ansatz

Der fortgeschrittene IRBA stellt den differenziertesten Ansatz innerhalb des aufsichtsrechtlichen Regelwerks für das Kreditrisiko dar, wodurch wir sowohl interne Bonitätseinstufungsverfahren nutzen als auch interne Schätzungen von verschiedenen spezifischen Risikoparametern vornehmen können. Diese Methoden und Parameter sind bereits seit Langem bewährte Schlüsselkomponenten im internen Risikomess- und Risikosteuerungsprozess zur Unterstützung des Kreditgenehmigungsprozesses, zur Berechnung des Ökonomischen Kapitals und des erwarteten Verlusts und zur internen Überwachung und Berichterstattung von Kreditrisiken. Zu den relevanten Parametern zählen die Ausfallwahrscheinlichkeit (Probability of Default, auch „PD“), die Verlustquote bei Ausfall (Loss Given Default, auch „LGD“), die das aufsichtsrechtliche Risikogewicht bestimmen, die Fälligkeit (Maturity, auch „M“), und der Konversionsfaktor (Credit Conversion Factor, auch „CCF“), der in die Schätzung des Risikopositionswerts (Exposure at Default, auch „EAD“) eingeht. Für die meisten unserer internen Bonitätseinstufungsverfahren steht uns für die Einschätzung dieser Parameter eine Datenhistorie von mehr als sieben Jahren zur Verfügung. Unsere internen Bonitätseinstufungsverfahren stellen eher zeitpunktbezogene („point-in-time“) als zyklusbezogene („through-the-cycle“) Bonitätseinstufungen bereit.

Die Ausfallwahrscheinlichkeit für Kunden leitet sich von unseren internen Bonitätseinstufungsverfahren ab. Wir weisen jedem relevanten Kreditengagement eines Kunden eine Ausfallwahrscheinlichkeit auf Basis einer transparenten und konsistenten 21-stufigen Master-Skala der Bonitätseinstufungen für Engagements mit Ausnahme der Postbank zu. Die zugeordneten Kundenbonitätseinstufungen werden auf der Grundlage intern entwickelter Bonitätseinstufungsmodelle abgeleitet, welche konsistente und eindeutige kundenrelevante Kriterien definieren. Mithilfe solcher Bonitätseinstufungsmodelle wird auf Basis der spezifischen Ausprägung dieser Kriterien jedem individuellen Kunden eine Bonitätsstufe zugewiesen. Die Kriterien werden aus Informationsmengen abgeleitet, die für das jeweilige Kundensegment relevant sind, wie zum Beispiel das allgemeine Kundenverhalten, Finanz- und externe Daten. Die verwendeten Bonitätseinstufungsmodelle reichen von statistischen Scoringmodellen bis hin zu expertenbasierten Modellen, welche die relevanten und verfügbaren quantitativen wie auch qualitativen Informationen berücksichtigen. Expertenbasierte Modelle werden üblicherweise für Kunden in den Risikopositionsklassen „Zentralstaaten und Zentralbanken“, „Institute“ und „Unternehmen“ angewandt, mit Ausnahme der kleinen oder mittleren Unternehmen. Für die Letztgenannten und auch für das Mengengeschäft werden häufig statistische Bewertungen oder hybride Modelle mit Kombinationen der beiden Ansätze verwendet. Quantitative Bonitätseinstufungsmethoden werden auf der Grundlage anwendbarer statistischer Modellierungstechniken, wie zum Beispiel der logistischen Regression, entwickelt. In Übereinstimmung mit Artikel 174 CRR werden diese Modelle im Ermessen und unter Aufsicht der Mitarbeiter ergänzt, um die modellgestützten Bonitätseinstufungszuordnungen zu überprüfen und sicherzustellen, dass die Modelle richtig zur Anwendung kommen. Bei der Ermittlung unserer internen Risikoeinstufungen können wir unsere Einschätzungen auf der Grundlage von intern festgelegten Zuordnungstabellen nach Möglichkeit mit den von führenden internationalen Ratingagenturen für unsere Kontrahenten vergebenen externen Risikoratings vergleichen, da unsere interne Bonitätseinstufungsskala so konzipiert wurde, dass sie prinzipiell mit externen Bonitätseinstufungsskalen von Ratingagenturen übereinstimmt. Für quantitative Angaben zu unserem Engagement im fortgeschrittenen IRBA und im IRB-Basis-Ansatz auf Basis einer Rating-Granularität, die vergleichbar ist mit den externen Standard & Poor’s-Ratingäquivalenten, verweisen wir auf die Abschnitte „Fortgeschrittener IRBA“ und „IRB-Basis-Ansatz“.

Obgleich unterschiedliche Bonitätseinstufungsverfahren für die verschiedenen Kundensegmente eingesetzt werden, um kundenspezifische Merkmale angemessen zu berücksichtigen, entsprechen sie alle denselben Risikomanagementgrundsätzen. Die Richtlinien der einzelnen Kreditprozesse enthalten Vorgaben bezüglich der Einstufung von Kunden in die verschiedenen Bonitätseinstufungssysteme. Weitere Informationen zu den Kreditprozessen und den in diesen Prozessen angewandten Bonitätseinstufungsverfahren finden sich im Kapitel „Kreditrisikoeinstufung“ und „Genehmigung von Bonitätseinstufungsverfahren“.

Auch die Postbank ordnet jedem relevanten Kreditengagement eines Kontrahenten eine Ausfallwahrscheinlichkeit als Funktion einer einheitlichen internen Bonitätseinstufungs-Masterskala zu. Die zugeordneten Bonitätseinstufungen werden auf der Grundlage intern entwickelter Bonitätseinstufungsmodelle abgeleitet, welche konsistente und eindeutige kundenrelevante Kriterien definieren. Diese Bonitätseinstufungsmodelle sind intern entwickelte statistische Scoring- oder Ratingmodelle, die interne wie auch externe Informationen über den Kun-

den berücksichtigen und statistische Verfahren verwenden, um eine Ausfallwahrscheinlichkeit zu ermitteln. Die ermittelten Scores oder Ausfallwahrscheinlichkeiten werden dann auf die interne Bonitätseinstufungs-Masterskala der Postbank übergeleitet.

Wir wenden für die Berechnung der Kapitalanforderungen im fortgeschrittenen IRBA intern geschätzte Faktoren für die LGD an, deren Nutzung durch die BaFin genehmigt wurde. Die LGD ist als das wahrscheinliche Verlustausmaß bei einem Ausfall des Geschäftspartners definiert. Sie steht für eine Schätzung des Risikopositionsteils, der bei einem Ausfallereignis uneinbringlich ist, und stellt daher die Schwere eines Verlusts dar. Konzeptionell sind Schätzungen der LGD unabhängig von der Ausfallwahrscheinlichkeit des Kunden. Das Konzept der LGD-Modelle stellt sicher, dass die wesentlichen Ursachen für die Verluste in spezifischen LGD-Faktoren reflektiert werden, wie beispielsweise unterschiedliche Stufen und die Qualität der Besicherung, der Kunden- oder Produkttypen oder der Vorrang einer Fazilität. In unseren LGD-Modellen mit Ausnahme der Postbank verwenden wir sicherheitenartenspezifische LGD-Parameter für die besicherten Engagements (Sicherheitenwerte nach Anwendung von Abschlägen). Darüber hinaus können die LGDs für die unbesicherten Engagements nicht unter die LGD-Werte für besicherte Engagements fallen. Außerdem werden regulatorische Untergrenzen (10 % für wohnwirtschaftliche Kredite) genutzt.

Im Rahmen des fortgeschrittenen IRBA setzen wir für die Berechnung des IRBA-Risikopositionswerts (EAD) spezifische CCFs (Credit Conversion Factor) ein. Konzeptionell wird der EAD als die erwartete Höhe des Kreditengagements gegenüber einem Kontrahenten zum Zeitpunkt seines Ausfalls definiert. Zum Zweck der Berechnungen im fortgeschrittenen IRBA wenden wir für die Bestimmung des EAD einer Transaktion die in Artikel 166 CRR definierten allgemeinen Grundsätze an. Besteht im Rahmen einer Transaktion außerhalb der Postbank ein nicht in Anspruch genommener Verfügungsrahmen, wird ein prozentualer Anteil dieses nicht in Anspruch genommenen Verfügungsrahmens dem ausstehenden Betrag hinzugefügt, um im Fall eines Schuldnerausfalls den erwarteten ausstehenden Betrag angemessen widerzuspiegeln. Dies reflektiert die Annahme, dass für Kreditzusagen der in Anspruch genommene Kreditbetrag zum Zeitpunkt des Ausfalls höher sein kann als der momentan in Anspruch genommene Betrag. Enthält eine Transaktion ferner eine zusätzliche Eventualkomponente, beispielsweise eine Garantie, wird ein weiterer Prozentsatz (Nutzungsfaktor), der Bestandteil des CCF-Modells ist, angewandt, um das Volumen der bei Ausfall tatsächlich in Anspruch genommenen Garantien zu schätzen. Sofern im Rahmen des fortgeschrittenen IRBA erlaubt, werden die CCFs intern geschätzt. Die Kalibrierungen solcher Parameter basieren auf statistischen Erfahrungswerten sowie internen historischen Daten und berücksichtigen Kunden- wie auch Produktspezifika. Im Rahmen des Genehmigungsprozesses überprüfte die BaFin unsere Modelle zur Schätzung der CCFs und bestätigte deren Angemessenheit für die Berechnung der aufsichtsrechtlichen Kapitalanforderungen.

Insgesamt hat die Postbank vergleichbare Standards im Einsatz für die Anwendung des fortgeschrittenen IRBA auf ihr Mengengeschäftsportfolio sowie auf ihre Instituts- und Unternehmensportfolios, die mit dem fortgeschrittenen IRBA abgedeckt werden, unter Verwendung intern geschätzter Ausfallwahrscheinlichkeiten, Verlustraten und Konversionsfaktoren als Basis für die Berechnung der aufsichtsrechtlichen Mindestkapitalanforderungen.

Für die Mehrheit der Risikopositionen aus Derivate- und Wertpapierfinanzierungsgeschäften wenden wir mit Ausnahme der Postbank die Internal Model Method („IMM“) nach Artikel 283 ff. CRR und §§ 18 ff. SolvV an. In diesem Zusammenhang umfassen Wertpapierfinanzierungsgeschäfte Pensionsgeschäfte, Ausleihung und Beleihung von Wertpapieren oder Rohwaren sowie vergleichbare Wertpapierdarlehen (einschließlich Prime-Brokerage-Geschäften). Die IMM ist ein differenzierterer Ansatz zur Berechnung der Risikopositionswerte für Derivate- und Wertpapierfinanzierungsgeschäfte und erfordert die Genehmigung durch die BaFin vor dessen Erstanwendung. Im Rahmen dieses Ansatzes basiert die Berechnung des Risikopositionswerts auf einer Monte Carlo-Simulation zukünftiger Marktwerte der jeweiligen Risikopositionen. Innerhalb solch einer Simulation werden zunächst mithilfe stochastischer Prozesse Zins- und Wechselkurssätze, Bonitätsaufschläge sowie Aktien- und Rohstoffpreise modelliert, um anschließend jedes Derivate- und Wertpapierfinanzierungsgeschäft zu jedem Zeitpunkt einer vordefinierten Zeitskala durch die intern genehmigten Bewertungsverfahren neu zu bewerten. Als Ergebnis dieses Prozesses entsteht eine Verteilung zukünftiger Marktwerte für jede Transaktion zu jedem Punkt der Zeitskala. Von diesen Verteilungen werden unter Berücksichtigung geeigneter Aufrechnungs- und

Sicherheitenvereinbarungen die Positionswertmessgrößen potenzielle zukünftige Risikoposition (Potential Future Exposure, „PFE“), durchschnittlich erwartete Risikoposition (Average Expected Exposure, „AEE“) und erwartete positive Risikoposition (Expected Positive Exposure, „EPE“), wie im Kapitel „Kreditrisikoengagement aus Derivaten“ erwähnt, abgeleitet. Die Messgröße EPE bestimmt unter Anwendung aufsichtsrechtlich anerkannter Nettingvereinbarungen den IRBA-Risikopositionswert für Derivate- und Wertpapierfinanzierungsgeschäfte innerhalb der Berechnung der aufsichtsrechtlichen Eigenkapitalanforderungen für den Großteil dieser Geschäfte. Dabei wird ein selbstkalibrierter Alpha-Faktor in der Berechnung verwendet, der einem Minimumwert von 1,2 unterliegt. Für den 31. Dezember 2014 wurde ein Alpha-Faktor von 1,11 kalibriert und daher der Minimumfaktor verwendet. Für die kleine Anzahl an Transaktionen, bei denen eine Simulation nicht durchgeführt werden kann oder regulatorischen Restriktionen vorliegen (beispielsweise von der BaFin nicht genehmigte Risikofaktoren oder spezifische Korrelationsrisiken), wird der Risikopositionswert von der Marktbewertungsmethode („Current Exposure Methode“) gemäß Artikel 274 CRR abgeleitet.

Für die Adressenausfallrisikoposition der Derivate der Postbank verwenden wir die Marktbewertungsmethode gemäß Artikel 274 CRR, das heißt, wir berechnen das EAD als die Summe der positiven beizulegenden Netto-Zeitwerte der Derivatetransaktionen und des aufsichtsrechtlichen Zuschlags. Da das EAD aus Derivaten der Postbank weniger als 1 % unserer gesamten Adressenausfallrisikoposition in Bezug auf derivative Kontrakte ausmacht, betrachten wir die Derivateposition der Postbank als immateriell.

Fortgeschrittener, auf internen Bonitätseinstufungen basierender Ansatz – Modellvalidierung

Als ein wichtiger Bestandteil unseres Risikomanagement-Rahmenwerks validieren wir regelmäßig die Bonitätseinstufungsverfahren und Kreditrisikoparameter. Während sich die Validierung der Bonitätseinstufungsverfahren auf die Trennschärfe der Modelle konzentriert, analysiert die Risikoparametervalidierung von PD, LGD und EAD die Vorhersagekraft dieser Parameter auf Basis des Vergleichs mit historischen Ausfall- und Verlusterfahrungen.

In Übereinstimmung mit unseren internen Richtlinien sowie den Mindestanforderungen der CRR werden unsere verwendeten Risikoparameter PD, LGD und EAD einmal im Jahr überprüft. Der Validierungsprozess für Parameter, wie sie von uns ohne Postbank verwendet werden, wird von einem Validierungs-Komitee, das sich aus Mitgliedern der Finanzgruppe, von Risk Analytics & Living Wills und des Kreditrisikomanagements zusammensetzt, koordiniert und überwacht. Risikoparametervalidierungen bestehen aus quantitativen Analysen interner historischer Daten und werden durch qualitative Bewertungen ergänzt, falls die Daten für die Validierungen nicht statistisch ausreichend sind, um zuverlässige Validierungsresultate abzuleiten. Eine Rekalibrierung einer spezifischen Ausprägung wird, sofern notwendig, auf Basis der Validierungsresultate ausgelöst. Zusätzlich zu der jährlichen Validierung finden bei Bedarf Ad-hoc-Überprüfungen statt, um auf Qualitätsveränderungen aufgrund systematischer Änderungen der Eingangsparameter (zum Beispiel Änderungen im Zahlungsverhalten) oder Änderungen in der Portfoliostruktur frühzeitig reagieren zu können.

Analog werden bei der Postbank die Ergebnisse der Abschätzungen der Eingangsparameter PD, CCF und LGD jährlich überprüft. Das Modellvalidierungskomitee der Postbank ist für die Überwachung des jährlichen Validierungsprozesses aller Modelle verantwortlich. Postbank und Deutsche Bank entsenden gegenseitig Mitglieder in die Komitees, um eine einheitliche Steuerung zu gewährleisten.

Die in 2014 durchgeführten Überprüfungen der fortgeschrittenen IRBA-Bonitätseinstufungssysteme führten zu Rekalibrierungen wie in der nachstehenden Tabelle dargestellt. Änderungen in der Gesamtzahl an Parametern kamen aufgrund neu genehmigter Bonitätseinstufungssysteme oder durch eine veränderte Granularität von existierenden Parameterzuweisungen zur Anwendung (einschließlich Postbank). Die Rekalibrierungen hatten weder auf Einzelebene noch auf aggregierter Ebene materiellen Einfluss auf unsere aufsichtsrechtlichen Eigenkapitalanforderungen.

Validierungsresultate für in unserem fortgeschrittenen IRBA verwendete Risikoparameter

						2014
		PD		LGD		EAD
	Anzahl	EAD in %	Anzahl	EAD in %	Anzahl	EAD in %
Angemessen	166	86,4	138	74,6	59	57,1
Übermäßig konservativ	2	0,1	2	9,4	14	42,9
Progressiv	16	13,5	22	16,0	1	0,0
Insgesamt	184	100,0	162	100,0	74	100,0
Davon bereits rekalibriert und in 2014 eingeführt						
Übermäßig konservativ	0	0,0	2	9,4	1	0,1
Progressiv	5	10,8	0	0,0	0	0,0
Insgesamt	5	10,8	2	9,4	1	0,1

						2013
		PD		LGD		EAD
	Anzahl	EAD in %	Anzahl	EAD in %	Anzahl	EAD in %
Angemessen	136	80,8	150	87,3	50	52,2
Übermäßig konservativ	8	7,9	6	7,5	21	43,6
Progressiv	10	11,3	6	5,1	8	4,2
Insgesamt	**154**	**100,0**	**162**	**100,0**	**79**	**100,0**
Davon bereits rekalibriert und in 2013 eingeführt						
Übermäßig konservativ	3	5,2	2	1,0	7	38,6
Progressiv	6	6,9	4	5,1	4	3,5
Insgesamt	9	12,1	6	6,0	11	42,1

Individuelle Ausprägungen der Risikoparameter werden als angemessen klassifiziert, wenn die Validierung keine Rekalibrierung auslöst und daher die Anwendung der aktuellen Ausprägung weitergeführt wird, da sie weiterhin ausreichend konservativ ist. Ein Parameter wird als übermäßig konservativ oder progressiv klassifiziert, wenn die Validierung eine Rekalibrierungsanalyse auslöst, die möglicherweise zu einer Anpassung der aktuellen Ausprägung nach unten beziehungsweise oben führt. Der Aufriss für PD, LGD und EAD zeigt sowohl die Anzahl als auch den relativen EAD, der dem jeweiligen Parameter per 31. Dezember 2014 und 31. Dezember 2013 zugeordnet wird.

Die Validierungen während des Jahres 2014 bestätigen im Wesentlichen unsere Parameterausprägungen. Negativ validierte PD-Parameter mit hoher Materialität werden durch zwei Bonitätseinstufungssysteme verursacht. Ein Bonitätseinstufungssystem der Postbank trug etwa 5,4 % des EAD bei und der PD-Parameter wurde als zu progressiv und der LGD-Parameter als übermäßig konservativ klassifiziert. Beide Parameter wurden bereits überarbeitet. Ein Bonitätseinstufungssystem der Deutschen Bank trug ungefähr 3,9 % des EAD bei. Die progressiven PD-Parameter wurden bereits durch Neurasterungen behoben, die bereits in 2013 begonnen wurden. Für ein Bonitätseinstufungssystem der Postbank, das etwa 4 % des EAD beiträgt, wurde der LGD-Parameter, nach einer Anhebung in 2013, als übermäßig konservativ klassifiziert und entsprechend angepasst. Die LGD-Parameter für ein Bonitätseinstufungssystem der Deutschen Bank trugen etwa 7,7 % des EAD bei und wurden als zu progressiv klassifiziert. Eine Überarbeitung ist für das zweite Quartal 2015 geplant. Zusätzlich erwies sich ein LGD-Parameter, der ungefähr 6,2 % des EAD beiträgt, als zu progressiv und ein EAD-Parameter, der 4,7 % des freien Limits beiträgt, wurde als übermäßig konservativ klassifiziert. Beide Parameter werden in der Bank angewendet und sind für eine Überarbeitung im zweiten Quartal 2015 eingeplant. Ein EAD-Parameter, der in der Bank angewendet wird und etwa 37,7 % des freien Limits beiträgt, war übermäßig konservativ. Er wurde in 2013 um 3 Prozentpunkte reduziert, wobei weiterhin ein hoher Grad an Konservativität beibehalten wurde, und eine weitere Reduktion des Parameters ist nicht geplant. Alle anderen negativ validierten Parameter werden auf kleinere Portfolios angewandt.

Von den 57 Risikoparametern, für die eine Veränderung auf Basis der in 2014 durchgeführten Validierung vorgeschlagen worden war, wurden acht bereits in 2014 eingeführt. Von den verbleibenden 49 Parameteränderungen sind 45 für eine Implementierung im ersten Halbjahr 2015 eingeplant. Ein EAD-Parameter hoher Materialität, der oben aufgeführt ist, wird bewusst konservativ beibehalten. Die verbleibenden drei Parameter sollen im Laufe des Jahres 2015 angepasst werden. Von den 59 Risikoparametern, für die in 2013 eine Veränderung auf Basis der durchgeführten Validierung vorgeschlagen wurde, wurden 26 bereits in 2013 eingeführt und eine Parametersetzung wurde wegen einer geänderten Portfoliozusammensetzung beibehalten. Anschließend wurden 25 Parameteränderungen in 2014 durchgeführt und vier Parametersetzungen wurden bewusst konservativ beibehalten. Die verbleibenden drei Parametersetzungen wurden wegen der Einstellung der entsprechenden Bonitätseinstufungssysteme nicht geändert.

Zusätzlich zu dem oben Dargestellten ermöglicht der Vergleich der Abschätzung des aufsichtsrechtlichen erwarteten Verlusts (Expected Loss, auch „EL“) mit den tatsächlich verbuchten Verlusten für Kreditausfälle einen Einblick in die Vorhersagekraft der von uns geschätzten Parameter und hiermit der Berechnung des EL.

Der in diesem Vergleich verwendete EL entspricht den prognostizierten Verlusten von Kreditausfällen unserer Risikopositionen für den Zeitraum von einem Jahr und wird als das Produkt aus PD, LGD und EAD für die zum 31. Dezember des vorhergehenden Jahres nicht ausgefallenen Risikopositionen berechnet. Den tatsächlichen Verlust definieren wir als in der Gewinn- und Verlustrechnung des Konzernabschlusses verbuchte Neubildungen an Wertberichtigungen für Kreditausfälle.

Obwohl nach unserer Ansicht dieser Ansatz durchaus Erkenntnisse liefern kann, ist dieser Vergleich mit Einschränkungen zu sehen, da die zwei Risikomaße nicht direkt vergleichbar sind. Insbesondere repräsentiert der der Berechnung des erwarteten Verlusts zugrunde liegende Parameter LGD eine Abschätzung der Verlusterwartung bis zur Beendigung der Workout-Periode, während der tatsächliche Verlust, wie zuvor definiert, die in einer bestimmten Rechnungslegungsperiode verbuchten Beträge darstellt. Darüber hinaus ist der erwartete Verlust eine Messgröße für die erwarteten Kreditverluste für einen Teil unseres Kreditengagements an einem bestimmten Bilanzstichtag, bezogen auf den Bestand unserer Kreditrisikopositionen. Im Gegensatz dazu wird der tatsächliche Verlust für ein sich veränderndes Kreditportfolio über den Zeitraum eines Berichtsjahres erfasst und enthält dabei auch solche Verluste, die für während dieses Jahres neu vergebene Kredite eingetreten sind.

In Übereinstimmung mit der zuvor beschriebenen Methode zeigt die nachfolgende Tabelle einen Vergleich der Abschätzung des erwarteten Verlusts für Kredite, Kreditzusagen und Eventualverbindlichkeiten zum Jahresende 2013 bis 2009 mit den tatsächlichen Verlusten für Kreditausfälle der Jahre 2014 bis 2010 nach aufsichtsrechtlicher Risikopositionsklasse für unsere fortgeschrittenen IRBA-Kreditrisikopositionen. Die Postbank ist erstmalig im Vergleich der Abschätzung des erwarteten Verlusts zum Jahresende 2010 mit den tatsächlichen Verlusten im Berichtszeitraum 2011 berücksichtigt.

Vergleich der erwarteten Verluste für Kredite, Kreditzusagen und Eventualverbindlichkeiten mit den tatsächlichen Verlusten für Kreditausfälle nach aufsichtsrechtlicher Risikopositionsklasse für den fortgeschrittenen IRBA-Ansatz

	31.12. 2013	2014	31.12. 2012	2013	31.12. 2011	2012	31.12. 2010	2011	31.12. 2009	2010
in Mio €	Erwarteter Verlust[1]	Tatsächlicher Verlust	Erwarteter Verlust	Tatsächlicher Verlust	Erwarteter Verlust	Tatsächlicher Verlust[2]	Erwarteter Verlust	Tatsächlicher Verlust	Erwarteter Verlust	Tatsächlicher Verlust
Zentralregierungen und Zentralbanken	3	0	3	18	1	0	2	0	2	0
Institute	13	4	10	1	7	14	22	2	16	1
Unternehmen	355	229	351	717	445	393	449	363	471	358
Grundpfandrechtlich besicherte Positionen des Mengengeschäfts	324	212	284	223	294	224	222	359	118	101
Qualifizierte revolvierende Positionen des Mengengeschäfts	21	8	23	7	23	12	2	30	2	5
Sonstige Positionen des Mengengeschäfts	378	355	404	370	418	385	390	301	301	282
Erwarteter Verlust und Kreditausfälle insgesamt	**1.095**	**808**	1.075	1.336	1.188	1.028	1.088	1.055	910	747

[1] Der erwartete Verlust 2013 basierte auf Pro-forma-CRR/CRD 4.
[2] In 2013 wurde der tatsächliche Verlust des Jahres 2012 aufgrund der Anpassung der Ermittlungsmethode der Postbank an die des Konzerns geändert.

Der tatsächliche Verlust war in 2014 geringer als erwartet vor allem in den Risikopositionsklassen Unternehmen und Grundpfandrechtlich besicherte Positionen des Mengengeschäfts.

Der tatsächliche Verlust hat den erwarteten Verlust in 2013 um 261 Mio € oder 24 % überstiegen. Dies resultierte hauptsächlich aufgrund höherer als erwarteter Verluste in unserer Risikopositionsklasse Unternehmen, in erster Linie aufgrund eines großen Einzelkundenkreditereignisses in unserem normalerweise wenig riskanten Geschäftsbereich GTB sowie eines großen Verlusts in der NCOU. Darüber hinaus wies die Risikopositionsklasse Institute eine schlechtere als erwartete Performance aufgrund eines einzelnen Kunden aus. Die höheren als erwarteten tatsächlichen Verluste in den beiden genannten Risikopositionsklassen wurden teilweise kompensiert durch niedrigere als erwartete Verluste in allen Kategorien des Mengengeschäfts sowie der Institute.

Der tatsächliche Verlust fiel 2012 um 13 % niedriger aus als der erwartete Verlust aufgrund einer besseren als erwarteten Performance in allen Kategorien außer Institute aufgrund eines einzelnen Kunden.

Der Rückgang des erwarteten Verlusts zum 31. Dezember 2012 im Vergleich zum 31. Dezember 2011 resultiert hauptsächlich aus der Reduktion der Risikopositionswerte sowie teilweise niedrigeren Verlustquoten bei Ausfall.

Die Konsolidierung der Postbank führte zu einer Erhöhung des erwarteten Verlusts ab 31. Dezember 2010 sowie des tatsächlichen Verlusts in 2011.

In 2010 fiel der tatsächliche Verlust um 18 % niedriger aus als der erwartete Verlust. Dies war auf den positiven Effekt geringerer Wertberichtigungen für gemäß IAS 39 umklassifizierte Aktiva auf den tatsächlichen Verlust zurückzuführen.

Der im Vergleich zum Jahr 2009 für das Jahr 2010 reduzierte erwartete Verlust spiegelte die leicht verbesserten wirtschaftlichen Rahmenbedingungen nach der Finanzkrise wider.

Die nachstehende Tabelle zeigt einen Jahresvergleich des tatsächlichen Verlusts für Kreditausfälle nach aufsichtsrechtlicher Risikopositionsklasse. Die Postbank ist erstmalig für den Berichtszeitraum 2011 berücksichtigt.

Jahresvergleich des tatsächlichen Verlusts nach IRBA-Risikopositionsklassen

in Mio €	2014	2013	2012[1]	2011	2010
Zentralregierungen und Zentralbanken	0	18	0	0	0
Institute	4	1	14	2	1
Unternehmen	229	717	393	363	358
Grundpfandrechtlich besicherte Positionen des Mengengeschäfts	212	223	224	359	101
Qualifizierte revolvierende Positionen des Mengengeschäfts	8	7	12	30	5
Sonstige Positionen des Mengengeschäfts	355	370	385	301	282
Kreditausfälle insgesamt	**808**	1.336	1.028	1.055	747

[1] In 2013 wurde der tatsächliche Verlust des Jahres 2012 aufgrund der Anpassung der Ermittlungsmethode der Postbank an die des Konzerns geändert.

Der tatsächliche Verlust ist in 2014 gegenüber dem Vorjahr zurückgegangen aufgrund des niedrigen Niveaus neuer Wertminderungen in allen Geschäftsbereichen.

Unser tatsächlicher Verlust ist in 2013 um 308 Mio € oder 30 % gegenüber 2012 angestiegen, verursacht durch die Risikopositionsklassen Unternehmen und, in geringerem Maße, Zentralregierungen. Der Anstieg bei den Unternehmen wurde durch ein Einzelkreditereignis in GTB zusammen mit höheren tatsächlichen Verlusten für Kredite an Schifffahrtsgesellschaften im Bereich CB&S sowie einem großen Verlust für einen Kunden im europäischen gewerblichen Immobiliensektor in der NCOU verursacht, während der Anstieg in der Kategorie Zentralregierungen auf einer Wertberichtigung für einen einzelnen Kunden basiert. Die genannten Anstiege wurden teilweise kompensiert durch leichte Reduzierungen in allen Kategorien des Mengengeschäfts sowie bei den Instituten.

Die leichte Reduktion des tatsächlichen Verlusts um 27 Mio € oder 3 % im Jahr 2012 verglichen mit dem Vorjahr resultiert aus der Risikopositionsklasse Grundpfandrechtlich besicherte Positionen des Mengengeschäfts und ist auf die Anpassung der Ermittlungsmethode der Postbank an die des Konzern zurückzuführen.

Im Jahr 2011 neu gebildete Wertberichtigungen waren im Vergleich zu 2010 um 308 Mio € höher, was im Wesentlichen die Konsolidierung der Postbank für das Gesamtjahr widerspiegelt.

Risikopositionen im fortgeschrittenen IRBA

Der fortgeschrittene IRBA erfordert die Untergliederung der Risikopositionen einer Bank in die aufsichtsrechtlich definierten Risikopositionsklassen. Wir weisen jede unserer Risikopositionen einer aufsichtsrechtlichen Risikopositionsklasse unter Berücksichtigung von Kriterien wie beispielsweise kundenspezifischen Eigenschaften, das verwendete Bonitätseinstufungssystem sowie gewisse Materialitätsschwellen, die aufsichtsrechtlich definiert sind, zu.

Als Institution, welche den fortgeschrittenen IRBA anwendet, sind wir verpflichtet, bestimmte Beteiligungspositionen wie auch kreditunabhängige Aktiva im fortgeschrittenen IRBA zu ermitteln. Für diese Risikopositionsklassen wenden wir aufsichtsrechtlich vorgegebene Risikogewichte an. Weitere Details erläutern wir im Abschnitt „Risikopositionen mit aufsichtsrechtlich definierten Risikogewichten“.

Nachfolgende Tabellen zeigen unsere fortgeschrittenen IRBA-Risikopositionen, welche auf einer Skala der Bonitätseinstufungen für jede aufsichtsrechtliche IRBA-Risikopositionsklasse, Zentralstaaten und Zentralbanken, Institute, Unternehmen und Mengengeschäft, getrennt dargestellt werden. Risikopositionsklassen im fortgeschrittenen IRBA, für welche wir regulatorisch definierte IRBA Risikogewichte anwenden (Verbriefungspositionen im regulatorischen Anlagebuch, bestimmte Beteiligungspositionen als auch sonstige Aktiva ohne Kreditverpflichtung) sind hier exkludiert und werden separat dargestellt.

Die aufsichtsrechtlichen Nettorisikopositionswerte („EAD“) werden zusammen mit risikopositionsgewichteten Durchschnittswerten für Ausfallwahrscheinlichkeiten und Verlustquoten bei Ausfall, den risikogewichteten Aktiva („RWA“) sowie Durchschnittswerten für Risikogewichte („RW“), berechnet aus RWA im Verhältnis zu EAD, dargestellt. Die Informationen werden nach der Anwendung von Kreditrisikominderungstechniken wie finanziellen, physischen und sonstigen Sicherheiten sowie Garantien und Kreditderivaten gezeigt. Die Auswirkungen des Double-Default-Effekts, sofern relevant außerhalb der Retailpositionen der Postbank, sind in den Angaben zu den durchschnittlichen Risikogewichten berücksichtigt. Der Double-Default-Effekt unterstellt, dass für eine garantierte Risikoposition nur dann ein Verlust auftritt, wenn sowohl der vorrangige Schuldner als auch der Gewährleistungsgeber gleichzeitig ihren Verpflichtungen nicht nachkommen.

Es ist darauf hinzuweisen, dass der Brutto-EAD für die durch Garantien oder Kreditderivate besicherten Risikopositionen der Risikopositionsklasse des ursprünglichen Geschäftspartners, der Netto-EAD jedoch dem Gewährleistungsgeber zugewiesen wird; infolgedessen kann der Netto-EAD größer als der Brutto-EAD ausfallen.

Die nachfolgenden Tabellen enthalten auch die Adressenausfallrisikoposition aus Derivate- und Wertpapierfinanzierungsgeschäften, soweit sie dem fortgeschrittenen IRBA zugewiesen werden. Für die große Mehrheit dieser Engagements wenden wir die IMM an, um den EAD zu bestimmen. Die zugelassenen Netting- und Sicherheitenvereinbarungen sind dann bereits berücksichtigt, so dass sich ein EAD als Nettogröße in Bezug auf die Sicherheiten ergibt. Die Tabellen zeigen auch das Verhältnis der erwarteten Verluste zu den Risikopositionswerten für das nicht ausgefallene Engagement. Für ausgefallene Kredite verwenden wir ein LGD-Konzept, das bereits eine erhöhte Verlustrate aufgrund von möglichen unerwarteten Verlusten nach Artikel 181 (1) (h) CRR berücksichtigt.

Risikopositionswerte im fortgeschrittenen IRBA nach Ausfallwahrscheinlichkeit

31.12.2014

in Mio € (sofern nicht anders angegeben)	iAAA–iAA 0,00–0,04 %	iA 0,04–0,11 %	iBBB 0,11–0,5 %	iBB 0,5–2,27 %	iB 2,27–10,22 %	iCCC 10,22–99,99 %	Insgesamt exkl. Ausfall	Ausfall	Insgesamt inkl. Ausfall	Veränderung insgesamt zum Vorjahr
Zentralregierungen und Zentralbanken										
Brutto-EAD	74.384	3.566	4.421	1.864	819	73	85.127	55	85.182	– 633
Netto-EAD	81.915	4.754	4.126	847	211	71	91.923	55	91.978	– 375
Durchschnittliche PD in %	0,00	0,07	0,28	1,48	5,46	13,02	0,05	100,00	0,11	0,01 Ppkt
Durchschnittliche LGD in %	48,95	47,96	46,40	12,22	35,85	47,54	48,41	66,15	48,42	0,77 Ppkt
Durchschnittliche RW in %	1,69	30,01	45,57	28,82	115,20	247,13	5,82	65,52	5,85	1,14 Ppkt
EV/Netto-EAD in %	0,00	0,03	0,13	0,12	1,61	6,19	0,00	N/A	0,02	0,00 Ppkt
Institute										
Brutto-EAD	15.553	29.759	12.771	2.450	1.001	71	61.606	179	61.785	1.412
Netto-EAD	17.615	30.257	11.866	2.174	935	67	62.915	179	63.095	2.182
Durchschnittliche PD in %	0,03	0,07	0,30	0,99	3,17	21,29	0,20	100,00	0,49	– 0,28 Ppkt
Durchschnittliche LGD in %	39,28	27,87	25,76	29,81	15,32	28,77	30,55	8,00	30,48	1,39 Ppkt
Durchschnittliche RW in %	13,00	17,67	34,28	66,53	50,73	188,08	21,86	64,28	21,98	6,92 Ppkt
EV/Netto-EAD in %	0,01	0,02	0,08	0,31	0,52	6,15	0,05	N/A	0,05	0,00 Ppkt
Unternehmen										
Brutto-EAD	69.955	68.859	75.021	57.709	27.362	4.738	303.644	8.147	311.791	37.836
Netto-EAD	73.958	70.172	73.202	51.908	22.730	3.816	295.786	7.727	303.513	38.762
Durchschnittliche PD in %	0,03	0,07	0,26	1,13	4,74	20,23	0,91	100,00	3,43	– 1,35 Ppkt
Durchschnittliche LGD in %	27,88	33,16	33,24	28,91	21,38	16,99	30,00	26,18	29,90	0,77 Ppkt
Durchschnittliche RW in %	10,90	19,86	37,15	57,28	74,84	93,01	33,63	26,53	33,45	2,71 Ppkt
EV/Netto-EAD in %	0,01	0,02	0,08	0,29	0,95	3,30	0,20	N/A	0,20	– 0,02 Ppkt
Grundpfandrechtlich besicherte Positionen des Mengengeschäfts										
Brutto-EAD	974	13.247	57.031	65.093	13.385	3.989	153.719	2.518	156.238	2.680
Netto-EAD	974	13.246	56.998	65.000	13.328	3.951	153.498	2.476	155.974	2.703
Durchschnittliche PD in %	0,04	0,09	0,28	1,09	4,43	19,76	1,47	100,00	3,03	– 0,50 Ppkt
Durchschnittliche LGD in %	12,02	13,63	13,13	13,05	12,76	14,39	13,13	22,44	13,28	2,38 Ppkt
Durchschnittliche RW in %	1,39	3,12	7,15	18,50	42,24	73,32	16,32	5,52	16,15	1,46 Ppkt
EV/Netto-EAD in %	0,00	0,01	0,04	0,14	0,57	2,74	0,19	N/A	0,19	0,00 Ppkt
Qualifizierte revolvierende Positionen des Mengengeschäfts										
Brutto-EAD	319	1.208	1.715	877	210	62	4.391	26	4.417	– 120
Netto-EAD	319	1.208	1.715	877	210	62	4.391	26	4.417	– 120
Durchschnittliche PD in %	0,03	0,08	0,24	1,03	4,41	19,47	0,81	100,00	1,38	– 0,26 Ppkt
Durchschnittliche LGD in %	46,82	46,95	46,05	45,45	48,68	48,09	46,39	51,29	46,42	– 0,27 Ppkt
Durchschnittliche RW in %	1,38	2,66	6,46	19,90	59,91	132,66	12,07	9,27	12,06	– 1,63 Ppkt
EV/Netto-EAD in %	0,02	0,04	0,11	0,47	2,17	9,19	0,38	N/A	0,38	– 0,10 Ppkt
Sonstige Positionen des Mengengeschäfts										
Brutto-EAD	425	1.161	7.767	12.885	5.784	1.759	29.781	2.456	32.237	– 256
Netto-EAD	662	1.273	7.969	12.954	5.797	1.758	30.414	2.323	32.737	– 344
Durchschnittliche PD in %	0,04	0,08	0,29	1,16	4,68	18,90	2,56	100,00	9,47	– 0,41 Ppkt
Durchschnittliche LGD in %	38,08	31,26	36,36	42,85	42,97	42,46	40,56	56,29	41,68	– 0,98 Ppkt
Durchschnittliche RW in %	4,84	7,34	19,76	45,92	64,76	91,82	42,80	5,47	40,15	– 2,14 Ppkt
EV/Netto-EAD in %	0,01	0,03	0,11	0,50	2,00	7,99	1,09	N/A	1,09	– 0,07 Ppkt
Insgesamt										
Brutto-EAD	161.609	117.801	158.726	140.879	48.561	10.692	638.268	13.381	651.650	40.919
Netto-EAD	175.443	120.911	155.877	133.761	43.210	9.725	638.928	12.785	651.713	42.807
Durchschnittliche PD in %	0,02	0,07	0,27	1,11	4,60	19,75	0,92	100,00	2,87	– 0,74 Ppkt
Durchschnittliche LGD in %	38,84	30,40	25,96	22,57	21,69	21,04	28,90	30,89	29,30	1,09 Ppkt
Durchschnittliche RW in %	6,71	17,58	24,96	37,06	63,03	86,83	23,98	19,30	24,50	2,81 Ppkt
EV/Netto-EAD in %	0,01	0,02	0,07	0,24	0,98	4,00	0,20	N/A	0,20	– 0,01 Ppkt

N/A – nicht aussagekräftig

in Mio € (sofern nicht anders angegeben)	iAAA–iAA 0,00–0,04 %	iA 0,04–0,11 %	iBBB 0,11–0,5 %	iBB 0,5–2,27 %	iB 2,27–10,22 %	iCCC 10,22–99,99 %	Insgesamt exkl. Ausfall	Ausfall	Insgesamt inkl. Ausfall	31.12.2013 Veränderung insgesamt zum Vorjahr
Zentralregierungen und Zentralbanken										
Brutto-EAD	74.299	5.162	3.676	1.893	606	126	85.760	55	85.815	– 9.847
Netto-EAD	81.527	6.462	3.504	603	113	90	92.299	55	92.354	– 10.845
Durchschnittliche PD in %	0,00	0,08	0,30	1,40	5,31	13,04	0,05	100,00	0,11	0,07 Ppkt
Durchschnittliche LGD in %	48,67	40,71	43,23	13,80	43,35	38,31	47,66	34,93	47,65	– 0,61 Ppkt
Durchschnittliche RW in %	0,83	22,37	48,90	32,84	136,69	170,16	4,70	25,65	4,71	1,07 Ppkt
EV/Netto-EAD in %	0,00	0,03	0,13	0,13	2,19	4,98	0,02	N/A	0,02	0,00 Ppkt
Institute										
Brutto-EAD	16.869	27.549	12.297	2.098	1.070	196	60.079	294	60.373	– 5.995
Netto-EAD	17.872	28.258	11.499	1.776	1.019	195	60.618	294	60.913	– 4.944
Durchschnittliche PD in %	0,03	0,07	0,32	1,10	4,64	21,66	0,28	100,00	0,77	0,13 Ppkt
Durchschnittliche LGD in %	38,53	26,98	23,23	21,71	12,42	6,27	29,21	4,40	29,09	3,39 Ppkt
Durchschnittliche RW in %	8,46	11,72	25,15	42,61	47,81	34,73	14,89	50,16	15,06	1,48 Ppkt
EV/Netto-EAD in %	0,01	0,02	0,07	0,23	0,56	1,66	0,05	N/A	0,05	0,00 Ppkt
Unternehmen										
Brutto-EAD	63.599	57.266	65.756	50.198	22.020	4.520	263.359	10.596	273.955	– 20.508
Netto-EAD	66.663	57.687	62.670	44.726	18.912	3.859	254.516	10.235	264.751	– 16.439
Durchschnittliche PD in %	0,03	0,07	0,25	1,11	4,70	21,56	0,96	100,00	4,79	1,18 ppt
Durchschnittliche LGD in %	27,06	34,75	32,13	26,18	20,41	19,12	29,28	25,27	29,13	– 1,31 ppt
Durchschnittliche RW in %	8,64	18,26	33,75	53,42	70,92	107,07	15,77	24,59	30,74	1,71 ppt
EV/Netto-EAD in %	0,01	0,02	0,08	0,30	1,02	4,26	0,22	N/A	0,22	0,01 ppt
Grundpfandrechtlich besicherte Positionen des Mengengeschäfts										
Brutto-EAD	1.357	10.556	47.510	65.038	20.654	5.892	151.007	2.550	153.558	59.756
Netto-EAD	1.357	10.556	47.485	64.936	20.576	5.844	150.753	2.518	153.271	59.201
Durchschnittliche PD in %	0,04	0,08	0,28	1,12	4,10	20,19	1,92	100,00	3,53	– 1,84 Ppkt
Durchschnittliche LGD in %	12,93	13,13	11,07	10,67	9,47	9,97	10,80	17,27	10,90	– 9,72 Ppkt
Durchschnittliche RW in %	1,63	3,08	6,04	14,97	29,33	56,69	14,78	9,44	14,69	– 7,92 Ppkt
EV/Netto-EAD in %	0,00	0,01	0,03	0,12	0,39	1,98	0,19	N/A	0,19	– 0,26 Ppkt
Qualifizierte revolvierende Positionen des Mengengeschäfts										
Brutto-EAD	175	998	1.890	1.075	288	83	4.509	28	4.537	– 72.898
Netto-EAD	175	998	1.890	1.075	288	83	4.509	28	4.537	– 72.784
Durchschnittliche PD in %	0,04	0,08	0,24	1,04	4,54	19,65	1,02	100,00	1,64	– 2,21 Ppkt
Durchschnittliche LGD in %	47,43	46,95	46,81	45,40	48,01	49,99	46,68	51,09	46,69	37,22 Ppkt
Durchschnittliche RW in %	1,34	2,54	6,19	18,73	57,26	130,55	15,44	8,55	13,69	0,65 Ppkt
EV/Netto-EAD in %	0,02	0,04	0,11	0,48	2,22	9,51	0,49	N/A	0,49	0,29 Ppkt
Sonstige Positionen des Mengengeschäfts										
Brutto-EAD	197	1.336	6.877	12.920	6.687	1.934	29.952	2.542	32.493	20.790
Netto-EAD	411	1.537	7.101	13.041	6.666	1.917	30.672	2.409	33.081	21.378
Durchschnittliche PD in %	0,03	0,08	0,29	1,16	4,65	19,68	2,80	100,00	9,88	1,93 Ppkt
Durchschnittliche LGD in %	40,35	43,53	41,09	42,25	42,29	40,13	41,89	52,36	42,66	– 8,76 Ppkt
Durchschnittliche RW in %	4,54	9,42	22,11	46,39	65,31	90,86	45,24	4,68	42,29	2,17 Ppkt
EV/Netto-EAD in %	0,01	0,03	0,12	0,49	1,95	7,84	1,15	N/A	1,15	– 0,17 Ppkt
Insgesamt										
Brutto-EAD	156.496	102.867	138.005	133.222	51.325	12.751	594.666	16.065	610.731	– 28.702
Netto-EAD	168.004	105.497	134.148	126.157	47.573	11.987	593.366	15.540	608.906	– 24.432
Durchschnittliche PD in %	0,02	0,07	0,27	1,12	4,43	20,52	1,08	100,00	3,61	0,52 Ppkt
Durchschnittliche LGD in %	38,71	31,11	24,88	19,90	18,79	18,17	27,72	27,86	28,21	– 1,01 Ppkt
Durchschnittliche RW in %	4,76	14,97	22,60	32,36	51,72	79,38	14,46	19,50	21,69	1,10 Ppkt
EV/Netto-EAD in %	0,01	0,02	0,06	0,22	0,88	3,72	0,21	N/A	0,21	0,00 Ppkt

N/A – nicht aussagekräftig

Der Anstieg im EAD ergibt sich insbesondere in der Risikopositionsklasse Unternehmen, hauptsächlich beeinflusst durch die Umstellung auf das neue aufsichtsrechtliche Rahmenwerk gemäß CRR/CRD 4. Darüber hinaus determinieren Fremdwährungsbewegungen als auch der Transfer des Postbank Large Cap Corporates/ Financials Institutions Portfolios aus dem IRB-Basis-Ansatz zum fortgeschrittenen IRB-Ansatz den Anstieg.

Die nachfolgenden Tabellen zeigen unsere fortgeschrittenen IRBA-Risikopositionen ohne Derivate- und Wertpapier-Finanzierungsgeschäfte für Zentralstaaten und Zentralbanken, Institute und Unternehmen, welche auf einer internen Skala der Bonitätseinstufungen verteilt sind, unter Angabe der Bandbreite der Ausfallwahrscheinlichkeiten für jede Stufe. Die internen Bonitätseinstufungen entsprechen den jeweiligen externen Standard & Poor's Ratingäquivalenten. Die aufsichtsrechtlichen IRBA-Risikopositionswerte werden zusammen mit risikopositionsgewichteten Durchschnittswerten für Ausfallwahrscheinlichkeiten und Verlustquoten bei Ausfall, RWA sowie durchschnittlichen RW dargestellt. Die Informationen werden nach der Anwendung von Kreditrisikominderungstechniken wie finanziellen, physischen und sonstigen Sicherheiten sowie Garantien und Kreditderivaten gezeigt. Die Auswirkungen des Double-Default-Effekts, sofern relevant außerhalb der Retailpositionen der Postbank, sind in den Angaben zu den durchschnittlichen Risikogewichten berücksichtigt. Der Double-Default-Effekt unterstellt, dass für eine garantierte Risikoposition nur dann ein Verlust auftritt, wenn sowohl der vorrangige Schuldner als auch der Gewährleistungsgeber gleichzeitig ihren Verpflichtungen nicht nachkommen.

Netto-Risikopositionswerte im fortgeschrittenen IRBA nach Ausfallwahrscheinlichkeit für Zentralstaaten und Zentralbanken (ohne Derivate- und Wertpapierfinanzierungsgeschäfte)

in Mio € (sofern nicht anders angegeben)	31.12.2014						31.12.2013					
Interne Bonitätseinstufung	Netto-EAD	Durchschnittliche PD in %	Durchschnittliche LGD in %	RWA	Durchschnittliche RW in %	EV/Netto-EAD in %	Netto-EAD	Durchschnittliche PD in %	Durchschnittliche LGD in %	RWA	Durchschnittliche RW in %	EV/Netto-EAD in %
iAAA	76.611	0,00	49,51	557	0,73	0,00	75.749	0,00	49,69	264	0,35	0,00
iAA+	1.329	0,02	38,78	195	14,69	0,01	589	0,02	29,73	28	4,81	0,01
iAA	263	0,03	31,07	32	12,30	0,01	189	0,03	29,68	18	9,49	0,01
iAA–	125	0,04	30,08	23	18,04	0,01	148	0,04	27,84	26	17,24	0,01
iA+	1.308	0,05	50,00	165	12,60	0,02	965	0,05	49,95	134	13,94	0,02
iA	1.358	0,07	48,80	523	38,52	0,03	1.304	0,07	49,45	469	35,93	0,03
iA–	1.567	0,09	49,79	598	38,17	0,04	1.659	0,09	48,59	563	33,93	0,04
iBBB+	114	0,14	45,21	35	30,37	0,06	339	0,14	42,56	71	20,97	0,06
iBBB	1.068	0,23	49,80	440	41,19	0,11	848	0,23	41,15	313	36,83	0,09
iBBB–	1.673	0,39	49,57	916	54,79	0,19	1.509	0,39	49,05	820	54,33	0,19
iBB+	88	0,64	32,92	69	78,44	0,21	87	0,64	26,15	50	57,98	0,17
iBB	62	1,07	49,45	57	93,00	0,53	22	1,07	47,69	23	103,98	0,51
iBB–	609	1,76	2,46	47	7,67	0,04	377	1,76	2,79	32	8,55	0,05
iB+	38	2,92	49,65	51	134,53	1,45	44	2,92	47,63	60	136,12	1,39
iB	1	4,82	10,20	0	37,36	0,49	22	4,82	49,88	31	138,78	2,40
iB–	106	7,95	22,35	99	93,83	1,78	45	7,95	36,40	62	138,37	2,89
iCCC+	56	13,00	50,00	147	261,42	6,50	88	13,00	38,22	150	169,45	4,97
iCCC	0	22,00	45,63	1	324,35	10,04	0	22,00	0,10	0	0,58	0,02
iCCC–	0	0,00	0,00	0	0,00	0,00	0	31,00	8,06	0	50,39	2,50
Insgesamt ohne Ausfall	**86.376**	**0,05**	**48,88**	**3.955**	**4,58**	**0,02**	83.984	0,04	49,06	3.113	3,71	0,02
Ausfall	55	100,00	66,15	36	65,52	N/A	55	100,00	34,93	14	25,65	N/A
Insgesamt mit Ausfall	**86.431**	**0,11**	**48,89**	**3.991**	**4,62**	**0,02**	84.040	0,11	49,05	3.127	3,72	0,02

N/A – nicht aussagekräftig

Netto-Risikopositionswerte im fortgeschrittenen IRBA nach Ausfallwahrscheinlichkeit für Institute (ohne Derivate- und Wertpapierfinanzierungsgeschäfte)

in Mio € (sofern nicht anders angegeben)	31.12.2014						31.12.2013					
Interne Bonitätseinstufung	Netto-EAD	Durchschnittliche PD in %[1]	Durchschnittliche LGD in %	RWA	Durchschnittliche RW in %	EV/Netto-EAD in %	Netto-EAD	Durchschnittliche PD in %	Durchschnittliche LGD in %	RWA	Durchschnittliche RW in %	EV/Netto-EAD in %
iAAA	3.087	0,02	41,31	498	16,14	0,01	2.036	0,02	41,53	311	15,27	0,01
iAA+	275	0,03	40,10	49	17,91	0,01	108	0,03	41,53	15	13,59	0,01
iAA	1.944	0,03	41,84	112	5,75	0,01	3.483	0,03	43,72	195	5,59	0,01
iAA–	3.943	0,03	52,10	316	8,00	0,01	4.313	0,04	40,19	317	7,34	0,02
iA+	2.916	0,05	32,44	410	14,06	0,02	2.774	0,05	34,39	284	10,24	0,02
iA	4.506	0,07	29,54	624	13,85	0,02	7.220	0,07	25,66	585	8,10	0,02
iA–	4.317	0,09	22,65	697	16,13	0,02	4.713	0,09	28,23	655	13,89	0,03
iBBB+	1.230	0,14	32,55	356	28,93	0,05	865	0,14	34,93	259	29,91	0,05
iBBB	1.076	0,23	24,98	301	28,01	0,06	1.097	0,23	25,26	310	28,25	0,06
iBBB–	4.352	0,39	35,95	2.320	53,31	0,14	3.319	0,39	31,43	1.222	36,81	0,12
iBB+	812	0,64	20,78	287	35,39	0,14	307	0,64	30,66	131	42,65	0,20
iBB	456	1,07	37,72	361	79,23	0,40	299	1,07	37,81	220	73,64	0,40
iBB–	379	1,76	30,67	350	92,37	0,54	222	1,76	18,63	104	46,80	0,33
iB+	521	2,92	12,53	226	43,44	0,37	114	2,92	23,75	83	72,51	0,69
iB	67	4,88	25,09	63	94,67	1,22	784	4,82	10,69	349	44,57	0,52
iB–	8	7,95	26,86	9	101,79	2,14	17	7,95	22,98	16	91,92	1,83
iCCC+	6	13,00	22,37	6	102,71	2,91	7	13,00	38,50	13	186,27	5,01
iCCC	30	22,00	9,67	17	56,77	2,13	141	22,00	3,36	25	18,12	0,74
iCCC–	1	31,00	0,30	0	1,69	0,09	0	31,00	20,03	0	111,29	6,21
Insgesamt ohne Ausfall	**29.925**	**0,25**	**34,38**	**7.002**	**23,40**	**0,06**	31.820	0,36	32,30	5.092	16,00	0,06
Ausfall	62	100,00	13,65	42	67,28	N/A	272	100,00	4,56	143	52,33	N/A
Insgesamt mit Ausfall	**29.987**	**0,46**	**34,33**	**7.044**	**23,49**	**0,06**	32.092	1,20	32,06	5.235	16,31	0,06

N/A – nicht aussagekräftig
[1] Eine höhere durchschnittliche PD in % als für die internen Bonitätseinstufungsskalen iAAA und iAA+ definiert resultiert aus einer Mindestausfallwahrscheinlichkeit von 3 Basispunkten für die Risikopositionsklassen Institute und Unternehmen.

Der Rückgang bei den Risikopositionswerten resultiert hauptsächlich aus unseren Aktivitäten zum Risikoabbau im Portfolio und wird teilweise durch Fremdwährungsbewegungen kompensiert. Gleichzeitig erhöhten sich die risikogewichteten Aktiva aufgrund von Methodenänderungen, wie zum Beispiel einem erhöhten Korrelationsfaktor für große beaufsichtigte Finanzunternehmen.

Netto-Risikopositionswerte im fortgeschrittenen IRBA nach Ausfallwahrscheinlichkeit für Unternehmen (ohne Derivate- und Wertpapierfinanzierungsgeschäfte)

in Mio € (sofern nicht anders angegeben)	31.12.2014						31.12.2013					
Interne Bonitätseinstufung	Netto-EAD	Durchschnittliche PD in %[1]	Durchschnittliche LGD in %	RWA	Durchschnittliche RW in %	EV/Netto-EAD in %	Netto-EAD	Durchschnittliche PD in %	Durchschnittliche LGD in %	RWA	Durchschnittliche RW in %	EV/Netto-EAD in %
iAAA	4.893	0,03	21,82	325	6,64	0,01	3.084	0,03	24,81	196	6,35	0,01
iAA+	5.700	0,03	20,58	326	5,72	0,01	5.448	0,03	19,67	286	5,25	0,01
iAA	11.377	0,03	16,32	534	4,69	0,00	7.555	0,03	18,29	420	5,56	0,01
iAA–	12.583	0,04	33,75	1.405	11,17	0,01	11.213	0,04	31,29	922	8,22	0,01
iA+	13.744	0,05	29,51	1.849	13,45	0,01	11.167	0,05	28,56	1.293	11,58	0,01
iA	20.367	0,07	31,06	3.363	16,51	0,02	14.927	0,07	31,28	2.349	15,73	0,02
iA–	20.146	0,09	35,14	4.756	23,61	0,03	17.690	0,09	35,62	3.705	20,95	0,03
iBBB+	19.495	0,14	34,90	5.734	29,41	0,05	18.121	0,14	31,90	4.512	24,90	0,04
iBBB	21.891	0,23	30,95	7.238	33,06	0,07	18.145	0,23	32,54	5.984	32,98	0,07
iBBB–	20.057	0,39	31,70	8.730	43,53	0,12	16.884	0,39	31,05	6.885	40,78	0,11
iBB+	13.892	0,64	29,84	6.752	48,60	0,18	9.958	0,64	32,21	5.436	54,60	0,20
iBB	13.993	1,08	26,46	7.647	54,65	0,27	11.819	1,07	28,10	6.835	57,83	0,30
iBB–	13.013	1,77	25,07	7.838	60,23	0,41	9.062	1,76	24,59	5.625	62,07	0,43
iB+	8.157	2,92	19,93	4.942	60,59	0,56	6.452	2,92	19,94	3.969	61,51	0,84
iB	8.096	4,80	20,92	6.215	76,76	1,00	5.167	4,79	21,45	3.948	76,42	1,02
iB–	4.339	7,93	17,21	3.210	73,99	1,35	3.935	7,94	15,90	2.664	67,71	1,26
iCCC+	1.382	12,99	20,65	1.420	102,72	2,69	1.140	13,00	14,58	809	70,94	1,89
iCCC	643	21,56	16,75	655	101,80	3,81	738	21,95	23,77	1.035	140,38	5,19
iCCC–	535	31,00	14,78	458	85,59	4,59	802	31,00	12,15	569	70,92	3,77
Insgesamt ohne Ausfall	**214.302**	**0,99**	**28,65**	**73.397**	**34,25**	**0,21**	173.309	1,06	28,87	57.442	33,14	0,23
Ausfall	7.531	100,00	26,72	1.963	26,07	N/A	9.975	100,00	25,77	2.405	24,11	N/A
Insgesamt mit Ausfall	**221.832**	**4,36**	**28,58**	**75.360**	**33,97**	**0,21**	183.284	6,44	28,70	59.847	32,65	0,23

N/A – nicht aussagekräftig
[1] Eine höhere durchschnittliche PD in % als für die internen Bonitätseinstufungsskalen iAAA und iAA+ definiert resultiert aus einer Mindestausfallwahrscheinlichkeit von 3 Basispunkten für die Risikopositionsklassen Institute und Unternehmen.

Die Mehrheit dieser Engagements in allen Risikopositionsklassen besteht gegenüber Kunden im Investment-Grade Bereich. Die Engagements in niedrigeren Bonitätseinstufungen sind überwiegend besichert.

Die Anstiege im EAD im Berichtszeitraum werden hauptsächlich durch Fremdwährungsbewegungen, Geschäftsausweitung in CB&S und GTB sowie durch die Umstellung des aufsichtsrechtlichen Rahmenwerks getrieben. Weitere Anstiege resultieren aus dem Transfer des Postbank Large Cap Corporates/Financials Institutions Portfolio vom Basis-IRB zum fortgeschrittenen IRB-Ansatz.

Die folgende Tabelle zeigt unsere EAD im fortgeschrittenen IRB-Ansatz verteilt auf die entsprechenden Risikopositionsklassen für jede geografische Belegenheit. Als relevant determinieren wir Länder, in denen wir entweder eine Niederlassung oder eine Tochtergesellschaft haben und deren EAD gleichzeitig 0,5 Mio € übersteigt. Länder, welche diese Voraussetzungen nicht erfüllen, fassen wir in der Position „Sonstige“ zusammen. Internationale Organisationen werden ebenfalls in dieser Kategorie zusammengefasst. Die Risikopositionen sind den Ländern basierend auf dem Ursprungsland des Kontrahenten zugeordnet. Der Netto-Risikopositionswert zeigt die damit im Zusammenhang stehenden gewichteten durchschnittlichen PD- und LGD-Werte in Prozent. In der Tabelle sind die Risikopositionsklassen Verbriefungen im regulatorischen Anlagebuch, bestimmte Beteiligungspositionen und sonstige Aktiva ohne Kreditverpflichtungen nicht enthalten.

Netto-Risikopositionswert, durchschnittliche PD und LGD im fortgeschrittenen IRB-Ansatz nach geografischer Belegenheit (einschließlich Derivate und Wertpapierfinanzierungsgeschäfte)

31.12. 2014

in Mio €. (sofern nicht anders angegeben)	Zentralstaaten und Zentralbanken	Institute	Unternehmen	Mengengeschäft mit KMU	Mengengeschäft durch Wohnimmobilien besichert	Sonstiges Mengengeschäft	Insgesamt
Amerikanische Jungferninseln							
Netto-EAD	0	0	277	0	0	0	277
Durchschnittliche LGD in %	0	0	5,79	0	0	0	6
Durchschnittliche PD in %	0	0	0,47	0	0	0	0
Argentinien							
Netto-EAD	43	0	92	0	1	6	143
Durchschnittliche LGD in %	45,97	0	20,99	61,89	13,81	16,34	28
Durchschnittliche PD in %	13,00	0	6,27	31,00	7,08	1,78	8
Australien							
Netto-EAD	1.508	2.002	3.054	1	12	2	6.579
Durchschnittliche LGD in %	33,43	34,01	33,71	38,71	14,15	22,46	34
Durchschnittliche PD in %	0,02	0,05	0,89	0,23	2,41	0,76	0
Österreich							
Netto-EAD	181	528	957	0	44	19	1.728
Durchschnittliche LGD in %	42,06	32,83	37,63	0	14,10	23,26	36
Durchschnittliche PD in %	0,01	0,17	2,43	0	3,40	5,86	2
Barbados							
Netto-EAD	0	0	139	0	0	0	139
Durchschnittliche LGD in %	0	0	16,11	0	0	26,19	16
Durchschnittliche PD in %	0	0	0,33	0	0	0,45	0
Belgien							
Netto-EAD	604	1.383	1.783	0	43	9	3.823
Durchschnittliche LGD in %	47,10	43,16	31,72	61,90	18,02	37,38	38
Durchschnittliche PD in %	0	0,05	0,56	0,39	5,32	3,58	0
Bermuda							
Netto-EAD	0	3	1.876	0	0	0	1.879
Durchschnittliche LGD in %	0	40,00	25,21	0	0	47,60	25
Durchschnittliche PD in %	0	0,12	3,05	0	0	0,09	3
Brasilien							
Netto-EAD	334	1.159	1.584	0	6	3	3.086
Durchschnittliche LGD in %	50,00	22,51	34,23	52,70	13,41	27,38	31
Durchschnittliche PD in %	0,14	0,22	3,18	1,07	2,25	2,03	2
British Virgin Islands							
Netto-EAD	0	0	7.347	0	0	0	7.347
Durchschnittliche LGD in %	50,00	0	12,66	0	0	55,59	13
Durchschnittliche PD in %	0	0	3,02	0	0	0,41	3
Kanada							
Netto-EAD	324	1.934	4.325	1	6	7	6.598
Durchschnittliche LGD in %	33,89	28,20	34,14	13,31	12,08	12,85	32
Durchschnittliche PD in %	0,03	0,05	0,70	0,64	1,10	3,39	0
Cayman Islands							
Netto-EAD	0	0	7.347	0	0	0	7.348
Durchschnittliche LGD in %	0	0	34,31	0	5,00	96,11	34
Durchschnittliche PD in %	0	0	1,37	0	0,39	0,62	1
Chile							
Netto-EAD	0	184	443	0	0	3	630
Durchschnittliche LGD in %	49,06	44,07	44,22	0	5,00	38,25	44
Durchschnittliche PD in %	0,01	0,12	0,20	0	0,09	0,84	0

31.12. 2014

in Mio €. (sofern nicht anders angegeben)	Zentralstaaten und Zentralbanken	Institute	Unternehmen	Mengengeschäft mit KMU	Mengengeschäft durch Wohnimmobilien besichert	Sonstiges Mengengeschäft	Insgesamt
China							
Netto-EAD	2.004	8	13.574	0	13	4	15.603
Durchschnittliche LGD in %	51,62	50,00	44,55	85,20	12,90	36,92	45
Durchschnittliche PD in %	0	0,03	0,46	100,00	0,94	0,80	0
Kolumbien							
Netto-EAD	0	0	197	0	1	1	199
Durchschnittliche LGD in %	0	0	38,67	0	12,75	57,12	39
Durchschnittliche PD in %	0	0	0,49	0	0,42	2,08	1
Tschechien							
Netto-EAD	451	81	296	1	4	3	835
Durchschnittliche LGD in %	50,00	38,52	41,20	55,67	13,34	34,38	46
Durchschnittliche PD in %	0	0,13	0,25	0,44	1,67	2,27	0
Dänemark							
Netto-EAD	47	453	943	0	16	3	1.463
Durchschnittliche LGD in %	31,62	39,58	41,78	0	14,74	43,78	40
Durchschnittliche PD in %	0	0,33	0,47	0	6,57	4,04	0
Finnland							
Netto-EAD	5	191	671	0	2	0	869
Durchschnittliche LGD in %	50,00	23,91	37,58	0	12,18	44,65	35
Durchschnittliche PD in %	0	0,04	0,21	0	2,74	0,54	0
Frankreich							
Netto-EAD	1.195	4.333	6.016	1	65	90	11.700
Durchschnittliche LGD in %	46,69	32,85	39,95	26,31	15,13	17,77	38
Durchschnittliche PD in %	0,01	0,10	1,77	0,56	5,09	4,96	1
Deutschland							
Netto-EAD	1.953	7.861	45.320	306	133.182	27.031	215.653
Durchschnittliche LGD in %	47,88	18,86	33,92	54,16	13,04	39,37	21
Durchschnittliche PD in %	0	0,25	4,42	2,82	2,92	5,08	3
Gibraltar							
Netto-EAD	0	0	17	0	1	0	19
Durchschnittliche LGD in %	0	0	18,98	0	19,08	69,61	19
Durchschnittliche PD in %	0	0	0,37	0	0,41	62,34	0
Griechenland							
Netto-EAD	0	50	1.482	0	5	3	1.541
Durchschnittliche LGD in %	50,00	31,94	15,11	0	8,47	29,90	16
Durchschnittliche PD in %	4,82	22,00	8,21	0	2,23	1,71	9
Guernsey							
Netto-EAD	0	0	401	0	0	0	401
Durchschnittliche LGD in %	0	0	16,64	0	0	47,62	17
Durchschnittliche PD in %	0	0	1,49	0	0	0,40	1
Hongkong							
Netto-EAD	147	501	5.513	0	6	1	6.168
Durchschnittliche LGD in %	30,00	33,25	26,62	0	11,44	29,29	27
Durchschnittliche PD in %	0,02	0,07	1,32	0	0,73	0,47	1
Ungarn							
Netto-EAD	164	44	329	0	2	3	542
Durchschnittliche LGD in %	50,00	50,79	46,90	0	25,94	39,23	48
Durchschnittliche PD in %	0,39	0,43	1,61	0	2,10	6,59	1

31.12. 2014

in Mio €. (sofern nicht anders angegeben)	Zentralstaaten und Zentralbanken	Institute	Unternehmen	Mengengeschäft mit KMU	Mengengeschäft durch Wohnimmobilien besichert	Sonstiges Mengengeschäft	Insgesamt
Indien							
Netto-EAD	1.375	3.048	5.550	0	1	4	9.978
Durchschnittliche LGD in %	49	45	39	0	9	53	42
Durchschnittliche PD in %	0	0	2	0	1	3	1
Indonesien							
Netto-EAD	312	0	2.291	0	1	2	2.605
Durchschnittliche LGD in %	50	0	35	0	8	10	37
Durchschnittliche PD in %	0	0	2	0	18	1	1
Irland							
Netto-EAD	5	1.993	6.483	1	34	2	8.517
Durchschnittliche LGD in %	50	6	25	57	13	21	21
Durchschnittliche PD in %	0	6	18	86	11	2	15
Israel							
Netto-EAD	16	0	462	0	17	1	496
Durchschnittliche LGD in %	50	0	35	62	9	23	34
Durchschnittliche PD in %	0	0	3	0	8	4	3
Italien (inkl. San Marino)							
Netto-EAD	1.488	2.105	5.930	1.578	7.153	4.038	22.292
Durchschnittliche LGD in %	45	32	36	21	7	64	31
Durchschnittliche PD in %	0	0	10	13	2	24	8
Japan							
Netto-EAD	5.626	1.498	2.225	0	1	1	9.350
Durchschnittliche LGD in %	50	39	30	0	7	39	44
Durchschnittliche PD in %	0	0	8	0	1	0	2
Jersey							
Netto-EAD	0	0	914	0	0	0	915
Durchschnittliche LGD in %	0	40	14	0	35	48	14
Durchschnittliche PD in %	0	2	2	0	57	0	2
Luxemburg							
Netto-EAD	20	986	10.662	0	40	2	11.709
Durchschnittliche LGD in %	50	28	23	0	10	44	23
Durchschnittliche PD in %	0	0	6	0	9	20	5
Malaysia							
Netto-EAD	65	0	855	0	3	2	925
Durchschnittliche LGD in %	44	0	45	0	9	7	45
Durchschnittliche PD in %	0	0	0	0	80	82	1
Malta							
Netto-EAD	13	19	202	0	2	0	237
Durchschnittliche LGD in %	50	38	5	0	12	59	11
Durchschnittliche PD in %	0	0	1	0	7	7	1
Mauritius							
Netto-EAD	0	0	134	0	1	0	135
Durchschnittliche LGD in %	0	0	37	0	6	27	36
Durchschnittliche PD in %	0	0	1	0	0	0	1
Mexiko							
Netto-EAD	0	347	755	0	4	77	1.183
Durchschnittliche LGD in %	50	47	44	0	10	42	44
Durchschnittliche PD in %	0	0	1	0	4	45	4

31.12. 2014

in Mio €. (sofern nicht anders angegeben)	Zentralstaaten und Zentralbanken	Institute	Unternehmen	Mengengeschäft mit KMU	Mengengeschäft durch Wohnimmobilien besichert	Sonstiges Mengengeschäft	Insgesamt
Niederlande							
Netto-EAD	213	4.779	11.300	0	79	18	16.389
Durchschnittliche LGD in %	47,53	23,42	31,49	26,96	14,93	31,08	29
Durchschnittliche PD in %	0,02	0,06	4,91	1,61	4,18	2,99	3
Neuseeland							
Netto-EAD	24	88	319	0	1	0	432
Durchschnittliche LGD in %	50,00	27,24	39,20	0	8,84	46,39	37
Durchschnittliche PD in %	0	0,04	0,14	0	0,81	0,46	0
Nigeria							
Netto-EAD	30	0	617	0	1	0	649
Durchschnittliche LGD in %	3,76	0	8,18	0	29,27	47,14	8
Durchschnittliche PD in %	0,64	0	3,33	0	0,83	2,24	3
Norwegen							
Netto-EAD	12	614	1.038	1	17	1	1.682
Durchschnittliche LGD in %	50,00	41,65	26,63	10,10	17,66	54,45	32
Durchschnittliche PD in %	0	0,04	1,96	1,64	2,98	7,38	1
Pakistan							
Netto-EAD	0	0	180	0	0	1	182
Durchschnittliche LGD in %	50,00	0	40,77	0	7,94	15,72	41
Durchschnittliche PD in %	7,95	0	5,79	0	0,23	0,40	6
Peru							
Netto-EAD	91	0	234	0	0	2	327
Durchschnittliche LGD in %	50,00	0	28,77	0	0	13,76	35
Durchschnittliche PD in %	0,05	0	0,48	0	0	0,83	0
Philippinen							
Netto-EAD	310	0	427	0	1	0	739
Durchschnittliche LGD in %	50,00	0	39,13	0	12,03	44,29	44
Durchschnittliche PD in %	0,23	0	0,66	0	0,29	0,78	0
Polen							
Netto-EAD	1.223	102	1.060	662	4.738	196	7.981
Durchschnittliche LGD in %	50,00	33,33	40,14	45,49	29,81	39,45	36
Durchschnittliche PD in %	0,05	0,13	13,38	9,58	1,40	11,49	4
Portugal							
Netto-EAD	4	250	537	120	1.431	418	2.759
Durchschnittliche LGD in %	50,00	14,66	34,01	18,80	9,81	19,98	17
Durchschnittliche PD in %	0,64	2,47	8,41	12,58	5,39	11,53	7
Katar							
Netto-EAD	0	0	377	0	1	0	378
Durchschnittliche LGD in %	0	0	31,77	0	7,98	30,27	32
Durchschnittliche PD in %	0	0	0,26	0	2,01	2,09	0
Rumänien							
Netto-EAD	0	2	38	0	0	1	41
Durchschnittliche LGD in %	0	49,83	47,93	0	3,31	22,73	47
Durchschnittliche PD in %	0	0,51	0,22	0	1,37	2,32	0
Saudi-Arabien							
Netto-EAD	101	733	2.074	0	3	1	2.912
Durchschnittliche LGD in %	49,99	28,11	28,76	0	25,84	37,27	29
Durchschnittliche PD in %	0	0,08	0,55	0	0,56	1,32	0

31.12. 2014

in Mio €. (sofern nicht anders angegeben)	Zentralstaaten und Zentralbanken	Institute	Unternehmen	Mengengeschäft mit KMU	Mengengeschäft durch Wohnimmobilien besichert	Sonstiges Mengengeschäft	Insgesamt
Singapur							
Netto-EAD	915	392	5.250	0	14	3	6.573
Durchschnittliche LGD in %	50,00	39,95	18,25	61,90	9,20	17,99	24
Durchschnittliche PD in %	0	0,04	2,06	0,64	0,74	0,60	2
Slowakei							
Netto-EAD	8	4	29	0	0	0	41
Durchschnittliche LGD in %	50,00	23,68	44,76	0	5,18	35,73	43
Durchschnittliche PD in %	0,05	0,09	0,23	0	18,46	4,16	0
Südafrika							
Netto-EAD	56	389	457	1	6	3	910
Durchschnittliche LGD in %	50,00	19,48	44,57	5,40	10,26	24,21	34
Durchschnittliche PD in %	0,09	0,17	0,88	0,09	8,50	2,43	1
Südkorea							
Netto-EAD	1.410	1.403	2.180	0	2	0	4.995
Durchschnittliche LGD in %	48,41	38,49	41,21	0	8,58	38,68	42
Durchschnittliche PD in %	0	0,08	1,53	0	1,33	1,11	1
Spanien							
Netto-EAD	923	1.209	4.958	1.429	7.344	1.468	17.331
Durchschnittliche LGD in %	50,41	24,62	32,84	38,63	12,65	58,08	27
Durchschnittliche PD in %	1,04	1,28	15,73	4,90	5,26	18,25	9
Sri Lanka							
Netto-EAD	102	0	101	0	0	0	203
Durchschnittliche LGD in %	50,00	0	46,64	0	5,00	40,59	48
Durchschnittliche PD in %	2,92	0	1,65	0	0,23	4,34	2
Schweden							
Netto-EAD	3	548	1.094	0	14	2	1.661
Durchschnittliche LGD in %	30,00	39,50	41,24	0	14,72	45,14	40
Durchschnittliche PD in %	0,03	0,09	0,57	0	1,99	21,22	0
Schweiz							
Netto-EAD	4.313	2.357	9.909	2	169	55	16.805
Durchschnittliche LGD in %	49,77	29,28	21,73	8,40	14,01	23,01	30
Durchschnittliche PD in %	0	0,06	1,94	0,34	4,32	4,59	1
Taiwan							
Netto-EAD	742	0	1.501	0	0	5	2.248
Durchschnittliche LGD in %	33,55	0	39,97	0	0	3,55	38
Durchschnittliche PD in %	0	0	0,32	0	0	0,95	0
Thailand							
Netto-EAD	595	0	1.169	0	3	1	1.768
Durchschnittliche LGD in %	50,00	0	43,82	0	10,72	21,30	46
Durchschnittliche PD in %	0,09	0	0,52	0	0,82	0,32	0
Türkei							
Netto-EAD	191	2.827	885	0	5	2	3.910
Durchschnittliche LGD in %	50,00	10,08	47,28	0	9,80	33,37	20
Durchschnittliche PD in %	0,39	0,41	4,15	0	2,70	4,92	1
Ukraine							
Netto-EAD	27	0	112	0	2	0	142
Durchschnittliche LGD in %	50,00	0	49,91	0	17,93	46,13	50
Durchschnittliche PD in %	13,00	0	10,40	0	0,42	2,14	11

in Mio €. (sofern nicht anders angegeben)	Zentralstaaten und Zentralbanken	Institute	Unternehmen	Mengengeschäft mit KMU	Mengengeschäft durch Wohnimmobilien besichert	Sonstiges Mengengeschäft	Insgesamt
							31.12. 2014
Vereinigte Arabische Emirate							
Netto-EAD	214	0	2.640	0	13	15	2.881
Durchschnittliche LGD in %	50,00	0	38,10	0	12,09	36,33	38,86
Durchschnittliche PD in %	0,01	0	2,49	0	0,81	0,42	2,29
Großbritannien							
Netto-EAD	334	4.652	20.311	6	232	176	25.711
Durchschnittliche LGD in %	50,00	40,25	31,00	23,76	18,77	14,40	32,69
Durchschnittliche PD in %	0	0,30	2,36	2,56	14,14	83,52	2,62
USA							
Netto-EAD	54.744	11.045	85.958	1	63	283	152.093
Durchschnittliche LGD in %	49,54	37,15	25,77	40,69	12,96	37,15	35,17
Durchschnittliche PD in %	0,09	0,11	2,02	0,59	3,60	2,35	1,19
Uruguay							
Netto-EAD	0	0	62	0	0	2	65
Durchschnittliche LGD in %	50,00	0	9,46	0	6,98	5,36	9,33
Durchschnittliche PD in %	0,23	0	15,16	0	0,45	0,13	14,61
Venezuela							
Netto-EAD	9	0	42	0	1	9	62
Durchschnittliche LGD in %	31,42	0	27,59	49,65	12,35	5,21	24,40
Durchschnittliche PD in %	7,95	0	13,67	0,15	0,85	0,59	10,52
Vietnam							
Netto-EAD	60	0	153	0	2	0	215
Durchschnittliche LGD in %	50,00	0	43,20	0	8,37	32,61	44,82
Durchschnittliche PD in %	1,07	0	2,22	0	0,46	1,53	1,89
Sonstige							
Netto-EAD	7.445	991	8.052	2	93	132	16.715
Durchschnittliche LGD in %	42,96	40,43	24,30	27,24	15,19	11,71	33,42
Durchschnittliche PD in %	0,29	5,20	5,96	5,45	2,87	4,54	3,36
davon:							
Internationale Organisationen							
Netto-EAD	5.117	354	143	0	0	0	5.614
Durchschnittliche LGD in %	45,30	49,45	41,26	0	0	18,30	45,46
Durchschnittliche PD in %	0,01	0,01	0,08	0	0	2,92	0,01
Total	91.978	63.095	303.513	4.112	154.900	34.115	651.713

Die folgende Tabelle zeigt die Risikopositionen unserer nicht gezogenen Kreditzusagen im fortgeschrittenen IRBA. Die Angaben werden um einen EAD-gewichteten Konversionsfaktor und den sich daraus ergebenden aufsichtsrechtlichen EAD-Wert ergänzt.

Risikopositionswerte nicht gezogener Kreditzusagen im fortgeschrittenen IRBA nach Risikopositionsklassen

	31.12. 2014			31.12. 2013		
	Nicht gezogene Kreditzusagen in Mio €	Gewichteter Konversions-faktor (CCF) in %	Risikopositions-wert für nicht gezogene Kredit-zusagen (EAD) in Mio €	Nicht gezogene Kreditzusagen in Mio €	Gewichteter Konversions-faktor (CCF) in %	Risikopositions-wert für nicht gezogene Kredit-zusagen (EAD) in Mio €
Zentralregierungen und Zentralbanken	889	81	718	782	79	614
Institute	2.057	36	748	1.673	37	621
Unternehmen	174.303	33	57.536	138.047	33	46.058
Grundpfandrechtlich besicherte Positionen des Mengengeschäfts	6.174	76	4.716	6.827	74	5.085
Qualifizierte revolvierende Positionen des Mengengeschäfts	5.660	66	3.752	5.779	65	3.780
Sonstige Positionen des Mengengeschäfts	7.777	53	4.096	7.799	51	3.980
Risikopositionen nicht gezogener Kreditzusagen im fortgeschrittenen IRBA insgesamt	**196.860**	**36**	**71.566**	160.906	37	60.137

Der Jahresvergleich zeigt einen Anstieg der nicht in Anspruch genommenen Kreditzusageninsbesondere in der Risikopositionsklasse Unternehmen, welcher auf Fremdwährungsbewegungen und Geschäftswachstum in CB&S und GTB zurückzuführen ist. Einen weiteren Beitrag leistet die Umwidmung des Large Cap Corporates/Financial Institutions Portfolios vom IRB Basisansatz in den fortgeschrittenen Ansatz.

Risikopositionen mit aufsichtsrechtlich definierten Risikogewichten

Als IRBA-Institut sind wir verpflichtet, sonstige Risikopositionen wie Beteiligungen, Investmentanteile und sonstige Aktiva ohne Kreditverpflichtungen generell im IRBA zu erfassen. Für diese Risikopositionen werden typischerweise aufsichtsrechtlich definierte IRBA-Risikogewichte angewandt.

Wir berücksichtigen für Beteiligungspositionen, die seit dem 1. Januar 2008 eingegangen wurden, die einfache IRBA-Risikogewichtung im Sinne des Artikels 155 (2) CRR. Bei unseren Risikopositionen wird zwischen nicht börsengehandelten, aber ausreichend diversifizierten, börsengehandelten und sonstigen nicht börsengehandelten Beteiligungen unterschieden, und es werden die aufsichtsrechtlich definierten Risikogewichte von 190 %, 290 % beziehungsweise 370 % angewandt. Darüber hinaus zeigen wir Risikopositionen mit einem Risikogewicht von 250 % im Sinne des Artikels 48 (4) CRR für signifikante Beteiligungen in Tier-1-Kernkapital-Instrumenten von Finanzunternehmen, welche unter die Schwellenwert-Ausnahmeregelung des Artikels 48 CRR fallen.

Risikopositionen, die der Risikopositionsklasse „Sonstige Aktiva ohne Kreditverpflichtungen“ zugeordnet werden, erhalten ein IRBA-Risikogewicht von 0 % im Fall von Kassenbeständen, 250 % für von der künftigen Rentabilität abhängige latente Steueransprüche, die aus temporären Differenzen resultieren und über dem Schwellenwert gemäß Artikel 48 CRR liegen, sonst 100 %.

In der folgenden Tabelle sind unsere IRBA-Risikopositionen für Beteiligungen und sonstige Aktiva ohne Kreditverpflichtungen, für die aufsichtsrechtlich definierte Risikogewichte angesetzt werden, zusammengefasst. Kreditrisikominderungstechniken sind für diese Risikopositionen nicht relevant.

Risikopositionswerte für Beteiligungen, Investmentanteile und sonstige Aktiva ohne Kreditverpflichtungen nach Risikogewicht

in Mio €	31.12.2014	31.12.2013
0 %	2.130	883
100 %	3.891	5.739
190 %	0	62
250 %	7.103	0
290 %	266	184
370 %	1.096	1.089
Risikopositionswerte für Beteiligungen und sonstige kreditunabhängige Aktiva insgesamt	**14.486**	7.957

Der Anstieg resultiert hauptsächlich aus der Umstellung auf das neue aufsichtsrechtliche Rahmenwerk gemäß Artikel 48 CRR für das Risikogewicht von 250 %, welches die oben beschriebenen signifikanten Beteiligungen und latenten Steueransprüche reflektiert (10/15 %-Regel).

IRB-Basis-Ansatz

Wir wenden den IRB-Basis-Ansatz für die Mehrheit unserer für den IRB-Basis-Ansatz geeigneten übrigen Kreditportfolios bei der Postbank an, die im Jahr 2014 nicht dem fortgeschrittenen IRBA neu zugewiesen wurden. Der IRB-Basis-Ansatz steht im aufsichtsrechtlichen Regelwerk für Kreditrisiken zur Verfügung und erlaubt den Instituten die Verwendung ihrer internen Bonitätseinstufungsverfahren bei Berücksichtigung vordefinierter aufsichtsrechtlicher Werte für alle weiteren Risikoparameter. Die auf internen Abschätzungen basierenden Parameter umfassten die Ausfallwahrscheinlichkeit (PD), während die Verlustquote bei Ausfall (LGD) und der Konversionsfaktor (CCF) im aufsichtsrechtlichen Regelwerk definiert sind.

Für diese Risikopositionen in den Forderungsklassen Institute und Unternehmen sind entsprechende Bonitätseinstufungssysteme im IRB-Basis-Ansatz entwickelt worden. Jedem relevanten Kreditengagement eines Kunden wird eine Ausfallwahrscheinlichkeit auf Basis einer transparenten und konsistenten Skala der Bonitätseinstufungen zugeordnet. Die zugeordneten Kundenbonitätseinstufungen werden auf der Grundlage intern entwickelter Bonitätseinstufungsmodelle abgeleitet, welche konsistente und eindeutige kundenrelevante Kriterien definieren. Mithilfe solcher Bonitätseinstufungsmodelle wird auf Basis der spezifischen Ausprägung dieser Kriterien jedem Kunden eine Bonitätseinstufung zugewiesen. Die Kriterien werden aus Informationen abgeleitet, die für das jeweilige Kundensegment relevant sind, wie zum Beispiel das allgemeine Kundenverhalten, Finanz- und externe Daten. Die verwendeten Bonitätseinstufungsmodelle basieren auf statistischen Verfahren, die für bestimmte Portfoliosegmente um expertenbasierte Einschätzungen erweitert werden, welche die relevanten und verfügbaren quantitativen wie auch qualitativen Informationen berücksichtigen. Die Bonitätseinstufungssysteme berücksichtigen externe langfristige Bonitätseinstufungen der bedeutenden Ratingagenturen (das heißt Standards & Poor's, Moody's und Fitch Ratings).

Für den IRB-Basis-Ansatz wird eine Ausfalldefinition in Übereinstimmung mit den Anforderungen von Artikel 178 CRR verwendet, die von der BaFin als Teil des IRBA-Genehmigungsverfahrens bestätigt wurde.

IRB-Basis-Ansatz – Modellvalidierung

Wir überprüfen regelmäßig die Bonitätseinstufungsverfahren und Kreditrisikoparameter, die bei der Postbank zur Anwendung kommen. Während sich die Validierung der Bonitätseinstufungsverfahren auf die Trennschärfe der Modelle konzentriert, analysiert die Validierung des Risikoparameters PD die Vorhersagekraft dieses Parameters auf Basis des Vergleichs mit historischen Ausfallerfahrungen.

Validierungsergebnisse für in unserem Basis-IRBA verwendete Risikoparameter bei der Postbank

				PD
	2014		2013	
	Anzahl	EAD in %	Anzahl	EAD in %
Angemessen	0	0,0	2	99,6
Übermäßig konservativ	0	0,0	1	0,4
Progressiv	2	100,0	0	0,0
Insgesamt	**2**	**100,0**	3	100,0
Davon bereits rekalibriert und eingeführt		in 2014		in 2013
Übermäßig konservativ	0	0,0	0	0,0
Progressiv	0	0,0	0	0,0
Insgesamt	**0**	**0,0**	0	0,0

Die vorstehende Tabelle fasst die Resultate der Modellvalidierungen für den Risikoparameter PD zusammen, der in unserem Basis-IRBA für die Postbank verwendet wird. Wenn individuelle Ausprägungen der Risikoparameter als angemessen klassifiziert werden, wird durch die Validierung keine Rekalibrierung ausgelöst. Die Aufstellung zeigt sowohl die Anzahl als auch den relativen Risikopositionswert (EAD), der dem jeweiligen Parameter per 31. Dezember 2014 und per 31. Dezember 2013 zugeordnet wird.

Die zwei im Basis-IRBA relevanten Bonitätseinstufungssysteme der Postbank wurden als zu progressiv validiert. Die Rekalibrierung ist für 2015 angesetzt. Das in 2013 als übermäßig konservativ validierte Bonitätseinstufungssystem wurde in 2014 aufgegeben.

Risikopositionen im IRB-Basis-Ansatz

In den Portfolios der Postbank werden die Risikopositionswerte der aufsichtsrechtlichen Forderungsklassen unter Berücksichtigung von Kriterien wie beispielsweise kundenspezifischen Eigenschaften und das verwendete Bonitätseinstufungssystem ausgewiesen. Die folgenden Tabellen berücksichtigen auch Adressenausfallrisikopositionen von Postbank-Kunden, die aus Derivaten und Wertpapierfinanzierungsgeschäften resultieren, sofern diese dem IRB-Basis-Ansatz zugewiesen sind.

In der Tabelle werden die aufsichtsrechtlichen Positionswerte (EAD) zusammen mit risikopositionsgewichteten, durchschnittlichen Risikogewichten (Risk Weight, auch „RW“) dargestellt. Die Informationen werden nach der Anwendung von Kreditrisikominderungstechniken wie finanziellen, physischen und sonstigen Sicherheiten sowie Garantien und Kreditderivaten gezeigt. Der Brutto-EAD für die durch Garantien oder Kreditderivate besicherten Risikopositionen wird der Forderungsklasse des ursprünglichen Geschäftspartners zugewiesen, der Netto-EAD jedoch dem Gewährleistungsgeber.

Risikopositionswerte im IRB-Basis-Ansatz nach Bonitätsklassen für jede IRBA-Forderungsklasse

31.12.2014

in Mio € (sofern nicht anders angegeben)	iAAA bis iAA 0,000 – 0,045 %	iA 0,045 – 0,125 %	iBBB 0,125 – 0,475 %	iBB bis iCCC > 0,475 %	Insgesamt exkl. Ausfall	Ausfall	Insgesamt inkl. Ausfall
Zentralstaaten und Zentralbanken							
Brutto-Risikopositionswert	0	0	0	0	0	0	0
Netto-Risikopositionswert	0	0	0	0	0	0	0
davon:							
nicht gezogene Kreditzusagen	0	0	0	0	0	0	0
Durchschnittliches RW in %	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
Institute							
Brutto-Risikopositionswert	0	0	1	0	1	0	1
Netto-Risikopositionswert	0	0	0	0	0	0	0
davon:							
nicht gezogene Kreditzusagen	0	0	0	0	0	0	0
Durchschnittliches RW in %	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
Unternehmen							
Brutto-Risikopositionswert	1.785	267	2.261	1.559	5.872	167	6.039
Netto-Risikopositionswert	1.785	848	2.031	1.222	5.886	167	6.053
davon:							
nicht gezogene Kreditzusagen	8	1	169	41	219	5	224
Durchschnittliches RW in %	10,23	16,49	41,36	81,77	36,72	0,11	35,71
Insgesamt							
Brutto-Risikopositionswert	1.785	267	2.262	1.559	5.873	167	6.040
Netto-Risikopositionswert	1.785	848	2.031	1.222	5.886	167	6.053
davon:							
nicht gezogene Kreditzusagen	8	1	169	41	219	5	224
Durchschnittliches RW in %	10,23	16,49	41,36	81,77	36,72	0,11	35,71

31.12.2013

in Mio € (sofern nicht anders angegeben)	iAAA bis iAA 0,000 – 0,045 %	iA 0,045 – 0,125 %	iBBB 0,125 – 0,475 %	iBB bis iCCC > 0,475 %	Insgesamt exkl. Ausfall	Ausfall	Insgesamt inkl. Ausfall
Zentralstaaten und Zentralbanken							
Brutto-Risikopositionswert	0	8	0	0	8	0	8
Netto-Risikopositionswert	0	8	0	0	8	0	8
davon: nicht gezogene Kreditzusagen	0	0	0	0	0	0	0
Durchschnittliches RW in %	0,00	27,57	0,00	0,00	27,57	0,00	27,57
Institute							
Brutto-Risikopositionswert	259	3.413	1.790	130	5.592	0	5.592
Netto-Risikopositionswert	259	3.413	1.790	130	5.592	0	5.592
davon: nicht gezogene Kreditzusagen	0	0	6	0	6	0	6
Durchschnittliches RW in %	17,11	16,09	30,22	141,57	23,58	0,00	23,58
Unternehmen							
Brutto-Risikopositionswert	35	557	4.449	2.399	7.440	81	7.521
Netto-Risikopositionswert	35	928	4.224	2.128	7.315	81	7.396
davon: nicht gezogene Kreditzusagen	0	2	606	154	762	5	767
Durchschnittliches RW in %	15,31	26,16	53,72	110,99	66,71	0,00	65,97
Insgesamt							
Brutto-Risikopositionswert	294	3.978	6.239	2.529	13.040	81	13.121
Netto-Risikopositionswert	294	4.349	6.014	2.258	12.915	81	12.996
davon: nicht gezogene Kreditzusagen	0	2	612	154	768	5	773
Durchschnittliches RW in %	16,90	18,25	46,72	112,75	48,01	0,00	47,70

Die nachfolgenden Tabellen zeigen unsere Risikopositionen im IRB-Basis-Ansatz ohne Adressenausfallrisikopositionen aus Derivaten und Wertpapierfinanzierungsgeschäften gegenüber Zentralstaaten und Zentralbanken, Instituten und Unternehmen, verteilt auf unserer internen Skala der Bonitätseinstufungen, inklusive Informationen zur zugehörigen PD-Bandbreite pro Rasterstufe. Die interne Bonitätseinstufung korrespondiert mit den vergleichbaren externen Standard & Poor's Bonitätseinstufungen. Der Netto-EAD wird zusammen mit kalkulierten risikopositionsgewichteten Aktiva und dem durchschnittlichen Risikogewicht (RW) dargestellt. Die Informationen werden nach der Anwendung von Kreditrisikominderungstechniken wie finanziellen, physischen und sonstigen Sicherheiten sowie Garantien und Kreditderivaten gezeigt.

Risikopositionswerte im IRB-Basis-Ansatz nach Bonitätsklassen für Zentralstaaten und Zentralbanken (ohne Derivate und Wertpapierfinanzierungsgeschäfte)

in Mio € (sofern nicht anders angegeben)	31.12.2014				31.12.2013			
Interne Bonitätseinstufung	Netto-EAD	Durchschnittliche PD in %	RWA	Durchschnittliche RW in %	Netto-EAD	Durchschnittliche PD in %	RWA	Durchschnittliche RW in %
iAAA	0	0,00	0	0,00	0	0,00	0	0,00
iAA+	0	0,00	0	0,00	0	0,00	0	0,00
iAA	0	0,00	0	0,00	0	0,00	0	0,00
iAA–	0	0,00	0	0,00	0	0,00	0	0,00
iA+	0	0,00	0	0,00	0	0,00	0	0,00
iA	0	0,00	0	0,00	0	0,00	0	0,00
iA–	0	0,00	0	0,00	8	0,08	2	27,57
iBBB+	0	0,00	0	0,00	0	0,00	0	0,00
iBBB	0	0,00	0	0,00	0	0,00	0	0,00
iBBB–	0	0,00	0	0,00	0	0,00	0	0,00
iBB+	0	0,00	0	0,00	0	0,00	0	0,00
iBB	0	0,00	0	0,00	0	0,00	0	0,00
iBB–	0	0,00	0	0,00	0	0,00	0	0,00
iB+	0	0,00	0	0,00	0	0,00	0	0,00
iB	0	0,00	0	0,00	0	0,00	0	0,00
iB–	0	0,00	0	0,00	0	0,00	0	0,00
iCCC+	0	0,00	0	0,00	0	0,00	0	0,00
iCCC	0	0,00	0	0,00	0	0,00	0	0,00
iCCC–	0	0,00	0	0,00	0	0,00	0	0,00
Insgesamt ohne Ausfall	**0**	**0,00**	**0**	**0,00**	8	0,08	2	27,57
Ausfall	0	0,00	0	0,00	0	0,00	0	0,00
Insgesamt mit Ausfall	**0**	**0,00**	**0**	**0,00**	8	0,08	2	27,57

Risikopositionswerte im IRB-Basis-Ansatz nach Bonitätsklassen für Institute (ohne Derivate und Wertpapierfinanzierungsgeschäfte)

in Mio €
(sofern nicht anders angegeben)

	31.12.2014				31.12.2013			
Interne Bonitätseinstufung	Netto-EAD	Durchschnittliche PD in %	RWA	Durchschnittliche RW in %	Netto-EAD	Durchschnittliche PD in %	RWA	Durchschnittliche RW in %
iAAA	0	0,00	0	0,00	0	0,00	0	0,00
iAA+	0	0,00	0	0,00	0	0,00	0	0,00
iAA	0	0,00	0	0,00	98	0,03	15	15,31
iAA–	0	0,00	0	0,00	155	0,04	28	18,21
iA+	0	0,00	0	0,00	0	0,00	0	0,00
iA	0	0,00	0	0,00	405	0,06	27	6,77
iA–	0	0,00	0	0,00	2.934	0,09	499	17,00
iBBB+	0	0,00	0	0,00	411	0,15	141	34,24
iBBB	0	0,00	0	0,00	994	0,23	260	26,18
iBBB–	0	0,00	0	0,00	369	0,38	133	36,14
iBB+	0	0,00	0	0,00	64	0,69	54	84,83
iBB	0	0,00	0	0,00	15	1,23	16	105,09
iBB–	0	0,00	0	0,00	9	2,06	11	122,67
iB+	0	0,00	0	0,00	0	0,00	0	0,00
iB	0	0,00	0	0,00	0	0,00	0	0,00
iB–	0	0,00	0	0,00	0	0,00	0	0,00
iCCC+	0	0,00	0	0,00	0	0,00	0	0,00
iCCC	0	0,00	0	0,00	41	18,00	102	246,68
iCCC–	0	0,00	0	0,00	0	0,00	0	0,00
Insgesamt ohne Ausfall	**0**	**0,00**	**0**	**0,00**	5.495	0,29	1.286	23,43
Ausfall	0	0,00	0	0,00	0	0,00	0	0,00
Insgesamt mit Ausfall	**0**	**0,00**	**0**	**0,00**	5.495	0,29	1.286	23,43

Risikopositionswerte im IRB-Basis-Ansatz nach Bonitätsklassen für Unternehmen (ohne Derivate und Wertpapierfinanzierungsgeschäfte)

in Mio €
(sofern nicht anders angegeben)

	31.12.2014				31.12.2013			
Interne Bonitätseinstufung	Netto-EAD	Durchschnittliche PD in %	RWA	Durchschnittliche RW in %	Netto-EAD	Durchschnittliche PD in %	RWA	Durchschnittliche RW in %
iAAA	0	0,00	0	0,00	0	0,00	0	0,00
iAA+	0	0,00	0	0,00	0	0,00	0	0,00
iAA	1.767	0,03	180	10,20	35	0,03	5	15,31
iAA–	18	0,04	2	13,26	0	0,00	0	0,00
iA+	0	0,00	0	0,00	0	0,00	0	0,00
iA	26	0,06	4	16,90	518	0,06	115	22,13
iA–	814	0,08	133	16,31	405	0,10	127	31,30
iBBB+	540	0,15	121	22,32	912	0,15	362	39,65
iBBB	879	0,23	379	43,12	1.510	0,23	754	49,93
iBBB–	549	0,38	306	55,82	1.666	0,38	1.076	64,60
iBB+	736	0,69	494	67,12	1.121	0,69	951	84,81
iBB	236	1,23	162	68,79	272	1,23	284	104,62
iBB–	35	2,06	28	78,64	287	2,06	347	120,99
iB+	0	0,00	0	0,00	0	0,00	0	0,00
iB	32	3,78	17	54,16	170	3,78	246	144,76
iB–	28	7,26	32	113,90	37	7,26	66	177,02
iCCC+	5	12,76	11	198,16	1	12,76	3	223,09
iCCC	62	18,00	156	250,41	163	18,00	382	234,34
iCCC–	0	0,00	0	0,00	0	0,00	0	0,00
Insgesamt ohne Ausfall	**5.727**	**0,52**	**2.025**	**35,36**	7.097	0,95	4.718	66,48
Ausfall	165	100,00	0	0,11	80	100,00	0	0,00
Insgesamt mit Ausfall	**5.892**	**3,31**	**2.025**	**34,38**	7.177	2,05	4.718	65,73

Der Rückgang der Risikopositionen im IRB-Basis-Ansatz für Zentralstaaten und Zentralbanken, Instituten und Unternehmen resultiert hauptsächlich aus der Zulassung des Postbank Large Cap Corporate/Financial Institutions Portfolios zum fortgeschrittenen IRBA.

Die folgende Tabelle zeigt die IRB-Basis-Ansatz-Risikopositionswerte verteilt auf Risikopositionsklassen und auf alle relevanten geografischen Belegenheiten. Relevante geografische Belegenheiten sind Länder, in denen die Deutsche Bank eine Niederlassung oder Filiale betreibt und ein Risikopositionswert von mindestens 0,5 Mio € besteht. Positionen, die diese Anforderungen nicht erfüllen, werden in „Sonstige“ ausgewiesen, welche auch Positionen gegenüber internationalen Organisationen beinhaltet. Die Risikopositionen sind den Ländern basierend auf dem Ursprungsland des Kontrahenten zugeordnet. Der Netto-Risikopositionswert wird in Verbindung mit der durchschnittlichen PD in % ausgewiesen.

Netto-Risikopositionswert und durchschnittliche PD im IRB-Basis-Ansatz nach geografischer Belegenheit (einschließlich Derivate und Wertpapierfinanzierungsgeschäfte)

31.12. 2014

in Mio € (sofern nicht anders angegeben)	Zentralstaaten und Zentralbanken	Institute	Unternehmen	Insgesamt
Argentinien				
Netto-EAD	0	0	9	9
Durchschnittliche PD in %	0	0	0,13	0,13
Australien				
Netto-EAD	0	0	6	6
Durchschnittliche PD in %	0	0	0,27	0,27
Österreich				
Netto-EAD	0	0	249	249
Durchschnittliche PD in %	0	0	0,20	0,20
Belgien				
Netto-EAD	0	0	88	88
Durchschnittliche PD in %	0	0	2,15	2,15
Brasilien				
Netto-EAD	0	0	13	13
Durchschnittliche PD in %	0	0	0,28	0,28
Chile				
Netto-EAD	0	0	1	1
Durchschnittliche PD in %	0	0	0,07	0,07
China				
Netto-EAD	0	0	5	5
Durchschnittliche PD in %	0	0	1,17	1,17
Kolumbien				
Netto-EAD	0	0	3	3
Durchschnittliche PD in %	0	0	0,16	0,16
Tschechien				
Netto-EAD	0	0	19	19
Durchschnittliche PD in %	0	0	0,28	0,28
Dänemark				
Netto-EAD	0	0	12	12
Durchschnittliche PD in %	0	0	1,47	1,47
Finnland				
Netto-EAD	0	0	12	12
Durchschnittliche PD in %	0	0	0,17	0,17
Frankreich				
Netto-EAD	0	0	180	180
Durchschnittliche PD in %	0	0	1,06	1,06
Deutschland				
Netto-EAD	0	0	4.621	4.621
Durchschnittliche PD in %	0	0	2,72	2,72
Griechenland				
Netto-EAD	0	0	10	10
Durchschnittliche PD in %	0	0	0,07	0,07
Hongkong				
Netto-EAD	0	0	2	2
Durchschnittliche PD in %	0	0	0,34	0,34
Ungarn				
Netto-EAD	0	0	19	19
Durchschnittliche PD in %	0	0	0,43	0,43
Indien				
Netto-EAD	0	0	6	6
Durchschnittliche PD in %	0	0	0,31	0,31

In Mio € (sofern nicht anders angegeben)	Zentralstaaten und Zentralbanken	Institute	Unternehmen	Insgesamt
				31.12. 2014
Indonesien				
Netto-EAD	0	0	2	2
Durchschnittliche PD in %	0	0	0,28	0,28
Irland				
Netto-EAD	0	0	8	8
Durchschnittliche PD in %	0	0	0,27	0,27
Israel				
Netto-EAD	0	0	1	1
Durchschnittliche PD in %	0	0	0,43	0,43
Italien				
Netto-EAD	0	0	117	117
Durchschnittliche PD in %	0	0	0,25	0,25
Japan				
Netto-EAD	0	0	2	2
Durchschnittliche PD in %	0	0	0,35	0,35
Luxemburg				
Netto-EAD	0	0	42	42
Durchschnittliche PD in %	0	0	0,16	0,16
Malaysia				
Netto-EAD	0	0	2	2
Durchschnittliche PD in %	0	0	0,31	0,31
Mexiko				
Netto-EAD	0	0	7	7
Durchschnittliche PD in %	0	0	0,16	0,16
Niederlande				
Netto-EAD	0	0	102	102
Durchschnittliche PD in %	0	0	0,42	0,42
Nigeria				
Netto-EAD	0	0	2	2
Durchschnittliche PD in %	0	0	8,72	8,72
Norwegen				
Netto-EAD	0	0	3	3
Durchschnittliche PD in %	0	0	0,13	0,13
Peru				
Netto-EAD	0	0	2	2
Durchschnittliche PD in %	0	0	0,13	0,13
Polen				
Netto-EAD	0	0	26	26
Durchschnittliche PD in %	0	0	0,70	0,70
Portugal				
Netto-EAD	0	0	7	7
Durchschnittliche PD in %	0	0	0,22	0,22
Katar				
Netto-EAD	0	0	1	1
Durchschnittliche PD in %	0	0	0,09	0,09
Rumänien				
Netto-EAD	0	0	17	17
Durchschnittliche PD in %	0	0	0,81	0,81
Singapur				
Netto-EAD	0	0	3	3
Durchschnittliche PD in %	0	0	0,13	0,13
Slowakei				
Netto-EAD	0	0	12	12
Durchschnittliche PD in %	0	0	0,59	0,59

				31.12. 2014
in Mio € (sofern nicht anders angegeben)	Zentralstaaten und Zentralbanken	Institute	Unternehmen	Insgesamt
Südafrika				
Netto-EAD	0	0	1	1
Durchschnittliche PD in %	0	0	0,20	0,20
Südkorea				
Netto-EAD	0	0	2	2
Durchschnittliche PD in %	0	0	0,31	0,31
Spanien				
Netto-EAD	0	0	47	47
Durchschnittliche PD in %	0	0	0,41	0,41
Schweden				
Netto-EAD	0	0	21	21
Durchschnittliche PD in %	0	0	0,29	0,29
Schweiz				
Netto-EAD	0	0	111	111
Durchschnittliche PD in %	0	0	0,81	0,81
Taiwan				
Netto-EAD	0	0	1	1
Durchschnittliche PD in %	0	0	0,35	0,35
Thailand				
Netto-EAD	0	0	3	3
Durchschnittliche PD in %	0	0	0,22	0,22
Türkei				
Netto-EAD	0	0	3	3
Durchschnittliche PD in %	0	0	1,40	1,40
Vereinigte Arabische Emirate				
Netto-EAD	0	0	2	2
Durchschnittliche PD in %	0	0	0,19	0,19
Großbritannien				
Netto-EAD	0	0	158	158
Durchschnittliche PD in %	0	0	41,44	41,44
USA				
Netto-EAD	0	0	51	51
Durchschnittliche PD in %	0	0	0,47	0,47
Uruguay				
Netto-EAD	0	0	2	2
Durchschnittliche PD in %	0	0	0,12	0,12
Sonstige				
EAD	0	0	40	40
Durchschnittliche PD in %	0	0	2,15	2,15
davon:				
Internationale Organisationen				
EAD	0	0	0	0
Durchschnittliche PD in %	0	0	0	0
Insgesamt	0	0	6.053	6.053

Die nachstehende Tabelle fasst die IRBA-Risikopositionen basierend auf EAD für Spezialfinanzierungen zusammen. Für die Ermittlung der Mindestkapitalanforderungen wurden regulatorische Risikogewichte angewandt, sofern bei der Zuordnung eines Risikogewichts eventuelle risikomindernde Faktoren aufgrund der speziellen Risikostruktur berücksichtigt wurden. Weitere Kreditrisikominderungstechniken wurden nicht berücksichtigt.

Kreditrisikopositionen für Spezialfinanzierungen nach Risikogewicht

in Mio €	31.12.2014	31.12.2013
Risikogewichtsklasse 1 (stark)	2.806	8.223
Risikogewichtsklasse 2 (gut)	811	680
Risikogewichtsklasse 3 (befriedigend)	429	139
Risikogewichtsklasse 4 (schwach)	41	65
Risikogewichtsklasse 5 (ausgefallen)	128	1.061
Risikopositionswert für Spezialfinanzierungen insgesamt	**4.215**	10.169

Der Rückgang ergibt sich im Wesentlichen aus einem Teil der Positionen bei der Postbank, für welche die BaFin in 2014 ein Bonitätseinstufungsverfahren für Spezialfinanzierungen im fortgeschrittenen IRBA zugelassen hat.

Standardansatz

Wir wenden für eine Teilmenge unserer Kreditrisikopositionen den Standardansatz an. Der Standardansatz misst das Kreditrisiko entweder gemäß festgelegten Risikogewichten, die aufsichtsrechtlich definiert sind, oder durch die Anwendung externer Bonitätseinstufungen.

In Übereinstimmung mit Artikel 150 CRR ordnen wir bestimmte Risikopositionen dauerhaft dem Standardansatz zu. Hierbei handelt es sich in erster Linie um Risikopositionen, deren Erfüllung von der Bundesrepublik Deutschland oder anderen öffentlichen Stellen in Deutschland sowie Zentralregierungen anderer Mitgliedsstaaten der Europäischen Union, soweit sie die erforderlichen Voraussetzungen erfüllen, geschuldet werden. Diese Risikopositionen machen mehr als die Hälfte der Risikopositionen im Standardansatz aus und erhalten überwiegend ein Risikogewicht von 0 %. Für interne Zwecke werden sie jedoch im Rahmen einer internen Kreditbewertung angemessen erfasst und in die Prozesse für die Risikosteuerung und das Ökonomische Kapital integriert.

Bei bestimmten Risikopositionen für Investmentanteile wenden wir die „Durchschaulösung“ an, wonach Investmentanteile in ihre zugrunde liegenden Risikopositionen zerlegt werden. Gemäß Artikel 152 CRR werden diese Risikopositionen, die hauptsächlich aus Vermögenswerten leistungsdefinierter Pensionsfonds bestehen, dem Standardansatz zugeordnet.

In Übereinstimmung mit Artikel 150 CRR und § 10 SolvV ordnen wir weitere, grundsätzlich dem IRBA zuordenbare Engagements dauerhaft dem Standardansatz zu. Diese Teilmenge umfasst einige kleinere Portfolios, die im Rahmen einer Einzelbetrachtung als immateriell für die Einbeziehung in den IRBA erachtet werden.

Andere Positionen von geringer Größe sind vorübergehend dem Standardansatz zugeordnet, und wir planen, diese stufenweise in den IRBA zu überführen. Die Priorisierung und der dazugehörende Umsetzungsplan wurden für diese Positionen mit der BaFin, der Deutschen Bundesbank und der EZB diskutiert und vereinbart.

Bei Beteiligungspositionen, die bereits vor dem 1. Januar 2008 eingegangen wurden, machen wir von der Übergangsregelung Gebrauch, diese Positionen von der Anwendung des IRBA auszunehmen, und legen in Einklang mit dem Standardansatz ein Risikogewicht von 100 % zugrunde.

Um die aufsichtsrechtlichen Eigenkapitalanforderungen nach dem Standardansatz zu berechnen, verwenden wir entsprechende externe Bonitätseinstufungen von Standard & Poor’s, Moody’s und Fitch Ratings und in einigen Fällen auch von DBRS. DBRS-Bonitätseinstufungen wurden in 2009 neu in den Standardansatz für eine kleine Anzahl an Engagements eingebracht. Bonitätseinstufungen werden für alle relevanten Risikopositionsklassen im Standardansatz angewandt. Steht für eine spezifische Risikoposition mehr als eine Bonitätseinstufung zur Verfügung, erfolgt die Risikogewichtung im Rahmen der Kapitalberechnung unter Berücksichtigung der in Artikel 138 CRR aufgeführten Auswahlkriterien. Darüber hinaus leiten wir vor dem Hintergrund der geringen durch den Standardansatz abgedeckten Volumina und des hohen Anteils von darin durch externe Bonitätseinstufungen abgedeckten Engagements gegenüber Zentralstaaten keine Bonitätseinstufungen von Kreditnehmern von Emittenten-Bonitätseinstufungen ab.

Die nachfolgende Tabelle zeigt unsere Risikopositionswerte im Standardansatz nach Risikogewichtung. Die Werte werden vor und nach der Anwendung von Kreditrisikominderungstechniken wie anrechenbaren finanziellen Sicherheiten sowie Garantien und Kreditderivaten gezeigt. Die Tabelle enthält nicht die Risikopositionen zu Verbriefungen im regulatorischen Anlagebuch und die Investmentanteile der Postbank, die dem Standardansatz zugeordnet werden. Letztere werden in der Tabelle „EAD für Investmentanteile der Postbank nach Risikogewichtung“ im Anschluss gezeigt.

Risikopositionswerte im Standardansatz nach Risikogewicht

	31.12.2014		31.12.2013	
in Mio €	Vor Kreditrisiko-minderung	Nach Kreditrisiko-minderung	Vor Kreditrisiko-minderung	Nach Kreditrisiko-minderung
0 %	83.870	84.907	78.483	80.150
2 %	31.773	31.654	0	0
4 %	0	0	0	0
10 %	22	22	34	34
20 %	1.131	1.197	1.661	1.656
35 %	3.699	3.698	11.606	11.601
50 %	12.020	12.056	5.914	5.960
70 %	2.992	2.992	0	0
75 %	8.612	7.250	15.043	12.300
100 %	20.388	15.152	27.050	17.861
150 %	3.062	2.926	889	880
Risikopositionswerte im Standardansatz insgesamt	**167.568**	**161.854**	140.680	130.441

Der Anstieg des EAD in der Berichtsperiode ist hauptsächlich auf die Umsetzung des CRR/CRD 4-Rahmenwerks zurückzuführen. Risikopositionswerte aus Handelsgeschäften mit zentralen Gegenparteien werden jetzt mit 2 % Risikogewicht angesetzt. Zum Anstieg tragen außerdem die Risikopositionswerte der leistungsorientierten Pensionspläne bei, die in 2014 mit einer Rate von 20 % berücksichtigt wurden.

Die nachstehende Tabelle zeigt die Risikopositionen für Investmentanteile der Postbank im Standardansatz nach Risikogewichtung. Sie enthält Wertpapiere in Form von Investmentanteilen, die auf Basis der Durchschaulösung dem Standardansatz zugeordnet wurden, sowie die Risikopositionswerte für Investmentanteile, deren Risikogewicht von Dritten berechnet und im Standardansatz nach Risikogewichtung gezeigt werden. Kreditrisikominderungstechniken wurden nicht angewandt.

Risikopositionswerte für Investmentanteile der Postbank nach Risikogewichtung

in Mio €	31.12.2014	31.12.2013
Anleihen innerhalb von Investmentanteilen		
0 %	0	1.058
5 %	1.569	0
11 %	0	0
22 %	2	26
55 %	0	274
110 %	0	327
200 %	44	45
300 %	0	0
Risikopositionswert für Anleihen von Investmentanteilen	**1.615**	1.730
Investmentanteile mit Risikogewichtsanlieferung		
< 22 %	0	0
> 22 % < 110 %	215	182
> 110 %	8	8
Risikopositionswert für Investmentanteile mit Risikogewichtsanlieferung	**223**	190
Risikopositionswert für Investmentanteile im Standardansatz insgesamt	**1.838**	1.920

Aufsichtsrechtliche Anwendung der Kreditrisikominderungstechniken

Risikoaktiva und aufsichtsrechtliche Kapitalanforderungen können mithilfe von Kreditrisikominderungstechniken aktiv gesteuert werden. Als Voraussetzung für deren Anerkennung im Rahmen der aufsichtsrechtlichen Berechnung müssen nach Maßgabe der CRR bestimmte Mindestanforderungen hinsichtlich des Sicherheitenmanagements, der Überwachungsprozesse und der rechtlichen Durchsetzbarkeit eingehalten werden.

Der Umfang der aufsichtsrechtlichen Anerkennung anrechenbarer Sicherheiten ist in erster Linie von der für eine spezifische Risikoposition angewandten Methode zur Berechnung des aufsichtsrechtlichen Kapitals abhängig. Im Prinzip erlaubt ein höherer Grad an Differenzierung der zugrunde liegenden Methodik eine weitere Spanne berücksichtigungsfähiger Sicherheiten sowie zusätzliche Optionen bei der Berücksichtigung von Garantien und Kreditderivaten. Dennoch sind auch die Einhaltung der Mindestanforderungen sowie die Mechanismen zur Berücksichtigung des Effekts aus Risikominderungstechniken vorwiegend durch die gewählte aufsichtsrechtliche Kapitalberechnungsmethode bestimmt.

Der fortgeschrittene IRBA akzeptiert prinzipiell alle Arten von finanziellen Sicherheiten ebenso wie Immobilien, Sicherungsabtretungen oder sonstige physische Sicherheiten. Bei der Anwendung des fortgeschrittenen IRBA gibt es grundsätzlich keine Beschränkung für die Bandbreite akzeptierter Sicherheiten, sofern den Aufsichtsbehörden nachgewiesen werden kann, dass zuverlässige Schätzungen von Sicherheitswerten erstellt und grundlegende Anforderungen erfüllt werden.

Derselbe Grundsatz gilt für die erlangten Vorteile aus der Anrechnung von Garantien und Kreditderivaten. Innerhalb des fortgeschrittenen IRBA existieren grundsätzlich ebenfalls keine Beschränkungen bezüglich der Auswahl der zulässigen Anbieter von Sicherheiten, solange einige grundsätzliche Mindestanforderungen eingehalten werden. Dennoch werden die Kreditwürdigkeit der Gewährleistungsgeber und andere relevante Faktoren durch die von uns angewandten internen Modelle berücksichtigt.

In unseren Berechnungen zum fortgeschrittenen IRBA werden finanzielle und andere Sicherheiten generell durch die Anpassung der zu verwendenden LGD, die als Eingangsparameter zur Bestimmung der Risikogewichtung dient, berücksichtigt. Im Rahmen der Anerkennung von Garantien und Kreditderivaten wird prinzipiell der Substitutionsansatz für die PD angewandt. Das bedeutet, dass innerhalb der Risikogewichtsberechnung im fortgeschrittenen IRBA die PD des Schuldners gegen die PD des Sicherheiten- oder Gewährleistungsgebers ausgetauscht wird. Für bestimmte garantierte Risikopositionen und bestimmte Sicherheitengeber ist jedoch der sogenannte Double-Default-Effekt anwendbar. Dieser unterstellt, dass für eine garantierte Risikoposition nur dann ein Verlust auftritt, wenn sowohl der Schuldner als auch der Gewährleistungsgeber gleichzeitig ihren Verpflichtungen nicht nachkommen.

Die nachfolgende Tabelle zeigt die Risikopositionswerte im fortgeschrittenen IRBA vor Kreditrisikominderungstechniken mit den besicherten Anteilen aus berücksichtigungsfähigen Sicherheiten nach dem fortgeschrittenen IRBA sowie Garantien und Kreditderivaten.

Besicherte Risikopositionswerte im fortgeschrittenen IRBA nach Risikopositionsklasse

	31.12.2014				31.12.2013			
in Mio €	Gesamter Risikopositionswert	Berücksichtigungsfähige Sicherheiten nach dem fortgeschrittenen IRBA	Garantien und Kreditderivate	Gesamter besicherter Risikopositionswert[1]	Gesamter Risikopositionswert	Berücksichtigungsfähige Sicherheiten nach dem fortgeschrittenen IRBA	Garantien und Kreditderivate	Gesamter besicherter Risikopositionswert[1]
Zentralregierungen und Zentralbanken	85.182	1.004	2.129	3.133	85.815	2.716	2.042	4.758
Institute	61.785	12.036	2.456	14.492	60.373	13.751	2.255	16.005
Unternehmen	311.791[2]	67.424	25.091	92.515	273.955[2]	66.369	21.540	87.908
Mengengeschäft	192.891	135.969	968	136.937	190.588	133.104	1.009	134.113
Insgesamt	**651.649**	**216.433**	**30.644**	**247.077**	610.731	215.940	26.845	242.785

[1] Enthält keine Besicherungen, da diese bereits in der Messgröße EPE berücksichtigt sind.
[2] Beinhaltet Veritätsrisikopositionen in Höhe von 1,43 Mrd € zum Jahresende 2014 und von 1,16 Mrd € zum Jahresende 2013.

Die Erhöhung des Risikopositionswerts und des entsprechenden besicherten Risikopositionswerts ist vor allem durch Modelländerungen, Wechselkursbewegungen und eines spezifischen Wachstums in den Geschäftsbereichen CB&S und GTB in der Risikopositionsklasse Unternehmen getrieben. Einen zusätzlichen Beitrag zu diesem Effekt leistet der Wechsel des Postbank Large Cap Corporate/Financial Institutions Portfolios vom IRB-Basisansatz in den fortgeschrittenen Ansatz.

Im Vergleich zum fortgeschrittenen IRBA setzt der IRB-Basis-Ansatz strengere Anforderungen für die Anwendung von Kreditrisikominderungstechniken an, gestattet dafür jedoch die Berücksichtigung von finanziellen Sicherheiten, Garantien und Kreditderivaten sowie anderen im Rahmen des IRB-Basis-Ansatzes anrechenbaren Sicherheiten wie Hypotheken und Sicherungsabtretungen.

Bei im Rahmen des IRB-Basis-Ansatzes verwendeten finanziellen Sicherheiten handelt es sich um Barsicherheiten, Schuldverschreibungen und sonstige Wertpapiersicherheiten im Zusammenhang mit Repo-Leihe-Geschäften.

Die folgende Tabelle zeigt die Risikopositionswerte im fortgeschrittenen IRBA vor Kreditrisikominderungstechniken mit den besicherten Anteilen aus finanziellen Sicherheiten, sonstigen Sicherheiten sowie Garantien und Kreditderivaten.

Besicherte Risikopositionswerte im IRB-Basis-Ansatz nach Risikopositionsklasse

					31.12.2014
in Mio €	Gesamter Risiko-positionswert	Finanzielle Sicherheiten	Sonstige Sicherheiten	Garantien und Kreditderivate	Gesamter besicherter Risiko-positionswert
Zentralregierungen und Zentralbanken	0	0	0	0	0
Institute	1	0	0	0	0
Unternehmen	6.039	0	0	567	567
Insgesamt	6.040	0	0	567	567

					31.12.2013
in Mio €	Gesamter Risiko-positionswert	Finanzielle Sicherheiten	Sonstige Sicherheiten	Garantien und Kreditderivate	Gesamter besicherter Risiko-positionswert
Zentralregierungen und Zentralbanken	8	0	0	0	0
Institute	5.592	0	0	0	0
Unternehmen	7.521	0	0	643	643
Insgesamt	13.121	0	0	643	643

Der Rückgang im Risikopositionswert erklärt sich hauptsächlich durch den Wechsel des Postbank Large Cap Corporate/Financial Institutions Portfolios vom IRB-Basis-Ansatz in den fortgeschrittenen Ansatz und stellt damit die komplementäre Bewegung zu dem im fortgeschrittenen Ansatz erklärten Effekt dar.

Die Anerkennung von Sicherheiten im Standardansatz ist limitiert auf anrechenbare finanzielle Sicherheiten wie Bargeld und Goldbarren sowie bestimmte Schuldverschreibungen, Beteiligungen und Investmentanteile, die in vielen Fällen nur mit ihrem schwankungsbereinigten Wert berücksichtigt werden können. In seiner grundsätzlichen Struktur bietet der Standardansatz eine bevorzugte (niedrigere) Risikogewichtung für durch Immobilien besicherte Positionen. Wendet man diese bevorzugte Risikogewichtung an, werden Immobilien im Standardansatz nicht als Sicherheiten berücksichtigt. Weitere Beschränkungen sind bezüglich anrechenbarer Gewährleistungsgeber und Kreditderivateanbieter zu beachten.

Zur Berücksichtigung der Risikominderungstechniken in der Berechnung der aufsichtsrechtlichen Kapitalanforderungen nutzen wir für finanzielle Sicherheiten die umfassende Methode, die aufgrund eines höheren Differenzierungsgrades eine breitere Auswahl an anrechenbaren Sicherheiten zulässt. Innerhalb dieses Ansatzes mindern die finanziellen Sicherheiten den Risikopositionswert der jeweiligen Risikoposition, während dem in Form von Garantien und Kreditderivaten erhaltenen Schutz durch Substitution Rechnung getragen wird. Bei der Substitution wird das Risikogewicht des Schuldners durch das Risikogewicht des Gewährleistungsgebers ersetzt.

Die nachfolgende Tabelle enthält die Risikopositionen des Standardansatzes mit den besicherten Anteilen aus berücksichtigungsfähigen Sicherheiten sowie Garantien und Kreditderivaten. Die Risikopositionsklassen wer-

den gemäß des CRR/CRD 4-Rahmenwerks gezeigt und sind prinzipiell vergleichbar mit den Risikopositionsklassen gemäß des Basel 2.5 Rahmenwerks.

Risikopositionswerte im Standardansatz nach Risikopositionsklasse

	31.12.2014				31.12.2013			
in Mio €	Gesamter Risiko-positionswert	Finanzielle Sicherheiten	Garantien und Kreditderivate	Gesamter besicherter Risiko-positionswert	Gesamter Risiko-positionswert	Finanzielle Sicherheiten	Garantien und Kreditderivate	Gesamter besicherter Risiko-positionswert
Zentralstaaten oder Zentralbanken	40.445	29	431	460	49.961	2	891	893
Regionalregierungen und örtliche Gebietskörperschaften	18.322	4	33	37	19.744	3	1	3
Öffentliche Stellen	10.182	1	474	475	4.180	1	587	588
Multilaterale Entwicklungsbanken	4.931	0	0	0	921	0	2	2
Internationale Organisationen	2.357	0	0	0	550	0	0	0
Institute	32.449	169	42	211	4.796	339	97	435
Unternehmen	16.381	4.268	20	4.288	23.763	7.985	115	8.100
Mengengeschäft	8.613	385	0	385	9.656	618	0	618
Durch Immobilien besichert	3.956	0	0	0	5.173	11	0	11
Ausgefallene Positionen	3.423	138	0	138	1.304	16	0	16
Mit besonders hohem Risiko verbundene Positionen	161	2	0	2	0	0	0	0
Gedeckte Schuldverschreibungen	22	0	0	0	34	0	0	0
Risikopositionen gegenüber Instituten und Unternehmen mit kurzfristiger Bonitätsbeurteilung	0	0	0	0	0	0	0	0
Organismen für gemeinsame Anlagen (OGA)	25.262	0	0	0	1.920	0	0	0
Beteiligungspositionen	2.707	0	0	0	3.023	0	0	0
Sonstige Positionen	419	0	0	0	17.575	0	0	0
Insgesamt	**169.630**	**4.996**	**1.001**	**5.996**	142.600	8.975	1.693	10.667

Die Erhöhung des Risikopositionswerts ist hauptsächlich auf die Einführung des CRR/CRD 4-Rahmenwerks zurückzuführen. Dies hat zur Folge, dass unsere Risikopositionen gegenüber zentralen Gegenparteien von nun der Risikopositionsklasse Institute zugerechnet werden. Vermögenswerte leistungsdefinierter Pensionsfonds, die in 2013 der Risikopositionsklasse „Sonstige Positionen“ zugerechnet wurden, fallen jetzt in die Risikopositionsklasse „Organismen für gemeinsame Anlagen (OGA)“. Die Berücksichtigung der CRR/CRD 4-Übergangsregelungen von 20 % in 2014 ist eine weitere Ursache für den Anstieg. Der Anstieg des Risikopositionswertes in der Risikopositionsklasse „Ausgefallene Positionen“ ist weitgehend auf die angepasste Ausfalldefinition unter dem CRR/CRD 4-Rahmenwerk zurückzuführen.

Verbriefungen

Der folgende Abschnitt zu Verbriefungen, der auf Seite 199 endet, zeigt spezifische Offenlegungen auf Basis von Säule 3. Die Regulierung erfordert kein Testat der Säule-3-Offenlegung. Dementsprechend ist dieser Abschnitt der Säule-3-Offenlegung nicht testiert. Dargestellte quantitative Angaben folgen dem regulatorischen Konzept zur Konsolidierung.

Überblick über unsere Verbriefungsaktivitäten

Wir engagieren uns in verschiedenen Geschäftsaktivitäten, die Verbriefungsstrukturen verwenden. Die wesentlichen Ziele sind, Anlagekunden den Zugang zu Risiko- und Ertragsprofilen bestimmter Portfolios von Vermögensgegenständen zu ermöglichen, ausleihenden Kunden Zugang zu Refinanzierungen zu gewähren sowie die Steuerung unserer eigenen Kreditrisiken.

Ein Marktteilnehmer im Verbriefungsmarkt kann typischerweise drei verschiedene Rollen übernehmen: Originator, Sponsor oder Investor wie in Artikel 4 (1) (13, 14) CRR definiert. Originator ist ein Institut, welches

entweder selbst oder über verbundene Unternehmen direkt oder indirekt an der Begründung oder dem Erwerb von verbrieften Forderungen beteiligt ist. Als Sponsor agiert ein Institut, wenn es ein Asset Backed Commercial Paper-Programm („ABCP“) oder anderes Verbriefungsprogramm auflegt und verwaltet, aber die Aktiva weder begründet noch auf seine Bilanz gekauft hat. Alle anderen von uns eingegangenen Verbriefungspositionen werden in der Rolle des Investors übernommen. Um unsere Geschäftsziele zu erreichen, sind wir in allen drei Rollen auf dem Verbriefungsmarkt aktiv.

Verbriefungen im Anlagebuch

Als Originator verwenden wir Verbriefungen vor allem mit dem Ziel der Reduzierung des Kreditrisikos, im Wesentlichen durch die Credit Portfolio Strategies Group („CPSG“). Sie nutzt unter anderem synthetische Verbriefungen zur Steuerung des Kreditrisikos von Krediten und Kreditzusagen aus dem internationalen Investment-Grade Kreditportfolio, des Leveraged Portfolios sowie des Portfolios von Krediten an Unternehmen des deutschen Mittelstands innerhalb der Konzernbereiche CB&S und GTB. Das Kreditrisiko wird vor allem durch synthetisch besicherte Kreditverpflichtungen in Form von Finanzgarantien und, weniger häufig, durch Kreditderivate, welche Schutz gegen das erste Verlustrisiko bieten, auf die Kontrahenten übertragen.

Das Gesamtvolumen des Kreditrisikotransfers als Originator zeigt einen Anstieg für CB&S. Dieser resultierte im Wesentlichen aus neuen Tätigkeiten als Originator in 2014. Diese Transaktionen beziehen sich auf europäische kleinere und mittlere Unternehmen („KMU“) sowie europäische und amerikanische Forderungen an Konzerne und Finanzinstitute. Das Volumen des Kreditrisikotransfers sank für PBC aufgrund von Rückzahlungen in den zugrunde liegenden Forderungen bei Postbank-Transaktionen.

In beschränktem Umfang haben wir in 2008 und 2009 Verbriefungstransaktionen im Rahmen einer Strategie zur aktiven Steuerung des Liquiditätsrisikos abgeschlossen. Einen Teil hiervon beabsichtigen wir in 2015 zu ersetzen. Diese Transaktionen übertragen keine Kreditrisiken und werden daher nicht im quantitativen Teil dieses Kapitels gezeigt.

Wir legen eine Vielzahl von ABCP-Programmen auf, durch die wir von Dritten originierte Vermögenswerte verbriefen, unterstützen und verwalten. Diese Programme gewähren Kunden Zugang zur Refinanzierung im Commercial Paper („CP“)-Markt und schaffen damit Investmentprodukte für Investoren. Jedes Programm besteht aus einer das CP herauslegenden Zweckgesellschaft (dem sogenannten „Conduit“) sowie einer oder mehreren unterstützenden Zweckgesellschaften, durch welche die Vermögenswerte angekauft werden. Das Conduit und die Zweckgesellschaften sind als Gesellschaften mit beschränkter Haftung oder entsprechender rechtlicher Form organisiert. Die durch diese ABCP-Programme verbrieften Vermögenswerte umfassen Autokredite, Auto-Leasing-Verbindlichkeiten, Kredite an Autohändler, Studentendarlehen, Kreditkartenverbindlichkeiten, Handelsfinanzierungen, Vorfinanzierung von Nachschussverpflichtungen („Capital Call Receivables“), private und gewerbliche Immobilienfinanzierungen, zukünftige Zahlungsströme und sonstige Vermögenswerte. Als Verwalter von CP-Programmen unterstützen wir den Erwerb von nicht vom Deutsche Bank-Konzern gewährten Krediten sowie von Wertpapieren und sonstigen Forderungen durch ein CP Conduit, das anschließend zur Finanzierung dieses Erwerbs kurzfristige CP hoher Bonität am Markt verkauft, die durch die zugrunde liegenden Vermögenswerte besichert sind. Um eine Investment-Grade Bonitätseinstufung für die CP aufrechtzuerhalten, benötigen die Conduits ausreichende Sicherheiten, Kreditverbesserungen („Credit Enhancements“) und Liquiditätsunterstützung. Wir stellen diesen Conduits Liquidität und Kreditverbesserung zur Verfügung. Die entsprechenden Fazilitäten sind Teil des aufsichtsrechtlichen Anlagebuchs. Darüber hinaus schließen wir in Einzelfällen auch Währungs- und Zinsswaps mit den Conduits ab, die im Handelsbuch erfasst werden. Weitere Details zu unserem Engagement gegenüber Conduits innerhalb von ABCP-Programmen finden sich im Abschnitt „Arten von Zweckgesellschaften, die von der Gruppe als Sponsor verwendet werden“.

Ferner handeln wir als Investor in von Dritten herausgegebenen Verbriefungen, indem wir von Dritten emittierte Verbriefungstranchen kaufen oder indem wir Liquidität, Kreditverbesserungen oder eine andere Art der Finanzierung zur Verfügung stellen. Ergänzend unterstützen wir Verbriefungen Dritter, indem wir Derivate in Bezug

auf die Verbriefungsstrukturen zur Verfügung stellen. Diese beinhalten Währungs-, Zins-, Aktien- und Kreditderivate.

Fast die Hälfte unserer Verbriefungsaktivitäten in 2014 bezogen sich auf Aktivitäten als Originator, überwiegend für Transaktionen von CPSG, das heißt für Risikotransfers aus unserem bestehenden Kreditbuch. Bei den übrigen Verbriefungsaktivitäten übernahmen wir für etwa 8 % die Sponsorrolle, für den Rest waren wir als Investor tätig.

Im Laufe des Jahres 2014 hat sich das gesamte Verbriefungsbuch um 3,5 Mrd € auf 55,1 Mrd € erhöht. Hauptgrund waren die zuvor erwähnte Aktivität als Originator zur Kreditrisikoabsicherung sowie Wechselkursänderungen.

Generell sind die Verbriefungspositionen der Leistungsfähigkeit verschiedener Arten von Vermögenswerten ausgesetzt, im Wesentlichen besicherte oder unbesicherte Industriekredite, Verbraucherkredite wie Auto- oder Studentenkredite sowie erst- oder zweitrangige Sicherungsrechte auf Wohn- oder Gewerbeimmobilien. Grundsätzlich sind wir in allen Risikoklassen der Verbriefungen aktiv, mit einem Schwerpunkt in den vorrangigen Tranchen. Die Untergruppe der Wiederverbriefungen ist im Wesentlichen gesichert durch Verbriefungen mit Unternehmensschuldverschreibungen im Sicherheitenpool.

Der primäre Rückgriff für Verbriefungspositionen liegt in den zugrunde liegenden Vermögenswerten. Das damit zusammenhängende Risiko wird verringert durch Kreditverbesserung, üblicherweise in Form von Überbesicherung, Nachrangigkeit, Reservekonten, Zinsüberschuss oder anderen Unterstützungsmechanismen. Zusätzliche Sicherheitsmaßnahmen bestehen unter anderem aus in der Kreditdokumentation enthaltenen Klauseln („performance triggers“), finanziellen Verpflichtungen („financial covenants“) und Verzugsklauseln, welche bei Eintritt Rechte auf beschleunigte Rückzahlung, Zwangsvollstreckung und/oder andere Abhilfen auslösen.

Die erste Due-Diligence-Prüfung (Ordnungsmäßigkeitsprüfung) neuer Engagements im Anlagebuch beinhaltet, abhängig von der jeweiligen Transaktion, in der Regel alle oder einen Teil der folgenden Maßnahmen: (a) Überprüfung der betreffenden Dokumente einschließlich Term Sheets, Servicer-Berichten oder sonstiger historischer Performancedaten, Gutachten Dritter, wie Analysen von Ratingagenturen (bei externen Ratings) etc., (b) die Modellierung von Basis- und Downside-Szenarien durch Cashflow-Modelle für die verschiedenen Vermögensklassen, (c) Überprüfung der Servicer zur Einschätzung der Widerstandsfähigkeit ihrer Prozesse und ihrer Finanzstärke. Das Ergebnis dieser Due-Diligence-Prüfung ist in einem Kredit- und Ratingbericht zusammengefasst, welcher abhängig von Kredithöhe und zugeordnetem internem Rating mit entsprechender Kreditkompetenz genehmigt werden muss.

Die Erfüllung der aufsichtsrechtlichen Anforderungen an den Risikoselbstbehalt, die Due Diligence und die Überwachung gehören zu unserem Credit-Review-Prozess. Die für die Berichterstattung benötigten Daten werden über die IT-Systeme gesammelt, die für den Credit-Review-Prozess und das finanzielle Reporting genutzt werden.

Die fortlaufende, regelmäßige Überwachung der Leistungsfähigkeit schließt einen Vergleich der regelmäßigen Berichte der Dienstleister („Servicer“) zu in der Kreditdokumentation enthaltenen Leistungsauslösern oder -verpflichtungen sowie der allgemeinen Trends bezüglich der Entwicklung der Wirtschaft, der geografischen Region, der Branche oder des Servicers mit ein. Die Überwachung der Teilmenge der Wiederverbriefungen bezieht, soweit verfügbar, die Performance der den einzelnen Verbriefungstranchen zugrunde liegenden Vermögenswerte ein.

Für längerfristige Kreditzusagen ist eine mindestens jährliche Überprüfung der internen Bonitätseinstufung erforderlich. Wesentliche negative (oder positive) Veränderungen in der Leistungsfähigkeit der zugrunde liegenden Vermögenswerte können eine frühere Überprüfung auslösen. Vollständige Kreditüberprüfungen sind ebenfalls jährlich erforderlich oder, bei Krediten mit guter Bonitätseinstufung, alle zwei Jahre. Darüber hinaus gibt es einen getrennten, üblicherweise quartalsweisen „watch list“-Prozess für Kredite, bei denen ein erhöhtes

Verlustrisiko festgestellt wurde. Er erfordert eine getrennte Einschätzung der Performance der Vermögenswerte und des Servicers, schließt eine Überprüfung der Kreditstrategie ein und identifiziert Maßnahmen zur Verringerung des Verlustpotenzials. Das Vorgehen für Wiederverbriefungen unterscheidet sich hiervon nicht.

Die Einschätzung der strukturellen Integrität ist eine weitere wichtige Komponente des Risikomanagements für Verbriefungen, mit einem Fokus auf der strukturellen Absicherung einer Verbriefung, wie in der Kreditdokumentation definiert (zum Beispiel Bestehen der Sicherheitsposition, Separierung der Zahlungsströme und Buchprüfungsrechte). Diese Einschätzung wird für jede Verbriefung von einem zweckbestimmten Team durchgeführt, welches außenstehende Buchprüfer engagiert, Prüfungsumfänge definiert und die Ergebnisse solcher externer Prüfungen bewertet. Das Ergebnis dieser Risikoprüfungen und -einschätzungen ergänzt die Kredit- und Bonitätsbewertung durch das Kreditrisikomanagement.

Verbriefungsaktivitäten haben einen Einfluss auf unsere Liquiditätsaktivitäten. Einerseits haben wir, wie zuvor erwähnt, in 2008 und 2009 Verbriefungstransaktionen als Teil einer aktiven Liquiditätsmanagementstrategie abgeschlossen. Andererseits sind wir in Bezug auf mögliche Ziehungen der Liquiditätsunterstützung für konzernunterstütztes ABCP oder andere revolvierende Kreditzusagen exponiert. Dieses gesamte Liquiditätsrisiko wird durch unsere Treasury-Abteilung überwacht, ist Teil der konzernweiten Liquiditätsplanung und unterliegt regelmäßigen Stresstests.

Wir haben einen Teil des bestehenden Bestands an Verbriefungstransaktionen als „Altbestand“ identifiziert, gekennzeichnet für Risikoreduzierungen, der jetzt Teil unserer NCOU ist. Risikoreduzierung bedeutet üblicherweise, dass bestehende Positionen in unseren Büchern teilweise oder vollständig im Markt veräußert werden – sofern angemessene Verkaufspreise erzielt werden können. Diese Positionen profitieren auch, soweit anwendbar, von Reduzierungen durch Amortisation. Im Laufe des Jahres 2014 zeigte der „Altbestand“ eine Nettoreduktion um 2,5 Mrd € auf 5,2 Mrd €.

Kreditabsicherungsgeschäfte für Verbriefungsstrukturen werden im Zusammenhang mit jeder individuellen Kreditgenehmigung angeordnet und bei jeder internen Kredit- oder Bonitätsüberprüfung erneut betrachtet. Allerdings erfolgt das Management der Kreditrisiken weitgehend durch Vermeidung unangemessener Risikokonzentrationen auf Ebene von Kreditnehmer, Servicer und Klasse der Vermögenswerte. Eine höhere anfängliche Risikoübernahme wird auf einen in der Kreditgenehmigung angeordneten Endstand reduziert, im Wesentlichen durch Syndizierung oder Verkäufe im Sekundärmarkt. Der Erfolg dieser Risikoreduzierung wird überwacht und regelmäßig an das Management berichtet. Im Anlagebuch gibt es Kreditabsicherungsgeschäfte nur in sehr geringem Umfang.

Darüber hinaus finden Absicherungsgeschäfte im Zusammenhang mit der Strukturierung von Verbriefungstransaktionen üblicherweise statt, um die Zweckgesellschaft von Zins- und Währungsrisiken freizustellen – soweit aufgrund der Art der verbrieften Vermögenswerte erforderlich. Wenn wir diese Absicherung zur Verfügung stellen, wird das damit zusammenhängende Kreditrisiko gegenüber der Verbriefungsstruktur in die Bewertung des Kreditrisikomanagements eingeschlossen und im Folgenden als Teil des Anlagebuchs berichtet, obwohl es tatsächlich Teil des Handelsbuchs ist. Falls die Absicherung nicht durch uns erfolgt, wird sie weitgehend mit großen, solventen internationalen Finanzinstitutionen abgeschlossen. Dieses indirekte Kontrahentenrisiko wird an den Kreditanalysten des Sicherungsgebers gemeldet und wird Teil seiner/ihrer Krediteinschätzung.

Verbriefungen im Handelsbuch

Im Handelsbuch agieren wir als Originator, Sponsor und Investor. In der Investorenrolle ist unser Hauptziel die Funktion als Market Maker im Sekundärmarkt. Diese Funktion als Market Maker beinhaltet die Bereitstellung eines liquiden Markts für unsere Kunden sowie eines Zwei-Wege-Markts (Kauf/Verkauf), um hieraus Handelserträge zu generieren. Als Originator sind wir im Wesentlichen in kurzfristigen synthetischen eintranchigen Schuldverschreibungen (SST-CDOs) tätig, welche durch Kredite an Konzerne oder SMEs gestützt sind. Ebenfalls in einer Originatorrolle finanzieren wir Kredite zur späteren Verbriefung, im Wesentlichen beschränkt sich

dies auf den Bereich gewerbliche Immobilienfinanzierung. Handelsbuchaktivitäten, in denen wir die Rolle eines Sponsors haben (ohne Aktivitäten aus „Multi-Seller“-Transaktionen), sind, wie zuvor erwähnt, minimal.

Wir halten ein Portfolio von ABS-Korrelationsgeschäften in der NCOU, welches derzeit abgewickelt wird. Außer Geschäften zur Risikoreduzierung dieses Portfolios unternehmen wir in diesem Bereich keine neuen Aktivitäten mehr. Das Risiko aus diesen Positionen wird im Rahmen des Market Risk Management Governance Framework (im Folgenden erläutert) aktiv gesteuert.

Unsere Handelsbereiche handeln Verbriefungspositionen entlang der gesamten Kapitalstruktur, von erstrangigen Bonds mit großem Nachrang zu nachrangigen First-loss-Tranchen, sowohl Verbriefungen als auch Wiederverbriefungen. Unser Risikopositionswert auf Wiederverbriefungen im Handelsbuch betrug zum 31. Dezember 2014 801 Mio € im Vergleich zu 1.025 Mio € im Vorjahr und besteht im Wesentlichen aus forderungsbesicherten Wertpapieren älterer Jahrgänge (einschließlich eines Anteils an Verbriefungen) und einer mittleren Bonitätseinstufung von BBB+. Der unterschiedliche Grad des Risikos entlang der Kapitalstruktur spiegelt sich im Preis wider, zu dem eine Verbriefungsposition gehandelt wird, da der Markt einen Mindestertrag unter Berücksichtigung des Verlustrisikos aus seinem Investment erwartet. Verbriefungspositionen bestehen größtenteils aus Wertpapieren, gestützt auf erst- oder zweitrangige Sicherungsrechte auf Wohn- oder Gewerbeimmobilien („RMBS“ oder „CMBS“), forderungsbesicherten Wertpapieren („CLOs“), unterlegt durch erstrangige Unternehmenskredite oder unbesicherte Kredite, sowie ABS, unterlegt durch besicherte oder unbesicherte Konsumentenkredite.

Ähnlich wie bei anderen Vermögenswerten im Anleihe- und Kreditgeschäft steht der Handel mit Verbriefungen in engem Zusammenhang mit globalem Wachstum und geopolitischen Ereignissen, die die Liquidität beeinflussen und, wie in der Krise beobachtet, zu niedrigeren Handelsvolumina führen können. Aktuelle Regulierungsänderungen und die Unsicherheit über ihre endgültige Umsetzung können bei verbrieften Produkten zu einer Zunahme der Volatilität und einem Rückgang der Liquiditäts-/Handelsvolumina führen. Andere potenzielle Risiken bei Verbriefungswerten sind eine vorzeitige Rückzahlung, die Verlustschwere bei Zahlungsausfällen sowie die Performance der Servicer. Zu beachten ist in diesem Zusammenhang, dass die Vermögenspositionen im Handelsbuch zu Marktwerten bewertet und die zuvor genannten Risiken im Preis berücksichtigt werden.

Unser Governance-Rahmenwerk für das Marktrisikomanagement („Market Risk Management Governance Framework“) wird für alle Verbriefungspositionen im Handelsbuch eingesetzt. Zu dem auf Verbriefungen angewandten Rahmenwerk für die Risikosteuerung (Risk Government Framework) gehören auch Richtlinien und Verfahren bezüglich der Genehmigung neuer Produkte und Transaktionstypen, von Risikomodellen und -messungen sowie Bestandsverwaltungssystemen und der Buchung von Handelsgeschäften. Alle Verbriefungspositionen werden erfasst und bei der Berechnung des Value-at-Risk, des gestressten Value-at-Risk und des Ökonomischen Kapitals berücksichtigt. Die Bewertungen sind abhängig von internen sowie externen Modellen und Prozessen. Sie schließen die Nutzung von Bewertungen Dritter bezüglich der Risiken aus den zugrunde liegenden Sicherheiten ein. Alle Verbriefungspositionen im Handelsbuch werden auf globaler, regionaler und Produktebene innerhalb des Risk-Governance-Rahmenwerks erfasst, bilanziert und limitiert. Änderungen des Kredit- oder Marktrisikos werden ebenfalls ausgewiesen.

Die Limitstruktur schließt Value-at-Risk und produktspezifische Limite ein. Marktwertlimite für Vermögensklassen hängen von der Rangstufe/dem Rating und der Liquidität ab. Schlechter bewertete Positionen oder Positionen in weniger liquiden Vermögensklassen sind durch ein niedrigeres Handelslimit gekennzeichnet. Das Limitüberwachungssystem erfasst die Risiken und markiert jegliche Überschreitung von Schwellenwerten. Für alle Transaktionen oberhalb des Limits ist eine Genehmigung durch Market Risk Management erforderlich. Die Prozesse für Verbriefungen und Wiederverbriefungen sind gleichartig.

Das Steuerungsrahmenwerk für das Marktrisikomanagement (Market Risk Management Governance Framework) berücksichtigt das Emittentenrisiko für Verbriefungspositionen im Handelsbuch. Entsprechende Prozesse im Marktrisikomanagement steuern Konzentrationsrisiken und legen die Limite auf Positionsniveau fest. Die Limitstruktur basiert auf Vermögensklassen und dem Rating. Für Positionen mit verminderter Liquidität und Positionen mit niedrigem Rating werden niedrigere Handelslimite festgesetzt. Wir erstellen Berichte zum

Limitmanagement, um die Einhaltung der Limite auf Positionsebene sicherzustellen und alle potenziellen Limitüberschreitungen festzustellen. Wenn Positionen die relevanten Marktwertlimite auf globaler Ebene überschreiten, ist eine Genehmigung durch das Marktriskomanagement erforderlich. Weitere Due-Diligence-Prüfungen erfolgen bei Positionen, für die eine Handelsgenehmigung erforderlich ist. Dies beinhaltet die Analyse der Kreditperformance des Wertpapiers und die Beurteilung der Risiken des betreffenden Handelsgeschäfts. Außerdem beinhaltet der Risikomanagementprozess Stresstests zur Werthaltigkeit der Sicherheiten und eine Überwachung der Performance. Dieser Prozess erfasst sowohl Verbriefungen als auch Wiederverbriefungen.

Die Verbriefungshändler beziehen Absicherungsgeschäfte sowohl auf Makro- wie auch auf Positionsebene ein, um Kredit-, Zins- sowie gewisse Ablaufrisiken („Tail Risk“) des gesamten Verbriefungsbuchs zu verringern. Duration und Kreditsensitivitäten (DV01s und CS01) sind die primären Maßstäbe für die Risikosensitivität zur Ermittlung angemessener Absicherung. Einige der genutzten Absicherungsprodukte schließen Zinsswaps, US Treasuries und produktspezifische Indizes ein. Das Marktrisiko der Absicherungsgeschäfte (sowohl gedeckt als auch ungedeckt) ist im zuvor beschriebenen Marktrisikomanagement-Steuerungsrahmenwerk eingeschlossen und wird darin verwaltet. Das Kontrahentenrisiko aus Absicherungsgeschäften (sowohl gedeckt als auch ungedeckt), welches überwiegend gegenüber großen, globalen Finanzinstitutionen besteht, wird in einem formalisierten Risikomanagementprozess durch das Kreditrisikomanagement verwaltet und genehmigt.

Nach Maßgabe der CRR muss vor dem Abschluss einer Transaktion für alle relevanten Positionen eine Due-Diligence-Prüfung durchgeführt werden. Der betreffende Trading Desk ist für die Durchführung der Pre-Trade Due Diligence und die anschließende Erfassung der entsprechenden Daten bei Handelsausführung verantwortlich. Unsere Verbriefungshändler müssen die erforderlichen Daten bei Ausführung der Transaktion dokumentieren, um anzuzeigen, ob die relevanten Due-Diligence-Maßnahmen durchgeführt wurden. Zu den Aufgaben im Rahmen der Pre-Trade-Due Diligence gehören Bestätigungen von Merkmalen der Dealstrukturen, die Überwachung der Performance des zugrunde liegenden Portfolios und die Offenlegung der damit verbundenen Haltepflichten.

Anschließend prüft die GTO Regulatory Securitization Group die Transaktionsdaten auf Fehler oder Markierungsänderungen, verteilt aufsichtsrechtliche Kontrollberichte und fungiert als Eskalationspunkt zu diesem Sachverhalt. Im Rahmen der Validierung von Markierungsänderungen oder Fehlern werden diese seitens GTO Regulatory Securitization Group sowohl kommuniziert als auch entsprechend korrigiert. Das Marktrisikomanagement-Team unterzieht einzelne CRR/CRD 4-relevante Positionen, die die vorab definierten Limite (siehe oben beschriebenes Verfahren) überschreiten, einer weiteren Pre-Trade-Due-Diligence-Prüfung.

Rechnungslegungs- und Bewertungsansätze für Verbriefungen

Unsere Rechnungslegungsgrundsätze sind in der Anhangangabe 1 „Wesentliche Rechnungslegungsgrundsätze und -einschätzungen“ aufgeführt. Die wesentlichen Rechnungslegungsgrundsätze für durch uns originierte Verbriefungstransaktionen sowie für von uns gehaltene Aktiva, die mit der Intention erworben wurden, diese zu verbriefen, sind die „Grundsätze der Konsolidierung“, „Finanzielle Vermögenswerte und Verpflichtungen“ und „Ausbuchung von finanziellen Vermögenswerten und Verpflichtungen“ (siehe auch Anhangangabe 14 „Zum beizulegenden Zeitwert bewertete Finanzinstrumente“).

Arten von Zweckgesellschaften, die von der Gruppe als Sponsor verwendet werden

Wir etablieren und verwalten als Sponsor Programme für die Ausgabe forderungsgedeckter Geldmarktpapiere („Asset Backed Commercial Paper Programs“ oder „ABCP-Programme“), mit deren Hilfe von Dritten erworbene Vermögenswerte verbrieft werden. Jedes Programm besteht aus einer Zweckgesellschaft, die die Geldmarktpapiere begibt (das „Conduit“), und einer oder mehreren unterstützenden Zweckgesellschaften, über welche die Vermögenswerte erworben werden. Die durch die ABCP-Programme verbrieften Vermögenswerte beinhalten Forderungen aus Autofinanzierungen oder Autoleasingverträgen, Ansprüche aus Vorfinanzierungen von Warenbeständen von Autohändlern („auto dealer floor plan receivables“), Studentendarlehen, Kreditkartenforderungen, Forderungen aus Handelsgeschäften, Forderungen aus Zahlungsverpflichtungen, Forderun-

gen aus Wohn- und Gewerbeimmobilienfinanzierungen, zukünftigen Zahlungen und anderen Vermögenswerten.

Die Conduits, die zur Ausgabe der forderungsgedeckten Geldmarktpapiere („Commercial Paper“) genutzt werden, sind: Aspen Funding Corp., Newport Funding Corp., Gemini Securitization Corp. und Rhein-Main Securitization Ltd. Die forderungsankaufenden SPEs finanzieren sich über Conduits, die Wertpapiere ausgeben (einschließlich variabler Finanzierungspapiere) oder in Kreditfaziliäten eintreten. Die folgende Tabelle stellt die ABCP-bezogenen Positionen bezogen auf unsere Conduits dar. Die dargestellten Positionen entsprechen den für regulatorische Kapitalberechnungszwecke verwendeten Werten, wie sie im Verbriefungsrahmenwerk genutzt werden. In Verbindung mit der Herabstufung unseres kurzfristigen Ratings durch Moody’s im Juli 2014 wurde die Nutzung der Conduits zur Finanzierung von Verbriefungen Dritter reduziert, was zu dem Rückgang der ABCP-bezogenen Positionen führte.

Risikopositionswerte gegenüber ABCP-Programmen nach wesentlichen Zweckgesellschaften

in Mio €	31.12.2014	31.12.2013
Aspen Funding Corp.	1.022	959
Newport Funding Corp.	546	582
Gemini Securitization Corp. LLC[1]	1.074	6.176
Sedona Capital Funding Corp. LLC	1	1.659
Montage Funding LLC	0	894
Saratoga Funding Corp. LLC	0	1.047
Rhein-Main Securitization Ltd.[2]	1.077	3.195
RM Multi-Asset Ltd.	0	215
RM Fife Ltd.	296	922
RM AYR Ltd.	0	551
RM Sussex Ltd.	777	963
RM Chestnut Ltd.	0	543
Sword Securitization Ltd.; Scimitar Securitization Ltd.	0	338
SPAN NO 9 PT LIMITED	0	338
Insgesamt	**3.720**	11.250

[1] Positionswerte von Gemini Securitization Corp. LLC setzen sich aus direkten (1.073 Mio €) und aus den zusätzlich gezeigten SPE-Positionswerten zusammen (im Wesentlichen Sedona Capital Funding Corp. LLC 1 Mio €).
[2] Positionswerte von Rhein-Main Securitization Ltd. setzen sich aus direkten (4 Mio €) und aus den zusätzlich gezeigten SPE-Positionswerten zusammen (im Wesentlichen RM Fife Ltd. 296 Mio € und RM Sussex Ltd. 777 Mio €).

Wir übernehmen sowohl bilanzielle als auch außerbilanzielle Adressenausfallrisiken. Diese stammen aus den unterstützenden Zweckgesellschaften oder aus den dem entsprechenden Conduit zur Verfügung gestellten Liquiditätsfazilitäten, Garantien, Kreditderivaten (in Form von Total Return Swaps) oder vergleichbaren Kreditverbesserungen, aus Derivaten, die der Absicherung von Zins- und Währungsrisiken dienen, sowie aus Geldmarktpapieren.

Als Sponsor unterstützen wir auch einige Zweckgesellschaften in der Auswahl der verbrieften Wertpapiere und der Strukturierung der Tranchen. Diese Arten von Verbriefungstransaktionen schließen auch solche mit ein, bei denen ein geringer Teil der verbrieften Forderungen von uns selbst begründet wurde; Beispiele sind ausgefallene oder nicht ausgefallene Forderungen aus Wohnungsbaukrediten oder gewerblichen Immobilienfinanzierungen. Wir übernehmen sowohl bilanzielle als auch außerbilanzielle Adressenausfallrisiken inklusive Erstverlusttranchen oder Derivate zur Absicherung von Zins- und Währungsrisiken.

Als Originator oder Sponsor von Verbriefungstransaktionen verkaufen wir die durch solche Verbriefungstransaktionen begründeten Geldmarktpapiere oder Tranchen (oder veranlassen entsprechende Verkäufe durch beauftragte Wertpapierdienstleister beziehungsweise „Market Maker“) ausschließlich auf der Basis reiner Ausführungsgeschäfte und nur an erfahrene Unternehmen, die auf ihre eigene Risikoeinschätzung vertrauen. Im Rahmen unseres gewöhnlichen Geschäftsverkehrs bieten wir Unternehmen, für die wir gleichzeitig auch Anlageberatungsdienstleistungen erbringen, keine Geldmarktpapiere oder andere Tranchen aus Verbriefungstransaktionen an, für die wir als Originator oder Sponsor gelten.

Unser Geschäftsbereich Deutsche Asset & Wealth Management (Deutsche AWM) stellt Asset-Management-Service für Investmentvermögen einschließlich Anlagefonds und alternative Investmentfonds sowie für Privatplatzierungen mit Zugriff auf traditionelle und alternative Investments über alle wichtigen Forderungsklassen einschließlich Verbriefungspositionen zur Verfügung. Ein kleiner Anteil von weniger als 3,0 % beinhaltet Tranchen in Verbriefungstransaktionen, in denen die Deutsche Bank als Originator oder Sponsor agiert.

Aufsichtsrechtliches Rahmenwerk für Verbriefungen

Artikel 4 (1) (61) CRR definiert, welche Arten von Transaktionen und Positionen als Verbriefungstransaktionen und -positionen für die aufsichtsrechtliche Berichterstattung dargestellt werden.

Generell sind Verbriefungstransaktionen definiert als Transaktionen, bei denen das Kreditrisiko eines verbrieften Portfolios in mindestens zwei Tranchen aufgeteilt wird und bei denen die Zahlungen an die Inhaber der Tranchen von der Performance des verbrieften Portfolios abhängen. Die einzelnen Tranchen stehen in einem Rangfolgeverhältnis. Dieses bestimmt die Reihenfolge und Höhe der Zahlungen oder Verluste, die den Inhabern der Tranchen zugewiesen werden (Wasserfall). So führt die Zuweisung von Verlusten zu einer Junior-Tranche nicht bereits zur Beendigung der gesamten Verbriefungstransaktion, das heißt, die Senior-Tranchen bestehen weiter nach Verlustzuweisungen an nachgeordnete Tranchen.

Verbriefungspositionen können in verschiedenen Formen eingegangen werden, wie beispielsweise als Investitionen in Verbriefungstranchen, im Wasserfall stehende Derivatetransaktionen zur Absicherung von Zins- und Währungsrisiken, Liquiditätsfazilitäten, Kreditverbesserungen, Gewährleistungen oder Sicherheiten für Verbriefungstranchen.

Vermögenswerte, die selbst begeben oder angekauft wurden und bei denen eine Absicht besteht, diese zu verbriefen, folgen den allgemeinen Regeln für die Zuordnung zum Bank- oder Handelsbuch. Weitere Details sind im Abschnitt „Zuordnung von Positionen zum aufsichtsrechtlichen Handelsbuch“ beschrieben.

Der Ansatz für die Berechnung der aufsichtsrechtlichen Kapitalanforderungen für Verbriefungspositionen des Bank- und des Handelsbuchs wird in der europäischen „Capital Requirements Regulation“ („CRR“) vorgegeben.

Berechnung der aufsichtsrechtlichen Kapitalanforderungen für Verbriefungen des Anlagebuchs

Das aufsichtsrechtliche Kapital für das Kreditrisiko von Verbriefungspositionen im Anlagebuch wird auf Grundlage der Regelungen für Verbriefungen in den Artikeln 242 bis 270 CRR bestimmt. Dabei wird zwischen dem Kreditrisiko-Standardansatz („KSA“) und dem Internal Ratings Based Approach („IRBA“) für Verbriefungen unterschieden. Die Klassifizierung von Verbriefungspositionen als KSA- oder IRBA-Verbriefungspositionen hängt von der Art des verbrieften Portfolios ab. Der KSA ist anzuwenden, wenn das verbriefte Portfolio überwiegend Kreditrisikopositionen enthält, die, sofern sie von uns direkt gehalten würden, als KSA-Risikopositionen gemäß dem Kreditrisikorahmenwerk eingestuft würden. Sofern hingegen die Mehrheit des verbrieften Portfolios aus IRBA-Positionen besteht, ist die Verbriefungsposition als IRBA-Verbriefungsposition einzuordnen.

Die Risikogewichte von KSA-Verbriefungspositionen werden aus ihren jeweiligen externen Bonitätseinstufungen abgeleitet, sofern diese berücksichtigungsfähig sind. Externe Bonitätseinstufungen müssen bestimmte Eignungskriterien erfüllen, um zur Berechnung des Risikogewichts herangezogen werden zu können. Berücksichtigungsfähige externe Bonitätseinstufungen stammen von Standard & Poor’s, Moody’s, Fitch Ratings und DBRS. Sofern mehr als eine berücksichtigungsfähige Bonitätseinstufung für eine bestimmte Verbriefungsposition verfügbar ist, wird gemäß Artikel 269 CRR die zweitbeste externe Bonitätseinstufung als relevante Bonitätseinstufung für die Position verwendet. KSA-Verbriefungspositionen ohne berücksichtigungsfähige externe Bonitätseinstufung werden mit einem Risikogewicht von 1.250 % versehen, sofern für sie nicht das interne Einstufungsverfahren gemäß Artikel 109 (1) CRR in Verbindung mit Artikel 259 (3) CRR oder der alternative Risikokonzentrationsansatz gemäß Artikel 253 CRR angewandt wird, der zu einem Risikogewicht von unter 1.250 % führen könnte.

Das Risikogewicht der IRBA-Verbriefungspositionen wird entsprechend der folgenden Hierarchie ermittelt:

— Wenn ein oder mehrere anerkannte externe Bonitätseinstufungen für die IRBA-Verbriefungsposition existieren oder wenn eine externe Bonitätseinstufung aus einer berücksichtigungsfähigen externen Bonitätseinstufung einer Benchmark-Verbriefungsposition abgeleitet werden kann, wird das Risikogewicht auf Basis der relevanten externen Bonitätseinstufung abgeleitet (ratingbasierter Ansatz).
— Wenn dagegen keine berücksichtigungsfähige externe Bonitätseinstufung existiert oder abgeleitet werden kann, wird das Risikogewicht der IRBA-Verbriefungsposition im Allgemeinen auf Grundlage des aufsichtsrechtlichen Formelansatzes nach Artikel 262 CRR oder des internen Einstufungsverfahrens (Internal Assessment Approach, auch „IAA“) gemäß Artikel 259 (3) und (4) CRR ermittelt.
— Falls keiner der genannten Ansätze angewandt werden kann, wird ein Risikogewicht von 1.250 % zugeordnet.

Der ratingbasierte Ansatz gilt für einen wesentlichen Teil unserer IRBA- und KSA-Verbriefungspositionen, vor allem in den unteren (besseren) Risikogewichtsbändern. Wir nutzen die externen Bonitätseinstufungen von Standard & Poor’s, Moody’s, Fitch Ratings sowie DBRS. Die Mehrheit der Verbriefungspositionen mit einer berücksichtigungsfähigen externen oder abgeleiteten externen Bonitätseinstufung umfasst die von uns als Investor gehaltenen Verbriefungspositionen. Die Risikogewichtsberechnung nach dem Risikokonzentrationsansatz wird für einige wenige KSA-Verbriefungspositionen angewandt, die im Vergleich zu unseren gesamten Verbriefungspositionen im Anlagebuch gering sind. Der Anwendungsbereich des aufsichtsrechtlichen Formelansatzes und des internen Einstufungsverfahrens wird nachfolgend beschrieben.

Wir haben keine Verbriefungspositionen im Bestand, für die die besonderen Regelungen für Originatoren von Verbriefungstransaktionen zur Anwendung gekommen sind, zu denen ein vom Originator zu berücksichtigender Investorenanteil gemäß den Artikeln 256 beziehungsweise 265 CRR gehört.

Aufsichtsrechtlicher Formelansatz und internes Einstufungsverfahren

Die Risikogewichtung von Verbriefungspositionen, die dem aufsichtsrechtlichen Formelansatz (Supervisory Formula Approach, „SFA“) unterliegen, wird anhand einer Formel bestimmt, die unter anderem vom Kapitalbedarf des verbrieften Portfolios und der Seniorität der Verbriefungsposition im Wasserfall als Eingangsparametern abhängt. Bei der Anwendung des SFA schätzen wir die Risikoparameter PD und LGD für die Vermögenswerte des Verbriefungsportfolios unter Anwendung unserer intern entwickelten und für diese Aktiva zugelassenen Bonitätseinstufungssysteme. Wir entwickeln kontinuierlich neue Bonitätseinstufungssysteme zur Anwendung auf homogene Portfolios von Forderungen, die nicht von uns begeben wurden. Diese Bonitätseinstufungssysteme basieren auf historischen Ausfallraten und Verlustinformationen für vergleichbare Forderungen. Die Risikoparameter PD und LGD werden dabei auf Portfolioebene abgeleitet.

Ungefähr 72 % der gesamten Verbriefungspositionen im Anlagebuch unterliegen dem SFA. Dieser Ansatz wird überwiegend zur Einschätzung von Positionen verwendet, die auf Unternehmenskrediten, Automobilkrediten und gewerblichen Immobilien basieren.

Für nicht geratete IRBA-Verbriefungspositionen im Zusammenhang mit ABCP-Programmen, bei denen es sich nicht um Asset Backed Commercial Paper handelt, wird das Risikogewicht anhand des Internal Assessment Approach („IAA“) berechnet. Neben der Anwendung dieses Konzepts für aufsichtsrechtliche Zwecke wird die interne Bonitätseinstufung, welche aus dem IAA abgeleitet wird, für die Berechnung des erwarteten Verlusts und des Ökonomischen Kapitals verwendet und spielt eine signifikante Rolle im Kreditentscheidungs- und -überwachungsprozess.

Wir haben die Genehmigung der BaFin erhalten, den IAA für etwa 71 % der Verbriefungspositionen gegenüber ABCP-Conduits anzuwenden.

Vermögensklassen, die dem IAA unterliegen, werden von einem spezifischen und detaillierten Regelwerk pro Vermögensklasse (Asset Class Write-ups, auch „ACW“) erfasst. Die ACW wurden von Credit Risk Manage-

ment, Risk Analytics and Living Wills und dem kundenbezogenen Bereich eingeführt. Das Regelwerk wird in einem formellen internen Prozess überprüft und genehmigt. Diese Überprüfung erfolgt mindestens jährlich. Im Falle wesentlicher Veränderungen im Rahmen des Überprüfungsprozesses erfordern die ACW eine erneute Genehmigung der Aufsicht für bereits zugelassene Vermögensklassen.

Wir haben für 14 verschiedene Vermögensklassen – sowohl für private als auch gewerbliche Vermögenswerte – eine Zulassung der BaFin für den IAA erhalten. Die Stressfaktoren unterscheiden sich je nach Vermögensklasse und Bonitätseinstufungsebene. Sie basieren auf Kriterien, die von der führenden externen Ratingagentur festgelegt wurden, und bilden die Grundlage der internen qualitativen und quantitativen Analyse der Bonitätseinstufungen. Die Stressfaktorenmultiplikatoren geben in der Regel an, wie viele Kreditverbesserungen im Vergleich zum erwarteten Verlust auf Portfolioebene notwendig sind, um eine spezielle Bonitätseinstufung zu erzielen.

Die beiden folgenden Tabellen zeigen a) die Stressfaktormultiplikatoren auf Bonitätseinstufungsebene und b) die wesentlichsten Stresstestmethodiken für die Vermögensklassen ohne definierte Stressfaktormultiplikatoren, basierend auf der Methodik der jeweilig führenden Ratingagenturen.

IAA genehmigte Vermögensklassen – Zusammenfassung der Stressfaktormultiplikatoren der Ratingagenturen

Vermögensklasse	Automobilkredite	Forderungsbesicherte Schuldverschreibungen (Collateralized Debt Obligations; CDOs)	Gewerbliche Leasing- und Kreditfinanzierungen	Konsumentenkredite	Kreditkarten	Forderungen aus Lieferungen und Leistungen
Dominierende Ratingagentur	S&P	Moody's	S&P	S&P	S&P	S&P
AAA	3,75–5	1,95	5	4–5	3–6,6	2,5
AA	3–4	1,8–1,76	4	3–4	2,5–5	2,25
A	2–3	1,73–1,69	3	2–3	2–3,75	2
BBB	1,75–2	1,67–1,63	2	1,5–2	1,5–2,5	1,5
BB	1,5–1,75	1,5–1,2		1–1,5	1,25–1,5	

Zusammenfassung der Stressfaktormethodik der Ratingagenturen ohne definierte Stressfaktormultiplikatoren

Vermögensklasse	Nachschussverpflichtungen	MBS-Servicervorschüsse	Marktwert-CDO	RMBS – Australien	RMBS – Europa	RMBS – USA	Strukturierte Entschädigungsleistungen	Studentendarlehen aus dem Federal Family Education Loan Program (FFELP)
Führende Ratingagentur	Moody's	Moody's	S&P	S&P	S&P	S&P	S&P	Moody's
Anmerkung	Die Methodik basiert auf konservativen Annahmen hinsichtlich der Bonität des Kreditnehmers und der Erlösquoten und wird von bereits vorhandenen Korrelationskriterien gestützt.	Die Methodik basiert auf bonitätsstufenspezifischen Erlösquoten für unterschiedliche Arten von Servicervorschüssen. Die Cashflows werden verschiedenen Zinssatz-Stressszenarien unterzogen.	Die Methodik von S&P und Moody's basiert auf Beleihungsquoten statt auf Stressfaktormultiplikatoren, die auf den jeweiligen Websites der Unternehmen nachzulesen sind.	Die S&P-Methodik, der Ausfall- und Verlustannahmen je Bonitätsstufe zugrunde liegen, basiert auf Benchmark-Pools. Dabei werden die für den jeweiligen Pool angemessenen Anpassungen verglichen.	Die S&P-Methodik, der Ausfall- und Verlustannahmen je Bonitätsstufe zugrunde liegen, basiert auf Benchmark-Pools. Dabei werden die für den jeweiligen Pool angemessenen Anpassungen verglichen.	Jedes Darlehen in dem Pool wird einem Stresstest auf Grundlage der Ausfall- und Verlustannahmen von S&P für die unterschiedlichen Bonitätsstufen unterzogen.	Es ergibt sich eine wahrscheinliche Verteilung möglicher Ausfallquoten auf jeder Bonitätsstufe. Dabei werden für das Portfolio branchenspezifische Erlösquoten angesetzt. Zusätzliche Stresstests in Bezug auf den Ausfall des größten Kunden und der größten Branche.	Entspricht der Methodik von Moody's, bonitätsstufenspezifische Stresstests durchzuführen und unter anderen definierte kumulative Ausfallquoten, Raten für freiwillige vorzeitige Tilgungen, Zurückweisungsquoten des Servicers und die Quote der Schuldner mit Rückzahlungsvorteilen anzuwenden.

Informationen basieren auf Methoden, die von den jeweiligen führenden Ratingagenturen veröffentlicht werden und sich von Zeit zu Zeit ändern können.

Die Cashflow-Modelle, die jeder Vermögensklasse zugrunde liegen, sind ebenfalls Gegenstand der regelmäßigen Überprüfung wie oben beschrieben. Für Verbriefungen in diesen Vermögensklassen nutzen wir externe Ratingagenturen, nämlich Standard & Poor's und Moody's, wie in oben stehender Tabelle dargestellt.

Berechnung der aufsichtsrechtlichen Kapitalanforderungen für Verbriefungen des Handelsbuchs

Die aufsichtsrechtlichen Kapitalanforderungen für das Marktrisiko von Verbriefungen im Handelsbuch werden auf der Grundlage einer Kombination von internen Modellen und regulatorischen Standardansätzen nach Artikel 337 CRR bestimmt.

Die Kapitalanforderung für das allgemeine Marktrisiko der Verbriefungspositionen im Handelsbuch ist die Summe aus (i) der Value-at-Risk-basierten Kapitalanforderung für das allgemeine Marktrisiko und (ii) der Stress-Value-at-Risk-basierten Kapitalanforderung für das allgemeine Marktrisiko.

Die Kapitalanforderung für das spezifische Marktrisiko der Verbriefungspositionen im Handelsbuch hängt davon ab, ob die Positionen dem aufsichtsrechtlichen Correlation Trading Portfolio („CTP") zugeordnet werden oder nicht.

Für Verbriefungspositionen, die nicht dem CTP zugeordnet sind, wird die aufsichtsrechtliche Kapitalanforderung für das besondere Kursrisiko auf der Basis des Marktrisiko-Standardansatzes („MRSA") berechnet. Das MRSA-Risikogewicht für Verbriefungen im Handelsbuch wird in der Regel unter Verwendung der gleichen Methoden ermittelt, die auf Verbriefungspositionen im Anlagebuch Anwendung finden. Der einzige Unterschied ist die Verwendung des SFA für Verbriefungspositionen im Handelsbuch, bei dem die Kapitalanforderung des verbrieften Portfolios unter Hinzuziehung von Risikoparametern (PD und LGD) bestimmt wird, die auf dem Modell des Inkrementellen Risikoaufschlags basieren. Die MRSA-basierte Kapitalanforderung für das spezifische Risiko wird als die höhere der Kapitalanforderungen für alle Netto-Long- und alle Netto-Short-Verbriefungspositionen außerhalb des CTP bestimmt. Die Verbriefungspositionen, die in den MRSA-Berechnungen für das spezifische Risiko berücksichtigt werden, sind zusätzlich in den Value-at-Risk- und in den Stress-Value-at-Risk-Berechnungen für das spezifische Risiko enthalten.

Verbriefungen im Handelsbuch, die der MRSA-Behandlung unterliegen, umfassen verschiedene Vermögensklassen, die sich durch die jeweiligen zugrunde liegenden Sicherheiten unterscheiden:

— durch Hypotheken auf Wohnimmobilien besicherte Schuldverschreibungen (Residential Mortgage Backed Securities, „RMBS");
— durch Gewerbeimmobilien unterlegte Wertpapiere (Commercial Mortgage Backed Securities, „CMBS");
— durch Kredite besicherte Schuldverschreibungen (Collateralized Loan Obligations, „CLO");
— forderungsbesicherte Schuldverschreibungen (Collateralized Debt Obligations, „CDO"); und
— durch Kredite besicherte Wertpapiere (inklusive Kreditkarten, Automobilkrediten und -leasing, Studentendarlehen, Betriebsmitteldarlehen und -leasing, Händlereinkaufsfinanzierungen etc.).

Sie umfassen auch synthetische Kreditderivate und häufig gehandelte Indizes auf die oben genannten Instrumente.

Die Kapitalanforderung für das spezifische Marktrisiko von Verbriefungspositionen, die dem CTP zugeordnet sind, ist dagegen die Summe aus (i) der Value-at-Risk-basierten Kapitalanforderung für das spezifische Risiko, (ii) der Krisen-Value-at-Risk-basierten Kapitalanforderung für das spezifische Risiko und (iii) der Kapitalanforderung für das spezifische Risiko, welche auf Basis des Modells für den Umfassenden Risikoansatz (Comprehensive Risk Measure, „CRM") abgeleitet wird. Für die CRM-basierte Kapitalanforderung gilt eine Untergrenze von 8 % des höheren Betrags aus der MRSA-Kapitalanforderung für das spezifische Risiko für alle Netto-Long- und alle Netto-Short-Verbriefungspositionen.

Das CTP enthält Verbriefungspositionen und nth-to-Default-Kreditderivate, die vornehmlich für Zwecke des Korrelationshandels gehalten werden und die folgenden Anforderungen erfüllen:

— Alle Referenz-Instrumente sind entweder Single-Name-Instrumente einschließlich Single-Name-Kreditderivaten, für die ein beidseitig liquider Markt vorhanden ist, oder häufig gehandelte Indizes auf diese Referenzinstrumente.
— Die Positionen sind weder Wiederverbriefungspositionen noch Optionen auf eine Verbriefungstranche noch ein anders geartetes Derivat auf eine Verbriefungsposition, das keine anteilige Aufteilung der Erlöse aus der Verbriefungstranche vorsieht.
— Die Positionen enthalten keine Forderungen gegenüber einer Zweckgesellschaft, Retail- oder Immobilienforderungen beziehungsweise entsprechende Eventualforderungen.

Das CTP umfasst auch Absicherungsgeschäfte für Verbriefungs- und nth-to-Default-Positionen im Portfolio, sofern ein beidseitig liquider Markt für das Instrument oder das Underlying existiert. Typische Produkte, die dem CTP zugeordnet werden, sind synthetische CDOs, nth-to-Default CDS sowie Index- und Single-Name-CDS. Für Details zum Umfassenden Risikoansatz zur Abdeckung des aufsichtsrechtlichen Korrelationshandelsportfolios siehe auch Kapitel „Marktrisiko aus Handelsaktivitäten“.

Verbriefungsdetails

Die in den nachfolgenden Tabellen dargestellten Beträge zeigen Details zu unseren verbrieften Forderungen jeweils für das aufsichtsrechtliche Anlage- und Handelsbuch. Die Darstellung des Anlage- und des Handelsbuchs steht im Einklang mit der letztjährigen Veröffentlichung. Details zu unseren Verbriefungspositionen im Handelsbuch, die dem MRSA unterliegen, sind in diesem Kapitel dargestellt, während Verbriefungspositionen im Handelsbuch, die dem Umfassenden Risikoansatz unterliegen, im Kapitel „Marktrisiko aus Handelsaktivitäten“ beschrieben werden.

Ausstehende verbriefte Forderungen

Wie unten dargestellt sind wir dem Kredit- und Marktrisiko aus verbrieften Forderungen nur insoweit ausgesetzt, als wir entsprechende Verbriefungspositionen zurückbehalten oder erworben haben. Das Risiko aus den zurückbehaltenen oder erworbenen Positionen hängt wiederum von der relativen Position im Wasserfall der Verbriefungstransaktion ab. Für Veröffentlichungszwecke nehmen wir im Fall von „Multi-Seller“-Transaktionen die Rolle des Originators und zusätzlich auch die des Sponsors ein. Hieraus folgen ein vollständiger Ausweis aller verbrieften Forderungen als Sponsor sowie ein anteiliger Ausweis als Originator.

Die nachstehende Tabelle zum Anlagebuch zeigt den Gesamtbetrag der ausstehenden verbrieften Forderungen, das heißt den gesamten Poolumfang, den wir entweder als Originator oder als Sponsor durch traditionelle oder synthetische Transaktionen verbrieft haben, aufgeteilt nach Forderungsklassen. Innerhalb der Spalte Originator enthält die Tabelle Angaben über den zugrunde liegenden Verbriefungspool, der entweder ursprünglich aus unserer Bilanz begründet oder von Dritten angekauft wurde. Der dargestellte Betrag entspricht entweder dem Buchwert, der sich aus der Konzernrechnungslegung ergibt für bilanzielle Risikopositionen in synthetischen Verbriefungen, oder für traditionelle Verbriefungen und außerbilanzielle Risikopositionen in synthetischen Transaktionen dem aktuell ausstehenden Nominalbetrag. Zum 31. Dezember 2014 werden von den insgesamt 46,5 Mrd € als Originator verbrieften Forderungen 27,0 Mrd € von uns gehalten. Dies spiegelt einen Anstieg sowohl in den ausstehenden als auch in den zurückbehaltenen verbrieften Forderungen gegenüber dem 31. Dezember 2013 wider, als hierfür 42,3 Mrd € respektive 22,7 Mrd € berichtet wurden.

Für Sponsorenbeziehungen stellt der Gesamtbetrag der verbrieften Forderungsbeträge, der in der unten aufgeführten Tabelle gezeigt wird, den gesamten ausstehenden Forderungsbetrag der Gesellschaften dar, welche die Wertpapiere und andere Forderungen emittieren. Zum 31. Dezember 2014 lag der Betrag, den wir in Bezug auf die 29,3 Mrd € insgesamt ausstehenden verbrieften Forderungen aus Sponsoraktivitäten inklusive Multi-Seller-Transaktionen gehalten haben, bei 9,2 Mrd €. Die verbleibenden Beträge werden von Dritten gehalten. Die entsprechenden Beträge per 31. Dezember 2013 lagen bei 77,2 Mrd € für die insgesamt ausstehenden verbrieften Forderungen inklusive Multi-Seller-Transaktionen, wobei 13,0 Mrd € von uns gehalten wurden. Die Verringerung in unserem Risikopositionswert war im Wesentlichen auf eine Managemententscheidung zur Reduzierung des durch ABCP-Conduits finanzierten Verbriefungsbuchs zurückzuführen. Die in

den Tabellen gezeigten ausstehenden verbrieften Forderungen sind den Dienstleistungsberichten Dritter entnommen, zu denen das Conduit in Beziehung steht.

Ausstehende verbriefte Forderungen nach Forderungsklasse (gesamter Poolumfang) im Anlagebuch

	31.12.2014				31.12.2013			
	Originator		Sponsor[1]		Originator		Sponsor[1]	
in Mio €	Traditionell	Synthetisch	Traditionell	Synthetisch	Traditionell	Synthetisch	Traditionell	Synthetisch
Wohnimmobilien	8.485	2.171	635	64	9.379	2.945	3.867	0
Gewerbliche Immobilien	9.978	0	7.525	0	9.265	0	7.980	0
Kreditkartengeschäft	0	0	1.560	0	0	0	4.118	0
Leasinggeschäft	89	0	3.691	0	0	0	8.439	0
Darlehen an Unternehmen und KMU (Forderungsklasse Unternehmen)[2]	1.320	24.420	6.814	0	2.215	18.522	13.342	0
Konsumentenkredite	0	0	6.506	0	0	0	15.185	0
Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	0	0	547	0	0	0	193	0
Gedeckte Schuldverschreibungen	0	0	0	0	0	0	0	0
Sonstige Passivpositionen	0	0	0	0	0	0	0	0
Sonstige Risikopositionen[3]	0	0	1.974	0	0	0	24.107	0
Ausstehende verbriefte Forderungen insgesamt[4]	**19.873**	**26.592**	**29.252**	**64**	20.858	21.467	77.232	0

[1] Zum 31. Dezember 2014 sind unter Sponsor 8,8 Mrd € über Multi-Seller-Transaktionen verbriefte Forderungen enthalten, von denen wir 4,8 Mrd € selbst begründet haben und damit auch unter Originator ausweisen. Die vergleichbaren Zahlen zum 31. Dezember 2013 beliefen sich auf 11,0 Mrd € und 5,8 Mrd €.
[2] KMU sind kleine oder mittlere Unternehmen.
[3] Betrag in 2013 besteht hauptsächlich aus Verbriefungen zur Unterstützung von Aktivitäten für Mietwagen und Händlerbestände.
[4] Für eine aufsichtsrechtliche Abschätzung des Kreditrisikoengagements in Bezug auf seine Verbriefungsaktivitäten im Anlagebuch siehe Tabelle „Einbehaltene oder erworbene Verbriefungspositionen im Anlagebuch nach Risikogewichtsband".

Die nachfolgende Tabelle zeigt den Gesamtbetrag der ausstehenden verbrieften Forderungsbeträge in Bezug auf im aufsichtsrechtlichen Handelsbuch gehaltene Verbriefungspositionen separat für Aktivitäten als Originator und Sponsor und weiter aufgeteilt nach traditionellen und synthetischen Transaktionen. Über synthetische Single-Tranche-CDOs gekaufte Besicherungen wurden als Originator Positionen ausgewiesen, für die das Volumen der synthetischen Pools als das Maximum der Volumen der synthetischen Pools aller Positionen, die den jeweiligen Pool referenzieren, bestimmt wurde. Die in der nachfolgenden Tabelle gezeigten ausstehenden verbrieften Forderungen reflektieren nicht unser Risiko, da sie auch Forderungen enthalten, die wir nicht einbehalten, und da sie des Weiteren nicht die unterschiedlichen Ränge in den Wasserfällen der bezogenen Positionen berücksichtigen und insbesondere Risikoabsicherungen nur für identische Tranchen reflektieren. Im Vergleich zum letzten Jahr ist der Gesamtbetrag der verbrieften Forderungsbeträge aus synthetischen Verbriefungen durch die Berücksichtigung einzelner CTP-Positionen im MRSA angestiegen, da diese sich nicht mehr für die Berücksichtigung im CRM qualifizierten.

Ausstehende verbriefte Forderungen nach Forderungsklasse (gesamter Poolumfang) im Handelsbuch

	31.12.2014				31.12.2013			
	Originator		Sponsor[1]		Originator		Sponsor[1]	
in Mio €	Traditionell	Synthetisch	Traditionell	Synthetisch	Traditionell	Synthetisch	Traditionell	Synthetisch
Wohnimmobilien	9.227	0	9.362	0	11.026	0	5.200	0
Gewerbliche Immobilien	41.404	14.588	72.439	0	29.714	0	52.633	0
Kreditkartengeschäft	0	0	0	0	0	0	0	0
Leasinggeschäft	0	0	0	0	494	0	0	0
Darlehen an Unternehmen und KMU (Forderungsklasse Unternehmen)[2]	768	104.513	1.402	0	1.998	91.965	3.720	0
Konsumentenkredite	0	147	0	0	0	0	0	0
Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	0	0	0	0	0	0	0	0
Gedeckte Schuldverschreibungen	0	0	0	0	0	0	0	0
Sonstige Passivpositionen	0	0	0	0	0	0	0	0
Sonstige Risikopositionen	1.451	0	0	0	0	0	0	0
Ausstehende verbriefte Forderungen insgesamt[3]	**52.850**	**119.247**	**83.204**	0	43.232	91.965	61.553	0

[1] Zum 31. Dezember 2014 sind unter Sponsor 73,4 Mrd € über Multi-Seller-Transaktionen verbriefte Forderungen enthalten, von denen wir 28,3 Mrd € selbst begründet haben und damit auch unter Originator ausweisen. Die Zahlen zum 31. Dezember 2013 beliefen sich auf 56,5 Mrd € respektive 22,5 Mrd €.
[2] KMU sind kleine oder mittlere Unternehmen.
[3] Für eine aufsichtsrechtliche Abschätzung des Kreditrisikoengagements in Bezug auf unsere Verbriefungsaktivitäten im Handelsbuch siehe Tabelle „Einbehaltene oder erworbene Verbriefungspositionen im Handelsbuch nach Risikogewichtsband, die dem MRSA unterliegen". Enthält verbriefte Forderungen in der Rolle des Originators in Höhe von 12,4 Mrd € und in der Rolle des Sponsors in Höhe von 9,2 Mrd €, die bereits in der Tabelle „Ausstehende verbriefte Forderungen nach Forderungsklasse (gesamter Poolumfang) im Anlagebuch" reflektiert sind.

In der nachstehenden Tabelle werden Informationen zur Kreditqualität der den Verbriefungstransaktionen zugrunde liegenden Verbriefungspools nach Forderungsklasse ausgewiesen, in denen wir Originator sind und aus denen wir Positionen im aufsichtsrechtlichen Anlagebuch halten. Jede Forderung wird dabei als überfällig berichtet, wenn sie 30 Tage oder länger überfällig und nicht bereits als wertgemindert berücksichtigt ist. In Fällen, in denen wir als Originator einer synthetischen Transaktion eingestuft sind, werden die wertgeminderten beziehungsweise überfälligen Forderungsbeträge in Übereinstimmung mit unseren internen Richtlinien ermittelt. Im Fall der traditionellen Verbriefungen werden die Forderungen gezeigt, die überfällig oder wertgemindert sind, wobei die Informationen in erster Linie aus den Investorenberichten der jeweils zugrunde liegenden Verbriefungstransaktion abgeleitet wurden.

Daneben zeigt die Tabelle die nach Forderungsklasse unterteilten Verluste, die wir in den Geschäftsjahren 2014 und 2013 aus einbehaltenen oder erworbenen Verbriefungspositionen im Rahmen unserer Aktivitäten als Originator verzeichnet haben. Die ausgewiesenen Verluste entsprechen denjenigen in der Gewinn- und Verlustrechnung. Die Beträge sind die tatsächlichen Verluste des zugrunde liegenden Forderungspools nach Einbeziehung von berücksichtigungsfähigen Kreditsicherungen, soweit diese Verluste unseren einbehaltenen oder erworbenen Verbriefungspositionen zugeordnet wurden. Dies gilt sowohl für traditionelle als auch für synthetische Transaktionen.

Wertgeminderte und überfällige verbriefte Forderungen sowie erfasste Verluste nach Forderungsklasse (gesamter Poolumfang) als Originator

	31.12.2014	2014	31.12.2013	2013
in Mio €	Wertgemindert/ überfällig[1]	Verluste	Wertgemindert/ überfällig[1]	Verluste
Wohnimmobilien	2.406	2	3.118	40
Gewerbliche Immobilien	0	0	0	17
Kreditkartengeschäft	0	0	0	0
Leasinggeschäft	0	0	0	0
Darlehen an Unternehmen und KMU (Forderungsklasse Unternehmen)[2]	14	13	32	17
Konsumentenkredite	0	0	0	0
Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	0	0	0	0
Gedeckte Schuldverschreibungen	0	0	0	0
Sonstige Passivpositionen	0	0	0	0
Sonstige Risikopositionen	0	0	0	0
Wertgeminderte und überfällige verbriefte Forderungen und erfasste Verluste insgesamt[3]	**2.420**	**15**	3.150	74

[1] Enthält die wertgeminderten oder überfälligen Forderungen mit Bezug auf Multi-Seller-Verbriefungen, welche mehr als die von uns selbst generierten Anteile sein können.
[2] KMU sind kleine oder mittlere Unternehmen.
[3] Für eine aufsichtsrechtliche Abschätzung des Kreditrisikoengagements in Bezug auf unsere Verbriefungsaktivitäten im Anlagebuch siehe Tabelle „Einbehaltene oder erworbene Verbriefungspositionen im Anlagebuch nach Risikogewichtsband“.

Insgesamt verringerte sich der Betrag an wertgeminderten und überfälligen Forderungen 2014 um 2,4 Mrd €. Der Rückgang gegenüber dem Vorjahr resultierte im Wesentlichen aus den Forderungsklassen „Wohnimmobilien“ und „Darlehen an Unternehmen und KMU (Forderungsklasse Unternehmen)“. Verzeichnete Verluste reduzierten sich im Jahresvergleich auf 15 Mio € im Vergleich zu 74 Mio € in 2013.

Die folgende Tabelle zeigt Informationen über Forderungen im Anlage- und Handelsbuch, unterteilt nach Forderungsklassen, für die das Management in nächster Zeit die Absicht zur Verbriefung in bestehenden oder neuen Verbriefungen hat. Die Forderungsbeträge enthalten keine zur Verbriefung vorgesehenen Vermögenswerte ohne Risikotransfer, also die Verbriefungen, bei denen wir alle Tranchen einbehalten werden.

Zur Verbriefung vorgesehene Forderungen (Risikopositionswert)

	31.12.2014		31.12.2013	
in Mio €	Anlagebuch	Handelsbuch	Anlagebuch	Handelsbuch
Wohnimmobilien	0	0	0	741
Gewerbliche Immobilien	0	1.754	0	2.295
Kreditkartengeschäft	0	0	0	0
Leasinggeschäft	0	0	0	0
Darlehen an Unternehmen und KMU (Forderungsklasse Unternehmen)[1]	1.645	15	0	0
Konsumentenkredite	0	0	0	0
Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	0	0	0	0
Gedeckte Schuldverschreibungen	0	0	0	0
Sonstige Passivpositionen	0	0	0	0
Sonstige Risikopositionen	0	0	0	0
Zur Verbriefung vorgesehene Forderungen	**1.645**	**1.770**	0	3.036

[1] KMU sind kleine oder mittlere Unternehmen.

Bei der Mehrheit der für Verbriefungen vorgesehenen Forderungen handelt es sich um „Gewerbliche Immobilien“ im Handelsbuch und um „Darlehen an Unternehmen und KMU (Forderungsklasse Unternehmen)“ im Anlagebuch.

Einbehaltene oder erworbene Verbriefungspositionen

In der nachstehenden Tabelle ist der Wert unserer einbehaltenen oder erworbenen Verbriefungspositionen im Anlagebuch aufgeführt. Er basiert auf dem aufsichtsrechtlichen Positionswert vor Anwendung einer Kreditrisikominderung. Die Verbriefungspositionen im aufsichtsrechtlichen Handelsbuch werden gemäß der in den Artikeln 327 bis 332 CRR berichtet dargelegten Definition dargestellt, der zufolge identische oder einander weitgehend entsprechende Wertpapiere und Derivate in einer Nettoposition zusammengefasst werden. Die Kapitalanforderungen für Verbriefungspositionen – sowohl im regulatorischen Bank- als auch im Handelsbuch – sind darüber hinaus nach Forderungsklassen aufgeschlüsselt.

Einbehaltene oder erworbene Verbriefungspositionen nach Forderungsklasse

31.12.2014

	Anlagebuch					Handelsbuch				
in Mio €	Bilanzielle Verbriefungs-positionen	Außer-bilanzielle, derivative und Wertpapier-finanzierungs-geschäfts-bezogene Verbriefungs-positionen	Gesamt	davon mit 1.250 % gewichtete Positionen	Kapital-anforderung	Bilanzielle Verbriefungs-positionen	Außer-bilanzielle, derivative und Wertpapier-finanzierungs-geschäfts-bezogene Verbriefungs-positionen	Gesamt	davon mit 1.250 % gewichtete Positionen	Kapital-anforderung
Wohnimmobilien	3.048	1.532	4.581	113	239	3.020	20	3.040	537	625
Gewerbliche Immobilien	1.854	882	2.736	158	169	1.682	2.573	4.256	287	399
Kreditkarten-geschäft	0	970	970	0	7	63	16	78	6	10
Leasing-geschäft	2.582	1.439	4.021	5	77	10	0	10	0	1
Darlehen an Unternehmen und KMU (Forderungs-klasse Unternehmen)[1]	27.622	3.269	30.891	42	343	1.443	3.715	5.158	231	359
Konsumenten-kredite	6.423	2.031	8.454	7	193	345	0	345	66	70
Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	0	0	0	0	0	16	0	16	0	0
Gedeckte Schuldver-schreibungen	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Sonstige Passiv-positionen	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Sonstige Risiko-positionen	3.083	338	3.421	99	131	665	8	673	182	218
Einbehaltene oder erworbene Verbriefungs-positionen insgesamt[2]	44.612	10.461	55.074	424	1.159	7.243	6.332	13.576	1.309	1.682

[1] KMU sind kleine oder mittlere Unternehmen.
[2] Für eine aufsichtsrechtliche Abschätzung des Kreditrisikoengagements in Bezug auf unsere Verbriefungsaktivitäten siehe Tabelle „Einbehaltene oder erworbene Verbriefungspositionen im Anlagebuch nach Risikogewichtsband“ und Tabelle „Einbehaltene oder erworbene Verbriefungspositionen im Handelsbuch nach Risikogewichtsband, die dem MRSA unterliegen“.

31.12.2013

in Mio €	Anlagebuch					Handelsbuch				
	Bilanzielle Verbriefungs-positionen	Außer-bilanzielle, derivative und Wertpapier-finanzierungs-geschäfts-bezogene Verbriefungs-positionen	Gesamt	davon mit 1.250 % gewichtete Positionen	Kapital-anforderung	Bilanzielle Verbriefungs-positionen	Außer-bilanzielle, derivative und Wertpapier-finanzierungs-geschäfts-bezogene Verbriefungs-positionen	Gesamt	davon mit 1.250 % gewichtete Positionen	Kapital-anforderung
Wohnimmobilien	4.794	3.334	8.128	1.048	280	2.406	44	2.450	477	546
Gewerbliche Immobilien	806	599	1.404	406	192	1.978	3.090	5.068	377	565
Kreditkarten-geschäft	0	1.520	1.520	0	12	91	0	91	0	5
Leasing-geschäft	1.749	722	2.471	0	31	17	0	17	0	1
Darlehen an Unternehmen und KMU (Forderungs-klasse Unternehmen)[1]	19.598	4.644	24.241	143	320	1.338	4.087	5.424	312	423
Konsumenten-kredite	2.142	2.724	4.866	15	108	370	0	370	44	55
Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	0	158	158	0	1	1	0	1	0	0
Gedeckte Schuldver-schreibungen	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Sonstige Passiv-positionen	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Sonstige Risiko-positionen	5.029	3.933	8.962	176	186	1.258	135	1.393	275	363
Einbehaltene oder erworbene Verbriefungs-positionen insgesamt[2]	34.117	17.634	51.751	1.789	1.130	7.458	7.356	14.814	1.485	1.958

[1] KMU sind kleine oder mittlere Unternehmen.
[2] Für eine aufsichtsrechtliche Abschätzung des Kreditrisikoengagements in Bezug auf unsere Verbriefungsaktivitäten siehe Tabelle „Einbehaltene oder erworbene Verbriefungspositionen im Anlagebuch nach Risikogewichtsband“ und Tabelle „Einbehaltene oder erworbene Verbriefungspositionen im Handelsbuch nach Risikogewichtsband, die dem MRSA unterliegen“.

Im Jahresvergleich erhöhten sich die einbehaltenen oder erworbenen Verbriefungspositionen im Anlagebuch aufgrund von Aktivitäten als Originator in der Risikopositionsklasse „Darlehen an Unternehmen und KMU (Forderungsklasse Unternehmen)“, neuen Risikopositionen in der Risikopositionsklasse „Gewerbliche Wohnimmobilien“ und Wechselkursveränderungen. Einbehaltene oder erworbene Verbriefungspositionen wurden insbesondere in der Risikopositionsklasse „Wohnimmobilien“ reduziert, hauptsächlich resultierend aus Beendigungen/Rückzahlungen von Transaktionen und einer neuen Risikopositionsdefinition gemäß Artikel 246 (1) CRR. Im Handelsbuch reduzierten sich die Verbriefungspositionen um 1,2 Mrd € oder 8 %, im Wesentlichen ist dies auf Rückgänge in den Risikopositionsklassen „Gewerbliche Immobilien“ und „Sonstige Risikopositionen“ zurückzuführen, welche durch einen Anstieg in der Risikopositionsklasse „Wohnimmobilien“ teilweise kompensiert wurden.

Einbehaltene oder erworbene Verbriefungspositionen nach Region (Risikopositionswert)

	31.12.2014		31.12.2013	
in Mio €	Anlagebuch	Handelsbuch	Anlagebuch	Handelsbuch
Europa	19.024	3.531	22.017	3.371
Amerika	32.888	8.485	26.837	9.680
Asien/Pazifik	3.004	1.456	2.849	1.355
Sonstige	157	104	49	408
Einbehaltene oder erworbene Verbriefungspositionen insgesamt[1]	**55.074**	**13.576**	51.751	14.814

[1] Für eine aufsichtsrechtliche Abschätzung des Kreditrisikoengagements in Bezug auf unsere Verbriefungsaktivitäten siehe Tabelle „Einbehaltene oder erworbene Verbriefungspositionen im Anlagebuch nach Risikogewichtsband“ und Tabelle „Einbehaltene oder erworbene Verbriefungspositionen im Handelsbuch nach Risikogewichtsband, die dem MRSA unterliegen“.

Die obige Tabelle zeigt die einbehaltenen oder erworbenen Verbriefungspositionen, aufgegliedert nach Regionen, basierend auf dem Sitzland des Schuldners der verbrieften Forderungen. Der Positionsanstieg im Anlagebuch innerhalb der Region „Amerika“ resultierte aus unserer Aktivität als Originator sowie aus Wechselkursveränderungen. Dem gegenüber konnte für diese Region innerhalb des Handelsbuchs ein Rückgang beobachtet werden.

Verbriefungen im Anlagebuch

Einbehaltene oder erworbene Verbriefungspositionen im Anlagebuch nach Risikogewichtsband

	31.12. 2014			31.12. 2013		
in Mio €	Risiko-positionswert	Kapital-anforderung, IRBA[1]	Kapitalanfor-derung, Stan-dardansatz	Risiko-positionswert	Kapital-anforderung, IRBA[1]	Kapitalanfor-derung, Stan-dardansatz
≤ 10 %	44.968	246	0	36.301	192	0
> 10 ≤ 20 %	4.170	37	9	5.759	50	12
> 20 ≤ 50 %	2.427	97	1	4.895	171	9
> 50 ≤ 100 %	2.313	124	53	2.385	77	74
> 100 ≤ 350 %	313	40	3	283	29	1
> 350 ≤ 650 %	160	51	0	247	75	0
> 650 < 1.250 %	299	202	0	91	33	0
1.250 %/Abzug[2]	424	266	29	1.789	349	58
Einbehaltene oder erworbene Verbriefungspositionen insgesamt	**55.074**	**1.064**	**95**	51.751	976	154

[1] Nach Berücksichtigung von Wertberichtigungen gemäß Artikel 266 (1, 2) CRR für 2014 und §§ 253 (3) und 268 (2) SolvV für 2013. Einschließlich der Kapitalanforderungen aus Laufzeitunterschieden von synthetischen Verbriefungen nach Risikogewichtsband, definiert als nominalgewichtetes durchschnittliches Risikogewicht des verbrieften Portfolios.
[2] Ein Kapitalabzug wird von 2014 an nicht mehr angewandt.

Der Risikopositionswert im Bereich ≤ 10 % erhöhte sich auf 45,0 Mrd € aufgrund von Aktivitäten als Originator, wohingegen sich der Risikopositionswert im Bereich 1.250 % auf 424 Mio € gemäß der neuen Definition des Artikels 246 (1) CRR verringerte. Generell erhöhte sich der Risikopositionswert im Anlagebuch um 6 % auf 55,1 Mrd €, die Kapitalanforderung erhöhte sich lediglich um 3 % auf 1,2 Mrd €.

Der größte Anteil der verbrieften Forderungen im Anlagebuch wird durch den aufsichtsrechtlichen Formelansatz (SFA) abgedeckt. Für die verbleibenden, dem IRBA zuzuordnenden Verbriefungspositionen verwenden wir den ratingbasierten Ansatz (RBA) oder für die von uns gesponserten ABCP-Aktivitäten den internen Bewertungsansatz.

Einbehaltene oder erworbene Verbriefungspositionen im Anlagebuch nach Risikogewichtsband gemäß IRBA-Ratingbasierter Ansatz (RBA)

	31.12.2014				31.12.2013			
	Risikopositionswert		Kapitalanforderung, IRBA-RBA[1]		Risikopositionswert		Kapitalanforderung, IRBA-RBA[1]	
in Mio €	Verbriefungen	Wiederverbriefungen	Verbriefungen[2]	Wiederverbriefungen	Verbriefungen	Wiederverbriefungen	Verbriefungen[2]	Wiederverbriefungen
≤ 10 %	5.295	0	33	0	6.449	0	35	0
> 10 ≤ 20 %	2.056	0	21	0	1.463	0	14	0
> 20 ≤ 50 %	854	1.064	50	34	1.378	1.564	85	44
> 50 ≤ 100 %	1.487	29	120	1	1.020	0	63	0
> 100 ≤ 350 %	78	7	7	1	59	108	2	11
> 350 ≤ 650 %	58	0	19	0	235	0	71	0
> 650 < 1.250 %	154	16	85	9	13	64	7	12
1.250 %/Abzug[3]	342	46	244	19	662	152	253	22
Einbehaltene oder erworbene Verbriefungspositionen insgesamt	**10.324**	**1.162**	**579**	**64**	11.279	1.889	531	89

[1] Nach Berücksichtigung von Wertberichtigungen gemäß Artikel 266 (1,2) CRR für 2014 und §§ 253 (3) und 268 (2) SolvV für 2013.
[2] Einschließlich der Kapitalanforderungen aus Laufzeitunterschieden von synthetischen Verbriefungen nach Risikogewichtsband, definiert als nominalgewichtetes durchschnittliches Risikogewicht des verbrieften Portfolios.
[3] Ein Kapitalabzug wird von 2014 an nicht mehr angewandt.

Der Risikopositionswert für Verbriefungen unter dem IRBA-RBA verringerte sich um 1,0 Mrd €, im Wesentlichen aufgrund der Reduktion von synthetischen Verbriefungen der Postbank. Der Risikopositionswert von Wiederverbriefungen verringerte sich um 0,7 Mrd € aufgrund einer Reduktion einer signifikanten Transaktion.

Einbehaltene oder erworbene Verbriefungspositionen im Anlagebuch nach Risikogewichtsband gemäß IRBA-Interner Bewertungsansatz (IAA)

	31.12.2014				31.12.2013			
	Risikopositionswert		Kapitalanforderung, IRBA-IAA[1]		Risikopositionswert		Kapitalanforderung, IRBA-IAA[1]	
in Mio €	Verbriefungen	Wiederverbriefungen	Verbriefungen	Wiederverbriefungen	Verbriefungen	Wiederverbriefungen	Verbriefungen	Wiederverbriefungen
≤ 10 %	996	0	7	0	4.670	0	29	0
> 10 ≤ 20 %	1.160	0	11	0	3.319	0	33	0
> 20 ≤ 50 %	245	33	5	1	1.283	351	28	11
> 50 ≤ 100 %	47	0	3	0	210	5	12	0
> 100 ≤ 350 %	166	0	28	0	0	33	0	4
> 350 ≤ 650 %	0	0	0	0	0	0	0	0
> 650 < 1.250 %	0	0	0	0	0	0	0	0
1.250 %/Abzug[2]	0	0	0	0	0	0	0	0
Einbehaltene oder erworbene Verbriefungspositionen insgesamt	**2.614**	**33**	**53**	**1**	9.482	389	102	16

[1] Nach Berücksichtigung von Wertberichtigungen gemäß Artikel 266 (1,2) CRR für 2014 und §§ 253 (3) und 268 (2) SolvV für 2013.
[2] Ein Kapitalabzug wird von 2014 an nicht mehr angewandt.

Die Reduktion des Risikopositionswerts unter dem IRBA-Internen Bewertungsansatz (IAA) resultierte hauptsächlich aus einer Managemententscheidung das Verbriefungsportfolio, finanziert durch ABCP-Conduits, zu reduzieren. Der Risikopositionswert reduzierte sich dadurch um 73 % auf 2,6 Mrd € in 2014, am 31. Dezember 2013 waren es noch 9,9 Mrd €.

Einbehaltene oder erworbene Verbriefungspositionen im Anlagebuch nach Risikogewichtsband gemäß IRBA-Aufsichtsrechtlicher Formelansatz (SFA)

	31.12.2014				31.12.2013			
	Risikopositionswert		Kapitalanforderung, IRBA-SFA[1]		Risikopositionswert		Kapitalanforderung, IRBA-SFA[1]	
in Mio €	Verbriefungen	Wiederverbriefungen	Verbriefungen	Wiederverbriefungen	Verbriefungen	Wiederverbriefungen	Verbriefungen	Wiederverbriefungen
≤ 10 %	38.676	0	206	0	25.182	0	128	0
> 10 ≤ 20 %	317	49	3	1	172	0	2	0
> 20 ≤ 50 %	217	0	7	0	81	0	2	0
> 50 ≤ 100 %	5	0	0	0	32	0	2	0
> 100 ≤ 350 %	36	0	5	0	74	0	12	0
> 350 ≤ 650 %	102	0	32	0	13	0	4	0
> 650 < 1.250 %	129	0	108	0	14	0	14	0
1.250 %/Abzug[2]	7	0	3	0	917	0	74	0
Einbehaltene oder erworbene Verbriefungspositionen insgesamt	**39.487**	**49**	**365**	**1**	26.485	0	239	0

[1] Nach Berücksichtigung von Wertberichtigungen gemäß Artikel 266 (1, 2) CRR für 2014 und §§ 253 (3) und 268 (2) SolvV für 2013.
[2] Ein Kapitalabzug wird von 2014 an nicht mehr angewandt.

Im Anlagebuch erhöhte sich der Risikopositionswert unter dem IRBA-Aufsichtsrechtlichen Formelansatz (SFA) auf 39,5 Mrd € in 2014. Diese Erhöhung resultierte im Wesentlichen aus Aktivitäten als Originator und Verbriefungspositionen, die zuvor durch ABCP-Conduits finanziert wurden und noch unter den IRBA-Interner Bewertungsansatz (IAA) fielen.

Der Kreditrisiko-Standardansatz wird für Verbriefungspositionen verwendet, bei denen das zugrunde liegende Portfolio vornehmlich aus Kreditrisiken besteht, die, sofern sie von uns direkt gehalten würden, als KSA-Risikopositionen eingestuft würden.

Einbehaltene oder erworbene Verbriefungspositionen im Anlagebuch nach Risikogewichtsband gemäß Kreditrisiko-Standardansatz (KSA)

	31.12.2014				31.12.2013			
	Risikopositionswert		Kapitalanforderung, SA		Risikopositionswert		Kapitalanforderung, SA	
in Mio €	Verbriefungen	Wiederverbriefungen	Verbriefungen	Wiederverbriefungen	Verbriefungen	Wiederverbriefungen	Verbriefungen	Wiederverbriefungen
≤ 10 %	0	0	0	0	0	0	0	0
> 10 ≤ 20 %	588	0	9	0	802	3	12	0
> 20 ≤ 50 %	14	0	1	0	238	0	9	0
> 50 ≤ 100 %	745	0	53	0	1.119	0	74	0
> 100 ≤ 350 %	27	0	3	0	9	0	1	0
> 350 ≤ 650 %	0	0	0	0	0	0	0	0
> 650 < 1.250 %	0	0	0	0	0	0	0	0
1.250 %/Abzug[1]	23	6	23	6	16	41	16	41
Einbehaltene oder erworbene Verbriefungspositionen insgesamt	**1.398**	**6**	**89**	**6**	2.184	44	113	41

[1] Ein Kapitalabzug wird von 2014 an nicht mehr angewandt.

Der Risikopositionswert unter dem Kreditrisiko-Standardansatz (KSA) verringerte sich um 824 Mio €, im Wesentlichen aus einer Reduktion des Postbank-Portfolios resultierend.

Forderungen im Handelsbuch

Für nicht dem Umfassenden Risikoansatz zugeordnete Verbriefungspositionen wird die Kapitalanforderung für das spezifische Marktrisiko nach dem Marktrisiko-Standardansatz (MRSA) ermittelt. Das MRSA-Risikogewicht für Verbriefungspositionen im Handelsbuch wird generell mit den gleichen Methoden ermittelt, die auch für die Verbriefungspositionen im Anlagebuch angewandt werden. Details zu diesem Ansatz sind im Kapitel „Aufsichtsrechtliches Rahmenwerk für Verbriefungen“ und im Kapitel „Handelsbezogenes Marktrisiko“ enthalten.

Einbehaltene oder erworbene Verbriefungspositionen im Handelsbuch nach Risikogewichtsband, die dem Marktrisiko-Standardansatz (MRSA) unterliegen

	31.12.2014				31.12.2013			
	Risikopositionswert		Kapitalanforderung, MRSA		Risikopositionswert		Kapitalanforderung, MRSA	
in Mio €	Ver-briefungen	Wiederver-briefungen	Ver-briefungen	Wiederver-briefungen	Ver-briefungen	Wiederver-briefungen	Ver-briefungen	Wiederver-briefungen
≤ 10 %	4.540	0	26	0	5.254	0	30	0
> 10 ≤ 20 %	4.568	0	51	0	4.677	0	52	0
> 20 ≤ 50 %	1.289	249	29	8	1.095	338	32	10
> 50 ≤ 100 %	582	100	35	6	674	141	42	10
> 100 ≤ 350 %	533	96	73	14	558	132	88	20
> 350 ≤ 650 %	174	36	63	13	237	100	77	44
> 650 < 1.250 %	81	18	45	11	118	6	65	3
1.250 %/Abzug[1]	1.008	302	1.008	302	1.177	308	1.177	308
Einbehaltene oder erworbene Verbriefungspositionen insgesamt	**12.774**	**801**	**1.329**	**353**	13.790	1.025	1.563	395

[1] Ein Kapitalabzug wird von 2014 an nicht mehr angewandt.

Im Jahresvergleich verringerten sich die Verbriefungspositionen im Handelsbuch hauptsächlich im Risikogewichtsband ≤ 10 %, mit nur geringen Auswirkungen auf die Kapitalanforderungen, und im Risikogewichtsband 1.250 %, wodurch sich die Kapitalausnutzung um 169 Mio € reduzierte.

Wiederverbriefungspositionen

Die Positionswerte aus Wiederverbriefungen im Handelsbuch wurden durch Hedging im Sinne der Artikel 327 bis 332 CRR um 39 % reduziert.

Einbehaltene oder erworbene Wiederverbriefungspositionen (Risikopositionswert)

	31.12.2014				31.12.2013			
	Anlagebuch		Handelsbuch		Anlagebuch		Handelsbuch	
in Mio €	Vor Hedging/ Versicherungen	Nach Hedging/ Versicherungen	Vor Hedging/ Versicherungen	Nach Hedging/ Versicherungen	Vor Hedging/ Versicherungen	Nach Hedging/ Versicherungen	Vor Hedging/ Versicherungen	Nach Hedging/ Versicherungen
Wiederverbrie-fungspositionen	1.250	1.250	1.313	801	2.322	2.320	3.190	1.025

Risikominderungen in Form von Finanzgarantien wurden in unseren Wiederverbriefungspositionen weder im Anlagebuch noch im Handelsbuch eingesetzt.

Verbriefungsaktivitäten

Die folgenden Tabellen zeigen einen Anstieg unserer Sponsoraktivitäten zum Jahresende 2014 gegenüber 2013. Der Anstieg der Verbriefungsaktivitäten zum Jahresende 2014 aus Originatortätigkeit erfolgte hauptsächlich mit Bezug auf „Darlehen an Unternehmen oder KMU (Forderungsklasse Unternehmen)“ und hier vorrangig aus synthetischen Transaktionen vonseiten Credit Portfolios Strategies Group (CPSG). Der Anstieg in der Forderungsklasse „Gewerbliche Immobilien“ resultiert aus neuen traditionellen Verbriefungen, die auf amerikanischen Forderungen basieren.

Verbriefungsaktivität – Ausstehende verbriefte Forderungen nach Forderungsklasse im Anlagebuch

	Originator			Sponsor	
	31.12.2014		2014	31.12.2014	
in Mio €	Traditionell	Synthetisch	Realisierte Gewinne/ Verluste aus Verkäufen/ Liquidationen	Traditionell	Synthetisch
Wohnimmobilien	0	0	0	0	0
Gewerbliche Immobilien	1.279	0	23	0	0
Kreditkartengeschäft	0	0	0	0	0
Leasinggeschäft	89	0	0	43	0
Darlehen an Unternehmen oder KMU (Forderungsklasse Unternehmen)[1]	0	7.594	0	689	0
Konsumentenkredite	0	0	0	0	0
Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	0	0	0	547	0
Gedeckte Schuldverschreibungen	0	0	0	0	0
Sonstige Passivpositionen	0	0	0	0	0
Sonstige Risikopositionen	0	0	0	0	0
Ausstehende verbriefte Forderungen insgesamt[2]	1.368	7.594	23	1.279	0

[1] KMU sind kleine oder mittlere Unternehmen.
[2] Für eine aufsichtsrechtliche Abschätzung des Kreditrisikoengagements in Bezug auf unsere Verbriefungsaktivitäten im Anlagebuch siehe Tabelle „Einbehaltene oder erworbene Verbriefungspositionen im Anlagebuch nach Risikogewichtsband".

	Originator			Sponsor	
	31.12.2013		2013	31.12.2013	
in Mio €	Traditionell	Synthetisch	Realisierte Gewinne/ Verluste aus Verkäufen/ Liquidationen	Traditionell	Synthetisch
Wohnimmobilien	0	0	0	1.551	0
Gewerbliche Immobilien	2.328	0	52	2.880	0
Kreditkartengeschäft	0	0	0	2.455	0
Leasinggeschäft	0	0	0	4.036	0
Darlehen an Unternehmen oder KMU (Forderungsklasse Unternehmen)[1]	0	10.069	0	2.405	0
Konsumentenkredite	0	0	0	3.532	0
Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	0	0	0	193	0
Gedeckte Schuldverschreibungen	0	0	0	0	0
Sonstige Passivpositionen	0	0	0	0	0
Sonstige Risikopositionen[2]	0	0	0	5.211	0
Ausstehende verbriefte Forderungen insgesamt[3]	2.328	10.069	52	22.263	0

[1] KMU sind kleine oder mittlere Unternehmen.
[2] Unter Sponsor sind 2,8 Mrd € verbriefte Forderungen enthalten, von denen wir 1,5 Mrd € selbst begründet haben und damit auch unter Originator ausweisen.
[3] Für eine aufsichtsrechtliche Abschätzung des Kreditrisikoengagements in Bezug auf unsere Verbriefungsaktivitäten im Anlagebuch siehe Tabelle „Einbehaltene oder erworbene Verbriefungspositionen im Anlagebuch nach Risikogewichtsband".

Der gezeigte Anstieg der traditionellen Verbriefungsaktivitäten per Jahresende 2014 gegenüber 2013 resultiert hauptsächlich aus gestiegener Marktaktivität innerhalb der CMBS-Verbriefungen, die auf eine allgemeine Markterholung in diesem Segment zurückzuführen ist. Unserer Risikoabbaustrategie folgend wurden keine neuen synthetischen Verbriefungstransaktionen im Handelsbuch aufgesetzt.

Verbriefungsaktivität – Ausstehende verbriefte Forderungen nach Forderungsklasse im Handelsbuch

	Originator			Sponsor[1]	
	31.12.2014		2014	31.12.2014	
in Mio €	Traditionell	Synthetisch	Realisierte Gewinne/ Verluste aus Verkäufen/ Liquidationen	Traditionell	Synthetisch
Wohnimmobilien	725	0	0	3.553	0
Gewerbliche Immobilien	12.179	0	174	20.049	0
Kreditkartengeschäft	0	0	0	0	0
Leasinggeschäft	0	0	0	0	0
Darlehen an Unternehmen oder KMU (Forderungsklasse Unternehmen)[2]	0	0	0	0	0
Konsumentenkredite	0	0	0	0	0
Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	0	0	0	0	0
Gedeckte Schuldverschreibungen	0	0	0	0	0
Sonstige Passivpositionen	0	0	0	0	0
Sonstige Risikopositionen	1.451	0	0	0	0
Ausstehende verbriefte Forderungen insgesamt[3]	14.354	0	174	23.601	0

1 Unter Sponsor sind 19,3 Mrd € verbriefte Forderungen enthalten, von denen wir 7,4 Mrd € selbst begründet haben und damit auch unter Originator ausweisen.
2 KMU sind kleine oder mittlere Unternehmen.
3 Für eine aufsichtsrechtliche Abschätzung des Kreditrisikoengagements in Bezug auf unsere Verbriefungsaktivitäten im Handelsbuch siehe Tabelle „Einbehaltene oder erworbene Verbriefungspositionen im Handelsbuch nach Risikogewichtsband, die dem MRSA unterliegen“.

	Originator			Sponsor[1]	
	31.12.2013		2013	31.12.2013	
in Mio €	Traditionell	Synthetisch	Realisierte Gewinne/ Verluste aus Verkäufen/ Liquidationen	Traditionell	Synthetisch
Wohnimmobilien	508	0	0	2.989	0
Gewerbliche Immobilien	7.162	0	173	12.475	0
Kreditkartengeschäft	0	0	0	0	0
Leasinggeschäft	0	0	0	0	0
Darlehen an Unternehmen oder KMU (Forderungsklasse Unternehmen)[2]	20	584	0	0	0
Konsumentenkredite	0	0	0	0	0
Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	0	0	0	0	0
Gedeckte Schuldverschreibungen	0	0	0	0	0
Sonstige Passivpositionen	0	0	0	0	0
Sonstige Risikopositionen	0	0	0	0	0
Ausstehende verbriefte Forderungen insgesamt[3]	7.690	584	173	15.464	0

1 Unter Sponsor sind 12,5 Mrd € verbriefte Forderungen enthalten, von denen wir 5,3 Mrd € selbst begründet haben und damit auch unter Originator ausweisen.
2 KMU sind kleine oder mittlere Unternehmen.
3 Für eine aufsichtsrechtliche Abschätzung des Kreditrisikoengagements in Bezug auf unsere Verbriefungsaktivitäten im Handelsbuch siehe Tabelle „Einbehaltene oder erworbene Verbriefungspositionen im Handelsbuch nach Risikogewichtsband, die dem MRSA unterliegen“.

Marktrisiko aus Handelsaktivitäten

Ein Großteil unserer Geschäftsaktivitäten unterliegt Marktrisiken, definiert als die Möglichkeit der Veränderung der Marktwerte unserer Handels- und Anlagepositionen. Risiken können aus Änderungen bei Zinssätzen, Bonitätsaufschlägen, Wechselkursen, Aktienkursen, Rohwarenpreisen und anderen relevanten Parametern wie Marktvolatilitäten und marktbezogenen Ausfallwahrscheinlichkeiten entstehen.

Market Risk Management (MRM), ein Bereich unserer unabhängigen Risk-Funktion, sorgt dafür, dass unsere Geschäftseinheiten das Chance-Risiko-Verhältnis optimieren und uns keinen unannehmbaren Verlusten aussetzen, die unsere Risikotoleranz übersteigen. Market Risk Management arbeitet deshalb eng mit den Risikonehmern (Geschäftseinheiten) und anderen Kontroll- und Unterstützungsfunktionen zusammen.

Wir unterscheiden grundsätzlich drei unterschiedliche Arten von Marktrisiken:

— Das Marktrisiko aus Handelsaktivitäten (Trading Market Risk, „TMR“) entsteht in erster Linie durch Marktpflegeaktivitäten im Unternehmensbereich CB&S. Dazu gehört das Eingehen von Positionen in Schuldtiteln, Aktien, Fremdwährungen, sonstigen Wertpapieren und Rohstoffen sowie in entsprechenden Derivaten.
— Das handelsbezogene Ausfallrisiko (Traded Default Risk, „TDR“) resultiert aus Ausfällen sowie Bonitätsveränderungen.
— Das Marktrisiko aus Nichthandelsaktivitäten (Nontrading Market Risk, „NTMR“) resultiert aus Marktbewegungen, in erster Linie außerhalb der Aktivitäten unserer Handelsbereiche, in unserem Anlagebuch und aus außerbilanziellen Positionen. Dieses schließt Zinsrisiken, Credit-Spread-Risiken, Investitionsrisiken und Fremdwährungsrisiken ein sowie Marktrisiken, die aus unseren Pensionsverpflichtungen, Garantiefonds und aktienbasierten Vergütungen resultieren. Das Marktrisiko aus Nichthandelsaktivitäten beinhaltet auch Risiken aus der Modellierung von Kundendepots sowie Spar- und Kreditprodukten.

Rahmenwerk für die Steuerung des Marktrisikos

Die Steuerungsfunktion des Market Risk Management wurde aufgesetzt und definiert, um die Überwachung aller Marktrisiken einschließlich des Marktrisikos aus Handelsaktivitäten, des handelsbezogenen Ausfallrisikos und des Marktrisikos aus Nichthandelsaktivitäten sowie ein effizientes Entscheidungsmanagement und eine zeitnahe Eskalation an die Geschäftsleitung zu unterstützen.

Das Market Risk Management definiert und implementiert ein Rahmenwerk für die systematische Identifizierung, Beurteilung, Überwachung und Meldung unserer Marktrisiken und unterstützt die Steuerung sowie Minderung von Risiken des Bereichs. Marktrisiko-Manager identifizieren Marktrisiken mittels aktiver Portfolioanalyse und Kooperation mit den Geschäftsbereichen.

Messung und Beurteilung des Marktrisikos

Das Market Risk Management hat die Aufgabe, alle Arten von Marktrisiken mittels spezifischer Risikomessgrößen, die den jeweiligen ökonomischen und aufsichtsrechtlichen Anforderungen entsprechen, umfassend zu ermitteln.

Nach Maßgabe der ökonomischen und aufsichtsbehördlichen Anforderungen messen wir Marktrisiken sowie die damit verbundenen Risiken anhand von mehreren Hauptmessgrößen:

— Value-at-Risk und Stress-Value-at-Risk
— Drei Messgrößen für spezifische Risiken: Inkrementeller Risikoaufschlag, Umfassender Risikoansatz und Marktrisiko-Standardansatz (MRSA)
— Drei Arten von Stresstests: Portfoliostresstesting, Stresstests auf Geschäftsbereichsebene und Event-Risiko-Szenarien
— Ökonomischer Kapitalbedarf für Marktrisiken einschließlich des handelsbezogenen Ausfallrisikos
— Sensitivitäten
— Marktwert/Nominalwert (Konzentrationsrisiken)
— Verlust bei Ausfall (Loss Given Default)

Diese Messgrößen gelten als sich gegenseitig ergänzend und definieren insgesamt das Marktrisikorahmenwerk, auf dessen Grundlage alle Geschäftsbereiche gemessen und überwacht werden können.

Für Informationen zu den aufsichtsrechtlichen Kapitalanforderungen und RWA für das Marktrisiko aus Handelsaktivitäten inklusive einer Darstellung nach Ansatz und Risikoart siehe Abschnitt „Aufsichtsrechtliche Kapitalanforderungen“.

Überwachung von Marktrisiken

Unser wichtigster Mechanismus zur Steuerung des Marktrisikos aus Handelsaktivitäten ist die Anwendung unseres Limitsystems. Unterstützt durch das Market Risk Management legt unser Vorstand für die Marktrisiken im Handelsbuch konzernweite Limite für Value-at-Risk, für das Ökonomische Kapital sowie für (extreme) Portfoliostresstests fest. Das Market Risk Management teilt dieses Gesamtlimit auf die Geschäftsbereiche und einzelne Geschäftssparten innerhalb von CB&S (Fixed Income and Currencies, Structured Finance, Equity etc.) auf. Grundlage hierfür sind vorgesehene Geschäftspläne und die Risikoneigung. Innerhalb der einzelnen Geschäftssparten legen die Geschäftsleiter geschäftsspezifische Limite, sogenannte Business Limits, fest und teilen das Limit auf einzelne Portfolios oder geografische Regionen auf.

In der Praxis setzt das Market Risk Management übergeordnete Limite ein, die im Allgemeinen von globaler Natur sind, um die Exponiertheit gegenüber bestimmten Risikofaktoren zu erfassen. Die jeweiligen Business-Limite hängen von verschiedenen Faktoren ab, insbesondere der geografischen Region oder einem spezifischen Portfolio.

Value-at-Risk- und Limite für das Ökonomische Kapital sowie Portfolio Stresstests werden für die Steuerung aller Arten von Marktrisiken auf Gesamtportfolioebene verwendet. Als zusätzliches und ergänzendes Instrument führt das Market Risk Management zur Steuerung bestimmter Portfolios und Risikoarten zusätzlich Risikoanalysen und geschäftsbereichspezifische Stresstests durch. Limite werden darüber hinaus für Sensitivitäten und Konzentrations-/Liquiditätsrisiken sowie Stresstests auf Geschäftsbereichsebene und für Ereignisrisiko-Szenarien festgelegt.

Die Geschäftssparten sind verantwortlich für das Einhalten der Limite, die für die Überwachung von Engagements und die entsprechende Berichterstattung maßgeblich sind. Die vom Market Risk Management festgesetzten Marktrisikolimite werden auf täglicher, wöchentlicher und monatlicher Basis überwacht. Sofern Limite überzogen werden sollten, ist das Market Risk Management verantwortlich für die zeitnahe Identifizierung und Eskalation solcher Überziehungen.

Zur Steuerung ihrer Risikopositionen innerhalb der vorgegebenen Limite wenden die Geschäftsbereiche unterschiedliche Maßnahmen zur Risikominderung an. Dazu zählen insbesondere:

— Portfoliomanagement: Risikodiversifikation entsteht durch eine Vielfalt von Positionen in Portfolios. Da einige Positionen voraussichtlich an Wert zunehmen, während andere an Wert verlieren, kann Diversifikation dazu beitragen, das Gesamtrisikoprofil für ein bestimmtes Portfolio zu reduzieren.

— Absicherungsgeschäfte (Hedging): Absicherungsgeschäfte beinhalten das Eingehen von Positionen in verwandten Finanzinstrumenten einschließlich derivativer Produkte wie Terminkontrakte, Swaps und Optionen. Absicherungsaktivitäten sind nicht immer ein effektiver Schutz vor Verlusten, da es zwischen dem Sicherungsinstrument und der abzusichernden Position Unterschiede bei den Konditionen, spezifischen Merkmalen oder anderen Basisrisiken geben kann. Weitere Details zur Bilanzierung von Sicherungsbeziehungen finden Sie in Anhangangabe 1 „Wesentliche Rechnungslegungsgrundsätze und -einschätzungen“.

Berichterstattung über Marktrisiken

Die Market-Risk-Management-Berichterstattung sorgt für Transparenz der Risikoprofile und unterstützt das Erkennen der wichtigsten Marktrisiko-Einflussfaktoren auf sämtlichen Organisationsebenen. Der Vorstand und die Senior Governance Committees erhalten regelmäßige und, je nach Erfordernis, Ad-hoc-Berichte über Marktrisiken, das aufsichtsrechtliche Kapital und Stresstests. Senior Risk Committees werden in unterschiedlichen Abständen, unter anderem wöchentlich und monatlich, über Risiken informiert.

Darüber hinaus erstellt das Market Risk Management täglich und wöchentlich spezifische Berichte über Marktrisiken und meldet jeden Tag Limitüberschreitungen in den einzelnen Vermögensklassen.

Messung des Marktrisikos

Value-at-Risk (VaR) innerhalb des Deutsche Bank-Konzerns (ohne Postbank)

VaR ist ein Messwert für das Risiko eines (Wert-)Verlusts bei einer Handelsposition aufgrund von Marktschwankungen, der innerhalb eines festgelegten Zeitraums und auf einem bestimmten Konfidenzniveau mit einer definierten Wahrscheinlichkeit nicht überschritten wird.

Unser Value-at-Risk für das Handelsgeschäft wird anhand unseres internen Modells ermittelt. Im Oktober 1998 hat das Bundesaufsichtsamt für das Kreditwesen, eines der Vorgängerinstitute der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht, unser internes Modell zur Berechnung des aufsichtsrechtlichen Kapitalbedarfs für allgemeine und spezifische Marktrisiken genehmigt. Das Modell wurde seitdem regelmäßig weiterentwickelt und die Genehmigung ist weiterhin gültig.

Wir berechnen den VaR mit einem Konfidenzniveau von 99 % und für eine Haltedauer von einem Tag. Damit gehen wir von einer Wahrscheinlichkeit von 1 zu 100 aus, dass ein Marktwertverlust aus unseren Handelspositionen mindestens so hoch sein wird wie der berichtete VaR-Wert. Für aufsichtsrechtliche Meldezwecke, welche die Berechnung unserer Kapitalanforderungen und risikogewichteten Aktiva beinhalten, beträgt die Haltedauer zehn Tage.

Zur Bestimmung des VaR verwenden wir historische Marktdaten eines Jahres als Eingangsgröße. Ein Monte Carlo-Simulationsverfahren wird bei der Berechnung angewandt. Es basiert auf der Annahme, dass Änderungen der Risikofaktoren einer bestimmten Verteilung folgen, zum Beispiel der Normalverteilung, der logarithmischen Normalverteilung oder einer nicht normalen Verteilung (t-Verteilung, asymmetrische t-Verteilung, asymmetrische Normalverteilung). Zur Berechnung des aggregierten VaR benutzen wir innerhalb desselben Einjahreszeitraums beobachtete Korrelationen der Risikofaktoren.

Unser VaR-Modell ist so konzipiert, dass ein umfassendes Spektrum an Risikofaktoren in allen Vermögensklassen berücksichtigt wird. Die wichtigsten Risikofaktoren sind Swap-/Staatstitel-Kurven, index- und emittentenspezifische Kreditkurven, Finanzierungsmargen, Preise für einzelne Aktienpositionen und Indizes, Devisenkurse, Rohstoffpreise sowie die impliziten Volatilitäten. Eine vollständige Risikoabsicherung erfordert darüber hinaus, dass Risikofaktoren zweiter Ordnung, zum Beispiel der CDS-Index im Vergleich mit einzelnen Basisfaktoren, die Geldmarktbasis, implizite Dividenden, optionsbereinigte Spreads und Leihsätze von Edelmetallen, bei der Ermittlung des VaR berücksichtigt werden.

Für jede Geschäftseinheit wird ein spezifischer VaR für jede Risikoart, zum Beispiel Zinsrisiko, Credit-Spread-Risiko, Aktienkursrisiko, Fremdwährungsrisiko und Rohwarenpreisrisiko, errechnet. Dafür werden jeder Risikoart Sensitivitäten zugeordnet und anschließend die Änderungen der entsprechenden Risiko-Einflussfaktoren simuliert. Der „Diversifikationseffekt“ reflektiert den Umstand, dass der gesamte VaR an einem bestimmten Tag geringer sein wird als die Summe des VaR der einzelnen Risikoarten. Eine einfache Addition der Zahlen für die einzelnen Risikoarten zur Erlangung eines aggregierten VaR würde die Annahme unterstellen, dass die Verluste in allen Risikoarten gleichzeitig eintreten.

Das Modell trägt sowohl linearen als auch – insbesondere bei Derivaten – nichtlinearen Effekten durch die Kombination eines sensitivitätsbasierten und eines Neubewertungsansatzes mithilfe eines festen preisimpliziten Volatilitätsrasters Rechnung.

Durch den VaR-Ansatz können wir ein konstantes, einheitliches Risikomaß auf sämtliche Handelsgeschäfte und -produkte anwenden. Dies ermöglicht einen Vergleich von Risiken in verschiedenen Geschäftsfeldern sowie die Aggregation und Verrechnung von Positionen in einem Portfolio. Damit können Korrelationen und Kompensationen zwischen verschiedenen Vermögensklassen berücksichtigt werden. Darüber hinaus ermöglicht er einen Vergleich unseres Marktrisikos sowohl über bestimmte Zeiträume hinweg als auch mit unseren täglichen Handelsergebnissen.

Bei VaR-Schätzungen sind folgende Faktoren zu berücksichtigen:

— Historische Marktdaten sind unter Umständen keine guten Indikatoren für potenzielle künftige Ereignisse, insbesondere für solche von extremer Natur. Diese auf die Vergangenheit bezogene Betrachtungsweise kann im VaR zu einer Unterbewertung der Risiken führen (wie beispielsweise im Jahr 2008), aber auch zu einer Überbewertung.
— Die angenommene Verteilung von Änderungen der Risikofaktoren und die Korrelation zwischen verschiedenen Risikofaktoren könnten sich insbesondere bei extremen Marktereignissen als falsch erweisen. Eine Haltedauer von einem Tag führt bei Illiquidität zu einer unvollständigen Erfassung des Marktrisikos, wenn Positionen nicht innerhalb eines Tages geschlossen oder abgesichert werden können.
— Der VaR gibt keinen Hinweis auf den potenziellen Verlust jenseits des 99 %-Quantils.
— Das Risiko innerhalb eines Tages (Intra-Day-Risk) wird nicht erfasst.
— Handelsbücher können Risiken enthalten, die das Value-at-Risk-Modell nicht oder nicht vollständig erfasst.

Wir entwickeln unsere eigenen Risikomodelle ständig weiter und stellen umfangreiche Ressourcen zu ihrer Überprüfung und Verbesserung bereit. Weiterhin haben wir den Prozess zur systematischen Erfassung und Evaluierung von Risiken, die derzeit nicht in unserem Value-at-Risk-Modell erfasst werden, fortlaufend weiterentwickelt und verbessert. Eine Analyse der Materialität dieser Risiken wird durchgeführt, um diejenigen Risiken mit der höchsten Materialität für die Berücksichtigung in unseren internen Modellen zu priorisieren. Alle nicht in unserem Value-at-Risk-Modell erfassten Risiken werden regelmäßig überwacht und bewertet.

Im Jahr 2014 haben wir die Value-at-Risk-Berechnung kontinuierlich verbessert. Insbesondere wurde die Granularität der Marktdaten-Benchmarks weiter vertieft, unter Einhaltung eines neuen regulatorischen Standards, der von der European Banking Authority für die Berechnung des CVA-RWA veröffentlicht wurde.

Aufsichtsrechtliches Backtesting des gehandelten Marktrisikos

Wir analysieren potenzielle Schwächen unseres Value-at-Risk-Modells fortlaufend mittels statistischer Verfahren wie Backtesting und greifen auf unsere Erfahrungen aus dem Risikomanagement zurück.

Backtesting ist ein Verfahren, mit dem wir nach deutschen aufsichtsrechtlichen Vorschriften die Vorhersagekraft unserer Value-at-Risk-Berechnungen mit einem Vergleich der hypothetischen täglichen Gewinne und Verluste unter der Buy-and-Hold-Annahme überprüfen. Mit dieser Annahme schätzen wir die Auswirkung, die ein Portfolio für einen Handelstag zu aktuellen Marktpreisen und Parametern bewertet auf die Gewinn- und Verlustrechnung hat, wenn es für diesen Tag unberührt bleibt, und vergleichen sie mit den Schätzungen aus dem Value-at-Risk-Modell vom vorherigen Tag. Unsere Berechnung von hypothetischen täglichen Gewinnen und Verlusten (Buy & Hold Performance) schließt Gewinne und Verluste, die während des Tages erwirtschaftet werden, sowie Gebühren, Provisionen, Carry (einschließlich Nettozinsmargen), Reserven und andere Erträge aus. Ein Ausreißer ist ein hypothetischer Buy-and-Hold-Handelsverlust, der unseren Value-at-Risk vom vorhergehenden Tag überschreitet. Im Durchschnitt erwarten wir, dass ein 99 %-Konfidenzniveau zu zwei bis drei Ausreißern führt, was 1 % der rund 260 Handelstage eines Jahres entspricht. Wir analysieren und dokumentieren Ausreißer nach ihren zugrunde liegenden Gründen und klassifizieren sie als Ergebnis von Marktbewegungen, Risiken, die nicht in unserem Value-at-Risk-Modell enthalten sind, Schwächen im Modell oder Bearbeitungsverfahren und nutzen die Ergebnisse für die weitere Verbesserung der Value-at-Risk-Methodik. Eine formale Information mit Erklärungen der Gründe für jeden Ausreißer auf Konzernebene wird an die BaFin und die EZB übermittelt.

Neben der standardisierten Backtesting-Analyse auf Basis des Value-at-Risk-Quantils wird die Leistungsfähigkeit des Value-at-Risk-Modells weiter verifiziert. Dazu wird die verteilungsspezifische Eignung im gesamten Verteilungsbereich (vollständiges Verteilungs-Backtesting) geprüft. Das regelmäßige Backtesting erfolgt auch auf hypothetischen Portfolios, um die Performance des Value-at-Risks bestimmter Produkte und ihrer Absicherungen zu testen.

Das Global Backtesting Committee, unter Beteiligung von Market Risk Management, Market Risk Analysis, Risk Analytics & Living Wills und Finance, trifft sich regelmäßig, um unsere konzernweiten Backtestingergebnisse und die Backtestingergebnisse der verschiedenen Geschäftsbereiche zu überprüfen. Das Komitee analysiert Ertragsschwankungen und ermittelt die Prognosequalität unseres Value-at-Risk-Modells. Dies ermöglicht uns, den Prozess der Risikoeinschätzung zu verbessern und anzupassen.

Ein unabhängiges Modellvalidierungsteam überprüft regelmäßig alle Aspekte unseres Value-at-Risk-Modells. Diese Überprüfung umfasst unter anderem die Angemessenheit der Verteilungsannahme der Risikofaktoren, die Rekalibrierungsverfahren für die Risikoparameter sowie die Modellannahmen. Die Ergebnisse der Validierung und die Korrekturmaßnahmen werden dem Senior Management vorgestellt und auf Einhaltung der zeitlichen Umsetzung überwacht.

Umfassender Validierungsprozess

Der umfassende Validierungsprozess (Holistic Value-at-Risk Validation (HV)) sorgt für eine fortlaufende Bewertung des Value-at-Risk-Modells und -Rahmenwerks in den fünf Kontrollbereichen Limite, Backtesting, Prozess, Modellvalidierung sowie nicht mit dem VaR abgedeckte Risiken. Der HV-Prozess wird vierteljährlich durchgeführt und die Prozessabschlussberichte enthalten detaillierte Angaben zur Lage der einzelnen Kontrollbereiche (HV Control Packs) sowie eine HV-Übersicht mit Angaben zu deren aktueller Situation. Darüber hinaus enthält die vierteljährliche Nachprüfung der Geschäftsfelder (Quarterly Business Line Review, „QBLR“) einen Überblick über die Handelsstrategie der Geschäftsfelder und die entsprechende Risikosteuerungsstrategie. Das zugehörige, vierteljährliche HV-Steuerungsrahmenwerk ist wie folgt aufgebaut:

— Ebene 1: auf Vermögensklassen ausgerichtete HV-Control-Pack-Überprüfungssitzungen (unter Vorsitz des entsprechenden Leiters des Marktrisikomanagements der Anlageklassen), in denen der HV Control Pack geprüft und der Status der HV-Übersicht vereinbart wird.
— Ebene 2: das HV Governance Committee (unter Vorsitz des Global Head of Market Risk Management), welches die vierteljährliche Nachprüfung der Geschäftsfelder erhält und die übergreifende HV-Übersicht vereinbart.
— Ebene 3: die HV-Steuerung auf höchster Ebene wird durch eine Vielzahl von Anweisungen des Senior Managements einschließlich des Capital and Risk Committee, des Vorstands und des Aufsichtsrats erreicht. Die Informationen enthalten eine bereichsübergreifende Kurzdarstellung der Qualität und Kontrolle des Value-at-Risk, einen Überblick über die Handelsstrategie von CB&S und die entsprechende Risikosteuerungsstrategie.

In 2014 verblieben unser Value-at-Risk-Multiplikator und Stress-Value-at-Risk-Multiplikator bei vier gegenüber einem aufsichtsrechtlichen Mindestwert von drei.

Marktrisiko-Stresstesting

Stresstesting ist ein wichtiges Verfahren in der Risikosteuerung, mit dem die potenziellen Auswirkungen extremer Marktereignisse und extremer Veränderungen auf einzelne Risikofaktoren beurteilt werden. Es gehört zu den wichtigsten Messinstrumenten zur Einschätzung des Marktrisikos unserer Positionen und ergänzt den VaR sowie das Ökonomische Kapital. Um die unterschiedlichen Risiken zu erfassen, führt das Market Risk Management unterschiedliche Arten von Stresstests durch – Portfoliostresstests, individuelle Stresstests auf Geschäftsbereichsebene, Event Risk-Szenarien – und trägt auch zu konzernweiten Stresstests bei.

Mit Portfoliostresstests werden die erfolgswirksamen Auswirkungen potenzieller Marktereignisse auf der Grundlage vorab definierter Szenarien verschiedener Schweregrade gemessen, die auf historischen oder hypothetischen Daten basieren und auf Makroebene definiert werden. Mithilfe von Portfoliostresstests ergänzt das Market Risk Management seine Risikobeurteilung durch weitere Messgrößen, da das breite Spektrum an Portfoliostresstests die Lücke zwischen besonders extremen Szenarien (Ökonomisches Kapital) und potenziellen täglichen Verlusten (Value-at-Risk) schließt. Neben dynamischen haben wir drei statische Szenarien, die von uns wöchentlich berechnet und auf Limitüberschreitungen überwacht werden.

Bei individuellen Stresstests auf Geschäftsbereichsebene identifizieren Market Risk Manager relevante Risikofaktoren und entwickeln Stressszenarien in Bezug auf makroökonomische oder geschäftsspezifische Entwicklungen. Geschäftsspezifische Stresstests erfassen idiosynkratische und Basisrisiken.

Bei einem Event-Risk-Szenario werden die ergebniswirksamen Effekte früherer beobachtbarer Ereignisse in hypothetischen Situationen auf Handelspositionen in spezifischen Schwellenmarktländern und Regionen gemessen. Das Handelsbuchrisiko der Bank in Bezug auf ein Land wird einem Stresstest mit einem Einzelszenario unterzogen. Dabei werden die Marktbewegungen bei signifikanten Marktkrisen in diesem Land und verminderter Liquidität repliziert.

Das Market Risk Management beteiligt sich neben diesen marktrisikospezifischen auch an konzernweiten Stresstests. Bei diesen werden makroökonomische Szenarien von Research definiert und von jedem Risikobereich auf die entsprechenden Schocks, die auf ihr Portfolio anzuwenden sind, übertragen. Dazu gehören Kredit-, Markt- und operationelle Risiken. Die Ergebnisse werden von dem Stress Testing Oversight Committee geprüft.

Das Risiko von extremen Verlusten (Tail Risk) oder potenzielle nicht im Value-at-Risk berücksichtigte extreme Verlustereignisse werden im Stress-Value-at-Risk, im Ökonomischen Kapital, im Inkrementellen Risikoaufschlag (Incremental Risk Charge) und im umfassenden Risikoansatz berücksichtigt. Darüber hinaus werden sie auch über Stresstests erfasst.

Aufsichtsrechtliche Anforderungen zum handelsbezogenen Marktrisiko

Im Dezember 2011 haben wir von der BaFin die Genehmigung für unsere Modelle zum Stress-Value-at-Risk, den Inkrementellen Risikoaufschlag und den umfassenden Risikoansatz erhalten. Diese sind zusätzliche Methoden, die wir zur Messung des Marktrisikos einsetzen.

— Stress-Value-at-Risk: Berechnung des Stress-Value-at-Risk auf Basis eines einjährigen Zeitraums ununterbrochenen signifikanten Marktstresses.
— Inkrementeller Risikoaufschlag (Incremental Risk Charge, „IRC“): Erfassung von Ausfall- und Migrationsrisiken zusätzlich zu den bereits im Value-at-Risk erfassten Risiken für kreditrisikosensitive Positionen im Handelsbuch.
— Umfassender Risikoansatz (Comprehensive Risk Measure, „CRM“): erfasst zusätzliches Risiko für das Korrelationshandelsportfolio durch die Anwendung eines internen Bewertungsmodells, das qualitativen Mindestanforderungen und Stresstests unterliegt.
— Marktrisiko-Standardansatz (Market Risk Standardized Approach, „MRSA“): Berechnung des aufsichtsrechtlichen Kapitals für Verbriefungen und nth-to-default-Kreditderivate.

Der Stress-Value-at-Risk, der Inkrementelle Risikoaufschlag und der Umfassende Risikoansatz werden für alle relevanten Portfolios ermittelt. Das Ergebnis aus diesen Modellen verwenden wir sowohl für das tägliche Risikomanagement der Bank als auch für die Ermittlung des aufsichtsrechtlichen Kapitals.

Stress-Value-at-Risk

Wir berechnen eine Stress-Value-at-Risk-Kennzahl mit einem Konfidenzniveau von 99 % und einer Haltedauer von einem Tag. Für aufsichtsrechtliche Meldezwecke beträgt die Haltedauer zehn Tage.

Unsere Berechnung des Stress-Value-at-Risk und des Value-at-Risk erfolgt anhand der gleichen Systeme, Handelsinformationen und Prozesse. Der einzige Unterschied besteht darin, dass die in einer Periode mit signifikantem Stress ermittelten historischen Daten (welche sich durch hohe Volatilitäten auszeichnen) als Vorgaben für das Monte-Carlo-Simulationsverfahren genutzt werden. Der Auswahlprozess zur Selektion für das Zeitfenster der Stress-Value-at-Risk-Berechnung basiert auf der Identifizierung eines Zeitfensters, das durch hohe Volatilität und extreme Schwankungen der wichtigsten Value-at-Risk-Treiber charakterisiert ist. Die Ergebnisse dieser zwei Indikatoren (Volatilität und Anzahl der Ausreißer) werden unter Nutzung ausgesuchter

Gewichtungen kombiniert, um sicherzustellen, dass qualitative Aspekte ebenfalls berücksichtigt werden (zum Beispiel Phasen gravierender Krisen).

Inkrementeller Risikoaufschlag (Incremental Risk Charge, „IRC“)

Der Inkrementelle Risikoaufschlag basiert auf unserem internen Bewertungsmodell und soll den Modellierungsrahmen für den Value-at-Risk ergänzen. Er ist ein Schätzwert für die Ausfall- und Migrationsrisiken unbesicherter Kreditprodukte über einen einjährigen Anlagehorizont bei einem Konfidenzniveau von 99,9 % und berücksichtigt die Liquiditätshorizonte von Einzelpositionen oder Positionsgruppen. Wir nutzen ein Monte Carlo-Simulationsverfahren für die Berechnung des Inkrementellen Risikoaufschlags als 99,9 %-Quantil der Portfolioverlustverteilung und für die Zuordnung des anteiligen Inkrementellen Risikoaufschlags für Einzelpositionen. Es berücksichtigt die Ausfall- und Migrationsrisiken aller Portfolios mithilfe einer präzisen und konsistenten quantitativen Methode. Wesentliche Parameter für die Berechnung des Inkrementellen Risikoaufschlags sind Positionswerte, Rückflussquoten und Ausfallwahrscheinlichkeiten, Migrationen von Bonitätseinstufungen, Fälligkeiten sowie die Liquiditätshorizonte der Einzelpositionen.

Wir kalkulieren den Inkrementellen Risikoaufschlag wöchentlich. Der Risikoaufschlag wird als der jeweils höhere Wert des durchschnittlichen Inkrementellen Risikoaufschlags der letzten zwölf Wochen und des jüngsten Inkrementellen Risikoaufschlags bestimmt.

Der anteilige Inkrementelle Risikoaufschlag von Einzelpositionen, der nach Allokationen des erwarteten Ausfallrisikos errechnet wird, bildet die Grundlage für die Feststellung von Risikokonzentrationen im Portfolio und die Entwicklung von Strategien zur Reduzierung des gesamten Portfoliorisikos insgesamt.

Die Liquiditätshorizonte werden konservativ nach Maßgabe des Zeitraums festgelegt, der unter schwierigen Marktbedingungen für den Verkauf einer Position oder die Absicherung aller wesentlichen Preis-/Kursrisiken erforderlich ist. Liquiditätshorizonte werden auf Produktebene spezifiziert und reflektieren unsere Gewohnheiten und Erfahrungen in systemischen und spezifischen Stresssituationen. Wir haben die Positionen für die Anwendung der Liquiditätshorizonte unter angemessener Berücksichtigung ihrer jeweiligen Liquiditätsunterschiede gruppiert. Auf die einzelnen Produktarten spezialisierte Market Risk Manager legen die Liquiditätshorizonte von mindestens drei Monaten fest. Liquiditätshorizonte werden regelmäßig überprüft, weshalb ein Verkauf oder eine Absicherung als solche den Preis nicht wesentlich beeinflussen dürfte. Zum Ende des Jahres 2014 haben wir alle Liquiditätshorizonte auf ein konservatives Niveau von zwölf Monaten gesetzt, während wir die Methodenauswahl überprüfen. Ausfall- und Bonitätsveränderungswahrscheinlichkeiten werden mittels Bonitätsveränderungsmustern festgelegt, die anhand historischer externer Bewertungsdaten kalibriert werden. Unter Berücksichtigung eines Kompromisses zwischen dem Detaillierungsgrad von Strukturmustern und ihrer Stabilität wenden wir eine aus sieben Hauptratingbändern bestehende globale Unternehmensmatrix sowie eine Staatenmatrix an. Entsprechend werden den einzelnen Positionen Emittenten- oder Emissionsratings der Ratingagenturen Moody’s, Standard & Poor’s und Fitch zugewiesen.

Die Quantifizierung von Verlusten aufgrund von Veränderungen der Bonitätseinstufung basiert auf der Neubewertung einer Position gemäß der neuen Bonitätseinstufung. Die Wahrscheinlichkeit, dass für mehrere Emittenten Bonitätsherabstufungen und Ausfälle gleichzeitig erfolgen, wird anhand der Veränderungs- und Beurteilungskorrelationen des Inkrementellen Risikoaufschlag-Modells ermittelt. Diese Korrelationen werden durch systematische Faktoren angegeben, die für geografische Regionen sowie Branchen stehen und anhand historischer Bonitätsveränderungen sowie Aktienkurs-Zeitreihen kalibriert werden. Der Simulationsprozess beinhaltet eine Prolongationsstrategie, die auf einem angenommenen konstanten Risikoniveau basiert. Diese Annahme impliziert, dass Positionen, bei denen es innerhalb ihres Liquiditätshorizonts einen Adressenausfall oder eine Bonitätsveränderung gegeben hat, am Ende dieses Zeitraums wieder ausgeglichen werden und sie ihr ursprüngliches Risikoniveau zurückerlangen. Korrelationen zwischen Positionen mit unterschiedlichen Liquiditätshorizonten werden durch die Abhängigkeitsstruktur der zugrunde liegenden systematischen und spezifischen Risikofaktoren implizit festgelegt. Dadurch wird sichergestellt, dass Portfoliokonzentrationen über alle Liquiditätshorizonte hinweg identifiziert werden. Insbesondere werden Unterschiede zwischen Liquiditätshorizonten und Laufzeiten von Absicherungen und abgesicherten Positionen berücksichtigt.

Die unmittelbare Validierung des Inkrementellen Risikoaufschlags mithilfe von Backtesting-Methoden ist nicht möglich. Die für den Inkrementellen Risikoaufschlag angewandten Validierungsgrundsätze umfassen die Bewertung der konzeptionellen Zuverlässigkeit, die laufende Überwachung, die Validierung und den Maßstabsvergleich von Prozessen sowie die Ergebnisanalyse. Die Prüfung der Inkrementellen-Risikoaufschlag-Methode ist in den Validierungsprozess für unser Kreditportfoliomodell integriert. Besondere Berücksichtigung finden darin spezifische Aspekte des Inkrementellen Risikoaufschlags. Die Validierung des Inkrementellen-Risikoaufschlag-Modells basiert stärker auf indirekten Verfahren wie Stresstests und Sensitivitätsanalysen. Die relevanten Parameter werden im Rahmen der aufsichtsrechtlich vorgeschriebenen jährlichen Überprüfung validiert. Mithilfe der Stresstestfunktionalität unseres Kreditrisikorechners ist der Inkrementelle Risikoaufschlag in den vierteljährlichen konzernweiten Stresstest integriert. Die Ergebnisse des Inkrementellen Risikoaufschlags aus den durchgeführten Stresstests werden auf Konzernebene an die Stress Test Working Group (STWG) und das Portfolio Risk Committee (PRC) berichtet.

Umfassender Risikoansatz (Comprehensive Risk Measure, „CRM“)

Der Umfassende Risikoansatz für das Korrelationshandelsportfolio basiert auf einem internen Bewertungsmodell. Wir ermitteln den Umfassenden Risikoansatz auf Basis eines Monte Carlo-Simulationsverfahrens mit einem Konfidenzniveau von 99,9 % und einem Anlagehorizont von einem Jahr. Unser Modell wird auf berücksichtigungsfähige Positionen im Korrelationshandel angewandt, die in der Regel aus besicherten Schuldverschreibungen, nth-to-default-CDS und häufig gehandelten Index- sowie Einzelnamen-CDS bestehen. Wiederverbriefungen oder Produkte, die sich auf Forderungen im Mengengeschäft oder Immobilienfinanzierungen beziehen, gehören nicht dazu. Darüber hinaus müssen Handelsgeschäfte, auf die der Umfassende Risikoansatz angewandt wird, bestimmte Mindeststandards für Liquidität erfüllen. Das Modell berücksichtigt Portfoliokonzentrationen und nichtlineare Effekte mittels eines vollständigen Neubewertungsansatzes.

Der Umfassende Risikoansatz dient der Erfassung von Ausfällen sowie der daraus resultierenden Risikotreiber: Zinssätzen, Bonitätsaufschlägen, Rückflussquoten, Wechselkursen und Basiskorrelationen sowie Basisrisiken hinsichtlich Index- und Basiskorrelationen.

Der Umfassende Risikoansatz wird wöchentlich berechnet. Als Erstes werden die zugehörigen Transaktionen im Korrelationshandelsportfolio ermittelt. Zweitens werden die Risikotreiber der Gewinn- und Verlustrechnung über einen Zeithorizont von einem Jahr simuliert. Die Handelstransaktionen werden dann in den verschiedenen Monte Carlo-Szenarien neu bewertet und das 99,9 %-Quantil der Verlustverteilung wird extrahiert.

Die auf den Front-Office-Systemen basierenden Markt- und Positionsdaten werden Qualitätskontrollen unterzogen. Die Ergebnisse des Umfassenden Risikoansatzes werden zeitnah überwacht und spielen bei der Steuerung der Korrelationshandelsportfolios eine wichtige Rolle. Zur Bestimmung der Risikotreiber des Umfassenden Risikoansatzes verwenden wir historische Marktdaten von drei Jahren.

Nach Maßgabe unseres Modells für einen Umfassenden Risikoansatz liegt der Liquiditätshorizont bei zwölf Monaten und entspricht damit dem Kapitalhorizont.

Um die Qualität unseres Umfassenden Risikoansatzes zu wahren, sorgen wir für eine fortlaufende Überwachung der potenziellen Schwächen dieses Modells. Das Backtesting der Transaktionsbewertungen und die Übertragung von Einzelrisikofaktoren werden einmal im Monat durchgeführt. Die Rekalibrierung von Parametern erfolgt auf Quartalsbasis. Darüber hinaus wurden Stresstests für das Korrelationshandelsportfolio definiert, bei denen die Intensität eines Schocks auf schwierige Marktbedingungen in der Vergangenheit zurückzuführen ist.

Die Modellvalidierung wird von einem unabhängigen Team vorgenommen, das unter anderem auch das oben genannte Backtesting, die Modelle zur Generierung, Angemessenheit und Vollständigkeit von Risikofaktoren sowie die Monte Carlo-Stabilität überprüft sowie Sensitivitätsanalysen durchführt.

Zum Zweck der aufsichtsrechtlichen Berichterstattung entspricht der Umfassende Risikoansatz für die jeweiligen Berichtsstichtage dem höheren Wert aus dem Tageswert an den Berichtstagen, dem Durchschnittswert während der vorhergegangenen zwölf Wochen sowie dem unteren Schwellenwert (Floor). Dieser Minimumwert beträgt 8 % des äquivalenten Kapitalabzugs nach dem standardisierten Verbriefungsrahmenwerk.

Marktrisiko-Standardansatz (Market Risk Standardized Approach „MRSA")

Das Market Risk Management überwacht die Risikopositionen und ermittelt Risikothemen und Konzentrationen für bestimmte Positionen unter dem spezifischen Marktrisiko-Standardansatz (Market Risk Standardized Approach, „MRSA"). Wir verwenden den MRSA, um die aufsichtsrechtliche Eigenkapitalanforderung für das Zinsrisiko aus Kreditderivaten mit n-tem Ausfallrisiko und für die im Korrelationshandelsportfolio geführten Verbriefungspositionen zu bestimmen, für die der umfassende Risikoansatz nicht angewandt werden kann. Dabei weisen wir allen zurückbehaltenen Verbriefungspositionen, die nicht bewertet sind oder deren Bewertung unter dem Investment-Grade liegt, ein Risikogewicht von 1.250 Prozent auf die Risikoposition zu.

Wir verwenden den MRSA auch zur Bestimmung der aufsichtsrechtlichen Eigenkapitalanforderung für das Langlebigkeitsrisiko, wie in den Regularien der CRR/CRD 4 geregelt. Das Langlebigkeitsrisiko ist das Risiko einer gegenläufigen Veränderung der Lebenserwartung, die zu einem Wertverlust von auf Langlebigkeit basierenden Verträgen und Transaktionen führt. Für Zwecke des Risikomanagements werden bei der Überwachung und Steuerung des Langlebigkeitsrisikos auch Stresstests sowie eine Zuweisung des Ökonomischen Kapitals eingesetzt.

Darüber hinaus erfordern bestimmte Investmentfonds eine Kapitalbelastung nach Maßgabe des MRSA. Zu Zwecken des Risikomanagements sind diese Positionen ebenfalls Teil unseres Rahmenwerks für die interne Berichterstattung.

Validierung von Front-Office-Modellen

Ein unabhängiges Team validiert Front-Office-Modelle, die bei der amtlichen Kursfeststellung und Steuerung der Risiken von Handelspositionen eingesetzt werden. Zu den Schlüsselaufgaben der Modellvalidierung gehören:

— Beurteilung und Bewertung der logischen und konzeptionellen Richtigkeit (Modelldesign und Konstruktion) der Modelle in Bezug auf ihre vorgegebenen Ziele und Zwecke (für Front-Office-Modelle wären dies Bewertung und Risikosensitivitäten);
— Beurteilung der Angemessenheit und Genauigkeit der Implementierungsmethodik und
— Beurteilung der Angemessenheit der Modelle für diejenigen Produkte, für die eine Preisfestsetzung und ein Risikomanagement vorgesehen sind, wobei mögliche Beschränkungen und Bedingungen betreffend des Anwendungsbereichs zu identifizieren sind.

Rahmenwerk für die Steuerung des handelsbezogenen Marktrisikos bei der Postbank

Das Marktrisiko der Postbank ist seit 2010 in unserer Berichterstattung berücksichtigt. Seit Inkraftsetzung des Beherrschungsvertrags zwischen der Deutschen Bank und der Postbank im September 2012 werden die Gesamtlimite der Marktrisiken für die Postbank von der Deutschen Bank nach Maßgabe unseres Rahmenwerks für Marktrisikolimite festgesetzt. Der Leiter des Market Risk Management der Postbank berichtet auf funktionaler Ebene an unser Market Risk Management und handelt mit der ihm erteilten Vollmacht in Bezug auf die Kontrolle, Berichterstattung und Steuerung der Marktrisiken auf Basis der der Postbank zugeordneten Marktrisikolimite.

Unterlimite werden vom Market Risk Committee der Postbank für die einzelnen operativen Geschäftseinheiten bestimmt. Ein Mitglied von Market Risk Management vertritt die Deutsche Bank im Market Risk Committee der Postbank. Die den spezifischen Geschäftsaktivitäten zugewiesenen Limite des Ökonomischen Kapitals stellen den Umfang der Marktrisiken dar, der für die Postbank hinreichend und unter Ertragsgesichtspunkten gewünscht ist.

Das Marktrisiko der Postbank wird täglich mithilfe eines Limitsystems überwacht, welches auf der Value-at-Risk-Methode beruht. Zusätzlich hat das Market Risk Committee der Postbank Sensitivitätslimite für das Handels- und Anlagebuch sowie für spezifische Unterportfolios definiert. Die Postbank führt ebenso Szenarioanalysen und Stresstests zusätzlich zu ihren Value-at-Risk-Berechnungen durch. Die Annahmen, die diesen Stresstests unterliegen, werden auf fortlaufender Basis validiert.

Value-at-Risk bei der Postbank

Die Postbank verwendet ebenfalls ein Value-at-Risk-Konzept, um die eingegangenen Marktrisiken zu quantifizieren und zu überwachen. Der Value-at-Risk wird anhand eines Monte Carlo-Simulationsverfahrens ermittelt. Die im Value-at-Risk berücksichtigten Risikofaktoren umfassen Zinskurven, Aktienkurse, Wechselkurse und Volatilitäten zusammen mit Risiken, die sich aus Veränderungen von Bonitätsaufschlägen ergeben. Korrelationseffekte zwischen diesen Risikofaktoren werden aus gleichgewichteten historischen Daten abgeleitet.

Der Value-at-Risk im Handelsbuch der Postbank wird derzeit noch nicht im Value-at-Risk des übrigen Konzerns konsolidiert. Wir weisen diesen Wert in unserem internen Value-at-Risk-Bericht für den Konzern jedoch getrennt aus.

Wir wenden den MRSA auch zur Ermittlung der aufsichtsrechtlichen Kapitalanforderung für die gehandelten Marktrisiken der Postbank an.

Ökonomisches Kapital für das Marktrisiko

Das Ökonomische Kapital für das Marktrisiko misst die Höhe des benötigten Kapitals, um extreme unerwartete Verluste aus unseren Risikopositionen über einen Zeithorizont von einem Jahr aufzufangen. „Extrem“ bedeutet hier, dass das berechnete Ökonomische Kapital mit einer Wahrscheinlichkeit von 99,98 % die innerhalb eines Zeithorizonts von einem Jahr aggregierten unerwarteten Verluste abdeckt.

Unser Modell für die Berechnung des Ökonomischen Kapitals besteht aus zwei Kernkomponenten: der Komponente der allgemeinen Risiken (Common Risk), die alle Risikotreiber bereichsübergreifend abdeckt, und der Abfolge von geschäftsspezifischen Stresstests (Business Specific Stress Tests, „BSSTs“), die diese Komponente ergänzt. Beide Komponenten werden anhand schwerer, in der Vergangenheit beobachteter Marktschocks kalibriert.

Die Komponente der allgemeinen Risiken des Ökonomischen Kapitalmodells für gehandelte Marktrisiken basiert auf einer modifizierten Version unseres aufsichtsrechtlichen Stress-Value-at-Risk-Modells. Daher profitiert das Ökonomische Kapitalmodell von Verbesserungen des Value-at-Risk-Modells und berücksichtigt den längeren Liquiditätshorizont.

Die Berechnung des Ökonomischen Kapitals für Marktrisiken aus den Handelsbereichen erfolgt wöchentlich. Das Modell berücksichtigt die folgenden Risikofaktoren: Zinssätze, Bonitätsaufschläge, Aktienkurse, Fremdwährungskurse, Rohstoffpreise und Korrelationen.

Wir arbeiten fortlaufend an der Überprüfung und Verfeinerung unserer geschäftsspezifischen Stresstests, um sicherzustellen, dass wesentliche Risiken erfasst und eventuelle extreme Marktveränderungen abgebildet werden. Obwohl Worst-Case-Szenarien von unseren Risikomanagern nach bestem Ermessen und unter Berücksichtigung extremer historischer Marktbewegungen definiert werden, kann der Wertverlust aus den Marktrisikopositionen selbst die Schätzungen für unser Ökonomisches Kapital übersteigen, da nicht sämtliche Abwärtsszenarien gleichzeitig vorhergesagt und simuliert werden können.

Das Ökonomische Kapital für handelsbezogene Ausfallrisiken repräsentiert eine Schätzung des Ausfall- und Migrationsrisikos der Kreditprodukte bei einem 99,98 %-Konfidenzniveau unter Berücksichtigung des Liquiditätshorizonts der betreffenden Unterportfolios. Es deckt die nachstehenden Positionen ab:

— Aktiva im Anlagebuch, die zum beizulegenden Zeitwert bilanziert werden;
— nicht verbriefte Kreditprodukte im Handelsbuch ohne das Korrelationshandelsportfolio;
— verbriefte Produkte im Handelsbuch ohne das Korrelationshandelsportfolio und
— das Korrelationshandelsportfolio.

Das Ökonomische Kapital für das handelsbezogene Ausfallrisiko des Korrelationshandelsportfolios wird unter Nutzung des umfassenden Risikoansatzes (Comprehensive Risk Measure) berechnet. Für alle anderen Positionen basiert die Berechnung des Ökonomischen Kapitals für das handelsbezogene Ausfallrisiko auf unserem Kreditportfoliomodell. Die vom Ausfallrisiko betroffenen Positionen unseres Handelsbuchs werden durch Limite für Einzelnamen und Portfolios auf Basis von Bonitätseinstufungen, Volumen und Liquidität überwacht. Die Limite für Einzelnamen werden für zwei Kennziffern gesetzt: die Belastung bei Kreditausfall (Default Exposure); das heißt die Auswirkung auf Gewinne und Verluste eines augenblicklichen Kreditausfalls bei gegenwärtiger Rückflussquote, und das Anleihenäquivalent zum Zeitwert, das heißt die offene Position bei einem Kreditausfall mit einer Rückflussquote von null Prozent. Darüber hinaus gibt es ein Limit für das Ökonomische Kapital für handelsbezogene Ausfallrisiken in unserem Rahmenwerk für Ökonomisches Kapital für Marktrisiken, während der Inkrementelle Risikoaufschlag zum Zwecke der Berechnung des aufsichtsrechtlichen Kapitals für diese Risiken eingesetzt wird. Um die Effekte aus Diversifikation und Konzentration zu erfassen, führen wir eine übergreifende Berechnung für das Ökonomische Kapital für handelsbezogene Ausfallrisiken und Kreditrisiken durch. Wichtige Parameter zur Berechnung des handelsbezogenen Ausfallrisikos sind Engagementhöhe, Rückflüsse und Ausfallwahrscheinlichkeiten sowie Restlaufzeiten. Diese Parameter werden aus Marktinformationen und externen Bonitätseinstufungen für Handelsbuchpositionen und internen Einschätzungen für das Anlagebuch wie auch für das Ökonomische Kapital für Kreditrisiken abgeleitet. Veränderungen der Bonitätseinschätzungen werden durch Veränderungsmatrizen bestimmt, die aus historischen Zeitreihen von Ratingagenturen sowie aus internen Einschätzungen gewonnen werden. Die Wahrscheinlichkeit von gleichzeitigen Bonitätsverschlechterungen und Ausfällen wird durch die Korrelation von Ausfällen und Bonitäten im Portfoliomodell bestimmt. Diese Korrelationen werden durch systematische Faktoren bestimmt, die Länder, geografische Regionen und Branchen repräsentieren.

Die Validierung des Modells zur Berechnung des Ökonomischen Kapitalbedarfs für das Marktrisiko wird von einem unabhängigen Team durchgeführt. Die regelmäßige Prüfung erstreckt sich unter anderem auf die Angemessenheit von Risikofaktoren, die Kalibrierungstechniken, die Parameterausprägungen und Modellannahmen.

Zuordnung von Positionen zum aufsichtsrechtlichen Handelsbuch

Für europäische aufsichtsrechtliche Zwecke sind alle unsere Positionen entweder dem Handelsbuch oder dem Anlagebuch zuzuordnen. Diese Zuordnung einer Position wirkt sich auf ihre aufsichtsrechtliche Behandlung aus, insbesondere auf die Berechnung ihrer aufsichtsrechtlichen Kapitalanforderung. Wir haben die Kriterien für die Zuordnung von Positionen zum Handels- oder Anlagebuch in internen Richtlinienvorgaben festgelegt, die auf den für den Konzern geltenden Anforderungen gemäß Artikel 102 bis 106 CRR basieren.

Eine zentrale Funktion in Finance ist für die Richtlinienvorgaben verantwortlich und der Fachbereich für Fragen zu ihrer Anwendung. Die für die einzelnen Geschäftsbereiche zuständigen Finance-Funktionen sind für die Klassifizierung von Positionen in Übereinstimmung mit den Richtlinienvorgaben verantwortlich.

Wir ordnen dem Handelsbuch Finanzinstrumente und Rohstoffe zu, die mit Handelsabsicht oder zur Absicherung anderer Handelsbuchpositionen gehalten werden.

Dem Handelsbuch zugeordnete Positionen dürfen zudem keinerlei einschränkenden Bedingungen in Bezug auf ihre Handelbarkeit unterliegen oder müssen ihrerseits absicherbar sein.

Darüber hinaus müssen Handelsbuchpositionen täglich bewertet werden. Für nähere Angaben zu der von uns benutzten Bewertungsmethode verweisen wir auf Anhangangabe 14 „Zum beizulegenden Zeitwert bewertete Finanzinstrumente“.

Im Rahmen der laufenden Prozesse zur Sicherstellung, dass die Zuordnung von Positionen zum Handelsbuch weiterhin den oben genannten internen Richtlinienvorgaben entspricht, führen die für unsere Handelsbereiche zuständigen Finance-Funktionen auf globaler Ebene quartalsweise eine Überprüfung der Klassifizierung von Positionen durch. Die Ergebnisse dieser Überprüfung werden dokumentiert und dem Trading Book Review Committee mit Vertretern aus Finance und Legal vorgestellt.

Umwidmungen zwischen Handels- und Anlagebuch können nur in Übereinstimmung mit den internen Richtlinienvorgaben durchgeführt werden. Sie sind zu dokumentieren und unterliegen der Zustimmung der oben beschriebenen zentralen Finance-Funktion.

Bilanz und Vermögenswerte des Handelsbuchs

Die nachfolgenden Tabellen zeigen Aufgliederungen der Vermögenswerte und Verbindlichkeiten unserer Bilanz in Teile unseres Handelsbuchs beziehungsweise Anlagebuchs nach aufsichtsrechtlichen Gesichtspunkten.

Aufsichtsrechtliches Handelsbuch für Vermögenswerte und Verbindlichkeiten als Teil der Bilanz

	31.12.2014			31.12.2013		
in Mio €	Bilanz	Handelsbuch	Anlagebuch[1]	Bilanz	Handelsbuch	Anlagebuch[1]
Aktiva						
Barreserve	20.055	198	19.857	17.155	91	17.063
Verzinsliche Einlagen bei Kreditinstituten	63.518	1.202	62.316	77.984	4.391	73.593
Forderungen aus übertragenen Zentralbankeinlagen und aus Wertpapierpensionsgeschäften (Reverse Repos)[2]	17.796	3.888	13.908	27.363	5.784	21.578
Forderungen aus Wertpapierleihen	25.834	25.730	103	20.870	20.712	157
Zum beizulegenden Zeitwert bewertete finanzielle Vermögenswerte	942.924	891.945	50.979	899.257	843.374	55.883
Handelsaktiva[3]	195.681	176.591	19.090	210.070	187.939	22.131
Positive Marktwerte aus derivativen Finanzinstrumenten	629.958	625.595	4.363	504.590	499.279	5.311
Zum beizulegenden Zeitwert klassifizierte finanzielle Vermögenswerte	117.285	89.759	27.527	184.597	156.155	28.441
Zur Veräußerung verfügbare finanzielle Vermögenswerte	64.297	110	64.187	48.326	600	47.725
Nach der Equitymethode bilanzierte Beteiligungen	4.143	3	4.140	3.581	8	3.573
Forderungen aus dem Kreditgeschäft	405.612	10.593	395.019	376.582	1.617	374.964
Sachanlagen	2.909	0	2.909	4.420	0	4.420
Geschäfts- oder Firmenwert und sonstige immaterielle Vermögenswerte	14.951	0	14.951	13.932	0	13.932
Sonstige Aktiva[4]	137.980	34.516	103.464	112.539	34.995	77.545
Steuerforderungen aus laufenden Steuern	1.819	0	1.819	2.322	0	2.322
Steuerforderungen aus latenten Steuern	6.865	0	6.865	7.071	0	7.071
Summe der Aktiva	**1.708.703**	**968.185**	**740.519**	1.611.400	911.574	699.826

[1] Enthält Engagements in Bezug auf aufsichtsrechtlich nicht konsolidierte Gesellschaften.
[2] Enthält zum 31. Dezember 2014 und 31. Dezember 2013 ausschließlich Forderungen aus Wertpapierpensionsgeschäften.
[3] Enthält im aufsichtsrechtlichen Anlagebuch vorwiegend Schuldverschreibungen als Teil unserer Liquiditätsreserve sowie gehandelte Kredite, die nicht die Kriterien zur Zuordnung zum aufsichtsrechtlichen Handelsbuch erfüllen.
[4] Die Positionen des aufsichtsrechtlichen Handelsbuchs enthalten überwiegend Forderungen aus Wertpapierabwicklung und Derivate, die die Anforderung für eine Bilanzierung als Sicherungsbeziehung erfüllen.

	31.12.2014			31.12.2013		
in Mio €	Bilanz	Handelsbuch	Anlagebuch	Bilanz	Handelsbuch	Anlagebuch
Zum beizulegenden Zeitwert bewertete finanzielle Verpflichtungen	697.699	694.526	3.174	637.404	631.182	6.222
Handelspassiva	41.843	41.602	241	55.804	55.604	200
Negative Marktwerte aus derivativen Finanzinstrumenten	610.202	607.376	2.826	483.428	478.005	5.423
Zum beizulegenden Zeitwert klassifizierte finanzielle Verpflichtungen	37.131	37.024	107	90.104	89.505	599
Investmentverträge	8.523	8.523	0	8.067	8.067	0
Übrige Verpflichtungen	937.782	62.328	875.454	919.030	65.733	853.298
Summe der Verbindlichkeiten	**1.635.481**	**756.854**	**878.628**	1.556.434	696.914	859.520

Der überwiegende Anteil unserer Vermögenswerte im Handelsbuch in unserer Bilanz sind zum beizulegenden Zeitwert bewertete finanzielle Vermögenswerte. Wie bereits in vorhergehenden Abschnitten dieses Berichts beschrieben, ist der gesamte Bilanzanstieg der Aktiva von 97 Mrd € gegenüber dem Jahresende 2013 im Wesentlichen auf eine Erhöhung der positiven Marktwerte aus derivativen Finanzinstrumenten zurückzuführen. Ein weiterer Treiber ist der Anstieg von Krediten im Handelsbuch von 9 Mrd €. Dieser Anstieg bezieht sich im Wesentlichen auf Änderungen bei der Strukturierung von Sicherheiten im ETF-Geschäft bei CB&S.

Der überwiegende Anteil unserer Verbindlichkeiten im Handelsbuch ist in unserer Bilanz als zum beizulegenden Zeitwert bewertete finanzielle Verpflichtungen klassifiziert. Wie bereits in vorhergehenden Abschnitten dieses Berichts beschrieben, ist der gesamte Bilanzanstieg der Verbindlichkeiten von 79 Mrd € gegenüber dem Jahresende 2013 im Wesentlichen auf eine Erhöhung der negativen Marktwerte aus derivativen Finanzinstrumenten zurückzuführen.

Für eine zusätzliche Aufschlüsselung unseres Zinsüberschusses sowie des Ergebnisses aus unseren Vermögenswerten beziehungsweise Verbindlichkeiten im Handelsbuch siehe Anhangsangabe 5 „Zinsüberschuss und Ergebnis aus zum beizulegenden Zeitwert bewerteten finanziellen Vermögenswerten/Verpflichtungen“.

Value-at-Risk der Handelsbereiche des Deutsche Bank-Konzerns (ohne Postbank)

Die nachfolgenden Tabellen und die Grafik zeigen den Value-at-Risk unserer Handelsbereiche mit einem Konfidenzniveau von 99 % und einer Haltedauer von einem Tag. Sie beinhalten nicht die Anteile am Handelsbuch der Postbank, die separat berechnet werden.

Value-at-Risk unserer Handelsbereiche nach Risikoarten

in Mio €	31.12.2014	31.12.2013
Zinsrisiko	18,1	27,2
Credit-Spread-Risiko	29,6	37,9
Aktienkursrisiko	15,5	20,2
Währungsrisiko[1]	20,5	12,4
Rohwarenpreisrisiko	1,3	7,8
Diversifikationseffekt	−36,0	−57,7
Value-at-Risk insgesamt	**49,0**	47,9

[1] Beinhaltet Value-at-Risk für Gold- und andere Edelmetallpositionen.

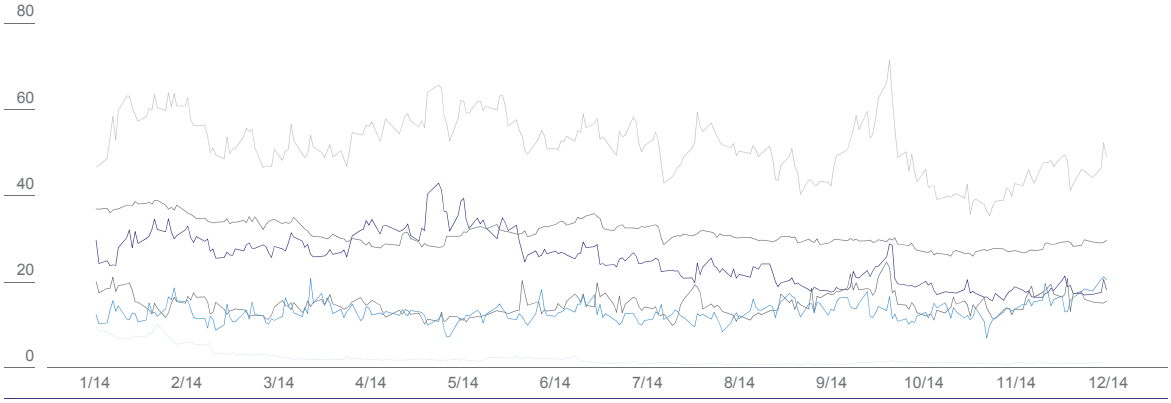
Value-at-Risk unserer Handelsbereiche im Berichtszeitraum

	Insgesamt		Diversifikationseffekt		Zinsrisiko		Credit-Spread-Risiko		Aktienkursrisiko		Währungsrisiko[1]		Rohwaren-preisrisiko	
in Mio €	2014	2013	2014	2013	2014	2013	2014	2013	2014	2013	2014	2013	2014	2013
Durchschnitt	51,6	53,6	−34,9	−50,0	25,1	26,5	31,2	41,6	14,8	13,4	13,2	13,8	2,2	8,3
Maximum	71,4	69,0	−61,9	−62,1	42,8	36,6	38,9	48,0	24,6	23,9	21,2	27,8	10,2	12,8
Minimum	35,4	43,0	−24,4	−38,5	15,7	18,7	25,9	34,9	9,9	8,8	6,9	5,8	0,7	5,5

[1] Beinhaltet Value-at-Risk für Gold- und andere Edelmetallpositionen.

Entwicklung des Value-at-Risk nach Risikoarten in 2014

In Mio €



- VaR Zinsrisiko
- VaR Credit-Spread Risiko
- VaR Aktienkursrisiko
- VaR Währungsrisiko, inkl. Edelmetalle
- VaR Rohwarenpreisrisiko
- VaR Insgesamt

Der durchschnittliche Value-at-Risk in 2014 betrug 51,6 Mio €, was einem Rückgang von 2,0 Mio € gegenüber dem Jahresdurchschnitt 2013 entspricht. Es hat eine deutliche Reduzierung des durchschnittlichen Value-at-Risk in den Bereichen Credit-Spread-Risiko und Rohwarenpreisrisiko gegeben. Das Rohwarenpreisrisiko ist durch das Zurückfahren des Rohstoffgeschäfts gesunken, während das Credit-Spread-Risiko wesentlich durch verringertes adressspezifisches Risiko zurückging. Insgesamt ging der Vorteil aus Diversifikationseffekten aufgrund der veränderten Portfoliozusammensetzung zurück.

Der Value-at-Risk hat sich in 2014 in einem weiteren Band als 2013 bewegt, insbesondere zum Ende des Jahres. Im Oktober 2014 erreichte der Value-at-Risk ein Jahreshoch von 71,4 Mio €, das kurz darauf von einem Tief im November von 35,4 Mio € als Konsequenz der Anstrengungen im Abbau von Risiken, welche sich aufgrund erhöhter Volatilität in den Märkten auftaten, gefolgt wurde.

Aufsichtsrechtliche Kennzahlen zum handelsbezogenen Marktrisiko (ohne Postbank)

Die nachfolgenden Tabellen zeigen den Stress-Value-at-Risk unserer Handelsbereiche mit einem Konfidenzniveau von 99 % und einer Haltedauer von einem Tag. Sie beinhalten nicht die Anteile am Handelsbuch der Postbank, die separat berechnet werden.

Stress-Value-at-Risk der Handelsbereiche nach Risikoarten

in Mio €	31.12.2014	31.12.2013
Zinsrisiko	52,3	53,0
Credit-Spread-Risiko	140,8	114,4
Aktienkursrisiko	18,8	27,5
Währungsrisiko[1]	46,2	27,0
Rohwarenpreisrisiko	1,8	8,9
Diversifikationseffekt	– 139,3	– 125,3
Stress-Value-at-Risk der Handelsbereiche insgesamt	**120,7**	105,5

[1] Beinhaltet Value-at-Risk für Gold- und andere Edelmetallpositionen.

Durchschnittlicher, Maximaler und Minimaler Stress-Value-at-Risk nach Risikoarten

	Insgesamt		Diversifikationseffekt		Zinsrisiko		Credit-Spread-Risiko		Aktienkursrisiko		Währungsrisiko[1]		Rohwaren-preisrisiko	
in Mio €	2014	2013	2014	2013	2014	2013	2014	2013	2014	2013	2014	2013	2014	2013
Durchschnitt	109,6	114,0	– 125,4	– 127,5	64,4	59,3	124,0	118,1	11,5	19,2	29,7	29,6	5,4	15,2
Maximum	161,1	169,2	– 168,0	– 166,8	85,9	93,1	142,8	149,5	42,6	53,6	70,3	59,2	16,7	37,1
Minimum	81,6	75,1	– 102,3	– 105,5	48,8	44,4	100,7	90,0	0,0	4,3	13,7	12,1	1,4	7,1

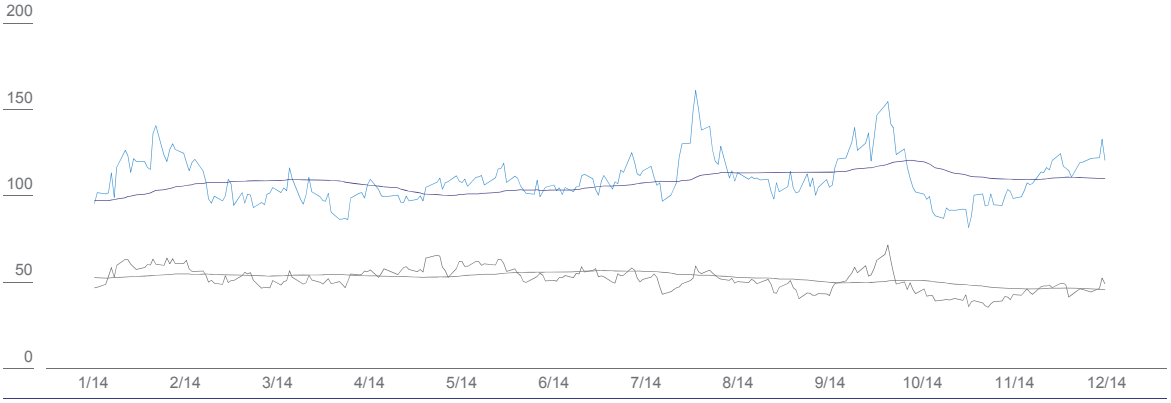
[1] Beinhaltet Value-at-Risk für Gold- und andere Edelmetallpositionen.

Der durchschnittliche Stress-Value-at-Risk belief sich in 2014 auf 109,6 Mio €, was einem Rückgang von 4,4 Mio € im Vergleich zum Jahr 2013 entspricht. Dies war vor allem auf einen geringeren Stress-Value-at-Risk für das Aktienkursrisiko in 2014 aufgrund einer größeren Absicherung der Verlustseite sowie auf ein geringeres Rohwarenpreisrisiko als Konsequenz des verkleinerten Rohwarengeschäfts zurückzuführen. Es wurde teilweise von einem Anstieg im Credit-Spread-Risiko aufgrund eines allgemeinen Anstiegs des Exposures und eines Anstiegs des Zinsrisikos in 2014 aufgehoben.

Das folgende Diagramm vergleicht die Entwicklung des täglichen Value-at-Risk mit dem täglichen Stress-Value-at-Risk und ihren 60-Tage-Durchschnittswerten, jeweils mit einem Konfidenzniveau von 99 % und einer Haltedauer von einem Tag für unsere Handelsbereiche berechnet. Beträge sind in Millionen Euro angegeben und schließen Beiträge aus dem Postbank-Handelsbuch aus, die separat berechnet werden.

Entwicklung des Value-at-Risk und des Stress-Value-at-Risk in 2014

In Mio €



— SVaR Insgesamt
— SVaR Rollierender 60-Tage Durchschnitt
— VaR Insgesamt
— VaR Rollierender 60-Tage Durchschnitt

Zum Zweck der aufsichtsrechtlichen Berichterstattung repräsentiert der Inkrementelle Risikoaufschlag den jeweils höheren Wert des Stichtags oder den Durchschnittswert der letzten zwölf Wochen vor dem Stichtag. Im Gegensatz dazu ist der Inkrementelle Risikoaufschlag für die in der nachstehenden Tabelle aufgeführten Berichtstage der Stichtagswert sowie der Durchschnitts-, Maximal- und Minimumwert für den Zeitraum von zwölf Wochen vor dem jeweiligen Stichtag.

Inkrementeller Risikoaufschlag der Handelsbereiche (mit einem Konfidenzniveau von 99,9 % und einem Anlagehorizont von einem Jahr)

in Mio €	31.12.2014	31.12.2013
Global Finance and Foreign Exchange	109,0	82,4
Rates and Credit Trading	494,5	563,4
NCOU	39,4	– 3,9
Emerging Markets – Debt	170,5	168,3
Sonstige	224,4	185,5
Inkrementeller Risikoaufschlag insgesamt	**1.037,8**	995,6

Durchschnittlicher, Maximaler und Minimaler Inkrementeller Risikoaufschlag der Handelsbereiche (mit einem Konfidenzniveau von 99,9 % und einem Anlagehorizont von einem Jahr)

	2014				2013			
in Mio €	Gewichteter durchschnittlicher Liquiditätshorizont in Monaten	Durchschnitt[1]	Maximum[1]	Minimum[1]	Gewichteter durchschnittlicher Liquiditätshorizont in Monaten	Durchschnitt[1]	Maximum[1]	Minimum[1]
Global Finance and Foreign Exchange	12,0	148,3	251,1	68,9	6,0	66,9	82,4	43,5
Rates and Credit Trading	12,0	384,6	645,7	235,7	6,0	505,8	603,4	414,2
NCOU	12,0	– 3,6	39,4	– 25,8	6,0	– 20,6	– 3,7	– 36,6
Emerging Markets – Debt	12,0	164,1	220,2	119,5	6,0	179,5	205,0	156,1
Sonstige	12,0	118,6	224,4	38,9	6,0	236,5	323,9	185,1
Inkrementeller Risikoaufschlag der Handelsbereiche insgesamt	**12,0**	**811,9**	**1.065,4**	**647,9**	6,0	968,2	1.044,8	928,5

[1] Die Durchschnitts-, Maximum- und Minimumwerte wurden auf Basis eines Zeitraums von zwölf Wochen berechnet, der am 31. Dezember 2014 beziehungsweise am 31. Dezember 2013 endete.

Der Inkrementelle Risikoaufschlag betrug 1.038 Mio € zum Jahresende 2014 und stieg um 42 Mio € (4 %) verglichen mit dem Jahresende 2013. Der Inkrementelle Risikoaufschlag basierend auf einem Zwölf-Wochen-Durchschnitt betrug 812 Mio € zum Jahresende 2014 und damit 156 Mio € (16 %) weniger verglichen mit dem Durchschnitt der zwölf Wochen, welche am 31. Dezember 2013 geendet haben. Der Anstieg zum Ende des Jahres 2014 ist getrieben durch Modelländerungen, die den gewichteten durchschnittlichen Liquiditätshorizont von sechs auf zwölf Monate und den Aufschlag für ausgefallene und nicht geratete Einheiten erhöhten.

Zum Zweck der aufsichtsrechtlichen Berichterstattung entspricht der Umfassende Risikoansatz für die jeweiligen Berichtsstichtage dem höheren Wert aus dem internen Tageswert an den Berichtstagen, dem Durchschnittswert während der vorhergegangenen zwölf Wochen sowie dem unteren Schwellenwert (Floor). Dieser Minimumwert beträgt 8 % des äquivalenten Kapitalabzugs nach dem standardisierten Verbriefungsrahmenwerk.

Umfassender Risikoansatz der Handelsbereiche (mit einem Konfidenzniveau von 99,9 % und einem Anlagehorizont von zwölf Monaten)

in Mio €	31.12.2014	31.12.2013
Korrelationshandel[1]	222,0	223,8

[1] „Spot"-Betrag des Internen Modells auf Basis des Umfassenden Risikoansatzes (CRM) zum Periodenende.

Durchschnittlicher, Maximaler und Minimaler Umfassender Risikoansatz der Handelsbereiche (mit einem Konfidenzniveau von 99,9 % und einem Anlagehorizont von einem Jahr)

	2014				2013			
in Mio €	Gewichteter durchschnittlicher Liquiditätshorizont in Monaten	Durchschnitt[1]	Maximum[1]	Minimum[1]	Gewichteter durchschnittlicher Liquiditätshorizont in Monaten	Durchschnitt[1]	Maximum[1]	Minimum[1]
Korrelationshandel	12,0	246,9	257,5	223,0	12,0	316,0	359,6	285,9

[1] Der regulatorische umfassende Risikoansatz wird auf Basis des Zeitraums von zwölf Wochen berechnet, der am 31. Dezember endet.

Der Umfassende Risikoansatz zum Jahresende 2014 betrug 222 Mio € und verringerte sich um 2 Mio € (1 %) im Vergleich zum Jahresende 2013. Der Zwölf-Wochen-Durchschnitt unseres Umfassenden Risikoansatzes betrug 247 Mio € zum Jahresende 2014 und damit 69 Mio € (22 %) weniger als der Zwölf-Wochen-Durchschnitt zum Jahresende 2013. Es gab einen Anstieg aufgrund der Auswirkung einer erhöhten Untergrenze

(Floor) bei der Berechnung im Rahmen des CRR/CRD 4-Rahmenwerks, welche nun durch Risikoabbau im Portfolio kompensiert wurde.

Marktrisiko-Standardansatz

Zum 31. Dezember 2014 führten Verbriefungspositionen, für die das spezifische Zinsrisiko gemäß dem spezifischen Marktrisiko-Standardansatz berechnet wird, zu Eigenkapitalanforderungen in Höhe von 1.682 Mio €, die risikogewichteten Aktiva in Höhe von 21 Mrd € entsprachen. Zum 31. Dezember 2013 führten diese Positionen zu Eigenkapitalanforderungen in Höhe von 473 Mio € und weiteren Kapitalabzugspositionen von 1,5 Mrd €, die einem gesamten RWA-Äquivalent von 13,3 Mrd € entsprachen. Der Anstieg der RWA war hauptsächlich auf eine aufsichtsrechtlich ausgelöste Veränderung in der Behandlung von bestehenden Positionen, die ein Risikogewicht von 1.250 % erhielten, zurückzuführen. Daher werden diese Positionen nun unter RWA offengelegt, vergleichbar zu CDI im Vorjahr. Die Anwendung der neuen regulatorischen Bestimmungen auf das Portfolio im Jahr 2013 würde einen Rückgang von 3,4 Mrd € RWA Jahr auf Jahr nach Veräußerung der Positionen bedeuten.

Die Eigenkapitalanforderungen für nth-to-Default-Derivate, die dem Marktrisiko-Standardansatz unterliegen, beliefen sich zum 31. Dezember 2014 auf 1 Mio €, was risikogewichteten Aktiva in Höhe von 19 Mio € entsprach, verglichen mit 5 Mio € beziehungsweise 63 Mio € zum 31. Dezember 2013. Diese Entwicklung ist auf verschiedene Positionen zurückzuführen, die sich aufgrund verbesserter Marktliquidität für eine Bewertung im Umfassenden Risikoansatz qualifizierten.

Ergänzend beliefen sich die Eigenkapitalanforderungen für Investmentanteile im Marktrisiko-Standardansatz zum 31. Dezember 2014 auf 91 Mio €, was risikogewichteten Aktiva in Höhe von 1.139 Mio € entsprach, im Vergleich zu 78 Mio € und 977 Mio € zum 31. Dezember 2013.

Die Kapitalanforderung für das Langlebigkeitsrisiko im Marktrisiko-Standardansatz betrug 26 Mio € zum 31. Dezember 2014, was risikogewichteten Aktiva in Höhe von 326 Mio € entsprach, verglichen mit 29 Mio € und 363 Mio € zum 31. Dezember 2013.

Value-at-Risk der Postbank

Der Value-at-Risk des Handelsbuchs der Postbank, der mit einem Konfidenzniveau von 99 % und einer Haltedauer von einem Tag ermittelt wird, betrug zum 31. Dezember 2014 null im Vergleich zu 0,1 Mio € zum Jahresende 2013. Die einzige Auswirkung mit 0,1 Mio € zum Jahresende 2013 resultierte aus dem Währungsrisiko, während sämtliche übrigen Risikokomponenten (einschließlich des Diversifikationseffekts) 0,0 Mio € betrugen. Der „Diversifikationseffekt“ reflektiert den Umstand, dass der gesamte Value-at-Risk an einem gegebenen Tag geringer sein wird als die Summe des Value-at-Risk bezogen auf die einzelnen Risikoklassen. Einer einfachen Addition der Zahlen für die einzelnen Risikoklassen zur Erlangung eines aggregierten Value-at-Risk würde die Annahme zugrunde liegen, dass die Verluste in allen Risikokategorien gleichzeitig eintreten. Die gegenwärtige Handelsstrategie der Postbank räumt keine neuen Handelsaktivitäten in Bezug auf das Handelsbuch ein. Das Handelsbuch der Postbank enthielt zum Jahresende 2014 keine Positionen. Gleichwohl wird die Postbank als Handelsbuchinstitut klassifiziert bleiben.

Die nachfolgende Tabelle legt die durchschnittlichen, maximalen und minimalen Value-at-Risk-Beträge des Handelsbuchs der Postbank im Jahr 2014 dar.

Durchschnittlicher, Maximaler und Minimaler Value-at-Risk des Handelsbuchs der Postbank

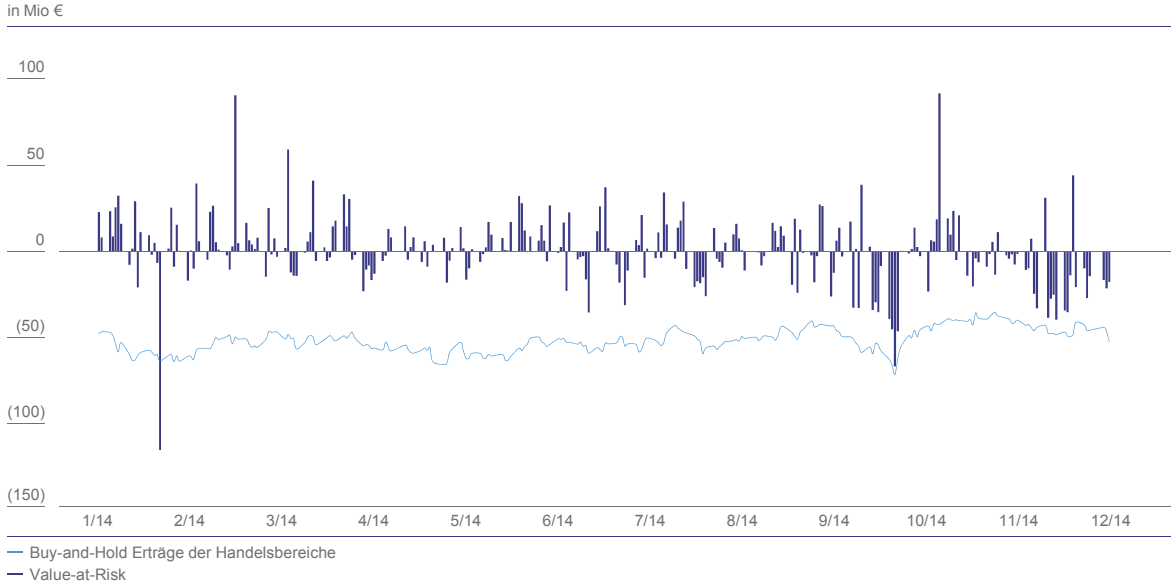
	Insgesamt		Diversifikations-effekt		Zinsrisiko		Credit-Spread-Risiko		Aktienkursrisiko		Währungsrisiko		Rohwaren-preisrisiko	
in Mio €	2014	2013	2014	2013	2014	2013	2014	2013	2014	2013	2014	2013	2014	2013
Durchschnitt	0,1	0,3	0,0	−0,2	0,0	0,2	0,0	0,1	0,0	0,0	0,1	0,1	0,0	0,0
Maximum	0,1	1,1	−0,1	−0,9	0,0	0,5	0,0	1,1	0,0	0,1	0,1	0,5	0,0	0,0
Minimum	0,0	0,1	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,1	0,0	0,0

Ergebnisse des Aufsichtsrechtlichen Backtestings des Trading Market Risk

In 2014 haben wir einen globalen Ausreißer gegenüber zweien in 2013 beobachtet. Der Ausreißer war im Januar 2014 zu verzeichnen, getrieben durch Marktbewegungen abseits des historischen Ein-Jahres-99-Perzentils und ein erhöhtes Level an Co-Bewegungen zwischen Risikofaktoren, welches nicht innerhalb des laufenden Ein-Jahres-Zeitfensters aufgefangen werden konnten. Basierend auf den Ergebnissen unseres Backtestings, unserer Analyse der zugrunde liegenden Gründe der Ausreißer und Verbesserungen in unserer Value-at-Risk-Methodik sind wir weiterhin davon überzeugt, dass unser Value-at-Risk-Modell ein angemessenes Maß für unser handelsbezogenes Marktrisiko unter normalen Marktbedingungen darstellt.

Das folgende Schaubild zeigt die täglichen Buy-and-Hold-Handelsergebnisse der Handelseinheiten im Vergleich zum Value-at-Risk gegenüber dem jeweiligen Vortag für die Handelstage der Berichtsperiode. Der Value-at-Risk wird in negativen Beträgen dargestellt, um den abgeschätzten potenziellen Verlust visuell mit den Buy-and-Hold-Handelsergebnissen vergleichen zu können. Zahlen sind in Mio € angegeben und umfassen nicht den für das Handelsbuch der Postbank separat berechneten Value-at-Risk. Das Schaubild unterlegt, dass unsere Handelseinheiten ein positives Buy-and-Hold-Handelsergebnis an 52 % der Handelstage in 2014 erzielt haben (gegenüber 52 % in 2013). Zudem ist der eine globale Ausreißer aufgezeigt.

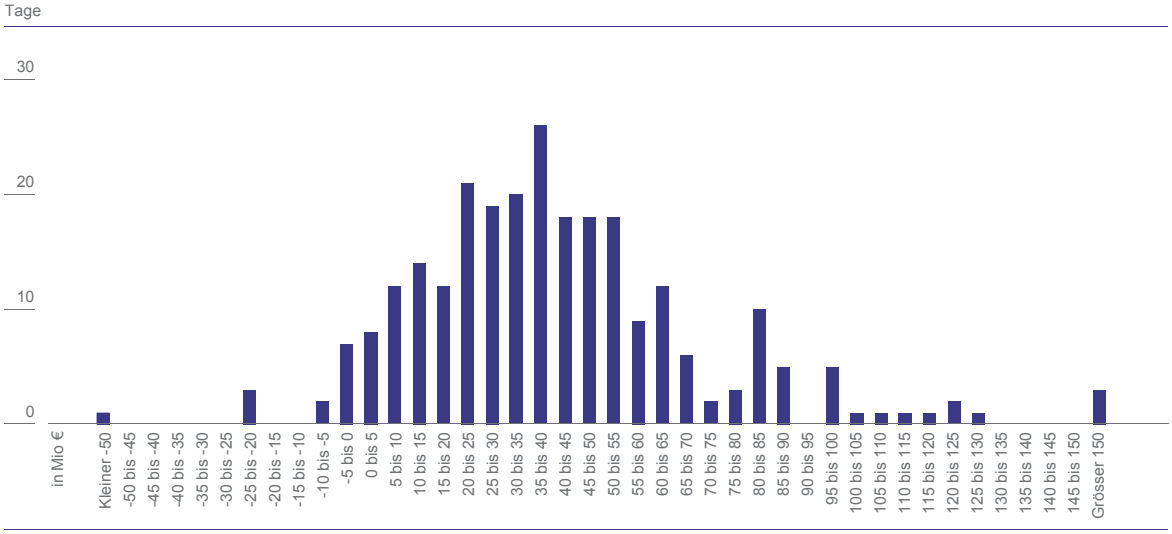
Tägliche Buy-and-Hold-Handelsergebnisse der Handelseinheiten im Vergleich zum Value-at-Risk in 2014



Tägliche Erträge der Handelsbereiche

Das folgende Balkendiagramm zeigt die Verteilung der tatsächlichen täglichen Erträge unserer Handelsbereiche (ohne Postbank). Das tägliche Ergebnis ist definiert als vollständiges Ergebnis, welches durch neue Handelsgeschäfte, Gebühren und Provisionen, „Buy-and-Hold“, Reserven, „Carry“ und andere Erträge erzielt wird. Die Balkenhöhe gibt die Anzahl der Handelstage an, an denen der auf der horizontalen Achse in Mio € angegebene Handelsertrag erzielt wurde.

Verteilung der täglichen Erträge unserer Handelsbereiche in 2014



Im Jahr 2014 erzielten unsere Handelsbereiche an 95 % der Handelstage einen positiven Ertrag (gegenüber 94 % in 2013).

Ökonomischer Kapitalbedarf für das gehandelte Marktrisiko

Der Ökonomische Kapitalbedarf für das Marktrisiko aus Handelsaktivitäten belief sich am Jahresende 2014 auf 5,0 Mrd € verglichen mit 4,2 Mrd € zum Jahresende 2013. Der Ökonomische Kapitalbedarf für das Marktrisiko aus Handelsaktivitäten stieg um annähernd 758 Mio € oder 18 %. Dieser Anstieg ist auf einen größeren Risikopositionswert im zum beizulegenden Zeitwert bewerteten Anlagebuch zurückzuführen.

Der Beitrag der Postbank zu unserem Ökonomischen Kapitalbedarf für unser Marktrisiko aus Handelsaktivitäten war minimal.

Methoden zur Bestimmung des beizulegenden Zeitwerts

Für eine detaillierte Beschreibung der von uns angewandten Methoden zur Bestimmung des beizulegenden Zeitwerts siehe Anhangangabe 1 „Wesentliche Rechnungslegungsgrundsätze und -einschätzungen“ in unserem Konzernabschluss.

Vorsichtige Bewertung von zum beizulegenden Zeitwert bilanzierten Aktiva für regulatorische Zwecke

Gemäß Artikel 34 CRR müssen Institute die Vorschriften in Artikel 105 CRR zur vorsichtigen Bewertung auf sämtliche zum beizulegenden Zeitwert bilanzierten Aktiva anwenden und den Betrag erforderlicher zusätzlicher Bewertungsanpassungen vom Tier-1-Kernkapital abziehen.

Unser Ansatz zur vorsichtigen Bewertung von zum beizulegenden Zeitwert bilanzierten Aktiva basiert auf diesen Vorschriften und ist zu den Vorjahren unverändert und reflektiert nicht die im finalen EBA-Standard zur vorsichtigen Bewertung festgelegte Methodik.

Auf Basis unserer Auslegung der Vorschriften sind wir zu dem Schluss gekommen, dass die Kategorien von Bewertungsanpassungen, die bei der Bestimmung des regulatorisch vorsichtigen Werts von zum beizulegenden Zeitwert bilanzierten Aktiva zu berücksichtigen sind, bereits durch unsere Standards und Leitlinien zur Bestimmung des beizulegenden Zeitwerts nach IFRS sowie andere regulatorische Standards einschließlich jener für operationelle Risiken erfüllt sind. Dieses Ergebnis basiert auf unserem Verständnis, dass Aktiva, die unter IFRS zum beizulegenden Zeitwert bilanziert werden, die bestehenden regulatorischen Vorschriften zur

vorsichtigen Bewertung erfüllen, wenn die relevanten Kategorien von Bewertungsanpassungen bei der Bestimmung des beizulegenden Zeitwerts dieser Aktiva unter IFRS berücksichtigt wurden. Weitere Informationen zu den Bewertungsmethoden, die wir unter IFRS einsetzen, finden sich in der Anhangangabe 14 „Zum beizulegenden Zeitwert bewertete Finanzinstrumente".

Im Januar 2015 hat die European Banking Authority (EBA) den Entwurf eines Regulatory Technical Standard (EBA RTS 2014/06/rev1), der eine spezifische Messmethode zur Berechnung des Betrags erforderlicher zusätzlicher Bewertungsanpassungen definiert, neu veröffentlicht. Die Europäische Kommission prüft derzeit die Umsetzung dieser Messmethode, die sich von unserer derzeitigen und früheren Praxis unterscheidet, in europäisches Bankrecht.

Wir bereiten uns derzeit auf die mögliche künftige Anwendung dieses neuen Standards zur Berechnung des Betrags erforderlicher zusätzlicher Bewertungsanpassungen vor. Im Unterschied zu den bestehenden Vorschriften, welche die Kategorien der Bewertungsanpassungen vorgeben, die für Zwecke der vorsichtigen Bewertung zu berücksichtigen sind, legt der neue Standard eine spezielle Messmethode zur Berechnung der zusätzlichen Bewertungsanpassung für jede Kategorie fest. Da diese Methode nicht mit jener unter IFRS übereinstimmt, ergäbe sich bei einer künftigen Anwendung des neuen Standards ein Unterschied zwischen dem beizulegenden Zeitwert der Aktiva unter IFRS und dem für regulatorische Zwecke bestimmten vorsichtigen Wert.

Wir schätzen den Betrag für die zusätzliche Bewertungsanpassung, die sich bei künftiger Anwendung des neuen Standards ergäbe, derzeit mit einem Wert zwischen 1,5 und 2,0 Mrd Euro ab. Im Einklang mit der Handlungsempfehlung der EBA werden wir diese zusätzliche Bewertungsanpassung in der Berechnung unseres Tier-1-Kernkapitals erst berücksichtigen, nachdem der neue Standard von der Europäischen Kommission angenommen und veröffentlicht worden sein wird (soweit kein späteres Anwendungsdatum spezifiziert wird).

Marktrisiko aus Nichthandelsaktivitäten

Das Marktrisiko aus Nichthandelsaktivitäten stammt aus Marktbewegungen, vor allem aus Bereichen außerhalb unserer Handelsbereiche, unserem Anlagebuch und außerbilanziellen Positionen. Zu den signifikanten Marktrisikofaktoren, denen die Bank ausgesetzt ist und die von Risikomanagementteams in diesem Bereich überwacht werden, gehören:

— Zinsrisiken (einschließlich Modellrisiken aus eingebetteten Optionen und Risiken aus der Modellierung von Verhaltensannahmen bei bestimmten Produktarten), Credit-Spread-Risiken, Währungsrisiken, Aktienrisiken (einschließlich Investitionen in Aktienmärkten und Private Equity sowie in Immobilien, Infrastruktur und Fondsvermögen);
— Marktrisiken aus außerbilanziellen Positionen wie Pensionsplänen und Garantien sowie strukturelle Währungsrisiken und Risiken aus aktienbasierten Vergütungen.

Die Marktrisikokomponente unserer Nichthandelsaktivitäten wird von speziellen Abteilungen innerhalb unserer Risikomanagementorganisation überwacht. Aufgrund der Vielzahl der Geschäfte und Aktivitäten, die einem Nichthandelsmarktrisiko unterliegen, erfolgt die Überwachung nach den drei Hauptthemen:

— Market Risk Management – deckt Marktrisiken in PBC, GTB, Deutsche AWM und in der NCOU, im Bereich Treasury und andere Gruppenaktivitäten, wie strukturelle Währungsrisiken und Risiken aus aktienbasierten Vergütungen und Pensionsverpflichtungen, ab.
— Credit Risk Management Principal Investments – ist auf die Risikoaspekte unserer Nichthandelsaktivitäten im Bereich Alternative Assets spezialisiert und überprüft regelmäßig das Risikoprofil der diesbezüglichen Portfolios.

— Asset Management Risk – konzentriert sich auf die Risikoaspekte unseres Asset-Management- und Fondsgeschäfts im Geschäftsbereich Deutsche AWM. Schlüsselrisiken in diesem Bereich entstehen beispielsweise aus Erfolgs- und/oder Kapitalgarantien sowie Reputationsrisiken im Zusammenhang mit der Verwaltung von Kundengeldern.

Das Group Investment Committee beurteilt strategische Beteiligungsvorhaben. Je nach Größe der vorgeschlagenen strategischen Akquisitionen müssen diese vom Group Investment Committee, vom Vorstand oder vom Aufsichtsrat genehmigt werden. Die Entwicklung unserer strategischen Beteiligungen wird vom Group Investment Committee regelmäßig überprüft. Mehrere Mitglieder des Capital and Risk Committee sowie des Risk Executive Committee gehören auch dem Group Investment Committee an. Dadurch wird eine enge Verknüpfung der beiden Gremien gewährleistet.

Ein unabhängiges Team in Risk prüft die Modelle auf Risiken aus Nichthandelsaktivitäten. Grundsätzlich umfasst die Prüfung eine Analyse der Angemessenheit von Risikofaktoren, Parametern, Parameterkalibrierung und Modellannahmen. Die Prüfungsergebnisse werden dem Senior Management vorgelegt, und vom Market Risk Management werden angemessene Maßnahmen zur Verbesserung des für die verschiedenen Risikoarten eingesetzten Modells ergriffen.

Bewertung des Marktrisikos aus Nichthandelsaktivitäten

Die Mehrzahl von Marktrisiken in unseren Nichthandelsportfolios wird mithilfe von Stresstestverfahren quantifiziert. Wir verwenden für jede Risikoklasse spezifische Stresstests, die unter anderem ausgeprägte historische Marktbewegungen, die Liquidität der jeweiligen Anlageklasse und Änderungen des Kundenverhaltens im Zusammenhang mit Einlagenprodukten berücksichtigen. Diese Bewertung bildet die Grundlage für die Berechnung des Ökonomischen Kapitals, mithilfe dessen wir das Marktrisiko aus Nichthandelsaktivitäten überwachen, zusammenfassen und steuern.

Zinsrisiken im Anlagebuch

Der überwiegende Teil unserer Zinsrisiken aus nicht handelsbezogenen Aktiva und Passiva wurde, mit Ausnahme von einigen Gesellschaften und Portfolios, durch interne Absicherungsgeschäfte auf den Unternehmensbereich CB&S übertragen. Das intern transferierte Zinsrisiko wird auf Value-at-Risk-Basis gesteuert und spiegelt sich in den Handelsportfolio-Zahlen wider. Die Behandlung des Zinsrisikos in unseren Handelsportfolios und die Anwendung des Value-at-Risk-Modells werden im Kapitel „Marktrisiko aus Handelsaktivitäten“ erläutert.

Die wichtigsten Ausnahmen von den obigen Ausführungen gibt es im Geschäftsbereich PBC in Deutschland einschließlich Postbank und im Hypothekengeschäft des Geschäftsbereichs Deutsche AWM in den USA. Diese Einheiten steuern das Zinsrisiko separat über ein dediziertes Aktiv-Passiv-Management nach Maßgabe der Value-at-Risk-Limite des Anlagebuchs. Sie werden durch das Market Risk Management festgelegt und überwacht. Die Messung und Berichterstattung der von diesen dedizierten Aktiv- und Passiv-Funktionen gesteuerten Zinsrisiken erfolgen im Unternehmensbereich PBC täglich und in Deutsche AWM wöchentlich. Darüber hinaus hält die Gruppe durch die Treasury verwaltete ausgewählte Positionen, deren Messung und Berichterstattung in Bezug auf das Zinsrisiko täglich erfolgt. Das konzernweite Zinsänderungsrisiko des Anlagebuchs wird monatlich berichtet.

Die maximalen negativen Barwertveränderungen der Anlagebuchpositionen im Falle der aufsichtsrechtlich vorgegebenen Parallelverschiebung der Zinsstrukturkurven um minus 200 und plus 200 Basispunkte lagen zum 31. Dezember 2014 bei 2 % unseres gesamten aufsichtsrechtlichen Kapitals. Dementsprechend wird das Zinsrisiko in unserem Anlagebuch als nicht wesentlich betrachtet.

In unseren Geschäftsbereichen PBC, GTB und Deutsche AWM unterliegen Kundeneinlagen sowie Spar- und Kreditprodukte Modellrisiken. Die Messung des Zinsrisikos dieser Produktarten im Anlagebuch basiert auf Annahmen über das Kundenverhalten, der zukünftigen Verfügbarkeit von Einlagen und der Sensitivität der Einlagenzinsen gegenüber den Marktzinssätzen, welche zu einer längeren tatsächlichen als der vertraglich

festgelegten Laufzeit führen. Diese Parameter werden innerhalb unseres Rahmenwerks für Ökonomisches Kapital Stresstests unterzogen. Weitere Annahmen werden unter anderem getroffen bezüglich des Kundenverhaltens mit Blick auf den Zeitpunkt, zu dem vorzeitige Darlehensrückzahlungen erfolgen. Die Modellparameter beruhen auf Erfahrungen aus der Vergangenheit, statistischen Analysen und Expertenschätzungen. Wenn sich die zukünftige Entwicklung von Einlagen, Zinssätzen oder des Kundenverhaltens wesentlich von den getroffenen Annahmen unterscheidet, kann dies Einfluss auf das Zinsrisiko in unserem Anlagebuch haben.

Fremdwährungsrisiken

Fremdwährungsrisiken entstehen aus Aktiv-Passiv-Positionen in unseren Nichthandelsportfolios, die auf eine andere als die Verkehrswährung der jeweiligen Gesellschaft lauten. Die meisten dieser Fremdwährungsrisiken werden über interne Absicherungsgeschäfte auf Handelsbücher im Bereich CB&S übertragen und daher über die Value-at-Risk-Positionen in den Handelsbüchern ausgewiesen sowie gesteuert. Die verbleibenden, nicht übertragenen Währungsrisiken werden in der Regel durch währungskongruente Refinanzierungen ausgeglichen, so dass in den Portfolios lediglich Restrisiken verbleiben. In wenigen Ausnahmefällen wird abweichend von dem obigen Ansatz das im Zusammenhang mit dem Handelsportfolio beschriebene allgemeine Market-Risk-Management-Kontroll- und -Berichterstattungsverfahren angewandt.

Der überwiegende Teil der Fremdwährungsrisiken aus Nichthandelsgeschäften steht im Zusammenhang mit nicht abgesicherten strukturellen Währungsrisiken insbesondere bei unseren US-amerikanischen, britischen und chinesischen Gesellschaften. Strukturelle Fremdwährungsrisiken resultieren aus lokalen Kapitalbeständen (einschließlich Gewinnrücklagen) bei unseren konsolidierten Tochtergesellschaften und Niederlassungen sowie aus Investitionen, die auf Equity-Basis bilanziert wurden. Änderungen der Devisenkurse für die zugrunde liegenden Verkehrswährungen führen zu einer Neubewertung des Kapitals sowie der Gewinnrücklagen und werden in „Sonstige erfolgsneutrale Eigenkapitalveränderung“ als Währungsumrechnungsanpassungen ausgewiesen.

Vordringliches Ziel bei der Steuerung unserer strukturellen Währungsrisiken ist die Stabilisierung der Kapitalquoten auf Konzernebene gegenüber den Auswirkungen von Devisenkursschwankungen. Aus diesem Grunde werden einzelne strukturelle Währungspositionen mit beträchtlichen risikogewichteten Aktiva in den jeweiligen Währungen nicht abgesichert, um Schwankungen der Kapitalquote für betreffende Gesellschaften und den Konzern insgesamt zu vermeiden.

Investitionsrisiken

Bei den investitionsbezogenen Marktrisiken aus Nichthandelsaktivitäten handelt es sich vor allem um anteilskapitalbasierte Risiken im Anlagebuch aus unseren nicht konsolidierten strategischen Beteiligungen und Alternative-Asset-Portfolios.

Strategische Investitionen beziehen sich in der Regel auf Akquisitionen zur Unterstützung der Geschäftsorganisation und haben einen mittleren bis langen Anlagehorizont. Alternative Vermögenswerte umfassen Principal Investments und andere nicht strategische Investitionen. Bei Principal Investments handelt es sich um Direktinvestitionen in Private Equity (einschließlich Leveraged-Buy-out- und Equity-Bridge-Finanzierungszusagen), Immobiliengeschäfte (einschließlich Mezzanine Debt) und Venture-Capital-Verpflichtungen, die durchgeführt wurden, um eine Wertsteigerung zu erzielen. Darüber hinaus soll mit erfolgreichen Principal Investments in Hedgefonds und Investmentfonds eine Erfahrungshistorie aufgebaut werden für den Verkauf an externe Kunden. Zu den sonstigen nicht-strategischen Beteiligungen gehören Vermögenswerte, die bei der Abwicklung notleidender Positionen oder anderer nichtstrategischer „Legacy Investment Assets“ in Private Equity und im Immobilienbereich zurückgewonnen werden.

Pensionsrisiken

Wir sind bei einer Reihe spezifischer leistungsorientierter Pensionspläne für frühere und aktuelle Mitarbeiter Marktrisiken ausgesetzt. Durch Investitionen und fortlaufende Planbeiträge wird sichergestellt, dass die geplanten Pensionszahlungen nach Maßgabe der Pensionspläne durchgeführt werden können. Marktrisiken entstehen infolge eines potenziellen Rückgangs des Marktwerts der Aktiva oder einer Zunahme der Passiva der jeweiligen Pensionspläne. Das Market Risk Management überwacht und meldet alle Marktrisiken sowohl in Bezug auf die Aktiv- als auch die Passivseite unserer leistungsorientierten Pensionspläne einschließlich Zinsrisiken, Inflationsrisiken, Credit-Spread-Risiken, Aktien- und Langlebigkeitsrisiken. Nähere Angaben zu unseren Verpflichtungen aus der betrieblichen Altersvorsorge enthält die Anhangangabe 35 „Leistungen an Arbeitnehmer“.

Sonstige Risiken

Neben den obigen Risiken ist das Market Risk Management für die Kontrolle und Steuerung von Marktrisiken aus der Steuerung von Kapital- und Liquiditätsrisiken in unserem Treasury-Bereich zuständig. Neben dem Verfahren zur strukturellen Absicherung von Fremdwährungsrisiken bei Kapitalbeständen gehört dazu auch die Absicherung von Marktrisiken aus unseren aktienbasierten Vergütungsplänen.

Marktrisiken entstehen im Rahmen unserer Vermögensverwaltungsaktivitäten in Deutsche AWM vor allem bei Fonds oder Konten mit Kapitalgarantie, aber auch aus Co-Investments in unsere Fonds.

Ökonomischer Kapitalbedarf für unsere nicht handelsbezogenen Marktrisikoportfolios nach Geschäftsbereich

Ökonomischer Kapitalbedarf für Nichthandelsportfolios nach Geschäftsbereichen

			Veränderung 2014 gegenüber 2013	
in Mio €	31.12.2014	31.12.2013	in Mio €	in %
Corporate Banking & Securities	382	333	49	15
Private & Business Clients	3.196	2.964	232	8
Global Transaction Banking	172	143	29	20
Deutsche Asset & Wealth Management	1.748	1.295	453	35
Non-Core Operations Unit	804	1.362	−558	−41
Consolidation & Adjustments	3.596	2.444	1.152	47
Insgesamt	**9.898**	8.541	1.357	16

Der Ökonomische Kapitalbedarf für nicht handelsbezogene Marktrisiken betrug 9.898 Mio € zum 31. Dezember 2014 und war damit 1.357 Mio € oder 16 % höher als der Ökonomische Kapitalbedarf für nicht handelsbezogene Marktrisikoportfolios zum Jahresende 2013.

Der Anstieg des Ökonomischen Kapitalbedarfs beruht hauptsächlich auf erhöhten strukturelle Währungsrisiken und erhöhten Pensionsrisiken, beides abgebildet unter Consolidation & Adjustments.

Die Erhöhung des Ökonomischen Kapitals bei Deutsche AWM beruht hauptsächlich auf erhöhten Guaranteed-Funds-Risiken, verursacht durch das anhaltende Niedrigzinsumfeld. Die Erhöhung des Ökonomischen Kapitals bei PBC beruht hauptsächlich auf der Beteiligung an der Hua Xia Bank. Die Abnahme des Ökonomischen Kapitals bei der NCOU beruht hauptsächlich auf dem Verkauf des Cosmopolitan Resort & Casino.

Buchwert und Ökonomischer Kapitalbedarf für unsere nicht handelsbezogenen Marktrisikoportfolios

Buchwerte und Ökonomischer Kapitalbedarf für Nichthandelsportfolios

	Buchwert		Ökonomischer Kapitalbedarf	
in Mio €	31.12.2014	31.12.2013	31.12.2014	31.12.2013
Strategische Beteiligungen	4.051	3.257	1.676	1.277
Alternative Assets	3.414	4.761	1.171	1.722
Principal Investments	1.900	1.526	902	718
Sonstige nichtstrategische Beteiligungen	1.514	3.234	269	1.004
Sonstige nichtgehandelte Marktrisiken[1]	N/A	N/A	7.051	5.542
Zinsrisiko	N/A	N/A	1.683	1.601[2]
Bonitätsaufschlagsrisiko	N/A	N/A	319	444
Aktienvergütungsrisiko	N/A	N/A	−237	−262
Pensionsrisiko	N/A	N/A	1.189	734
Strukturelle Währungsrisiken	N/A	N/A	2.672	2.037
Guaranteed Funds	N/A	N/A	1.425	988
Nichthandelsportfolios insgesamt	**7.465**	8.018	**9.898**	8.541

[1] N/A gibt an, dass das Risiko mehrheitlich bezogen ist auf außerbilanzielle Positionen oder Verbindlichkeiten.
[2] Der Wert für das vorherige Jahr wurde um 44 Mio € angepasst, um das AWM-Hypothekenkreditgeschäft widerzuspiegeln.

In den Gesamtzahlen des Ökonomischen Kapitals berücksichtigen Diversifikationseffekte zwischen den unterschiedlichen Vermögensklassen Zins- und Credit-Spread-Risiken, Aktienvergütungsprogramme, Risiken aus Pensionsverpflichtungen und strukturellen Währungsrisiken.

— Strategische Beteiligungen. Der Ökonomische Kapitalbedarf entstand vor allem aus unserer Beteiligung an der Hua Xia Bank Company Limited.
— Alternative Assets. Das Ökonomische Kapital für nicht handelsbezogene Marktrisiken ging 2014 hauptsächlich infolge weiterer Initiativen zum Risikoabbau im Alternative-Assets-Portfolio, von Bewertungen und Fremdwährungseffekten zurück.
— Sonstige nicht handelsbezogene Marktrisiken:
  — Zinsrisiko. Neben dem den offenen Zinsrisikopositionen zugeordneten Ökonomischen Kapital besteht eine wesentliche Komponente in dieser Kategorie aus der Fristentransformation der vertraglich kurzfristigen Einlagen. Die effektive Laufzeit der vertraglich kurzfristigen Einlagen basiert auf beobachtbarem Kundenverhalten, der Elastizität der Marktzinssätze für Einlagen (DRE), der Volatilität der Einlagenhöhe und den eigenen Bonitätsaufschlägen der Deutschen Bank. Der Ökonomische Kapitalbedarf wird abgeleitet durch Parameterannahmen, die Marktstressszenarien widerspiegeln, insbesondere die DRE, für die effektive Laufzeit täglich fälliger Einlagen. Verhaltens- und wirtschaftliche Profile werden bei der Berechnung der effektiven Laufzeit berücksichtigt ebenso wie optionale Ziehungen in unserem Baufinanzierungsgeschäft. Am 31. Dezember 2014 betrug unser Ökonomischer Kapitalbedarf für Zinsrisiken 1.683 Mio € gegenüber 1.601 Mio € am 31. Dezember 2013, hauptsächlich im Bereich PBC einschließlich Postbank, BHW und Deutsche Bank Bauspar und im Bereich Treasury, abgebildet unter Consolidation & Adjustments.
  — Credit-Spread-Risiken. Ökonomischer Kapitalbedarf für Portfolios im Anlagebuch mit wesentlichen Credit-Spread-Risiken. Unser Ökonomischer Kapitalbedarf belief sich zum 31. Dezember 2014 auf 319 Mio € gegenüber 444 Mio € zum 31. Dezember 2013. Der Rückgang im Ökonomischen Kapitalbedarf beruht auf erhöhten Diversifikationseffekten mit anderen Portfolios wie Handelsbuchpositionen und Pensionsrisiken.
  — Aktienvergütungsrisiken. Risiko aufgrund einer strukturellen Shortposition in Bezug auf den Kurs der Deutsche Bank-Aktie aus Restricted Equity Units. Unser Ökonomischer Kapitalbedarf zum 31. Dezember 2014 betrug minus 237 Mio € auf diversifizierter Basis, verglichen mit minus 262 Mio € zum 31. Dezember 2013. Der negative Beitrag zu unserem diversifizierten Ökonomischen Kapital leitet sich daraus ab, dass eine Reduzierung unseres Aktienkurses in einem Abschwungszenario, wie es durch das Ökonomische Kapital dargestellt wird, zu einem verringerten negativen Einfluss der Verpflichtungen zur Aktienvergütung auf unser Kapital führen würde.
  — Pensionsrisiken. Das Risiko resultierend aus unseren leistungsdefinierten Versorgungszusagen inklusive Zinsrisiko und Inflationsrisiko, Credit-Spread-Risiken, Aktienkursrisiko und Langlebigkeitsrisiko. Unser Ökonomischer Kapitalbedarf betrug 1.189 Mio € und 734 Mio € zum 31. Dezember 2014 respektive

zum 31. Dezember 2013. Die Erhöhung ist im Wesentlichen zurückzuführen auf eine erhöhte Verbindlichkeit, verursacht durch verringerte Zinssätze und niedrigere Kreditrisikoaufschläge, und auf einen Rückgang der Diversifikationseffekte nach fortlaufender Angleichung der Kalkulationsmethode an die des Handelsmarktrisikos.

— Strukturelle Währungsrisiken. Unser Währungsrisiko entsteht aus nicht währungskursgesicherten Kapital- und Gewinnrücklagen in Nicht-Euro-Währungen in bestimmten Tochtergesellschaften. Unser Ökonomischer Kapitalbedarf auf diversifizierter Basis betrug 2.672 Mio € zum 31. Dezember 2014 versus 2.037 Mio € zum 31. Dezember 2013. Der Anstieg beruht hauptsächlich auf einem stärkeren US Dollar und auf der Emission von zusätzlichem Tier-1 (AT1) Kernkapital in Nicht-Euro-Währungen.
— Guaranteed Funds-Risiken. Der Anstieg im Ökonomischen Kapitalbedarf auf 1.425 Mio € zum 31. Dezember 2014 ist größtenteils zurückzuführen auf ein größeres Zinsrisiko, verursacht durch niedrigere und zum Teil negative Zinssätze. Zum 31. Dezember 2013 betrug der Ökonomische Kapitalbedarf 988 Mio €.

Rechnungslegungs- und Bewertungsgrundsätze für Beteiligungspositionen

Außerhalb der Handelsbereiche werden von uns gehaltene Beteiligungen, die weder aufsichtsrechtlich konsolidiert noch von unseren aufsichtsrechtlichen Eigenmitteln abzuziehen sind, dem aufsichtsrechtlichen Anlagebuch als Beteiligungspositionen zugeordnet. In unserer Konzernbilanz werden diese Beteiligungen als „Zur Veräußerung verfügbare finanzielle Vermögenswerte“, als „Nach der Equitymethode bilanzierte Beteiligungen“ oder als „Zum beizulegenden Zeitwert klassifizierte finanzielle Vermögenswerte“ ausgewiesen.

Für weitere Informationen im Zusammenhang mit unseren Rechnungslegungs- und Bewertungsgrundsätzen zu „Zur Veräußerung verfügbare finanzielle Vermögenswerte bezüglich Eigenkapitalinstrumenten und Investments in assoziierte Unternehmen und Joint Ventures“ siehe Anhangangabe 1 „Wesentliche Rechnungslegungsgrundsätze und -einschätzungen“, 14 „Zum beizulegenden Zeitwert bewertete Finanzinstrumente“ und 17 „Nach der Equitymethode bilanzierte Beteiligungen“.

Gehaltene Beteiligungen (nicht testiert)

Der folgende Abschnitt zu gehaltenen Beteiligungen, der auf Seite 225 (2013 S. 206) endet, zeigt spezifische Offenlegungen auf Basis von Säule 3. Die Regulierung erfordert kein Testat der Säule-3-Offenlegung. Dementsprechend ist dieser Abschnitt der Säule-3-Offenlegung nicht testiert.

In den nachfolgenden Tabellen sind die IFRS-Klassifizierung unserer Beteiligungen sowie die hiermit verbundenen Gewinne (Verluste) dargestellt. Diese Beteiligungen stellen grundsätzlich entweder Beteiligungen im aufsichtsrechtlichen Anlagebuch oder Kapitalabzugspositionen entsprechend der CRR dar. Für einen Vergleich unserer gehaltenen Beteiligungen mit den aufsichtsrechtlichen Beteiligungen im Anlagebuch sind jedoch folgende Aspekte zu berücksichtigen:

— Beteiligungspositionen, die von Gesellschaften gehalten werden, die gemäß IFRS, aber nicht für aufsichtsrechtliche Zwecke konsolidiert werden, sind in den Tabellen enthalten.
— Investmentfonds, die für IFRS-Zwecke ausgewiesen sind, werden für aufsichtsrechtliche Zwecke unterschiedlich behandelt und sind nicht in den Tabellen enthalten.
— Gesellschaften, die Beteiligungspositionen halten und für aufsichtsrechtliche Zwecke konsolidiert werden, aber nicht zum Konsolidierungskreis nach IFRS gehören, berichten keine Bilanz und Gewinn- und Verlustrechnung nach IFRS und sind in dieser Tabelle nicht berücksichtigt. Der aufsichtsrechtliche Positionswert („EAD“) dieser nicht enthaltenen Beteiligungspositionen betrug 13 Mio € zum 31. Dezember 2014 und 176 Mio € zum 31. Dezember 2013.
— Andere Positionen wie aus Transaktionen in Derivaten resultierende Beteiligungspositionen oder bestimmte nachrangige Schuldtitel, die aus aufsichtsrechtlicher Sicht ebenfalls der Forderungsklasse Beteiligungen im Anlagebuch zuzuordnen sind, sind in der Tabelle nicht enthalten. Deren EAD betrug 304 Mio € zum 31. Dezember 2014 und 167 Mio € zum 31. Dezember 2013.

— Die aufsichtsrechtliche Beteiligungsposition beinhaltet einen EAD in Höhe von 1,9 Mrd € zum 31. Dezember 2014 und von 3,3 Mrd € zum 31. Dezember 2013 für Beteiligungen, die unter IFRS konzerninterne Positionen darstellen.
— Die nicht börsengehandelten Positionen kombinieren Positionen aus privatem Beteiligungskapital in hinreichend diversifizierten Portfolios und sonstige Beteiligungspositionen gemäß Artikel 447 (c) CRR.

Beteiligungspositionen gemäß IFRS-Klassifizierung

		Buchwert
in Mio €	31.12.2014	31.12.2013
Zur Veräußerung verfügbare finanzielle Vermögenswerte – Beteiligungen	**1.928**	1.226
Börsengehandelte Positionen	291	327
Nicht börsengehandelte Positionen	1.637	899
Nach der Equitymethode bilanzierte Beteiligungen	**4.134**	3.574
Börsengehandelte Positionen	3.181	2.616[1]
Nicht börsengehandelte Positionen	953	958[1]
Zum beizulegenden Zeitwert klassifizierte finanzielle Vermögenswerte – Beteiligungen	**2**	119
Börsengehandelte Positionen	0	0
Nicht börsengehandelte Positionen	2	119
Beteiligungspositionen insgesamt	**6.064**	4.919

[1] Die Vorjahreswerte wurden um 2,6 Mrd € angepasst, um, wo anwendbar, Beteiligungen als börsengehandelte Positionen zu zeigen.

Die Art dieser Beteiligungspositionen steht im Wesentlichen im Zusammenhang mit den Beteiligungen, die im Abschnitt „Investitionsrisiken“ in diesem Bericht beschrieben werden.

Eine geringfügige Abweichung zwischen dem Buchwert und dem beizulegenden Zeitwert der Beteiligungspositionen war nur für börsengehandelte und nach der Equitymethode bilanzierte Beteiligungen feststellbar. Für diese lag der Buchwert zum 31. Dezember 2014 bei 3,2 Mrd € und der beizulegende Zeitwert bei 3,2 Mrd €, verglichen mit einem Buchwert von 2,6 Mrd € und einem beizulegenden Zeitwert von 1,9 Mrd € zum 31. Dezember 2013.

Realisierte Gewinne/Verluste der Berichtsperiode und unrealisierte Gewinne/Verluste zum Jahresende aus Beteiligungen

in Mio €	2014	2013
Gewinne und Verluste aus Abgängen	202	97
Wertminderungen	– 54	– 110
Anteiliges Ergebnis der Beteiligungen	569	433
Realisierte Gewinne/Verluste aus Beteiligungen insgesamt	**716**	420

	31.12.2014	31.12.2013
Unrealisierte Neubewertungsgewinne/-verluste	658	424
Unterschiedsbetrag zwischen Buchwert und beizulegendem Zeitwert	46	– 682
Unrealisierte Gewinne/Verluste aus Beteiligungen insgesamt	**704**	– 258

Für die Position „Zur Veräußerung verfügbare finanzielle Vermögenswerte – Beteiligungen“ werden realisierte Gewinne und Verluste aus Verkäufen und Liquidationen, unrealisierte Bewertungsgewinne und -verluste sowie Wertminderungen berücksichtigt. Bei nach der Equitymethode bilanzierten Beteiligungen umfassen die Gewinne und Verluste die realisierten Gewinne und Verluste aus Verkäufen und Liquidationen, das anteilige Ergebnis der Beteiligungen, Wertminderungen sowie unrealisierte Neubewertungsgewinne und -verluste aus Unterschieden zwischen den Buchwerten und den beizulegenden Zeitwerten. Dabei gelten die realisierten Gewinne und Verluste aus Abgängen, Wertminderungen und das anteilige Ergebnis der Beteiligungen für die Berichtszeiträume 2014 und 2013, während sich sowohl die unrealisierten Neubewertungsgewinne und -verluste als auch der Unterschiedsbetrag zwischen den Buchwerten und den beizulegenden Zeitwerten der nach der Equitymethode bilanzierten Beteiligungen auf den 31. Dezember 2014 und auf den 31. Dezember 2013 beziehen.

Operationelles Risiko

Definition des operationellen Risikos

Operationelles Risiko ist die Gefahr von Verlusten, die infolge der Unangemessenheit oder des Versagens von internen Verfahren und Systemen, Menschen oder infolge externer Ereignisse eintreten. Diese Definition schließt Rechtsrisiken ein. Das operationelle Risiko umfasst keine Geschäfts- und Reputationsrisiken.

Im Rahmen des Self-Assessment-Prozesses in 2014 haben wir das operationelle Risiko in die folgenden Risikoarten unterteilt:

— Emissions- und Transaktionsrisiko ist das Risiko, dass Schwachstellen und/oder Fehler bei der Emission von Produkten beziehungsweise der Erbringung von Dienstleistungen/Transaktionen sowie unangemessene Geschäftspraktiken oder vertragliche Verpflichtungen zu Verlusten führen.
— Betrugsrisiko ist das Risiko von Verlusten durch eine vorsätzliche Handlung oder Unterlassung, die seitens eines Mitarbeiters oder Dritten in unredlicher Weise erfolgt und dem Erzielen persönlicher und/oder geschäftlicher Vorteile beziehungsweise der Vermeidung persönlicher und/oder geschäftlicher Verluste dient. Dazu zählen beispielsweise die Fälschung und/oder Änderung von Unterlagen und/oder Berichten, Beihilfe zum Betrug, Untreue, vorsätzliche Unterlassungen, Falschdarstellungen, Verschleierung, Täuschung sowie Missbrauch einer Position zur Erlangung persönlicher oder geschäftlicher Vorteile und/oder Verschleierung unsachgemäßer/nicht autorisierter Handlungen.
— Risiko der Geschäftsfortführung ist das Risiko der Entstehung von Verlusten aus Störungen der normalen Geschäftstätigkeit. Hierzu zählen sowohl Störungen der Deutsche Bank-Infrastruktur als auch der Strukturen, die unser Geschäft unterstützen (einschließlich externer Lieferanten), und der Standorte, an denen wir ansässig sind.
— Aufsichtsrechtliches Compliance-Risiko ist das Risiko möglicher aufsichtsrechtlicher Sanktionen gegen unseren Konzern (wie zum Beispiel Restriktionen der Geschäftsaktivitäten, Strafzahlungen oder erhöhte Berichterstattungsanforderungen) sowie finanzieller und/oder Reputationsschäden, die aus der Nichteinhaltung von geltendem Recht, Regelungen und Verordnungen entstehen.
— Risiko der Informationstechnologie (IT-Risiko) ist das Risiko, dass Fehler in unserer Informationstechnologie zu quantifizierbaren Verlusten führen. Diese resultieren aus unzureichender Informationstechnologie und Datenverarbeitung aufgrund ihrer Handhabbarkeit, Exklusivität, Integrität, Steuerbarkeit und Kontinuität.
— Risiko der Informationssicherheit ist das Risiko eines Ereignisses, das unsere betrieblichen Informationen und Informationssysteme inklusive unberechtigter Nutzung, Verlust, Schaden, Offenlegung oder Modifizierung betrieblicher Informationen beeinträchtigen kann. Es beinhaltet das Risiko von Cyberattacken auf unsere Organisation.
— Outsourcingrisiko (Anbieterrisiko) entsteht durch negative Ereignisse und Risikokonzentrationen aus fehlerhafter Anbieterauswahl, unzureichende Kontrollen und Aufsicht über Lieferanten und/oder durch sie in Anspruch genommene Dienste sowie durch andere Einflüsse, die den Anbieter selbst betreffen.
— Treuhanddienstleistungsrisiko ist das Risiko, dass wir bei der Beratung sowie der Investition, Verwaltung und Absicherung der Vermögenswerte von Kunden nicht im Interesse der Kunden handeln, einschließlich des Versäumnisses, fahrlässiges Verhalten und/oder Verstöße gegen treuhänderische Verpflichtungen zu verhindern, zu identifizieren oder zu korrigieren und Interessenkonflikte nicht angemessen zu adressieren, die in der Treuhandbeziehung entstehen können.
— Finanzberichterstattungs-/Erfassungsrisiko ist das Risiko, dass ein Fehler bei der Berichterstattung oder Datenerfassung in den Konzernabschlüssen zu einem operationellen Risiko und möglicherweise zu einem entsprechenden Verlust führen kann.
— Immobilienrisiko oder Infrastrukturrisiko ist das Risiko, infolge einer Beschädigung oder der Nichtnutzbarkeit der Infrastruktur/Gebäude der Bank einen Verlust zu erleiden.
— Mitarbeiterrisiko ist das Risiko, dass Schwachstellen in Prozessen und Verfahren im Zusammenhang mit der Beschäftigung interner Mitarbeiter entweder direkt einen Verlust verursachen oder indirekt zum Eintritt von Ereignissen in anderen Risikokategorien beitragen.

— Risiko im Zusammenhang mit der Einhaltung steuerlicher Vorschriften umfasst operationelle Risikovorfälle bei der Einreichung von Steuererklärungen und anderen steuerbezogenen Aufgaben, wie Steuervoranmeldungen, Steuerprüfungen oder Steuerzahlungen usw.
— Transaktionsabwicklungsrisiko ist das Risiko, dass Schwachstellen bei der Transaktionsabwicklung oder internen Prozessen oder Kontrollen zu Verlusten führen. Das Risiko wird durch Fehler bei manueller Bearbeitung, dem Ausfall von IT-Systemen und einem unangemessenen Prozessaufbau verursacht.

In jeder der oben genannten Risikokategorie können Rechtsrisiken entstehen. Dies liegt darin begründet, dass die Bank in jeder Kategorie Forderungen oder Gerichtsverfahren aufgrund vermeintlicher Verstöße gegen vertragliche, gesetzliche oder aufsichtsrechtliche Verantwortlichkeiten unterliegen kann. Des Weiteren kann sie Verlusten ausgesetzt sein, die mutmaßlich aus sonstigen gesetzlichen oder rechtlichen Umständen resultieren, die für eine der oben genannten Kategorien gelten. Weitere Einzelheiten zu Rückstellungen sind der Anhangangabe 29 „Rückstellungen“ zu entnehmen.

Wir werden im Verlauf des Jahres 2015 auf eine neue Risikotaxonomie migrieren, die nicht finanzielle Risiken wie Transaktionsabwicklungsrisiko, Projekt- und Transformationsrisiko und Reputationsrisiko abdeckt, um den Risikobewertungsprozess zu unterstützen.

Organisationsstruktur

Der Leiter des Operational Risk Management (ORM) ist Vorsitzender des Operational Risk Management Committee (ORMC). Dieses ist ein ständiger Unterausschuss des Risk Executive Committee, dem die Operational Risk Officers unserer Geschäftsbereiche und Infrastrukturfunktionen angehören. Als Hauptentscheidungsgremium ist es verantwortlich für alle Belange des operationellen Risikomanagements.

Die Geschäftsbereiche und Infrastrukturfunktionen sind für die alltägliche Steuerung operationeller Risiken zuständig. Der Bereich ORM steuert bereichs- und regionsübergreifend operationelle Risiken sowie Risikokonzentrationen. Er sorgt dafür, dass die Strategie für das Management operationeller Risiken in der gesamten Bank konsistent angewandt wird. Durch unser Business-Partnership-Modell zielen wir darauf ab, eine enge Überwachung und ein verstärktes Bewusstsein für operationelle Risiken sicherzustellen.

Stärkung der Kontrollen durch „Drei Verteidigungslinien“

Das „Three Lines of Defense-Programm“ ist ein integraler Bestandteil der strategischen Agenda der Deutschen Bank. Es wurde im vierten Quartal 2013 vom Vorstand vor dem Hintergrund verschärfter aufsichtsbehördlicher Vorschriften aufgesetzt. Das Programm baut auf Erfahrungen aus Kontrollschwächen der Vergangenheit auf und zielt darauf ab, die nicht finanzielle Risikosteuerung sowie die Compliance-Kultur der Deutschen Bank in allen Geschäftsbereichen und Infrastrukturfunktionen weiter zu stärken. Das Programm stellt auch die Konsistenz aller Initiativen zur Verbesserung der Kontrollstrukturen in der Bank sicher.

Die Deutsche Bank definiert die „Three Lines of Defense“ wie folgt:

— Zur „ersten Verteidigungslinie“ gehören alle Unternehmensbereiche und ausgewählte Infrastrukturfunktionen. Diese übernehmen die Gesamtverantwortung für sämtliche Risiken und Kontrollen in ihren Geschäftsprozessen.
— Die „zweite Verteidigungslinie“ umfasst alle Kontrollfunktionen wie Risikosteuerung (Risk), Compliance, Recht (Legal), Personal (Human Resources), Finanzen (Finance) und Steuern (Tax). Diese sind für das Rahmenwerk der Richtlinien der Deutschen Bank und eine unabhängige Risikobewertung verantwortlich. Die erste und die zweite Verteidigungslinie sind voneinander unabhängig.
— Die „dritte Verteidigungslinie“ ist die interne Revision (Group Audit). Sie stellt eine unabhängige und objektive Bewertung der Effektivität des Risikomanagements sowie der internen Kontroll- und Governance-Prozesse sicher.

2014 wurden die Risiko- und Kontrollorganisation der Deutschen Bank im Bereich nichtfinanzieller Risiken sowie die zugehörigen Management-Prozesse systematisch überprüft und die folgenden Anpassungen vorgenommen:

— Die Bank hat eine zentrale Kontrolleinheit in jedem Bereich der ersten Verteidigungslinie eingerichtet, um seine Verantwortung für die Steuerung der Kontrollstrukturen zu stärken.
— Die Verantwortlichkeiten für Risiko- und Kontrollen der zweiten Verteidigungslinie wurden entlang eines einheitlichen Risiko- und Kontrollrahmenwerks neu geordnet. Für einzelne Risiken wurden neue Initiativen gestartet, um den Kontrollrahmen der Bank weiter zu stärken.
— Der Risiko- und Kontrollbewertungsansatz wurde zu einem integrierten Rahmenwerk weiterentwickelt, das von allen drei Verteidigungslinien nach einheitlichen Regeln genutzt wird.

Kernthemen für 2015 sind der weitere Aufbau der Kontrollorganisation, die Einführung des verbesserten Bewertungsprozesses für Risiken und Kontrollen sowie eine Stärkung der Kontrollen in allen drei Verteidigungslinien. Dazu gehört auch die Einführung des „Three Lines of Defense“-Modells in den Regionen.

Steuerung unseres operationellen Risikos

Wir steuern das operationelle Risiko nach einem konzernweiten konsistenten Rahmenwerk, mit dem wir unser operationelles Risikoprofil im Vergleich zu unserer Risikotoleranz bestimmen. Wir identifizieren systematisch operationelle Risikothemen und -konzentrationen und legen risikomindernde Maßnahmen und Prioritäten fest. Das globale Rahmenwerk für operationelle Risiken hat für alle in der Definition operationeller Risiken eingeschlossenen Risikoarten Gültigkeit.

Wir wenden zahlreiche Verfahren an, um das breite Spektrum der in der Definition für operationelle Risiken aufgeführten Risiken abzudecken. Diese dienen dem Ziel der effizienten Steuerung des operationellen Risikos in unserer Geschäftstätigkeit und werden zur Identifizierung, Beurteilung und Minderung operationeller Risiken genutzt:

— Die kontinuierliche Erfassung von Verlustereignissen aus operationellen Risiken ist die Voraussetzung für die Steuerung operationeller Risiken einschließlich detaillierter Risikoanalysen, der Definition risikomindernder Maßnahmen und zeitnaher Information an das Senior Management. In unserem „db-Incident Reporting System“ (dbIRS) erfassen wir sämtliche Verluste aus operationellen Risikoereignissen über 10.000 €.
— Der Lessons-Learned-Prozess ist verpflichtend bei Ereignissen und Beinaheverlusten von über 1 Mio € anzuwenden und schließt folgende, jedoch nicht allein hierauf beschränkte Prozessschritte ein:
  — systematische Risikoanalysen einschließlich einer Beschreibung des Geschäftsumfelds, in dem das Ereignis entstanden ist, vorangegangener Ereignisse, Beinaheverluste sowie mit dem Ereignis verbundener Risikoindikatoren (KRI),
  — Betrachtung jeglicher Risikomanagemententscheidungen, die sich auf das spezifische eingegangene Risiko beziehen,
  — Ursachenanalysen,
  — Überprüfung von Kontrollverbesserungen und anderer Handlungen zur Vermeidung oder Minderung möglicher Wiederholungen und
  — Beurteilung der verbleibenden Risikopositionen hinsichtlich operationeller Risiken.
— Der Lessons-Learned-Prozess stellt ein wichtiges Mittel zur Identifizierung inhärenter Risikobereiche und Bestimmung angemessener Maßnahmen zur Risikoreduzierung dar. Sämtliche Korrekturmaßnahmen werden erfasst und deren Implementierung über Maßnahmenpläne in unserem System „dbTrack“ überwacht. Die Durchführung der Maßnahmen wird auf monatlicher Basis über das ORMC an das Senior Management berichtet.
— Wir berücksichtigen systematisch Informationen über externe Verlustereignisse in der Bankenbranche, um zu verhindern, dass vergleichbare Vorfälle bei uns vorkommen, zum Beispiel durch gesonderte tiefgreifende Analysen oder durch Überprüfung des Risikoprofils.

— Zusätzlich zu den internen und externen Verlustinformationen nutzen wir Szenarien, um entsprechende Handlungen abzuleiten. Hierbei handelt es sich um relevante externe Szenarien aus einer öffentlichen Datenbank sowie interne Szenarien. Letztere dienen der Vervollständigung unseres Risikoprofils.
— Auf Konzernebene erstellen wir Berichte über unser operationelles Risikoprofil für die Geschäftsbereiche, für die Länder, in denen wir tätig sind, und für unsere Infrastrukturfunktionen. Diese werden regelmäßig überprüft und mit dem Senior Management der jeweiligen Abteilung besprochen. Durch eine regelmäßige Überprüfung können wir Änderungen im Risikoprofil der Geschäftseinheiten sowie Risikokonzentrationen im Konzern frühzeitig erkennen und entsprechende Korrekturmaßnahmen einleiten.
— Wir bewerten und genehmigen die Auswirkungen, die Änderungen auf unser Risikoprofil haben. Sie sind das Ergebnis von neuen Produkten, Outsourcing-Aktivitäten, strategischen Initiativen sowie Akquisitionen und Veräußerungen.
— Sind die operationellen Risiken identifiziert, ist die Minderung gemäß dem „so niedrig wie wirtschaftlich sinnvoll“-Prinzip erforderlich. Dazu wägen wir Kosten und Nutzen der Risikominderung ab. Darauf folgt die formelle Akzeptanz der operationellen Restrisiken. Risiken, die gegen nationale oder internationale Regularien oder geltendes Recht verstoßen, akzeptieren wir nicht. Sie müssen, sobald sie identifiziert worden sind, abgebaut werden.
— Wir überwachen die Umsetzung von Maßnahmen zur Risikominderung, die mithilfe der Instrumente zur Steuerung operationeller Risiken identifiziert worden sind, mit unserem „dbTrack“-System. Operationelle Restrisiken, die höher als „wichtig“ eingestuft sind, sind durch die das Risiko tragenden Divisionen und das ORMC zu genehmigen.
— In unseren Top-Risiko-Analysen berücksichtigen wir die Ergebnisse der vorgenannten Aktivitäten. Die Top-Risiko-Analysen sind eine wesentliche Grundlage für den jährlichen Strategie- und Planungsprozess für das Management operationeller Risiken. Neben der strategischen und taktischen Planung des Managements operationeller Risiken legen wir Zielgrößen für das Kapital und den erwarteten Verlust fest. Diese überwachen wir regelmäßig im Rahmen einer vierteljährlichen Prognoseerstellung.
— Wir streben eine kontinuierliche Verbesserung des Prozesses zur Bewertung identifizierter Sachverhalte an, um festzustellen, ob diese einen breiter gefassten, gesellschafts- und standortübergreifenden Ansatz erfordern. Wesentliche Feststellungen eines Bereichs werden geprüft, um ihre Relevanz für andere Bereiche der Bank zu bewerten.
— Unser operationelles Risikoprofil überwachen wir mithilfe von KRIs. So können wir unsere Organisation zeitnah vor bevorstehenden Problemen warnen. Mit KRIs beobachten wir die Kontrollkultur sowie das Geschäftsumfeld und veranlassen risikomindernde Maßnahmen. Sie ermöglichen die vorausschauende Steuerung operationeller Risiken durch entsprechende Frühwarnsignale.
— In unserem Self Assessment-(SA)-Prozess, den wir mindestens jährlich und nach einem Bottom-up-Ansatz durchführen, werden Bereiche mit hohem Risikopotenzial ermittelt und Maßnahmen zur Risikominderung festgelegt. Wir halten regelmäßig Risiko-Workshops ab. Diese dienen der Bewertung von spezifischen Risiken für Länder, in denen wir vertreten sind, und lokalen Rechtseinheiten sowie der Einleitung entsprechender Maßnahmen zur Risikominderung.

Zur Ergänzung des globalen Rahmenwerks für operationelle Risiken und zur gezielten Adressierung der einzelnen Risikoarten finden zusätzliche Funktionen, Methoden und Techniken Anwendung, die durch die verantwortlichen Geschäftsbereiche eingeführt wurden. Folgende Verfahren sind darin eingeschlossen, stellen jedoch keine abschließende Auflistung dar:

— Im Bereich Legal wurde 2013 eine neue „Legal Risk Management (LRM)“-Funktion geschaffen. Diese befasst sich ausschließlich mit der Identifizierung und Steuerung von Rechtsrisiken. Über den Zweck der Berichterstattung hinaus werden LRM-Analysen auf unser Kontrollrahmenwerk für Rechtsrisiken angewendet, um eine ausreichende Stabilität, inklusive der Bewertung der Risikotoleranz oder der Behebung wesentlicher Feststellungen (durch neue oder bestehende Initiativen), zu fördern. Darüber hinaus sollen die Analysen sicherstellen, dass Legal den Geschäftsbereichen differenzierte und qualitativ hochwertige Einschätzungen zur Entscheidungsfindung zur Verfügung stellt. Die LRM-Funktion kann Rechtsrisiken durch zahlreiche Maßnahmen proaktiv steuern. Dazu zählen die Entwicklung, Implementierung und Über-

wachung eines jährlichen Programms zur Bewertung von Rechtsrisiken (Annual Legal Risk Assessment Program), die Genehmigung von und die Teilnahme an Portfolioüberprüfungen sowie risikomindernden Plänen, die Steuerung des Legal-Lessons-Learned-Prozesses. Darüber hinaus koordiniert die LRM-Funktion die Rückmeldung der Rechtsabteilung auf das Deutsche Bank „Three Lines of Defense-Programm".

— Im Rahmen des Legal Risk Assessment-Programms können wir sowohl bestehende als auch ehemalige Rechtsrisiken analysieren und insbesondere potenzielle künftige Rechtsfälle („Legal Risk Events") besser einschätzen. Dies erfordert die Mitwirkung der Geschäftsbereiche (vertreten durch den Divisional Control Officer – „DCO") sowie von Legal Advisory, LRM und ORM. Im Rahmen des Programms nehmen die einzelnen Geschäftsbereiche eine Selbsteinschätzung nach vorab definierten Kriterien vor. Eine zweite Einschätzung wird von den zuständigen Legal Advisory-Teams durchgeführt, um die Rechtsrisiken in Bezug auf die Produkte, Aktivitäten und Standorte des jeweiligen Geschäftsbereichs aus globaler Sicht zu identifizieren.
— Der Legal-Lessons-Learned-Prozess ist ein Instrument zur quartalsweisen Identifizierung von sich aus unseren Aktivitäten ergebenden Rechtsrisiken und der Entwicklung angemessener Maßnahmen zur Beseitigung, Reduzierung oder Verhinderung solcher Risiken in der Zukunft. Der Legal-Lessons-Learned-Prozess ist ein rückblickender Prozess, bei dem existierende oder abgeschlossene Fälle mit dem Ziel betrachtet werden, rechtsspezifische Lehren, die aus diesen Fällen gezogen werden können, zu identifizieren und entsprechende Schritte zu unternehmen, die notwendig sind, um daraus rechtsspezifische Lehren zu ziehen. Die Steuerung des Legal-Lessons-Learned-Prozesses liegt in der Verantwortung der LRM-Funktion in Zusammenarbeit mit ORM, DCO und der Rechtsabteilung mittels der entsprechenden Gremien.
— Das aus Outsourcing-Aktivitäten resultierende operationelle Risiko wird im Rahmen des „Vendor Risk Management (VRM)"-Prozesses gesteuert und in der VRM-Datenbank dokumentiert. Das Outsourcingrisiko wird für alle Outsourcing-Vereinbarungen individuell gemäß der Konzernrichtlinie zum Vendor Risk Management und dem Rahmenwerk für operationelle Risiken beurteilt und gesteuert. Eine umfangreiche Governance-Struktur wurde geschaffen, um eine angemessene Risikoeinstufung sicherzustellen.
— Das Betrugsrisiko wird auf Basis des § 25a KWG sowie weiterer rechtlicher und aufsichtsrechtlicher Anforderungen anhand eines risikobasierten Ansatzes gesteuert. Diesem wird durch die Globale Anti-Betrugs-Richtlinie (Global Anti Fraud Policy) und das damit im Zusammenhang stehende Compliance- und Anti-Geldwäsche-Rahmenwerk Rechnung getragen. Im Einklang mit aufsichtsrechtlichen Anforderungen werden regelmäßig globale Risikoeinschätzungen durchgeführt. Im Rahmen der allgemeinen Steuerung operationeller Risiken sind dedizierte Aspekte zur Berücksichtigung von Betrugsrisiken Bestandteil der Self Assessments.
— Die Deutsche Bank steuert ihre Risiken der Geschäftsfortführung über das „Business Continuity Management (BCM)"-Programm, welches Kernabläufe zur Verlagerung oder Wiederherstellung des Geschäftsbetriebs als Reaktion auf Störungen unterschiedlichen Ausmaßes darstellt. Im Rahmen dieses Programms entwickelt, implementiert und pflegt jeder Kerngeschäftsbereich beziehungsweise jede Infrastrukturfunktion Notfallpläne („BC-Pläne"), die zur Sicherstellung kontinuierlicher und zuverlässiger Einsatzfähigkeit in regelmäßigen Abständen getestet werden. Das BCM-Programm definiert Rollen und Verantwortlichkeiten, die in bankweiten Standards dokumentiert sind. Die Einhaltung dieser Standards wird regional durch speziell dafür verantwortliche Business Continuity Teams überwacht. Vierteljährlich wird verpflichtend an das Group Resiliency Committee (Unterausschuss des Group Operating Committee) berichtet. Darüber hinaus werden Schlüsselinformationen der BCM-Kontrollumgebung in KRIs für das allgemeine Management operationeller Risiken genutzt.
— Operationelle Risiken im Rahmen der IT-Risiken werden durch den Bereich Informationstechnologie gesteuert und folgen internationalen Standards für das IT-Management. Anwendungen und IT-Infrastruktur werden regelmäßig erfasst, bewertet und hinsichtlich ihrer Stabilität überwacht. Die zentralen Ergebnisse dieser etablierten Bewertungen und der Kontrollumgebung werden für das Management operationeller Risiken mittels KRIs und Self Assessements verwendet.
— Eine neue Operational Risk Assessment Policy für Change-the-Bank-Prozesse wurde für wichtige System- und Prozessänderungen implementiert. Alle wesentlichen Änderungsinitiativen werden im Rahmen eines integrierten ORM-Rahmenwerks für die Bewertung operationeller Risiken aus Change-the-Bank-Aktivitäten bezüglich operationeller Risiken aus Prozess-/Systemänderungen bewertet. Identifizierte Risiken und risikomindernde Maßnahmen werden wie oben beschrieben im System der Deutschen Bank nachverfolgt.

Obwohl wir ein umfassendes Rahmenwerk zur Steuerung operationeller Risiken einschließlich spezifischer Methoden und Verfahren erarbeitet haben, sind die branchenweiten Verluste aus operationellen Risiken und der damit einhergehende Kapitalbedarf gestiegen. Im Rahmen gemeinsamer Bemühungen um eine fortlaufende Verbesserung des ORM-Rahmenwerks haben wir kürzlich unsere Managementberichterstattung mit den Top-Risiko-Analysen um eine zusätzliche Berichtskomponente erweitert:

Ziel der Top-Risiko-Analyse ist die Identifizierung der wesentlichsten Risiken der Deutschen Bank und der jeweiligen Geschäftsbereiche hinsichtlich der Wahrscheinlichkeit und Schwere von Risiken. Durch die Integration der Berichtskomponente für Top-Risiken in die reguläre globale Managementberichterstattung zu operationellen Risiken wird die Geschäftsführung stärker in den Prozess der Steuerung operationeller Risiken einbezogen und das Portfolio der operationellen Risiken in den Geschäftsbereichen und Regionen, in denen wir agieren, transparenter gemacht. Auf diese Weise können wir eine umfassende globale Berichterstattung sicherstellen. Da darüber hinaus spezifische, auf die Risikobereitschaft der Deutschen Bank ausgerichtete Maßnahmenpläne zur Senkung von Risiken einschließlich Verantwortlichkeiten und Zieldaten vorgehalten werden, bietet das erweiterte ORM-Rahmenwerk der Geschäftsführung der Deutschen Bank eine breitere Grundlage für ihre Entscheidungen über Top-Risiken. Zusätzlich schärft es das Verantwortungsbewusstsein und steigert die Wahrnehmung der Rechenschaftspflicht.

Im Anschluss folgen ausgewählte Beispiele für die Anwendung der Top-Risiko-Analyse und der sich daraus ergebenden Maßnahmen zur Senkung der inhärenten Risiken. Ebenso wie unsere Hauptwettbewerber zählen wir derzeit in Anbetracht der allgemeinen Lage in der Finanzdienstleistungsbranche diejenigen Risiken zu den Top-Risiken, die direkte oder sekundäre Folgen der Finanzkrise sind:

— Ungewissheit hinsichtlich des Abflusses von Geldern im Zusammenhang mit Rechtsstreitigkeiten: In der Vergangenheit angewandte unangemessene und potenziell unangemessene Geschäftspraktiken wurden durch oder im Anschluss an die Krise aufgedeckt oder durch die aufgrund der Krise veränderte Marktstimmung hervorgerufen. Diese führen nun oder könnten in Zukunft zu erheblichen aufsichtsbehördlichen Geldstrafen oder Vergleichen in Klageverfahren, die von den jeweiligen Gegenparteien eingeleitet wurden, führen.
— Change-Agenda aufgrund aufsichtsbehördlicher Anforderungen: Die Fülle unterschiedlicher neuer aufsichtsbehördlicher Anforderungen als Reaktion auf die Finanzkrise hat bei der Deutschen Bank zu einem erheblichen zusätzlichen Arbeitsaufwand und Mehrkosten geführt. Sie könnte bei Nichteinhaltung der Anforderungen jedoch weitere aufsichtsbehördliche Sanktionen nach sich ziehen.
— Durch interne Anforderungen gesteuerte Change-Agenda: Zur Erreichung der Rentabilitätsziele muss die Deutsche Bank die Effizienz verbessern. Zusammen mit den oben genannten Aspekten ergibt sich für die Bank die Notwendigkeit, ihre Portfolios und Geschäftsprozesse neu zu strukturieren und zu straffen. Die jeweiligen Change-Initiativen sind mit potenziellen Übergangsrisiken behaftet oder könnten neue operationelle Risiken aufdecken.

Als Reaktion auf die Herausforderungen der Finanzkrise hat ORM einen Maßnahmenkatalog eingeführt und seine Tools zur Verbesserung der Steuerung operationeller Top-Risiken überarbeitet. In diesem Zusammenhang wurden die organisatorische Stabilität und Risikosteuerungsprozesse optimiert. Nachstehend werden die wichtigsten Projekte beschrieben:

Target Operating Model von Operational Risk Management

Aktuell legen wir die Verantwortlichkeiten für die Steuerung operationeller Risiken im Konzern nach Maßgabe des „Three Lines of Defense-Programms“ neu fest. Wesentliche Änderungen und Verbesserungen im Rahmen des „Three Lines of Defense-Modells“ haben Auswirkungen auf die Rollen und Verantwortlichkeiten der ersten und zweiten Verteidigungslinie, die Risikotaxonomien und die Organisationsstruktur von ORM. Hinsichtlich der Risikotaxonomie übernimmt ORM die Kontrollfunktion der zweiten Verteidigungslinie für die folgenden nicht finanziellen Risikoarten: Transaktionsausführungsrisiko, Projekt- und Transformationsrisiko sowie Reputationsrisiko. Dies wird sich auch in der ORM-Organisationsstruktur niederschlagen.

Self Assessment als Teil des ORM-Target Operating Model

Wir haben ein Projekt zur Überprüfung der Self-Assessment-Prozesse und der Erweiterung der daraus resultierenden Informationen über die qualitative Risikosteuerung eingeleitet. Dadurch werden wichtige Prozesse zur Einschätzung nichtfinanzieller Risiken (zum Beispiel für operationelle, Compliance- und Rechtsrisiken) angepasst, verknüpft und integriert.

Beurteilung operationeller Risiken bei Change-Initiativen

Als Reaktion auf die umfassende Change-Agenda der Bank und ihre inhärenten operationellen Projektrisiken wurde eine spezifische Beurteilung operationeller Risiken vorgenommen. Im Rahmen von kritischen Kontrollinitiativen, das heißt von für den Erfolg des Programms zum Kulturwandel der Deutschen Bank als essentiell geltenden Initiativen, wurde ein spezieller Prozess des internen Kontrollumfelds zur Beurteilung der operationellen Risiken eingeführt. Dieser soll das Ausmaß der mit diesen Initiativen einhergehenden operationellen Risiken für den Konzern ermitteln.

Messung unseres operationellen Risikos

Wir berechnen und messen das aufsichtsrechtliche und Ökonomische Kapital für operationelle Risiken mittels des internen „Advanced Measurement Approach (AMA)“-Modells. Unsere Kapitalberechnung nach dem AMA-Modell basiert auf dem Verlustverteilungsansatz (LDA). Das Risikoprofil (die Verteilung von Verlusthäufigkeit und -höhe) ermitteln wir, indem wir Bruttoverluste aus historischen internen und externen Verlustdaten (Operational Riskdata eXchange Association, Daten des „ORX“-Konsortiums) um direkte Rückerstattungen bereinigen, zusätzliche externe Szenarien aus einer öffentlichen Datenbank (IBM OpData) hinzufügen und um interne Szenariendaten ergänzen. Anschließend werden die Verteilungen von Verlusthäufigkeit und -höhe in einer Monte Carlo-Simulation zusammengeführt, um zu ermitteln, welche potenziellen Verluste über einen Zeithorizont von einem Jahr entstehen könnten. Schließlich werden die risikomindernden Versicherungseffekte auf jeden in der Monte Carlo-Simulation generierten Verlust angewandt. Auf Basis der positiven Effekte aus der Korrelation und Diversifikation wird – unter Einhaltung der aufsichtsrechtlichen Anforderungen – eine Verteilung der Nettoverluste auf Konzernebene ermittelt, die die erwarteten und unerwarteten Verluste abdeckt. Anschließend wird das Kapital den Geschäftsbereichen zugeordnet und sowohl eine qualitative Anpassung als auch der Abzug erwarteter Verluste vorgenommen.

Die qualitative Anpassung (QA) spiegelt die Effektivität und die Performanz der laufenden Steuerung operationeller Risiken durch KRIs und Bewertungszahlen aus Self Assessments wider. Das Geschäftsumfeld und interne Kontrollfaktoren stehen dabei im Mittelpunkt. Die qualitative Anpassung wird als prozentuale Anpassung auf den finalen Kapitalwert angewendet. Durch diesen Ansatz wird die qualitative Anpassung für das Management der Geschäftsbereiche transparent. Diese erhalten eine Rückmeldung über ihr Risikoprofil und den Erfolg bei der Steuerung operationeller Risiken. Die Geschäftsbereiche werden dadurch motiviert, ihr Management operationeller Risiken kontinuierlich zu verbessern.

Der erwartete Verlust (EL) für das operationelle Risiko basiert auf historischen Verlusterfahrungen sowie Expertenmeinungen zu geschäftlichen Veränderungen, die potenzielle Kosten für operationelle Verluste aus der Geschäftstätigkeit kennzeichnen. Soweit der erwartete Verlust in der Planung der Geschäftsbereiche berücksichtigt wurde, wird dieser mit einigen Einschränkungen vom AMA-Kapital abgezogen. Unerwartete Verluste der Geschäftsbereiche (nach QA und EL) werden zusammengefasst, um unser AMA-Kapital zu ermitteln.

Das aufsichtsrechtliche Eigenkapital und das Ökonomische Kapital für operationelle Risiken werden quartalsweise berechnet. Die zugrunde liegenden internen Daten werden zum Beginn des quartalsweisen Produktionszyklus erfasst. Sie unterliegen einem Qualitätssicherungs- sowie Genehmigungsprozess. Daher wird bei der Berechnung der Kapitalkennzahlen die vollständige Historie der internen Verluste der Vorquartale berücksichtigt. Externe Daten werden von den Mitgliedern der Operational Riskdata eXchange Association (ORX) zur Verfügung gestellt und durchlaufen ebenfalls einen Qualitätssicherungs- sowie Genehmigungsprozess. Diese Daten werden frühestens nach sechs Monaten für die Berechnung des Kapitals berücksichtigt. Bei den zusätz-

lichen externen Verlustdaten von IBM OpData (vormals als OpVantage benannt) nutzen wir die zweimal im Jahr verfügbaren Daten (im ersten und dritten Quartal).

Das Ökonomische Kapital wird aus dem 99,98 %-Quantil abgeleitet, den Geschäftsbereichen zugeordnet und zur Performancemessung sowie Ressourcenallokation genutzt. Es bietet einen Anreiz, operationelle Risiken zu steuern und den Ökonomischen Kapitalbedarf zu optimieren. Das aufsichtsrechtliche Kapital für operationelle Risiken basiert auf dem 99,9 %-Quantil. Ökonomisches und aufsichtsrechtliches Kapital werden für einen Zeithorizont von einem Jahr berechnet.

Fortlaufende Weiterentwicklung des Rahmenwerks für die Steuerung des operationellen Risikos

Um das Risikoprofil angemessen widerzuspiegeln, wird unser AMA-Modell fortlaufend validiert und optimiert. Im Zuge der kontinuierlichen Verbesserung und Validierung unseres Modells wurden Modellveränderungen entwickelt, die wir zur Genehmigung bei der BaFin eingereicht haben, und erwarten deren Genehmigung durch die gemeinschaftliche Aufsicht (BaFin und EZB). Diese Veränderungen beinhalten eine verbesserte Methode zur Validierung und Rekalibrierung erwarteter Versicherungsleistungen, Modifizierungen bei der Modellierung der Verlustfrequenz sowie verbesserte Bewertungsmechanismen für die Self-Assessment-Ergebnisse in unserem AMA-Modell.

Wir haben einen zusätzlichen Antrag auf Modellveränderung bei der BaFin eingereicht, um die in unserem AMA-Modell seit 2011 berücksichtigte Sicherheitsmarge auf das Ökonomische Kapital von 1 Mrd € durch eine zukunftsgerichtete, risikosensitivere Komponente zu ersetzen. Diese Modellveränderungen verbessern unseren fortgeschrittenen Messansatz (AMA-Modell) dahingehend, dass unsere „relevanten Verlustdaten“ um die Berücksichtigung von hinreichend wahrscheinlichen Verlusten aus Rechtsstreitigkeiten erweitert werden. Im Ergebnis führt diese Modellveränderung, auch nach Herausnahme der Sicherheitsmarge, zu einem höheren Ökonomischen Kapitalbedarf. Diese hinreichend wahrscheinlichen Verluste aus Rechtsstreitigkeiten, welche aus anhängigen und auch künftigen Rechtsstreitigkeiten resultieren können, werden jedes Quartal überprüft und basieren auf Bewertungen unserer Rechtsexperten.

Obgleich unsere Gespräche mit der gemeinschaftlichen Aufsicht über diese Modellverbesserungen noch andauern, hat die Geschäftsführung beschlossen, die Auswirkungen dieser Änderungen im zweiten Quartal 2014 dann zu berücksichtigen, wenn sie zu einem Anstieg des Kapitalbedarfs gegenüber den derzeit von der BaFin genehmigten Modellen führen.

Unser Stresstestkonzept für das operationelle Risikomanagement

Wir führen regelmäßig und unabhängig vom AMA-Modell Stresstests durch. Damit analysieren wir die Auswirkungen von extremen makroökonomischen Situationen auf das Kapital und die Gewinn- und Verlustrechnung. Im Jahr 2014 hat sich das Operational Risk Management an allen bankweiten Stresstestszenarien beteiligt und die Auswirkungen aus operationellen Risiken auf die verschiedenen Stresslevel beurteilt und eingebracht. Die Auswirkungen aus operationellen Risiken sind in Bezug auf das Kapital für operationelle Risiken als moderat zu betrachten und blieben im erwarteten Bereich.

Unser AMA-Modell Validierungs- und Qualitätssicherungskonzept

Alle Komponenten unseres AMA-Modells, wie Szenarioanalysen, KRIs und Self Assessments sowie der erwartete Verlust und interne Verlustdaten, werden separat und unabhängig validiert. Wir fassen die Ergebnisse in Validierungsberichten zusammen und überwachen die anschließende Behebung identifizierter Verbesserungsmöglichkeiten. Auf diese Weise werden die Methoden kontinuierlich optimiert. Die seit 2013 durchgeführten Validierungen haben Verbesserungsmöglichkeiten bei der Modellierung der Verlustfrequenz im Rahmen unseres AMA-Modells und der Berücksichtigung von hinreichend wahrscheinlichen Verlusten aus Rechtsstreitigkeiten aufgezeigt. Die Ergebnisse dieser Validierung führen zu Modellverbesserungen und zu einem Anstieg des Ökonomischen Kapitals.

AMA-Komponenten, für die Dateneingaben durch die Geschäftsbereiche erforderlich sind, und sich auf das Kapital auswirken, unterziehen wir Qualitätssicherungsprüfungen. Die Daten für die AMA-Komponenten und deren Dokumentation werden kritisch geprüft und bereichsübergreifend verglichen. Auf diese Weise können wir ihre Konsistenz und Eignung für die Kapitalberechnung sicherstellen.

Operationelles Risiko – Risikoprofil

Verluste aus operationellen Risiken pro Verlustkategorie (Gewinn- und Verlustsicht)

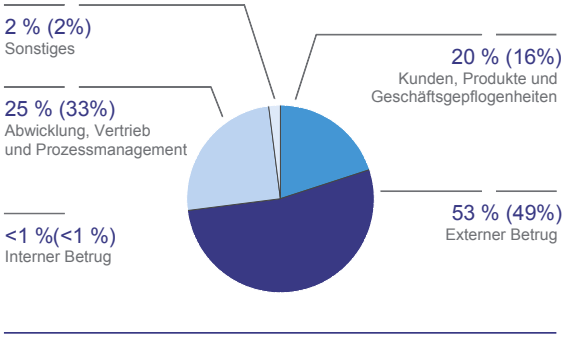
in Mio €	2014	2013[1]
Kunden, Produkte und Geschäftsgepflogenheiten	1.742	2.438
Interner Betrug	498	913
Externer Betrug	20	– 69
Abwicklung, Vertrieb und Prozessmanagement	72	68
Sonstiges	61	32
Insgesamt	**2.393**	3.382

[1] Veränderte 2013 Verlustzahlen aufgrund nachträglicher Verlustbuchungen und Reklassifizierungen.

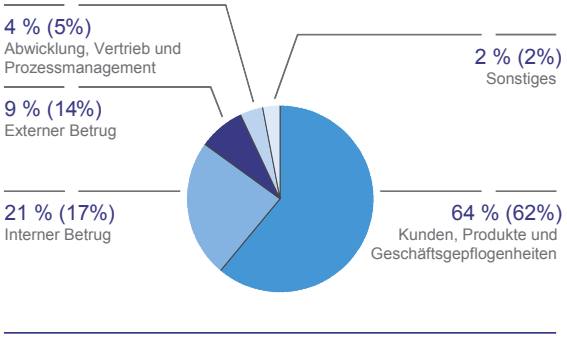
Aus Sicht der Gewinn- und Verlustrechnung ist die Summe aller Verluste aus operationellen Risiken um 1,0 Mrd € oder 29 % niedriger im Vergleich zum Jahresende 2013. Der Rückgang ist hauptsächlich durch die Verlustkategorien Kunden, Produkte und Geschäftsgepflogenheiten sowie Interner Betrug (siehe Abschnitt „Definition des operationellen Risikos – Betrugsrisiko“) aufgrund erzielter Vergleiche und geringerer Rückstellungen für laufende Rechtsstreitigkeiten begründet. Die Zunahme in der Verlustkategorie Externer Betrug wurde durch einen Gewinn aufgrund einer direkten Rückerstattung in 2013 verursacht. Die Verlustkategorie Abwicklung, Vertrieb und Prozessmanagement stagniert auf dem Niveau des Vorjahres. Die Verlustkategorie Sonstiges verzeichnet einen leichten Anstieg.

Operationelle Verluste pro Verlustkategorie, aufgetreten im Zeitraum 2010–2014 (2009–2013)[1]

Anzahl operationeller Verluste (nach Verlusteintrittsdatum)



Verteilung operationeller Verluste (nach Buchungsdatum)



[1] Prozentangabe in Klammern entspricht der Anzahl der Verluste beziehungsweise Summe der gebuchten Verluste im Zeitraum 2009–2013. Verlustanzahl und –betrag können sich nachträglich verändern.

Die Grafik „Anzahl operationeller Verluste“ zeigt die Verlustfrequenz der eingetretenen Verluste der letzten fünf Jahre, das heißt, dass das Datum des Verlusteintritts in diesem Zeitraum war. Ein Verlust, der zum Beispiel in 2002 eingetreten ist und zu einer Buchung eines OR-Verlusts in 2014 führte, würde in der Grafik „Anzahl operationeller Verluste“ fehlen, aber in der Grafik „Verteilung operationeller Verluste“ enthalten sein.

Bei der Betrachtung der Verlustfrequenz dominiert besonders die Verlustkategorie Externer Betrug mit einem Anteil von 53 % aller Verluste. Die Verlustkategorie Abwicklung, Vertrieb und Prozessmanagement hat einen Anteil von 25 %, gefolgt von der Verlustkategorie Kunden, Produkte und Geschäftsgepflogenheiten mit 20 %. Die Summe der verbleibenden Verlustkategorien (Sonstiges) ist mit 2 % konstant. Die Verlustkategorie Interner Betrug trägt verglichen mit 2009 bis 2013 unverändert mit einem Anteil von 0,2 % zu der Verlustfrequenz bei.

In der Grafik rechts oben wird die Verteilung der Verluste aus operationellen Risiken (Gewinn- und Verlustsicht), die in den letzten fünf Jahren gebucht wurden, dargestellt. Die Verlustkategorie Kunden, Produkte und Geschäftsgepflogenheiten hat mit 64 % den größten Anteil an der Gesamtsumme aller Verluste und reflektiert die Häufung von Rechtsstreitigkeiten, Untersuchungen und den damit verbundenen Maßnahmen. Interner Betrug stellt mit 21 % den zweitgrößten Anteil dar und ist durch regulatorische Auseinandersetzungen vergangener Jahre zu begründen. Die Verlustkategorie Externer Betrug ist mit 9 % beziehungsweise Abwicklung, Vertrieb und Prozessmanagement mit 4 % verglichen zu den anderen Verlustkategorien von geringerer Bedeutung.

Ökonomisches Kapital für operationelle Risiken

Ökonomischer Kapitalbedarf für operationelle Risiken pro Division

			Veränderung 2014 gegenüber 2013[1]	
in Mio €	31.12.2014	31.12.2013	in Mio €	in %
Corporate Banking & Securities	3.569	2.453	1.116	45
Private & Business Clients	1.088	803	285	35
Global Transaction Banking	150	96	54	56
Deutsche Asset & Wealth Management	722	580	142	24
Non-Core Operations Unit	2.070	1.320	750	57
Ökonomischer Kapitalbedarf für operationelle Risiken insgesamt	**7.598**	5.253	2.345	45

[1] Die Betragszuordnung für die Unternehmensbereiche wurde an die Struktur zum 31. Dezember 2014 angepasst.

Unser Ökonomischer Kapitalbedarf für operationelle Risiken stieg zum 31. Dezember 2014 auf 7,6 Mrd €. Im Vergleich zum Jahresende 2013 stellt dies einen Anstieg um 2,3 Mrd € oder 45 % dar. Der Anstieg resultiert hauptsächlich aus der frühzeitigen Berücksichtigung der Auswirkungen von Verbesserungen unseres AMA-Modells, die erstmalig im zweiten Quartal 2014 ausgewiesen wurden und initial zu einer Erhöhung des Ökonomischen Kapitals von 1,1 Mrd € führten. Diese aus operationellen Risiken entstandenen Verluste, die zur Erhöhung des Ökonomischen Kapitalbedarfs führten, beruhen weitgehend auf der Häufung von Rechtsstreitigkeiten, Untersuchungen und den damit verbundenen Maßnahmen. Die Erhöhung des Ökonomischen Kapitals verteilt sich über alle Geschäftsbereiche.

Der Ökonomische Kapitalbedarf enthält weiterhin die in unserem AMA-Modell eingebettete Sicherheitsmarge, die im Jahr 2011 zur Deckung unvorhergesehener Haftungsrisiken aus der letzten Finanzkrise implementiert wurde. Die oben genannten Modellverbesserungen beabsichtigen, die Sicherheitsmarge durch ein risikosensitiveres Maß zu ersetzen. Daher wird die über die Sicherheitsmarge hinausgehende Kapitalauswirkung der Modellverbesserungen im Ökonomischen Kapital berücksichtigt. Dies wird auch nach dem Wegfall der Sicherheitsmarge zu einem höheren Ökonomischen Kapital führen.

Aufgabe von Corporate Insurance/Deukona

Die Festlegung unserer Versicherungsstrategie sowie der entsprechenden Konzernrichtlinie und Vorschriften obliegt unserem Expertenteam von Corporate Insurance/Deukona („CI/D“). CI/D ist verantwortlich für die vom Konzernvorstand genehmigte Konzernrichtlinie („Corporate Insurance Policy“).

CI/D ist für den Erwerb von Versicherungsschutz und die Verhandlung von Vertragsbedingungen sowie Versicherungsprämien verantwortlich. Zu den Aufgaben von CI/D gehört darüber hinaus die Zuordnung von Versicherungsprämien zu den Geschäftsbereichen. Mithilfe der Experten von CI/D entwickeln wir Verfahren zur Darstellung des Versicherungsschutzes in den Kapitalberechnungen und ermitteln Parameter, die die aufsichtsrechtlichen Anforderungen widerspiegeln. Sie validieren die in dem AMA-Modell verwendeten Versicherungsparamater und stellen entsprechende Aktualisierungen zur Verfügung. CI/D beteiligt sich aktiv an den Anstrengungen der Branche, den Versicherungseffekt in den Ergebnissen der Kapitalberechnungen zu reflektieren.

Wir erwerben Versicherungsschutz, um uns gegen unerwartete und erhebliche unvorhersehbare Verluste abzusichern. Die Verfahren zur Identifizierung, zur Definition des Ausmaßes und zur Schätzung des Schadens basieren auf den anerkannten Versicherungsbedingungen und -methoden. Die maximale Leistung für ein versichertes Risiko berücksichtigt die Verlässlichkeit des Versicherers und das Kosten-

Nutzen-Verhältnis. Dies gilt besonders für Fälle, in denen Versicherer versuchen, den Versicherungsschutz durch einschränkende/eingrenzende Formulierungen in Versicherungsverträgen und spezifischen Ausschlussklauseln zu reduzieren.

Zum Konzern gehören Versicherungsunternehmen, die sowohl Erst- als auch Rückversicherer sind. Wir berücksichtigen jedoch bei der Modellierung/Berechnung versicherungsbezogener Reduzierungen der Kapitalanforderungen für das operationelle Risiko nur Versicherungsverträge, deren Risiko am externen Markt rückversichert ist.

Im aufsichtsrechtlichen Kapital ist eine Reduzierung für Versicherungsdeckung in Höhe von 564 Mio € per 31. Dezember 2014, verglichen mit 522 Mio € per 31. Dezember 2013, berücksichtigt. Aktuell werden außer Versicherungen keine anderen Risikotransfertechniken im AMA-Modell erfasst.

CI/D wählt die Versicherungspartner strikt gemäß in den CRR festgelegten aufsichtsrechtlichen Anforderungen und auf Basis von Empfehlungen der einschlägigen Fachexperten zur Berücksichtigung von Versicherungen im „fortgeschrittenen Messansatz“ aus. Das Versicherungsportfolio sowie CI/D-Aktivitäten werden von Group Audit anhand eines risikobasierten Ansatzes geprüft.

Liquiditätsrisiko

Liquiditätsrisiko ist das Risiko, das aus unserem potenziellen Unvermögen entsteht, alle Zahlungsverpflichtungen bei Fälligkeit zu erfüllen, oder unseren Zahlungsverpflichtungen nur zu überhöhten Kosten nachkommen zu können.

Unser Konzept für das Liquiditätsrisikomanagement spielte eine wichtige Rolle für die Erhaltung adäquater Liquidität und die Steuerung unseres Refinanzierungsprofils in 2014.

Konzept des Liquiditätsrisikomanagements

Der Vorstand legt die Liquiditätsstrategie, insbesondere die Risikotoleranz für Liquiditätsrisiken, basierend auf Empfehlungen des Capital and Risk Committee, fest. Der Vorstand überprüft und genehmigt mindestens einmal jährlich die konzernweiten Limite zur Messung und Steuerung des Liquiditätsrisikos sowie den langfristigen Refinanzierungs- und Emissionsplan der Bank.

Unsere Treasury-Funktion ist für die Steuerung der Liquiditäts- und Refinanzierungsrisiken der Deutschen Bank weltweit verantwortlich, wie in der Liquiditätsrisikostrategie definiert. Unser Konzept des Liquiditätsrisikomanagements ist zur Identifizierung, Bemessung und Steuerung unserer Liquiditätsrisikoposition vorgesehen. Liquidity Risk Control ist für das interne Reporting unserer Liquiditäts- und Refinanzierungslage auf globaler und lokaler Basis verantwortlich, die mindestens wöchentlich im Rahmen der Liquidity Scorecard an den Vorstand berichtet wird. Zusätzlich ist Liquidity Risk Control für die Überwachung und die Validierung des Konzepts des Liquiditätsrisikos zuständig. Dies beinhaltet die unabhängige Validierung sowohl aller Liquiditätsrisikomodelle als auch die Überprüfung und Back-Testing der Limite. Unser Liquiditätsrisikomanagement beginnt mit der Vorhersage der innertäglichen Zahlungen und der Sicherstellung unseres Zugangs zu Zentralbanken. Es umfasst im Weiteren das taktische Liquiditätsrisikomanagement, das sich mit dem Zugang zu den besicherten und unbesicherten Finanzierungsquellen beschäftigt. Schließlich beinhaltet die strategische Komponente die Erstellung eines Fälligkeitsprofils sämtlicher Aktiva und Passiva in unserer Bilanz (Liquiditätsablaufbilanz) sowie die Festlegung unserer Emissionsstrategie.

Unser Cashflow-bezogenes Reportingsystem liefert tägliche Liquiditätsrisikoinformationen an das globale und lokale Management.

Stresstests und Szenarioanalysen spielen in unserem Konzept des Liquiditätsrisikomanagements eine zentrale Rolle. Hierzu gehört auch eine Bewertung der Liquidität der Aktiva, das heißt die Eigenschaften unserer Vermögenswerte unter verschiedenen Stressszenarien sowie der Finanzierungsbedarf aus bedingten außerbilanziellen Zahlungsverpflichtungen. Tägliche Stresstestergebnisse werden genutzt, um die anhaltende Übereinstimmung mit der Liquiditätsrisikotoleranz des Vorstands zu überwachen. Des Weiteren werden unsere kurzfristigen Profil-Limite für Wholesale-Refinanzierung (sowohl für unbesicherte als auch für besicherte), die ein entscheidendes Werkzeug des Liquiditätsrisikokonzepts darstellen, gegen die Stresstestergebnisse auf einer monatlichen Basis kalibriert.

Kurzfristige Liquidität und Refinanzierung über den Wholesale-Markt

Unser konzernweites Reportingsystem verfolgt alle vertraglichen Cashflows aus der Refinanzierung über den Wholesale-Markt auf täglicher Basis über eine Zeitspanne von zwölf Monaten. Als Refinanzierung aus dem Wholesale-Markt betrachten wir zu diesem Zweck unsere unbesicherten Verbindlichkeiten, die in erster Linie durch unsere „Global Liquidity Management"-Abteilung erbracht wurden sowie unsere besicherten Verbindlichkeiten, die in erster Linie durch unsere Global Liquidity Management- und Equities-Geschäftsbereiche erbracht wurden. Derartige Verbindlichkeiten kommen vorrangig von Unternehmen, Banken und anderen Finanzinstituten, Regierungen und Staaten. Die Profil-Limite für eine Refinanzierung über den Wholesale-Markt, die von unseren monatlichen Stresstestergebnissen abgeleitet und vom Vorstand genehmigt werden, stellen unsere maximale Toleranz für Liquiditätsrisiko dar. Die Limite für eine Refinanzierung über den Wholesale-Markt werden auf die globalen Nettoabflüsse sowie das Gesamtvolumen der unbesicherten Wholesale-Refinanzierung angewandt und täglich überwacht. Unsere Liquiditätsreserven stellen die primäre Absicherung gegen Stress auf den kurzfristigen Wholesale-Refinanzierungsmärkten dar. Auf Einzelgesellschaftsebene können, wo es zweckmäßig und angemessen erscheint, Liquiditätsabflusslimite über ein breites Spektrum an Cashflows gesetzt werden.

Refinanzierung und Kapitalmarktemissionen

2014 war ein relativ freundliches Jahr für Bankenkredite und Refinanzierungskonditionen, was auch durch die Entwicklung des iTraxx Senior Financial Index belegt wird, der seinen Höhepunkt bei 106 Basispunkten im Januar hatte, im ersten Quartal durchschnittlich bei 92 Basispunkten und im zweiten Quartal bei 75 Basispunkten und am Jahresende bei 69 Basispunkten stand. Der fünfjährige Deutsche Bank-CDS wurde in der Spanne zwischen 58 und 102 Basispunkten gehandelt und erreichte seinen Höchststand im Februar. Seitdem ist der Risikoaufschlag gefallen und der CDS wurde zum Jahresende in der Mitte dieser Spanne gehandelt. Die Aufschläge auf unsere Anleihen wiesen eine ähnliche Volatilität auf. Unsere neunjährige Euro-Benchmarkanleihe (Coupon von 2,375 %, Fälligkeit im Januar 2023) wurde zum Beispiel in der Spanne zwischen 27 und 60 Basispunkten gehandelt und schloss das Jahr nahe ihrem Jahres-Tiefstkurs.

Unser Refinanzierungsplan für 2014 in Höhe von bis zu 35 Mrd €, der Eigenemissionen mit einer Ursprungslaufzeit von mehr als einem Jahr umfasst, wurde vollständig erfüllt und wir haben das Jahr 2014 mit einem Refinanzierungsvolumen von 44,1 Mrd € beendet. Die Übererfüllung von 9,1 Mrd € stellt eine Vorfinanzierung für 2015 dar. Die Refinanzierung verteilte sich hauptsächlich auf die folgenden Finanzierungsquellen: Emission unbesicherter Benchmarkanleihen (17,1 Mrd €), zusätzliches Ergänzungskapital Benchmarkanleihen (4,8 Mrd €), unbesicherte Emissionen an Privatkunden (9,8 Mrd €) und unbesicherte und besicherte Privatplatzierungen (12,3 Mrd €). Der wesentliche Teil des Gesamtemissionsvolumens von 44,1 Mrd € wurde in US-Dollar emittiert (22,2 Mrd €). Darüber hinaus haben wir 17,8 Mrd € in Euro und kleine Beträge in JPY und GBP emittiert. Zusätzlich zu den direkten Emissionen nutzen wir langfristige Währungsswaps, um unseren Refinanzierungsbedarf außerhalb des Euro zu steuern. Unsere Investorenbasis umfasst Privatkunden (25 %), Banken (19 %), Vermögensverwalter und Pensionsfonds (29 %), Versicherungen (6 %) und andere Investoren einschließlich institutioneller Investoren (21 %). Aus geografischer Sicht teilte sich die Investorenbasis auf Deutschland (19 %), das restliche Europa (29 %), die USA (29 %), die Region Asien/Pazifik (16 %) und andere Länder (6 %) auf. Von unseren zum 31. Dezember 2014 ausstehenden Kapitalmarktemissionen wurden etwa 85 % auf unbesicherter Basis emittiert.

Der durchschnittliche Risikoaufschlag für unsere Emissionen über dem relevanten variablen Index (zum Beispiel Libor) betrug für das gesamte Jahr 45 Basispunkte bei einer durchschnittlichen Laufzeit von 4,8 Jahren. Unsere Emissionsaktivitäten waren im ersten Halbjahr höher, mit einem sich reduzierenden Volumen im zweiten Halbjahr des Jahres 2014. In den einzelnen Quartalen haben wir die folgenden Volumina emittiert: 8,5 Mrd €, 16,3 Mrd €, 11,4 Mrd € und 7,9 Mrd €.

Für 2015 gehen wir in der Grundannahme von einem Refinanzierungsplan von 30 bis 35 Mrd € aus. Wir planen, diesen über die oben genannten Quellen zu erfüllen, ohne dabei von einer Quelle übermäßig abhängig zu sein. Des Weiteren planen wir einen Teil dieser Refinanzierung in US-Dollar aufzunehmen und Währungsswaps abzuschließen, um den verbleibenden Finanzierungsbedarf abzudecken. Unsere gesamten Kapitalmarktfälligkeiten, ohne rechtlich ausübbare Kaufoptionen, belaufen sich 2015 auf rund 22 Mrd €.

Informationen über das Fälligkeitenprofil unserer Wholesale-Refinanzierung und Kapitalmarktemissionen stehen in der Tabelle auf Seite 240.

Diversifizierung der Finanzierungsmittel

Die Diversifizierung unseres Refinanzierungsprofils nach Anlegerkategorien, Regionen, Produkten und Instrumenten ist ein wesentlicher Bestandteil unseres Konzepts des Liquiditätsrisikomanagements. Unsere stabilsten Refinanzierungsmittel stammen aus Kapitalmarktemissionen und Eigenkapital sowie von Privat- und Transaktionsbankkunden. Andere Kundeneinlagen sowie die Geldaufnahmen von Wholesale-Kunden sind weitere Finanzierungsquellen. Die unbesicherte Wholesale-Refinanzierung repräsentiert unbesicherte Wholesale-Verbindlichkeiten, die in erster Linie durch unseren Geschäftsbereich Global Liquidity Management aufgenommen wurden. Aufgrund der Kurzfristigkeit dieser Verbindlichkeiten werden diese primär zur Refinanzierung von Barsalden und liquiden Handelsbeständen genutzt.

Um eine zusätzliche Diversifizierung unserer Refinanzierungsmittel sicherzustellen, besitzen wir eine Pfandbrieflizenz, die uns die Emission von Hypothekenpfandbriefen ermöglicht.

In 2014 haben wir unser Gesamtrefinanzierungsvolumen im Einklang mit dem allgemeinen Verschuldungsabbau in der Bilanz reduziert. Die gesamte externe Refinanzierung ging über das gesamte Jahr um 64 Mrd € (6,5 %) zurück, wovon der größte Teil auf unser CB&S-Geschäft entfiel, insbesondere aus der besicherten Refinanzierung und Shortpositionen um 69 Mrd € (46 %), sonstigen Kunden um 23 Mrd € (24 %) und aus der unbesicherten Wholesale-Refinanzierung um 19 Mrd € (26 %). Wir hatten ebenfalls kleinere Rückgänge bei den Finanzierungsvehikeln (7 Mrd €, 37 %). Diese Rückgänge haben die Zuwächse in Kapitalmarktemissionen und Eigenkapital (29 Mrd €, 16 %), Privatkunden (19 Mrd €, 7 %) und Transaktionsbankkunden (6 Mrd €, 4 %) mehr als überkompensiert. Der Gesamtanteil der stabilsten Refinanzierungsquellen (bestehend aus Kapitalmarktemissionen und Eigenkapital, Privatkunden und Transaktionsbankkunden) stieg von 66 % auf 76 % an.

Die unbesicherte Wholesale-Refinanzierung umfasst eine Bandbreite von unbesicherten Produkten wie zum Beispiel Certificates of Deposits (CDs), Commercial Paper sowie Termin-, Call- und Tagesgelder, weitestgehend mit Laufzeiten bis zu einem Jahr. Forderungsgedeckte Geldmarktpapiere (ABCP), die durch Conduits emittiert werden, sind innerhalb der Finanzierungsvehikel enthalten.

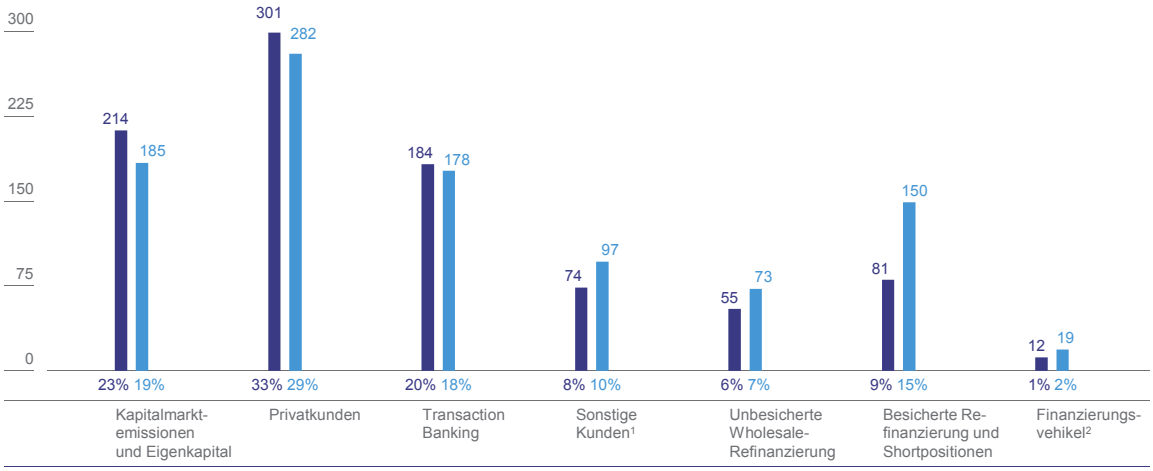
Das Gesamtvolumen unserer unbesicherten Wholesale-Refinanzierung und der besicherten Refinanzierung schwankte zwischen den Berichtszeiträumen basierend auf unseren zugrunde liegenden Geschäftsaktivitäten. Die Schwankungen sind abhängig von kundenbezogenen Wertpapierfinanzierungsgeschäften sowie von Veränderungen im liquiden Handelsbestand zwischen den Quartalsenden.

Um eine ungewollte Abhängigkeit von diesen kurzfristigen Refinanzierungsquellen zu vermeiden und ein gesundes Refinanzierungsprofil am kurzen Ende zu fördern, das im Einklang mit der festgelegten Risikotoleranz steht, haben wir Limitstrukturen (über die Zeitachse) für diese Finanzierungsquellen implementiert, die aus unserer monatlichen Stresstestanalye abgeleitet sind. Darüber hinaus haben wir ein Limit für das Gesamtvolumen der unbesicherten Wholesale-Refinanzierung definiert, um die Abhängigkeit von dieser Finanzierungsquelle im Rahmen der Diversifizierung der Finanzierungsquellen zu steuern.

Die folgende Grafik zeigt die Zusammensetzung unserer externen Refinanzierungsquellen, die zu unserer Liquiditätsrisikoposition beitrugen. Sie sind in Mrd € sowie als prozentualer Anteil an den gesamten externen Finanzierungsquellen dargestellt.

Zusammensetzung externer Finanzierungsquellen

in Mrd €



[1] „Sonstige Kunden“ enthält treuhänderische, sich selbst finanzierende Strukturen (zum Beispiel X-Markets), Margen/Barguthaben aus dem Prime-Brokerage-Geschäft (netto).
[2] Enthält ABCP-Conduits.
Hinweis: Abgleich zur Bilanzsumme: Derivate und Abwicklungssalden 660 Mrd € (524 Mrd €), Aufrechnungseffekte für Margin- und Prime-Brokerage-Barsalden (auf Nettobasis) 75 Mrd € (50 Mrd €), sonstige nicht der Refinanzierung dienende Verbindlichkeiten 54 Mrd € (55 Mrd €), jeweils zum 31. Dezember 2014 und 31. Dezember 2013; Beträge können aufgrund von Rundungen Summenabweichungen ergeben.

Die folgende Tabelle zeigt die vertraglichen Fälligkeiten unserer kurzfristigen Wholesale-Refinanzierungen (einschließlich unbesicherter Wholesale-Refinanzierung plus forderungsgedeckte Geldmarktpapiere) sowie unserer Kapitalmarktemissionen.

Fälligkeiten von unbesicherter Wholesale-Refinanzierung, ABCP und Kapitalmarktemissionen[1]

31.12.2014

in Mio €	Nicht mehr als 1 Monat	Mehr als 1 Monat, aber nicht mehr als 3 Monate	Mehr als 3 Monate, aber nicht mehr als 6 Monate	Mehr als 6 Monate, aber nicht mehr als 1 Jahr	Zwischensumme weniger als 1 Jahr	Mehr als 1 Jahr, aber nicht mehr als 2 Jahre	Mehr als 2 Jahre	Insgesamt
Einlagen von Banken	7.816	5.373	7.930	2.541	23.661	42	350	24.053
Einlagen von sonstigen Wholesale-Kunden	2.828	1.569	2.979	2.387	9.763	306	404	10.473
CDs und CP	1.747	4.629	8.080	5.623	20.080	20	28	20.128
ABCP	2.849	233	0	0	3.082	0	0	3.082
Vorrangige unbesicherte Verbindlichkeiten	756	2.823	4.589	4.978	13.145	12.904	40.031	66.080
Vorrangige unbesicherte strukturierte Verbindlichkeiten	528	1.721	2.384	3.655	8.288	3.698	22.242	34.227
Besicherte Schuldverschreibungen	0	11	1.223	458	1.693	1.701	20.325	23.719
Nachrangige Verbindlichkeiten	636	2.352	1.772	799	5.559	537	9.889	15.985
Sonstige	0	0	0	166	166	13	131	310
Insgesamt[2]	17.161	18.711	28.958	20.607	85.437	19.220	93.401	198.057
davon:								
Besichert	2.849	244	1.223	458	4.775	1.701	20.325	26.801
Unbesichert	14.311	18.467	27.735	20.149	80.662	17.519	73.076	171.256

[1] Ohne zusätzliche AT1-Anleihen, die als zusätzliche Eigenkapitalbestandteile in der Bilanz ausgewiesen werden.
[2] Verbindlichkeiten mit Kündigungsrechten werden mit ihrem rechtlich frühestmöglichen Kündigungstermin eingestellt. Über die Eintrittswahrscheinlichkeit einer derartigen Kündigung werden keine Annahmen getroffen.

Das Gesamtvolumen der innerhalb eines Jahres fällig werdenden unbesicherten Wholesale-Verbindlichkeiten, ABCP und Kapitalmarktemissionen in Höhe von 85 Mrd € zum 31. Dezember 2014 sollte im Zusammenhang mit unseren gesamten Liquiditätsreserven von 184 Mrd € betrachtet werden. Die Reduktion des Volumens um 26 Mrd € der Fälligkeiten innerhalb eines Jahres ist hauptsächlich getrieben durch unseren allgemeinen Verschuldungsabbau in der Bilanz.

31.12.2013

in Mio €	Nicht mehr als 1 Monat	Mehr als 1 Monat, aber nicht mehr als 3 Monate	Mehr als 3 Monate, aber nicht mehr als 6 Monate	Mehr als 6 Monate, aber nicht mehr als 1 Jahr	Zwischensumme weniger als 1 Jahr	Mehr als 1 Jahr, aber nicht mehr als 2 Jahre	Mehr als 2 Jahre	Insgesamt
Einlagen von Banken	14.446	5.704	5.536	1.350	27.035	9	148	27.192
Einlagen von sonstigen Wholesale-Kunden	5.589	4.419	861	259	11.127	129	128	11.384
CDs und CP	4.819	19.135	7.188	3.646	34.789	31	14	34.834
ABCP	5.221	4.833	541	0	10.596	0	0	10.596
Vorrangige unbesicherte Verbindlichkeiten	2.364	1.632	3.203	3.561	10.760	10.014	32.851	53.625
Vorrangige unbesicherte strukturierte Verbindlichkeiten	470	1.566	1.257	3.585	6.877	4.312	19.746	30.935
Besicherte Schuldverschreibungen	149	1.208	113	1.660	3.130	1.677	20.457	25.263
Nachrangige Verbindlichkeiten	255	4.527	1.137	670	6.588	2.511	10.948	20.048
Sonstige	70	21	6	0	97	0	76	173
Insgesamt[1]	33.382	43.046	19.841	14.730	110.999	18.683	84.368	214.050
davon:								
Besichert	5.370	6.042	654	1.660	13.726	1.677	20.457	35.859
Unbesichert	28.012	37.004	19.187	13.070	97.274	17.006	63.911	178.190

[1] Verbindlichkeiten mit Kündigungsrechten werden mit ihrem rechtlich frühestmöglichen Kündigungstermin eingestellt. Über die Eintrittswahrscheinlichkeit einer derartigen Kündigung werden keine Annahmen getroffen.

Die folgende Tabelle zeigt den Währungsaufriss unserer kurzfristigen unbesicherten Wholesale-Refinanzierungen, unserer ABCP-Refinanzierung und unserer Kapitalmarktemissionen.

Währungsaufriss der unbesicherten Wholesale-Refinanzierung, ABCP und der Kapitalmarktemissionen

	31.12.2014					31.12.2013				
in Mio €	in EUR	in USD	in GBP	in anderen Währungen	Insgesamt	in EUR	in USD	in GBP	in anderen Währungen	Insgesamt
Einlagen von Banken	6.123	15.738	284	1.907	24.053	2.630	19.453	1.516	3.592	27.192
Einlagen von sonstigen Wholesale-Kunden	3.379	4.621	800	1.673	10.473	2.177	6.413	667	2.127	11.384
CDs und CP	13.572	3.216	1.655	1.685	20.128	6.291	22.467	4.394	1.682	34.834
ABCP	312	2.674	96	0	3.082	1.245	8.132	1.219	0	10.596
Vorrangige unbesicherte Verbindlichkeiten	43.498	16.923	378	5.282	66.080	39.500	8.676	1.794	3.656	53.625
Vorrangige unbesicherte strukturierte Verbindlichkeiten	12.136	16.884	168	5.038	34.227	13.381	12.072	164	5.319	30.935
Besicherte Schuldverschreibungen	23.653	66	0	0	23.719	25.263	0	0	0	25.263
Nachrangige Verbindlichkeiten	7.632	7.376	590	388	15.985	11.264	8.028	176	579	20.048
Sonstige	72	218	0	20	310	72	2	2	97	173
Insgesamt	**110.377**	**67.715**	**3.972**	**15.993**	**198.057**	101.823	85.243	9.932	17.052	214.050
davon:										
Besichert	23.965	2.740	96	0	26.801	26.508	8.132	1.219	0	35.859
Unbesichert	86.412	64.975	3.876	15.993	171.256	75.314	77.111	8.713	17.052	178.190

Liquiditätsablaufbilanz

Zur Erstellung eines Fälligkeitsprofils (Liquiditätsablaufbilanz) ordnen wir alle für das Refinanzierungsprofil relevanten Aktiva und Passiva, entsprechend ihren ökonomischen Fälligkeiten, Laufzeitbändern zu. Die Liquiditätsablaufbilanz wird sowohl auf einer währungsübergreifenden Basis als auch für ausgewählte Währungen und juristische Einheiten erstellt. Da Handelsaktiva in der Regel liquider sind, als ihre vertragliche Laufzeit erkennen lässt, legen wir individuelle Liquiditätsprofile fest, die deren relativen Liquiditätswert zeigen. Aktiva und Passiva aus dem Privatkundengeschäft (Hypothekendarlehen und Privatkundeneinlagen), die üblicherweise unabhängig von den geltenden Kapitalmarktbedingungen erneuert oder verlängert werden, ordnen wir entsprechend ihrer erwarteten Prolongation bestimmten Zeitbändern zu. Wholesale-Bankprodukte stellen wir entsprechend ihren vertraglichen Laufzeiten ein.

Die Liquiditätsablaufbilanz zeigt für jedes Laufzeitband einen Überschuss beziehungsweise eine Unterdeckung an Finanzierungsmitteln und ermöglicht die Steuerung offener Liquiditätspositionen. Die Liquiditätsablaufbilanz bildet zusammen mit dem Prozess zur Erstellung der strategischen Liquiditätsplanung, die das Angebot und die Nachfrage nach Refinanzierungsmitteln über alle Geschäftsbereiche hinweg prognostiziert, die Grundlage für unseren jährlichen Emissionsplan. Nach Genehmigung durch den Vorstand legt der Emissionsplan die Emissionsziele für Wertpapiere nach Laufzeit, Volumen und Instrument fest. Wir haben eine spezielle Risikotoleranz für unsere US-Dollar-Liquiditätsablaufbilanz eingeführt, welche als Grenze in der maximalen Unterdeckung für jedes Laufzeitenband 10 Mrd € festlegt (> 1 Jahr bis zu > 10 Jahre). Dies ergänzt die Risikotoleranz für unsere währungsübergreifende Liquiditätsablaufbilanz, die es erfordert, eine positive Liquiditätsposition in jedem Laufzeitenband (> 1 Jahr bis zu > 10 Jahre) vorzuhalten. Beide Liquiditätsablaufbilanzen waren innerhalb der entsprechenden Risikotoleranzen per Jahresende 2014 sowie 2013.

Transfer Pricing

Wir unterhalten ein globales Konzept für Verrechnungspreise, das für alle Geschäftsbereiche und Regionen bindend ist und sicherstellt, dass die Preise (i) für Aktiva im Einklang mit deren zugrunde liegendem Liquiditätsrisiko stehen, (ii) Passiva im Einklang mit deren Liquiditätswert und Refinanzierungslaufzeit stehen und (iii) bedingte Zahlungsverpflichtungen im Einklang mit den Kosten für die Bereitstellung ausreichender Liquiditätsreserven gestellt werden, die zur Abdeckung unerwarteter Zahlungsrisiken benötigt werden.

In diesem Konzept für Verrechnungspreise allokieren wir die Refinanzierungs- und Liquiditätsrisikokosten und -nutzen an alle Geschäftsbereiche auf Basis von Marktsätzen, die die ökonomischen Kosten für Liquidität für die Bank widerspiegeln. Treasury kann zusätzliche finanzielle Anreize im Rahmen der Liquiditätsrisikorichtlinien der Bank setzen. Zusätzlich spiegelt das Konzept für Verrechnungspreise der Deutschen Bank regulatorische Grundsätze und Leitlinien wider. Während das Konzept für Verrechnungspreise eine gewissenhafte konzernweite Zuordnung der Refinanzierungskosten der Deutschen Bank zu den Nutzern der Liquidität sicherstellt, schafft es zusätzlich einen anreizbasierten Vergütungsrahmen für die Geschäftsbereiche, langfristige, stabile und stresskonforme Refinanzierung zu generieren. Refinanzierungsrelevante Geschäfte unterliegen einem (laufzeitenabhängigen) Liquiditätsverrechnungspreis und/oder anderen Transferpreismechanismen in Abhängigkeit von Marktbedingungen. Die Liquiditätsprämien werden von Treasury festgelegt und in einem Treasury-Liquiditätskonto ausgewiesen, das die aggregierten Liquiditätskosten widerspiegelt. Die Steuerung und Allokation der Kostenbasis des Liquiditätskontos ist die wichtigste Stellgröße für die Verrechnung unserer Refinanzierungskosten.

Liquiditätsreserven

Die Liquiditätsreserven beinhalten verfügbare Barmittel und Barmitteläquivalente, hochliquide Wertpapiere (inklusive Staaten, staatlichen Einrichtungen und staatlich garantierten Wertpapieren) sowie weitere unbelastete und zentralbankfähige Vermögenswerte.

Das Volumen unserer Liquiditätsreserve ist eine Funktion des erwarteten monatlichen Stresstestergebnisses, sowohl auf einer aggregierten als auch auf einer individuellen Währungsebene. Wenn wir zunehmend kurzfristige Wholesale-Verbindlichkeiten erhalten, die einen hohen Liquiditätsabfluss unter Stress mit sich bringen, so werden wir diese Liquidität zur Absicherung überwiegend in Barmitteln oder hochliquiden Wertpapieren halten. Somit schwankt das Gesamtvolumen unserer Liquiditätsreserven in Abhängigkeit von den erhaltenen kurzfristigen Wholesale-Verbindlichkeiten, obwohl dies keine materiellen Auswirkungen auf unsere Gesamtliquiditätsposition unter Stress hat. Unsere Liquiditätsreserven beinhalten nur Aktiva, die innerhalb des Konzerns frei übertragbar sind oder zur Schließung von Liquiditätsabflüssen in lokalen Geschäftseinheiten verwendet werden können. Die überwiegende Mehrheit unserer Liquiditätsreserven wird zentral auf Konzernebene oder in unseren ausländischen Niederlassungen gehalten. An wichtigen Standorten werden weitere Reserven gehalten. Wir halten unsere Reserven in den wichtigsten Währungen. Ihre Größe und Zusammensetzung unterliegt einer regelmäßigen Überprüfung durch das Senior Management. Neben den unten aufgeführten Liquiditätsreserven halten wir Liquiditätsreserven in Höhe von 32 Mrd €, die die lokalen Abflüsse in Stresssituationen übersteigen. Diese werden weiterhin in Gesellschaften gehalten, die Übertragungseinschränkungen aufgrund entsprechender lokaler Kreditanforderungen oder ähnlichen aufsichtsrechtlichen Restriktionen unterliegen. Daher berücksichtigen wir diese Beträge nicht bei der Berechnung unserer frei übertragbaren Liquiditätsreserven.

Zusammensetzung unserer frei übertragbaren Liquiditätsreserven nach Muttergesellschaft (inklusive Zweigstellen) und Tochtergesellschaften.

	31.12.2014		31.12.2013	
in Mrd €	Buchwert	Liquiditätswert	Buchwert	Liquiditätswert
Verfügbare Barsalden und Äquivalente (vorwiegend bei Zentralbanken)	65	65	78	77
Muttergesellschaft (inklusive Zweigstellen)	54	54	68	67
Tochtergesellschaften	11	11	10	10
Hochliquide Wertpapiere (enthält Staatsanleihen, von Staaten garantierte Anleihen und Anleihen staatlicher Einrichtungen)	103	96	95	89
Muttergesellschaft (inklusive Zweigstellen)	81	75	71	67
Tochtergesellschaften	23	20	24	22
Sonstige unbelastete zentralbankfähige Wertpapiere	16	11	23	17
Muttergesellschaft (inklusive Zweigstellen)	14	10	17	13
Tochtergesellschaften	2	1	6	4
Gesamte Liquiditätsreserven	**184**	**171**	196	183
Muttergesellschaft (inklusive Zweigstellen)	149	139	156	147
Tochtergesellschaften	35	32	41	36

Am 31. Dezember 2014 beliefen sich unsere frei übertragbaren Liquiditätsreserven auf 184 Mrd € im Vergleich zu 196 Mrd € am 31. Dezember 2013. Die Hauptursache für diesen Rückgang um 12 Mrd € in 2014 war die Reduzierung unserer unbesicherten Wholesale-Refinanzierung um 19 Mrd € während des Jahres zusammen mit Rückgängen in anderen Refinanzierungsquellen. Unsere Liquiditätsreserven betrugen im Berichtsjahr durchschnittlich 190 Mrd € gegenüber 216 Mrd € in 2013. Die obige Tabelle zeigt den Buchwert für den Bilanzwert unserer Liquiditätsreserven, während der Liquiditätswert unsere Schätzung des Werts widerspiegelt, der vor allem durch besicherte Refinanzierungen erzielt werden könnte. Dabei werden die Entwicklungen an den Märkten für besicherte Refinanzierungen in Stressperioden berücksichtigt.

Stresstests und Szenarioanalysen

Wir verwenden Stresstests und Szenarioanalysen, um den Einfluss von plötzlich auftretenden und schwer wiegenden Stressereignissen auf unsere Liquiditätsposition zu untersuchen. Die Szenarien, die wir anwenden, beruhen auf historischen Ereignissen wie dem Börsencrash des Jahres 1987, dem US-amerikanischen Liquiditätsengpass von 1990 und den Terrorangriffen des 11. September 2001, auf Fallstudien von Liquiditätskrisen und auf hypothetischen Modellen sowie den Erfahrungen aus der letzten Finanzmarktkrise.

Sie beinhalten eine länger anhaltende Dysfunktionalität des Geldmarkts und ein Einfrieren der besichterten Refinanzierungsmärkte, die Ablehnung von Sicherheiten, eine eingeschränkte Fungibilität von Währungen, nicht absetzbare Syndizierungen und sonstige systemische Nebenwirkungseffekte. Die Szenario-Typen umfassen institutsspezifische Ereignisse (zum Beispiel Bonitätsherabsetzung), marktbedingte Ereignisse (zum Beispiel systemisches Marktrisikoszenario) sowie die Kombination beider Ereignisse, welches ein systemisches Marktrisikoszenario in Kombination mit einer mehrstufigen Bonitätsherabsetzung verknüpft. Wir wenden diese Stressszenarien auf eine Auswahl von Währungen und Gesellschaften an. Als ein Ergebnis der Herabstufungen der Bonität der Bank, wurde das strengste spezifische Szenario (vorher „A-2/P-2“) angepasst. Dieses Szenario heißt nun „Starke Verschlechterung der Bonitätseinstufung“ und beschreibt eine Herabstufung der Bank zu einem längerfristigen Rating-Niveau von BBB/Baa2 und einem kurzfristigen Rating von A-3/P-3 bei allen Hauptratingagenturen.

Bei jedem dieser Szenarien wird angenommen, dass ein hoher Anteil der fällig werdenden Forderungen an Nicht-Wholesale-Kunden prolongiert werden muss (um den Franchise-Wert zu unterstützen), wohingegen die Prolongation der Verbindlichkeiten teilweise oder ganz eingeschränkt ist und daraus eine Finanzierungslücke resultiert. In diesem Zusammenhang wird angenommen, dass die Wholesale-Refinanzierung von den risikosensitivsten Quellen (inklusive der unbesicherten Finanzierung von Geschäftsbanken, Geldmarktfonds sowie forderungsgedeckten Geldmarktpapieren) in der akuten Stressphase komplett vertraglich ausläuft. Darüber hinaus analysieren wir den potenziellen Refinanzierungsbedarf bedingter Risiken, die unter Stress entstehen können. Diese beinhalten die Inanspruchnahme von Krediten, erhöhte Sicherheitsanforderungen aus derivativen Verträgen sowie Mittelabflüsse aus Festgeldern mit einem vertraglichen Rating-Trigger. Danach werden

die notwendigen Schritte bestimmt, um der entstehenden Finanzierungslücke entgegenzuwirken. Die Gegenmaßnahmen beinhalten unsere verfügbaren Liquiditätsreserven sowie potenzielle Liquidität aus weiteren unbelasteten Wertpapierbeständen. Stresstests werden auf globaler Ebene und individueller Ebene der juristischen Einheiten sowie über signifikante Währungen außerhalb der Eurozone hinweg durchgeführt, insbesondere über US-Dollar als unsere größte Nicht-Euro-Refinanzierungswährung. Wir überprüfen wesentliche Stresstestannahmen regelmäßig und haben den Schärfegrad einiger Stressannahmen im Laufe des Jahres 2014 erhöht.

Die Stresstests sind vollständig in unser Liquiditätsrisikomanagement-Konzept integriert. Zu diesem Zweck nutzen wir die vertraglich vereinbarten Wholesale-Zahlungsströme pro Währung und Produkt über einen achtwöchigen Zeitraum (welchen wir als die kritischste Zeitspanne in einer Liquiditätskrise einschätzen) und wenden den jeweiligen Stressfall auf alle potenziellen Treiber der Risiken aus bilanziellen und außerbilanziellen Produkten an. Über den achtwöchigen Zeitraum hinaus analysieren wir auf monatlicher Basis die Auswirkungen einer erweiterten Stressperiode, die bis zu zwölf Monate andauert. Die Stresstests des Liquiditätsrisikos liefern die Basis für unseren vom Vorstand genehmigten Notfallrefinanzierungsplan.

Unsere Stresstestanalyse zeigt, ob wir in kritischen Situationen genügend Liquidität generieren können, und ist eine wichtige Grundlage bei der Definition unserer angestrebten Liquiditätsrisikoposition. Wir führen die Stresstestanalyse täglich durch. Die folgende Tabelle zeigt, dass wir bei jedem unserer definierten und regelmäßig überprüften Szenarien weiterhin über eine positive Nettoliquiditätsposition verfügen würden. Grund hierfür ist, dass die Liquidität, die wir zur Schließung der Lücke über verschiedene Finanzierungsquellen aufbringen könnten, unsere kumulative Finanzierungslücke über einen achtwöchigen Zeitraum nach Eintritt des auslösenden Ereignisses mehr als ausgleicht.

Weltweite monatliche Stresstestergebnisse über alle Währungen

	31.12.2014			31.12.2013[1]		
in Mrd €	Finanzierungslücke[2]	Positionsschließung[3]	Netto-Liquiditätsposition	Finanzierungslücke[2]	Positionsschließung[3]	Netto-Liquiditätsposition
Systemisches Marktrisiko	49	183	134	31	179	148
Emerging Markets	9	185	176	10	195	185
Verschlechterung der Bonitätseinstufung um eine Stufe (Deutsche Bank-spezifisch)	42	166	124	37	178	141
Starke Verschlechterung der Bonitätseinstufung (Deutsche Bank-spezifisch)	163	202	38	170	208	37
Kombiniert[4]	190	214	24	181	204	23

[1] Zahlen von 2013 basieren auf den damals gültigen Methoden und wurden nicht angepasst um Änderungenn der Stresstestannahmen, die unterjährig geändert wurden, zu reflektieren.
[2] Finanzierungslücke verursacht durch eingeschränkte Prolongation der Verbindlichkeiten und weitere erwartete Abflüsse.
[3] Liquiditätsgenerierung auf Basis der Liquiditätsreserve (nach Sicherheitenabschlägen) und durch andere Gegensteuerungsmaßnahmen.
[4] Kombinierter Effekt aus systemischen Marktrisiken und starker Verschlechterung der Bonitätseinstufung.

Weltweite monatliche US-Dollar Stresstest-Ergebnisse

	31.12.2014			31.12.2013[1]		
in Mrd €	Finanzierungslücke[2]	Positionsschließung[3]	Netto-Liquiditätsposition	Finanzierungslücke[2]	Positionsschließung[3]	Netto-Liquiditätsposition
Kombiniert[4]	92	149	56	89	132	43

[1] Zahlen von 2013 basieren auf den damals gültigen Methoden und wurden nicht angepasst um Änderungenn der Stresstestannahmen, die unterjährig geändert wurden, zu reflektieren.
[2] Finanzierungslücke verursacht durch eingeschränkte Prolongation der Verbindlichkeiten und weitere erwartete Abflüsse.
[3] Liquiditätsgenerierung auf Basis der Liquiditätsreserve (nach Sicherheitenabschlägen) und durch andere Gegensteuerungsmaßnahmen.
[4] Kombinierter Effekt aus systemischen Marktrisiken und starkerVerschlechterung der Bonitätseinstufung.

Die untere Tabelle zeigt die zusätzlichen Sicherheiten in allen Währungen, die im Falle einer Herabstufung unserer langfristigen Bonitätseinstufung um eine oder zwei Stufen durch Ratingagenturen benötigt werden.

Zusätzliche vertragliche Verpflichtungen

	31.12.2014		31.12.2013	
in Mio €	Einstufige Verschlechterung der Bonität	Zweistufige Verschlechterung der Bonität	Einstufige Verschlechterung der Bonität	Zweistufige Verschlechterung der Bonität
Vertragliche derivative Abflüsse und Nachschussforderungen	6.806	7.893	5.459	9.071
Andere vertragliche Abflüsse und Nachschussforderungen	529	689	0	502

Angesichts der wachsenden Bedeutung des Liquiditätsmanagements im Finanzsektor diskutieren wir liquiditätsrisikobezogene Themen aktiv mit Zentralbanken, Aufsichtsbehörden, Ratingagenturen und Marktteilnehmern. Wir sind in einer Reihe von Liquiditätsarbeitsgruppen engagiert und beteiligen uns an Initiativen zur Schaffung eines Branchenstandards zur angemessenen Bewertung und Steuerung des Liquiditätsrisikos bei Finanzdienstleistern. Neben der internen Liquiditätssteuerung unterliegt die Liquidität deutscher Banken den Bestimmungen des Kreditwesengesetzes, der CRR, dem einheitlichen Aufsichtsmechanismus (Single Supervisory Mechanism) und damit zusammenhängenden Bestimmungen.

Liquiditätsanforderungen unter der CRR

Im Rahmen der Basel 3-Regeln hat der Baseler Ausschuss für Bankenaufsicht zwei Mindestliquiditätsstandards für Banken festgelegt:

Die Mindestliquiditätsquote (Liquidity Coverage Ratio – LCR): Finalisiert vom Baseler Ausschuss im Januar 2013, soll die LCR die kurzfristige Widerstandsfähigkeit eines Liquiditätsrisikoprofils einer Bank über einen Zeitraum von 30 Tagen in Stressszenarien unterstützen. Die Quote ist definiert als der Betrag des Volumens liquider Vermögenswerte mit hoher Bonität (High Quality Liquid Assets-HQLA), die zur Beschaffung von Liquidität genutzt werden könnten, verglichen mit dem Gesamtvolumen der Nettomittelabflüsse, die aus tatsächlichen und Eventualrisiken in einem gestressten Szenario resultieren.

Diese Anforderung wurde im Rahmen des Delegierten Rechtsakts der Europäischen Kommission (European Commission Delegated Act) vom 17. Januar 2015 in europäisches Recht umgesetzt. Dennoch muss die Übereinstimmung mit der LCR in Europa nicht vor dem 1. Oktober 2015 erfolgen. Die Mindestliquiditätsquote ist vorbehaltlich einer Einführungsphase und startet mit 60 % im Oktober 2015, die dann auf 70 % in 2016, 80 % in 2017 und 100 % in 2018 erhöht wird. Die Europäische Bankenaufsichtsbehörde (European Banking Authority – EBA) berät sich aktuell über Berichtsformate, um den Standard in Übereinstimmung mit dem Delegierten Rechtsakt zu berechnen.

Um eine bessere Vergleichbarkeit zu ermöglichen, basiert die von uns veröffentlichte LCR von 119 % zum 31. Dezember 2014 auf der Basel 3-Spezifikation.

Die strukturelle Liquiditätsquote (Net Stable Funding Ratio – NSFR): Basel 3 enthält auch einen Vorschlag, eine strukturelle Liquiditätsquote einzuführen, um die mittel- bis langfristigen Refinanzierungsrisiken zu reduzieren, indem sie von Banken verlangt, ihre Geschäfte aus genügend stabilen Refinanzierungsquellen zu refinanzieren. Die NSFR erfordert von einer Bank ein stabiles Refinanzierungsprofil im Verhältnis ihrer bilanziellen und außerbilanziellen Aktivitäten. Die Quote ist definiert als der Betrag der verfügbaren stabilen Refinanzierung (Anteil von Eigen- und Fremdmitteln, die als eine stabile Quelle der Refinanzierung angesehen werden) im Verhältnis zu dem Betrag, der für eine stabile Refinanzierung (eine Funktion der Liquiditätseigenschaften der verschiedenen gehaltenen Anlageklassen) erforderlich ist.

Obwohl die NSFR ein internationaler Mindeststandard vom 1. Januar 2018 an werden soll, ist die Quote noch vorbehaltlich nationaler Umsetzung. In Europa sind die Regeln für die NSFR noch von der Europäischen Kommission in Form eines Delegierten Rechtsakts in 2016 umzusetzen. Deshalb wurde für die europäischen Banken das endgültige Format und die damit verbundene Umsetzung noch nicht bestätigt.

Belastung von Vermögenswerten

Am 27. Juni 2014 veröffentlichte die EBA, wie in Artikel 443 CRR vorgegeben, Richtlinien zur Offenlegung von belasteten und unbelasteten Vermögenswerten. Diese stellen einen ersten Schritt bei der Festlegung eines Rahmenwerks für belastete Vermögenswerte dar und bilden die Grundlage für verbindliche technische Standards, die die EBA bis 2016 entwickeln wird. Um den folgenden Abschnitt fertig zu stellen, haben wir diese Richtlinien genutzt.

Belastete Vermögenswerte sind hauptsächlich die bilanziellen und außerbilanziellen Vermögenswerte, die bei der besicherten Refinanzierung, Sicherheiten-Swaps und sonstigen besicherten Verbindlichkeiten als Sicher-

heit verpfändet werden. Darüber hinaus berücksichtigen wir, in Übereinstimmung mit den technischen Standards der EBA zum regulatorischen Berichtswesen von belasteten Vermögenswerten, Vermögenswerte, die über Abrechnungssysteme platziert sind, einschließlich leistungsgestörter Mittel und Sicherheitenleistungen (Initial Margin), sowie andere als Sicherheit verpfändete Vermögenswerte, die nicht frei abgerufen werden können, wie vorgeschriebene Mindestreserven bei Zentralbanken, als belastete Vermögenswerte. Nach EBA-Richtlinien auch als belastet einbezogen sind Forderungen aus derivativen Ausgleichszahlungen.

Dieser Abschnitt bezieht sich auf belastete Vermögenswerte innerhalb der Institutsgruppe, konsolidiert für aufsichtsrechtliche Zwecke gemäß dem deutschen Kreditwesengesetz. Nicht eingeschlossen sind damit Versicherungsunternehmen oder Unternehmen außerhalb des Finanzsektors. Die von Tochterunternehmen des Versicherungsgewerbes als Sicherheit verpfändete Vermögenswerte sind Bestandteil der Anhangangabe 22 „Als Sicherheiten verpfändete und erhaltene Vermögenswerte“ des Konzernabschlusses. Verfügungsbeschränkte Vermögenswerte, gehalten, um Verpflichtungen gegenüber Versicherungsnehmern erfüllen zu können, sind Bestandteil der Anhangangabe 39 „Informationen zu Tochtergesellschaften“ des Konzernabschlusses.

Sofort verfügbare Vermögenswerte sind unbelastete und frei übertragbare bilanzielle und außerbilanzielle Positionen, die nicht auf andere Weise belastet sind und die in uneingeschränkt übertragbarer Form vorliegen. Bis auf Forderungen aus Wertpapierleihe, aus Wertpapierpensionsgeschäften und positive Marktwerte aus derivativen Finanzinstrumenten werden alle unbelasteten, zum beizulegenden Zeitwert bewerteten, finanziellen Vermögenswerte und zur Veräußerung verfügbaren finanziellen Investitionen als sofort verfügbar angesehen.

Der sofort verfügbare Wert entspricht dem aktuell bilanzierten Buchwert und nicht einem gestressten Liquiditätswert (siehe „Liquiditätsreserven“-Abschnitt mit einer Analyse unbelasteter liquider Vermögenswerte, die in einem Liquiditätsstressszenario verfügbar sind). Sonstige unbelastete Vermögenswerte sind bilanzielle und außerbilanzielle Positionen, die nicht als Sicherheit für besicherte Refinanzierung oder andere besicherte Schuldverschreibungen gehalten werden oder die auf andere Weise als nicht verfügbar angesehen werden. In dieser Kategorie enthalten sind Forderungen aus Wertpapierleihen sowie aus Wertpapierpensionsgeschäften und positive Marktwerte aus derivativen Finanzinstrumenten. In ähnlicher Weise werden Kredite und sonstige Forderungen an Kunden nur dann als sofort verfügbar angesehen, sofern diese in einer standardisierten, übertragbaren Form vorliegen und noch nicht genutzt wurden, um Finanzierungsmittel zu generieren. Dies stellt einen konservativen Ansatz dar, da ein Teil dieser Kredite, die momentan unter Sonstige gezeigt werden, in ein Format gebracht werden könnte, das es uns ermöglichen würde, Finanzierungsmittel zu generieren.

Belastete und unbelastete Vermögenswerte

						31.12.2014
	Buchwert				Beizulegender Zeitwert	
			Unbelastete Vermögenswerte			
in Mrd € bilanziell	Vermögens-werte	Belastete Vermögens-werte	Sofort verfügbar	Sonstige	Belastete Vermögens-werte	Unbelastete Vermögens-werte
Schuldtitel	184,2	42,4	141,8	0	42,4	141,8
Aktieninstrumente	69,5	49,7	19,8	0	49,7	19,8
Sonstige Aktiva						
Barreserve und verzinsliche Einlagen bei Kreditinstituten	82,0	6,9	75,1	0		
Forderung aus Wertpapierleihe oder Wertpapierpensionsgeschäften[1]	43,6	0	0	43,6		
Zum beizulegenden Zeitwert bewertete finanzielle Vermögenswerte[2]						
Handelsaktiva	17,1	0	17,1	0		
Positive Marktwerte aus derivativen Finanzinstrumenten	630,4	0	0	630,4		
Forderung aus Wertpapierleihe oder Wertpapierpensionsgeschäften[1]	80,9	0	0	80,9		
Sonstige zum beizulegenden Zeitwert bewertete finanzielle Vermögenswerte[2]	14,9	0	14,9	0		
Zur Veräußerung verfügbare finanzielle Vermögenswerte[2]	2,9	0	2,9	0		
Forderungen aus dem Kreditgeschäft	398,0	44,9	19,4	333,7		
Sonstige Aktiva	166,5	62,9	0	103,6		
Insgesamt	1.689,9	206,7	291,0	1.192,2		

[1] Forderungen aus Wertpapierleihe und aus Wertpapierpensionsgeschäften (Reverse Repos) werden alle unter Unbelastete Vermögenswerte, Sonstige gezeigt. Die Verwendung der zugrunde liegenden Sicherheiten ist gesondert in der Tabelle der außerbilanziellen Vermögenswerte unten erfasst.
[2] Enthält keine Schuldtitel oder Aktieninstrumente (oben gesondert ausgewiesen).

				31.12.2014
	Beizulegender Zeitwert der erhaltenen Sicherheiten			
			Unbelastete Vermögenswerte	
in Mrd € außerbilanziell	Vermögens-werte	Belastete Vermögens-werte	Sofort verfügbar	Sonstige
Erhaltene Sicherheiten:	253,1	201,9	49,8	1,4
Schuldtitel	175,4	127,0	48,4	0
Aktieninstrumente	76,3	74,9	1,4	0
Sonstige erhaltene Sicherheiten	1,4	0	0	1,4
Andere ausgegebene eigene Schuldtitel als eigene Pfandbriefe oder Asset Backed Securities	0	0	0	0

Die obigen Tabellen zeigen bilanzielle und außerbilanzielle Vermögenswerte, die in die Kategorien „Belastete“, „Sofort verfügbare“ und „Sonstige“ eingeteilt werden. Alle Forderungen aus Wertpapierleihe und aus Wertpapierpensionsgeschäften werden mit dem beizulegenden Zeitwert der erhaltenen Sicherheiten ausgewiesen.

Die belasteten Vermögenswerte in den obigen Tabellen beinhalten Vermögenswerte, die auf Ebene der einzelnen Gesellschaften unbelastet, jedoch möglicherweise im Konzern nur eingeschränkt übertragbar sind. Solche Restriktionen können auf entsprechende lokale Anforderungen an die Kreditvergabe oder ähnliche aufsichtsrechtliche Restriktionen zurückzuführen sein. In dieser Situation ist es nicht möglich, einzelne nicht übertragbare Bilanzpositionen zu identifizieren. Die Position „Andere ausgegebene eigene Schuldtitel als eigene Pfandbriefe oder Asset Backed Securities“ bezieht sich auf solche Bestände eigener Schuldverschreibungen, die von einer Nicht-IFRS Organisation bilanziell nicht ausgebucht werden. Dies ist auf die Deutsche Bank AG nicht anwendbar.

in Mrd €	31.12.2014	
	Deckung der Verbindlichkeiten, Eventualverbindlichkeiten, ausgeliehenen Wertpapiere	Buchwert belasteter Vermögenswerte, beizulegender Zeitwert belasteter erhaltener Sicherheiten und eigene emittierte Schuldtitel
Bilanzieller/außerbilanzieller Betrag ausgewählter finanzieller Verpflichtungen und finanzieller Vermögenswerte	382,5	408,7

Die obige Tabelle zeigt den Gesamtbestand belasteter bilanzieller und außerbilanzieller Vermögenswerte und stellt diese den entsprechenden Verbindlichkeiten, Eventualverbindlichkeiten und ausgeliehenen Wertpapieren, die zur haftenden Belastung geführt haben, gegenüber. Zum 31. Dezember 2014 waren nur 207 Mrd € der bilanzierten Vermögenswerte des Konzerns belastet. Diese Vermögenswerte standen hauptsächlich im Zusammenhang mit der Finanzierung des Handelsbestands und sonstiger Wertpapiere sowie mit durch Kreditsicherheiten besicherter Refinanzierung (zum Beispiel Pfandbriefe und gedeckte Schuldverschreibungen) und mit Barsicherheiten für Margin-Anforderungen bei Derivaten.

Zum 31. Dezember 2014 hatte der Konzern Wertpapiere mit einem beizulegenden Zeitwert von 253 Mrd € als Sicherheit erhalten. Davon wurden 202 Mrd € verkauft oder verpfändet. Diese Verpfändungen beziehen sich typischerweise auf Transaktionen zur Unterstützung von Kundenaktivitäten einschließlich Prime-Brokerage-Geschäften sowie auf Sicherheiten, die im Rahmen von Exchange Traded Funds oder zur Erfüllung von Nachschussforderungen bei Derivategeschäften geleistet wurden.

Fälligkeitsanalyse der Vermögensgegenstände und finanziellen Verbindlichkeiten

Treasury analysiert und steuert unsere Vermögensgegenstände und Verbindlichkeiten. In Fällen, in denen die vertragliche Endfälligkeit die Liquiditätsrisikoposition nicht adäquat widerspiegelt, ist es notwendig, Modellannahmen zu treffen. In diesem Zusammenhang stellen die sofort rückzahlbaren Einlagen von Privat- und Transaktionsbankkunden ein besonders auffälliges Beispiel dar, da diese auch in der Phase der schweren Finanzkrise durchgehend eine hohe Stabilität gezeigt haben.

Diese Modellannahmen sind integraler Bestandteil des Konzepts des Liquiditätsrisikomanagements, welches vom Vorstand definiert und festgelegt wurde. Siehe Abschnitt „Stresstest und Szenarioanalysen“ für weitere Informationen zu kurzfristigen Liquiditätspositionen mit Restlaufzeiten bis zu einem Jahr sowie Abschnitt „Liquiditätsablaufbilanz“ für langfristige Liquiditätspositionen mit Restlaufzeiten über einem Jahr.

Die nachfolgenden Tabellen zeigen die Fälligkeitsanalyse aller Vermögensgegenstände, basierend auf den Buchwerten, und die früheste rechtlich durchsetzbare Kündigungsmöglichkeit zum 31. Dezember 2014 und 2013.

Fälligkeitsanalyse der Vermögensgegenstände nach frühester Kündigungsmöglichkeit

31.12.2014

in Mio €	Täglich fällig (inkl. Kündigungsfrist von 1 Tag)	Bis 1 Monat	Mehr als 1 Monat bis 3 Monate	Mehr als 3 Monate bis 6 Monate	Mehr als 6 Monate bis 9 Monate	Mehr als 9 Monate bis 1 Jahr	Mehr als 1 Jahr bis 2 Jahre	Mehr als 2 Jahre bis 5 Jahre	Mehr als 5 Jahre	Insgesamt
Barreserve und Einlagen bei Kreditinstituten	78.501	2.695	194	16	15	1.780	101	120	151	83.572
Forderungen aus übertragenen Zentralbankeinlagen	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Forderungen aus Wertpapierpensionsgeschäften (Reverse Repos)	4	3.553	2.416	8.143	1.659	1.719	51	240	12	17.796
Mit Kreditinstituten	4	2.154	533	647	333	561	0	2	12	4.245
Mit Kunden	0	1.399	1.883	7.496	1.326	1.159	51	238	0	13.551
Forderungen aus Wertpapierleihen	21.598	4.202	0	0	0	0	0	0	34	25.834
Mit Kreditinstituten	550	964	0	0	0	0	0	0	0	1.515
Mit Kunden	21.047	3.238	0	0	0	0	0	0	34	24.319
Zum beizulegenden Zeitwert bewertete finanzielle Vermögenswerte – Handel	840.858	43.382	12.360	5.371	2.068	2.090	4.855	7.624	24.316	942.924
Handelsaktiva	195.681	0	0	0	0	0	0	0	0	195.681
Festverzinsliche Wertpapiere und Kredite	124.462	0	0	0	0	0	0	0	0	124.462
Aktien und andere Wertpapiere mit variablen Erträgen	69.831	0	0	0	0	0	0	0	0	69.831
Sonstige Handelsaktiva	1.387	0	0	0	0	0	0	0	0	1.387
Positive Marktwerte aus derivaten Finanzinstrumenten	629.958	0	0	0	0	0	0	0	0	629.958
Zum beizulegenden Zeitwert klassifizierte finanzielle Vermögenswerte	15.219	43.382	12.360	5.371	2.068	2.090	4.855	7.624	24.316	117.285
Forderungen aus Wertpapierpensionsgeschäften (Reverse Repos)	1.757	36.255	11.109	4.568	1.883	501	1.530	1.849	1.021	60.473
Forderungen aus Wertpapierleihen	13.462	5.783	1.159	0	0	0	0	0	0	20.404
Festverzinsliche Wertpapiere und Kredite	0	1.344	92	660	184	1.588	3.010	5.775	12.957	25.612
Aktien und andere Wertpapiere mit variablen Erträgen	0	0	0	0	0	0	0	0	10.339	10.339
Sonstige zum beizulegenden Zeitwert klassifizierte finanzielle Vermögenswerte	0	0	0	142	0	1	315	0	0	459
Positive Marktwerte aus derivaten Finanzinstrumenten, die die Anforderungen an Sicherungsgeschäfte erfüllen	0	30	140	108	69	37	177	791	3.050	4.403
Zur Veräußerung verfügbare finanzielle Finanzaktiva	20	1.895	1.610	2.797	643	774	4.702	25.756	26.099	64.297
Festverzinsliche Wertpapiere und Kredite	20	1.895	1.610	2.797	643	774	4.408	25.754	24.137	62.038
Aktien und andere Wertpapiere mit variablen Erträgen	0	0	0	0	0	0	295	2	1.962	2.259
Forderungen aus dem Kreditgeschäft	19.917	35.866	32.121	26.780	9.101	11.591	26.638	69.501	174.098	405.612
An Kreditinstitute	880	4.744	4.945	4.986	1.321	944	2.859	1.974	408	23.059
An Kunden	19.037	31.122	27.176	21.794	7.780	10.647	23.779	67.528	173.690	382.553
Privatkunden	3.947	10.852	4.038	4.836	2.884	3.288	9.491	25.572	131.277	196.186
Unternehmen und sonstige Kunden	15.090	20.270	23.138	16.959	4.896	7.359	14.288	41.955	42.412	186.367
Sonstige finanzielle Vermögenswerte	119.485	474	387	349	113	99	18	76	4.050	125.050
Summe der Finanzaktiva	1.080.383	92.098	49.229	43.564	13.668	18.090	36.542	104.108	231.809	1.669.490
Sonstige Aktiva	15.514	1.322	707	626	196	260	268	763	19.559	39.214
Summe der Aktiva	1.095.896	93.421	49.935	44.189	13.864	18.350	36.809	104.871	251.368	1.708.703

Fälligkeitsanalyse der Vermögensgegenstände nach frühester Kündigungsmöglichkeit

31.12.2013

in Mio €	Täglich fällig (inkl. Kündigungsfrist von 1 Tag)	Bis 1 Monat	Mehr als 1 Monat bis 3 Monate	Mehr als 3 Monate bis 6 Monate	Mehr als 6 Monate bis 9 Monate	Mehr als 9 Monate bis 1 Jahr	Mehr als 1 Jahr bis 2 Jahre	Mehr als 2 Jahre bis 5 Jahre	Mehr als 5 Jahre	Insgesamt
Barreserve und Einlagen bei Kreditinstituten	86.474	6.911	50	131	1.383	26	55	38	70	95.139
Forderungen aus übertragenen Zentralbankeinlagen	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Forderungen aus Wertpapierpensionsgeschäften (Reverse Repos)	529	10.359	6.437	4.917	3.449	665	999	8	0	27.363
Mit Kreditinstituten	304	3.564	786	1.028	0	0	77	8	0	5.766
Mit Kunden	225	6.795	5.651	3.890	3.449	665	923	0	0	21.596
Forderungen aus Wertpapierleihen	20.648	171	0	0	0	0	0	22	30	20.870
Mit Kreditinstituten	1.664	0	0	0	0	0	0	0	0	1.664
Mit Kunden	18.983	171	0	0	0	0	0	22	30	19.205
Zum beizulegenden Zeitwert bewertete finanzielle Vermögenswerte – Handel	738.021	101.913	17.680	6.432	2.658	1.027	4.086	6.393	21.046	899.257
Handelsaktiva	210.070	0	0	0	0	0	0	0	0	210.070
Festverzinsliche Wertpapiere und Kredite	143.947	0	0	0	0	0	0	0	0	143.947
Aktien und andere Wertpapiere mit variablen Erträgen	61.393	0	0	0	0	0	0	0	0	61.393
Sonstige Handelsaktiva	4.730	0	0	0	0	0	0	0	0	4.730
Positive Marktwerte aus derivaten Finanzinstrumenten	504.590	0	0	0	0	0	0	0	0	504.590
Zum beizulegenden Zeitwert klassifizierte finanzielle Vermögenswerte	23.360	101.913	17.680	6.432	2.658	1.027	4.086	6.393	21.046	184.597
Forderungen aus Wertpapierpensionsgeschäften (Reverse Repos)	8.485	84.607	13.783	3.789	2.054	749	1.914	1.081	301	116.764
Forderungen aus Wertpapierleihen	14.875	14.187	3.424	0	0	0	0	0	0	32.485
Festverzinsliche Wertpapiere und Kredite	0	3.109	474	2.531	598	273	2.106	5.128	10.806	25.025
Aktien und andere Wertpapiere mit variablen Erträgen	0	10	0	0	1	0	16	0	9.872	9.898
Sonstige zum beizulegenden Zeitwert klassifizierte finanzielle Vermögenswerte	0	0	0	111	6	5	50	185	67	424
Positive Marktwerte aus derivaten Finanzinstrumenten, die die Anforderungen an Sicherungsgeschäfte erfüllen	0	15	82	163	31	37	227	1.562	1.895	4.011
Zur Veräußerung verfügbare finanzielle Finanzaktiva	0	1.533	1.641	1.900	749	737	4.756	20.317	16.692	48.326
Festverzinsliche Wertpapiere und Kredite	0	1.533	1.641	1.900	749	737	4.572	20.317	14.962	46.413
Aktien und andere Wertpapiere mit variablen Erträgen	0	0	0	0	0	0	183	0	1.730	1.913
Forderungen aus dem Kreditgeschäft	18.458	41.810	21.623	20.283	9.662	9.730	26.867	64.249	163.899	376.582
An Kreditinstitute	322	4.043	5.152	4.236	1.752	882	2.610	4.053	389	23.440
An Kunden	18.136	37.767	16.470	16.047	7.909	8.848	24.258	60.196	163.510	353.142
Privatkunden	3.911	13.715	2.973	5.204	3.257	3.177	9.294	24.055	124.745	190.331
Unternehmen und sonstige Kunden	14.226	24.052	13.497	10.844	4.652	5.671	14.961	36.139	38.770	162.810
Sonstige finanzielle Vermögenswerte	87.181	780	353	216	93	103	40	0	3.541	92.307
Summe der Finanzaktiva	951.311	163.492	47.865	34.042	18.025	12.326	37.031	92.588	207.173	1.563.854
Sonstige Aktiva	19.633	3.374	988	703	372	254	426	1.064	20.733	47.546
Summe der Aktiva	970.944	166.866	48.852	34.745	18.397	12.581	37.457	93.652	227.906	1.611.400

Die nachfolgenden Tabellen zeigen die Fälligkeitsanalyse aller Verbindlichkeiten, basierend auf den Buchwerten, und die früheste rechtlich durchsetzbare Kündigungsmöglichkeit zum 31. Dezember 2014 und 2013.

Fälligkeitsanalyse der Verbindlichkeiten nach frühester Kündigungsmöglichkeit

31.12.2014

in Mio €	Täglich fällig (inkl. Kündigungsfrist von 1 Tag)	Bis 1 Monat	Mehr als 1 Monat bis 3 Monate	Mehr als 3 Monate bis 6 Monate	Mehr als 6 Monate bis 9 Monate	Mehr als 9 Monate bis 1 Jahr	Mehr als 1 Jahr bis 2 Jahre	Mehr als 2 Jahre bis 5 Jahre	Mehr als 5 Jahre	Insgesamt
Einlagen	298.701	45.396	114.001	31.733	9.820	8.832	5.557	7.618	11.276	532.931
von Kreditinstituten	55.538	6.866	12.896	10.400	3.243	1.862	2.593	5.741	9.212	108.350
von Kunden	243.163	38.530	101.105	21.333	6.577	6.970	2.964	1.878	2.064	424.584
Privatkunden	96.651	18.777	83.460	4.919	2.105	1.816	1.095	744	215	209.781
Unternehmen und sonstige Kunden	146.512	19.753	17.645	16.414	4.473	5.154	1.869	1.134	1.849	214.803
Handelspassiva	652.045	0	0	0	0	0	0	0	0	652.045
Wertpapiere	41.112	0	0	0	0	0	0	0	0	41.112
Sonstige Handelspassiva	731	0	0	0	0	0	0	0	0	731
Negative Marktwerte aus derivativen Finanzinstrumenten	610.202	0	0	0	0	0	0	0	0	610.202
Zum beizulegenden Zeitwert klassifizierte finanzielle Verbindlichkeiten (ohne Kreditzusagen und Finanzgarantien)	2.560	6.612	4.573	12.082	1.300	1.047	2.263	2.909	3.686	37.032
Verbindlichkeiten aus Wertpapierpensionsgeschäften (Repos)	1.361	4.241	3.711	11.058	393	0	288	0	0	21.053
Langfristige Verbindlichkeiten	6	116	334	734	553	672	1.582	2.716	3.205	9.919
Sonstige zum beizulegenden Zeitwert klassifizierte finanzielle Verbindlichkeiten	1.193	2.255	527	289	355	375	394	193	481	6.061
Investmentverträge	0	30	61	61	61	726	93	1.493	5.999	8.523
Negative Marktwerte aus derivativen Finanzinstrumenten, die die Anforderungen an Sicherungsgeschäfte erfüllen	0	42	240	350	231	55	398	1.145	2.602	5.063
Verbindlichkeiten aus übertragenen Zentralbankeinlagen	986	0	0	0	0	0	0	0	0	986
Verbindlichkeiten aus Wertpapierpensionsgeschäften (Repos)	3.677	1.397	3.225	1.001	202	400	0	0	0	9.901
gegenüber Kreditinstituten	3.518	1.170	3.155	1.001	202	400	0	0	0	9.445
gegenüber Kunden	158	227	70	0	0	0	0	0	0	456
Verbindlichkeiten aus Wertpapierleihen	1.960	15	1	0	0	0	0	0	363	2.339
gegenüber Kreditinstituten	130	5	0	0	0	0	0	0	1	136
gegenüber Kunden	1.830	10	1	0	0	0	0	0	361	2.203
Sonstige kurzfristige Geldaufnahmen	26.642	5.099	2.766	4.499	1.995	1.929	0	0	0	42.931
Langfristige Verbindlichkeiten	0	1.027	4.778	6.261	6.401	7.272	24.219	51.257	43.622	144.837
Schuldverschreibungen – vorrangig	0	923	3.833	5.190	5.616	6.767	18.224	46.138	32.755	119.446
Schuldverschreibungen – nachrangig	0	0	645	262	601	236	500	169	2.633	5.047
Sonstige langfristige Verbindlichkeiten – vorrangig	0	104	300	750	148	124	5.291	4.351	7.930	18.999
Sonstige langfristige Verbindlichkeiten – nachrangig	0	0	0	59	35	145	205	598	304	1.345
Hybride Kapitalinstrumente	0	832	3.053	655	89	277	726	4.757	184	10.573
Sonstige finanzielle Verbindlichkeiten	155.055	884	3.126	217	78	174	352	20	23	159.929
Summe der Finanzverbindlichkeiten	1.141.627	61.336	135.822	56.857	20.177	20.712	33.608	69.200	67.754	1.607.093
Sonstige Verbindlichkeiten	28.288	0	0	0	0	0	0	0	0	28.288
Eigenkapital	0	0	0	0	0	0	0	0	73.223	73.223
Summe der Passiva und Eigenkapitel	1.169.915	61.336	135.822	56.857	20.177	20.712	33.608	69.200	140.976	1.708.604
Eventualverbindlichkeiten	6.924	10.505	10.433	16.063	10.182	15.092	28.165	93.727	25.441	216.533
Kreditinstitute	203	815	1.995	2.316	696	1.009	1.873	1.700	761	11.368
Privatkunden	682	324	284	548	526	1.009	2.183	1.010	6.817	13.383
Unternehmen und sonstige Kunden	6.039	9.366	8.154	13.199	8.960	13.075	24.108	91.017	17.864	191.782

Fälligkeitsanalyse der Verbindlichkeiten nach frühester Kündigungsmöglichkeit

31.12.2013

in Mio €	Täglich fällig (inkl. Kündigungsfrist von 1 Tag)	Bis 1 Monat	Mehr als 1 Monat bis 3 Monate	Mehr als 3 Monate bis 6 Monate	Mehr als 6 Monate bis 9 Monate	Mehr als 9 Monate bis 1 Jahr	Mehr als 1 Jahr bis 2 Jahre	Mehr als 2 Jahre bis 5 Jahre	Mehr als 5 Jahre	Insgesamt
Einlagen	290.284	66.181	117.026	16.936	7.290	6.258	4.849	8.203	10.721	527.750
von Kreditinstituten	61.302	15.357	9.993	6.987	1.503	1.154	2.801	5.982	9.099	114.176
von Kunden	228.982	50.824	107.034	9.949	5.788	5.104	2.048	2.222	1.623	413.574
Privatkunden	89.689	5.874	90.186	3.695	2.825	2.478	1.144	1.065	194	197.149
Unternehmen und sonstige Kunden	139.294	44.950	16.848	6.254	2.963	2.626	904	1.157	1.429	216.425
Handelspassiva	539.232	0	0	0	0	0	0	0	0	539.232
Wertpapiere	54.951	0	0	0	0	0	0	0	0	54.951
Sonstige Handelspassiva	853	0	0	0	0	0	0	0	0	853
Negative Marktwerte aus derivativen Finanzinstrumenten	483.428	0	0	0	0	0	0	0	0	483.428
Zum beizulegenden Zeitwert klassifizierte finanzielle Verbindlichkeiten (ohne Kreditzusagen und Finanzgarantien)	25.428	12.660	39.535	1.639	654	770	1.835	4.673	2.717	89.911
Verbindlichkeiten aus Wertpapierpensionsgeschäften (Repos)	22.870	11.887	38.221	639	26	0	0	0	0	73.642
Langfristige Verbindlichkeiten	531	16	774	479	425	637	1.387	2.649	2.443	9.342
Sonstige zum beizulegenden Zeitwert klassifizierte finanzielle Verbindlichkeiten	2.028	757	540	521	202	133	449	2.023	274	6.927
Investmentverträge	0	25	50	50	50	692	72	1.255	5.871	8.067
Negative Marktwerte aus derivativen Finanzinstrumenten, die die Anforderungen an Sicherungsgeschäfte erfüllen	0	1	19	17	13	5	57	181	323	616
Verbindlichkeiten aus übertragenen Zentralbankeinlagen	2.056	0	0	0	0	400	0	0	0	2.455
Verbindlichkeiten aus Wertpapierpensionsgeschäften (Repos)	6.477	3.227	703	519	0	0	0	0	0	10.926
gegenüber Kreditinstituten	6.405	2.077	469	447	0	0	0	0	0	9.399
gegenüber Kunden	72	1.150	234	71	0	0	0	0	0	1.528
Verbindlichkeiten aus Wertpapierleihen	2.079	27	0	0	0	0	0	0	198	2.304
gegenüber Kreditinstituten	215	15	0	0	0	0	0	0	0	230
gegenüber Kunden	1.865	12	0	0	0	0	0	0	198	2.075
Sonstige kurzfristige Geldaufnahmen	36.693	6.950	9.252	5.076	408	1.388	0	0	0	59.767
Langfristige Verbindlichkeiten	0	8.903	6.692	5.685	4.690	5.395	17.636	42.665	41.417	133.082
Schuldverschreibungen – vorrangig	0	2.704	4.026	4.251	3.804	5.009	15.751	37.412	30.500	103.457
Schuldverschreibungen – nachrangig	0	62	2.318	871	152	241	763	620	2.550	7.578
Sonstige langfristige Verbindlichkeiten – vorrangig	0	6.133	337	336	705	126	920	3.919	8.033	20.508
Sonstige langfristige Verbindlichkeiten – nachrangig	0	5	10	227	28	19	201	714	334	1.539
Hybride Kapitalinstrumente	0	1.101	3.219	483	107	280	1.544	5.018	174	11.926
Sonstige finanzielle Verbindlichkeiten	131.965	525	3.374	91	350	226	468	254	107	137.362
Summe der Finanzverbindlichkeiten	1.034.216	99.602	179.871	30.496	13.562	15.413	26.461	62.249	61.528	1.523.400
Sonstige Verbindlichkeiten	32.841	0	0	0	0	0	0	0	0	32.841
Eigenkapital	0	0	0	0	0	0	0	0	54.966	54.966
Summe der Passiva und Eigenkapitel	1.067.057	99.602	179.871	30.496	13.562	15.413	26.461	62.249	116.494	1.611.207
Eventualverbindlichkeiten[1]	5.249	11.088	11.871	15.458	9.783	14.175	27.257	82.326	25.624	202.832
Kreditinstitute	9	1.327	1.580	2.280	1.074	1.025	1.980	1.405	323	11.005
Privatkunden	567	372	218	481	743	629	2.321	759	7.393	13.484
Unternehmen und sonstige Kunden	4.673	9.390	10.073	12.696	7.966	12.520	22.956	80.162	17.909	178.344

[1] In 2014 wurden die Vorjahreswerte um 10,5 Mrd € angepasst, um Fronting Commitments einzubeziehen, die irrtümlicherweise nicht in vorherigen Veröffentlichungen enthalten waren.

Kapitalmanagement

Unsere Treasury-Abteilung steuert sowohl das Kapital auf Konzernebene als auch lokal in jeder Region. Die Kapitalstrategie wird vom Capital and Risk Committee erstellt und vom Vorstand genehmigt. Treasury ist für die Umsetzung unserer Kapitalstrategie verantwortlich, welche auch die Emission und den Rückkauf von Aktien umfasst. Es ist unser Ziel, stets eine solide aufsichtsrechtliche und ökonomische Kapitalisierung aufrechtzuerhalten. Wir überwachen und passen fortwährend Kapitalnachfrage und -angebot an im Bestreben, das optimale Gleichgewicht ökonomischer und regulatorischer Überlegungen zu jeder Zeit und unter allen Aspekten zu erzielen. Die verschiedenen Sichtweisen beinhalten das Buchkapital nach IFRS, das aufsichtsrechtliche Kapital sowie das Ökonomische Kapital und die Kapitalanforderungen durch Ratingagenturen.

Regionale Kapitalpläne, die den Kapitalbedarf der Filialen und Tochtergesellschaften abdecken, werden jährlich erstellt und dem Group Investment Committee vorgelegt. Die meisten unserer Tochtergesellschaften unterliegen gesetzlichen und aufsichtsrechtlichen Kapitalanforderungen. Lokale Asset and Liability Committees sorgen unter Führung regionaler Treasury-Teams für die Einhaltung dieser Anforderungen. Ferner gewährleisten sie die Einhaltung aller Anforderungen, wie etwa Ausschüttungsbegrenzungen für Dividenden an die Deutsche Bank AG oder die Möglichkeit unserer Tochtergesellschaften, Kredite oder Darlehen an die Muttergesellschaft zu vergeben. Bei der Entwicklung, Umsetzung und Prüfung der Kapital- und Refinanzierungspläne werden solche gesetzlichen und aufsichtsrechtlichen Anforderungen berücksichtigt.

Unsere Hauptwährungen sind Euro, US-Dollar und Britisches Pfund. Treasury steuert die Sensitivität unserer Kapitalquoten im Hinblick auf Schwankungen in diesen Hauptwährungen. Das Kapital unserer ausländischen Tochtergesellschaften und Niederlassungen in anderen Währungen ist größtenteils gegen Währungsschwankungen abgesichert. Treasury bestimmt, welche Währungen abgesichert werden sollen, entwickelt geeignete Absicherungsstrategien in enger Abstimmung mit dem Risikomanagement und schließt entsprechende Absicherungsgeschäfte ab.

Treasury ist im Investment Committee des größten Pensionsfonds der Bank vertreten. Dieses Komitee legt die Investmentrichtlinien des Pensionsfonds fest. Durch die Mitgliedschaft wird beabsichtigt sicherzustellen, dass das Vermögen des Pensionsfonds mit den Pensionsverbindlichkeiten im Einklang steht, um so die Kapitalbasis der Bank zu schützen.

Treasury beobachtet den Markt laufend nach Möglichkeiten für Passiv-Management-Geschäfte. Solche Transaktionen stellen eine antizyklische Möglichkeit dar, Tier-1-Kernkapital durch den Rückkauf von Deutsche Bank-Fremdkapitalemissionen unter deren Ausgabepreis zu schaffen.

Während der Berichtsperiode wurde die Methode zur internen Kapitalallokation von 2013 verwendet. Ab Januar 2015 wird eine neue Methode eingeführt.

Seit 2013 haben wir eine angepasste Allokationsmethode des durchschnittlichen Active Equity auf die Geschäftssegmente verwendet, um den weiter gestiegenen aufsichtsrechtlichen Anforderungen unter CRR/CRD 4-Rechnung zu tragen und die Kapitalallokation auch weiterhin mit den kommunizierten Kapital- und Renditezielen im Einklang zu halten. Die aufsichtsrechtlichen Kapitalanforderungen überstiegen dabei die Anforderungen aus ökonomischer Sicht. Unter dieser Methode wird der interne Bedarf an aufsichtsrechtlichem Eigenkapital auf Grundlage einer Tier-1-Kernkapitalquote von 10,0 % auf Konzernebene berechnet, wobei von einem voll implementierten CRR/CRD 4-Regelwerk ausgegangen wird. Folglich wurde auch unsere Buchkapitalallokation von risikogewichteten Aktiva und bestimmten aufsichtsrechtlichen Kapitalabzugsposten gemäß CRR/CRD 4-Vollumsetzung gesteuert. Überschritt unser durchschnittliches Active Equity den höheren Wert des gesamtökonomischen Risikos oder den aufsichtsrechtlichen Eigenkapitalbedarf, wurde der Mehrbetrag Consolidation & Adjustments zugeordnet.

Die neue Methodik, die ab 2015 eingeführt wird, berücksichtigt die steigende Bedeutung des Verschuldungsgrades, das heißt des Verhältnisses vom Eigenkapital zur aufsichtsrechtlich definierten Bilanzsumme. Die regulatorischen Anforderungen sind nun bestimmt durch den höheren Wert von Solvenzanforderungen auf Basis der Tier-1-Kernkapitalquote und den Verschuldungsanforderungen auf Basis der aufsichtsrechtlichen Bilanzsumme. Für die interne Kapitalallokation erfolgt die Zuteilung erst auf Basis der Solvenz und anschließend auf Basis des Verschuldungsgrades. Die neue Methode folgt demnach einem zweiteiligen Ansatz: Im ersten Schritt wird das interne Kapital („Average Active Equity") allokiert, bis das extern kommunizierte Ziel einer 10 %-Tier-1-Kernkapital-Solvenzquote (beruhend auf der Vollumsetzung von CRD 4) erreicht ist. Im zweiten Schritt wird das interne Kapital auf die Segmente auf Basis ihres Beitrags zur aufsichtsrechtlichen Bilanzsumme verteilt, bis das extern kommunizierte Ziel einer 3,5 %-Verschuldungsquote (beruhend auf der Vollumsetzung von CRD 4) erreicht ist. Die Allokation kann geändert werden, falls das extern kommunizierte Ziel für die Tier-1-Kernkapitalquote und Verschuldungsquote adjustiert werden. Die neue Methode zieht außerdem unterschiedliche Sätze für die Kapitalkosten heran, die den Geschäftsfeldern berechnet werden. Dies spiegelt in einem differenzierteren Maß die Volatilität von Gewinnen der einzelnen Geschäftsmodelle wider und erlaubt somit eine verbesserte Leistungssteuerung und optimiert Investitionsentscheidungen.

Die ordentliche Hauptversammlung 2013 erteilte dem Vorstand die Ermächtigung, bis Ende April 2018 bis zu 101,9 Millionen Aktien zurückzukaufen. Davon können 51,0 Millionen Aktien über den Einsatz von Derivaten erworben werden. Diese Ermächtigungen ersetzen die Genehmigungen der Hauptversammlung 2012. Während des Zeitraums von der Hauptversammlung 2013 bis zur Hauptversammlung 2014 (am 22. Mai 2014) haben wir 31,3 Millionen Aktien zurückgekauft, davon 9,4 Millionen über den Einsatz von Aktienderivaten. Die zurückgekauften Aktien wurden im gleichen Zeitraum zu Aktienvergütungszwecken verwendet.

Die ordentliche Hauptversammlung 2014 erteilte dem Vorstand die Ermächtigung, bis Ende April 2019 bis zu 101,9 Millionen Aktien zurückzukaufen. Davon können 51,0 Millionen Aktien über den Einsatz von Derivaten erworben werden. Diese Ermächtigungen ersetzen die Genehmigungen der Hauptversammlung 2013. Wir haben die Genehmigung der BaFin für die Ausübung dieser Genehmigungen – wie unter CRR/CRD 4 vorgesehen – erhalten. Während des Zeitraums von der Hauptversammlung 2014 bis zum Jahresende 2014 haben wir 17,2 Millionen Aktien zurückgekauft. Die zurückgekauften Aktien wurden im gleichen Zeitraum zu Aktienvergütungszwecken und für das globale Belegschaftsaktienprogramm GSPP verwendet. Der Bestand der Aktien in Treasury betrug somit 0,1 Millionen zum 31. Dezember 2014.

Um den niedrigen Kurs der Deutsche Bank-Aktie im dritten Quartal 2014 zu nutzen, hat Treasury 8,9 Millionen physisch abzuwickelnde Call-Optionen aufgelöst, die zwischen Mai 2012 und Februar 2014 gekauft wurden, und 8,9 Millionen neue physisch abzuwickelnde Call-Optionen mit einem deutlich niedrigeren Ausübungspreis gekauft. Diese Call-Optionen wurden unter der Ermächtigung der Hauptversammlung des Jahres 2014 erworben. 2,3 Millionen der 8,9 Millionen Call-Optionen haben eine verbleibende Laufzeit von 18 Monaten.

Des Weiteren ersetzte die Hauptversammlung 2013 ein bestehendes genehmigtes Kapital im Nennwert von 230,4 Mio € (90 Millionen Aktien) durch ein neues genehmigtes Kapital in gleicher Höhe. Dieses wurde jedoch mit erweiterten Nutzungsmöglichkeiten ausgestattet und ermöglichte auch die Ausgabe von Aktien unter Ausschluss des Bezugsrechts. Der gesamte Nennwert des verfügbaren genehmigten Kapitals betrug nach Eintragung dieser Beschlüsse 922 Mio € (360 Millionen Aktien). Zusätzlich stand dem Vorstand bedingtes Kapital im Gesamtnennwert von 691 Mio € (270 Millionen Aktien) zur Verfügung.

Am 25. Juni 2014 hat die Deutsche Bank AG eine Kapitalerhöhung aus genehmigtem Kapital gegen Bareinlagen abgeschlossen, die zu einem Zufluss liquider Mittel (vor Kosten) von 8,5 Mrd € geführt hat. Die Anzahl der Deutsche Bank AG-Aktien ist um 359,8 Millionen von 1.019,5 Millionen auf 1.379,3 Millionen gestiegen. Dies beinhaltet sowohl eine Kapitalerhöhung ohne Bezugsrechte um 59,9 Millionen Aktien durch einen Ankeraktionär als auch ein öffentliches Zeichnungsangebot für 299,8 Millionen neuer Aktien durch Bezugsrechte, das durch ein Bankenkonsortium garantiert wurde.

Unmittelbar vor dem öffentlichen Zeichnungsangebot wurden 59,9 Millionen Aktien zu einem Preis von 29,20 € an die Paramount Services Holdings Ltd. platziert. Diese Investitionsgesellschaft wird im Namen Seiner Exzellenz Scheich Hamad Bin Jassim Bin Jabor Al-Thani aus Katar geführt, der beabsichtigt, künftig ein Ankeraktionär der Deutschen Bank zu bleiben. Die Transaktion, die als Kapitalerhöhung ohne Bezugsrechte durchgeführt wurde, unterlag nicht den Registrierungspflichten des U.S. Securities Act von 1933 und wurde nicht in den USA angeboten oder verkauft. Die Erlöse aus diesem Angebot (vor Kosten) führten zu einem Barmittelzufluss von 1,7 Mrd €.

In der öffentlichen Neuemission, die vollständig durch ein Bankenkonsortium garantiert wurde, wurden 299,8 Millionen neue nennwertlose Namensaktien ausgegeben. Der Ausgabepreis betrug hierbei 22,50 € pro Aktie. 99,1 % der Bezugsrechte wurden ausgeübt; die restlichen, nicht gezeichneten jungen Aktien wurden am Sekundärmarkt verkauft. Der nominale Mittelzufluss (vor Kosten) betrug dadurch 6,8 Mrd €.

Mit der Kapitalerhöhung reduzierte sich das genehmigte Kapital für den Vorstand von 922 Mio € (360 Millionen Aktien) auf einen Nennwert von 0,6 Mio € (0,2 Millionen Aktien). Zusätzlich hat die Hauptversammlung 2014 weiteres Kapital von 256 Mio € (100 Millionen Aktien) genehmigt.

Wie bereits erwähnt betrug das genehmigte bedingte Kapital vor der Hauptversammlung 2014 691 Mio € (270 Millionen Aktien). Durch eine Genehmigung von neuem bedingten Kapital mit einem Nennwert von 256 Mio € (100 Millionen Aktien), die teilweise alte Beschlüsse ersetzt, beträgt das bedingte Kapital nun 486 Mio € (190 Millionen Aktien). Darüber hinaus hat die Hauptversammlung 2014 die Begebung von Genussscheinen genehmigt, die die Anforderungen an die aufsichtsrechtliche Anerkennung als Zusätzliches Tier-1-Kapital (AT1) erfüllen.

Die Deutsche Bank AG hat 2014 zwei Transaktionen zur Begebung von zusätzlichem Tier-1-Kapital (AT1) mit einem Gesamtvolumen von 4,7 Mrd € durchgeführt, eine im Mai und eine im November. Diese Transaktionen vervollständigen im Wesentlichen das geplante Gesamtemissionsvolumen bis 2015 von 5 Mrd € zusätzlichem Tier-1-Kapital, das unter CRR/CRD 4 anrechenbar ist.

Am 20. Mai 2014 hat die Deutsche Bank AT1-Anleihen mit einem Nominalwert von 3,5 Mrd € begeben. Die Transaktion bestand aus drei Tranchen: einer Tranche von 1,75 Mrd € mit einem Zinssatz von 6 %, einer Tranche von 1,25 Mrd US-$ mit einem Zinssatz von 6.25 % sowie einer Tranche von 650 Mio Britischen Pfund mit einem Zinssatz von 7,125 %. Die Preise aller drei Tranchen wurden zu pari (100 %) oder darüber festgesetzt. Die Stückelung der einzelnen Anleihen beträgt 100.000 Euro, 200.000 US-Dollar und 100.000 Britische Pfund.

Die AT1-Anleihen sind aktienrechtlich Genussscheine mit einer zeitweisen Herabschreibung, falls die Tier-1 Kernkapitalquote (CET 1) der Gruppe 5,125 % („Trigger“) unterschreitet. Die AT1-Anleihen wurden mit beigefügten Optionsscheinen unter Ausschluss von Bezugsrechten ausgestattet, beruhend auf der Ermächtigung der Hauptversammlung 2012 für bedingtes Kapital. Jede AT1-Anleihe beinhaltet einen Optionsschein, der den Erwerb einer Aktie der Deutschen Bank AG ermöglicht. Optionsscheine zur Zeichnung von 30.250 Aktien aller drei Tranchen, die ursprünglich den AT1-Anleihen beigefügt waren, wurden durch einen Zeichner losgelöst. Die Optionsscheine sind im vierten Quartal 2014 ohne Ausübung verfallen.

Am 18. November 2014 hat die Deutsche Bank zeitlich unbegrenzte AT1-Anleihen mit einem Nominalvolumen von 1,5 Mrd US-$ (umgerechnet 1,2 Mrd €) platziert. Die Stückelung beträgt 200.000 US-$. Die Anleihen sind bei der U.S. Securities and Exchange Commission registriert. Analog zu den AT1-Anleihen vom Mai 2014 beinhalten die Anleihen eine zeitweise Herabschreibung, falls die Tier-1-Kernkapitalquote (unter der Übergangsregelung) der Deutschen Bank unter 5,125 % fällt, sowie weitere Eigenschaften zur Teilnahme an Verlusten wie unter den entsprechenden Kapitalregeln vorgesehen. Diese Zusätzlichen Tier-1-Anleihen wurden unter der neuen Genehmigung der Hauptversammlung 2014 emittiert und bedurften somit keiner angehängten Optionsscheine.

Die weiteren, ehemals emittierten hybriden Tier-1-Kapitalinstrumente (im Wesentlichen alle nicht kumulativen Vorzugsaktien) werden unter CRR/CRD 4-Vollumsetzungsregeln nicht mehr anerkannt – hauptsächlich, da sie über keinen Abschreibungs- oder Eigenkapitalwandlungsmechanismus verfügen. Allerdings werden sie während der CRR/CRD 4-Übergangsphase großteils als Zusätzliches Tier-1-Kapital (Additional Tier-1) und unter den CRR/CRD 4-Vollumsetzungsregeln als Tier-2 anerkannt. Während der Übergangsphase reduziert sich der maximal anerkennbare Betrag an Zusätzlichen Tier-1-Instrumenten ausgehend von Basel 2.5-konformen Emissionen zum 31. Dezember 2012 jeweils zum Jahresanfang um 10 % oder 1,3 Mrd € bis 2022. Zum 31. Dezember 2014 führte dies zu anrechenbaren Zusätzlichen Tier-1-Instrumenten in Höhe von 14,6 Mrd € (4,6 Mrd € der neu begebenen Zusätzlichen Tier-1-Anleihen sowie die noch übergangsweise anrechenbaren hybriden Tier-1-Instrumente von 10,0 Mrd €). Vier hybride Tier-1-Kapitalinstrumente mit einem Nominalbetrag von 2,7 Mrd € und einem anrechenbaren Betrag von 2,5 Mrd € wurden im ersten Halbjahr gekündigt. 8,6 Mrd € ehemals emittierter hybrider Tier-1-Instrumente können unter CRR/CRD 4-Vollumsetzung noch als Tier-2 angerechnet werden.

Die Kategorien der Tier-2-Kapitalinstrumente (nachrangige Verbindlichkeiten, Genussscheine, kumulative Vorzugsanteile) und deren Einteilung in Tier-2-Kapital erster und zweiter Klasse gemäß Basel 2.5 sind nach den CRR/CRD 4-Regeln nicht mehr anwendbar.

Die Summe unserer Tier-2-Kapitalinstrumente, die während der CRR/CRD 4-Übergangsphase anerkannt sind, betrug 4,9 Mrd € zum 31. Dezember 2014. Hiervon waren 0,4 Mrd € ehemals emittierter hybrider Tier-1-Instrumente als Tier-2-Kapital anerkannt. Dies entspricht dem Überschuss der ehemals emittierten hybriden Tier-1-Instrumente über dem Anrechnungsbetrag für Zusätzliches Tier-1-Kapital während der Übergangsphase („Spill-over“). Der Nominalbetrag der ursprünglichen Tier-2-Kapitalinstrumente (vor regulatorischen Abzügen) beträgt 6,6 Mrd €. Der Unterschied zum anrechenbaren Tier-2-Kapital während der CRR/CRD 4-Übergangsphase liegt hauptsächlich an der Berechnung der Restlaufzeit-Abschläge, aus denen sich eine lineare Ermäßigung des anrechenbaren Betrages eines Kapitalinstruments in den letzten fünf Laufzeitjahren ergibt. Seit dem 31. Dezember 2013 wurden fünfzehn Tier-2-Kapitalinstrumente mit einem Nominalvolumen von 3,3 Mrd € gekündigt.

Aufsichtsrechtliches Eigenkapital

Kapitaladäquanz

Seit dem 1. Januar 2014 wurden für die Ermittlung unseres aufsichtsrechtlichen Eigenkapitals die Kapitalanforderungen gemäß der „Verordnung (EU) Nr. 575/2013 über Aufsichtsanforderungen an Kreditinstitute und Wertpapierfirmen“ (Capital Requirements Regulation oder „CRR“) und die „Richtlinie 2013/36/EU über den Zugang zur Tätigkeit von Kreditinstituten und die Beaufsichtigung von Kreditinstituten und Wertpapierfirmen“ (Capital Requirements Directive 4 oder „CRD 4“), die in deutsches Recht Eingang gefunden haben, berücksichtigt. Die Informationen in diesem Kapitel und im Kapitel „Entwicklung der risikogewichteten Aktiva“ basieren auf der aufsichtsrechtlichen Konsolidierung.

Dieser Abschnitt bezieht sich auf die Kapitaladäquanz der für bankaufsichtsrechtliche Meldezwecke konsolidierten Institutsgruppe gemäß CRR und deutschem Kreditwesengesetz (KWG). Davon ausgenommen sind Versicherungsgesellschaften oder Unternehmen außerhalb des Finanzsektors. Unsere Versicherungsgesellschaften werden in eine zusätzliche, für Finanzkonglomerate geltende Berechnung der Kapitaladäquanz nach der deutschen Finanzkonglomerate-Solvabilitätsverordnung (auch „Solvabilitätsspanne“) einbezogen. Unsere Solvabilitätsspanne als Finanzkonglomerat wird weiterhin von unseren Bankaktivitäten dominiert.

Vor dem Hintergrund der oben dargestellten rechtlichen Grundlagen basieren die folgenden Informationen auf den bankaufsichtsrechtlichen Regeln der Konsolidierung.

Das gesamte aufsichtsrechtliche Eigenkapital nach den per Jahresende 2014 geltenden Regelungen bestand aus Tier-1- und Tier-2-Kapital (T2). Tier-1-Kapital bestand aus dem Tier-1-Kernkapital (CET 1) und dem Zusätzlichen Tier-1-Kapital (AT1).

Das Tier-1-Kernkapital bestand in erster Linie aus dem Stammkapital einschließlich Kapitalrücklagen, den Gewinnrücklagen sowie der kumulierten sonstigen erfolgsneutralen Eigenkapitalveränderung und berücksichtigt aufsichtsrechtliche Anpassungen (das heißt prudenzielle Filter und Abzüge).

Prudenzielle Filter für das Tier-1-Kernkapital gemäß Artikel 32 bis 35 CRR umfassten (i) verbriefte Vermögenswerte, (ii) Geschäfte zur Absicherung von Zahlungsströmen und Wertveränderungen eigener Verbindlichkeiten, (iii) nicht realisierte Gewinne und Verluste aus der Bilanzierung zum beizulegenden Zeitwert und (iv) zusätzliche Bewertungsanpassungen.

Für das Tier-1-Kernkapital geltende aufsichtsrechtliche Anpassungen führen zum Ausschluss (i) von immateriellen Vermögenswerten, (ii) von der künftigen Rentabilität abhängigen latenten Steueransprüchen, (iii) des Fehlbetrag zwischen Wertberichtigungen und erwartetem Verlust und (iv) der Vermögenswerte leistungsdefinierter Pensionsfonds.

Für bestimmte Abzugspositionen existieren Ausnahmeregelungen oder Abzugsalternativen. Investitionen in das Kapital (CET 1, AT1, T2) von Unternehmen in der Finanzbranche, an denen ein Institut keine wesentliche Beteiligung hält (insbesondere, wenn die Beteiligung weniger als 10 % von deren Tier-1-Kernkapital beträgt), müssen von der entsprechenden Kapitalkomponente (CET 1, AT1, T2) in Abzug gebracht werden. Der Abzug erfolgt in dem Umfang, dass die Summe dieser Beteiligungen 10 % des Tier-1-Kernkapitals des Instituts übersteigt. Der Betrag unterhalb der 10 %-Schwelle ist mit einem Risikogewicht zu versehen. Wesentliche Beteiligungen an Tier-1-Kernkapital-Instrumenten von Unternehmen in der Finanzbranche (über oder gleich 10 % von deren Tier-1-Kernkapital) und von der künftigen Rentabilität abhängige latente Steueransprüche, die aus temporären Differenzen resultieren, können vom Abzug ausgenommen werden, wenn diese Posten insgesamt weniger oder höchstens 15 % des entsprechenden Tier-1-Kernkapitals betragen. Der anrechenbare Betrag, der in die 15 %-Schwellenwert-Ausnahmeregelung einbezogen wird, umfasst Beträge, die bis zu 10 % des relevanten Tier-1-Kernkapitals für die oben genannten Beteiligungen am Kapital an Unternehmen der Finanzbranche und von der künftigen Rentabilität abhängige latente Steueransprüche, die aus temporären Differenzen resultieren, betragen. Alle Posten, die nicht in Abzug gebracht werden (insbesondere Beträge unter der Schwelle), erhalten ein Risikogewicht von 250 %. Kapitalbeteiligungen an Versicherungsgesellschaften, die als Unternehmen der Finanzbranche einzuordnen sind, können vom Abzug für die Berechnung der Solvabilitätsspanne für das Finanzkonglomerat in Übereinstimmung mit der Finanzkonglomerate-Richtlinie ausgenommen werden. Der Betrag, der nicht in Abzug gebracht wird, erhält ein Risikogewicht entsprechend den anwendbaren Regeln für das Anlage- und Handelsbuch. Darüber hinaus können Institutionen Abzugsalternativen für Positionswerte bestimmter Posten (beispielsweise Verbriefungspositionen im Anlagebuch) wählen, denen andernfalls ein Risikogewicht von 1.250 % zuzuordnen ist.

Weitere aufsichtsrechtliche Anpassungen gelten für alle Kapitalkomponenten: (i) direkte, indirekte und synthetische Positionen in eigenen Kapitalinstrumenten, (ii) Beteiligungen am Kapital von Unternehmen in der Finanzbranche, an denen das Institut eine Überkreuzbeteiligung hält, und (iii) Beteiligungen am Kapital von Unternehmen in der Finanzbranche. Alle Abzüge für Beteiligungen am Kapital von Unternehmen in der Finanzbranche werden von der Kapitalkomponente vorgenommen, für die sie sich qualifizieren, wenn sie von der Bank selbst ausgegeben worden wären.

Während der Übergangsphase sind zusätzliche bestimmte aufsichtsrechtliche Anpassungen anzuwenden. Der Abzugsbetrag für Tier-1-Kernkapital-Instrumente kann unterteilt werden in Abzüge gemäß den neuen Regeln (das heißt, der anwendbare Prozentsatz, „Phase-in“-Rate in 2014 beträgt 20 %) und einen Restbetrag, für den spezifische Übergangsregeln gelten, die einen Ersatz zu den vorherigen nationalen Behandlungen darstellen. Für den Restbetrag der Tier-1-Kernkapital-Abzugsbeträge sind verschiedene Handhabungen im Einsatz. Der Restbetrag von immateriellen Vermögenswerten und direkte Positionen in eigenen Tier-1-Kernkapital-

Instrumenten werden vom Tier-1-Kapital abgezogen. Die Restbeträge für den Fehlbetrag zwischen Wertberichtigungen und erwartetem Verlust sowie direkt gehaltene Positionen in wesentlichen Beteiligungen und unwesentlichen Beteiligungen an Unternehmen der Finanzbranche werden hälftig vom Tier-1- und Tier-2-Kapital in Abzug gebracht.

Zusätzliches Tier-1-Kapital besteht aus den Instrumenten des Zusätzlichen Tier-1-Kapitals und den damit verbundenen Agiobeträgen sowie den Minderheitsanteilen, die sich für das konsolidierte Zusätzliche Tier-1-Kapital qualifizieren, und berücksichtigt zudem aufsichtsrechtliche Anpassungen. Um die Anforderungen an die aufsichtsrechtliche Anerkennung als Zusätzliches Tier-1-Kapital unter CRR/CRD 4 zu erfüllen, müssen die Instrumente verlusttragende Eigenschaften aufweisen, um durch Umwandlung in Stammaktien oder eine Abschreibungsregelung Verluste bei einem Auslöseereignis auffangen zu können. Das Auslöseereignis für eine solche Umwandlung oder Abschreibungsregelung liegt vor, wenn die Tier-1-Kernkapitalquote unter die Schwelle von 5,125 % fällt. Darüber hinaus müssen die Instrumente weitere verlusttragende Eigenschaften vorweisen; unter anderem müssen die Instrumente zeitlich unbefristet sein (das heißt nicht datiert oder mit Tilgungsanreiz ausgestattet) und das Institut muss jederzeit die volle Verfügungsfreiheit über die Dividenden-/Kuponzahlungen haben.

Das Tier-2-Kapital besteht aus den anrechenbaren Kapitalinstrumenten mit den damit verbundenen Agiobeträgen und nachrangigen langfristigen Darlehen, bestimmten Wertberichtigungen und den Tier-2-Minderheitsanteilen, die sich für das konsolidierte Tier-2-Kapital qualifizieren. Um die Anforderungen an die aufsichtsrechtliche Anerkennung als Tier-2-Kapitalinstrument oder nachrangiges Darlehen zu erfüllen, muss die Ursprungslaufzeit mindestens fünf Jahre betragen. Darüber hinaus sind anrechenbare Kapitalinstrumente unter anderem nicht auszustatten mit einem Tilgungsanreiz, einem Recht des Investors, Zahlungen zu beschleunigen, oder einem kreditsensitiven Dividendenmerkmal.

Für Kapitalinstrumente, die nicht mehr als Zusätzliches Tier-1- oder Tier-2-Kapital anerkannt werden, gelten Bestandsschutzregelungen während der Übergangsphase. Diese Instrumente unterliegen einem schrittweisen Auslaufen zwischen 2013 und 2022 mit einer Anerkennungsobergrenze von 80 % in 2014 und einer sinkenden Obergrenze von 10 % pro Jahr.

Basel 2.5-Solvabilitätskennzahlen

Unsere Vergleichszahlen zum Jahresende 2013 basieren auf den Basel 2.5-Bestimmungen. Die Hauptunterschiede bei der Berechnung des aufsichtsrechtlichen Kapitals gemäß dem CRR/CRD-Rahmenwerk beruhen auf einer engeren Definition aller Kapitalkomponenten und strengeren aufsichtsrechtlichen Anpassungen, die für die Berechnung der entsprechenden Kapitalkomponenten Anwendung finden.

Das Tier-1-Kernkapital unter Basel 2.5 bestand hauptsächlich aus Stammaktien einschließlich Kapitalrücklagen und Gewinnrücklagen. Unter den CRR/CRD 4-Übergangsregelungen erfolgt das schrittweise Auslaufen von Instrumenten, die nach den neuen Regeln nicht mehr anrechenbar sind. Dies stellt allerdings keine materiellen Veränderungen für die Stammaktien nach deutschem Recht dar.

Unter anderem enthielten aufsichtsrechtliche Anpassungen unter Basel 2.5 Posten, die zur Hälfte vom Tier-1- und Tier-2-Kapital abgezogen wurden, wie zum Beispiel Abzüge für Finanz- und Versicherungsunternehmen, an denen das Institut mehr als 10 % vom Kapital hält, den Fehlbetrag zwischen Wertberichtigungen und erwartetem Verlust oder Verbriefungspositionen, für die ein Risikogewicht von 1.250 % gilt. Diese Posten werden unter CRR/CRD 4, wie im oberen Abschnitt dargestellt, anders behandelt.

Andere aufsichtsrechtliche Anpassungen waren verbunden mit der Umkehrung von Eigenkapitaleffekten unter der Fair Value Option in Bezug auf finanzielle Verbindlichkeiten aufgrund von Veränderungen der eigenen Bonität. Die Umkehrung dieser Eigenkapitaleffekte ist auch unter CRR/CRD 4 implementiert und gilt des Weiteren für durch Veränderungen der eigenen Bonität bedingte Gewinne und Verluste aus zum beizulegenden Zeitwert bewerteten eigenen derivativen Verbindlichkeiten.

Unter Basel 2.5 bestand Zusätzliches Tier-1-Kapital aus verschiedenen hybriden Kapitalbestandteilen wie zum Beispiel nichtkumulativen Vorzugsanteilen („Noncumulative Trust Preferred Securities“). Abhängig von der Qualität unterlag der Betrag der hybriden Tier-1-Kapitalinstrumente bestimmten Grenzen. Diese Grenzen sind nicht in den CRR/CRD 4-Regeln implementiert. Kapitalinstrumente, die nicht mehr anrechenbar sind, unterliegen Übergangsregelungen.

Tier-2-Kapital umfasste in erster Linie kumulative Vorzugsanteile („Cumulative Trust Preferred Securities“), verschiedene Genussscheine, langfristige nachrangige Verbindlichkeiten sowie 45 % der unrealisierten Gewinne aus bestimmten börsennotierten Wertpapieren. Der Betrag von langfristigen nachrangigen Verbindlichkeiten, der im Tier-2-Kapital berücksichtigt werden durfte, war auf 50 % des Tier-1-Kapitals limitiert. Der Gesamtbetrag des Tier-2-Kapitals war auf 100 % des Tier-1-Kapitals begrenzt. Diese Grenzen sind nicht in den CRR/CRD 4-Regeln implementiert. Kapitalinstrumente, die nicht mehr anrechenbar sind, unterliegen Übergangsregelungen. Gemäß den CRR/CRD 4-Regeln tragen unrealisierte Gewinne nicht mehr zum Tier-2-Kapital bei.

Kapitalinstrumente

Eine Beschreibung der Hauptmerkmale der von der Deutschen Bank begebenen Instrumente des Tier-1-Kernkapitals, des Zusätzlichen Tier-1-Kapitals und des Tier-2-Kapitals ist auf der Website der Deutschen Bank im Internet unter https://www.deutsche-bank.de/ir/de/content/kapitalinstrumente_prospekte.htm veröffentlicht. Zusätzlich hat die Deutsche Bank die vollständigen Bedingungen im Zusammenhang mit allen Instrumenten des Tier-1-Kernkapitals, des Zusätzlichen Tier-1-Kapitals und des Tier-2-Kapitals auf dieser Website offengelegt.

Mindestkapitalanforderungen und zusätzliche Kapitalpuffer

Durch die Einführung von CRR/CRD 4 ergeben sich neben neuen Mindestkernkapitalanforderungen für den Finanzsektor auch noch neue Anforderungen, die eine Bildung von Kapitalpuffern verlangen. Diese müssen ebenfalls mit Tier-1-Kernkapital gebildet werden und dienen dazu, den Finanzsektor in Stresszeiten zu stärken. Der „Phase-in“, die schrittweise Berücksichtigung von aufsichtsrechtlichen Anpassungen der Mindestanforderung für Tier-1-Kernkapital beginnt in 2014, während er für die Kapitalpuffer in 2016 beginnt.

In 2013, unter Berücksichtigung von Basel 2.5, belief sich die Mindestanforderung für Tier-1-Kernkapital auf 2 % der risikogewichteten Aktiva (RWA). Unter der neuen Regelung von CRR/CRD 4 hat sich diese Mindestanforderung in 2014 signifikant auf 4 % erhöht und von 2015 an beträgt sie 4,5 % Tier-1-Kernkapital der RWA, was das Ende der Einführungsphase der minimalen Kapitalanforderungen in Bezug auf Tier-1-Kernkapital darstellt. Um die vollständige Mindestkapitalanforderung von 8 % zu erfüllen, kann auf bis zu 1,5 % Zusätzliches Tier-1-Kapital und bis zu 2 % Tier-2-Kapital zurückgegriffen werden. Die Deutsche Bank liegt bereits zum Jahresende 2014 über diesen Mindestkapitalanforderungen.

Die Nichteinhaltung der Mindestkapitalanforderungen kann Verfügungen und weitere Maßnahmen seitens der BaFin und der EZB nach sich ziehen, wie beispielsweise Dividendenzahlungen oder andere Gewinnausschüttungen auf das aufsichtsrechtliche Eigenkapital zu reduzieren oder auszusetzen. Diese könnten erhebliche Auswirkungen auf unsere Geschäftsaktivitäten haben. Wir haben 2014 die aufsichtsrechtlichen Kapitaladäquanzvorschriften eingehalten. Unsere Tochterunternehmen, die eigene aufsichtsrechtliche Mindesteigenkapitalvorgaben erfüllen müssen und wegen ihrer Immaterialität nicht in unseren aufsichtsrechtlichen Konsolidierungskreis einbezogen wurden, wiesen in 2014 in einem Fall eine geringfügige Kapitalunterdeckung von 16 Tsd € auf.

Neben diesen Mindestkapitalanforderungen müssen noch die bereits oben erwähnten Kapitalpuffer gebildet werden, die den Finanzsektor zusätzlich stärken sollen. Hierzu gibt es die Möglichkeit, diese in Stresszeiten abzubauen, um Verluste zu kompensieren, gleichwohl sie nicht als Mindestkapitalanforderungen klassifiziert sind. Der folgende Abschnitt gibt einen Überblick über die unterschiedlichen Kapitalpuffer.

Der Kapitalerhaltungspuffer ist konzipiert, um sicherzustellen, dass Institutionen Kapital außerhalb von Stresszeiten aufbauen, welches dazu dient, abgebaut zu werden, um Verluste in solchen Zeiten zu verringern und abzufedern. Die Höhe des Tier-1-Kernkapitals im Verhältnis zu den RWA für diesen Puffer beträgt 2,5 %. Der „Phase-in“ findet in Deutschland von 2016 bis 2019 in Schritten von 0,625 % statt. Als rechtliche Grundlage dient § 10c KWG, welcher die Umsetzung des Artikels 129 CRD 4 widerspiegelt. Dementsprechend ist der Kapitalerhaltungspuffer zum Jahresende 2014 noch nicht anzuwenden.

Der antizyklische Kapitalpuffer, eingeführt in § 10d KWG und §§ 33 bis 35 SolvV, basierend auf Artikel 135 bis 139 CRD 4, dient dem Zweck, ein exzessives Kreditwachstum in einer Volkswirtschaft zu vermeiden. Er wird angewendet, wenn exzessives Kreditwachstum zu einer Erhöhung des systemweiten Risikos in einer Volkswirtschaft führt. Er berechnet sich als gewichteter Durchschnitt der antizyklischen Kapitalpuffer jener Länder, in denen unsere relevanten kreditbezogenen Positionswerte getätigt wurden. Dieser Puffer kann zwischen 0 und 2,5 % Tier-1-Kernkapital der RWA variieren, in gegebenen Sonderfällen sogar höher, abhängig von den jeweiligen individuellen Anforderungen, die durch die unterschiedlichen nationalen Regulatoren festgelegt werden. Er wird auf Basis einer Übergangsregelung von 2016 bis 2019 eingeführt. Zum Jahresende 2014 war kein antizyklischer Kapitalpuffer relevant für die Deutsche Bank.

Der Puffer für global systemrelevante Institute (G-SII-Puffer), eingeführt durch § 10f KWG, basierend auf Artikel 131 (2), (4), (9) bis (18) CRD 4, befasst sich mit dem „too big too fail“-Problem, welches das höhere Risiko großer Finanzinstitute, das diese für die Volkswirtschaften im Falle eines Ausfalls aufgrund ihrer Größe, Wichtigkeit und Vernetzung darstellen, widerspiegelt. Um dem entgegenzutreten, werden Banken in Kategorien eingeteilt, die verschiedene Anforderungen an die Puffer widerspiegeln. Diese Gruppierung, welche auf einem System des Financial Stability Boards (FSB) basiert, wird aufgrund folgender Eigenschaften getroffen: Größe, Vernetzung im Finanzsektor, Ersetzbarkeit, Komplexität und globaler Aktivität. Der G-SII-Puffer hat zurzeit eine Bandbreite von 1 bis 2,5 % Tier-1-Kernkapital der RWA, abhängig von der oben erwähnten Systemrelevanz eines Instituts. Zusätzlich gibt es eine weitere, „leere“ Kategorie, welche eine Anforderung von 3,5 % reflektiert, mit dem Hintergrund, Institute davon abzuhalten, noch wichtiger für das System zu werden. Die Deutsche Bank ist momentan in der dritten Kategorie eingeordnet, basierend auf den Ergebnissen der Einordnung aus 2014, was zu einer Anforderung für diesen Puffer von 2 % Tier-1-Kernkapital der RWA führt. Mit der Einführung des Puffers für global systemrelevante Institute oder G-SII-Puffer ab 2016 wird die Deutsche Bank die betreffenden Eigenschaften, welche zur Einordnung geführt haben, auf ihrer Webseite veröffentlichen.

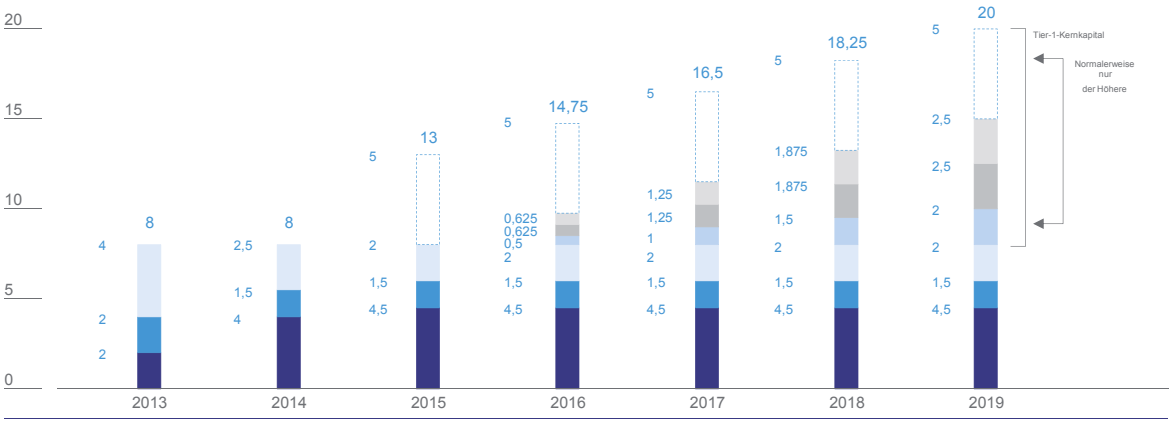
Eine weitere bevorstehende Anforderung, um dem „too big too fail“-Problem entgegenzutreten, ist die „Total Loss-Absorbing Capacity“ (TLAC), welche sich zurzeit noch im Abstimmungsprozess befindet. Das Ziel ist es, das Vorhandensein von adäquaten finanziellen Mitteln sicherzustellen, die im Falle einer Auflösung eines Instituts dazu dienen zu verhindern, dass der Steuerzahler belastet wird. Eine Einführung ist zurzeit für 2019 geplant. Die Deutsche Bank beobachtet die Entwicklung der TLAC kontinuierlich, um auf etwaige Anforderungen zeitnah reagieren zu können.

Zusätzlich zu den durch Basel eingeführten Kapitalpuffern können nationale Regulatoren einen systemischen Risikopuffer verlangen, um langanhaltendem nicht zyklischen systemischen und makroprudenziellen Risiko vorzubeugen und zu entschärfen. Sie können bis zu 5 % Tier-1-Kernkapital der RWA als Anforderung verlangen. Es ist zu beachten, dass normalerweise nur die höhere Anforderung dieses Puffers und des G-SII-Puffers umgesetzt werden muss. Zum Jahresende 2014 war dieser Puffer nicht relevant für die Deutsche Bank.

Die folgende Grafik präsentiert die Mindestkapitalanforderungen und Kapitalpuffer, welche nach CRR/CRD 4 für die Deutsche Bank relevant sind. Sie zeigt sowohl die für 2014 geltenden Regelungen als auch die ab 2015 geltenden. Die Tabelle zeigt die höchstmöglichen Anforderungen, die laut aktuellem Stand der CRD 4 und Umsetzung in deutsches Gesetz gelten, vor zusätzlichen Anforderungen als Folge des aufsichtlichen Überprüfungs- und Bewertungsprozesses (Supervisory Review and Evaluation Process, SREP). Gemäß SREP kann die EZB einzelnen Banken Eigenkapitalanforderungen auferlegen, die strenger als die gesetzlichen Anforderungen sind. Am 20. Februar 2015 hat die EZB uns mitgeteilt, dass wir verpflichtet sind, eine Tier-1-Kernkapitalquote von mindestens 10 % (basierend auf den Übergangsregelungen) zu jeder Zeit aufrecht zu erhalten.

Übersicht Mindestkapitalanforderungen und Kapitalpuffer

Kapitalanforderungen in % von RWA



- Systemischer Risiko-Puffer (0-5%)(kein phase-in)
- Antizyklischer Kapital-Puffer (0-2,5%)
- Kapitalerhaltungs-Puffer
- G-SII Puffer (1-2,5%) (zurzeit 2%)
- Tier-2-Kapital
- Zusätzliches Tier-1-Kapital
- Tier-1-Kernkapital

Behandlung von Jahresendgewinnen für die Solvabilitätsmeldung

Am 11. Februar 2015 haben wir die Solvabilitätsmeldung des Deutsche Bank-Konzerns zum 31. Dezember 2014 an die Aufsichtsbehörden im Einklang mit der Entscheidung (EU) (2015/4) der EZB vom 4. Februar 2015 eingereicht. Diese Entscheidung legt fest, unter welchen Bedingungen Kreditinstitute Zwischengewinne und Jahresendgewinne zum Tier-1-Kernkapital in Übereinstimmung mit Artikel 26 (2) CRR rechnen dürfen. Gemäß dieser Entscheidung haben wir zu diesem Zeitpunkt die Jahresendgewinne nicht zu unserem Tier-1-Kernkapital gerechnet, was zu folgenden Kapitalzahlen, RWA und Kapitalquoten geführt hat.

Zusammenfassung des aufsichtsrechtlichen Eigenkapitals, der RWA und Kapitalquoten gemäß CRR/CRD 4 ohne Jahresendgewinne und Basel 2.5 (testiert)

	31.12.2014		31.12.2013
In Mio €	CRR/CRD 4-Vollumsetzung	CRR/CRD 4	Basel 2.5
Tier-1-Kernkapital vor aufsichtsrechtlichen Anpassungen	65.270	65.694	53.558
Gesamte aufsichtsrechtliche Anpassungen des Tier-1-Kernkapitals	– 19.759	– 6.086	– 15.024
Tier-1-Kernkapital	**45.511**	**59.608**	38.534
Zusätzliches Tier-1-Kapital vor aufsichtsrechtlichen Anpassungen	4.676	14.696	12.701
Gesamte aufsichtsrechtliche Anpassungen des zusätzlichen Tier-1-Kapitals (AT1)	– 57	– 10.907	– 519
Zusätzliches Tier-1-Kapital	**4.619**	**3.789**	12.182
Tier-1-Kapital	**50.129**	**63.397**	50.717
Tier-2-Kapital vor aufsichtsrechtlichen Anpassungen	12.412	4.913	7.787
Gesamte aufsichtsrechtliche Anpassungen des Tier-2-Kapitals (T2)	– 36	– 523	– 3.040
Tier-2-Kapital	**12.376**	**4.390**	4.747
Aufsichtsrechtliches Eigenkapital insgesamt	**62.506**	**67.787**	55.464
Risikogewichtete Aktiva insgesamt	**393.757**	**396.468**	300.369
Kapitalquoten			
Tier-1-Kernkapital (als prozentualer Anteil der risikogewichteten Aktiva)	11,6	15,0	12,8
Tier-1-Kapital (als prozentualer Anteil der risikogewichteten Aktiva)	12,7	16,0	16,9
Aufsichtsrechtliches Eigenkapital (als prozentualer Anteil der risikogewichteten Aktiva)	15,9	17,1	18,5

Die Entscheidung (EU) (2015/4) der EZB ermöglicht die Anrechnung von Jahresendgewinnen im Tier-1-Kernkapital nach Abzug der Dividende, soweit diese offiziell vorgeschlagen oder vom Leitungsorgan beschlossen wurde.

Die Berechnungen von aufsichtsrechtlichem Eigenkapital und Kapitalquoten, die in diesem Bericht dargestellt sind, berücksichtigen die Jahresendgewinne nach Abzug einer Dividendenzahlung von 0,75 € je Aktie gemäß dem Vorschlag des Vorstands an den Aufsichtsrat und die Hauptversammlung.

Wesentliche Entwicklungen

— Die Tier-1-Kernkapitalquote (als Tier-1-Kapital ohne Hybridinstrumente unter Basel 2.5 bezeichnet) berechnet gemäß CRR/CRD 4 („Phase-in"-Rate von 20 %) betrug 15,2 % zum 31. Dezember 2014, verglichen mit 12,8 % zum Jahresende 2013 basierend auf Basel 2.5. Unsere Pro-forma-CRR/CRD 4 („Phase-in"-Rate von 0 %) Tier-1-Kernkapitalquote betrug 14,6 % zum Jahresende 2013.

— Das Tier-1-Kernkapital gemäß CRR/CRD 4 stieg um 21,6 Mrd € auf 60,1 Mrd € zum 31. Dezember 2014 an, verglichen mit 38,5 Mrd € Tier-1-Kernkapital zum Jahresende 2013 gemäß Basel 2.5. Die Umstellung auf das CRR/CRD 4-Rahmenwerk führte zu einem positiven Erstanwendungseffekt in Höhe von 10,4 Mrd € aufgrund der Anwendung einer „Phase-in"-Rate von 20 %, im Wesentlichen aufgrund der Behandlung von immateriellen Vermögenswerten von 9,2 Mrd €. Die Übergangsregeln gemäß CRR/CRD 4 erlauben es, bestimmte Kapitalabzugspositionen zuerst vom Zusätzlichen Tier-1-Kapital abzusetzen, um den Banken den Übergang bis zur Vollumsetzung der CRR/CRD 4-Regeln zu erleichtern. Der verbleibende Anstieg in Höhe von 11,1 Mrd € ist im Wesentlichen auf unsere Kapitalerhöhung aus genehmigtem Kapital gegen Bareinlagen mit einem Bruttoerlös von 8,5 Mrd € zurückzuführen.

— Das Zusätzliche Tier-1-Kapital gemäß CRR/CRD 4 sank um 8,4 Mrd € auf 3,8 Mrd € zum 31. Dezember 2014, verglichen mit 12,2 Mrd € Zusätzlichem Tier-1-Kapital zum Jahresende 2013 gemäß Basel 2.5. Wir hatten einen negativen Erstanwendungseffekt aufgrund der Umsetzung der CRR/CRD 4-Regeln in Höhe von 12,0 Mrd €, welcher im Wesentlichen aus Kapitalabzügen aus immateriellen Vermögenswerten von 9,2 Mrd € resultierte sowie aus ehemals emittierten hybriden Tier-1-Kapitalinstrumenten in Höhe von 2,2 Mrd €, die nicht mehr als Zusätzliches Tier-1-Kapital anrechenbar waren. Der negative Erstanwendungseffekt wurde teilweise ausgeglichen durch die Neuemission von „AT1-Notes", welche die CRR/CRD 4-Anforderungen erfüllen, in Höhe von 4,6 Mrd €.

— Das Tier-2-Kapital gemäß CRR/CRD 4 sank um 0,4 Mrd € auf 4,4 Mrd € zum 31. Dezember 2014, verglichen mit 4,7 Mrd € Tier-2-Kapital zum Jahresende 2013 gemäß Basel 2.5, primär aufgrund von fälligen und gekündigten Instrumenten sowie aufgrund von Restlaufzeitabschlägen, teilweise kompensiert durch Entlastung beim Abzug von Verbriefungspositionen und wesentlichen Beteiligungen an Unternehmen der Finanzbranche.

— Die risikogewichteten Aktiva sind im Jahresvergleich um 96 Mrd € von 300 Mrd € per 31. Dezember 2013 basierend auf Basel 2.5 auf 397 Mrd € per 31. Dezember 2014 gemäß CRR/CRD 4 gestiegen. Unsere risikogewichteten Aktiva gemäß Pro-forma-CRR/CRD 4-Berechnung betrugen zum Jahresende 2013 355 Mrd €. Der Anstieg reflektiert hauptsächlich den Effekt der Umstellung auf das CRR/CRD 4-Regelwerk einschließlich des Ansatzes von Risikoaktiva aus kreditbezogenen Bewertungsanpassungen (CVA) sowie höhere risikogewichtete Aktiva aus Kredit- und operationellen Risiken einschließlich der Effekte aus Bewegungen der Fremdwährungskurse. Teilweise gegenläufige Effekte resultierten aus Risikoreduzierungsaktivitäten und dem Verkauf von Aktiva.

Zusammenfassung des aufsichtsrechtlichen Eigenkapitals, der RWA und Kapitalquoten gemäß CRR/CRD 4 und Basel 2.5 (testiert)

		31.12.2014	31.12.2013
in Mio €	CRR/CRD 4-Vollumsetzung	CRR/CRD 4	Basel 2.5
Tier-1-Kernkapital vor aufsichtsrechtlichen Anpassungen	65.750	66.175	53.558
Gesamte aufsichtsrechtliche Anpassungen des Tier-1-Kernkapitals	– 19.674	– 6.072	– 15.024
Tier-1-Kernkapital	**46.076**	**60.103**	38.534
Zusätzliches Tier-1-Kapital vor aufsichtsrechtlichen Anpassungen	4.676	14.696	12.701
Gesamte aufsichtsrechtliche Anpassungen des zusätzlichen Tier-1-Kapitals (AT1)	– 57	– 10.902	– 519
Zusätzliches Tier-1-Kapital	**4.619**	**3.794**	12.182
Tier-1-Kapital	**50.695**	**63.898**	50.717
Tier-2-Kapital vor aufsichtsrechtlichen Anpassungen	12.412	4.891	7.787
Gesamte aufsichtsrechtliche Anpassungen des Tier-2-Kapitals (T2)	– 36	– 496	– 3.040
Tier-2-Kapital	**12.376**	**4.395**	4.747
Aufsichtsrechtliches Eigenkapital insgesamt	**63.072**	**68.293**	55.464
Risikogewichtete Aktiva insgesamt	**393.969**	**396.648**	300.369
Kapitalquoten			
Tier-1-Kernkapital (als prozentualer Anteil der risikogewichteten Aktiva)	11,7	15,2	12,8
Tier-1-Kapital (als prozentualer Anteil der risikogewichteten Aktiva)	12,9	16,1	16,9
Aufsichtsrechtliches Eigenkapital (als prozentualer Anteil der risikogewichteten Aktiva)	16,0	17,2	18,5

Zusammenfassung des aufsichtsrechtlichen Eigenkapitals, der RWA und Kapitalquoten gemäß Pro-forma-CRR/CRD 4 (nicht testiert)

		31.12.2013
in Mio €	Pro-forma-CRR/CRD 4-Vollumsetzung	Pro-forma-CRR/CRD 4
Tier-1-Kernkapital vor aufsichtsrechtlichen Anpassungen	53.846	53.557
Gesamte aufsichtsrechtliche Anpassungen des Tier-1-Kernkapitals	– 19.850	– 1.824
Tier-1-Kernkapital	33.995	51.733
Zusätzliches Tier-1-Kapital vor aufsichtsrechtlichen Anpassungen	0	11.741
Gesamte aufsichtsrechtliche Anpassungen des zusätzlichen Tier-1-Kapitals (AT1)	0	– 12.785
Zusätzliches Tier-1-Kapital	0	0
Tier-1-Kapital	33.995	51.733
Tier-2-Kapital vor aufsichtsrechtlichen Anpassungen	14.291	6.085
Gesamte aufsichtsrechtliche Anpassungen des Tier-2-Kapitals (T2)	– 107	– 906
Tier-2-Kapital	14.184	5.179
Aufsichtsrechtliches Eigenkapital insgesamt	48.179	56.912
Risikogewichtete Aktiva insgesamt	350.143	355.127
Kapitalquoten		
Tier-1-Kernkapital (als prozentualer Anteil der risikogewichteten Aktiva)	9,7	14,6
Tier-1-Kapital (als prozentualer Anteil der risikogewichteten Aktiva)	9,7	14,6
Aufsichtsrechtliches Eigenkapital (als prozentualer Anteil der risikogewichteten Aktiva)	13,8	16,0

Überleitung der konsolidierten Bilanz nach IFRS zur aufsichtsrechtlichen Bilanz (nicht testiert)

	31.12.2014			31.12.2013			
in Mio €	Konzernbilanz lt. Konzernabschluss	Dekonsolidierung/Konsolidierung von Gesellschaften	Aufsichtsrechtliche Konzernbilanz	Konzernbilanz lt. Konzernabschluss	Konsolidierungsentscheidung von Gesellschaften	Aufsichtsrechtliche Konzernbilanz	Referenzen[1]
Aktiva:							
Barreserve	20.055	−246	19.809	17.155	−318	16.836	
Verzinsliche Einlagen bei Kreditinstituten	63.518	−1.358	62.160	77.984	−838	77.146	
Forderungen aus übertragenen Zentralbankeinlagen und aus Wertpapierpensionsgeschäften (Reverse Repos)	17.796	0	17.796	27.363	0	27.363	
Forderungen aus Wertpapierleihen	25.834	−11	25.823	20.870	−15	20.855	
Zum beizulegenden Zeitwert bewertete finanzielle Vermögenswerte							
Handelsaktiva	195.681	−7.846	187.835	210.070	−9.921	200.149	
Positive Marktwerte aus derivativen Finanzinstrumenten	629.958	421	630.379	504.590	779	505.369	
Zum beizulegenden Zeitwert klassifizierte finanzielle Vermögenswerte	117.285	−12.490	104.795	184.597	−11.985	172.611	
Zum beizulegenden Zeitwert bewertete finanzielle Vermögenswerte insgesamt	942.924	−19.915	923.009	899.257	−21.128	878.129	
Zur Veräußerung verfügbare finanzielle Vermögenswerte	64.297	434	64.731	48.326	−2.738	45.588	
Nach der Equitymethode bilanzierte Beteiligungen	4.143	−218	3.925	3.581	−195	3.386	h
davon: Geschäfts- oder Firmenwert	430	0	430	25	0	25	e
Forderungen aus dem Kreditgeschäft	405.612	−3.348	402.264	376.582	−7.413	369.168	
Sachanlagen	2.909	−193	2.716	4.420	−166	4.254	
Geschäfts- oder Firmenwert und sonstige immaterielle Vermögenswerte	14.951	−1.817	13.134	13.932	−1.943	11.990	e
Sonstige Aktiva	137.980	−1.027	136.953	112.539	4.200	116.739	
davon: Vermögenswerte leistungsdefinierter Pensionsfonds	961	0	961	639	0	639	g
Steuerforderungen aus laufenden Steuern	1.819	−115	1.704	2.322	−6	2.317	
Steuerforderungen aus latenten Steuern	6.865	−16	6.849	7.071	−83	6.987	f
Summe der Aktiva	**1.708.703**	**−27.832**	**1.680.872**	1.611.400	−30.643	1.580.758	
Passiva:							
Einlagen	532.931	4.823	537.754	527.750	5.167	532.917	
Verbindlichkeiten aus übertragenen Zentralbankeinlagen und aus Wertpapierpensionsgeschäften (Repos)	10.887	0	10.887	13.381	0	13.381	
Verbindlichkeiten aus Wertpapierleihen	2.339	−10	2.329	2.304	−12	2.292	
Zum beizulegenden Zeitwert bewertete finanzielle Verpflichtungen							
Handelspassiva	41.843	−200	41.643	55.804	−219	55.585	
Negative Marktwerte aus derivativen Finanzinstrumenten	610.202	603	610.805	483.428	1.512	484.941	
Zum beizulegenden Zeitwert klassifizierte finanzielle Verpflichtungen	37.131	−2.315	34.816	90.104	−2.307	87.797	
Investmentverträge	8.523	−8.523	0	8.067	−8.067	0	
Zum beizulegenden Zeitwert bewertete finanzielle Verpflichtungen insgesamt	697.699	−10.435	687.264	637.404	−9.081	628.323	
Sonstige kurzfristige Geldaufnahmen	42.931	−8.780	34.151	59.767	−11.784	47.983	
Sonstige Passiva	183.823	−12.628	171.195	163.595	13.639	149.956	
Rückstellungen	6.677	−81	6.596	4.524	−88	4.435	
Steuerverbindlichkeiten aus laufenden Steuern	1.608	−40	1.568	1.600	−45	1.556	
Steuerverbindlichkeiten aus latenten Steuern	1.175	−443	732	1.101	−331	769	
Langfristige Verbindlichkeiten	144.837	772	145.609	133.082	−1.057	132.025	
davon: Nachrangige Verbindlichkeiten[2]	6.392	0	6.392	9.117	13	9.131	j, k
Hybride Kapitalinstrumente[2]	10.573	516	11.089	11.926	455	12.380	j, k
Verpflichtung zum Erwerb Eigener Aktien	0	0	0	0	0	0	
Summe der Verbindlichkeiten	**1.635.481**	**−26.308**	**1.609.173**	1.556.434	30.416	1.526.019	

in Mio €	31.12.2014 Konzernbilanz lt. Konzernabschluss	31.12.2014 Dekonsolidierung/Konsolidierung von Gesellschaften	31.12.2014 Aufsichtsrechtliche Konzernbilanz	31.12.2013 Konzernbilanz lt. Konzernabschluss	31.12.2013 Konsolidierungsentscheidung von Gesellschaften	31.12.2013 Aufsichtsrechtliche Konzernbilanz	Referenzen[1]
Stammaktien, ohne Nennwert, rechnerischer Nominalwert 2,56 €	3.531	0	3.531	2.610	0	2.610	a
Kapitalrücklage	33.626	– 5	33.621	26.204	– 12	26.192	a
Gewinnrücklagen	29.279	– 1.107	28.171	28.376	– 516	27.860	b
Eigene Aktien im Bestand zu Anschaffungskosten	– 8	0	– 8	– 13	0	– 13	a
Kumulierte sonstige erfolgsneutrale Eigenkapitalveränderung	1.923	– 306	1.617	– 2.457	418	– 2.039	c
Den Deutsche Bank-Aktionären zurechenbares Eigenkapital	**68.351**	**– 1.419**	**66.932**	54.719	– 110	54.609	
Zusätzliche Eigenkapitalbestandteile	4.619	0	4.619	0	0	0	i
Anteile ohne beherrschenden Einfluss	253	– 105	148	247	– 117	130	d
Eigenkapital einschließlich Anteile ohne beherrschenden Einfluss	**73.223**	**– 1.523**	**71.699**	54.966	– 227	54.739	
Summe der Passiva	**1.708.703**	**– 27.832**	**1.680.872**	1.611.400	– 30.643	1.580.758	

[1] Referenzen ordnen die aufsichtsrechtlichen Bilanzpositionen, die zur Berechnung des aufsichtsrechtlichen Kapitals angegeben werden, in der Spalte „Referenzen“ in der Tabelle „Offenlegung des aufsichtsrechtlichen Eigenkapitals, der RWA und Kapitalquoten nach CRR/CRD 4 (nicht testiert) und Basel 2.5 (testiert)“ ein. Gegebenenfalls werden weitere detaillierte Informationen im jeweiligen Fußnotenreferenz-Abschnitt zur Verfügung gestellt.

[2] Anrechenbare Instrumente für Zusätzliches Tier-1-Kapital und Tier-2-Kapital sind in diesen Bilanzpositionen mit ihren Werten nach IFRS dargestellt.

Offenlegung des aufsichtsrechtlichen Eigenkapitals, der RWA und Kapitalquoten nach CRR/CRD 4 (nicht testiert) und Basel 2.5 (testiert)

in Mio €	31.12.2014 CRR/CRD 4-Vollumsetzung	31.12.2014 CRR/CRD 4	31.12.2013 Basel 2.5	Referenzen[1]
Tier-1-Kernkapital (CET 1): Instrumente und Rücklagen				
Kapitalinstrumente und Emissionsagiokonto	37.144	37.144	28.789	a
davon: Aktien[2]	37.144	37.144	28.789	a
Gewinnrücklagen	26.509	26.509	27.195	b
Kumulierte sonstige erfolgsneutrale Eigenkapitalveränderung, nach Steuern	1.617	1.923	−2.457	c
Fonds für allgemeine Bankrisiken	0	0	0	
Betrag der Posten im Sinne von Art. 484 (3) CRR zuzüglich der entsprechenden Emissionsagiokonten, deren Anrechnung im CET 1-Kapital ausläuft	N/A	0	N/A	
Staatliche Kapitalzuführungen mit Bestandsschutz bis 1. Januar 2018	N/A	N/A	N/A	
Anteile ohne beherrschenden Einfluss (zulässiger Betrag in konsolidiertem CET 1)	0	118	130	d
Von unabhängiger Seite geprüfte Zwischengewinne abzüglich aller vorhersehbaren Abgaben oder Dividenden[3]	481	481	−98	b
Tier-1-Kernkapital (CET 1) vor aufsichtsrechtlichen Anpassungen	**65.750**	**66.175**	53.558	
Tier-1-Kernkapital (CET 1): aufsichtsrechtliche Anpassungen				
Zusätzliche Bewertungsanpassungen (negativer Betrag)[4]	0	0	0	
Immaterielle Vermögenswerte (abzüglich der damit verbundenen Steuerverbindlichkeiten) (negativer Betrag)	−12.979	−2.596	−11.466	e
Von der künftigen Rentabilität abhängige latente Steueransprüche, ausgenommen diejenigen, die aus temporären Differenzen resultieren (abzüglich der damit verbundenen Steuerverbindlichkeiten, wenn die Bedingungen von Art. 38 (3) CRR erfüllt sind) (negativer Betrag)	−2.620	−524	N/A	f
Rücklagen aus Gewinnen oder Verlusten aus zeitwertbilanzierten Geschäften zur Absicherung von Zahlungsströmen	−181	−181	N/A	
Fehlbetrag zwischen Wertberichtigungen und erwartetem Verlust (negativer Betrag)	−712	−147	−430	
Anstieg des Eigenkapitals durch verbriefte Vermögenswerte (negativer Betrag)	0	0	0	
Durch Veränderungen der eigenen Bonität bedingte Gewinne oder Verluste aus zum beizulegenden Zeitwert bewerteten eigenen Verbindlichkeiten[5]	−544	−210	−1	
Vermögenswerte leistungsdefinierter Pensionsfonds (negativer Betrag)	−961	−192	N/A	g
Direkte, indirekte und synthetische Positionen des Instituts in eigenen Instrumenten des Tier-1-Kernkapitals (negativer Betrag)[6]	−54	−11	−3	
Direkte, indirekte und synthetische Positionen in Instrumenten des Tier-1-Kernkapitals von Unternehmen der Finanzbranche, die eine Überkreuzbeteiligung mit dem Institut eingegangen sind, die dem Ziel dient, dessen Eigenmittel künstlich zu erhöhen (negativer Betrag)	0	0	0	
Direkte, indirekte und synthetische Positionen des Instituts in Instrumenten des Tier-1-Kernkapitals von Unternehmen der Finanzbranche, an denen das Institut keine wesentliche Beteiligung hält (Betrag liegt über der 10 %-Schwelle und ist abzüglich anrechenbarer Verkaufspositionen) (negativer Betrag)[7]	0	0	0	
Direkte, indirekte und synthetische Positionen des Instituts in Instrumenten des Tier-1-Kernkapitals von Unternehmen der Finanzbranche, an denen das Institut eine wesentliche Beteiligung hält (Betrag liegt über der 10 %-Schwelle und ist abzüglich anrechenbarer Verkaufspositionen) (negativer Betrag)[8]	0	0	−1.589	
Forderungsbetrag aus folgenden Posten, denen ein Risikogewicht von 1.250 % zuzuordnen ist, wobei das Institut die Abzugsalternative wählt	0	0	−945	
davon:				
Qualifizierte Beteiligungen außerhalb des Finanzsektors (negativer Betrag)	0	0	0	
Verbriefungspositionen (negativer Betrag)	0	0	−945	
Vorleistungen (negativer Betrag)	0	0	N/A	
Von der künftigen Rentabilität abhängige latente Steueransprüche, die aus temporären Differenzen resultieren (über dem Schwellenwert von 10 % abzüglich der damit verbundenen Steuerverbindlichkeiten, wenn die Bedingungen von Art. 38 (3) CRR erfüllt sind) (negativer Betrag)	−78	−16	N/A	f
Betrag, der über dem Schwellenwert von 15 % liegt (negativer Betrag)	−1.199	−202	N/A	
davon:				
Direkte, indirekte und synthetische Positionen des Instituts in Instrumenten des Tier-1-Kernkapitals von Unternehmen der Finanzbranche, an denen das Institut eine wesentliche Beteiligung hält	−499	−84	N/A	h
Von der künftigen Rentabilität abhängige latente Steueransprüche, die aus temporären Differenzen resultieren	−700	−118	N/A	f
Verluste des laufenden Geschäftsjahres (negativer Betrag)	0	0	0	
Aufsichtsrechtliche Anpassungen des Tier-1-Kernkapitals in Bezug auf Beträge, die der Vor-CRR-Behandlung unterliegen	N/A	0	N/A	

in Mio €	CRR/CRD 4-Voll-umsetzung	31.12.2014 CRR/CRD 4	31.12.2013 Basel 2.5	Referenzen[1]
Aufsichtsrechtliche Anpassungen in Zusammenhang mit nicht realisierten Gewinnen und Verlusten gemäß Art. 467 und 468 CRR[9]	N/A	– 1.648	– 215	
Vom Tier-1-Kernkapital in Abzug zu bringender oder hinzuzurechnender Betrag in Bezug auf zusätzliche Abzugs- und Korrekturposten und gemäß der Vor-CCR-Behandlung erforderlicher Abzüge[10]	– 345	– 345	– 374	
Betrag der von den Posten des Zusätzlichen Tier-1-Kapitals in Abzug zu bringenden Posten, der das Zusätzliche Tier-1-Kapital des Instituts überschreitet (negativer Betrag)	0	0	0	
Sonstige aufsichtsrechtliche Anpassungen	0	0	0	
Gesamte aufsichtsrechtliche Anpassungen des Tier-1-Kernkapitals (CET 1)	**– 19.674**	**– 6.072**	– 15.024	
Tier-1-Kernkapital (CET 1)	**46.076**	**60.103**	38.534	
Zusätzliches Tier-1-Kapital (AT1): Instrumente				
Kapitalinstrumente und Emissionsagiokonto	4.676	4.676	12.701	i
davon:				
Gemäß anwendbaren Rechnungslegungsstandards als Eigenkapital eingestuft	4.676	4.676	0	i
Gemäß anwendbaren Rechnungslegungsstandards als Passiva eingestuft	0	0	12.701	
Betrag der Posten im Sinne von Art. 484 (4) CRR zuzüglich der entsprechenden Emissionsagiokonten, deren Anrechnung im AT1-Kapital ausläuft	N/A	10.021	N/A	j
Staatliche Kapitalzuführungen mit Bestandsschutz bis 1. Januar 2018	N/A	N/A	N/A	
Zum konsolidierten zusätzlichen Tier-1-Kapital zählende Instrumente des qualifizierten Tier-1-Kapitals, die von Tochterunternehmen begeben worden sind und von Drittparteien gehalten werden	0	0	0	
davon: von Tochterunternehmen begebene Instrumente, deren Anrechnung ausläuft	N/A	0	N/A	
Zusätzliches Tier-1-Kapital (AT1) vor aufsichtsrechtlichen Anpassungen	**4.676**	**14.696**	12.701	
Zusätzliches Tier-1-Kapital (AT1): aufsichtsrechtliche Anpassungen				
Direkte, indirekte und synthetische Positionen des Instituts in eigenen Instrumenten des zusätzlichen Tier-1-Kapitals (negativer Betrag)[11]	– 57	– 57	– 519	i
Direkte, indirekte und synthetische Positionen in Instrumenten des zusätzlichen Tier-1-Kapitals von Unternehmen der Finanzbranche, die eine Überkreuzbeteiligung mit dem Institut eingegangen sind, die dem Ziel dient, dessen Eigenmittel künstlich zu erhöhen (negativer Betrag)	0	0	0	
Direkte, indirekte und synthetische Positionen des Instituts in Instrumenten des zusätzlichen Tier-1-Kapitals von Unternehmen der Finanzbranche, an denen das Institut keine wesentliche Beteiligung hält (Betrag liegt über der 10 %-Schwelle und ist abzüglich anrechenbarer Verkaufspositionen) (negativer Betrag)[7]	0	0	0	
Direkte, indirekte und synthetische Positionen des Instituts in Instrumenten des zusätzlichen Tier-1-Kapitals von Unternehmen der Finanzbranche, an denen das Institut eine wesentliche Beteiligung hält (Betrag liegt über der 10 %-Schwelle und ist abzüglich anrechenbarer Verkaufspositionen) (negativer Betrag)[8]	0	0	0	
Aufsichtsrechtliche Anpassungen des zusätzlichen Tier-1-Kapitals in Bezug auf Beträge, die der Vor-CRR-Behandlung und Behandlungen während der Übergangsphase unterliegen, für die Auslaufregelungen gemäß CRR gelten (d.h. CRR-Restbeträge)	N/A	0	N/A	
Vom zusätzlichen Tier-1-Kapital in Abzug zu bringende Restbeträge in Bezug auf vom Tier-1-Kernkapital in Abzug zu bringende Posten während der Übergangsphase gemäß Art. 472 CRR	N/A	– 10.845	N/A	
davon:				
Immaterielle Vermögenswerte (abzüglich der damit verbundenen Steuerverbindlichkeiten)	N/A	– 10.383	N/A	e
Fehlbetrag zwischen Wertberichtigungen und erwartetem Verlust	N/A	– 294	N/A	
Direkte, indirekte und synthetische Positionen des Instituts in Instrumenten des Tier-1-Kernkapitals von anderen Unternehmen der Finanzbranche, an denen das Institut eine wesentliche Beteiligung hält	N/A	– 168	N/A	
Vom zusätzlichen Tier-1-Kapital in Abzug zu bringende Restbeträge in Bezug auf vom Tier-2-Kapital in Abzug zu bringende Posten während der Übergangsphase gemäß Art. 475 CRR	N/A	0	N/A	
Vom zusätzlichen Tier-1-Kapital in Abzug zu bringender oder hinzuzurechnender Betrag in Bezug auf zusätzliche Abzugs- und Korrekturposten und gemäß der Vor-CRR-Behandlung erforderliche Abzüge	N/A	0	N/A	
Betrag der von den Posten des Tier-2-Kapitals in Abzug zu bringenden Posten, der das Tier-2-Kapital des Instituts überschreitet (negativer Betrag)	0	0	0	
Gesamte aufsichtsrechtliche Anpassungen des zusätzlichen Tier-1-Kapitals (AT1)[12]	**– 57**	**– 10.902**	– 519	
Zusätzliches Tier-1-Kapital (AT1)	**4.619**	**3.794**	12.182	
Tier-1-Kapital (T1 = CET 1 + AT1)[13]	**50.695**	**63.898**	50.717	

in Mio €	CRR/CRD 4-Voll-umsetzung	31.12.2014 CRR/CRD 4	31.12.2013 Basel 2.5	Referenzen[1]
Tier-2-Kapital (T2): Instrumente und Rücklagen				
Kapitalinstrumente und Emissionsagiokonto[14]	11.505	2.942	7.787	k
Betrag der Posten im Sinne von Art. 484 (5) CRR zuzüglich der entsprechenden Emissionsagiokonten, deren Anrechnung im T2-Kapital ausläuft	N/A	721	N/A	k
Staatliche Kapitalzuführungen mit Bestandsschutz bis 1. Januar 2018	N/A	N/A	N/A	
Zum konsolidierten Ergänzungskapital zählende qualifizierte Eigenmittelinstrumente, die von Tochterunternehmen begeben worden sind und von Drittparteien gehalten werden	908	1.228	0	k
davon: von Tochterunternehmen begebene Instrumente, deren Anrechnung ausläuft	N/A	0	N/A	
Kreditrisikoanpassungen	0	0	0	
Tier-2-Kapital (T2) vor aufsichtsrechtlichen Anpassungen	**12.412**	**4.891**	7.787	
Tier-2-Kapital (T2): aufsichtsrechtliche Anpassungen				
Direkte, indirekte und synthetische Positionen des Instituts in eigenen Instrumenten des Tier-2-Kapitals und nachrangigen Darlehen (negativer Betrag)[11]	−36	−34	−75	k
Direkte, indirekte und synthetische Positionen in Instrumenten des Tier-2-Kapitals und nachrangigen Darlehen von Unternehmen der Finanzbranche, die eine Überkreuzbeteiligung mit dem Institut eingegangen sind, die dem Ziel dient, dessen Eigenmittel künstlich zu erhöhen (negativer Betrag)	0	0	0	
Direkte, indirekte und synthetische Positionen des Instituts in Instrumenten des Tier-2-Kapitals und nachrangigen Darlehen von Unternehmen der Finanzbranche, an denen das Institut keine wesentliche Beteiligung hält (Betrag liegt über der 10 %-Schwelle und ist abzüglich anrechenbarer Verkaufspositionen) (negativer Betrag)[7]	0	0	0	
davon:				
Neue Positionen, die keinen Übergangsbestimmungen unterliegen	N/A	N/A	N/A	
Positionen, die vor dem 1. Januar 2013 bestanden und Übergangsbestimmungen unterliegen	N/A	N/A	N/A	
Direkte, indirekte und synthetische Positionen des Instituts in Instrumenten des Tier-2-Kapitals und nachrangigen Darlehen von Unternehmen der Finanzbranche, an denen das Institut eine wesentliche Beteiligung hält (abzüglich anrechenbarer Verkaufspositionen) (negativer Betrag)[8]	0	0	0	
Aufsichtsrechtliche Anpassungen des Tier-2-Kapitals (T2) in Bezug auf Beträge, die der Vor-CRR-Behandlung und Behandlungen während der Übergangsphase unterliegen, für die Auslaufregeln gemäß CRR gelten (d.h. CRR-Restbeträge)	N/A	0	N/A	
Vom Tier-2-Kapital in Abzug zu bringende Restbeträge in Bezug auf vom Tier-1-Kernkapital in Abzug zu bringende Posten während der Übergangsphase gemäß Art. 472 CRR	N/A	−462	N/A	
davon:				
Fehlbetrag zwischen Wertberichtigungen und erwartetem Verlust	N/A	−294	N/A	
Direkte, indirekte und synthetische Positionen des Instituts in Instrumenten des Tier-1-Kernkapitals von anderen Unternehmen der Finanzbranche, an denen das Institut eine wesentliche Beteiligung hält	N/A	−168	N/A	
Vom Tier-2-Kapital in Abzug zu bringende Restbeträge in Bezug auf vom zusätzlichen Tier-1-Kapital in Abzug zu bringende Posten während der Übergangsphase gemäß Art. 475 CRR	N/A	0	N/A	
davon:				
Überkreuzbeteiligungen an Instrumenten des zusätzlichen Tier-1-Kapitals	N/A	0	N/A	
Direkte Positionen in Kapitalinstrumenten von anderen Unternehmen der Finanzbranche, an denen das Institut keine wesentliche Beteiligung hält	N/A	0	N/A	
Vom Tier-2-Kapital in Abzug zu bringender oder hinzuzurechnender Betrag in Bezug auf zusätzliche Abzugs- und Korrekturposten und gemäß der Vor-CRR-Behandlung erforderliche Abzüge	0	0	−2.965	
Gesamte aufsichtsrechtliche Anpassungen des Tier-2-Kapitals (T2)	**−36**	**−496**	−3.040	
Tier-2-Kapital (T2)	**12.376**	**4.395**	4.747	
Aufsichtsrechtliches Eigenkapital insgesamt (TC = T1 + T2)	**63.072**	**68.293**	55.464	
Risikogewichtete Aktiva in Bezug auf Beträge, die der Vor-CRR-Behandlung und Behandlungen während der Übergangsphase unterliegen, für die Auslaufregelungen gemäß CRR gelten (d.h. CRR-Restbeträge)[15]	N/A	0	N/A	
davon:				
Nicht vom Tier-1-Kernkapital in Abzug zu bringende Posten (CRR-Restbeträge)	N/A	0	N/A	
Nicht von Posten des zusätzlichen Tier-1-Kapitals in Abzug zu bringende Posten (CRR-Restbeträge)	N/A	0	N/A	
Posten, die nicht vom T2 in Abzug gebracht werden (CRR-Restbeträge)	N/A	0	N/A	
davon:				
Indirekte und synthetische Positionen in eigenen T2-Instrumenten	N/A	0	N/A	
Indirekte und synthetische Positionen in Kapitalinstrumenten von anderen Unternehmen der Finanzbranche, an denen das Institut keine wesentliche Beteiligung hält	N/A	0	N/A	
Indirekte und synthetische Positionen in Kapitalinstrumenten von anderen Unternehmen der Finanzbranche, an denen das Institut eine wesentliche Beteiligung hält	N/A	0	N/A	

in Mio €	CRR/CRD 4-Voll-umsetzung	31.12.2014 CRR/CRD 4	31.12.2013 Basel 2.5	Referenzen[1]
Risikogewichtete Aktiva insgesamt	**393.969**	**396.648**	300.369	
davon:				
Kreditrisiko (einschließlich Abwicklungsrisiko)	241.475	244.155	202.219	
Kreditrisikobezogene Bewertungsanpassung (CVA)	21.203	21.203	N/A	
Marktrisiko	64.209	64.209	47.259	
Operationelles Risiko	67.082	67.082	50.891	
Kapitalquoten und -puffer				
Tier-1-Kernkapitalquote (als prozentualer Anteil der risikogewichteten Aktiva)	11,7	15,2	12,8	
Tier-1-Kapitalquote (als prozentualer Anteil der risikogewichteten Aktiva)	12,9	16,1	16,9	
Aufsichtsrechtliche Eigenkapitalquote insgesamt (als prozentualer Anteil der risikogewichteten Aktiva)	16,0	17,2	18,5	
Institutsspezifische Kapitalpufferanforderung (Mindestanforderungen an die Tier-1-Kernkapitalquote gemäß Art. 92 (1) (a) CRR zuzüglich eines Kapitalerhaltungspuffers und eines antizyklischen Kapitalpuffers, zuzüglich eines Systemrisikopuffers, zuzüglich des Puffers für systemrelevante Institute (G-SII- oder O-SII-Puffer), ausgedrückt als Prozentsatz der risikogewichteten Aktiva)[16]	9,0	4,0	N/A	
davon:				
Kapitalerhaltungspuffer	2,5	0,0	N/A	
Antizyklischer Kapitalpuffer[17]	N/A	N/A	N/A	
Systemrisikopuffer	0,0	0,0	N/A	
Puffer für globale systemrelevante Institute (G-SII) oder Puffer für sonstige systemrelevante Institute (O-SII)[18]	2,0	0,0	N/A	
Verfügbares Tier-1-Kapital für die Puffer (ausgedrückt als Prozentsatz der risikogewichteten Aktiva)[19]	6,9	9,2	N/A	
Beträge unterhalb der Schwellenwerte für Abzüge (vor Risikogewichtung)				
Direkte, indirekte und synthetische Positionen des Instituts in Kapitalinstrumenten von Unternehmen der Finanzbranche, an denen das Institut keine wesentliche Beteiligung hält (Betrag liegt unter der 10 %-Schwelle und ist abzüglich anrechenbarer Verkaufspositionen)[7]	3.148	3.148	N/A	
Direkte, indirekte und synthetische Positionen des Instituts in Instrumenten des harten Kernkapitals von Unternehmen der Finanzbranche, an denen das Institut eine wesentliche Beteiligung hält (Betrag liegt unter der 10 %-Schwelle und ist abzüglich anrechenbarer Verkaufspositionen)[8]	2.877	2.956	N/A	
Von der künftigen Rentabilität abhängige latente Steueransprüche, die aus temporären Differenzen resultieren (unter dem Schwellenwert von 10 % abzüglich der damit verbundenen Steuerverbindlichkeiten, wenn die Bedingungen von Art. 38 (3) CRR erfüllt sind)	4.035	4.146	N/A	
Anwendbare Obergrenzen für die Einbeziehung von Wertberichtigungen in Tier-2-Kapital				
Auf das Tier-2-Kapital anrechenbare Kreditrisikoanpassungen in Bezug auf Forderungen, für die der Standardansatz gilt (vor Anwendung der Obergrenze)	0	0	N/A	
Obergrenze für die Anrechnung von Kreditrisikoanpassungen auf das Tier-2-Kapital im Rahmen des Standardansatzes	454	454	N/A	
Auf das Tier-2-Kapital anrechenbare Kreditrisikoanpassungen in Bezug auf Forderungen, für die der auf internen Beurteilungen basierende Ansatz gilt (vor Anwendung der Obergrenze)	0	0	0	
Obergrenze für die Anrechnung von Kreditrisikoanpassungen auf das Tier-2-Kapital im Rahmen des auf internen Beurteilungen basierenden Ansatzes	991	991	894	
Kapitalinstrumente, für die Auslaufregelungen gelten				
Aktuelle Obergrenze für Instrumente des CET 1-Kapitals, für die Auslaufregelungen gelten	N/A	0	N/A	
Vom CET 1-Kapital aufgrund der Obergrenze ausgenommener Betrag (Betrag über Obergrenze nach Tilgungen und Fälligkeiten)	N/A	0	N/A	
Aktuelle Obergrenze für Instrumente des AT1-Kapitals, für die Auslaufregelungen gelten	N/A	10.021	N/A	
Vom AT1-Kapital aufgrund der Obergrenze ausgenommener Betrag (Überschuss über der Obergrenze nach Tilgungen und Fälligkeiten)	N/A	446	N/A	
Aktuelle Obergrenze für Instrumente des T2-Kapitals, für die Auslaufregelungen gelten	N/A	2.701	N/A	
Vom T2-Kapital aufgrund der Obergrenze ausgenommener Betrag (Überschuss über der Obergrenze nach Tilgungen und Fälligkeiten)	N/A	0	N/A	

N/A – nicht aussagekräftig

[1] Referenzen ordnen die aufsichtsrechtlichen Bilanzpositionen, die zur Berechnung des aufsichtsrechtlichen Kapitals angegeben werden, in der Spalte „Referenzen“ in der Tabelle „Überleitung der konsolidierten Bilanz nach IFRS zur aufsichtsrechtlichen Bilanz (nicht testiert)“ ein. Gegebenenfalls werden weitere detaillierte Informationen im jeweiligen Fußnotenreferenz-Abschnitt zur Verfügung gestellt.

[2] Basierend auf der Liste der EBA gemäß Artikel 26 (3) CRR.

[3] Enthält Jahresendgewinne nach Abzug einer Dividendenzahlung von 0,75 € je Aktie gemäß Vorschlag des Vorstands an den Aufsichtsrat und die Hauptversammlung. Für weitere Details verweisen wir auf unser Kapitel „Behandlung von Jahresendgewinnen für die Solvabilitätsmeldung“ in diesem Abschnitt.

[4] Der technische Regulierungsstandard der EBA wurde von der Europäischen Kommission noch nicht verabschiedet und veröffentlicht. Für weitere Details verweisen wir auf unser Kapitel „Vorsichtige Bewertung von zum beizulegenden Zeitwert bilanzierten Aktiva für regulatorische Zwecke“ im Abschnitt „Risikobericht – Marktrisiko aus Handelsaktivitäten“.

[5] Durch Veränderungen der eigenen Bonität bedingte Gewinne oder Verluste aus zum beizulegenden Zeitwert bewerteten eigenen Verbindlichkeiten gemäß Artikel 33 (1) (b) CRR sowie Gewinne und Verluste aus zum Zeitwert bilanzierten derivativen Verbindlichkeiten, die aus dem eigenen Kreditrisiko des Instituts gemäß Artikel 33 (1) (c) CRR resultieren.

[6] Ohne eigene Instrumente, die bereits im bilanziellen Ausweis der Kapitalinstrumente als Abzug berücksichtigt sind. Basel 2.5: Werte gemäß den Basel 2.5-Regeln (unter anderem nur direkte Beteiligungen).

[7] Basierend auf unserer gegenwärtigen Interpretation werden keine Abzüge erwartet. Basel 2.5: Werte gemäß den Basel 2.5-Regeln (unter anderem nur direkte Beteiligungen und Schwellenwert gemäß Basel 2.5).

[8] Basel 2.5: Werte gemäß den Basel 2.5-Regeln (unter anderem nur direkte Beteiligungen und Schwellenwert gemäß Basel 2.5).
[9] Basel 2.5: Werte gemäß den Basel 2.5-Regeln (unter anderem prudenzielle Filter nach der Konzernabschlussüberleitungsverordnung).
[10] Prudenzielle Filter für Fonds zur bauspartechnischen Absicherung und für Kapitaleffekte aus At-Equity-Bewertungen außerhalb des Finanzsektors.
[11] Basel 2.5: Werte gemäß den Basel 2.5-Regeln (unter anderem nur direkte Beteiligungen).
[12] Vom Zusätzlichen Tier-1-Kapital in Abzug zu bringende Posten, die das Zusätzliche Tier-1-Kapital übersteigen, werden vom Tier-1-Kernkapital abgezogen (enthalten in „Gesamte aufsichtsrechtliche Anpassungen des Tier-1-Kernkapitals (CET 1).
[13] Enthält stille Beteiligungen in Höhe von 16 Mio € zum 31. Dezember 2014 sowie in Höhe von 20 Mio € zum 31. Dezember 2013.
[14] Amortisationen werden berücksichtigt.
[15] Nicht enthalten sind die risikogewichteten Aktiva von Positionen im Handelsbuch, die der Behandlung während der Übergangsphase unterliegen (d.h. CRR-Restbeträge), da die Kalkulation der risikogewichteten Aktiva auf Portfolioebene erfolgt.
[16] Artikel 465 (1) CRR fordert eine Mindest-Kernkapitalquote von 4 % für den Zeitraum vom 1. Januar 2014 bis zum 31. Dezember 2014. Artikel 92 (1) (a) CRR fordert eine Mindest-Kernkapitalquote von 4,5 % ohne zusätzliche Kapitalpuffer für die Jahre nach dem zuvor genannten Zeitraum.
[17] Antizyklische Pufferraten sind noch nicht verfügbar.
[18] G-SII-Puffer gemäß der Veröffentlichung des Financial Stability Board im November 2014.
[19] Berechnet als Tier-1-Kernkapital abzüglich aller Tier-1-Kernkapitalposten, die zur Erfüllung der Tier-1-Kernkapital- und Gesamtkapitalanforderungen verwendet werden.

[a] Stammaktien, Kapitalrücklage und Eigene Aktien im Bestand sind aufsichtsrechtlich als Tier-1-Kernkapital anrechenbar.
[b] Die Position Gewinnrücklagen in der aufsichtsrechtlichen Konzernbilanz beinhaltet das den Deutsche Bank-Aktionären zurechenbare Konzernergebnis in Höhe von 1.663 Mio € (2013: 666 Mio €). Diese Komponente ist in der Position Gewinnrücklagen innerhalb dieser Tabelle zur Offenlegung des aufsichtsrechtlichen Eigenkapitals nicht enthalten und wird separat mit der Dividendenabgrenzung in Höhe von 1.182 Mio € (2013: 765 Mio €) in der Position „Von unabhängiger Seite geprüfte Zwischengewinne“ abzüglich aller vorhersehbaren Abgaben oder Dividenden ausgewiesen.
[c] Unterschiede zur aufsichtsrechtlichen Konzernbilanz beruhen auf prudentiellen Filtern für unrealisierte Gewinne und Verluste.
[d] Phase-out, das heißt das schrittweise Auslaufen von Anteilen ohne beherrschenden Einfluss, die nach den neuen Regeln nicht mehr anrechenbar sind, mit einem Prozentsatz von 80 % in 2014 (2013 Basel 2.5: N/A).
[e] Der aufsichtsrechtlich anrechenbare Betrag sind Geschäfts- oder Firmenwert und sonstige immaterielle Vermögenswerte in Höhe von 13.134 Mio € (2013: 11.990 Mio €) sowie Geschäfts- oder Firmenwert für nach der Equitymethode bilanzierte Beteiligungen in Höhe von 430 Mio € (2013: 25 Mio €), gemäß der aufsichtsrechtlichen Konzernbilanz, abzüglich Steuerverbindlichkeiten aus latenten Steuern für immaterielle Vermögenswerte in Höhe von 585 Mio € (2013: 548 Mio €). Die Abzüge vom Tier-1-Kernkapital werden mit einem Prozentsatz von 20 % stufenweise berücksichtigt. Der verbleibende Betrag wird vom Zusätzlichen Tier-1-Kapital abgezogen.
[f] Unterschiede zur aufsichtsrechtlichen Konzernbilanz beruhen auf aufsichtsrechtlichen Anpassungen gemäß Artikel 38 (2) bis (5) CRR (beispielsweise besondere Vorschriften zur Saldierung).
[g] Phase-in, das heißt die schrittweise Berücksichtigung von aufsichtsrechtlichen Anpassungen mit einem Prozentsatz von 20 % in 2014 (2013 Basel 2.5: N/A).
[h] Hua Xia Bank Company Limited ist unsere wesentliche nach der Equitymethode bilanzierte Beteiligung und stellt den Großteil der wesentlichen Beteiligungen an den Tier-1-Kernkapital-Instrumenten von Unternehmen des Finanzsektors, vorbehaltlich der Schwellenwert-Abzüge. Die Abzüge vom Tier-1-Kernkapital werden mit einem Prozentsatz von 20 % stufenweise berücksichtigt. Der verbleibende Betrag wird vom Zusätzlichen Tier-1-Kapital abgezogen.
[i] Zusätzliche Eigenkapitalbestandteile sind aufsichtsrechtlich als Zusätzliches Tier-1-Kapital anrechenbar.
[j] Unterschiede zur aufsichtsrechtlichen Konzernbilanz beruhen auf aufsichtsrechtlichen Anpassungen gemäß Artikel 51 bis 61 CRR (beispielsweise die aktuelle Obergrenze für Instrumente des Zusätzlichen Tier-1-Kapitals, für die Auslaufregelungen gelten).
[k] Unterschiede zur aufsichtsrechtlichen Konzernbilanz beruhen auf aufsichtsrechtlichen Anpassungen gemäß Artikel 62 bis 71 CRR (beispielsweise Restlaufzeit-Abschläge, Minderheitenanteile).

In der folgenden Tabelle werden die wesentlichen Veränderungen in unserem Tier-1-Kernkapital, im Zusätzlichen Tier-1- und Tier-2-Kapital, basierend auf den aufsichtsrechtlich anrechenbaren Beträgen, jeweils von Jahresanfang bis Ende der Jahre 2014 und 2013 aufgeführt.

Entwicklung des aufsichtsrechtlichen Eigenkapitals

in Mio €	31.12.2014	31.12.2013
	CRR/CRD 4	Basel 2.5
Tier-1-Kernkapital – Anfangsbestand[1]	**38.534**	37.957
Stammaktien, Nettoeffekt	921	230
davon:		
Neue ausgegebene Aktien (+)	921	230
Eingezogene Aktien (–)	0	0
Kapitalrücklage	7.429	2.428
Gewinnrücklagen	1.077	−57
davon:		
Versicherungsmathematische Gewinne/Verluste (–) in Bezug auf leistungsdefinierte Versorgungszusagen, nach Steuern und Währungsumrechnung	5	−659
Den Deutsche Bank-Aktionären zurechenbares Konzernergebnis	1.663	666
Eigene Aktien im Bestand zu Anschaffungskosten, Nettoeffekt/(+) Verkauf (–) Kauf	6	47
Entwicklungen der kumulierten sonstigen erfolgsneutralen Eigenkapitalveränderungen	2.947	−1.121
davon:		
Anpassungen aus der Währungsumrechnung, nach Steuern	2.865	−1.121
Unrealisierte Gewinne und Verluste	0	0
Sonstige	82	0
Abgrenzung für Dividenden und AT1-Kupons	−1.182	−765
davon:		
Bruttodividende (Abzug)	−1.034	−765
Ausgegebene Aktien anstelle von Dividenden (Rückkauf)	0	0
Brutto AT1-Kupons (Abzug)	−148	0
Zusätzliche Bewertungsanpassungen	0	0
Immaterielle Vermögensgegenstände (abzüglich der damit verbundenen Steuerverbindlichkeiten)	8.870	113
darin: Erstanwendungseffekt der CRR/CRD 4-Regeln	9.173	N/A
Von der künftigen Rentabilität abhängige latente Steueransprüche (ausgenommen diejenigen, die aus temporären Differenzen resultieren)	−524	0
darin: Erstanwendungseffekt der CRR/CRD 4-Regeln	−441	N/A
Überschuss von erwarteten Verlusten über Risikovorsorge	283	9
darin: Erstanwendungseffekte der CRR/CRD 4-Regeln	231	N/A
Eliminierung der Wertänderungen wegen Veränderung des eigenen Kreditrisikos, nach Steuern	−209	1
darin: Erstanwendungseffekt der CRR/CRD 4-Regeln	−103	N/A
Vermögenswerte leistungsdefinierter Pensionsfonds	−192	N/A
darin: Erstanwendungseffekt der CRR/CRD 4-Regeln	−133	N/A
Direkte, indirekte und synthetische Positionen des Instituts in Instrumenten des Tier-1-Kernkapitals von anderen Unternehmen der Finanzbranche, an denen das Institut eine wesentliche Beteiligung hält	1.505	−96
darin: Erstanwendungseffekt der CRR/CRD 4-Regeln	1.469	N/A
Verbriefungspositionen, nicht in den risikogewichteten Aktiva enthalten	945	7
darin: Erstanwendungseffekte der CRR/CRD 4-Regeln	945	N/A
Von der künftigen Rentabilität abhängige latente Steueransprüche, die aus temporären Differenzen resultieren (Betrag, der über den Schwellenwerten von 10 % und 15 % liegt, abzüglich der damit verbundenen Steuerverbindlichkeiten, für die die Bedingungen in Art. 38 (3) CRR erfüllt sind)	−133	0
darin: Erstanwendungseffekte der CRR/CRD 4-Regeln	−474	N/A
Sonstiges, inklusive aufsichtsrechtlicher Anpassungen	−174	−218
darin: Erstanwendungseffekte der CRR/CRD 4-Regeln	−226	N/A
Tier-1-Kernkapital – Endbestand	**60.103**	38.534

in Mio €	31.12.2014	31.12.2013
	CRR/CRD 4	Basel 2.5
Zusätzliches Tier-1-Kapital – Anfangsbestand[1]	**12.182**	12.526
Neue, im zusätzlichen Tier-1-Kapital anrechenbare Emissionen	4.619	0
Fällige und gekündigte Instrumente	– 2.512	0
Übergangsbestimmungen	– 11.292	N/A
davon:		
Vom Zusätzlichen Tier-1-Kapital aufgrund der Obergrenze ausgenommener Betrag	– 446	N/A
Immaterielle Vermögenswerte (abzüglich der damit verbundenen Steuerverbindlichkeiten)	– 10.383	N/A
Fehlbetrag zwischen Wertberichtigungen und erwartetem Verlust	– 294	N/A
Direkte, indirekte und synthetische Positionen des Instituts in Instrumenten des Tier-1-Kernkapitals von anderen Unternehmen der Finanzbranche, an denen das Institut eine wesentliche Beteiligung hält	– 168	N/A
darin: Erstanwendungseffekte der CRR/CRD 4-Regeln	– 11.972	N/A
Sonstiges inklusive aufsichtsrechtlicher Anpassungen	797	– 344
Zusätzliches Tier-1-Kapital – Endbestand	**3.794**	12.182
Tier-1-Kapital insgesamt	**63.898**	50.717
Tier-2-Kapital – Anfangsbestand[1]	**4.747**	6.532
Neue, im Tier-2-Kapital anrechenbare Emissionen	83	1.088
Fällige und gekündigte Instrumente	– 1.615	– 965
Abschreibungskorrekturen	– 1.502	– 1.871
Übergangsbestimmungen	2.949	N/A
davon:		
Berücksichtigung des vom Zusätzlichen Tier-1-Kapital aufgrund der Obergrenze ausgenommenen Betrags	446	N/A
Vom Tier-2-Kapital in Abzug zu bringender oder hinzurechnender Betrag in Bezug auf zusätzliche Abzugs- und Korrekturposten und gemäß der Vor-CRR-Behandlung erforderliche Abzüge	2.965	N/A
Fehlbetrag zwischen Wertberichtigungen und erwartetem Verlust	– 294	N/A
Direkte, indirekte und synthetische Positionen des Instituts in Instrumenten des Tier-1-Kernkapitals von anderen Unternehmen der Finanzbranche, an denen das Institut eine wesentliche Beteiligung hält	– 168	N/A
Sonstiges inklusive aufsichtsrechtlicher Anpassungen	– 268	– 37
Tier-2-Kapital – Endbestand	**4.395**	4.747
Aufsichtsrechtliches Eigenkapital insgesamt	**68.293**	55.464

N/A – Nicht aussagekräftig
[1] Der Anfangsbestand für beide Perioden bezieht sich auf Basel 2.5-Werte.

Überleitung vom bilanziellen Eigenkapital auf das aufsichtsrechtliche Eigenkapital

in Mio €	31.12.2014 CRR/CRD 4	31.12.2013 Basel 2.5
Eigenkapital per Bilanzausweis	**68.351**	54.719
Dekonsolidierung/Konsolidierung von Gesellschaften	−1.419	−110
Davon:		
Kapitalrücklage	−5	−12
Gewinnrücklage	−1.107	−516
Kumulierte sonstige erfolgsneutrale Eigenkapitalveränderung, nach Steuern	−306	418
Eigenkapital in der aufsichtsrechtlichen Bilanz	**66.932**	54.609
Anteile ohne beherrschenden Einfluss unter Anwendung der Übergangsregeln	118	130
Abgrenzung für Dividenden und AT1-Kupons	−1.182	−765
Umkehreffekt der Dekonsolidierung/Konsolidierung von kumulierten sonstigen erfolgsneutralen Eigenkapitalveränderungen nach Steuern während der Übergangsphase	306	−418
Tier-1-Kernkapital vor aufsichtsrechtlichen Anpassungen	**66.175**	53.556
Prudenzielle Filter	−2.039	−216
davon:		
Zusätzliche Bewertungsanpassungen	0	0
Anstieg des Eigenkapitals durch verbriefte Vermögenswerte	0	0
Rücklagen aus Gewinnen oder Verlusten aus zeitwertbilanzierten Geschäften zur Absicherung von Zahlungsströmen und durch Veränderungen der eigenen Bonität bedingte Gewinne oder Verluste aus zum beizulegenden Zeitwert bewerteten eigenen Verbindlichkeiten	−391	−1
Aufsichtsrechtliche Anpassungen in Zusammenhang mit nicht realisierten Gewinnen und Verlusten gemäß Art. 467 und 468 CRR	−1.648	−215
Aufsichtsrechtliche Anpassungen	−4.032	−14.807
davon:		
Immaterielle Vermögenswerte (abzüglich der damit verbundenen Steuerverbindlichkeiten)	−2.596	−11.466
Von der künftigen Rentabilität abhängige latente Steueransprüche	−657	N/A
Fehlbetrag zwischen Wertberichtigungen und erwartetem Verlust	−147	−430
Vermögenswerte leistungsdefinierter Pensionsfonds	−192	N/A
Direkte, indirekte und synthetische Positionen des Instituts in Instrumenten des Tier-1-Kernkapitals von anderen Unternehmen der Finanzbranche, an denen das Institut eine wesentliche Beteiligung hält	−84	−1.589
Verbriefungspositionen, nicht in risikogewichteten Aktiva enthalten	0	−945
Sonstiges[1]	−356	−377
Tier-1-Kernkapital	**60.103**	38.534
Zusätzliches Tier-1-Kapital	**3.794**	12.182
Zusätzliche Tier-1-Anleihen	4.619	0
Gemäß Bilanz	4.619	0
Dekonsolidierung/Konsolidierung von Gesellschaften	0	0
Aufsichtsrechtliche Anpassungen zum Bilanzausweis	0	0
Hybride Kapitalinstrumente	10.002	12.163
Gemäß Bilanz	10.573	11.926
Dekonsolidierung/Konsolidierung von Gesellschaften	516	455
Aufsichtsrechtliche Anpassungen zum Bilanzausweis	−1.087	−218
davon:		
Vom AT1-Kapital aufgrund der Obergrenze ausgenommener Betrag	−446	N/A
Sonstiges	−640	−218
Sonstige aufsichtsrechtliche Anpassungen	19	20
Abzüge vom Zusätzlichen Tier-1-Kapital	−10.845	0
Tier-1-Kapital	**63.898**	50.717
Tier-2-Kapital	**4.395**	4.747
Nachrangige Verbindlichkeiten	4.120	7.293
Gemäß Bilanz	6.392	9.117
Dekonsolidierung/Konsolidierung von Gesellschaften	0	13
Aufsichtsrechtliche Anpassungen zum Bilanzausweis	−2.272	−1.837
davon:		
Abschreibungen gemäß Art. 64 CRR	−2.101	−2.109
Sonstiges	−171	272

in Mio €	31.12.2014 CRR/CRD 4	31.12.2013 Basel 2.5
Sonstige aufsichtsrechtliche Anpassungen	737	419
davon:		
Berücksichtigung des vom AT1-Kapital aufgrund der Obergrenze ausgenommenen Betrags	446	N/A
Sonstiges	291	419
Abzüge vom Tier-2-Kapital	−462	−2.965
Aufsichtsrechtliches Eigenkapital insgesamt	**68.293**	55.464

N/A – nicht aussagekräftig
[1] Bezieht sich im Wesentlichen auf prudenzielle Filter für Fonds zur bauspartechnischen Absicherung und für Kapitaleffekte aus At-Equity-Bewertungen außerhalb des Finanzsektors.

Aufsichtsrechtliche Eigenkapitalanforderungen

Gemäß CRR/CRD 4 müssen die gesamten Eigenkapitalanforderungen berechnet und in Relation zu dem oben beschriebenen aufsichtsrechtlichen Eigenkapital gebracht werden. Die gesamten Eigenkapitalanforderungen werden häufig in Risikoaktiva angegeben, wobei die Kapitalanforderungen 8 % der Risikoaktiva betragen. Die folgenden Informationen basieren auf dem aufsichtsrechtlichen Konsolidierungskreis.

Seit dem 1. Januar 2014 basiert die Berechnung unseres regulatorischen Eigenkapitals, unserer risikogewichteten Aktiva und unserer Kapitalquoten auf dem CRR/CRD 4-Rahmenwerk, das am 27. Juni 2013 veröffentlicht worden ist.

Dieses Rahmenwerk hat in erster Linie die folgenden zusätzlichen Anforderungen in Bezug auf die RWA eingeführt:

— Credit Valuation Adjustment (CVA): Für Transaktionen mit außerbörslich gehandelten Derivaten entstehen zusätzliche regulatorische Kapitalanforderungen. Damit wird die Volatilität von erwarteten Verlusten der Kreditrisikopositionen gegenüber Geschäftspartnern abgedeckt. Die Deutsche Bank berechnet den Großteil der CVA-RWA mittels Value-at-Risk basierend auf dem fortgeschrittenen Ansatz unter Anwendung eines internen Modells, welches von der BaFin genehmigt ist.
— Änderungen im Adressenausfallrisiko: Für die Ermittlung des Adressenausfallrisikos von Kreditrisikopositionen nutzen wir die Interne-Modell-Methode, für die sich diverse Änderungen ergeben. So werden unter anderem die Nutzung einer aktuellen und einer gestressten Kalibrierung und die Verlängerung der Nachschuss-Risikoperiode, welche in der Berechnung der Interne-Modell-Methode genutzt wird, eingeführt.
— Zentrale Gegenpartei (ZGP): Positionen gegenüber einer zentralen Gegenpartei, welche unter Basel 2.5 noch mit 0 % Risikogewicht berücksichtigt wurden, müssen nun mit Eigenkapital unterlegt werden. Bei den Positionen handelt es sich einerseits um Handelsgeschäfte und andererseits um Risikopositionsbeträge für Beiträge zum Ausfallfonds einer ZGP. Handelsgeschäfte resultieren aus Derivaten und Wertpapierfinanzierungsgeschäften. Generell wird der regulatorische Risikobeitrag nach der Internen-Modell-Methode ermittelt. Für Positionen, für welche eine Simulation nicht erstellt werden kann, wird der Betrag nach der Marktbewertungsmethode ermittelt. Ein Risikogewicht von 2 % wird für Positionen aus Handelsgeschäften mit einer qualifizierten ZGP verwendet. Beiträge zum Ausfallfonds entstehen aus der gemeinschaftlichen Nachschussverpflichtung der Clearing-Mitglieder im Fall von Ausfällen, welche dann Verluste absorbieren, die über Sicherheitsmargins und das Eigenkapital der zentralen Gegenparteien nicht gedeckt werden können. Die Risikogewichte für die Risikopositionsbeträge für den Ausfallfonds variieren zwischen 2 % und 1.500 % in Abhängigkeit der hypothetischen Kapitalanforderungen der ZGP verglichen mit den finanziellen Ressourcen, dargestellt durch vorfinanzierte Beiträge zum Ausfallfonds und dem Eigenkapital der ZGP.
— Risikopositionen gegenüber Unternehmen der Finanzbranche: Für Risikopositionen im fortgeschrittenen IRBA, die im Zusammenhang mit Unternehmen der Finanzbranche nach Art. 142 (1) CRR stehen, steigt der Korrelationskoeffizient um 25 % bei der RWA-Berechnung.

— Verbriefungspositionen: Risikopositionen im regulatorischen Anlage- und Handelsbuch, welche unter Basel 2.5 jeweils direkt hälftig vom Tier-1- und Tier-2-Kapital abgezogen wurden, werden stattdessen bei der Berechnung der risikogewichteten Aktiva mit einem Risikogewicht von 1.250 % berücksichtigt.
— Wesentliche Beteiligungen und latente Steueransprüche: Wesentliche Beteiligungen in Tier-1-Kernkapital-Instrumenten von Unternehmen der Finanzbranche und von der künftigen Rentabilität abhängige latente Steueransprüche, die aus temporären Differenzen resultieren, und unter die Schwellenwertregelung nach Artikel 48 CRR fallen, erhalten ein Risikogewicht von 250 %.

Vor diesem Hintergrund berechnen wir unsere risikogewichteten Aktiva auf Basis der folgenden Ansätze:

Die BaFin genehmigte die Anwendung des fortgeschrittenen IRBA für den Großteil unserer Adressenausfallrisikopositionen im Dezember 2007, worin die Risikopositionen der Postbank nicht enthalten waren. Zusätzliche, auf den fortgeschrittenen IRBA bezogene Genehmigungen der BaFin wurden in den Jahren 2008 bis 2014 eingeholt. Der fortgeschrittene IRBA stellt den anspruchsvollsten Ansatz innerhalb der Baseler Rahmenvereinbarung dar. Die Postbank hat Genehmigungen der BaFin für die Anwendung des fortgeschrittenen IRBA für das Mengengeschäft und bestimmte Positionen in den Risikopositionsklassen Institute und Unternehmen. Die Postbank wendet den IRB-Basis-Ansatz für einen Großteil der übrigen Adressenausfallrisikopositionen an.

Die verbleibenden, grundsätzlich für den IRBA geeigneten Risikopositionen werden im Standardansatz abgedeckt. Dies erfolgt entweder vorübergehend, wenn wir die aufsichtsrechtliche Genehmigung anstreben, oder dauerhaft, wenn Risikopositionen gemäß Artikel 150 CRR im Standardansatz behandelt werden. Weitere Einzelheiten zu diesem Thema finden sich im Kapitel „Adressenausfallrisiko: Aufsichtsrechtliche Bewertung“.

Die Kapitalanforderung für Verbriefungspositionen wird fast ausschließlich unter Anwendung des IRBA berechnet, nur ein kleiner Anteil unserer Risikopositionen wird im Standardansatz erfasst. Mehr Details zur Erfassung der Verbriefungspositionen befinden sich im Kapitel „Verbriefungen“.

Bei Beteiligungspositionen, die vor dem 1. Januar 2008 eingegangen wurden, machen wir von der Übergangsregelung Gebrauch, diese Positionen von der Anwendung des IRBA auszunehmen, und wenden die Grandfathering-Regel zur Anwendung einer Risikogewichtung von 100 % im Rahmen der Übergangsregelung an. Für Beteiligungspositionen, die seit dem 1. Januar 2008 gebildet wurden, wenden wir den einfachen Risikogewichtungsansatz innerhalb des IRBA an. Mehr Informationen zu Beteiligungspositionen befinden sich in den Abschnitten „Marktrisiko aus Nichthandelsaktivitäten – Investitionsrisiken“ und „Marktrisiko aus Nichthandelsaktivitäten – Gehaltene Beteiligungen“.

Die kreditrisikobezogene Bewertungsanpassung (CVA) wurde im Basel 3-Rahmenwerk eingeführt und durch die EU mit der Capital Requirements Directive (EU 575/2013) umgesetzt. Die CVA ist eine zusätzliche regulatorische Kapitalanforderung mit dem Ziel, die Volatilität von erwarteten Verlusten aus derivativen Geschäften zu absorbieren. Die Berechnung erfolgt für derivative Risikopositionen auf Basis des Kontrahenten. Von den Risikopositionen und dem Credit-Spread des Kontrahenten werden Credit-Spread-Sensitivitäten abgeleitet und darauf ein Value-at-Risk-Modell angewendet. Dabei werden jegliche geeignete Sicherungsgeschäfte mit berücksichtigt.

Die Deutsche Bank hat von der BaFin die Genehmigung erhalten, die Kapitalanforderungen für die kreditrisikobezogene Bewertungsanpassung nach dem fortgeschrittenen Ansatz zu verwenden. Das bedeutet, dass Risikopositionen aus Derivaten mit Hilfe einer zugelassenen Internen-Modell-Methode (IMM) berechnet werden, welche ebenfalls bei der Berechnung der risikogewichteten Aktiva für das Adressenausfallrisiko Anwendung findet. Aufrechnung und Sicherheiten werden je nach Zulässigkeit berücksichtigt.

Die Sensitivitäten der kreditrisikobezogenen Bewertungsanpassungen, welche mit der aufsichtsrechtlich vorgeschriebenen Formel in Bezug auf die Sensitivität berechnet wurden, fließen in das bestehende zugelassene Value-at-Risk-Modell aus dem Marktrisiko ein. Wo Credit-Spreads für einen Kontrahenten nicht am Markt verfügbar sind, wird ein vergleichbarer Referenz-Credit-Spread verwendet, der gemäß Wasserfall-Methode ermittelt wird. Das Value-at-Risk-Modell, das für CVA angewandt wird, ist das gleiche, welches auch für die

Ermittlung des Marktrisiko-Value-at-Risk im Handelsbuch verwendet wird. Jede Kontrahenten-CVA-Sensitivität und die zulässigen CDS-Sicherungsgeschäfte werden einem Risikofaktor, basierend auf den Eigenschaften von Kontrahent oder Sicherungsgeschäft, zugeordnet. Dies erfolgt in gleicher Art und Weise wie bei einer Unternehmensanleihe oder bei einem CDS im Handelsbuch, wo der Risikofaktor für den Marktrisiko-Value-at-Risk zugeordnet wird.

Die Kapitalanforderungen aus kreditrisikobezogenen Bewertungsanpassungen gelten für außerbörslich gehandelte Derivate mit Ausnahme für jene Kontrahenten, für die eine Ausnahmeregelung gemäß CRR besteht. In 2014 hat die Deutsche Bank die von der EBA vorgegebene Referenzmethode für Value-at-Risk umgesetzt. Diese wird seither für die Berechnung des Value-at-Risk im Handelsbuch und für kreditrisikobezogene Bewertungsanpassungen (CVA) verwendet.

Die Berechnung der aufsichtsrechtlichen Eigenkapitalanforderungen zur Unterlegung des Marktrisikos basiert grundsätzlich auf einem internen Value-at-Risk-Modell, für welches wir die Genehmigung der BaFin im Oktober 1998 erhalten haben. Im Dezember 2011 haben wir von der BaFin die aufsichtsrechtliche Genehmigung für unsere Modelle zur Bestimmung der Risikomessgrößen Stress-Value-at-Risk, Inkrementeller Risikoaufschlag (Incremental Risk Charge, auch „IRC“) und Umfassender Risikoansatz (Comprehensive Risk Measure, auch „CRM“) erhalten. Die Berechnung des aufsichtsrechtlichen Kapitals für das spezifische Zinsänderungsrisiko für Verbriefungen und nth-to-default-Kreditderivate im Handelsbuch erfolgt mithilfe des Marktrisiko-Standardansatzes. Weitere Marktrisikopositionen im Standardansatz beinhalten zum Beispiel Positionen in Bezug auf die Postbank, auf das Langlebigkeitsrisiko und bestimmte Arten von Investmentfonds. Mehr Details zu den vorgenannten internen Modellen werden im Kapitel „Marktrisiko aus Handelsaktivitäten“ dargestellt.

Im Dezember 2007 erteilte uns die BaFin die Genehmigung, den AMA für unsere operationellen Eigenmittelanforderungen anzuwenden. Die aufsichtsrechtliche Genehmigung, die Postbank bei der Kalkulation unseres aufsichtsrechtlichen Kapitals zu integrieren, erhielten wir am 15. Mai 2013, was sich in unseren Eigenmittelanforderungen seit dem zweiten Quartal 2013 widerspiegelt.

Entwicklung der risikogewichteten Aktiva (RWA)

Die folgende Tabelle gibt einen Überblick über die risikogewichteten Aktiva, aufgeteilt nach Modellansätzen und Geschäftsbereichen. Sie beinhaltet die zusammengefassten Effekte aus der segmentbezogenen Re-Allokation der infrastrukturbezogenen Positionen, soweit anwendbar, sowie Re-Allokationen zwischen Geschäftsbereichen.

Für die aktuelle Berichtsperiode sind die RWA auf Basis der Übergangsregelungen des CRR/CRD 4-Rahmenwerks berechnet. Die Werte der Vergleichsperiode hingegen basieren auf dem damals gültigen Regelwerk von Basel 2.5.

Im Einklang mit unserer Entscheidung, Teile unseres Geschäfts mit Rohstoffen zu reduzieren und ganz einzustellen, wurden bestimmte Portfolios in der Special Commodities Group (SCG) zusammengefasst, welche anschließend im ersten Quartal 2014 von CB&S zur NCOU transferiert wurden. Die Werte der risikogewichteten Aktiva für Kredit-, Markt- und Operationelle Risiken für die Vergleichsperiode wurden dementsprechend angepasst. In Abhängigkeit davon wurden auch die Re-Allokationen zwischen den Geschäftsbereichen berücksichtigt.

Im Kreditrisiko werden in der Spalte „Sonstige“ im fortgeschrittenen IRBA überwiegend RWA aus Verbriefungen im Anlagebuch, bestimmte Beteiligungspositionen und sonstige Aktiva ohne Kreditverpflichtungen gezeigt. Innerhalb des Standardansatzes stellt die Position „Sonstige“ überwiegend RWA aus unserem Pensionsvermögen dar. Der verbleibende Teil sind Verbriefungspositionen des Anlagebuchs sowie Positionen in den weiteren Risikopositionsklassen im Standardansatz außerhalb von Zentralstaaten und Zentralbanken, Instituten, Unternehmen und Mengengeschäft.

Risikogewichtete Aktiva nach Modell und Geschäftsbereich

							31.12.2014
							CRR/CRD 4
in Mio €	Corporate Banking & Securities	Private & Business Clients	Global Transaction Banking	Deutsche Asset & Wealth Management	Non-Core Operations Unit	Consolidation & Adjustments and Other	Insgesamt
Kreditrisiko	83.548	69.584	41.740	7.310	19.280	22.666	244.128
Verrechnung zwischen den Geschäftssegmenten	−2.200	520	3.327	330	94	−2.071	0
Fortgeschrittener IRBA	77.263	58.786	31.763	3.910	13.062	14.638	199.422
Zentralstaaten und Zentralbanken	3.948	124	1.020	0	74	218	5.385
Institute	8.359	1.538	3.103	73	623	171	13.869
Unternehmen	55.678	9.938	26.916	2.740	5.062	1.199	101.533
Mengengeschäft	121	37.852	30	91	773	0	38.867
Sonstige	9.157	9.334	694	1.006	6.529	13.049	39.769
IRB-Basis-Ansatz	2.079	3.303	107	0	1	0	5.491
Zentralstaaten und Zentralbanken	0	0	0	0	0	0	0
Institute	0	0	0	0	0	0	0
Unternehmen	2.079	3.303	107	0	1	0	5.490
Standardansatz	4.804	6.884	6.542	3.070	6.122	10.099	37.522
Zentralstaaten oder Zentralbanken	21	63	27	3	0	0	114
Institute	593	124	51	4	3	35	810
Unternehmen	2.841	1.401	4.747	1.111	1.075	584	11.759
Mengengeschäft	7	4.064	422	45	1.141	18	5.697
Sonstige	1.341	1.232	1.296	1.908	3.903	9.462	19.142
Risikopositionsbetrag für Beiträge zum Ausfallfonds einer ZGP	1.601	90	1	0	1	0	1.693
Abwicklungsrisiko	25	0	0	0	0	1	27
Kreditrisikobezogene Bewertungsanpassung (CVA)	16.024	445	7	445	4.019	262	21.203
Interner-Modell-Ansatz (IMA)	15.953	417	7	443	3.953	1	20.774
Standardansatz	71	28	0	2	66	261	428
Marktrisiko	44.469	92	199	2.483	16.967	0	64.209
Interner-Modell-Ansatz (IMA)	31.439	0	199	1.339	8.625	0	41.602
Standardansatz	13.029	92	0	1.144	8.342	0	22.607
Operationelles Risiko	31.512	9.605	1.321	6.368	18.275	0	67.082
Fortgeschrittener Messansatz	31.512	9.605	1.321	6.368	18.275	0	67.082
Insgesamt	175.578	79.725	43.268	16.607	58.541	22.929	396.648

							31.12.2013
							Basel 2.5
in Mio €	Corporate Banking & Securities[1]	Private & Business Clients	Global Transaction Banking	Deutsche Asset & Wealth Management	Non-Core Operations Unit[1]	Consolidation & Adjustments and Other	Insgesamt
Kreditrisiko	61.599	65.909	35.417	5.809	22.632	10.818	202.184
Verrechnung zwischen den Geschäftssegmenten	−658	553	1.912	259	86	−2.152	0
Fortgeschrittener IRBA	56.974	46.066	26.159	3.029	14.852	3.237	150.317
Zentralstaaten und Zentralbanken	2.927	90	896	5	253	181	4.353
Institute	5.438	803	1.921	80	909	12	9.163
Unternehmen	43.075	5.638	22.378	2.398	7.301	620	81.409
Mengengeschäft	124	35.844	33	106	1.027	0	37.134
Sonstige	5.410	3.692	931	440	5.362	2.424	18.258
IRB-Basis-Ansatz	1.367	10.568	67	0	266	0	12.268
Zentralstaaten und Zentralbanken	0	0	0	0	2	0	2
Institute	0	1.059	0	0	261	0	1.320
Unternehmen	1.367	9.509	67	0	3	0	10.946
Standardansatz	3.916	8.722	7.279	2.521	7.428	9.733	39.599
Zentralregierungen oder Zentralbanken	61	0	39	0	40	0	141
Institute	28	116	12	8	32	1	198
Unternehmen	2.929	2.004	6.107	942	2.905	470	15.357
Mengengeschäft	10	4.423	915	44	1.164	0	6.557
Sonstige	887	2.179	206	1.526	3.287	9.261	17.346
Risikopositionsbetrag für Beiträge zum Ausfallfonds einer ZGP	0	0	0	0	0	0	0
Abwicklungsrisiko	19	0	0	0	0	15	34
Kreditrisikobezogene Bewertungsanpassung (CVA)	0	0	0	0	0	0	0
Interner-Modell-Ansatz (IMA)	0	0	0	0	0	0	0
Standardansatz	0	0	0	0	0	0	0
Marktrisiko	34.473	128	562	2.085	10.011	0	47.259
Interner-Modell-Ansatz (IMA)	29.156	0	562	1.102	8.892	0	39.712
Standardansatz	5.317	128	0	983	1.120	0	7.547
Operationelles Risiko	22.598	6.964	832	4.659	15.839	0	50.891
Fortgeschrittener Messansatz	22.598	6.964	832	4.659	15.839	0	50.891
Insgesamt	118.689	73.001	36.811	12.553	48.483	10.832	300.369

[1] Für die Werte per 31.12.2013 wurden die rückwirkenden Anpassungen der Special Commodities Group (SCG) nicht vorgenommen.

Die gesamte Entwicklung der risikogewichteten Aktiva für die einzelnen Risikoarten wird im Detail im folgenden Abschnitt, beginnend mit „Entwicklung der risikogewichteten Aktiva für das Kreditrisiko“, dargestellt.

Aufsichtsrechtliche Eigenkapitalanforderungen und RWA

in Mio €	31.12.2014 Kapitalanforderungen CRR/CRD 4	31.12.2014 RWA CRR/CRD 4	31.12.2013 Kapitalanforderungen Basel 2.5	31.12.2013 RWA Basel 2.5
Adressenausfallrisiko				
Fortgeschrittener IRBA				
Staaten und Zentralbanken	431	5.385	348	4.353
Institute	1.109	13.869	734	9.175
Unternehmen	8.123	101.533	6.512	81.397
Mengengeschäft	3.109	38.867	2.970	37.134
Beteiligungspositionen	977	12.216	375	4.685
Verbriefungspositionen	1.064	13.296	627	7.834
Sonstige Aktiva ohne Kreditverpflichtungen	1.141	14.258	459	5.739
Fortgeschrittener IRBA insgesamt	**15.954**	**199.422**	12.025	150.317
IRB-Basis-Ansatz				
Staaten und Zentralbanken	0	0	0	2
Institute	0	0	106	1.320
Unternehmen	439	5.490	876	10.946
IRB-Basis-Ansatz insgesamt	**439**	**5.491**	981	12.268
Standardansatz				
Staaten oder Zentralbanken	0	0	2	28
Regionalregierungen und örtliche Gebietskörperschaften	1	7	5	68
Öffentliche Stellen	9	107	9	118
Multilaterale Entwicklungsbanken	0	0	0	0
Internationale Organisationen	0	0	0	0
Institute	65	810	16	198
Unternehmen	941	11.759	1.219	15.235
Mengengeschäft	456	5.697	479	5.982
Durch Immobilien besichert	108	1.345	182	2.275
Ausgefallene Positionen	342	4.275	124	1.553
Mit besonders hohem Risiko verbundene Positionen	18	229	0	0
Gedeckte Schuldverschreibungen	0	2	0	3
Risikopositionen gegenüber Instituten und Unternehmen mit kurzfristiger Bonitätsbeurteilung	0	0	0	0
Organismen für gemeinsame Anlagen (OGA)	724	9.046	54	670
Beteiligungspositionen	217	2.707	242	3.023
Sonstige Positionen	28	350	738	9.223
Verbriefungspositionen	95	1.188	98	1.222
Standardansatz insgesamt	**3.002**	**37.522**	3.168	39.598
Risikopositionsbetrag für Beiträge zum Ausfallfonds einer ZGP	**135**	**1.693**	0	0
Adressenausfallrisiko insgesamt	**19.530**	**244.128**	16.175	202.185
Abwicklungsrisiko	**2**	**27**	3	34
Kreditrisikobezogene Bewertungsanpassung (CVA)				
Interner Modell-Ansatz (IMA)	1.662	20.774	0	0
Standardansatz	34	428	0	0
Kreditrisikobezogene Bewertungsanpassung insgesamt	**1.696**	**21.203**	0	0
Marktrisiko im Handelsbuch				
Interner Modell-Ansatz (IMA)	3.328	41.602	3.179	39.738
Value-at-Risk	613	7.662	674	8.427
Stressed Value-at-Risk	1.454	18.181	1.254	15.673
Inkrementeller Risikoaufschlag	1.038	12.972	996	12.446
Umfassender Risikoansatz	223	2.788	255	3.193
Standardansatz	1.809	22.607	602	7.521
Börsengehandelte Schuldtitel	1.684	21.049	479	5.984
Aktienkursrisiko	84	1.051	0	0
Währungsrisiko	14	181	16	200
Rohwarenpreisrisiko	0	0	0	0
Sonstiges Marktrisiko	26	326	107	1.338
Marktrisiko im Handelsbuch insgesamt	**5.137**	**64.209**	3.781	47.259
Operationelles Risiko				
Fortgeschrittener Messansatz	5.367	67.082	4.071	50.891
Aufsichtsrechtliche Kapitalanforderungen und RWA insgesamt	**31.732**	**396.648**	24.030	300.369

Die nachfolgende Tabelle stellt eine Analyse der wesentlichen Einflussgrößen auf die RWA-Bewegungen für Kredit-, Markt- und operationelle Risiken auf Basis von CRR/CRD 4 in der Berichtsperiode zur Verfügung.

Entwicklung der risikogewichteten Aktiva für das Kreditrisiko

	31.12.2014		31.12.2013	
	CRR/CRD 4		Basel 2.5	
in Mio €	Kontrahenten-bezogenes Kreditrisiko	davon: Derivate- und Wertpapier-finanzierungs-geschäfte	Kontrahenten-bezogenes Kreditrisiko	davon: Derivate- und Wertpapier-finanzierungs-geschäfte
RWA-Bestand für Kreditrisiko am Periodenanfang	**202.186**[1]	**29.454**[1]	228.952	35.274
Portfoliogröße	– 5.024	– 5.327	4.272	621
Portfolioqualität	– 2.348	1.841	– 18.522	– 5.036
Modellanpassungen	11.676	11.676	– 2.061	0
Methoden und Grundsätze	24.110	297	0	0
Akquisitionen und Verkäufe	– 3.198	– 62	– 5.467	– 3
Fremdwährungsbewegungen	11.752	3.237	– 4.988	– 1.403
Sonstige	4.974	0	0	0
RWA-Bestand für Kreditrisiko am Periodenende	**244.128**	**41.117**	202.186	29.454

[1] Der RWA-Wert für den Periodenanfang 2014 basiert auf dem Basel 2.5-Rahmenwerk.

Die Klassifizierung der wesentlichen Einflussgrößen auf die Entwicklung der RWA für das Kreditrisiko haben wir vollständig an die Vorgaben der Enhanced Disclosure Task Force (EDTF) angepasst. Die Kategorie „Portfolioqualität“ beinhaltet hauptsächlich die Effekte von Kreditrisiko-RWA-Bewegungen aufgrund von Veränderungen der Bonitätseinstufungen, der Verlustquoten bei Ausfall, der regelmäßigen Rekalibrierungen der Modellparameter sowie zusätzlichen Anwendungen von Sicherheitenvereinbarungen. Der Bereich „Portfoliogröße“ beinhaltet organische Veränderungen in der Buchgröße wie auch in der Zusammensetzung der Portfolios. Die Kategorie „Modellanpassungen“ zeigt vornehmlich den Einfluss von Modellverbesserungen wie auch die zusätzliche Anwendung fortgeschrittener Modelle. RWA-Bewegungen, die aufgrund von externen, regulatorisch getriebenen Änderungen, zum Beispiel der Anwendung neuer regulatorischer Anforderungen, auftreten, werden nun im Abschnitt „Methoden und Grundsätze“ behandelt. „Akquisitionen und Verkäufe“ beinhaltet ausschließlich signifikante Veränderungen der Portfoliozusammensetzung, welche durch neue Geschäftsaktivitäten oder Veräußerungen von bestehenden Geschäften gekennzeichnet sind.

Der RWA-Anstieg für das kontrahentenbezogene Kreditrisiko um 41,9 Mrd € (20,7 %) seit dem 31. Dezember 2013 ist hauptsächlich beeinflusst durch Fremdwährungsveränderungen, im Wesentlichen durch die Stärke des US-Dollars, und durch die Umstellung auf das neue aufsichtsrechtliche Rahmenwerk gemäß CRR/CRD 4. Dieser Effekt ist in der Kategorie „Methoden und Grundsätze“ dargestellt. Die Erhöhung in der Kategorie „Modellanpassungen“ repräsentiert die restriktivere Anwendung der Laufzeitanpassung, welche der Bank die Verwendung einer Laufzeit von einem Jahr bei der Berechnung der RWA für Derivate erlaubt in Abhängigkeit der Anwendung des Marktrisikomodells für die RWA aus der kreditrisikobezogenen Bewertungsanpassung (Credit Valuation Adjustment, „CVA“), eine Modellanpassung für unsere interne Modellmethode betreffend die RWA aus Derivaten sowie eine restriktivere Anwendung des Abschlags für Sicherheiten bei Wertpapierfinanzierungsgeschäften. Die Reduzierung in der Kategorie „Portfoliogröße“ wird vor allem durch Derivate- und Wertpapierfinanzierungsgeschäfte, hauptsächlich in unserem Kerngeschäft, getrieben. Dies reflektiert unsere Risikoabbau-Aktivitäten. Der Rückgang in der Kategorie „Akquisitionen und Verkäufe“ zeigt hauptsächlich den Einfluss des Verkaufs der BHF-BANK und des Verkaufs des „The Cosmopolitan of Las Vegas“. Der Anstieg in der Kategorie „Sonstige“ reflektiert vornehmlich RWA-Effekte infolge unserer Kapitalerhöhung im zweiten Quartal 2014 (4 Mrd €) wie auch Veränderungen durch Anwendung der 10/15 %-Schwellenwert-Ermittlung.

Entwicklung der risikogewichteten Aktiva für Credit Valuation Adjustment

in Mio €	31.12.2014 CRR/CRD 4
RWA-Bestand für CVA am Periodenanfang	**0**
Veränderungen des Risikovolumens	2.017
Veränderungen der Marktdaten und Rekalibrierungen	−1.914
Modellverbesserungen	7.400
Methoden und Grundsätze	12.330
Akquisitionen und Verkäufe	0
Fremdwährungsbewegungen	1.370
RWA-Bestand für CVA am Periodenende	**21.203**

Auf Basis des neuen aufsichtsrechtlichen Rahmenwerks CRR/CRD 4 berechnen wir RWA für die CVA, die die Kreditqualität unserer Kontrahenten berücksichtigt. Die RWA für die CVA bilden das Risiko von Marktwertverlusten auf das erwartete Gegenparteirisiko für alle außerbörslich gehandelten Derivate ab. Wir berechnen den überwiegenden Teil der CVA auf Basis unseres eigenen internen Modells, das von der BaFin genehmigt wurde.

Die Entwicklung der CVA-RWA ist in mehrere Kategorien unterteilt. Veränderungen der Risikohöhe, die die Veränderungen der Portfoliogröße sowie -zusammenstellung beinhalten; Veränderungen der Marktdaten und Kalibrierungen umfassen Veränderungen in den Marktdaten, Volatilitäten sowie Rekalibrierungen; Modellverbesserungen beziehen sich auf Änderungen der IMM-Modelle für Kreditengagements oder auf Änderungen in den Value-at-Risk-Modellen, die für die CVA RWA genutzt werden; Methoden und Grundsätze betreffen regulatorische Veränderungen, wie die Einführung der CVA RWA in 2014. Jegliche signifikante Unternehmensakquisitionen oder -verkäufe werden individuell hervorgehoben.

Zum 31. Dezember 2014 beliefen sich die RWA für die CVA auf 21,2 Mrd €. Damit erhöhte sich der Betrag um 8,9 Mrd € oder 72 % gegenüber 12,3 Mrd € auf Basis unserer Pro-forma-Berechnung zum 31. Dezember 2013. Dieser Anstieg war sowohl auf Veränderungen des Portfolios im Rahmen der normalen Geschäftstätigkeit im Laufe des Jahres als auch auf die erneute Optimierung des CVA-RWA-Sicherungprogramms und die Volatilität an den Märkten zurückzuführen. Im Verlauf des vierten Quartals wurde eine Änderung des Value-at-Risk Modells aufgrund von EBA-Richtlinien für CVA implementiert, die zu einem Anstieg der RWA für CVA führte. Dies wurde teilweise durch weitere Bemühungen zur Risikoreduzierung ausgeglichen, die die Kapitalanforderungen sowohl in den Kern- als auch in den Nicht-Kerngeschäften reduzierte.

Entwicklung der risikogewichteten Aktiva für das Marktrisiko

in Mio €	31.12.2014 CRR/CRD 4	31.12.2013 Basel 2.5
RWA-Bestand für Marktrisiko am Periodenanfang	**47.259**[1]	53.058
Veränderungen des Risikovolumens	−10.161	−8.598
Veränderungen der Marktdaten und Rekalibrierungen	−730	1.136
Modellverbesserungen	5.101	542
Methoden und Grundsätze	20.089	1.200
Akquisitionen und Verkäufe	−81	0
Fremdwährungsbewegungen	2.732	−79
RWA-Bestand für Marktrisiko am Periodenende	**64.209**	47.259

[1] Der RWA-Wert für den Periodenanfang 2014 basiert auf dem Basel 2.5-Rahmenwerk.

Die Analyse für das Marktrisiko umfasst Bewegungen in unseren internen Modellen für den Value-at-Risk, den Stress-Value-at-Risk, den Inkrementellen Risikoaufschlag, den Umfassenden Risikoansatz sowie Ergebnisse vom Marktrisiko-Standardansatz, zum Beispiel für Handelsbuchverbriefungen und nth-to-default-Kreditderivate oder Handelspositionen der Postbank. Die Marktrisiko-RWA-Bewegungen, die sich durch Veränderungen in Marktdaten, Volatilitäten, Korrelationen, Liquidität und Bonitätseinstufungen ergeben, sind in der Kategorie „Marktdaten und Rekalibrierungen“ enthalten. Veränderungen in unseren internen Modellen für Marktrisiko-RWA, wie Methodenverbesserungen oder Erweiterung des Umfangs der erfassten Risiken, werden in die Kategorie „Modellverbesserungen“ einbezogen. In der Kategorie „Methoden und Grundsätze“ werden aufsichtsrechtlich vorgegebene Anpassungen unserer RWA-Modelle oder -Berechnungen berücksichtigt. Signifikante neue Geschäftstätigkeiten und Verkäufe würden in der Zeile „Akquisitionen und Verkäufe“ einbezogen.

Der RWA-Anstieg für Marktrisiken um 17 Mrd € (36 %) seit dem 31. Dezember 2013 ergab sich im Wesentlichen aus dem Anstieg in den Kategorien „Methoden und Grundsätze“ sowie „Risikovolumen“. Ein Anstieg von 20,1 Mrd € in der Kategorie „Methoden und Grundsätze“ ist hauptsächlich auf Änderungen aus dem neuen regulatorischen CRR/CRD 4-Rahmenwerk auf den Marktrisiko-Standardansatz für Verbriefungen zurückzuführen, der zum 1. Januar 2014 in Kraft getreten ist. In dem neuen Rahmenwerk wird allen einbehaltenen Verbriefungspositionen, die über kein Rating verfügen oder ein Rating niedriger als BB aufweisen, ein Risikogewicht von 1.250 % zugeordnet und diese in den RWA berücksichtigt. Im alten Rahmenwerk hingegen wurden diese Positionen vom Kapital abgezogen. In dem neuen Rahmenwerk wird auch eine höhere Untergrenze für den umfassenden Risikoansatz für das Korrelationsportfolio angewendet, gleichwohl der resultierende Anstieg durch Risikoreduzierungen ausgeglichen wurde. Der Anstieg in der Kategorie „Modellverbesserungen“ wird hauptsächlich durch den Inkrementellen Risikoaufschlag verursacht, in welchem eine Anpassung für fehlende Bonitätseinstufungen und ausgefallene Positionen erfolgte wie auch ein Anstieg des Liquiditätshorizonts zu verzeichnen war. Seit dem 31. Dezember 2013 verzeichneten wir materielle Rückgänge im Risikovolumen, hauptsächlich im Inkrementellen Risikoaufschlag, im Umfassenden Risikoansatz wie auch im Marktrisiko-Standardansatz für Handelsbuchverbriefungen. Ergänzend gab es einen Anstieg durch Fremdwährungsbewegungen im Jahr 2014, überwiegend im zweiten Halbjahr.

Entwicklung der risikogewichteten Aktiva für das operationelle Risiko

in Mio €	31.12.2014 CRR/CRD 4	31.12.2013 Basel 2.5
RWA-Bestand für das operationelle Risiko am Periodenanfang	**50.891**[1]	51.595
Veränderungen des Verlustprofils (intern und extern)	9.345	2.623
Veränderung der erwarteten Verluste	37	−959
Zukunftsgerichtete Risikokomponente	−734	−515
Modellverbesserungen	7.652	1.885
Methoden und Grundsätze	0	0
Akquisitionen und Verkäufe	−109	−3.738
RWA-Bestand für das operationelle Risiko am Periodenende	**67.082**	50.891

[1] Der RWA-Wert für den Periodenanfang 2014 basiert auf dem Basel 2.5-Rahmenwerk.

Insgesamt resultierte der Anstieg der risikogewichteten Aktiva um 16,2 Mrd € vorrangig aus einer frühzeitigen Berücksichtigung der Auswirkungen von Modellverbesserungen in unserem fortgeschrittenen Messansatz (AMA-Modell). Dies erfolgte im zweiten Quartal 2014 und führte zu zusätzlichen RWA von 7,7 Mrd €. Ab dem dritten Quartal 2014 weisen wir Folgewirkungen aus der Modelländerung zur Berücksichtigung hinreichend wahrscheinlicher Verluste aus Rechtsstreitigkeiten in der Kategorie „Veränderungen des Verlustprofils“ aus.

Der Anstieg in der Kategorie „Veränderungen des Verlustprofils“ war auf große operationelle Risikofälle auf externen Märkten, die in unserem AMA-Modell Berücksichtigung finden, zurückzuführen. Beispielhaft sind hier aufsichtsrechtlich bedingte Vergleichszahlungen von Finanzinstituten zu nennen.

Es wird erwartet, dass die zusätzlich enthaltenen Auswirkungen aus den AMA-Modellweiterentwicklungen auf die anderen RWA-Komponenten des Operationellen Risikos, insbesondere auf den erwarteten Verlust, nach der erwarteten Modellgenehmigung durch die gemeinschaftliche Aufsicht eintreten, wenn diese Modelländerungen implementiert worden sind.

Bilanzmanagement

Wir steuern unsere Bilanz auf Konzernebene und gegebenenfalls in den einzelnen Regionen lokal. Wir weisen unsere Finanzressourcen bevorzugt den Geschäftsportfolios zu, die sich am positivsten auf unsere Rentabilität und unseren Shareholder Value auswirken. Wir überwachen und analysieren die Bilanzentwicklung und beobachten bestimmte marktrelevante Bilanzkennzahlen. Diese dienen als Basis für Diskussionen und Managemententscheidungen des Capital and Risk Committee. Mit der Veröffentlichung des CRR/CRD 4-Rahmenwerks am 27. Juni 2013 haben wir die Berechnung unserer Verschuldungsquote an dieses Rahmenwerk angepasst.

Verschuldungsquote gemäß dem überarbeiteten CRR/CRD 4-Rahmenwerk auf Basis einer Vollumsetzung (nicht testiert)

Im Rahmen der CRR/CRD 4 wurde eine nicht risikobasierte Verschuldungsquote eingeführt, die neben den risikobasierten Kapitalanforderungen als zusätzliche Kennzahl genutzt werden soll. Ziel ist es, die Zunahme der Verschuldung in der Bankenbranche zu begrenzen, das Risiko eines destabilisierenden Schuldenaufbaus, der dem Finanzsystem und der Wirtschaft schaden kann, zu mindern und die risikobasierten Anforderungen durch einen einfachen, nicht risikobasierten Sicherheitsmechanismus zu ergänzen.

Am 10. Oktober 2014 hat die Europäische Kommission einen delegierten Rechtsakt verabschiedet, der am 17. Januar 2015 im Amtsblatt der Europäischen Union veröffentlicht wurde. Dieser delegierte Rechtsakt führte zu wesentlichen Änderungen in der Berechnung des Risikomaßes für die Verschuldungsquote in einem überarbeiteten CRR/CRD 4-Rahmenwerk:

— Geschriebene Kreditderivate: Der effektive Nominalwert für geschriebene Kreditderivate, das heißt der Nominalwert reduziert um alle negativen Änderungen des beizulegenden Zeitwert, die im Tier-1-Kapital eingeflossen sind, ist nun in das Risikomaß der Verschuldungsquote integriert. Das sich daraus ergebende Risikomaß kann um den effektiven Nominalwert eines gekauften Kreditderivats auf den gleichen Referenznamen reduziert werden, sofern bestimmte Bedingungen erfüllt sind.
— Aufrechnung variabler Nachschusszahlungen: Von Kontrahenten in bar erhaltene variable Nachschusszahlungen können nun vom aktuellen Wiederbeschaffungskosten resultierenden Risikomaß abgezogen werden und an Kontrahenten gezahlte variable Nachschusszahlungen können nun vom Risikomaß, das sich aus Forderungen, die als Vermögenswerte bilanziert wurden, abgezogen werden, sofern bestimmte Bedingungen erfüllt sind.
— Wertpapierfinanzierungsgeschäfte: Erlaubnis zur Aufrechnung von Brutto-Forderungen aus Wertpapierfinanzierungstransaktionen mit Verbindlichkeiten aus Wertpapierfinanzierungstransaktionen, wenn bestimmte Bedingungen erfüllt sind. Zusätzlich wird neben den Brutto-Forderungen auch ein Aufschlag für die Netto-Forderungen aus Wertpapierfinanzierungstransaktionen in das Risikomaß aufgenommen. Beim Übergang vom aufsichtsrechtlichen Ansatz für Volatilitätsanpassungen (Supervisory Volatility Adjustments Approach) zu den Netto-Forderungen werden die Abschläge aus dem Risikomaß entfernt.
— Außerbilanzielle Risikopositionen: Berücksichtigung der Gewichtungsfaktoren (Credit Conversion Factors) aus dem Standardansatz für das Kreditrisiko von 0 %, 20 %, 50 % oder 100 % je nach Risikokategorie, mit einer Untergrenze von 10 %.
— Aufsichtsrechtlichen Anpassungen: Änderungen bei aufsichtsrechtlichen Anpassungen in Bezug auf Investitionen in Unternehmen der Finanzbranche, die nicht vom aufsichtsrechtlichen Eigenkapital abgezogen werden.

Um die Offenlegung der Verschuldungsquote und deren Komponenten mit den Anforderungen basierend auf dem Basel-Komitee-Rahmenwerk und Offenlegungspflichten für die Basel 3 Verschuldungsquote in Einklang zu bringen, hat die European Banking Authority (EBA) gemäß Artikel 451 (2) CRR das Mandat erhalten, Entwürfe technischer Durchführungsstandards (ITS) zu entwickeln. Die vor diesem Hintergrund am 5. Juni 2014 veröffentlichten ITS-Entwürfe enthalten einheitliche Vorlagen zur Offenlegung der Verschuldungsquote und deren Komponenten. Wie zuvor beschrieben wurde durch die Europäische Kommission ein delegierter

Rechtsakt verabschiedet und wir erwarten, dass die ITS-Entwürfe zur Offenlegung der Verschuldungsquote entsprechend verändert werden. Da finale ITS-Entwürfe noch nicht veröffentlicht wurden, haben wir zwischenzeitlich die Vorlagen entsprechend dem delegierten Rechtsakt angepasst.

Die folgenden Tabellen zeigen das Risikomaß der Verschuldungsquote auf Basis der überarbeiteten CRR/CRD 4-Regeln:

Überleitung der Bilanzsumme nach IFRS zum Risikomaß der Verschuldungsquote

in Mrd € (sofern nicht anders angegeben)	31.12.2014
Bilanzsumme gemäß dem veröffentlichten Konzernabschluss	**1.709**
Anpassungen für Unternehmen, die für Zwecke der Rechnungslegung konsolidiert werden, aber nicht in den Anwendungsbereich der aufsichtsrechtlichen Konsolidierung fallen	– 28
Anpassungen bei derivativen Finanzinstrumenten	– 276
Anpassungen bei Wertpapierfinanzierungsgeschäften	16
Anpassungen bei außerbilanziellen Positionen (z.B. Umrechnung der Kreditäquivalenzbeträge von außerbilanzielle Risikopositionen)	127
Andere Anpassungen	– 103
Risikomaß der Verschuldungsquote	**1.445**

Veröffentlichung der Schuldenquote

in Mrd € (sofern nicht anders angegeben)	31.12.2014
Risikomaß aus Derivaten:	
Wiederbeschaffungswert im Zusammenhang mit Derivatetransaktionen nach Aufrechnung von in bar erhaltenen variablen Nachschusszahlungen	72
Aufschlag auf Wiederbeschaffungswerte im Zusammenhang mit Derivatetransaktionen	221
Nominalwert geschriebener Kreditderivate	65
Summe Risikomaß aus Derivaten	**358**
Risikomaß aus Wertpapierfinanzierungsgeschäften:	
Wertpapierfinanzierungsgeschäfte (brutto)	138
Aufschlag auf Wertpapierfinanzierungsgeschäfte für Kontrahentenrisiko	14
Summe Risikomaß aus Wertpapierfinanzierungsgeschäften	**152**
Risikomaß aus außerbilanziellen Positionen:	
Mit 10 %-Gewichtungsfaktor	4
Mit 20 %-Gewichtungsfaktor	10
Mit 50 %-Gewichtungsfaktor	69
Mit 100 %-Gewichtungsfaktor	44
Summe Risikomaß aus außerbilanziellen Positionen	**127**
Sonstige Aktiva	**827**
Aktiva, die bei der Bestimmung des Tier-1-Kapitals auf Basis einer Vollumsetzung abgezogen werden	**– 19**
Kapital und Summe Risikomaß:	
Tier-1-Kapital auf Basis einer Vollumsetzung	**50,7**
Summe Risikomaß	**1.445**
Verschuldungsquote auf Basis einer Vollumsetzung in Bezug auf das Tier-1-Kapital (in %)	3,5

Aufriss der Risikomaße der Bilanzpositionen (ohne Derivate und Wertpapierfinanzierungsgeschäfte)

in Mrd € (sofern nicht anders angegeben)	31.12.2014
Bilanzielles Risikomaß (ohne Derivate und Wertpapierfinanzierungsgeschäfte)	**827**
davon:	
Risikomaß des Handelsbuchs	245
Risikomaß des Anlagebuchs	582
davon:	
Gedeckte Schuldverschreibungen	5
Staaten	147
Risikomaß gegenüber Regionalregierungen, multilateralen Entwicklungsbanken, internationalen Organisationen und Unternehmen öffentlichen Rechts, die nicht bereits in der Kategorie unter Staaten berücksichtigt wurden	2
Institute	19
Durch Immobilien besichert	159
Mengengeschäft	35
Unternehmen	170
Ausgefallene Positionen	11
Sonstige (z.B. Beteiligungspositionen, Verbriefungen und sonstige kreditunabhängige Aktiva) nach Aufrechnung von in bar gezahlten variablen Nachschusszahlungen	33

Beschreibung des Prozesses zur Steuerung des Risikos von übermäßiger Verschuldung (nicht testiert)

Wie bereits in Abschnitt „Grundsätze des Risikomanagements“ dieses Berichts beschrieben, hat das Capital and Risk Committee (CaR) das Mandat, die integrierte Planung zu beaufsichtigen und zu kontrollieren. Darüber hinaus überwacht das CaR unser Risikoprofil und unsere Kapitalkapazität. Wir steuern aktiv unsere Limite, um

— das Verschuldungsmaß zu allokieren,
— die Geschäftsbereiche bei der Erreichung ihrer strategischen Pläne zu unterstützen,
— eine solide Grundlage für das Erreichen der Ziel-Verschuldungsquote zu liefern,
— den Geschäftsbereichen einen Anreiz zu geben, angemessene Margenentscheidungen auf der Basis eines konzernweiten Benchmark zu treffen, und
— die Risiko-Disziplin aufrechtzuerhalten.

Im Falle von Limitüberschreitungen werden die jeweiligen Divisionen mit einer Gebühr belastet. Die Gebühren für Limitüberschreitungen werden entsprechend dem konzernweiten Regelwerk zur Limitsetzung für die Verschuldungsquote berechnet.

Beschreibung der Einflussfaktoren, die die Verschuldungsquote in 2014 beeinflusst haben (nicht testiert)

Zum 31. Dezember 2014 betrug unsere CRR/CRD 4-Verschuldungsquote gemäß den überarbeiteten Regeln auf Basis einer Vollumsetzung, eine nicht nach IFRS ermittelte finanzielle Messgröße, 3,5 % verglichen mit unserer Pro-forma-CRR/CRD 4-Verschuldungsquote von 2,4 % (ohne Berücksichtigung der vor kurzem erfolgten Überarbeitung der Regeln für die Verschuldungsquote) am 31. Dezember 2013, unter Berücksichtigung des Tier-1-Kapitals auf Basis einer Vollumsetzung in Höhe von 50,7 Mrd € im Verhältnis zum anzuwendenden Risikomaß in Höhe von 1.445 Mrd € (34,0 Mrd € sowie 1.445 Mrd € per 31. Dezember 2013).

Im Verlauf des Jahres 2014 konnte durch die aktive Steuerung unseres Risikomaßes eine Verringerung des Risikomaßes der Verschuldungsquote um 177 Mrd € erreicht werden. Dieser Rückgang wurde um Währungseffekte und Regeländerungen des CRR/CRD 4-Rahmenwerks, die wir in der zweiten Jahreshälfte 2014 angewendet haben, wieder aufgehoben.

In den ersten sechs Monaten des Jahres haben wir unser Risikomaß der Verschuldungsquote auf Basis der alten Regeln um 7 Mrd € reduziert, bereinigt um gegenläufige Währungseffekte in Höhe von 10 Mrd €. Die Reduzierung wurde hauptsächlich bei Derivaten und Wertpapierfinanzierungsgeschäften (31 Mrd €) sowie dem Risikoabbau bei unserer NCOU (24 Mrd €) erreicht. Demgegenüber stand die Erhöhung von 44 Mrd €

aus übrigen Aktiva, der Barreserve und Einlagen bei Kreditinstituten sowie Forderungen aus dem Kreditgeschäft.

Mit der Einführung der überarbeiteten CRR/CRD 4-Regeln in der zweiten Jahreshälfte erhöhte sich das Risikomaß der Verschuldungsquote um 85 Mrd € bedingt durch die erwähnten substanziellen Änderungen bei den Berechnungsregeln und durch Währungseffekte in Höhe von 83 Mrd €, die hauptsächlich durch die Abwertung des Euro gegenüber dem US-Dollar hervorgerufen wurden.

Diese Effekte wurden durch eine Verringerung des Risikomaßes der Verschuldungsquote um 170 Mrd € kompensiert, vorwiegend aus Reduzierungen in unserem Derivateportfolio und Wertpapierfinanzierungsgeschäften um 98 Mrd €, Handelsaktiva um 27 Mrd €, außerbilanziellen und anderen Positionen um 25 Mrd € sowie einem Risikoabbau in Höhe von 20 Mrd € in unserer NCOU, was die Ernsthaftigkeit unserer Anstrengungen zur Risikominderung bestätigt.

Für die zentralen Treiber der Tier-1-Kapital-Entwicklung verweisen wir auf den Abschnitt „Liquiditäts- und Kapitalmanagement“ dieses Berichts.

Gesamtrisikoposition

Ökonomisches Kapital

Zur Ermittlung unserer (nicht aufsichtsrechtlichen) Gesamtrisikoposition berücksichtigen wir in der Regel Diversifikationseffekte zwischen den Risikoklassen.

Gesamtrisikoposition gemessen am Ökonomischen Kapitalbedarf

in Mio €			Veränderung 2014 gegenüber 2013	
(sofern nicht anders angegeben)	31.12.2014	31.12.2013	in Mio €	in %
Kreditrisiko	12.885	12.013	872	7
Marktrisiko	14.852	12.738	2.114	17
Marktrisiko aus Handelspositionen	4.955	4.197	757	18
Marktrisiko aus Nichthandelspositionen	9.898	8.541	1.357	16
Operationelles Risiko	7.598	5.253	2.345	45
Geschäftsrisiko	3.084	1.682	1.403	83
Diversifikationseffekte[1]	−6.554	−4.515[2]	−2.039	45
Ökonomischer Kapitalbedarf insgesamt	**31.866**	27.171	4.695	17

[1] Diversifikationseffekt über Kredit-, Markt-, operationelles und strategisches Risiko (größte Geschäftsrisiko-Komponente).
[2] Ohne strategisches Risiko (wurde 2013 noch nicht bei der Berechnung des Diversifikationseffektes berücksichtigt).

Zum 31. Dezember 2014 betrug unser gesamter Ökonomischer Kapitalbedarf 31,9 Mrd €. Dies entspricht einem Anstieg um 4,7 Mrd € oder 17 % gegenüber dem Vorjahresbedarf von 27,2 Mrd €. Die höhere Gesamtrisikoposition resultiert aus einem höheren Kapitalbedarf über alle Risikoklassen und der Weiterentwicklung unserer Methoden zur Risikomessung.

Unser Ökonomischer Kapitalbedarf für das Kreditrisiko erhöhte sich zum 31. Dezember 2014 auf 12,9 Mrd €, 872 Mio € oder 7 % höher im Vergleich zum Jahresende 2013. Der Anstieg resultierte hauptsächlich durch höhere Positionswerte in den Unternehmensbereichen CB&S und GTB, teilweise kompensiert durch niedrigere Positionswerte im Unternehmensbereich NCOU.

Der Ökonomische Kapitalbedarf für das Marktrisiko aus Handelspositionen erhöhte sich zum 31. Dezember 2014 auf 5,0 Mrd € im Vergleich zu 4,2 Mrd € zum Jahresende 2013. Dies war hauptsächlich auf höhere Positionswerte der zum beizulegenden Zeitwert bilanzierten Aktiva im Anlagebuch zurückzuführen. Unser Ökonomischer Kapitalbedarf für das Marktrisiko aus Nichthandelspositionen erhöhte sich um 1,4 Mrd € oder 16 %, resultierend aus dem Anstieg der Positionswerte mit strukturellen Währungsrisiken, Modellverbesserun-

gen für das Risiko aus Pensionsverpflichtungen und einem Anstieg der Risiken aus Garantiefonds, teilweise kompensiert durch Risikoreduzierungen innerhalb der NCOU.

Unser Ökonomischer Kapitalbedarf für operationelle Risiken stieg zum 31. Dezember 2014 auf 7,6 Mrd € im Vergleich zu 5,3 Mrd € zum Jahresende 2013. Der Anstieg resultiert hauptsächlich aus der frühzeitigen Berücksichtigung der Auswirkungen von Weiterentwicklungen unseres Advanced Measurement Approach (AMA)-Modells, die im zweiten Quartal 2014 integriert wurden und zu einer Erhöhung des Ökonomischen Kapitals von 1,1 Mrd € führten. Ein zusätzlicher Treiber war das erhöhte Verlustprofil in Bezug auf das operationelle Risiko der Deutschen Bank sowie der kompletten Branche insgesamt. Die auf das operationelle Risiko bezogenen Verluste, welche zur Erhöhung des Ökonomischen Kapitalbedarfs führten, beruhten weitgehend auf der Häufung von Rechtsstreitigkeiten, Untersuchungen und den damit verbundenen Maßnahmen.

Unser Ökonomischer Kapitalbedarf für das Geschäftsrisiko besteht aus einer strategischen Risikokomponente, die implizit auch Komponenten von Nicht-Standard-Risiken wie das Refinanzierungs- und das Reputationsrisiko beinhaltet, sowie einer Steuerrisikokomponente. Der Ökonomische Kapitalbedarf für das Geschäftsrisiko betrug 3,1 Mrd € zum 31. Dezember 2014, was einem Anstieg von 1,4 Mrd € oder 83 % gegenüber 1,7 Mrd € Ökonomischem Kapitalbedarf zum 31. Dezember 2013 entspricht. Der Anstieg reflektierte hauptsächlich den höheren Ökonomischen Kapitalbedarf für das strategische Risiko, welcher aus der Anpassung der Geschäftsplanung für das Geschäftsjahr 2015 im Vergleich zur Geschäftsplanung für das Jahr 2014 resultierte.

Der Diversifikationseffekt des Ökonomischen Kapitalbedarfs zwischen den einzelnen Risiken über Kredit-, Markt-, operationelles und strategisches Risiko hinweg stieg zum 31. Dezember 2014 um 2,0 Mrd € oder 45 %. Dieser Anstieg reflektiert hauptsächlich den erhöhten Ökonomischen Kapitalbedarf vor Diversifikation und eine Methodenanpassung beim Diversifikationsmodell im ersten Quartal 2014, welche unter anderem die Integration des strategischen Risikos in die Diversifikationskalkulation beinhaltete.

Interner Kapitaladäquanz-Bewertungsprozess – ICAAP

Der ICAAP verlangt von Banken, ihre Risiken zu identifizieren und zu bewerten, ausreichend Kapital zur Abdeckung der Risiken vorzuhalten und Verfahren zur Risikosteuerung anzuwenden sowie die angemessene Kapitalisierung permanent sicherzustellen, das heißt, das zur Verfügung stehende interne Kapital muss die intern gemessenen Risiken übersteigen (siehe auch Abschnitt „Interne Kapitaladäquanz“).

Wir erfüllen auf Konzernebene den ICAAP – wie unter Basel 2/Säule 2 gefordert und über die Mindestanforderungen an das Risikomanagement (MaRisk) in das deutsche Aufsichtsrecht überführt – durch das konzernweite Rahmenwerk für Risikomanagement und Governance, Methoden, Prozesse und Infrastruktur.

In Übereinstimmung mit den Basel- und MaRisk-Vorschriften zählen zu unseren Kerninstrumenten, um die ausreichende Kapitalisierung fortdauernd sicherzustellen:

— der strategische Planungsprozess, der Risikostrategie und Risikotoleranz mit den Geschäftszielen in Einklang bringt;
— der fortlaufende Überwachungsprozess für genehmigte Risiko- und Kapitalziele;
— die regelmäßige Berichterstattung über Risiken und Kapital an die Steuerungsgremien; und
— die Ökonomische Kapitalmethode sowie das Stresstest-Rahmenwerk, das auch spezifische Stresstests zur Unterstützung der Sanierungsplan-Überwachung beinhaltet.

Mehr Informationen zur Risikosteuerung in den wesentlichen Risikokategorien sind im Abschnitt „Grundsätze des Risikomanagements – Risikosteuerung“ dargestellt.

Interne Kapitaladäquanz

Die von uns im Rahmen unseres internen Prozesses zur Sicherstellung der Risikotragfähigkeit („Internal Capital Adequacy Assessment Process“, auch ICAAP) auf Basis eines unterstellten Liquidationsszenarios („Gone Concern Approach“) verwendete primäre Messgröße zur Ermittlung unserer internen Kapitaladäquanz ist das Verhältnis unseres Kapitalangebots zu unserer Kapitalanforderung, wie in der nachstehenden Tabelle dargestellt. Im Jahr 2014 haben wir Vermögenswerte leistungsdefinierter Pensionsfonds in die Definition des Kapitalangebots gemäß dem CRR/CRD 4-Kapitalrahmenwerk eingeschlossen. Der Vorjahresvergleich wurde entsprechend geändert.

Interne Kapitaladäquanz

in Mio € (sofern nicht anders angegeben)	31.12.2014	31.12.2013
Kapitalangebot		
Den Aktionären zurechenbares Eigenkapital	68.351	54.719
Gewinne aus beizulegenden Zeitwerten eigener Verbindlichkeiten und Debt Valuation Adjustments in Bezug auf eigenes Kreditrisiko[1]	−544	−537
Vermögenswerte leistungsdefinierter Pensionsfonds[2]	−961	−639
Aktive latente Steuern	−6.865	−7.071
Anpassungen des beizulegenden Zeitwerts für zu Krediten umgewidmete Vermögenswerte[3]	0	−363
Anteile ohne beherrschenden Einfluss[4]	0	0
Hybride Tier-1-Kapitalinstrumente	16.158	12.182
Tier-2-Kapitalinstrumente	6.620	9.689
Kapitalangebot	**82.759**	67.980
Kapitalanforderung		
Ökonomischer Kapitalbedarf	31.866	27.171
Immaterielle Vermögenswerte	14.951	13.932
Kapitalanforderung	**46.817**	41.103
Interne Kapitaladäquanzquote	**177 %**	165 %

[1] Beinhaltet Abzüge von Fair-Value-Erträgen auf eigene Krediteffekte in Bezug auf eigene Verbindlichkeiten, die zum beizulegenden Zeitwert bewertet werden, sowie Debt Valuation Adjustments.
[2] Beinhaltet Netto-Vermögenswerte (Aktiva abzgl. Verbindlichkeiten) leistungsdefinierter Pensionsfonds, im vorliegenden Beispiel angewandt auf den Fall einer Überdeckung von Pensionsverpflichtungen.
[3] Beinhaltet Adjustierungen des beizulegenden Zeitwerts für in Übereinstimmung mit IAS 39 umgewidmete Vermögenswerte sowie für Anlagevermögen, für das keine kongruente Refinanzierung vorliegt. Positive Beträge werden nicht berücksichtigt.
[4] Beinhaltet Anteile ohne beherrschenden Einfluss bis zum Betrag des Ökonomischen Kapitalbedarfs für jede Tochtergesellschaft.

Eine Quote von mehr als 100 % bedeutet, dass unser gesamtes Kapitalangebot die Kapitalanforderung für die Risikopositionen abdecken kann. Diese Quote betrug 177 % zum 31. Dezember 2014 im Vergleich zu 165 % zum 31. Dezember 2013. Die Änderung der Quote resultierte aus dem erhöhten Kapitalangebot. Die Erhöhung des den Aktionären zurechenbaren Eigenkapitals um 13,6 Mrd € resultierte hauptsächlich aus der Kapitalerhöhung zum 25. Juni 2014. Die Hybriden Tier-1-Instrumente erhöhten sich um 4,0 Mrd €, vornehmlich durch die zum 20. Mai 2014 und 19. November 2014 abgeschlossene Emission von Tier-1-Anleihen getrieben. Die Tier-2-Kapitalinstrumente verringerten sich um 3,1 Mrd €, im Wesentlichen durch die gekündigten Kapitalinstrumente getrieben. Weitere Details sind im Abschnitt „Kapitalmanagement“ beschrieben. Der Anstieg der Kapitalanforderung resultiert aus dem höheren Ökonomischen Kapitalbedarf, der im Abschnitt „Gesamtrisikoposition“ näher erläutert ist, und einem Anstieg der immateriellen Vermögenswerte um 1,0 Mrd €.

Die obigen Messgrößen zur Risikotragfähigkeit werden auf den konsolidierten Konzern (inklusive Postbank) angewandt und bilden einen integralen Teil unseres Rahmenwerks für das Risiko- und Kapitalmanagement, das in den jeweiligen Kapiteln dieses Berichts erläutert wird (siehe insbesondere „Kreditrisikoinstrumente – Ökonomisches Kapital für das Kreditrisiko“, „Ökonomisches Kapital für das Marktrisiko“, „Ökonomischer Kapitalbedarf für unsere nicht handelsbezogenen Marktrisikoportfolios nach Geschäftsbereich“, „Buchwert und Ökonomischer Kapitalbedarf für unsere nicht handelsbuchbezogenen Marktpreisrisikoportfolios“, „Messung unseres operationellen Risikos“ und „Ökonomisches Kapital für operationelle Risiken“).

Vergütungsbericht

Einleitung

Der Vergütungsbericht für das Jahr 2014 enthält detaillierte qualitative und quantitative Informationen zur Vergütung für den gesamten Deutsche Bank-Konzern (ausgenommen für die Postbank, die einen eigenen Bericht veröffentlicht). Ferner enthält er spezifische Offenlegungen im Hinblick auf die Mitglieder des Konzernvorstands und die Mitarbeiter, die den Regelungen der Institutsvergütungsverordnung („InstitutsVergV“) unterliegen.

Der Bericht umfasst die folgenden Abschnitte:

— Zusammenfassung und Offenlegung der konzernweiten Vergütung
— Material Risk Taker („Wesentliche Risikoträger“)
— Bericht und Offenlegung über die Vorstandsvergütung
— Bericht und Offenlegung über die Aufsichtsratsvergütung

Der Bericht erfüllt die Vorgaben des § 314 Abs. 1 Nr. 6 Handelsgesetzbuch („HGB“), des Deutschen Rechnungslegungsstandards Nr. 17 („DRS 17“) „Berichterstattung über die Vergütung der Organmitglieder“, der Institutsvergütungsverordnung sowie der Empfehlungen des Deutschen Corporate Governance Kodex.

Zusammenfassung und Offenlegung konzernweiter Vergütung

Zusammenfassung

Das Jahr 2014 war ein entscheidendes Jahr für die Deutsche Bank. 2013 wurden signifikante externe Vorschriften eingeführt und interne Projekte zur Umsetzung des Kulturwandels in der Organisation gestartet. Im Berichtsjahr lag der Fokus darauf, auf den 2013 geschaffenen Grundlagen aufzubauen und Veränderungen zu implementieren. Die bedeutendsten Maßnahmen waren die erforderlichen Anpassungen der Vergütungsstrukturen aufgrund neuer regulatorischer Anforderungen. Diese ermöglichen es zudem, die erneuerten Werte und Überzeugungen innerhalb der Organisation zu verankern.

Unser Gesamtpool für die variable Vergütung des Konzerns für das Geschäftsjahr 2014 belief sich auf 2,7 Mrd €. Im Einklang mit unserem langjährigen Ansatz wurden 45 % des Gesamtpools über einen Zeitraum von drei bis fünf Jahren aufgeschoben und an eine Kombination aus verhaltens- und leistungsabhängigen Verfallsbedingungen geknüpft. Der Anwendungsbereich der Verfallsbedingungen wurde im Jahr 2013 erheblich erweitert und von der Bank auch für das Performance-Jahr 2014 beibehalten.

Kulturelle Entwicklungen und Vergütungsstrategie

Die Deutsche Bank hält einen Kulturwandel in der Bankenbranche für unverzichtbar und will dabei eine Vorreiterrolle einnehmen. Die Bank ist davon überzeugt, dass die Unternehmenskultur einer der Schlüsselfaktoren für ihren langfristigen Erfolg ist. Ein Kernelement der Strategie 2015+ ist daher die Förderung einer Unternehmenskultur, die eine im Einklang mit den Werten der Gesellschaft stehende Leistung nachhaltig belohnt.

Im Jahr 2013 haben wir die Voraussetzungen für den Kulturwandel geschaffen und die erneuerten Werte und Überzeugungen eingeführt. Die sechs Werte Integrität, nachhaltige Leistung, Kundenorientierung, Innovation, Disziplin und Partnerschaft werden durch 18 Überzeugungen untermauert. Im Jahr 2014 haben wir uns auf die Einbindung der Mitarbeiter und die Verankerung der Werte und Überzeugungen in allen Divisionen, Funktionen und Regionen konzentriert. Die Bank stellt sich dieser Herausforderung mit drei klaren Handlungsfeldern:

— Vorleben des Kulturwandels durch das Management („Tone from the Top“) und Einbeziehung der Mitarbeiter durch Kommunikationsmaßnahmen, Transparenz und entsprechende Workshops in der gesamten Bank. Dabei lag ein Schwerpunkt auf den Auswirkungen und der Notwendigkeit von Veränderungen in den jeweiligen Geschäftsbereichen
— Implementierung von Mechanismen zur Verankerung der Unternehmenskultur, Anpassung der HR-Prozesse und -Systeme sowie Überarbeitung der Vergütungspraktiken
— Umsetzung des Kulturwandels durch die Veränderung von Geschäftspraktiken

Die Verankerung der Werte und Überzeugungen wird im Jahr 2015 fortgesetzt.

Unsere Vergütungsstrategie basiert auf der Förderung eines diversifizierten Universalbankmodells mit sicheren Vergütungspraktiken, die an den Werten der Bank ausgerichtet sind.

Die Vergütungsstrategie ist ein unverzichtbares Instrument zur Umsetzung aller fünf Hebel der Strategie 2015+ der Deutschen Bank:

— Kunden: Ausrichtung des strategischen Schwerpunkts auf das Kundengeschäft durch Gewährleistung der Wettbewerbsfähigkeit des Kundengeschäfts und Kundenorientierung;
— Kompetenzen: Gewährleistung der Gewinnung und Bindung der richtigen Mitarbeitertalente über die ganze Bandbreite der Produkte und Kontrollfunktionen/Infrastrukturbereiche hinweg;
— Kapital: Förderung organischen Kapitalwachstums, Abbau risikogewichteter Aktiva und ein Vergütungssystem, das den Kapitalplan des Konzerns unterstützt;
— Kosten: Setzen von Verhaltensanreizen, die zu langfristigen Kostenzielen und nachhaltiger Kostendisziplin führen;
— Kultur: Ausrichtung der Anreizsysteme an nachhaltiger Leistung, Finanzdisziplin und einer angemessenen Risikokultur. Insbesondere wurde die Vergütung durch erweiterte Verfallsbedingungen deutlicher an disziplinarische Maßnahmen geknüpft.

Regulatorische Entwicklungen

Die Bank hat bei der Umsetzung von Änderungen der regulatorischen Vorschriften zur Vergütung stets eine Vorreiterrolle angestrebt. Dabei wird sie zur Gewährleistung der Einhaltung aller neuen Anforderungen mit ihrer neuen Aufsichtsbehörde, der Europäischen Zentralbank („EZB“), zusammenarbeiten.

Eigenkapitalrichtlinie (Capital Requirements Directive – „CRD 4“)

Die Vorschriften der CRD 4 traten am 1. Januar 2014 in Kraft und gelten weltweit für alle in der EU ansässigen Institute. Die wichtigste Maßnahme ist die Begrenzung der variablen Vergütung im Verhältnis zur fixen Vergütung. Sie gilt für die Vergütung im Performance-Jahr 2014. Während CRD 4 das maximale Verhältnis von variabler zu fixer Vergütung nur auf Material Risk Taker anwendet, erweitern die InstitutsVergV und das Kreditwesengesetz die Anwendbarkeit dieses Verhältnisses auf alle Mitarbeiter weltweit. Die Bank ist sich der regulatorischen Änderungen in vollem Umfang bewusst und erfüllt die neuen Anforderungen.

Nach Maßgabe der CRD 4 und der anschließend in die InstitutsVergV übernommenen Anforderungen unterliegt die Bank einem Verhältnis von fixer zu variabler Vergütung von 1:1 (1:2 mit Zustimmung der Aktionäre). Im Rahmen der Hauptversammlung vom 22. Mai 2014 haben die Aktionäre einer Erhöhung des Verhältnisses auf 1:2 zugestimmt. Aufgrund externer regulatorischer Anforderungen, die speziell das maximale Verhältnis von variabler zu fixer Vergütung für Mitarbeiter in Kontrollfunktionen (Audit, Compliance, Finance, Human

Resources, Legal, Risk, CISO und CSBC) regeln, hat der Vorstand bestimmt, dass für Mitarbeiter in Kontrollfunktionen ein Verhältnis von 1:1 gilt.

Bei der Umsetzung dieses Beschlusses wurden Maßnahmen ergriffen, die sich auf die Vergütungsstruktur ausgewirkt haben. Es wurden einige Mitarbeiter identifiziert, deren Vergütung überprüft wurde; ihre fixen Bezüge wurden im August 2014 erhöht. Einzelheiten können dem Abschnitt „CRD 4-Umsetzung“ entnommen werden.

Material Risk Taker (Wesentliche Risikoträger)

Die im Juni 2014 in Kraft getretenen technischen Regulierungsstandards (Regulatory Technical Standards – „RTS“) der European Banking Authority („EBA“) enthalten die verbindlichen qualitativen und quantitativen Kriterien zur Identifizierung von Material Risk Takern. Die technischen Regulierungsstandards der EBA wurden durch die Institutsvergütungsverordnung umgesetzt. Auf Basis dieser Kriterien hat die Bank 2.903 Material Risk Taker für das Geschäftsjahr 2014 identifiziert. Dies entspricht einem Anstieg um 124 % gegenüber 2013.

Etwa 44 % der Mitarbeiter aus der Gruppe der Material Risk Taker sind in der Europäischen Union („EU“) beschäftigt. Aus dem Kreis der Material Risk Taker wurden 139 Mitarbeiter als der Senior Management Group zugehörig identifiziert. Da diese Gruppe aus Führungskräften und Repräsentanten der Bank besteht, ist es verständlich, dass der größte Teil ihrer Vergütung an den langfristigen Erfolg des Konzerns gekoppelt wird. Aus diesem Grund unterliegt bei diesen Mitarbeitern die gewährte aufgeschobene aktienbasierte Vergütung einem kombinierten Zeitraum aus Anwartschaftsfrist und Haltefrist von fünf Jahren. Der durchschnittliche Anteil der aufgeschobenen Teile der variablen Vergütung dieser Mitarbeiter lag bei 99 %.

Richtlinie über die Verwalter alternativer Investmentfonds („AIFMD“) und Richtlinie über Märkte für Finanzinstrumente („MiFID“)

Die Bank muss auch weitere EU-Richtlinien einhalten: die Richtlinie über die Verwalter alternativer Investmentfonds (Alternative Investment Fund Managers Directive – „AIFMD“) und die Richtlinie über Märkte für Finanzinstrumente (Markets in Financial Instruments Directive – „MiFID“). Die EU-Richtlinie AIFMD enthält Vorschriften zur Vergütung, in denen die von Verwaltern alternativer Investmentfonds („AIFM“) bei der Festlegung und Anwendung von Vergütungspraktiken für bestimmte Mitarbeiterkategorien zu beachtenden Regelungen aufgeführt sind. Material Risk Taker gemäß AIFMD sind auf Ebene der AIFM zu identifizieren. Da die AIFMD stark an CRD 3 angelehnt ist, wurden viele Vergütungsaspekte von der Bank bereits umgesetzt. Ein wesentlicher Unterschied besteht darin, dass Material Risk Taker gemäß AIFMD nicht dem in der CRD 4 festgelegten Verhältnis von fixer zu variabler Vergütung unterliegen.

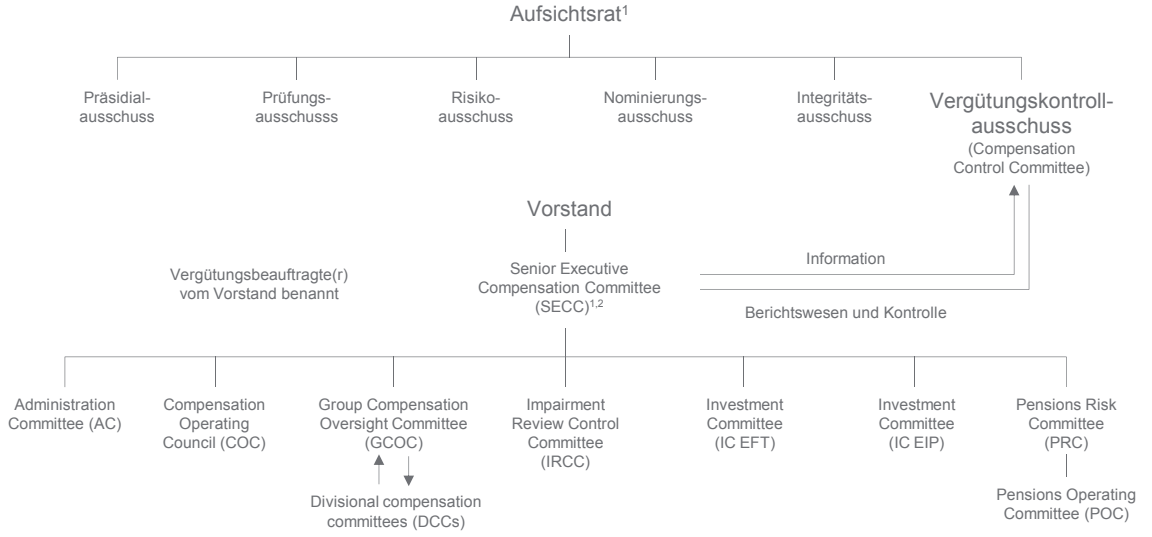
Die MiFID enthält Vorgaben für die Vergütung, die Vergütungsstrukturen und -praktiken, die verhindern sollen, dass Mitarbeiter dazu veranlasst werden, nicht im Kundeninteresse zu handeln. Das von der BaFin veröffentlichte Rundschreiben „Mindestanforderungen an die Compliance-Funktion“ („MaComp“) setzt Vergütungsaspekte der MiFID um. Die MaComp verlangen die Einführung bestimmter Vergütungsgrundsätze, die allgemeine Anforderungen, eine Überprüfung von Vergütungsplänen und die Identifizierung von Mitarbeitern, die als „relevante Personen” eingestuft werden, vorsehen. Für diese Gruppe gelten die Anforderungen der Institutsvergütungsverordnung in gleichem Umfang.

Vergütungsgovernance-Struktur

Unsere robuste Governance-Struktur erlaubt uns, im Rahmen der eindeutigen Vorgaben unserer Vergütungsstrategie und -praxis zu handeln. Sämtliche Vergütungsangelegenheiten sowie die Einhaltung sämtlicher regulatorischer Vorgaben werden durch die maßgeblichen Gremien überwacht, die die globale Governance-Struktur zur Vergütung bilden.

Vergütungsgovernance-Struktur

(basierend auf §25d (12) KWG und InstitutsVergV-Bestimmungen)



[1] Optional: Unabhängige externe Berater
[2] Die relevanten Aufgaben werden durch das SECC im Auftrag des Vorstands durchgeführt.

In Einklang mit der in Deutschland bestehenden dualen Führungsstruktur legt der Aufsichtsrat die Vergütung der Vorstandsmitglieder fest, während der Vorstand, unterstützt durch das Senior Executive Compensation Committee („SECC"), die Vergütungsangelegenheiten aller anderen Mitarbeiter des Konzerns überwacht. Das SECC tritt mindestens jeden zweiten Monat zusammen (24 Sitzungen im Performance-Jahr 2014). Den gemeinsamen Vorsitz des SECC führen Stefan Krause (CFO) und Stephan Leithner (für 2014: CEO Europe ohne Deutschland und Großbritannien, Human Resources, Legal & Compliance, Government and Regulatory Affairs), die beide Mitglieder des Vorstands sind. Weitere Mitglieder sind Stuart Lewis (CRO und Vorstandsmitglied) und Führungskräfte aus den Bereichen Finance und Human Resources. Um die Unabhängigkeit des SECC zu gewährleisten, sind keine Mitarbeiter, die einer unserer Divisionen zugeordnet sind, Mitglied des SECC. Das SECC bereitet und schlägt dem Vorstand die wesentliche Vergütungsstrategie und -struktur auf Konzernebene vor und überwacht den gesamten Vergütungsprozess mithilfe seiner untergeordneten Ausschüsse.

Der Vorstand hat eine konzernweite Vergütungsstrategie verabschiedet, die gewährleistet, dass die Vergütungspraktiken mit den Geschäfts- und Risikostrategien des Konzerns vollständig im Einklang stehen. Als weiteres internes Dokument verfügt die Bank über eine Vergütungsrichtlinie, die die Mitarbeiter über die Vergütungsstrategie, die Governance-Prozesse und die Strukturen der Bank informieren und aufklären soll. Diese Dokumente verdeutlichen den klaren und nachweislichen Zusammenhang zwischen den Vergütungspraktiken und der allgemeinen Konzernstrategie und wurden gemäß § 13 InstitutsVergV auf der Intranet-Webseite veröffentlicht, so dass sie von allen Mitarbeitern eingesehen werden können.

Nach Maßgabe der InstitutsVergV arbeitet das SECC in Konzernangelegenheiten mit dem Vergütungskontrollausschuss zusammen. Der Vergütungskontrollausschuss setzt sich aus Mitgliedern des Aufsichtsrats zusammen und schafft eine stärkere Einbeziehung des Aufsichtsrats und Fokussierung auf Vergütungsthemen des Konzerns, indem er die Struktur der Vergütungssysteme für das Senior Management und die Mitarbeiter überwacht. Darüber hinaus unterstützt der Vergütungskontrollausschuss den Aufsichtsrat bei der Überwachung der angemessenen Beteiligung der relevanten internen Kontrollfunktionen bei der Strukturierung von Vergütungssystemen sowie der Sicherstellung der Wahrung langfristiger Interessen von Aktionären, Investoren und weite-

ren Stakeholdern. Ferner hat der Vorstand gemäß §§ 23 bis 26 InstitutsVergV, in Zusammenarbeit mit dem Vergütungskontrollausschuss, einen Vergütungsbeauftragten ernannt, der eng mit dem Vorsitzenden des Vergütungskontrollausschusses zusammenarbeitet und für die laufende Überwachung der Angemessenheit der Vergütungssysteme verantwortlich ist. Es wurde außerdem ein stellvertretender Vergütungsbeauftragter ernannt, der den Vergütungsbeauftragten bei der Erfüllung seiner Pflichten unterstützt. Der Vergütungskontrollausschuss trat im Performance-Jahr 2014 siebenmal zusammen.

Weiterentwicklungen in der Governance-Struktur zur Vergütung

Auf Grundlage der im Jahr 2013 umgesetzten Verbesserungen wurde im Laufe des Jahres 2014 die Governance-Struktur in einigen Punkten weiterentwickelt und ein besonderer Fokus auf die Funktion und Arbeitsweise des Group Compensation Oversight Committee („GCOC“) und die direkt an das SECC berichtenden Unterausschüsse gelegt. Dazu zählen nun auch diejenigen Unterausschüsse, die vor seiner Auflösung dem Group Compensation Review Committee untergeordnet waren.

GCOC

Als dem SECC nachgeordnetes Gremium ist das GCOC für die Überwachung der Governance der vergütungsbezogenen Jahresendprozesse der Divisionen zuständig. Hierzu gehört die nachweisliche Prüfung, ob die divisionalen Vergütungsausschüsse („DCC“) bei der Zuteilung der Pools für die variable Vergütung sowie die Führungskräfte bei der Entscheidung über die Verteilung der individuellen variablen Vergütung (i) die bestehenden Governance-Anforderungen erfüllen und (ii) sicherstellen, dass solide Vergütungsparameter und (finanzielle und nicht finanzielle) Vergütungskennzahlen berücksichtigt werden. Das GCOC hat sich für das Performance-Jahr 2014 einem solideren und optimierten Governance-Prozess verschrieben.

Das GCOC hat die Fortschritte der DCCs in Bezug auf die Vorgaben der bestehenden Vergütungsgovernance-Struktur im Rahmen des konzernweiten jährlichen Jahresendprozesses überwacht, das SECC laufend informiert und vor Abschluss dieses Prozesses seine Ergebnisse und Empfehlungen an das SECC in einem Bericht zusammengefasst.

Das GCOC hat mehrfach Verbesserungen des Vergütungsgovernance-Prozesses vorgenommen. Zu diesen Verbesserungen gehörten unter anderem:

— die Überprüfung und Präzisierung der bisherigen Vorgaben für die Vergütungsgovernance
— eine noch stärkere Integration der Werte und Überzeugungen der Bank in den Anforderungen an die Vergütungs-Governance
— eine stärkere Befassung mit den DCCs im Hinblick auf die Anforderungen der Vergütungsgovernance zur Sicherstellung eines vollständigen Verständnisses der Erwartungen
— die Einführung erheblich verbesserter Vorgaben für die Dokumentation der Begründung individueller Entscheidungen über variable Vergütung
— eine verstärkte Durchsetzung der Folgen bei Nichteinhaltung von Vorgaben der Vergütungsgovernance.

Mittels dieser Verbesserungen hat die Bank einen soliden, fokussierten und besser dokumentierten GCOC-Prozess für 2014 aufgestellt.

Vergütungsstruktur

Die Deutsche Bank verfolgt einen Gesamtvergütungsansatz, der fixe und variable Vergütungskomponenten umfasst.

Die fixe Vergütung dient dazu, die Mitarbeiter entsprechend ihrer Qualifikationen, Erfahrungen und Kompetenzen sowie der Anforderungen, der Bedeutung und des Umfangs ihrer Funktion zu vergüten. Für die Mehrzahl der Deutsche Bank-Mitarbeiter bildet die fixe Vergütung den wesentlichen Vergütungsbestandteil und dessen Anteil an der Gesamtvergütung liegt bei weit über 50 %. Dieser Anteil ist für viele Geschäftsbereiche angemessen und wird auch künftig eines der Hauptmerkmale der Gesamtvergütung sein.

Die variable Vergütung ist auf das Branchenziel der Beibehaltung von Kostenflexibilität bei gleichzeitiger Gewinnung und Bindung der richtigen Talente ausgerichtet. Die variable Vergütung hat darüber hinaus den Vorteil, dass sie in der Lage ist, Leistungsergebnisse zu differenzieren und Verhaltensweisen durch geeignete Anreizsysteme zu fördern, die wiederum positiven Einfluss auf die Unternehmenskultur haben. Im Ergebnis ist die variable Vergütung daher weltweit in vielen Geschäftsfeldern im Bankenumfeld ein Hauptmerkmal marktüblicher Vergütung. In Kombination mit der fixen Vergütung führt dies im Ergebnis zu einer Gesamtvergütung, die sowohl kosteneffizient als auch flexibel ist.

CRD 4-Umsetzung

Wie vorstehend beschrieben, ist die Bank nach Maßgabe von § 25a Abs. 5 Kreditwesengesetz („KWG“) und § 6 Abs. 2 InstitutsVergV an ein maximales Verhältnis von fixer zu variabler Vergütung gebunden. Um dieses zu implementieren, hat die Bank zahlreiche Schritte ergriffen, die sich auf die Vergütungsstruktur auswirken. Die Umsetzung der regulatorischen Vorgaben in Form eines Verhältnisses von 1:1 oder 1:2 führt für sich genommen nicht zu einer Erhöhung der individuellen Gesamtvergütung. Die Gesamtvergütung wird sich auch künftig am Erfolg und am Markt orientieren. Um jedoch sicherzustellen, dass die Bank im Hinblick auf die Höhe der Gesamtvergütung weiterhin im Wettbewerb bestehen kann, hat die Anwendung eines 1:1- oder 1:2-Verhältnisses zu einer Anpassung der Vergütungsstruktur einiger Mitarbeiter geführt.

Konzernweit wurde eine Reihe von Mitarbeitern identifiziert, deren Vergütungsstruktur überprüft und deren fixe Vergütung erhöht wurde. Die angemessene Höhe der fixen Vergütung wird für die jeweilige Funktion unter Berücksichtigung eines Marktvergleichs der Funktion bestimmt und durch die regulatorischen Vorgaben der für die Gesamtvergütung geltenden Strukturen beeinflusst. Bei der fixen Vergütung gibt es gewissen Spielraum, um eine wettbewerbsfähige Vergütung sowie für leistungsstarke Mitarbeiter die Aussicht auf einen Anstieg ihrer Vergütung sicherzustellen. Im Rahmen der Gewinnung und Bindung der richtigen Mitarbeiter für die verschiedenen Standorte und Geschäftsmodelle spielt ein wettbewerbsfähiges Niveau der fixen Vergütung eine wesentliche Rolle, damit gewährleistet ist, dass die Bank über die notwendige Kompetenz zur Erreichung ihrer strategischen Ziele verfügt.

Von den Mitarbeitern, deren fixe Vergütung angepasst wurde, erhielten einige eine Grundgehaltszulage (Additional Fixed Pay Supplement – „AFPS“). Der Vorstand hat vor allem aus Gründen des Kostenmanagements in Bezug auf Altersvorsorge und Benefits die Einführung des AFPS genehmigt.

Das monatliche Grundgehalt und das AFPS bilden zusammen die gesamte fixe Vergütung. Unter ansonsten gleichen Bedingungen verringert sich die variable Vergütungskomponente derjenigen Mitarbeiter, deren fixe Vergütung erhöht wurde.

Zum Zeitpunkt der Anpassung im Juli 2014 wurden ca. 1.100 Mitarbeiter bzw. etwa 1 % der globalen Mitarbeiterpopulation identifiziert, die eine Erhöhung ihrer Fixvergütung erhalten sollten mit einer Kostenwirkung in Höhe von 300 Mio € für das Geschäftsjahr 2014.

Festsetzung der konzernweiten variablen Vergütung

Zur Unterbreitung von Vorschlägen für die Pools für die variable Vergütung wendet die Bank ein konzernweit einheitliches, transparentes und formalisiertes Verfahren an. Für die Divisionen werden die Vorschläge zu den Pools für die variable Vergütung durch Anwendung der divisionalen Ausschüttungsquoten auf die divisionale risikoadjustierte, bonusberechtigende Performance ermittelt. Die divisionalen Ausschüttungsquoten werden an historischen Mittelwerten und Wettbewerber-Benchmarks ausgerichtet, um so die Transparenz der Vorschläge für die Pools zu stärken. Die Vorschläge für Pools der Infrastruktureinheiten werden separat ermittelt und sind, gemäß § 5 (4) InstitutsVergV, nicht von der Leistung der durch sie betreuten Divisionen abhängig.

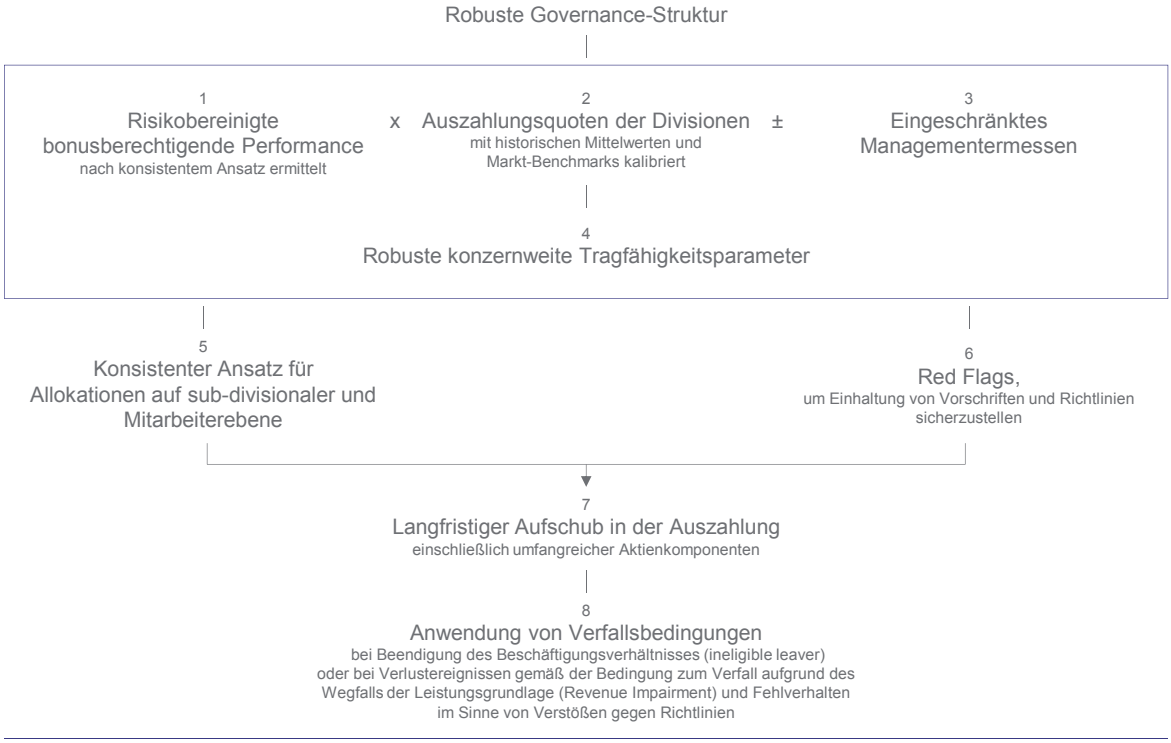
Die hieraus resultierenden Vorschläge für den Vergütungspool werden sodann unter Einbeziehung sonstiger strategischer und qualitativer Faktoren und externer Benchmarks erwogen und überprüft. Der InstitutsVergV entsprechend liegt der Schwerpunkt der Vergütung bei der Mehrzahl der in den Infrastrukturbereichen tätigen Mitarbeiter, vor allem bei denjenigen, die in maßgeblichen Kontrollfunktionen tätig sind, auf der fixen Vergütung.

Maßgebliches Kriterium bei den Entscheidungen über den Pool für die variable Vergütung ist die Balance zwischen der Tragfähigkeit für den Konzern und der Wettbewerbsfähigkeit; darüber hinaus ist nach Maßgabe der Anforderungen des § 7 und § 19 InstitutsVergV sicherzustellen, dass die Bank öffentlich erklärte Ziele erreicht und Liquiditäts- und Kapitalanforderungen erfüllt. Tragfähigkeitsprüfungen werden auf Konzernebene durchgeführt, um die Angemessenheit der vorgeschlagenen Poolgrößen festzustellen; hierdurch werden die langfristige Rentabilität und nachhaltige Entwicklung der Bank in Einklang mit der konzernweiten Vergütungsstrategie und den Werten und Überzeugungen der Bank gestärkt. Zu den vom SECC für die Bewertung der Tragfähigkeit herangezogenen Kennzahlen gehören unter anderem:

— Pro-forma-CRR/CRD 4-Kernkapitalquote (Common Equity Tier-1)
— Liquidität
— Risikotragfähigkeit
— Aufwand-Ertrag-Relation
— Personalaufwandsquote
— Ergebnis vor Ertragsteuern („IBIT“)
— Nettoertrag
— Weitere vom SECC geforderte relevante finanzielle Kennzahlen

Die Tragbarkeit des konzernweiten Pools für die variable Vergütung wird bestätigt, wenn der Pool anhand der genannten finanziellen Kennzahlen ermittelt wurde und der prognostizierten Erreichung künftiger regulatorischer und strategischer Ziele nicht entgegensteht.

Zusammenfassung des Verfahrens zur Bestimmung des Gesamtpools der variablen Vergütung und des darüberliegenden Governance-Rahmenwerks:



Struktur und Instrumente der variablen Vergütung

Die variable Vergütung wird von der Bank seit vielen Jahren als Instrument eingesetzt, um für leistungsstarke Mitarbeiter Anreize zu schaffen, diese zu vergüten und zu binden und darüber hinaus in der Gesamtvergütung zu differenzieren. Alle individuellen Entscheidungen über die variable Vergütung müssen leistungsabhängig und an eine Kombination aus risikoadjustiertem Ergebnis des Konzerns, der Divisionen und der individuellen Leistung des Mitarbeiters gekoppelt sein. Bei Ermessensentscheidungen müssen Führungskräfte sowohl die absoluten als auch die relativen Risiken kennen, die Mitarbeiter im Rahmen ihrer Tätigkeiten eingehen, um sicherzustellen, dass die variable Vergütung ausgewogen verteilt ist und keine unangemessenen Anreize zur Eingehung von Risiken geschaffen werden.

Unser Bestreben ist es, einen großen Teil der variablen Vergütung für Führungskräfte an die langfristige Entwicklung und den langfristigen Erfolg der Bank zu koppeln, indem wir Vergütung über einen Zeitraum von mindestens drei Jahren strukturiert aufschieben und an Leistungs- und Verfallsbedingungen knüpfen.

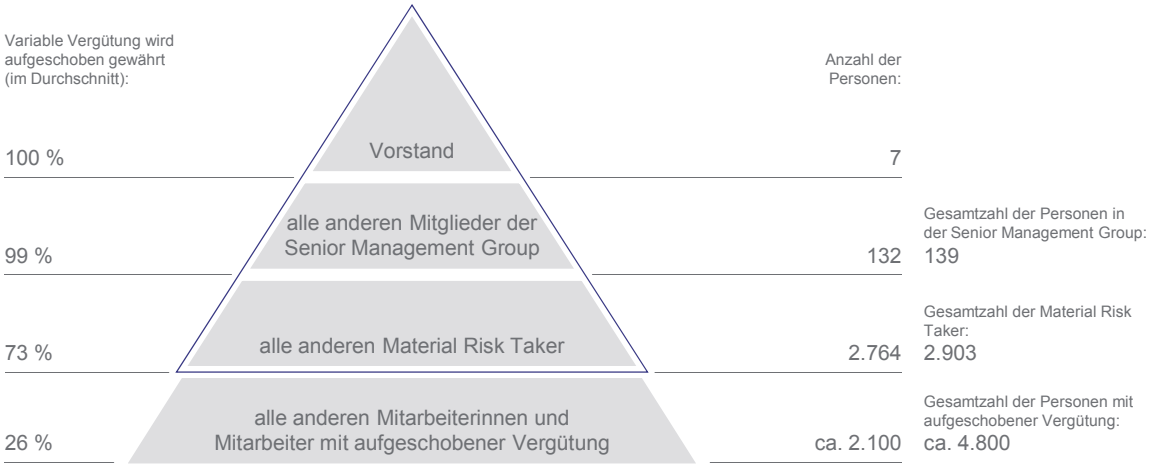
Die generellen Vorteile des Aufschiebens von Vergütung und die positiven Aspekte aus dem Blickwinkel des Haltens und des Risikomanagements müssen jedoch sorgfältig gegen das Management der Vergütungskosten für die kommenden Jahre und die Folgen des Aufschiebens immer größerer Vergütungsteile abgewogen werden. Zur Herstellung eines ausgewogenen Verhältnisses wurde entschieden, dass 45 % (ohne Equity Upfront Awards – „EUA“) des Gesamt-Bonuspools für den Konzern für das Jahr 2014 in Form aufgeschobener Vergütung gewährt würden.

Für das Geschäftsjahr 2014 hat die Bank bei der Umsetzung der CRD 4 sowohl die Auswirkungen auf die Reduzierung des Pools für die variable Vergütung als auch die Begrenzung der Mitarbeitergruppe, deren Anteil an aufgeschobener Vergütung angepasst werden kann, berücksichtigt bei gleichzeitiger Betrachtung marktüblicher Anteile an aufgeschobener Vergütung und aufsichtsrechtlicher Anforderungen.

Aus der Deferral Matrix 2014 ergeben sich ähnlich große Anteile aufgeschobener Vergütung wie aus der Matrix 2013. Eine der wichtigsten Änderungen ist jedoch die Einführung eines neuen Schwellenwerts – die variable Vergütung von Mitarbeitern mit einer fixen Vergütung über 500.000 € unterliegt einem 100 %igen Deferral der variablen Vergütung. Mit der Einführung des 100 %igen Deferrals für Mitarbeiter mit einem signifikant hohen Anteil fixer Vergütung unterstreicht die Bank das öffentlich erklärte Ziel, bei der Änderung der Vergütung eine Vorreiterrolle einzunehmen.

Mitarbeiter mit einer fixen Vergütung von 500.000 € oder weniger unterliegen der Deferral Matrix der Bank für aufgeschobene Vergütung. Für diese Mitarbeiter wurde der Schwellenwert für die aufgeschobene Vergütung, ab dem mindestens 50 % der variablen Vergütung aufgeschoben gewährt wurden, auf 100.000 € festgesetzt. Die Deferral Matrix erfüllt alle regulatorischen Anforderungen und ist nach wie vor auf den Schutz von Mitarbeitern mit geringerer Vergütung ausgerichtet, während gleichzeitig sichergestellt wird, dass einkommensstarken Mitarbeitern ein angemessener Betrag aufgeschoben gewährt wird. Infolgedessen wurde der Betrag der variablen Vergütung, der 500.000 € übersteigt, zu 100 % aufgeschoben gewährt.

Gruppen von Führungskräften und durchschnittlicher Anteil der aufgeschobenen Vergütung an der gesamten variablen Vergütung



△ Gesamtheit der Material Risk Taker gem. InstitutsVergV

Mitarbeiter, denen für 2014 aufgeschobene variable Vergütung gewährt wurde, erhielten 50 % ihrer aufgeschobenen Vergütung in Form aufgeschobener aktienbasierter Vergütungselemente und 50 % in Form einer aufgeschobenen Barvergütung. Anmerkung: Eine begrenzte Anzahl von in dem Geschäftsbereich Deutsche AWM tätigen Führungskräften erhielt einen Teil ihrer aufgeschobenen Vergütung in Form eines Employee Investment Plan („EIP“). Hierbei handelt es sich um in bar zu erfüllende Zusagen, die von dem Wert der durch den Geschäftsbereich verwalteten Fonds abhängt. Für den EIP gelten hinsichtlich aufgeschobener Vergütung und Verfall dieselben Bedingungen wie für alle anderen Pläne.

Zur Erreichung dieses Ziels wurden die folgenden Instrumente verwendet:

Restricted Equity Awards

Der Anteil der aufgeschobenen aktienbasierten Vergütung, der als sogenannter Restricted Equity Award („REA“) vergeben wird, wird pro rata über einen Zeitraum von drei Jahren (beziehungsweise im Falle der Senior Management Group viereinhalb Jahren) unverfallbar. Anmerkung: Im Bereich Private Client Services („PCS“) der Deutsche AWM beschäftigte Mitarbeiter erhalten anstelle des REA einen PCS-Award.

Der Wert des REA hängt während der Anwartschaftsfrist (und gegebenenfalls einer Haltefrist) von der Kursentwicklung der Deutsche Bank-Aktie und damit von der nachhaltigen Wertentwicklung der Bank ab. Während der Anwartschaftsfrist und, soweit zutreffend, während der Haltefrist gelten besondere Verfallsbedingungen.

Restricted Incentive Awards

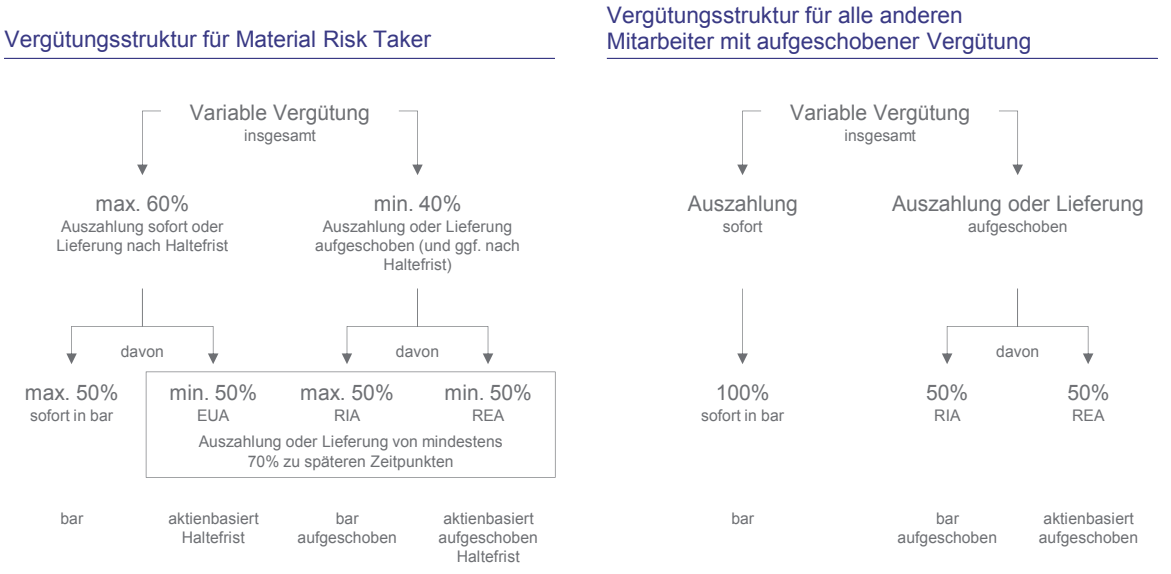
Der nicht aktienbasierte Teil wird als aufgeschobene Barvergütung (Restricted Incentive Award – „RIA“) gewährt, die über einen Zeitraum von drei Jahren (für Vorstandsmitglieder gilt eine längere Anwartschaftsfrist) pro rata unverfallbar wird. Während der Anwartschaftsfrist gelten besondere Verfallsbedingungen.

Equity Upfront Awards

Zusätzlich zu der vorstehend genannten aufgeschobenen Vergütung erhalten alle Material Risk Taker 50 % ihrer sofort fälligen (nicht aufgeschobenen) variablen Vergütung aktienbasiert als Equity Upfront Award („EUA“). Der sofort unverfallbare aktienbasierte Teil unterliegt einer sechsmonatigen Haltefrist. Der Wert des EUA hängt während der Haltefrist von der Kursentwicklung der Deutsche Bank-Aktie und damit von der nachhaltigen

Wertentwicklung der Bank ab. Während der Haltefrist gelten besondere Verfallsbedingungen und die Bedingung des Bestehens eines Beschäftigungsverhältnisses.

Die folgende Abbildung fasst die vorstehend beschriebenen Vergütungsinstrumente für Material Risk Taker und sonstige Mitarbeiter mit aufgeschobener Vergütung zusammen.



EUA = Equity Upfront Awards
RIA = Restricted Incentive Awards
REA = Restricted Equity Awards

Fälligkeiten der aufgeschobenen Vergütung

Gemäß den regulatorischen Vorgaben sollen die Anwartschaftsfristen für Material Risk Taker mindestens drei Jahre betragen. Wie in früheren Jahren haben wir uns entschieden, diese Mindestanforderungen auf alle Mitarbeiter mit aufgeschobener Vergütung anzuwenden. Außerdem haben wir erneut eine Gruppe von Material Risk Takern der obersten Führungsebene ermittelt. Für die REA der (aus 139 Mitarbeitern bestehenden) Senior Management Group gilt eine viereinhalbjährige Anwartschaftsfrist, nach der die Anwartschaften in einer Tranche fällig werden („Cliff Vesting“), damit sichergestellt ist, dass die Mitglieder dieser Gruppe noch stärker als andere Mitarbeiter ein persönliches Interesse am langfristigen, nachhaltigen Erfolg der Bank haben.

An den Eintritt der Unverfallbarkeit jeder REA-Tranche schließt sich für Material Risk Taker eine sechsmonatige Haltefrist an. Für Mitarbeiter der Senior Management Group folgt die sechsmonatige Haltefrist auf die viereinhalbjährige Anwartschaftsfrist. Auf diese Weise können sie den Wert ihrer im Jahr 2015 gewährten REA frühestens im Februar 2020 (also fünf Jahre nach Gewährung) realisieren.

Alle Material Risk Taker erhalten ebenfalls 50 % ihrer sofort zugeteilten variablen Vergütung in Form eines EUA. Der EUA ist bereits zum Zeitpunkt seiner Gewährung sofort unverfallbar, unterliegt jedoch einer sechsmonatigen Haltefrist, während der Verfallsbedingungen gelten (die über die regulatorischen Anforderungen hinausgehen).

Im Folgenden ist eine Zusammenfassung der Unverfallbarkeitsstruktur für die einzelnen Mitarbeitergruppen mit aufgeschobener Vergütung (mit Ausnahme des Vorstands) dargestellt.

Struktur der aufgeschobenen Vergütung 2014

Mitarbeiterkategorien		Sofort fällige Vergütung		Aufgeschobene Vergütung	
		Cash Bonus (50 % der sofort fälligen Vergütung)	Equity Upfront Award (EUA) (50 % der sofort fälligen Vergütung)	Restricted Incentive Award (RIA) (Barkomponente) (50 % der aufgeschobenen Vergütung)	Restricted Equity Award (REA) (Aktienkomponente) (50 % der aufgeschobenen Vergütung)
Senior Management[1]	Vesting Schedule (Gewährung im Feb. 2015)		Vollständig unverfallbar am Tag der Gewährung (Februar 2015)	Unverfallbarkeit pro rata über 3 Jahre (Februar 2016, 2017, 2018)	Unverfallbarkeit und Auszahlung nach 4,5 Jahren in einer einzigen Tranche (August 2019)
	Haltefrist (nach Unverfallbarkeitzeitraum)		Haltefrist endet im August 2015		Haltefrist endet im Februar 2020
Übrige Material Risk Taker	Vesting Schedule (Gewährung im Feb. 2015)		Vollständig unverfallbar am Tag der Gewährung (Februar 2015)	Unverfallbarkeit pro rata über 3 Jahre (Februar 2016, 2017, 2018)	Unverfallbarkeit pro rata über 3 Jahre (Februar 2016, 2017, 2018)
	Haltefrist (nach Unverfallbarkeitzeitraum)		Haltefrist endet im August 2015		Haltefrist endet im August 2016, 2017, 2018
Alle anderen Mitarbeiter mit aufgeschobener Vergütung	Vesting Schedule (Gewährung im Feb. 2015)			Unverfallbarkeit pro rata über 3 Jahre (Februar 2016, 2017, 2018)	Unverfallbarkeit pro rata über 3 Jahre (Februar 2016, 2017, 2018)
	Haltefrist (nach Unverfallbarkeitzeitraum)				

[1] Ausgenommen Vorstand

Risikoanpassung der variable Vergütung

Verschiedene Maßnahmen zielen darauf ab, effektive Risikomanagement-Prozesse in den Vergütungssystemen zu implementieren, die sowohl ex ante als auch ex post Anpassungen erlauben.

Ex-ante-Risikoanpassung

Um die Anwendung adäquater Ex-ante-Risikoanpassungen einzurichten, verwenden wir ein bankweit geltendes standardisiertes Modell zur Messung der risikoadjustierten, bonusberechtigenden Performance (Ergebnis vor Bonus und Steuern – „NIBBT“) jeder Division. Alle Ergebnisse für Zwecke der Ermittlung der variablen Vergütung werden nach Maßgabe des § 19 InstitutsVergV auf Grundlage der Nutzung Ökonomischen Kapitals (Economic Capital – „EC“) risikoadjustiert.

Es stellt die von der Bank primär genutzte Methode zur Berechnung der Größe des zukünftigen potenziellen Risikos dar, dem die Bank möglicherweise ausgesetzt ist. Das Modell misst die Höhe des Eigenkapitals, das benötigt würde, um sehr schwer wiegende unerwartete Verluste aus dem Portfolio der Bank aufzufangen.

Ökonomisches Kapital wurde als beste der Bank zur Verfügung stehende Methode zur Vorhersage künftiger noch nicht realisierter Verluste ihres derzeitigen Portfolios und damit als beste Kennzahl zur Adjustierung von Pools für die variable Vergütung bestätigt. Das SECC hat die Eignung der Risikoanpassungsmethode überprüft und wiederholt diese Prüfung jährlich.

Das Economic Capital-Modell der Bank erfasst vier Risikoarten:

— Kreditrisiko
— Marktrisiko
— Operationelles Risiko
— Allgemeines Geschäftsrisiko

Diese Risiken werden unabhängig voneinander und unter Berücksichtigung der verschiedenen Komponenten, aus denen sich die einzelnen Risikoarten zusammensetzen, abgebildet.

Kreditrisiko

Das Kreditrisiko entsteht im Zusammenhang mit Transaktionen, aus denen sich tatsächliche, bedingte oder potenzielle Ansprüche gegenüber einem Geschäftspartner, Kreditnehmer oder Schuldner (im Folgenden auch „Geschäftspartner“ genannt) einschließlich solcher Ansprüche, die die Bank weiterzugeben plant, ergeben. Der Konzern unterscheidet drei Arten von Kreditrisiken: Ausfallrisiko, Länderrisiko und Abwicklungsrisiko.

Marktrisiko

Das Marktrisiko resultiert aus der Unsicherheit über Veränderungen von Marktpreisen und -kursen (inklusive Zinssätzen, Aktienkursen, Wechselkursen und Rohstoffpreisen), den zwischen ihnen bestehenden Korrelationen und ihren Volatilitäten. Das Marktrisiko umfasst das handelsbezogene Marktrisiko, das nicht handelsbezogene Marktrisiko und das gehandelte Ausfallrisiko.

Operationelles Risiko

Das operationelle Risiko steht für die Gefahr von Verlusten, die infolge der Unangemessenheit oder des Versagens von internen Verfahren und Systemen, Menschen oder infolge externer Ereignisse eintreten. Es umfasst Infrastrukturrisiken und sonstige nicht finanzielle Risiken, wie aufsichtsrechtliche und rechtliche Risiken. Zudem birgt es Modellrisiken, die Verlustrisiken der Bank oder Risiken falscher strategischer Entscheidungen umfassen. Diese können aus Funktionsmängeln bei den für die Bewertung von Vermögenswerten oder Verbindlichkeiten, des Risikomaßes oder sonstiger Bereiche (wie Implementierung von Handelsstrategien, Prognose zu wirtschaftlichen Entwicklungen, Analyse von Investitionen oder Optimierung der Wertentwicklung) eingesetzten Modellen resultieren.

Allgemeines Geschäftsrisiko

Das allgemeine Geschäftsrisiko bezeichnet das Risiko, das aufgrund von Veränderungen der generellen wirtschaftlichen Rahmenbedingungen entsteht. Dazu gehören beispielsweise das Marktumfeld, das Kundenverhalten und der technische Fortschritt, da diese die Geschäftsergebnisse des Konzerns beeinträchtigen können, wenn dieser sich nicht rechtzeitig an die veränderten Bedingungen anpasst. Der bedeutendste Aspekt des allgemeinen Geschäftsrisikos ist das strategische Risiko; dieses bezeichnet das Risiko, infolge eines Rückgangs der operativen Erträge unerwartete Verluste zu erleiden, die nicht innerhalb des entsprechenden Zeithorizonts durch Kostenreduzierungen ausgeglichen werden können. Das strategische Risiko umfasst die Ertrags- oder Kostenvolatilität, die nicht aus der Eingehung von Positionen (Marktrisiko), Kreditverlusten (Kreditrisiko) und operationellen Ereignissen (operationelles Risiko) resultieren.

Grundsätzlich bilden wir alle wesentlichen Risiken mit den vorstehend beschriebenen vier primären Risikoarten unseres ökonomischen Kapitalrahmenwerks ab. Sonstige Risiken werden unter der entsprechenden übergreifenden Risikoart abgebildet.

Infolge der oben genannten Methode erhöht sich die Belastung für den Gebrauch von Ökonomischem Kapital mit Erhöhung des Risikoprofils der Bank, wodurch die bankweite wirtschaftliche Rentabilität sinkt und damit auch die Höhe der gewährten variablen Vergütung. Die Bank ist der Auffassung, dass die Verwendung eines risikoadjustierten Gewinns und Verlusts eine extrem effiziente und robuste Methode der Ex-ante-Risikoanpassung darstellt und von der Übernahme wesentlicher Risiken abschreckt, da dieses Modell die Auszahlung variabler Vergütung an die Höhe des übernommenen Risikos koppelt.

Die Economic Capital-Risikoanpassung ist nicht das einzige Instrument der Risikoanpassung. In der Gewinn- und Verlustrechnung verbuchte Kredit-, Markt- und operationelle Verluste werden im NIBBT ausgewiesen, darüber hinaus berücksichtigt die subdivisionale Zuteilung weitere angemessene Risikokennzahlen und „Red-Flag"-Daten. Die divisionalen Pools für die variable Vergütung enthalten zudem die Auswirkung von Liquiditätskosten durch das Liquiditätstransferpreissystem (Funds Transfer Pricing), die liquiditätsbeanspruchenden und -generierenden Geschäftsbereichen ein angemessenes Anreizsystem bieten. Liquiditätskosten werden den Geschäftsbereichen in vollem Umfang zugewiesen und als Teil des Geschäftsergebnisses ausgewiesen. Die Rechtfertigung und Größenordnung der Preissystemkomponenten werden von Treasury kontinuierlich überwacht.

Ex-post-Risikoanpassung

Leistungs- und Verfallsbedingungen sind ein zentrales Element unserer Struktur für die aufgeschobene Vergütung. Sie gewährleisten, dass Awards an zukünftigem Verhalten und zukünftiger Leistung ausgerichtet sind. Wie sich aus den in diesem Bericht enthaltenen statistischen Auswertungen ergibt, erhöht sich der Anteil der in aufgeschobener Form gewährten und damit Leistungs- und Verfallsbedingungen unterliegenden variablen Vergütung entsprechend dem Einkommen. In Verbindung mit dem Anwendungsbereich der Messgröße für die Risikoanpassung ist der Zeitraum, auf den diese Regelungen anwendbar sind, ebenfalls relevant; dies spiegelt sich in der Anwendung dieser Bedingungen bis zur Lieferung der Awards wider.

Für die für 2014 (im Februar 2015) gewährte aufgeschobene Vergütung galten die folgenden Leistungs- und Verfallsbedingungen:

Konzern-Common Equity Tier-1-Leistungsbedingung

Diese Leistungsbedingung gilt für alle Mitarbeiter mit Deferred Equity Awards. Auf Basis einer Entscheidung des Vorstands verfallen die gesamten noch nicht unverfallbaren REA aller Mitarbeiter mit aufgeschobener Vergütung, wenn an einem beliebigen Quartalsende vor dem Unverfallbarkeitsdatum die Konzernkernkapitalquote (Common Equity Tier-1) unter der jeweils gültigen regulatorischen Minimumkapitalgrenze liegt (einschließlich eines zusätzlichen Risikopuffers von 200 Basispunkten).

Für die Senior Management Group, die der fünfjährigen REA-Anwartschafts- und -Haltefrist unterliegt, verfallen die gesamten noch nicht unverfallbaren REA, wenn die Common Equity Tier-1-Bedingung zu irgendeinem Zeitpunkt ausgelöst wird.

Konzern-IBIT-Leistungsbedingung

Die Leistungsbedingung wird ausgelöst, wenn das Konzernergebnis vor Steuern (Income Before Income Taxes – IBIT) negativ ist. Sie gilt für alle Mitarbeiter mit Deferred Equity Awards. Soweit der Vorstand vor Unverfallbarkeit und Zuteilung feststellt, dass das Konzernergebnis vor Steuern für das Jahr negativ ist, ist die Leistungsbedingung nicht erfüllt, und 100 % der in diesem Jahr anstehenden REA verfallen für alle Mitarbeiter.

Für die Senior Management Group, die der fünfjährigen REA-Anwartschafts- und -Haltefrist unterliegt, verfallen 20 % des Awards für dieses Jahr, falls in einem Jahr während dieses Zeitraums das Konzernergebnis vor Steuern (IBIT) negativ ist (aber die Bestimmung hinsichtlich der Unterschreitung der Konzernkernkapitalquote nicht ausgelöst wurde).

Für Material Risk Taker gilt die tranchenweise Berücksichtigung der Konzern-IBIT-Bedingung auch im Hinblick auf ihre RIA, so dass, wenn der Vorstand vor Unverfallbarkeit und Zuteilung feststellt, dass das Konzernergebnis vor Steuern in einem Jahr negativ ist, die Leistungsbedingung nicht erfüllt ist und die anstehende RIA-Tranche zu 100 % verfällt.

Divisionale IBIT-Leistungsbedingung

Diese Leistungsbedingung gilt nur für Material Risk Taker und wird ausgelöst, wenn das divisionale Ergebnis vor Steuern negativ ist. Ist das divisionale Ergebnis vor Steuern für das Jahr vor Unverfallbarkeit negativ, verfallen die anstehenden REA- beziehungsweise RIA-Tranchen für alle Material Risk Taker des jeweiligen Bereichs (wie vom Vorstand vor Zuteilung bestimmt) für dieses Jahr zu 100 %, auch wenn das Konzernergebnis positiv ist.

Für die Senior Management Group, die der fünfjährigen REA-Anwartschafts- und -Haltefrist unterliegt, verfallen 20 % des Awards für dieses Jahr, falls in einem Jahr während dieses Zeitraums das divisionale Ergebnis vor Steuern (IBIT) negativ ist.

Der divisionale Verfall gilt nicht für Vorstandsmitglieder oder Mitarbeiter des Regional Management oder in Infrastrukturfunktionen. Für sie gilt lediglich die Konzern-Verfallsbedingung.

Verfall wegen Wegfalls der Leistungsgrundlage

Diese Verfallsbedingung gilt für RIA und REA und erlaubt es der Bank festzulegen, ob Anpassungen auf Grundlage tatsächlicher Ergebnisse notwendig sind. Bis zu 100 % der noch nicht unverfallbaren Anwartschaften eines Mitarbeiters können verfallen, wenn festgestellt wird, dass die ursprünglich gewährten Anwartschaften (oder die Gewährung, der Eintritt der Unverfallbarkeit oder die Lieferung eines sonstigen Awards an den Mitarbeiter) nicht angemessen waren, weil eine Leistungskennzahl sich nachträglich als substanziell falsch herausgestellt hat oder ein Geschäft, Handelsgeschäft beziehungsweise eine Transaktion, die dem Mitarbeiter zugerechnet werden kann, sich wesentlich nachteilig auf eine Deutsche Bank-Gesellschaft, eine Division oder den Deutsche Bank-Konzern auswirkt.

Diese Bestimmung gilt auch für die EUA von Material Risk Takern, wodurch gewährleistet wird, dass ein größerer Prozentsatz der Awards für Material Risk Taker einem möglichen Verfall wegen Wegfalls der Leistungsgrundlage unterliegt. Darüber hinaus gilt diese Bestimmung auch während der auf den Eintritt der Unverfallbarkeit des REA folgenden Haltefrist, so dass sichergestellt ist, dass Maßnahmen bezüglich eines Verfalls wegen Wegfalls der Leistungsgrundlage in Bezug auf an Material Risk Taker vergebene aktienbasierte Vergütung während eines Zeitraums von dreieinhalb Jahren (fünf Jahren im Fall der Senior Management Group) ergriffen werden können.

Verfall wegen eines Verstoßes gegen regulatorische Auflagen oder interne Richtlinien

Diese verhaltensabhängige Verfallsbedingung ist auf REA und RIA anwendbar und sieht den vollständigen Verfall der gesamten noch nicht unverfallbaren aufgeschobenen Vergütung wegen Verstoßes gegen interne Richtlinien oder Verfahren respektive gegen geltende Gesetze oder externe Vorschriften zurückgefordert werden.

Diese Bestimmung gilt auch für die EUA von Material Risk Takern und während der auf den Eintritt der Unverfallbarkeit des REA folgenden sechsmonatigen Haltefrist, so dass sichergestellt ist, dass Maßnahmen im Hinblick auf einen verhaltensbedingten Verfall für an Material Risk Taker vergebene aktienbasierte Vergütung über einen Zeitraum von dreieinhalb Jahren (fünf Jahren im Fall der Senior Management Group) anwendbar bleiben.

Eine Zusammenfassung der obigen Bestimmungen ist nachfolgend aufgeführt.

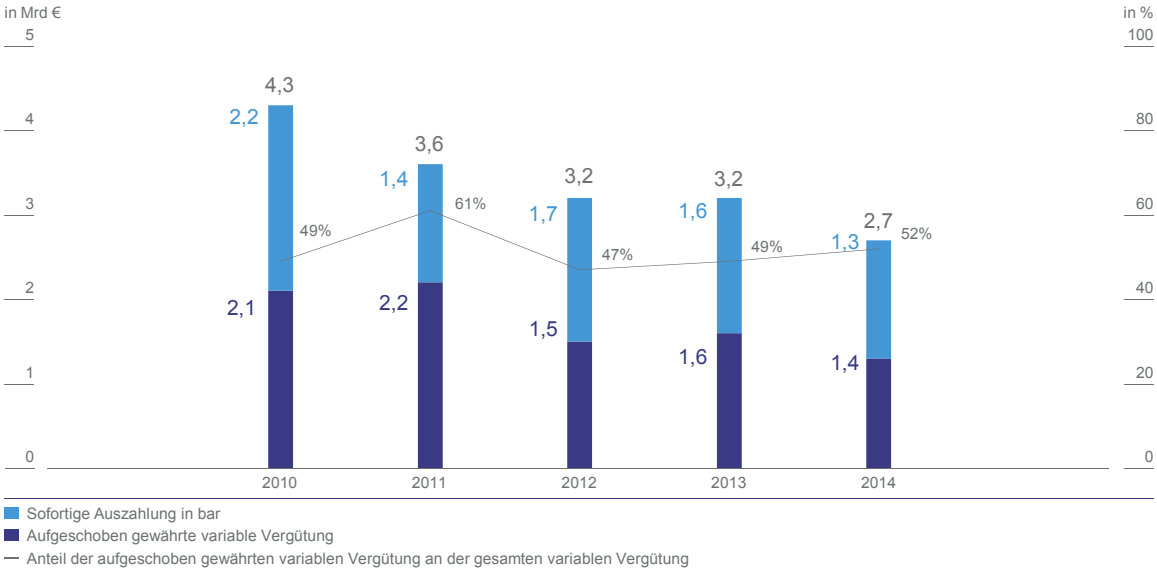
Aufgeschobene Vergütung 2014: Verfallsbedingungen

Leistungs- und Verfallsbedingungen	Senior Management Group & sonstige Material Risk Taker	Alle übrigen Mitarbeiter mit aufgeschobener Vergütung
Bedingung zum Konzernergebnis (REA) – anwendbar auf REA-Tranchen vor Zuteilung — Im Falle eines negativen Konzern-IBIT verfällt die nächste fällige REA-Tranche — Falls die CET1-Kapitalquote aufgrund eines negativen Konzern-IBIT oder aus einem anderen Grund weniger als 200 Basispunkte über dem anwendbaren gesetzlichen Mindestkapitalniveau des Konzerns gemäß Artikel 92(1)(a) CRR liegt, verfallen 100 % aller noch nicht ausgelieferten REAs des Jahres 2014	ja	ja
Konzernergebnisbedingung (RIA) – anwendbar auf RIA-Tranchen vor Auslieferung für Material Risk Taker (MRT) — Im Falle eines negativen Konzern-IBIT verfällt die nächste fällige RIA-Tranche	ja	
Bedingung zum divisionalen Ergebnis – anwendbar auf REA- und RIA-Tranchen vor Auslieferung für MRT — Im Falle eines negativen divisionalen IBIT verfällt die nächste fällige REA/RIA-Tranche — Bedingung gilt nicht für Mitarbeiter aus Infrastrukturbereichen, Regional Management oder NCOU	ja	
Verfall wegen Revenue Impairment – anwendbar auf noch nicht ausgelieferte RIA und REA	ja	ja
Verfall wegen Revenue Impairment – anwendbar auf EUA und während der Haltefristen für REA-Tranchen nach Eintritt der Unverfallbarkeit für MRT	ja	
Verstoß gegen Richtlinien – anwendbar auf noch nicht ausgelieferte RIA und REA	ja	ja
Verstoß gegen Richtlinien – anwendbar auf EUA und während der Haltefristen für REA-Tranchen nach Eintritt der Unverfallbarkeit für MRT	ja	

Variable Vergütung für 2014

Die für 2014 gewährte variable Vergütung (ausschließlich der Aufwendungen für in den Vorjahren gewährte aufgeschobene Vergütung, jedoch einschließlich der in diesem Jahr gewährten, künftig aufwandswirksam werdenden Vergütung) belief sich auf insgesamt 2,7 Mrd €. Die konzernweite Quote der aufgeschobenen Vergütung betrug (einschließlich EUAs) 52 %.

Variable Vergütung und Anteil der aufgeschoben gewährten Vergütung



						2014	2013
in Mio € (sofern nicht anders angegeben)	CB&S	GTB	Deutsche AWM	PBC	NCOU	Konzern insgesamt	Konzern insgesamt
Gesamtvergütung[1]	**4.472**	**998**	**1.502**	**2.830**	**218**	**10.020**	9.871
davon:							
Fixe Vergütung	2.771	756	1.037	2.580	169	7.313	6.707
Variable Vergütung	1.701	242	465	250	49	2.707	3.164
Anzahl der Mitarbeiter (in Vollzeitkräfte umgerechnet) am Jahresende	**25.843**	**11.284**	**11.635**	**47.619**	**1.757**	**98.138**	98.254

[1] Gesamtvergütung definiert als fixe Vergütung (Grundgehalt + AFPS + relevante lokale Zulagen) plus variable Vergütung.

Alle Zahlen in der obigen Tabelle beinhalten die Zuordnung der Vergütung und der Mitarbeiterzahlen der Infrastruktureinheiten gemäß unseren gängigen Kostenallokationsschlüsseln. Die Tabelle kann marginale Rundungsabweichungen enthalten.

In der obigen Tabelle wird die variable Vergütung dargestellt. Der konzernweite Gesamtbetrag in Höhe von 2,7 Mrd € entspricht dem vom Vorstand freigegebenen Pool für die variable Vergütung. Es wird darauf hingewiesen, dass zur Ermittlung des Verhältnisses von fixer zu variabler Vergütung der Begriff „variable Bezüge“ verwendet wurde, der die variable Vergütung und andere ermessensabhängige Zahlungen umfasst.

Wie dem Abschnitt „CRD 4-Umsetzung“ entnommen werden kann, erforderte die Anwendung des 1:1 bzw. 1:2 Verhältnisses eine Neuausrichtung von variabler zu fixer Vergütung für einige Mitarbeiter. Der Anteil variabler und fixer Vergütung in der „Gesamtvergütung“, wie in der obigen Tabelle dargestellt, reflektiert die durchgeführten Maßnahmen, um eine Einhaltung der geforderten Verhältnisse zu gewährleisten.

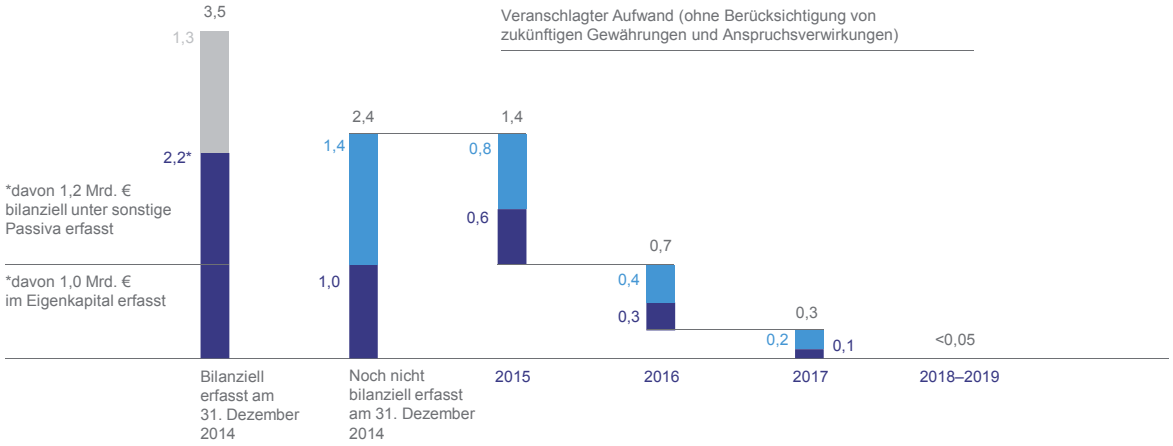
Bilanzielle Erfassung und Amortisation gewährter variabler Vergütung

Per 31. Dezember 2014 belief sich der noch nicht amortisierte Aufwand für aufgeschobene variable Vergütung – einschließlich der Neuzusagen im Februar 2015 – auf circa 2,4 Mrd €.

Variable Vergütung

Bilanzielle Erfassung am 31. Dezember 2014 und veranschlagter Aufwand für gewährte aufgeschobene Vergütung

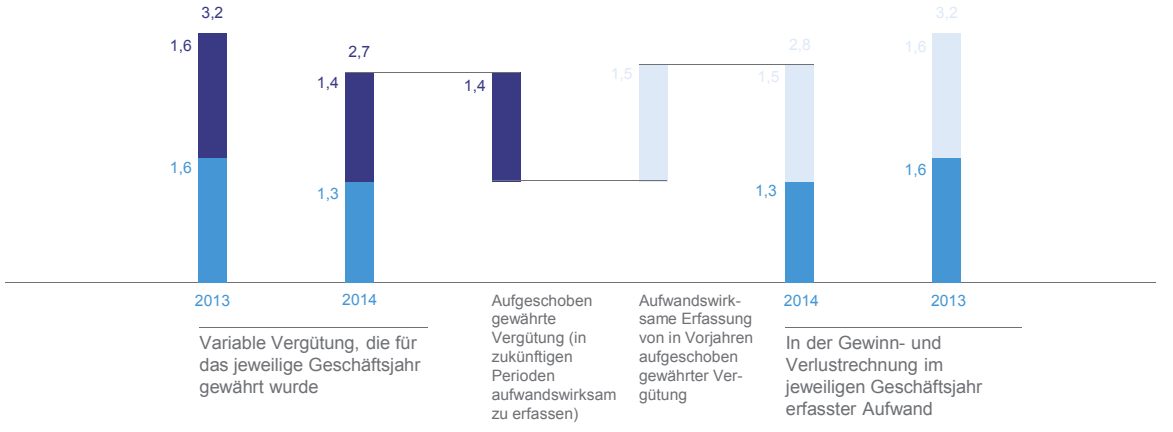
in Mrd €



- Sofort fällige Bonuszahlungen im Rahmen der variablen Vergütung, die für das Geschäftsjahr 2014 erteilt wurde, ausgewiesen als Teil der sonstigen Passiva.
- Aufgeschoben gewährte variable Vergütung, die für Geschäftsjahre vor 2014 erteilt wurde.
- Aufgeschoben gewährte variable Vergütung, die für das Geschäftsjahr 2014 erteilt wurde.

Gegenüberstellung von gewährter und variabler Vergütung und erfasstem Aufwand

in Mrd €



- Aufgeschoben gewährte Vergütung (in zukünftigen Perioden aufwandswirksam zu erfassen)
- Sofort fällige Bonuszahlungen (in der jeweiligen Periode aufwandswirksam erfasst)
- Aufwandswirksame Erfassung von in Vorjahren aufgeschoben gewährter Vergütung

Material Risk Taker

Gemäß InstitutsVergV sind wir verpflichtet, alle Mitarbeiter zu ermitteln, bei denen davon ausgegangen wird, dass ihre Tätigkeiten einen wesentlichen Einfluss auf das Gesamtrisikoprofil des Konzerns haben. Die ordnungsgemäße Ermittlung von Material Risk Takern und die darauffolgende Gestaltung geeigneter Vergütungsstrukturen für diese Mitarbeiter sind unverzichtbar, um keine Anreize zur Eingehung unverhältnismäßig hoher Risiken zu schaffen. Die in der InstitutsVergV umgesetzten technischen Regulierungsstandards der Europäischen Bankaufsichtsbehörde (EBA) traten im Juni 2014 in Kraft. Die technischen Regulierungsstandards enthalten verbindliche quantitative und qualitative Kriterien für die Ermittlung der Material Risk Taker.

Zur Förderung der Einhaltung der neuen regulatorischen Anforderungen basiert der Identifikationsprozess für Material Risk Taker des Jahres 2014 auf einer Kombination aus in den technischen Regulierungsstandards der EBA niedergelegten qualitativen und quantitativen Kriterien und von der Bank entwickelten internen Kriterien zur Identifizierung weiterer Mitarbeitergruppen, deren Tätigkeiten wesentlichen Einfluss auf das Risikoprofil der Bank haben.

Weltweit wurden für das Performance-Jahr 2014 2.903 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in 47 Ländern als Material Risk Taker identifiziert. Dies entspricht einem Anstieg um 124 % gegenüber dem Jahr 2013, in dem 1.295 Mitarbeiter identifiziert wurden. In den vergangenen Jahren lag die Anzahl der Material Risk Taker auf einem wesentlich höheren Niveau als bei unseren hauptsächlichen Wettbewerbern, sowohl in absoluter Höhe als auch im Verhältnis zur gesamten Belegschaft. Es wird jedoch erwartet, dass die Anwendung der technischen Regulierungsstandards der EBA wie vorgesehen zu einer Angleichung des Marktumfelds führen wird.

Vergütungsstrukturen für Material Risk Taker

Für Material Risk Taker kommen dieselben Quoten des Anteils der aufgeschobenen Vergütung zur Anwendung wie für alle anderen Mitarbeiter, jedoch mit der Abweichung, dass mindestens 40 % bis 60 % ihrer variablen Vergütung in aufgeschobener Form zu gewähren sind. Erreicht der aufgeschobene Teil der variablen Vergütung eines Material Risk Takers bei Anwendung der konzernweit geltenden Aufschub-Quoten nicht mindestens eine Quote von 40 % (vorausgesetzt, die variable Vergütung übersteigt 50.000 €), so wird diese Quote außer Kraft gesetzt, damit sichergestellt ist, dass die regulatorischen Anforderungen erfüllt werden. Für Material Risk Taker gilt, dass durchschnittlich mehr als die aufsichtsrechtlich vorgeschriebene Mindestquote von 40 % bis 60 % der variablen Vergütung aufgeschoben wird.

Alle Material Risk Taker erhalten 50 % ihrer aufgeschobenen variablen Vergütung in Form von REA und die verbleibenden 50 % in der Regel als RIA. Anmerkung: Eine begrenzte Anzahl von regulierten Mitarbeitern in

unserem Unternehmensbereich Deutsche AWM erhielt einen Teil ihres RIA in Form des Employee Incentive Plan („EIP“). Dabei handelt es sich um in bar zu erfüllende Anwartschaften, die von dem Wert der durch den Unternehmensbereich verwalteten Fonds abhängen. Für den EIP gelten hinsichtlich aufgeschobener Vergütung und Verfall dieselben Bedingungen wie für den RIA. Diese Mitarbeiter erhalten weiterhin, wie regulatorisch vorgeschrieben, 50 % ihrer aufgeschobenen Vergütung aktienbasiert in Form eines REA.

Nach Eintritt der Unverfallbarkeit (beziehungsweise am Ende der für die Senior Management Group geltenden viereinhalbjährigen Anwartschaftsfrist) gilt für die einzelnen REA-Tranchen eine anschließende Haltefrist von mindestens sechs Monaten, während der die Aktien von den Mitarbeitern nicht verkauft werden dürfen. Mitarbeiter können ihren REA während der Haltefrist nach den Bedingungen des Verfalls wegen Verstoßes gegen regulatorische Auflagen oder interne Richtlinien beziehungsweise wegen Wegfalls der Leistungsgrundlage oder im Falle einer Kündigung aus wichtigem Grund dennoch verwirken.

Zusätzlich zu der aufgeschobenen Vergütung werden 50 % der sofort fälligen variablen Vergütung (der nach Berechnung des aufgeschobenen Bestandteils verbleibende Teil) ebenfalls aktienbasiert in Form eines EUA gewährt. Ab Gewährung unterliegen diese aktienbasierten Vergütungskomponenten einer Haltefrist von mindestens sechs Monaten, während der die Anteile nicht veräußert werden dürfen. Wenn man den EUA dem aufgeschobenen Teil der variablen Vergütung hinzufügt, bedeutet das, dass den regulierten Mitarbeitern im Durchschnitt weniger als 15 % ihrer variablen Vergütung für das Jahr 2014 unmittelbar in bar ausgezahlt werden (das heißt, dass der Anteil der zurückbehaltenen Vergütung an der gesamten variablen Vergütung mehr als 85 % beträgt). Während der Haltefrist unterliegen die EUA den Verfallsbedingungen wegen Verstoßes gegen regulatorische Vorgaben oder interne Richtlinien respektive wegen Wegfalls der Leistungsgrundlage und können auch verwirkt werden, wenn der Mitarbeiter den Konzern entweder freiwillig oder wegen Kündigung aus wichtigem Grund verlässt.

Alle Deferred Awards und die EUA unterliegen dem Verfall wegen Verstoßes gegen regulatorische Vorgaben oder interne Richtlinien respektive wegen Wegfalls der Leistungsgrundlage. Darüber hinaus unterliegen alle Deferred Awards den Verfallsbedingungen, die an das Ergebnis des einzelnen Geschäftsbereichs bzw. des Konzerns gekoppelt sind.

Eine ausführliche Zusammenfassung der Leistungs- und Verfallsbedingungen findet sich unter der Überschrift „Ex-post-Risikoanpassung“ im Abschnitt „Zusammenfassung und Offenlegung der konzernweiten Vergütung“.

Offenlegung von Vergütungskennziffern gemäß § 16 InstitutsVergV

§ 16 InstitutsVergV bestimmt, dass „die Offenlegungspflichten für Institute sich ausschließlich nach Artikel 450 der Verordnung (EU) Nr. 575/2013“ (Eigenkapitalverordnung) richten. Artikel 450 der Eigenkapitalverordnung sieht neue Offenlegungsanforderungen vor und die folgenden Tabellen wurden nach Maßgabe dieser Anforderungen erstellt.

Gesamtvergütung

Wie oben beschrieben haben wir entsprechend den Vorgaben der InstitutsVergV zur Ermittlung von Material Risk Takern einen strukturierten und umfassenden Ansatz entwickelt, verfeinert und umgesetzt. Einzelheiten der kollektiven Vergütungselemente für die Gruppe der Material Risk Taker sind in der folgenden Tabelle zusammengestellt. Es wird darauf hingewiesen, dass der in der Tabelle verwendete Begriff „variable Bezüge“ die variable Vergütung und andere ermessensabhängige Zahlungen umfasst. Der Begriff „variable Bezüge“ wurde zur Ermittlung des Verhältnisses von fixer zu variabler Vergütung verwendet.

Die Mitglieder des Vorstands sowie die Geschäftsleiter unserer bedeutenden Konzerngesellschaften im Sinne des § 1 und § 17 InstitutsVergV sind in der Spalte „Geschäftsleiter (bedeutende Institute)“ aufgeführt. Nicht geschäftsführende Mitglieder des Vorstands und Mitglieder des Aufsichtsrats sind in der daran angrenzenden Spalte aufgeführt. Anmerkung: Informationen zur Vergütung von nicht geschäftsführenden Mitgliedern des Vorstands sowie des Aufsichtsrats sind nicht angegeben. Deren Vergütung (beschränkt auf feste Ge-

bühr/Aufwendungen) fällt nicht in den Zuständigkeitsbereich oder die Kontrolle des SECC. Weitere Einzelheiten finden sich im Abschnitt „Grundzüge des Vergütungssystems für die Mitglieder des Aufsichtsrats“.

in Mio € (sofern nicht anders angegeben)[1]	CB&S	PBC	GTB	Deutsche AWM	Geschäftsleiter (bedeutende Institute)	Non-executive & Supervisory Board (Significant Institutions)	NCOU	2014 Konzern Gesamt
Anzahl der Mitarbeiter	2.057	108	141	388	76	67	67	2.903
davon:								
Senior Management Group	58	15	13	21	25	0	7	139
Andere Material Risk Taker	1.998	93	128	367	51	67	60	2.764
Gesamtvergütung	2.072	98	120	381	109	N/A	74	2.854
davon:								
Fixe Vergütung[2]	980	50	55	169	54	N/A	38	1.347
Variable Vergütung[3]	1.092	48	65	212	55	N/A	36	1.508
Variable Vergütung	1.092	48	65	212	55	N/A	36	1.508
davon:								
In bar	553	24	32	108	25	N/A	19	761
In Aktien	539	24	32	102	30	N/A	17	745
In aktienbasierten Instrumenten	0	0	0	0	0	N/A	0	0
In anderen Instrumenten	0	0	0	2	0	N/A	0	2
Ausstehende aufgeschobene variable Vergütung	2.049	81	94	296	167	N/A	73	2.760
davon:								
Vested Awards	12	0	0	0	12	N/A	0	25
Unvested Awards	2.037	81	94	296	154	N/A	73	2.735
Zahlungen bei Beendigung des Arbeitsverhältnisses[4]	N/A	N/A	N/A	N/A	N/A	N/A	N/A	4
Anzahl der Begünstigten	N/A	N/A	N/A	N/A	N/A	N/A	N/A	6

N/A – Nicht aussagekräftig
[1] Ohne Postbank.
[2] Fixe Vergütung definiert als: Grundgehalt + AFPS + relevante lokale Zulagen.
[3] Variable Bezüge definiert als: Variable Vergütung + andere ermessensabhängige Zahlungen.
[4] Zahlungen bei Beendigung des Arbeitsverhältnisses wurden aus Vertraulichkeitsgründen wegen der geringen Mitarbeiteranzahl gesamthaft für den Konzern ausgewiesen.

Alle Zahlen in der Tabelle beinhalten die Zuordnung der Vergütung und der Mitarbeiterzahlen der Infrastruktureinheiten gemäß unseren gängigen Kostenallokationsschlüsseln. Die Tabelle kann marginale Rundungsdifferenzen enthalten.

Zahlungen anlässlich der Aufnahme des Arbeitsverhältnisses sind als einmalige Zahlung für besondere Neueinstellungen gedacht und werden in dem Jahr der Aufnahme des Arbeitsverhältnisses für Zwecke der Festlegung des maximalen Verhältnisses von fixer zu variabler Vergütung als variable Bezüge berücksichtigt. Damit sind Zahlungen anlässlich der Aufnahme des Arbeitsverhältnisses in der vorstehenden Tabelle in dem Posten „variable Bezüge“ enthalten. Für das Jahr 2014 wurden Zahlungen anlässlich der Aufnahme des Arbeitsverhältnisses in Höhe von 6,09 Mio € an insgesamt 15 Material Risk Taker geleistet.

Wir stellen sicher, dass freiwillige Leistungen im Zusammenhang mit der Beendigung des Arbeitsverhältnisses auf Grundlage des nachhaltigen Engagements des Einzelnen und dessen persönlichen Beitrags zum Erfolg der Bank während der Zeit seiner Beschäftigung festgesetzt werden. Die größte im Jahr 2014 geleistete Abfindungszahlung betrug 3,01 Mio €.

Im Jahr 2014 verfielen für sieben Material Risk Taker Vergütungselemente wegen Kündigung aus wichtigem Grund, infolge der Feststellung eines Verstoßes gegen interne Richtlinien oder regulatorische Auflagen beziehungsweise wegen Wegfalls der Leistungsgrundlage. Der verfallene Betrag belief sich (basierend auf dem Wert des Awards zum Zeitpunkt der Gewährung) auf 2,75 Mio €. Zum Ende des Jahres 2014 stand ein Mitarbeiter unter Beobachtung der bankinternen Ausschüsse und war aufgrund noch andauernder Ermittlungen von der vorläufigen Aussetzung der Fälligkeit oder Lieferung betroffen.

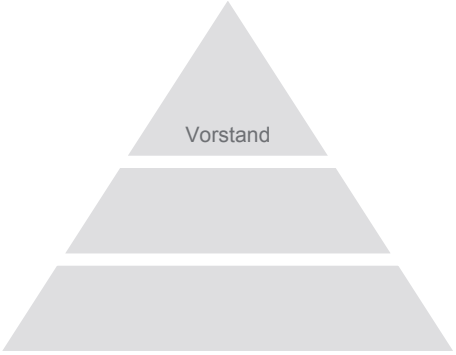
Vergütung einkommensstarker Mitarbeiter

Gemäß Art. 450 CRR ist die Bank auch zur Offenlegung der Anzahl von Mitarbeitern verpflichtet, die mehr als 1 Mio € verdienen. Diese Information wird im Folgenden zur Verfügung gestellt:

	2014
	Anzahl der Mitarbeiter
Gesamtbezüge[1]	
1.000.000 to 1.499.999	391
1.500.000 to 1.999.999	168
2.000.000 to 2.499.999	85
2.500.000 to 2.999.999	56
3.000.000 to 3.499.999	35
3.500.000 to 3.999.999	25
4.000.000 to 4.499.999	19
4.500.000 to 4.999.999	8
5.000.000 to 5.999.999	15
6.000.000 to 6.999.999	7
7.000.000 to 7.999.999	5
8.000.000 to 8.999.999	2

[1] Gesamtbezüge definiert als fixe Vergütung (Grundgehalt + AFPS + relevante lokale Zulagen) plus variable Bezüge (variable Vergütung + andere ermessensabhängige Zahlungen).

Offenlegung und Bericht über die Vorstandsvergütung



Vergütungssystem für die Mitglieder des Vorstands

Zuständigkeit

Der Aufsichtsrat als Gesamtplenum ist zuständig für die Ausgestaltung des Vergütungssystems für die Mitglieder des Vorstands sowie für die Festsetzung ihrer individuellen Bezüge. Seit dem Geschäftsjahr 2014 wird der Aufsichtsrat dabei durch den Vergütungskontrollausschuss unterstützt. Die Anforderung zur Begründung dieses weiteren Ausschusses aus Mitgliedern des Aufsichtsrats ist Ausfluss der Regulierungsansätze durch CRD 4, die auf nationaler Ebene mit dem CRD 4-Umsetzungsgesetz durch entsprechende Änderung des Kreditwesengesetzes und die Neufassung der InstitutsVergV präzisiert und in deutsches Recht umgesetzt wurde.

Entsprechend den rechtlichen Vorgaben besteht der Vergütungskontrollausschuss aus vier Mitgliedern, von denen mindestens ein Mitglied über ausreichend Sachverstand und Berufserfahrung im Bereich Risikomanagement und Risikocontrolling verfügt und mindestens ein Mitglied den Arbeitnehmervertretern angehört. In Bezug auf den Vorstand hat der Vergütungskontrollausschuss wesentliche, zuvor vom Präsidialausschuss wahrgenommene Aufgaben übernommen, insbesondere die Unterstützung und Überwachung des Aufsichtsrats bei der angemessenen Ausgestaltung des Vergütungssystems sowie die Vorbereitung der Beschlüsse des Aufsichtsrats über die individuelle Vergütung.

Billigung des Vergütungssystems durch die Hauptversammlung

Das Vergütungssystem für die Mitglieder des Vorstands wird vom Aufsichtsrat regelmäßig überprüft. Im Fall einer Änderung oder Neustrukturierung nutzt der Aufsichtsrat die durch das Gesetz zur Angemessenheit der Vorstandsvergütung („VorstAG“) geschaffene Möglichkeit, dass auch die Hauptversammlung über die Billigung des Vergütungssystems beschließt. Zuletzt hat die Hauptversammlung im Mai 2013 mit einer großen Mehrheit von 88,71 % ein neues Vergütungssystem für die Mitglieder des Vorstands rückwirkend zum 1. Januar 2013 gebilligt.

Neue regulatorische und gesetzliche Vorgaben

Die Regelungsansätze durch CRD 4 stellen ebenfalls neue Anforderungen an die Gestaltung von Vergütungssystemen. Die Anforderungen gelten erstmalig für die Vergütungen des Vorstands, die für das Geschäftsjahr 2014 festgesetzt werden. Wesentliches Element der Regulierungsvorschriften ist die Begrenzung des Verhältnisses von fixer zu variabler Vergütung auf 1:1 (Cap-Regelung), das heißt, die Höhe der variablen Vergütung darf die der fixen Vergütung nicht überschreiten. Die dahinterstehende Überlegung ist, dass zu hohe variable Vergütungen erhöhte Anreize zur Eingehung unangemessener Risiken darstellen können.

Unter Beibehaltung des von der Hauptversammlung gebilligten Systems ergäbe sich aus den gesetzlichen Vorgaben die Notwendigkeit, die festen Gehälter und damit die kurzfristig auszuzahlende Barkomponente signifikant zu erhöhen. Der Gesetzgeber sieht jedoch vor, dass die Aktionäre insoweit eine Erleichterung beschließen können, indem das Verhältnis der festen zur variablen Vergütung auf 1:2 fixiert wird.

Die Hauptversammlung hat im Mai 2014 diese gesetzliche Möglichkeit genutzt und der vorgenannten Fixierung auf 1:2 mit einer großen Mehrheit von 90,84 % zugestimmt. Durch die Zustimmung wird der Anstieg der Fixkosten minimiert und eine größere Flexibilität bezüglich der Gestaltung der Gesamtvergütung innerhalb des bestehenden Systems gewahrt. Ergänzend wurden die Beiträge zur betrieblichen Altersversorgung modifiziert, um diese in die Kalkulation des Verhältnisses von 1:2 einbeziehen zu können (wodurch die Notwendigkeit zur Erhöhung der Festvergütung zusätzlich abgemildert werden konnte) und um unerwünschte Kostensteigerungen bei den Pensionsleistungen zu vermeiden.

Grundsätze des Vergütungssystems

Die Ausgestaltung des Vergütungssystems für die Mitglieder des Vorstands erfolgt unter Berücksichtigung und im Rahmen der gesetzlichen und regulatorischen Vorgaben. Die weltweit sehr unterschiedlichen Anforderungen an Vergütungssysteme stellen den Aufsichtsrat vor die Herausforderung, innerhalb der Regulierungsvorgaben weiterhin marktübliche und damit wettbewerbsfähige Gesamtvergütungspakete anbieten zu können.

Bei den Fragen der konkreten Ausgestaltung des Vergütungssystems, der Festlegung der individuellen Vergütungen sowie der Gestaltung der Auszahlungs- und Zuteilungsmodalitäten steht die enge Verknüpfung der Interessen der Vorstandsmitglieder mit den Interessen der Aktionäre im Vordergrund. Diese Verknüpfung erfolgt zum einen im Rahmen der Festsetzung der variablen Vergütung anhand der Zugrundelegung klar definierter Kennziffern, die einen direkten Bezug zur Wertentwicklung der Deutschen Bank haben. Zum anderen wird die Verknüpfung über die Gewährung aktienbasierter Vergütungselemente, die mindestens 50 % der gesamten variablen Vergütung betragen, sichergestellt. Die aktienbasierten Vergütungselemente sind unmittelbar an die Wertentwicklung der Deutsche Bank-Aktie gebunden und werden erst nach einem mehrjährigen Zeitraum fällig.

Die Mitglieder des Vorstands werden durch die Ausgestaltung des Vergütungssystems motiviert, unverhältnismäßige Risiken zu vermeiden, die in den Strategien der Bank niedergelegten Ziele zu erreichen und dauerhaft eine positive Unternehmensentwicklung voranzutreiben.

Der Aufsichtsrat greift im Rahmen seiner regelmäßigen Prüfung des Vergütungssystems, ebenso wie bei der Festlegung der variablen Vergütung, auch auf die Expertise externer unabhängiger Vergütungs- und erforderlichenfalls Rechtsberater zurück.

Vergütungsstruktur

Mit Wirkung ab dem 1. Januar 2013 hat der Aufsichtsrat das Vergütungssystem für die Vorstände grundlegend geändert und im Jahr 2014 an die neuen regulatorischen Vorgaben angepasst. Das Vergütungssystem und die davon umfassten Vergütungsstrukturen sind mit den einzelnen Vorstandsmitgliedern jeweils in deren Anstellungsverträgen geregelt.

Der Aufsichtsrat prüft zu Beginn eines Geschäftsjahres die fixe Vergütung und die Zielgrößen für die variablen Vergütungskomponenten. Darüber hinaus definiert er die konzernübergreifenden sowie die individuellen Ziele für die Vorstandsmitglieder und prüft, ob die für die langfristige Vergütungskomponente gesetzten standardisierten Zielvorgaben noch der langfristigen Strategie der Bank entsprechen. Die Performance der einzelnen Vorstandsmitglieder wird vom Aufsichtsrat beurteilt und zu Ende eines Jahres wie auch unterjährig mit den Vorstandsmitgliedern besprochen.

Die aus dem neuen Vergütungssystem resultierende Gesamtvergütung unterteilt sich in erfolgsunabhängige und erfolgsabhängige Komponenten.

Erfolgsunabhängige Komponenten (fixe Vergütung)

Die fixe Vergütung wird erfolgsunabhängig gewährt.

Die fixe Vergütung besteht in erster Linie aus einem Grundgehalt. Das Grundgehalt wird in zwölf gleichen monatlichen Raten ausgezahlt. Vor dem Hintergrund der geänderten regulatorischen Vorgaben wurde das Grundgehalt im Laufe des Jahres 2014 überprüft und mit Wirkung ab dem 1. Januar 2014 wie folgt festgesetzt:

in €	2014	2013
Grundgehalt		
Co-Vorsitzende	3.800.000	2.300.000
Ordentliche Vorstandsmitglieder	2.400.000	1.150.000

Die InstitutsVergV eröffnet die Möglichkeit, Beiträge zur betrieblichen Altersversorgung als fixe Vergütung zu definieren und so in die Bemessungsgrundlage zur Bestimmung des Verhältnisses zwischen fixen und variablen Vergütungsbestandteilen mit einzubeziehen. Die vorgenannten Grundgehaltsbeträge sind daher unter Berücksichtigung der Beiträge zur betrieblichen Altersversorgung festgelegt worden.

Die Beiträge zur betrieblichen Altersversorgung betragen ab dem Geschäftsjahr 2014:

in €	2014
Beiträge zur betrieblichen Altersversorgung	
Co-Vorsitzende	650.000
Ordentliche Vorstandsmitglieder	400.000

Daneben zählen die sogenannten „Sonstigen Leistungen“ zu den erfolgsunabhängigen Komponenten. Die Sonstigen Leistungen umfassen den geldwerten Vorteil von Sachbezügen wie Firmenwagen und Fahrergestellung, Versicherungsprämien, geschäftsbezogenen Repräsentationsaufwendungen und Sicherheitsmaßnahmen einschließlich der gegebenenfalls hierauf übernommenen Steuern sowie steuerpflichtigen Aufwandserstattungen.

Erfolgsabhängige Komponenten (variable Vergütung)

Die variable Vergütung wird erfolgsabhängig gewährt. Sie besteht aus zwei Komponenten:

— dem Annual Performance Award und
— dem Long-Term Performance Award.

Annual Performance Award („APA“)

Der APA honoriert das Erreichen der kurz- und mittelfristigen geschäfts- und unternehmenspolitischen Ziele der Bank, die im Rahmen der Zielvereinbarung für das jeweilige Geschäftsjahr zur Leistungsbestimmung festgelegt wurden. Berücksichtigt werden dabei nicht nur finanzielle Erfolge, sondern auch das Verhalten gegenüber Mitarbeitern und Kunden im Rahmen der Geschäftstätigkeit.

Der Gesamtbetrag des Annual Performance Awards wird auf Basis mehrerer Komponenten ermittelt:

— 60 % des Award-Betrags hängen von konzernübergreifenden Zielen ab, die für alle Vorstandsmitglieder identisch sind.
— Die verbleibenden 40 % des Award-Betrags bestimmen sich anhand individueller Leistung und individueller Ziele, die der Aufsichtsrat für jedes Vorstandsmitglied einzeln in Anlehnung an dessen Aufgabenbereich festlegt.

Im Rahmen der Strategie 2015+ werden Ziele in den Kategorien „Kapital“, „Kosten“, „Kompetenzen“, „Kunden“ und „Kultur“ festgelegt und adressieren somit über die quantitativen Zielvorgaben hinaus auch qualitative Elemente der Leistungserbringung.

Ziele für das Geschäftsjahr 2014

Für das Geschäftsjahr 2014 wurden die folgenden konzernübergreifenden und damit für alle Vorstandsmitglieder identischen Kennziffern als Messgrößen vereinbart. Die Zielvorgaben können grundsätzlich auch andere Aspekte aus den fünf genannten Kategorien, wie beispielsweise Rendite-Ziele, enthalten:

— Kategorie Kapital: Kernkapitalquote (Common Equity Tier-1 Ratio (CET 1)) und Verschuldungsquote;
— Kategorie Kosten: Kosten-Ertrag-Relation (Cost-Income-Ratio (CIR));
— Kategorie Kompetenzen: Wertbeitrag und
— Kategorie Kultur/Kunden: Mitarbeiterzufriedenheit, Verhalten und Reputation.

Die Ziele fließen je Kategorie jeweils zu 15 % in die Festlegung des Award-Betrags ein, so dass der Anteil der vorgenannten Kategorien am Gesamt-APA insgesamt 60 % beträgt.

Zur Bewertung der individuellen Leistungskomponente vereinbart der Aufsichtsrat mit jedem Mitglied des Vorstands einzeln jeweils:

— ein quantitatives Ziel aus den Kategorien Kapital/Kosten/Kompetenzen und
— ein qualitatives Ziel aus den Kategorien Kultur/Kunden.

Diese beiden Ziele finden ebenfalls zu 15 % Eingang in die Bestimmung des Award-Betrags, so dass der Anteil am Gesamt-APA 30 % beträgt.

Insgesamt beträgt die Summe aus konzernübergreifenden und individuell vereinbarten Zielen 90 % des Gesamt-APA. Es verbleiben weitere 10 % als freier Ermessensspielraum für den Aufsichtsrat zur Würdigung von besonderen, auch projektbezogenen Erfolgsbeiträgen im Laufe des Geschäftsjahres.

Im Rahmen der jährlichen Zielvereinbarung werden für alle Teilziele entsprechende Kriterien festgelegt, die vom Aufsichtsrat nach Ablauf des Jahres zur Bewertung der Zielerreichung herangezogen werden. Der Grad der jeweiligen Zielerreichung sowie die letztendliche Höhe des Annual Performance Awards werden hierbei

nicht mehr formelhaft, sondern vom Aufsichtsrat anhand der zuvor festgelegten Kriterien im Rahmen einer sachgemäßen Beurteilung diskretionär bestimmt. Folgende Kriterien werden dabei berücksichtigt: die tatsächlich erreichten Werte, Planwerte und extern kommunizierte Zielwerte, Vergleichswerte der Wettbewerber, Vorjahreswerte sowie eine qualitative Würdigung der Zielerreichung und auch die Gesamtrisikoausrichtung der Bank.

Wurden die Ziele im Beurteilungszeitraum verfehlt, kann der Aufsichtsrat zu dem Ergebnis kommen, dass ein Annual Performance Award nicht zu gewähren ist.

Unter Berücksichtigung der Anpassung des Vergütungssystems an die CRD 4-Anforderungen betragen die für das Jahr 2014 geltenden Ziel- und Maximalwerte des Annual Performance Awards für ein ordentliches Vorstandsmitglied sowie die Co-Vorsitzenden des Vorstands:

			2014	2013
in €	Minimum	Zielwert	Maximum	Zielwert
Co-Vorsitzender				
Anteil je 15 % Ziel	0	225.000	450.000	345.000
APA gesamt	0	**1.500.000**	**3.000.000**	2.300.000
Ordentliche Vorstandsmitglieder				
Anteil je 15 % Ziel	0	150.000	300.000	225.000
APA gesamt	0	**1.000.000**	**2.000.000**	1.500.000

Long-Term Performance Award (LTPA)

Die Höhe des Long-Term Performance Awards bestimmt sich nicht mehr nur nach der relativen Wertentwicklung der Deutsche Bank-Aktie gegenüber ausgewählten Vergleichsinstituten, sondern orientiert sich durch die zusätzliche Berücksichtigung nicht finanzieller Parameter auch daran, wie die Ziele erreicht werden, um eine nachhaltige Wertentwicklung zusätzlich zu fördern.

Entsprechend bemisst sich die Höhe des Long-Term Performance Awards weiterhin an der relativen Aktienrendite und zusätzlich an einem sogenannten „Culture & Client“-Faktor. Die Höhe des Long-Term Performance Awards bestimmt sich weiterhin grundsätzlich formelhaft und auf Basis vorab definierter Zielgrößen. Ebenfalls erhalten bleibt die Langfristigkeit dieser Vergütungskomponente durch die fortgeführte Berücksichtigung eines Dreijahresdurchschnitts der relativen Wertentwicklung.

Relative Rendite der Deutsche Bank-Aktie (RTSR)

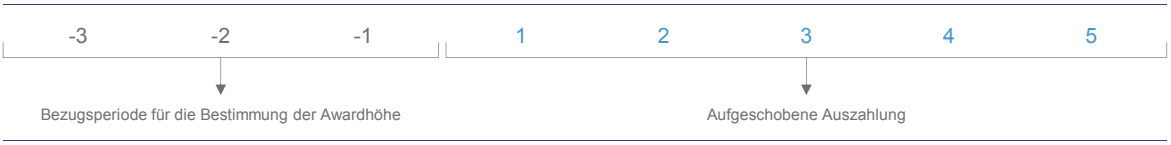
Die relative Rendite der Deutsche Bank-Aktie (Relative Total Shareholder Return, RTSR) ergibt sich aus der Rendite der Deutsche Bank-Aktie (Total Shareholder Return) im Verhältnis zum Durchschnittswert der Aktienrenditen einer ausgewählten Vergleichsgruppe (in Euro gerechnet). Eingang in die Berechnung der Award-Höhe findet weiterhin das Mittel der jährlichen relativen Rendite der Deutsche Bank-Aktie für die drei letzten Geschäftsjahre (Vergütungsjahr sowie die beiden vorhergehenden Jahre).

Ist der Dreijahresdurchschnitt der relativen Rendite der Deutsche Bank-Aktie größer als 100 %, dann erhöht sich der Wert des Award-Anteils proportional bis zu einer Obergrenze von 150 % der Zielgröße, das heißt, der Wert steigt um 1 % für jeden Prozentpunkt über 100 %. Wie bisher auch vermindert sich der Wert jedoch überproportional, sofern der Dreijahresdurchschnitt der relativen Rendite geringer als 100 % ist, wobei die Abschlagsregelung angepasst wurde. Liegt die berechnete relative Aktienrendite im Bereich von kleiner 100 % bis 80 %, mindert sich für jeden Prozentpunkt weniger der Wert des Award-Anteils um jeweils 2 Prozentpunkte. Im Bereich zwischen 80 % und 60 % verringert sich der Wert des Award-Anteils für jeden Prozentpunkt weniger um jeweils 3 Prozentpunkte. Überschreitet die relative Aktienrendite auf Dreijahressicht im Durchschnitt 60 % nicht, ist der Wert des Award-Anteils Null.

Im Rahmen der Überarbeitung des Vergütungssystems und der beabsichtigten stärkeren Ausrichtung an der Strategie der Bank wurde die Vergleichsgruppe zur Ermittlung der relativen Aktienrendite angepasst. Die Vergleichsgruppe setzt sich nunmehr aus folgenden Banken zusammen:

— BNP Paribas und Société Générale (beide aus dem Euro-Raum);
— Barclays, Credit Suisse und UBS (aus dem europäischen Nicht-Euro-Raum);
— Bank of America, Citigroup, Goldman Sachs, JP Morgan Chase und Morgan Stanley (alle aus den USA).

Die Vergleichsgruppe wurde anhand der Kriterien grundsätzlich vergleichbarer Geschäftstätigkeit, vergleichbarer Größe und internationaler Präsenz ausgewählt und wird in den kommenden Jahren weiterhin regelmäßig überprüft.



„Culture & Client“-Faktor

Durch den „Culture & Client“-Faktor werden die Kundenzufriedenheit und der Umgang mit Kunden gemessen, um somit eine nachhaltige Entwicklung der Kundenbeziehungen zu fördern. Perspektivisch wird dieser Faktor ebenfalls formelhaft ermittelt werden. Derzeit wird an der Einführung eines entsprechenden Systems gearbeitet.

Für eine Übergangsphase bis zur finalen Entwicklung und Kalibrierung dieses Systems bestimmt der Aufsichtsrat auf Basis bereichsspezifischer Umfragewerte und sonstiger Marktanalysen den Fortgang der Entwicklung der Bank in diesen Punkten diskretionär entlang der vier Kategorien „unterdurchschnittlich“, „durchschnittlich“, „gut“ und „exzellent“. Bei einer Einstufung in die Kategorie „exzellent“ werden 150 % des „Culture & Client“-Zielwerts veranschlagt, bei „gut“ 100 %, bei „durchschnittlich“ 50 % und bei „unterdurchschnittlich“ fällt der Award-Anteil auf Null.

Der Long-Term Performance Award wird dann auf Basis der unter Berücksichtigung der Anpassung des Vergütungssystems an die CRD 4 Anforderungen modifizierten Zielgrößen im Zusammenspiel zwischen der erreichten relativen Aktienrendite (RTSR) und dem „Culture & Client“-Faktor ermittelt. Er kann maximal 150 % der Zielgröße betragen.

Die Gewichtung der beiden Kenngrößen liegt bei 2/3 für den RTSR-Wert und 1/3 für den „Culture & Client"-Wert.

			2014	2013
in €	Minimum	Zielwert	Maximum	Zielwert
Co-Vorsitzender				
RTSR-Anteil	0	2.533.333	3.800.000	3.066.667
Culture & Client-Anteil	0	1.266.667	1.900.000	1.533.333
LTPA gesamt	**0**	**3.800.000**	**5.700.000**	4.600.000
Ordentliche Vorstandsmitglieder				
RTSR-Anteil	0	1.600.000	2.400.000	2.000.000
Culture & Client-Anteil	0	800.000	1.200.000	1.000.000
LTPA gesamt	**0**	**2.400.000**	**3.600.000**	3.000.000

Maximale Gesamtvergütung

Nach Umsetzung der regulatorischen Vorgaben und auf Basis der vorgenannten einzelnen Vergütungskomponenten ergeben sich die folgenden Maximalbeträge.

				2014	2013
in €	Grundgehalt	APA	LTPA	Gesamtvergütung	Gesamtvergütung
Co-Vorsitzender					
Neue Struktur					
Zielwerte	3.800.000	1.500.000	3.800.000	9.100.000	9.200.000
Maximum	3.800.000	3.000.000	5.700.000	12.500.000	12.650.000
Ordentliche Vorstandsmitglieder					
Neue Struktur					
Zielwerte	2.400.000	1.000.000	2.400.000	5.800.000	5.650.000
Maximum	2.400.000	2.000.000	3.600.000	8.000.000	7.900.000

Die Gesamtvergütung eines Vorstandsmitglieds unterliegt auch nach Umsetzung der regulatorischen Vorgaben einer zusätzlichen Obergrenze von 9,85 Mio € (Cap), die vom Aufsichtsrat freiwillig für die Gesamtvergütung für das Geschäftsjahr 2014 festgesetzt wurde. Das rechnerische Maximum der Gesamtvergütung für die Co-Vorsitzenden in Höhe von 12,5 Mio € kommt demnach nicht zum Tragen und der maximal zu vergebende variable Vergütungsanteil für jeden Co-Vorsitzenden ist damit auf 6,05 Mio € begrenzt.

Langfristige Anreizwirkung/Nachhaltigkeit

Gemäß InstitutsVergV müssen mindestens 60 % der gesamten variablen Vergütung aufgeschoben vergeben werden. Dieser aufgeschobene Teil muss mindestens zur Hälfte aus aktienbasierten Vergütungselementen bestehen, während der noch verbleibende andere Teil als aufgeschobene Barvergütung zu gewähren ist. Beide Vergütungselemente sind über einen mehrjährigen Zurückbehaltungszeitraum zu strecken, an den sich für die aktienbasierten Vergütungselemente noch Haltefristen anschließen. In dem Zeitraum bis zur Lieferung beziehungsweise zum Zufluss können diese aufgeschoben gewährten Teile verfallen. Maximal 40 % der gesamten variablen Vergütung dürfen nicht aufgeschoben gewährt werden. Hiervon muss jedoch wiederum mindestens die Hälfte aus aktienbasierten Vergütungselementen bestehen, und nur der verbleibende Teil darf direkt in bar ausgezahlt werden. In Summe betrachtet dürfen also nur maximal 20 % der gesamten variablen Vergütung sofort bar ausgezahlt werden, während mindestens 80 % zu einem späteren Zeitpunkt zufließen beziehungsweise geliefert werden müssen.

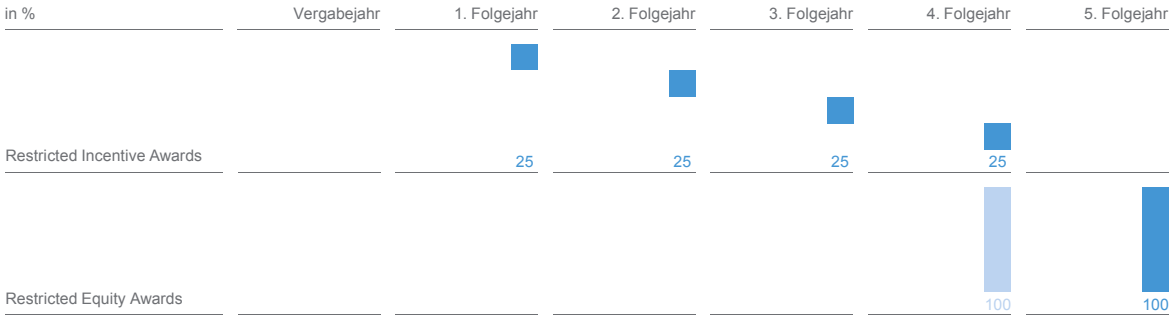
Bis einschließlich 2013 wurde der APA in Teilen als sofort fällige variable Komponente („Upfront Award“) gewährt. Die Upfront Awards betrugen dabei maximal 40 % der gesamten variablen Vergütung. Gemäß regulatorischen Vorgaben wurden mindestens die Hälfte der Upfront Awards in aktienbasierten Vergütungselementen („Equity Upfront Award“) gewährt. Die Equity Upfront Awards waren mit einer Haltefrist von drei Jahren versehen. Erst nach deren Verstreichen darf über die Awards verfügt werden. Der verbleibende Teil wurde unmittelbar in bar („Cash Upfront“) ausgezahlt. Sofern regulatorische Vorgaben oder bankspezifische Regelungen dies erforderten, wurden auch Teile des APA zeitlich aufgeschoben gewährt, wobei dies grundsätzlich in Form von aufgeschobenen Barvergütungsbestandteilen („Restricted Incentive Award“) erfolgen sollte. Die Restricted Incentive Awards wurden in vier gleichen Tranchen unverfallbar. Die Unverfallbarkeit der ersten Tranche trat etwa eineinhalb Jahre nach Vergabe ein. Im Abstand von jeweils einem Jahr wurden danach die übrigen Tranchen kontinuierlich unverfallbar. Mit dem Eintritt der Unverfallbarkeit erfolgte gleichzeitig der Zufluss. Die aufgeschobene Barvergütung wurde damit insgesamt über einen Zeitraum von etwa viereinhalb Jahren ausgezahlt.

Nach Umsetzung der regulatorischen Vorgaben im Jahr 2014 und der damit verbundenen Erhöhung der Festbezüge wird der APA nur noch in aufgeschobener Form gewährt, wobei er grundsätzlich in Form aufgeschobener Barvergütungsbestandteile („Restricted Incentive Award“) mit einer Streckung von mindestens vier Jahren vergeben wird. Die Gewährung von sofort fälligen Upfront Awards entfällt damit vollständig.

Der LTPA wird zu 100 % aufgeschoben und ausschließlich in Form von aktienbasierten Vergütungselementen („Restricted Equity Award“) gewährt. Die Restricted Equity Awards werden etwa viereinhalb Jahre nach ihrer Gewährung in einer einzigen Tranche (Cliff Vesting) fällig und sind danach noch mit einer zusätzlichen Haltefrist von sechs Monaten versehen. Demnach können die Vorstandsmitglieder erst nach etwa fünf Jahren über die Aktien verfügen, sofern die Anwartschaft in diesem Zeitraum nicht aufgrund von Verstößen gegen die Planbedingungen verfallen ist.

Das nachfolgende Schaubild stellt neben dem Auszahlungszeitpunkt der Barvergütung insbesondere die zeitliche Streckung der Zuflüsse beziehungsweise Lieferungen der übrigen variablen Vergütungskomponenten in den fünf Folgejahren nach Vergabe dar.

Zeitrahmen für Auszahlung oder Lieferung und Unverfallbarkeit für den Vorstand (ab 2014)



Fälligkeit und/oder Unverfallbarkeit, verbunden mit Auszahlung oder Lieferung.
Fälligkeit mit anschließender Haltefrist bis zur Lieferung; Bestehen einzelner Verwirkungstatbestände während der Haltefrist.

Da die Restricted Incentive Awards bis zum Zufluss nicht zum Bezug von Zinszahlungen berechtigen, wird bei der Vergabe ein einmaliger Aufschlag in Höhe von 2 % gewährt.

Aktienbasiert gewährte Awards berechtigen zu der Gewährung eines Dividendenäquivalents, um den Award mit der tatsächlich gezahlten Dividende und damit mit dem Ertrag für den Aktionär zu verknüpfen. Das Dividendenäquivalent wird gemäß der folgenden Formel bestimmt:

$$\frac{\text{Gezahlte Dividende} \times \text{Anzahl an Aktienanwartschaften}}{\text{Kurs der Deutsche Bank-Aktie am Tag der Dividendenzahlung}}$$

Verfallsbedingungen

Durch die aufgeschoben gewährten beziehungsweise über mehrere Jahre gestreckten Vergütungskomponenten (Equity Upfront Awards, Restricted Incentive Awards und Restricted Equity Awards) wird eine langfristige Anreizwirkung erreicht, da sie bis zur jeweiligen Unverfallbarkeit beziehungsweise zum Ende der Haltefristen bestimmten Verfallsbedingungen unterliegen. Anwartschaften können ganz oder teilweise verfallen, zum Beispiel bei individuellem Fehlverhalten (unter anderem bei Verstoß gegen Regularien) oder einer außerordentlichen Kündigung, bei Restricted Equity Awards und Restricted Incentive Awards auch bei einem negativen Ergebnis des Konzerns oder individuellen negativen Erfolgsbeiträgen. Darüber hinaus entfällt der Long-Term Performance Award vollständig, wenn die gesetzlichen regulatorischen Mindestvorgaben zur Kernkapitalquote in diesem Zeitraum nicht eingehalten wurden.

Begrenzungen bei außergewöhnlichen Entwicklungen

Im Falle außergewöhnlicher Entwicklungen (zum Beispiel Veräußerung großer Beteiligungen) ist die Gesamtvergütung jedes Vorstandsmitglieds auf einen Maximalbetrag begrenzt. Eine Auszahlung variabler Vergütungsbestandteile erfolgt darüber hinaus nicht, wenn die Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht die Auszahlung variabler Vergütungsbestandteile im Einklang mit bestehenden gesetzlichen Regelungen untersagt beziehungsweise einschränkt.

Regelungen zur Aktienhaltepflicht

Zur Stärkung der Identifikation mit der Bank und ihren Aktionären werden die Vorstandsmitglieder verpflichtet, einen Teil ihres Privatvermögens in Deutsche Bank-Aktien anzulegen. Die Vorstandsmitglieder werden zu diesem Zweck jederzeit eine Anzahl von Deutsche Bank-Aktien in ihrem Depot halten, wobei aufgeschobene aktienbasiert gewährte Vergütungen zu 75 % auf diese Verpflichtung angerechnet werden können.

Die Anzahl zu haltender Aktien betrug im Jahr 2013 bei den Co-Vorsitzenden das 3-Fache und bei den ordentlichen Vorstandsmitgliedern das 2-Fache ihrer jährlichen Grundvergütung. Die Anpassung der fixen Vergütung im Jahr 2014 und die damit einhergehende Absenkung der variablen Vergütungskomponenten erfordern auch eine Adjustierung der Aktienhalterichtlinien für die Mitglieder des Vorstands. Die Anzahl zu haltender Aktien beträgt ab dem Jahr 2014 bei den Co-Vorsitzenden das 2-Fache und bei den ordentlichen Vorstandsmitgliedern das 1-Fache ihrer jährlichen Grundvergütung.

Es gilt eine Karenzfrist von 36 Monaten für die Co-Vorsitzenden beziehungsweise 24 Monaten für die ordentlichen Vorstandsmitglieder, bis zu der die Vorgaben erfüllt sein müssen. Obwohl die Aktienhaltepflichten für die Co-Vorsitzenden erst im Jahr 2016 und für die ordentlichen Vorstandsmitglieder im Jahr 2015 wirksam werden, haben sämtliche Vorstandsmitglieder die Vorgaben im Jahr 2014 erfüllt. Die Einhaltung der Vorgaben wird halbjährlich zum 30.06. beziehungsweise 31.12. eines Jahres überprüft. Bei festgestellten Differenzen haben die Vorstandsmitglieder bis zur nächsten Prüfung Zeit zur Korrektur.

Durch aufgeschoben gewährte beziehungsweise über mehrere Jahre gestreckte Vergütungskomponenten bleibt eine weitere Verbundenheit mit der Wertentwicklung der Deutsche Bank-Aktie in der Regel gleichwohl auch für einen Zeitraum nach dem Ausscheiden aus dem Vorstand bestehen.

Bezüge der Mitglieder des Vorstands

Grundsätze

Die Beschlüsse des Aufsichtsrats zur Festlegung der variablen Vergütung für die Mitglieder des Vorstands wurden Ende Januar 2015 intensiv im Vergütungskontrollausschuss beraten und von diesem für das Gesamtplenum vorbereitet. Im Mittelpunkt stand insbesondere die Prüfung der Angemessenheit der Vergütung im horizontalen Vergleich gegenüber Wettbewerbern ebenso wie im vertikalen Vergleich gemäß den Empfehlungen des Deutschen Corporate Governance Kodex. Im Rahmen dieser vergleichenden Prüfung wurde die Angemessenheit der Vergütung im Hinblick auf

— das Verhältnis von fixer zu variabler Vergütung;
— das Verhältnis von kurzfristigen und langfristigen Vergütungselementen;
— das Verhältnis von unmittelbar fälligen und aufgeschoben gewährten Vergütungelementen; und
— das Verhältnis von sofort unverfallbaren und mit Verfallbedingungen versehenen Vergütungselementen

überprüft. Zudem wurde die Angemessenheit der Gesamthöhe der Vergütung im Verhältnis zu den durchschnittlichen Einkommen der Mitarbeiter betrachtet.

Grundgehalt

Im Geschäftsjahr 2014 beliefen sich die jährlichen Grundgehälter der Co-Vorsitzenden auf jeweils 3.800.000 € und die der ordentlichen Mitglieder des Vorstands auf jeweils 2.400.000 €.

Variable Vergütung

Der Aufsichtsrat hat auf Vorschlag des Vergütungskontrollausschusses die variable Vergütung für die Mitglieder des Vorstands für das Geschäftsjahr 2014 festgelegt. Bei der Ermittlung und Festsetzung der Höhe des APA und des LTPA hat der Aufsichtsrat neben dem Gesamterfolg der Deutsche Bank-Gruppe vor allem die individuellen Erfolgsbeiträge der einzelnen Vorstandsmitglieder angemessen berücksichtigt. Dabei wurde der individuelle Erfolgsbeitrag anhand der Erreichung der individuell vereinbarten Ziele bestimmt, und es wurde entsprechend zwischen den einzelnen Vorstandsmitgliedern differenziert.

Gesamtvergütung

Die im bzw. für das Geschäftsjahr 2014 gewährte Vergütung (ohne Nebenleistungen und Versorgungsaufwand) für die Mitglieder des Vorstands für ihre Vorstandstätigkeit betrug insgesamt 35.277.666 € (2013: 38.496.509 €). Hiervon entfielen 19.600.000 € (2013: 10.350.000 €) auf Grundgehälter, 15.677.666 € (2013: 27.096.509 €) auf erfolgsabhängige Komponenten mit langfristiger Anreizwirkung und 0 € (2013: 1.050.000 €) auf erfolgsabhängige Komponenten ohne langfristige Anreizwirkung.

Der Aufsichtsrat hat die vorgenannten Bezüge für 2014 auf individueller Basis wie folgt festgelegt:

				2014	2013
in €	Grundgehalt	APA[1]	LTPA[2]	Gesamt-vergütung	Gesamt-vergütung
Jürgen Fitschen	3.800.000	860.625	2.001.333	6.661.958	7.474.597
Anshuman Jain	3.800.000	860.625	2.001.333	6.661.958	7.474.597
Stefan Krause	2.400.000	688.500	1.264.000	4.352.500	4.676.415
Dr. Stephan Leithner	2.400.000	803.250	1.264.000	4.467.250	4.706.250
Stuart Lewis	2.400.000	765.000	1.264.000	4.429.000	4.671.825
Rainer Neske	2.400.000	688.500	1.264.000	4.352.500	4.821.000
Henry Ritchotte	2.400.000	688.500	1.264.000	4.352.500	4.671.825
Summe	**19.600.000**	**5.355.000**	**10.322.666**	**35.277.666**	38.496.509

[1] APA = Annual Performance Award/Wert inklusive Premium von 2 %.
[2] LTPA = Long-Term Performance Award.

Bezüge nach Maßgabe des Deutschen Corporate Governance Kodex (DCGK)

Im Folgenden werden die Bezüge der Mitglieder des Vorstands nach Maßgabe der Anforderungen der Ziffer 4.2.5 Abs. 3 des DCGK gezeigt. Dies sind die für das Berichtsjahr gewährten Zuwendungen einschließlich der Nebenleistungen, bei den variablen Vergütungselementen ergänzt um die erreichbare Maximal- und Minimalvergütung. Darüber hinaus wird der Zufluss im bzw. für das Berichtsjahr aus Fixvergütung, kurzfristiger variabler Vergütung und langfristiger variabler Vergütung mit Differenzierung nach den jeweiligen Bezugsjahren dargestellt.

Die nachstehende Tabelle zeigt die gewährten Zuwendungen für das Geschäftsjahr 2014.

Gewährte Zuwendungen in 2014 (2013) gemäß DCGK

						Jürgen Fitschen Co-Vorsitzender
in €	2014 (Gewährung)	2014 (Ziel)	2014 (Min.)	2014 (Max.)	2013 (Gewährung)	2013 (Ziel)
Festvergütung (Grundgehalt)	3.800.000	3.800.000	3.800.000	3.800.000	2.300.000	2.300.000
Nebenleistungen	118.852	118.852	118.852	118.852	236.590	236.590
Summe	3.918.852	3.918.852	3.918.852	3.918.852	2.536.590	2.536.590
Einjährige variable Vergütung	0	0	0	0	150.000	150.000
davon:						
Unmittelbar ausgezahlt (Teil des APA)	0	0	0	0	150.000	150.000
Mehrjährige variable Vergütung	2.861.958	5.300.000	0	8.700.000	5.024.597	6.750.000
davon:						
Equity Upfront Awards (Teil des APA)	0	0	0	0	150.000	150.000
Restricted Incentive Awards (APA)	860.625	1.500.000	0	3.000.000	1.347.930	2.000.000
Restricted Equity Awards (LTPA)	2.001.333	3.800.000	0	5.700.000	3.526.667	4.600.000
Summe	2.861.958	5.300.000	0	8.700.000	5.174.597	6.900.000
Versorgungsaufwand	648.216	648.216	648.216	648.216	290.457	290.457
Gesamtvergütung (DCGK)	**7.429.026**	**9.867.068**	**4.567.068**	**13.267.068**	8.001.644	9.727.047
Gesamtvergütung[1]	**6.661.958**	**9.100.000**	**3.800.000**	**12.500.000**	7.474.597	9.200.000

[1] Ohne Nebenleistungen und Versorgungsaufwand.

						Anshuman Jain Co-Vorsitzender
in €	2014 (Gewährung)	2014 (Ziel)	2014 (Min.)	2014 (Max.)	2013 (Gewährung)	2013 (Ziel)
Festvergütung (Grundgehalt)	3.800.000	3.800.000	3.800.000	3.800.000	2.300.000	2.300.000
Nebenleistungen	718.914	718.914	718.914	718.914	804.032	804.032
Summe	4.518.914	4.518.914	4.518.914	4.518.914	3.104.032	3.104.032
Einjährige variable Vergütung	0	0	0	0	150.000	150.000
davon:						
Unmittelbar ausgezahlt (Teil des APA)	0	0	0	0	150.000	150.000
Mehrjährige variable Vergütung	2.861.958	5.300.000	0	8.700.000	5.024.597	6.750.000
davon:						
Equity Upfront Awards (Teil des APA)	0	0	0	0	150.000	150.000
Restricted Incentive Awards (APA)	860.625	1.500.000	0	3.000.000	1.347.930	2.000.000
Restricted Equity Awards (LTPA)	2.001.333	3.800.000	0	5.700.000	3.526.667	4.600.000
Summe	2.861.958	5.300.000	0	8.700.000	5.174.597	6.900.000
Versorgungsaufwand	857.192	857.192	857.192	857.192	692.433	692.433
Gesamtvergütung (DCGK)	**8.238.064**	**10.676.106**	**5.376.106**	**14.076.106**	8.971.062	10.696.465
Gesamtvergütung[1]	**6.661.958**	**9.100.000**	**3.800.000**	**12.500.000**	7.474.597	9.200.000

[1] Ohne Nebenleistungen und Versorgungsaufwand.

						Stefan Krause
in €	2014 (Gewährung)	2014 (Ziel)	2014 (Min.)	2014 (Max.)	2013 (Gewährung)	2013 (Ziel)
Festvergütung (Grundgehalt)	2.400.000	2.400.000	2.400.000	2.400.000	1.150.000	1.150.000
Nebenleistungen	124.753	124.753	124.753	124.753	105.609	105.609
Summe	2.524.753	2.524.753	2.524.753	2.524.753	1.255.609	1.255.609
Einjährige variable Vergütung	0	0	0	0	150.000	150.000
davon:						
Unmittelbar ausgezahlt (Teil des APA)	0	0	0	0	150.000	150.000
Mehrjährige variable Vergütung	1.952.500	3.400.000	0	5.600.000	3.376.415	4.350.000
davon:						
Equity Upfront Awards (Teil des APA)	0	0	0	0	150.000	150.000
Restricted Incentive Awards (APA)	688.500	1.000.000	0	2.000.000	926.415	1.200.000
Restricted Equity Awards (LTPA)	1.264.000	2.400.000	0	3.600.000	2.300.000	3.000.000
Summe	1.952.500	3.400.000	0	5.600.000	3.526.415	4.500.000
Versorgungsaufwand	521.887	521.887	521.887	521.887	340.985	340.985
Gesamtvergütung (DCGK)	**4.999.140**	**6.446.640**	**3.046.640**	**8.646.640**	5.123.009	6.096.594
Gesamtvergütung[1]	**4.352.500**	**5.800.000**	**2.400.000**	**8.000.000**	4.676.415	5.650.000

[1] Ohne Nebenleistungen und Versorgungsaufwand.

Dr. Stephan Leithner

in €	2014 (Gewährung)	2014 (Ziel)	2014 (Min.)	2014 (Max.)	2013 (Gewährung)	2013 (Ziel)
Festvergütung (Grundgehalt)	2.400.000	2.400.000	2.400.000	2.400.000	1.150.000	1.150.000
Nebenleistungen	353.552	353.552	353.552	353.552	119.905	119.905
Summe	2.753.552	2.753.552	2.753.552	2.753.552	1.269.905	1.269.905
Einjährige variable Vergütung	0	0	0	0	150.000	150.000
davon:						
Unmittelbar ausgezahlt (Teil des APA)	0	0	0	0	150.000	150.000
Mehrjährige variable Vergütung	2.067.250	3.400.000	0	5.600.000	3.406.250	4.350.000
davon:						
Equity Upfront Awards (Teil des APA)	0	0	0	0	150.000	150.000
Restricted Incentive Awards (APA)	803.250	1.000.000	0	2.000.000	956.250	1.200.000
Restricted Equity Awards (LTPA)	1.264.000	2.400.000	0	3.600.000	2.300.000	3.000.000
Summe	2.067.250	3.400.000	0	5.600.000	3.556.250	4.500.000
Versorgungsaufwand	561.694	561.694	561.694	561.694	360.800	360.800
Gesamtvergütung (DCGK)	**5.382.496**	**6.715.246**	**3.315.246**	**8.915.246**	5.186.955	6.130.705
Gesamtvergütung[1]	**4.467.250**	**5.800.000**	**2.400.000**	**8.000.000**	4.706.250	5.650.000

[1] Ohne Nebenleistungen und Versorgungsaufwand.

Stuart Lewis

in €	2014 (Gewährung)	2014 (Ziel)	2014 (Min.)	2014 (Max.)	2013 (Gewährung)	2013 (Ziel)
Festvergütung (Grundgehalt)	2.400.000	2.400.000	2.400.000	2.400.000	1.150.000	1.150.000
Nebenleistungen	84.937	84.937	84.937	84.937	89.844	89.844
Summe	2.484.937	2.484.937	2.484.937	2.484.937	1.239.844	1.239.844
Einjährige variable Vergütung	0	0	0	0	150.000	150.000
davon:						
Unmittelbar ausgezahlt (Teil des APA)	0	0	0	0	150.000	150.000
Mehrjährige variable Vergütung	2.029.000	3.400.000	0	5.600.000	3.371.825	4.350.000
davon:						
Equity Upfront Awards (Teil des APA)	0	0	0	0	150.000	150.000
Restricted Incentive Awards (APA)	765.000	1.000.000	0	2.000.000	921.825	1.200.000
Restricted Equity Awards (LTPA)	1.264.000	2.400.000	0	3.600.000	2.300.000	3.000.000
Summe	2.029.000	3.400.000	0	5.600.000	3.521.825	4.500.000
Versorgungsaufwand	551.095	551.095	551.095	551.095	351.335	351.335
Gesamtvergütung (DCGK)	**5.065.032**	**6.436.032**	**3.036.032**	**8.636.032**	5.113.004	6.091.179
Gesamtvergütung[1]	**4.429.000**	**5.800.000**	**2.400.000**	**8.000.000**	4.671.825	5.650.000

[1] Ohne Nebenleistungen und Versorgungsaufwand.

Rainer Neske

in €	2014 (Gewährung)	2014 (Ziel)	2014 (Min.)	2014 (Max.)	2013 (Gewährung)	2013 (Ziel)
Festvergütung (Grundgehalt)	2.400.000	2.400.000	2.400.000	2.400.000	1.150.000	1.150.000
Nebenleistungen	96.155	96.155	96.155	96.155	104.900	104.900
Summe	2.496.155	2.496.155	2.496.155	2.496.155	1.254.900	1.254.900
Einjährige variable Vergütung	0	0	0	0	150.000	150.000
davon:						
Unmittelbar ausgezahlt (Teil des APA)	0	0	0	0	150.000	150.000
Mehrjährige variable Vergütung	1.952.500	3.400.000	0	5.600.000	3.521.000	4.350.000
davon:						
Equity Upfront Awards (Teil des APA)	0	0	0	0	150.000	150.000
Restricted Incentive Awards (APA)	688.500	1.000.000	0	2.000.000	1.071.000	1.200.000
Restricted Equity Awards (LTPA)	1.264.000	2.400.000	0	3.600.000	2.300.000	3.000.000
Summe	1.952.500	3.400.000	0	5.600.000	3.671.000	4.500.000
Versorgungsaufwand	539.553	539.553	539.553	539.553	348.352	348.352
Gesamtvergütung (DCGK)	**4.988.208**	**6.435.708**	**3.035.708**	**8.635.708**	5.274.252	6.103.252
Gesamtvergütung[1]	**4.352.500**	**5.800.000**	**2.400.000**	**8.000.000**	4.821.000	5.650.000

[1] Ohne Nebenleistungen und Versorgungsaufwand.

						Henry Ritchotte
in €	2014 (Gewährung)	2014 (Ziel)	2014 (Min.)	2014 (Max.)	2013 (Gewährung)	2013 (Ziel)
Festvergütung (Grundgehalt)	2.400.000	2.400.000	2.400.000	2.400.000	1.150.000	1.150.000
Nebenleistungen	289.842	289.842	289.842	289.842	132.370	132.370
Summe	2.689.842	2.689.842	2.689.842	2.689.842	1.282.370	1.282.370
Einjährige variable Vergütung	0	0	0	0	150.000	150.000
davon:						
Unmittelbar ausgezahlt (Teil des APA)	0	0	0	0	150.000	150.000
Mehrjährige variable Vergütung	1.952.500	3.400.000	0	5.600.000	3.371.825	4.350.000
davon:						
Equity Upfront Awards (Teil des APA)	0	0	0	0	150.000	150.000
Restricted Incentive Awards (APA)	688.500	1.000.000	0	2.000.000	921.825	1.200.000
Restricted Equity Awards (LTPA)	1.264.000	2.400.000	0	3.600.000	2.300.000	3.000.000
Summe	1.952.500	3.400.000	0	5.600.000	3.521.825	4.500.000
Versorgungsaufwand	530.086	530.086	530.086	530.086	344.689	344.689
Gesamtvergütung (DCGK)	**5.172.428**	**6.619.928**	**3.219.928**	**8.819.928**	5.148.884	6.127.059
Gesamtvergütung[1]	**4.352.500**	**5.800.000**	**2.400.000**	**8.000.000**	4.671.825	5.650.000

[1] Ohne Nebenleistungen und Versorgungsaufwand.

Die nachstehende Tabelle zeigt den Zufluss im bzw. für das Geschäftsjahr 2014.

Zufluss in 2014 (2013) gemäß DCGK

	Jürgen Fitschen Co-Vorsitzender		Anshuman Jain Co-Vorsitzender		Stefan Krause		Dr. Stephan Leithner	
in €	2014	2013	2014	2013	2014	2013	2014	2013
Festvergütung (Grundgehalt)	3.800.000	2.300.000	3.800.000	2.300.000	2.400.000	1.150.000	2.400.000	1.150.000
Nebenleistungen	118.852	236.590	718.914	804.032	124.753	105.609	353.552	119.905
Summe	3.918.852	2.536.590	4.518.914	3.104.032	2.524.753	1.255.609	2.753.552	1.269.905
Einjährige variable Vergütung	0	150.000	0	150.000	0	150.000	0	150.000
davon unmittelbar ausgezahlt	0	150.000	0	150.000	0	150.000	0	150.000
Mehrjährige variable Vergütung	420.542	1.642.906	829.761	4.425.616	446.444	2.017.466	0	0
davon Equity Upfront Awards:								
EUA für 2010 (bis 2014)	420.542	0	829.761	0	446.444	0	0	0
davon Restricted Incentive Awards:								
RIA für 2011 (bis 2016)	0	356.221	0	1.051.846	0	356.221	0	0
RIA für 2010 (bis 2015)	0	199.943	0	1.091.853	0	212.257	0	0
RIA für 2009 (bis 2013)	0	68.480	0	234.988	0	91.306	0	0
davon Restricted Equity Awards:								
REA für 2009 (bis 2013)	0	1.018.262	0	2.046.929	0	1.357.682	0	0
Summe	420.542	1.792.906	829.761	4.575.616	446.444	2.167.466	0	150.000
Versorgungsaufwand	648.216	290.457	857.192	692.433	521.887	340.985	561.694	360.800
Gesamtvergütung (DCGK)	**4.987.610**	4.619.953	**6.205.867**	8.372.081	**3.493.084**	3.764.060	**3.315.246**	1.780.705

	Stuart Lewis		Rainer Neske		Henry Ritchotte	
in €	2014	2013	2014	2013	2014	2013
Festvergütung (Grundgehalt)	2.400.000	1.150.000	2.400.000	1.150.000	2.400.000	1.150.000
Nebenleistungen	84.937	89.844	96.155	104.900	289.842	132.370
Summe	2.484.937	1.239.844	2.496.155	1.254.900	2.689.842	1.282.370
Einjährige variable Vergütung	0	150.000	0	150.000	0	150.000
davon unmittelbar ausgezahlt	0	150.000	0	150.000	0	150.000
Mehrjährige variable Vergütung	0	0	433.493	1.649.063	0	0
davon Equity Upfront Awards:						
EUA für 2010 (bis 2014)	0	0	433.493	0	0	0
davon Restricted Incentive Awards:						
RIA für 2011 (bis 2016)	0	0	0	356.221	0	0
RIA für 2010 (bis 2015)	0	0	0	206.100	0	0
RIA für 2009 (bis 2013)	0	0	0	68.480	0	0
davon Restricted Equity Awards:						
REA für 2009 (bis 2013)	0	0	0	1.018.262	0	0
Summe	0	150.000	433.493	1.799.063	0	150.000
Versorgungsaufwand	551.095	351.335	539.553	348.352	530.086	344.689
Gesamtvergütung (DCGK)	**3.036.032**	1.741.179	**3.469.201**	3.402.315	**3.219.928**	1.777.059

Der Aufsichtsrat hat im Jahr 2014 die Entscheidung getroffen, die im August 2014 unverfallbar und/oder fällig gewordenen Tranchen aus aufgeschoben gewährten Vergütungselementen für alle Vorstandsmitglieder zu suspendieren. Die entsprechenden Vergütungsbestandteile, die im August zur Auszahlung (bzw. Lieferung – im Fall von aktienbasierten Elementen) gekommen wären, sind daher nicht in der obigen Tabelle enthalten.

Bezüge nach Maßgabe der Anforderungen des Deutschen Rechnungslegungsstandards Nr. 17 (DRS 17)

Unter Berücksichtigung der Anforderungen des Deutschen Rechnungslegungsstandards Nr. 17 betrugen die Bezüge der Mitglieder des Vorstands im Geschäftsjahr 2014 für ihre Vorstandstätigkeit insgesamt 31.709.671 € (2013: 36.890.500 €). Hiervon entfielen 19.600.000 € (2013: 10.350.000 €) auf Grundgehälter, 1.787.005 € (2013: 1.593.250 €) auf sonstige Leistungen, 10.322.666 € (2013: 23.897.250 €) auf erfolgsabhängige Komponenten mit langfristiger Anreizwirkung und 0 € (2013: 1.050.000 €) auf erfolgsabhängige Komponenten ohne langfristige Anreizwirkung.

Die Restricted Incentive Awards sind als eine hinausgeschobene, nicht aktienbasierte Vergütung, die aber bestimmten (Verfalls-)Bedingungen unterliegt, nach dem Deutschen Rechnungslegungsstandard Nr. 17 erst im Geschäftsjahr der Gewährung (also in dem Geschäftsjahr, in dem die bedingungsfreie Auszahlung erfolgt) in die Gesamtbezüge einzubeziehen und nicht bereits in dem Geschäftsjahr, in dem die Zusage ursprünglich erteilt wurde. Dementsprechend erhielten die einzelnen Vorstandsmitglieder für die Jahre beziehungsweise in den Jahren 2014 und 2013 die nachstehenden Bezüge für ihre Tätigkeit im Vorstand inklusive der sonstigen Leistungen und des Dienstzeitaufwands für Altersleistungen.

Bezüge gemäß DRS 17

	Jürgen Fitschen Co-Vorsitzender		Anshuman Jain Co-Vorsitzender		Stefan Krause		Dr. Stephan Leithner	
in €	2014	2013	2014	2013	2014	2013	2014	2013
Vergütung								
Erfolgsabhängige Komponenten								
Ohne langfristige Anreizwirkung								
Unmittelbar ausgezahlt	0	150.000	0	150.000	0	150.000	0	150.000
Mit langfristige Anreizwirkung								
Bar								
Restricted Incentive Award(s) ausgezahlt	0	624.644	0	2.378.687	0	659.784	0	0
Aktienbasiert								
Equity Upfront Award(s)	0	150.000	0	150.000	0	150.000	0	150.000
Restricted Equity Award(s)	2.001.333	3.526.667	2.001.333	3.526.667	1.264.000	2.300.000	1.264.000	2.300.000
Erfolgsunabhängige Komponenten								
Grundgehalt	3.800.000	2.300.000	3.800.000	2.300.000	2.400.000	1.150.000	2.400.000	1.150.000
Nebenleistungen								
Erfolgsunabhängige Komponenten								
Sonstige Leistungen	118.852	236.590	718.914	804.032	124.753	105.609	353.552	119.905
Dienstzeitaufwand für Pensionen	648.216	290.457	857.192	692.433	521.887	340.985	561.694	360.800
Summe (ohne Dienstzeitaufwand)	5.920.185	6.987.901	6.520.247	9.309.386	3.788.753	4.515.393	4.017.552	3.869.905
Summe (einschließlich Dienstzeitaufwand)	**6.568.401**	7.278.358	**7.377.439**	10.001.819	**4.310.640**	4.856.378	**4.579.246**	4.230.705

	Stuart Lewis		Rainer Neske		Henry Ritchotte		Insgesamt	
in €	2014	2013	2014	2013	2014	2013	2014	2013
Vergütung								
Erfolgsabhängige Komponenten								
Ohne langfristige Anreizwirkung								
Unmittelbar ausgezahlt	0	150.000	0	150.000	0	150.000	0	1.050.000
Mit langfristige Anreizwirkung								
Bar								
Restricted Incentive Award(s) ausgezahlt	0	0	0	630.801	0	0	0	4.293.916
Aktienbasiert								
Equity Upfront Award(s)	0	150.000	0	150.000	0	150.000	0	1.050.000
Restricted Equity Award(s)	1.264.000	2.300.000	1.264.000	2.300.000	1.264.000	2.300.000	10.322.666	18.553.334
Erfolgsunabhängige Komponenten								
Grundgehalt	2.400.000	1.150.000	2.400.000	1.150.000	2.400.000	1.150.000	19.600.000	10.350.000
Nebenleistungen								
Erfolgsunabhängige Komponenten								
Sonstige Leistungen	84.937	89.844	96.155	104.900	289.842	132.370	1.787.005	1.593.250
Dienstzeitaufwand für Pensionen	551.095	351.335	539.553	348.352	530.086	344.689	4.209.723	2.729.051
Summe (ohne Dienstzeitaufwand)	3.748.937	3.839.844	3.760.155	4.485.701	3.953.842	3.882.370	31.709.671	36.890.500
Summe (einschließlich Dienstzeitaufwand)	**4.300.032**	4.191.179	**4.299.708**	4.834.053	**4.483.928**	4.227.059	**35.919.394**	39.619.551

Der Aufsichtsrat hat im Jahr 2014 die Entscheidung getroffen, die im August 2014 unverfallbar und/oder fällig gewordenen Tranchen aus aufgeschoben gewährten Vergütungselementen für alle Vorstandsmitglieder zu suspendieren. Die entsprechenden Restricted Incentive Awards, die im August zur Auszahlung gekommen wären, sind daher nicht in der obigen Tabelle enthalten.

Im Hinblick auf das Jahr 2013 sind in den zuvor dargestellten Gesamtbezügen die dritte Tranche aus den im Jahr 2010 für das Geschäftsjahr 2009 zugesagten Restricted Incentive Awards in Höhe von insgesamt 463.254 €, die zweite Tranche aus den im Jahr 2011 für das Geschäftsjahr 2010 zugesagten Restricted Incentive Awards in Höhe von insgesamt 1.710.153 € und die erste Tranche der im Jahr 2012 für das Geschäftsjahr 2011 zugesagten Restricted Incentive Awards in Höhe von insgesamt 2.120.509 € enthalten.

Aktienanwartschaften

Die Anzahl der Aktienanwartschaften, die den Mitgliedern des Vorstands im Jahr 2015 für das Geschäftsjahr 2014 in Form von Restricted Equity Awards (REA) gewährt wurden, wurde mittels Division der jeweiligen Eurobeträge durch den Durchschnitt der Xetra-Schlusskurse der Deutsche Bank-Aktie während der ersten zehn Handelstage im Februar 2015 (27,108 €) ermittelt (Vorjahr: 35,4385 € = Durchschnitt der Xetra-Schlusskurse der Deutsche Bank-Aktie während der ersten zehn Handelstage im Februar 2014).

Hieraus ergab sich die folgende Anzahl gewährter Aktienanwartschaften (gerundet):

Mitglieder des Vorstands

Anzahl	Jahr	Equity Upfront Award(s) (mit Haltefrist)	Restricted Equity Award(s) (aufgeschoben mit zusätzlicher Haltefrist)
Jürgen Fitschen	2014	0	73.828
	2013	4.233	99.515
Anshuman Jain	2014	0	73.828
	2013	4.233	99.515
Stefan Krause	2014	0	46.628
	2013	4.233	64.901
Dr. Stephan Leithner	2014	0	46.628
	2013	4.233	64.901
Stuart Lewis	2014	0	46.628
	2013	4.233	64.901
Rainer Neske	2014	0	46.628
	2013	4.233	64.901
Henry Ritchotte	2014	0	46.628
	2013	4.233	64.901

Aus Mandaten für konzerneigene Gesellschaften erhalten die Mitglieder des Vorstands keine Vergütung.

Alters- und Übergangsleistungen

Der Aufsichtsrat erteilt den Mitgliedern des Vorstands eine Zusage auf Altersversorgungsleistungen. Bei den Zusagen handelt es sich um einen beitragsorientierten Pensionsplan. Im Rahmen dieses Pensionsplans wurde für jedes teilnehmende Vorstandsmitglied nach Berufung in den Vorstand ein persönliches Versorgungskonto eingerichtet, in das jedes Jahr ein Versorgungsbaustein eingestellt wird.

Der Versorgungsbaustein wurde bis einschließlich 2013 mit einem individuellen Beitragssatz auf Basis des Grundgehalts und des Gesamtbonus bis zu einer Obergrenze errechnet und enthielt durch einen altersabhängigen Faktor eine Vorabverzinsung von durchschnittlich 6 % pro Jahr bis zum Alter von 60 Jahren. Ab dem Alter von 61 Jahren erfolgt eine jährliche Verzinsung des Teils des Versorgungskontos, der auf Beiträgen bis einschließlich des Beitragsjahrs 2013 beruht, von 6 % bis zum Pensionierungszeitpunkt.

Im Zusammenhang mit der Neustrukturierung des Vergütungssystems wurde die Versorgungszusage mit Wirkung ab dem 1. Januar 2014 modifiziert. Die Mitglieder des Vorstands erhalten nunmehr einen vertraglich fixierten festen jährlichen Euro-Betrag als Beitrag. Der Beitrag wird durch einen altersabhängigen Faktor mit durchschnittlich 4 % pro Jahr bis zum Alter von 60 Jahren vorab verzinst. Ab dem Alter von 61 Jahren erfolgt eine jährliche Verzinsung des Teils des Versorgungskontos, das auf den Beiträgen ab dem Jahr 2014 beruht, von 4 % bis zum Pensionierungszeitpunkt.

Die jährlichen Versorgungsbausteine bilden zusammen das Versorgungskapital, das im Versorgungsfall zur Verfügung steht. Die Versorgungsleistung kann unter bestimmten Bedingungen auch vor Eintritt eines der Regel-Versorgungsfälle (Altersgrenze, Invalidität oder Tod) fällig werden. Die Versorgungsanwartschaft ist von Beginn an unverfallbar.

Im Jahr 2014 stand Herrn Dr. Ackermann im Zusammenhang mit seinem Ausscheiden noch eine Übergangsleistung zu. Die vertraglich zugesagte Übergangsleistung in Form einer Einmalzahlung betrug 2.750.000 €.

Die folgende Tabelle zeigt die Versorgungsbausteine, die Verzinsungen, das Versorgungskapital und den jährlichen Dienstzeitaufwand für die Jahre 2014 und 2013 sowie die entsprechenden Verpflichtungshöhen jeweils zum 31. Dezember 2014 und 31. Dezember 2013 für die derzeitigen Mitglieder des Vorstands. Die unterschiedliche Höhe der Beträge resultiert aus der unterschiedlichen Dauer der Vorstandstätigkeit, den jeweiligen altersabhängigen Faktoren, den unterschiedlichen Beitragssätzen sowie den individuellen versorgungsfähigen Bezügen und den vorher beschriebenen weiteren individuellen Ansprüchen.

Mitglieder des Vorstands	Versorgungsbaustein im Geschäftsjahr[1]		Verzinsung im Geschäftsjahr		Versorgungskapital am Ende des Geschäftsjahres		Dienstzeitaufwand im Geschäftsjahr		Barwert der Verpflichtung am Ende des Geschäftsjahres	
in €	2014	2013	2014	2013	2014	2013	2014	2013	2014	2013
Jürgen Fitschen	650.000	230.000	65.351	48.633	1.804.524	1.089.173	648.216	290.457	1.935.819	1.442.337
Anshuman Jain	903.500	690.000	0	0	2.016.125	1.112.625	857.192	692.433	1.884.104	1.129.633
Stefan Krause	536.000	327.750	0	0	3.522.137	2.986.137	521.887	340.985	3.336.863	3.036.880
Dr. Stephan Leithner	620.000	396.750	0	0	1.258.250	638.250	561.694	360.800	1.128.360	586.293
Stuart Lewis	600.000	379.500	0	0	1.210.938	610.938	551.095	351.335	1.103.545	571.042
Rainer Neske	576.000	362.250	0	0	3.372.865	2.796.865	539.553	348.352	3.068.819	2.628.520
Henry Ritchotte	556.000	345.000	0	0	1.112.313	556.313	530.086	344.689	1.053.970	561.276

[1] Inklusive Altersfaktor.

Sonstige Leistungen für den Fall des vorzeitigen Ausscheidens

Wird die Bestellung eines Vorstandsmitglieds auf Veranlassung der Bank vorzeitig beendet, ohne dass diese berechtigt ist, die Bestellung aus wichtigem Grund zu widerrufen oder den Anstellungsvertrag fristlos zu kündigen, so besteht grundsätzlich Anspruch auf eine Abfindung. Diese beläuft sich in der Regel auf den jeweils niedrigeren Betrag von zwei Jahresvergütungen beziehungsweise der Vergütung für die Restlaufzeit des Anstellungsvertrags. Als Basis für die Berechnung der Vergütung dient dabei die Jahresvergütung für das vorangegangene Geschäftsjahr.

Sofern Vorstandsmitglieder im Zusammenhang mit einem Kontrollerwerb ausscheiden, haben sie unter bestimmten Voraussetzungen grundsätzlich ebenfalls Anspruch auf eine Abfindung. Diese beläuft sich in der Regel auf den jeweils niedrigeren Betrag von drei Jahresvergütungen beziehungsweise der Vergütung für die Restlaufzeit des Anstellungsvertrags. Als Basis für die Berechnung der Vergütung dient auch hier die Jahresvergütung für das vorangegangene Geschäftsjahr.

Eine Abfindung wird in den vorgenannten Fällen nach billigem Ermessen durch den Aufsichtsrat festgelegt. Die Auszahlung der Abfindung erfolgt grundsätzlich in zwei Raten, wobei die zweite Rate bis zur Fälligkeit bestimmten Verfallsregelungen unterliegt.

Aufwand für Komponenten mit langfristiger Anreizwirkung

Der in den jeweiligen Geschäftsjahren gebuchte Aufwand für aufgeschobene Vergütungskomponenten mit langfristiger Anreizwirkung, die für die Vorstandstätigkeit gewährt wurden, ist in der folgenden Tabelle dargestellt.

Mitglieder des Vorstands	Aufgewandter Betrag für			
	aktienbasierte Vergütungskomponenten		Vergütungskomponente in bar	
in €	2014	2013	2014	2013
Jürgen Fitschen	734.201	1.196.942	1.278.486	1.117.213
Anshuman Jain	707.318	3.152.852	2.140.366	2.693.501
Stefan Krause	464.263	1.107.799	946.856	919.828
Dr. Stephan Leithner	496.929	103.399	500.137	172.939
Stuart Lewis	447.126	103.399	487.735	172.939
Rainer Neske	487.657	1.103.157	996.551	916.694
Henry Ritchotte	484.343	103.399	487.735	172.939

Aktienbesitz der Mitglieder des Vorstands

Am 21. Februar 2015 beziehungsweise 21. Februar 2014 hielten die derzeitigen Vorstandsmitglieder Deutsche Bank-Aktien wie nachfolgend beschrieben:

Mitglieder des Vorstands		Anzahl Aktien
Jürgen Fitschen	2015	262.166
	2014	205.173
Anshuman Jain	2015	786.188
	2014	615.276
Stefan Krause	2015	35.065
	2014	27.442
Dr. Stephan Leithner	2015	85.736
	2014	57.488
Stuart Lewis	2015	51.347
	2014	32.530
Rainer Neske	2015	100.777
	2014	95.533
Henry Ritchotte	2015	234.996
	2014	166.526
Christian Sewing	2015	30.488
Summe	**2015**	**1.586.763**
	2014	1.199.968

Die derzeitigen Mitglieder des Vorstands hielten am 21. Februar 2015 insgesamt 1.586.763 Deutsche Bank-Aktien, was rund 0,12 % der an diesem Stichtag ausstehenden Aktien entsprach.

Die nachfolgende Tabelle zeigt die Anzahl der Aktienanwartschaften der derzeitigen Vorstandsmitglieder am 21. Februar 2014 and 21. Februar 2015 und die Anzahl der in diesem Zeitraum neu gewährten, ausgelieferten oder verfallenen Anwartschaften.

Mitglieder des Vorstands	Bestand zum 21.2.2014	Gewährt	Ausgeliefert	Verfallen	Bestand zum 21.2.2015
Jürgen Fitschen	206.872	87.642	0	0	294.514
Anshuman Jain	368.930	95.502	0	0	464.432
Stefan Krause	158.565	56.801	0	0	215.366
Dr. Stephan Leithner	187.181	59.914	50.888	0	196.207
Stuart Lewis	125.128	55.688	18.506	0	162.310
Rainer Neske	158.010	56.774	0	0	214.784
Henry Ritchotte	158.960	58.709	33.706	0	183.963

Grundzüge des Vergütungssystems für die Mitglieder des Aufsichtsrats

Die Vergütung des Aufsichtsrats ist in der Satzung geregelt, die bei Bedarf durch die Hauptversammlung angepasst werden kann. Neue Vergütungsregelungen wurden zuletzt durch Beschluss der Hauptversammlung vom 22. Mai 2014 geändert, die am 17. Juli 2014 wirksam wurden. Danach gelten die folgenden Regelungen:

Die Mitglieder des Aufsichtsrats erhalten eine feste jährliche Vergütung („Aufsichtsratsvergütung"). Die jährliche Grundvergütung beträgt für jedes Aufsichtsratsmitglied 100.000 €, für den Aufsichtsratsvorsitzenden das 2-Fache und für den stellvertretenden Aufsichtsratsvorsitzenden das 1,5-Fache dieses Betrages.

Für Mitgliedschaft und Vorsitz in den Ausschüssen des Aufsichtsrats werden zusätzliche feste jährliche Vergütungen wie folgt gezahlt:

		31.12.2014
in €		
Ausschuss[1]	Vorsitzender	Mitglied
Prüfungsausschuss	200.000	100.000
Risikoausschuss	200.000	100.000
Nominierungsausschuss[2]	100.000	50.000
Vermittlungsausschuss	0	0
Integritätsausschuss[3]	200.000	100.000
Präsidialausschuss	100.000	50.000
Vergütungskontrollausschuss	100.000	50.000

[1] Die Mitgliedschaften in den Ausschüssen sind im Finanzbericht unter „Ergänzende Informationen" dargestellt.
[2] Bis 16. Juli 2014 wurde für die Tätigkeit im Nominierungsausschuss keine Vergütung gezahlt.
[3] Bis 16. Juli 2014 wurde für die Tätigkeit im Integritätsausschuss eine zusätzliche feste jährliche Vergütung wie folgt gezahlt: Vorsitz: 100.000 €, Mitgliedschaft: 50.000 €.

Von der ermittelten Vergütung sind dem jeweiligen Aufsichtsratsmitglied 75 % nach Rechnungsvorlage im Februar des Folgejahres auszuzahlen. Die weiteren 25 % werden von der Gesellschaft zu demselben Zeitpunkt auf der Basis des Durchschnitts der Schlussauktionskurse der letzten zehn Handelstage an der Frankfurter Wertpapierbörse (Xetra oder Nachfolgesystem) des vorangehenden Januars auf drei Nachkommastellen in Aktien der Gesellschaft umgerechnet. Der Kurswert dieser Zahl von Aktien wird dem jeweiligen Aufsichtsratsmitglied im Februar des auf sein Ausscheiden aus dem Aufsichtsrat beziehungsweise auf das Ablaufen einer Bestellungsperiode folgenden Jahres auf der Basis des Durchschnitts der Schlussauktionskurse der letzten zehn Handelstage an der Frankfurter Wertpapierbörse (Xetra oder Nachfolgesystem) des vorangehenden Januars vergütet, wenn das betreffende Mitglied nicht aufgrund eines wichtigen Grundes zur Abberufung aus dem Aufsichtsrat ausscheidet.

Bei unterjährigen Wechseln im Aufsichtsrat erfolgt die Vergütung für das Geschäftsjahr zeitanteilig, und zwar mit Aufrundung/Abrundung auf volle Monate. Für das Jahr des Ausscheidens wird die gesamte Vergütung in Geld ausgezahlt, die Verfallregelung gilt für 25 % der Vergütung für dieses Geschäftsjahr entsprechend.

Die Gesellschaft erstattet den Aufsichtsratsmitgliedern die durch die Ausübung des Amts entstehenden Auslagen und eine etwaige auf die Vergütung und den Auslagenersatz entfallende Umsatzsteuer (Mehrwertsteuer). Außerdem werden für jedes Mitglied des Aufsichtsrats etwaige nach ausländischen Gesetzen für die Aufsichtsratstätigkeit entstehende Arbeitgeberbeiträge für Sozialversicherungen bezahlt. Schließlich werden dem Aufsichtsratsvorsitzenden in angemessenem Umfang Reisekosten für durch seine Funktion veranlasste Repräsentationsaufgaben und Kosten für aufgrund seiner Funktion gebotene Sicherheitsmaßnahmen erstattet.

Die Mitglieder des Aufsichtsrats werden in eine im Interesse der Gesellschaft von dieser in angemessener Höhe unterhaltene Vermögensschaden-Haftpflichtversicherung mit Selbstbehalt einbezogen, soweit eine solche besteht. Die Prämien hierfür entrichtet die Gesellschaft.

Vergütung der Mitglieder des Aufsichtsrats für das Geschäftsjahr 2014

Die individuelle Vergütung der Mitglieder des Aufsichtsrats für das Geschäftsjahr 2014 setzt sich wie folgt zusammen (ohne gesetzliche Umsatzsteuer).

	Vergütung für das Geschäftsjahr 2014		Vergütung für das Geschäftsjahr 2013	
Mitglieder des Aufsichtsrats in €	Fest	Hiervon im Februar 2015 ausgezahlt	Fest	Hiervon im Februar 2014 ausgezahlt
Dr. Paul Achleitner	818.548	613.911	645.833	484.374
Karin Ruck[1]	0	0	125.000	125.000
Alfred Herling	272.849	204.637	187.500	140.625
Wolfgang Böhr[1]	0	0	41.667	41.667
Frank Bsirske	222.849	167.137	95.833	71.874
John Cryan	400.000	300.000	233.333	174.999
Dina Dublon	200.000	150.000	33.333	24.999
Dr. Karl-Gerhard Eick[1]	0	0	125.000	125.000
Katherine Garrett-Cox	100.000	75.000	100.000	75.000
Timo Heider	172.849	129.637	87.500	65.625
Sabine Irrgang	172.849	129.637	87.500	65.625
Prof. Dr. Henning Kagermann	222.849	167.137	200.000	150.000
Martina Klee	172.849	129.637	129.167	96.875
Suzanne Labarge[2]	100.000	100.000	200.000	150.000
Peter Löscher	172.849	129.637	129.167	96.875
Henriette Mark	200.000	150.000	200.000	150.000
Louise Parent[3]	91.667	68.750	0	0
Gabriele Platscher	200.000	150.000	158.333	118.749
Bernd Rose	200.000	150.000	116.667	87.500
Rudolf Stockem	200.000	150.000	158.333	118.749
Stephan Szukalski	100.000	75.000	58.333	43.749
Dr. Johannes Teyssen	122.849	92.137	100.000	75.000
Marlehn Thieme[1]	0	0	83.333	83.333
Georg Thoma	245.699	184.274	116.667	87.500
Tilman Todenhöfer[4]	0	0	125.000	125.000
Prof. Dr. Klaus Rüdiger Trützschler	200.000	150.000	200.000	150.000
Stefan Viertel[1]	0	0	41.667	41.667
Renate Voigt[1]	0	0	41.667	41.667
Werner Wenning[1]	0	0	41.667	41.667
Insgesamt	**4.588.710**	**3.466.532**	3.862.500	3.053.119

[1] Mitglied bis 23. Mai 2013.
[2] Mitglied bis 30. Juni 2014.
[3] Mitglied seit 1. Juli 2014.
[4] Mitglied bis 31. Oktober 2013.

Von der ermittelten Vergütung für das Geschäftsjahr 2014 wurden dem jeweiligen Aufsichtsratsmitglied 25 % nach Rechnungsvorlage im Februar 2015 auf der Basis eines Aktienkurses von 25,676 € (Durchschnitt der Schlussauktionskurse der letzten zehn Handelstage an der Frankfurter Wertpapierbörse (Xetra) des Januars 2015, auf drei Nachkommastellen gerundet) in virtuelle Aktienanteile der Gesellschaft umgerechnet. Für Mitglieder, die im Jahr 2014 aus dem Aufsichtsrat ausschieden, wurde die gesamte Vergütung in Geld ausgezahlt.

Die nachfolgende Tabelle zeigt die Anzahl der virtuellen Aktienanteile der Mitglieder des Aufsichtsrats, die im Februar 2015 (2014) als Teil der Vergütung 2014 (2013) auf drei Nachkommastellen umgerechnet wurden sowie die jeweils während der Mitgliedschaft im Aufsichtsrat kumulativ erworbene Anzahl der virtuellen Aktienanteile:

Mitglieder des Aufsichtsrats	Anzahl der virtuellen Aktienanteile			
	im Februar 2015 als Teil der Vergütung 2014 umgerechnet	im Februar 2014 als Teil der Vergütung 2013 umgerechnet	Gesamt (kumulativ)	Auszahlung im Februar 2015[2] in €
Dr. Paul Achleitner	7.969,976	4.370,945	12.340,921	0
Alfred Herling	2.656,659	1.268,948	3.925,607	0
Frank Bsirske	2.169,823	648,592	2.818,415	0
John Cryan	3.894,688	1.579,180	5.473,868	0
Dina Dublon	1.947,344	225,597	2.172,941	0
Katherine Garrett-Cox	973,672	676,791	1.650,463	0
Timo Heider	1.682,987	592,193	2.275,180	0
Sabine Irrgang	1.682,987	592,193	2.275,180	0
Prof. Dr. Henning Kagermann	2.169,823	1.353,583	3.523,406	0
Martina Klee	1.682,987	874,189	2.557,176	0
Suzanne Labarge [1]	0	1.353,583	1.353,583	34.755
Peter Löscher	1.682,987	874,189	2.557,176	0
Henriette Mark	1.947,344	1.353,583	3.300,927	0
Louise Parent	892,533	0	892,533	0
Gabriele Platscher	1.947,344	1.071,586	3.018,930	0
Bernd Rose	1.947,344	789,590	2.736,934	0
Rudolf Stockem	1.947,344	1.071,586	3.018,930	0
Stephan Szukalski	973,672	394,795	1.368,467	0
Dr. Johannes Teyssen	1.196,151	676,791	1.872,942	0
Georg Thoma	2.392,301	789,590	3.181,891	0
Prof. Dr. Klaus Rüdiger Trützschler	1.947,344	1.353,583	3.300,927	0
Insgesamt	**43.705,305**	21.911,123	**65.616,428**	**34.755**

[1] Mitglied des Aufsichtsrats bis 30. Juni 2014.
[2] Zum Kurswert von 25,676 € auf der Basis des Durchschnitts der Schlussauktionskurse der letzten zehn Handelstage an der Frankfurter Wertpapierbörse (Xetra oder Nachfolgesystem) des Januars 2015.

Mit Ausnahme der Herren Bsirske und Stockem sind alle Arbeitnehmervertreter Mitarbeiter des Deutsche Bank-Konzerns. Im Geschäftsjahr 2014 zahlten wir diesen Aufsichtsratsmitgliedern zusätzlich zur Aufsichtsratsvergütung insgesamt 1,10 Mio € (in Form von Vergütungen, Renten- und Pensionszahlungen).

Nach ihrem Ausscheiden aus dem Aufsichtsrat erhalten dessen Mitglieder keine weiteren Leistungen. Mitglieder, die bei uns angestellt sind oder waren, haben jedoch Anspruch auf Leistungen, die nach der Beendigung ihres Arbeitsverhältnisses anfallen. Im Jahresverlauf 2014 haben wir 0,08 Mio € für Pensionsverpflichtungen, Rentenzahlungen oder vergleichbare Leistungen für diejenigen Mitglieder des Aufsichtsrats zurückgestellt, die bei uns angestellt sind oder waren.

Herr Dr. Achleitner nimmt im Einverständnis mit dem Vorstand der Bank unentgeltlich bestimmte Repräsentationsaufgaben für die Bank wahr, aus denen sich Gelegenheiten für die Vermittlung von Geschäftskontakten ergeben. Diese Aufgaben sind eng mit seinen funktionalen Verantwortlichkeiten als Vorsitzender des Aufsichtsrats der Deutschen Bank AG verknüpft. Insoweit ist die Kostenübernahme durch die Bank in der Satzung geregelt. Aufgrund einer gesonderten vertraglichen Vereinbarung stellt die Bank Herrn Dr. Achleitner für derartige Tätigkeiten im Interesse der Bank unentgeltlich Infrastruktur- und Unterstützungsleistungen zur Verfügung. So ist er berechtigt, interne Ressourcen zur Vorbereitung und Durchführung seiner Tätigkeiten zu nutzen. Beispielsweise stehen Herrn Dr. Achleitner die Sicherheits- und Fahrdienste der Bank für diese Aufgaben unentgeltlich zur Verfügung. Außerdem erstattet die Bank seine Reisekosten und Teilnahmegebühren und entrichtet die Steuern auf etwaige geldwerte Vorteile. Der Präsidialausschuss hat dem Abschluss dieser Vereinbarung am 24. September 2012 zugestimmt. Die Regelungen der Vereinbarung gelten für die Dauer der Bestellung von Herrn Dr. Achleitner zum Vorsitzenden des Aufsichtsrats und werden jährlich auf ihre Angemessenheit überprüft. Im Rahmen dieser Vereinbarung hat die Bank Herrn Dr. Achleitner im Geschäftsjahr 2014 Unterstützungsleistungen im Gegenwert von rund 206.000 € (2013: 185.000 €) und Aufwandserstattungen in Höhe von 196.721 € (2013: 137.502 €) gewährt.

Der Präsidialausschuss des Aufsichtsrats hat sämtliche zum Zeitpunkt der Bestellung von Herrn Thoma zum Aufsichtsrat, laufende Mandatsbeziehungen zwischen der Shearman & Sterling LLP und der Deutschen Bank AG sowie deren verbundenen Unternehmen und seither auch alle neuen Mandate, bei denen die Deutsche Bank AG oder deren verbundene Unternehmen zu den Leistungsempfängern gehören, genehmigt. Im Rahmen dieser Mandatsbeziehungen wurden im Berichtszeitraum 1. Januar bis 31. Dezember 2014 durch Konzernunternehmen der Deutschen Bank an Shearman & Sterling LLP Zahlungen in Höhe von ca. 5,0 Mio € geleistet (2013 ab Datum der Bestellung von Herrn Thoma: 2,3 Mio €). Nicht erfasst sind durchaus signifikante Beträge, die über Konsortialführer abgerechnet wurden und somit weder bei Shearman & Sterling LLP noch bei der Bank als Zahlungen der Bank an Shearman & Sterling LLP gebucht sind. Herr Thoma hat bei keinem der Mandate mitgewirkt. Lediglich wegen seiner Beteiligung als einer von 157 Equity-Partnern zum 31. Dezember 2014 ist er wirtschaftlich am Erfolg von Shearman & Sterling LLP beteiligt. Mit Ablauf des 31. Dezember 2014 ist er als Equity-Partner der Shearman & Sterling LLP ausgeschieden.

Unternehmerische Verantwortung

Die Stärkung von Governance-Strukturen- und Kontrollsystemen, Operational Excellence und die Erfüllung neuer aufsichtsrechtlicher Anforderungen standen für uns auch im Jahr 2014 an oberster Stelle. Darüber hinaus wollen wir Vertrauen mehren, indem wir unter anderem zur Lösung globaler Herausforderungen wie Bildungsgerechtigkeit, sozialer Inclusion oder Klimawandel beitragen und so unseren Wert für die Gesellschaft unter Beweis stellen.

Unser im Berichtsjahr überarbeiteter Verhaltens- und Ethikkodex enthält die Verpflichtung zur Nachhaltigkeit. Sie steht im Zentrum unserer unternehmerischen Verantwortung. Wir sind der Auffassung, dass wirtschaftlicher Erfolg und Wettbewerbsfähigkeit auf internationaler Ebene Mehrwert für unsere Aktionäre, Kunden und die Gesellschaft als Ganzes schaffen. Wir berücksichtigen die umweltpolitischen und sozialen Folgen unseres Handelns und wenden bei unseren Geschäftsaktivitäten hohe Umwelt- und Sozialmaßstäbe an, um in eine nachhaltige Zukunft zu investieren.

Diese Verpflichtung steht im Einklang mit unserer Strategie 2015+ und mit unseren Werten und Überzeugungen. Bei unserem Handeln berücksichtigen wir die unterschiedlichen Perspektiven und die sich verändernden Anforderungen all unserer Anspruchsgruppen.

In einem komplexen Geschäftsumfeld haben wir den Nachhaltigkeitsansatz in unserem Kerngeschäft weiter ausgebaut. Wir legten den Schwerpunkt auf die Steigerung von Transparenz, die Wahrnehmung von Geschäftschancen, die sich aus globalen Trends ergeben, und das Management möglicher Umwelt- und Sozialrisiken.

Unser Engagement geht weit über unser Kerngeschäft hinaus. Als verantwortungsvoller Unternehmensbürger ist die Deutsche Bank hervorragend aufgestellt, um neue Konzepte voranzubringen, die zur Bewältigung globaler Herausforderungen beitragen.

Umwelt- und Sozialrisiken

Unser Rahmenwerk zum Umgang mit Umwelt- und Sozialrisiken (ES-Risikorahmenwerk) erfordert eine besondere Überprüfung von Transaktionen in sensiblen Sektoren. Wir haben unseren Mitarbeitern praktische Richtlinien an die Hand gegeben, unter anderem dazu, wie bestimmtes Geschäftsgebaren bei Kunden besser adressiert werden kann. Darüber hinaus haben wir eine Position zu Transaktionen in oder in der Nähe von Welterbestätten formuliert sowie unsere Verpflichtung zum Erhalt von Wäldern erneuert. Zudem haben wir gemeinsam mit anderen Banken und Investoren einen Ansatz zur Steuerung von Carbon Asset Risk entwi-

ckelt. Des Weiteren haben wir ein umfangreiches IT-Projekt umgesetzt. Es hilft uns, den Prüfungsprozess zu verbessern und die Zahl der geprüften Transaktionen zu erhöhen. Im Jahr 2014 stieg die Zahl der Transaktionen, die im Rahmen unseres ES-Risikorahmenwerks geprüft wurden, auf 1.250 (2013: 721). Das spiegelt auch das geschärfte Bewusstsein für diese Risiken in unserem Unternehmen wider.

Die Einhaltung unserer Leitlinien und unser ES-Risikomanagement werden durch Trainingsmaßnahmen unterstützt. Um das Bewusstsein für Nachhaltigkeitsrisiken zu schärfen, haben wir zusätzlich zu Initiativen wie Nachhaltigkeitstagen, Earth Week und Präsentationen bei Veranstaltungen ein Trainingskonzept entwickelt, das 2015 auf globaler Ebene eingeführt wird.

ESG im Asset Management

Unseren Ansatz zur Berücksichtigung von Umwelt-, Sozial- und Governance-Kriterien (ESG) im Investitionsprozess haben wir weiter ausgebaut. Ein zentrales Team ist für die bereichsübergreifende Umsetzung der ESG-Strategie sowie den Ausbau von Kompetenzen und Kapazitäten für nachhaltiges Investieren innerhalb von Deutsche Asset & Wealth Management verantwortlich. Wir sind davon überzeugt, dass wir nur so eine optimale langfristige Performance bieten und unsere treuhänderische Pflicht erfüllen können.

2014 entwickelte das ESG-Team eine bankeigene Softwarelösung, die Daten von fünf führenden Anbietern verarbeitet und damit eine hohe Objektivität und Zuverlässigkeit der Informationen gewährleistet. Die sogenannte „ESG Engine“ ermöglicht es uns, bis zu 1.500 Datensätze zum ESG-Verhalten von mehr als 5.000 Unternehmen zu filtern. Auf dieser Grundlage können wir aktiv und passiv verwaltete Produkte sowie eine ESG-Variante von allen bestehenden Produkten entwickeln. Darüber hinaus ermöglicht uns die Datenbank, Produkte gezielt an den individuellen Nachhaltigkeitsstandards unserer Kunden auszurichten.

Ende 2014 verwaltete die Deutsche Bank Vermögenswerte in Höhe von rund 5,4 Mrd €, die ESG-Kriterien im Investitionsprozess berücksichtigen (2013: 5,1 Mrd €).

Umwelt- und Sozialprojekte finanzieren

Die Deutsche Bank ist einer der führenden privatwirtschaftlichen Projektfinanzierer auf dem Gebiet der erneuerbaren Energien. Im Jahr 2014 stellte die Deutsche Bank mehr als 978 Mio € (2013: 782,9 Mio €) für Projekte im Bereich erneuerbare Energien zur Verfügung. Unsere Beratungs- und Finanzdienstleistungen ermöglichten die Finanzierung von Projekten mit einer Gesamtkapazität von mehr als 1.793 Megawatt und einem Investitionsvolumen von 4,3 Mrd €.

Anfang 2014 veröffentlichten wir gemeinsam mit 12 weiteren Banken die „Green Bond Principles“, die zur Integrität und Transparenz auf dem Markt für „grüne“ Anleihen beitragen sollen. Sie regeln die Bezeichnung, die Offenlegung, die Verwaltung und das Reporting „grüner“ Anleihen, um sicherzustellen, dass die Finanzierungsmittel Umwelt- und Sozialprojekten, zum Beispiel in den Bereichen erneuerbare Energien, Energieeffizienz und Wasserreinhaltung, zugutekommen.

Im Jahr 2014 vervierfachte sich das Volumen des Marktes für „grüne“ Anleihen. Die Deutsche Bank war Konsortialführer bei mehreren großen Emissionen. Wir begleiteten zum Beispiel eine Anleihe der KfW im Volumen von 1,5 Mrd € und die erste „grüne“ Anleihe von Unilever in Höhe von 250 Mio £.

Klimaneutralität des Geschäftsbetriebs

Im Jahr 2014 gestalteten wir unseren Geschäftsbetrieb erneut CO_2-neutral. Wir investierten in Energieeffizienz-Projekte, nutzten erneuerbare Energien und neutralisierten unsere unvermeidbaren CO_2-Emissionen durch den Erwerb und die Stilllegung von hochwertigen Ausgleichszertifikaten.

Soziale Herausforderungen angehen

Als globales Unternehmen stellen wir uns den gesellschaftlichen Herausforderungen und stärken Gemeinschaften. Mit einer Fördersumme von 80,5 Mio € (2013: 78,2 Mio €) waren die Deutsche Bank und ihre Stiftungen wieder unter den engagiertesten Unternehmensbürgern weltweit. Im vergangenen Jahr erreichten wir mehr als 5,8 Millionen Menschen mit unseren Programmen.

Wir führten *Born to Be* in Europa, Asien, Südafrika und auf dem amerikanischen Kontinent ein. Mit *Born to Be* helfen wir jungen Menschen, ihr Potenzial zu entfalten, indem wir ihr Selbstvertrauen stärken, sie beim Aufbau von Kompetenzen unterstützen und ihnen den Zugang zu Bildungs- und Beschäftigungsangeboten erleichtern. Im Jahr 2014 nahmen weltweit mehr als eine Million junge Menschen an den diversen Projekten teil.

Von unseren Social-Investment-Programmen profitierten im Jahr 2014 rund 1,6 Millionen Menschen. Sie reichen von Mikrofinanzierung zu Impact Investments, fördern Unternehmertum, verbessern das lokale Umfeld und helfen Menschen in Not. Als Vorreiter im Bereich Mikrofinanzierung haben wir seit 1997 etwa 330 Mio US-$ an über 130 Mikrofinanzinstitute in 51 Ländern vergeben und damit etwa 3,9 Millionen Mikrokredite im Gesamtvolumen von 1,8 Mrd US-$ ermöglicht. Darüber hinaus stellen immer mehr Mitarbeiter der Deutschen Bank ihr Fachwissen Sozialunternehmern zur Verfügung.

Die Herausforderungen der Zukunft lassen sich nur mit Weitblick und wegweisenden Konzepten meistern. Die Konferenzreihe *Urban Age* der Alfred Herrhausen Gesellschaft, die Lösungswege für die Metropolregionen untersucht, erreichte in den letzten 10 Jahren mehr als 5.000 Teilnehmer. Und der Wettbewerb *Ausgezeichnete Orte im Land der Ideen* prämierte seit 2006 über 2.700 innovative Lösungskonzepte für Städte und Gemeinden in Deutschland.

Unsere strategischen Partnerschaften mit renommierten Institutionen ermöglichen einer breiten Öffentlichkeit Zugang zu Kunst und Musik und bieten jungen Talenten eine Plattform. Unsere Partnerschaft mit den Berliner Philharmonikern, die 2014 ihr 25-jähriges Bestehen feierte, hat nicht nur die einzigartige Digital Concert Hall hervorgebracht, sondern seit 2002 auch gut 37.000 Kinder und Jugendliche erreicht. Zudem ermöglichen wir seit mehr als 35 Jahren den Zugang zu zeitgenössischer Kunst an über 900 Standorten der Bank, in Ausstellungen, durch zielgerichtete Vermittlungsprogramme und Partnerschaften. Im Jahr 2014 erreichten wir mehr als drei Millionen Menschen mit unseren Kunst- und Musikangeboten.

Rund 17.000 Mitarbeiter (21 % der Belegschaft ohne Postbank) waren 2014 weltweit als Corporate Volunteers aktiv und haben an über 190.000 Stunden gemeinnützige Einrichtungen und Organisationen ihre Zeit, ihr Wissen und ihre Erfahrung zur Verfügung gestellt. Sie stärkten damit die Wirksamkeit unserer Initiativen und belegten, wie die Deutsche Bank und ihre Mitarbeiter eine Kultur der Leistung mit einer Kultur der Verantwortung verbinden.

Mitarbeiter

Zum 31. Dezember 2014 beschäftigte die Bank insgesamt 98.138 Mitarbeiter, verglichen mit 98.254 zum 31. Dezember 2013. Wir berechnen unsere Mitarbeiterzahlen auf Basis von Vollzeitkräften, das heißt, Teilzeitkräfte sind in diesen Zahlen entsprechend der vereinbarten Arbeitszeit anteilig enthalten.

Die nachfolgende Tabelle zeigt die Anzahl unserer Vollzeitkräfte zum 31. Dezember 2014, 2013 und 2012.

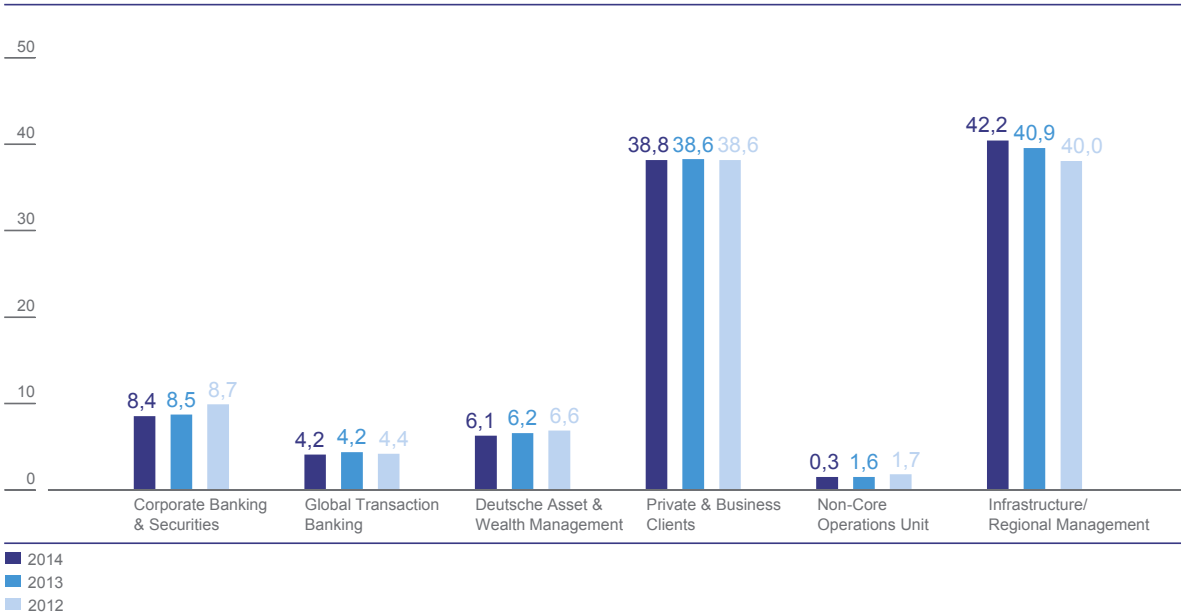
Mitarbeiter[1]	31.12.2014	31.12.2013	31.12.2012
Deutschland	45.392	46.377	46.308
Europa (ohne Deutschland), Mittlerer Osten und Afrika	23.063	23.186	23.755
Asien/Pazifik	19.023	18.361	17.827
Nordamerika[2, 3]	10.054	9.752	9.787
Lateinamerika	606	578	542
Mitarbeiter insgesamt[3]	**98.138**	98.254	98.219

[1] Vollzeitkräfte. Im Jahr 2014 wurden die Mitarbeiter von Mauritius, die bislang unter Europa (ohne Deutschland), Mittlerer Osten und Afrika ausgewiesen wurden, Asien/Pazifik zugeordnet; die Zahlen für 2013 (186 Mitarbeiter) und 2012 (197 Mitarbeiter) wurden entsprechend angepasst. Im Jahr 2013 wurden die Mitarbeiter von Pakistan, die bislang unter Asien/Pazifik ausgewiesen wurden, dem Mittleren Osten zugeordnet; die Zahlen für 2012 (79 Mitarbeiter) wurden entsprechend angepasst.
[2] Vorwiegend USA.
[3] The Cosmopolitan of Las Vegas wurde in 2014 veräußert. Die nominelle Zahl der Beschäftigten von The Cosmopolitan of Las Vegas beträgt 4.393 zum 31. Dezember 2013, verglichen mit 4.371 zum 31. Dezember 2012, und umfasst Vollzeit- und Teilzeitbeschäftigte und ist nicht in der Anzahl der Vollzeitkräfte enthalten.

Die Zahl unserer Mitarbeiter sank im Jahr 2014 um 117 oder 0,1 %. Diese Entwicklung beruht auf folgenden Faktoren:

— In Corporate Banking & Securities (CB&S) sank die Zahl der Mitarbeiter um 150 insbesondere aufgrund von Anpassungen an die Marktentwicklung.
— In Global Transaction Banking (GTB) erhöhte sich die Mitarbeiterzahl um 52 vor allem aufgrund der Entwicklung im Bereich Trade Finance.
— In Deutsche Asset & Wealth Management (Deutsche AWM) reduzierte sich der Personalbestand um 136. Gründe waren insbesondere die Veräußerung von Tilney in UK sowie Anpassungen bei Sal. Oppenheim-Einheiten in Deutschland.
— In Private & Business Clients (PBC) erhöhte sich die Mitarbeiterzahl um 165 aufgrund des Aufbaus einer gemeinsamen Banking-Services-Plattform in Deutschland.
— In der Non-Core Operations Unit (NCOU) reduzierte sich der Personalbestand um 1.291 vor allem aufgrund der Veräußerung der BHF-BANK in Deutschland.
— In den Infrastrukturbereichen stieg die Zahl der Beschäftigten um 1.243. Dazu haben vor allem der weitere Ausbau unserer operativen Plattform sowie die Verstärkung unserer Kontrollfunktionen, z.B. Compliance, Risk und Audit, beigetragen.

Mitarbeiter
in %



Labor Relations

In Deutschland werden tarifliche Vereinbarungen zwischen Arbeitnehmervertretern und Arbeitgebervereinigungen bezüglich Gehalt und Benefits für die nicht leitenden Angestellten abgeschlossen. Viele Unternehmen in Deutschland, auch die Deutsche Bank AG sowie ihre wichtigsten Tochtergesellschaften, sind Mitglied einer Arbeitgebervereinigung und an Tarifverträge gebunden.

Jedes Jahr verhandelt der Arbeitgeberverband des privaten Bankgewerbes e. V. die Tarifverträge neu, die für eine Vielzahl unserer Mitarbeiter gelten. Der aktuelle Vertrag wurde im Juni 2014 abgeschlossen und umfasst eine Gehaltssteigerung von 2,4 % ab Juli 2014 und eine zweite Gehaltssteigerung von 2,1 % ab Juli 2015 sowie eine Einmalzahlung von 150 € im Januar 2015. Der derzeitige Tarifvertrag hat eine Laufzeit bis zum 30. April 2016. Der bislang bestehende tarifliche Anspruch auf Vorruhestand wurde nicht verlängert und endete im April 2014.

Der Arbeitgeberverband des privaten Bankgewerbes e. V. verhandelt mit folgenden Gewerkschaften:
— ver.di (Vereinigte Dienstleistungsgewerkschaft), im Juli 2001 hervorgegangen aus dem Zusammenschluss von fünf Gewerkschaften einschließlich der Deutschen Angestellten Gewerkschaft und der Gewerkschaft Handel, Banken und Versicherungen;
— Deutscher Bankangestellten Verband (DBV – Gewerkschaft der Finanzdienstleister);
— Deutscher Handels- und Industrieangestellten Verband (DHV – Die Berufsgewerkschaft);
— Komba Gewerkschaft (nur relevant für Postbank);
— DPVKom – Die Kommunikationsgewerkschaft (nur relevant für Postbank).

Das Gesetz verbietet, Arbeitnehmer bezüglich einer Mitgliedschaft in einer Gewerkschaft zu befragen. Deswegen kann die Deutsche Bank keinerlei Auskunft über die Anzahl an Gewerkschaftsmitgliedern in ihrer Belegschaft abgeben. Schätzungen nach sind etwa 15 % der Arbeitnehmer des Bankensektors Mitglied einer Gewerkschaft. Die Deutsche Bank schätzt, dass weniger als 15 % ihrer Angestellten in Deutschland gewerkschaftlich organisiert sind (ausgenommen Postbank, die traditionell einen sehr hohen gewerkschaftlichen Organisationsgrad von etwa 60 % hat). Weltweit schätzt die Bank den Organisationsgrad auf 15 % ihrer Arbeitnehmer (einschließlich Postbank, Organisationsgrad weltweit weniger als 25 %).

Am 31. Dezember 2014 waren 34 % der Beschäftigten der Postbank in Deutschland Beamte (Basis Vollzeitkräfte). Am 31. Dezember 2013 betrug dieser Anteil 38 %.

Leistungen an Arbeitnehmer nach Beendigung des Arbeitsverhältnisses

Unseren Mitarbeitern bieten wir eine Reihe von Plänen für Leistungen nach Beendigung des Arbeitsverhältnisses an. Neben beitragsdefinierten Plänen gibt es Pläne, die in der Rechnungslegung als leistungsdefinierte Pläne gelten.

In unserem global koordinierten Rechnungslegungsprozess, in welchem wir leistungsdefinierte Pläne mit einem Barwert der Verpflichtung von mehr als 2 Mio € abdecken, werden die Bewertungen lokaler Aktuare in den einzelnen Ländern durch unseren globalen Aktuar überprüft.

Durch die Anwendung global einheitlicher Grundsätze zur Festlegung der ökonomischen und demografischen Bewertungsannahmen stellen wir sicher, dass diese bestmöglich geschätzten, unvoreingenommen gewählten und voneinander unabhängigen Parameter global konsistent sind.

Eine weitergehende Erörterung zu diesen Plänen ist im Konzernanhang des Finanzberichts unter Anhangangabe 35 „Leistungen an Arbeitnehmer“ zu finden.

Die strategische Agenda von Human Resources

HR-Prioritäten unterstützen die Strategie der Bank

Unsere Mitarbeiter sind unser wertvollstes Gut. Mit den mehr als 98.000 Vollzeitmitarbeitern der Deutschen Bank aus 145 Nationen trägt Human Resources wesentlich zur Erfüllung der Deutschen Bank-Vision bei, die führende kundenorientierte globale Universalbank zu sein. Der globale Wettbewerb um die Gewinnung und Bindung der besten Talente hat sich weiter verschärft. Ziel der Deutschen Bank ist es somit auch, weltweit ein attraktiver Arbeitgeber im Finanzsektor angesehen zu werden. Die Deutsche Bank zielt darauf, weltweit bevorzugter Arbeitgeber im Finanzsektor zu sein. Dieses Ziel soll mithilfe der strategischen Human Resources (HR) Agenda erreicht werden. Darunter zählen Initiativen wie: Kulturwandel vorantreiben, Diversity und Inclusion, Neuordnung der Vergütungsstruktur, Stärkung von Führungskompetenzen und Talentmanagement.

Kulturwandel vorantreiben

Mit Mitarbeitern in einen Dialog über Kultur treten und diese in wesentliche Personalmanagementprozesse integrieren

Kultur ist einer der fünf Hebel unserer Konzernstrategie. Damit hat die Deutsche Bank eine klare Botschaft an ihre Stakeholder gesendet: Eine starke und auf gemeinsamen Werten und Überzeugungen basierende Unternehmenskultur ist für den langfristigen Erfolg der Bank unabdingbar. Kultur bietet Leitplanken für Verhalten und Entscheidungsfindung in einem dynamischen aufsichtsrechtlichen und wirtschaftlichen Umfeld. Sie unterstützt die Bank, das Richtige zu tun – zum Vorteil ihrer Kunden und der Gesellschaft als Ganzes. Die Deutsche Bank hat die Werte und Überzeugungen in die Rekrutierungs-, Interview- und Onboardingprozesse sowie in die Personalentwicklungskonzepte integriert.

Im Jahr 2014 hat die Bank ihren Performance-Management-Ansatz geändert. Die Einhaltung der Werte und Überzeugungen ist ein entscheidendes Element und fließt nun zu 50 % in die individuelle Leistungsbeurteilung ein. Dies wirkt sich wiederum wesentlich auf Beförderungsentscheidungen aus. Zudem wurden einige Vergütungsbestandteile angepasst. Ziel ist es, richtige Verhaltensweisen zu fördern, zu vergüten und zu unterstützen sowie unerwünschte Verhaltensweisen zu sanktionieren. Beispiele sind: Wesentliche an den Werten orientierte Kennzahlen werden im jährlichen Vergütungsprozess für Vorstandsmitglieder und Mitarbeiter aller Divisionen berücksichtigt. Ebenso wurde eine globale einheitliche Behandlung von Disziplinarmaßnahmen eingeführt und diese mit der Jahresendbeurteilung der Mitarbeiter verknüpft.

Um die Leistung von Mitarbeitern anzuerkennen, die hervorragende geschäftliche Ergebnisse im Einklang mit den Werten der Deutschen Bank erbracht haben, wurde in 2014 die Verleihung des „Living the Values“-Award durch die Co-Vorstandsvorsitzenden initiiert. Aus fast 100 Nominierungen, die von Führungskräften weltweit erfolgten, wurden zehn Gewinnerteams ernannt.

Konzernweite Mitarbeiterbefragung (People Survey)

Die Ergebnisse fließen auch 2015 unmittelbar in die Maßnahmenentwicklung der Bank ein

Seit 1999 führt die Deutsche Bank regelmäßig Mitarbeiterbefragungen durch, um die Verbundenheit ihrer Mitarbeiter, deren Einschätzung der Unternehmenskultur sowie andere wesentliche Indikatoren zu bewerten. Im Jahr 2014 hat die Bank die Befragung vor dem Hintergrund unserer Werte und Überzeugungen und des OpEx-Programms überarbeitet.

Mehr als 60.000 Mitarbeiter (58 % der Gesamtbelegschaft) haben im Jahr 2014 an der Mitarbeiterbefragung teilgenommen, darunter erstmals auch Mitarbeiter der Postbank. Seit der letzten Befragung zwei Jahre zuvor mussten sich die Mitarbeiter den Herausforderungen schwieriger Marktbedingungen und unserem schwankenden Aktienkurs stellen. Vor diesem Hintergrund lautete das Feedback, dass beim Aufbau und der Stärkung einer gemeinsamen Kultur zwar Fortschritte erzielt wurden, es gebe jedoch noch viel zu tun.

Während 82 % der Mitarbeiter, die geantwortet haben, die Werte und Überzeugungen kennen, sind nur knapp 50 % davon überzeugt, dass sich deren Verankerung im Geschäftsalltag positiv auf die Umsetzung der Strategie 2015+ auswirkt. 35 % der Mitarbeiter haben Verhaltensänderungen festgestellt.

Der Commitment-Index (von 73 % im Jahr 2012 auf 66 % gesunken) liegt weiterhin auf dem Niveau der Finanzdienstleistungsbranche. Zudem gaben die Mitarbeiter an, dass sie ihre Fähigkeiten und Kenntnisse besser in ihren derzeitigen Aufgaben einbringen können (der „Enablement Index“ stieg von 64 % im Jahr 2012 auf 68 %). Dennoch sank ihre Bereitschaft, die Deutsche Bank anderen zu empfehlen. Dies zeigt, dass die Deutsche Bank-Mitarbeiter weniger stolz auf das Unternehmen sind.

Durch die Einbeziehung von Fragen zu den Werten und wie Mitarbeiter diese wahrnehmen, hat die Bank wertvolle Einblicke gewonnen. Die Mitarbeiter begrüßen sichtbare Veränderungen, wie die Identifizierung und ausgewogene Beurteilung von Risiken, Wertschätzung unternehmerischer Initiativen, Gewinnung von Kundenvertrauen, die zunehmende Verankerung und Anerkennung von Diversity sowie Verbesserung von Prozessen. Es bleibt dennoch viel zu tun. Die Mitarbeiterbefragung zeigte eine wahrgenommene Diskrepanz zwischen Leistung, Konsequenz und Entlohnung sowie einen Mangel an Zeit für Kreativität. Viele Mitarbeiter gaben zudem an, dass es an nötigen Ressourcen mangelt, um ihre Arbeiten effizient erledigen zu können. Die Bank versteht dies als Auftrag, die Implementierung des Kulturwandels im Unternehmen konsequent fortzusetzen.

Die Ergebnisse der Mitarbeiterbefragung wurden im Juni 2014 kommuniziert. Das Feedback war deutlich: Wir müssen Worte in Taten umsetzen und den Stolz der Mitarbeiter wieder wecken. Seither haben alle Divisionen ihre Prioritäten neu geordnet und Folgemaßnahmen durchgeführt. So hat Deutsche Asset & Wealth Management (Deutsche AWM) beispielsweise seine bereichsübergreifende Zusammenarbeit intensiviert. Global Transaction Banking (GTB) überprüft regelmäßig Dienstleistungsangebote, seine regionale Präsenz und das Kundenportfolio, um eine nachhaltige Leistung sicherzustellen. Group Technology & Operations hat sogenannte Innovation-Labs in Silicon Valley, London und Berlin eingerichtet.

Diversity und Inclusion machen den Unterschied

In allen Bereichen der Bank ist der Frauenanteil an Führungspositionen gestiegen

Die Deutsche Bank ist sich der Bedeutung von Vielfalt und einer Kultur des Miteinanders bewusst und sie sieht die Chancen und Herausforderungen des demografischen Wandels. Gemischte Teams können ihr volles Potenzial jedoch nur optimal entfalten, wenn Vertrauen, Respekt und Offenheit in ihrem Arbeitsumfeld auch gelebt werden. Daher stärkt HR das Bewusstsein der Führungskräfte für die positiven Effekte, die eine Kultur des Miteinanders mit sich bringt. So hat die Deutsche Bank Diversity-Ziele für Mitarbeiter in Führungsfunktionen festgelegt.

Im Jahr 2014 haben wir den Workshop „Umgang mit unbewussten Denkmustern“ für Managing Directors und Directors auf mehrere Regionen in Deutschland ausgeweitet, sodass immer mehr Führungskräfte die Möglichkeit haben, daran teilzunehmen. Zudem stand unser globales E-Learning-Programm „Kluge Köpfe denken anders – Von der Bedeutung unterschiedlicher Sichtweisen“ erneut im Fokus. Über 6.000 Mitarbeiter haben an dem E-Learning Programm bereits teilgenommen.

Der prozentuale Anteil der Frauen in Führungspositionen in den Stufen Managing Director und Director ist seit 2013 von 18,7 % auf 19,4 % gestiegen; der Anteil der außertariflichen Mitarbeiterinnen erhöhte sich von 31,1 % auf 31,7 %. Im Jahr 2014 hat die Bank zwei weibliche Führungskräfte in das GEC berufen. Beide bringen wertvolle Erfahrungen für ihre neuen Aufgaben mit und ergänzen somit das Senior Management um vielfältige Perspektiven.

Unsere Programme zur Förderung von Frauen in Führungspositionen sind weiterhin erfolgreich. Am preisgekrönten „Accomplished Top Leaders Advancement Strategy (ATLAS)“-Programm für weibliche Managing Directors haben seit Auflegung des Programms im Jahr 2009 bereits 42 Frauen teilgenommen: 56 % der Alumni wurden mindestens einmal befördert und 13 Teilnehmerinnen sind nun Mitglieder globaler oder regio-

naler Executive Committees. Im Juni 2014 haben 37 weibliche Directors am fünften „Deutsche Bank Women Global Leaders“-Programm an der INSEAD Business School teilgenommen.

Die Deutsche Bank hat sich zusammen mit anderen DAX-30-Unternehmen durch Unterzeichnung einer freiwilligen Selbstverpflichtung in 2011 dazu verpflichtet, – vorbehaltlich der geltenden rechtlichen Bestimmungen weltweit – bis Ende 2018 den Anteil weiblicher Führungskräfte in den Verantwortungsstufen Managing Director und Director auf 25 % und den Anteil außertariflicher Mitarbeiterinnen auf 35 % zu erhöhen.

Im Einklang mit unserer Diversity-Strategie und dieser Selbstverpflichtung stellen wir auf Aufsichtsrats- und Senior-Management-Ebene heute schon mehr weibliche Führungskräfte ein. Seit 2010 ist die Anzahl der weiblichen Managing Directors und Directors um rund 260 (+17 %) und außertariflicher Mitarbeiterinnen um rund 2.200 (+18 %) gestiegen. Die „Women on Boards“-Initiative soll den Anteil weiblicher Führungskräfte in den Aufsichtsräten unserer Tier-1- bis Tier-3-Tochtergesellschaften sowie in den regionalen Beratungsgremien stärken. Der Anteil weiblicher Mitglieder in den regionalen Beratungsgremien stieg im Jahr 2014 auf 8,5 %. Damit hat sich insgesamt seit dem Start der Initiative im Jahr 2011 die Anzahl der Frauen mehr als verdoppelt. Gleichwohl blieb der Frauenanteil in Aufsichtsräten unverändert.

Jedes Jahr veranstaltet die Bank eine Global-Diversity-Woche. Im Jahr 2014 nahmen 20.000 Mitarbeiter an 250 Veranstaltungen weltweit teil. Im Jahr 2011 waren es gerade einmal 6.000 Mitarbeiter.

Stärkung von Führungskompetenzen und Talentmanagement

Verbesserte Karriereentwicklung für Führungskräfte

Die Aufgabe von Führungskräften, ihre Mitarbeiter zu motivieren und entsprechend ihren Kompetenzen einzusetzen, ist wichtiger als je zuvor. Im Jahr 2014 hat HR ein neues Regelwerk geschaffen, das Führungspotenziale stärken sowie Mobilität, Nachfolgeplanung und Entwicklungsmaßnahmen verbessern soll. Im Jahr 2014 haben 69 Senior-Führungskräfte an dem Prozess teilgenommen. Dabei hat die Bank wesentliche Risikoträger priorisiert, da die Eignung jetziger und künftiger Mitarbeiter in wesentlichen Risikopositionen (nach Definition der Aufsichtsbehörden) zunehmend wichtiger wird.

Die Besetzung von Führungspositionen wird zentral koordiniert. Dieser Prozess ist eng mit der Nachfolgeplanung verknüpft und begünstigt die bereichsübergreifende Mobilität und Karriereentwicklung der Mitarbeiter, die Bindung wesentlicher Talente an die Bank sowie eine erhöhte Besetzung von Top-Führungspositionen durch Frauen. Daher handelte es sich bei 50 % der internen Stellenbesetzungen um bereichsübergreifende Wechsel und rund 63 % der internen Kandidaten wurden im Rahmen der Nachfolgeplanung identifiziert. Des Weiteren waren 25 % aller in das Senior Leadership Cadre berufenen Mitarbeiter weibliche Managing Directors, was sich positiv auf die Gender Diversity in unseren Top-Führungspositionen auswirkt.

Der richtige Mitarbeiter am richtigen Platz

Mitarbeiter, die unsere Werte teilen, gewinnen und binden

Um den Bedürfnissen der jungen Generation gerecht zu werden, haben wir im Jahr 2014 einen konsistenteren Ansatz bei der Rekrutierung, dem Training und dem Einsatz von Trainees in allen Divisionen und an allen Standorten verfolgt. Dadurch steigert die Bank die Leistungsfähigkeit und stärkt den Talentpool. Im Juli 2014 traten 751 Trainees in Geschäfts- und Infrastrukturbereiche der Bank ein. Dies ist im Vergleich zu 2013 eine Steigerung von 19 %. Nahezu ein Viertel davon wurden in Nearshore-Standorten eingestellt, damit werden die Standortstrategie der Bank und die Weiterentwicklung von Standorten wie Jacksonville, Cary, Moskau und Birmingham unterstrichen. Die Deutsche Bank hat hierfür in unterschiedliche Universitäten sowie neue oder wachsende Standorte investiert und damit den Einflussbereich sowie die Bekanntheit unserer Marke bei dieser Zielgruppe erhöht. An einem Summer-Internship-Programm nahmen zudem 522 Praktikanten teil.

Internes Kontrollsystem bezogen auf die Rechnungslegung

Allgemeine Informationen

Das Management der Deutschen Bank und ihrer konsolidierten Tochtergesellschaften ist für die Einrichtung, Anwendung und Weiterentwicklung eines angemessenen internen Kontrollsystems bezogen auf den Rechnungslegungsprozess („IKSRL“) verantwortlich. Unser rechnungslegungsbezogenes internes Kontrollsystem steht unter der Aufsicht unserer Co-Vorsitzenden des Vorstands und unseres Finanzvorstands. Es soll hinreichende Sicherheit darüber gewähren, dass die Aufstellung des Konzernabschlusses im Einklang mit den International Financial Reporting Standards (IFRS) steht und die externe Finanzberichterstattung zuverlässig ist.

Risiken im Hinblick auf den Rechnungslegungsprozess

Die Hauptrisiken im Rechnungslegungsprozess bestehen darin, dass Abschlüsse aufgrund unbeabsichtigter Fehler oder vorsätzlichen Handelns (Betrug) nicht ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage vermitteln oder dass ihre Veröffentlichung verspätet erfolgt. Diese Risiken können dazu führen, dass das Vertrauen der Investoren oder die Reputation der Bank beeinträchtigt werden. Darüber hinaus können sie Sanktionen wie zum Beispiel Interventionen der Bankenaufsicht nach sich ziehen. Die Rechnungslegung vermittelt kein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage, wenn in den Abschlüssen enthaltene Zahlen oder Anhangangaben wesentlich von den korrekten Angaben abweichen. Abweichungen werden als wesentlich eingestuft, wenn sie einzeln oder insgesamt die auf Basis der Abschlüsse getroffenen wirtschaftlichen Entscheidungen der Abschlussadressaten beeinflussen könnten.

Das Management des Konzerns hat das IKSRL eingerichtet mit dem Ziel, diese Risiken zu begrenzen. Ein solches System kann aber nur eine angemessene und keine absolute Sicherheit darüber bieten, dass die Abschlüsse frei von wesentlichen Fehlern sind. Die Beurteilung der Wirksamkeit des IKSRL wurde basierend auf dem Rahmenwerk für interne Kontrollsysteme des Committee of Sponsoring Organizations of the Treadway Commission („COSO“) aus dem Jahr 2013 vorgenommen. COSO empfiehlt die Festlegung von spezifischen Zielen, die die Konzeption eines Kontrollsystems fördern und die Überwachung seiner Wirksamkeit ermöglichen. Im Rahmen der Einrichtung des internen Kontrollsystems hat das Management die nachstehenden Ziele für das IKSRL festgelegt:

— Existenz – Bilanzierte Vermögenswerte und Verbindlichkeiten sind vorhanden und die erfassten Transaktionen wurden auch durchgeführt.
— Vollständigkeit – Sämtliche Transaktionen wurden erfasst und alle Kontensalden sind in den Abschlüssen berücksichtigt.
— Bewertung – Vermögenswerte, Verbindlichkeiten und Transaktionen sind mit dem zutreffenden Wert in den Finanzberichten ausgewiesen.
— Rechte, Verpflichtungen und Eigentum – Wirtschaftliches Eigentum an Vermögenswerten oder bestehende Verpflichtungen werden zutreffend als Vermögenswerte beziehungsweise Verbindlichkeiten abgebildet.
— Darstellung und Berichterstattung – Der Ausweis, die Präsentation und Gliederung sowie die Anhangangaben der Finanzberichte entsprechen den gesetzlichen Anforderungen.
— Sicherung von Vermögenswerten – Nicht autorisierte Käufe, Nutzungen oder Verkäufe von Vermögenswerten werden verhindert oder zeitnah festgestellt.

Wie jedes interne Kontrollsystem kann das rechnungslegungsbezogene interne Kontrollsystem unabhängig davon, wie sorgfältig es ausgestaltet ist und betrieben wird, nur eine hinreichende, jedoch keine absolute Sicherheit bezüglich des Erreichens der entsprechenden Ziele geben. Im Rahmen des IKSRL durchgeführte

Kontrollen, Prozesse oder eingerichtete Systeme können daher Fehler oder Betrugsfälle nicht vollständig ausschließen. Darüber hinaus ist bei der Einrichtung eines IKSRL die Wirtschaftlichkeit zu beachten, das heißt, der Nutzen eines Kontrollsystems soll in einem angemessenen Verhältnis zu den anfallenden Kosten stehen.

Organisation des internen Kontrollsystems

In das interne Kontrollsystem im Hinblick auf den Rechnungslegungsprozess eingebundene Funktionen

Die Kontrollen im Rahmen des IKSRL sind von den Geschäftsbereichen und Infrastrukturfunktionen durchzuführen, die an den Prozessen und Kontrollen zur Erstellung und Überprüfung der Abschlüsse beteiligt sind. Die Ausführung des rechnungslegungsbezogenen internen Kontrollsystems obliegt überwiegend den Mitarbeitern aus den Funktionen Finance, Group Technology & Operations, Risk sowie Group Tax.

Finance ist dabei als eine von den Geschäftsbereichen unabhängige Funktion für die regelmäßige Erstellung der Abschlüsse verantwortlich. Die Verantwortlichkeiten im Rahmen des Kontrollprozesses sind im Bereich Finance wie folgt unterteilt:

— Für bestimmte Geschäftsbereiche oder Konzerngesellschaften zuständige Mitarbeiter von Finance stellen durch Validierungs- und Kontrollmaßnahmen sicher, dass die Finanzdaten den Qualitätsanforderungen entsprechen. Diese Mitarbeiter stehen im engen Kontakt mit dem Geschäftsbereich, der Infrastrukturfunktion und dem Management der Gesellschaft und sind durch ihre spezifischen Kenntnisse in der Lage, eventuelle Schwächen in der Finanzberichterstattung in Bezug auf Produkte und Transaktionen zu identifizieren. Darüber hinaus validieren sie Bewertungsanpassungen und andere auf Schätzungen basierende Bewertungen. Für die betreffende Gesellschaft beziehungsweise den Geschäftsbereich verantwortliche Mitarbeiter stimmen ihre jeweiligen Sichtweisen miteinander ab und zeichnen die Einzelabschlüsse der Gesellschaften frei.
— Finance Group Reporting verantwortet die Konzernberichterstattung einschließlich der Erstellung konzernweiter Finanz- und Managementinformationen, Plandaten und Plananpassungen sowie der Risikoberichterstattung. Group Reporting legt den Zeitplan für die Berichterstattung fest, aggregiert die Einzelabschlüsse der Gesellschaften, führt Konsolidierungsmaßnahmen durch, eliminiert konzerninterne Transaktionen und überwacht die ordnungsgemäße Umsetzung der am Periodenende durchgeführten Korrekturprozesse. Nach Berücksichtigung und Verarbeitung der Kommentare der Geschäftsleitung und der externen Berater zu Inhalt und Darstellung des Konzernabschlusses wird dieser von Group Reporting erstellt.
— Accounting Policy and Advisory Group („APAG“) ist für die Erarbeitung der konzernweiten Bilanzierungsrichtlinien auf Basis der internationalen Rechnungslegungsstandards sowie für deren einheitliche Anwendung im Konzern zuständig. APAG berät Finance sowie die Geschäftsbereiche, insbesondere in Bilanzierungsfragen, und stellt sicher, dass bank- und transaktionsspezifische Bilanzierungsfragen zeitnah gelöst werden.
— Group Valuations sowie Bewertungsexperten für die einzelnen Geschäftsbereiche sind für die Entwicklung von Richtlinien, Mindeststandards für die Bewertung, Umsetzungsvorgaben sowie die Durchführung von Bewertungskontrollen verantwortlich. Ferner prüfen und beurteilen sie Ergebnisse von Bewertungskontrollen und fungieren als zentrale Ansprechpartner für Bewertungsthemen externer Dritter (wie Aufsichtsbehörden und Wirtschaftsprüfer).

Der operative Betrieb des IKSRL wird durch Group Technology & Operations, Risk und Group Tax maßgeblich unterstützt. Obwohl diese Funktionen nicht direkt an der Aufstellung des Abschlusses beteiligt sind, leisten sie einen wichtigen Beitrag zur Erstellung der Finanzinformationen:

— Group Technology & Operations („GTO“) bestätigt die Transaktionen mit unseren Kontrahenten und ist sowohl für die interne als auch externe Abstimmung von Finanzinformationen zwischen Systemen, Depots

und Börsen zuständig. GTO wickelt für den Konzern die zum Abschluss von Transaktionen notwendigen Zahlungen ab und ist für die Abstimmung der Nostrokonten verantwortlich.
— Risk ist für die Entwicklung von Richtlinien und Standards für das Kredit-, Markt-, Rechts-, Liquiditätsmanagement und das operationelle Risikomanagement zuständig. Risk überprüft und beurteilt die Angemessenheit etwaiger Wertberichtigungen und Rückstellungen für Kredit- und Rechtsrisiken sowie operationelle Risiken.
— Group Tax ist in Verbindung mit Finance für die korrekte Berechnung ertragsteuerbezogener Finanzdaten verantwortlich. Dies umfasst die Bewertung und Planung von laufenden und latenten Steuern sowie die Erhebung steuerlich relevanter Informationen. Group Tax überwacht die Ertragsteuerposition und die Rückstellungen für Steuerrisiken.

Kontrollen zur Minimierung des Risikos von Fehlern in der Rechnungslegung

Das rechnungslegungsbezogene interne Kontrollsystem umfasst eine Vielzahl von internen Kontrollen und Prozessen, die das Risiko von Fehlern in den Abschlüssen minimieren sollen. Solche Kontrollen sind direkt im operativen Prozess integriert und hierzu zählen unter anderem Kontrollen, die:

— fortlaufend oder permanent erfolgen, wie beispielsweise Kontrollen zur Einhaltung von internen Richtlinien und Anweisungen oder zur Funktionstrennung;
— regelmäßig durchgeführt werden, wie beispielsweise die Kontrollen im Rahmen der jährlichen Abschlusserstellung;
— der Fehlervermeidung oder nachträglichen Fehlerfeststellung dienen;
— direkte oder indirekte Auswirkungen auf den Konzernabschluss haben. Kontrollen, die indirekte Auswirkungen auf den Konzernabschluss haben, sind unter anderem allgemeine IT-Kontrollen, zum Beispiel Kontrollen über den Zugang zu und die Einführung von EDV-Systemen. Zu den Kontrollen mit direkten Auswirkungen zählt beispielsweise die Verifizierung einer spezifischen Bilanzposition;
— automatisierte und/oder manuelle Komponenten umfassen. Automatisierte Kontrollen sind in einen Kontrollprozess eingebunden, wie zum Beispiel eine im System hinterlegte Funktionstrennung sowie automatisierte Datenschnittstellen, die die Vollständigkeit und Richtigkeit von Eingabedaten sicherstellen. Manuelle interne Kontrollen, wie die Genehmigung von Transaktionen, werden von einem Mitarbeiter oder einem Team durchgeführt.

Die Gesamtheit individueller Kontrollen umfasst alle nachfolgenden Aspekte des IKSRL:

— Erstellung und Anwendung von Bilanzierungsrichtlinien. Sicherstellung einer weltweit konsistenten Berichterstattung über die Geschäftsaktivitäten des Konzerns und der entsprechenden Berichterstattung im Einklang mit genehmigten Bilanzierungsrichtlinien.
— Referenzdaten. Kontrollen für das Hauptbuch und die bilanziellen und außerbilanziellen Transaktionen sowie für die für Produkte benötigten Referenzdaten.
— Produktentwicklungs- und Transaktionsgenehmigung, -erfassung und -bestätigung. Kontrollen, die die Vollständigkeit und Richtigkeit erfasster Transaktionen sowie deren ordnungsgemäße Genehmigung sicherstellen. Dazu zählt die Kontrolle von Transaktionsbestätigungen, die von und an Kontrahenten gesendet werden, um zu gewährleisten, dass die Transaktionsdaten extern bestätigt sind.
— Kontrollen externer und interner Abstimmungen. Abstimmungen erfolgen zwischen relevanten Systemen für alle Geschäfte, Transaktionen, Positionen oder relevante Parameter. Im Rahmen externer Abstimmungen werden unter anderem die Nostrokonten, Depots und Börsengeschäfte geprüft.
— Bewertung einschließlich unabhängiger Bewertungskontrollen. Finance führt mindestens einmal im Monat Bewertungskontrollen durch, um sich von der Angemessenheit der Bewertung durch das Front Office zu überzeugen. Die Ergebnisse dieser Bewertungskontrollen werden einmal pro Monat im Valuation Control Oversight Committee beurteilt. Bewertungsspezialisten für einen Geschäftsbereich befassen sich insbesondere mit Bewertungsansätzen und -methoden für verschiedene Klassen von Vermögenswerten und führen unabhängige Bewertungskontrollen für komplexe Derivate und strukturierte Produkte durch.
— Steuerberechnung. Diese Kontrollen stellen sicher, dass die Berechnungen der Steuern ordnungsgemäß durchgeführt werden und Steuerpositionen im Abschluss korrekt erfasst sind.

— Bewertungsanpassungen und andere Schätzungen. Kontrollprozesse, die sicherstellen sollen, dass Bewertungsanpassungen und auf Schätzungen basierende sonstige Anpassungen autorisiert wurden und gemäß den genehmigten Richtlinien berichtet werden.
— Nachweis von Bilanzposten. Um die Vollständigkeit von Bilanzposten zu garantieren, sind die zugrunde liegenden Salden auf den Hauptbuchkonten nachzuweisen.
— Konsolidierungskontrollen und andere Kontrollen im Rahmen der Abschlusserstellung. Zum Meldestichtag übermitteln alle Geschäftsbereiche und Regionen ihre Finanzdaten zwecks Konsolidierung an den Konzern. Konsolidierungskontrollen umfassen die Validierung von Buchungen zur Eliminierung von konzerninternen Transaktionen. Bei den Kontrollen im Rahmen der Abschlusserstellung werden die Prozesse zum Abschluss von Hauptbuchkonten am Monatsende und Korrekturbuchungen überprüft.
— Berichterstattung und Darstellung. Kontrollen zur Erstellung des Konzernabschlusses schließen die Bearbeitung und Übereinstimmung mit Checklisten zu den Offenlegungspflichten sowie die Durchsicht und Freigabe durch leitende Mitarbeiter von Finance ein. Der vom Vorstand aufgestellte Konzernabschluss und -lagebericht unterliegt der Überprüfung und Genehmigung durch den Aufsichtsrat und dessen Prüfungsausschuss.

Überwachung der Wirksamkeit des internen Kontrollsystems

Der Konzernvorstand führt jedes Jahr eine formelle Prüfung der Angemessenheit und Wirksamkeit des rechnungslegungsbezogenen internen Kontrollsystems durch. Diese Überwachung umfasst die Bewertung sowohl der Wirksamkeit des Kontrollumfelds als auch der einzelnen zugrunde liegenden Kontrollen und schließt folgende Faktoren ein:

— Das Risiko eines Fehlers in einer der im Abschluss ausgewiesenen Positionen unter Berücksichtigung von Faktoren wie Wesentlichkeit und Fehleranfälligkeit dieser Position;
— Die Fehleranfälligkeit der identifizierten Kontrollen unter Berücksichtigung von Faktoren wie Automatisierungsgrad, Komplexität, Risiko der Außerkraftsetzung durch das Management, Kompetenz der Mitarbeiter und Grad der erforderlichen subjektiven Beurteilung.

Diese Faktoren bestimmen in ihrer Gesamtheit Art und Umfang der Nachweise gemäß § 315 HGB, die das Management benötigt, um zu beurteilen, ob das eingerichtete IKSRL wirksam ist oder nicht. Die Nachweise selbst ergeben sich entweder aus im normalen Geschäftsbetrieb verankerten Prozessen oder aus Prozessen, die speziell für die Beurteilung der Wirksamkeit des IKSRL eingerichtet wurden. Daneben sind Informationen aus anderen Quellen eine wichtige Komponente der Bewertung, da sie dem Management zusätzliche Kontrollmängel aufzeigen oder die Kontrollergebnisse bestätigen können. Zu diesen Informationsquellen gehören:

— Berichte zu Prüfungen, die von Aufsichtsbehörden oder in deren Auftrag durchgeführt wurden;
— Berichte externer Prüfer;
— Berichte, die in Auftrag gegeben wurden, um die Wirksamkeit von an Dritte ausgelagerten Prozessen zu beurteilen.

Zur Gewährleistung der Funktionalität des IKSRL erfolgt zusätzlich eine Aufbau- und Funktionsprüfung der Kontrollen im Rahmen regelmäßiger oder eigens zu diesem Zweck von der Konzernrevision durchgeführter risikoorientierter Prüfungen. Für alle von der Konzernrevision durchgeführten Prüfungen werden Berichte mit zusammengefassten Prüfungsergebnissen erstellt. Diese Berichte werden zusammen mit den Ergebnissen weiterer Prüfungshandlungen der Konzernrevision dem Management zur Kenntnisnahme vorgelegt, um dieses auch bei der jährlichen Beurteilung der operativen Funktionalität des IKSRL zu unterstützen.

Die vom Management durchgeführte Überprüfung führte zum 31. Dezember 2014 zu der Feststellung, dass die Ausgestaltung des IKSRL zweckmäßig ist und die Kontrollen wirksam sind.

Angaben nach § 315 Absatz 4 HGB und erläuternder Bericht

Zusammensetzung des Gezeichneten Kapitals

Zum 31. Dezember 2014 betrug das Grundkapital der Deutschen Bank AG 3.530.939.215,36 €, eingeteilt in 1.379.273.131 Stammaktien ohne Nennwert. Die Aktien sind voll eingezahlt und in Form von Namensaktien begeben. Jede Aktie gewährt eine Stimme.

Beschränkungen, die Stimmrechte oder die Übertragung von Aktien betreffen

In den Fällen des § 136 AktG ist das Stimmrecht aus den betroffenen Aktien von Gesetzes wegen ausgeschlossen. Soweit die Bank zum 31. Dezember 2014 Eigene Aktien in ihrem Bestand hielt, konnten daraus gemäß § 71b AktG keine Rechte ausgeübt werden. Sonstige Beschränkungen, die Stimmrechte oder die Übertragung von Aktien betreffen, sind uns nicht bekannt.

Beteiligungen am Kapital, die 10 % der Stimmrechte überschreiten

Nach dem Wertpapierhandelsgesetz muss jeder Anleger, der durch Erwerb, Veräußerung oder auf sonstige Weise bestimmte Anteile an Stimmrechten erreicht, überschreitet oder unterschreitet, dies uns und der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht („BaFin“) anzeigen. Der niedrigste Schwellenwert für diese Anzeigepflicht beträgt 3 %. Uns sind hiernach keine direkten oder indirekten Beteiligungen am Kapital bekannt, die 10 % der Stimmrechte erreichen oder überschreiten.

Aktien mit Sonderrechten, die Kontrollbefugnisse verleihen

Aktien mit Sonderrechten, die Kontrollbefugnisse verleihen, wurden nicht ausgegeben.

Art der Stimmrechtskontrolle, wenn Arbeitnehmer am Kapital beteiligt sind und ihre Kontrollrechte nicht unmittelbar ausüben

Die Arbeitnehmer, die Aktien der Deutschen Bank halten, üben ihre Kontrollrechte wie andere Aktionäre nach Maßgabe der gesetzlichen Vorschriften und der Satzung aus.

Bestimmungen über die Ernennung und Abberufung von Vorstandsmitgliedern

Nach dem Aktiengesetz (§ 84 AktG) und der Satzung der Deutschen Bank (§ 6) werden die Mitglieder des Vorstands vom Aufsichtsrat bestellt. Die Zahl der Vorstandsmitglieder wird vom Aufsichtsrat bestimmt. Nach der Satzung besteht der Vorstand mindestens aus drei Mitgliedern. Der Aufsichtsrat kann ein oder zwei Vorstandsmitglieder zu Vorsitzenden des Vorstands ernennen. Vorstandsmitglieder dürfen für höchstens fünf Jahre bestellt werden. Eine wiederholte Bestellung oder Verlängerung der Amtszeit, jeweils für höchstens fünf Jahre, ist zulässig. Nach dem Mitbestimmungsgesetz (§ 31) ist für die Bestellung von Vorstandsmitgliedern eine Mehrheit von mindestens zwei Dritteln der Mitglieder des Aufsichtsrats erforderlich. Kommt hiernach eine Bestellung nicht zustande, so hat der Vermittlungsausschuss innerhalb eines Monats dem Aufsichtsrat einen Vorschlag für die Bestellung zu machen. Der Aufsichtsrat bestellt dann die Mitglieder des Vorstands mit der

Mehrheit der Stimmen seiner Mitglieder. Kommt auch hiernach eine Bestellung nicht zustande, so hat bei einer erneuten Abstimmung der Aufsichtsratsvorsitzende zwei Stimmen. In dringenden Fällen hat das Amtsgericht Frankfurt am Main auf Antrag eines Beteiligten ein fehlendes Vorstandsmitglied zu bestellen (§ 85 AktG).

Nach dem Kreditwesengesetz muss der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (BaFin) und der Deutschen Bundesbank vor der Bestellung von Vorstandsmitgliedern nachgewiesen werden, dass diese zuverlässig, fachlich geeignet und in ausreichendem Maße zeitlich verfügbar sind. Die fachliche Eignung setzt voraus, dass sie in ausreichendem Maße theoretische und praktische Kenntnisse in den Geschäften der Bank sowie Leitungserfahrung haben (§§ 24 Absatz 1 Nr. 1, 25c Absatz 1 KWG).

Der Aufsichtsrat kann die Bestellung zum Vorstandsmitglied und die Ernennung zum Vorsitzenden des Vorstands widerrufen, wenn ein wichtiger Grund vorliegt. Solche Gründe sind namentlich grobe Pflichtverletzung, Unfähigkeit zur ordnungsgemäßen Geschäftsführung oder Vertrauensentzug durch die Hauptversammlung – es sei denn, dass das Vertrauen aus offensichtlich unsachlichen Gründen entzogen worden ist.

Die BaFin kann einen Sonderbeauftragten bestellen und diesem die Wahrnehmung der Aufgaben und Befugnisse einzelner Mitglieder des Vorstands übertragen, wenn diese Mitglieder nicht zuverlässig sind oder nicht die erforderliche fachliche Eignung haben oder wenn das Kreditinstitut nicht mehr über die erforderliche Anzahl von Vorstandsmitgliedern verfügt. Wenn Mitglieder des Vorstands nicht zuverlässig sind oder nicht die erforderliche Sachkunde besitzen oder wenn ihnen wesentliche Verstöße gegen die Grundsätze einer ordnungsgemäßen Geschäftsführung verborgen geblieben sind oder sie festgestellte Verstöße nicht beseitigt haben, kann die BaFin dem Sonderbeauftragten die Aufgaben und Befugnisse des Vorstands insgesamt übertragen. In allen diesen Fällen ruhen die Aufgaben und Befugnisse des Vorstands oder der betroffenen Vorstandsmitglieder (§ 45c Absatz 1 bis 3 KWG).

Besteht Gefahr für die Erfüllung der Verpflichtungen eines Kreditinstituts gegenüber seinen Gläubigern oder der begründete Verdacht, dass eine wirksame Aufsicht über das Kreditinstitut nicht möglich ist, kann die BaFin zur Abwendung dieser Gefahr einstweilige Maßnahmen treffen. Sie kann dabei auch Mitgliedern des Vorstands die Ausübung ihrer Tätigkeit untersagen oder beschränken (§ 46 Absatz 1 KWG).

Bestimmungen über die Änderung der Satzung

Jede Änderung der Satzung bedarf eines Beschlusses der Hauptversammlung (§ 179 AktG). Die Befugnis zu Änderungen, die nur die Fassung betreffen, wie zum Beispiel Änderungen des Grundkapitals infolge Ausnutzung von genehmigtem Kapital, ist in der Satzung der Deutschen Bank dem Aufsichtsrat übertragen worden (§ 20 Absatz 3). Die Beschlüsse der Hauptversammlung werden gemäß der Satzung mit einfacher Stimmenmehrheit und, soweit eine Kapitalmehrheit erforderlich ist, mit einfacher Kapitalmehrheit gefasst, falls nicht das Gesetz oder die Satzung zwingend etwas anderes vorschreiben (§ 20 Absatz 1). Satzungsänderungen werden mit der Eintragung in das Handelsregister wirksam (§ 181 Absatz 3 AktG).

Befugnis des Vorstands, Aktien auszugeben oder zurückzukaufen

Der Vorstand ist ermächtigt, das Grundkapital durch Ausgabe neuer Aktien gegen Geldeinlagen, in sehr begrenztem Umfang auch gegen Sacheinlagen, zu erhöhen. Zum 31. Dezember 2014 verfügte die Deutsche Bank AG über ein genehmigtes Kapital von 256.000.000 €, das vollständig oder in Teilbeträgen bis zum 30. April 2019 begeben werden kann, und ein genehmigtes Kapital von 579.863,04 €, das vollständig oder in Teilbeträgen bis zum 30. April 2018 begeben werden kann. Die näheren Einzelheiten ergeben sich aus § 4 der Satzung.

Genehmigtes Kapital	Einlagen	Bezugsrechte	Befristet bis
256.000.000 €	Geldeinlagen	Ausschluss möglich (für einen Teilbetrag) nach § 186 Abs. 3 S. 4 AktG	30. April 2019
579.863,04 €	Geld- oder Sacheinlagen	Ausschluss möglich, wenn die Kapitalerhöhung zum Erwerb von Unternehmen, Beteiligungen an Unternehmen oder sonstigen Vermögenswerten gegen Sacheinlage vorgenommen wird, sowie nach § 186 Abs. 3 S. 4 AktG	30. April 2018

Der Vorstand ist ermächtigt, einmalig oder mehrmalig Genussscheine, die mit Wandlungs- oder Optionsrechten verbunden sind, andere hybride Schuldverschreibungen, die die Anforderungen an die aufsichtsrechtliche Anerkennung als zusätzliches Kernkapital (Additional Tier-1 Capital) erfüllen, sowie Wandel- und/oder Optionsschuldverschreibungen auszugeben. Die Wandel- und/oder Optionsschuldverschreibungen können auch von mit der Deutschen Bank AG verbundenen Unternehmen ausgegeben werden. Zu diesem Zweck wurde das Grundkapital, bedingt durch die Ausübung dieser Wandlungs- und/oder Optionsrechte beziehungsweise Wandlungspflichten, erhöht.

Bedingtes Kapital	Ausgabe der Wandlungs- und/oder Optionsrechte befristet bis
€ 230.400.000	30. April 2017
€ 256.000.000	30. April 2019

Der Vorstand wurde von der Hauptversammlung am 23. Mai 2013 nach § 71 Absatz 1 Nr. 7 AktG ermächtigt, bis zum 30. April 2018 zum Zweck des Wertpapierhandels Eigene Aktien zu Preisen, die den Mittelwert der Aktienkurse (Schlussauktionspreise der Deutsche Bank-Aktie im Xetra-Handel beziehungsweise in einem vergleichbaren Nachfolgesystem an der Frankfurter Wertpapierbörse) an den jeweils drei vorangehenden Börsentagen nicht um mehr als 10 % über- beziehungsweise unterschreiten, zu kaufen und zu verkaufen. Dabei darf der Bestand der zu diesem Zweck erworbenen Aktien am Ende keines Tages 5 % des Grundkapitals der Deutschen Bank AG übersteigen.

Der Vorstand wurde von der Hauptversammlung am 22. Mai 2014 nach § 71 Absatz 1 Nr. 8 AktG ermächtigt, bis zum 30. April 2019 Eigene Aktien bis zu 10 % des zum Zeitpunkt der Beschlussfassung bestehenden Grundkapitals zu erwerben. Zusammen mit den für Handelszwecke und aus anderen Gründen erworbenen Eigenen Aktien, die sich jeweils im Besitz der Gesellschaft befinden oder ihr nach §§ 71a ff. AktG zuzurechnen sind, dürfen die aufgrund dieser Ermächtigung erworbenen Aktien zu keinem Zeitpunkt 10 % des jeweiligen Grundkapitals der Gesellschaft übersteigen. Der Erwerb darf über die Börse oder mittels eines an alle Aktionäre gerichteten öffentlichen Kaufangebots erfolgen. Der Gegenwert für den Erwerb der Aktien (ohne Erwerbsnebenkosten) darf bei Erwerb über die Börse den Mittelwert der Aktienkurse (Schlussauktionspreise der Deutsche Bank-Aktie im Xetra-Handel beziehungsweise in einem vergleichbaren Nachfolgesystem an der Frankfurter Wertpapierbörse) an den letzten drei Handelstagen vor der Verpflichtung zum Erwerb nicht um mehr als 10 % über- beziehungsweise unterschreiten. Bei einem öffentlichen Kaufangebot darf er den Mittelwert der Aktienkurse (Schlussauktionspreise der Deutsche Bank-Aktie im Xetra-Handel beziehungsweise in einem vergleichbaren Nachfolgesystem an der Frankfurter Wertpapierbörse) an den letzten drei Handelstagen vor dem Tag der Veröffentlichung des Angebots nicht um mehr als 10 % über- beziehungsweise unterschreiten. Sollte bei einem öffentlichen Kaufangebot das Volumen der angebotenen Aktien das vorgesehene Rückkaufvolumen überschreiten, muss die Annahme im Verhältnis der jeweils angebotenen Aktien erfolgen. Eine bevorrechtigte Annahme geringer Stückzahlen bis zu 50 Stück zum Erwerb angebotener Aktien der Gesellschaft je Aktionär kann vorgesehen werden.

Der Vorstand wurde ermächtigt, eine Veräußerung der erworbenen Aktien sowie der etwa aufgrund vorangehender Ermächtigungen nach § 71 Absatz 1 Nr. 8 AktG erworbenen Aktien über die Börse beziehungsweise durch Angebot an alle Aktionäre vorzunehmen. Er wurde auch ermächtigt, erworbene Aktien gegen Sachleistung unter Ausschluss des Bezugsrechts der Aktionäre zu dem Zweck zu veräußern, Unternehmen, Beteiligungen an Unternehmen oder andere dem Geschäftsbetrieb der Gesellschaft dienliche Vermögenswerte zu erwerben. Darüber hinaus wurde der Vorstand ermächtigt, bei einer Veräußerung solcher Eigener Aktien durch Angebot an alle Aktionäre den Inhabern der von der Gesellschaft und verbundenen Unternehmen ausgegebe-

nen Optionsrechte, Wandelschuldverschreibungen und Wandelgenussrechte ein Bezugsrecht auf die Aktien in dem Umfang zu gewähren, wie es ihnen nach Ausübung des Options- beziehungsweise Wandlungsrechts zustehen würde. Für diese Fälle und in diesem Umfang wurde das Bezugsrecht der Aktionäre ausgeschlossen.

Der Vorstand wurde weiter unter Ausschluss des Bezugsrechts der Aktionäre ermächtigt, solche Eigenen Aktien als Belegschaftsaktien an Mitarbeiter und Pensionäre der Gesellschaft und mit ihr verbundener Unternehmen auszugeben oder zur Bedienung von Optionsrechten beziehungsweise Erwerbsrechten oder Erwerbspflichten auf Aktien der Gesellschaft zu verwenden, die für Mitarbeiter oder Organmitglieder der Gesellschaft und verbundener Unternehmen begründet wurden.

Ferner wurde der Vorstand ermächtigt, unter Ausschluss des Bezugsrechts der Aktionäre solche Eigenen Aktien an Dritte gegen Barzahlung zu veräußern, wenn der Kaufpreis den Börsenpreis der Aktien zum Zeitpunkt der Veräußerung nicht wesentlich unterschreitet. Von dieser Ermächtigung darf nur Gebrauch gemacht werden, wenn sichergestellt ist, dass die Zahl der aufgrund dieser Ermächtigung veräußerten Aktien zum Zeitpunkt des Wirksamwerdens der Ermächtigung oder – falls dieser Wert geringer ist – zum Zeitpunkt der Ausübung der Ermächtigung 10 % des vorhandenen Grundkapitals der Gesellschaft nicht übersteigt. Auf die Höchstgrenze von 10 % des Grundkapitals sind Aktien anzurechnen, die während der Laufzeit dieser Ermächtigung unter Ausschluss des Bezugsrechts in direkter oder entsprechender Anwendung des § 186 Absatz 3 Satz 4 AktG ausgegeben oder veräußert werden. Ebenfalls anzurechnen sind Aktien, die zur Bedienung von Options- und/oder Wandlungsrechten aus Wandel- oder Optionsschuldverschreibungen oder -genussrechten auszugeben sind, sofern diese Schuldverschreibungen oder Genussrechte während der Laufzeit dieser Ermächtigung unter Ausschluss des Bezugsrechts in entsprechender Anwendung des § 186 Absatz 3 Satz 4 AktG ausgegeben werden.

Der Vorstand wurde weiter ermächtigt, aufgrund dieser oder einer vorherigen Ermächtigung erworbene Aktien einzuziehen, ohne dass die Durchführung der Einziehung eines weiteren Hauptversammlungsbeschlusses bedarf.

Der Vorstand wurde von der Hauptversammlung am 22. Mai 2014 nach § 71 Absatz 1 Nr. 8 AktG ergänzend ermächtigt, den Aktienerwerb unter der beschlossenen Ermächtigung auch unter Einsatz von Verkaufs- oder Kaufoptionen oder Terminkaufverträgen durchzuführen. Die Gesellschaft kann danach auf physische Belieferung gerichtete Verkaufsoptionen an Dritte verkaufen und Kaufoptionen von Dritten kaufen, wenn durch die Optionsbedingungen sichergestellt ist, dass diese nur mit Aktien beliefert werden, die ihrerseits unter Wahrung des Gleichbehandlungsgrundsatzes erworben wurden. Alle Aktienerwerbe unter Einsatz von Verkaufs- oder Kaufoptionen sind dabei auf Aktien im Umfang von höchstens 5 % des zum Zeitpunkt der Beschlussfassung der Hauptversammlung über diese Ermächtigung vorhandenen Grundkapitals beschränkt. Die Laufzeiten der Optionen müssen so gewählt werden, dass der Aktienerwerb in Ausübung der Optionen spätestens am 30. April 2019 erfolgt.

Der bei Ausübung der Verkaufsoptionen beziehungsweise bei Fälligkeit des Terminkaufs zu zahlende Kaufpreis je Aktie darf den Mittelwert der Aktienkurse (Schlussauktionspreise der Deutsche Bank-Aktie im Xetra-Handel beziehungsweise in einem vergleichbaren Nachfolgesystem an der Frankfurter Wertpapierbörse) an den letzten drei Handelstagen vor Abschluss des betreffenden Geschäfts nicht um mehr als 10 % überschreiten und 10 % dieses Mittelwerts nicht unterschreiten, jeweils ohne Erwerbsnebenkosten, aber unter Berücksichtigung der erhaltenen Optionsprämie. Eine Ausübung der Kaufoptionen darf nur erfolgen, wenn der zu zahlende Kaufpreis den Mittelwert der Aktienkurse (Schlussauktionspreise der Deutsche Bank-Aktie im Xetra-Handel beziehungsweise in einem vergleichbaren Nachfolgesystem an der Frankfurter Wertpapierbörse) an den letzten drei Handelstagen vor Erwerb der Aktien nicht um mehr als 10 % überschreitet und 10 % dieses Mittelwerts nicht unterschreitet.

Für die Veräußerung und Einziehung von Aktien, die unter Einsatz von Derivaten erworben wurden, gelten die von der Hauptversammlung festgesetzten allgemeinen Regeln.

Auch aus bestehenden Derivaten, die während des Bestehens vorangehender Ermächtigungen und auf deren Grundlage vereinbart wurden, dürfen weiterhin Eigene Aktien erworben werden.

Wesentliche Vereinbarungen, die unter der Bedingung eines Kontrollwechsels infolge eines Übernahmeangebots stehen

Wesentliche Vereinbarungen, die unter der Bedingung eines Kontrollwechsels infolge eines Übernahmeangebots stehen, wurden nicht getroffen.

Entschädigungsvereinbarungen für den Fall eines Übernahmeangebots

Sofern ein Mitglied des Vorstands im Rahmen eines Kontrollerwerbs ausscheidet, erhält es eine einmalige Vergütung ausgezahlt, die im Vergütungsbericht näher dargestellt ist.

Einigen wenigen Führungskräften mit globaler oder strategisch bedeutender Verantwortung steht aus Altverträgen eine Abfindungszahlung zu, sofern deren Anstellungsverhältnis im Rahmen eines Kontrollerwerbs innerhalb einer definierten Frist beendet wird, ohne dass ein von den Führungskräften zu vertretender Grund vorliegt, oder diese Führungskräfte ihr Anstellungsverhältnis kündigen, weil das Unternehmen bestimmte Maßnahmen ergriffen hat, die zu einer Einschränkung der Verantwortlichkeiten führen. Die Berechnung der Abfindung bemisst sich grundsätzlich nach dem 1,5- bis 2,5-Fachen der letzten Jahresgesamtvergütung (Grundgehalt und variable – Bar- und aktienbasierte – Vergütung) vor dem Kontrollerwerb. Dabei findet die Entwicklung der Gesamtvergütung in den drei Kalenderjahren vor dem Kontrollerwerb entsprechende Berücksichtigung.

2

Konzernabschluss

349 Konzern-Gewinn- und Verlustrechnung

350 Konzern-Gesamtergebnisrechnung

351 Konzernbilanz

352 Konzern-Eigenkapitalveränderungsrechnung

354 Konzern-Kapitalflussrechnung

355 Konzernanhang

01 – Wesentliche Rechnungslegungsgrundsätze und -einschätzungen – 355
02 – Erstmals angewandte und neue Rechnungslegungsvorschriften – 385
03 – Akquisitionen und Veräußerungen – 388
04 – Segmentberichterstattung – 390

Anhangangaben zur Gewinn- und Verlustrechnung

05 – Zinsüberschuss und Ergebnis aus zum beizulegenden Zeitwert bewerteten finanziellen Vermögenswerten/Verpflichtungen – 395
06 – Provisionsüberschuss – 397
07 – Ergebnis aus zur Veräußerung verfügbaren finanziellen Vermögenswerten – 397
08 – Sonstige Erträge – 398
09 – Sachaufwand und sonstiger Aufwand – 398
10 – Restrukturierung – 398
11 – Ergebnis je Aktie – 399

Anhangangaben zur Bilanz

12 – Zum beizulegenden Zeitwert bewertete finanzielle Vermögenswerte und Verpflichtungen – 401
13 – Änderungen zu IAS 39 und IFRS 7, „Umwidmung von finanziellen Vermögenswerten“ – 402
14 – Zum beizulegenden Zeitwert bewertete Finanzinstrumente – 406
15 – Beizulegender Zeitwert von Finanzinstrumenten, die nicht zum beizulegenden Zeitwert bilanziert werden – 422
16 – Zur Veräußerung verfügbare finanzielle Vermögenswerte – 425
17 – Nach der Equitymethode bilanzierte Beteiligungen – 425
18 – Aufrechnung von finanziellen Vermögenswerten und Verpflichtungen – 426
19 – Forderungen aus dem Kreditgeschäft – 431
20 – Risikovorsorge im Kreditgeschäft – 431
21 – Übertragung von finanziellen Vermögenswerten – 432
22 – Als Sicherheit verpfändete und erhaltene Vermögenswerte – 434
23 – Sachanlagen – 435
24 – Leasingverhältnisse – 436
25 – Geschäfts- oder Firmenwert und sonstige immaterielle Vermögenswerte – 437
26 – Zum Verkauf bestimmte langfristige Vermögenswerte und Veräußerungsgruppen – 447
27 – Sonstige Aktiva und Passiva – 449
28 – Einlagen – 449
29 – Rückstellungen – 450
30 – Kreditzusagen und Eventualverbindlichkeiten – 462
31 – Sonstige kurzfristige Geldaufnahmen – 463
32 – Langfristige Verbindlichkeiten und hybride Kapitalinstrumente – 463
33 – Fälligkeitsanalyse der frühestmöglichen undiskontierten vertraglichen Cashflows finanzieller Verpflichtungen – 464

Zusätzliche Anhangangaben

34 –Stammaktien – 465
35 – Leistungen an Arbeitnehmer – 468
36 – Ertragsteuern – 482
37 – Derivative Finanzinstrumente – 485
38 – Geschäfte mit nahestehenden Dritten – 487
39 – Informationen zu Tochtergesellschaften – 489
40 – Strukturierte Einheiten – 490
41 – Versicherungs- und Investmentverträge – 496
42 – Kurz- und langfristige Vermögenswerte und Verbindlichkeiten – 500
43 – Ereignisse nach dem Bilanzstichtag – 501
44 – Ergänzende Erläuterungen zum Konzernabschluss gemäß § 315a HGB – 502
45 – Länderspezifische Berichterstattung – 503
46 – Anteilsbesitz – 505

Konzern-Gewinn- und Verlustrechnung

in Mio €	Anhang	2014	2013	2012
Zinsen und ähnliche Erträge	5	25.001	25.601	31.593
Zinsaufwendungen	5	10.729	10.768	15.619
Zinsüberschuss	5	**14.272**	14.834	15.975
Risikovorsorge im Kreditgeschäft	20	1.134	2.065	1.721
Zinsüberschuss nach Risikovorsorge im Kreditgeschäft		**13.138**	12.769	14.254
Provisionsüberschuss	6	12.409	12.308	11.809
Ergebnis aus zum beizulegenden Zeitwert bewerteten finanziellen Vermögenswerten/Verpflichtungen	5	4.299	3.817	5.608
Ergebnis aus zur Veräußerung verfügbaren finanziellen Vermögenswerten	7	242	394	301
Ergebnis aus nach der Equitymethode bilanzierten Beteiligungen	17	619	369	163
Sonstige Erträge	8	108	193	−120
Zinsunabhängige Erträge insgesamt		**17.677**	17.082	17.761
Personalaufwand	35	12.512	12.329	13.490
Sachaufwand und sonstiger Aufwand	9	14.654	15.126	15.017
Aufwendungen im Versicherungsgeschäft		289	460	414
Wertminderung auf immaterielle Vermögenswerte	25	111	79	1.886
Restrukturierungsaufwand	10	133	399	394
Zinsunabhängige Aufwendungen insgesamt		**27.699**	28.394	31.201
Ergebnis vor Steuern		**3.116**	1.456	814
Ertragsteueraufwand	36	1.425	775	498
Jahresüberschuss		**1.691**	681	316
Den Anteilen ohne beherrschenden Einfluss zurechenbares Konzernergebnis		28	15	53
Den Deutsche Bank-Aktionären zurechenbares Konzernergebnis		1.663	666	263

Ergebnis je Aktie

in €	Anhang	2014	2013	2012
Ergebnis je Aktie:[1]	11			
Unverwässert		€ 1,34	€ 0,64	€ 0,27
Verwässert[2]		€ 1,31	€ 0,62	€ 0,26
Anzahl der Aktien in Millionen:[1]				
Gewichteter Durchschnitt der ausstehenden Aktien – Nenner für die Berechnung des Ergebnisses je Aktie		1.241,9	1.045,4	979,0
Bereinigter gewichteter Durchschnitt der ausstehenden Aktien nach angenommener Wandlung – Nenner für die Berechnung des verwässerten Ergebnisses je Aktie		1.269,5	1.073,2	1.004,7

[1] Die Anzahl der durchschnittlich ausstehenden Aktien (unverwässert und verwässert) wurde für alle Perioden angepasst, um den Effekt der Bonuskomponente von Bezugsrechten, die im Juni 2014 im Rahmen der Kapitalerhöhung ausgegeben wurden, zu berücksichtigen.
[2] Einschließlich Effekt auf den Zähler aus angenommener Wandlung. Weitere Informationen sind in Anhangangabe 11 „Ergebnis je Aktie“ enthalten.

Der nachfolgende Konzernanhang ist integraler Bestandteil des Konzernabschlusses.

Konzern-Gesamtergebnisrechnung

in Mio €	2014	2013	2012
In der Gewinn- und Verlustrechnung berücksichtigter Gewinn, nach Steuern	**1.691**	681	316
Sonstige erfolgsneutrale Eigenkapitalveränderung			
Sachverhalte, die nicht in die Gewinn- und Verlustrechnung reklassifiziert werden			
Neubewertungsgewinne/-verluste (–) in Bezug auf leistungsdefinierte Versorgungszusagen, vor Steuern	−403	−717	−891
Ertragsteuern auf Sachverhalte, die nicht in die Gewinn- und Verlustrechnung reklassifiziert werden	407	58	407
Sachverhalte, die in die Gewinn- und Verlustrechnung reklassifiziert werden oder werden können			
Zur Veräußerung verfügbare finanzielle Vermögenswerte			
Unrealisierte Gewinne/Verluste (–) der Periode, vor Steuern	1.912	64	1.874
In die Gewinn- und Verlustrechnung umgegliederte Gewinne (–)/Verluste, vor Steuern	−87	−313	−164
Derivate, die Schwankungen zukünftiger Zahlungsströme absichern			
Unrealisierte Gewinne/Verluste (–) der Periode, vor Steuern	−6	91	42
In die Gewinn- und Verlustrechnung umgegliederte Gewinne (–)/Verluste, vor Steuern	339	35	45
Zum Verkauf bestimmte Vermögenswerte			
Unrealisierte Gewinne/Verluste (–) der Periode, vor Steuern	0	3	0
In die Gewinn- und Verlustrechnung umgegliederte Gewinne (–)/Verluste, vor Steuern	−3	0	0
Anpassungen aus der Währungsumrechnung			
Unrealisierte Gewinne/Verluste (–) der Periode, vor Steuern	2.955	−948	−537
In die Gewinn- und Verlustrechnung umgegliederte Gewinne (–)/Verluste, vor Steuern	3	−1	5
Nach der Equitymethode bilanzierte Beteiligungen			
Gewinne/Verluste (–) der Periode, vor Steuern	−35	63	−38
Ertragsteuern auf Sachverhalte, die in die Gewinn- und Verlustrechnung reklassifiziert werden oder werden können	−672	−160	−447
Sonstige erfolgsneutrale Eigenkapitalveränderung, nach Steuern	**4.410**	−1.825	296
Gesamtergebnis, nach Steuern	**6.102**	−1.144	612
Zurechenbar:			
den Anteilen ohne beherrschenden Einfluss	54	13	148
den Deutsche Bank-Aktionären	6.048	−1.157	464

Der nachfolgende Konzernanhang ist integraler Bestandteil des Konzernabschlusses.

Konzernbilanz

in Mio €	Anhang	31.12.2014	31.12.2013
Aktiva:			
Barreserve		20.055	17.155
Verzinsliche Einlagen bei Kreditinstituten		63.518	77.984
Forderungen aus übertragenen Zentralbankeinlagen und aus Wertpapierpensionsgeschäften (Reverse Repos)	21, 22	17.796	27.363
Forderungen aus Wertpapierleihen	21, 22	25.834	20.870
Zum beizulegenden Zeitwert bewertete finanzielle Vermögenswerte			
Handelsaktiva		195.681	210.070
Positive Marktwerte aus derivativen Finanzinstrumenten		629.958	504.590
Zum beizulegenden Zeitwert klassifizierte finanzielle Vermögenswerte		117.285	184.597
Zum beizulegenden Zeitwert bewertete finanzielle Vermögenswerte ingesamt	12, 16, 21, 22, 37	942.924	899.257
Zur Veräußerung verfügbare finanzielle Vermögenswerte	16, 21, 22	64.297	48.326
Nach der Equitymethode bilanzierte Beteiligungen	17	4.143	3.581
Forderungen aus dem Kreditgeschäft	19, 20, 21, 22	405.612	376.582
Sachanlagen	23	2.909	4.420
Geschäfts- oder Firmenwert und sonstige immaterielle Vermögenswerte	25	14.951	13.932
Sonstige Aktiva	26, 27	137.980	112.539
Steuerforderungen aus laufenden Steuern	36	1.819	2.322
Steuerforderungen aus latenten Steuern	36	6.865	7.071
Summe der Aktiva		**1.708.703**	1.611.400
Passiva:			
Einlagen	28	532.931	527.750
Verbindlichkeiten aus übertragenen Zentralbankeinlagen und aus Wertpapierpensionsgeschäften (Repos)	21, 22	10.887	13.381
Verbindlichkeiten aus Wertpapierleihen	21, 22	2.339	2.304
Zum beizulegenden Zeitwert bewertete finanzielle Verpflichtungen	12, 16, 37		
Handelspassiva		41.843	55.804
Negative Marktwerte aus derivativen Finanzinstrumenten		610.202	483.428
Zum beizulegenden Zeitwert klassifizierte finanzielle Verpflichtungen		37.131	90.104
Investmentverträge		8.523	8.067
Zum beizulegenden Zeitwert bewertete finanzielle Verpflichtungen insgesamt		697.699	637.404
Sonstige kurzfristige Geldaufnahmen	31	42.931	59.767
Sonstige Passiva	26, 27	183.823	163.595
Rückstellungen	20, 29	6.677	4.524
Steuerverbindlichkeiten aus laufenden Steuern	36	1.608	1.600
Steuerverbindlichkeiten aus latenten Steuern	36	1.175	1.101
Langfristige Verbindlichkeiten	32	144.837	133.082
Hybride Kapitalinstrumente	32	10.573	11.926
Verpflichtung zum Erwerb Eigener Aktien		0	0
Summe der Verbindlichkeiten		**1.635.481**	1.556.434
Stammaktien, ohne Nennwert, rechnerischer Nominalwert 2,56 €	34	3.531	2.610
Kapitalrücklage		33.626	26.204
Gewinnrücklagen		29.279	28.376
Eigene Aktien im Bestand zu Anschaffungskosten	34	−8	−13
Verpflichtung zum Erwerb Eigener Aktien		0	0
Kumulierte sonstige erfolgsneutrale Eigenkapitalveränderung, nach Steuern		1.923	−2.457
Den Deutsche Bank-Aktionären zurechenbares Eigenkapital		**68.351**	54.719
Zusätzliche Eigenkapitalbestandteile		4.619	0
Anteile ohne beherrschenden Einfluss		253	247
Eigenkapital einschließlich Anteile ohne beherrschenden Einfluss		**73.223**	54.966
Summe der Passiva		**1.708.703**	1.611.400

Der nachfolgende Konzernanhang ist integraler Bestandteil des Konzernabschlusses.

Konzern-Eigenkapitalveränderungsrechnung

in Mio €	Stammaktien (ohne Nennwert)	Kapital-rücklage	Gewinn-rücklagen	Eigene Aktien im Bestand zu Anschaffungs-kosten	Verpflichtung zum Erwerb Eigener Aktien	Unrealisierte Gewinne/Verluste (–) aus zur Veräußerung verfügbaren finanziellen Vermögenswerten, nach darauf entfallenden Steuern und sonstigen Anpassungen[3]
Bestand zum 31. Dezember 2011	2.380	23.695	30.119	−823	0	−617
Gesamtergebnis[1]	0	0	263	0	0	1.077
Begebene Stammaktien	0	0	0	0	0	0
Gezahlte Bardividende	0	0	−689	0	0	0
Neubewertungsgewinne/-verluste (–) in Bezug auf leistungsdefinierte Versorgungszusagen, nach Steuern	0	0	−480	0	0	0
Nettoveränderung der aktienbasierten Vergütung in der Berichtsperiode	0	−342	0	0	0	0
Im Rahmen von aktienbasierten Vergütungsplänen ausgegebene Eigene Aktien	0	0	0	1.481	0	0
Steuervorteile im Zusammenhang mit aktienbasierten Vergütungsplänen	0	2	0	0	0	0
Zugänge zu der Verpflichtung zum Erwerb Eigener Aktien	0	0	0	0	−4	0
Abgänge von der Verpflichtung zum Erwerb Eigener Aktien	0	0	0	0	4	0
Optionsprämien und sonstige Veränderungen aus Optionen auf Deutsche Bank-Aktien	0	−63	0	0	0	0
Kauf Eigener Aktien	0	0	0	−12.152	0	0
Verkauf Eigener Aktien	0	0	0	11.434	0	0
Gewinne/Verluste (–) aus dem Verkauf Eigener Aktien	0	77	0	0	0	0
Sonstige[2]	0	407	−14	0	0	8
Bestand zum 31. Dezember 2012	2.380	23.776	29.199	−60	0	468
Gesamtergebnis[1]	0	0	666	0	0	−165
Begebene Stammaktien	230	2.731	0	0	0	0
Gezahlte Bardividende	0	0	−764	0	0	0
Neubewertungsgewinne/-verluste (–) in Bezug auf leistungsdefinierte Versorgungszusagen, nach Steuern	0	0	−659	0	0	0
Nettoveränderung der aktienbasierten Vergütung in der Berichtsperiode	0	−385	0	0	0	0
Im Rahmen von aktienbasierten Vergütungsplänen ausgegebene Eigene Aktien	0	0	0	1.160	0	0
Steuervorteile im Zusammenhang mit aktienbasierten Vergütungsplänen	0	30	0	0	0	0
Zugänge zu der Verpflichtung zum Erwerb Eigener Aktien	0	0	0	0	−1	0
Abgänge von der Verpflichtung zum Erwerb Eigener Aktien	0	0	0	0	1	0
Optionsprämien und sonstige Veränderungen aus Optionen auf Deutsche Bank-Aktien	0	−49	0	0	0	0
Kauf Eigener Aktien	0	0	0	−13.648	0	0
Verkauf Eigener Aktien	0	0	0	12.535	0	0
Gewinne/Verluste (–) aus dem Verkauf Eigener Aktien	0	−49	0	0	0	0
Sonstige	0	150	−65	0	0	0
Bestand zum 31. Dezember 2013	2.610	26.204	28.376	−13	0	303
Gesamtergebnis[1]	0	0	1.663	0	0	1.372
Begebene Stammaktien	921	7.587	0	0	0	0
Gezahlte Bardividende	0	0	−765	0	0	0
Neubewertungsgewinne/-verluste (–) in Bezug auf leistungsdefinierte Versorgungszusagen, nach Steuern	0	0	5	0	0	0
Nettoveränderung der aktienbasierten Vergütung in der Berichtsperiode	0	−103	0	0	0	0
Im Rahmen von aktienbasierten Vergütungsplänen ausgegebene Eigene Aktien	0	0	0	840	0	0
Steuervorteile im Zusammenhang mit aktienbasierten Vergütungsplänen	0	−32	0	0	0	0
Zugänge zu der Verpflichtung zum Erwerb Eigener Aktien	0	0	0	0	0	0
Abgänge von der Verpflichtung zum Erwerb Eigener Aktien	0	0	0	0	0	0
Optionsprämien und sonstige Veränderungen aus Optionen auf Deutsche Bank-Aktien	0	−65	0	0	0	0
Kauf Eigener Aktien	0	0	0	−9.187	0	0
Verkauf Eigener Aktien	0	0	0	8.352	0	0
Gewinne/Verluste (–) aus dem Verkauf Eigener Aktien	0	−6	0	0	0	0
Sonstige	0	41	0	0	0	0
Bestand zum 31. Dezember 2014	3.531	33.626	29.279	−8	0	1.675

[1] Ohne Neubewertungsgewinne/-verluste in Bezug auf leistungsdefinierte Versorgungszusagen, nach Steuern.
[2] Beinhaltet den Gesamteffekt aus erstmals angewandten Rechnungslegungsvorschriften.
[3] Ohne unrealisierte Gewinne/Verluste aus nach der Equitymethode bilanzierten Beteiligungen.

Unrealisierte Gewinne/Verluste (–) aus Derivaten, die Schwankungen zukünftiger Zahlungsströme absichern, nach Steuern[3]	Unrealisierte Gewinne/Verluste (–) aus zum Verkauf bestimmten Vermögenswerten, nach Steuern	Anpassungen aus der Währungsumrechnung, nach Steuern[3]	Unrealisierte Gewinne/Verluste (–) aus nach der Equitymethode bilanzierten Beteiligungen	Kumulierte sonstige erfolgsneutrale Eigenkapitalveränderung, nach Steuern[1]	Den Deutsche Bank-Aktionären zurechenbares Eigenkapital	Zusätzliche Eigenkapitalbestandteile[4]	Anteile ohne beherrschenden Einfluss	Eigenkapital einschließlich Anteile ohne beherrschenden Einfluss
– 226	0	– 1.166	28	– 1.981	**53.390**	0	1.270	**54.660**
67	0	– 424	– 38	681	944	0	152	1.096
0	0	0	0	0	0	0	0	0
0	0	0	0	0	– 689	0	– 3	– 692
0	0	0	0	0	– 480	0	– 4	– 484
0	0	0	0	0	– 342	0	0	– 342
0	0	0	0	0	1.481	0	0	1.481
0	0	0	0	0	2	0	0	2
0	0	0	0	0	– 4	0	0	– 4
0	0	0	0	0	4	0	0	4
0	0	0	0	0	– 63	0	0	– 63
0	0	0	0	0	– 12.152	0	0	– 12.152
0	0	0	0	0	11.434	0	0	11.434
0	0	0	0	0	77	0	0	77
0	0	– 3	0	5	398	0	– 1.176[5]	– 778
– 159	0	– 1.593	– 10	– 1.294	**54.001**	0	239	**54.240**
57	2	– 1.121	63	– 1.164	– 498	0	13	– 485
0	0	0	0	0	2.961	0	0	2.961
0	0	0	0	0	– 764	0	– 13	– 777
0	0	0	0	0	– 659	0	0	– 659
0	0	0	0	0	– 385	0	0	– 385
0	0	0	0	0	1.160	0	0	1.160
0	0	0	0	0	30	0	0	30
0	0	0	0	0	– 1	0	0	– 1
0	0	0	0	0	1	0	0	1
0	0	0	0	0	– 49	0	0	– 49
0	0	0	0	0	– 13.648	0	0	– 13.648
0	0	0	0	0	12.535	0	0	12.535
0	0	0	0	0	– 49	0	0	– 49
0	0	0	0	0	85	0	8	93
– 101	2	– 2.713	53	– 2.457	**54.719**	0	247	**54.966**
181	– 2	2.865	– 35	4.380	6.043	0	54	6.097
0	0	0	0	0	8.508	0	0	8.508
0	0	0	0	0	– 765	0	– 4	– 769
0	0	0	0	0	5	0	0	5
0	0	0	0	0	– 103	0	0	– 103
0	0	0	0	0	840	0	0	840
0	0	0	0	0	– 32	0	0	– 32
0	0	0	0	0	0	0	0	0
0	0	0	0	0	0	0	0	0
0	0	0	0	0	– 65	0	0	– 65
0	0	0	0	0	– 9.187	0	0	– 9.187
0	0	0	0	0	8.352	0	0	8.352
0	0	0	0	0	– 6	0	0	– 6
0	0	0	0	0	41	4.619[6]	– 44	4.616
79	0	151	18	1.923	**68.351**	4.619	253	**73.223**

[4] Beinhaltet Zusätzliche Tier-1-Anleihen, die unbesicherte und nachrangige Anleihen der Deutschen Bank darstellen und unter IFRS als Eigenkapital klassifiziert sind.
[5] Davon circa minus 750 Mio € im Zusammenhang mit der Verminderung der Anteile ohne beherrschenden Einfluss an der Deutschen Postbank AG. Diese verminderten sich im Jahr 2012 deutlich aufgrund der Erhöhung des Anteils des Konzerns an der Postbank sowie aufgrund des Abschlusses eines Beherrschungsvertrags zwischen der Postbank und deren unmittelbarer Muttergesellschaft, DB Finanz-Holding GmbH (einer hundertprozentigen Tochtergesellschaft der Deutschen Bank AG).
[6] Beinhaltet die Nettoerlöse aus der Ausgabe, dem Rückkauf und dem Verkauf von Zusätzlichen Eigenkapitalbestandteilen.

Der nachfolgende Konzernanhang ist integraler Bestandteil des Konzernabschlusses.

Konzern-Kapitalflussrechnung

in Mio €	2014	2013	2012
Jahresüberschuss	**1.691**	681	316
Cashflow aus operativer Geschäftstätigkeit:			
Überleitung auf den Cashflow aus operativer Geschäftstätigkeit:			
Risikovorsorge im Kreditgeschäft	1.134	2.065	1.721
Restrukturierungsaufwand	133	399	394
Ergebnis aus dem Verkauf von zur Veräußerung verfügbaren finanziellen Vermögenswerten, nach der Equitymethode bilanzierten Beteiligungen und Sonstigem	− 391	− 493	− 627
Latente Ertragsteuern, netto	673	− 179	723
Abschreibungen, Wertberichtigungen und Zuschreibungen	4.567	2.443	3.236
Anteilige Gewinne aus nach der Equitymethode bilanzierten Beteiligungen	− 569	− 433	− 397
Jahresüberschuss, bereinigt um nicht liquiditätswirksamen Aufwand/Ertrag und sonstige Posten	**7.238**	4.483	5.365
Anpassungen aufgrund einer Nettoveränderung der operativen Vermögenswerte und Verbindlichkeiten:			
Verzinsliche Termineinlagen bei Kreditinstituten	8.959	55.515	1.320
Forderungen aus übertragenen Zentralbankeinlagen, aus Wertpapierpensionsgeschäften (Reverse Repos) und Wertpapierleihen	5.450	11.267	− 3.429
Zum beizulegenden Zeitwert klassifizierte finanzielle Vermögenswerte	70.639	− 27	− 6.561
Forderungen aus dem Kreditgeschäft	− 26.909	16.007	11.756
Sonstige Aktiva	− 28.812	12.048	32.249
Einlagen	1.551	− 42.281	− 25.995
Zum beizulegenden Zeitwert bewertete finanzielle Verpflichtungen und Investmentverträge	− 54.334	− 18.558	− 9.126
Verbindlichkeiten aus übertragenen Zentralbankeinlagen, aus Wertpapierpensionsgeschäften (Repos) und aus Wertpapierleihen	− 2.963	− 23.080	− 4.202
Sonstige kurzfristige Geldaufnahmen	− 17.875	− 9.529	3.335
Sonstige Passiva	22.183	− 17.625	− 11.483
Vorrangige langfristige Verbindlichkeiten	14.315	− 22.056	− 5.079
Handelsaktiva und -passiva, positive und negative Marktwerte aus derivativen Finanzinstrumenten, per Saldo	4.288	38.013	− 9.310
Sonstige, per saldo	− 4.360	3.007	− 2.794
Nettocashflow aus operativer Geschäftstätigkeit	**− 630**	7.184	− 23.954
Cashflow aus Investitionstätigkeit:			
Erlöse aus:			
Verkauf von zur Veräußerung verfügbaren finanziellen Vermögenswerten	11.974	18.054	7.476
Endfälligkeit von zur Veräußerung verfügbaren finanziellen Vermögenswerten	8.745	11.564	12.922
Verkauf von nach der Equitymethode bilanzierten Beteiligungen	124	76	163
Verkauf von Sachanlagen	133	137	197
Erwerb von:			
Zur Veräußerung verfügbaren finanziellen Vermögenswerten	− 34.158	− 31.588	− 22.170
Nach der Equitymethode bilanzierten Beteiligungen	− 78	− 21	− 14
Sachanlagen	− 669	− 513	− 614
Nettocashflow aus Unternehmensakquisitionen und -verkäufen	1.931	− 128	96
Sonstige, per saldo	− 826	− 596	− 703
Nettocashflow aus Investitionstätigkeit	**− 12.824**	− 3.015	− 2.647
Cashflow aus Finanzierungstätigkeit:			
Emission von nachrangigen langfristigen Verbindlichkeiten	101	1.217	62
Rückzahlung/Rücklauf nachrangiger langfristiger Verbindlichkeiten	− 3.142	− 2.776	− 708
Emission von hybriden Kapitalinstrumenten	49	11	17
Rückzahlung/Rücklauf hybrider Kapitalinstrumente	− 3	− 49	− 30
Kapitalerhöhung	8.508	2.961	0
Kauf Eigener Aktien	− 9.187	− 13.648	− 12.171
Verkauf Eigener Aktien	8.318	12.494	11.437
Nettoerlöse aus Zusätzlichen Eigenkapitalbestandteilen[1]	4.619	0	0
Dividendenzahlung an Anteile ohne beherrschenden Einfluss	− 4	− 13	− 3
Nettoveränderung der Anteile ohne beherrschenden Einfluss	− 17	23	− 67
Gezahlte Bardividende	− 765	− 764	− 689
Nettocashflow aus Finanzierungstätigkeit	**8.477**	− 544	− 2.152
Nettoeffekt aus Wechselkursänderungen der Zahlungsmittel und Zahlungsmitteläquivalente	**897**	− 907	39
Nettoveränderung der Zahlungsmittel und Zahlungsmitteläquivalente	− 4.080	2.718	− 28.714
Anfangsbestand der Zahlungsmittel und Zahlungsmitteläquivalente	56.041	53.321	82.032
Endbestand der Zahlungsmittel und Zahlungsmitteläquivalente	51.960	56.041	53.321
Der Cashflow aus operativer Geschäftstätigkeit beinhaltet			
Gezahlte/erhaltene (–) Ertragsteuern, netto	377	742	1.280
Gezahlte Zinsen	11.423	10.687	15.825
Erhaltene Zinsen und Dividenden	25.404	25.573	32.003
Zahlungsmittel und Zahlungsmitteläquivalente beinhalten			
Barreserve	20.055	17.155	27.877
Verzinsliche Sichteinlagen bei Banken (nicht eingeschlossen: Termineinlagen in Höhe von 31.612 Mio € per 31.12.2014 (31.12.2013: 39.097 Mio €, 31.12.2012: 95.193 Mio €))	31.905	38.886	25.444
Insgesamt	**51.960**	56.041	53.321

[1] Beinhaltet die Nettoerlöse aus der Ausgabe, dem Rückkauf und dem Verkauf von Zusätzlichen Eigenkapitalbestandteilen.

Der nachfolgende Konzernanhang ist integraler Bestandteil des Konzernabschlusses.

Konzernanhang

01 – Wesentliche Rechnungslegungsgrundsätze und -einschätzungen

Grundlage der Darstellung

Die Deutsche Bank Aktiengesellschaft („Deutsche Bank“ oder „Muttergesellschaft“) ist eine Aktiengesellschaft nach deutschem Recht. Zusammen mit den Gesellschaften, bei denen die Deutsche Bank über beherrschenden Einfluss verfügt, bietet die Deutsche Bank (der „Konzern“) weltweit das gesamte Spektrum von Produkten und Dienstleistungen im Corporate & Investment Banking, Privatkundengeschäft und Asset Management an.

Der beigefügte Konzernabschluss wird in Euro, der Berichtswährung des Konzerns, erstellt. Alle Angaben wurden auf die nächste Million gerundet. Der Konzernabschluss steht im Einklang mit den International Financial Reporting Standards („IFRS“), wie sie vom International Accounting Standards Board („IASB“) veröffentlicht und durch die Europäische Union („EU“) in europäisches Recht übernommen wurden. Die Anwendung der IFRS führt zu keinen Unterschieden zwischen den von der EU übernommenen IFRS und den vom IASB veröffentlichten IFRS.

Einige im Lagebericht enthaltene IFRS-Anhangangaben sind ein wesentlicher Bestandteil des Konzernabschlusses. Diese Angaben beinhalten die im Abschnitt „Überblick über die Geschäftsentwicklung“ des Lageberichts ausgewiesenen Segmentergebnisse und Angaben zu Ertragskomponenten auf Unternehmensebene gemäß IFRS 8, „Operating Segments“. Zusätzlich enthält der Risikobericht Angaben nach IFRS 7, „Financial Instruments: Disclosures“, zu Art und Umfang von Risiken aus Finanzinstrumenten, Angaben zum Kapital gemäß IAS 1, „Presentation of Financial Statements“, und Angaben nach IFRS 4, „Insurance Contracts“, bezüglich Versicherungsverträgen. Diese geprüften Teile sind im Lagebericht durch seitliche Klammern gekennzeichnet.

Wesentliche Änderungen in den Einschätzungen und Angaben

„Funding Valuation Adjustment“ (FVA)

Im vierten Quartal 2013 hat der Konzern die Einführung einer Bewertungsmethodik zur Berücksichtigung von marktimplizierten Refinanzierungskosten für nicht besicherte derivative Positionen abgeschlossen (üblicherweise als „Funding Valuation Adjustment“ bezeichnet). Die Einführung des Funding Valuation Adjustment ist eine Antwort auf zunehmende Belege dafür, dass die Fristigkeit der Finanzierung einen wichtigen Bestandteil des beizulegenden Zeitwerts für nicht besicherte Derivate darstellt. Der daraus resultierende Verlust von 366 Mio € wurde in der Konzern-Gewinn- und Verlustrechnung im vierten Quartal 2013 erfasst.

Zinserträge und -aufwendungen aus Forderungen und Verbindlichkeiten aus Wertpapierleihen und Provisionsüberschuss aus dem Beratungsgeschäft

Um zuvor aufgetretene Fehler zu korrigieren, passte der Konzern im vierten Quartal 2013 für das am 31. Dezember 2012 abgelaufene Geschäftsjahr Vergleichsangaben für bestimmte Positionen in der Konzern-Gewinn- und Verlustrechnung wie folgt an. Diese Anpassung hatte keine Auswirkungen auf den Zinsüberschuss, die Erträge, den Jahresüberschuss oder das den Deutsche Bank-Aktionären zurechenbare Eigenkapital.

				2012
in Mio €	Bestand wie ausgewiesen	Forderungen aus Wertpapierleihen/ Verbindlichkeiten aus Wertpapier-leihen	Provisionsüber-schuss aus dem Beratungsgeschäft	Bestand berichtigt
Zinsen und ähnliche Erträge	32.315	− 722	0	31.593
Zinsaufwendungen	− 16.341	722	0	− 15.619
Provisionsüberschuss	11.383	0	426	11.809
Ergebnis aus zum beizulegenden Zeitwert bewerteten finanziellen Vermögenswerten/Verpflichtungen	6.034	0	− 426	5.608

Zinserträge und -aufwendungen aus Forderungen und Verbindlichkeiten aus Wertpapierleihen – Rückwirkende Anpassungen zur Neudarstellung von Zinserträgen und -aufwendungen sind durchgeführt worden, um gezahlte und erhaltene Provisionen für Forderungen und Verbindlichkeiten aus Wertpapierleihegeschäften präziser darzustellen. Die Anpassung führte zu einer Verminderung des Zinsertrags und -aufwands, hatte aber keine Auswirkungen auf den Zinsüberschuss, den Jahresüberschuss oder das den Deutsche Bank-Aktionären zurechenbare Eigenkapital.

Provisionsüberschuss aus dem Beratungsgeschäft – Rückwirkende Anpassungen zur Umklassifizierung von Provisionen des Beratungsgeschäfts aus dem Ergebnis aus zum beizulegenden Zeitwert bewerteten finanziellen Vermögenswerten/Verpflichtungen in den Provisionsüberschuss sind durchgeführt worden. Im Einklang mit den Rechnungslegungsgrundsätzen des Konzerns spiegelt diese Umklassifizierung besser die Art der Provisionsüberschüsse als leistungsbasierte Aktivität wider. Die Umklassifizierung hatte keine Auswirkungen auf die Erträge, den Jahresüberschuss oder das den Deutsche Bank-Aktionären zurechenbare Eigenkapital.

Wesentliche Rechnungslegungseinschätzungen

Die Erstellung des Jahresabschlusses gemäß IFRS verlangt vom Management, Beurteilungen und Annahmen hinsichtlich bestimmter Kategorien von Vermögenswerten und Verbindlichkeiten zu treffen. Diese Beurteilungen und Annahmen beeinflussen den Ausweis von Aktiva und Passiva, von Eventualforderungen und -verbindlichkeiten am Bilanzstichtag sowie von Erträgen und Aufwendungen der Berichtsperiode. Die tatsächlichen Ergebnisse können von den Einschätzungen des Managements abweichen. Die vom Konzern angewandten wesentlichen Rechnungslegungsgrundsätze sind im Abschnitt „Wesentliche Rechnungslegungsgrundsätze“ beschrieben.

Einige der vom Konzern angewandten Rechnungslegungsgrundsätze setzen wesentliche Einschätzungen voraus, die auf komplexen und subjektiven Beurteilungen sowie Annahmen beruhen und die sich auf Fragestellungen beziehen können, die Unsicherheiten aufweisen und für Änderungen anfällig sind. Solche wesentlichen Einschätzungen können sich von Zeit zu Zeit ändern und können sich erheblich auf die Finanzlage sowie ihre Veränderung auswirken beziehungsweise das Geschäftsergebnis beeinflussen. Als wesentliche Einschätzungen gelten auch solche, die das Management in der aktuellen Berichtsperiode bei sachgerechter Ermessensausübung anders hätte treffen können. Der Konzern hat die nachstehend aufgeführten Rechnungslegungsgrundsätze, deren Anwendung in erheblichem Umfang auf Einschätzungen basiert, als wesentlich identifiziert:

— die Wertminderung assoziierter Unternehmen (siehe Abschnitt „Assoziierte Unternehmen“);
— die Wertminderung zur Veräußerung verfügbarer finanzieller Vermögenswerte (siehe Abschnitt „Finanzielle Vermögenswerte und Verpflichtungen – Zur Veräußerung verfügbare finanzielle Vermögenswerte“);
— die Ermittlung des beizulegenden Zeitwerts (siehe Abschnitt „Finanzielle Vermögenswerte und Verpflichtungen – Ermittlung des beizulegenden Zeitwerts“);
— die Erfassung des „Trade Date Profit“ (siehe Abschnitt „Finanzielle Vermögenswerte und Verpflichtungen – Erfassung des Trade Date Profit“);
— die Wertminderung von Krediten und Rückstellungen für außerbilanzielle Verpflichtungen im Kreditgeschäft (siehe Abschnitt „Wertminderung von Krediten und Rückstellungen für außerbilanzielle Verpflichtungen im Kreditgeschäft“);

— die Wertminderung des Geschäfts- oder Firmenwerts sowie sonstiger immaterieller Vermögenswerte (siehe Abschnitt „Geschäfts- oder Firmenwert und sonstige immaterielle Vermögenswerte“);
— den Ansatz und die Bewertung von aktiven latenten Steuern (siehe Abschnitt „Ertragsteuern“);
— die Bilanzierung von ungewissen Verpflichtungen aus Gerichts- und aufsichtsbehördlichen Verfahren sowie ungewissen Steuerpositionen (siehe Abschnitt „Rückstellungen“).

Wesentliche Rechnungslegungsgrundsätze

Im Folgenden werden die wesentlichen vom Konzern angewandten Rechnungslegungsgrundsätze beschrieben. Diese Grundsätze wurden in den Geschäftsjahren 2012, 2013 und 2014 mit Ausnahme der zuvor beschriebenen Änderungen konsistent angewandt.

Grundsätze der Konsolidierung

Die Finanzinformationen im Konzernabschluss beinhalten Daten der Muttergesellschaft, Deutsche Bank Aktiengesellschaft, zusammen mit ihren konsolidierten Tochtergesellschaften, unter Einbeziehung bestimmter strukturierter Unternehmen, dargestellt als eine wirtschaftliche Einheit.

Tochtergesellschaften

Tochtergesellschaften des Konzerns sind die von ihm direkt oder indirekt beherrschten Einheiten. Der Konzern beherrscht ein Unternehmen, wenn er aus seiner Verbindung mit dem Unternehmen variablen Rückflüssen ausgesetzt ist und die Fähigkeit besitzt, diese Rückflüsse mittels seiner Verfügungsgewalt zu beeinflussen.

Der Konzern unterstützt die Gründung von strukturierten Unternehmen und interagiert mit nicht von ihm gesponserten strukturierten Unternehmen aus einer Vielzahl von Gründen. Auf diese Weise können Kunden Investitionen in rechtlich selbstständige Gesellschaften oder gemeinsame Investitionen in alternative Vermögensanlagen vornehmen. Es werden aber auch die Verbriefung von Vermögenswerten und der Kauf oder Verkauf von Kreditsicherungsinstrumenten ermöglicht.

Um festzustellen, ob ein Unternehmen zu konsolidieren ist, gilt es eine Reihe von Kontrollfaktoren zu prüfen. Diese beinhalten eine Untersuchung

— des Zwecks und der Gestaltung des Unternehmens,
— der relevanten Tätigkeiten und wie diese bestimmt werden,
— ob der Konzern durch seine Rechte die Fähigkeit hat, die relevanten Tätigkeiten zu bestimmen,
— ob der Konzern eine Risikobelastung durch oder Anrechte auf variable Rückflüsse hat und
— ob der Konzern die Fähigkeit hat, seine Verfügungsgewalt so zu nutzen, dass dadurch die Höhe der Rückflüsse beeinflusst wird.

Sind Stimmrechte maßgeblich, beherrscht der Konzern ein Unternehmen, wenn er direkt oder indirekt mehr als die Hälfte der Stimmrechte an dem Unternehmen besitzt, ausgenommen es gibt Anzeichen, dass ein anderer Investor über die praktische Fähigkeit verfügt, die relevanten Tätigkeiten einseitig zu bestimmen. Einer oder mehrere der folgenden Faktoren deuten auf solche Anzeichen hin:

— Ein anderer Investor besitzt aufgrund einer Vereinbarung mit dem Konzern die Beherrschungsmöglichkeit über mehr als die Hälfte der Stimmrechte,
— ein anderer Investor besitzt aufgrund gesetzlicher Regelungen oder einer Vereinbarung die Möglichkeit zur Beherrschung der Finanzpolitik und der geschäftlichen Tätigkeiten der Beteiligung,
— ein anderer Investor beherrscht die Beteiligung aufgrund seiner Möglichkeit zur Bestellung und Abberufung der Mehrheit der Vorstandsmitglieder oder eines gleichwertigen Lenkungsorgans, oder
— ein anderer Investor beherrscht das Unternehmen aufgrund seiner Möglichkeit, über die Mehrheit der abzugebenden Stimmrechte bei einer Sitzung der Vorstandsmitglieder oder eines gleichwertigen Lenkungsorgans zu verfügen.

Bei der Beurteilung der Beherrschung werden auch potenzielle Stimmrechte berücksichtigt, soweit diese als substanziell erachtet werden.

Ähnlich beurteilt der Konzern das Vorliegen einer Beherrschung in Fällen, in denen er nicht die Mehrheit der Stimmrechte besitzt, aber die praktische Fähigkeit zur einseitigen Lenkung der relevanten Tätigkeiten hat. Diese Fähigkeit kann in Fällen entstehen, in denen der Konzern die Möglichkeit zur Beherrschung der relevanten Tätigkeiten aufgrund der Größe und Verteilung des Stimmrechtsbesitzes der Anteilseigner besitzt.

Tochterunternehmen werden ab dem Zeitpunkt konsolidiert, an dem der Konzern einen beherrschenden Einfluss erlangt. Die Konsolidierung endet mit dem Zeitpunkt, zu dem keine Möglichkeit zur beherrschenden Einflussnahme mehr vorliegt.

Der Konzern überprüft mindestens zu jedem Quartalsabschluss die Angemessenheit zuvor getroffener Konsolidierungsentscheidungen. Entsprechend erfordern diejenigen Strukturveränderungen, die zu einer Veränderung eines oder mehrerer Kontrollfaktoren führen, eine Neubewertung, wenn sie eintreten. Dazu gehören Änderungen der Entscheidungsrechte, Änderungen von vertraglichen Vereinbarungen, Änderungen der Finanzierungs-, Eigentums- oder Kapitalstrukturen sowie Änderungen nach einem auslösenden Ereignis, das in den ursprünglichen Vertragsvereinbarungen vorweggenommen wurde.

Alle konzerninternen Transaktionen, Salden und nicht realisierten Gewinne aus Transaktionen zwischen Konzerngesellschaften werden bei der Konsolidierung eliminiert.

Im Rahmen der Konzernabschlusserstellung kommen konzernweit einheitliche Rechnungslegungsgrundsätze zur Anwendung. Die Ausgabe von Aktien einer Tochtergesellschaft an Dritte wird als Anteile ohne beherrschenden Einfluss behandelt. Der den Anteilen ohne beherrschenden Einfluss zurechenbare Gewinn oder Verlust wird in der Konzern-Gewinn- und Verlustrechnung und der Konzern-Gesamtergebnisrechnung separat ausgewiesen.

Zu dem Zeitpunkt, an dem der Konzern die Beherrschung über ein Tochterunternehmen verliert, werden a) die Vermögenswerte (einschließlich eines zuzuordnenden Geschäfts- oder Firmenwerts) und Verpflichtungen des Tochterunternehmens zu deren Buchwerten ausgebucht, b) der Buchwert aller Anteile ohne beherrschenden Einfluss an dem ehemaligen Tochterunternehmen ausgebucht, c) der beizulegende Zeitwert der erhaltenen Gegenleistung sowie eventuelle Ausschüttungen der Anteile des Tochterunternehmens erfasst, d) die Anteile, die am ehemaligen Tochterunternehmen behalten werden, zum beizulegenden Zeitwert erfasst und e) jede daraus resultierende Differenz als ein Gewinn oder Verlust in der Konzern-Gewinn- und Verlustrechnung erfasst. In früheren Perioden in den Sonstigen erfolgsneutralen Eigenkapitalveränderungen erfasste Beträge, die im Zusammenhang mit dieser Tochtergesellschaft stehen, werden in die Konzern-Gewinn- und Verlustrechnung oder, falls durch andere IFRS gefordert, direkt in die Gewinnrücklagen umgebucht.

Assoziierte Unternehmen

Ein assoziiertes Unternehmen ist ein Unternehmen, bei welchem der Konzern über maßgeblichen Einfluss verfügt, aber keinen beherrschenden Einfluss auf die finanz- und geschäftspolitischen Entscheidungen besitzt. In der Regel wird ein maßgeblicher Einfluss vermutet, wenn der Konzern zwischen 20 % und 50 % der Stimmrechte hält. Bei der Beurteilung, ob der Konzern die Möglichkeit besitzt, einen maßgeblichen Einfluss auf ein anderes Unternehmen auszuüben, werden die Existenz sowie der Effekt potenzieller Stimmrechte, die aktuell ausübbar oder wandelbar sind, berücksichtigt. Weitere Faktoren, die zur Beurteilung eines maßgeblichen Einflusses herangezogen werden, sind beispielsweise die Vertretung in Leitungs- und Aufsichtsgremien (bei deutschen Aktiengesellschaften im Aufsichtsrat) des Beteiligungsunternehmens sowie wesentliche Geschäftsvorfälle mit dem Beteiligungsunternehmen. Liegen solche Faktoren vor, könnte die Anwendung der Equitymethode auch dann erforderlich sein, wenn die Beteiligung des Konzerns weniger als 20 % der Stimmrechte umfasst.

Anteile an assoziierten Unternehmen werden nach der Equitymethode bilanziert. Der Anteil des Konzerns an den Ergebnissen assoziierter Unternehmen wird angepasst, um mit den Rechnungslegungsgrundsätzen des Konzerns übereinzustimmen, und in der Konzern-Gewinn- und Verlustrechnung im Ergebnis aus nach der Equitymethode bilanzierten Beteiligungen ausgewiesen. Der Anteil des Konzerns an den Gewinnen und Verlusten des assoziierten Unternehmens, die aus konzerninternen Verkäufen resultieren, wird bei der Konsolidierung eliminiert.

Wenn der Konzern zuvor einen Eigenkapitalanteil (zum Beispiel einen zur Veräußerung verfügbaren finanziellen Vermögenswert) gehalten hat und nun maßgeblichen Einfluss auf das Unternehmen ausüben kann, wird der zuvor gehaltene Eigenkapitalanteil zum beizulegenden Zeitwert neu bewertet und ein daraus gegebenenfalls resultierender Gewinn oder Verlust in der Konzern-Gewinn- und Verlustrechnung erfasst. In früheren Perioden in den Sonstigen erfolgsneutralen Eigenkapitalveränderungen erfasste Beträge, die im Zusammenhang mit dem Eigenkapitalanteil stehen, werden zum Erwerbszeitpunkt in die Konzern-Gewinn- und Verlustrechnung umgebucht, wie dies erforderlich wäre, wenn der Konzern den zuvor gehaltenen Eigenkapitalanteil veräußert hätte.

Nach der Equitymethode werden die Anteile des Konzerns an assoziierten Unternehmen und gemeinschaftlich geführten Unternehmen anfänglich mit ihren Anschaffungskosten angesetzt (inklusive direkt zurechenbarer Transaktionskosten, die beim Erwerb des assoziierten Unternehmens entstehen) und nachfolgend um den Anteil des Konzerns an dem nach der Akquisition anfallenden Gewinn (oder Verlust) oder an sonstigen Reinvermögensänderungen des betreffenden assoziierten oder gemeinschaftlich geführten Unternehmens erhöht (oder vermindert). Der Geschäfts- oder Firmenwert, der bei der Akquisition eines assoziierten oder gemeinschaftlich geführten Unternehmens entsteht, ist im Buchwert der Beteiligung (abzüglich aufgelaufener Verluste aus Wertminderungen) enthalten. Daher erfolgt keine separate Überprüfung des Geschäfts- oder Firmenwerts auf Wertminderung. Stattdessen wird die Beteiligung insgesamt auf eine etwaige Wertminderung hin überprüft.

Wenn der Konzern den maßgeblichen Einfluss auf ein assoziiertes oder gemeinschaftlich geführtes Unternehmen verliert, wird ein Gewinn oder Verlust aus der Veräußerung der nach der Equitymethode bilanzierten Beteiligung erfasst, der der Differenz zwischen der Summe aus dem beizulegenden Zeitwert des zurückbehaltenen Investments und den Veräußerungserlösen und dem Buchwert des Investments zu diesem Zeitpunkt entspricht. In früheren Perioden in den Sonstigen erfolgsneutralen Eigenkapitalveränderungen erfasste Beträge, die im Zusammenhang mit dem assoziierten Unternehmen stehen, werden auf gleicher Grundlage bilanziert, als hätte die Beteiligung die entsprechenden Vermögenswerte und Verpflichtungen direkt veräußert.

An jedem Bilanzstichtag beurteilt der Konzern, inwiefern objektive Hinweise auf eine Wertminderung einer Beteiligung an einem assoziierten Unternehmen vorliegen. Wenn objektive Hinweise auf eine Wertminderung vorliegen, wird eine Werthaltigkeitsprüfung durchgeführt, indem der erzielbare Betrag der Beteiligung, der dem jeweils höheren Wert aus dem Nutzungswert und dem beizulegenden Zeitwert abzüglich Verkaufskosten entspricht, mit deren Bilanzwert verglichen wird. Ein in Vorperioden erfasster Wertminderungsverlust wird nur rückgängig gemacht, wenn sich die bei der Bestimmung des erzielbaren Betrags der Beteiligung zugrunde liegenden Annahmen seit der letzten Erfassung eines Wertminderungsverlusts geändert haben. In diesem Fall wird der Bilanzwert der Beteiligung auf ihren höheren erzielbaren Betrag zugeschrieben.

Wesentliche Rechnungslegungseinschätzungen – Da die Beurteilung, ob objektive Hinweise auf eine Wertminderung vorliegen, wesentliche Einschätzungen des Managements erfordern kann und sich die Einschätzungen von Wertminderungen im Zeitablauf in Abhängigkeit von zukünftigen Ereignissen, deren Eintritt unsicher ist, ändern können, werden diese als wesentlich erachtet.

Währungsumrechnung

Der Konzernabschluss wird in Euro, der Berichtswährung des Konzerns, erstellt. Eine Reihe von Konzerngesellschaften verwendet eine andere funktionale Währung, die der Währung des wirtschaftlichen Umfelds entspricht, in dem die Gesellschaft tätig ist.

Eine Gesellschaft bilanziert Erträge, Aufwendungen, Gewinne und Verluste in Fremdwährung in ihrer jeweiligen funktionalen Währung und legt die am Tag der bilanziellen Erfassung geltenden Wechselkurse zugrunde.

Monetäre Vermögenswerte und Verbindlichkeiten, die auf eine andere als die funktionale Währung der jeweiligen Einzelgesellschaft lauten, werden mit dem Kurs am Bilanzstichtag umgerechnet. Realisierte und unrealisierte Wechselkursgewinne und -verluste werden in der Konzern-Gewinn- und Verlustrechnung im Ergebnis aus zum beizulegenden Zeitwert bewerteten finanziellen Vermögenswerten/Verpflichtungen ausgewiesen, um die Umrechnungsbeträge den erfassten Beträgen aus den zugehörigen währungsspezifischen Transaktionen (Derivate), die diese monetären Vermögenswerte und Verbindlichkeiten absichern, anzugleichen.

Nicht-monetäre Posten, die zu historischen Anschaffungskosten bewertet werden, werden zum historischen Kurs am Tag des Geschäftsvorfalls umgerechnet. Umrechnungsdifferenzen aus nicht-monetären Posten, die zum beizulegenden Zeitwert bewertet werden, werden erfolgswirksam erfasst. Umrechnungsdifferenzen aus nicht-monetären Posten, die als zur Veräußerung verfügbare finanzielle Vermögenswerte klassifiziert sind (Eigenkapitaltitel), werden in den Sonstigen erfolgsneutralen Eigenkapitalveränderungen erfasst. Bei der Veräußerung eines solchen Vermögenswerts werden die kumulierten Umrechnungsdifferenzen in die Konzern-Gewinn- und Verlustrechnung übertragen und sind Bestandteil des dort ausgewiesenen Gesamtgewinns oder -verlusts aus der Veräußerung des Vermögenswerts.

Zum Zweck der Umrechnung in die Berichtswährung werden Vermögenswerte, Verbindlichkeiten sowie das Eigenkapital von ausländischen Geschäftsbetrieben zum Bilanzstichtagskurs umgerechnet. Die Ertrags- und Aufwandsposten werden zu den bei Abschluss der Transaktion geltenden Wechselkursen oder zu Durchschnittskursen, sofern diese annähernd einer Umrechnung zu Transaktionskursen entsprechen, in Euro umgerechnet. Wechselkursdifferenzen infolge der Umrechnung eines ausländischen Geschäftsbetriebs werden in den Sonstigen erfolgsneutralen Eigenkapitalveränderungen erfasst. Wechselkursdifferenzen, die den Anteilen ohne beherrschenden Einfluss bei ausländischen Tochtergesellschaften zuzurechnen sind, werden unter den Anteilen ohne beherrschenden Einfluss ausgewiesen.

Beim Verkauf einer ausländischen Tochtergesellschaft oder eines ausländischen assoziierten Unternehmens, das heißt beim Verlust der Beherrschung oder des maßgeblichen Einflusses über diesen Geschäftsbetrieb, werden die in den Sonstigen erfolgsneutralen Eigenkapitalveränderungen erfassten kumulierten Umrechnungsdifferenzen in die Konzern-Gewinn- und Verlustrechnung umgegliedert.

Bei der Teilveräußerung einer ausländischen Tochtergesellschaft ohne Verlust der Beherrschung wird der proportionale Anteil der kumulierten Wechselkursdifferenzen aus den Sonstigen erfolgsneutralen Eigenkapitalveränderungen in Anteile ohne beherrschenden Einfluss umgebucht, da es sich um eine Transaktion zwischen Eigenkapitalgebern handelt. Bei der Teilveräußerung eines assoziierten Unternehmens ohne Verlust des maßgeblichen Einflusses wird der proportionale Anteil der kumulierten Wechselkursdifferenzen aus den Sonstigen erfolgsneutralen Eigenkapitalveränderungen in die Konzern-Gewinn- und Verlustrechnung umgegliedert.

Zinsen, Gebühren und Provisionen

Erträge werden berücksichtigt, wenn die Höhe der Erträge und der dazugehörigen Aufwendungen verlässlich bestimmbar ist, der wirtschaftliche Nutzen der Transaktion mit großer Wahrscheinlichkeit realisiert wird und der Fertigstellungsgrad der Transaktion verlässlich bestimmt werden kann. Dieses Konzept wird auf die wesentlichen ertragsgenerierenden Konzernaktivitäten wie folgt angewandt:

Zinsüberschuss – Zinsen aus allen verzinslichen Vermögenswerten und Verbindlichkeiten werden nach der Effektivzinsmethode erfasst und im Zinsüberschuss ausgewiesen. Die Effektivzinsmethode ist ein Verfahren zur Berechnung der fortgeführten Anschaffungskosten eines finanziellen Vermögenswerts oder einer finanziellen Verbindlichkeit, bei dem Zinserträge oder Zinsaufwendungen unter Verwendung der erwarteten zukünftigen Cashflows über den relevanten Zeitraum verteilt werden. Die zur Berechnung des Effektivzinses herangezogenen Cashflows berücksichtigen alle vertraglichen Vereinbarungen im Zusammenhang mit dem Vermögens-

wert oder der Verbindlichkeit sowie alle Gebühren, die integraler Teil des Effektivzinssatzes sind, die direkten und inkrementellen Transaktionskosten sowie alle sonstigen Agios und Disagios.

Sobald eine Wertminderung für einen Kredit oder ein zur Veräußerung verfügbares festverzinsliches Schuldinstrument erfasst ist, wird die Zinsabgrenzung auf Basis der vertraglichen Bedingungen des Finanzinstruments eingestellt. Dessen ungeachtet erfolgt die Erfassung von Zinserträgen auf Basis des Zinssatzes, der zur Abzinsung zukünftiger Cashflows für die Ermittlung des Wertminderungsverlusts verwendet wurde. Bei einem Kredit würde der ursprüngliche Effektivzinssatz verwendet. Bei einem zur Veräußerung verfügbaren festverzinslichen Schuldinstrument hingegen würde jeweils bei Vorliegen eines Wertminderungsbedarfs ein neuer Effektivzinssatz festgelegt, da die Wertminderung auf Basis des beizulegenden Zeitwerts bemessen wird und somit auf dem aktuellen Marktzinssatz beruht.

Provisionsüberschuss – Die Erfassung von Provisionserträgen richtet sich nach dem Zweck, für den diese erhoben wurden, sowie nach der Bilanzierungsmethode für mögliche zugehörige Finanzinstrumente. In den Fällen, in denen ein zugehöriges Finanzinstrument existiert, werden Provisionen, die integraler Bestandteil des Effektivzinssatzes dieses Finanzinstruments sind, in die Bestimmung des Effektivzinses einbezogen. Sofern jedoch das Finanzinstrument zum beizulegenden Zeitwert bewertet wird, werden die zugehörigen Provisionen ergebniswirksam zum Zeitpunkt des erstmaligen Ansatzes des Finanzinstruments vereinnahmt, wenn der Bestimmung ihres beizulegenden Zeitwerts keine signifikanten unbeobachtbaren Eingangsparameter zugrunde liegen. Die Vereinnahmung von Gebühren für Leistungen, die über einen bestimmten Zeitraum erbracht werden, erfolgt über die Periode der Leistungserbringung. Gebühren, die mit der vollständigen Erbringung einer bestimmten Dienstleistung oder einem signifikanten Ereignis verbunden sind, werden vereinnahmt, wenn die Dienstleistung vollständig erbracht wurde oder das signifikante Ereignis eingetreten ist.

Kreditbereitstellungsgebühren im Zusammenhang mit Zusagen, die nicht als zum beizulegenden Zeitwert bewertet bilanziert werden, werden über die Laufzeit der Zusage im Provisionsüberschuss erfasst, wenn es unwahrscheinlich ist, dass die zugehörige Kreditvergabe erfolgen wird. Wenn es wahrscheinlich ist, dass der zugesagte Kredit in Anspruch genommen wird, wird die Kreditbereitstellungsgebühr bis zur Gewährung eines Kredits abgegrenzt und als Anpassung des Effektivzinssatzes des Darlehens berücksichtigt.

Leistungsabhängige Provisionen oder Provisionskomponenten werden erfasst, wenn die Leistungskriterien erfüllt sind.

Die folgenden Provisionserträge resultieren primär aus über einen bestimmten Zeitraum erbrachten Dienstleistungen: Investmentfondsmanagement-, Treuhand-, Depot-, Portfolio-, sonstige Verwaltungs- und Beratungsprovisionen sowie kreditbezogene Gebühren und Provisionserträge. Zu den Provisionen, die primär über die Erbringung von transaktionsbezogenen Serviceleistungen erzielt werden, gehören Provisionen aus dem Emissionsgeschäft, dem Corporate Finance- sowie dem Brokeragegeschäft.

Aufwendungen, die im direkten und inkrementellen Zusammenhang mit der Generierung von Provisionseinnahmen stehen, werden netto im Provisionsüberschuss gezeigt.

Vertragsverhältnisse, die Lieferungen mehrerer Dienstleistungen oder Produkte vorsehen – Für Vertragsverhältnisse, bei denen sich der Konzern zur Lieferung mehrerer Produkte, Dienstleistungen oder Rechte an einen Vertragspartner verpflichtet, ist zu untersuchen, ob die insgesamt erhaltene Gebühr für Zwecke der Ertragsrealisierung aufgeteilt und den verschiedenen Komponenten des Vertragsverhältnisses zugeordnet werden sollte. Vom Konzern durchgeführte strukturierte Transaktionen sind die wichtigsten Beispiele für solche Arrangements und werden auf Einzeltransaktionsbasis untersucht. Diese Untersuchung berücksichtigt den Wert der bereits gelieferten Elemente und Leistungen, um sicherzustellen, dass das andauernde Engagement des Konzerns in Bezug auf andere Aspekte des Vertragsverhältnisses nicht wesentlich für die bereits erbrachten Dienstleistungen oder Produkte ist. Es werden außerdem der Wert der noch nicht gelieferten Elemente und, sofern Rückgaberechte für die gelieferten Elemente bestehen, die Wahrscheinlichkeit der Erbringung der verbleibenden, noch nicht gelieferten Elemente überprüft. Sofern festgestellt wird, dass es angemessen ist, die

Teilelemente als separate Komponenten zu betrachten, wird die erhaltene Gegenleistung auf Basis der relativen Werte der einzelnen Elemente aufgeteilt.

Liegt für den Wert der gelieferten Elemente kein verlässlicher und objektiver Nachweis vor oder ist ein individuelles Element mit dem beizulegenden Zeitwert anzusetzen, wird der Residualansatz verwendet. Unter dem Residualansatz entspricht der für die gelieferte Leistung zu vereinnahmende Ertrag dem Restbetrag, der verbleibt, nachdem ein angemessener Ertrag allen anderen Komponenten des Gesamtarrangements zugeordnet worden ist.

Finanzielle Vermögenswerte und Verpflichtungen

Der Konzern teilt seine finanziellen Vermögenswerte und Verpflichtungen in die nachstehenden Kategorien ein: zum beizulegenden Zeitwert bewertete finanzielle Vermögenswerte und Verpflichtungen, Forderungen aus dem Kreditgeschäft, zur Veräußerung verfügbare finanzielle Vermögenswerte und sonstige finanzielle Verpflichtungen. Der Konzern klassifiziert seine finanziellen Vermögenswerte nicht als „bis zur Endfälligkeit gehalten“. Die angemessene Klassifizierung von finanziellen Vermögenswerten und Verpflichtungen wird zum Zeitpunkt des erstmaligen Bilanzansatzes oder der Umwidmung festgelegt.

Finanzinstrumente, die als zum beizulegenden Zeitwert bewertet eingestuft werden, beziehungsweise finanzielle Vermögenswerte, die als zur Veräußerung verfügbar klassifiziert werden, werden am Handelstag erfasst oder ausgebucht. Als Handelstag gilt das Datum, an dem sich der Konzern dazu verpflichtet, die betreffenden Vermögenswerte zu kaufen oder zu verkaufen respektive die finanziellen Verpflichtungen zu begeben oder zurückzuerwerben.

Zum beizulegenden Zeitwert bewertete finanzielle Vermögenswerte und Verpflichtungen

Der Konzern klassifiziert bestimmte finanzielle Vermögenswerte und Verpflichtungen zum Zeitpunkt der Ersterfassung entweder als zu Handelszwecken gehalten oder als zum beizulegenden Zeitwert bewertet. Diese finanziellen Vermögenswerte und Verpflichtungen werden zum beizulegenden Zeitwert angesetzt und als zum beizulegenden Zeitwert bewertete finanzielle Vermögenswerte beziehungsweise Verpflichtungen dargestellt. Die entsprechenden realisierten und unrealisierten Gewinne/Verluste sind im Ergebnis aus zum beizulegenden Zeitwert bewerteten finanziellen Vermögenswerten/Verpflichtungen enthalten. Für zum beizulegenden Zeitwert bewertete Finanzinstrumente werden Zinsen aus verzinslichen Aktiva wie Handelskrediten und festverzinslichen Wertpapieren sowie Dividenden aus Aktien in den Zinsen und ähnlichen Erträgen ausgewiesen.

Handelsaktiva und -passiva – Finanzinstrumente werden als zu Handelszwecken gehalten klassifiziert, wenn sie hauptsächlich für den Zweck der kurzfristigen Veräußerung begeben oder erworben oder zum Zweck des kurzfristigen Rückkaufs eingegangen wurden oder wenn sie Teil eines Portfolios eindeutig identifizierter und gemeinsam gesteuerter Finanzinstrumente sind, für die in der jüngeren Vergangenheit Nachweise hinsichtlich kurzfristiger Gewinnmitnahmen bestehen. Zu den Handelsaktiva gehören Schuldtitel, Aktien, zu Handelszwecken gehaltene Derivate, Rohwaren und Handelskredite. Diese beinhalten auch vom Warenterminhandelsbereich des Konzerns gehaltene physische Rohstoffe, die zum beizulegenden Zeitwert, vermindert um Veräußerungskosten, bewertet werden. Handelspassiva umfassen hauptsächlich Verbindlichkeiten aus Derivategeschäften und Shortpositionen.

Zum beizulegenden Zeitwert klassifizierte finanzielle Vermögenswerte und Verpflichtungen – Bestimmte finanzielle Vermögenswerte und Verpflichtungen, die nicht die Definition von Handelsaktiva und -passiva erfüllen, werden nach der Fair Value Option als zum beizulegenden Zeitwert bewertet klassifiziert. Diese Vermögenswerte und Verpflichtungen müssen eine der folgenden Bedingungen erfüllen: (1) Durch die Klassifizierung werden Inkongruenzen bei der Bewertung oder beim Ansatz beseitigt oder erheblich verringert; (2) eine Gruppe finanzieller Vermögenswerte und/oder finanzieller Verpflichtungen wird gemäß einer dokumentierten Risikomanagement- oder Anlagestrategie auf Basis des beizulegenden Zeitwerts gesteuert und ihre Wertentwicklung auf dieser Basis gemessen; oder (3) das Finanzinstrument enthält ein eingebettetes Derivat oder mehrere eingebettete Derivate. Letzteres gilt nicht, wenn (a) das eingebettete Derivat keine wesentliche Modifizierung der nach Maßgabe des Vertrags erforderlichen Cashflows bewirkt oder (b) ohne jegliche oder

bereits nach oberflächlicher Prüfung feststeht, dass eine Trennung verboten ist. Darüber hinaus sieht der Konzern eine Klassifizierung als zum beizulegenden Zeitwert bewertet nur für diejenigen Finanzinstrumente vor, für die der beizulegende Zeitwert verlässlich bestimmbar ist. Zu den finanziellen Vermögenswerten und Verpflichtungen, die nach der Fair Value Option als zum beizulegenden Zeitwert bewertet klassifiziert werden, zählen Repos und Reverse Repos, bestimmte Kredite und Kreditzusagen, Schuldtitel und Aktien sowie Verbindlichkeiten aus strukturierten Schuldverschreibungen.

Kreditzusagen

Bestimmte Kreditzusagen werden als zu Handelszwecken gehaltene Derivate oder nach der Fair Value Option als zum beizulegenden Zeitwert bewertet klassifiziert. Alle anderen Kreditzusagen werden bilanziell nicht erfasst. Daher werden für diese außerbilanziellen Kreditzusagen Änderungen des beizulegenden Zeitwerts infolge von Änderungen der Zinssätze oder Risikoaufschläge nicht berücksichtigt. Jedoch werden diese außerbilanziellen Kreditzusagen, wie im Abschnitt „Wertminderung von Krediten und Rückstellungen für außerbilanzielle Verpflichtungen im Kreditgeschäft“ ausgeführt, individuell und, sofern angemessen, kollektiv auf Wertminderung untersucht.

Forderungen aus dem Kreditgeschäft

Kredite umfassen selbst begebene und erworbene nicht-derivative finanzielle Vermögenswerte mit festen oder bestimmbaren Zahlungen. Diese finanziellen Vermögenswerte werden weder an einem aktiven Markt gehandelt noch als zum beizulegenden Zeitwert bewertete oder als zur Veräußerung verfügbare finanzielle Vermögenswerte klassifiziert. Ein aktiver Markt liegt vor, wenn notierte Preise an einer Börse, von einem Händler, Broker, einer Branchengruppe, einem Pricingservice oder einer Aufsichtsbehörde leicht und regelmäßig erhältlich sind und diese Preise aktuelle und regelmäßig auftretende Markttransaktionen wie unter unabhängigen Dritten darstellen.

Kredite, die nicht im Rahmen eines Unternehmenszusammenschlusses oder separat erworben wurden, werden bei der Ersterfassung zum Transaktionspreis ausgewiesen, der dem dem Kreditnehmer zur Verfügung gestellten Geldbetrag entspricht. Der Transaktionspreis repräsentiert den beizulegenden Zeitwert des Kredits. Der Buchwert von Krediten bei Ersterfassung beinhaltet außerdem den Saldo aus direkten und inkrementellen Transaktionskosten und Provisionen. In der Folge werden die Kredite zu fortgeführten Anschaffungskosten unter Anwendung der Effektivzinsmethode, reduziert um Wertminderungen, bewertet.

Kredite, die entweder im Rahmen eines Unternehmenszusammenschlusses oder separat erworben wurden, werden zunächst mit ihrem beizulegenden Zeitwert zum Erwerbszeitpunkt erfasst. Entsprechendes gilt auch für Kredite von erworbenen Unternehmen, bei denen ein Wertminderungsverlust vor dem Zeitpunkt des erstmaligen Bilanzansatzes durch den Konzern entstanden ist. Der beizulegende Zeitwert zum Erwerbszeitpunkt wird zur neuen Grundlage der fortgeführten Anschaffungskosten und spiegelt die erwarteten Cashflows wider, die die Kreditwürdigkeit dieser Kredite inklusive eingetretener Verluste berücksichtigen. Die Erfassung von Zinserträgen erfolgt nach der Effektivzinsmethode. Nach dem Erwerbszeitpunkt beurteilt der Konzern, inwiefern in Übereinstimmung mit den im Abschnitt „Wertminderung von Krediten und Rückstellungen für außerbilanzielle Verpflichtungen im Kreditgeschäft“ dargelegten Bilanzierungsgrundsätzen objektive Hinweise auf eine Wertminderung vorliegen. Sobald ein Kredit als wertgemindert identifiziert ist, wird eine Wertberichtigung für Kreditausfälle mit entsprechender Gegenbuchung des Verlustbetrags als Bestandteil der Risikovorsorge im Kreditgeschäft in der Konzern-Gewinn- und Verlustrechnung erfasst. Auflösungen der Risikovorsorge für nach dem Zeitpunkt des erstmaligen Bilanzansatzes erfasste Wertberichtigungen sind im Aufwandsposten „Risikovorsorge im Kreditgeschäft“ enthalten. Nachfolgende Verbesserungen der Kreditwürdigkeit für nicht mit einer Risikovorsorge behaftete Kredite über ihren Buchwert zum Erwerbszeitpunkt hinaus werden unmittelbar als Anpassung des aktuellen Buchwerts der Kredite erfasst und der korrespondierende Gewinn wird in den Zinserträgen erfasst.

Zur Veräußerung verfügbare finanzielle Vermögenswerte

Finanzielle Vermögenswerte, die weder als zum beizulegenden Zeitwert bewertete finanzielle Vermögenswerte noch als Forderungen aus dem Kreditgeschäft klassifiziert werden, werden als zur Veräußerung verfügbare finanzielle Vermögenswerte eingestuft. Zur Veräußerung verfügbare finanzielle Vermögenswerte werden zunächst mit ihrem beizulegenden Zeitwert zuzüglich der dem Kauf direkt zuordenbaren Transaktionskosten angesetzt. Auflösungen von Agios und Disagios werden im Zinsüberschuss ausgewiesen. Zukünftige Änderungen des beizulegenden Zeitwerts werden in den Sonstigen erfolgsneutralen Eigenkapitalveränderungen ausgewiesen – es sei denn, sie sind Gegenstand einer Absicherung des beizulegenden Zeitwerts. In diesem Fall werden Änderungen des beizulegenden Zeitwerts, die auf das abgesicherte Risiko zurückzuführen sind, in den Sonstigen Erträgen berücksichtigt. Bei monetären zur Veräußerung verfügbaren finanziellen Vermögenswerten (Schuldtiteln) werden Änderungen des Buchwerts, die auf Wechselkursänderungen zurückzuführen sind, ergebniswirksam erfasst, während sonstige Änderungen des Buchwerts wie oben beschrieben in den Sonstigen erfolgsneutralen Eigenkapitalveränderungen ausgewiesen werden. Bei nicht-monetären zur Veräußerung verfügbaren finanziellen Vermögenswerten (Eigenkapitalinstrumenten) beinhaltet die in den Sonstigen erfolgsneutralen Eigenkapitalveränderungen berücksichtigte Wertänderung auch den Fremdwährungsbestandteil.

Für Eigenkapitalinstrumente, die als zur Veräußerung verfügbare finanzielle Vermögenswerte klassifiziert wurden, stellt ein signifikanter oder dauerhafter Rückgang des beizulegenden Zeitwerts der Investition unter die Anschaffungskosten einen objektiven Wertminderungshinweis dar. Für Schuldtitel, die als zur Veräußerung verfügbare finanzielle Vermögenswerte klassifiziert wurden, wird das Vorliegen einer Wertminderung auf Basis der gleichen Kriterien wie für Kredite bestimmt.

Wenn ein Wertminderungshinweis vorliegt, sind sämtliche Beträge, die zuvor in den Sonstigen erfolgsneutralen Eigenkapitalveränderungen erfasst wurden, in die Konzern-Gewinn- und Verlustrechnung für die Berichtsperiode umzugliedern und im Ergebnis aus zur Veräußerung verfügbaren finanziellen Vermögenswerten zu erfassen. Der aus den Kumulierten sonstigen erfolgsneutralen Eigenkapitalveränderungen umzugliedernde Wertminderungsverlust des Berichtszeitraums entspricht der Differenz zwischen den Anschaffungskosten (gekürzt um Tilgungen und Amortisationen) und dem aktuellen beizulegenden Zeitwert abzüglich zuvor ergebniswirksam erfasster Wertminderungsverluste dieses Vermögenswerts.

Nachfolgende Rückgänge des beizulegenden Zeitwerts eines wertgeminderten zur Veräußerung verfügbaren Schuldtitels werden erfolgswirksam erfasst, da sie als weitere Wertminderung angesehen werden. Nachfolgende Erhöhungen des beizulegenden Zeitwerts werden ebenfalls erfolgswirksam erfasst, bis der Vermögenswert nicht länger als wertgemindert angesehen wird. Ein zur Veräußerung verfügbarer Schuldtitel wird nicht länger als wertgemindert eingestuft, wenn sein beizulegender Zeitwert sich mindestens bis zur Höhe der ohne Berücksichtigung einer Wertminderung bestehenden fortgeführten Anschaffungskosten erholt hat. Nachfolgende Änderungen des beizulegenden Zeitwerts werden in den Sonstigen erfolgsneutralen Eigenkapitalveränderungen erfasst.

Wertminderungen von zur Veräußerung verfügbaren Eigenkapitalinstrumenten werden nicht ergebniswirksam rückgängig gemacht; Erhöhungen des beizulegenden Zeitwerts nach einer Wertminderung werden in den Sonstigen erfolgsneutralen Eigenkapitalveränderungen erfasst.

Realisierte Gewinne und Verluste werden als Ergebnis aus zur Veräußerung verfügbaren finanziellen Vermögenswerten ausgewiesen. Bei der Ermittlung der Anschaffungskosten für zur Veräußerung verfügbare finanzielle Vermögenswerte wird im Allgemeinen die Methode der gewichteten Durchschnittskosten herangezogen. Bislang in den Sonstigen erfolgsneutralen Eigenkapitalveränderungen erfasste unrealisierte Gewinne und Verluste werden bei Verkauf eines zur Veräußerung verfügbaren finanziellen Vermögenswerts in der Konzern-Gewinn- und Verlustrechnung erfasst und im Ergebnis aus zur Veräußerung verfügbaren finanziellen Vermögenswerten ausgewiesen.

Wesentliche Rechnungslegungseinschätzungen – Da die Beurteilung, ob objektive Hinweise auf eine Wertminderung von zur Veräußerung verfügbaren finanziellen Vermögenswerten vorliegen, wesentliche Einschätzungen des Managements erfordern kann und sich die Einschätzungen von Wertminderungen im Zeitablauf in Abhängigkeit von zukünftigen Ereignissen, deren Eintritt unsicher ist, ändern können, werden diese als wesentlich erachtet. Weitere Informationen über zur Veräußerung verfügbare finanzielle Vermögenswerte sind in Anhangangabe 7 „Ergebnis aus zur Veräußerung verfügbaren finanziellen Vermögenswerten“ enthalten.

Finanzielle Verpflichtungen

Mit Ausnahme der zum beizulegenden Zeitwert bewerteten finanziellen Verpflichtungen werden finanzielle Verpflichtungen zu fortgeführten Anschaffungskosten unter Anwendung der Effektivzinsmethode bewertet.

Finanzielle Verpflichtungen umfassen emittierte langfristige und kurzfristige Schuldtitel, die bei Ersterfassung zum beizulegenden Zeitwert bewertet werden, welcher dem erhaltenen Gegenwert abzüglich der entstandenen Transaktionskosten entspricht. Rückkäufe von am Markt platzierten Schuldtiteln gelten als Tilgung. Bei Rückkäufen entstehende Gewinne oder Verluste werden in der Konzern-Gewinn- und Verlustrechnung erfasst. Ein späterer Verkauf eigener Schuldverschreibungen am Markt wird als Neuplatzierung von Schuldtiteln behandelt.

Umwidmung von finanziellen Vermögenswerten

Der Konzern kann bestimmte finanzielle Vermögenswerte aus den Kategorien „Zum beizulegenden Zeitwert bewertete finanzielle Vermögenswerte (Handelsaktiva)“ und „Zur Veräußerung verfügbare finanzielle Vermögenswerte“ in die Kategorie „Forderungen aus dem Kreditgeschäft“ umgliedern. Für die umzuklassifizierenden Vermögenswerte muss sich seit deren erstmaligem Ansatz die vom Management festgelegte Zweckbestimmung geändert haben und der finanzielle Vermögenswert am Umwidmungsstichtag die Definition einer Forderung aus dem Kreditgeschäft erfüllen. Außerdem müssen am Umwidmungsstichtag die Absicht und die Möglichkeit bestehen, die umgewidmeten Vermögenswerte auf absehbare Zeit zu halten.

Finanzielle Vermögenswerte werden zu ihrem beizulegenden Zeitwert am Umwidmungsstichtag umgebucht. Gewinne oder Verluste, die bereits in der Konzern-Gewinn- und Verlustrechnung erfasst wurden, werden nicht rückgängig gemacht. Der beizulegende Zeitwert des Finanzinstruments am Umwidmungsstichtag repräsentiert die neuen fortgeführten Anschaffungskosten des Instruments. Die erwarteten Cashflows des Finanzinstruments werden am Umbuchungsstichtag geschätzt und diese Schätzungen zur Berechnung der neuen Effektivverzinsung der Instrumente verwendet. Erhöhen sich zu einem späteren Zeitpunkt die erwarteten zukünftigen Cashflows der umklassifizierten Vermögenswerte aufgrund einer Werterholung, wird der Effekt dieser Erhöhung als Anpassung der Effektivverzinsung und nicht als Anpassung des Buchwerts zum Zeitpunkt der Änderung der Schätzung berücksichtigt. Bei einem anschließenden Rückgang der erwarteten zukünftigen Cashflows wird der Vermögenswert auf Vorliegen einer Wertminderung analysiert, wie im Abschnitt „Wertminderung von Krediten und Rückstellungen für außerbilanzielle Verpflichtungen im Kreditgeschäft“ erläutert. Jede Änderung des zeitlichen Anfalls der Cashflows der umklassifizierten Vermögenswerte, die nicht als wertgemindert erachtet werden, wird durch Anpassung des Buchwerts erfasst.

Bei Instrumenten, die aus den zur Veräußerung verfügbaren finanziellen Vermögenswerten in die Forderungen aus dem Kreditgeschäft umklassifiziert wurden, wird der in den Sonstigen erfolgsneutralen Eigenkapitalveränderungen erfasste unrealisierte Gewinn oder Verlust anschließend unter Anwendung der Effektivverzinsung des Instruments als Zinsertrag erfasst. Wenn später eine Wertminderung des Instruments vorliegt, wird der an diesem Stichtag in den Sonstigen erfolgsneutralen Eigenkapitalveränderungen ausgewiesene unrealisierte Verlust des Instruments sofort in der Konzern-Gewinn- und Verlustrechnung als Wertberichtigung für Kreditausfälle erfasst.

In den Fällen, in denen Vermögenswerte, die als Forderungen aus dem Kreditgeschäft klassifiziert wurden, zurückgezahlt, restrukturiert oder unter Umständen verkauft werden und in denen der dabei erhaltene Betrag unter dem aktuellen Buchwert liegt, wird ein Verlust in der Konzern-Gewinn- und Verlustrechnung entweder als

Bestandteil der Risikovorsorge im Kreditgeschäft verbucht, wenn eine Wertminderung des Instruments vorliegt, oder in den Sonstigen Erträgen erfasst, wenn keine Wertminderung des Instruments vorliegt.

Aufrechnung von Finanzinstrumenten

Finanzielle Vermögenswerte und Verpflichtungen werden aufgerechnet und in der Konzernbilanz mit dem Nettowert ausgewiesen, wenn und nur wenn eine Saldierung der bilanzierten Beträge zum gegenwärtigen Zeitpunkt vom Konzern rechtlich durchsetzbar und es beabsichtigt ist, die Abwicklung auf Nettobasis vorzunehmen oder gleichzeitig den Vermögenswert zu verwerten und die Verbindlichkeit abzulösen. Der Rechtsanspruch zur Saldierung der bilanzierten Beträge muss sowohl bei normalem Geschäftsverlauf als auch bei einem Ausfallereignis, Insolvenz oder Konkurs sowohl des Konzerns als auch des Kontrahenten rechtlich durchsetzbar sein. In allen anderen Fällen erfolgt ein Bruttoausweis. Wenn finanzielle Vermögenswerte und Verpflichtungen in der Konzernbilanz netto dargestellt werden, werden die dazugehörigen Erträge und Aufwendungen in der Konzern-Gewinn- und Verlustrechnung ebenfalls aufgerechnet, es sei denn, eine Aufrechnung ist explizit durch einen anwendbaren Rechnungslegungsstandard untersagt.

Der Konzern wendet die Aufrechnung von Finanzinstrumenten mehrheitlich auf derivative Instrumente und Forderungen und Verbindlichkeiten aus Wertpapierpensionsgeschäften an. Ein wesentlicher Teil der Aufrechnung wird auf Zinsderivate und zugehörige Barsicherheiten angewandt, die durch eine zentrale Gegenpartei, wie das London Clearing House, abgewickelt werden. Der Konzern rechnet auch Forderungen und Verbindlichkeiten aus Wertpapierpensionsgeschäften auf, soweit der Konzern sowohl ein Saldierungsrecht besitzt als auch die Absicht hat, die Abwicklung auf Nettobasis vorzunehmen oder gleichzeitig den Vermögenswert zu verwerten und die Verbindlichkeit abzulösen. Weitere Informationen sind in der Anhangangabe 18 „Aufrechnung von finanziellen Vermögenswerten und Verpflichtungen“ enthalten.

Ermittlung des beizulegenden Zeitwerts

Der beizulegende Zeitwert ist definiert als der Preis, der am Bewertungsstichtag in einer Transaktion zwischen unabhängigen Marktteilnehmern bei Verkauf eines Vermögenswerts erzielt oder bei Übertragung einer Verbindlichkeit bezahlt werden würde. Der beizulegende Zeitwert von in aktiven Märkten notierten Finanzinstrumenten wird auf Grundlage der Preisnotierungen ermittelt, sofern diese im Rahmen von regelmäßigen und aktuellen Transaktionen verwendete Preise darstellen. Wenn die folgenden Kriterien erfüllt sind, bewertet der Konzern bestimmte Portfolios aus finanziellen Vermögenswerten und Verpflichtungen auf Basis der aus ihnen resultierenden Netto-Risikoposition:

— Die Steuerung der Gruppe von finanziellen Vermögenswerten und Verpflichtungen erfolgt im Einklang mit der dokumentierten Risikomanagementstrategie auf Basis einer oder mehrerer Nettomarktrisikoposition(en) oder eines bestimmen Kontrahentenrisikos.
— Die beizulegenden Zeitwerte werden Personen in Schlüsselpositionen bereitgestellt; und
— es handelt sich um zum beizulegenden Zeitwert bewertete finanzielle Vermögenswerte und Verpflichtungen.

Diese Bewertungsmethode auf Portfolioebene steht im Einklang mit dem Management der Nettopositionen für das Markt- und das Kontrahentenrisko.

Wesentliche Rechnungslegungseinschätzungen – Der Konzern verwendet Bewertungsverfahren für die Ermittlung des beizulegenden Zeitwerts von Finanzinstrumenten, sofern keine in aktiven Märkten notierten Preise verfügbar sind. Folglich basieren in Bewertungsverfahren verwendete Eingangsparameter, wenn möglich, auf beobachtbaren Daten, die von Preisen relevanter, in aktiven Märkten gehandelter Finanzinstrumente abgeleitet werden. Die Anwendung dieser Modelle erfordert Annahmen und Einschätzungen aufseiten des Managements, deren Umfang von der Preistransparenz in Bezug auf das Finanzinstrument und dessen Markt sowie von der Komplexität des Instruments abhängt.

Bei der Ermittlung des beizulegenden Zeitwerts sind Einschätzungen durch das Management erforderlich. Die Bereiche, für welche Managemententscheidungen in signifikantem Umfang erforderlich sind, werden identifi-

ziert, dokumentiert und im Rahmen von Bewertungskontrollen und des monatlichen Berichtszyklus an das Senior Management gemeldet. Die für die Modellvalidierung und Bewertung verantwortlichen Spezialistenteams befassen sich vor allem mit Subjektivitäts- und Einschätzungsfragen.

Für die Ermittlung des beizulegenden Zeitwerts von Finanzinstrumenten, deren Preise in einem aktiven Markt notieren, sind in der Regel nur in geringem Umfang Einschätzungen des Managements erforderlich. In ähnlicher Weise bedarf es nur weniger subjektiver Bewertungen beziehungsweise Einschätzungen für Finanzinstrumente, die mit branchenüblichen Modellen bewertet werden und deren sämtliche Eingangsparameter in aktiven Märkten notiert sind.

Das erforderliche Maß an subjektiver Bewertung und Einschätzungen durch das Management hat für diejenigen Finanzinstrumente ein höheres Gewicht, die anhand spezieller und komplexer Modelle bewertet werden und bei denen einige oder alle Eingangsparameter nicht beobachtbar sind. Auswahl und Anwendung angemessener Parameter, Annahmen und Modellierungstechniken bedürfen einer Beurteilung durch das Management. Insbesondere wenn Daten aus selten vorkommenden Markttransaktionen stammen, müssen Extra- und Interpolationsverfahren angewandt werden. Sind darüber hinaus keine Marktdaten vorhanden, werden die Parameter durch Untersuchung anderer relevanter Informationsquellen wie historischer Daten, Fundamentalanalyse der wirtschaftlichen Eckdaten der Transaktion und Informationen aus vergleichbaren Transaktionen bestimmt. Dazu werden angemessene Anpassungen vorgenommen, um das tatsächlich zu bewertende Finanzinstrument sowie die aktuellen Marktbedingungen zu reflektieren. Führen unterschiedliche Bewertungsmodelle zu einer Bandbreite von verschiedenen potenziellen beizulegenden Zeitwerten für ein Finanzinstrument, muss das Management entscheiden, welcher dieser Schätzwerte innerhalb der Bandbreite den beizulegenden Zeitwert am besten widerspiegelt. Weiterhin können manche Bewertungsanpassungen zur Ermittlung des beizulegenden Zeitwerts Einschätzungen durch das Management erfordern.

Nach den IFRS müssen die zum beizulegenden Zeitwert klassifizierten finanziellen Vermögenswerte und Verpflichtungen unterteilt nach den für die Bestimmung des beizulegenden Zeitwerts verwendeten Eingangsparametern der Bewertungsmethode offengelegt werden. Insbesondere ist zwischen solchen zu unterscheiden, die anhand von notierten Preisen in einem aktiven Markt (Level 1), Bewertungsmethoden, die auf beobachtbaren Parametern basieren (Level 2), sowie Bewertungsmethoden, die signifikante nicht beobachtbare Parameter verwenden (Level 3), bestimmt werden. Für die Bestimmung der Kategorie, der bestimmte Finanzinstrumente zuzuordnen sind, ist eine Beurteilung seitens des Managements erforderlich. Eine Beurteilung wird insbesondere dann vorgenommen, wenn die Bewertung durch eine Reihe von Parametern bestimmt wird, von denen einige beobachtbar und andere nicht beobachtbar sind. Ferner kann sich die Klassifizierung eines Finanzinstruments im Laufe der Zeit ändern, um Änderungen der Marktliquidität und damit der Preistransparenz zu reflektieren.

Der Konzern stellt eine Sensitivitätsanalyse bereit, die die Auswirkung der Verwendung angemessener möglicher Alternativen für die nicht beobachtbaren Parameter auf die in der dritten Kategorie der Fair-Value-Hierarchie enthaltenen Finanzinstrumente darstellt. Bei der Bestimmung der angemessenen möglichen Alternativen sind signifikante Einschätzungen durch das Management erforderlich.

Für Finanzinstrumente, die zu fortgeführten Anschaffungskosten bewertet werden (dies umfasst Forderungen aus dem Kreditgeschäft, Einlagen, Sonstige kurzfristige Geldaufnahmen und Langfristige Verbindlichkeiten), veröffentlicht der Konzern den beizulegenden Zeitwert. Grundsätzlich besteht bei diesen Instrumenten eine geringe oder keine Handelsaktivität, weshalb bei der Bestimmung des beizulegenden Zeitwerts signifikante Einschätzungen durch das Management erforderlich sind.

Weitere Informationen zu den Bewertungsmethoden und -kontrollen sowie quantitative Angaben zur Bestimmung des beizulegenden Zeitwerts sind in Anhangangabe 14 „Zum beizulegenden Zeitwert bewertete Finanzinstrumente“ und in Anhangangabe 15 „Beizulegender Zeitwert von Finanzinstrumenten, die nicht zum beizulegenden Zeitwert bilanziert werden“ enthalten.

Erfassung des „Trade Date Profit“

Soweit für die Bewertungsmodelle in erheblichem Umfang nicht beobachtbare Informationen verwendet werden, erfolgt die Erfassung des betreffenden Finanzinstruments zum Transaktionspreis. Jeglicher am Handelstag durch Anwendung des Bewertungsmodells ermittelte Gewinn wird abgegrenzt.

Die Abgrenzung erfolgt auf Basis systematischer Methoden entweder über die Zeitspanne zwischen dem Handelstag und dem Zeitpunkt, an dem voraussichtlich beobachtbare Marktinformationen vorliegen, oder über die Laufzeit der Transaktion (je nachdem, welcher Zeitraum kürzer ist). Der Konzern wendet diese Abgrenzungsmethode an, weil sie die Veränderung der wirtschaftlichen Rahmenbedingungen und des Risikoprofils des Finanzinstruments, wie sie sich aus Marktbewegungen oder der abnehmenden Restlaufzeit des Instruments ergeben, angemessen widerspiegelt. Ein verbleibender abgegrenzter Handelstaggewinn wird nach den zu diesem Zeitpunkt vorliegenden Fakten und Umstände in der Konzern-Gewinn- und Verlustrechnung erfasst, wenn beobachtbare Marktdaten vorliegen oder der Konzern in ein gegenläufiges Geschäft eintritt, welches das Risiko des Instruments im Wesentlichen eliminiert. In den seltenen Fällen, in denen ein Handelstagverlust entsteht, würde dieser sogleich erfasst, wenn es wahrscheinlich ist, dass ein Verlust eingetreten ist und der Betrag verlässlich geschätzt werden kann.

Wesentliche Rechnungslegungseinschätzungen – Die Entscheidung, inwieweit in erheblichem Umfang nicht beobachtbare Informationen in den Bewertungstechniken enthalten sind, erfordert eine Beurteilung durch das Management. Die Entscheidung über die anschließende Erfassung des zuvor abgegrenzten Gewinns erfordert die sorgfältige Prüfung der zu diesem Zeitpunkt vorliegenden Fakten und Umstände, die die Beobachtbarkeit von Parametern und/oder Maßnahmen für die Minderung von Risiken unterstützen.

Bilanzierung von Derivaten und Sicherungsbeziehungen

Derivate werden zur Steuerung von Zins-, Währungs-, Kredit- und sonstigen Marktpreisrisiken einschließlich Risiken aus geplanten Transaktionen eingesetzt. Alle freistehenden Kontrakte, die für Rechnungslegungszwecke als Derivate klassifiziert werden, sind in der Konzernbilanz mit ihrem beizulegenden Zeitwert angesetzt – unabhängig davon, ob sie zu Handels- oder anderen Zwecken gehalten werden.

Änderungen des beizulegenden Zeitwerts von zu Handelszwecken gehaltenen Derivaten werden im Ergebnis aus zum beizulegenden Zeitwert bewerteten finanziellen Vermögenswerten/Verpflichtungen ausgewiesen.

Eingebettete Derivate

Einige hybride Verträge enthalten sowohl eine derivative als auch eine nicht-derivative Komponente. In diesen Fällen wird die derivative Komponente als eingebettetes Derivat und die nicht-derivative Komponente als Basisvertrag bezeichnet. Sind die wirtschaftlichen Merkmale und die Risiken eingebetteter Derivate nicht eng mit denjenigen des Basisvertrags verknüpft und wird der betreffende hybride Vertrag nicht als zum beizulegenden Zeitwert bewertet erfasst, wird das eingebettete Derivat vom Basisvertrag getrennt und zum beizulegenden Zeitwert erfasst, wobei Wertänderungen im Ergebnis aus zum beizulegenden Zeitwert bewerteten finanziellen Vermögenswerten/Verpflichtungen ausgewiesen werden. Der Basisvertrag wird weiterhin in Übereinstimmung mit dem entsprechenden Rechnungslegungsstandard bewertet. Der Buchwert eines eingebetteten Derivats wird in der Bilanz zusammen mit dem Basisvertrag ausgewiesen. Einzelne hybride Instrumente wurden unter Anwendung der Fair Value Option als zum beizulegenden Zeitwert bewertet klassifiziert.

Bilanzierung von Sicherungsbeziehungen

Im Rahmen der Rechnungslegung werden drei Arten von Sicherungsbeziehungen unterschieden, die bilanziell unterschiedlich behandelt werden: (1) Absicherung von Veränderungen des beizulegenden Zeitwerts von Vermögenswerten, Verbindlichkeiten oder bilanzunwirksamen verbindlichen Zusagen („Absicherungen des beizulegenden Zeitwerts“), (2) Absicherung von Schwankungen zukünftiger Cashflows aus hochwahrscheinlichen geplanten Transaktionen wie auch variabel verzinslichen Vermögenswerten und Verbindlichkeiten („Absicherung von Zahlungsströmen“) sowie (3) Absicherung von Fremdwährungsrisiken aus der Umrechnung von

Abschlüssen ausländischer Geschäftsbetriebe von deren funktionaler Währung in die Berichtswährung der Muttergesellschaft („Absicherungen einer Nettoinvestition in einen ausländischen Geschäftsbetrieb“).

Wird die Bilanzierung von Sicherungsgeschäften angewandt, designiert und dokumentiert der Konzern die Beziehung zwischen dem Sicherungsinstrument und dem gesicherten Geschäft sowie Risikomanagementziel und -strategie, die der Sicherungsbeziehung zugrunde liegen, und auch die Art des abgesicherten Risikos. Teil dieser Dokumentation ist eine Beschreibung, wie der Konzern die Wirksamkeit des Sicherungsinstruments hinsichtlich der Kompensation von Risiken aus Änderungen des beizulegenden Zeitwerts des abgesicherten Grundgeschäfts oder aus Cashflows bestimmt, die dem abgesicherten Risiko zurechenbar sind. Die Effektivität wird für jede Sicherungsbeziehung sowohl zu Beginn als auch während der Laufzeit bestimmt. Selbst bei übereinstimmenden Vertragsbedingungen zwischen dem Derivat und dem abgesicherten Grundgeschäft wird die Effektivität des Sicherungsgeschäfts immer berechnet.

Zu Sicherungszwecken gehaltene Derivate werden als Sonstige Aktiva beziehungsweise Sonstige Passiva ausgewiesen. Wird ein Derivat später nicht mehr zu Sicherungszwecken eingesetzt, wird es in die zum beizulegenden Zeitwert bewerteten finanziellen Vermögenswerte/Verpflichtungen übertragen.

Bei Absicherung des beizulegenden Zeitwerts werden die dem abgesicherten Risiko zuzurechnenden Änderungen des beizulegenden Zeitwerts des Grundgeschäfts beziehungsweise eines Teils davon zusammen mit der gesamten Änderung des beizulegenden Zeitwerts des Sicherungsderivats in der Konzern-Gewinn- und Verlustrechnung erfasst. Bei der Absicherung von Zinsrisiken werden abgegrenzte oder gezahlte Zinsen aus dem Derivat und dem abgesicherten Grundgeschäft als Zinsertrag oder -aufwand ausgewiesen. Unrealisierte Gewinne oder Verluste aus den Anpassungen des beizulegenden Zeitwerts durch Anwendung der Bilanzierung von Sicherungsgeschäften werden in den Sonstigen Erträgen erfasst. Wird das Fremdwährungsrisiko eines als zur Veräußerung verfügbaren finanziellen Vermögenswerts abgesichert, wird die aus Währungskursschwankungen resultierende Änderung des beizulegenden Zeitwerts des Wertpapiers ebenfalls in den Sonstigen Erträgen ausgewiesen. Die Ineffektivität des Sicherungsgeschäfts wird in den Sonstigen Erträgen berücksichtigt. Sie wird gemessen als Saldo der Änderungen des beizulegenden Zeitwerts aus dem Sicherungsinstrument und dem abgesicherten Grundgeschäft, welche auf die dem abgesicherten Risiko/den abgesicherten Risiken zugrunde liegenden Veränderungen der Marktwerte oder -preise zurückzuführen sind.

Wird eine Beziehung zur Absicherung von Änderungen des beizulegenden Zeitwerts vor Fälligkeit des Instruments beendet, weil das zugrunde liegende Derivat vorzeitig beendet oder anderen Zwecken zugeführt wird, werden die im Buchwert des gesicherten Schuldtitels enthaltenen zinsbezogenen Anpassungen des beizulegenden Zeitwerts über die Restlaufzeit der ursprünglichen Sicherungsbeziehung amortisiert und mit den Zinserträgen oder -aufwendungen verrechnet. Für andere Arten von Anpassungen des beizulegenden Zeitwerts beziehungsweise bei Veräußerung oder anderweitiger Ausbuchung der durch eine Absicherung des beizulegenden Zeitwerts gesicherten Vermögenswerte oder Verbindlichkeiten werden die Anpassungen des beizulegenden Zeitwerts bei der Ermittlung des bei Ausbuchung realisierten Gewinns oder Verlusts berücksichtigt.

Bei der Absicherung von Schwankungen der zukünftigen Cashflows ändern sich die Bewertungsregeln für das Grundgeschäft nicht. Das Sicherungsderivat wird mit seinem beizulegenden Zeitwert angesetzt, wobei Wertänderungen zunächst in dem Umfang, in dem die Sicherungsbeziehung effektiv ist, in den Sonstigen erfolgsneutralen Eigenkapitalveränderungen ausgewiesen werden. Die dort erfassten Beträge werden in den Perioden in die Konzern-Gewinn- und Verlustrechnung umgebucht, in denen auch die geplante Transaktion ergebniswirksam erfasst wird. Daher werden die Beträge für die Sicherung des Zinsrisikos zum gleichen Zeitpunkt wie die Zinsabgrenzungen für das abgesicherte Geschäft in den Zinserträgen oder Zinsaufwendungen erfasst.

Die Ineffektivität des Sicherungsgeschäfts wird in den Sonstigen Erträgen erfasst. Sie ergibt sich aus den Veränderungen des Unterschiedsbetrags zwischen den kumulierten Änderungen des beizulegenden Zeitwerts des eingesetzten Sicherungsderivats und denen eines hypothetisch perfekten Sicherungsgeschäfts.

Bei der Beendigung von Beziehungen zur Absicherung von Schwankungen der Cashflows, die auf Zinsrisiken zurückzuführen sind, werden die in den Kumulierten sonstigen erfolgsneutralen Eigenkapitalveränderungen ausgewiesenen Beträge über die Restlaufzeit der ursprünglichen Sicherungsbeziehung als Zinserträge beziehungsweise -aufwendungen abgegrenzt. Wird der Eintritt des abgesicherten Geschäfts allerdings nicht mehr erwartet, werden die Beträge sofort in die Sonstigen Erträge umgebucht. Werden Beziehungen zur Absicherung von Schwankungen der Cashflows, die auf andere Arten von Risiken zurückzuführen sind, vorzeitig beendet, werden die in den Kumulierten sonstigen erfolgsneutralen Eigenkapitalveränderungen enthaltenen Beträge in der gleichen Periode und in der gleichen Position der Konzern-Gewinn- und Verlustrechnung erfasst wie das geplante Grundgeschäft. Wird der Eintritt der geplanten Transaktion allerdings nicht mehr erwartet, werden die Beträge in den Sonstigen Erträgen ausgewiesen.

Bei der Absicherung von Fremdwährungsrisiken aus der Umrechnung der Abschlüsse ausländischer Geschäftsbetriebe von deren funktionaler Währung in die funktionale Währung der Muttergesellschaft („Absicherungen einer Nettoinvestition in einen ausländischen Geschäftsbetrieb“) wird die auf Änderungen des Devisenkassakurses beruhende Änderung des beizulegenden Zeitwerts des Sicherungsderivats in dem Umfang, in dem das Sicherungsgeschäft effektiv ist, als Anpassung aus der Währungsumrechnung in den Sonstigen erfolgsneutralen Eigenkapitalveränderungen ausgewiesen. Der verbleibende Teil der Änderung des beizulegenden Zeitwerts wird in die Sonstigen Erträge eingestellt.

Änderungen des beizulegenden Zeitwerts des Sicherungsinstruments, bezogen auf den effektiven Teil des Sicherungsgeschäfts, werden bei Verkauf ausländischer Geschäftsbetriebe erfolgswirksam erfasst.

Wertminderung von Krediten und Rückstellungen für außerbilanzielle Verpflichtungen im Kreditgeschäft

Der Konzern beurteilt zunächst für Kredite, die für sich gesehen bedeutsam sind, ob auf individueller Ebene objektive Hinweise auf eine Wertminderung vorliegen. Anschließend erfolgt eine kollektive Beurteilung für Kredite, die für sich gesehen nicht bedeutsam sind, und für Kredite, die zwar für sich gesehen bedeutsam sind, für die aber im Rahmen der Einzelbetrachtung kein Hinweis auf eine Wertminderung vorliegt.

Damit das Management beurteilen kann, ob auf individueller Ebene ein Verlustereignis eingetreten ist, werden alle bedeutsamen Kreditbeziehungen in regelmäßigen Zeitabständen überprüft. Dabei werden aktuelle Informationen und kontrahentenbezogene Ereignisse wie erhebliche finanzielle Schwierigkeiten des Schuldners oder Vertragsbrüche, die sich beispielsweise im Ausfall oder Verzug von Zins- und Tilgungszahlungen äußern, berücksichtigt.

Sofern für eine einzelne Kreditbeziehung ein Wertminderungshinweis vorliegt, der zu einem Wertminderungsverlust führt, wird der Verlustbetrag als Differenz zwischen dem Buchwert des Kredits (der Kredite) einschließlich aufgelaufener Zinsen und dem Barwert der erwarteten zukünftigen Cashflows unter Verwendung des ursprünglichen Effektivzinses oder – im Fall einer Umklassifizierung – des am Umbuchungsstichtag festgelegten Effektivzinses des Kredits ermittelt. In die Cashflows einzubeziehen sind auch solche, die aus einer Sicherheitenverwertung nach Abzug der Kosten der Aneignung und des Verkaufs resultieren können. Der Buchwert der Kredite wird mittels einer Wertberichtigung reduziert. Der Verlustbetrag wird in der Konzern-Gewinn- und Verlustrechnung als Bestandteil der Risikovorsorge im Kreditgeschäft erfasst.

Der Zweck der kollektiven Beurteilung besteht in der Bildung einer Wertberichtigung für Kredite, die entweder für sich gesehen bedeutsam sind, für die jedoch kein objektiver Hinweis auf eine Wertminderung vorliegt, oder die für sich gesehen nicht bedeutsam sind, für die jedoch auf Portfolioebene wahrscheinlich ein Verlust eingetreten und verlässlich bestimmbar ist. Der Verlustbetrag setzt sich aus drei Komponenten zusammen. Die erste Komponente berücksichtigt einen Betrag für Transfer- und Konvertierungsrisiken im Zusammenhang mit Kreditengagements in Ländern, bei denen erhebliche Zweifel daran bestehen, dass die dort ansässigen Kontrahenten aufgrund der wirtschaftlichen oder politischen Situation ihre Rückzahlungsverpflichtungen erfüllen können. Dieser Betrag wird unter Verwendung von Bonitätseinstufungen für Länder- und Transferrisiken ermittelt, welche regelmäßig für jedes Land, in dem der Konzern Geschäfte tätigt, erhoben und überwacht werden.

Der zweite Bestandteil stellt einen Wertberichtigungsbetrag dar, der die auf Portfolioebene für kleinere homogene Kredite, das heißt für Kredite an Privatpersonen und kleine Unternehmen im Privatkunden- und Retailgeschäft, eingetretenen Verluste widerspiegelt. Die Kredite werden entsprechend ähnlichen Kreditrisikomerkmalen zusammengefasst und die Wertberichtigung für jede Gruppe von Krediten wird unter Verwendung statistischer Modelle auf Basis von historischen Erfahrungswerten ermittelt. Die dritte Komponente beinhaltet eine Schätzung der im Kreditportfolio inhärenten Verluste, die weder auf individueller Ebene identifiziert noch bei der Bestimmung der Wertberichtigung für kleinere homogene Kredite berücksichtigt wurden. Kredite, die bei individueller Beurteilung nicht als wertgemindert gelten, sind ebenfalls in dieser Komponente der Wertberichtigung enthalten.

Sobald ein Kredit als wertgemindert identifiziert ist, wird die Zinsabgrenzung auf Basis der kreditvertraglichen Bedingungen eingestellt. Dessen ungeachtet wird aber der auf den Zeitablauf zurückzuführende Anstieg des Nettobarwerts des wertgeminderten Kredits auf Basis des ursprünglichen Effektivzinssatzes des Kredits als Zinsertrag erfasst.

Alle wertberichtigten Kredite werden zu jedem Bilanzstichtag auf Veränderungen des Barwerts der erwarteten zukünftigen Cashflows unter Verwendung des ursprünglichen Effektivzinses des Kredits untersucht. Die Veränderung eines bereits erfassten Wertminderungsverlusts wird als Veränderung der Wertberichtigung erfasst und in der Konzern-Gewinn- und Verlustrechnung als Bestandteil der Risikovorsorge im Kreditgeschäft ausgewiesen.

Wenn davon ausgegangen wird, dass keine realistische Aussicht auf eine Rückzahlung der Forderung besteht, und die Sicherheiten verwertet oder auf den Konzern übertragen wurden, werden der Kredit und die zugehörige Wertberichtigung für Kreditausfälle abgeschrieben. Kredite, die für sich gesehen bedeutsam sind und für die eine Wertberichtigung für Kreditausfälle gebildet wurde, werden mindestens vierteljährlich auf Einzelfallbasis bewertet. Für diese Kreditkategorie ist die Anzahl der Tage, die ein Kredit überfällig ist, ein Indikator für eine Abschreibung, aber nicht der bestimmende Faktor. Eine Abschreibung wird nur dann vorgenommen, wenn alle relevanten Informationen berücksichtigt wurden, wie zum Beispiel der Eintritt einer wesentlichen Änderung der Finanzlage des Kreditnehmers derart, dass dieser nicht länger seinen Verpflichtungen nachkommen kann oder dass die Erlöse aus den Sicherheiten nicht ausreichend sind, den aktuellen Buchwert des Kredits abzudecken.

Für kollektiv beurteilte Kredite, die überwiegend aus Immobilienfinanzierungen und Konsumentenfinanzierungen bestehen, hängt der Zeitpunkt der Abschreibung davon ab, ob Sicherheiten zur Verfügung stehen und wie der Konzern den einbringlichen Betrag einschätzt. Bei Immobilienfinanzierungen wird ein unbesicherter Betrag spätestens nach 840 Tagen Überfälligkeit abgeschrieben. Im Rahmen von Konsumentenfinanzierungen wird bei Kreditkarten jeder Betrag der Inanspruchnahme abgeschrieben, für den eine Rückführung nicht innerhalb von 180 Tagen erwartet wird. Dieser Zeitraum beträgt 270 Tage für sonstige Konsumentenfinanzierungen.

Zahlungseingänge aus abgeschriebenen Forderungen werden dem Wertberichtigungskonto gutgeschrieben und in der Konzern-Gewinn- und Verlustrechnung als Bestandteil der Risikovorsorge im Kreditgeschäft erfasst.

Das Verfahren zur Bestimmung von Rückstellungen für außerbilanzielle Verpflichtungen im Kreditgeschäft ähnelt der Methodik, die für Forderungen aus dem Kreditgeschäft verwendet wird. Wertminderungsverluste werden in der Konzernbilanz als Rückstellungen für außerbilanzielle Verpflichtungen im Kreditgeschäft unter den Rückstellungen und in der Konzern-Gewinn- und Verlustrechnung als Bestandteil der Risikovorsorge im Kreditgeschäft erfasst.

Verringert sich die Höhe einer früher erfassten Wertberichtigung in einer der folgenden Berichtsperioden und ist diese Verringerung auf einen nach der Erfassung der Wertminderung aufgetretenen Sachverhalt zurückzuführen, wird die Wertberichtigung durch eine Reduzierung des Wertberichtigungskontos rückgängig gemacht. Eine solche Wertaufholung wird ergebniswirksam erfasst.

Wesentliche Rechnungslegungseinschätzungen – Die bei der Ermittlung der Wertminderung von Krediten und Rückstellungen für außerbilanzielle Verpflichtungen im Kreditgeschäft angewandten Rechnungslegungseinschätzungen und -beurteilungen sind als wesentlich zu erachten, da sich die zugrunde liegenden Annahmen sowohl der einzeln als auch der kollektiv ermittelten Wertberichtigungen von Zeit zu Zeit ändern und das Geschäftsergebnis des Konzerns maßgeblich beeinflussen können.

Einschätzungen des Managements sind bei der Beurteilung einer Wertberichtigung für Vermögenswerte erforderlich. Das ist insbesondere in Zeiten von ökonomischen und finanziellen Unsicherheiten der Fall, wie während der jüngsten Finanzkrise, wenn sich Entwicklungen und Änderungen der erwarteten Cashflows mit großer Schnelligkeit und geringerer Vorhersagbarkeit ereignen können. Der tatsächliche Betrag der zukünftigen Cashflows sowie deren zeitlicher Anfall können von den vom Management verwendeten Schätzungen abweichen und folglich dazu führen, dass die tatsächlichen Verluste von den berichteten Wertminderungen abweichen.

Die Bestimmung der notwendigen Wertberichtigungen für Kredite, die für sich gesehen bedeutsam sind, erfordert erhebliche Einschätzungen durch das Management hinsichtlich verschiedener Einflussfaktoren wie zum Beispiel lokaler wirtschaftlicher Rahmenbedingungen, der finanziellen Performance des Kontrahenten sowie des Werts gehaltener Sicherheiten, für die es keinen leicht zugänglichen Markt gibt.

Die Bestimmung der Wertberichtigung für Portfolios kleinerer homogener Kredite sowie für Kredite, die für sich gesehen bedeutsam sind, für die aber kein objektiver Hinweis auf eine Wertminderung vorliegt, wird mithilfe von statistischen Modellen ermittelt. Diese statistischen Modelle beinhalten zahlreiche Einschätzungen und Beurteilungen. Der Konzern überprüft die Modelle und deren zugrunde liegende Daten und Annahmen in regelmäßigen Zeitabständen. Diese Überprüfung berücksichtigt unter anderem die Ausfallwahrscheinlichkeit, erwartete Rückflüsse von Verlusten sowie Beurteilungen hinsichtlich der Fähigkeit ausländischer Kreditnehmer zum Transfer von Fremdwährung zur Erfüllung ihrer Rückzahlungsverpflichtungen.

Quantitative Informationen sind in den Anhangangaben 19 „Forderungen aus dem Kreditgeschäft“ und 20 „Risikovorsorge im Kreditgeschäft“ enthalten.

Ausbuchung von finanziellen Vermögenswerten und Verpflichtungen

Ausbuchung von finanziellen Vermögenswerten

Die Ausbuchung eines finanziellen Vermögenswerts wird in Betracht gezogen, wenn die vertraglich vereinbarten Ansprüche auf Cashflows aus dem finanziellen Vermögenswert erlöschen oder der Konzern diese übertragen oder bei Eintritt bestimmter Kriterien die Verpflichtung übernommen hat, diese Cashflows an einen oder mehrere Empfänger weiterzuleiten.

Der Konzern bucht einen übertragenen Vermögenswert aus, wenn alle wesentlichen Risiken und Chancen, die mit dem Eigentum an dem Vermögenswert verbunden sind, übertragen werden.

Der Konzern schließt Transaktionen ab, bei denen er zuvor erfasste finanzielle Vermögenswerte überträgt, jedoch alle wesentlichen mit diesen Vermögenswerten verbundenen Risiken und Chancen zurückbehält. Beispielsweise schließt er beim Verkauf eines Vermögenswerts an einen Dritten ein korrespondierendes Total-Return-Swap-Geschäft mit demselben Kontrahenten ab. Diese Art von Transaktionen wird als besicherte Finanzierung („Secured Financing“) bilanziert.

Im Fall von Transaktionen, bei denen alle wesentlichen Risiken und Chancen, die mit dem Eigentum an dem finanziellen Vermögenswert verbunden sind, weder zurückbehalten noch übertragen werden, bucht der Konzern den übertragenen Vermögenswert aus, wenn die Verfügungsmacht, das heißt die Fähigkeit, den Vermögenswert zu verkaufen, über diesen Vermögenswert aufgegeben wird. Die im Rahmen der Übertragung zurückbehaltenen Ansprüche und Verpflichtungen werden getrennt als Vermögenswerte und Verbindlichkeiten erfasst. Bleibt die Verfügungsmacht über den besagten Vermögenswert erhalten, weist der Konzern den Vermögenswert entsprechend dem Umfang des fortgeführten Engagements weiterhin aus. Dieser Umfang be-

stimmt sich nach dem Ausmaß der Wertschwankungen des übertragenen Vermögenswerts, denen der Konzern weiterhin ausgesetzt bleibt.

Die Ausbuchungskriterien werden, sofern angebracht, auch angewandt, wenn ein Teil eines Vermögenswerts anstelle des gesamten Vermögenswerts oder eine Gruppe ähnlicher finanzieller Vermögenswerte in ihrer Gesamtheit übertragen werden. Wird ein Teil eines Vermögenswerts übertragen, muss es sich dabei um einen spezifisch identifizierten Cashflow, einen exakt proportionalen Anteil des Vermögenswerts oder einen exakt proportionalen Anteil eines spezifisch identifizierten Cashflows handeln.

Wenn ein bestehender finanzieller Vermögenswert durch einen anderen Vermögenswert mit demselben Kontrahenten aufgrund einer Stundung oder ähnlicher Maßnahmen zu wesentlich abweichenden Vertragsbedingungen ersetzt wird oder die Vertragsbedingungen des Vermögenswerts wesentlich geändert werden, dann wird der bestehende finanzielle Vermögenswert ausgebucht und ein neuer Vermögenswert eingebucht. Die Differenz zwischen den beiden Buchwerten wird ergebniswirksam erfasst.

Verbriefungstransaktionen

Der Konzern verbrieft verschiedene finanzielle Vermögenswerte aus Transaktionen mit privaten und gewerblichen Kunden durch den Verkauf an ein strukturiertes Unternehmen, das zur Finanzierung des Erwerbs Wertpapiere an Investoren ausgibt. Die Klassifizierung und Bewertung von zu verbriefenden finanziellen Vermögenswerten folgt den im Abschnitt „Finanzielle Vermögenswerte und Verpflichtungen“ beschriebenen Rechnungslegungsgrundsätzen. Falls das strukturierte Unternehmen nicht konsolidiert wird, können die übertragenen Vermögenswerte bei Anwendung der entsprechenden Rechnungslegungsgrundsätze vollständig oder teilweise für eine Ausbuchung qualifizieren. Synthetische Verbriefungsstrukturen beinhalten üblicherweise derivative Finanzinstrumente, für die die oben genannten Grundsätze für die Bilanzierung von Derivaten und Sicherungsbeziehungen zur Anwendung kommen würden. Übertragungen, die nicht die Ausbuchungskriterien erfüllen, können als besicherte Finanzierung („Secured Financing“) bilanziert werden oder führen zur Bilanzierung von Verbindlichkeiten im Rahmen eines fortgeführten Engagements. Investoren und Verbriefungsgesellschaften haben grundsätzlich keinen Rückgriff auf die sonstigen Vermögenswerte des Konzerns, wenn die Emittenten der finanziellen Vermögenswerte nicht in der Lage sind, ihre Verpflichtungen gemäß den ursprünglichen Bedingungen für diese Vermögenswerte zu erfüllen.

Rechte an den verbrieften finanziellen Vermögenswerten können in Form von erst- oder nachrangigen Tranchen, Zinsansprüchen oder sonstigen Residualansprüchen zurückbehalten werden („zurückbehaltene Rechte“). Soweit die vom Konzern zurückbehaltenen Rechte weder zu einer Konsolidierung des betreffenden strukturierten Unternehmens noch zu einer Bilanzierung der transferierten Vermögenswerte führen, werden die Ansprüche in der Regel als zum beizulegenden Zeitwert bewertete finanzielle Vermögenswerte erfasst und zum beizulegenden Zeitwert ausgewiesen. In Übereinstimmung mit der Bewertung für gleichartige Finanzinstrumente wird der beizulegenden Zeitwert der zurückbehaltenen Tranchen oder finanziellen Vermögenswerte beim erstmaligen Ansatz und in der Folge unter Verwendung von Marktpreisen, sofern verfügbar, oder internen Bewertungsmodellen, die Variablen wie Zinsstrukturkurven, vorzeitige Tilgungen, Ausfallraten, Größe der Verluste, Zinsschwankungen und -spannen zugrunde legen, ermittelt. Die für das Bewertungsmodell herangezogenen Annahmen basieren auf beobachtbaren Transaktionen mit ähnlichen Wertpapieren und werden anhand externer Quellen verifiziert, soweit diese vorhanden sind. Wenn beobachtbare Transaktionen mit ähnlichen Wertpapieren und andere externe Quellen nicht vorhanden sind, sind bei der Ermittlung des beizulegenden Zeitwerts Einschätzungen durch das Management erforderlich. In Einzelfällen kann es vorkommen, dass der Konzern auch Vermögenswerte verbrieft, die zu fortgeführten Anschaffungskosten bilanziert sind.

Wenn der Konzern eine gegenwärtige rechtliche oder faktische Verpflichtung hat, finanzielle Unterstützung an ein nicht konsolidiertes Unternehmen zu geben, bildet er dann eine Rückstellung, wenn die Verpflichtung verlässlich geschätzt werden kann und es wahrscheinlich ist, dass ein Abfluss wirtschaftlicher Ressourcen zur Erfüllung notwendig sein wird.

Wird ein Vermögenswert ausgebucht, so wird ein Gewinn oder Verlust in Höhe der Differenz zwischen dem erhaltenen Gegenwert und dem Buchwert des übertragenen Vermögenswerts gebucht. Wenn nur Teile von Vermögenswerten ausgebucht werden, hängen die Gewinne oder Verluste der Verbriefungstransaktionen teilweise von dem Buchwert der übertragenen finanziellen Vermögenswerte ab, wobei eine Allokation zwischen den ausgebuchten finanziellen Vermögenswerten und den zurückbehaltenen Rechten auf der Grundlage ihres relativen beizulegenden Zeitwerts am Stichtag der Übertragung erfolgt.

Ausbuchung von finanziellen Verpflichtungen

Eine Verbindlichkeit wird ausgebucht, wenn die mit ihr verbundene Verpflichtung beglichen oder aufgehoben wird, sowie bei Fälligkeit. Falls eine bestehende finanzielle Verbindlichkeit durch eine Verbindlichkeit gegenüber demselben Kreditgeber mit wesentlich abweichenden Vertragsbedingungen ersetzt wird oder die Vertragsbedingungen einer bestehenden Verbindlichkeit wesentlich geändert werden, dann wird ein solcher Austausch oder eine solche Modifikation als Ausbuchung der ursprünglichen Verbindlichkeit und Ansatz einer neuen Verbindlichkeit behandelt. Die Differenz zwischen den beiden Buchwerten wird ergebniswirksam erfasst.

Forderungen und Verbindlichkeiten aus Wertpapierpensionsgeschäften

Wertpapiere, die mit einer Verpflichtung zur Rückübertragung erworben („Reverse Repos“), beziehungsweise Wertpapiere, die mit einer Rücknahmeverpflichtung verkauft wurden („Repos“), werden als besicherte Finanzierungen behandelt und zum beizulegenden Zeitwert in Höhe der gezahlten oder erhaltenen Barmittel angesetzt. Die Partei, welche die Barmittel zur Verfügung stellt, nimmt die Wertpapiere in Verwahrung, die als Sicherheit für die Finanzierung dienen und deren Marktwert dem verliehenen Betrag entspricht oder diesen übersteigt. Die im Rahmen von Vereinbarungen über Reverse Repos erhaltenen Wertpapiere werden nicht in der Konzernbilanz erfasst, sofern die Risiken und Chancen, die mit dem Eigentum an den Wertpapieren verbunden sind, nicht erlangt wurden. Die im Rahmen von Vereinbarungen über Repos gelieferten Wertpapiere werden nicht aus der Konzernbilanz ausgebucht, da die entsprechenden Risiken und Chancen nicht übertragen wurden. Im Rahmen von Vereinbarungen über Repos gelieferte Wertpapiere, die nicht aus der Konzernbilanz ausgebucht werden und bei denen der Kontrahent ein vertragliches Recht oder Gewohnheitsrecht zur Weiterveräußerung oder -verpfändung besitzt, werden in der Anhangangabe 22 „Als Sicherheit verpfändete und erhaltene Vermögenswerte“ separat ausgewiesen.

Für bestimmte Portfolios von Repos und Reverse Repos, die auf Basis des beizulegenden Zeitwerts gesteuert werden, wendet der Konzern die Fair Value Option an.

Zinserträge aus Reverse Repos und Zinsaufwendungen für Repos werden im Zinsüberschuss ausgewiesen.

Wertpapierleihe

Tritt der Konzern als Entleiher von Wertpapieren auf, so ist gegenüber dem Verleiher in der Regel eine Barsicherheit zu hinterlegen. Ist der Konzern Verleiher von Wertpapieren, erhält er üblicherweise entweder Wertpapiere oder eine Barsicherheit, die dem Marktwert der verliehenen Wertpapiere entsprechen oder diesen übersteigen. Der Konzern überwacht die Entwicklung des beizulegenden Zeitwerts entliehener und verliehener Wertpapiere und fordert beziehungsweise leistet, soweit erforderlich, zusätzliche Sicherheiten.

Die gezahlten oder empfangenen Barmittel werden in der Konzernbilanz als entliehene beziehungsweise verliehene Wertpapiere ausgewiesen.

Die entliehenen Wertpapiere selbst werden nicht in der Bilanz des Entleihers ausgewiesen. Sofern sie an Dritte verkauft werden, wird die Rückgabeverpflichtung in den zum beizulegenden Zeitwert bewerteten finanziellen Verpflichtungen erfasst und anschließende Gewinne oder Verluste werden im Ergebnis aus zum beizulegenden Zeitwert bewerteten finanziellen Vermögenswerten/Verpflichtungen ausgewiesen. An Kontrahenten verliehene Wertpapiere werden weiterhin in der Bilanz des Verleihers ausgewiesen.

Erhaltene oder gezahlte Gebühren werden in den Zinserträgen beziehungsweise Zinsaufwendungen erfasst. An Kontrahenten verliehene Wertpapiere, die nicht aus der Konzernbilanz ausgebucht werden und bei denen der Kontrahent ein vertragliches Recht oder Gewohnheitsrecht zur Weiterveräußerung oder -verpfändung besitzt, werden in der Anhangangabe 22 „Als Sicherheit verpfändete und erhaltene Vermögenswerte“ separat ausgewiesen.

Geschäfts- oder Firmenwert und sonstige immaterielle Vermögenswerte

Geschäfts- oder Firmenwert entsteht bei der Akquisition von Tochtergesellschaften und assoziierten Unternehmen und stellt den Betrag dar, um den die Summe aus Anschaffungskosten einer Akquisition und Anteilen ohne beherrschenden Einfluss des erworbenen Unternehmens den Anteil des Konzerns an dem beizulegenden Zeitwert des erworbenen identifizierbaren Reinvermögens übersteigt.

Für die Ermittlung des Geschäfts- oder Firmenwerts werden die beizulegenden Zeitwerte der erworbenen Vermögenswerte, der Verbindlichkeiten sowie der Eventualverbindlichkeiten auf Basis von am Markt beobachtbaren Preisen bestimmt oder als Barwert der erwarteten zukünftigen Cashflows ermittelt. Die Abzinsung erfolgt entweder mit Marktzinsen oder beruht auf risikofreien Zinssätzen und risikoadjustierten erwarteten zukünftigen Cashflows. Im Rahmen jedes Unternehmenszusammenschlusses können die Anteile ohne beherrschenden Einfluss entweder zum beizulegenden Zeitwert zum Erwerbszeitpunkt oder zum beizulegenden Zeitwert des anteiligen identifizierbaren Reinvermögens des erworbenen Unternehmens bewertet werden.

Der Geschäfts- oder Firmenwert aus der Akquisition von Tochtergesellschaften wird aktiviert und jährlich auf seine Werthaltigkeit hin überprüft. Die Überprüfung erfolgt öfter, wenn Ereignisse oder veränderte Rahmenbedingungen darauf hindeuten, dass sich der Wert des Geschäfts- oder Firmenwerts vermindert haben könnte. Bei einem Unternehmenszusammenschluss erworbener Geschäfts- oder Firmenwert wird für die Überprüfung der Werthaltigkeit den zahlungsmittelgenerierenden Einheiten zugewiesen, das heißt den kleinsten identifizierbaren Gruppen von Vermögenswerten, die Mittelzuflüsse erzeugen, welche größtenteils unabhängig von den Mittelzuflüssen aus anderen Vermögenswerten oder Gruppen von Vermögenswerten sind, und die aus den Synergien des Zusammenschlusses Nutzen ziehen sollen, wobei die Geschäftsbereichsebene, auf der der Geschäfts- oder Firmenwert für interne Managementzwecke überwacht wird, ebenfalls berücksichtigt wird. Bei der Identifizierung, ob ein Vermögenswert (oder eine Gruppe von Vermögenswerten) größtenteils unabhängige Mittelzuflüsse von anderen Vermögenswerten (oder Gruppen von Vermögenswerten) erzeugt, werden verschiedene Faktoren berücksichtigt einschließlich der Frage, wie das Management die Unternehmenstätigkeiten steuert oder wie das Management Entscheidungen über die Fortsetzung oder den Abgang der Vermögenswerte beziehungsweise die Einstellung von Unternehmenstätigkeiten trifft.

Wenn ein Geschäfts- oder Firmenwert einer zahlungsmittelgenerierenden Einheit zugeordnet wurde und ein Geschäftsbereich dieser Einheit veräußert wird, ist der mit diesem veräußerten Geschäftsbereich verbundene Geschäfts- oder Firmenwert bei der Ermittlung des Gewinns oder Verlusts aus der Veräußerung im Buchwert des Geschäftsbereichs enthalten.

Bestimmte nicht integrierte Investments sind den primären zahlungsmittelgenerierenden Einheiten der jeweiligen Segmente nicht zugeordnet. Der resultierende Geschäfts- oder Firmenwert wird einzeln auf der Ebene dieser nicht integrierten Investments auf seine Werthaltigkeit hin untersucht.

Sonstige immaterielle Vermögenswerte werden vom Geschäfts- oder Firmenwert getrennt ausgewiesen, wenn sie separierbar sind oder auf vertraglichen oder sonstigen rechtlichen Ansprüchen beruhen und ihr beizulegender Zeitwert zuverlässig ermittelt werden kann. Immaterielle Vermögenswerte mit einer bestimmbaren Nutzungsdauer werden mit ihren Anschaffungs- oder Herstellungskosten abzüglich kumulierter Abschreibungen und kumulierter Wertberichtigungen angesetzt. Kundenbezogene immaterielle Vermögenswerte mit einer bestimmbaren Nutzungsdauer werden auf Basis ihrer erwarteten Nutzungsdauer linear über Zeiträume von einem Jahr bis zu 25 Jahren amortisiert. Ansprüche aus der Verwaltung von Hypothekendarlehen werden zu Anschaffungskosten bilanziert und proportional über den erwarteten Zeitraum, in dem die Erträge aus den

Verträgen anfallen, amortisiert. Diese Vermögenswerte werden mindestens jährlich auf ihre Werthaltigkeit überprüft, wobei auch die Angemessenheit ihrer Nutzungsdauer bestätigt wird.

Bestimmte immaterielle Vermögenswerte haben eine unbestimmte Nutzungsdauer. Sie werden nicht abgeschrieben, sondern mindestens jährlich auf ihre Werthaltigkeit überprüft. Die Überprüfung erfolgt öfter, wenn Ereignisse oder veränderte Rahmenbedingungen darauf hindeuten, dass eine Wertminderung vorliegen könnte.

Aufwendungen für zur eigenen Nutzung erworbene oder selbst erstellte Software werden aktiviert, wenn es wahrscheinlich ist, dass der Konzern daraus wirtschaftliche Vorteile ziehen kann, und sich die Aufwendungen zuverlässig bestimmen lassen. Aktivierte Aufwendungen werden linear über die betriebsgewöhnliche Nutzungsdauer des Vermögenswerts, die entweder einen Zeitraum von drei, fünf oder zehn Jahren umfasst, abgeschrieben. Die aktivierungsfähigen Kosten für selbst erstellte Software umfassen externe direkt zurechenbare Kosten für Material und Dienstleistungen sowie Personal- und Personalnebenkosten für Mitarbeiter, die unmittelbar mit der Erstellung von selbst genutzter Software befasst sind. Gemeinkosten und alle während der Forschung oder nach Fertigstellung der Software anfallenden Ausgaben werden als Aufwand erfasst. Aktivierte Kosten für Software werden entweder jährlich auf ihre Werthaltigkeit überprüft, solange die Software noch in Entwicklung ist, oder wenn Ereignisse oder veränderte Rahmenbedingungen darauf hindeuten, dass sich der Wert der Software vermindert haben könnte, sobald sie genutzt wird.

Wesentliche Rechnungslegungseinschätzungen – Die Bestimmung des erzielbaren Betrags im Rahmen der Werthaltigkeitsprüfung erfordert Schätzungen auf Basis von Börsenkursen, Preisen vergleichbarer Geschäfte, Barwert- oder sonstigen Bewertungsverfahren oder einer Kombination hieraus, die Einschätzungen und Beurteilungen vonseiten des Managements erforderlich machen. Da durch Änderungen in den zugrunde liegenden Bedingungen und Annahmen erhebliche Unterschiede zu den bilanzierten Werten auftreten können, werden derartige Einschätzungen als wesentlich erachtet.

Quantitative Informationen zu Wertminderungen von nicht finanziellen Vermögenswerten sind in der Anhangangabe 25 „Geschäfts- oder Firmenwert und sonstige immaterielle Vermögenswerte“ enthalten.

Rückstellungen

Rückstellungen werden erfasst, wenn der Konzern aufgrund früherer Ereignisse gegenwärtig eine rechtliche oder faktische Verpflichtung hat, es wahrscheinlich ist, dass Ressourcen zur Erfüllung der Verpflichtung abfließen werden, und sich die Höhe der Verpflichtung verlässlich schätzen lässt.

Die Höhe der Rückstellung entspricht der bestmöglichen Schätzung des Betrags, der notwendig wäre, um die Verpflichtung am Bilanzstichtag zu begleichen. Bei der Bestimmung werden die Risiken und Unsicherheiten in Bezug auf die Verpflichtung berücksichtigt.

Bei einer wesentlichen Auswirkung des Zinseffekts werden Rückstellungen diskontiert und zum Barwert der zur Begleichung der Verpflichtung erwarteten Ausgaben angesetzt. Dabei wird ein Abzinsungssatz vor Steuern verwendet, der die aktuellen Markteinschätzungen im Hinblick auf den Zinseffekt und die für die Verpflichtung spezifischen Risiken widerspiegelt. Der mit dem Zeitablauf verbundene Anstieg der Rückstellungen wird als Zinsaufwand erfasst.

Sofern erwartet wird, dass die zur Erfüllung der zurückgestellten Verpflichtung erforderlichen Ausgaben ganz oder teilweise von einer dritten Partei erstattet werden (zum Beispiel, weil für die Verpflichtung ein Versicherungsvertrag besteht), wird ein Vermögenswert dann erfasst, wenn es so gut wie sicher ist, dass eine Erstattung gezahlt werden wird.

Wesentliche Rechnungslegungseinschätzungen – Die Verwendung von Schätzwerten ist bei der Ermittlung des Rückstellungsbedarfs für potenzielle Verluste aus Gerichts- und aufsichtsbehördlichen Verfahren und ungewissen Ertragsteuerpositionen wichtig. Der Konzern bemisst diese potenziellen Verluste, soweit sie wahr-

scheinlich und schätzbar sind, nach Maßgabe von IAS 37, „Provisions, Contingent Liabilities and Contingent Assets“, oder IAS 12, „Income Taxes“. Die Bezifferung von Rückstellungen erfordert Einschätzungen in großem Umfang. Die endgültigen Verbindlichkeiten können hiervon letztlich erheblich abweichen.

Ungewisse Verbindlichkeiten in Bezug auf rechtliche Verfahren unterliegen zahlreichen Unwägbarkeiten; das Ergebnis der einzelnen Verfahren kann nicht mit Gewissheit vorhergesagt werden. Die Beurteilung der Wahrscheinlichkeit und die Bezifferung von ungewissen Verbindlichkeiten erfordern in großem Umfang Einschätzungen, die endgültige Verbindlichkeit kann hiervon erheblich abweichen. Die bilanzierten Gesamtverbindlichkeiten bezüglich Gerichts-, Schiedsgerichts- und aufsichtsbehördlicher Verfahren werden auf Basis der Einzelfälle festgelegt und stellen eine Einschätzung der wahrscheinlichen Verluste unter Berücksichtigung des Fortgangs der einzelnen Verfahren, der Erfahrungen der Deutschen Bank und der Erfahrungen Dritter in vergleichbaren Fällen, der Gutachten von Rechtsanwälten und anderer Faktoren dar. Den Ausgang der Rechtsstreitigkeiten des Konzerns zu prognostizieren ist naturgemäß schwierig, insbesondere in Fällen, in denen die Anspruchsteller erhebliche oder unbezifferte Schadensersatzansprüche geltend machen. Für weitere Informationen zu Gerichts-, Schiedsgerichts- und aufsichtsbehördlichen Verfahren siehe Anhangangabe 29 „Rückstellungen“.

Ertragsteuern

Im Konzernabschluss werden laufende und latente Steuern auf Grundlage der Steuergesetze der jeweils betroffenen Steuerjurisdiktionen berücksichtigt. Laufende und latente Steuern werden ergebniswirksam erfasst. Soweit sie sich auf Geschäftsvorfälle beziehen, die direkt im Eigenkapital oder in den Sonstigen erfolgsneutralen Eigenkapitalveränderungen berücksichtigt werden, sind die zugehörigen laufenden und latenten Steuern ebenfalls direkt im Eigenkapital oder in den Sonstigen erfolgsneutralen Eigenkapitalveränderungen zu erfassen.

Aktive und passive latente Steuern werden für zukünftige Steuereffekte gebildet, die aus temporären Differenzen zwischen dem Bilanzansatz von Vermögenswerten und Schulden und deren Steuerwert resultieren oder sich aus noch nicht genutzten steuerlichen Verlustvorträgen und Steuergutschriften ergeben. Latente Steuerforderungen werden nur in dem Umfang ausgewiesen, in dem es wahrscheinlich ist, dass zukünftig zu versteuernde Ergebnisse zur Verfügung stehen werden, mit denen diese steuerlichen Verlustvorträge, Steuerguthaben oder steuerlich abzugsfähigen temporären Differenzen verrechnet werden können.

Aktive und passive latente Steuern werden mit den Steuersätzen bewertet, die voraussichtlich in der Berichtsperiode gelten, in der der entsprechende Vermögenswert realisiert oder die entsprechende Schuld erfüllt wird. Dabei erfolgt die Bewertung auf Basis der am Bilanzstichtag gültigen oder in Kürze geltenden Steuersätze beziehungsweise Steuergesetze.

Laufende Steuerforderungen und Steuerverbindlichkeiten werden saldiert, wenn (1) sie dieselbe steuerpflichtige Einheit oder Steuergruppe betreffen, (2) ein einklagbares Recht zur Aufrechnung gegenüber der Steuerbehörde besteht und (3) ein Ausgleich auf Nettobasis beabsichtigt ist.

Aktive und passive latente Steuern werden saldiert, wenn ein einklagbares Recht zur Aufrechnung von laufenden Steuerforderungen und Steuerverbindlichkeiten besteht und wenn es sich bei den aktiven und passiven latenten Steuern um Ertragsteuern handelt, die von derselben Steuerbehörde gegenüber derselben steuerpflichtigen Einheit oder Steuergruppe erhoben werden.

Latente Steuerverbindlichkeiten werden für zu versteuernde temporäre Differenzen in Verbindung mit Anteilen an Tochtergesellschaften, Zweigniederlassungen, assoziierten Unternehmen und Anteilen an gemeinschaftlich geführten Unternehmen gebildet, es sei denn, der Zeitpunkt der Umkehrung der temporären Differenz wird durch den Konzern gesteuert und es ist wahrscheinlich, dass sich die Differenz nicht in absehbarer Zukunft ausgleicht. Latente Steuerforderungen auf steuerlich abzugsfähige temporäre Differenzen in Verbindung mit solchen Investitionen werden nur in dem Umfang ausgewiesen, in dem es wahrscheinlich ist, dass sich die

Differenzen in absehbarer Zukunft ausgleichen werden und zukünftig ausreichend zu versteuerndes Einkommen erzielt wird, mit dem diese steuerlich abzugsfähigen temporären Differenzen verrechnet werden können.

Latente Steuern im Zusammenhang mit der Neubewertung von zur Veräußerung verfügbaren finanziellen Vermögenswerten, Absicherung von Zahlungsströmen und anderen Positionen, die in den Sonstigen erfolgsneutralen Eigenkapitalveränderungen ausgewiesen werden, werden ebenfalls direkt in den Sonstigen erfolgsneutralen Eigenkapitalveränderungen bilanziert und erst dann in der Konzern-Gewinn- und Verlustrechnung erfasst, wenn der zugrunde liegende Sachverhalt, auf den sich die latente Steuer bezieht, in der Konzern-Gewinn- und Verlustrechnung ergebniswirksam wird.

Aktienbasierte Vergütungen können steuerlich abzugsfähig sein. Der steuerlich abzugsfähige Betrag kann dabei von dem ausgewiesenen kumulierten Personalaufwand abweichen. Zu jedem Bilanzstichtag ist auf Basis des aktuellen Aktienkurses der steuerlich abzugsfähige Betrag zu schätzen. Die damit einhergehenden laufenden und latenten Steuereffekte sind grundsätzlich in der Konzern-Gewinn- und Verlustrechnung zu erfassen. Übersteigt der tatsächliche oder erwartete steuerlich abzugsfähige Betrag den des kumulierten Personalaufwands, ist der auf diesen Unterschied entfallende Steuervorteil direkt im Eigenkapital zu erfassen.

Die Anlagerenditen im Lebensversicherungsgeschäft des Konzerns in Großbritannien (Abbey Life Assurance Company Limited) unterliegen neben der regulären Körperschaftsteuer einer zusätzlichen Ertragsteuer für Versicherungsnehmer („Policyholder Tax“). Obwohl diese Steuer aus ökonomischer Sicht eine Ertragsteuer zulasten oder zugunsten des Versicherungsnehmers darstellt, ist sie im Ertragsteueraufwand des Konzerns enthalten und reduziert beziehungsweise erhöht die ausgewiesenen Verpflichtungen gegenüber den Versicherungsnehmern.

Wesentliche Rechnungslegungseinschätzungen – Das Management verwendet für die Bestimmung der auszuweisenden Beträge latenter Steuerforderungen historische Erkenntnisse zu Steuerkapazität beziehungsweise Profitabilität und gegebenenfalls Informationen über prognostizierte Geschäftsergebnisse auf Basis genehmigter Geschäftspläne einschließlich einer Prüfung der zulässigen Übertragsperioden steuerlicher Verlustvorträge und Gutschriften, Steuerplanungsmöglichkeiten sowie sonstiger maßgeblicher Überlegungen. In jedem Quartal werden die Einschätzungen hinsichtlich der latenten Steuerforderungen einschließlich der Annahmen des Konzerns über die zukünftige Ertragskraft einer Neubewertung unterzogen.

Der Konzern erachtet die im Rahmen der vorzunehmenden Bewertung latenter Steuerforderungen getroffenen Beurteilungen als wesentliche Einschätzungen des Managements, da sich die zugrunde liegenden Annahmen in jeder Berichtsperiode ändern können. Zum Beispiel könnten Steuergesetzänderungen oder Abweichungen der erwarteten künftigen Ergebnisse der Geschäftstätigkeit eine Veränderung der latenten Steuerforderungen bewirken. Falls aktive latente Steuern nicht oder nur zum Teil realisierbar sind, wird eine Wertberichtigung der aktiven latenten Steuern zulasten des Ertragsteueraufwands oder des Eigenkapitals in der Periode vorgenommen, in der eine solche Feststellung getroffen wird. Falls der Konzern in der Zukunft bisher nicht angesetzte latente Steuerforderungen aktiviert, wird die Anpassung der aktiven latenten Steuern zugunsten des Ertragsteueraufwands oder des Eigenkapitals in der Periode ausgewiesen, in der diese Feststellung getroffen wird.

Weitere Informationen zu den latenten Steuern finden sich in Anhangangabe 36 „Ertragsteuern“. Diese beinhaltet auch quantitative Angaben zum Wert angesetzter latenter Steuerforderungen.

Unternehmenszusammenschlüsse und Anteile ohne beherrschenden Einfluss

Zur bilanziellen Erfassung von Unternehmenszusammenschlüssen wendet der Konzern die Erwerbsmethode an. Zu dem Zeitpunkt, an dem der Konzern die Beherrschung über ein erworbenes Unternehmen erlangt, werden die Anschaffungskosten der Akquisition zum beizulegenden Zeitwert der übertragenen Gegenleistung bemessen. Hierzu gehören jegliche Zahlungsmittel oder ausgegebene Eigenkapitalanteile, bedingte Gegenleistungen, bereits zuvor am erworbenen Unternehmen gehaltene Eigenkapitalanteile sowie eingegangene und übernommene Verpflichtungen. Der Betrag, um den die Summe aus Anschaffungskosten einer Akquisition

und Anteilen ohne beherrschenden Einfluss des erworbenen Unternehmens den Anteil des Konzerns an dem beizulegenden Zeitwert des erworbenen identifizierbaren Reinvermögens übersteigt, wird als Geschäfts- oder Firmenwert bilanziert. Sofern die Summe aus Anschaffungskosten einer Akquisition und Anteilen ohne beherrschenden Einfluss unter dem beizulegenden Zeitwert des erworbenen identifizierbaren Nettovermögens liegt (negativer Geschäfts- oder Firmenwert), wird ein Gewinn in den Sonstigen Erträgen erfasst. Anschaffungsnebenkosten werden als Aufwand der Periode erfasst, in der sie anfallen.

Bei einem sukzessiven Unternehmenszusammenschluss (sogenannter „schrittweiser Erwerb“) wird der zuvor an dem erworbenen Unternehmen gehaltene Eigenkapitalanteil im Erwerbszeitpunkt zum beizulegenden Zeitwert neu bewertet und ein daraus gegebenenfalls resultierender Gewinn oder Verlust in der Konzern-Gewinn- und Verlustrechnung erfasst. In früheren Perioden in den Sonstigen erfolgsneutralen Eigenkapitalveränderungen erfasste Beträge, die im Zusammenhang mit zuvor an dem erworbenen Unternehmen gehaltenen Eigenkapitalanteilen stehen, werden auf gleicher Grundlage bilanziert, als hätte der Konzern die zuvor gehaltenen Eigenkapitalanteile direkt veräußert.

Anteile ohne beherrschenden Einfluss werden in der Konzernbilanz als Bestandteil des Eigenkapitals, aber getrennt von dem den Deutsche Bank-Aktionären zurechenbaren Eigenkapital ausgewiesen. Das den Anteilen ohne beherrschenden Einfluss zurechenbare Konzernergebnis wird in der Konzern-Gewinn- und Verlustrechnung separat ausgewiesen. Veränderungen in der Beteiligungsquote an Tochterunternehmen ohne Verlust der Beherrschung werden als Transaktionen zwischen Eigenkapitalgebern behandelt und erfolgsneutral in der Kapitalrücklage erfasst.

Zur Veräußerung gehaltene langfristige Vermögenswerte

Einzelne langfristige nicht finanzielle Vermögenswerte (und Veräußerungsgruppen) sind als zur Veräußerung gehalten einzustufen, wenn sie in ihrem gegenwärtigen Zustand und zu den für sie üblichen Verkaufsbedingungen sofort veräußerbar sind und die Veräußerung höchstwahrscheinlich ist. Damit eine Veräußerung höchstwahrscheinlich ist, muss das zuständige Management einen Plan für den Verkauf beschlossen haben und mit der Suche nach einem Käufer aktiv begonnen haben. Des Weiteren müssen die Vermögenswerte (und Veräußerungsgruppen) zu einem Preis angeboten werden, der in einem angemessenen Verhältnis zum gegenwärtig beizulegenden Zeitwert steht, und der Verkauf sollte erwartungsgemäß innerhalb eines Jahres durchgeführt werden. Langfristige nicht finanzielle Vermögenswerte (und Veräußerungsgruppen), die die Kriterien für eine Einstufung als zur Veräußerung gehalten erfüllen, sind mit dem niedrigeren Wert von Buchwert und beizulegendem Zeitwert abzüglich Veräußerungskosten anzusetzen und werden in den Bilanzposten „Sonstige Vermögenswerte“ und gegebenenfalls „Sonstige Verbindlichkeiten“ ausgewiesen. Die Einstufung von langfristigen Vermögenswerten (und Veräußerungsgruppen) als zur Veräußerung gehalten führt nicht zu einer Anpassung von Vergleichszahlen. Die Bewertung von Finanzinstrumenten, die Bestandteil einer Veräußerungsgruppe sind, wird nicht angepasst.

Sachanlagen

Zu den Sachanlagen gehören selbst genutzte Immobilien, Einbauten in gemietete Räume, Betriebs- und Geschäftsausstattung sowie Software (nur Betriebssysteme). Selbst genutzte Immobilien werden zu Anschaffungskosten, vermindert um kumulierte planmäßige Abschreibungen und kumulierte Wertminderungen, ausgewiesen. Die planmäßige Abschreibung erfolgt in der Regel linear über die erwartete betriebsgewöhnliche Nutzungsdauer des Vermögenswerts. Die erwartete betriebsgewöhnliche Nutzungsdauer beträgt bei Gebäuden 25 bis 50 Jahre und bei Betriebs- und Geschäftsausstattung drei bis zehn Jahre (einschließlich anfänglicher Verbesserungen an erworbenen Gebäuden). Einbauten in gemietete Räume werden linear über den kürzeren Zeitraum von Mietdauer und erwarteter betriebsgewöhnlicher Nutzungsdauer der Einbauten, in der Regel drei bis zehn Jahre, abgeschrieben. Die Abschreibungen der Gebäude sowie der Betriebs- und Geschäftsausstattung sind im Sachaufwand und Sonstigen Aufwand ausgewiesen. Kosten für Instandhaltung und Reparaturen werden als Aufwand erfasst. Gewinne und Verluste aus Verkäufen werden in den Sonstigen Erträgen ausgewiesen.

Sachanlagen werden zu jedem Quartalsabschluss auf ihre Werthaltigkeit geprüft. Eine Wertminderung wird in Höhe des Betrags ausgewiesen, um den der erzielbare Betrag, das heißt der jeweils höhere Wert aus dem beizulegenden Zeitwert abzüglich Verkaufskosten und dem Nutzungswert, den entsprechenden Buchwert unterschreitet. Der Nutzungswert ist der Barwert der geschätzten zukünftigen Cashflows aus dem Vermögenswert. Nach der Erfassung einer Wertminderung wird der Abschreibungsaufwand in künftigen Berichtsperioden angepasst, um den geänderten Buchwert des Vermögensgegenstands entsprechend zu reflektieren. Erfolgt zu einem späteren Zeitpunkt eine Wertaufholung, wird der Abschreibungsaufwand prospektiv angepasst.

Im Rahmen eines Finanzierungsleasings geleaste Anlagen werden als Sachanlagen aktiviert und über die Leasingdauer abgeschrieben.

Finanzgarantien

Finanzgarantien sind vertragliche Vereinbarungen, die den Garantiegeber dazu verpflichten, bestimmte Zahlungen zu leisten, um den Garantienehmer für einen Verlust zu entschädigen, der dadurch entsteht, dass ein bestimmter Schuldner unter den Bedingungen eines Schuldtitels fällige Zahlungen nicht leistet.

Für bestimmte geschriebene Finanzgarantien, die auf Basis des beizulegenden Zeitwerts gesteuert werden, wendet der Konzern die Fair Value Option an. Nicht zum beizulegenden Zeitwert klassifizierte Finanzgarantien werden beim bilanziellen Erstansatz mit ihrem beizulegenden Zeitwert bei Garantiebegebung ausgewiesen. Danach werden die Verbindlichkeiten aus diesen Garantien zum jeweils höheren Wert aus dem ursprünglich angesetzten Wert abzüglich der kumulativen Amortisierung sowie dem bestmöglichen Schätzwert der zur Begleichung der finanziellen Verpflichtungen zum Bilanzstichtag erforderlichen finanziellen Aufwendungen bilanziert. Bei der Festlegung dieser Schätzwerte werden Erfahrungen mit vergleichbaren Transaktionen und Zeitreihen von Verlusten der Vergangenheit sowie die diesbezüglichen Entscheidungen des Managements zugrunde gelegt.

Jede Erhöhung von Verbindlichkeiten im Zusammenhang mit Garantien wird in der Konzern-Gewinn- und Verlustrechnung in der Risikovorsorge im Kreditgeschäft ausgewiesen.

Leasinggeschäfte

Der Konzern schließt als Leasingnehmer Leasingverträge – vor allem über Gebäude – ab. Basierend auf einer Analyse der Konditionen dieser Verträge werden die Leasingverhältnisse aufgrund ihres wirtschaftlichen Gehalts entweder als Operating Leases oder Finanzierungsleasingverhältnisse klassifiziert.

Vermögenswerte, die im Rahmen eines Finanzierungsleasingverhältnisses gehalten werden, werden anfangs mit einem Betrag, der dem beizulegenden Zeitwert des gemieteten Sachanlagegegenstands oder, sofern geringer, dem Barwert der Mindestleasingzahlungen entspricht, erfasst. Die korrespondierende Verbindlichkeit wird bilanziell als Verbindlichkeit aus Finanzierungsleasingverhältnissen erfasst. Bei der Berechnung des Barwerts der Mindestleasingzahlungen wird der dem Leasingverhältnis zugrunde liegende Zinssatz als Abzinsungssatz verwendet, sofern er in praktikabler Weise ermittelt werden kann. Anderenfalls wird der Grenzfremdkapitalzinssatz verwendet. Bedingte Mietzahlungen werden in den Perioden als Aufwand erfasst, in denen sie anfallen.

Bei Sachanlagen, die Gegenstand von Operating Leases sind, werden Mietaufwendungen linear über die Mietdauer erfasst. Die Mietdauer beginnt, sobald der Leasingnehmer die physische Nutzung des Leasinggegenstands kontrolliert. Mietvergünstigungen werden als Minderung der Mietaufwendungen behandelt und ebenfalls linear über die Mietdauer erfasst. Im Rahmen von Operating Leases anfallende bedingte Mietzahlungen werden in den Perioden als Aufwand erfasst, in denen sie anfallen.

Mitarbeitervergütungen

Pensionszusagen

Der Konzern bietet eine Reihe von Pensionszusagen an. Zusätzlich zu beitragsdefinierten Plänen gibt es Pläne, die in der Rechnungslegung als leistungsdefinierte Pläne behandelt werden. Das Vermögen sämtlicher beitragsdefinierter Pläne wird von unabhängig verwalteten Fonds gehalten. Die Höhe der Beiträge ist in der Regel vom Gehalt abhängig. Die Beiträge werden im Allgemeinen im Jahr der Beitragszahlung auf der Grundlage der geleisteten Dienste des Mitarbeiters als Aufwand erfasst.

Um den Barwert der Pensionsverpflichtung und den damit verbundenen Dienstzeitaufwand zu ermitteln, werden sämtliche leistungsdefinierten Pensionspläne nach der Methode der laufenden Einmalprämien („Projected Unit Credit Method“) bewertet. Die Bewertung im Rahmen dieses Verfahrens beruht auf versicherungsmathematischen Berechnungen, in die Annahmen über demografische Entwicklungen, Gehaltssteigerungen sowie Zinssätze und Inflationsraten einfließen. Versicherungsmathematische Gewinne und Verluste werden unmittelbar in den Sonstigen erfolgsneutralen Eigenkapitalveränderungen erfasst und im Eigenkapital ausgewiesen. Die Mehrheit der leistungsdefinierten Versorgungszusagen des Konzerns ist unternehmensextern finanziert („funded“).

Sonstige Versorgungszusagen

Darüber hinaus unterhält der Konzern intern finanzierte Gesundheitsfürsorgepläne für derzeit tätige und pensionierte Mitarbeiter, vornehmlich in den USA. Im Rahmen dieser Zusagen wird den Pensionären ein bestimmter Prozentsatz der erstattungsfähigen medizinischen und zahnmedizinischen Aufwendungen unter Berücksichtigung eines Selbstbehalts gewährt. Der Konzern dotiert diese Pläne bei Fälligkeit der zu erbringenden Leistungen. Analog zu den leistungsdefinierten Pensionszusagen werden diese Pläne gemäß der Methodik der laufenden Einmalprämien bewertet. Versicherungsmathematische Gewinne und Verluste werden unmittelbar in den Sonstigen erfolgsneutralen Eigenkapitalveränderungen erfasst und im Eigenkapital ausgewiesen.

Weitere Informationen zu den Pensions- und sonstigen Versorgungszusagen sind in Anhangangabe 35 „Leistungen an Arbeitnehmer“ enthalten.

Leistungen aus Anlass der Beendigung des Arbeitsverhältnisses

Leistungen anlässlich der Beendigung des Arbeitsverhältnisses fallen an, wenn der Konzern beschlossen hat, das Arbeitsverhältnis eines oder mehrerer Mitarbeiter vor dem Zeitpunkt der regulären Pensionierung zu beenden, oder ein Arbeitnehmer im Austausch für diese Leistungen freiwillig das Angebot annimmt, vorzeitig auszuscheiden. Solche Leistungen sind dann als Schuld und im Aufwand zu erfassen, wenn der Konzern einen detaillierten formalen Plan besitzt und keine realistische Möglichkeit hat, sich der Verpflichtung zu entziehen. Im Falle eines freiwilligen vorzeitigen Ausscheidens werden die Leistungen auf Basis der Anzahl von Mitarbeitern, die das Angebot voraussichtlich annehmen werden, bewertet. Leistungen, die mehr als 12 Monate nach dem Abschlussstichtag fällig sind, werden zu ihrem Barwert angesetzt. Der Zinssatz wird auf Basis der Rendite hochwertiger Unternehmensanleihen abgeleitet.

Aktienbasierte Vergütungen

Personalaufwand für als Eigenkapitalinstrumente klassifizierte Vergütungen wird auf Basis des beizulegenden Zeitwerts der aktienbasierten Vergütung am Tag der Gewährung ermittelt. Bei aktienbasierten Vergütungen entspricht der beizulegende Zeitwert dem Börsenkurs der zugrunde liegenden Aktien, vermindert um den Barwert der erwarteten Dividenden, die nicht an den Mitarbeiter weitergereicht werden, und nach Berücksichtigung etwaiger Restriktionen, die nach Eintritt der Unverfallbarkeit des Anspruchs bestehen. Wenn eine Vergütung so modifiziert wird, dass ihr beizulegender Zeitwert unmittelbar nach der Modifizierung ihren beizulegenden Zeitwert direkt vor der Modifizierung übersteigt, wird eine Neubewertung vorgenommen und der daraus resultierende Anstieg des beizulegenden Zeitwerts als zusätzlicher Personalaufwand ausgewiesen.

Die Gegenbuchung zum ausgewiesenen Personalaufwand erfolgt in der Kapitalrücklage. Der Personalaufwand wird linear über den Zeitraum erfasst, in welchem der Mitarbeiter die Dienste erbringt, die mit dieser

Vergütung abgegolten werden. Bei Vergütungen, die in Tranchen abgegolten werden, erfolgt die Verteilung über die Laufzeit der jeweiligen Tranche. Einschätzungen hinsichtlich voraussichtlich verfallender Ansprüche werden regelmäßig angepasst und berücksichtigen sowohl tatsächlich verfallene Ansprüche als auch sich verändernde Erwartungen. Aufwendungen für Vergütungen, die dem Begünstigten einen vorgezogenen Ruhestand erlauben und deswegen eine nominale, aber nicht substanzielle Dienstzeitregelung vorsehen, werden nicht über den Zeitraum vom Tag der Gewährung bis zur Unverfallbarkeit erfasst, sondern über den kürzeren Zeitraum, bis der Mitarbeiter die Anspruchsvoraussetzungen für die Vergütung erfüllt. Bei Vergütungen, die in Tranchen abgegolten werden, wird jede Tranche als separate Vergütung angesehen und gesondert im Personalaufwand erfasst.

Verpflichtungen aus aktienbasierter Vergütung, die entgeltlich abgegolten werden, werden zu jedem Bilanzstichtag ergebniswirksam zum beizulegenden Zeitwert bewertet und über die Anwartschaftsfrist erfasst, in der der Mitarbeiter einen unverfallbaren Anspruch auf die Vergütung erwirbt. Die Verpflichtungen werden bis zur Zahlung in den Sonstigen Passiva ausgewiesen.

Verpflichtung zum Erwerb Eigener Aktien

Terminkäufe sowie geschriebene Verkaufsoptionen, bei denen dem Kontrakt Aktien der Deutschen Bank zugrunde liegen, werden als Verpflichtung zum Erwerb Eigener Aktien ausgewiesen, sofern die Erfüllung durch die Lieferung einer festen Anzahl von Aktien gegen einen festen Betrag an flüssigen Mitteln erfolgen muss. Die Verpflichtung wird bei Entstehung mit dem Barwert des Erfüllungsbetrags des Termingeschäfts oder der Option angesetzt. Für Terminkäufe und geschriebene Verkaufsoptionen auf Aktien der Deutschen Bank erfolgt eine entsprechende Verringerung des Eigenkapitals, die innerhalb des Eigenkapitalpostens „Verpflichtung zum Erwerb Eigener Aktien“ ausgewiesen wird.

Die Verbindlichkeiten werden nach dem Prinzip der Periodenabgrenzung („Accrual Basis“) angesetzt und die abzugrenzenden Zinsen, die Zeitwert und Dividenden beinhalten, werden als Zinsaufwendungen erfasst. Mit Erfüllung der Terminkäufe und geschriebenen Verkaufsoptionen erlischt die Verbindlichkeit, während die Verringerung des Eigenkapitals bestehen bleibt, aber eine Reklassifizierung von der Verpflichtung zum Erwerb Eigener Aktien zu den Eigenen Aktien im Bestand erfolgt.

Stammaktien der Deutschen Bank, die entsprechenden Termingeschäften unterliegen, gelten nicht als ausstehende Aktien für die Berechnung des unverwässerten Ergebnisses je Aktie, sind aber bei der Berechnung des verwässerten Ergebnisses zu berücksichtigen, sofern sie de facto einen verwässernden Effekt haben.

Options- und Terminkontrakte, denen Aktien der Deutschen Bank zugrunde liegen, werden als Eigenkapitalinstrumente klassifiziert, wenn die Erfüllung durch die Lieferung einer festgelegten Anzahl von Aktien erfolgen muss. Alle anderen Kontrakte, bei denen Aktien der Deutschen Bank dem Kontrakt zugrunde liegen, werden als zum beizulegenden Zeitwert bewertete finanzielle Vermögenswerte/Verpflichtungen ausgewiesen.

Konzern-Kapitalflussrechnung

Für Zwecke der Konzern-Kapitalflussrechnung umfassen die Zahlungsmittel und Zahlungsmitteläquivalente des Konzerns hochliquide Vermögenswerte, die unmittelbar in liquide Mittel umgewandelt werden können und mit einem unwesentlichen Wertänderungsrisiko behaftet sind. Dabei handelt es sich um die Barreserve sowie Sichteinlagen bei Banken.

Der Konzern ordnet Cashflows den Kategorien operative Geschäftstätigkeit, Investitionstätigkeit oder Finanzierungstätigkeit auf Basis des Geschäftsmodells zu („Managementansatz“). Die operative Tätigkeit des Konzerns besteht vor allem darin, finanzielle Vermögenswerte und Verbindlichkeiten zu managen. So gehören beispielsweise die Begebung und das Management langfristiger Schuldtitel zum Kern der operativen Geschäftstätigkeiten, während sie bei Nichtfinanzunternehmen nicht den wesentlichen ertragswirksamen Tätigkeiten, sondern den Finanzierungstätigkeiten zuzurechnen sind.

Der Konzern ordnet die Emission vorrangiger langfristiger Verbindlichkeiten der operativen Geschäftstätigkeit zu. Vorrangige Verbindlichkeiten beinhalten strukturierte Schuldverschreibungen und Asset Backed Securities, die seitens Corporate Banking & Securities (CB&S) konzipiert und umgesetzt werden und insofern Bestandteil der ertragswirksamen Tätigkeiten sind. Ebenfalls enthalten sind seitens Treasury begebene Schuldtitel, die auch durch andere Finanzierungsquellen ersetzt werden können und deren Finanzierungskosten auf die jeweiligen Geschäftsfelder verrechnet werden, um deren Ertragskraft zu bestimmen.

Cashflows aus nachrangigen langfristigen Verbindlichkeiten und hybriden Kapitalinstrumenten unterscheiden sich von den Cashflows aus vorrangigen langfristigen Verbindlichkeiten, da sie als Bestandteil des Kapitals gesteuert werden, insbesondere um die aufsichtsrechtlichen Kapitalanforderungen erfüllen zu können. Demzufolge lassen sie sich nicht durch andere operative Verbindlichkeiten, sondern nur durch Eigenkapital ersetzen und werden daher den Cashflows aus der Finanzierungstätigkeit zugeordnet.

Die in der Konzern-Kapitalflussrechnung gezeigten Beträge stimmen nur bedingt mit den von einer Berichtsperiode zur nächsten zu beobachtenden Bilanzveränderungen überein, da sie nicht zahlungswirksame Sachverhalte wie etwa Wechselkursänderungen oder Veränderungen des Konsolidierungskreises nicht berücksichtigen.

Bewegungen der zum beizulegenden Zeitwert ausgewiesenen Bilanzposten sind auf Veränderungen zurückzuführen, die den Buchwert beeinflussen, das heißt sowohl auf Marktbewegungen als auch auf Einzahlungen und Auszahlungen. Bewegungen der zum beizulegenden Zeitwert ausgewiesenen Bilanzposten werden grundsätzlich den Cashflows aus operativer Tätigkeit zugeordnet.

Versicherungsgeschäft

Der Konzern schließt zwei Arten von Verträgen ab:

Versicherungsverträge – Dabei handelt es sich um Renten- und Universal-Life-Versicherungsverträge, bei denen der Konzern von einer anderen Partei (dem Versicherungsnehmer) ein signifikantes Versicherungsrisiko übernimmt, indem er vereinbart, dem Versicherungsnehmer eine Entschädigung zu leisten, wenn ein spezifiziertes ungewisses zukünftiges Ereignis den Versicherungsnehmer nachteilig betrifft. Die Verträge qualifizieren so lange als Versicherungsverträge, bis alle Ansprüche und Verpflichtungen erfüllt oder erloschen sind. Im Einklang mit IFRS hat der Konzern seine Rechnungslegungsgrundsätze beibehalten, die für die Bilanzierung von Versicherungsgeschäften vor der Umstellung der Rechnungslegung auf IFRS (US GAAP) angewandt wurden. Diese Rechnungslegungsgrundsätze werden nachfolgend weiter beschrieben.

Nicht überschussberechtigte Investmentverträge („Investmentverträge“) – Diese Verträge beinhalten weder ein signifikantes Versicherungsrisiko noch eine ermessensabhängige Überschussbeteiligung. Derartige Verträge werden als zum beizulegenden Zeitwert klassifizierte finanzielle Verbindlichkeiten bilanziert und ausgewiesen.

Finanzielle Vermögenswerte, die zur Deckung der Ansprüche aus Versicherungsverträgen gehalten werden, sind als zur Veräußerung verfügbare finanzielle Vermögenswerte klassifiziert, wohingegen für andere Versicherungs- und Investmentverträge gehaltene finanzielle Vermögenswerte unter Nutzung der Fair Value Option als zum beizulegenden Zeitwert klassifizierte Vermögenswerte ausgewiesen werden.

Versicherungsverträge

Beiträge für Versicherungsverträge in Form von Einmalprämien werden bei Erhalt als Erträge erfasst. Der Zeitpunkt der Ertragserfassung entspricht dem Tag, ab dem der Versicherungsschutz besteht. Bei Verträgen mit laufender Beitragszahlung werden die Erträge bei Fälligkeit der Zahlung berücksichtigt. Beiträge werden vor Abzug von Gebühren ausgewiesen. Wenn Versicherungsverträge aufgrund nicht erbrachter Beiträge storniert werden, werden die bis zum Zeitpunkt der Vertragsaufhebung abgegrenzten Beitragsforderungen ebenso wie die entsprechenden Erträge und die damit verbundenen Aufwendungen storniert.

Aufwendungen im Versicherungsgeschäft werden erfasst, wenn sie angefallen sind, und beinhalten sowohl die Entschädigungszahlungen des laufenden Geschäftsjahres als auch die den Versicherungsnehmern im Vorgriff auf die endgültige Feststellung zugeordnete Überschussbeteiligung.

Die Deckungsrückstellung für Universal-Life-Versicherungsverträge ergibt sich als Saldo aus eingenommenen Beiträgen und den Versicherungsnehmern gutgeschriebenen Anlageerträgen abzüglich der Aufwendungen für Sterbefälle und sonstiger Aufwendungen. Für sonstige fondsgebundene Versicherungsverträge entspricht die Deckungsrückstellung dem beizulegenden Zeitwert der zugrunde liegenden Vermögenswerte.

Im Fall von Rentenversicherungsverträgen wird die Rückstellung dergestalt berechnet, dass für die derzeit aktiven Verträge die zukünftigen Zahlungen geschätzt und unter Berücksichtigung ihrer Eintrittswahrscheinlichkeit auf den Bilanzstichtag abgezinst werden. Die Annahmen werden bei Vertragsabschluss unter Berücksichtigung einer angemessenen Sicherheitsmarge („Provisions for Adverse Deviations“ – „PADs“) festgelegt. Der so ermittelte Rückstellungsbetrag wird mit dem Wert verglichen, der sich ergibt, wenn man aktuelle Annahmen einschließlich des Effektivzinses der zugrunde liegenden Vermögenswerte zugrunde legt. Ergäbe sich aufgrund dieses Vergleichs ein höherer Wert, wäre der Rückstellungsbetrag entsprechend anzupassen.

Die Deckungsrückstellung beinhaltet auch Rückstellungen für bestimmte im Zusammenhang mit fondsgebundenen Rentenversicherungsprodukten des Konzerns stehende Optionen. Diese Rückstellungen werden auf Basis der vertraglichen Verpflichtungen unter Zugrundelegung versicherungsmathematischer Annahmen ermittelt.

Die Angemessenheit der bilanzierten Versicherungsrückstellungen wird unter Berücksichtigung der erwarteten Schadensfälle, Kosten, verdienten Beiträge und anteiligen Kapitalanlageerträge ermittelt. Für langfristige Verträge ist dann eine Drohverlustrückstellung zu bilden, wenn die tatsächlichen Erfahrungen hinsichtlich Rendite der Investments, Sterblichkeit, Invalidität, Stornierungen sowie Aufwand darauf hinweisen, dass die bereits bilanzierten Rückstellungen zuzüglich des Barwerts der zukünftigen Beiträge nicht ausreichen werden, um den Barwert zukünftiger Leistungen sowie die aktivierten Abschlusskosten zu decken.

Die dem Kauf von zusätzlichem Versicherungs- und Investmentgeschäft direkt zuordenbaren Kosten werden abgegrenzt, wenn erwartet wird, dass sie aus zukünftigen Margen in den Erträgen aus diesen Verträgen erzielbar sind. Diese Kosten werden über einen Zeitraum systematisch abgegrenzt, der nicht länger ist als die Zeitdauer, innerhalb deren man erwartet, sie aus zukünftigen Margen erzielen zu können.

Investmentverträge

Sämtliche seitens des Konzerns abgeschlossenen Investmentverträge sind fondsgebunden. Verbindlichkeiten für fondsgebundene Verträge werden ermittelt, indem zum Bilanzstichtag die Preise für die Fondsanteile mit der Anzahl der den Versicherungsnehmern zuzurechnenden Fondsanteile multipliziert werden.

Der Ausweis der Verbindlichkeiten erfolgt zum beizulegenden Zeitwert unter den zum beizulegenden Zeitwert bewerteten finanziellen Verpflichtungen. Im Rahmen von Investmentverträgen erhaltene Einlagen führen zu einer Anpassung der Verbindlichkeiten für fondsgebundene Verträge. Die auf die Verträge entfallenden Anlageerträge werden in der Konzern-Gewinn- und Verlustrechnung erfasst. Die Forderungen aus Investmentverträgen spiegeln einen etwaigen Überschuss ausgezahlter Beträge über die bilanzierten Verbindlichkeiten wider. Den Versicherungsnehmern von Investmentverträgen werden Gebühren für die Verwaltung der Versicherungspolicen und der Kapitalanlagen sowie für Rückkäufe und sonstige Vertragsleistungen in Rechnung gestellt.

Die finanziellen Vermögenswerte für Investmentverträge werden zum beizulegenden Zeitwert bilanziert und die damit verbundenen Änderungen des beizulegenden Zeitwerts werden ebenso wie die Änderungen des beizulegenden Zeitwerts der entsprechenden Verpflichtungen in der Konzern-Gewinn- und Verlustrechnung erfasst.

Rückversicherungsgeschäft

Sowohl die im Rahmen der Rückversicherung abgegebenen Beiträge als auch die in diesem Zusammenhang empfangenen Eingänge für erbrachte Versicherungsleistungen werden von den Beiträgen respektive Aufwendungen im Versicherungsgeschäft abgezogen. Vermögenswerte und Verbindlichkeiten im Zusammenhang mit Rückversicherungsverträgen werden brutto ausgewiesen, wenn sie wesentlich sind. An Rückversicherer abgetretene Teile der Versicherungsrückstellungen werden konsistent mit dem rückversicherten Risiko geschätzt. Ebenso werden die im Zusammenhang mit Rückversicherungsvereinbarungen stehenden Erträge und Aufwendungen im Einklang mit dem zugrunde liegenden Risiko des rückversicherten Geschäfts erfasst.

Alle neuen wesentlichen Rückversicherungsgeschäfte müssen vom jeweiligen lokalen Vorstand genehmigt werden. Nach Geschäftsabschluss unterliegen sie einer regelmäßigen Kreditrisikobeurteilung. Diese umfasst eine Beurteilung des gesamten Engagements und der Kredit- und Sicherheitenstellung. Wertminderungen werden in Übereinstimmung mit den Rechnungslegungsgrundsätzen für „Wertminderungen finanzieller Vermögenswerte“ bestimmt.

02 – Erstmals angewandte und neue Rechnungslegungsvorschriften

Erstmals angewandte Rechnungslegungsvorschriften

Nachstehend werden diejenigen Rechnungslegungsvorschriften erläutert, die für den Konzern von Bedeutung sind und bei der Erstellung dieses Konzernabschlusses in 2014 zur Anwendung kamen.

IAS 32

Zum 1. Januar 2014 setzte der Konzern die Änderungen des IAS 32, „Offsetting Financial Assets and Financial Liabilities“ („IAS 32 R“), um. IAS 32 R stellt klar, dass (a) der Anspruch einer Gesellschaft auf Saldierung am Abschlussstichtag bestehen muss und (b) wann Bruttoabwicklungssysteme einer Nettoabwicklung entsprechen können. Die Umsetzung von IAS 32 R hatte keine wesentlichen Auswirkungen auf den Konzernabschluss.

IFRIC 21

Zum 1. Januar 2014 setzte der Konzern die Vorschriften des IFRIC 21, „Levies“ („IFRIC 21“), um. IFRIC 21 ist eine Interpretation von IAS 37, „Provisions, Contingent Liabilities and Contingent Assets“, und stellt klar, dass ein Unternehmen von öffentlichen Behörden erhobene Abgaben erst dann ansetzt, wenn die Tätigkeit, die von Gesetzes wegen zur Leistung einer Abgabe führt, stattfindet. Die Umsetzung von IFRIC 21 hatte keine wesentlichen Auswirkungen auf den Konzernabschluss.

Neue Rechnungslegungsvorschriften

Die nachfolgenden Rechnungslegungsvorschriften waren zum 31. Dezember 2014 noch nicht in Kraft getreten und kamen daher bei der Erstellung dieses Konzernabschlusses nicht zur Anwendung.

Änderungen der IFRS 2010–2012 und 2011–2013 („Improvements to IFRS 2010–2012 and IFRS 2011–2013 Cycles“)

Im Dezember 2013 veröffentlichte das IASB im Rahmen seiner Annual-Improvements-Projekte „Improvements to IFRS 2010–2012 and IFRS 2011–2013 Cycles“ mehrere Änderungen bestehender IFRS. Diese umfassen sowohl Änderungen verschiedener IFRS mit Auswirkung auf den Ansatz, die Bewertung und den Ausweis von Geschäftsvorfällen als auch terminologische oder redaktionelle Korrekturen. Die Änderungen treten für die Geschäftsjahre in Kraft, die am oder nach dem 1. Juli 2014 beginnen. Es wird nicht erwartet, dass die Änderungen wesentliche Auswirkungen auf den Konzernabschluss haben werden.

IFRS 9, „Classification and Measurement“, „Impairment“ und „Hedge Accounting“

Im Juli 2014 veröffentlichte das IASB IFRS 9, „Financial Instruments“ („IFRS 9“). Der Standard ersetzt IAS 39, „Financial Instruments: Recognition and Measurement“ („IAS 39“). IFRS 9 führt neue Vorschriften für die Klassifizierung und Bewertung von finanziellen Vermögenswerten für Unternehmen ein, erfordert Änderungen der Bilanzierung der Effekte aus den Veränderungen des eigenen Kreditrisikos für aus zum beizulegenden Zeitwert klassifizierte finanzielle Verpflichtungen, ersetzt die derzeitigen Regelungen zur Wertminderung von finanziellen Vermögenswerten und ändert die Bilanzierungsvorschriften für die Bilanzierung von Sicherungsbeziehungen.

Klassifizierung und Bewertung von finanziellen Vermögenswerten und -verpflichtungen

IFRS 9 verlangt, dass das Geschäftsmodell des Unternehmens und die Charakteristika der Zahlungsströme des jeweiligen finanziellen Vermögenswerts die Klassifizierung und dessen Bewertung bestimmen. Zum erstmaligen Ansatz wird der jeweilige finanzielle Vermögenswert entweder als „zum beizulegenden Zeitwert mit Wertänderungen in der Gewinn- und Verlustrechnung“, als „zu fortgeführten Anschaffungskosten“ oder als „zum beizulegenden Zeitwert mit Wertänderungen in den Sonstigen erfolgsneutralen Eigenkapitalveränderungen“ klassifiziert. Da die Anforderungen an die Klassifizierung von den bestehenden Beurteilungen unter IAS 39 abweichen, sind einige Unterschiede zur Klassifizierung und Bewertung von finanziellen Vermögenswerten unter IAS 39 zu erwarten.

Die Klassifizierung und Bewertung von finanziellen Verpflichtungen unter IFRS 9 bleibt weitgehend unverändert zu den derzeitigen Regelungen. Allerdings werden die aus dem eigenen Kreditrisiko resultierenden Zeitwertveränderungen von zum beizulegenden Zeitwert klassifizierten ausgegebenen Schuldverschreibungen unter IFRS 9 in den Sonstigen erfolgsneutralen Eigenkapitalveränderungen und nicht in der Gewinn- und Verlustrechnung erfasst.

Wertminderung von finanziellen Vermögenswerten

Die Regelungen zur Wertminderung unter IFRS 9 werden auf zu fortgeführten Anschaffungskosten oder auf zum beizulegenden Zeitwert mit Wertänderungen in den Sonstigen erfolgsneutralen Eigenkapitalveränderungen bewertete Vermögenswerte und auf außerbilanzielle Kreditzusagen wie Kreditzusagen und Finanzgarantien angewandt. Das Wertminderungsmodell ändert sich von einem Modell, bei dem Kreditausfälle bei Eintritt eines auslösenden Ereignisses erfasst werden, hin zu einem Modell, bei dem Rückstellungen für Kreditausfälle bei Erstansatz des finanziellen Vermögenswerts (oder dem Zeitpunkt, an dem der Konzern Vertragspartner der Kreditzusage oder der Finanzgarantie wird) auf Basis der zu diesem Zeitpunkt herrschenden Erwartungen potenzieller Kreditausfälle erfasst werden.

Die Risikovorsorge im Kreditgeschäft bei Erstansatz basiert auf den erwarteten Kreditausfällen für die ersten 12 Monate. Zu jedem Quartalsabschluss muss der Konzern anschließend beurteilen, ob sich das Kreditrisiko des Vermögenswerts signifikant erhöht hat. In diesem Fall muss die Risikovorsorge die über die Laufzeit zu erwartenden gesamten Kreditausfälle des finanziellen Vermögenswerts (üblicherweise als „Lifetime Expected Losses“ bezeichnet) widerspiegeln. Als Folge der Regelungsänderungen zur Wertminderung kommt es unter IFRS 9 zu einer erhöhten Subjektivität, da die Risikovorsorge auf zukunftsorientierten und wahrscheinlichkeitsgewichteten Informationen basiert, die fortlaufend überwacht und über die Laufzeit des finanziellen Vermögenswerts aktualisiert werden. Das steht im Gegensatz zur Erfassung von Wertminderungen unter IAS 39, dessen Regeln für die Erfassung einer Risikovorsorge den Eintritt eines oder mehrerer Verlustereignisse erfordern. Es wird erwartet, dass IFRS 9 insgesamt zu einer übergreifenden Erhöhung des Risikovorsorgeniveaus führen wird. Diese Einschätzung beruht auf der Anforderung zum Ansatz einer Risikovorsorge in Höhe der erwarteten Kreditausfälle für die ersten 12 Monate auch für solche Instrumente, bei denen sich das Kreditrisiko seit Erstansatz nicht wesentlich erhöht hat. Darüber hinaus beruht es auf der Einschätzung, dass der Bestand an Vermögenswerten, auf die der „Lifetime Expected Loss“ angewendet wird, wahrscheinlich grösser ist als der Bestand an Vermögenswerten, bei denen Verlustereignisse nach IAS 39 bereits eingetreten sind.

Bilanzierung von Sicherungsbeziehungen

IFRS 9 beinhaltet auch neue Regeln zur Bilanzierung von Sicherungsbeziehungen mit dem Ziel, die Bilanzierung mit dem Risikomanagement in Einklang zu bringen. Grundsätzlich sind einige der Einschränkungen der derzeitigen Regelungen beseitigt worden, so dass eine größere Auswahl von Sicherungsinstrumenten und gesicherten Grundgeschäften für die Bilanzierung von Sicherungsbeziehungen verfügbar wird.

IFRS 9 tritt für die Geschäftsjahre in Kraft, die am oder nach dem 1. Januar 2018 beginnen. Der Konzern beurteilt im Moment die Auswirkungen der Bilanzierungsvorschriften von IFRS 9. Die Vorschriften bedürfen noch der Übernahme durch die EU in europäisches Recht.

IFRS 15, „Revenue from Contracts with Customers“

Im Mai 2014 veröffentlichte das IASB IFRS 15, „Revenue from Contracts with Customers“ („IFRS 15“). Die Bilanzierungsvorschriften bestimmen, wie und wann Erträge vereinnahmt werden, haben aber keine Auswirkungen auf die Vereinnahmung von Erträgen, die im Zusammenhang mit Finanzinstrumenten des Regelungsbereichs von IFRS 9/IAS 39 entstehen. IFRS 15 ersetzt mehrere andere IFRS-Vorschriften und Interpretationen, die im Moment die Ertragsvereinnahmung unter IFRS bestimmen, und stellt ein einzelnes, auf Prinzipien basiertes Fünf-Stufen-Modell dar, das auf alle Kundenvereinbarungen angewendet wird. Zudem verlangen die Vorschriften von Unternehmen die Bereitstellung von aussagefähigeren und relevanteren Anhangangaben an die Nutzer von Finanzabschlüssen. IFRS 15 tritt für die Geschäftsjahre in Kraft, die am oder nach dem 1. Januar 2017 beginnen. Der Konzern prüft derzeit die Auswirkungen von IFRS 15. Die Vorschriften bedürfen noch der Übernahme durch die EU in europäisches Recht.

Änderungen der IFRS 2012–2014 („Improvements to IFRS 2012–2014 Cycles“)

Im September 2014 veröffentlichte das IASB im Rahmen seines Annual-Improvements-Projektes „Improvements to IFRS 2012–2014 Cycles“ mehrere Änderungen bestehender IFRS. Diese umfassen sowohl Änderungen verschiedener IFRS mit Auswirkung auf den Ansatz, die Bewertung und den Ausweis von Geschäftsvorfällen als auch terminologische oder redaktionelle Korrekturen. Die Änderungen treten für die Geschäftsjahre in Kraft, die am oder nach dem 1. Januar 2016 beginnen. Eine vorzeitige Anwendung ist zulässig. Es wird nicht erwartet, dass die Änderungen wesentliche Auswirkungen auf den Konzernabschluss haben werden. Die Änderungen bedürfen noch der Übernahme durch die EU in europäisches Recht.

IAS 1

Im Dezember 2014 veröffentlichte das IASB als Teil einer Initiative zur Verbesserung von Finanzabschlüssen bezüglich Darstellung und Anhangangaben Änderungen zu IAS 1, „Presentation of Financial Statements“ („IAS 1“). Diese Änderungen stellen klar, dass das Prinzip der Wesentlichkeit auf den gesamten Finanzabschluss anzuwenden ist, dass professionelle Einschätzungen bei der Bestimmung von Anhangangaben anzuwenden sind und dass die Aufnahme von nicht materiellen Informationen zu einer reduzierten Effektivität der Anhangangaben führen kann. Die Änderungen treten für die Geschäftsjahre in Kraft, die am oder nach dem 1. Januar 2016 beginnen. Eine vorzeitige Anwendung ist zulässig. Die Änderungen zu IAS 1 haben nur Einfluss auf die Anhangangaben des Konzerns. Die Änderungen bedürfen noch der Übernahme durch die EU in europäisches Recht.

03 – Akquisitionen und Veräußerungen

Im Jahr 2014 getätigte Unternehmenszusammenschlüsse

Im Geschäftsjahr 2014 unternahm der Konzern keine Akquisitionen, die als Unternehmenszusammenschlüsse bilanziert wurden.

Im Jahr 2013 getätigte Unternehmenszusammenschlüsse

Am 2. September 2013 gab die Deutsche Bank AG bekannt, dass sie den Kauf der restlichen 51 % der Anteile an ihrem Joint Venture Xchanging etb GmbH („Xetb“) abgeschlossen hat. Xetb ist die Holdinggesellschaft der Xchanging Transaction Bank GmbH („XTB“). Der Kaufpreis für den sukzessiven Erwerb besteht aus einer Basiskomponente von 41 Mio €, welche bestimmten Anpassungen unterliegt. Von diesem Betrag wurden durch den Erwerber 36 Mio € in bar gezahlt. Die übrigen 5 Mio € wurden von der XTB im Zuge des Abschlusses der Transaktion an den Verkäufer, Xchanging plc. („Xchanging“), geleistet, was zu einer Reduzierung des erworbenen Nettovermögens führte. Die Vereinbarung zwischen der Deutschen Bank und Xchanging wurde im Mai 2013 unterzeichnet. Mit Erhalt der notwendigen Genehmigungen, unter anderem der von Aufsichtsbehörden und Aktionären der Xchanging, ist der Eigentümerwechsel auf die Deutsche Bank zum 1. September 2013 (dem Erwerbszeitpunkt) erfolgt. Mit dem Abschluss der Transaktion hat die Deutsche Bank als alleiniger Eigentümer die unternehmerische Führung über die XTB erlangt. Die engere operative Anbindung der XTB erfolgt im Rahmen der Strategie 2015+, mit der die Deutsche Bank die operative Leistungsfähigkeit im Konzern steigern und Redundanzen, Komplexität und Kosten verringern will.

Die Xetb ist ein seit dem Jahr 2004 bestehendes Joint Venture, welche als Holdinggesellschaft die Beteiligung an der XTB hält, der ehemaligen hundertprozentigen Tochtergesellschaft european transaction bank ag („etb“). XTB erbringt Dienstleistungen im Bereich Wertpapierabwicklung für die Deutsche Bank und konzernexterne Kunden. Die erworbenen Einheiten wurden in den Infrastrukturbereich der Deutschen Bank eingegliedert. Vor dem Kontrollerwerb der XTB hielt der Konzern direkt 49 % der Anteile an der Xetb, wodurch er die Finanz- und Geschäftspolitik des Unternehmens maßgeblich mitbestimmen konnte. Dementsprechend wurde die Xetb einschließlich ihrer Tochtergesellschaft XTB bis zum Zeitpunkt der Kontrollerlangung nach der Equitymethode bilanziert. Der zum Erwerbszeitpunkt beizulegende Zeitwert der Beteiligung an dem erworbenen Unternehmen betrug 21 Mio €. Die Neubewertung der Anteile führte nicht zu einem Gewinn oder Verlust.

Die Bilanzierung des Unternehmenserwerbs wurde im zweiten Quartal 2014 abgeschlossen und führte per Saldo zu einem Anstieg der Kaufpreiszahlung sowie einem korrespondierenden Anstieg des bilanzierten Geschäfts- oder Firmenwerts über jeweils 1 Mio €. Demzufolge betrug der endgültige Wert des aus der Transaktion resultierenden Geschäfts- oder Firmenwertes 38 Mio €, welcher PBC (25 Mio €), GTB (6 Mio €), CB&S (5 Mio €) und Deutsche AWM (2 Mio €) zugeordnet wurde. Der Gesamtkaufpreis und die Eröffnungsbilanz zum Erwerbszeitpunkt stellen sich danach wie folgt dar:

Beizulegender Zeitwert der erworbenen Vermögenswerte und übernommenen Verbindlichkeiten zum Erwerbszeitpunkt

in Mio €	
Übertragene Gegenleistung in bar	36
Zum beizulegenden Zeitwert bewertete Anteile des Konzerns vor dem Unternehmenszusammenschluss	21
Abzug für Erfüllung zuvor bestehender Beziehungen	8
Gesamtkaufpreis einschließlich beizulegender Zeitwert der Beteiligung des Konzerns vor dem Unternehmenszusammenschluss	50
Identifizierbare erworbene Vermögenswerte und übernommene Verbindlichkeiten:[1]	
Barreserve und verzinsliche Sichteinlagen bei Kreditinstituten	6
Zum Zeitwert bewertete finanzielle Vermögenswerte	24
Immaterielle Vermögenswerte	6
Alle sonstigen Vermögenswerte	31
Rückstellungen	22
Alle sonstigen Verbindlichkeiten	34
Identifizierbares Nettovermögen insgesamt	12
Geschäfts- oder Firmenwert	38
Erworbenes identifizierbares Nettovermögen insgesamt sowie erworbener Geschäfts- oder Firmenwert	50

[1] Nach Hauptklassen der erworbenen Vermögenswerte und übernommenen Verbindlichkeiten.

Bereits vor dem Unternehmenserwerb waren die Deutsche Bank und die XTB Kooperationspartner im Rahmen einer gemeinsamen Servicevereinbarung, die die Erbringung von Dienstleistungen im Bereich der Wertpapierabwicklung für die Deutsche Bank umfasste. Diese Vereinbarung wurde als zuvor bestehende Beziehung identifiziert und getrennt von der vorgenannten Erwerbstransaktion bilanziert. Der Servicevertrag, welcher im Mai 2016 ausgelaufen wäre, wurde mit Abschluss der Transaktion beendet. Der zur Beendigung aufgewendete Betrag wurde auf Basis einer Discounted-Cashflow-Methode ermittelt. Dessen Verbuchung führte zu einem Verlust von 8 Mio €, der im Sachaufwand und Sonstigen Aufwand der Gewinn- und Verlustrechnung des Konzerns für 2013 erfasst wurde.

Im Jahr 2012 getätigte Unternehmenszusammenschlüsse

Im Geschäftsjahr 2012 unternahm der Konzern keine Akquisitionen, die als Unternehmenszusammenschlüsse bilanziert wurden.

Akquisitionen und Veräußerungen von Minderheitsbeteiligungen ohne Kontrollwechsel

Im Geschäftsjahr 2014 unternahm der Konzern keine Akquisitionen oder Veräußerungen mit Minderheitsbeteiligungen unter Beibehaltung bestehender Beherrschungsverhältnisse über die jeweiligen Tochtergesellschaften. Im Geschäftsjahr 2013 schloss die Deutsche Bank Akquisitionen und Veräußerungen von Minderheitsbeteiligungen an Tochtergesellschaften ab, bei denen der Konzern nicht der alleinige Eigentümer ist. Diese Transaktionen führten nicht zu einem Verlust der Kontrolle über die jeweiligen Tochtergesellschaften. Gemäß IFRS 10 wurden sie als Eigenkapitaltransaktionen zwischen dem Konzern und außenstehenden Aktionären bilanziert, bei denen kein Gewinn oder Verlust in der Gewinn- und Verlustrechnung erfasst wurde. Die im Rahmen dieser Transaktionen für das Geschäftsjahr 2013 übertragene Gegenleistung betrug insgesamt 11 Mio €. Die Bilanzwerte der jeweiligen Mehrheits- oder Minderheitsbeteiligungen wurden angepasst, um die Veränderung der Beteiligungen des Konzerns an diesen Tochtergesellschaften darzustellen. Unterschiede zwischen dem beizulegenden Zeitwert der übertragenen oder erhaltenen Gegenleistungen und den Beträgen, um die die Minderheitsbeteiligungen angepasst wurden, werden direkt im Eigenkapital erfasst.

Die folgende Tabelle beschreibt die Auswirkungen der aggregierten Veränderungen der betreffenden Beteiligungen des Konzerns für die Geschäftsjahre 2013 und 2014, die für diese Tochtergesellschaften in den jeweiligen Perioden erfasst wurden.

in Mio €	2014	2013
Beteiligungen der Deutschen Bank zum Beginn der Periode	0	24
Nettoeffekt aus der Veränderung der Beteiligungen der Deutschen Bank	0	7
Anteil der Deutschen Bank am Gewinn oder Verlust	0	1
Anteil der Deutschen Bank am sonstigen Ergebnis	0	−4
Anteil der Deutschen Bank an den sonstigen Veränderungen des Eigenkapitals	0	−1
Beteiligungen der Deutschen Bank zum Ende der Periode	**0**	27

Veräußerungen

In den Geschäftsjahren 2014, 2013 und 2012 veräußerte der Konzern mehrere Tochtergesellschaften/Geschäftsbetriebe. Diese Veräußerungen enthielten hauptsächlich verschiedene Geschäftseinheiten, die der Konzern zuvor als zum Verkauf bestimmt klassifiziert hatte. Die gesamte für diese Veräußerungen in bar erhaltene Gegenleistung belief sich in den Jahren 2014, 2013 und 2012 auf 1,9 Mrd €, 57 Mio € und 99 Mio €. Die folgende Tabelle enthält die Vermögenswerte und Verbindlichkeiten, die in diesen Veräußerungen enthalten waren.

in Mio €	2014	2013	2012
Barreserve und verzinsliche Sichteinlagen bei Kreditinstituten	0	156	0
Übrige Vermögenswerte	8.346	33	1.937
Summe der veräußerten Aktiva	**8.346**	189	1.937
Summe der veräußerten Verbindlichkeiten	**6.602**	196	1.592

04 – Segmentberichterstattung

Die Segmentinformationen des Konzerns basieren auf dem sogenannten Managementansatz. Dementsprechend sind Segmentinformationen auf Basis der internen Managementberichterstattung darzustellen. Der Vorstand der Deutschen Bank als sogenannter Chief Operating Decision Maker überprüft diese regelmäßig, um den verschiedenen Segmenten Ressourcen zuzuteilen und ihre Performance zu bewerten.

Zu Beginn des ersten Quartals 2014 wurde der Zinsüberschuss als Teil der Erträge, des Ergebnisses vor Steuern und darauf bezogener Kennzahlen für US-amerikanische steuerfreie Wertpapiere im Bereich Corporate Banking & Securities als voll steuerpflichtig ausgewiesen. Dadurch ist es dem Management möglich, die Performance steuerpflichtiger und steuerfreier Wertpapiere in Corporate Banking & Securities zu vergleichen. Durch diese Modifizierung des Bilanzausweises erhöhte sich der Zinsüberschuss in CB&S im vierten Quartal 2014 um 23,6 Mio € (für das Gesamtjahr 2014 belief er sich auf 65,4 Mio €). Dieser Anstieg wird in den konsolidierten Konzernzahlen durch einen umgekehrten Betrag in Consolidation & Adjustments ausgeglichen. Die Vergleichszahlen des vorangehenden Berichtszeitraums wurden wegen ihrer geringen Bedeutung nicht angepasst. Der für die Ermittlung des Zinsüberschusses – bei einer unterstellten vollen Steuerpflicht – angewandte Steuersatz beträgt für den überwiegenden Teil der steuerfreien US-Wertpapiere 35 %. Die in der NCOU gehaltenen US-amerikanischen steuerfreien Wertpapiere werden aufgrund unterschiedlicher Methoden bei der Steuerung von zum Kerngeschäft und nicht zum Kerngeschäft gehörenden Aktivitäten als nicht voll steuerpflichtig ausgewiesen.

Segmente

Die Segmente des Konzerns stellen dessen Organisationsstruktur dar. Sie besteht aus den fünf Unternehmensbereichen Corporate Banking & Securities (CB&S), Private & Business Clients (PBC), Global Transaction Banking (GTB), Deutsche Asset & Wealth Management (Deutsche AWM) und Non-Core Operations Unit (NCOU). Weitere Angaben zu den fünf Unternehmensbereichen sind im Abschnitt „Lagebericht: Überblick über die Geschäftsentwicklung: Deutsche Bank-Konzern: Unternehmensbereiche“ des Finanzberichts enthalten.

Im Rahmen der fortlaufenden Optimierung unseres Geschäftsmodells, mit dem wir den Veränderungen am Markt und im aufsichtsbehördlichen Umfeld Rechnung tragen, haben wir die Bewertung unseres Geschäftsportfolios fortgesetzt und entsprechende Anpassungen an die aktuellen Marktchancen und Kundenbedürfnisse vorgenommen. In diesem Zusammenhang haben wir Ende 2014 bekannt gegeben, dass wir den Großteil des Handels mit CDS für Einzeladressen und physischen Edelmetallen einstellen werden.

Für den Jahresabschluss 2013 hat Deutsche AWM die Ertragsaufteilung angepasst. Künftig wird nach der Ertragsart gegliedert, um eine Unterscheidung in laufende Erträge und Einmalerträge, Zinserträge und Erträge aus sonstigen Produkten vornehmen zu können. Die neue Aufteilung entspricht stärker den Marktkonventionen, erhöht die Transparenz und ermöglicht eine kohärentere Analyse des Unternehmensbereichs. Die Zahlen der Vorperioden wurden an die Darstellung des aktuellen Berichtszeitraums angepasst.

PBC hat beschlossen, seine Geschäftseinheiten umzubenennen, damit sein Marktansatz besser widergespiegelt wird. Advisory Banking Germany ist nun die Privat- und Firmenkundenbank und setzt sich zusammen aus dem ehemaligen Advisory Banking Germany und dem vor kurzem gegründeten Joint Venture zwischen den Unternehmensbereichen PBC und GTB. Consumer Banking Germany wird in Postbank umbenannt, bei Advisory Banking International erfolgt keine Namensänderung. Die ehemalige Kategorie Deposits & Payment Service wurde in Deposits und Payments, Cards & Accounts geteilt, während Advisory/Brokerage und Discretionary Portfolio Management/Fund Management zu Investment & Insurance Products fusioniert wurden. Die Zahlen der Vorperioden wurden an die Darstellung des aktuellen Berichtszeitraums angepasst.

Im September 2012 kündigte die Bank nach einer strategischen Überprüfung Änderungen bei der Zusammensetzung ihrer Segmente an. Im vierten Quartal 2012 war die Managementverantwortung für das passive Fondsgeschäft und das Geschäft mit alternativen Anlageformen, wie zum Beispiel für Exchange Traded Funds (ETFs), von CB&S auf Deutsche AWM übertragen worden. Zusätzlich wurde mit der NCOU ein neues Segment neben CB&S, GTB, Deutsche AWM und PBC geschaffen, dem nicht zum Kerngeschäft gehörende Aktiva, Passiva und Geschäfte aus CB&S, Deutsche AWM und PBC sowie das gesamte ehemalige Segment Corporate Investments zugeordnet wurden. Infolge einer weiteren Integration der CB&S- und GTB-Aktivitäten wurde die Kostenallokation zwischen diesen Unternehmensbereichen verfeinert. Die Zahlen der Vorperioden wurden an die Darstellung des aktuellen Berichtszeitraums angepasst.

Im Folgenden werden weitere Veränderungen in Bezug auf die Managementverantwortung beschrieben, die signifikante Auswirkungen auf die Segmentberichterstattung hatten:

— Für den Jahresabschluss 2014 hat PBC seine Ertragsaufteilung angepasst. Um die Transparenz seiner Ertragsstruktur zu erhöhen, hat PBC die neue Ertragskategorie „Post- und ergänzende Serviceleistungen der Postbank“ geschaffen, die bisher anderen Ertragsbereichen zugeordnet war. Die Zahlen der Vorperioden wurden an die Darstellung des aktuellen Berichtszeitraums angepasst.
— Im vierten Quartal 2013 war beschlossen worden, das Rohstoffgeschäft zu verringern und Teile ganz einzustellen. Wir haben zunächst die Portfolios, in denen Aktivitäten eingestellt wurden, in der Special Commodities Group (SCG) zusammengeführt und diese anschließend im ersten Quartal 2014 von CB&S auf die NCOU übertragen. Die SCG ist für Aktiva, Verbindlichkeiten und Eventualrisiken aus Engagements in den Bereichen Energie, Landwirtschaft, Basismetalle und Schüttgut zuständig. Die Vergleichswerte für CB&S und die NCOU wurden entsprechend angepasst. Das restliche Rohstoffgeschäft verbleibt in CB&S.
— Im Geschäftsjahr 2013 war das Portfolio langfristiger Kredite an deutsche mittelständische Kunden vom Unternehmensbereich CB&S auf den Unternehmensbereich GTB überführt worden.

— Im vierten Quartal 2012 war die Managementverantwortung für das passive Fondsgeschäft und das Geschäft mit alternativen Anlageformen, wie zum Beispiel Exchange Traded Funds (ETFs), von CB&S auf AWM übertragen worden.
— Infolge einer weiteren Integration der CB&S- und GTB-Aktivitäten war die Allokation der Coverage-Kosten zwischen diesen Unternehmensbereichen im vierten Quartal 2012 verfeinert worden.
— Die Asset-Management-Aktivitäten der Postbank waren zum 15. August 2012 an die DWS-Gruppe veräußert und daher vom Unternehmensbereich PBC auf den Unternehmensbereich Deutsche AWM übertragen worden.

Bemessung von Segmentgewinnen oder -verlusten

Wie oben beschrieben, zeigt die Segmentberichterstattung die Segmentergebnisse auf Basis der Managementberichterstattung, ergänzt um eine Überleitung der Segmentergebnisse auf den Konzernabschluss. Erforderliche Anpassungen im Rahmen dieser Überleitung werden im Abschnitt „Überblick über die Geschäftsentwicklung: Deutsche Bank-Konzern: Unternehmensbereiche: Consolidation & Adjustments“ des Lageberichts erläutert. Die Segmentinformationen basieren auf der internen Managementberichterstattung über Segmentgewinne oder -verluste, Aktiva sowie auf anderen Informationen, die regelmäßig vom Chief Operating Decision Maker überprüft werden.

In Ausnahmefällen werden für die interne Managementberichterstattung Bilanzierungsmethoden angewandt, die nicht IFRS-konform sind und zu Bewertungs- und Ausweisunterschieden führen. Die größten Bewertungsunterschiede stehen im Zusammenhang mit Positionen, die in der Managementberichterstattung zum beizulegenden Zeitwert und gemäß IFRS zu fortgeführten Anschaffungskosten ausgewiesen werden (zum Beispiel bestimmte Finanzinstrumente in den Treasurybüchern von CB&S und PBC). Ein weiterer Bewertungsunterschied ergibt sich aufgrund der Erfassung von Handelsergebnissen aus Eigenen Aktien in der Managementberichterstattung (hauptsächlich in CB&S), wohingegen unter IFRS eine Berücksichtigung im Eigenkapital erfolgt. Ausweisunterschiede bestehen im Wesentlichen bei der Behandlung der Anteile ohne beherrschenden Einfluss, die dem Nettoanteil der Minderheitsaktionäre an Erträgen, Risikovorsorge im Kreditgeschäft, Zinsunabhängigen Aufwendungen und Ertragsteueraufwand entsprechen. Diese Anteile werden gemäß der Managementberichterstattung im Ergebnis vor Steuern berücksichtigt (mit dem umgekehrten Betrag in C&A), während sie nach IFRS in der Nettogewinnverwendung ausgewiesen werden.

Da der Konzern in den operativen Einheiten unterschiedliche Geschäftsaktivitäten integriert hat, unterliegt die Zuordnung der Erträge und Aufwendungen zu den Segmenten bestimmten Annahmen und Schätzungen. Seit 2012 teilt der Konzern die Erträge nicht mehr in Erträge aus Geschäften mit externen Kunden und Intersegmenterträge auf, da diese bisher im Abschnitt „Segmentergebnisse“ verfügbaren Informationen dem Chief Operating Decision Maker im Rahmen der internen Managementberichterstattung nicht zur Verfügung gestellt und von diesem überprüft werden. Diese Änderung wurde auch für die Vergleichsperioden vorgenommen und hat für das Jahr 2014 weiterhin Bestand gehabt.

Die Managementberichterstattung folgt der Marktzinsmethode, nach der der externe Zinsüberschuss des Konzerns kalkulatorisch den Segmenten zugeordnet wird. Dabei wird unterstellt, dass sämtliche Positionen über den Geld- und Kapitalmarkt refinanziert beziehungsweise angelegt werden. Um einen Vergleich mit Wettbewerbern zu ermöglichen, die rechtlich selbstständige Einheiten mit unabhängiger Eigenkapitalfinanzierung haben, wird der Nettozinsnutzen auf das konsolidierte Eigenkapital des Konzerns (nach Verrechnung mit bestimmten Belastungen, zum Beispiel aus der Währungsabsicherung des Kapitals ausländischer Tochtergesellschaften) daher den Segmenten proportional zu dem ihnen zugeordneten durchschnittlichen Active Equity anteilig zugerechnet.

Bei der Implementierung der Änderungen in den Segmenten im vierten Quartal 2012 waren die Informationen, die dem Chief Operating Decision Maker zur Verfügung gestellt werden und von diesem geprüft werden, untersucht worden. Die Aktiva der verschiedenen Segmente werden in der internen Managementberichterstattung konsolidiert dargestellt, das heißt, die Beträge beinhalten keine Aktiva zwischen den Segmenten. Der Chief Operating Decision Maker hält diese Informationen, insbesondere für die NCOU, für angemessener, da

diese Betrachtungsweise die externe Transparenz bei den nicht zum Kerngeschäft gehörenden Positionen (zum Beispiel Aktiva) und bei dem Fortschritt der gezielten Maßnahmen zum Risikoabbau erleichtert. Der Ausweis der Segmentaktiva in dieser Anhangangabe war in 2012 entsprechend angepasst worden und wird auch in 2014 beibehalten.

Das Management nutzt im Rahmen des internen Managementberichtssystems bestimmte Messgrößen für das Kapital sowie darauf bezogene Kennziffern, weil es diese bei der Darstellung der finanziellen Performance der Segmente für nützlich hält. Durch die Veröffentlichung dieser Messgrößen erhalten Investoren und Analysten einen tieferen Einblick in die Steuerung der Geschäftsaktivitäten des Konzerns seitens des Managements. Des Weiteren dienen sie dem besseren Verständnis der Konzernergebnisse. Diese Messgrößen beinhalten:

Das durchschnittliche Active Equity – Es fließt in die Berechnung verschiedener Kennziffern ein. Hierbei handelt es sich jedoch nicht um eine Messgröße nach IFRS. Bei einem Vergleich der Kennzahlen des Konzerns, die auf dem durchschnittlichen Active Equity basieren, mit denen anderer Unternehmen sollten daher stets auch Abweichungen bei der Berechnung dieser Kennzahlen berücksichtigt werden. Seit dem 1. Juli 2013 wird die im CRR/CRD 4-Rahmenwerk enthaltene Definition von Active Equity verwendet. Gemäß dieser Definition wird das Eigenkapital nur um die Dividendenabgrenzung bereinigt (das heißt, sonstige kumulierte erfolgsneutrale Eigenkapitalveränderung (Verlust) ohne Anpassungen aus der Währungsumrechnung, nach Steuern, zählen nunmehr zum Active Equity). Vorherige Perioden in 2013 und 2012 wurden entsprechend angepasst.

— Der zuzurechnende Gesamtbetrag des durchschnittlichen Active Equity wird nach dem höheren Wert von gesamtökonomischem Risiko und aufsichtsrechtlichem Kapitalbedarf des Konzerns bestimmt. Seit 2013 verwendet der Konzern eine angepasste Allokationsmethode des durchschnittlichen Active Equity auf die Segmente, um den weiter gestiegenen Anforderungen an aufsichtsrechtliches Kapital unter CRR/CRD 4 Rechnung zu tragen und die Kapitalallokation auch weiterhin mit den kommunizierten Kapital- und Renditezielen im Einklang zu halten. Nach der neuen Methode wird der interne Bedarf an Aufsichtsrechtlichem Eigenkapital auf der Grundlage einer Common Equity Tier-1-Kapitalquote von 10 % auf Konzernebene berechnet, wobei von einem voll implementierten CRR/CRD 4-Regelwerk ausgegangen wird. Daher ist auch die Basis der Allokation, das heißt Risikoaktiva und bestimmte regulatorische Kapitalabzugsposten, auf Basis eines voll umgesetzten CRR/CRD 4-Regelwerks definiert. Überschreitet das durchschnittliche Active Equity des Konzerns den höheren Wert des gesamtökonomischen Risikos oder des aufsichtsrechtlichen Kapitalbedarfs, wird der Mehrbetrag C&A zugeordnet.
— Die Eigenkapitalrendite in %, basierend auf dem durchschnittlichen Active Equity, ist definiert als der prozentuale Anteil des Ergebnisses vor Steuern, reduziert um die Anteile ohne beherrschenden Einfluss am durchschnittlichen Active Equity vor Steuern. Beim Vergleich dieser auf Basis des durchschnittlichen Active Equity ermittelten Renditen mit denen anderer Unternehmen sind die unterschiedlichen Berechnungsweisen der jeweiligen Kennzahlen zu berücksichtigen.

Segmentergebnisse

Die Segmentergebnisse einschließlich der Überleitung auf den Konzernabschluss nach IFRS sind im Abschnitt „Überblick über die Geschäftsentwicklung: Geschäftsergebnisse: Segmentergebnisse“ des Lageberichts enthalten.

Angaben auf Unternehmensebene

Die Angaben auf Unternehmensebene des Konzerns enthalten Erträge von internen und externen Geschäftspartnern. Die Eliminierung von Erträgen mit internen Geschäftspartnern würde unverhältnismäßige IT-Investitionen erfordern und steht nicht im Einklang mit dem Managementansatz der Bank. Unsere Ertragskomponenten sind im Abschnitt „Überblick über die Geschäftsentwicklung: Geschäftsergebnisse: Unternehmensbereiche“ des Lageberichts aufgeführt.

In der nachfolgenden Tabelle sind die Erträge (vor Risikovorsorge im Kreditgeschäft) nach geografischen Bereichen für die Geschäftsjahre 2014, 2013 und 2012 aufgeführt. Für CB&S, PBC, GTB, Deutsche AWM und NCOU erfolgt die Verteilung auf die Regionen im Wesentlichen nach dem Standort der jeweiligen Konzerngesellschaft, welche die Erträge bilanziell erfasst. Die Angaben zu C&A werden nur auf globaler Ebene ausgewiesen, da die Managementverantwortung für diesen Bereich zentral wahrgenommen wird.

in Mio €	2014	2013	2012
Deutschland:			
CB&S	872	1.008	1.367
PBC	7.704	7.723	7.559
GTB	1.258	1.348	1.364
Deutsche AWM	1.356	1.193	1.157
NCOU	−176	364	1.029
Deutschland insgesamt	**11.013**	11.636	12.477
Großbritannien:			
CB&S	3.849	4.027	4.426
PBC	0	0	0
GTB	319	291	318
Deutsche AWM	592	983	398
NCOU	17	−50	−317
Großbritannien insgesamt	**4.778**	5.251	4.825
Restliches Europa, Mittlerer Osten und Afrika:			
CB&S	929	850	1.052
PBC	1.912	1.812	1.949
GTB	953	977	1.158
Deutsche AWM	795	894	823
NCOU	10	−28	113
Restliches Europa, Mittlerer Osten und Afrika insgesamt	**4.599**	4.506	5.095
Amerika (insbesondere Vereinigte Staaten):			
CB&S	5.497	4.871	5.570
PBC	−21	−21	0
GTB	889	833	771
Deutsche AWM	1.432	1.173	1.669
NCOU	358	703	568
Amerika insgesamt	**8.155**	7.559	8.579
Asien/Pazifik:			
CB&S	2.595	2.770	2.658
PBC	44	36	32
GTB	727	620	588
Deutsche AWM	533	491	424
NCOU	2	−25	33
Asien/Pazifik insgesamt	**3.901**	3.892	3.735
Consolidation & Adjustments	**−497**	−929	−975
Konsolidierte Nettoerträge insgesamt[1]	**31.949**	31.915	33.736

[1] Die konsolidierten Erträge insgesamt umfassen die gesamten Zinserträge, Zinsaufwendungen und zinsunabhängigen Erträge (einschließlich des Provisionsüberschusses). Das Ergebnis ist je nach Standort der bilanzierenden Geschäftsstelle den entsprechenden Ländern zugeordnet. Der Standort eines bilanzierten Geschäfts kann sich von der Hauptgeschäftsstelle beziehungsweise von sonstigen Geschäftsstellen des Kunden und den Standorten der Deutsche Bank-Mitarbeiter, welche das Geschäft abgeschlossen beziehungsweise arrangiert haben, unterscheiden. Der Standort eines bilanzierten Geschäfts, an dem die Mitarbeiter, Kunden und sonstige Dritte an unterschiedlichen Standorten beteiligt sind, hängt häufig von anderen Erwägungen wie beispielsweise der Art des Geschäfts sowie aufsichtsrechtlichen und abwicklungstechnischen Aspekten ab.

Anhangangaben zur Gewinn- und Verlustrechnung

05 – Zinsüberschuss und Ergebnis aus zum beizulegenden Zeitwert bewerteten finanziellen Vermögenswerten/Verpflichtungen

Zinsüberschuss

in Mio €	2014	2013	2012
Zinsen und ähnliche Erträge:			
Verzinsliche Einlagen bei Kreditinstituten	683	759	928
Forderungen aus übertragenen Zentralbankeinlagen und aus Wertpapierpensionsgeschäften (Reverse Repos)	408	412	762
Forderungen aus Wertpapierleihen[1]	−313	−375	−519
Zinserträge aus zur Veräußerung verfügbaren finanziellen Vermögenswerten	1.341	1.312	1.449
Dividendenerträge aus zur Veräußerung verfügbaren finanziellen Vermögenswerten	97	81	141
Forderungen aus dem Kreditgeschäft	11.820	11.941	13.658
Sonstige	1.161	741	986
Zinsen und ähnliche Erträge insgesamt aus nicht zum Zeitwert bewerteten finanziellen Vermögenswerten	**15.196**	14.872	17.404
Zum beizulegenden Zeitwert bewertete finanzielle Vermögenswerte	9.805	10.729	14.189
Zinsen und ähnliche Erträge insgesamt[1]	**25.001**	25.601	31.593
Zinsaufwendungen:			
Verzinsliche Einlagen[2]	3.210	3.360	4.946
Verbindlichkeiten aus übertragenen Zentralbankeinlagen und aus Wertpapierpensionsgeschäften (Repos)	160	186	315
Verbindlichkeiten aus Wertpapierleihen[1]	−157	−216	−301
Sonstige kurzfristige Geldaufnahmen	214	285	342
Langfristige Verbindlichkeiten[2]	1.882	1.568	2.686
Hybride Kapitalinstrumente	785	849	842
Sonstige	371	200	140
Zinsaufwendungen insgesamt aus nicht zum Zeitwert bewerteten finanziellen Verpflichtungen	**6.465**	6.232	8.971
Zum beizulegenden Zeitwert bewertete finanzielle Verpflichtungen	4.264	4.535	6.648
Zinsaufwendungen insgesamt[1]	**10.729**	10.768	15.619
Zinsüberschuss	**14.272**	14.834	15.975

[1] Vorjahreswerte wurden angepasst. Hierzu verweisen wir auf die Anhangangabe 1 „Wesentliche Rechnungslegungsgrundsätze und -einschätzungen“ in diesem Bericht.
[2] Zinsaufwendungen in Höhe von 780 Mio € in 2012 wurden von „Verzinsliche Einlagen“ nach „Langfristige Verbindlichkeiten“ reklassifiziert.

Die Zinserträge aus wertgeminderten finanziellen Vermögenswerten beliefen sich für das Geschäftsjahr 2014 auf 94 Mio € (2013: 76 Mio €; 2012: 100 Mio €).

Ergebnis aus zum beizulegenden Zeitwert bewerteten finanziellen Vermögenswerten/Verpflichtungen

in Mio €	2014	2013	2012
Handelsergebnis:			
Sales & Trading (Equity)	1.686	1.573	1.594
Sales & Trading (Debt und sonstige Produkte)	2.583	2.465	4.810
Sales & Trading insgesamt	4.269	4.039	6.404
Sonstige	137	−377	−1.205
Handelsergebnis insgesamt[1]	**4.407**	3.662	5.199
Ergebnis aus zum beizulegenden Zeitwert klassifizierten finanziellen Vermögenswerten/Verpflichtungen:			
Aufgliederung nach Kategorie finanzieller Vermögenswerte/Verbindlichkeiten			
Forderungen/Verbindlichkeiten aus Wertpapierpensionsgeschäften	−15	31	14
Forderungen/Verbindlichkeiten aus Wertpapierleihen	0	0	−1
Forderungen aus dem Kreditgeschäft und Kreditzusagen	−20	−46	739
Einlagen	−1	73	−56
Langfristige Verbindlichkeiten[2]	−538	133	−328
Sonstige zum beizulegenden Zeitwert klassifizierte finanzielle Vermögenswerte/Verpflichtungen	467	−35	41
Ergebnis aus zum beizulegenden Zeitwert klassifizierten finanziellen Vermögenswerten/Verpflichtungen insgesamt	**−108**	155	409
Ergebnis aus zum beizulegenden Zeitwert bewerteten finanziellen Vermögenswerten/Verpflichtungen	**4.299**	3.817	5.608

[1] Vorjahreswerte wurden angepasst. Hierzu verweisen wir auf die Anhangangabe 1 „Wesentliche Rechnungslegungsgrundsätze und -einschätzungen“ in diesem Bericht.
[2] Beinhaltet 48 Mio € in 2014 (2013: minus 86 Mio €; 2012: minus 94 Mio €) aus strukturierten Verbriefungen. Die Änderungen des beizulegenden Zeitwerts korrespondierender Instrumente in Höhe von minus 315 Mio € in 2014 (2013: 390 Mio €; 2012: 358 Mio €) werden im Handelsergebnis gezeigt. Beide Komponenten werden unter Sales & Trading (Debt und sonstige Produkte) ausgewiesen. Vergleichszahlen der Vorjahre wurden angepasst. Die Summe dieser Gewinne und Verluste stellt den Anteil der Deutschen Bank an den Verlusten dieser konsolidierten strukturierten Verbriefungen dar.

Summe aus Zinsüberschuss und dem Ergebnis aus zum beizulegenden Zeitwert bewerteten finanziellen Vermögenswerten/Verpflichtungen

in Mio €	2014	2013	2012
Zinsüberschuss	14.272	14.834	15.975
Ergebnis aus zum beizulegenden Zeitwert bewerteten finanziellen Vermögenswerten/Verpflichtungen	4.299	3.817	5.608
Zinsüberschuss und Ergebnis aus zum beizulegenden Zeitwert bewerteten finanziellen Vermögenswerten/Verpflichtungen insgesamt	**18.570**	18.651	21.583
Zinsüberschuss und Ergebnis aus zum beizulegenden Zeitwert bewerteten finanziellen Vermögenswerten/Verpflichtungen aufgegliedert nach Konzernbereich/Produkt:			
Sales & Trading (Equity)	2.314	2.129	1.732
Sales & Trading (Debt und sonstige Produkte)	6.685	6.069	7.851
Sales & Trading insgesamt	8.998	8.197	9.582
Kreditgeschäft[1]	695	599	182
Übrige Produkte[2]	−61	72	589
Corporate Banking & Securities	9.632	8.869	10.353
Private & Business Clients	5.962	5.966	6.220
Global Transaction Banking	2.232	1.984	2.016
Deutsche Asset & Wealth Management	1.505	1.568	1.974
Non-Core Operations Unit	−573	245	650
Consolidation & Adjustments	−187	19	369
Zinsüberschuss und Ergebnis aus zum beizulegenden Zeitwert bewerteten finanziellen Vermögenswerten/Verpflichtungen insgesamt	**18.570**	18.651	21.583

[1] Enthält sowohl die Zinsspanne für Forderungen aus dem Kreditgeschäft als auch die Veränderungen des beizulegenden Zeitwerts von Credit Default Swaps und zum beizulegenden Zeitwert klassifizierten Forderungen aus dem Kreditgeschäft.
[2] Enthält den Zinsüberschuss und das Ergebnis aus zum beizulegenden Zeitwert bewerteten finanziellen Vermögenswerten/Verpflichtungen aus dem Emissions- und Beratungsgeschäft sowie sonstigen Produkten.

Die Handels- und Risikomanagementaktivitäten des Konzerns schließen erhebliche Aktivitäten in Zinsinstrumenten und zugehörigen Derivaten ein. Nach IFRS werden Zinsen und ähnliche Erträge aus Handelsinstrumenten und aus zum beizulegenden Zeitwert klassifizierten finanziellen Vermögenswerten/Verpflichtungen (beispielsweise Coupon- und Dividendenerträge) sowie Refinanzierungskosten für Handelspositionen als Bestandteil des Zinsüberschusses ausgewiesen. Abhängig von zahlreichen Faktoren, zu denen auch Risikomanagementstrategien gehören, werden die Erträge aus Handelsaktivitäten entweder unter dem Zinsüberschuss oder unter dem Ergebnis aus zum beizulegenden Zeitwert bewerteten finanziellen Vermögens-

werten/Verpflichtungen ausgewiesen. Um diese Entwicklung, bezogen auf die Geschäftstätigkeit des Konzerns, besser analysieren zu können, wird die Summe aus Zinsüberschuss und Ergebnis aus zum beizulegenden Zeitwert bewerteten finanziellen Vermögenswerten/Verpflichtungen nach Konzernbereichen beziehungsweise innerhalb des Konzernbereichs CB&S nach Produkten untergliedert.

06 – Provisionsüberschuss

in Mio €	2014	2013	2012[2]
Provisionsertrag und -aufwand:			
Provisionsertrag[1]	15.746	15.252	14.575
Provisionsaufwand	3.337	2.943	2.766
Provisionsüberschuss	**12.409**	12.308	11.809

in Mio €	2014	2013	2012
Provisionsüberschuss:			
Provisionsüberschuss aus Treuhandgeschäften	3.745	3.646	3.298
Provisionsüberschuss des Wertpapiergeschäfts[1]	4.033	3.920	3.845
Gebühren für sonstige Dienstleistungen	4.632	4.742	4.667
Provisionsüberschuss	**12.409**	12.308	11.809

[1] Vorjahreswerte wurden angepasst. Hierzu verweisen wir auf die Anhangangabe 1 „Wesentliche Rechnungslegungsgrundsätze und -einschätzungen“ in diesem Bericht.
[2] Provisionsertrag und -aufwand wurden um jeweils 316 Mio € erhöht.

07 – Ergebnis aus zur Veräußerung verfügbaren finanziellen Vermögenswerten

in Mio €	2014	2013	2012
Ergebnis aus zur Veräußerung verfügbaren finanziellen Vermögenswerten:			
Ergebnis aus festverzinslichen Wertpapieren:	153	321	65
Gewinne/Verluste (–) aus Verkäufen	144	319	116
Wertminderungen	9	2	−51
Ergebnis aus nicht festverzinslichen Wertpapieren:	109	77	206
Gewinne/Verluste (–) aus Verkäufen/Neubewertungen	121	92	306
Wertminderungen	−12	−15	−100
Ergebnis aus Forderungen aus dem Kreditgeschäft:	−9	6	55
Gewinne/Verluste (–) aus Verkäufen	16	33	63
Wertminderungen	−25	−27	−8
Wertaufholungen	0	0	0
Ergebnis aus sonstigem Anteilsbesitz:	−12	−12	−25
Gewinne/Verluste (–) aus Verkäufen	9	9	−24
Wertminderungen	−21	−21	−1
Ergebnis aus zur Veräußerung verfügbaren finanziellen Vermögenswerten	**242**	394	301

Für weitere Informationen wird auf Anhangangabe 16 „Zur Veräußerung verfügbare finanzielle Vermögenswerte“ verwiesen.

08 – Sonstige Erträge

in Mio €	2014	2013	2012
Sonstige Erträge:			
Ergebnis aus als Finanzinvestitionen gehaltenen Immobilien	57	23	−23
Gewinne/Verluste (–) aus dem Verkauf von als Finanzinvestitionen gehaltenen Immobilien	5	−3	31
Gewinne/Verluste (–) aus der Veräußerung konsolidierter Tochtergesellschaften	18	4	41
Gewinne/Verluste (–) aus der Veräußerung von Forderungen aus dem Kreditgeschäft	−2	288	4
Beiträge im Versicherungsgeschäft[1]	141	190	219
Ergebnis aus Sicherungsbeziehungen, die die Voraussetzungen für eine Bilanzierung als Sicherungsgeschäft erfüllen	−1.349	−1.227	−1.081
Konsolidierte Beteiligungen	949	881	768
Übrige sonstige Erträge	290	37	−78
Sonstige Erträge insgesamt	**108**	193	−120

[1] Versicherungsprämien abzüglich an Rückversicherer gezahlter Prämien. Die Entwicklung ist im Wesentlichen auf Abbey Life Assurance Company Limited zurückzuführen.

09 – Sachaufwand und sonstiger Aufwand

in Mio €	2014	2013	2012
Sachaufwand und sonstiger Aufwand:			
EDV-Aufwendungen	3.333	3.074	2.547
Mieten und Aufwendungen für Gebäude, Betriebs- und Geschäftsausstattung	1.978	2.073	2.115
Aufwendungen für Beratungsleistungen[1]	2.029	1.772	1.887
Kommunikation und Datenadministration[1]	725	706	756
Aufwendungen für Reisen und Repräsentation[1]	500	496	579
Aufwendungen für Bank- und Transaktionsdienstleistungen[1]	660	743	1.274
Marketingaufwendungen	313	314	362
Konsolidierte Beteiligungen	811	797	760
Sonstige Aufwendungen[1,2]	4.305	5.151	4.736
Sachaufwand und sonstiger Aufwand insgesamt	**14.654**	15.126	15.017

[1] Vorjahresangaben wurden angepasst, um Änderungen in der Kostenberichterstattung des Konzerns zu berücksichtigen.
[2] Darin enthalten sind Aufwendungen im Zusammenhang mit Rechtsstreitigkeiten von 1,6 Mrd € in 2014, von 3,0 Mrd € in 2013 und von 2,5 Mrd € in 2012. Für nähere Informationen zu Rechtsstreitigkeiten siehe Anhangangabe 29 „Rückstellungen“.

10 – Restrukturierung

Restrukturierung ist Teil des Operational Excellence (OpEx)-Programms des Konzerns. Der Restrukturierungsaufwand beinhaltet sowohl Abfindungszahlungen und Aufwand zur beschleunigten Amortisation von noch nicht amortisierten aufgeschobenen Vergütungskomponenten aufgrund der Verkürzung der zukünftigen Restdienstzeiten als auch Aufwendungen für vorzeitige Kündigungen von Immobilienmietverträgen. Im Jahr 2014 sind Restrukturierungsaufwendungen in Höhe von 133 Mio € (2013: 399 Mio €) angefallen.

in Mio €	2014	2013	2012
Corporate Banking & Securities	– 112	– 130	– 236
Private & Business Clients	– 9	– 22	0
Global Transaction Banking	– 10	– 54	– 40
Deutsche Asset & Wealth Management	3	– 170	– 104
Non-Core Operations Unit	– 4	– 25	– 12
Infrastructure/Regional Management	0	0	– 1
Consolidation & Adjustments	0	0	0
Restrukturierungsaufwand insgesamt	**– 133**	– 399	– 394

in Mio €	2014	2013	2012
Restrukturierungsaufwand – Personalaufwand	– 124	– 364	– 394
davon:			
Abfindungsleistungen	– 94	– 287	– 307
Beschleunigte Amortisation aufgeschobener Vergütung	– 29	– 72	– 83
Sozialversicherung	– 1	– 4	– 4
Restrukturierungsaufwand – Sachaufwand	– 9	– 35	0
Restrukturierungsaufwand insgesamt	**– 133**	– 399	– 394

Die Restrukturierungsrückstellungen betrugen am 31. Dezember 2014 120 Mio € (31. Dezember 2013: 207 Mio €). Der überwiegende Teil der aktuellen Restrukturierungsrückstellungen wird voraussichtlich noch im Jahr 2015 verbraucht werden.

Im Laufe des Jahres 2014 wurde die Mitarbeiterzahl auf Basis von Vollzeitkräften um 1.371 (2013: 1.287) durch Restrukturierungsmaßnahmen reduziert.

Mitarbeiter	2014	2013
Corporate Banking & Securities	319	374
Private & Business Clients	92	42
Global Transaction Banking	157	172
Deutsche Asset & Wealth Management	207	224
Non-Core Operations Unit	11	0
Infrastructure/Regional Management	585	475
Mitarbeiter insgesamt	**1.371**	1.287

11 – Ergebnis je Aktie

Das Ergebnis je Aktie wird mittels Division des den Deutsche Bank-Aktionären zurechenbaren Konzernergebnisses durch die durchschnittliche Anzahl der im Berichtsjahr ausstehenden Stammaktien ermittelt. Die durchschnittliche Anzahl der ausstehenden Stammaktien ergibt sich aus dem Durchschnitt der ausgegebenen Stammaktien, vermindert um die durchschnittliche Anzahl an Aktien im Eigenbestand und um die durchschnittliche Anzahl an Aktien, die über Terminkäufe erworben werden, die durch Lieferung in Aktien erfüllt werden, und zuzüglich noch nicht zugeteilter unverfallbarer Aktien aus aktienbasierten Vergütungsplänen.

Dem verwässerten Ergebnis je Aktie liegt die Annahme der Wandlung ausstehender Wertpapiere in Stammaktien oder die Ausübung sonstiger Kontrakte zur Emission von Stammaktien wie Aktienoptionen, wandelbaren Schuldtiteln, noch nicht unverfallbaren Aktienrechten und Terminkontrakten zugrunde. Die oben genannten Finanzinstrumente werden bei der Berechnung des verwässerten Ergebnisses je Aktie nur berücksichtigt, wenn sie in dem jeweiligen Berichtszeitraum einen verwässernden Effekt haben.

Berechnung des unverwässerten und verwässerten Ergebnisses je Aktie

in Mio €	2014	2013	2012
Den Deutsche Bank-Aktionären zurechenbares Konzernergebnis – Zähler zur Berechnung des Ergebnisses je Aktie (unverwässert)	**1.663**	666	263
Verwässerungseffekt aus:			
Termingeschäften und Optionen	0	0	0
wandelbaren Schuldtiteln	0	0	0
Den Deutsche Bank-Aktionären zurechenbares Konzernergebnis nach angenommener Wandlung – Zähler zur Berechnung des verwässerten Ergebnisses je Aktie	**1.663**	666	263
Anzahl der Aktien in Mio			
Gewichteter Durchschnitt der ausstehenden Aktien – Nenner für die Berechnung des Ergebnisses je Aktie (unverwässert)	**1.241,9**	1.045,4	979,0
Verwässerungseffekt aus:			
Termingeschäften	0,0	0,0	0,0
Aktienoptionen aus aktienbasierter Vergütung	0,0	0,0	0,0
wandelbaren Schuldtiteln	0,0	0,0	0,0
gewährten Aktienrechten	27,6	27,8	25,8
Sonstigem (einschließlich Optionen im Handel)	0,0	0,0	0,0
Potenziell verwässernde Stammaktien	27,6	27,8	25,8
Bereinigter gewichteter Durchschnitt der ausstehenden Aktien nach angenommener Wandlung – Nenner für die Berechnung des verwässerten Ergebnisses je Aktie	**1.269,5**	1.073,2	1.004,7

Ergebnis je Aktie

in €	2014	2013	2012
Ergebnis je Aktie (unverwässert)	1,34	0,64	0,27
Ergebnis je Aktie (verwässert)	1,31	0,62	0,26

Am 25. Juni 2014 schloss die Deutsche Bank AG eine Kapitalerhöhung mit der Ausgabe von Bezugsrechten ab. Da der Bezugspreis der neuen Aktien unterhalb des Marktpreises der bestehenden Aktien lag, beinhaltet die Kapitalerhöhung eine Bonuskomponente. Gemäß IAS 33 ergibt sich diese Bonuskomponente aus einer impliziten Veränderung der ausstehenden Aktien für alle Perioden vor der Kapitalerhöhung, ohne dass es zu einer proportionalen Änderung der Ressourcen kam. Infolgedessen wurden die durchschnittlich ausstehenden Aktien für alle Berichtsperioden rückwirkend angepasst.

Ausstehende Instrumente, die bei der Ermittlung des verwässerten Ergebnisses je Aktie nicht berücksichtigt wurden[1]

Anzahl der Aktien in Mio	2014	2013	2012
Terminkäufe	0,0	0,0	0,0
Wandelbare Schuldtitel	0,0	0,0	0,0
Geschriebene Verkaufsoptionen	0,0	0,0	0,0
Geschriebene Kaufoptionen	0,0	0,0	0,0
Aktienoptionen aus aktienbasierter Vergütung	0,1	0,2	0,3
Gewährte Aktienrechte	0,0	0,0	0,0

[1] Diese Instrumente wurden bei der Ermittlung des verwässerten Ergebnisses je Aktie nicht berücksichtigt, da sie eine nicht verwässernde Wirkung gehabt hätten.

Anhangangaben zur Bilanz

12 – Zum beizulegenden Zeitwert bewertete finanzielle Vermögenswerte und Verpflichtungen

in Mio €	31.12.2014	31.12.2013
Handelsaktiva:		
Wertpapiere	177.639	187.554
Sonstige Handelsaktiva[1]	18.041	22.516
Handelsaktiva insgesamt	**195.681**	210.070
Positive Marktwerte aus derivativen Finanzinstrumenten	**629.958**	504.590
Zum beizulegenden Zeitwert klassifizierte finanzielle Vermögenswerte:		
Forderungen aus Wertpapierpensionsgeschäften (Reverse Repos)	60.473	116.764
Forderungen aus Wertpapierleihen	20.404	32.485
Forderungen aus dem Kreditgeschäft	15.331	15.579
Sonstige zum beizulegenden Zeitwert klassifizierte finanzielle Vermögenswerte	21.078	19.768
Zum beizulegenden Zeitwert klassifizierte finanzielle Vermögenswerte insgesamt	**117.285**	184.597
Zum beizulegenden Zeitwert bewertete finanzielle Vermögenswerte insgesamt	**942.924**	899.257

[1] Einschließlich handelbarer Kredite in Höhe von 16,7 Mio € zum 31.12.2014 (2013: 17,8 Mio €).

in Mio €	31.12.2014	31.12.2013
Handelspassiva:		
Wertpapiere	41.112	54.951
Sonstige Handelspassiva	731	853
Handelspassiva insgesamt	**41.843**	55.804
Negative Marktwerte aus derivativen Finanzinstrumenten	**610.202**	483.428
Zum beizulegenden Zeitwert klassifizierte finanzielle Verpflichtungen:		
Verbindlichkeiten aus Wertpapierpensionsgeschäften (Repos)	21.053	73.642
Kreditzusagen	99	193
Langfristige Verbindlichkeiten	9.919	9.342
Sonstige zum beizulegenden Zeitwert klassifizierte finanzielle Verpflichtungen	6.061	6.927
Zum beizulegenden Zeitwert klassifizierte finanzielle Verpflichtungen insgesamt	**37.131**	90.104
Investmentverträge[1]	8.523	8.067
Zum beizulegenden Zeitwert bewertete finanzielle Verpflichtungen insgesamt	**697.699**	637.404

[1] Aufgrund der Vertragsbedingungen entspricht bei diesen Investmentverträgen der Rückkaufswert dem beizulegenden Zeitwert. Nähere Informationen zu diesen Verträgen werden in Anhangangabe 41 „Versicherungs- und Investmentverträge“ dargestellt.

Zum beizulegenden Zeitwert klassifizierte finanzielle Vermögenswerte und Verpflichtungen

Der Konzern hat verschiedene Kreditbeziehungen zum beizulegenden Zeitwert klassifiziert. Die Kreditbeziehungen umfassen in Anspruch genommene Kredite und nicht in Anspruch genommene unwiderrufliche Verpflichtungen aus Kreditzusagen. Das maximale Kreditrisiko eines in Anspruch genommenen Kredits entspricht seinem beizulegenden Zeitwert. Das maximale Kreditrisiko des Konzerns aus in Anspruch genommenen Krediten und Forderungen aus Wertpapierpensionsgeschäften und Wertpapierleihen belief sich zum 31. Dezember 2014 auf 96 Mrd € (2013: 165 Mrd €). Nicht in Anspruch genommene unwiderrufliche Kreditzusagen können ebenfalls zu einem Kreditrisiko, in erster Linie zu einem Kontrahentenrisiko, führen.

Das Kreditrisiko aus den zum beizulegenden Zeitwert klassifizierten Forderungen aus Wertpapierpensionsgeschäften und Wertpapierleihen wird durch das Halten von Sicherheiten gemindert. Die Bewertung der Instrumente berücksichtigt die Kreditverbesserung durch die erhaltene Sicherheit. Dadurch ergeben sich für diese Instrumente keine materiellen Schwankungen des Kontrahentenrisikos, weder während des Jahres noch kumulativ.

Veränderung im beizulegenden Zeitwert der Kredite[1] und Kreditzusagen, die der Änderung des Kontrahentenrisikos zuzurechnen ist[2]

	31.12.2014		31.12.2013	
in Mio €	Forderungen aus dem Kreditgeschäft	Kreditzusagen	Forderungen aus dem Kreditgeschäft	Kreditzusagen
Nominalwert von Forderungen aus dem Kreditgeschäft und Kreditzusagen, die Kreditrisiken ausgesetzt sind	5.146	15.393	6.874	26.349
Jährliche Veränderung des beizulegenden Zeitwerts	3	43	43	254
Kumulative Veränderung des beizulegenden Zeitwerts[3]	14	470	55	742
Nominalwert der Kreditderivate, die zur Senkung von Kreditrisiken benutzt werden	417	8.152	627	13.050
Jährliche Veränderung des beizulegenden Zeitwerts	−1	−19	−15	−343
Kumulative Veränderung des beizulegenden Zeitwerts[3]	−3	−257	−14	−574

[1] Bei überbesicherten Forderungen aus dem Kreditgeschäft sind aufgrund der Veränderungen des Kontrahentenrisikos keine wesentlichen Bewertungsänderungen innerhalb des Jahres oder kumulativ zu verzeichnen.
[2] Bestimmt mit einem Bewertungsmodell, das die Auswirkungen des Marktrisikos auf den beizulegenden Zeitwert ausschließt.
[3] Die Veränderungen sind den Forderungen aus dem Kreditgeschäft und den Kreditzusagen zuzuordnen, die am Berichtsstichtag im Bestand waren. Diese können von denen abweichen, die in der Vorperiode gehalten wurden. Die Vorjahreswerte wurden nicht angepasst, um die Veränderungen der zugrunde liegenden Portfolios darzustellen.

Auf das Kreditrisiko des Konzerns zurückzuführende Bewertungsänderungen der finanziellen Verpflichtungen[1]

in Mio €	31.12.2014	31.12.2013
Jährliche Veränderung des beizulegenden Zeitwerts	−23	85
Kumulative Veränderung des beizulegenden Zeitwerts	134	151

[1] Der beizulegende Zeitwert einer finanziellen Verpflichtung berücksichtigt das Kreditrisiko dieser finanziellen Verpflichtung. Die Bewertungsänderungen von finanziellen Verpflichtungen, die durch konsolidierte Zweckgesellschaften begeben wurden, sind nicht enthalten. Die Änderungen des beizulegenden Zeitwerts dieser Instrumente sind nicht vom Kreditrisiko des Konzerns abhängig, sondern von der in der rechtlich eigenständigen Zweckgesellschaft gehaltenen Sicherheit.

Der den Buchwert der finanziellen Verpflichtungen übersteigende vertraglich vereinbarte Rückzahlungsbetrag bei Fälligkeit[1]

in Mio €	31.12.2014	31.12.2013[2]
Einschließlich nicht gezogener Kreditzusagen[3]	18.261	28.662
Ohne nicht gezogene Kreditzusagen	1.621	2.357

[1] Es wird unterstellt, dass die Verpflichtung zum frühestmöglichen vertraglich vereinbarten Fälligkeitstag, an dem der Konzern zur Zahlung verpflichtet werden kann, zurückgezahlt wird. Da der zahlbare Betrag nicht festgelegt ist, wird er am Bilanzstichtag mit Referenz auf aktuelle Konditionen bestimmt.
[2] Vorjahreswerte wurden in 2014 angepasst (Erhöhung des den Buchwert der finanziellen Verpflichtungen übersteigenden vertraglich vereinbarten Rückzahlungsbetrags bei Fälligkeit einschließlich nicht gezogener Kreditzusagen um 1.430 Mio €, Erhöhung des den Buchwert der finanziellen Verpflichtungen übersteigenden vertraglich vereinbarten Rückzahlungsbetrags bei Fälligkeit ohne nicht gezogene Kreditzusagen um 1.430 Mio €).
[3] Die vertraglich vereinbarten Zahlungsströme für nicht gezogene Kreditzusagen unterstellen eine volle Ziehung der Fazilität.

13 – Änderungen zu IAS 39 und IFRS 7, „Umwidmung von finanziellen Vermögenswerten“

In Übereinstimmung mit den im Oktober 2008 veröffentlichten Änderungen zu IAS 39 und IFRS 7 wurden im zweiten Halbjahr 2008 und im ersten Quartal 2009 bestimmte finanzielle Vermögenswerte aus den Bilanzkategorien „Zum beizulegenden Zeitwert bewertet“ und „Zur Veräußerung verfügbar“ in die Bilanzposition „Forderungen aus dem Kreditgeschäft“ umgewidmet. Seit dem ersten Quartal 2009 wurden keine weiteren Umwidmungen vorgenommen.

Es wurden qualifizierende Vermögenswerte umgewidmet, für die sich zum Umwidmungsstichtag die Zweckbestimmung eindeutig geändert hatte. Statt einer kurzfristigen Verkaufs- oder Handelsabsicht bestand die Absicht und Möglichkeit, die umgewidmeten Vermögenswerte auf absehbare Zeit zu halten. Die Umwidmungen erfolgten zum beizulegenden Zeitwert des Vermögenswerts zum jeweiligen Umwidmungsstichtag.

Umgewidmete finanzielle Vermögenswerte

in Mrd € (sofern nicht anders angegeben)	Handelsaktiva, umgewidmet zu Forderungen aus dem Kreditgeschäft	Zur Veräußerung verfügbare finanzielle Vermögenswerte, umgewidmet zu Forderungen aus dem Kreditgeschäft
Buchwert am Umwidmungsstichtag	26,6	11,4
Unrealisierte Verluste aus der Bewertung zum beizulegenden Zeitwert, die direkt in der Kumulierten sonstigen erfolgsneutralen Eigenkapitalveränderung erfasst wurden	0,0	– 1,1
Effektivzinssätze am Umwidmungsstichtag:		
obere Grenze	13,1 %	9,9 %
untere Grenze	2,8 %	3,9 %
Erwartete erzielbare Zahlungsströme am Umwidmungsstichtag	39,6	17,6

Buchwerte und beizulegende Zeitwerte der in den Jahren 2008 und 2009 umgewidmeten Vermögenswerte nach Art des Vermögenswerts

	31.12.2014		31.12.2013	
in Mio €	Buchwert	Beizulegender Zeitwert	Buchwert	Beizulegender Zeitwert
Handelsaktiva, umgewidmet zu Forderungen aus dem Kreditgeschäft:				
Verbriefte Vermögenswerte	1.983	2.124	1.985	1.872
Schuldverschreibungen	1.067	1.160	1.062	1.068
Forderungen aus dem Kreditgeschäft	1.146	888	2.367	2.064
Handelsaktiva, umgewidmet zu Forderungen aus dem Kreditgeschäft insgesamt	4.197	4.171	5.415	5.004
Zur Veräußerung verfügbare finanzielle Vermögenswerte, umgewidmet zu Forderungen aus dem Kreditgeschäft:				
Verbriefte Vermögenswerte	1.782	1.743	1.972	1.955
Schuldverschreibungen	1.378	1.493	1.220	1.284
Summe der Zur Veräußerung verfügbaren finanziellen Vermögenswerte, die zu Forderungen aus dem Kreditgeschäft umgewidmet wurden	3.160	3.236	3.192	3.239
Summe der finanziellen Vermögenswerte, die zu Forderungen aus dem Kreditgeschäft umgewidmet wurden	**7.357**[1]	**7.408**	8.606	8.243

[1] Zusätzlich zu den Buchwerten der umgewidmeten Vermögenswerte in der obigen Tabelle existiert ein dazugehöriger Effekt auf die Buchwerte von Derivaten, die zur Absicherung des beizulegenden Zeitwerts, hier zur Absicherung gegen Marktzinsänderungen, genutzt werden. Der Effekt führte zu einem Anstieg der Buchwerte um 86 Mio € zum 31. Dezember 2014 (31. Dezember 2013: 34 Mio €).

Alle umgewidmeten finanziellen Vermögenswerte werden in der NCOU verwaltet. Diese trifft Verkaufsentscheidungen über dieses Portfolio entsprechend ihrer Zuständigkeit, Entscheidungen zum Risikoabbau zu fällen. Im Geschäftsjahr 2014 verkaufte der Konzern umgewidmete finanzielle Vermögenswerte mit einem Buchwert von 137 Mio €. Dies führte zu einem Nettogewinn von 4,1 Mio € auf verkaufte Positionen.

Zusätzlich zu den erwähnten Verkäufen reduzierte sich der Buchwert von Vermögenswerten, die zuvor als „Handelsaktiva“ klassifiziert waren, aufgrund von Rückzahlungen und Fälligkeiten um 1,3 Mrd €. Der Buchwert der Vermögenswerte, die aus der Bilanzkategorie „Zur Veräußerung verfügbar“ umgewidmet worden waren, reduzierte sich aufgrund von Rückzahlungen und Fälligkeiten um 0,5 Mrd €.

Unrealisierte Gewinne/Verluste aus der Bewertung zum beizulegenden Zeitwert, die in der Gewinn- und Verlustrechnung vereinnahmt worden wären, sowie Nettogewinne/-verluste, die in der Sonstigen erfolgsneutralen Eigenkapitalveränderung erfasst worden wären, wenn keine Umwidmung stattgefunden hätte

in Mio €	2014	2013	2012
Unrealisierte Gewinne/Verluste (–) aus der Bewertung zum beizulegenden Zeitwert aus umgewidmeten Handelsaktiva – vor Risikovorsorge im Kreditgeschäft	342	245	38
Wertminderung (–)/Wertaufholung aus umgewidmeten zur Veräußerung verfügbaren finanziellen Vermögenswerten, bei denen eine Wertminderung vorlag	– 6	9	– 29
Unrealisierte Gewinne/Verluste (–) aus der Bewertung zum beizulegenden Zeitwert in der Sonstigen erfolgsneutralen Eigenkapitalveränderung aus umgewidmeten zur Veräußerung verfügbaren finanziellen Vermögenswerten, bei denen keine Wertminderung vorlag	137	130	415

Ergebnisbeitrag vor Steuern der umgewidmeten finanziellen Vermögenswerte

in Mio €	2014	2013	2012
Zinserträge	161	272	578
Risikovorsorge im Kreditgeschäft	– 40	– 348	– 186
Sonstige Erträge[1]	5	– 141	– 35
Ergebnis vor Steuern aus umgewidmeten Handelsaktiva	**126**	– 217	357
Zinserträge	97	96	139
Risikovorsorge im Kreditgeschäft	– 13	– 25	– 228
Sonstige Erträge[1]	0	– 66	– 58
Ergebnis vor Steuern aus umgewidmeten zur Veräußerung verfügbaren finanziellen Vermögenswerten	**84**	5	– 147

[1] Gewinne beziehungsweise Verluste aus dem Verkauf von umgewidmeten Vermögenswerten.

Umgewidmete finanzielle Vermögenswerte: Buchwerte und beizulegende Zeitwerte je Bilanzkategorie

Alle gemäß IAS 39 umgewidmeten Vermögenswerte wurden in die NCOU übertragen, nachdem dieser neue Unternehmensbereich im vierten Quartal 2012 gegründet worden war. Die NCOU wurde damit beauftragt, den Risikoabbau zu beschleunigen, um den Kapitalbedarf und die bereinigte Bilanzsumme zu reduzieren. Zur Bestimmung, ob und wann Vermögenswerte verkauft werden sollen, werden zahlreiche Faktoren berücksichtigt. Dazu zählen die Auswirkungen auf die Gewinn- und Verlustrechnung, das Aufsichtsrechtliche Eigenkapital und Auswirkungen auf die Verschuldungsquote. Die Veränderungen des Buchwerts und des beizulegenden Zeitwerts werden in der folgenden Tabelle dargestellt:

Buch- und Marktwerte von umgewidmeten Vermögenswerten in den Jahren 2008 und 2009

	31.12.2014			31.12.2013		
in Mio €	Buchwert	Marktwert	Unrealisierte Gewinne/ Verluste (–)	Buchwert	Marktwert	Unrealisierte Gewinne/ Verluste (–)
Umgewidmete Verbriefungen und mit Forderungen aus dem Kreditgeschäft besicherte Wertpapiere						
US-Kommunalschuldverschreibungen	2.302	2.503	201	2.155	2.232	77
Durch Studentenkredite besicherte Wertpapiere	1.464	1.529	65	1.263	1.305	42
CDO/CLO	717	689	– 28	979	938	– 41
Pfandbriefe	893	987	95	885	788	– 97
Durch gewerbliche Hypothekendarlehen besicherte Wertpapiere	187	192	5	281	260	– 21
Durch Wohn-Hypothekendarlehen besicherte Wertpapiere	83	92	9	74	71	– 3
Andere[1]	566	528	– 38	602	585	– 17
Summe Umgewidmete Verbriefungen und mit Forderungen aus dem Kreditgeschäft besicherte Wertpapiere	**6.211**	**6.520**	**309**	6.239	6.179	– 60
Umgewidmete Forderungen aus Kreditgeschäft						
Gewerbliche Hypothekendarlehen	227	226	0	1.463	1.428	– 35
Wohn-Hypothekendarlehen	871	616	– 255	844	598	– 246
Andere	49	46	– 3	61	38	– 22
Summe Umgewidmete Forderungen aus Kreditgeschäft	**1.146**	**888**	**– 259**	2.367	2.064	– 303
Summe Finanzielle Vermögenswerte, die zu Forderungen aus dem Kreditgeschäft umgewidmet wurden	**7.357**	**7.408**	**51**	8.606	8.243	– 363

[1] Enthält durch Wertpapiere abgesicherte Vermögenswerte der Luftfahrtindustrie und andere verbriefte Vermögenswerte und Schuldverschreibungen.

Verbriefungen und durch Forderungen aus dem Kreditgeschäft besicherte Wertpapiere

Kommunalanleihen – Der beizulegende Zeitwert US-amerikanischer Kommunalanleihen liegt über dem Buchwert, da es sich vorwiegend um festverzinsliche Instrumente handelt, deren Zinssätze seit der Umwidmung gesunken sind. Darüber hinaus wird der beizulegende Zeitwert von der Liquidität und den Erwartungen an den Märkten in Bezug auf das Kreditrisiko beeinflusst. Der Buchwert erhöhte sich im Wesentlichen aufgrund von Wechselkursänderungen, was teilweise durch Rückzahlungen und Wertminderungen in Höhe von 16 Mio € ausgeglichen wurde.

Pfandbriefe – Die Mehrheit des Risikos in dem Portfolio resultiert aus Engagements gegenüber Banken und staatlichen Emittenten in Spanien. Der beizulegende Zeitwert liegt über dem Buchwert und erhöhte sich im Berichtszeitraum in der Folge von Verbesserungen in der Eurozone, des Kreditrisikos und der erhöhten Liquidität für diese Positionen. Im Berichtszeitraum gab es keine wesentlichen Wertminderungen für das Portfolio.

CDO/CLO – Ein diversifiziertes Portfolio mit einer Vielzahl von Vermögenswerten und Tranchen von Verbriefungen. Die Differenz zwischen Buchwert und beizulegendem Zeitwert resultiert aus zahlreichen Faktoren. Zu diesen gehören die Liquidität und die Bewertung zum beizulegenden Zeitwert, basierend auf Markterwartungen in Bezug auf erwartete Kreditausfälle über die Gesamtlaufzeit im Vergleich zu der Bewertung zu fortgeführten Anschaffungskosten auf der Grundlage eingetretener Kreditausfälle. Die wesentliche Veränderung des Buchwerts im Verhältnis zum beizulegenden Zeitwert ist auf Kapitalrückzahlungen in der Periode zurückzuführen, die geringfügig von Wechselkursänderungen und Disagien ausgeglichen wurden. Es waren keine wesentlichen Wertberichtigungen für Kreditausfälle nötig.

Durch Studentenkredite besicherte Wertpapiere – Es gab eine andauernde Verbesserung in der Liquidität von durch Studentenkredite besicherten Wertpapieren, die in erhöhten beizulegenden Zeitwerten resultierten. Der Buchwert erhöhte sich im Wesentlichen aufgrund von Wechselkursänderungen. Im Berichtszeitraum gab es keine Maßnahmen zum Risikoabbau oder Wertberichtigungen für diese Klasse von Vermögenswerten.

Durch gewerbliche Hypothekendarlehen besicherte Wertpapiere – Die Differenz zwischen beizulegendem Zeitwert und Buchwert rührt aus einer Reihe von Faktoren. Zu diesen zählen die Liquidität und die Erwartungen an den Märkten in puncto Kreditausfälle verglichen mit der Bewertung auf der Grundlage eingetretener Kreditausfälle. Der Rückgang des Buchwerts im Berichtszeitraum ist hauptsächlich auf Rückzahlungen in Höhe von 55 Mio €, Wertminderungen von 22 Mio € sowie Verkäufe in Höhe von 25 Mio € zurückzuführen.

Sonstige – Unter „Sonstige“ sind eine Vielzahl von Vermögenswerten zusammengefasst. Zu diesen gehören Verbriefungen mit zugrunde liegenden Vermögenswerten aus den Branchen Flugzeuge und Rohstoffe, Beteiligungen an der Finanzierung von Infrastrukturprojekten und strukturierte Unternehmensanleihen. Der geringe Rückgang des Buchwerts ist durch Kapitalrückzahlungen bedingt, die geringfügig von Wechselkursänderungen ausgeglichen wurden.

Forderungen aus dem Kreditgeschäft

Gewerbliche Hypothekendarlehen – Die Differenz zwischen beizulegendem Zeitwert und Buchwert rührt aus einer Reihe von Faktoren. Zu diesen zählen die Liquidität und die Erwartungen an den Märkten in Bezug auf Kreditausfälle verglichen mit der Bewertung auf der Grundlage eingetretener Kreditausfälle. Der Buchwert veränderte sich im Wesentlichen aufgrund von Kapitalrückzahlungen im Berichtszeitraum von 1,1 Mrd €. Wertberichtigungen für Kreditausfälle wurden im Berichtszeitraum für diese Kategorie in Höhe von 19 Mio € vorgenommen.

Wohn-Hypothekendarlehen – Diese Kategorie umfasst Wohnimmobilien in Großbritannien, Italien, Spanien und Deutschland. Die Differenz zwischen Buchwert und beizulegendem Zeitwert ist gegenüber dem Vorjahr gleich geblieben, was insbesondere daraus resultiert, dass der Diskontierungszinssatz gestiegen ist, der zur Bestimmung des beizulegenden Zeitwerts angewandt wurde und der nicht am Markt beobachtbar ist, jedoch die erwartete Liquidität widerspiegelt. In dem Portfolio erfolgten im Berichtszeitraum keine wesentlichen Verkäufe oder Veränderungen in den Wertberichtigungen für Kreditausfälle.

14 – Zum beizulegenden Zeitwert bewertete Finanzinstrumente

Bewertungsmethoden und Kontrolle

Der Konzern verfügt im Rahmen des Bewertungsprozesses über ein etabliertes Kontrollsystem, das sich aus internen Kontrollstandards, -methoden und -verfahren zusammensetzt.

In aktiven Märkten notierte Preise – Der beizulegende Zeitwert von in aktiven Märkten notierten Finanzinstrumenten wird auf Grundlage von Preisnotierungen ermittelt, soweit diese im Rahmen von regelmäßigen und aktuellen Transaktionen verwendete Preise darstellen.

Bewertungsverfahren – Der Konzern verwendet Bewertungsverfahren für die Ermittlung des beizulegenden Zeitwerts von Finanzinstrumenten, sofern keine in aktiven Märkten notierten Preise verfügbar sind. Zu den für die Bewertung von Finanzinstrumenten verwendeten Verfahren gehören Modellierungstechniken, die Verwendung indikativer Preisangaben ähnlicher Instrumente, Preisangaben aus weniger aktuellen und weniger häufigen Transaktionen sowie Kursgebote von Brokern.

Für einige Finanzinstrumente liegt statt eines Preises eine Kursnotierung oder ein sonstiger notierter Parameter vor. In solchen Fällen wird für die Ermittlung des beizulegenden Zeitwerts der Börsenkurs oder der Parameter als Eingangsgröße in einem Bewertungsmodell verwendet. Für einige Finanzinstrumente werden branchenübliche Modellierungstechniken wie DCF-Verfahren und gängige Optionspreismodelle verwendet. Diese Modelle sind abhängig von geschätzten zukünftigen Zahlungsströmen, Diskontierungsfaktoren und der Volatilität. Für komplexere oder spezifische Finanzinstrumente werden differenziertere Modellierungstechniken benötigt, die auf Annahmen und komplexeren Parametern wie Korrelationen, Annahmen über vorzeitige Tilgungsgeschwindigkeiten, Ausfallraten oder die Höhe der Verluste beruhen.

Häufig müssen in Bewertungsmodellen mehrere Eingangsparameter verwendet werden. Soweit möglich, basieren diese auf beobachtbaren Informationen oder werden aus den Preisen relevanter, in aktiven Märkten gehandelter Finanzinstrumente abgeleitet. Sind für die Eingangsparameter keine beobachtbaren Informationen verfügbar, werden andere Marktinformationen berücksichtigt. Beispielsweise werden Eingangsparameter durch indikative Kursgebote von Brokern und Konsenspreisangaben gestützt, sofern diese Informationen zur Verfügung stehen. Sind keine beobachtbaren Informationen verfügbar, basieren die Eingangsparameter auf anderen relevanten Informationsquellen wie Preisen für ähnliche Transaktionen, historischen Daten, wirtschaftlichen Eckdaten sowie wissenschaftlichen Informationen, die entsprechend angepasst werden, um die Ausgestaltung des tatsächlich zu bewertenden Finanzinstruments und die derzeitigen Marktbedingungen zu reflektieren.

Wertanpassungen – Wertanpassungen sind integraler Bestandteil des Bewertungsprozesses. Für die Ermittlung angemessener Wertanpassungen wendet der Konzern Verfahren an, die Faktoren wie Geld-/Briefspannen, Liquidität, Kontrahentenrisiko, eigenes Kredit- oder Finanzierungsrisiko berücksichtigen. Wertanpassungen aufgrund von Geld-/Briefspannen sind erforderlich, um auf Mittelkursen basierende Bewertungen der entsprechenden Geld-/Briefbewertung anzupassen. Die Geld-/Briefbewertung stellt den beizulegenden Zeitwert für ein Finanzinstrument am besten dar und entspricht daher dessen beizulegendem Zeitwert. Der Buchwert einer Kaufposition wird vom Mittel- auf den Geldkurs und der Buchwert einer Verkaufsposition vom Mittel- auf den Briefkurs angepasst. Die Geld-/Briefkursanpassung wird von den Geld-/Briefkursen, die in der relevanten Handelsaktivität beobachtet werden, und von Kursgeboten sonstiger Broker/Dealer oder sonstiger sachverständiger Kontrahenten abgeleitet. Entspricht der notierte Preis für das Finanzinstrument bereits dem Geld-/Briefkurs, ist keine Geld-/Briefanpassung erforderlich. Sofern der beizulegende Zeitwert eines Finanzinstruments aus einer Modellierungstechnik abgeleitet wird, basieren die in diesem Modell verwendeten Parameter in der Regel auf einem Mittelkurs. Solche Finanzinstrumente werden üblicherweise auf Portfoliobasis gesteuert und, wenn bestimmte Kriterien erfüllt sind, werden Wertanpassungen vorgenommen, um die Kosten der Schließung der Nettorisikoposition der Bank bezüglich einzelner Markt- und Kontrahentenrisiken zu reflektieren.

Diese Wertanpassungen werden aus den Geld-/Briefkursen, die in relevanten Handelsaktivitäten beobachtet werden, und aus Kursgeboten sonstiger Broker/Dealer bestimmt.

Wenn komplexe Bewertungsmodelle genutzt oder weniger liquide Positionen bewertet werden, sind Geld-/Briefspannen für diese Positionen möglicherweise nicht direkt am Markt verfügbar. Deshalb müssen die Abschlusskosten dieser Geschäfte sowie deren Modelle und Parameter geschätzt werden. Wenn diese Anpassungen festgelegt werden, untersucht der Konzern die Bewertungsrisiken, die mit dem Modell und den Positionen verbunden sind. Die resultierenden Wertanpassungen werden regelmäßig überprüft.

Wertanpassungen bezüglich Kontrahentenrisiken (Credit Valuation Adjustment, CVA) sind erforderlich, um die erwarteten Kreditverluste zu berücksichtigen, soweit ein solcher Faktor im Rahmen der Modellierungstechnik für das Erfüllungsrisiko des Kontrahenten nicht bereits enthalten ist. Der Betrag der Wertanpassung bezüglich Kontrahentenrisiken wird auf alle relevanten außerbörslichen Derivate angewandt und durch die Bewertung des potenziellen Kreditrisikos gegenüber bestimmten Kontrahenten unter Berücksichtigung gehaltener Sicherheiten, des Effekts von relevanten Nettingarrangements, des erwarteten Ausfallrisikos (Loss Given Default) und der Ausfallwahrscheinlichkeit auf der Grundlage von verfügbaren Marktinformationen inklusive CDS (Credit Default Swap) Spreads bestimmt. Sollten Kontrahenten-CDS-Spreads nicht verfügbar sein, werden Näherungswerte verwendet.

Der beizulegende Zeitwert der zum beizulegenden Zeitwert bewerteten finanziellen Verpflichtungen des Konzerns (beispielsweise Verbindlichkeiten aus außerbörslichen Derivategeschäften und zum beizulegenden Zeitwert klassifizierten Verpflichtungen aus strukturierten Schuldverschreibungen) bezieht Bewertungsanpassungen bei Forderungen (Debt Valuation Adjustment, DVA) zur Messung die Veränderung des eigenen Kreditrisikos aus dieser finanziellen Verpflichtung mit ein. Bei derivativen Verpflichtungen berücksichtigt der Konzern seine eigene Bonität, indem er diese Bonität dem potenziellen künftigen Risiko aller Kontrahenten gegenüberstellt. Dabei werden vom Konzern bereitgestellte Sicherheiten, der Effekt von maßgeblichen Nettingverträgen, die erwarteten Verluste bei Ausfall und die Ausfallwahrscheinlichkeit des Konzerns auf Basis von CDS-Marktpreisen berücksichtigt. Die Veränderung des eigenen Kreditrisikos für Verpflichtungen aus strukturierten Schuldverschreibungen wird durch Abzinsung der vertraglichen Cashflows des Instruments mithilfe des Zinssatzes berechnet, zu dem vergleichbare Finanzinstrumente zum Bewertungsstichtag begeben werden würden, da dies den Wert aus der Perspektive eines Marktteilnehmers reflektiert, der die identische Schuldverschreibung als Anlage hält.

Bei der Bestimmung von Wertanpassungen bezüglich des Kontrahentenrisikos und Bewertungsanpassungen bei Forderungen können sich zusätzliche Wertanpassungen bei der Ermittlung des beizulegenden Zeitwerts ergeben. Diese sind nötig, sofern der zu erwartende Ausfall eines einzelnen Geschäfts oder das betrachtete Bonitätsrisiko in seiner Beschaffenheit von verfügbaren CDS-Instrumenten abweicht.

Refinanzierungsbezogene Bewertungsanpassungen (Funding Valuation Adjustments, FVA) sind notwendig, um die vom Markt implizierten Finanzierungskosten bei der Bewertung der derivativen Positionen zum beizulegenden Zeitwert zu berücksichtigen. Die refinanzierungsbezogenen Bewertungsanpassungen spiegeln die diskontierten Spreads, die bei unbesicherten und teilweise besicherten Derivaten angerechnet werden, wider und werden ermittelt, indem vom Markt implizierte Finanzierungskosten für Forderungen und Verbindlichkeiten geschätzt werden.

Bei Unsicherheiten der im Rahmen einer Modellierungstechnik verwendeten Annahmen wird eine zusätzliche Anpassung vorgenommen, um den kalkulierten Preis dem erwarteten Marktpreis des Finanzinstruments anzugleichen. Solche Transaktionen haben typischerweise keine regelmäßig beobachtbaren Geld-/Briefspannen und die Anpassungen dienen der Schätzung der Geld-/Briefspannen durch Kalkulation der zur Transaktion gehörigen Liquiditätsprämie. Sofern ein Finanzinstrument so komplex ist, dass die Kosten für die Auflösung dieser Transaktion höher wären als die entsprechenden Kosten für die dazugehörigen Einzelrisiken, wird eine zusätzliche Anpassung vorgenommen, um dies zu berücksichtigen.

Validierung und Kontrolle – Ein unabhängiges Spezialistenteam im Bereich Finance hat die Aufgabe, das Kontrollsystem für Bewertungen festzulegen und weiterzuentwickeln sowie die entsprechenden Prozesse zu steuern. Dieses Spezialistenteam ist unter anderem damit betraut, Bewertungskontrollprozesse für alle Geschäftsbereiche durchzuführen, die Bewertungskontrollmethoden und -techniken sowie das Ausarbeiten und die Steuerung des formellen Rahmenwerks der Bewertungsrichtlinien kontinuierlich weiterzuentwickeln. Besondere Aufmerksamkeit legt das unabhängige Spezialistenteam auf solche Bewertungen, bei denen Einschätzungen durch das Management Teil der Bewertungsprozesse sind.

Die Ergebnisse des Bewertungskontrollprozesses werden im Rahmen des monatlichen Berichtszyklus zusammengestellt und analysiert. Abweichungen, die vordefinierte und genehmigte Toleranzgrenzen überschreiten, werden sowohl innerhalb des Bereichs Finance als auch mit den Führungskräften der jeweiligen Geschäftsbereiche eskaliert, um diese zu überprüfen beziehungsweise zu klären und gegebenenfalls Anpassungen zu veranlassen.

Für Finanzinstrumente, deren beizulegender Zeitwert anhand von Bewertungsmodellen ermittelt wird, werden die im Rahmen des Modells verwendeten Annahmen und Verfahren durch ein unabhängiges, für die Modellvalidierung zuständiges Spezialistenteam, das dem Bereich Risikomanagement des Konzerns angehört, validiert.

Kurs- und Preisangaben sowie Parameter für einzelne Transaktionen stammen aus einer Reihe von Drittquellen einschließlich Börsen, Pricing-Service-Anbietern, verbindlichen Kursangaben von Brokern sowie Konsens-Pricing-Services. Die Preisquellen werden geprüft und bewertet, um die Qualität des resultierenden beizulegenden Zeitwerts zu beurteilen und denen, die größere Bewertungssicherheit und Relevanz bereitstellen, mehr Gewichtung zu verleihen. Die Ergebnisse werden, sofern möglich, mit tatsächlichen Transaktionen am Markt verglichen, um eine Kalibrierung der Modellbewertungen anhand von Marktpreisen sicherzustellen.

Die in Bewertungsmodellen verwendeten Preise und Eingangsparameter, Annahmen sowie Wertanpassungen werden anhand unabhängiger Quellen verifiziert. Ist eine solche Verifizierung aufgrund fehlender beobachtbarer Daten nicht möglich, wird der Schätzwert des beizulegenden Zeitwerts mittels geeigneter Verfahren auf seine Angemessenheit überprüft. Zu diesen Verfahren gehören die Durchführung einer Neubewertung mithilfe unabhängig entwickelter Modelle (einschließlich existierender Modelle, die unabhängig nachkalibriert wurden), die Prüfung der Bewertungsergebnisse anhand geeigneter vergleichbarer Instrumente und sonstiger Richtgrößen sowie die Anwendung von Extrapolationsverfahren. Die Kalibrierung der Ergebnisse der Bewertungsmodelle anhand von Markttransaktionen erlaubt eine Einschätzung, ob die Bewertungsmodelle eine Bestimmung des beizulegenden Zeitwerts ergeben, die Marktpreisen entspricht.

Hierarchie des beizulegenden Zeitwerts

Die zum beizulegenden Zeitwert ausgewiesenen Finanzinstrumente wurden den drei Kategorien gemäß der IFRS-Hierarchie des beizulegenden Zeitwerts zugeordnet.

Level 1 – mittels notierter Preise in aktiven Märkten bewertete Finanzinstrumente, deren beizulegender Zeitwert direkt von Preisen an aktiven, liquiden Märkten abgeleitet werden kann und bei denen das im Markt beobachtbare Finanzinstrument repräsentativ für das im Bestand des Konzerns zu bewertende Instrument ist.

Hierzu zählen Staatanleihen, börslich gehandelte Derivate sowie Eigenkapitaltitel, die in aktiven und liquiden Märkten gehandelt werden.

Level 2 – mittels Bewertungsverfahren auf Basis beobachtbarer Marktdaten bewertete Finanzinstrumente, deren beizulegender Zeitwert aus gleichartigen, an aktiven Märkten gehandelten Finanzinstrumenten oder mittels Bewertungsverfahren, deren sämtliche Eingangsparameter beobachtbar sind, ermittelt werden kann.

Hierzu zählen eine Vielzahl der außerbörslichen Derivate, börsennotierte Investment-Grade-Kreditanleihen, einige CDS, eine Vielzahl der forderungsbesicherten Schuldverschreibungen (Collateralized Debt Obligation, „CDO“) sowie viele der weniger liquiden Aktien.

Level 3 – mittels Bewertungsverfahren auf Basis nicht beobachtbarer Parameter bewertete Finanzinstrumente, deren beizulegender Zeitwert nicht aus am Markt beobachtbaren Daten ermittelt werden kann und die ein anderes Bewertungsverfahren benötigen. Die Finanzinstrumente dieser Kategorie weisen eine Wertkomponente auf, die nicht beobachtbar ist und einen wesentlichen Einfluss auf den beizulegenden Zeitwert hat.

Hierzu zählen komplexere außerbörsliche Derivate, notleidende Kredite, hochgradig strukturierte Anleihen, illiquide Asset Backed Securities (ABS), illiquide CDOs (Kassa und synthetisch), Risikopositionen gegenüber Monolineversicherern, einige Private-Equity-Investments, viele gewerbliche Immobilienkredite, illiquide Kredite und einige Kommunalanleihen.

Zum beizulegenden Zeitwert ausgewiesene Finanzinstrumente[1]

	31.12.2014			31.12.2013		
in Mio €	In aktiven Märkten notierte Preise (Level 1)	Auf Marktdaten basierende Bewertungsmethode (Level 2)	Nicht auf Marktdaten basierende Bewertungsmethode (Level 3)	In aktiven Märkten notierte Preise (Level 1)	Auf Marktdaten basierende Bewertungsmethode (Level 2)	Nicht auf Marktdaten basierende Bewertungsmethode (Level 3)
Zum beizulegenden Zeitwert bewertete finanzielle Vermögenswerte:						
Handelsaktiva	82.020	100.505	13.155	86.634	111.411	12.025
Wertpapiere des Handelsbestands	81.789	86.894	8.957	86.325	94.269	6.960
Sonstige Handelsaktiva	232	13.611	4.198	309	17.143	5.065
Positive Marktwerte aus derivativen Finanzinstrumenten	5.439	614.960	9.559	7.421	486.614	10.556
Zum beizulegenden Zeitwert klassifizierte finanzielle Vermögenswerte	8.826	104.307	4.152	7.083	174.391	3.123
Zur Veräußerung verfügbare finanzielle Vermögenswerte	36.272	23.597	4.427	23.948	21.049	3.329
Sonstige zum beizulegenden Zeitwert bewertete finanzielle Vermögenswerte[2,3]	0	4.335[2]	0	60	7.347[2]	1
Zum beizulegenden Zeitwert bewertete finanzielle Vermögenswerte insgesamt	**132.558**	**847.705**	**31.294**	125.146	800.811	29.033
Zum beizulegenden Zeitwert bewertete finanzielle Verpflichtungen:						
Handelspassiva	25.290	16.510	43	36.449	19.331	24
Wertpapiere des Handelsbestands	25.244	15.826	43	36.438	18.490	24
Sonstige Handelspassiva	46	685	0	12	841	0
Negative Marktwerte aus derivativen Finanzinstrumenten	5.890	597.759	6.553	7.815	467.293	8.321
Zum beizulegenden Zeitwert klassifizierte finanzielle Verpflichtungen	2	34.763	2.366	197	88.466	1.442
Investmentverträge[4]	0	8.523	0	0	8.067	0
Sonstige zum beizulegenden Zeitwert bewertete finanzielle Verpflichtungen[2,3]	0	5.561[2]	−552[5]	4	1.495[2]	−247[5]
Zum beizulegenden Zeitwert bewertete finanzielle Verpflichtungen insgesamt	**31.181**	**663.117**	**8.410**	44.465	584.651	9.539

[1] Die Beträge in dieser Tabelle werden generell brutto ausgewiesen. Dies steht im Einklang mit den in der Anhangangabe 1 „Wesentliche Rechnungslegungsgrundsätze und -einschätzungen“ dargestellten Rechnungslegungsgrundsätzen zur Aufrechnung von Finanzinstrumenten des Konzerns.
[2] Dies bezieht sich hauptsächlich auf zu Sicherungszwecken gehaltene Derivate.
[3] Beinhaltet zum Verkauf bestimmte langfristige Vermögenswerte und Veräußerungsgruppen hinsichtlich der BHF-BANK in 2013.
[4] Aufgrund der Vertragsbedingungen entspricht bei diesen Investmentverträgen der Rückkaufswert dem beizulegenden Zeitwert. Siehe Anhangangabe 41 „Versicherungs- und Investmentverträge“ für nähere Informationen zu diesen Verträgen.
[5] Dies bezieht sich auf Derivate, die in Verträge eingebettet sind, deren Basisvertrag zu fortgeführten Anschaffungskosten bewertet wird, für die das eingebettete Derivat jedoch getrennt ausgewiesen wird. Die getrennt ausgewiesenen eingebetteten Derivate können sowohl positive als auch negative Marktwerte aufweisen, werden aber aus Konsistenzgründen in obiger Tabelle in der Kategorie des beizulegenden Zeitwerts des Basisvertrags ausgewiesen. Die getrennt ausgewiesenen eingebetteten Derivate werden laufend zum beizulegenden Zeitwert bewertet. Zum Zweck dieser Angabe wird das getrennt ausgewiesene eingebettete Derivat auf verschiedene Kategorien des beizulegenden Zeitwerts aufgeteilt.

In 2014 gab es, basierend auf liquiditätsbezogenen Prüfverfahren, Umklassifizierungen in der Hierarchie des beizulegenden Zeitwerts von Level 1 in Level 2 bei den Wertpapieren des Handelsbestands (11 Mrd € auf der Aktivseite und 2,3 Mrd € Verbindlichkeiten) und von Level 2 in Level 1 bei den zum beizulegenden Zeitwert klassifizierten finanziellen Vermögenswerten (1,5 Mrd €).

Bewertungsverfahren

Nachstehend werden die Bewertungsmethoden erläutert, die zur Ermittlung des beizulegenden Zeitwerts der verschiedenen Arten von Finanzinstrumenten eingesetzt werden.

Festverzinsliche Wertpapiere von staatlichen und quasistaatlichen Emittenten und Unternehmen sowie Eigenkapitaltitel – Sofern es keine in jüngster Zeit durchgeführten Transaktionen gibt, kann der beizulegende Zeitwert auf Basis des letzten Marktpreises, bereinigt um alle seither erfolgten Risiko- und Informationsänderungen, ermittelt werden. Werden auf einem aktiven Markt vergleichbare Instrumente notiert, wird der beizulegende Zeitwert durch Anpassung des Vergleichswerts um die jeweiligen Differenzen in den Risikoprofilen dieser Instrumente bestimmt. Sind keine vergleichbaren Werte verfügbar, wird der beizulegende Zeitwert anhand komplexerer Modellierungstechniken bestimmt. Diese Techniken umfassen DCF-Verfahren, die die aktuellen Marktkonditionen für Kredit-, Zins-, Liquiditäts- und sonstige Risiken berücksichtigen. Bei Modellierungstechniken für Eigenkapitaltitel können auch Ertragsmultiplikatoren eingesetzt werden.

Hypothekarisch besicherte und durch andere Vermögenswerte unterlegte Wertpapiere („MBS/ABS“) – Zu diesen Instrumenten gehören private und gewerbliche MBS sowie sonstige ABS einschließlich CDOs. ABS weisen besondere Merkmale auf, da sie mit unterschiedlichen zugrunde liegenden Vermögenswerten besichert sind und die Kapitalstruktur der Emittenten variiert. Die Komplexität steigt darüber hinaus, wenn die zugrunde liegenden Vermögenswerte selbst ABS sind, wie dies beispielsweise bei vielen forderungsbesicherten Schuldverschreibungen der Fall ist.

Wenn es keine zuverlässigen externen Preisermittlungen gibt, werden ABS entweder anhand einer vergleichenden Analyse auf der Grundlage ähnlicher am Markt beobachtbarer Transaktionen oder anhand branchenüblicher Modelle unter Berücksichtigung verfügbarer beobachtbarer Daten bewertet. Die externen, branchenüblichen Modelle kalkulieren die Zins- und Tilgungszahlungen im Rahmen einer Transaktion auf der Grundlage von Annahmen, die unabhängigen Preistests unterzogen werden können. Die Eingangsparameter beinhalten Annahmen über vorzeitige Tilgungen, Verlustannahmen (Zeitpunkt und Verlusthöhe) und einen Diskontierungszinssatz (Spread, Rendite oder Diskontierungsmarge). Diese Eingangsgrößen/Annahmen basieren auf tatsächlichen Transaktionen, externen Marktanalysen und gegebenenfalls Marktindizes.

Kredite – Bei bestimmten Krediten lässt sich der beizulegende Zeitwert anhand des Marktpreises einer erst kürzlich erfolgten Transaktion unter Einbeziehung sämtlicher Risiko- und Informationsveränderungen seit dem Transaktionsdatum ermitteln. Sofern keine aktuellen Markttransaktionen vorliegen, wird der beizulegende Zeitwert anhand von Kursangaben von Brokern, Konsenspreisfeststellungen, vergleichbaren Instrumenten oder mithilfe von DCF-Verfahren bestimmt. In den DCF-Verfahren werden je nach Angemessenheit Eingangsparameter für Kredit-, Zins- und Währungsrisiken, geschätzte Ausfallverluste und die bei Ausfällen ausgenutzten Beträge verwendet. Die Parameter Kreditrisiko, geschätzte Ausfallverluste und Ausnutzung zum Zeitpunkt des Ausfalls werden, sofern verfügbar und angemessen, anhand von Informationen über die betreffenden Kredit- oder CDS-Märkte ermittelt.

Leveraged-Finance-Kredite können sich durch transaktionsspezifische Merkmale auszeichnen, die die Relevanz der am Markt beobachtbaren Transaktionen einschränken. Gibt es vergleichbare Transaktionen, für die beobachtbare Parameter externer Pricing Services vorliegen, werden diese Informationen entsprechend den Transaktionsunterschieden angepasst. Gibt es keine vergleichbaren Transaktionen, wird ein DCF-Verfahren angewandt, bei dem die Kreditrisikoaufschläge aus dem entsprechenden Index für Leveraged-Finance-Kredite abgeleitet werden. Dabei werden die Branchenklassifizierung, die Nachrangigkeit des Kredits sowie sonstige relevante Informationen über den Kredit und den jeweiligen Kontrahenten berücksichtigt.

Außerbörsliche derivative Finanzinstrumente – Transaktionen, die dem Marktstandard entsprechen und an liquiden Märkten gehandelt werden – wie Zinsswaps, Devisentermingeschäfte und Optionskontrakte in G-7-Währungen –, sowie Aktienswaps und Optionskontrakte auf börsennotierte Wertpapiere oder Indizes werden anhand von branchenüblichen Standardmodellen mit notierten Eingangsparametern bewertet. Die Eingangs-

parameter können, soweit möglich, von Pricing Services oder Konsens-Pricing-Services eingeholt beziehungsweise aus kürzlich durchgeführten Transaktionen an aktiven Märkten abgeleitet werden.

Für komplexere Finanzinstrumente werden differenziertere Modellierungstechniken verwendet, die für das Finanzinstrument spezifisch und anhand verfügbarer Marktpreise kalibriert sind. Ist eine Kalibrierung des Bewertungsergebnisses anhand relevanter Marktreferenzen nicht möglich, werden Bewertungsanpassungen genutzt, um das Bewertungsergebnis um alle Differenzen zu bereinigen. In weniger aktiven Märkten werden Informationen aus weniger häufig stattfindenden Markttransaktionen, Kursangaben von Brokern sowie Extrapolations- und Interpolationsverfahren abgeleitet. Sind keine beobachtbaren Preise oder Eingangsgrößen vorhanden, ist eine Einschätzung durch das Management erforderlich, um den beizulegenden Zeitwert mithilfe anderer relevanter Informationsquellen zu bestimmen, die historische Daten, die Fundamentalanalyse der wirtschaftlichen Eckdaten der Transaktion und vergleichbare Daten von ähnlichen Transaktionen beinhalten.

Zum beizulegenden Zeitwert klassifizierte finanzielle Verpflichtungen unter der Fair Value Option – Der beizulegende Zeitwert der zum beizulegenden Zeitwert klassifizierten finanziellen Verpflichtungen, die unter Anwendung der Fair Value Option in diese Kategorie klassifiziert wurden, enthält sämtliche Marktrisikofaktoren einschließlich des mit dieser finanziellen Verpflichtung in Verbindung stehenden Kreditrisikos des Konzerns. Zu den finanziellen Verpflichtungen gehören strukturierte Anleihen, strukturierte Einlagen und sonstige durch konsolidierte Gesellschaften emittierte strukturierte Wertpapiere, die unter Umständen nicht an einem aktiven Markt gehandelt werden. Der beizulegende Zeitwert dieser finanziellen Verpflichtungen wird durch die Abzinsung der vertraglichen Zahlungsströme mithilfe der relevanten kreditrisikoadjustierten Zinsstrukturkurve ermittelt. Die Marktrisikoparameter werden entsprechend vergleichbaren Finanzinstrumenten bewertet, die als Vermögenswerte gehalten werden. So werden Derivate, die in die strukturierten Finanzinstrumente eingebettet sind, anhand der im Abschnitt „Außerbörsliche derivative Finanzinstrumente“ erläuterten Methode bewertet.

Sind die zum beizulegenden Zeitwert klassifizierten finanziellen Verpflichtungen, die unter der Fair Value Option klassifiziert wurden, wie beispielsweise Verbindlichkeiten aus Wertpapierleihen und aus Wertpapierpensionsgeschäften (Repos), besichert, wird die Verbesserung der Kreditqualität bei der Bestimmung des beizulegenden Zeitwerts der Verpflichtung berücksichtigt.

Verbindlichkeiten aus Investmentverträgen – Der Konzern hält Vermögenswerte, die mit Verbindlichkeiten aus Investmentverträgen im Zusammenhang stehen. Der Konzern ist vertraglich verpflichtet, diese Vermögenswerte zu nutzen, um seinen Verpflichtungen nachzukommen. Aus diesem Grund wird der beizulegende Zeitwert für die Verbindlichkeiten aus den Investmentverträgen, das heißt der Rückkaufswert der Verträge, durch den beizulegenden Zeitwert der zugrunde liegenden Vermögenswerte bestimmt.

Analyse der Finanzinstrumente mit einem beizulegenden Zeitwert, der mithilfe von Bewertungsverfahren ermittelt wurde, die wesentliche nicht beobachtbare Parameter enthalten (Level 3)

Zu einigen der Finanzinstrumente in der dritten Kategorie bestehen identische oder ähnliche kompensierende Positionen bezüglich der nicht beobachtbaren Parameter. Die diesbezüglichen IFRS-Vorschriften fordern jedoch, dass diese Vermögenswerte und Verbindlichkeiten brutto dargestellt werden.

Zu Handelszwecken gehaltene Wertpapiere – In dieser Kategorie der Hierarchie des beizulegenden Zeitwerts sind bestimmte illiquide Unternehmensanleihen aus Wachstumsmärkten und illiquide strukturierte Unternehmensanleihen enthalten. Darüber hinaus werden hier bestimmte Bestände an Anleihen ausgewiesen, die von Verbriefungsgesellschaften emittiert wurden, sowie private und gewerbliche MBS, forderungsbesicherte Schuldverschreibungen und andere ABS. Der Anstieg im Berichtszeitraum ist hauptsächlich auf eine Kombination aus Käufen und Umklassifizierungen von Vermögenswerten zwischen den Kategorien 2 und 3 der Hierarchie des beizulegenden Zeitwerts aufgrund von Veränderungen in den unbeobachtbaren Eingangsparametern zur Bewertung dieser Instrumente zurückzuführen.

Positive und negative Marktwerte aus derivativen Instrumenten dieser Kategorie der Hierarchie des beizulegenden Zeitwerts werden auf Basis eines oder mehrerer wesentlicher nicht beobachtbarer Parameter bewertet. Diese nicht beobachtbaren Parameter können bestimmte Korrelationen umfassen, bestimmte langfristige Volatilitäten, bestimmte Raten für vorzeitige Tilgungen sowie bestimmte Kreditrisikoaufschläge und andere transaktionsspezifische Faktoren.

Level-3-Derivate enthalten kundenspezifische Derivate forderungsbesicherter Schuldverschreibungen, deren zugrunde liegender Referenzpool aus Unternehmensvermögenswerten nicht mit regelmäßig gehandelten Indizes vergleichbar ist, bestimmte Tranchen von Indexkreditderivaten, bestimmte Optionen, deren Volatilität nicht beobachtbar ist, bestimmte Basketoptionen, in denen die Korrelationen zwischen den zugrunde liegenden Vermögenswerten nicht beobachtbar sind, langfristige Zinsoptionen und Fremdwährungsderivate, die sich auf mehrere Währungen beziehen, sowie bestimmte Credit Default Swaps, für die der Kreditrisikoaufschlag nicht beobachtbar ist.

Der Rückgang im Berichtszeitraum wurde sowohl von Abwicklungen und Umklassifizierungen von Vermögenswerten zwischen den Kategorien 2 und 3 der Hierarchie des beizulegenden Zeitwerts aufgrund von Veränderungen in den unbeobachtbaren Eingangsparametern zur Bewertung dieser Instrumente verursacht.

Andere zu Handelszwecken gehaltene Instrumente in der dritten Kategorie der Hierarchie des beizulegenden Zeitwerts beinhalten in erster Linie handelbare Kredite, deren Wert anhand von Bewertungsmodellen auf Basis eines oder mehrerer wesentlicher nicht beobachtbarer Parameter bestimmt wird. Level-3-Kredite umfassen illiquide Leveraged Loans und illiquide private und gewerbliche Hypothekendarlehen. Der Rückgang des Bestands im Berichtszeitraum ist hauptsächlich Verkäufe zurückzuführen.

Zum beizulegenden Zeitwert klassifizierte Vermögenswerte/Verpflichtungen – Bestimmte Unternehmenskredite und strukturierte Verbindlichkeiten, welche unter der Fair Value Option als zum beizulegenden Zeitwert designiert wurden, sind in dieser Kategorie der Hierarchie des beizulegenden Zeitwerts enthalten. Die Unternehmenskredite werden mithilfe von Bewertungsmethoden bewertet, die beobachtbare Kreditrisikoaufschläge, Erlösquoten und nicht beobachtbare Ausnutzungsgrade berücksichtigen. Revolvierende Kreditzusagen werden der dritten Kategorie der Hierarchie zugewiesen, da der Ausnutzungsgrad bei einem Ausfall einen wesentlichen Parameter darstellt, der nicht beobachtbar ist.

Darüber hinaus enthalten bestimmte emittierte Hybridanleihen, die zum beizulegenden Zeitwert klassifiziert wurden, eingebettete Derivate, die auf Basis wesentlicher nicht beobachtbarer Parameter bewertet wurden. Diese nicht beobachtbaren Parameter umfassen die Korrelationen der Volatilitäten einzelner Aktien. Der Anstieg der Vermögenswerte im Berichtszeitraum beruhte hauptsächlich auf neuen Emissionen. Der Anstieg der Verpflichtungen ist auf Umklassifizierungen in die Kategorie 3 der Hierarchie des beizulegenden Zeitwerts und neue Emissionen zurückzuführen.

Zur Veräußerung verfügbare finanzielle Vermögenswerte enthalten notleidende Kredite, für die keine Handelsabsicht besteht, sowie börsennotierte Eigenkapitalinstrumente, wenn es keine angemessenen Vergleichsinstrumente gibt und der Markt als sehr illiquide angesehen wird. Der Anstieg der Vermögenswerte im Berichtszeitraum beruhte hauptsächlich auf Käufen und Gewinnen aus Marktwertänderungen.

Überleitung der Finanzinstrumente in der Level-3-Kategorie

Überleitung der Finanzinstrumente in der Level-3-Kategorie

31.12.2014

in Mio €	Bestand am Jahresanfang	Veränderung des Konsolidierungskreises	Gewinne/ Verluste insgesamt[1]	Käufe	Verkäufe	Emissionen[2]	Abwicklungen[3]	Umwidmung in Level 3[4]	Umwidmung aus Level 3[4]	Bestand am Jahresende
Zum Zeitwert bewertete finanzielle Vermögenswerte:										
Wertpapiere des Handelsbestands	6.960	0	738	3.567	−2.081	0	−597	2.175	−1.804	8.957
Positive Marktwerte aus derivativen Finanzinstrumenten	10.556	0	740	0	0	0	−1.250	1.167	−1.654	9.559
Sonstige Handelsaktiva	5.065	0	−43	1.642	−2.167	778	−845	943	−1.173	4.198
Zum Zeitwert klassifizierte finanzielle Vermögenswerte	3.123	0	266	265	−5	2.175	−1.802	192	−61	4.152
Zur Veräußerung verfügbare finanzielle Vermögenswerte	3.329	0	533[5]	1.901	−406	0	−1.234	432	−126	4.427
Sonstige zum Zeitwert bewertete finanzielle Vermögenswerte[6]	1	−1	0	0	0	0	0	0	0	0
Zum Zeitwert bewertete finanzielle Vermögenswerte insgesamt	29.033	−1	2.233[7,8]	7.373	−4.659	2.953	−5.727	4.908	−4.819	31.294
Zum Zeitwert bewertete finanzielle Verpflichtungen:										
Wertpapiere des Handelsbestands	24	0	2	0	0	0	−5	40	−18	43
Negative Marktwerte aus derivativen Finanzinstrumenten	8.321	0	490	0	0	0	−1.434	1.196	−2.019	6.553
Sonstige Handelspassiva	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Zum Zeitwert klassifizierte finanzielle Verpflichtungen	1.442	0	−53	0	0	557	−221	882	−241	2.366
Sonstige zum Zeitwert bewertete finanzielle Verpflichtungen	−247	0	−69	0	0	0	−207	63	−93	−552
Zum Zeitwert bewertete finanzielle Verpflichtungen insgesamt	9.539	0	371[7,8]	0	0	557	−1.867	2.182	−2.371	8.410

[1] Die Gewinne und Verluste sind im Wesentlichen im Ergebnis aus zum beizulegenden Zeitwert bewerteten finanziellen Vermögenswerten/Verpflichtungen in der Gewinn- und Verlustrechnung enthalten. Der Betrag umfasst ebenfalls Gewinne und Verluste aus zur Veräußerung verfügbaren finanziellen Vermögenswerten, die in der Gewinn- und Verlustrechnung ausgewiesen sind, sowie unrealisierte Gewinne/Verluste (–) aus zur Veräußerung verfügbaren finanziellen Vermögenswerten, nach Steuern, und Wechselkursänderungen, die in der Sonstigen erfolgsneutralen Eigenkapitalveränderung, nach Steuern, erfasst werden. Weitere Finanzinstrumente sind durch Instrumente der Level-1- oder Level-2-Kategorie der Hierarchie des beizulegenden Zeitwerts abgesichert, die zugehörige Tabelle beinhaltet aber nicht die Gewinne und Verluste aus diesen Absicherungsinstrumenten. Zur Bestimmung des beizulegenden Zeitwerts eines Instruments in der Level-3-Kategorie der Hierarchie werden beobachtbare und nicht beobachtbare Parameter herangezogen. Die Gewinne und Verluste, die in der Tabelle gezeigt werden, sind auf Veränderungen sowohl der beobachtbaren als auch der nicht beobachtbaren Parameter zurückzuführen.

[2] Die Spalte „Emissionen“ zeigt die bei einer Begebung von Schuldtiteln erhaltenen Barmittel sowie den an den Kreditnehmer gezahlten Barbetrag bei der Gewährung eines Kredits.

[3] Die Spalte „Abwicklungen“ beinhaltet die Zahlungen, die bei der Abwicklung der finanziellen Vermögenswerte/Verpflichtungen fällig sind. Für Schuldtitel und Kredite beinhaltet dies den Rückzahlungsbetrag zum Fälligkeitstermin, Abschreibungen auf den Kapitalbetrag sowie Tilgungen. Für Derivate werden in dieser Spalte alle Zahlungen berücksichtigt.

[4] Umwidmungen in und Umwidmungen aus Level 3 der Hierarchie des beizulegenden Zeitwerts beziehen sich auf Veränderungen der Beobachtbarkeit von Eingangsparametern. Sie werden im Jahresverlauf zu ihrem beizulegenden Zeitwert zum Jahresanfang ausgewiesen. Für Instrumente, die in die Level-3-Kategorie der Hierarchie des beizulegenden Zeitwerts transferiert wurden, zeigt die Tabelle die Gewinne und Verluste und die Zahlungsströme der Instrumente, als hätte der Wechsel zum Jahresanfang stattgefunden. Ebenso werden Gewinne und Verluste sowie Zahlungsströme der Instrumente, die im Jahresverlauf aus Level 3 der Hierarchie transferiert wurden, nicht berücksichtigt, weil sie in der Tabelle so dargestellt sind, als hätte der Wechsel zum Jahresanfang stattgefunden.

[5] Das Ergebnis aus zur Veräußerung verfügbaren finanziellen Vermögenswerten enthält einen Gewinn von 144 Mio €, der in der Sonstigen erfolgsneutralen Eigenkapitalveränderung, nach Steuern, ausgewiesen wird, sowie einen Gewinn von 31 Mio €, der in der Gewinn- und Verlustrechnung im Ergebnis aus zur Veräußerung verfügbaren finanziellen Vermögenswerten ausgewiesen wird.

[6] Betrifft zum Verkauf bestimmte langfristige Vermögenswerte und Veräußerungsgruppen hinsichtlich der BHF-BANK.

[7] Der Betrag beinhaltet Wechselkursänderungen. Für zum beizulegenden Zeitwert bewertete finanzielle Vermögenswerte beträgt die Veränderung einen Gewinn von 585 Mio € und für zum beizulegenden Zeitwert bewertete finanzielle Verpflichtungen einen Gewinn von 128 Mio €. Diese Effekte resultieren im Wesentlichen aus derivativen Finanzinstrumenten. Die Wechselkursänderungen werden in der Kumulierten sonstigen erfolgsneutralen Eigenkapitalveränderung, nach Steuern, ausgewiesen.

[8] Bei den Vermögenswerten stehen positive Beträge für Gewinne und negative Beträge für Verluste. Bei den Verbindlichkeiten stehen positive Beträge für Verluste und negative Beträge für Gewinne.

										31.12.2013
in Mio €	Bestand am Jahres-anfang	Verände-rung des Konsoli-dierungs-kreises	Gewinne/ Verluste insgesamt[1]	Käufe	Verkäufe	Emis-sionen[2]	Abwick-lungen[3]	Umwid-mung in Level 3[4]	Umwid-mung aus Level 3[4]	Bestand am Jahres-ende
Zum Zeitwert bewertete finanzielle Vermögenswerte:										
Wertpapiere des Handelsbestands	10.306	0	−64	1.142	−2.981	0	−911	2.256	−2.788	6.960
Positive Marktwerte aus derivativen Finanzinstrumenten	15.210	0	−2.355	0	0	0	−2.113	1.924	−2.111	10.556
Sonstige Handelsaktiva	4.609	0	−218	1.485	−1.744	1.266	−651	706	−389	5.065
Zum Zeitwert klassifizierte finanzielle Vermögenswerte	3.956	0	170	25	−41	906	−1.815	258	−336	3.123
Zur Veräußerung verfügbare finanzielle Vermögenswerte	3.940	−80	15[5]	1.143	−160	0	−1.417	709	−820[6]	3.329
Sonstige zum Zeitwert bewertete finanzielle Vermögenswerte	0	0	0	0	0	0	0	1[6]	0	1
Zum Zeitwert bewertete finanzielle Vermögens-werte insgesamt	38.021	−80	−2.452[7,8]	3.794	−4.925	2.173	−6.907	5.853	−6.444	29.033
Zum Zeitwert bewertete finanzielle Verpflichtungen:										
Wertpapiere des Handelsbestands	318	0	8	0	0	0	−169	12	−146	24
Negative Marktwerte aus derivativen Finanzinstrumenten	9.286	0	224	0	0	0	−1.241	1.684	−1.631	8.321
Sonstige Handelspassiva	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Zum Zeitwert klassifizierte finanzielle Verpflichtungen	1.417	0	−275	0	0	108	−94	570	−284	1.442
Sonstige zum Zeitwert bewertete finanzielle Verpflichtungen	−176	0	159	0	0	0	35	−220	−45	−247
Zum Zeitwert bewertete finanzielle Verpflich-tungen insgesamt	10.845	0	116[7,8]	0	0	108	−1.468	2.045	−2.106	9.539

[1] Die Gewinne und Verluste sind im Wesentlichen im Ergebnis aus zum beizulegenden Zeitwert bewerteten finanziellen Vermögenswerten/Verpflichtungen in der Gewinn- und Verlustrechnung enthalten. Der Betrag umfasst ebenfalls Gewinne und Verluste aus zur Veräußerung verfügbaren finanziellen Vermögenswerten, die in der Gewinn- und Verlustrechnung ausgewiesen sind, sowie unrealisierte Gewinne/Verluste (–) aus zur Veräußerung verfügbaren finanziellen Vermögenswerten, nach Steuern, und Wechselkursänderungen, die in der Sonstigen erfolgsneutralen Eigenkapitalveränderung, nach Steuern, erfasst werden. Weitere Finanzinstrumente sind durch Instrumente der Level-1- oder Level-2-Kategorie der Hierarchie des beizulegenden Zeitwerts abgesichert, die zugehörige Tabelle beinhaltet aber nicht die Gewinne und Verluste aus diesen Absicherungsinstrumenten. Zur Bestimmung des beizulegenden Zeitwerts eines Instruments in der Level-3-Kategorie der Hierarchie werden beobachtbare und nicht beobachtbare Parameter herangezogen. Die Gewinne und Verluste, die in der Tabelle gezeigt werden, sind auf Veränderungen sowohl der beobachtbaren als auch der nicht beobachtbaren Parameter zurückzuführen.

[2] Die Spalte „Emissionen“ zeigt die bei einer Begebung von Schuldtiteln erhaltenen Barmittel sowie den an den Kreditnehmer gezahlten Barbetrag bei der Gewährung eines Kredits.

[3] Die Spalte „Abwicklungen“ beinhaltet die Zahlungen, die bei der Abwicklung der finanziellen Vermögenswerte/Verpflichtungen fällig sind. Für Schuldtitel und Kredite beinhaltet dies den Rückzahlungsbetrag zum Fälligkeitstermin, Abschreibungen auf den Kapitalbetrag sowie Tilgungen. Für Derivate werden in dieser Spalte alle Zahlungen berücksichtigt.

[4] Umwidmungen in und Umwidmungen aus Level 3 der Hierarchie des beizulegenden Zeitwerts beziehen sich auf Veränderungen der Beobachtbarkeit von Eingangsparametern. Sie werden im Jahresverlauf zu ihrem beizulegenden Zeitwert zum Jahresanfang ausgewiesen. Für Instrumente, die in die Level-3-Kategorie der Hierarchie des beizulegenden Zeitwerts transferiert wurden, zeigt die Tabelle die Gewinne und Verluste und die Zahlungsströme der Instrumente, als hätte der Wechsel zum Jahresanfang stattgefunden. Ebenso werden Gewinne und Verluste sowie Zahlungsströme der Instrumente, die im Jahresverlauf aus Level 3 der Hierarchie transferiert wurden, nicht berücksichtigt, weil sie in der Tabelle so dargestellt sind, als hätte der Wechsel zum Jahresanfang stattgefunden.

[5] Das Ergebnis aus zur Veräußerung verfügbaren finanziellen Vermögenswerten enthält einen Gewinn von 10 Mio €, der in der Sonstigen erfolgsneutralen Eigenkapitalveränderung, nach Steuern, ausgewiesen wird, sowie einen Gewinn von 20 Mio €, der in der Gewinn- und Verlustrechnung im Ergebnis aus zur Veräußerung verfügbaren finanziellen Vermögenswerten ausgewiesen wird.

[6] Beinhaltet eine Umklassifizierung aus zur „Veräußerung verfügbarer finanzieller Vermögenswerte in zum Verkauf bestimmter langfristiger Vermögenswerte und Veräußerungsgruppen von 1 Mio € hinsichtlich der BHF-BANK.

[7] Der Betrag beinhaltet Wechselkursänderungen. Für zum beizulegenden Zeitwert bewertete finanzielle Vermögenswerte beträgt die Veränderung einen Verlust von 497 Mio € und für zum beizulegenden Zeitwert bewertete finanzielle Verpflichtungen einen Verlust von 60 Mio €. Diese Effekte resultieren im Wesentlichen aus derivativen Finanzinstrumenten. Die Wechselkursänderungen werden in der Kumulierten sonstigen erfolgsneutralen Eigenkapitalveränderung, nach Steuern, ausgewiesen.

[8] Bei den Vermögenswerten stehen positive Beträge für Gewinne und negative Beträge für Verluste. Bei den Verbindlichkeiten stehen positive Beträge für Verluste und negative Beträge für Gewinne.

Sensitivitätsanalyse von nicht beobachtbaren Parametern

Basiert der Wert eines Finanzinstruments auf nicht beobachtbaren Eingangsparametern, kann der hierfür zu verwendende Wert dieser Parameter zum Bilanzstichtag aus einer Bandbreite von angemessenen möglichen Alternativen ausgewählt werden. Im Rahmen der Erstellung des Konzernabschlusses werden für diese nicht beobachtbaren Parameter angemessene Werte ausgewählt, die den herrschenden Marktgegebenheiten und dem vorstehend ausgeführten Bewertungskontrollansatz des Konzerns entsprechen. Hätte der Konzern am 31. Dezember 2014 zur Bewertung der betreffenden Finanzinstrumente Parameterwerte zugrunde gelegt, die am äußeren Ende der Bandbreite von angemessenen möglichen Alternativen lagen und zu diesem Zeitpunkt verfügbar waren, hätte sich der ausgewiesene beizulegende Zeitwert um bis zu 3,3 Mrd € erhöht beziehungsweise um bis zu 2,9 Mrd € verringert. Zum 31. Dezember 2013 wäre der beizulegende Zeitwert um bis zu 3,0 Mrd € gestiegen beziehungsweise um bis zu 2,6 Mrd € gesunken. Um diese Auswirkungen zu berechnen, bewertet der Konzern bestimmte Finanzinstrumente neu, indem bestmögliche alternative Parameter herangezogen werden, oder nutzt eine Bewertungsmethode, die Wertanpassungen bezüglich der Geld-/Briefspanne berücksichtigt. Die Wertanpassung für Kosten der Vertragsaufhebung basiert auf der Geld-/Briefspanne, die gezahlt werden muss, um eine gehaltene Position in Finanzinstrumenten oder eine Risikokomponente zu schließen, und spiegelt als solche Faktoren wie Illiquidität oder Unsicherheit am Markt wider.

Die vorliegenden Angaben sollen die möglichen Auswirkungen darstellen, die sich aus der relativen Unsicherheit bei der Bestimmung der beizulegenden Zeitwerte von Finanzinstrumenten ergeben, deren Bewertung auf nicht beobachtbaren Eingangsparametern basiert. Dennoch ist es unwahrscheinlich, dass in der Praxis alle nicht beobachtbaren Parameter gleichzeitig am jeweils äußeren Ende ihrer Bandbreite von angemessenen möglichen Alternativen liegen. Aus diesem Grund dürften die vorgenannten Schätzwerte bezüglich der Unsicherheitsfaktoren die tatsächlichen Unsicherheitsfaktoren bei der Ermittlung des beizulegenden Zeitwerts zum Bilanzstichtag übertreffen. Ferner sind die vorliegenden Angaben weder eine Vorhersage noch eine Indikation für künftige Änderungen des beizulegenden Zeitwerts.

Für viele der hier berücksichtigten Finanzinstrumente, insbesondere für Derivate, stellen nicht beobachtbare Parameter lediglich eine Teilmenge der Parameter dar, die für die Preisermittlung des Finanzinstruments erforderlich sind. Bei der verbleibenden Teilmenge handelt es sich um beobachtbare Parameter. Daher dürfte der Gesamteffekt für diese Instrumente, der aus der Verschiebung der nicht beobachtbaren Parameter an das äußere Ende ihrer Bandbreite resultiert, im Vergleich zum gesamten beizulegenden Zeitwert relativ gering ausfallen. Für andere Instrumente wird der beizulegende Zeitwert auf der Grundlage des Preises für das gesamte Instrument ermittelt. Dies erfolgt beispielsweise durch Anpassung des beizulegenden Zeitwerts eines angemessenen Vergleichsinstruments. Zusätzlich werden alle Finanzinstrumente bereits zu solchen beizulegenden Zeitwerten bilanziert, die Bewertungsanpassungen für die Kosten der Schließung beinhalten und daher bereits die Unsicherheitsfaktoren berücksichtigen, mit denen Marktpreise behaftet sind. Ein in den vorliegenden Angaben ermittelter negativer Effekt aus diesen Unsicherheitsfaktoren wird daher stets das Ausmaß der Auswirkungen übersteigen, das bereits für die Berechnung des beizulegenden Zeitwerts im Konzernabschluss berücksichtigt wird.

Sensitivitätsanalyse von nicht beobachtbaren Parametern[1]

	31.12.2014		31.12.2013	
in Mio €	Positive Änderung des beizulegenden Zeitwerts durch Nutzung angemessener möglicher Alternativen	Negative Änderung des beizulegenden Zeitwerts durch Nutzung angemessener möglicher Alternativen	Positive Änderung des beizulegenden Zeitwerts durch Nutzung angemessener möglicher Alternativen	Negative Änderung des beizulegenden Zeitwerts durch Nutzung angemessener möglicher Alternativen
Wertpapiere:				
Schuldtitel	833	725	643	542
Mit Gewerbeimmobilien unterlegte Wertpapiere	57	47	39	32
Hypothekarisch besicherte und duch andere Vermögenswerte unterlegte Wertpapiere	235	229	233	229
Schuldtitel staatlicher und quasistaatlicher Emittenten	63	37	6	6
Unternehmensschuldtitel und andere Schuldtitel	478	412	365	275
Durch Grundpfandrechte und andere Vermögenswerte unterlegte Wertpapiere	124	224	32	97
Derivate:				
Kreditderivate	432	457	524	509
Aktienderivate	157	115	281	171
Zinsderivate	392	184	405	255
Wechselkursderivate	4	2	24	6
Sonstige	75	74	83	61
Forderungen aus dem Kreditgeschäft:				
Forderungen aus dem Kreditgeschäft	1.175	988	701	619
Kreditzusagen	6	5	17	17
Sonstige	79	79	255	277
Insgesamt	3.277	2.854	2.966	2.554

[1] Gleicht sich eine aufgrund eines nicht beobachtbaren Parameters bestehende Risikoposition innerhalb verschiedener Instrumente aus, wird lediglich der Nettoeffekt in der Tabelle ausgewiesen.

Quantitative Informationen zur Sensitivität wesentlicher nicht beobachtbarer Parameter

Die nicht beobachtbaren Parameter für die Ermittlung des beizulegenden Zeitwerts von Level-3-Vermögenswerten sind häufig voneinander abhängig. Ferner bestehen oft dynamische Zusammenhänge zwischen nicht beobachtbaren und beobachtbaren Parametern sowie zwischen den Erstgenannten. Wirken sich diese wesentlich auf den beizulegenden Zeitwert eines bestimmten Instruments aus, werden sie explizit über Korrelationsparameter erfasst oder alternativ über Bewertungsmodelle und -verfahren überprüft. Basiert ein Bewertungsverfahren auf mehreren Parametern, schränkt die Wahl eines bestimmten Parameters häufig die Spanne anderer Parameter ein. Allgemeine Marktfaktoren (wie Zinssätze, Aktien-, Anleihe- oder Rohstoffindizes und Wechselkurse) können ebenfalls Auswirkungen haben.

Die unten aufgeführte Spanne zeigt den höchsten und niedrigsten Wert, der der Bewertung signifikanter Engagements in der Level-3-Kategorie zugrunde gelegt wird. Die Diversität der Finanzinstrumente, aus denen die Anhangangabe besteht, ist signifikant und deshalb können die Spannen bestimmter Parameter groß sein. Beispielsweise repräsentiert die Spanne der Bonitätsaufschläge auf hypothekarisch besicherte Wertpapiere nicht leistungsgestörte, liquidere Positionen mit niedrigeren Aufschlägen als weniger liquide, leistungsgestörte Positionen mit höheren Aufschlägen. Diese umfasst die zum beizulegenden Zeitwert bewerteten Instrumente mit geringerer Liquidität. Die unten aufgeführte weite Spanne ist zu erwarten, da bei der Bewertung der verschiedenen Engagementarten eine starke Differenzierung erfolgt, um relevante Marktentwicklungen zu erfassen. Im Folgenden werden die wesentlichen Parameterarten kurz beschrieben und signifikante Zusammenhänge zwischen diesen erläutert.

Kreditparameter werden verwendet, um die Bonität eines Geschäftspartners durch die Ermittlung der Ausfallwahrscheinlichkeit und der daraus resultierenden Verluste zu bewerten. Der Bonitätsaufschlag ist die Hauptkennzahl zur Bewertung der Bonität. Er stellt die Prämie auf das referenzierte Benchmark-Instrument (üblicherweise den LIBOR oder das jeweilige Treasury-Instrument, abhängig vom bewerteten Vermögenswert) oder die im Vergleich zum referenzierten Benchmark-Instrument höhere Rendite dar, die ein Anleiheinhaber als Gegenleistung für den Bonitätsunterschied zwischen dem Vermögenswert und der entsprechenden Benchmark fordern würde. Höhere Bonitätsaufschläge sind ein Zeichen für geringere Bonität und senken den Wert von

Anleihen oder Krediten, die vom Kreditnehmer an die Bank zurückzuzahlen sind. Die Erlösquote entspricht einer Schätzung des Betrags, den ein Kreditgeber beim Ausfall eines Kreditnehmers beziehungsweise ein Anleiheinhaber beim Ausfall eines Anleiheemittenten erhalten würde. Eine höhere Erlösquote führt dazu, dass eine Anleiheposition besser bewertet wird, sofern die anderen Parameter unverändert bleiben. Die konstante Ausfallrate (Constant Default Rate – „CDR“) und die konstante Rate der vorzeitigen Tilgungen (Constant Prepayment Rate – „CPR“) ermöglichen eine Bewertung komplexerer Kredite und Schuldtitel. Diese Parameter dienen zur Schätzung der kontinuierlichen Ausfälle bei geplanten Rück- und Zinszahlungen oder zeigen, ob der Kreditnehmer zusätzliche (normalerweise freiwillige) vorzeitige Rückzahlungen vornimmt. Sie sind bei der Schätzung des beizulegenden Zeitwerts von Hypotheken- oder anderen Krediten besonders relevant, die der Kreditnehmer über einen bestimmten Zeitraum zurückzahlt oder vorzeitig zurückzahlen kann, wie zum Beispiel bei einigen Wohnungsbaukrediten. Eine höhere CDR hat eine schlechtere Kreditbewertung zur Folge, da der Kreditgeber letztlich eine geringere Rückzahlung erhalten wird.

Zinssätze, Bonitätsaufschläge, Inflationsraten, Wechsel- und Aktienkurse liegen einigen Optionsinstrumenten oder anderen komplexen Derivaten zugrunde, bei denen die Zahlung an den Derivateinhaber von der Entwicklung der zugrunde liegenden Referenzwerte abhängig ist. Volatilitätsparameter beschreiben wesentliche Attribute der Entwicklung von Optionen, indem sie eine Bewertung der Schwankungen bei den Erträgen aus dem zugrunde liegenden Instrument ermöglichen. Diese Volatilität ist ein Indikator für die Wahrscheinlichkeit einer Entwicklung. Eine höhere Volatilität bedeutet eine höhere Wahrscheinlichkeit, dass ein bestimmtes Ergebnis eintritt. Die zugrunde liegenden Referenzwerte (Zinssätze, Bonitätsaufschläge etc.) wirken sich auf die Bewertung von Optionen aus. Sie beschreiben die Höhe der Zahlung, die bei einer Option erwartet werden kann. Daher ist der Wert einer Option vom Wert des zugrunde liegenden Instruments und von dessen Volatilität abhängig, die die Höhe und Wahrscheinlichkeit der Zahlung bestimmt. Bei einer hohen Volatilität ist der Wert einer Option höher, da die Wahrscheinlichkeit eines positiven Ertrags höher ist. Der Optionswert ist ebenfalls höher, wenn die entsprechende Zahlung signifikant ist.

Korrelationen werden verwendet, um Zusammenhänge zwischen zugrunde liegenden Referenzwerten zu beschreiben, wenn ein Derivat oder anderes Instrument mehr als einen Referenzwert hat. Einige dieser Zusammenhänge, zum Beispiel die Korrelation zwischen Rohstoffen sowie die Korrelation zwischen Zinssätzen und Wechselkursen, basieren üblicherweise auf makroökonomischen Faktoren wie den Auswirkungen der globalen Nachfrage auf die Rohstoffpreise oder dem Effekt der Zinsparität auf Wechselkurse. Bei Kreditderivaten und Aktienkorb-Derivaten können spezifischere Zusammenhänge zwischen Kreditreferenzwerten und Aktien bestehen. Kreditkorrelationen werden verwendet, um den Zusammenhang zwischen der Performance mehrerer Kredite zu bewerten. Aktienkorrelationen sollen den Zusammenhang zwischen den Renditen mehrerer Aktien beschreiben. Ein Derivat mit einem Korrelationsrisiko ist entweder eine Kauf- oder eine Verkaufsoption auf das Korrelationsrisiko. Eine hohe Korrelation legt nahe, dass ein starker Zusammenhang zwischen den zugrunde liegenden Referenzwerten besteht. Dadurch steigt der Wert dieser Derivate. Bei einer negativen Korrelation entwickeln sich die zugrunde liegenden Referenzwerte gegensätzlich, das heißt, ein Kursanstieg bei einem zugrunde liegenden Referenzwert führt zu einem Kursrückgang bei dem anderen.

Ein EBITDA („Earnings before interest, taxes, depreciation and amortization“ – Ertrag vor Zinsen, Steuern und Abschreibungen) multipler Ansatz kann für die Bewertung weniger liquider Wertpapiere genutzt werden. Bei diesem Ansatz wird der Unternehmenswert einer Gesellschaft geschätzt, indem die Kennzahl von Unternehmenswert zu EBITDA einer vergleichbaren, beobachtbaren Gesellschaft mit dem EBITDA der Gesellschaft, für die eine Bewertung erfolgen soll, ins Verhältnis gesetzt wird. Hierbei wird eine Liquiditätsanpassung vorgenommen, um dem Unterschied in der Liquidität des notierten Vergleichsunternehmens gegenüber der zu bewertenden Gesellschaft Rechnung zu tragen. Ein höheres Vielfaches eines Unternehmenswerts/EBITDA resultiert in einem höheren beizulegenden Zeitwert.

Finanzinstrumente, die der dritten Kategorie der Hierarchie des beizulegenden Zeitwerts zugeordnet wurden, und Zusammenhänge zwischen nicht beobachtbaren Parametern

31.12.2014

in Mio € (sofern nicht anders angegeben)	Beizulegender Zeitwert: Vermögenswerte	Beizulegender Zeitwert: Verbindlichkeiten	Bewertungsverfahren[1]	Signifikante nicht beobachtbare Parameter (Level 3)		Spanne
Zum beizulegenden Zeitwert ausgewiesene Finanzinstrumente – Handelsbestand, zum beizulegenden Zeitwert klassifizierte finanzielle Vermögenswerte und zur Veräußerung verfügbare finanzielle Vermögenswerte:						
Hypothekarisch besicherte und durch andere Vermögenswerte unterlegte Wertpapiere des Handelsbestands:						
Mit Gewerbeimmobilien unterlegte Wertpapiere	342	0	Kursverfahren	Kurs	0 %	106 %
			DCF-Verfahren	Bonitätsaufschlag (Bp.)	246	1.375
				Konstante Ausfallrate[2]		
Hypothekarisch besicherte und durch andere Vermögenswerte unterlegte Wertpapiere	2.342	0	Kursverfahren	Kurs	0 %	184 %
			DCF-Verfahren	Bonitätsaufschlag (Bp.)	72	1.648
				Erlösquote	0 %	97 %
				Konstante Ausfallrate	0 %	13 %
				Konstante Rate der vorzeitigen Tilgungen	0 %	22 %
Hypothekarisch besicherte und durch andere Vermögenswerte unterlegte Wertpapiere insgesamt	2.684	0				
Festverzinsliche Wertpapiere und andere Schuldtitel	5.936	1.202	Kursverfahren	Kurs	0 %	286 %
Handelsbestand	5.477	43	DCF-Verfahren	Bonitätsaufschlag (Bp.)	32	1.629
Schuldtitel staatlicher und quasistaatlicher Emittenten	835					
Unternehmensschuldinstrumente und andere Schuldtitel	4.643					
Zur Veräußerung verfügbare finanzielle Vermögenswerte	459					
Zum beizulegenden Zeitwert klassifizierte finanzielle Verpflichtungen	0	1.159				
Eigenkapitaltitel	1.719	0	Marktansatz	Kurs-/Nettoinventarwert	49 %	100 %
Handelsbestand	795	0		Unternehmenswert/EBITDA (Vielfaches)	1	18
Zur Veräußerung verfügbare finanzielle Vermögenswerte	895		DCF-Verfahren	Gewichtete durchschnittliche Kapitalkosten	6 %	13 %
Zum beizulegenden Zeitwert klassifizierte finanzielle Verpflichtungen	29					
Forderungen aus dem Kreditgeschäft	10.648	0	Kursverfahren	Kurs	0 %	137 %
Handelsbestand	4.148	0	DCF-Verfahren	Bonitätsaufschlag (Bp.)	95	3.040
Zum beizulegenden Zeitwert klassifizierte finanzielle Vermögenswerte:	3.719			Konstante Ausfallrate	2 %	21 %
Zur Veräußerung verfügbare finanzielle Vermögenswerte	2.781			Erlösquote	0 %	67 %
Kreditzusagen	0	87	DCF-Verfahren	Bonitätsaufschlag (Bp.)	115	1.000
				Erlösquote	20 %	80 %
			Kreditpreismodell	Ausnutzungsgrad	0 %	100 %
Sonstige finanzielle Vermögenswerte und Verpflichtungen	748[3]	1.121[4]	DCF-Verfahren	IRR	2 %	24 %
Zum beizulegenden Zeitwert ausgewiesene nicht derivative Finanzinstrumente insgesamt	21.735	2.409				

[1] Die Bewertungsverfahren und die anschließenden signifikanten nicht beobachtbaren Parameter beziehen sich jeweils auf die Gesamtposition.
[2] Nicht länger ein signifikanter nicht beobachtbarer Parameter.
[3] Die sonstigen finanziellen Vermögenswerte beinhalten 50 Mio € sonstige Handelsaktiva, 405 Mio € sonstige zum beizulegenden Zeitwert klassifizierte Vermögenswerte und 293 Mio € sonstige zur Veräußerung verfügbare finanzielle Vermögenswerte.
[4] Die sonstigen finanziellen Verpflichtungen beinhalten 1 Mrd € zum beizulegenden Zeitwert klassifizierte Wertpapierpensionsgeschäfte (Repos) und 104 Mio € sonstige zum beizulegenden Zeitwert klassifizierte finanzielle Verpflichtungen.

						31.12.2014
	Beizulegender Zeitwert					
in Mio € (sofern nicht anders angegeben)	Vermögens-werte	Verbind-lichkeiten	Bewertungsverfahren	Signifikante nicht beobachtbare Parameter (Level 3)		Spanne
Zum beizulegenden Zeitwert ausgewiesene Finanzinstrumente:						
Marktwerte aus derivativen Finanz-instrumenten:						
Zinsderivate	3.324	2.211	DCF-Verfahren	Zinssatz bei Swaps (Bp.)	42	2.418
				Zinssatz bei Inflationsswaps	– 1 %	8 %
				Konstante Ausfallrate	2 %	27 %
				Konstante Rate der vorzeitigen Tilgungen	2 %	21 %
			Optionspreismodell	Inflationsvolatilität	0 %	8 %
				Zinsvolatilität	1 %	101 %
				Korrelation zwischen Zinssätzen	– 2 %	100 %
				Korrelation zwischen Basiswerten hybrider Kapitalinstrumente	– 70 %	95 %
Kreditderivate	3.586	1.921	DCF-Verfahren	Bonitätsaufschlag (Bp.)	155	9.480
				Erlösquote	0 %	100 %
			Korrelationspreis-modell	Kreditkorrelation	13 %	96 %
Aktienderivate	1.118	1.258	Optionspreismodell	Aktienvolatilität	8 %	84 %
				Indexvolatilität	8 %	99 %
				Korrelation zwischen Indizes	48 %	98 %
				Korrelation zwischen Aktien	9 %	95 %
Devisenderivate	264	242	Optionspreismodell	Volatilität	6 %	26 %
Sonstige Derivate	1.267	368[1]	DCF-Verfahren	Bonitätsaufschlag (Bp.)	44	1.500
			Optionspreismodell	Indexvolatilität	7 %	138 %
				Korrelation zwischen Rohstoffen	– 30 %	60 %
				Rohstoff-Terminpreis (€/t)[2]		
Zum beizulegenden Zeitwert ausgewiesene derivate Finanzinstrumente insgesamt	9.559	6.001				

[1] Beinhaltet Derivate, die in Verträge eingebettet sind, deren Basisvertrag zu fortgeführten Anschaffungskosten bewertet wird, für die das eingebettete Derivat jedoch getrennt ausgewiesen wird.
[2] Es besteht kein wesentliches Exposure mehr für diesen Parameter.

						31.12.2013
	Beizulegender Zeitwert					
in Mio € (sofern nicht anders angegeben)	Vermögenswerte	Verbindlichkeiten	Bewertungsverfahren[1]	Signifikante nicht beobachtbare Parameter (Level 3)		Spanne
Zum beizulegenden Zeitwert ausgewiesene Finanzinstrumente – Handelsbestand, zum beizulegenden Zeitwert klassifizierte finanzielle Vermögenswerte und zur Veräußerung verfügbare finanzielle Vermögenswerte:						
Hypothekarisch besicherte und durch andere Vermögenswerte unterlegte Wertpapiere des Handelsbestands:						
Mit Gewerbeimmobilien unterlegte Wertpapiere	361	0	Kursverfahren	Kurs	0 %	103 %
			DCF-Verfahren	Bonitätsaufschlag (Bp.)	100	2.470
				Konstante Ausfallrate	1 %	3 %
Hypothekarisch besicherte und durch andere Vermögenswerte unterlegte Wertpapiere	2.274	0	Kursverfahren	Kurs	0 %	134 %
			DCF-Verfahren	Bonitätsaufschlag (Bp.)	70	3.180
				Erlösquote	0 %	70 %
				Konstante Ausfallrate	0 %	25 %
				Konstante Rate der vorzeitigen Tilgungen	0 %	30 %
Hypothekarisch besicherte und durch andere Vermögenswerte unterlegte Wertpapiere insgesamt	2.635	0				
Festverzinsliche Wertpapiere und andere Schuldtitel	4.016	1.205	Kursverfahren	Kurs	0 %	156 %
Handelsbestand	3.898	16	DCF-Verfahren	Bonitätsaufschlag (Bp.)	438	5.000
Schuldtitel staatlicher und quasistaatlicher Emittenten	597					
Unternehmensschuldinstrumente und andere Schuldtitel	3.300					
Zur Veräußerung verfügbare finanzielle Vermögenswerte	118					
Zum beizulegenden Zeitwert klassifizierte finanzielle Verpflichtungen		1.189				
Eigenkapitaltitel	1.074	8	Marktansatz	Kurs-/Nettoinventarwert	62 %	100 %
Handelsbestand	428	8		Unternehmenswert/EBITDA (Vielfaches)	1	14
Zur Veräußerung verfügbare finanzielle Vermögenswerte	646		DCF-Verfahren	Gewichtete durchschnittliche Kapitalkosten	7 %	12 %
Zum beizulegenden Zeitwert klassifizierte finanzielle Verpflichtungen						
Forderungen aus dem Kreditgeschäft	8.878	0	Kursverfahren	Kurs	0 %	122 %
Handelsbestand	4.280	0	DCF-Verfahren	Bonitätsaufschlag (Bp.)	59	3.500
Zum beizulegenden Zeitwert klassifizierte finanzielle Vermögenswerte:	2.621			Konstante Ausfallrate	5 %	22 %
Zur Veräußerung verfügbare finanzielle Vermögenswerte	1.976			Erlösquote	15 %	60 %
Kreditzusagen	0	186	DCF-Verfahren	Bonitätsaufschlag (Bp.)	5	1.000
				Erlösquote	35 %	80 %
			Kreditpreismodell	Ausnutzungsgrad	0 %	100 %
Sonstige finanzielle Vermögenswerte und Verpflichtungen	1.875[2]	67[3]	DCF-Verfahren	IRR	2 %	46 %
Zum beizulegenden Zeitwert ausgewiesene nicht derivative Finanzinstrumente insgesamt	18.477	1.466				

[1] Die Bewertungsverfahren und die anschließenden signifikanten nicht beobachtbaren Parameter beziehen sich jeweils auf die Gesamtposition.
[2] Die sonstigen finanziellen Vermögenswerte beinhalten 784 Mio € sonstige Handelsaktiva, 502 Mio € sonstige zum beizulegenden Zeitwert klassifizierte Vermögenswerte, 588 Mio € sonstige zur Veräußerung verfügbare finanzielle Vermögenswerte und 1 Mio € zum Verkauf bestimmte langfristige Vermögenswerte und Veräußerungsgruppen hinsichtlich der BHF-BANK.
[3] Die sonstigen finanziellen Verpflichtungen beinhalten 67 Mio € sonstige zum beizulegenden Zeitwert klassifizierte finanzielle Verpflichtungen.

						31.12.2013
	Beizulegender Zeitwert					
in Mio € (sofern nicht anders angegeben)	Vermögens-werte	Verbind-lichkeiten	Bewertungsverfahren	Signifikante nicht beobachtbare Parameter (Level 3)		Spanne
Zum beizulegenden Zeitwert ausgewiesene Finanzinstrumente:						
Marktwerte aus derivativen Finanz-instrumenten:						
Zinsderivate	2.551	2.156	DCF-Verfahren	Zinssatz bei Swaps (Bp.)	2	1.336
				Zinssatz bei Inflationsswaps	0 %	8 %
			Optionspreismodell	Inflationsvolatilität	0 %	3 %
				Zinsvolatilität	10 %	95 %
				Korrelation zwischen Zinssätzen	– 2 %	91 %
				Korrelation zwischen Basiswerten hybrider Kapitalinstrumente	– 70 %	95 %
Kreditderivate	4.377	2.334	DCF-Verfahren	Bonitätsaufschlag (Bp.)	2	4.093
				Erlösquote	0 %	75 %
			Korrelationspreis-modell	Kreditkorrelation	13 %	88 %
Aktienderivate	1.419	1.987	Optionspreismodell	Aktienvolatilität	10 %	100 %
				Indexvolatilität	11 %	98 %
				Korrelation zwischen Indizes	62 %	98 %
				Korrelation zwischen Aktien	10 %	97 %
Devisenderivate	529	455	Optionspreismodell	Volatilität	0 %	30 %
Sonstige Derivate	1.680	1.142[1]	DCF-Verfahren	Bonitätsaufschlag (Bp.)	320	1.500
			Optionspreismodell	Indexvolatilität	4 %	23 %
				Korrelation zwischen Rohstoffen	– 30 %	100 %
				Rohstoff-Terminpreis (€/t)	97	106
Zum beizulegenden Zeitwert ausgewiesene derivate Finanzinstrumente insgesamt	10.556	8.074				

Unrealisiertes Ergebnis aus zum Bilanzstichtag gehaltenen Finanzinstrumenten der Level-3-Kategorie

Die unrealisierten Ergebnisse aus Finanzinstrumenten der Level-3-Kategorie basieren nicht ausschließlich auf nicht beobachtbaren Parametern, sondern zahlreiche der Parameter, die zur Bewertung der Finanzinstrumente in dieser Kategorie herangezogen werden, sind beobachtbar. Somit basiert die Veränderung der Ergebnisse teilweise auf Veränderungen der beobachtbaren Parameter im Laufe der Berichtsperiode. Viele der Positionen in dieser Kategorie der Hierarchie des beizulegenden Zeitwerts sind ökonomisch durch Finanzinstrumente abgesichert, die den anderen Kategorien der Hierarchie zugeordnet sind. Die kompensierenden Gewinne und Verluste, die aus den entsprechenden Absicherungsgeschäften erfasst wurden, sind nicht in der folgenden Tabelle reflektiert. Diese beinhaltet gemäß IFRS 13 nur die Gewinne und Verluste, die aus den originären Level-3-Instrumenten resultieren. Das unrealisierte Ergebnis aus Finanzinstrumenten der Level-3-Kategorie ist sowohl im Zinsüberschuss als auch im Ergebnis aus zum beizulegenden Zeitwert bewerteten finanziellen Vermögenswerten/Verpflichtungen in der Konzern-Gewinn- und Verlustrechnung enthalten.

in Mio €	31.12.2014	31.12.2013
Zum beizulegenden Zeitwert bewertete finanzielle Vermögenswerte:		
Wertpapiere des Handelsbestands	617	−5
Positive Marktwerte aus derivativen Finanzinstrumenten	951	−1.609
Sonstige Handelsaktiva	−251	−50
Zum beizulegenden Zeitwert klassifizierte finanzielle Vermögenswerte	147	220
Zur Veräußerung verfügbare finanzielle Vermögenswerte	190	25
Sonstige zum beizulegenden Zeitwert bewertete finanzielle Vermögenswerte	0	0
Zum beizulegenden Zeitwert bewertete finanzielle Vermögenswerte insgesamt	1.652	−1.419
Zum beizulegenden Zeitwert bewertete finanzielle Verpflichtungen:		
Wertpapiere des Handelsbestands	0	5
Negative Marktwerte aus derivativen Finanzinstrumenten	−787	−396
Sonstige Handelspassiva	0	0
Zum beizulegenden Zeitwert klassifizierte finanzielle Verpflichtungen	−48	25
Sonstige zum beizulegenden Zeitwert bewertete finanzielle Verpflichtungen	46	−159
Zum beizulegenden Zeitwert bewertete finanzielle Verpflichtungen insgesamt	−789	−525
Insgesamt	864	−1.944

Erfassung des Handelstaggewinns („Trade Date Profit“)

Soweit in erheblichem Umfang nicht beobachtbare Parameter für Bewertungsmodelle zugrunde gelegt werden, erfolgt die Erfassung des betreffenden Finanzinstruments zum Transaktionspreis und jeglicher am Handelstag ermittelte Gewinn wird abgegrenzt. Die nachfolgende Tabelle zeigt im Jahresvergleich die Veränderung der Handelstaggewinne, die aufgrund der Anwendung wesentlicher nicht beobachtbarer Parameter für zum beizulegenden Zeitwert ausgewiesene Finanzinstrumente abgegrenzt wurden. Die Bestände setzen sich vorwiegend aus Derivaten zusammen.

in Mio €	2014	2013
Bestand am Jahresanfang	**796**	699
Neue Geschäfte während der Periode	650	595
Abschreibung	−251	−315
Ausgelaufene Geschäfte	−173	−127
Nachträgliche Veränderung der Beobachtbarkeit	−67	−40
Wechselkursveränderungen	18	−16
Bestand am Jahresende	**973**	796

15 – Beizulegender Zeitwert von Finanzinstrumenten, die nicht zum beizulegenden Zeitwert bilanziert werden

Die Bewertungstechniken zur Ermittlung des beizulegenden Zeitwerts von Finanzinstrumenten des Konzerns, die in der Bilanz nicht zum beizulegenden Zeitwert bilanziert werden, entsprechen jenen, die in der Anhangangabe 14 „Zum beizulegenden Zeitwert bewertete Finanzinstrumente“ aufgeführt sind.

Wie in der Anhangangabe 13 „Änderungen zu IAS 39 und IFRS 7, ‚Umwidmung von finanziellen Vermögenswerten‘“ erläutert, hat der Konzern bestimmte geeignete Vermögenswerte aus zu Handelszwecken gehalten und zur Veräußerung verfügbar in Forderungen aus dem Kreditgeschäft umgewidmet. Der Konzern wendet weiterhin die in der Anhangangabe 14 „Zum beizulegenden Zeitwert bewertete Finanzinstrumente“ erläuterten relevanten Bewertungstechniken auf die umgewidmeten Vermögenswerte an.

Andere Finanzinstrumente, die nicht zum beizulegenden Zeitwert bewertet werden, werden nicht auf Basis des beizulegenden Zeitwerts gesteuert. Dies gilt zum Beispiel für Konsumentenkredite, Einlagen und an Firmenkunden ausgegebene Kreditfazilitäten. Für solche Instrumente wird der beizulegende Zeitwert nur für Zwecke der Anhangangabe kalkuliert und hat weder einen Einfluss auf die Konzernbilanz noch auf die Konzern-Gewinn- und Verlustrechnung. Zusätzlich sind zur Ermittlung des beizulegenden Zeitwerts in erheblichem Umfang Einschätzungen durch das Management notwendig, da diese Instrumente nicht gehandelt werden.

Kurzfristige Finanzinstrumente – Der Buchwert stellt eine angemessene Schätzung des beizulegenden Zeitwerts für die folgenden Finanzinstrumente dar, die überwiegend kurzfristig sind:

Aktiva	Passiva
Barreserve	Einlagen
Verzinsliche Einlagen bei Kreditinstituten	Verbindlichkeiten aus übertragenen Zentralbankeinlagen und aus Wertpapierpensionsgeschäften (Repos)
Forderungen aus übertragenen Zentralbankeinlagen und aus Wertpapierpensionsgeschäften (Reverse Repos)	Verbindlichkeiten aus Wertpapierleihen
Forderungen aus Wertpapierleihen	Sonstige kurzfristige Geldaufnahmen
Sonstige Aktiva	Sonstige Passiva

Für längerfristige Finanzinstrumente in diesen Kategorien wird der beizulegende Zeitwert durch Abzinsung der vertraglichen Zahlungsströme unter Verwendung von Zinssätzen berechnet, die für Aktiva mit ähnlichen Restlaufzeiten und Ausfallrisiken hätten erzielt werden können. Im Fall von Passiva werden Zinssätze zugrunde gelegt, zu denen entsprechende Verbindlichkeiten mit ähnlichen Restlaufzeiten am Bilanzstichtag hätten aufgenommen werden können.

Forderungen aus dem Kreditgeschäft – Der beizulegende Zeitwert wird unter Anwendung von DCF-Verfahren ermittelt, die Parameter für Kreditrisiken, Zinsrisiken, Währungsrisiken, geschätzte Ausfallverluste und die bei Ausfällen in Anspruch genommenen Beträge berücksichtigen. Die Parameter Bonitätsrisiko, Ausfallrisiko und Inanspruchnahme zum Zeitpunkt des Ausfalls werden, sofern verfügbar und geeignet, anhand von Informationen aus dem betreffenden Kreditvertrag oder den CDS-Märkten ermittelt.

Bei Kreditportfolios für Privatkunden mit einer großen Zahl homogener Kredite (zum Beispiel deutsche private Immobilienkredite) wird der beizulegende Zeitwert auf Portfoliobasis durch Abzinsung vertraglicher Zahlungsströme unter Verwendung risikoloser Zinssätze berechnet. Der ermittelte Barwert wird dann um das Kreditrisiko bereinigt, indem die Kredite mithilfe der Zinssätze abgezinst werden, zu denen ähnliche Kredite zum Bilanzstichtag begeben werden könnten. Für andere Kreditportfolios wird der Barwert ermittelt, indem der erwartete Verlust über die geschätzte Lebensdauer des Kredits unter Berücksichtigung verschiedener Parameter berechnet wird. Diese Parameter beinhalten die Ausfallwahrscheinlichkeit, den Verlust bei Ausfall und den Grad der Besicherung. Der beizulegende Zeitwert von Unternehmenskreditportfolios wird durch Abzinsung einer prognostizierten Marge über die erwarteten Laufzeiten ermittelt. Dabei werden Parameter aus aktuellen Marktwerten von Collateralized-Loan-Obligation-(CLO-)Transaktionen verwendet, welche mit Kreditportfolios besichert wurden, die vergleichbar mit dem Unternehmenskreditportfolio des Konzerns sind.

Wertpapiere, die mit einer Verpflichtung zur Rückübertragung erworben wurden (Reverse Repos), entliehene Wertpapiere, Wertpapiere, die mit einer Rücknahmeverpflichtung verkauft wurden (Repos), und verliehene Wertpapiere – Der beizulegende Zeitwert wird im Rahmen der Bewertung durch Abzinsung zukünftiger Zahlungsströme unter Verwendung des entsprechenden um das Kreditrisiko adjustierten Diskontierungssatzes ermittelt. Der um das Kreditrisiko adjustierte Diskontierungssatz berücksichtigt die bei der Transaktion erhaltenen oder verpfändeten Sicherheiten. Diese Produkte sind typischerweise kurzfristig und hoch besichert, weshalb der beizulegende Zeitwert sich regelmäßig nicht signifikant vom Buchwert unterscheidet.

Langfristige Verbindlichkeiten und hybride Kapitalinstrumente – Sofern verfügbar, wird der beizulegende Zeitwert auf der Grundlage von notierten Marktpreisen ermittelt. Stehen diese nicht zur Verfügung, wird für die Ermittlung des beizulegenden Zeitwerts eine Bewertungstechnik verwendet, bei der die verbleibenden vertraglichen Zahlungsströme mit einem Zinssatz abgezinst werden, zu dem Instrumente mit ähnlichen Eigenschaften am Bilanzstichtag hätten emittiert werden können.

Ermittelte beizulegende Zeitwerte der in der Bilanz nicht zum beizulegenden Zeitwert ausgewiesenen Finanzinstrumente[1]

					31.12.2014
in Mio €	Buchwert	Beizulegender Zeitwert	Notierte Marktpreise auf aktiven Märkten (Level 1)	Bewertungsverfahren mit beobachtbaren Parametern (Level 2)	Bewertungsverfahren mit nicht-beobachtbaren Parametern (Level 3)
Finanzaktiva:					
Barmittel und Forderungen gegenüber Banken	20.055	20.055	20.055	0	0
Verzinsliche Einlagen bei Kreditinstituten	63.518	63.518	30.334	33.184	0
Forderungen aus übertragenen Zentralbankeinlagen und aus Wertpapierpensionsgeschäften (Reverse Repos)	17.796	17.796	0	17.796	0
Forderungen aus Wertpapierleihen	25.834	25.834	0	25.834	0
Forderungen aus dem Kreditgeschäft	405.612	410.769	0	29.786	380.983
Sonstige Finanzaktiva	120.838	120.827	0	120.820	7
Finanzpassiva:					
Einlagen	532.931	532.581	2.754	529.826	0
Verbindlichkeiten aus übertragenen Zentralbankeinlagen und aus Wertpapierpensionsgeschäften (Repos)	10.887	10.887	0	10.887	0
Verbindlichkeiten aus Wertpapierleihen	2.339	2.339	0	2.339	0
Sonstige kurzfristige Geldaufnahmen	42.931	42.929	0	42.825	105
Sonstige Finanzpassiva	159.930	159.930	2.575	157.300	55
Langfristige Verbindlichkeiten	144.837	146.215	0	135.016	11.199
Hybride Kapitalinstrumente	10.573	12.251	0	11.075	1.176

					31.12.2013
in Mio €	Buchwert	Beizulegender Zeitwert	Notierte Marktpreise auf aktiven Märkten (Level 1)	Bewertungsverfahren mit beobachtbaren Parametern (Level 2)	Bewertungsverfahren mit nicht-beobachtbaren Parametern (Level 3)
Finanzaktiva:					
Barmittel und Forderungen gegenüber Banken	17.155	17.155	17.155	0	0
Verzinsliche Einlagen bei Kreditinstituten	77.984	77.985	2.413	75.571	0
Forderungen aus übertragenen Zentralbankeinlagen und aus Wertpapierpensionsgeschäften (Reverse Repos)	27.363	27.363	0	27.363	0
Forderungen aus Wertpapierleihen	20.870	20.870	0	20.870	0
Forderungen aus dem Kreditgeschäft	376.582	378.085	0	27.171	350.913
Sonstige Finanzaktiva	92.507	92.532	0	90.379	2.153
Finanzpassiva:					
Einlagen	527.750	527.609	3.888	523.721	0
Verbindlichkeiten aus übertragenen Zentralbankeinlagen und aus Wertpapierpensionsgeschäften (Repos)	13.381	13.385	0	13.385	0
Verbindlichkeiten aus Wertpapierleihen	2.304	2.304	0	2.171	134
Sonstige kurzfristige Geldaufnahmen	59.767	59.763	0	59.717	45
Sonstige Finanzpassiva[2]	142.649	142.666	3.031	139.627	8
Langfristige Verbindlichkeiten	133.082	134.359	0	105.954	28.406
Hybride Kapitalinstrumente	11.926	12.915	0	11.828	1.087

[1] Die Beträge werden generell brutto ausgewiesen. Dies steht im Einklang mit dem in Anhangangabe 1 „Wesentliche Rechnungslegungsgrundsätze und -einschätzungen“ dargestellten Rechnungslegungsgrundsatz zur Aufrechnung von Finanzinstrumenten des Konzerns.
[2] Vorjahreswerte wurden in 2014 angepasst (Erhöhung Level 1 Sonstige Finanzpassiva um 3 Mrd €, Reduzierung Level 2 Sonstige Finanzpassiva um 3 Mrd €).

Forderungen aus dem Kreditgeschäft – Die Differenz zwischen dem beizulegenden Zeitwert und dem Buchwert beruht im Wesentlichen aus einem Anstieg der erwarteten Ausfallraten und einem Rückgang der Liquidität bei der impliziten Marktpreisbildung seit der erstmaligen Bilanzierung. Diese Rückgänge in den beizulegenden Zeitwerten werden durch einen Anstieg des beizulegenden Zeitwerts aufgrund von Zinsschwankungen bei festverzinslichen Instrumenten ausgeglichen.

Langfristige Verbindlichkeiten und hybride Kapitalinstrumente – Die Differenz zwischen dem beizulegenden Zeitwert und dem Buchwert resultiert aus der Veränderung der Zinssätze, zu denen der Konzern am Bilanzstichtag Schuldinstrumente mit einer ähnlichen Laufzeit und Nachrangigkeit hätte emittieren können.

16 – Zur Veräußerung verfügbare finanzielle Vermögenswerte

in Mio €	31.12.2014	31.12.2013
Festverzinsliche Wertpapiere:		
Deutsche öffentliche Emittenten	14.370	9.076
US-Treasury und US-Regierungsbehörden	235	1.571
US-Kommunalbehörden	2.777	126
Sonstige ausländische staatliche Emittenten	31.805	22.570
Unternehmen	8.512	9.248
Sonstige Asset Backed Securities	646	943
Mortgage Backed Securities einschließlich Schuldverschreibungen von US-Bundesbehörden	236	53
Sonstige festverzinsliche Wertpapiere	551	656
Festverzinsliche Wertpapiere insgesamt	**59.132**	44.242
Nicht festverzinsliche Wertpapiere:		
Aktien	1.184	979
Investmentanteile	99	98
Nicht festverzinsliche Wertpapiere insgesamt	**1.283**	1.076
Sonstiger Anteilsbesitz	**976**	837
Forderungen aus dem Kreditgeschäft	**2.906**	2.170
Zur Veräußerung verfügbare finanzielle Vermögenswerte insgesamt	**64.297**	48.326

Für weitere Informationen wird auf Anhangangabe 7 „Ergebnis aus zur Veräußerung verfügbaren finanziellen Vermögenswerten“ dieses Berichts verwiesen.

17 – Nach der Equitymethode bilanzierte Beteiligungen

Beteiligungen an assoziierten Unternehmen und gemeinschaftlich geführten Unternehmen werden nach der Equitymethode bilanziert.

Der Konzern hält Anteile an 116 assoziierten Unternehmen (2013: 115) und 15 gemeinschaftlich geführten Unternehmen (2013: 20). Ein assoziiertes Unternehmen ist aufgrund des Beteiligungsbuchwerts und des anteiligen Ergebnisses des Beteiligungsunternehmens für den Konzern von wesentlicher Bedeutung.

Wesentliche Beteiligung zum 31. Dezember 2014

Beteilung	Hauptgeschäftssitz	Beteiligungszweck	Anteil am Kapital
Hua Xia Bank Company Limited[1]	Peking, China	Strategisches Investment	19,99 %

[1] Der Konzern übt über Positionen in Aufsichtsgremien und über seine Beteiligungsquote einen maßgeblichen Einfluss auf das Beteiligungsunternehmen aus.

Zusammengefasste Finanzinformationen zur Hua Xia Bank Company Limited

in Mio €	Zwölf Monate bis 30.9.2014[1]	Zwölf Monate bis 30.9.2013[1]
Umsatzerlöse	6.350	5.398
Ergebnis nach Steuern	2.109	1.815
Sonstiges Ergebnis	74	– 89
Gesamtergebnis[2]	**2.183**	1.727
Gesamtvermögen	229.921	187.305
Gesamtschulden	217.433	177.343
Reinvermögen des Beteiligungsunternehmens	**12.488**	9.962

[1] Die Beträge basieren auf den quartalsweisen publizierten Finanzinformationen des Beteiligungsunternehmens zum 30. September 2014 bzw. 30. September 2013 nach Chinese GAAP und beinhalten einen Zwölfmonatszeitraum.
[2] Der Konzern erhielt von der Hua Xia Bank Company Limited im Berichtszeitraum 2014 Dividenden in Höhe von insgesamt 98 Mio € (2013: 78 Mio €).

Überleitungsrechnung vom Reinvermögen auf den Beteiligungsbuchwert

in Mio €	Zwölf Monate bis 30.9.2014[1]	Zwölf Monate bis 30.9.2013[1]
Reinvermögen des Beteiligungsunternehmens	**12.488**	9.962
Anteil des Konzerns am Kapital des Beteiligungsunternehmens	19,99 %	19,99 %
Anteil des Konzerns am Reinvermögen des Beteiligungsunternehmens	2.496	1.991
Geschäfts- oder Firmenwert	392	367
Immaterielle Vermögenswerte	71	69
Sonstige Anpassungen	– 18	38
Beteiligungsbuchwert[2]	**2.941**	2.464

[1] Die Beträge basieren auf den quartalsweisen publizierten Finanzinformationen des Beteiligungsunternehmens zum 30. September 2014 bzw. 30. September 2013 nach Chinese GAAP und beinhalten einen Zwölfmonatszeitraum.
[2] Zum 31 Dezember 2014 lag der notierte Marktpreis für die Anteile an der Hua Xia Bank Company Limited bei 3.180 Mio € und der Beteiligungsbuchwert bei 3.144 Mio €. Somit ist eine Überprüfung der Beteiligung auf Werthaltigkeit gemäß IAS 36 nicht erforderlich.

Zusammengefasste Finanzinformationen zu den einzeln betrachtet unwesentlichen Anteilen des Konzerns an gemeinschaftlich geführten Unternehmen und assoziierten Unternehmen

in Mio €	31.12.2014	31.12.2013
Summe der Beteiligungsbuchwerte der einzeln betrachtet unwesentlichen Beteiligungen	**999**	1.037
Summe der Anteile des Konzerns am Gewinn oder Verlust aus fortzuführenden Geschäftsbereichen	130	59
Summe der Anteile des Konzerns am Gewinn oder Verlust aus aufgegebenen Geschäftsbereichen	0	0
Summe der Anteile des Konzerns am sonstigen Ergebnis	3	69
Summe der Anteile des Konzerns am Gesamtergebnis	**133**	127

18 – Aufrechnung von finanziellen Vermögenswerten und Verpflichtungen

Der Konzern ist berechtigt, bestimmte finanzielle Vermögenswerte und finanzielle Verpflichtungen nach Maßgabe der Kriterien im Sinne von Anhangangabe 1 „Wesentliche Rechnungslegungsgrundsätze und -einschätzungen: Aufrechnung von Finanzinstrumenten“ zum Nettowert in seiner Bilanz auszuweisen.

Die nachfolgenden Tabellen enthalten Angaben zu den Aufrechnungseffekten auf die Konzernbilanz sowie die finanziellen Auswirkungen einer Aufrechnung im Fall von Instrumenten, die Gegenstand einer rechtlich durchsetzbaren Aufrechnungs-Rahmenvereinbarung oder einer ähnlichen Vereinbarung sind, sowie zu verfügbaren Barmitteln und Sicherheiten in Form von Finanzinstrumenten.

Vermögenswerte

							31.12. 2014
				Nicht bilanzierte Beträge			
in Mio €	Finanzielle Vermögens-werte (brutto)	Aufge-rechnete bilanzierte Beträge (brutto)	Bilanzierte finanzielle Vermögens-werte (netto)	Effekt von Aufrech-nungs-Rahmenver-einbarungen	Bar-sicherheiten	Sicherheiten in Form von Finanz-instrumenten[1]	Nettobetrag
Forderungen aus übertragenen Zentralbankein-lagen und aus Wertpapierpensionsgeschäften (Reverse Repos) (rechtlich durchsetzbar)	17.051	−2.419	14.632	0	0	−14.602	29
Forderungen aus übertragenen Zentralbankein-lagen und aus Wertpapierpensionsgeschäften (Reverse Repos) (rechtlich nicht durchsetzbar)	3.164	0	3.164	0	0	−2.386	779
Forderungen aus Wertpapierleihen (rechtlich durchsetzbar)	11.891	0	11.891	0	0	−11.406	485
Forderungen aus Wertpapierleihen (rechtlich nicht durchsetzbar)	13.943	0	13.943	0	0	−13.294	649
Zum beizulegenden Zeitwert bewertete finanzielle Vermögenswerte							
Handelsaktiva	196.157	−476	195.681	0	−11	−1.049	194.621
Positive Marktwerte aus derivativen Finanz-instrumenten (rechtlich durchsetzbar)	823.578	−217.158	606.421	−519.590	−61.518	−15.330	9.982
Positive Marktwerte aus derivativen Finanz-instrumenten (rechtlich nicht durchsetzbar)	23.537	0	23.537	0	0	0	23.537
Zum beizulegenden Zeitwert klassifizierte finanzielle Vermögenswerte (rechtlich durchsetzbar)	101.845	−37.075	64.770	−2.782	−1.924	−50.245	9.819
Zum beizulegenden Zeitwert klassifizierte finanzielle Vermögenswerte (rechtlich nicht durchsetzbar)	52.516	0	52.516	0	0	−31.358	21.158
Zum beizulegenden Zeitwert bewertete finanzielle Vermögenswerte insgesamt	1.197.633	−254.708	942.924	−522.373	−63.453	−97.982	259.117
Forderungen aus dem Kreditgeschäft	405.673	−61	405.612	0	−16.259	−46.112	343.242
Sonstige Aktiva	157.771	−19.792	137.980	−67.009	−239	−13	70.720
Davon: positive Marktwerte aus zu Siche-rungszwecken gehaltenen Derivaten (rechtlich durchsetzbar)	10.723	−6.320	4.403	−3.837	0	0	566
Übrige nicht aufzurechnende Vermögenswerte	178.557	0	178.557	0	−874	−451	177.231
Summe der Aktiva	1.985.683	−276.980	1.708.703	−589.381	−80.825	−186.246	852.252

[1] Enthält keine Immobiliensicherheiten oder andere nicht finanzielle Sicherheiten.

Verbindlichkeiten

							2014
				Nicht bilanzierte Beträge			
in Mio €	Finanzielle Verpflichtungen (brutto)	Aufgerechnete bilanzierte Beträge (brutto)	Bilanzierte finanzielle Verpflichtungen (netto)	Effekt von Aufrechnungs-Rahmenvereinbarungen	Barsicherheiten	Sicherheiten in Form von Finanzinstrumenten	Nettobetrag
Einlagen	532.992	−61	532.931	0	0	0	532.931
Verbindlichkeiten aus übertragenen Zentralbankeinlagen und aus Wertpapierpensionsgeschäften (Repos) (rechtlich durchsetzbar)	5.673	−2.419	3.254	0	0	−2.966	288
Verbindlichkeiten aus übertragenen Zentralbankeinlagen und aus Wertpapierpensionsgeschäften (Repos) (rechtlich nicht durchsetzbar)	7.633	0	7.633	0	0	−2.278	5.356
Verbindlichkeiten aus Wertpapierleihen (rechtlich durchsetzbar)	1.791	0	1.791	0	0	−1.614	177
Verbindlichkeiten aus Wertpapierleihen (rechtlich nicht durchsetzbar)	549	0	549	0	0	−209	339
Zum beizulegenden Zeitwert bewertete finanzielle Verpflichtungen							
Handelspassiva	42.960	−1.117	41.843	0	0	0	41.843
Negative Marktwerte aus derivativen Finanzinstrumenten (rechtlich durchsetzbar)	803.073	−217.597	585.475	−518.364	−63.172	−3.939	0
Negative Marktwerte aus derivativen Finanzinstrumenten (rechtlich nicht durchsetzbar)	24.726	0	24.726	0	0	−11.996	12.731
Zum beizulegenden Zeitwert klassifizierte finanzielle Verpflichtungen (rechtlich durchsetzbar)	52.517	−35.994	16.523	−2.782	0	−13.741	0
Zum beizulegenden Zeitwert klassifizierte finanzielle Verpflichtungen (rechtlich nicht durchsetzbar)	96.452	0	96.452	0	−3.130	−5.718	87.603
Zum beizulegenden Zeitwert bewertete finanzielle Verpflichtungen insgesamt	1.019.728	−254.708	765.019	−521.146	−66.302	−35.394	142.176
Sonstige Passiva	136.294	−19.792	116.502	−71.645	0	0	44.858
Davon: negative Marktwerte aus zu Sicherungszwecken gehaltenen Derivaten (rechtlich durchsetzbar)	11.383	−6.320	5.063	−5.063	0	0	0
Übrige nicht aufzurechnende Verpflichtungen	207.801	0	207.801	0	0	0	207.801
Summe der Passiva	1.912.461	−276.980	1.635.481	−592.791	−66.302	−42.460	933.927

Vermögenswerte

							2013
				Nicht bilanzierte Beträge			
in Mio €	Finanzielle Vermögens-werte (brutto)	Aufge-rechnete bilanzierte Beträge (brutto)	Bilanzierte finanzielle Vermögens-werte (netto)	Effekt von Aufrech-nungs-Rahmenver-einbarungen	Bar-sicherheiten	Sicherheiten in Form von Finanz-instrumenten[1]	Nettobetrag
Forderungen aus übertragenen Zentralbankein-lagen und aus Wertpapierpensionsgeschäften (Reverse Repos) (rechtlich durchsetzbar)	26.675	−2.390	24.285	0	0	−24.271	15
Forderungen aus übertragenen Zentralbankein-lagen und aus Wertpapierpensionsgeschäften (Reverse Repos) (rechtlich nicht durchsetzbar)	3.077	0	3.077	0	0	−830	2.248
Forderungen aus Wertpapierleihen (rechtlich durchsetzbar)	11.438	0	11.438	0	0	−11.051	386
Forderungen aus Wertpapierleihen (rechtlich nicht durchsetzbar)	9.432	0	9.432	0	0	−9.004	428
Zum beizulegenden Zeitwert bewertete finanzielle Vermögenswerte							
Handelsaktiva	211.260	−1.190	210.070	0	−311	−2.881	206.878
Positive Marktwerte aus derivativen Finanz-instrumenten (rechtlich durchsetzbar)	738.425	−270.584	467.841	−406.616	−47.470	−10.297	3.458
Positive Marktwerte aus derivativen Finanz-instrumenten (rechtlich nicht durchsetzbar)	36.749	0	36.749	0	0	0	36.749
Zum beizulegenden Zeitwert klassifizierte finanzielle Vermögenswerte (rechtlich durchsetzbar)	133.122	−19.575	113.547	−17.121	0	−84.266	12.160
Zum beizulegenden Zeitwert klassifizierte finanzielle Vermögenswerte (rechtlich nicht durchsetzbar)	71.050	0	71.050	0	0	−50.263	20.787
Zum beizulegenden Zeitwert bewertete finanzielle Vermögenswerte insgesamt	1.190.605	−291.348	899.257	−423.737	−47.781	−147.706	280.032
Forderungen aus dem Kreditgeschäft	376.638	−56	376.582	0	−11.042	−46.899	318.640
Sonstige Aktiva	128.724	−16.185	112.539	−43.574	−278	−385	68.302
Davon: positive Marktwerte aus zu Siche-rungszwecken gehaltenen Derivaten (rechtlich durchsetzbar)	9.375	−5.412	3.963	−3.518	0	0	445
Übrige nicht aufzurechnende Vermögenswerte	174.790	0	174.790	0	0	−755	174.035
Summe der Aktiva	1.921.380	−309.979	1.611.400	−467.311	−59.102	−240.901	844.087

[1] Enthält keine Immobiliensicherheiten oder andere nicht finanzielle Sicherheiten.

Verbindlichkeiten

							2013
				Nicht bilanzierte Beträge			
in Mio €	Finanzielle Verpflichtungen (brutto)	Aufgerechnete bilanzierte Beträge (brutto)	Bilanzierte finanzielle Verpflichtungen (netto)	Effekt von Aufrechnungs-Rahmenvereinbarungen	Barsicherheiten	Sicherheiten in Form von Finanzinstrumenten	Nettobetrag
Einlagen	527.750	0	527.750	0	0	0	527.750
Verbindlichkeiten aus übertragenen Zentralbankeinlagen und aus Wertpapierpensionsgeschäften (Repos) (rechtlich durchsetzbar)	7.098	−2.390	4.708	0	0	−4.675	33
Verbindlichkeiten aus übertragenen Zentralbankeinlagen und aus Wertpapierpensionsgeschäften (Repos) (rechtlich nicht durchsetzbar)	8.673	0	8.673	0	0	−7.080	1.594
Verbindlichkeiten aus Wertpapierleihen (rechtlich durchsetzbar)	2.304	0	2.304	0	0	−2.112	192
Verbindlichkeiten aus Wertpapierleihen (rechtlich nicht durchsetzbar)	0	0	0	0	0	0	0
Zum beizulegenden Zeitwert bewertete finanzielle Verpflichtungen							
Handelspassiva	57.702	−1.898	55.804	0	0	0	55.804
Negative Marktwerte aus derivativen Finanzinstrumenten (rechtlich durchsetzbar)	721.233	−268.819	452.414	−411.547	−40.055	−812	0
Negative Marktwerte aus derivativen Finanzinstrumenten (rechtlich nicht durchsetzbar)	31.015	0	31.015	0	0	−7.639	23.376
Zum beizulegenden Zeitwert klassifizierte finanzielle Verpflichtungen (rechtlich durchsetzbar)	88.021	−18.262	69.759	−17.121	−588	−49.055	2.995
Zum beizulegenden Zeitwert klassifizierte finanzielle Verpflichtungen (rechtlich nicht durchsetzbar)	28.413	0	28.413	0	0	−3.890	24.523
Zum beizulegenden Zeitwert bewertete finanzielle Verpflichtungen insgesamt	926.384	−288.980	637.404	−428.668	−40.644	−61.395	106.698
Sonstige Passiva	182.204	−18.610	163.595	−46.058	0	0	117.537
Davon: negative Marktwerte aus zu Sicherungszwecken gehaltenen Derivaten (rechtlich durchsetzbar)	6.028	−5.412	616	−616	0	0	0
Übrige nicht aufzurechnende Verpflichtungen	212.000	0	212.000	0	0	0	212.000
Summe der Passiva	1.866.414	−309.979	1.556.434	−474.725	−40.644	−75.262	965.803

In der Spalte „Aufgerechnete bilanzierte Beträge (brutto)“ sind die Beträge ausgewiesen, die nach Maßgabe der in Anhangangabe 1 „Wesentliche Rechnungslegungsgrundsätze und -einschätzungen: Aufrechnung von Finanzinstrumenten“ beschriebenen Kriterien aufgerechnet wurden.

In der Spalte „Effekte von Aufrechnungs-Rahmenvereinbarungen“ werden die Beträge ausgewiesen, die Gegenstand einer Aufrechnungs-Rahmenvereinbarung sind, aber wegen Nichterfüllung der Voraussetzungen – Abwicklung auf Nettobasis/Simultanabwicklung – nicht aufgerechnet wurden. Die Beträge für sonstige Aktiva und Passiva beinhalten Forderungen beziehungsweise Verbindlichkeiten aus Sicherheitsleistungen.

In den Spalten „Barsicherheiten“ und „Sicherheiten in Form von Finanzinstrumenten“ sind die bezogen auf die Gesamtsumme der Vermögenswerte und Verbindlichkeiten erhaltenen beziehungsweise verpfändeten Beträge von Barsicherheiten und Sicherheiten in Form von Finanzinstrumenten ausgewiesen, einschließlich solcher, die sich auf Vermögenswerte und Verbindlichkeiten beziehen, die nicht aufgerechnet worden sind.

Rechtlich nicht durchsetzbare Aufrechnungs-Rahmenvereinbarungen gelten für Verträge in Jurisdiktionen, in denen die Aufrechnungsansprüche nach Maßgabe des dort geltenden Konkursrechts möglicherweise nicht anerkannt werden

Die als Absicherung für positive Marktwerte von Derivaten erhaltenen und für negative Marktwerte von Derivaten verpfändeten Barsicherheiten werden unter den Sonstigen Passiva beziehungsweise Sonstigen Aktiva bilanziert.

Die Barsicherheiten und die Sicherheiten in Form von Finanzinstrumenten zeigen deren beizulegenden Zeitwert. Das Recht zur Aufrechnung von Sicherheiten in Form von Finanzinstrumenten und Barsicherheiten bedingt den vorherigen Ausfall der Gegenpartei.

19 – Forderungen aus dem Kreditgeschäft

Forderungen aus dem Kreditgeschäft nach Branchen

in Mio €	31.12.2014	31.12.2013
Banken und Versicherungen	24.202	25.100
Verarbeitendes Gewerbe	25.619	21.406
Private Haushalte (ohne Hypothekenkredite)	44.839	45.440
Private Haushalte – Hypothekenkredite	153.140	148.076
Öffentliche Haushalte	16.819	16.228
Handel	15.714	13.965
Gewerbliche Immobilien	35.764	34.259
Leasingfinanzierungen	1.165	1.429
Fondsmanagement	12.138	10.029
Sonstige	81.483	66.154
Forderungen aus dem Kreditgeschäft, brutto	**410.883**	382.086
Abgegrenzte Aufwendungen (–)/unrealisierte Erträge	58	– 85
Forderungen aus dem Kreditgeschäft abzüglich abgegrenzter Aufwendungen (–)/ unrealisierte Erträge	**410.825**	382.171
Abzüglich Wertberichtigungen für Kreditausfälle	5.212	5.589
Forderungen aus dem Kreditgeschäft	**405.612**	376.582

20 – Risikovorsorge im Kreditgeschäft

Die Risikovorsorge im Kreditgeschäft setzt sich aus Wertberichtigungen für Kreditausfälle und Rückstellungen für außerbilanzielle Verpflichtungen im Kreditgeschäft zusammen.

Entwicklung der Wertberichtigungen für Kreditausfälle

	2014			2013			2012		
in Mio €	Einzeln ermittelt	Kollektiv ermittelt	Insgesamt	Einzeln ermittelt	Kollektiv ermittelt	Insgesamt	Einzeln ermittelt	Kollektiv ermittelt	Insgesamt
Bestand am Jahresanfang	**2.857**	**2.732**	**5.589**	2.266	2.426	4.692	2.011	2.147	4.158
Wertberichtigungen für Kreditausfälle	499	631	1.129	1.377	683	2.060	1.115	613	1.728
Nettoabschreibungen:	– 997	– 512	– 1.509	– 701	– 352	– 1.053	– 762	– 324	– 1.086
Abschreibungen	– 1.037	– 613	– 1.650	– 730	– 485	– 1.215	– 798	– 483	– 1.281
Eingänge aus abgeschriebenen Krediten	40	101	141	30	132	162	36	158	195
Sonstige Veränderung	5	– 2	3	– 85	– 25	– 110	– 98	– 9	– 108
Bestand am Jahresende	**2.364**	**2.849**	**5.212**	2.857	2.732	5.589	2.266	2.426	4.692

Veränderungen in den Rückstellungen für außerbilanzielle Verpflichtungen im Kreditgeschäft des Konzerns (Eventualverbindlichkeiten und ausleihebezogene Zusagen)

	2014			2013			2012		
in Mio €	Einzeln ermittelt	Kollektiv ermittelt	Insgesamt	Einzeln ermittelt	Kollektiv ermittelt	Insgesamt	Einzeln ermittelt	Kollektiv ermittelt	Insgesamt
Bestand am Jahresanfang	**102**	**114**	**216**	118	97	215	127	98	225
Rückstellungen für außerbilanzielle Verpflichtungen im Kreditgeschäft	– 13	18	4	– 15	21	5	– 7	0	– 7
Zweckbestimmte Verwendung	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Sonstige Veränderung	– 4	10	6	0	– 3	– 4	– 2	– 1	– 3
Bestand am Jahresende	**85**	**141**	**226**	102	114	216	118	97	215

21 – Übertragung von finanziellen Vermögenswerten

Der Konzern schließt Transaktionen ab, bei denen er finanzielle Vermögenswerte, die in der Bilanz ausgewiesen werden, überträgt und als Ergebnis den gesamten Vermögenswert entweder vollständig ausbucht oder ihn im Rahmen eines anhaltenden Engagements, abhängig von bestimmten Kriterien, als übertragenen Vermögenswert zurückbehält. Diese Kriterien werden in der Anhangangabe 1 „Wesentliche Rechnungslegungsgrundsätze und -einschätzungen“ erläutert.

Soweit es sich um finanzielle Vermögenswerte handelt, die nicht für eine Ausbuchung qualifizieren, werden diese als besicherte Finanzierung und die erhaltene Gegenleistung als korrespondierende Verbindlichkeit gesehen. Der Konzern ist nicht berechtigt, diese finanziellen Vermögenswerte für andere Zwecke zu nutzen. Vom Konzern abgeschlossene Transaktionen dieser Art sind vor allem Wertpapierpensionsgeschäfte, Wertpapierleihen und Total-Return-Swap-Geschäfte. Bei solchen Transaktionen behält der Konzern im Wesentlichen alle Kredit-, Aktienkurs-, Zins- und Währungsrisiken zurück, die mit den Vermögenswerten und den daraus resultierenden Ergebnissen verbunden sind.

Informationen zu den Arten der übertragenen Vermögenswerte und den zugrunde liegenden Transaktionen, die nicht für eine Ausbuchung qualifizieren

in Mio €	31.12.2014	31.12.2013
Buchwert der übertragenen Vermögenswerte		
Nicht ausgebuchte Wertpapiere des Handelsbestands aus:		
Wertpapierpensionsgeschäften	24.410	32.714
Wertpapierleihen	52.531	42.884
Total Return Swaps	3.738	7.960
Konsolidierte vom Konzern gesponserte Verbriefungen	507	168
Wertpapiere des Handelsbestands insgesamt	**81.186**	83.726
Sonstige Handelsaktiva	433	866
Zur Veräußerung verfügbare finanzielle Vermögenswerte	1.731	507
Forderungen aus dem Kreditgeschäft	2.225	2.085
Insgesamt	**85.575**	87.183
Buchwert der damit verbundenen Verbindlichkeiten	**57.800**	68.435

Informationen zu übertragenen Vermögenswerten, die nicht für eine Ausbuchung qualifizieren, bei der die dazugehörige Verbindlichkeit ein Regressrecht auf die übertragenen Vermögenswerte gewährt[1]

	31.12.2014		31.12.2013	
in Mio €	Buchwert	Beizulegender Zeitwert	Buchwert	Beizulegender Zeitwert
Wertpapiere des Handelsbestands	507	507	168	168
Sonstige Handelsaktiva	370	370	333	333
Zur Veräußerung verfügbare finanzielle Vermögenswerte	1.660	1.660	252	252
Forderungen aus Kreditgeschäft	2.074	2.087	1.902	1.928
Total	**4.611**	**4.624**	2.654	2.680
Buchwert der dazugehörigen Verbindlichkeit	4.282	4.282	2.663	2.663
Nettoposition	329	342	– 9	17

[1] Dazugehörige Verbindlichkeiten wurden nicht im Rahmen von konsolidierten vom Konzern gesponserten Verbriefungen ausgegeben.

Buchwert übertragener Vermögenswerte, die der Konzern noch im Rahmen eines anhaltenden Engagements bilanziert

in Mio €	31.12.2014	31.12.2013
Buchwert der übertragenen ursprünglichen Vermögenswerte:		
Wertpapiere des Handelsbestands	254	210
Sonstige Handelsaktiva	0	1
Buchwert der weiterhin bilanzierten Vermögenswerte:		
Wertpapiere des Handelsbestands	26	57
Sonstige Handelsaktiva	0	1
Buchwert der damit verbundenen Verbindlichkeiten	**25**	58

Der Konzern kann einige Risikopositionen im Hinblick auf die zukünftige Wertentwicklung eines übertragenen finanziellen Vermögenswerts durch neue oder bereits bestehende vertragliche Rechte und Verpflichtungen

zurückbehalten und dennoch ist es noch möglich, den Vermögenswert auszubuchen. Das anhaltende Engagement wird als neues Instrument erfasst, das sich vom übertragenen finanziellen Vermögenswert unterscheiden kann. Typische Transaktionen sind zurückbehaltene vorrangige Schuldverschreibungen nichtkonsolidierter Verbriefungsstrukturen, auf die begebene Kredite übertragen wurden, Finanzierungen mit Zweckgesellschaften, denen der Konzern ein Portfolio an Vermögenswerten verkauft hat, oder Verkäufe von Vermögenswerten mit kreditgebundenen Swaps. Das Risiko des Konzerns bei derartigen Transaktionen wird nicht als wesentlich angesehen, da eine substanzielle Zurückbehaltung der Risiken, die im Zusammenhang mit den übertragenen Vermögenswerten stehen, üblicherweise zu einer anfänglichen Unmöglichkeit der Ausbuchung führen wird. Transaktionen, bei denen nicht davon auszugehen ist, dass sie in einem anhaltenden Engagement resultieren, umfassen Gewährleistungen in Bezug auf betrügerische Handlungen, die eine Übertragung infolge eines Gerichtsverfahrens ungültig machen könnten, geeignete Durchleitungsvereinbarungen und standardisierte Treuhänder- oder Verwaltungsgebühren, die nicht im Zusammenhang mit der Wertentwicklung stehen.

Auswirkungen der vollständigen Ausbuchung übertragener Vermögenswerte, bei denen ein anhaltendes Engagement bestehen bleibt, auf die Konzernbilanz

	31.12.2014			31.12.2013		
in Mio €	Buchwert	Beizulegender Zeitwert	Maximales Verlustrisiko	Buchwert	Beizulegender Zeitwert	Maximales Verlustrisiko[1]
Forderungen aus dem Kreditgeschäft:						
Anleihen aus Verbriefungen	93	89	153	289	198	365
Sonstige	12	12	12	0	0	0
Forderungen aus dem Kreditgeschäft insgesamt	105	101	165	289	198	365
Zum beizulegenden Zeitwert bewertete finanzielle Vermögenswerte:						
Anleihen aus Verbriefungen	511	511	511	1.153	1.153	1.153
Nicht standardisierte Zins-, Währungs- und Inflationsswaps	33	33	33	178	178	178
Zum beizulegenden Zeitwert bewertete finanzielle Vermögenswerte insgesamt	544	544	544	1.332	1.332	1.332
Zur Veräußerung verfügbare finanzielle Vermögenswerte:						
Anleihen aus Verbriefungen	13	13	13	12	12	12
Zur Veräußerung verfügbare finanzielle Vermögenswerte insgesamt	13	13	13	12	12	12
Finanzielle Vermögenswerte, die ein anhaltendes Engagement darstellen, insgesamt	662	658	722	1.633	1.542	1.708
Zum beizulegenden Zeitwert bewertete finanzielle Verbindlichkeiten:						
Nicht standardisierte Zins-, Währungs- und Inflationsswaps	32	32	0	40	40	0
Finanzielle Verbindlichkeiten, die ein anhaltendes Engagement darstellen, insgesamt	32	32	0	40	40	0

[1] Das maximale Verlustrisiko ist definiert als der Buchwert zuzüglich Nominalwert einer jeden nicht gezogenen Kreditzusage.

Auswirkungen der vollständigen Ausbuchung übertragener Vermögenswerte, bei denen ein anhaltendes Engagement bestehen bleibt, auf die Konzern-Gewinn- und Verlustrechnung

	31.12.2014			31.12.2013		
in Mio €	Ergebnis im Jahr 2013	kumuliertes Ergebnis	Veräußerungsergebnis	Ergebnis im Jahr 2012	kumuliertes Ergebnis	Veräußerungsergebnis
Anleihen aus Verbriefungen	55	171	0	323	282	0[1]
Nicht standardisierte Zins-, Währungs- und Inflationsswaps	30	671	0	267	729	3
Ergebnis aus anhaltendem Engagement in ausgebuchten Vermögenswerten	85	842	0	590	1.011	3

[1] Die typischen in die Verbriefungen verkauften Vermögenswerte waren zum beizulegenden Zeitwert bewertet und deshalb war das Veräußerungsergebnis nicht materiell.

22 – Als Sicherheit verpfändete und erhaltene Vermögenswerte

Der Konzern verpfändet Sicherheiten hauptsächlich bei dem Abschluss von Wertpapierpensionsgeschäften, Wertpapierleihen sowie sonstigen Leihverträgen und für Besicherungszwecke bei Verbindlichkeiten aus OTC-Geschäften. Verpfändungen werden in der Regel zu handelsüblichen, in Standardverträgen für durch Wertpapiere unterlegte Leihegeschäfte festgelegten Bedingungen ausgeführt.

Buchwert der vom Konzern als Sicherheit verpfändeten Vermögenswerte für Verbindlichkeiten oder Eventualverbindlichkeiten[1]

in Mio €	31.12.2014	31.12.2013
Zum beizulegenden Zeitwert bewertete finanzielle Vermögenswerte	53.699	67.059
Zur Veräußerung verfügbare finanzielle Vermögenswerte	3.517	4.237
Forderungen aus dem Kreditgeschäft	45.919	46.562
Sonstige	302	884
Insgesamt	**103.438**	118.741

[1] Beinhaltet keine als Sicherheit verpfändeten Vermögenswerte die nicht zu einer Verbindlichkeit oder einer Eventualverbindlichkeit in der Bilanz führen.

Gesamte als Sicherheiten verpfändete Vermögenswerte, die dem Sicherungsnehmer frei zum Verkauf beziehungsweise zur weiteren Sicherheitenstellung zur Verfügung stehen[1]

in €	31.12.2014	31.12.2013
Zum beizulegenden Zeitwert bewertete finanzielle Vermögenswerte	73.557	73.960
Zur Veräußerung verfügbare finanzielle Vermögenswerte	67	0
Insgesamt	**73.624**	73.960

[1] Beinhaltet als Sicherheit verpfändete Vermögenswerte, die nicht zu einer Verbindlichkeit oder einer Eventualverbindlichkeit in der Bilanz führen.

Der Konzern erhält Vermögenswerte als Sicherheiten hauptsächlich aus Wertpapierpensionsgeschäften, Wertpapierleihgeschäften, derivativen Transaktionen, Kundenkrediten und anderen Transaktionen. Diese Transaktionen werden üblicherweise zu handelsüblichen, in Standardverträgen für durch Wertpapiere unterlegte Leihegeschäfte festgelegten Bedingungen ausgeführt. Der Konzern als Sicherheitennehmer hat das Recht, derartige Sicherheit zu verwerten oder weiterzuverpfänden, sofern er bei Beendigung der Transaktion gleichwertige Wertpapiere zurückgibt. Von diesem Recht wird hauptsächlich Gebrauch gemacht, um Leerverkäufe sowie Wertpapierpensions- und -leihegeschäfte zu bedienen.

Beizulegender Zeitwert der erhaltenen Sicherheiten

in Mio €	31.12.2014	31.12.2013
Wertpapiere und andere finanzielle Vermögenswerte, die als Sicherheit akzeptiert wurden	253.722	281.974
davon:		
Verkaufte oder weiterverpfändete Sicherheiten	203.321	241.700

23 – Sachanlagen

in Mio €	Eigen-genutzte Immobilien	Betriebs- und Geschäfts-ausstattung	Einbauten in gemieteten Räumen	Anlagen im Bau	Insgesamt
Anschaffungskosten:					
Bestand zum 1. Januar 2013	4.018	4.054	2.146	235	**10.453**
Veränderung des Konsolidierungskreises	0	14	9	0	24
Zugänge	42	247	111	113	513
Umklassifizierung	– 23	45	116	– 173	– 35
Umklassifizierung in/aus zur Veräußerung gehaltene Sachanlagen	– 105	– 19	– 5	– 3	– 131
Abgänge	89	279	76	0	443
Wechselkursveränderungen	– 94	– 137	– 63	– 2	– 296
Bestand zum 31. Dezember 2013	3.749	3.926	2.240	170	**10.084**
Veränderung des Konsolidierungskreises	– 8	11	– 1	0	3
Zugänge	42	332	122	173	669
Umklassifizierung	10	26	122	– 153	5
Umklassifizierung in/aus zur Veräußerung gehaltene Sachanlagen	– 2.507	– 1.364	– 133	– 55	– 4.058
Abgänge	0	201	39	0	241
Wechselkursveränderungen	275	217	68	6	566
Bestand zum 31. Dezember 2014	1.560	2.947	2.379	141	**7.027**
Kumulierte Abschreibungen und Wertminderungen:					
Bestand zum 1. Januar 2013	1.468	2.717	1.305	0	**5.490**
Veränderung des Konsolidierungskreises	0	14	6	0	20
Abschreibungen	77	376	171	0	625
Wertminderungen	52	17	1	0	69
Wertaufholungen	0	0	0	0	0
Umklassifizerung	– 2	1	– 2	0	– 3
Umklassifizierung in/aus zur Veräußerung gehaltene Sachanlagen	0	– 13	– 1	0	– 14
Abgänge	27	243	64	0	334
Wechselkursveränderungen	– 43	– 106	– 39	0	– 188
Bestand zum 31. Dezember 2013	1.525	2.762	1.378	0	**5.665**
Veränderung des Konsolidierungskreises	0	8	– 1	0	6
Abschreibungen	39	271	179	0	490
Wertminderungen	58	105	10	0	172
Wertaufholungen	0	0	0	0	0
Umklassifizerung	28	10	22	0	59
Umklassifizierung in/aus zur Veräußerung gehaltene Sachanlagen	– 1.289	– 1.127	– 95	0	– 2.511
Abgänge	2	83	34	0	119
Wechselkursveränderungen	140	175	41	0	356
Bestand zum 31. Dezember 2014	498	2.121	1.500	0	**4.118**
Bilanzwert:					
Bestand zum 31. Dezember 2013	2.224	1.164	862	170	**4.420**
Bestand zum 31. Dezember 2014	1.062	826	880	141	**2.909**

Die ausgewiesenen Wertminderungen auf Sachanlagen werden in Sachaufwendungen und sonstigen Aufwendungen gezeigt.

Die Buchwerte von Sachanlagen, die einer Verkaufsrestriktion unterliegen, beliefen sich zum 31. Dezember 2014 auf 57 Mio €.

Zum Jahresende 2014 beliefen sich bestehende Verpflichtungen zum Erwerb von Sachanlagen auf 42 Mio €.

Das Cosmopolitan of Las Vegas wurde in diesem Jahr in zur Veräußerung gehaltene Sachanlagen klassifiziert und anschließend verkauft. Weitere Informationen sind in Anhangangabe 26 „Zum Verkauf bestimmte langfristige Vermögenswerte und Veräußerungsgruppen“ enthalten.

24 – Leasingverhältnisse

Der Konzern tritt als Leasingnehmer für Sachanlagen auf.

Finanzierungs-Leasingverhältnisse

Die Mehrzahl der vom Konzern abgeschlossenen Finanzierungs-Leasingverträge wurde zu geschäftsüblichen Konditionen getätigt.

Nettobuchwert der jeweiligen Anlageklasse von Finanzierungs-Leasingverhältnissen

in Mio €	31.12.2014	31.12.2013
Grundstücke und Gebäude	13	82
Betriebs- und Geschäftsausstattung	1	1
Sonstige	5	0
Buchwert am Jahresende	**19**	84

Künftige Mindestmietzahlungen aus den Finanzierungs-Leasingverhältnissen des Konzerns

in Mio €	31.12.2014	31.12.2013
Künftige Mindestleasingzahlungen:		
Bis 1 Jahr	6	26
1 bis 5 Jahre	24	11
Länger als 5 Jahre	84	10
Künftige Mindestleasingzahlungen insgesamt	**114**	47
Abzüglich Zinsanteil	71	19
Barwert der Mindestleasingzahlungen aus Finanzierungsleasing	**43**	28
Erwartete Mindestleasingzahlungen aus Untermietverhältnissen	**9**	12
Bedingte Mietzahlungen, in der Gewinn- und Verlustrechnung ausgewiesen[1]	**0**	1

[1] Die bedingten Mietzahlungen orientieren sich an Referenzzinssätzen wie dem 3-Monats-EURIBOR; unterhalb eines bestimmten Zinssatzes erhält der Konzern eine Rückerstattung.

Operating-Leasingverhältnisse

Der Konzern mietet den größten Teil seiner Büros und Filialen langfristig. Die Mehrzahl der vom Konzern abgeschlossenen Operating-Leasingverhältnisse wurde zu geschäftsüblichen Konditionen getätigt. Sie enthalten Verlängerungsoptionen, mit denen die Verträge für mehrere Perioden verlängert werden können, sowie Preisanpassungs- und Ausstiegsklauseln, die den Marktkonditionen für Geschäftsliegenschaften entsprechen. Dagegen ergeben sich aus diesen Operating-Leasingverhältnissen keine Restriktionen für zukünftige Dividendenzahlungen oder für Fremdkapitalaufnahmen durch den Konzern. Der Konzern hat ein materielles Operating-Leasingverhältnis, das fünf Verlängerungsoptionen für jeweils fünf weitere Jahre und keine Kaufoption enthält.

Künftige Mindestleasingzahlungen aus den Operating-Leasingverhältnissen des Konzerns

in Mio €	31.12.2014	31.12.2013
Künftige Mindestleasingzahlungen:		
Bis 1 Jahr	778	824
1 bis 5 Jahre	2.370	2.324
Länger als 5 Jahre	1.955	1.865
Künftige Mindestleasingzahlungen insgesamt	**5.103**	5.013
Abzüglich Leasingeinnahmen aus Weitervermietung (Mindestbetrag)	171	161
Nettomindestleasingzahlungen	**4.932**	4.852

Die künftigen Mindestleasingzahlungen zum 31. Dezember 2014 beinhalteten 386 Mio € für die Konzernzentrale in Frankfurt am Main, die zum 1. Dezember 2011 verkauft und wieder angemietet wurde. Im Rahmen dieser Sale-and-Lease-Back-Transaktion schloss der Konzern einen über 181 Monate laufenden Mietvertrag für das gesamte Gebäude ab.

Im Geschäftsjahr 2014 wurden im Rahmen von Miet- und Untermietverhältnissen insgesamt 815 Mio € gezahlt, davon wurden 835 Mio € für Mindestleasingzahlungen zuzüglich 10 Mio € für bedingte Mietzahlungen abzüglich erhaltener Zahlungen aus Untermietverhältnissen in Höhe von 29 Mio € geleistet.

25 – Geschäfts- oder Firmenwert und sonstige immaterielle Vermögenswerte

Geschäfts- oder Firmenwert

Veränderungen des Geschäfts- oder Firmenwerts

Der Bilanzwert des Geschäfts- oder Firmenwerts sowie die Bruttobeträge und die kumulierten Wertminderungen des Geschäfts- oder Firmenwerts haben sich in den Geschäftsjahren 2014 und 2013 nach zahlungsmittelgenerierenden Einheiten („ZGE“) wie unten dargestellt entwickelt.

Geschäfts- oder Firmenwert, zahlungsmittelgenerierenden Einheiten zugeordnet

in Mio €	Corporate Banking & Securities	Private & Business Clients	Global Transaction Banking	Deutsche Asset & Wealth Management	Non-Core Operations Unit[1]	Sonstige	Total
Bestand zum 1. Januar 2013	1.953	2.736	432	3.979	0	197	**9.297**
Zugänge	4	24	6	2	0	0	37
Anpassungen des im Vorjahr erworbenen Geschäfts- oder Firmenwerts zum Erwerbszeitpunkt	0	0	0	0	0	0	0
Umklassifizierungen	– 9	0	8	1	0	0	0
Umklassifizierung aus/in (–) zum Verkauf bestimmte Vermögenswerte	0	0	0	– 5	0	0	– 5
Abgänge, die nicht als zum Verkauf bestimmt klassifiziert werden	– 1	0	– 1	– 1	0	0	– 3
Wertminderungen[2]	0	0	0	0	0	0	0
Wechselkursveränderungen/Sonstige	– 84	– 2	– 14	– 133	0	– 18	– 252
Bestand zum 31. Dezember 2013	1.863	2.758	431	3.843	0	179	**9.074**
Bruttobetrag des Geschäfts- oder Firmenwerts	2.963	2.758	431	3.843	651	646	**11.292**
Kumulierte Wertminderungen	– 1.100	0	0	0	– 651	– 467	**– 2.218**
Bestand zum 1. Januar 2014	1.863	2.758	431	3.843	0	179	**9.074**
Zugänge	0	0	0	0	0	0	0
Anpassungen des im Vorjahr erworbenen Geschäfts- oder Firmenwerts zum Erwerbszeitpunkt	0	1	0	0	0	0	1
Umklassifizierungen	0	0	0	0	0	0	0
Umklassifizierung aus/in (–) zum Verkauf bestimmte Vermögenswerte	– 13	– 1	0	– 3	0	0	– 17
Abgänge, die nicht als zum Verkauf bestimmt klassifiziert werden	0	0	– 1	– 2	0	0	– 3
Wertminderungen[2]	0	0	0	0	0	– 49	– 49
Wechselkursveränderungen/Sonstige	166	5	44	293	0	4	512
Bestand zum 31. Dezember 2014	2.016	2.763	474	4.131	0	134	**9.518**
Bruttobetrag des Geschäfts- oder Firmenwerts	3.249	2.763	474	4.131	0	676	**11.944**
Kumulierte Wertminderungen	– 1.233	0	0	0	0	– 542	**– 2.426**

[1] Beinhaltet die primären ZGEs „NCOU Wholesale Assets“ und „NCOU Operating Assets“.
[2] Wertminderungen des Geschäfts- oder Firmenwerts werden als Wertminderung auf immaterielle Vermögenswerte in der Gewinn- und Verlustrechnung ausgewiesen.

Neben den primären ZGEs weisen die Segmente CB&S und NCOU einen Geschäfts- oder Firmenwert aus, der aus dem Erwerb von nicht integrierten Investments resultiert und deshalb nicht den primären ZGEs der jeweiligen Segmente zugeordnet wurde. Ein solcher Geschäfts- oder Firmenwert ist in der obigen Tabelle unter

„Sonstige“ zusammengefasst. Das nicht integrierte Investment in der NCOU besteht aus der Beteiligung an der Maher Terminals LLC und der Maher Terminals of Canada Corp.

Im Geschäftsjahr 2014 enthielten die Veränderungen des Geschäfts- oder Firmenwerts (außer den Wechselkursveränderungen) im Wesentlichen die in der NCOU erfasste Wertminderung von 49 Mio € aus der Vollabschreibung des Geschäfts- oder Firmenwerts für das nicht integrierte Investment in Maher Terminals LLC (in der obigen Tabelle unter „Sonstige“ ausgewiesen). Diese wurde infolge anhaltender Unsicherheit über die Nachfrage nach US-Verbrauchsgütern und der damit verbundenen Auswirkung auf das Geschäftsvolumen ausgelöst. Der Fair Value abzüglich der Kosten der Veräußerung des Investments wurde auf Basis eines Discounted-Free-Cashflow-Modells ermittelt. Das Bewertungsverfahren entspricht dem Level 3 der Hierarchie des beizulegenden Zeitwerts. Der Buchwert der Maher Terminals LLC überschritt den erzielbaren Betrag, was zu einem Wertminderungsaufwand von 194 Mio € führte, der als Wertminderung auf immaterielle Vermögenswerte erfasst wurde. Von diesem Betrag entfielen 49 Mio € auf die vollständige Abschreibung des zugehörigen Geschäfts- oder Firmenwerts. Weitere 145 Mio € wurden auf andere, in dieser ZGE enthaltene immaterielle Vermögenswerte zugeordnet (siehe Abschnitt „Sonstige abzuschreibende immaterielle Vermögenswerte“, in dieser Anhangangabe). Die wesentlichen Annahmen für die Fair-Value-Schätzung berücksichtigen einen Diskontierungszinssatz (gewichtete durchschnittliche Kapitalkosten, nach Steuern) von 9,3 % (im Vorjahr 9,1 %), eine Wachstumsrate von 5,3 % für die Ermittlung der ewigen Rente (Terminal Value) sowie eine durchschnittliche EBITDA-Wachstumsrate von 13,2 %.

Die im Jahr 2013 erfassten Veränderungen im Geschäfts- oder Firmenwert betrafen vor allem Zugänge von 37 Mio €, die auf den sukzessiven Erwerb des Joint Ventures Xchanging etb GmbH zurückzuführen sind. Für weitere Einzelheiten zu dieser Transaktion wird auf Anhangangabe 3 „Akquisitionen und Veräußerungen“ verwiesen.

Die Veränderungen des Geschäfts- oder Firmenwerts im Geschäftsjahr 2012 beinhalten hauptsächlich die im vierten Quartal erfassten Wertminderungen von 1.595 Mio €, die im Rahmen der jährlichen Werthaltigkeitsprüfung des Geschäfts- oder Firmenwerts festgestellt wurden. Die Werthaltigkeitsprüfung wurde sowohl in der Organisationsstruktur vor der Neusegmentierung als auch in der Struktur nach der Neusegmentierung durchgeführt.

Werthaltigkeitsprüfung des Geschäfts- oder Firmenwerts

Ein bei einem Unternehmenszusammenschluss erworbener Geschäfts- oder Firmenwert wird für die Überprüfung der Werthaltigkeit ZGEs zugewiesen. Der Definition in Anhangangabe 1 „Wesentliche Rechnungslegungsgrundsätze und -einschätzungen“ folgend, sind die primären ZGEs des Konzerns wie oben dargestellt. Ein Geschäfts- oder Firmenwert, der auf sonstige ZGEs entfällt, wird einzeln auf der Ebene jedes nicht integrierten Investments auf seine Werthaltigkeit hin untersucht. Der Geschäfts- oder Firmenwert wird im vierten Quartal jedes Geschäftsjahres auf seine Werthaltigkeit hin überprüft, indem der erzielbare Betrag jeder ZGE, die Geschäfts- oder Firmenwerte ausweist, mit deren Bilanzwert verglichen wird. Darüber hinaus und im Einklang mit IAS 36 wird der Geschäfts- oder Firmenwert auf Werthaltigkeit hin überprüft, falls ein testauslösendes Ereignis vorliegt. Der erzielbare Betrag einer ZGE entspricht dem jeweils höheren Wert aus dem beizulegenden Zeitwert abzüglich der Kosten der Veräußerung und dem Nutzungswert.

Der Bilanzwert einer primären ZGE wird unter Verwendung eines Kapitalzuordnungs-Modells hergeleitet. Das Kapitalzuordnungs-Modell verwendet das Eigenkapital insgesamt des Konzerns zum jeweiligen Bewertungsstichtag einschließlich der Anteile ohne beherrschenden Einfluss sowie zusätzlicher Eigenkapitalbestandteile („Zusätzliche Tier-1-Anleihen“), welche unbesicherte und nachrangige Anleihen der Deutschen Bank darstellen und unter IFRS als Eigenkapital klassifiziert sind. Dieses Eigenkapital insgesamt wird um spezifische Effekte im Zusammenhang mit nicht integrierten Investments bereinigt, die, wie oben beschrieben, individuell auf Werthaltigkeit überprüft werden, und beinhaltet eine Anpassung für Geschäfts- oder Firmenwerte, welche auf Anteile ohne beherrschenden Einfluss zurückzuführen sind. Der Bilanzwert (ohne die Zusätzlichen Tier-1-Anleihen) wird in einem zweistufigen Verfahren auf die primären ZGEs zugeordnet. Im ersten Schritt wird derjenige Bestandteil des Eigenkapitals einschließlich der Anteile ohne beherrschenden Einfluss, welcher ohne

weiteres direkt zurechenbar ist, der entsprechenden ZGE zugeordnet. Dies beinhaltet Geschäfts- oder Firmenwerte (plus den Zuschlag für Anteile ohne beherrschenden Einfluss), nicht abzuschreibende immaterielle Vermögenswerte sowie gewisse unrealisierte Gewinne/Verluste, die direkt im Eigenkapital erfasst werden, und Anteile ohne beherrschenden Einfluss. Im zweiten Schritt wird der verbleibende Saldo des Bilanzwerts (ohne die Zusätzlichen Tier-1-Anleihen) proportional mithilfe eines Verteilschlüssels den ZGEs zugeordnet. Dieser Verteilschlüssel berechnet sich als relativer Anteil an Risikoaktiva und gewissen Kapitalabzügen der entsprechenden ZGE im Verhältnis zum Konzern (jeweils nach Anpassungen für nicht integrierte Investments). Die Zusätzlichen Tier-1-Anleihen werden auf die primären ZGEs im Verhältnis ihrer jeweiligen Unterschreitung des Maßes für die Verschuldungsquote zugeordnet, welche von der Zielverschuldungsquote des Konzerns, dem jeweiligen Risikomaß für die Verschuldungsquote einer CGU und dem allokierten Tier-1-Kernkapital abhängt. Der Bilanzwert für nicht integrierte Investments wird auf Basis des entsprechenden Eigenkapitals bestimmt.

Die jährlichen Werthaltigkeitsprüfungen der Geschäfts- oder Firmenwerte für die primären ZGEs des Konzerns führten in den Geschäftsjahren 2014 und 2013 zu keiner Wertminderung, da die erzielbaren Beträge für diese ZGEs deren Bilanzwerte jeweils überstiegen.

Aufgrund der im vierten Quartal 2012 erfolgten Neusegmentierung des Konzerns (siehe Anhangangabe 4 „Segmentberichterstattung“) musste die jährliche Werthaltigkeitsprüfung sowohl in der Struktur vor der Neusegmentierung („alte Struktur“) als auch nach der Neusegmentierung („neue Struktur“) durchgeführt werden. Diese Werthaltigkeitsprüfungen des Geschäfts- oder Firmenwerts führten zu Wertminderungen von insgesamt 1.595 Mio €. Hiervon entfielen 1.174 Mio € auf die ZGE CB&S (alte Struktur) und insgesamt 421 Mio € auf die ZGEs Wholesale Assets (369 Mio €) und Operating Assets (52 Mio €) innerhalb des Segments NCOU (neue Struktur).

Erzielbarer Betrag

Der Konzern ermittelt die erzielbaren Beträge der primären ZGEs auf der Grundlage des Nutzungswerts und verwendet dazu ein Bewertungsmodell auf DCF-Basis. Dieses reflektiert die Besonderheiten des Bankgeschäfts und dessen aufsichtsrechtliches Umfeld. Mithilfe des Modells wird der Barwert der geschätzten zukünftigen Ergebnisse berechnet, die nach Erfüllung der entsprechenden aufsichtsrechtlichen Kapitalanforderungen an die Anteilseigner ausgeschüttet werden können. Die erzielbaren Beträge enthalten auch die Nutzungswerte der Zusätzlichen Tier-1-Anleihen, welche, konsistent mit der Zuordnungsmethodik für die Bilanzwerte, auf die primären ZGEs verteilt wurden.

Das DCF-Modell verwendet Ergebnisprognosen und entsprechende Kapitalisierungsannahmen (ausgehend von Mindestkapitalquoten: Tier-1-Kernkapitalquote von 10 %, Tier-1-Kapitalquote von 11,5 % und Tier-1-Verschuldungsquote von 3,5 %) auf der Grundlage von Finanzplänen für einen Fünfjahreszeitraum. Diese wurden vom Management beschlossen und werden auf ihren Barwert abgezinst. Die Schätzung der zukünftigen Ergebnisse und Kapitalanforderungen erfordert neben einer Berücksichtigung der bisherigen und aktuellen Performance eine Einschätzung der voraussichtlichen Entwicklungen der entsprechenden Märkte sowie des gesamtwirtschaftlichen und aufsichtsrechtlichen Umfelds. Die Ergebnisprognosen über den ursprünglichen Fünfjahreszeitraum hinaus werden, sofern erforderlich, auf ein nachhaltiges Ergebnisniveau angepasst. Danach wird, im Falle einer dauerhaften Fortführung, von einem konstanten oder einem Übergang auf einen konstanten Anstieg ausgegangen. Grundlage hierfür ist eine langfristige Wachstumsrate in Höhe von 3,2 % (2013: 3,2 %), die auf den Erwartungen für die Entwicklung des Bruttoinlandsprodukts und der Inflationsrate basiert. Der Barwert dieser Ergebnisprognosen wird mithilfe einer ewigen Rente erfasst.

Wesentliche Annahmen und Sensitivitäten

Wesentliche Annahmen: Der Nutzungswert einer ZGE reagiert sensitiv auf die Schätzung der zukünftigen Ergebnisse, auf den Diskontierungszinssatz (Eigenkapitalkosten) sowie in deutlich geringerem Maße auf die langfristige Wachstumsrate. Die angewandten Diskontierungszinssätze wurden auf Basis des Capital Asset Pricing Model ermittelt, das einen risikolosen Zinssatz, eine Marktrisikoprämie und einen Faktor für das systematische Marktrisiko (Betafaktor) beinhaltet. Die Werte für den risikolosen Zinssatz, die Marktrisikoprämie und die Betafaktoren werden mithilfe externer Informationsquellen festgelegt. ZGE-spezifische Betafaktoren basieren auf den Daten einer entsprechenden Gruppe von Vergleichsunternehmen. Schwankungen der vorgenannten Komponenten könnten sich auf die Berechnung der Diskontierungszinssätze auswirken.

Primäre zahlungsmittelgenerierende Einheiten

	Diskontierungszinssatz (vor Steuern, implizit ermittelt aus Nachsteuersätzen)	
	2014	2013
Corporate Banking & Securities	14,5 %	16,5 %
Private & Business Clients	13,7 %	14,3 %
Global Transaction Banking	11,7 %	13,1 %
Deutsche Asset & Wealth Management	12,6 %	12,8 %
Non-Core Operations Unit[1]	14,8 %/14,5 %	17,0 %/16,6 %

[1] Beinhaltet zwei primäre ZGEs: „NCOU Wholesale Assets“ (14,8 %) und „NCOU Operating Assets“ (14,5 %). Dargestellte Diskontierungszinssätze vor Steuern basieren auf Nach-Steuer-Bewertungen für den ungünstigsten anzunehmenden Fall („Worst Case“). Beide ZGEs werden jedoch mittels identischer Diskontierungszinssätze nach Steuern bewertet. Unterschiedliche Diskontierungszinssätze vor Steuern sind auf unterschiedliche Zusammensetzungen und Profile der Zahlungsströme zurückzuführen.

Das Management hat die den wesentlichen Annahmen zugrunde liegenden Werte in der nachfolgenden Tabelle anhand einer Kombination aus internen und externen Analysen bestimmt. Schätzungen zu Effizienzsteigerungen und dem Kostensenkungsprogramm beruhen auf den bislang erzielten Fortschritten sowie den geplanten Projekten und Initiativen.

Primäre zahlungsmittel-generierende Einheit	Beschreibung der wesentlichen Annahmen	Unsicherheiten, die mit den wesentlichen Annahmen einhergehen, sowie mögliche Ereignisse und Umstände, die negative Auswirkungen haben könnten
Corporate Banking & Securities	- Fokus auf das kundenbezogene Geschäft und Lösungen für Kunden, Profitieren von führender Position im Kundenmarkt und erhöhter Durchdringung des Kundenstamms - Verbessertes makroökonomisches Umfeld, insbesondere in Nord- und Südamerika, während Europa schwächeres Wachstum erwarten dürfte - Moderates Wachstum des Ertragsaufkommens in CB&S insgesamt. Das Provisionsaufkommen in Corporate Finance und Equities tendiert höher, das Ertragsaufkommen in Sales & Trading (Fixed Income) bleibt unter Druck - Gezielter Abbau von Risiko- und Bilanzpositionen sowie Managementmaßnahmen zur Entschärfung der Auswirkungen regulatorischer Änderungen - Erhöhte Effizienz der Vermögenswerte im neuen regulatorischen Umfeld und konsequent verwaltete Risikopositionen - Ausnutzung der Vorteile aus dem „Operational Excellence“-Programm - Fokus auf Effizienzsteigerung durch Front-to-Back-Plattform-Verbesserungen unter voller Beachtung aller regulatorischen Anforderungen - Nutzen aus der engen Zusammenarbeit mit anderen Bereichen der Bank	- Eventuell schwächeres makroökonomisches Umfeld aufgrund von anhaltend fragilem Wachstum und den negativen Auswirkungen möglicher Ereignisse, insbesondere eines ungeordneten Entzugs der Unterstützung der Weltwirtschaft durch die Banken, was zu einem Rückgang der Marktaktivitäten und einer geringeren Risikoneigung der Anleger führen könnte - Struktur und Inhalt verschiedener regulatorischer Änderungen, die zurzeit in verschiedenen Ländern umgesetzt werden, könnten einen stärkeren Einfluss haben als angenommen - Über erwartetes Ausmaß hinausgehender potenzieller Margenrückgang und verstärkter Wettbewerb in Geschäften mit weniger kapitalintensiven Produkten - Ausgang von bedeutenden Rechtsstreitigkeiten - Kosteneinsparungen, Effizienzsteigerungen und erwartete Vorteile aus dem konzernweiten „Operational Excellence“-Programm treten nicht im geplanten Umfang ein - Höherer Kostendruck aus Aufwendungen zur Umsetzung regulatorischer Anforderungen - Verzögerung in der Umsetzung risikomindernder Maßnahmen und weitere Unwägbarkeiten aus technischen Regulierungsstandards, regulatorischer Fokussierung auf operationelle Risiken und die fortgesetzte Überprüfung der Bemessung risikogewichteter Aktiva auf Basel-Ebene
Global Transaction Banking	- Kosteneinsparungen durch das konzernweite „Operational Excellence“-Programm - Nutzung von Synergien aus der engeren Zusammenarbeit mit anderen Bereichen der Bank - Gesamtwirtschaftliche Erholung - Ansteigendes Zinsniveau in der zweiten Jahreshälfte 2015 - Positive Entwicklung der Volumina im internationalen Handel, im grenzüberschreitenden Zahlungsverkehr und bei Kapitalmaßnahmen von Unternehmen - Vertiefung der Geschäftsbeziehungen mit komplexen Unternehmen und institutionellen Kunden in bestehenden Regionen sowie Vorantreiben des Wachstums in den Schwellenländern - Erfolgreiche Neuausrichtung des niederländischen Firmenkundengeschäfts	- Schwächere Erholung der Weltwirtschaft sowie deren Auswirkung auf Handelsvolumina, Zinsen und Wechselkurse - Ungünstige Margenentwicklung und über das angenommene Maß hinausgehende nachteilige Wettbewerbsintensität in Schlüsselmärkten und -produkten - Unsicherheiten in Bezug auf das regulatorische Umfeld und mögliche Auswirkungen, die noch nicht antizipiert wurden - Kosteneinsparungen und erwartete Vorteile aus dem konzernweiten „Operational Excellence“-Programm treten nicht im geplanten Umfang ein - Ausgang von potenziellen Rechtsstreitigkeiten - Vorteile aus der Neuausrichtung des niederländischen Firmenkundengeschäfts werden nicht im geplanten Umfang erzielt
Deutsche Asset & Wealth Management	- Kosteneinsparungen durch das konzernweite „Operational Excellence“-Programm sowie die Optimierung der Deutsche AWM-Plattform durch den Zusammenschluss von AM, PWM und des passiven CB&S-Geschäfts zu Deutsche AWM - Gesamtstrategie von Deutsche AWM weiterhin an Trends und Entwicklungen in den Märkten ausgerichtet, einschließlich Zuwachs globaler Vermögen, Wachstum des Altersvorsorgemarkts und rasanter Ausweitung des Angebots von alternativen und passiven Anlagen - Ausweitung des Geschäfts mit sehr vermögenden Kunden - Ausbau des Geschäfts mit alternativen Anlagen und des passiven/ETF-Geschäfts - Führungsposition im Heimatmarkt Deutschland durch Wealth Management und die DWS - Organische Wachstumsstrategie in Asien/Pazifik, Nord- und Südamerika sowie intensivere Zusammenarbeit mit CB&S und GTB - Starke Abdeckung der Schwellenländer - Halten oder Ausbau der Marktanteile in einem fragmentierten Wettbewerbsumfeld	- Wesentliche branchenspezifische Risiken, zum Beispiel Volatilität, hohe Staatsverschuldung, erhöhte Kosten infolge regulatorischer Änderungen - Anleger halten Vermögenswerte weiterhin außerhalb der Märkte, flüchten in liquide Mittel oder einfachere Produkte mit niedrigeren Provisionserträgen - Geschäftsspezifische oder Umsetzungsrisiken, das heißt Nichterreichung der Ziele für Nettoneumittelzuflüsse aufgrund von Unsicherheit an den Finanzmärkten, Verlust hochqualifizierter Relationship Manager - Schwierigkeiten bei der Umsetzung organischer Wachstumsstrategien aufgrund gewisser Restriktionen, zum Beispiel Probleme bei der Neueinstellung von Relationship Managern - Kosteneinsparungen infolge der Effizienzgewinne sowie erwarteter IT- und Prozessverbesserungen werden nicht im geplanten Umfang erzielt - Unsicherheiten in Bezug auf das regulatorische Umfeld und mögliche Auswirkungen, die noch nicht antizipiert wurden

Primäre zahlungsmittel-generierende Einheit	Beschreibung der wesentlichen Annahmen	Unsicherheiten, die mit den wesentlichen Annahmen einhergehen, sowie mögliche Ereignisse und Umstände, die negative Auswirkungen haben könnten
Private & Business Clients	- Marktführerschaft im Heimatmarkt Deutschland, starke Positionierung in anderen europäischen Märkten, Wachstumschancen in Asien und eine hochmoderne, effiziente Plattform - Ausbau des digitalen Angebots als eine der Schlüsselinitiativen in PBC - Selektives Wachstum in den Kreditprodukten sowie Ausbau des Anlage- und Versicherungsgeschäfts im Advisory Banking über den Planungshorizont wirken zum Teil den Auswirkungen des Niedrigzinsumfelds und den Leverage-Maßnahmen entgegen - Generierung von Ertrags- und Kostensynergien zwischen Deutscher Bank und Postbank - Kosteneinsparungen durch das konzernweite „Operational Excellence“-Programm - Nutzung der Vorteile aus wachstumsorientierten Investitionen in wichtigen asiatischen Ländern	- Starker wirtschaftlicher Abschwung könnte zu höheren Arbeitslosenquoten, steigender Risikovorsorge im Kreditgeschäft und geringerem Geschäftswachstum führen - Die Entwicklung des Markts für Investmentprodukte und die darin generierten Erträge hängen zudem insbesondere von dem Vertrauen der Kunden in Investmentprodukte ab - Anhaltend niedrige Zinssätze führen zu einem weiteren Margenrückgang - Synergien im Zusammenhang mit der Postbank werden nicht oder später als prognostiziert realisiert - Geringere Rate für die Synergierealisierung aus PBC-Effizienzsteigerungsprogrammen - Das durch verstärkte Regulierung geprägte Marktumfeld führt zu weiteren, noch nicht absehbaren Auswirkungen auf Erträge und Kosten
Non-Core Operations Unit Wholesale Assets	- Anhaltend erfolgreiche Ausführung des Programms zur Risikoreduktion - Anhaltend erfolgreiche Nutzung der Verkaufsmöglichkeiten und Netzwerke anderer Divisionen, um das Programm zur Risikoreduktion erfolgreich umsetzen zu können	- Eventuell schwächeres makroökonomisches Umfeld aufgrund von anhaltend fragilem Wachstum und den negativen Auswirkungen möglicher Ereignisse, insbesondere eines ungeordneten Entzugs der Unterstützung der Weltwirtschaft durch die Banken, die zu einem Rückgang der Marktaktivitäten und verringerten Möglichkeiten einer ökonomisch sinnvollen Risikoreduktion führen könnten - Struktur und Inhalt verschiedener regulatorischer Änderungen, welche zurzeit in verschiedenen Ländern umgesetzt werden, könnten einen stärkeren Einfluss haben als angenommen - Ausgang von Rechtsstreitigkeiten
Non-Core Operations Unit Operating Assets	- Anhaltende Bemühungen, die generelle wirtschaftliche Situation der entsprechenden Vermögenswerte zu steigern, um einen entsprechenden Verkauf vorzubereiten	- Eventuell schwächeres makroökonomisches Umfeld aufgrund von anhaltend fragilem Wachstum und den negativen Auswirkungen möglicher Ereignisse, insbesondere eines ungeordneten Entzugs der Unterstützung der Weltwirtschaft durch die Banken, die zu einem Rückgang der Marktaktivitäten und verringerten Möglichkeiten ökonomisch sinnvoller Veräußerungen führen könnten - Ausgang von Rechtsstreitigkeiten

Sensitivitäten: Bei der Validierung der für die ZGEs ermittelten Nutzungswerte werden bestimmte externe Faktoren sowie die wesentlichen Werttreiber jeder ZGE regelmäßig überprüft. Während des ganzen Jahres 2014 blieb die Marktkapitalisierung der Deutschen Bank unter dem Nettovermögenswert. Um die Belastbarkeit der Nutzungswerte zu testen, werden die für das DCF-Modell herangezogenen wesentlichen Annahmen, wie beispielsweise der Diskontierungszinssatz und die Ergebnisprognosen, einer Sensitivitätsprüfung unterzogen. Das Management ist der Ansicht, dass lediglich für die ZGEs CB&S und PBC, wo der erzielbare Betrag um 16 % oder 5,0 Mrd € (CB&S) beziehungsweise um 63 % oder 9,9 Mrd € (PBC) über dem entsprechenden Bilanzwert lag, eine realistische Änderung der wesentlichen Annahmen zu einer Wertminderung führen könnte.

Veränderung bestimmter Schlüsselannahmen, die dazu führen, dass sich erzielbarer Betrag und Bilanzwert gleichen

Veränderung der Schlüsselannahme	CB&S	PBC
Diskontierungszinssatz (nach Steuern): Erhöhung von/auf	10,3 %/11,5 %	10,0 %/14,1 %
Geschätzte zukünftige Ergebnisse in jeder Periode	– 12 %	– 34 %
Langfristige Wachstumsrate	N/A[1]	N/A[1]

N/A – nicht aussagekräftig
[1] Selbst eine Wachstumsrate von 0 % würde zu einem erzielbaren Betrag über dem Bilanzwert führen.

Die erzielbaren Beträge aller weiteren primären ZGEs, mit Ausnahme derjenigen in der NCOU, lagen deutlich über ihren jeweiligen Bilanzwerten.

Eine Überprüfung der Konzernstrategie oder gewisse politische oder globale Risiken für die Bankenbranche könnten die Ergebnisprognosen für einige ZGEs des Konzerns jedoch negativ beeinflussen. Dazu zählen unter anderem eine Rückkehr der europäischen Staatsschuldenkrise, Unsicherheiten bei der Umsetzung bereits beschlossener Regelungen und der Einführung gewisser Gesetzesvorhaben, die aktuell in der Diskussion sind, sowie ein künftiger Rückgang des BIP-Wachstums. Dies könnte in der Zukunft zu einer Wertminderung des Geschäfts- oder Firmenwerts führen.

Sonstige immaterielle Vermögenswerte

Die folgende Tabelle zeigt die Veränderungen bei den sonstigen immateriellen Vermögenswerten nach Anlageklassen in den Geschäftsjahren 2014 und 2013.

	Erworbene immaterielle Vermögenswerte								Selbst erstellte immaterielle Vermögenswerte	Sonstige immaterielle Vermögenswerte insgesamt
	Nicht abzuschreibende			Abzuschreibende					Abzuschreibende	
in Mio €	Rechte aus Vermögensverwaltungsverträgen im Publikumsfondsgeschäft	Sonstige	Nicht abzuschreibende erworbene immaterielle Vermögenswerte insgesamt	Kundenbezogene immaterielle Vermögenswerte	Wert des erworbenen Versicherungsgeschäfts	Vertragsbasierte immaterielle Vermögenswerte	Software und Sonstige	Abzuschreibende erworbene immaterielle Vermögenswerte insgesamt	Software	
Anschaffungs-/ Herstellungskosten:										
Bestand zum 1. Januar 2013	878	440	1.318	1.519	848	686	938	3.991	2.261	7.570
Zugänge	0	0	0	24	0	0	41	65	663	728
Veränderung des Konsolidierungskreises	0	0	0	– 12	0	0	11	– 1	0	– 1
Abgänge	0	0	0	0	0	0	19	19	36	55
Umklassifizierungen aus/in (–) zum Verkauf bestimmte Vermögenswerte	0	0	0	– 48	0	0	– 41	– 89	– 10	– 99
Umklassifizierung	0	0	0	0	0	0	22	22	– 68	– 46
Wechselkursveränderungen	– 38	1	– 37	– 34	– 18	– 25	– 16	– 93	– 34	– 164
Bestand zum 31. Dezember 2013	840	441	1.281	1.449	830	661	936	3.876	2.776	7.933
Zugänge	0	0	0	40	0	0	52	92	962	1.054
Veränderung des Konsolidierungskreises	0	0	0	0	0	– 14	– 2	– 16	0	– 16
Abgänge	0	0	0	9	0	0	12	21	99	120
Umklassifizierungen aus/in (–) zum Verkauf bestimmte Vermögenswerte	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Umklassifizierung	0	0	0	– 3	0	– 1	17	13	– 26	– 13
Wechselkursveränderungen	111	0	111	53	58	74	33	218	102	431
Bestand zum 31. Dezember 2014	951	441	1.392	1.530	888	720	1.024	4.162	3.715	9.269
Kumulierte Abschreibungen und Wertminderungen:										
Bestand zum 1. Januar 2013	300	2	302	741	164	142	592	1.639	707	2.648
Abschreibungen für das Geschäftsjahr	0	0	0	99	32	36	112	279	239	518[1]
Veränderung des Konsolidierungskreises	0	0	0	– 12	0	0	6	– 6	0	– 6
Abgänge	0	0	0	0	0	0	13	13	34	47
Umklassifizierungen aus/in (–) zum Verkauf bestimmte Vermögenswerte	0	0	0	– 39	0	0	– 32	– 71	– 6	– 77
Wertminderungen	0	0	0	72	0	7	4	83	43	126[2]
Wertaufholungen	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Umklassifizierung	0	0	0	0	0	0	10	10	– 21	– 11
Wechselkursveränderungen	– 13	0	– 13	– 25	– 2	– 5	– 12	– 44	– 19	– 76
Bestand zum 31. Dezember 2013	287	2	289	836	194	180	667	1.877	909	3.075
Abschreibungen für das Geschäftsjahr	0	0	0	99	35	35	78	247	335	582[3]
Veränderung des Konsolidierungskreises	0	0	0	0	0	– 6	– 2	– 8	– 1	– 9
Abgänge	0	0	0	8	0	0	12	20	97	117
Umklassifizierungen aus/in (–) zum Verkauf bestimmte Vermögenswerte	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Wertminderungen	0	0	0	0	0	117	29	146	48	194[4]
Wertaufholungen	84	0	84	0	0	0	0	0	0	84[5]
Umklassifizierung	0	0	0	1	0	0	2	3	– 8	– 5
Wechselkursveränderungen	37	1	38	49	14	17	19	99	63	200
Bestand zum 31. Dezember 2014	240	3	243	977	243	343	781	2.344	1.249	3.836

	Erworbene immaterielle Vermögenswerte								Selbst erstellte immaterielle Vermögens-werte	Sonstige immaterielle Vermögens-werte insgesamt
	Nicht abzuschreibende					Abzuschreibende			Abzuschrei-bende	
in Mio €	Rechte aus Vermögens-verwaltungs-verträgen im Publikums-fonds-geschäft	Sonstige	Nicht abzu-schreibende erworbene immaterielle Vermögens-werte insgesamt	Kunden-bezogene immaterielle Vermögens-werte	Wert des erworbenen Versiche-rungs-geschäfts	Vertrags-basierte immaterielle Vermögens-werte	Software und Sonstige	Abzu-schreibende erworbene immaterielle Vermögens-werte insgesamt	Software	
Bilanzwert:										
Zum 31. Dezember 2013	553	439	992	613	636	481	269	1.999	1.867	4.858
Zum 31. Dezember 2014	711	438	1.149	553	645	377	243	1.818	2.466	5.433

[1] Die 518 Mio € wurden im Sachaufwand und sonstigen Aufwand erfasst.
[2] Davon waren 79 Mio € als Wertminderung auf immaterielle Vermögenswerte erfasst. Diese umfassten Wertminderungen auf kundenbezogene immaterielle Vermögenswerte (72 Mio €) sowie auf vorteilhafte Verträge (7 Mio €). Weiterhin wurden Wertminderungen von 47 Mio € auf erworbene (4 Mio €) und selbsterstellte Software (43 Mio €) im Sachaufwand und sonstigen Aufwand ausgewiesen.
[3] Die 582 Mio € wurden im Sachaufwand und sonstigen Aufwand erfasst.
[4] Davon waren 146 Mio € als Wertminderung auf immaterielle Vermögenswerte erfasst. Diese enthielten Wertminderungen auf vertragsbasierte immaterielle Vermögenswerte (117 Mio €) sowie auf Markennamen (29 Mio €). Weiterhin wurden Wertminderungen von 48 Mio € auf selbsterstellte Software erfasst, welche im Sachaufwand und sonstigen Aufwand ausgewiesen wurden.
[5] 84 Mio € wurden als Umkehrung einer Wertminderung aus Vorjahren erfasst und unter Wertminderungen auf immaterielle Vermögenswerte ausgewiesen.

Abzuschreibende immaterielle Vermögenswerte

Im Geschäftsjahr 2014 betrugen die Zugänge zu den selbst erstellten immateriellen Vermögenswerten aus der Aktivierung von Aufwendungen im Zusammenhang mit der im Konzern vorgenommenen Entwicklung selbst erstellter Software 962 Mio €. Wertminderungen auf erworbene immaterielle Vermögenswerte von insgesamt 146 Mio € betrafen hauptsächlich das Investment in Maher Terminals LLC (NCOU; davon 116 Mio € für Mietrechte („vertragsbasiert“) und 29 Mio € für Markenname („Software und Sonstige“), was auf den anhaltend negativen Ausblick für das Container- und Geschäftsvolumen zurückzuführen war (für weitere Informationen zum Bewertungsergebnis für Maher Terminals LLC wird auf den Abschnitt „Veränderungen des Geschäfts- oder Firmenwerts“ in dieser Anhangangabe verwiesen). Die Wertminderung auf selbst erstellte Software von 48 Mio € war im Wesentlichen eine Folge der im Zuge des OpEx-Programms durchgeführten Überprüfung bestehender Plattform-Software.

Die Veränderungen der abzuschreibenden immateriellen Vermögenswerte im Geschäftsjahr 2013 betrafen vor allem Zuführungen zu den selbst erstellten immateriellen Vermögenswerten über 663 Mio €. Erfasste Wertminderungen von 83 Mio € auf erworbene sonstige immaterielle Vermögenswerte waren vor allem auf das Firmenkundengeschäft in den Niederlanden (GTB) zurückzuführen, das von ähnlichen Belastungen bereits im Jahr 2012 betroffen war. Die Wertminderung auf selbst erstellte Software von 43 Mio € war im Wesentlichen eine Folge der im Zuge des OpEx-Programms durchgeführten Neubewertung bestehender Plattform-Software.

Im Geschäftsjahr 2012 betrugen die Wertminderungen auf kundenbezogene immaterielle Vermögenswerte insgesamt 86 Mio €. Davon entfielen 73 Mio € auf die im vierten Quartal 2012 ergriffenen Maßnahmen zur Stärkung des erworbenen Firmenkundengeschäfts in den Niederlanden (GTB) sowie 13 Mio € auf die Neuordnung des Consumer Banking-Geschäfts in PBC. Die Wertminderungen auf selbst erstellte Software von 95 Mio € resultierten überwiegend aus Änderungen gegenüber dem geplanten Einsatz eines IT-Systems in Deutsche AWM.

Sonstige immaterielle Vermögenswerte mit begrenzter Nutzungsdauer werden in der Regel linear über ihre Nutzungsdauer abgeschrieben (mit Ausnahme des Werts des erworbenen Versicherungsgeschäfts, wie in Anhangangabe 41 „Versicherungs- und Investmentverträge“ erläutert).

Nutzungsdauern der sonstigen abzuschreibenden immateriellen Vermögenswerte nach Anlageklassen

	Nutzungsdauer in Jahren
Selbst erstellte immaterielle Vermögenswerte:	
Software	bis zu 10
Erworbene immaterielle Vermögenswerte:	
Kundenbezogene immaterielle Vermögenswerte	bis zu 25
Vertragsbasierte immaterielle Vermögenswerte	bis zu 23
Wert des erworbenen Versicherungsgeschäfts	bis zu 30
Sonstige	bis zu 80

Nicht abzuschreibende immaterielle Vermögenswerte

Innerhalb dieser Anlageklasse erfasst der Konzern bestimmte vertragsbasierte und marketingbezogene immaterielle Vermögenswerte, bei denen von einer unbegrenzten Nutzungsdauer ausgegangen werden kann.

Im Einzelnen umfasst diese Anlageklasse die unten angegebenen Vermögensverwaltungsverträge im Publikumsfondsgeschäft und bestimmte Markennamen. Aufgrund der Besonderheiten dieser immateriellen Vermögenswerte sind Marktpreise in der Regel nicht verfügbar. Daher bewertet der Konzern solche Vermögenswerte anhand des Ertragswertverfahrens auf Grundlage einer DCF-Methode nach Steuern.

Vermögensverwaltungsverträge im Publikumsfondsgeschäft: Dieser Vermögenswert mit einem Bilanzwert von 711 Mio € bezieht sich auf das Publikumsfondsgeschäft des Konzerns in den USA und ist der ZGE Deutsche AWM zugewiesen. Er umfasst Vermögensverwaltungsverträge im Publikumsfondsgeschäft, die DWS Investments das ausschließliche Recht einräumen, eine Vielzahl von Investmentfonds für einen bestimmten Zeitraum zu verwalten. Da eine Verlängerung dieser Verträge einfach ist, die dafür anfallenden Kosten minimal sind und die Verträge bereits häufig verlängert wurden, rechnet der Konzern in absehbarer Zukunft nicht mit einer Begrenzung der Vertragsdauer. Deshalb dürften die Rechte für die Verwaltung der zugrunde liegenden Vermögenswerte für einen unbegrenzten Zeitraum Zahlungsströme generieren. Der immaterielle Vermögenswert wurde im Geschäftsjahr 2002, zum Zeitpunkt der Akquisition von Zurich Scudder Investments, Inc., von unabhängiger Seite zum beizulegenden Zeitwert bewertet.

Der erzielbare Betrag des Vermögenswerts von 711 Mio € entspricht dem beizulegenden Zeitwert abzüglich der Kosten der Veräußerung und wurde anhand der Residualwertmethode ermittelt. Das Bewertungsverfahren entspricht dem Level 3 der Hierarchie des beizulegenden Zeitwerts. Die der Ermittlung des beizulegenden Zeitwerts abzüglich der Kosten der Veräußerung zugrunde gelegten wesentlichen Annahmen umfassen den Asset-Mix, erwartete Cashflows und die effektive Gebührenrate. Die verwendeten Diskontierungsfaktoren (Eigenkapitalkosten) betrugen 10,7 % (2014) und 11,4 % (2013). Im Geschäftsjahr 2014 wurde eine Wertaufholung in Höhe von 84 Mio € verzeichnet und in der Gewinn-und Verlustrechnung als Wertminderung auf immaterielle Vermögenswerte erfasst. Die Wertaufholung resultierte insbesondere aus einem Anstieg der erwarteten Cashflows, die sich aus einer gestärkten Plattform, einem vorteilhaften Asset-Mix und einem Rückgang des Diskontierungsfaktors ergaben. Da die Bewertung zum Vorjahr unverändert blieb, erfolgte im Geschäftsjahr 2013 weder eine Wertminderung noch eine Wertaufholung. Im Geschäftsjahr 2012 wurde ein Aufwand in Höhe von 202 Mio € als Wertminderung auf immaterielle Vermögenswerte in der Gewinn- und Verlustrechnung erfasst. Die Wertminderung resultierte in erster Linie aus Rückgängen in der erwarteten Entwicklung der Zu- und Abflüsse bei den Invested Assets. Diese spiegelten die historischen Wachstumstrends und die Auswirkungen der im Jahr 2012 durchgeführten strategischen Überprüfung des Geschäftsbereichs sowie das Wettbewerbsumfeld wider.

Markennamen: Die übrigen nicht abzuschreibenden immateriellen Vermögenswerte beinhalten die im Jahr 2010 erworbenen Markennamen der Postbank (der ZGE PBC zugeordnet) und von Sal. Oppenheim (der ZGE Deutsche AWM zugeordnet). Die Marke „Postbank“ wurde im Jahr 2010 mit einem vorläufigen Wert von 382 Mio € verbucht. Im Zuge der Fertigstellung der Kaufpreisallokation im Jahr 2011 stieg der beizulegende Zeitwert des Markennamens „Postbank“ auf 411 Mio €. Die Marke „Sal. Oppenheim“ wurde mit einem Wert von 27 Mio € aktiviert. Da beide Markennamen für einen unbegrenzten Zeitraum Zahlungsströme generieren dürften, wurden sie als nicht abzuschreibende immaterielle Vermögenswerte klassifiziert. Beide Markennamen

werden zum beizulegenden Zeitwert, basierend auf einer externen Bewertung zum Erwerbszeitpunkt, bilanziert. Die erzielbaren Beträge entsprechen dem beizulegenden Zeitwert abzüglich der Kosten der Veräußerung der Marken und wurden anhand der Residualwertmethode ermittelt. Seit dem Ersterwerb gab es keine Wertminderungen.

26 – Zum Verkauf bestimmte langfristige Vermögenswerte und Veräußerungsgruppen

Innerhalb der Bilanz sind die zum Verkauf bestimmten langfristigen Vermögenswerte und Veräußerungsgruppen in den Sonstigen Aktiva und Sonstigen Passiva enthalten.

in Mio €	31.12.2014	31.12.2013
Barreserve und Einlagen bei Kreditinstituten, Forderungen aus übertragenen Zentralbankeinlagen und Wertpapierpensionsgeschäften	0	574
Zum beizulegenden Zeitwert bewertete Handelsaktiva, Derivate und finanzielle Vermögenswerte	0	525
Zur Veräußerung verfügbare finanzielle Vermögenswerte	0	2.917
Forderungen aus dem Kreditgeschäft	0	2.032
Sachanlagen	142	212
Sonstige Aktiva	38	411
Summe der zum Verkauf bestimmten Aktiva	**180**	6.670
Einlagen, Verbindlichkeiten aus übertragenen Zentralbankeinlagen und Wertpapierpensionsgeschäften	0	4.425
Zum beizulegenden Zeitwert bewertete Handelspassiva, Derivate und finanzielle Verpflichtungen	0	439
Langfristige Verbindlichkeiten	0	856
Sonstige Passiva	0	544
Summe der zum Verkauf bestimmten Verbindlichkeiten	**0**	6.264

Zum 31. Dezember 2014 und 2013 wurden unrealisierte Gewinne in Höhe von 0 Mio € bzw. 2 Mio € im Zusammenhang mit den zum Verkauf bestimmten langfristigen Vermögenswerten und Veräußerungsgruppen direkt in der Kumulierten sonstigen erfolgsneutralen Eigenkapitalveränderung, nach Steuern, ausgewiesen.

Zum Verkauf bestimmte langfristige Vermögenswerte und Veräußerungsgruppen zum 31. Dezember 2014

Im Rahmen des OpEx-Programms und in dem Bestreben, Teile ihrer Informationstechnologie (IT) Infrastrukturdienste auszugliedern, hat der Konzern vorwiegend IT-bezogenes Anlagevermögen als eine zum Verkauf bestimmte Veräußerungsgruppe klassifiziert. Diese hauptsächlich aus Sachanlagen bestehenden Vermögenswerte, die ursprünglich im Infrastrukturbereich angesiedelt sind, werden voraussichtlich innerhalb eines Jahres veräußert. Deren Klassifizierung als zur Veräußerung bestimmt resultierte in einer Wertminderung von 11 Mio €, welche in den Sonstigen Erträgen erfasst wurde.

Im ersten Quartal 2014 hatte der Konzern im Unternehmensbereich NCOU ein Immobilienportfolio aus Liegenschaftspfändungen als zum Verkauf bestimmt klassifiziert. Dieses Portfolio wurde zwischenzeitlich veräußert. Dessen Klassifizierung als zum Verkauf bestimmt führte zu keiner Wertminderung.

Weiterhin hatte der Konzern in 2014 mehrere Veräußerungsgruppen aus dem Unternehmensbereich CB&S, bestehend aus Liegenschaftspfändungen, als zum Verkauf bestimmt klassifiziert. Alle Vermögenswerte werden voraussichtlich innerhalb eines Jahres verkauft. Deren Klassifizierung als zum Verkauf bestimmt führte zu keiner Wertminderung. Die betreffenden Vermögenswerte sind einmalig zum beizulegenden Zeitwert abzüglich Veräußerungskosten bewertet worden. Das Bewertungsverfahren entspricht dem Level 3 der Hierarchie des beizulegenden Zeitwerts.

Veräußerungen im Jahr 2014

Unternehmensbereich	Verkauf	Finanzielle Auswirkungen[1]	Zeitpunkt des Verkaufs
Non-Core Operations Unit	Verkauf der Nevada Property 1 LLC, einer hundertprozentigen Tochtergesellschaft und Eigentümerin von The Cosmopolitan of Las Vegas („The Cosmopolitan"), einem führenden Resort und Casino, an Blackstone. Im Rahmen der Transaktion erwarb Blackstone 100 % von The Cosmopolitan für rund 1,4 Mrd € (1,73 Mrd US-$) in bar.	Erfassung einer Wertminderung in Höhe von 9 Mio € im 4. Quartal 2014.	4. Quartal 2014
Deutsche Asset & Wealth Management	Veräußerung von Teilen des Wealth Management-Geschäfts des Konzerns in Großbritannien.	Erfassung einer Wertminderung von 9 Mio € im 1. Quartal 2014.	3. Quartal 2014
Private & Business Clients	Eine als Sachanlage gehaltene Büroimmobilie.	Keine.	2. Quartal 2014
Non-Core Operations Unit	Veräußerung der Konzerntochter BHF-BANK AG an die Kleinwort Benson Group und die RHJ International („RHJI"), nach Erhalt ausstehender regulatorischer Genehmigungen. Unter dem Vorbehalt von Kaufpreisanpassungen erhielt der Konzern einen Gesamtbetrag von 340 Mio €. Dieser beinhaltet eine Barzahlung von 309 Mio € und 31 Mio € in Form von RHJI-Aktien zum Nennwert.	Keine.	1. Quartal 2014
Non-Core Operations Unit	Veräußerung von Büroimmobilien, die zuvor als Investment Properties in den Sonstigen Aktiva gehalten wurden.	Keine.	1. Quartal 2014

[1] Wertminderungen und Wertaufholungen sind in den Sonstigen Erträgen berücksichtigt.

Zum Verkauf bestimmte langfristige Vermögenswerte und Veräußerungsgruppen zum 31. Dezember 2013

Unternehmensbereich	Zum Verkauf bestimmte Vermögenswerte und langfristige Veräußerungsgruppen	Finanzielle Auswirkungen[1]	Weitere Informationen
Non-Core Operations Unit	Veräußerung der Konzerntochter BHF-BANK.	Eine Wertminderung von 183 Mio € im 4. Quartal 2013.	Veräußerung im 1. Quartal 2014
Non-Core Operations Unit/Private & Business Clients	Mehrere Büroimmobilien, die zuvor entweder als Sachanlagen oder als Investment Properties in den Sonstigen Aktiva gehalten wurden.	Eine Wertminderung von 4 Mio € (PBC) im 4. Quartal 2013.	Veräußerungen in 2014
Corporate Banking & Securities	Mehrere Veräußerungsgruppen, hauptsächlich bestehend aus Liegenschaftspfändungen.	Keine.	Veräußerungen in 2014
Deutsche Asset & Wealth Management	Teile des Wealth Management-Geschäfts des Konzerns in Großbritannien.	Eine Wertminderung von 5 Mio € im 4. Quartal 2013.	Veräußerung im 3. Quartal 2014

[1] Wertminderungen und Wertaufholungen sind in den Sonstigen Erträgen berücksichtigt.

Veräußerungen im Jahr 2013

Unternehmensbereich	Verkauf	Finanzielle Auswirkungen[1]	Zeitpunkt des Verkaufs
Non-Core Operations Unit	Eine als Sachanlage gehaltene Immobilie.	Keine.	4. Quartal 2013
Deutsche Asset & Wealth Management	Eine als Sachanlage gehaltene Immobilie.	Keine.	3. Quartal 2013
Global Transaction Banking	Eine hundertprozentige Tochtergesellschaft, welche Kreditkartenakzeptanz-Dienstleistungen an multinationale Kunden zur Verfügung stellt.	Keine.	2. Quartal 2013
Deutsche Asset & Wealth Management	Eine Veräußerungsgruppe, hauptsächlich aus Immobilienfondsanteilen bestehend.	Keine.	1. Quartal 2013

[1] Wertminderungen und Wertaufholungen sind in den Sonstigen Erträgen berücksichtigt.

27 – Sonstige Aktiva und Passiva

in Mio €	31.12.2014	31.12.2013
Sonstige Aktiva:		
Forderungen aus Handelsgeschäften und Wertpapierabwicklung		
Forderungen aus Bar- und Ausgleichszahlungen	65.096	40.938
Forderungen aus Prime-Brokerage-Geschäften	10.785	9.140
Forderungen aus nicht termingerecht abgewickelten Wertpapierkassageschäften	4.741	2.697
Forderungen aus Wertpapierkassageschäften	34.432	30.410
Forderungen aus Handelsgeschäften und Wertpapierabwicklung insgesamt	115.054	83.185
Forderungen aus Zinsabgrenzungen	2.791	3.236
Zum Verkauf bestimmte Vermögenswerte	180	6.670
Sonstige	19.955	19.448
Sonstige Aktiva insgesamt	**137.980**	112.539

in Mio €	31.12.2014	31.12.2013
Sonstige Passiva:		
Verbindlichkeiten aus Handelsgeschäften und Wertpapierabwicklung		
Verbindlichkeiten aus Bar- und Ausgleichszahlungen	70.558	53.435
Verbindlichkeiten aus Prime-Brokerage-Geschäften	33.985	30.266
Verbindlichkeiten aus nicht termingerecht abgewickelten Wertpapierkassageschäften	3.473	2.289
Verbindlichkeiten aus Wertpapierkassageschäften	35.195	33.001
Verbindlichkeiten aus Handelsgeschäften und Wertpapierabwicklung insgesamt	143.210	118.992
Verbindlichkeiten aus Zinsabgrenzungen	2.953	3.673
Zum Verkauf bestimmte Verbindlichkeiten	0	6.264
Sonstige	37.659	34.666
Sonstige Passiva insgesamt	**183.823**	163.595

Für weitere Einzelheiten bezüglich der zum Verkauf bestimmten Vermögenswerte und Verbindlichkeiten wird auf Anhangangabe 26 „Zum Verkauf bestimmte langfristige Vermögenswerte und Veräußerungsgruppen“ verwiesen.

28 – Einlagen

in Mio €	31.12.2014	31.12.2013
Unverzinsliche Sichteinlagen	160.733	149.471
Verzinsliche Einlagen		
Sichteinlagen	137.966	140.813
Termineinlagen	124.347	127.787
Spareinlagen	109.885	109.679
Verzinsliche Einlagen insgesamt	372.198	378.279
Summe der Einlagen	**532.931**	527.750

29 – Rückstellungen

Entwicklung der Rückstellungsarten

in Mio €	Rückstellungen im Bauspargeschäft	Operationelle Risiken/Rechtsstreitigkeiten	Restrukturierung	Rückkauf von Hypothekenkrediten	Sonstige[1]	Insgesamt
Bestand zum 1. Januar 2013	963	2.604	165	341	822	**4.895**
Veränderung des Konsolidierungskreises	0	3	0	0	2	5
Zuführungen zu Rückstellungen	200	2.673	344	119	408	3.744
Verwendungen von Rückstellungen	– 119	– 2.717	– 275	– 101	– 299	– 3.511
Auflösungen von Rückstellungen	– 11	– 401	– 22	0	– 152	– 586
Effekte aus Wechselkursveränderungen/ Änderung des Diskontierungssatzes	– 19	– 38	– 6	– 14	– 10	– 87
Transfers	– 3	– 18	1	0	– 131	– 151[2]
Sonstige	0	0	0	0	0	0
Bestand zum 31. Dezember 2013	1.011	2.106	207	345	639	**4.308**
Veränderung des Konsolidierungskreises	0	0	0	0	0	0
Zuführungen zu Rückstellungen	211	2.049	154	411	609	3.434
Verwendungen von Rückstellungen	– 104	– 307	– 195	– 45	– 194	– 845
Auflösungen von Rückstellungen	– 3	– 319	– 52	– 88	– 189	– 651
Effekte aus Wechselkursveränderungen/ Änderung des Diskontierungssatzes	35	103	6	46	14	204
Transfers	0	0	0	0	0	0
Sonstige	0	0	0	0	0	0
Bestand zum 31. Dezember 2014	1.150	3.632	120	669	880	**6.451**

[1] Für die übrigen in der Bilanz ausgewiesenen Rückstellungen wird auf Anhangangabe 20 „Risikovorsorge im Kreditgeschäft“ verwiesen, in der die Rückstellungen für außerbilanzielle Verpflichtungen im Kreditgeschäft offengelegt werden.
[2] Enthält hauptsächlich Umklassifizierungen in Zum Verkauf bestimmte Vermögenswerte.

Rückstellungsarten

Bausparrückstellungen entstehen im Bauspargeschäft der Deutsche Postbank-Gruppe und der Deutschen Bank Bauspar-Aktiengesellschaft. Beim Bausparen schließt der Kunde einen Bausparvertrag ab, mit dem er berechtigt wird, ein Baudarlehen aufzunehmen, sobald der Kunde bei der kreditgebenden Bank einen bestimmten Geldbetrag angelegt hat. Im Zusammenhang mit dem Bausparvertrag werden Bearbeitungsgebühren verlangt und der angelegte Betrag wird zu einem Zinssatz verzinst, der üblicherweise unter dem Zinssatz anderer Geldeinlagen liegt. Im Fall, dass der Kunde sich entschließt, das Baudarlehen nicht in Anspruch zu nehmen, ist er zu einem rückwirkenden Zinsbonus berechtigt, der die Differenz zwischen dem niedrigen Zins des Bausparvertrags und einem Festzinssatz widerspiegelt, der momentan wesentlich über dem Marktsatz liegt. Die Bausparrückstellungen entsprechen dem möglichen Zinsbonus und der Verpflichtung zur Rückzahlung der Bearbeitungsgebühr. Das Modell zur Berechnung des möglichen Zinsbonus beinhaltet Parameter für den Prozentteil der betroffenen Kunden, die anwendbare Bonusrate, den Kundenstatus und den Zeitpunkt der Zahlung. Andere Faktoren, die diese Rückstellung beeinflussen, sind verfügbare statistische Daten in Bezug auf das Kundenverhalten und das allgemeine Umfeld, das zukünftig diese Geschäftssparte beeinflussen könnte.

Rückstellungen für operationelle Risiken/Rechtsstreitigkeiten entstehen aus operationellen Risiken, die das Fehlerpotenzial (inklusive rechtlicher Komponenten) darstellen, das im Zusammenhang mit Mitarbeitern, vertraglichen Spezifikationen und Dokumentation, Technologie, Infrastrukturfehlern und Katastrophen, äußeren Einflüssen und Kundenbeziehungen steht. Dies schließt Geschäfts- oder Reputationsrisiken aus. Operationelle Risiken können zu Ansprüchen von Kunden, Gegenparteien und Aufsichtsbehörden oder zu Rechtsstreitigkeiten führen.

Restrukturierungsrückstellungen ergeben sich aus den Restrukturierungsaktivitäten. Der Konzern beabsichtigt, seine langfristige Wettbewerbsfähigkeit durch erhebliche Reduzierungen von Kosten, Redundanzen und Komplexität in den nächsten Jahren zu verbessern. Zu Einzelheiten siehe Anhangangabe 10 „Restrukturierung“.

Rückstellungen für Rückkaufforderungen von Hypothekenkrediten entstehen im mit Wohnimmobilien abgesicherten Hypothekenkreditgeschäft der Deutschen Bank in den Vereinigten Staaten. Von 2005 bis 2008 verkaufte die Deutsche Bank im Rahmen dieses Geschäfts Kredite in Form von Verbriefungen in Höhe von rund 84 Mrd US-$ sowie in Höhe von rund 71 Mrd US-$ über die Veräußerung von Krediten (Whole Loans). Gegenüber der Deutschen Bank werden Forderungen geltend gemacht, Kredite von Käufern, Investoren oder Kreditversicherern zurückzukaufen beziehungsweise diese von Verlusten freizustellen, die angeblich durch eine wesentliche Verletzung von Zusicherungen und Gewährleistungen verursacht wurden. Das übliche Vorgehen der Deutschen Bank ist, begründete Rückkaufansprüche, die in Übereinstimmung mit vertraglichen Rechten und Vereinbarungen über einen Verjährungsverzicht geltend gemacht werden, zu erfüllen.

Zum 31. Dezember 2014 bestanden gegenüber der Deutschen Bank Rückkaufforderungen von Hypothekenkrediten, auf die nicht im Rahmen einer Vereinbarung verzichtet wurde, in Höhe von circa 4,8 Mrd US-$ (berechnet auf der Grundlage des ursprünglichen Gesamtkreditbetrags). Diese bestehen in erster Linie aus Forderungen im Hinblick auf Verbriefungen mit einem Dritten seitens der Treuhänder oder deren Servicer. Für diese Forderungen hat die Deutsche Bank zum 31. Dezember 2014 Rückstellungen in Höhe von 813 Mio US-$ (669 Mio €) bilanziert. Die Deutsche Bank ist Begünstigte in Haftungsübernahmevereinbarungen der Originatoren oder Verkäufer bestimmter Hypothekenkredite, auf die sich diese Forderungen beziehen. In diesem Zusammenhang hat die Deutsche Bank zum 31. Dezember 2014 Ansprüche von 359 Mio US-$ (295 Mio €) bilanziert. Die Nettorückstellungen für die Forderungen beliefen sich zum 31. Dezember 2014 nach Abzug solcher Ansprüche auf 454 Mio US-$ (374 Mio €). In den Vorjahren wurden keine solchen Haftungsansprüche bilanziert.

Zum 31. Dezember 2014 hat die Deutsche Bank für Kredite mit einem ursprünglichen Kreditbetrag in Höhe von rund 5,3 Mrd US-$ Rückkäufe getätigt, Vereinbarungen über einen Verzicht erzielt oder Ansprüche auf andere Weise beigelegt. Im Zusammenhang mit diesen Rückkäufen, Vereinbarungen und Vergleichen ist die Deutsche Bank von möglichen Ansprüchen, die aus ihren oben geschilderten Kreditverkäufen resultieren könnten, in Höhe von circa 72,9 Mrd US-$ freigestellt.

Die Deutsche Bank hat mit einigen juristischen Personen, die Rückkaufforderungen von Hypothekenkrediten gegen die Deutsche Bank angedroht haben, Vereinbarungen über einen Verjährungsverzicht abgeschlossen. Diese potenziellen Forderungen könnten eine wesentliche Auswirkung auf die Deutsche Bank haben.

Die Deutsche Bank rechnet damit, dass zusätzliche Rückkaufforderungen von Hypothekenkrediten in Bezug auf die verkauften Hypothekenkredite gestellt werden. Deren Zeitpunkt und Höhe können jedoch nicht zuverlässig geschätzt werden und unter anderem von folgenden Faktoren abhängen: Entscheidungen der Gerichte zur Verjährung von Verstößen gegen Zusicherungen und Gewährleistungen, unter anderem in Bezug auf ein vor dem New York Court of Appeal ausstehendes Berufungsurteil zu einem von der Deutschen Bank begebenen durch Grundpfandrechte auf Wohnimmobilien besicherten Wertpapier. Die Deutsche Bank fungierte nicht als Servicer für an Dritte als Whole Loans veräußerte Kredite (die rund die Hälfte aller zwischen 2005 und 2008 verkauften US-amerikanischen Wohnimmobilienkredite ausmachen) und hatte nach dem Verkauf keinen Zugang mehr zu deren Performancedaten. Zur Performance der verbrieften Hypothekenkredite stehen öffentliche Informationen zur Verfügung. Es ist jedoch keine direkte Korrelation zwischen der Performance und den gestellten Rückkaufforderungen zu beobachten. Es sind Forderungen in Bezug auf ausgefallene, laufende und vollständig zurückgezahlte Kredite eingegangen.

Sonstige Rückstellungen umfassen verschiedene besondere Rückstellungen, die aufgrund unterschiedlicher Umstände entstehen. Zu diesen gehören Rückerstattungen von Kreditbearbeitungsgebühren und Abschlussgebühren für Kunden, die Rückstellung für die Bankenabgabe in Großbritannien sowie eine Rückstellung im Zusammenhang mit der Kooperation im Kreditkartengeschäft zwischen Deutscher Bank und Hua Xia Bank (siehe Anhangangabe 38 „Geschäfte mit nahestehenden Dritten“).

Eventualverbindlichkeiten

Eventualverbindlichkeiten können aus gegenwärtigen Verpflichtungen und möglichen Verpflichtungen in Bezug auf Ereignisse in der Vergangenheit entstehen. Der Konzern bildet Rückstellungen für den potenziellen Eintritt von Verlusten nur, wenn eine gegenwärtige Verpflichtung aus einem Ereignis in der Vergangenheit entsteht, die wahrscheinlich zu einem Mittelabfluss führt und verlässlich geschätzt werden kann. Für wesentliche Eventualverbindlichkeiten, bei denen die Möglichkeit eines zukünftigen Verlusts größer als unwahrscheinlich, aber kleiner als wahrscheinlich ist, schätzt der Konzern den möglichen Verlust, wenn er der Auffassung ist, dass eine Schätzung vorgenommen werden kann.

Das rechtliche und regulatorische Umfeld, in dem sich der Konzern bewegt, birgt erhebliche Prozessrisiken. Als Folge davon ist der Konzern in Deutschland und einer Reihe von anderen Ländern, darunter den Vereinigten Staaten, in Gerichts-, Schiedsgerichts- und aufsichtsbehördliche Verfahren verwickelt, wie sie im normalen Geschäftsverlauf vorkommen. Die rechtlichen und aufsichtsbehördlichen Verfahren, für die der Konzern wesentliche Rückstellungen gebildet hat oder für die wesentliche Eventualverbindlichkeiten bestehen, bei denen die Möglichkeit eines zukünftigen Verlusts größer als unwahrscheinlich ist, werden nachfolgend beschrieben. Vergleichbare Verfahren werden zu einer Gruppe zusammengefasst, und einige Verfahren umfassen mehrere Ansprüche. Die für diese Verfahren jeweils geschätzten Verluste, soweit eine Schätzung möglich ist, wurden nicht einzeln ausgewiesen, da der Konzern davon ausgeht, dass diese Offenlegung den Ausgang der Verfahren ernsthaft beeinträchtigen würde. Wenn für einen bestimmten Anspruch eine Rückstellung gebildet wurde, ist keine Eventualverbindlichkeit erfasst worden.

Um zu bestimmen, für welchen Anspruch die Möglichkeit eines Verlusts mehr als unwahrscheinlich ist, und den möglichen Verlust zu schätzen, berücksichtigt der Konzern eine Vielzahl von Faktoren. Diese umfassen unter anderem die Art des Anspruchs und des zugrunde liegenden Sachverhalts, den Stand und Hergang der einzelnen Verfahren, Entscheidungen von Gerichten und Schiedsstellen, die Erfahrung des Konzerns und Dritter in vergleichbaren Fällen (soweit sie dem Konzern bekannt sind), vorausgehende Vergleichsgespräche, Vergleiche Dritter in vergleichbaren Fällen (soweit sie dem Konzern bekannt sind), verfügbare Freistellungen sowie die Gutachten und Einschätzungen von Rechtsberatern und anderen Fachleuten. Es gibt andere offengelegte Verfahren, bei denen die Möglichkeit eines Verlusts mehr als unwahrscheinlich ist, für die jedoch eine solche Schätzung nicht vorgenommen werden kann. Für die signifikanten Verfahren der Bank, bei denen eine Schätzung möglich ist, schätzt der Konzern derzeit, dass sich zum 31. Dezember 2014 die zukünftigen Verluste, deren Eintritt mehr als unwahrscheinlich, aber weniger als wahrscheinlich ist, auf insgesamt rund 2,0 Mrd € (31. Dezember 2013: 1,5 Mrd €) belaufen. Diese Zahl schließt Eventualverbindlichkeiten für Verfahren ein, bei denen der Konzern möglicherweise gesamtschuldnerisch haftet beziehungsweise erwartet, dass eine solche Haftung von Drittparteien übernommen wird.

Der geschätzte mögliche Verlust sowie die gebildeten Rückstellungen basieren auf derzeit verfügbaren Informationen und sind Gegenstand von erheblichen Beurteilungsspielräumen und einer Vielzahl von Annahmen, Variablen sowie bekannten und unbekannten Unsicherheiten. Diese Unsicherheiten können Ungenauigkeiten oder die Unvollständigkeit der dem Konzern zur Verfügung stehenden Informationen, insbesondere in frühen Verfahrensstadien, umfassen. Ferner können sich Annahmen des Konzerns zu künftigen Entscheidungen von Gerichten und anderen Schiedsstellen sowie zu den wahrscheinlichen Maßnahmen und Positionen von Aufsichtsbehörden oder Prozessgegnern später als unrichtig herausstellen. Außerdem eignen sich Schätzungen möglicher Verluste aus diesen Verfahren häufig nicht für die Anwendung statistischer oder anderer quantitativer Analyseverfahren, die vielfach bei Beurteilungen und Schätzungen verwendet werden, und unterliegen noch größeren Unsicherheiten als andere Gebiete, auf denen der Konzern Beurteilungen und Schätzungen vornehmen muss.

Die Verfahren, für die der Konzern annimmt, dass die Möglichkeit eines zukünftigen Verlusts größer als unwahrscheinlich ist, ändern sich von Zeit zu Zeit. Dasselbe gilt für die Verfahren, für die eine Schätzung vorgenommen werden kann, und für den geschätzten möglichen Verlust aus diesen Verfahren. Die tatsächlichen Ergebnisse können sich als erheblich höher oder niedriger als der für diese Verfahren ursprünglich geschätzte mögliche Verlust erweisen. Zusätzlich können Verluste aus Verfahren erwachsen, bei denen der Konzern die Möglichkeit eines Verlusts für unwahrscheinlich gehalten hat. Insbesondere stellt der geschätzte Gesamtbetrag möglicher Verluste nicht das maximale Verlustpotenzial des Konzerns aus diesen Verfahren dar.

Der Konzern kann gerichtliche und aufsichtsbehördliche Verfahren oder Untersuchungen vergleichen, bevor ein Endurteil ergangen ist oder über die Haftung endgültig entschieden wurde. Dies kann insbesondere geschehen, um Kosten, Verwaltungsaufwand, negative Geschäftsauswirkungen sowie aufsichtsrechtliche Folgen oder Folgen für die Reputation aus einer Fortsetzung des Bestreitens einer Haftung zu vermeiden, auch wenn der Konzern der Auffassung ist, dass berechtigte Einwände gegen die Haftung bestehen. Dies kann auch geschehen, wenn die möglichen Folgen einer negativen Entscheidung in keinem angemessenen Verhältnis zu den Kosten eines Vergleichs stehen. Außerdem kann der Konzern aus ähnlichen Gründen Gegenparteien ihre Verluste auch in Situationen ersetzen, in denen er der Auffassung ist, dazu rechtlich nicht verpflichtet zu sein.

Laufende Einzelverfahren

Kartellrechtliche Verfahren zu Kreditausfall-Swaps. Am 1. Juli 2013 richtete die Europäische Kommission eine Mitteilung der Beschwerdepunkte („die Mitteilung“) an die Deutsche Bank, die Markit Group Limited (Markit), die International Swaps and Derivatives Association, Inc. (ISDA) sowie zwölf andere Banken. In dieser hat sie wettbewerbswidriges Verhalten gemäß Artikel 101 des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union (AEUV) sowie gemäß Artikel 53 des Abkommens über den Europäischen Wirtschaftsraum („EWR-Abkommen“) behauptet. Die Mitteilung legt vorläufige Schlussfolgerungen der Europäischen Kommission dar, denen zufolge (i) Versuche bestimmter Unternehmen, im Geschäft mit börsengehandelten ungedeckten Kreditderivaten tätig zu werden, durch unzulässiges kollektives Verhalten im Zeitraum 2006 bis 2009 vereitelt wurden und (ii) das Verhalten von Markit, der ISDA, Deutsche Bank und zwölf anderen Banken eine einzelne und fortgesetzte Verletzung von Artikel 101 AEUV und Artikel 53 EWR-Abkommen darstellte. Sollte die Europäische Kommission letztlich zu dem Ergebnis gelangen, dass eine Verletzung vorgelegen hat, könnte sie die Verhängung von Bußgeldern oder andere Maßnahmen gegen Markit, die Deutsche Bank, ISDA und zwölf andere Banken anstreben. Im Januar 2014 gab die Deutsche Bank eine Stellungnahme ab, in der sie die vorläufigen Schlussfolgerungen der Europäischen Kommission anficht. Die Deutsche Bank und andere Banken, an die die Mitteilung ergangen ist, haben die Kernelemente ihrer Stellungnahmen bei einer mündlichen Anhörung im Mai 2014 vorgetragen. Anschließend hat die Europäische Kommission angekündigt, eine weitere Untersuchung des Sachverhalts durchzuführen.

Zivilrechtliche Verfahren zu Kreditausfall-Swaps. Gegen die Deutsche Bank, zahlreiche andere Banken, die Kreditausfall-Swaps ausgegeben haben, sowie Markit und die ISDA sind derzeit distriktübergreifend als zivilrechtliche Sammelklagen bezeichnete Verfahren beim United States District Court for the Southern District of New York anhängig. Die Kläger reichten am 11. April 2014 eine zweite zusammengeführte und erweiterte Sammelklage ein, derzufolge die Banken mit Markit und der ISDA konspiriert hätten, um den Handel mit börsengehandelten Kreditausfall-Swaps zu verhindern und dadurch die Preise für außerbörslich gehandelte Kreditausfall-Swaps in die Höhe zu treiben. Die Kläger wollen natürliche und juristische Personen in den Vereinigten Staaten und anderen Ländern vertreten, die vom 1. Januar 2008 bis 31. Dezember 2013 direkt Kreditausfall-Swaps von den Beklagten in den Vereinigten Staaten gekauft oder dort an diese verkauft haben. Die Beklagten beantragten am 23. Mai 2014 die Abweisung der zweiten zusammengeführten und erweiterten Sammelklage. Am 4. September 2014 hat das Gericht dem Antrag auf Klageabweisung teilweise stattgegeben und ihn teilweise abgelehnt. Das Beweisverfahren (Discovery) zu den übrigen Klagen wird fortgesetzt.

Kreditkorrelationen. Einige Aufsichtsbehörden untersuchen das Handelsbuch für Kreditkorrelationsprodukte der Deutschen Bank sowie bestimmte Risiken in diesem Buch während der Kreditkrise. So werden beispielsweise die Methoden zur Bewertung der Handelsbuchpositionen sowie die Stabilität der Kontrollen überprüft, die für die Anwendung von Bewertungsmethoden maßgeblich sind. Die Deutsche Bank führt Gespräche mit Vertretern der SEC über die Einstellung der Untersuchungen in dieser Angelegenheit. Es kann jedoch nicht garantiert werden, dass eine solche Einstellung erfolgt.

Esch-Fonds-Rechtsstreitigkeiten. Sal. Oppenheim jr. & Cie. AG & Co. KGaA („Sal. Oppenheim") war vor dem Erwerb durch die Deutsche Bank in 2010 an der Vermarktung und Finanzierung von Beteiligungen an geschlossenen Immobilienfonds beteiligt. Diese Fonds waren als Personengesellschaften bürgerlichen Rechts in Deutschland organisiert. In der Regel führte die Josef Esch Fonds-Project GmbH die Planung und Projektentwicklung durch. Sal. Oppenheim war über ein Joint Venture indirekt an dieser Gesellschaft beteiligt. In Bezug darauf wurden zahlreiche zivilrechtliche Klagen gegen Sal. Oppenheim eingereicht. Einige dieser Klagen sind auch gegen ehemalige Geschäftsführer von Sal. Oppenheim und andere Personen gerichtet. Die gegen Sal. Oppenheim erhobenen Ansprüche betreffen Investitionen von ursprünglich rund 1,1 Mrd €. Die Investoren verlangen eine Rücknahme ihrer Beteiligung an dem Fonds und eine Haftungsfreistellung für mögliche Verluste und Schulden aus der Investition. Die Ansprüche basieren teilweise auf der Behauptung, Sal. Oppenheim habe nicht ausreichend über Risiken und andere wesentliche Aspekte informiert, die für die Anlageentscheidung wichtig gewesen seien. Auf Grundlage der Fakten der Einzelfälle haben manche Gerichte zugunsten und einige gegen Sal. Oppenheim entschieden. Berufungsverfahren sind anhängig.

Untersuchungen und Verfahren im Devisenhandel. Die Deutsche Bank hat weltweit Auskunftsersuchen von bestimmten Aufsichts- und Strafverfolgungsbehörden, die den Devisenhandel und andere Aspekte des Devisenmarkts untersuchen, erhalten. Die Bank kooperiert mit den Behörden hinsichtlich dieser Untersuchungen. Hierzu führt die Deutsche Bank eigene interne Untersuchungen des Devisenhandels und anderer Aspekte ihres Devisengeschäfts weltweit durch. Im Zusammenhang mit dieser Überprüfung hat die Bank, sofern entsprechende Tatsachen oder Umstände vorlagen, disziplinarische Maßnahmen gegen Mitarbeiter eingeleitet und wird dies auch künftig tun. Die Deutsche Bank ist auch Beklagte in drei als Sammelklage bezeichneten Verfahren, die beim United States District Court for the Southern District of New York angestrengt wurden und in denen auf Kartellrecht basierte Ansprüche im Zusammenhang mit der angeblichen Manipulation von Devisenkursen geltend gemacht werden. Zwei davon wurden von Nicht-US-Klägern und eines von US-amerikanischen Klägern angestrengt. Am 28. Januar 2015 gab der für die Sammelklagen zuständige Richter auf bundesstaatlicher Ebene dem Klageabweisungsantrag ohne Recht auf erneute Klageerhebung in den beiden Klagen seitens Nicht-US-Klägern statt, wies ihn jedoch für die Klage von US-amerikanischen Klägern ab.

Hochfrequenzhandel/Dark-Pool-Handel. Die Deutsche Bank hat von bestimmten Aufsichtsbehörden Auskunftsersuchen in Bezug auf den Hochfrequenzhandel und den Betrieb ihres alternativen Handelssystems („Dark Pool") SuperX erhalten. Die Bank kooperiert mit den Behörden hinsichtlich dieser Auskunftsersuchen. Die Deutsche Bank war zunächst Beklagte in als Sammelklage bezeichneten Verfahren, in denen mit Blick auf den Hochfrequenzhandel Verstöße gegen die US-amerikanischen Wertpapiergesetze geltend gemacht werden. In der am 2. September 2014 eingereichten zusammengeführten und erweiterten Klage haben die Kläger die Deutsche Bank jedoch nicht als Beklagte benannt.

Interbanken-Zinssatz. Die Deutsche Bank hat von verschiedenen Aufsichts- und Strafverfolgungsbehörden in Europa, Nordamerika und der Region Asien/Pazifik Auskunftsersuchen in Form von Subpoenas und Informationsanfragen erhalten. Diese stehen im Zusammenhang mit branchenweiten Untersuchungen bezüglich der Festsetzung der London Interbank Offered Rate (LIBOR), der Euro Interbank Offered Rate (EURIBOR), der Tokyo Interbank Offered Rate (TIBOR) und anderer Zinssätze im Interbankenmarkt. Die Deutsche Bank kooperiert mit den Behörden hinsichtlich dieser Untersuchungen.

Wie bereits bekannt gegeben, hat die Deutsche Bank am 4. Dezember 2013 als Teil eines Gesamtvergleichs mit der Europäischen Kommission eine Vereinbarung zum Abschluss der Untersuchungen bezüglich des wettbewerbswidrigen Verhaltens im Handel mit Euro-Zinssatz-Derivaten und Yen-Zinssatz-Derivaten erzielt. Im Rahmen des Vergleichs hat die Deutsche Bank zugestimmt, insgesamt 725 Mio € zu zahlen. Die Deutsche Bank bleibt dennoch in Bezug auf diese Benchmarks zivilrechtlichen Verfahren und weiteren aufsichtsbehördlichen Maßnahmen ausgesetzt.

Die Deutsche Bank wurde von bestimmten mit der Untersuchung dieser Angelegenheiten befassten Behörden informiert, dass gegen sie unter Umständen Verfahren hinsichtlich einiger der zu untersuchenden Sachverhalte vorgeschlagen werden. Die Bank befindet sich in Gesprächen mit den Behörden über eine mögliche Einstellung der Untersuchungen.

Zwischen Mitte 2012 und Herbst 2014 haben fünf Finanzinstitute zu jeweils unterschiedlichen Bedingungen Vergleichsvereinbarungen mit der britischen Financial Conduct Authority (zuvor Financial Services Authority), der US-amerikanischen Commodity Futures Trading Commission, dem US-Justizministerium (Department of Justice – „DOJ“) und anderen Aufsichtsbehörden abgeschlossen. Alle Vereinbarungen beinhalten hohe Geldstrafen und aufsichtsrechtliche Konsequenzen. So umfassten die Vergleiche dreier Finanzinstitute Vereinbarungen über die Aussetzung der Strafverfolgung durch das DOJ, wenn das entsprechende Finanzinstitut die jeweiligen Bedingungen der Vereinbarung erfüllt. Die beiden anderen Vergleichsvereinbarungen sehen vor, dass das DOJ auf Strafverfolgung gegen die Finanzinstitute verzichtet, wenn bestimmte Bedingungen eingehalten werden. Zusätzlich haben verbundene Unternehmen von zweien dieser Finanzinstitute zugestimmt, sich vor einem US-amerikanischen Gericht eines Vergehens im Zusammenhang mit vorgenannten Vorwürfen für schuldig zu erklären.

Gegen die Deutsche Bank und zahlreiche andere Banken wurde eine Reihe zivilrechtlicher Klagen einschließlich als Sammelklage bezeichneter Verfahren beim United States District Court for the Southern District of New York (SDNY) eingereicht. Alle bis auf zwei dieser Klagen wurden für Parteien eingereicht, die behaupten, sie hätten auf US-Dollar lautende LIBOR-bezogene Finanzderivate oder andere Finanzinstrumente gehalten oder mit diesen gehandelt und aufgrund angeblicher Absprachen oder Manipulationen der Beklagten bei der Festsetzung des US-Dollar-LIBOR-Zinssatzes Verluste erlitten. Mit einer Ausnahme werden alle zivilrechtlichen US-Dollar-LIBOR-Klagen, die beim SDNY anhängig sind, in einem distriktübergreifenden Rechtsstreit (US-Dollar LIBOR Multidistrict Litigation) behandelt. Im März 2013 wies das Gericht die Ansprüche, die auf Bundes- und Landeskartellrecht sowie dem Racketeer Influenced and Corrupt Organizations Act (RICO) basieren, und sechs erweiterte Klagen im Zusammenhang mit bestimmten Ansprüchen ab, die auf bundesstaatlichem Recht basieren. Bei den Klägern in dem als Sammelklage bezeichneten Verfahren handelt es sich um Anleiheinhaber, die zurzeit auf Basis einer Entscheidung des United States Supreme Court zur Zulässigkeit einer Berufung beim United States Court of Appeals for the Second Circuit Rechtsmittel gegen die Abweisung ihrer einzigen Klage (ein auf Bundeskartellrecht basierender Anspruch) in der US-Dollar LIBOR Multidistrict Litigation einlegen. Der District Court hat ferner die Anträge weiterer Kläger in der US-Dollar LIBOR Multidistrict Litigation, deren kartellrechtliche Ansprüche auf bundesstaatlichem Recht vom District Court abgewiesen oder deren Klagen vom District Court bis zur Entscheidung ihrer Berufungsklage vor dem Supreme Court ausgesetzt worden waren, zugelassen. Diese Kläger hatten beantragt, einer unmittelbaren Berufung in Bezug auf ihre kartellrechtlichen Ansprüche auf bundesstaatlichem Recht vor dem Second Circuit stattzugeben. (Der Second Circuit hat den Antrag einer getrennten Gruppe von Klägern abgelehnt, ihre Klage wiederaufzunehmen, die in 2013 ursprünglich vom Second Circuit als nicht fristgerecht erhoben abgewiesen worden war. Diese Klägergruppe hat nun erneut Rechtsmittel gegen die Klageabweisung eingelegt.) Zusätzliche Klagen wurden wegen des Vorwurfs der Manipulation des US-Dollar-LIBOR-Zinssatzes beim SDNY eingereicht, an das Gericht weitergeleitet oder verwiesen. Sie werden im Rahmen der vorgenannten US-Dollar LIBOR Multidistrict Litigation behandelt. Im Juni 2014 hat das Gericht eine Entscheidung erlassen, auf deren Grundlage die Kläger bestimmte Ansprüche unter dem Commodity Exchange Act (CEA) sowie bestimmte landesrechtliche Ansprüche und Ansprüche wegen ungerechtfertigter Bereicherung weiterverfolgen können. Zahlreiche in eigenem Namen handelnde Kläger (das heißt in nicht als Sammelklage bezeichneten Verfahren) haben erweiterte Klagen eingereicht. Die Parteien haben Anträge auf Klageabweisung vorbereitet. Kläger in dem von Hauseigentümern

und Kreditgebern angestrengten und als Sammelklage bezeichneten Verfahren haben ebenfalls erweiterte Klagen eingereicht. Die Parteien bereiten derzeit Anträge auf Klageabweisung vor. Auch die Bank hat Klageabweisungsanträge wegen fehlender persönlicher Zuständigkeit eingereicht. Diese beziehen sich auf Ansprüche von Klägern in als Sammelklage bezeichneten Verfahren, die behaupten, sie hätten mit auf US-Dollar lautenden LIBOR-bezogenen außerbörslichen oder börsengehandelten Finanzinstrumenten gehandelt. Eine einzelne zusätzliche US-Dollar-LIBOR-Klage ist beim SDNY anhängig. Über Anträge auf Klageabweisung wurde noch nicht entschieden. Die Bank wurde darüber hinaus als Beklagte in einer im Central District of California anhängigen US-Dollar-LIBOR-Klage benannt. Das Gericht hat dem Klageabweisungsantrag der Bank wegen fehlender persönlicher Zuständigkeit stattgegeben und ebenfalls die Ansprüche gegen die anderen Beklagten in dem Fall abgewiesen. Der Kläger hat Berufung beim United States Court of Appeals for the Ninth Circuit eingelegt.

Gegen die Deutsche Bank und andere Banken wurde eine Sammelklage wegen des Vorwurfs der Manipulation des Yen-LIBOR und Euroyen-TIBOR eingereicht. Am 28. März 2014 hat der SDNY den Klageabweisungsanträgen der Beklagten auf Grundlage des US-amerikanischen Bundeskartellrechts und der ungerechtfertigten Bereicherung stattgegeben. Gleichzeitig wurden jedoch die Anträge der Beklagten in Bezug auf Ansprüche unter dem CEA abgelehnt. Die von der Deutschen Bank und bestimmten anderen ausländischen Klägern eingereichten Anträge auf Verfahrenseinstellung aufgrund fehlender persönlicher Zuständigkeiten sind noch bei Gericht anhängig und das Beweisverfahren (Discovery) wird bis 7. April 2015 ausgesetzt. Gegen die Deutsche Bank wurde ebenfalls ein als Sammelklage bezeichnetes Verfahren wegen des Vorwurfs der Manipulation des EURIBOR angestrengt. Das Gericht hat einem Antrag auf Aussetzung des Beweisverfahrens bis 12. Mai 2015 stattgegeben. Die Frist für eine Stellungnahme der Beklagten wurde vorbehaltlich einer Erweiterung der Klage ausgesetzt. Die Schadensersatzforderungen in diesen Rechtsfällen wurden auf verschiedene Rechtsgrundlagen gestützt, einschließlich der Verletzung des CEA, kartellrechtlicher Vorschriften der Bundesstaaten und der USA, des RICO sowie anderer Bundes- und einzelstaatlicher Gesetze.

Kirch. Im Zusammenhang mit dem Kirch-Verfahren ermittelte und ermittelt die Staatsanwaltschaft München I weiterhin gegen mehrere ehemalige Vorstandsmitglieder der Deutsche Bank AG sowie gegen die aktuellen Vorstandsmitglieder Jürgen Fitschen und Dr. Stephan Leithner. Das Kirch-Verfahren umfasste mehrere zivilrechtliche Verfahren zwischen der Deutschen Bank AG und Dr. Leo Kirch beziehungsweise dessen Medienunternehmen. Die zentrale Streitfrage in den Zivilverfahren war, ob der damalige Sprecher des Vorstands der Deutsche Bank AG, Dr. Rolf Breuer, durch seine Äußerungen in einem Interview mit dem Fernsehsender Bloomberg im Jahre 2002 die Insolvenz der Kirch Unternehmensgruppe herbeigeführt habe. In diesem Interview äußerte sich Dr. Rolf Breuer zu der mangelnden Finanzierungsmöglichkeit der Kirch Unternehmensgruppe. Im Februar 2014 schlossen die Deutsche Bank und die Erben von Dr. Leo Kirch einen umfangreichen Vergleich, der sämtliche Rechtsstreitigkeiten zwischen den Parteien beendete.

Das Ermittlungsverfahren gegen Jürgen Fitschen und mehrere ehemalige Vorstandsmitglieder ist abgeschlossen. Anfang August 2014 hat die Staatsanwaltschaft Anklage beim Landgericht München erhoben. Die Staatsanwaltschaft hat die Anordnung der Nebenbeteiligung der Deutschen Bank in Bezug auf eine mögliche Ordnungswidrigkeit gemäß § 30 OWiG beantragt. Die Anklageschrift wurde den ehemaligen Vorstandsmitgliedern, Jürgen Fitschen und der Deutsche Bank AG im September 2014 zugestellt. Am 2. März 2015 hat das Landgericht München die Anklage zugelassen und das Hauptverfahren gegen alle Angeschuldigten eröffnet. Des Weiteren wurde die Nebenbeteiligung der Deutsche Bank AG angeordnet.

Die Ermittlungen gegen Dr. Stephan Leithner dauern noch an.

Die Staatsanwaltschaft wirft den derzeitigen Vorstandsmitgliedern vor, versäumt zu haben, Tatsachenbehauptungen, die von den für die Deutsche Bank in dem Kirch-Verfahren tätigen Rechtsanwälten in Schriftsätzen an das Oberlandesgericht München und den Bundesgerichtshof vorgebracht wurden, rechtzeitig zu korrigieren, nachdem sie angeblich Kenntnis erlangt hatten, dass diese Ausführungen nicht korrekt gewesen sein sollen. Nach deutschem Recht haben die Parteien eines Zivilverfahrens die Pflicht, dafür Sorge zu tragen, dass alle vor Gericht abgegebenen Erklärungen über tatsächliche Umstände vollständig sind und der Wahrheit entspre-

chen. Die Verfahren gegen Jürgen Fitschen und Dr. Stephan Leithner werden geführt, weil ihnen – im Gegensatz zu ihren derzeitigen Vorstandskollegen – vorgeworfen wird, dass sie Spezialwissen oder -verantwortung im Zusammenhang mit dem Kirch-Verfahren gehabt haben sollen. Das Verfahren gegen die ehemaligen Vorstandsmitglieder beruht auf dem Vorwurf, dass diese vor dem Oberlandesgericht München falsch ausgesagt haben sollen.

Der Aufsichtsrat und der Vorstand der Deutschen Bank AG haben Gutachten von einer internationalen Rechtsanwaltskanzlei sowie von einem ehemaligen Präsidenten eines führenden deutschen Berufungsgerichts eingeholt. Diese kommen zu dem Ergebnis, dass für die strafrechtlichen Vorwürfe der Staatsanwaltschaft gegen Jürgen Fitschen und Dr. Stephan Leithner keine Grundlage besteht. Die Deutsche Bank kooperiert vollumfänglich mit der Staatsanwaltschaft.

Auflösung einer Position auf den KOSPI-Index. Nachdem der Korea Composite Stock Price Index 200 („KOSPI 200“) während der Schlussauktion am 11. November 2010 um rund 2,7 % gefallen war, leitete die koreanische Finanzdienstleistungsaufsicht („FSS“) eine Untersuchung ein und äußerte die Sorge, der Fall des KOSPI 200 sei darauf zurückzuführen, dass die Deutsche Bank einen Aktienkorb im Wert von rund 1,6 Mrd € verkauft hatte, der Teil einer Indexarbitrage-Position auf den KOSPI 200 gewesen war. Am 23. Februar 2011 prüfte die koreanische Finanzdienstleistungskommission (Korean Financial Services Commission), die die Arbeit der FSS beaufsichtigt, die Ermittlungsergebnisse und Empfehlungen der FSS und beschloss, folgende Maßnahmen zu ergreifen: (i) Erstatten von Strafanzeige bei der südkoreanischen Staatsanwaltschaft gegen fünf Mitarbeiter des Deutsche Bank-Konzerns wegen des Verdachts auf Marktmanipulation und gegen die Deutsche-Bank-Tochtergesellschaft Deutsche Securities Korea Co. („DSK“) wegen Haftung für fremdes Verschulden sowie (ii) Verhängen eines sechsmonatigen Eigenhandelsverbots zwischen 1. April 2011 und 30. September 2011 gegen die DSK, das sich auf den Handel mit Aktien am Kassamarkt und mit börsengehandelten Derivaten sowie auf den Aktien-Kassahandel über DMA-Systeme (Direct Market Access) erstreckte, und Verpflichtung der DSK, einen bestimmten Beschäftigten für sechs Monate zu suspendieren. Eine Ausnahme vom Eigenhandelsverbot wurde insofern gewährt, als es der DSK weiterhin erlaubt sein sollte, Liquidität für bestehende an Derivate gekoppelte Wertpapiere bereitzustellen. Am 19. August 2011 teilte die koreanische Staatsanwaltschaft ihre Entscheidung mit, gegen die DSK und vier Mitarbeiter des Deutsche Bank-Konzerns wegen mutmaßlicher Spot-/Futures-Marktmanipulationen Klage zu erheben. Das Strafverfahren hat im Januar 2012 begonnen. Ein Urteil in dieser Strafsache gegen die DSK und eine der vier Einzelpersonen könnte im Lauf des Jahres 2015 ergehen. Darüber hinaus strengten Parteien, die behaupten, durch den Fall des KOSPI 200 am 11. November 2010 Verluste erlitten zu haben, vor koreanischen Gerichten eine Vielzahl von zivilrechtlichen Verfahren gegen die Deutsche Bank und die DSK an. Die Kläger machen Schadensersatzforderungen von insgesamt rund 250 Mio € (zum aktuellen Umrechnungskurs) zuzüglich Zinsen und Kosten geltend. Diese Verfahren befinden sich in unterschiedlichen Phasen. Bei einigen könnte im Jahresverlauf 2015 eine Entscheidung fallen.

Verfahren im Zusammenhang mit Hypothekenkrediten und Asset Backed Securities. Die Deutsche Bank AG und einige ihrer verbundenen Unternehmen (zusammen in diesen Absätzen die „Deutsche Bank“) haben förmliche Auskunftsersuchen in Form von Subpoenas und Informationsanfragen von Aufsichts- und Regierungsbehörden erhalten, einschließlich Mitgliedern der Residential Mortgage-Backed Securities Working Group der US Financial Fraud Enforcement Task Force. Diese Auskunftsersuchen beziehen sich auf ihre Aktivitäten bei der Ausreichung, dem Erwerb, der Verbriefung, dem Verkauf von und/oder dem Handel mit Hypothekenkrediten, durch Grundpfandrechte auf Wohnimmobilien besicherten Wertpapieren (Residential Mortgage Backed Securities – RMBS), durch Grundpfandrechte auf Gewerbeimmobilien besicherten Wertpapieren (Commercial Mortgage Backed Securities – CMBS), forderungsbesicherten Schuldverschreibungen (Collateralized Debt Obligations – CDOs), Asset Backed Securities (ABS) und Kreditderivaten. Die Deutsche Bank kooperiert in Bezug auf diese Auskunftsersuchen und Informationsanfragen in vollem Umfang mit den Behörden.

Die Deutsche Bank ist Beklagte in einer vom US-Bundesstaat Virginia erhobenen Zivilklage, in der Ansprüche wegen Betrugs und Verstoßes gegen den Virginia Fraud Against Taxpayers Act geltend gemacht werden, nachdem der Rentenfonds des Staates Virginia (Virginia Retirement System – VRS) durch die Deutsche Bank emittierte oder garantierte RMBS gekauft hatte. Die Deutsche Bank ist eines von dreizehn als Beklagte benannten Finanzinstituten. In der Klageschrift werden die von den Beklagten jeweils geforderten Entschädigungssummen nicht detailliert angegeben, jedoch Schadensersatzansprüche von insgesamt 1,15 Mrd US-$ geltend gemacht. Die Klageschrift wurde ursprünglich von einer Privatperson versiegelt eingereicht. Nachdem der Attorney General des US-Bundesstaates von Virginia beschlossen hatte, der Klage beizutreten, wurde sie am 16. September 2014 entsiegelt. Der Fall befindet sich noch in einem frühen Stadium, und die Deutsche Bank ficht die Behauptung des VRS an, dass das Gericht des Bundesstaates Virginia persönlich für die Angelegenheit zuständig ist.

Die Deutsche Bank wurde als Beklagte in diversen anderen zivilrechtlichen Verfahren im Zusammenhang mit ihren unterschiedlichen Rollen einschließlich als Emittent und Platzeur von RMBS und anderen ABS benannt. Zu diesen im Folgenden beschriebenen Verfahren gehören als Sammelklagen bezeichnete Verfahren, Klagen von einzelnen Erwerbern der Wertpapiere und Klagen von Treuhändern im Namen von RMBS-Treuhandvermögen. Obwohl sich die Vorwürfe in den einzelnen Verfahren unterscheiden, wird allgemein behauptet, dass die Angebotsprospekte der RMBS in wesentlichen Aspekten hinsichtlich der Prüfungsstandards bei Ausreichung der zugrunde liegenden Hypothekenkredite unrichtig oder unvollständig gewesen seien oder verschiedene Zusicherungen und Gewährleistungen in Bezug auf die Darlehen bei Ausreichung verletzt worden seien.

Die Deutsche Bank ist Beklagte in als Sammelklage bezeichneten Verfahren, die sich auf ihre Rolle und die anderer Finanzinstitute als Platzeure bestimmter von der IndyMac MBS, Inc. begebener RMBS beziehen. Am 8. September 2014 vereinbarten die Deutsche Bank und bestimmte weitere Finanzinstitute als Beklagte sowie die Hauptkläger, das Verfahren mit einem Vergleich beizulegen. Am 30. September 2014 erging ein gerichtlicher Entscheid zur Genehmigung und Bekanntmachung des Vergleichs. Am 23. Februar 2015 erließ das Gericht eine Anordnung, wonach der Vergleich genehmigt und die Klage abgewiesen ist. Laut Vergleichsvereinbarung haben die Beklagten insgesamt 340 Mio US-$ gezahlt. Die von der Deutschen Bank anteilig zu leistende Vergleichszahlung ist nicht wesentlich.

Die Deutsche Bank ist Beklagte in einem als Sammelklage bezeichneten Verfahren, das sich auf ihre Rolle und die anderer Finanzinstitute als Platzeure bestimmter von der Novastar Mortgage Corporation begebener RMBS bezieht. Am 4. Februar 2015 hob das Gericht per Urteil seine frühere Entscheidung auf, mit der fünf der sechs RMBS-Angebote von der Klage ausgeschlossen worden waren. Das Gericht ordnete an, dass die Kläger ihre Klage um die zuvor abgewiesenen Angebote erweitern. Das Beweisverfahren (Discovery), das während des laufenden Antrags der Kläger ausgesetzt worden war, wird nun wieder aufgenommen.

Am 18. Dezember 2013 wies der United States District Court for the Southern District of New York die Ansprüche gegen die Deutsche Bank in einem als Sammelklage bezeichneten Verfahren in Bezug auf die von der Residential Accredit Loans, Inc. und ihren verbundenen Unternehmen begebenen RMBS ab.

Die Deutsche Bank ist Beklagte in verschiedenen nicht als Sammelklage bezeichneten Verfahren und Schiedsverfahren, die von angeblichen Käufern von RMBS, Gegenparteien in Geschäften mit RMBS und mit ihnen verbundenen Unternehmen einschließlich Aozora Bank, Ltd., Commerzbank AG, Federal Deposit Insurance Corporation (als Verwalterin für Colonial Bank, Franklin Bank S.S.B., Guaranty Bank, Citizens National Bank and Strategic Capital Bank), Federal Home Loan Bank of Boston, Federal Home Loan Bank of San Francisco, Federal Home Loan Bank of Seattle, HSBC Bank USA, National Association (als Treuhänder für bestimmte RMBS-Treuhandvermögen), Knights of Columbus, Mass Mutual Life Insurance Company, Phoenix Light SF Limited (als angeblicher Zessionar von Ansprüchen von Zweckgesellschaften, die von der WestLB AG entweder geschaffen oder geführt werden), Royal Park Investments (als angeblicher Zessionar von Ansprüchen von Zweckgesellschaften, die geschaffen wurden, um bestimmte Vermögenswerte der Fortis Bank zu erwerben), Sealink Funding Ltd. (als angeblicher Zessionar von Ansprüchen von Zweckgesellschaften, die von

der Sachsen Landesbank und ihren Beteiligungen entweder geschaffen oder geführt werden), Texas County & District Retirement System und The Charles Schwab Corporation eingeleitet wurden.

Am 17. November 2014 stimmte Assured Guaranty Municipal Corporation in einer vertraulichen Vergleichsvereinbarung vom 6. November 2014 zu, die gegen die Deutsche Bank eingereichte Klage ohne Recht auf erneute Klageerhebung zurückzuziehen. Im Gegenzug sagte die Deutsche Bank zu, die Ansprüche Dritter, die sie in dieser Klage gegen Greenpoint Mortgage Funding, Inc. geltend gemacht hatte, rechtskräftig zurückzuziehen. Die finanziellen Nettoauswirkungen des Vergleichs waren nicht wesentlich für die Deutsche Bank.

Am 15. Dezember 2014 hat die Landesbank Baden-Württemberg auf Grundlage einer am 9. Dezember 2014 getroffenen vertraulichen Vergleichsvereinbarung zugestimmt, dass die gegen die Deutsche Bank eingereichte Klage ohne Recht auf erneute Klageerhebung eingestellt wird. Die finanziellen Bedingungen des Vergleichs sind nicht wesentlich für die Deutsche Bank.

Am 18. Dezember 2014 wurde eine Vereinbarung eingereicht, gemäß der Ansprüche gegen die Deutsche Bank endgültig abgewiesen wurden, die Mass Mutual Life Insurance Company im Zusammenhang mit Angeboten seitens mit Countrywide verbundener Unternehmen geltend gemacht hatte. Nach Dafürhalten der Deutschen Bank wurde die Klage in Bezug auf diese Angebote infolge einer vertraulichen Vergleichsvereinbarung abgewiesen, an der die Deutsche Bank nicht beteiligt war. Die Deutsche Bank ist weiterhin Beklagte in einem getrennten Verfahren, das Mass Mutual Life Insurance Company zu Zertifikaten angestrengt hat, die nicht von mit Countrywide verbundenen Unternehmen begeben wurden.

Am 14. Januar 2015 gab das Gericht dem Antrag der Deutschen Bank auf Abweisung der Klage seitens Aozora Bank, Ltd. in Bezug auf eine forderungsbesicherte Schuldverschreibung (Collateralized Debt Obligation – CDO) der Blue Edge ABS CDO Ltd. statt. Am 17. Februar 2015 reichte Aozora Bank, Ltd. einen Antrag ein, die Klage erneut zu verhandeln oder eine erweiterte Klage einzureichen. Gegen diesen Antrag hat die Deutsche Bank Einspruch eingelegt. Die Deutsche Bank ist weiterhin gemeinsam mit der UBS AG und verbundenen Unternehmen Beklagte in einem von der Aozora Bank angestrengten Verfahren in Bezug auf eine CDO der Brooklyn Structured Finance CDO, Ltd. Hier ist ein Antrag auf Klageabweisung aktuell vor Gericht anhängig.

In einer vertraulichen Vergleichsvereinbarung vom 15. Januar 2015 stimmten John Hancock Life Insurance Company (U.S.A.) und damit verbundene Unternehmen zu, die gegen die Deutsche Bank eingereichte Klage ohne Recht auf erneute Klageerhebung einzustellen. Die finanziellen Bedingungen des Vergleichs sind nicht wesentlich für die Deutsche Bank.

Am 22. Januar 2015 stimmte die Federal Home Loan Bank of San Francisco gemäß einer vertraulichen Vergleichsvereinbarung mit der Deutschen Bank vom 14. Januar 2015 zu, Ansprüche, die sie gegen die Deutsche Bank in Bezug auf sieben RMBS-Angebote geltend gemacht hatte, ohne Recht auf erneute Klageerhebung fallen zu lassen.

Am 26. Januar 2015 erließ die Federal Home Loan Bank of San Francisco gemäß einer vertraulichen Vergleichsvereinbarung zwischen der Federal Home Loan Bank of San Francisco und Countrywide die Anweisung, laut der ihre Ansprüche gegen die Deutsche Bank in Bezug auf 15 Angebote von mit Countrywide verbundenen Unternehmen rechtskräftig eingestellt werden. Nach Dafürhalten der Deutschen Bank wurde die Klage in Bezug auf diese 15 Angebote infolge einer vertraulichen Vergleichsvereinbarung abgewiesen, an der die Deutsche Bank nicht beteiligt war. Die Deutsche Bank ist nach wie vor Beklagte in einem Verfahren zu einem RMBS-Angebot und zwei Angeboten, die als Weiterverbriefung von RMBS-Zertifikaten beschrieben wurden. Die Klage befindet sich im Stadium des Beweisverfahrens (Discovery).

Die Deutsche Bank und Monarch Alternative Capital LP sowie bestimmte von dessen Beratungskunden und verwaltete Investmentvehikel (Monarch) einigten sich am 18. Dezember 2014 darauf, der HSBC Bank USA, National Association (HSBC) eine Vergleichsvereinbarung zur Beilegung von Rechtsstreitigkeiten zu drei RMBS-Treuhandvermögen anzubieten. Gemäß der Vereinbarung mit Monarch forderte das Investmentvehikel, dass HSBC eine Abstimmung unter den Zertifikateinhabern jedes Treuhandvermögens durchführt, um deren Zustimmung oder Ablehnung zu dem vorgeschlagenen Vergleich zu erfragen. HSBC hat die jeweiligen Zertifikateinhaber über die vorgeschlagenen Vergleichsvereinbarungen in Kenntnis gesetzt und sie informiert, dass das Unternehmen zurzeit eine Überprüfung der vorgeschlagenen Vereinbarungen durchführt sowie beabsichtigt, in Kürze Mitteilungen zu den vorgeschlagenen Vereinbarungen an die Zertifikateinhaber zu schicken. Sollten eine oder mehrere Vergleichsvereinbarungen zustande kommen, würde ein wesentlicher Teil der von der Deutschen Bank gezahlten Vergleichsgelder von einer nicht an dem Verfahren beteiligten Drittpartei zurückerstattet. Die wirtschaftlichen Nettoauswirkungen des Vergleichs sind nicht wesentlich für die Deutsche Bank.

In den Klagen gegen die Deutsche Bank allein wegen ihrer Rolle als Platzeur von RMBS anderer Emittenten hat die Bank vertragliche Ansprüche auf Freistellung. Diese können sich jedoch in Fällen, in denen die Emittenten insolvent oder anderweitig nicht zahlungsfähig sind oder werden, als ganz oder teilweise nicht durchsetzbar erweisen.

Die Deutsche Bank hat mit einigen juristischen Personen, die Klagen gegen die Deutsche Bank im Zusammenhang mit verschiedenen Angeboten von RMBS und ähnlichen Produkten angedroht haben, Vereinbarungen über einen Verjährungsverzicht abgeschlossen. Es ist möglich, dass diese potenziellen Klagen eine wesentliche Auswirkung auf die Deutsche Bank haben. Zusätzlich hat die Deutsche Bank mit einigen dieser juristischen Personen Vergleiche abgeschlossen, deren finanzielle Bedingungen nicht wesentlich für die Deutsche Bank sind.

Die Deutsche Bank National Trust Company („DBNTC“) und die Deutsche Bank Trust Company Americas („DBTCA“) wurden in Bezug auf ihre Rollen als Treuhänder für bestimmte RMBS-Treuhandvermögen in einem Zivilverfahren von Investoren verklagt. Am 18. Juni 2014 erhob eine Gruppe von Investoren eine Zivilklage gegen die DBNTC und DBTCA vor dem New York State Supreme Court, vorgeblich im Namen und zugunsten von 544 im Private-Label-Verfahren verwalteten RMBS-Treuhandvermögen. Dabei werden Ansprüche wegen der behaupteten Verletzung des Trust Indenture Act von 1939 (TIA), Vertragsbruchs, des Verstoßes gegen treuhänderische Verpflichtungen und Fahrlässigkeit seitens der DBNTC und DBTCA wegen der angeblichen Nichterfüllung ihrer Pflichten als Treuhänder für die Treuhandvermögen geltend gemacht. Die Kläger haben inzwischen ihre Klage vor dem State Court zurückgezogen und eine erweiterte Klage beim U.S. District Court for the Southern District of New York eingereicht. Ebenfalls am 18. Juni 2014 strengte Royal Park Investments SA/NV gegen die DBNTC ein als Sammelklage bezeichnetes Verfahren im Namen von Investoren in 10 RMBS-Treuhandvermögen an. Bei dem Verfahren, das vor dem U.S. District Court for the Southern District of New York anhängig ist, werden Ansprüche wegen behaupteter Verstöße gegen den TIA, Vertragsbruchs sowie Vertrauensbruchs aufgrund der angeblichen Nichterfüllung treuhänderischer Pflichten seitens der DBNTC gegenüber den Treuhandvermögen geltend gemacht. Die DBNTC beantragte die Abweisung der Klage. Am 7. November 2014 reichte das National Credit Union Administration Board als Investor in 121 RMBS-Treuhandvermögen eine Klage geben DBNTC als Treuhänder dieser Vermögen beim U.S. District Court for the Southern District of New York ein. Darin wird der DBNTC wegen der behaupteten Nichterfüllung angeblicher gesetzlicher und vertraglicher Verpflichtungen die Verletzung des TIA und des New York Streit Act vorgeworfen. Am 23. Dezember 2014 reichten bestimmte CDO-Investmentvehikel, die von 21 RMBS-Treuhandvermögen begebene RMBS-Zertifikate halten, eine Klage gegen die DBNTC als Treuhänder der Vermögen

vor dem U.S. District Court for the Southern District of New York ein. Darin wurden Ansprüche wegen der Verletzung des TIA und Streit Act, Vertragsbruchs, des Verstoßes gegen treuhänderische Verpflichtungen, Fahrlässigkeit, grober Fahrlässigkeit und fahrlässiger Falschangaben und der angeblichen Nichterfüllung der Pflichten als Treuhänder der Vermögen geltend gemacht.

Untersuchungen und Rechtsstreitigkeiten im Bereich Edelmetalle. Die Deutsche Bank hat von bestimmten Aufsichts- und Strafverfolgungsbehörden Auskunftsersuchen in Bezug auf den Handel mit und einige andere Aspekte zu Edelmetallen erhalten. Die Bank kooperiert mit den Behörden hinsichtlich dieser Untersuchungen. In diesem Zusammenhang führt die Deutsche Bank eigene Untersuchungen zum Handel mit Edelmetallen und anderen Aspekten ihres Edelmetallgeschäfts durch. Die Deutsche Bank ist auch Beklagte in verschiedenen als Sammelklage bezeichneten Verfahren vor dem United States District Court for the Southern District of New York, in denen die Verletzung kartellrechtlicher Bestimmungen der USA und des U.S. Commodity Exchange Act aufgrund angeblicher Manipulationen bei der Ermittlung des Gold- und Silberpreises über das Londoner Gold- und Silberfixing behauptet wird.

Unangemessene Einstellungspraktiken. Einige Aufsichtsbehörden untersuchen zurzeit unter anderem, inwieweit die Deutsche Bank bei der Einstellung von Kandidaten, die von bestehenden oder potenziellen Kunden und Staatsbediensteten empfohlen worden waren, sowie bei der Beauftragung von Beratern in der Region Asien-Pazifik den Foreign Corrupt Practices Act und andere Gesetze eingehalten hat. Die Deutsche Bank liefert die erforderlichen Informationen und kooperiert auch weiterhin bei diesen Untersuchungen.

US-Embargo. Die Deutsche Bank hat seitens bestimmter Aufsichts- und Strafverfolgungsbehörden Informationsanfragen hinsichtlich ihrer historischen Abwicklung von Zahlungsaufträgen in US-Dollar erhalten, die sie durch US-amerikanische Finanzinstitute für Vertragsparteien aus Ländern abgewickelt hat, die US-Embargos unterlagen. Die Anfragen richten sich darauf, ob diese Abwicklung mit US-amerikanischem Bundes- und Landesrecht in Einklang standen. In 2006 hat die Deutsche Bank freiwillig entschieden, dass sie keine US-Dollar-Geschäfte mit Kontrahenten im Iran und Sudan, in Nordkorea und auf Kuba sowie mit einigen syrischen Banken tätigen wird. Ferner hat sie beschlossen, aus US-Dollar-Geschäften mit diesen Kontrahenten auszusteigen, soweit dies rechtlich zulässig ist. In 2007 hat die Deutsche Bank entschieden, dass sie kein Neugeschäft in jeglicher Währung mit Kontrahenten im Iran und Sudan sowie in Syrien und Nordkorea eingehen wird beziehungsweise aus dem bestehenden Geschäft in allen Währungen mit diesen Kontrahenten auszusteigen, soweit dies rechtlich zulässig ist. Darüber hinaus hat sie beschlossen, ihr Nicht-US-Dollar-Geschäft mit Kontrahenten auf Kuba zu beschränken. Die Deutsche Bank stellt Informationen zur Verfügung und kooperiert in jeder Hinsicht mit den Ermittlungsbehörden.

30 – Kreditzusagen und Eventualverbindlichkeiten

Der Konzern übernimmt generell im Auftrag seiner Kunden unwiderrufliche Kreditzusagen, unter anderem auch Fronting Commitments, sowie ausleihebezogene Eventualverbindlichkeiten, die sich aus Finanz- und Vertragserfüllungsbürgschaften, Akkreditiven und Kredithaftungen zusammensetzen. Gemäß diesen Verträgen ist der Konzern verpflichtet, entweder einer Vereinbarung entsprechend zu handeln oder Zahlungen an einen Begünstigten zu leisten, wenn ein Dritter seinen Verpflichtungen nicht nachkommt. Der Konzern weiß nicht im Detail, ob, wann und in welcher Höhe eine Inanspruchnahme aus diesen Haftungsverhältnissen erfolgt. Für den Fall, dass der Konzern Zahlungen an einen Begünstigten von Fronting Commitments zu leisten hat, würde der Konzern sofort seine Rückgriffforderung an die anderen Kreditgeber des Konsortiums stellen. Die oben genannten Verträge werden jedoch berücksichtigt, indem der Konzern das Kreditrisiko überwacht. Zudem verlangt er gegebenenfalls Sicherheiten, um inhärente Kreditrisiken zu reduzieren. Ergeben sich aus der Überwachung des Kreditrisikos hinreichende Erkenntnisse, dass ein Verlust aus einer Inanspruchnahme zu erwarten ist, wird eine Rückstellung gebildet und in der Bilanz ausgewiesen.

Die nachfolgende Tabelle zeigt die unwiderruflichen Kreditzusagen und ausleihebezogenen Eventualverbindlichkeiten ohne Berücksichtigung von Sicherheiten und in der Bilanz ausgewiesenen Rückstellungen. Außerdem sind in der Tabelle die Maximalbeträge enthalten, die vom Konzern zu zahlen sind, falls alle diese Verpflichtungen erfüllt werden müssten. Die Tabelle bildet nicht die zukünftig aus diesen Verpflichtungen zu erwartenden Zahlungsabflüsse ab, da viele auslaufen, ohne dass sie in Anspruch genommen werden. Die Inanspruchnahmen, die durch die Auftraggeber oder Erlöse aus der Sicherheitenverwertung ausgeglichen werden, sind ebenfalls nicht in der Tabelle enthalten.

Unwiderrufliche Kreditzusagen und ausleihebezogene Eventualverbindlichkeiten

in Mio €	31.12.2014	31.12.2013
Unwiderrufliche Kreditzusagen	154.446	137.202[1]
Eventualverbindlichkeiten	62.087	65.630
Insgesamt	**216.533**	202.832

[1] In 2014 wurden die Vorjahreswerte um 10,5 Mrd € angepasst, um Fronting Commitments einzubeziehen, die irrtümlicherweise nicht in vorherigen Veröffentlichungen enthalten waren.

Unterstützung durch die öffentliche Hand

Der Konzern beantragt und erhält regelmäßig Unterstützung durch die öffentliche Hand über Gewährleistungen durch Exportversicherungen (Export Credit Agencies; nachstehend „ECAs“). Diese decken Transfer- und Ausfallrisiken aus der Finanzierung von Exporten und Investitionen in Wachstumsmärkte und seltener in entwickelte Märkte ab, die der Bereich Structured Trade & Export Finance und kurz-/mittelfristiges Trade Finance Geschäft betreut. Nahezu alle exportorientierten Staaten haben solche ECAs zur Unterstützung ihrer inländischen Exporteure gegründet. Die ECAs handeln im Namen und Auftrag der Regierung ihres jeweiligen Landes und werden entweder direkt als Regierungsstelle eingerichtet oder haben als privatrechtliche Gesellschaften das offizielle Mandat des jeweiligen Staates, in dessen Auftrag zu handeln. Die Bedingungen dieser ECA-Gewährleistungen für kurz-, mittel- und langfristige Finanzierungen unterscheiden sich kaum voneinander, da sich die meisten ECAs an den Konsensus der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) halten. Im OECD-Konsensus, einer zwischenstaatlichen Vereinbarung der OECD-Mitgliedsstaaten, sind Richtgrößen festgelegt, die dazu dienen sollen, einen fairen Wettbewerb zwischen den verschiedenen Exportländern sicherzustellen.

In einigen Ländern werden für ECA-gedeckte Finanzierungen zweckbestimmte Refinanzierungsprogramme mit staatlicher Unterstützung angeboten. In ausgewählten Fällen macht der Konzern von diesen Programmen Gebrauch. Bei bestimmten Finanzierungen erhält er als Sicherheiten auch staatliche Garantien von nationalen und internationalen Regierungseinrichtungen, um Finanzierungen im Interesse der jeweiligen Regierungen zu unterstützen. Die meisten ECA-Gewährleistungen erhielt der Konzern entweder von der Euler Hermes Kreditversicherungs-AG, die im Auftrag der Bundesrepublik Deutschland tätig ist, oder von der Commodity Credit Corporation, die im Auftrag der Vereinigten Staaten handelt.

31 – Sonstige kurzfristige Geldaufnahmen

in Mio €	31.12.2014	31.12.2013
Sonstige kurzfristige Geldaufnahmen:		
Commercial Paper	14.787	20.852
Sonstige	28.144	38.915
Summe der sonstigen kurzfristigen Geldaufnahmen	**42.931**	59.767

32 – Langfristige Verbindlichkeiten und hybride Kapitalinstrumente

Langfristige Verbindlichkeiten des Konzerns, gegliedert nach der frühestmöglichen vertraglichen Fälligkeit

in Mio €	Fällig in 2015	Fällig in 2016	Fällig in 2017	Fällig in 2018	Fällig in 2019	Fällig nach 2019	Insgesamt 31.12.2014	Insgesamt 31.12.2013
Vorrangige Verbindlichkeiten:								
Anleihen und Schuldverschreibungen:								
mit fester Verzinsung	15.155	11.887	15.733	6.288	9.344	26.389	84.795	76.953
mit variabler Verzinsung	7.174	6.337	5.131	3.129	6.514	6.365	34.651	26.503
Nachrangige Verbindlichkeiten:								
Anleihen und Schuldverschreibungen:								
mit fester Verzinsung	705	500	1	70	28	1.385	2.689	3.022
mit variabler Verzinsung	1.039	0	0	50	20	1.248	2.358	4.557
Sonstige	1.666	5.495	1.615	2.110	1.224	8.234	**20.344**	22.047
Summe der langfristigen Verbindlichkeiten	25.739	24.219	22.480	11.647	17.130	43.622	**144.837**	133.082

In den Geschäftsjahren 2014 und 2013 war der Konzern mit keiner seiner Tilgungs- oder Zinszahlungen in Verzug und kam allen Verpflichtungen nach.

Hybride Kapitalinstrumente[1]

in Mio €	31.12.2014	31.12.2013
mit fester Verzinsung	8.662	8.613
mit variabler Verzinsung	1.912	3.313
Summe der hybriden Kapitalinstrumente	**10.573**	11.926

[1] Finanzinstrumente ohne festgelegtes Fälligkeitsdatum, die im Ermessen des Konzerns zu bestimmten Zeitpunkten in der Zukunft getilgt werden können.

33 – Fälligkeitsanalyse der frühestmöglichen undiskontierten vertraglichen Cashflows finanzieller Verpflichtungen

					31.12.2014
in Mio €	Täglich fällig	Bis 3 Monate	Mehr als 3 Monate bis 1 Jahr	Mehr als 1 Jahr bis 5 Jahre	Mehr als 5 Jahre
Unverzinsliche Einlagen	160.733	0	0	0	0
Verzinsliche Einlagen	138.030	160.290	51.183	13.855	12.503
Handelspassiva[1]	41.843	0	0	0	0
Negative Marktwerte aus derivativen Finanzinstrumenten[1]	610.202	0	0	0	0
Zum beizulegenden Zeitwert klassifizierte finanzielle Verpflichtungen	29.752	12.543	4.292	3.947	6.696
Investmentverträge[2]	0	91	847	1.586	5.999
Negative Marktwerte aus derivativen Finanzinstrumenten, die die Anforderungen an Sicherungsgeschäfte erfüllen[3]	0	282	636	1.543	2.602
Verbindlichkeiten aus übertragenen Zentralbankeinlagen	986	0	0	0	0
Verbindlichkeiten aus Wertpapierpensionsgeschäften (Repos)	3.696	4.964	2.007	0	0
Verbindlichkeiten aus Wertpapierleihen	1.961	26	0	0	363
Sonstige kurzfristige Geldaufnahmen	26.633	8.035	8.832	0	0
Langfristige Verbindlichkeiten	543	6.597	21.983	83.529	51.855
Hybride Kapitalinstrumente	0	4.183	1.396	6.440	251
Sonstige Finanzpassiva	155.066	4.011	477	372	23
Unwiderrufliche Kreditzusagen	139.342	0	0	0	0
Finanzgarantien	22.344	0	0	0	0
Insgesamt[4]	1.331.132	201.023	91.653	111.271	80.292

[1] Handelspassiva und Derivatebestände, die die Anforderungen für Sicherungsgeschäfte nicht erfüllen, werden zum beizulegenden Zeitwert ausgewiesen. Der Konzern hält dies für die geeignete Darstellung der Cashflows, die zur Zahlung anstünden, wenn diese Positionen geschlossen werden müssten. Handels- und Derivatebestände, die die Anforderungen für Sicherungsgeschäfte nicht erfüllen, werden der Kategorie „Täglich fällig“ zugeordnet, da dies nach Meinung des Managements am besten die Kurzfristigkeit der Handelsaktivitäten widerspiegelt. Dagegen kann sich die vertragliche Laufzeit dieser Kontrakte auf deutlich längere Zeiträume ausdehnen.

[2] Aufgrund der Vertragsbedingungen entspricht bei diesen Investmentverträgen der Rückkaufswert dem beizulegenden Zeitwert. Siehe Anhangangabe 41 „Versicherungs- und Investmentverträge“ für nähere Informationen zu diesen Verträgen.

[3] Derivate, die als Sicherungsinstrument designiert sind, werden zum beizulegenden Zeitwert erfasst und in dem Zeitraum dargestellt, in dem die Absicherung gemäß unserer Erwartung auslaufen wird.

[4] Die Beträge in der Tabelle stimmen nicht mit den Beträgen in der Konzernbilanz überein, da es sich um undiskontierte Cashflows handelt. Diese Analyse stellt ein Worst-Case-Szenario für den Konzern dar, wenn alle Verbindlichkeiten früher als erwartet zurückzuzahlen sind. Der Konzern hält die Wahrscheinlichkeit, dass ein solches Ereignis eintritt, für gering.

					31.12. 2013
in Mio €	Täglich fällig	Bis 3 Monate	Mehr als 3 Monate bis 1 Jahr	Mehr als 1 Jahr bis 5 Jahre	Mehr als 5 Jahre
Unverzinsliche Einlagen	149.471	0	0	0	0
Verzinsliche Einlagen	140.882	184.274	31.136	14.172	12.282
Handelspassiva[1]	55.804	0	0	0	0
Negative Marktwerte aus derivativen Finanzinstrumenten[1]	483.428	0	0	0	0
Zum beizulegenden Zeitwert klassifizierte finanzielle Verpflichtungen[2]	50.477	54.198	4.247	6.389	6.240
Investmentverträge[3]	0	76	793	1.328	5.871
Negative Marktwerte aus derivativen Finanzinstrumenten, die die Anforderungen an Sicherungsgeschäfte erfüllen[4]	0	20	35	238	323
Verbindlichkeiten aus übertragenen Zentralbankeinlagen	2.056	0	400	0	0
Verbindlichkeiten aus Wertpapierpensionsgeschäften (Repos)	6.485	4.630	645	0	0
Verbindlichkeiten aus Wertpapierleihen	2.081	39	0	0	207
Sonstige kurzfristige Geldaufnahmen	36.694	16.211	6.874	0	0
Langfristige Verbindlichkeiten	840	16.663	16.713	67.325	50.105
Hybride Kapitalinstrumente	0	4.595	1.176	7.860	237
Sonstige Finanzpassiva	131.998	3.946	669	722	107
Unwiderrufliche Kreditzusagen[5]	114.617	0	0	0	0
Finanzgarantien	20.605	0	0	0	0
Insgesamt[6]	1.195.438	284.650	62.688	98.034	75.373

[1] Handelspassiva und Derivatebestände, die die Anforderungen für Sicherungsgeschäfte nicht erfüllen, werden zum beizulegenden Zeitwert ausgewiesen. Der Konzern hält dies für die geeignete Darstellung der Cashflows, die zur Zahlung anstünden, wenn diese Positionen geschlossen werden müssten. Handels- und Derivatebestände, die die Anforderungen für Sicherungsgeschäfte nicht erfüllen, werden der Kategorie „Täglich fällig" zugeordnet, da dies nach Meinung des Managements am besten die Kurzfristigkeit der Handelsaktivitäten widerspiegelt. Dagegen kann sich die vertragliche Laufzeit dieser Kontrakte auf deutlich längere Zeiträume ausdehnen.

[2] Die Vorjahreswerte wurden um 1,4 Mrd € angepasst, da irrtümlicherweise Buchwerte statt Rückzahlungswerte angegeben wurden.

[3] Aufgrund der Vertragsbedingungen entspricht bei diesen Investmentverträgen der Rückkaufswert dem beizulegenden Zeitwert. Siehe Anhangangabe 41 „Versicherungs- und Investmentverträge" für nähere Informationen zu diesen Verträgen.

[4] Derivate, die als Sicherungsinstrument designiert sind, werden zum beizulegenden Zeitwert erfasst und in dem Zeitraum dargestellt, in dem die Absicherung gemäß unserer Erwartung auslaufen wird.

[5] In 2014 wurden die Vorjahreswerte um 10,5 Mrd € angepasst, um Fronting Commitments einzubeziehen, die irrtümlicherweise nicht in vorherigen Veröffentlichungen enthalten waren.

[6] Die Beträge in der Tabelle stimmen nicht mit den Beträgen in der Konzernbilanz überein, da es sich um undiskontierte Cashflows handelt. Diese Analyse stellt ein Worst-Case-Szenario für den Konzern dar, wenn alle Verbindlichkeiten früher als erwartet zurückzuzahlen sind. Der Konzern hält die Wahrscheinlichkeit, dass ein solches Ereignis eintritt, für gering.

Zusätzliche Anhangangaben

34 – Stammaktien

Stammaktien

Das Gezeichnete Kapital der Deutschen Bank besteht aus nennwertlosen Namensaktien. Nach deutschem Recht entspricht jede Aktie einem gleich hohen Anteil am Gezeichneten Kapital. Demnach beträgt der rechnerische Nominalwert jeder Aktie 2,56 €, der sich mittels Division des Gezeichneten Kapitals durch die Anzahl der Aktien ergibt.

Anzahl der Aktien	Ausgegeben und voll eingezahlt	Im Eigenbestand	Ausstehende
Stammaktien, 1. Januar 2013	929.499.640	− 315.742	929.183.898
Ausgabe von Aktien im Zusammenhang mit aktienbasierten Vergütungsplänen	0	0	0
Kapitalerhöhung	90.000.000	0	90.000.000
Erwerb Eigener Aktien	0	− 396.958.039	− 396.958.039
Verkauf oder Zuteilung Eigener Aktien	0	397.101.877	397.101.877
Stammaktien, 31. Dezember 2013	1.019.499.640	− 171.904	1.019.327.736
Ausgabe von Aktien im Zusammenhang mit aktienbasierten Vergütungsplänen	0	0	0
Kapitalerhöhung	359.773.491	0	359.773.491
Erwerb Eigener Aktien	0	− 310.846.161	− 310.846.161
Verkauf oder Zuteilung Eigener Aktien	0	310.757.883	310.757.883
Stammaktien, 31. Dezember 2014	1.379.273.131	− 260.182	1.379.012.949

Alle ausgegebenen Stammaktien sind voll eingezahlt.

Für den Eigenbestand erworbene Aktien beinhalten sowohl Aktien, die vom Konzern über einen bestimmten Zeitraum gehalten wurden, als auch Aktien, die mit der Absicht erworben wurden, sie kurzfristig wieder zu veräußern. Darüber hinaus hat der Konzern Aktien für die Verwendung im Rahmen der aktienbasierten Vergütung erworben. Alle derartigen Transaktionen wurden im Eigenkapital ausgewiesen, Gewinne und Verluste aus diesen Aktivitäten wurden nicht ergebniswirksam. Der Jahresendbestand Eigener Aktien wird im Wesentlichen für zukünftige aktienbasierte Vergütung genutzt.

Am 5. Juni 2014 emittierte die Deutsche Bank AG 59,9 Millionen neue Stammaktien zu 29,20 € pro Aktie, was einem gesamten Emissionserlös von 1,7 Mrd € entspricht. Die Aktien wurden mit vollem Dividendenanspruch für das Geschäftsjahr 2014 aus genehmigtem Kapital und ohne Bezugsrecht emittiert und bei Paramount Services Holdings Ltd. platziert.

Am 25. Juni 2014 hat die Deutsche Bank AG eine Barkapitalerhöhung aus genehmigtem Kapital mit Bezugsrechten im Rahmen eines öffentlichen Angebots abgeschlossen. Insgesamt wurden 299,8 Millionen neue Stammaktien ausgegeben, was einem gesamten Emissionserlös von 6,8 Mrd € entspricht. Die Aktien wurden mit vollem Dividendenanspruch für das Geschäftsjahr 2014 emittiert. 99,1 % der Bezugsrechte wurden ausgeübt und 297,1 Millionen Aktien wurden zum Bezugspreis von 22,50 € pro Aktie ausgegeben. Die verbleibenden 2,8 Millionen neuen Aktien wurden zu einem Durchschnittspreis von 26,58 € pro Aktie am Markt verkauft.

Genehmigtes Kapital

Der Vorstand ist ermächtigt, das Grundkapital durch Ausgabe neuer Aktien gegen Geldeinlagen, in einigen Fällen auch gegen Sacheinlagen, zu erhöhen. Zum 31. Dezember 2014 verfügte die Deutsche Bank AG über ein genehmigtes Kapital von 256.579.863 €, das in Teilbeträgen bis zum 30. April 2019 begeben werden kann. Die näheren Einzelheiten ergeben sich aus § 4 der Satzung.

Genehmigtes Kapital	Einlagen	Bezugsrechte	Befristet bis
579.863 €	Geld- oder Sacheinlagen	Ausschluss möglich, wenn die Kapitalerhöhung zum Erwerb von Unternehmen oder Beteiligungen an Unternehmen gegen Sacheinlagen vorgenommen wird sowie nach § 186 Abs. 3 Satz 4 AktG	30. April 2018
256.000.000 €	Geld- oder Sacheinlagen	Ausschluss möglich, wenn die Kapitalerhöhung zum Erwerb von Unternehmen oder Beteiligungen an Unternehmen gegen Sacheinlagen vorgenommen wird sowie nach § 186 Abs. 3 Satz 4 AktG	30. April 2019

Bedingtes Kapital

Der Vorstand ist ermächtigt, einmalig oder mehrmalig Genussscheine, die mit Wandlungs- oder Optionsrechten verbunden sind, sowie Wandel- und/oder Optionsschuldverschreibungen auszugeben. Die Genussscheine, Wandel- und/oder Optionsschuldverschreibungen können auch von mit der Deutsche Bank AG verbundenen Unternehmen ausgegeben werden. Zu diesem Zweck wurde das Grundkapital bedingt durch die Ausübung dieser Wandlung- und/oder Optionsrechte beziehungsweise Wandlungspflichten erhöht.

Bedingtes Kapital	Ausgabe der Wandlungs- und/oder Optionsrechte befristet bis
€ 230.400.000	30. April 2017
€ 256.000.000	30. April 2019

Dividendenzahlungen

Die folgende Tabelle zeigt die vorgeschlagenen oder beschlossenen Dividendenzahlungen für die Geschäftsjahre 2014, 2013 und 2012.

	2014 (vorgeschlagen)	2013	2012
Bardividende (in Mio €)[1]	1.034	765	764
Bardividende je Aktie (in €)	0,75	0,75	0,75

[1] Die Bardividende für 2014 basiert auf der Anzahl der ausgegebenen Aktien zum 31. Dezember 2014.

Seit dem Bilanzstichtag wurden keine Dividendenzahlungen beschlossen.

Zusätzliche Eigenkapitalbestandteile

In 2014 begab die Deutsche Bank AG zwei zusätzliche Tranchen von Tier-1-Anleihen (Additional Tier1-Notes, im Folgenden „AT1-Anleihen“) mit einem Gesamtvolumen von 4,7 Mrd €.

Am 20. Mai 2014 hat die Deutsche Bank Zusätzliche Tier-1-Anleihen mit einem Nominalwert von 3,5 Mrd € begeben. Optionsscheine zur Zeichnung von insgesamt 30.250 Aktien, die ursprünglich den AT1-Anleihen beigefügt waren, wurden durch einen Erstzeichner losgelöst.

Weitere Tier-1-Anleihen wurden am 19. November 2014 im Gesamtvolumen von 1,5 Mrd US-Dollar (1,2 Mrd € equivalent) begeben. Diese Anleihen beinhalten eine Zinsfestschreibung von 7,50 %, welche jährlich zahlbar ist, bis 30. April 2025, der erste Tag, an dem die Bank die Anleihen kaufen kann.

Die Zusätzlichen AT1-Anleihen stellen unbesicherte und nachrangige Anleihen der Deutschen Bank dar. Die Zinszahlungen für diese Anleihen bemessen sich an deren Nominalbetrag und sind für den Zeitraum vom Ausgabetag bis zum ersten möglichen vorzeitigen Rückzahlungstag fix. Danach wird der Zinssatz für jeweils fünf Jahre neu festgelegt. Die Anleihebedingungen beinhalten Regelungen, nach denen die Deutsche Bank sowohl verpflichtet werden kann als auch das umfassende Recht zur alleinigen Entscheidung hat, jederzeit Zinszahlungen entfallen zu lassen. Zinszahlungen sind nicht kumulativ und werden in Folgejahren nicht höher ausfallen, um etwaige ausgefallene Zinszahlungen aus Vorjahren nachzuholen. Die Anleihen haben kein Fälligkeitsdatum. Sie können von der Deutschen Bank zum ersten möglichen vorzeitigen Fälligkeitsdatum gekündigt werden und danach alle fünf Jahre. Des Weiteren können sie unter bestimmten Bedingungen vorzeitig gekündigt werden. Die Anleihen unterliegen den im jeweiligen Prospekt ausgeführten Bedingungen, die unter anderem beinhalten, dass die Deutsche Bank die Anleihen nur ganz und nicht teilweise kündigen kann, sofern dafür bestimmte aufsichtsrechtliche oder steuerliche Gründe vorliegen. Jede vorzeitige Kündigung bedarf der vorherigen Zustimmung der zuständigen Aufsichtsbehörde. Der Rückzahlungs- und der Nominalbetrag der Anleihen kann bei Vorliegen eines auslösenden Sachverhalts vermindert werden. Einen solchen auslösenden Sachverhalt stellt es dar, wenn die Tier-1-Kernkapitalquote, berechnet auf konsolidierter Basis, unter 5,125 % fällt. Die Anleihen können bei Vorliegen eines auslösenden Sachverhalts unter bestimmten Bedingungen zugeschrieben werden.

35 – Leistungen an Arbeitnehmer

Aktienbasierte Vergütungspläne

Der Konzern gewährte aktienbasierte Vergütung maßgeblich unter dem DB Equity Plan. Dieser gewährt das Recht, unter bestimmten Bedingungen Deutsche Bank-Stammaktien nach Ablauf einer festgelegten Zeit zu erhalten. Die Teilnehmer an einem aktienbasierten Vergütungsplan besitzen keinen Anspruch auf die Ausschüttung von Dividenden während der Anwartschaftsfrist.

Die Aktienrechte, die nach den Planregeln des DB Equity Plan begeben werden, können ganz oder teilweise verfallen, wenn der Teilnehmer sein Arbeitsverhältnis vor Ablauf der relevanten Anwartschaftsfrist auf eigenen Wunsch beendet. In bestimmten Fällen wie der betriebsbedingten Beendigung des Arbeitsverhältnisses oder beim Eintritt in den Ruhestand bleibt die Anwartschaft in der Regel bestehen.

In Ländern, in denen rechtliche oder sonstige Einschränkungen die Begebung von Aktien verhindern, wurde die Vergütung unter dem DB Equity Plan in einer Planvariante gewährt, die einen Barausgleich vorsieht.

In der folgenden Tabelle werden die grundsätzlichen Merkmale dieser aktienbasierten Vergütungspläne dargestellt.

Jahre der Gewährung	Deutsch Bank Equity Plan	Anwartschaftsfrist	Spezielle Regelung für den vorgezogenen Ruhezustand	Anspruchsberechtigung
2014/ 2013	Jährliche Vergütungskomponente	1/3: 12 Monate[1] 1/3: 24 Monate[1] 1/3: 36 Monate[1]	Ja	Jährlich gewährte Bleibeprämie für ausgewählte Mitarbeiter
		Zuteilung als Einmaltranche nach 54 Monaten[1]	Ja[2]	Mitglieder des Vorstands oder der Senior Management Group
	Bleibeprämie/ Akquisitionsprämie	Individuelle Festlegung	Ja	Ausgewählte Mitarbeiter mit dem Ziel, Schlüsselkompetenzen zu gewinnen oder zu halten
	Jährliche Vergütungskomponente – Unmittelbar zugeteilt	Individuelle Festlegung[3]	Nein	Mitarbeiter, die der Regulierung durch die InstitutsVergV unterliegen
2012/ 2011	Jährliche Vergütungskomponente	1/3: 12 Monate[4] 1/3: 24 Monate[4] 1/3: 36 Monate[4]	Ja	Jährlich gewährte Bleibeprämie für ausgewählte Mitarbeiter
	Bleibeprämie/ Akquisitionsprämie	Individuelle Festlegung	Ja	Ausgewählte Mitarbeiter mit dem Ziel, Schlüsselkompetenzen zu gewinnen oder zu halten
	Jährliche Vergütungskomponente – Unmittelbar zugeteilt	Entfällt[3]	Nein	Mitarbeiter, die der Regulierung durch die InstitutsVergV unterliegen
2010	Jährliche Vergütungskomponente	Gestaffelte Zuteilung in neun gleichen Tranchen im Zeitraum zwischen 12 Monaten und 45 Monaten nach Gewährung	Ja	Jährlich gewährte Bleibeprämie für ausgewählte Mitarbeiter
		Zuteilung als Einmaltranche nach 54 Monaten	Ja	Jährlich gewährte Bleibeprämie für ausgewählte Mitarbeiter
	Bleibeprämie/ Akquisitionsprämie	Individuelle Festlegung	Nein	Ausgewählte Mitarbeiter mit dem Ziel, Schlüsselkompetenzen zu gewinnen oder zu halten
2009	Jährliche Vergütungskomponente	50 %: 24 Monate 25 %: 36 Monate 25 %: 48 Monate	Nein	Jährlich gewährte Bleibeprämie für ausgewählte Mitarbeiter
	Bleibeprämie/ Akquisitionsprämie	Individuelle Festlegung	Nein	Ausgewählte Mitarbeiter mit dem Ziel, Schlüsselkompetenzen zu gewinnen oder zu halten

[1] Für die Mitglieder des Vorstands oder der Senior Management Group und für alle übrigen Mitarbeiter, die der Regulierung gemäß InstitutsVergV unterliegen, erfolgt die Auslieferung der Aktien nach einer weiteren Wartefrist von sechs Monaten.
[2] Die speziellen Regelungen für den vorgezogenen Ruhestand gelten nicht für die Mitglieder des Vorstands.
[3] Für die Mitglieder des Vorstands erfolgt die Auslieferung der Aktien nach einer weiteren Wartefrist von drei Jahren. Für alle übrigen der Regulierung gemäß InstitutsVergV unterliegenden Mitarbeiter erfolgt die Auslieferung der Aktien nach einer weiteren Wartefrist von sechs Monaten.
[4] Für die Mitglieder des Vorstands gilt eine andere Anwartschaftsregelung. Für alle übrigen der Regulierung gemäß InstitutsVergV unterliegenden Mitarbeiter erfolgt die Auslieferung der Aktien nach einer weiteren Wartefrist von sechs Monaten.

Darüber hinaus bietet der Konzern das Mitarbeiterbeteiligungsprogramm Global Share Purchase Plan (GSPP) an. Mitarbeitern in bestimmten Ländern werden jeweils bis zu zehn Aktienrechte nach einer einjährigen Ansparphase und einer unmittelbar darauf folgenden Anwartschaftsfrist von ebenfalls einem Jahr gewährt. Per 31. Dezember 2014 wird dieser Plan von Konzerneinheiten in 30 Ländern an über 20.000 Mitarbeiter im sechsten Zyklus angeboten.

Der Konzern verfügt über weitere lokale aktienbasierte Vergütungspläne, die weder einzeln noch insgesamt wesentlich für den Konzernabschluss sind.

Ausstehende Aktienrechte

	in Tsd Einheiten	Gewichteter Durchschnitt des beizulegenden Zeitwerts je Recht am Tag der Gewährung
Bestand zum 31. Dezember 2012	62.499	€ 35,25
Gewährt	26.250	€ 34,89
Ausgegeben	− 35.555	€ 37,37
Verfallen	− 1.903	€ 34,95
Bestand zum 31. Dezember 2013	51.291	€ 33,61
Gewährt	31.298	€ 31,01
Ausgegeben	− 28.982	€ 34,47
Verfallen	− 1.158	€ 32,81
Bestand zum 31. Dezember 2014	52.449	€ 31,60

Diese Übersicht enthält auch die Rechte, die unter den Planvarianten des DB Equity Plan gewährt wurden, die einen Barausgleich vorsehen.

Durch aktienbasierte Vergütungstransaktionen, die in bar abgegolten werden, entstehen Verbindlichkeiten. Zum 31. Dezember 2014 beliefen sich diese Verbindlichkeiten auf ungefähr 21 Mio € (31. Dezember 2013: 32 Mio €; 31. Dezember 2012: 44 Mio €).

Vom wertmäßigen Bestand an ausstehenden Aktienrechten zum 31. Dezember 2014 in Höhe von ungefähr 1,7 Mrd € wurden ungefähr 1,1 Mrd € zulasten des Personalaufwands des Berichtsjahres beziehungsweise in den Jahren davor bilanziell erfasst. Somit belief sich der zum 31. Dezember 2014 noch nicht erfasste Personalaufwand für ausstehende aktienbasierte Vergütung auf ungefähr 0,6 Mrd €.

Im Februar 2015 wurden ungefähr 8,3 Millionen Aktien an Begünstigte aus früheren Gewährungen im Rahmen des DB Equity Plan ausgegeben (davon 0,3 Millionen Einheiten unter der Planvariante des DB Equity Plan, die einen Barausgleich vorsieht).

Zusätzlich zu den in der obigen Tabelle enthaltenen Aktienrechten gewährte der Konzern im Februar 2015 im Rahmen des DB Equity Plan ungefähr 30,2 Millionen Aktienrechte basierend auf einem Kurs von 27,11 € je Aktienrecht. Davon wurden ungefähr 0,6 Millionen unter der Planvariante des DB Equity Plan gewährt, die einen Barausgleich vorsieht.

Unter Berücksichtigung der im Februar 2015 ausgegebenen beziehungsweise neu gewährten Aktienrechte beträgt der Bestand an ausstehenden Aktienrechten per Ende Februar 2015 ungefähr 74,3 Millionen Einheiten.

Leistungen nach Beendigung des Arbeitsverhältnisses

Charakterisierung der Pläne

Der Konzern bietet seinen Mitarbeitern eine Reihe von Plänen für Leistungen nach Beendigung des Arbeitsverhältnisses (im Weiteren „Pensionspläne“ genannt, wenn nicht anders ausgeführt) an, die gemäß ihrer Art und Beschaffenheit in der Rechnungslegung zwischen beitragsdefinierten und leistungsdefinierten Plänen unterschieden werden. Die Höhe der Versorgungszusagen an die Mitarbeiter basiert in erster Linie auf deren Vergütung und der Dauer ihrer Konzernzugehörigkeit. Beiträge für beitragsdefinierte Pläne basieren zumeist auf einem Prozentsatz der Mitarbeitervergütung. Die weiteren Ausführungen in dieser Anhangangabe beziehen sich vorwiegend auf die leistungsdefinierten Pläne des Konzerns.

Die Pensionspläne des Konzerns lassen sich am besten anhand ihrer geografischen Verteilung unterteilen. Diese reflektiert die Unterschiede in Plancharakteristik und -risiko sowie hinsichtlich des jeweiligen regulatorischen Umfelds. Insbesondere können sich lokale regulatorische Anforderungen stark voneinander unterscheiden und bestimmen zu einem gewissen Grad die Planausgestaltung und -finanzierung. Relevant ist auch die

Unterteilung nach Status der Planmitglieder, die eine grobe Einschätzung hinsichtlich der Fälligkeiten der Verpflichtungen des Konzerns gibt.

					31.12. 2014
in Mio €	Deutschland	Großbritannien	USA	Andere Länder	Insgesamt
Pensionsverpflichtungen bezüglich					
Aktive Planteilnehmer	4.611	813	405	780	6.609
Teilnehmer mit unverfallbarer Anwartschaft	1.983	2.266	478	195	4.922
Leistungsempfänger	4.669	1.216	492	285	6.662
Pensionsverpflichtung insgesamt	11.263	4.295	1.375	1.260	18.193
Beizulegender Zeitwert des Planvermögens	10.634	5.095	1.072	1.109	17.910
Ausfinanzierungsquote (in %)	94	119	78	88	98

					31.12. 2013
in Mio €	Deutschland	Großbritannien	USA	Andere Länder	Insgesamt
Pensionsverpflichtungen bezüglich					
Aktive Planteilnehmer	3.670	659	359	671	5.359
Teilnehmer mit unverfallbarer Anwartschaft	1.577	1.894	399	122	3.992
Leistungsempfänger	4.240	1.035	378	229	5.882
Pensionsverpflichtung insgesamt	9.487	3.588	1.136	1.022	15.233
Beizulegender Zeitwert des Planvermögens	9.142	4.099	856	921	15.018
Ausfinanzierungsquote (in %)	96	114	75	90	99

Die Mehrheit der Anspruchsberechtigten der Pensionspläne befindet sich in Deutschland, Großbritannien und den USA. Innerhalb der anderen Länder beziehen sich die größten Verpflichtungen auf die Schweiz und die Niederlande. In Deutschland und einigen europäischen Ländern werden Pensionszusagen auf kollektiver Basis mit Betriebsräten oder vergleichbaren Gremien vereinbart. Die wichtigsten Pläne des Konzerns werden durch Treuhänder, Vermögensverwalter oder vergleichbare Instanzen überwacht.

Pensionszusagen können im Rahmen der Gesamtvergütung für die Mitarbeiter eine wichtige Rolle spielen. Das Ziel des Konzerns ist eine für die Mitarbeiter im jeweiligen Marktumfeld attraktive Plangestaltung, die durch den Konzern nachhaltig erbracht werden kann. Zugleich versucht der Konzern das aus derartigen Zusagen erwachsene Risiko zu begrenzen. Aus diesem Grund ging der Konzern in den letzten Jahren in vielen Ländern auf beitragsdefinierte Pläne über.

In der Vergangenheit basierten die Pensionszusagen üblicherweise auf dem zum Pensionierungszeitpunkt erreichten Endgehalt. Diese Zusageformen bilden einen wesentlichen Teil der Verpflichtungen für Pensionäre und ausgeschiedene Anwärter. Derzeit sind die wichtigsten leistungsdefinierten Pensionspläne für aktive Mitarbeiter in Deutschland und den USA Kapitalkontenpläne, bei denen der Arbeitgeber jährlich einen auf das aktuelle Gehalt bezogenen Betrag auf individuelle Mitarbeiterkonten gutschreibt. Je nach Planregel wird der Saldo des Versorgungskontos durch einen festen Prozentsatz verzinst oder er partizipiert an der Marktentwicklung spezieller zugrunde liegender Anlageformen, um das Investitionsrisiko für den Konzern zu reduzieren. Teilweise, wie in Deutschland, ist eine garantierte Leistung in den Planregeln verankert, beispielsweise in Höhe der erfolgten Beiträge. Zum Pensionierungszeitpunkt können die Mitarbeiter gewöhnlich entscheiden, ob das erreichte Kapital als Einmalbetrag auszuzahlen ist oder in eine Rentenleistung umgewandelt werden soll. Die Umrechnung in eine Rente erfolgt zumeist am Pensionierungsstichtag mit den dann gültigen Marktkonditionen und Annahmen zur Lebenserwartung. In Großbritannien wurde der größte leistungsdefinierte Pensionsplan im Jahr 2011 für die noch leistungsberechtigten aktiven Mitarbeiter umgestaltet, um das gesamte langfristige Risiko für den Konzern zu verringern.

Zusätzlich unterhält der Konzern sowohl Pensionspläne und Leistungszusagen bei Vertragsbeendigung in weiteren Ländern wie auch – vor allem in den USA – Gesundheitsfürsorgepläne für derzeit tätige und pensionierte Mitarbeiter. Im Rahmen der Gesundheitsfürsorgepläne wird den Pensionären üblicherweise ein bestimmter Prozentsatz der erstattungsfähigen medizinischen Aufwendungen unter Berücksichtigung eines Selbstbehalts gewährt. Sobald Pensionäre in den USA im staatlichen Krankenversicherungssystem Medicare

leistungsberechtigt werden, erhalten sie eine Dotierung auf einem individuellen Konto und verlassen damit den Gesundheitsfürsorgeplan des Konzerns. Aufgrund des Verpflichtungsvolumens in Höhe von 197 Mio € per 31. Dezember 2014 (31. Dezember 2013: 151 Mio €) und der Planausgestaltung sind die Risiken aus den Gesundheitsfürsorgeplänen für den Konzern begrenzt.

Die im Folgenden dargestellten voraussichtlich zu zahlenden Versorgungsleistungen aus leistungsdefinierten Plänen beziehen sich auf zurückliegende und angenommene zukünftige Dienstzeiten und beinhalten sowohl Auszahlungen aus den Pensionsvermögen für ausfinanzierte Pläne als auch direkte Auszahlungen für nicht ausfinanzierte Pläne des Konzerns.

in Mio €	Deutschland	Großbritannien	USA	Andere Länder	Insgesamt
Erfolgte Leistungszahlungen 2014	379	79	75	72	605
Erwartete Leistungszahlungen 2015	375	74	66	69	584
Erwartete Leistungszahlungen 2016	386	78	68	56	588
Erwartete Leistungszahlungen 2017	403	87	70	57	617
Erwartete Leistungszahlungen 2018	423	93	69	57	642
Erwartete Leistungszahlungen 2019	440	102	74	56	672
Erwartete Leistungszahlungen 2020–2024	2.471	654	368	288	3.781
Gewichteter Durchschnitt der Duration der Leistungsverpflichtung (in Jahren)	15	21	13	17	16

Gemeinschaftliche Pläne mehrerer Arbeitgeber

Der Konzern ist mit anderen Finanzinstituten in Deutschland Mitgliedsunternehmen des BVV, der in Ergänzung zu den Direktzusagen des Konzerns Altersvorsorgeleistungen an berechtigte Mitarbeiter in Deutschland leistet. Sowohl Arbeitgeber als auch Arbeitnehmer leisten regelmäßig Beiträge an den BVV. Die Tarife des BVV sehen feste Rentenzahlungen mit Überschussbeteiligungen vor. Für den BVV gilt die Subsidiärhaftung des Arbeitgebers in Deutschland in Bezug auf die betriebliche Altersvorsorge der eigenen Mitarbeiter. Ein Anstieg der Pensionsleistungen kann auch durch die zusätzliche Verpflichtung enstehen, Anpassungen zum Ausgleich der Inflation zugunsten der Leistungsberechtigten vorzunehmen. Der Konzern klassifiziert den BVV-Plan als leistungsdefinierten gemeinschaftlichen Plan mehrerer Arbeitgeber und behandelt ihn in der Rechnungslegung als beitragsdefinierten Plan, da die verfügbaren Informationen nicht ausreichen, um die Vermögensgegenstände und die auf die gegenwärtigen und ehemaligen Mitarbeiter bezogenen Pensionsverpflichtungen den einzelnen Mitgliedsunternehmen zuzuordnen. Dies liegt maßgeblich in der Tatsache begründet, dass der BVV seine Vermögensanlagen weder den Leistungsberechtigten noch den Mitgliedsunternehmen vollständig zuordnet. Mit Bezug auf die letzten Veröffentlichungen des BVV ist dort derzeit keine Unterdeckung vorhanden, die künftige Beitragszahlungen des Konzerns beeinflussen würde. Jegliche zukünftige Überschüsse werden den Leistungsberechtigten zugerechnet, so dass diese die zukünftigen Beitragszahlungen nicht reduzieren können.

Zu den Aufwendungen des Konzerns für beitragsdefinierte Pläne zählt auch der jährliche Beitrag der Deutschen Postbank AG für die Altersversorgung ihrer Beamten an die Postbeamtenversorgungskasse. Die Leistungsverpflichtungen liegen bei der Bundesrepublik Deutschland.

Steuerung und Risiko

Der Konzern unterhält ein Pensions Risk Committee zur Überwachung der Pensionen und der damit verbundenen Risiken auf globaler Basis. Das Komitee tagt vierteljährlich, berichtet direkt an das Senior Executive Compensation Committee und wird durch das Pensions Operating Committee unterstützt.

In diesem Rahmen erlässt es Richtlinien über die Steuerung und das Risikomanagement und entwickelt sie fort, insbesondere in Bezug auf Ausfinanzierung, Portfoliostruktur und Bestimmung der versicherungsmathematischen Annahmen. In diesem Zusammenhang bezeichnet der Begriff „Risikomanagement“ die Kontrolle und Steuerung von Risiken, die dem Konzern aus Marktentwicklungen (zum Beispiel Zinssatz, Kreditausfallrisiko, Inflation), Anlagestruktur, regulatorischen oder rechtlichen Anforderungen erwachsen können, sowie die Überwachung demografischer Veränderungen (zum Beispiel Langlebigkeit). Darüber hinaus können Einschät-

zungen zur Ermittlung des Rückstellungsbedarfs für ungewisse Ertragsteuerpositionen den Wertansatz des Deckungsvermögens des Konzerns beeinflussen, wobei die endgültigen Verbindlichkeiten hiervon letztlich erheblich abweichen können. Insbesondere während und nach Akquisitionen oder bei Veränderungen im Umfeld (zum Beispiel rechtlich, steuerlich) werden Themen wie die grundsätzliche Planausgestaltung oder potenzielle Plananpassungen gründlich erörtert. Jegliche Planänderung erfordert in einem standardisierten Prozess die Zustimmung des Konzernbereichs Human Resources. Im Rahmen des Grades der jeweiligen Ausfinanzierung der Pensionspläne reduziert die Vermögensanlage die aus den Verpflichtungen resultierenden Risiken, führt jedoch zu Investitionsrisiken.

In den für den Konzern wichtigsten Ländern bezieht sich das aus den Plänen resultierende pensionsbezogene Risiko für den Konzern auf potenzielle Veränderungen in Kreditspreads, Inflation und Langlebigkeit, wenngleich deren Auswirkung durch die Anlagestrategie des Planvermögens reduziert werden soll.

Insgesamt versucht der Konzern derzeit den durch Marktbewegungen verursachten Einfluss der Pensionspläne auf den IFRS-Konzernabschluss durch Einbezug neutralisierender Instrumente in die Finanzierung zu minimieren. Der Konzern misst regelmäßig das Pensionsrisiko anhand von für diesen Zweck selbst entwickelten spezifischen Kennzahlen und Stresstests.

Finanzierung

Der Konzern unterhält verschiedene externe Vermögenstreuhandstrukturen, durch die die Mehrheit der Pensionsverpflichtungen ausfinanziert ist. Die Finanzierungsgrundsätze des Konzerns zielen – unter Beachtung spezifischer rechtlicher Regelungen – auf eine nahezu vollständige Deckung des Barwerts der Pensionsverpflichtung durch das Planvermögen in einem Rahmen von 90 % bis 100 % ab. Des Weiteren entschied der Konzern, dass einige Verpflichtungen nicht extern ausfinanziert werden. Dieser Ansatz wird von Zeit zu Zeit überprüft, beispielsweise, wenn sich lokale Vorschriften oder Praktiken verändern. Verpflichtungen nicht ausfinanzierter Pläne werden bilanziell zurückgestellt.

Für die meisten der extern ausfinanzierten Pläne bestehen Mindestdotierungsanforderungen. Zusätzlich kann der Konzern anhand der eigenen Finanzierungsgrundsätze über weitere Dotierungen entscheiden. Es gibt Standorte, wie beispielsweise in Großbritannien, an denen die Treuhänder mit dem Konzern gemeinsam die Dotierungshöhe vereinbaren. In den meisten Staaten erwartet der Konzern den vollen ökonomischen Nutzen eventueller Überdeckungen von Pensionsverpflichtungen durch Planvermögen, üblicherweise in Form reduzierter künftiger Dotierungen. Ausgehend von der nahezu vollständigen Ausfinanzierung und der für die wichtigsten ausfinanzierten Pläne eingeführten Investitionsstrategie erwartet der Konzern kurzfristig keine materiellen auszugleichenden Defizitbeträge. Beispielsweise werden die Zuführungen zu den Hauptplänen in Großbritannien und den USA im Jahr 2014 nahezu null sein. In Deutschland, wo es üblicherweise keine Mindestdotierungsanforderungen gibt, entscheidet der Konzern während des Jahres anhand der eigenen Finanzierungsrichtlinie über Erstattungen durch ihn geleisteter Pensionszahlungen oder Dotierungen in das Treuhandvermögen.

Für die Gesundheitsfürsorgepläne bildet der Konzern während der aktiven Dienstverhältnisse Rückstellungen und zahlt die Leistungen bei Fälligkeit aus eigenen Mitteln aus.

Versicherungsmathematische Methoden und Annahmen

Bewertungsstichtag für alle Pläne ist der 31. Dezember. Sämtliche Pläne werden durch unabhängige qualifizierte Aktuare gemäß der Methode des Verfahrens der laufenden Einmalprämien bewertet. Eine Konzernrichtlinie gibt den lokalen Aktuaren Vorgaben hinsichtlich der Bestimmung versicherungsmathematischer Annahmen, um deren Konsistenz global sicherzustellen.

Die folgende Darstellung der wichtigsten Bewertungsannahmen zur Verpflichtungsbestimmung per 31. Dezember erfolgt in Form gewichteter Durchschnitte.

	31.12.2014				31.12.2013			
	Deutschland	Großbritannien	USA[1]	Andere Länder	Deutschland	Großbritannien	USA[1]	Andere Länder
Diskontierungszinssatz (in %)	2,0	3,7	3,9	2,3	3,6	4,5	4,8	3,4
Inflationsrate (in %)	1,5	3,4	2,2	2,0	1,9	3,7	2,3	2,2
Nominale Gehaltssteigerungsrate (in %)	2,0	4,4	2,2	2,6	2,8	4,7	2,3	3,1
Nominale Pensionssteigerungsrate (in %)	1,4	3,2	2,2	1,2	1,9	3,5	2,3	1,4
Zugrunde gelegte Lebenserwartung im Alter von 65 Jahren								
für zum Bewertungsstichtag 65-jährige Männer	18,9	23,7	21,7	21,5	18,7	23,6	19,1	21,0
für zum Bewertungsstichtag 65-jährige Frauen	22,9	25,3	23,9	24,1	22,8	25,2	20,9	23,3
für zum Bewertungsstichtag 45-jährige Männer	21,5	25,4	23,4	23,2	21,4	25,3	20,5	22,6
für zum Bewertungsstichtag 45-jährige Frauen	25,5	27,1	25,6	25,7	25,3	27,0	21,7	24,7
Angewendete Sterbetafeln	Richttafeln Heubeck 2005G	SAPS Light mit CMI 2013 Projektionen	RP2014 Aggregate	Länderspezifische Tabellen	Richttafeln Heubeck 2005G	SAPS Light mit CMI 2013 Projektionen	RP2000 Combined Healthy	Länderspezifische Tabellen

[1] Der Zinssatz für Gutschriften auf den Kapitalkontenplänen entspricht der Rendite 30-jähriger Staatsanleihen der USA.

Für die bedeutendsten Pläne des Konzerns wird der Diskontierungszinssatz zum Bewertungsstichtag über eine Zinsstrukturkurve hochrangiger Unternehmensanleihen – abgeleitet von umfänglichen durch anerkannte Indexanbieter bzw. Ratingagenturen veröffentlichte Anleiheinformationen – ermittelt, der den tatsächlichen Zeitpunkt zukünftiger Leistungen und deren Höhe für jeden Plan berücksichtigt. Für längere Laufzeiten ohne hinreichende Referenzgrößen von vergleichbaren Anleihen werden angemessene Extrapolationsmethoden für Zinsstrukturkurven mit entsprechenden Annahmen für Swapsätze und Kreditrisiko angewendet. Dabei wird für alle Pläne einer Währungszone ein einheitlicher Diskontierungszinssatz verwendet, der anhand der größten Verpflichtungen jeder dieser Zonen bestimmt wird. Für andere Pläne wird der Diskontierungszinssatz zum Bewertungsstichtag in angemessener Weise auf Grundlage hochrangiger Unternehmens- oder Staatsanleihen in Einklang mit den aus den Verpflichtungen resultierenden Fälligkeiten festgesetzt.

Die Annahmen zur Preissteigerungsrate in der Eurozone und in Großbritannien werden mit Bezug auf am Kapitalmarkt gehandelte Inflationsprodukte bestimmt. Maßgeblich sind die Inflationsswapsätze in den betreffenden Märkten zum jeweiligen Bewertungsstichtag. In anderen Ländern liegt der Bezug für deren Preissteigerungsannahmen üblicherweise auf den Inflationsprognosen von Consensus Economics Inc.

Die Annahmen zur zukünftigen Gehalts- und Pensionssteigerung werden für jeden Plan getrennt, falls sachgerecht, von der Inflationsrate abgeleitet und spiegeln sowohl Vergütungsstruktur oder -grundsätze im jeweiligen Markt als auch lokale rechtliche Anforderungen oder planspezifische Regelungen wider.

Neben anderen Parametern kann die Annahme der Lebenserwartung eine wesentliche Annahme zur Bestimmung der leistungsdefinierten Verpflichtung sein und folgt den in den jeweiligen Ländern üblichen Ansätzen. Wenn möglich, wurden potenzielle zukünftige Steigerungen der Lebenserwartung in die Annahmen mit einbezogen.

Überleitung von Verpflichtungen und Vermögenswerten – Auswirkung auf den Konzernabschluss

					2014
in Mio €	Deutschland	Großbritannien	USA	Andere Länder	Insgesamt
Veränderungen im Barwert der Pensionsverpflichtung					
Verpflichtung am Jahresanfang	9.487	3.588	1.136	1.022	15.233
In der Gewinn- und Verlustrechnung erfasste Pensionsaufwendungen					
Laufender Dienstzeitaufwand	163	28	21	53	265
Zinsaufwand	330	166	55	35	586
Nachträglich zu verrechnender Dienstzeitaufwand und aus Planabgeltungen entstandener Gewinn/Verlust	13	1	0	17	31
In der Gesamtergebnisrechnung erfasste Pensionsaufwendungen					
Versicherungsmathematischer Gewinn/Verlust aufgrund der Veränderung finanzmathematischer Annahmen	1.883	405	35	184	2.507
Versicherungsmathematischer Gewinn/Verlust aufgrund der Veränderung demografischer Annahmen	0	0	50	−1	49
Erfahrungsbedingter versicherungsmathematischer Gewinn/Verlust	26	−22	−5	6	5
Kapitalfluss und andere Veränderungen					
Zuführungen der Planteilnehmer	4	0	0	13	17
Leistungszahlungen	−379	−79	−75	−72	−605
Zahlungen aufgrund von Planabgeltungen	0	0	0	−10	−10
Akquisitionen/Veräußerungen[1]	−265	−57	0	−15	−337
Wechselkursveränderungen	0	265	158	25	448
Sonstige[2]	1	0	0	3	4
Verpflichtung am Jahresende	11.263	4.295	1.375	1.260	18.193
davon:					
intern finanziert	0	15	197	122	334
extern finanziert	11.263	4.280	1.178	1.138	17.859
Veränderungen im beizulegenden Zeitwert des Planvermögens					
Planvermögen am Jahresanfang	9.142	4.099	856	921	15.018
In der Gewinn- und Verlustrechnung erfasste Pensionsaufwendungen					
Zinsertrag	322	189	41	32	584
In der Gesamtergebnisrechnung erfasste Pensionsaufwendungen					
Ertrag aus Planvermögen abzüglich des in der Gewinn- und Verlustrechnung erfassten Betrags	1.334	621	44	126	2.125
Kapitalfluss und andere Veränderungen					
Zuführungen der Planteilnehmer	4	0	0	13	17
Zuführungen des Arbeitgebers	449	3	76	46	574
Leistungszahlungen[3]	−378	−78	−65	−39	−560
Zahlungen aufgrund von Planabgeltungen	0	0	0	0	0
Akquisitionen/Veräußerungen[1]	−238	−43	0	−14	−295
Wechselkursveränderungen	0	307	122	24	453
Kosten der Planadministration	−1	−3	−2	0	−6
Planvermögen am Jahresende	10.634	5.095	1.072	1.109	17.910
Finanzierungsstatus am Jahresende	−629	800	−303	−151	−283
Veränderungen in der Begrenzung des Ansatzes von Vermögenswerten					
Saldo am Jahresanfang	0	0	0	−29	−29
Zinsaufwand	0	0	0	−1	−1
Veränderungen im Begrenzungswert	0	0	0	30	30
Wechselkursveränderungen	0	0	0	0	0
Saldo am Jahresende	0	0	0	0	0
Nettovermögenswert/-schuld	−629	800	−303	−151	−283[4]

[1] BHF-BANK, Tilney.
[2] Beinhaltet die Startwerte von erstmals berücksichtigten kleineren Plänen.
[3] Nur für extern finanzierte Pensionspläne.
[4] Davon 952 Mio € in Sonstigen Vermögensgegenständen und 1.235 Mio € in Sonstigen Verbindlichkeiten erfasst.

					2013
in Mio €	Deutschland	Großbritannien	USA	Andere Länder	Insgesamt
Veränderungen im Barwert der Pensionsverpflichtung					
Verpflichtung am Jahresanfang	9.263	3.299	1.281	1.129	14.972
In der Gewinn- und Verlustrechnung erfasste Pensionsaufwendungen					
Laufender Dienstzeitaufwand	163	28	24	70	285
Zinsaufwand	340	145	48	33	566
Nachträglich zu verrechnender Dienstzeitaufwand und aus Planabgeltungen entstandener Gewinn/Verlust	19	2	−3	−42	−24
In der Gesamtergebnisrechnung erfasste Pensionsaufwendungen					
Versicherungsmathematischer Gewinn/Verlust aufgrund der Veränderung finanzmathematischer Annahmen	−4	278	−71	−12	191
Versicherungsmathematischer Gewinn/Verlust aufgrund der Veränderung demografischer Annahmen	−1	−34	1	−2	−36
Erfahrungsbedingter versicherungsmathematischer Gewinn/ Verlust	−12	3	14	−10	−5
Kapitalfluss und andere Veränderungen					
Zuführungen der Planteilnehmer	5	0	0	14	19
Leistungszahlungen	−375	−70	−107	−102	−654
Zahlungen aufgrund von Planabgeltungen	0	0	0	0	0
Akquisitionen/Veräußerungen[1]	90	0	0	0	90
Wechselkursveränderungen	0	−63	−51	−40	−154
Sonstige[2]	−1	0	0	−16	−17
Verpflichtung am Jahresende	9.487	3.588	1.136	1.022	15.233
davon:					
intern finanziert	7	14	154	137	312
extern finanziert	9.480	3.574	982	885	14.921
Veränderungen im beizulegenden Zeitwert des Planvermögens					
Planvermögen am Jahresanfang	7.741	3.980	949	932	13.602
In der Gewinn- und Verlustrechnung erfasste Pensionsaufwendungen					
Zinsertrag	316	175	35	30	556
In der Gesamtergebnisrechnung erfasste Pensionsaufwendungen					
Ertrag aus Planvermögen abzüglich des in der Gewinn- und Verlustrechnung erfassten Betrags	−601	98	−46	−8	−557
Kapitalfluss und andere Veränderungen					
Zuführungen der Planteilnehmer	5	0	0	14	19
Zuführungen des Arbeitgebers	1.960	3	53	53	2.069
Leistungszahlungen[3]	−352	−69	−95	−79	−595
Zahlungen aufgrund von Planabgeltungen	0	0	0	0	0
Akquisitionen/Veräußerungen	73	0	0	0	73
Wechselkursveränderungen	0	−81	−38	−19	−138
Kosten der Planadministration	0	−7	−2	−2	−11
Planvermögen am Jahresende	9.142	4.099	856	921	15.018
Finanzierungsstatus am Jahresende	−345	511	−280	−101	−215
Veränderungen in der Begrenzung des Ansatzes von Vermögenswerten					
Saldo am Jahresanfang	0	0	0	0	0
Veränderungen im Begrenzungswert	0	0	0	−29	−29
Saldo am Jahresende	0	0	0	−29	−29
Nettovermögenswert/-schuld	−345	511	−280	−130	−244[4]

[1] DB Investment Services.
[2] Umgruppierung eines Planes aus den Pensionsplänen in die sonstigen langfristigen Pläne.
[3] Nur für extern finanzierte Pensionspläne.
[4] Davon 952 Mio € in Sonstigen Vermögensgegenständen und 840 Mio € in Sonstigen Verbindlichkeiten erfasst. Des Weiteren 25 Mio € beziehungsweise 57 Mio € in zum Verkauf bestimmten Vermögensgegenständen beziehungsweise Verbindlichkeiten erfasst.

Der Konzern hat keine Erstattungsansprüche hinsichtlich leistungsdefinierter Pläne.

In der Schweiz führte eine Planzusammenlegung zur teilweisen Auflösung eines Planes, was zu Verbesserungen in zurückgestellten Leistungen für ausscheidende und transferierte Mitarbeiter führte. Daraus ergab sich für 2014 ein nachträglich zu verrechnender Dienstzeitaufwand von 12 Mio €. Die Planzusammenlegung selbst, verbunden mit ungünstigen Veränderungen der Verpflichtungen im Verhältnis zum Vermögen während des Jahres, führte zu einer leichten Unterdeckung am Jahresende. Damit ergibt sich keine Begrenzung des Ansatzes von Vermögenswerten mehr, welche im Vorjahr in Höhe von 29 Mio € zum Tragen kam.

Hinsichtlich des Planvermögens dotierte der Konzern zusätzlich zu den regelmäßigen Einzahlungen einmalig etwa 100 Mio € in den USA und Deutschland, um den Finanzierungsstatus zu verbessern; im Jahr 2013 zahlte der Konzern einen Einmalbetrag von 1,45 Mrd € in das Treuhandvermögen ein, um den größten Teil der bisher noch nicht vollständig ausfinanzierten Leistungsverpflichtungen der Postbank auszufinanzieren.

Anlagestrategie

Vorrangiges Anlageziel des Konzerns ist es, die Bank vor starken Schwankungen des IFRS-Finanzierungsstatus seiner Pensionspläne abzusichern, wobei Risiken infolge von Durationsdisparitäten und Diversifizierung der Anlageklassen in begrenztem Umfang eingegangen werden, um langfristig die Kosten des Konzerns für Leistungen an Arbeitnehmer zu reduzieren.

Für die meisten der ausfinanzierten Pensionspläne wird ein verpflichtungsorientiertes Anlagekonzept angewendet. Ziel ist die Minimierung von Schwankungen zwischen dem Barwert der Leistungsverpflichtung und dem Wert des Planvermögens aufgrund von Kapitalmarktbewegungen. Dies wird durch eine gut passende Anlagestrategie im Planvermögen in Bezug auf Marktrisikofaktoren erreicht hinsichtlich Zinsniveau, Kreditausfallrisiko und Inflation. Dabei sollte das Planvermögen im Wesentlichen das Risikoprofil und die Währung der Verpflichtung widerspiegeln.

Dort, wo das entsprechende Absicherungsniveau durch physische Instrumente (zum Beispiel Unternehmens- und Staatsanleihen) nicht erreicht werden kann, werden Derivate eingesetzt. Diese Absicherungsinstrumente beinhalten vorwiegend Zins- und Inflationsswaps. Es werden aber auch andere Instrumente, wie Kreditausfallversicherungen und Zinstermingeschäfte, genutzt. In der Praxis ist die Umsetzung einer vollständigen Absicherung nicht möglich, beispielsweise durch eine unzureichende Markttiefe für Anleihen extrem langer Laufzeiten wie auch durch Liquiditäts- und Kostenaspekte. Darum beinhaltet das Planvermögen auch andere Anlageklassen, wie Aktien, Immobilien, Hochzinsanleihen oder Anleihen aus Schwellenländern, um eine langfristige Wertsteigerung und einen Nutzen aus der Risikostreuung zu erzielen.

Vermögensverteilung in verschiedene Anlageklassen

Die folgende Tabelle präsentiert die Vermögensverteilung der Pensionspläne des Konzerns zur Ableitung der Risiken hinsichtlich entscheidender Anlageklassen. Das beinhaltet sowohl physische Wertpapiere in den einzeln gemanagten Vermögensklassen als auch Anteile an Investmentfonds, die im Planvermögen gehalten werden.

Die Vermögenswerte umfassen notierte (das heißt Level 1 in Einklang mit IFRS 13 – der Zeitwert kann direkt von Preisen abgeleitet werden, die an aktiven und liquiden Märkten notiert sind) und weitere (das heißt Level 2 und 3 gemäß IFRS 13) Vermögensanlagen.

	31.12.2014					31.12.2013				
in Mio €	Deutschland	Großbritannien	USA	Andere Länder	Insgesamt	Deutschland	Großbritannien	USA	Andere Länder	Insgesamt
Liquide Mittel	1.056	102	25	68	1.251	976	134	40	59	1.209
Aktien[1]	134	560	108	208	1.010	138	486	84	259	967
Hochrangige Anleihen[2]										
Staatsanleihen	3.517	1.502	400	255	5.674	3.043	1.201	312	227	4.783
Unternehmensanleihen	5.731	2.035	447	358	8.571	5.118	1.513	333	247	7.211
Nachrangige Anleihen										
Staatsanleihen	54	0	0	14	68	103	0	0	1	104
Unternehmensanleihen	215	109	12	30	366	135	45	4	22	206
Strukturierte Produkte	14	389	42	29	474	20	531	40	22	613
Versicherungen	0	0	0	17	17	0	0	0	41	41
Alternative Anlagen										
Immobilien	114	117	0	35	266	59	95	0	30	184
Rohstoffe	25	0	0	2	27	25	0	0	2	27
Beteiligungen	51	0	0	0	51	50	1	0	0	51
Andere	56	0	0	33	89	40	0	0	3	43
Derivate (Marktwert) auf										
Zinsänderung	482	409	38	73	1.002	−267	62	43	7	−155
Kreditausfallrisiko	−27	−1	0	−1	−29	36	0	0	0	36
Inflationsveränderung	−763	−214	0	−12	−989	−349	29	0	0	−320
Wechselkursveränderung	−51	40	0	−1	−12	18	2	0	1	21
Andere	26	47	0	1	74	−3	0	0	0	−3
Beizulegender Zeitwert des Planvermögens	**10.634**	**5.095**	**1.072**	**1.109**	**17.910**	9.142	4.099	856	921	15.018

[1] Die Verteilung des Aktienportfolios erfolgt weitestgehend anhand typischer Indizes in den jeweiligen Märkten, zum Beispiel ist der MSCI All Countries World Index der Maßstab für das Aktienportfolio in den britischen Pensionsplänen.
[2] Hochrangig bedeutet BBB und darüber. Die durchschnittliche Bewertung der im Planvermögen des Konzerns gehaltenen Anleihen ist ungefähr A.

Die folgende Tabelle weist nur die Vermögensanlagen des Planvermögens aus, die in aktiven Märkten notiert sind, das heißt Level 1 gemäß der Einteilung nach IFRS 13.

	31.12.2014					31.12.2013				
in Mio €	Deutschland	Großbritannien	USA	Andere Länder	Insgesamt	Deutschland	Großbritannien	USA	Andere Länder	Insgesamt
Liquide Mittel	1.056	100	14	50	1.220	976	132	35	59	1.202
Aktien	131	560	108	206	1.005	99	486	84	259	928
Hochrangige Anleihen										
Staatsanleihen	2.255	1.502	0	182	3.939	2.205	1.201	0	219	3.625
Unternehmensanleihen	26	1.887	0	84	1.997	0	0	0	0	0
Nachrangige Anleihen										
Staatsanleihen	0	0	0	14	14	0	0	0	0	0
Unternehmensanleihen	78	97	0	3	178	0	0	0	0	0
Strukturierte Produkte	0	368	0	29	397	0	0	0	0	0
Versicherungen	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Alternative Anlagen										
Immobilien	9	68	0	0	77	0	0	0	0	0
Rohstoffe	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Beteiligungen	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Andere	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Derivate (Marktwert) auf										
Zinsänderung	0	0	0	13	13	0	0	0	0	0
Kreditausfallrisiko	−27	−1	0	0	−28	0	0	0	0	0
Inflationsveränderung	0	0	0	−3	−3	0	0	0	0	0
Wechselkursveränderung	0	40	0	0	40	0	0	0	0	0
Andere	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Beizulegender Zeitwert des notierten Planvermögens	**3.528**	**4.621**	**122**	**578**	**8.849**	3.280	1.819	119	537	5.755

Alle weiteren Teile des Planvermögens sind in sonstigen Vermögensanlagen investiert, vorwiegend in Level 2 gemäß der Einteilung nach IFRS 13 hinsichtlich der hochrangigen Unternehmensanleihen. Ein insgesamt relativ

kleiner Anteil bezieht sich auf Level 3 gemäß der Einteilung nach IFRS 13 und bezieht sich größtenteils auf Immobilien, Versicherungsverträge und Derivate.

Die folgende Tabellen zeigen die Vermögensverteilung des „notierten“ wie auch sonstigen Planvermögens der leistungsdefinierten Pensionspläne des Konzerns nach wichtigen geografischen Regionen, in denen es investiert ist.

							31.12.2014
in Mio €	Deutschland	Großbritannien	USA	Andere Länder der Eurozone	Weitere Industriestaaten	Entwicklungs- und Schwellenländer	Insgesamt
Liquide Mittel	1.052	106	57	7	9	20	1.251
Aktien	75	84	415	174	168	94	1.010
Staatsanleihen[1]	2.089	1.457	628	933	82	553	5.742
Hochrangige Unternehmensanleihen	473	1.644	2.302	3.106[2]	688	358	8.571
Nachrangige Unternehmensanleihen	18	76	91	132	17	32	366
Strukturierte Produkte	14	409	36	13	2	0	474
Zwischensumme	3.721	3.776	3.529	4.365	966	1.057	17.414
Anteil (in %)	21	22	20	25	6	6	100
Weitere Anlagekategorien							496
Beizulegender Zeitwert des Planvermögens							17.910

[1] Beinhaltet hoch- und nachrangige Staatsanleihen.
[2] Der größte Teil bezieht sich auf französische, italienische und niederländische Unternehmensanleihen.

							31.12.2013
in Mio €	Deutschland	Großbritannien	USA	Andere Länder der Eurozone	Weitere Industriestaaten	Entwicklungs- und Schwellenländer	Insgesamt
Liquide Mittel	976	134	40	25	28	6	1.209
Aktien	176	84	315	87	221	84	967
Staatsanleihen[1]	2.332	1.226	346	394	34	555	4.887
Hochrangige Unternehmensanleihen	686	1.025	1.627	2.739[2]	855	279	7.211
Nachrangige Unternehmensanleihen	5	28	84	55	20	14	206
Strukturierte Produkte	21	534	39	10	8	1	613
Zwischensumme	4.196	3.031	2.451	3.310	1.166	939	15.093
Anteil (in %)	28	20	16	22	8	6	100
Weitere Anlagekategorien							−75
Beizulegender Zeitwert des Planvermögens							15.018

[1] Beinhaltet hoch- und nachrangige Staatsanleihen.
[2] Der größte Teil bezieht sich auf französische und niederländische Unternehmensanleihen.

Per 31. Dezember 2014 sind im Planvermögen Derivate mit einem negativen Marktwert von 255 Mio € enthalten, bei denen Konzerneinheiten Vertragspartner sind. Weiterhin sind im beizulegenden Zeitwert des Planvermögens vom Konzern emittierte Wertpapiere im Wert von 6 Mio € enthalten und sonstige Forderungen gegen den Konzern in Höhe von 70 Mio €, jedoch keine vom Konzern genutzten Immobilienwerte.

Wichtige Risikosensitivitäten

Die Pensionsverpflichtung ist sensitiv in Bezug auf Veränderungen der Marktbedingungen und der Bewertungsannahmen. Die Sensitivitäten hinsichtlich der Veränderungen am Kapitalmarkt und der bedeutendsten Annahmen werden in der folgenden Tabelle dargestellt. Jeder Marktrisikofaktor bzw. jede Annahme wird dabei jeweils isoliert verändert. Die Sensitivitäten der Verpflichtungen sind Schätzungen basierend auf geometrischen Extrapolationsmethoden, die die Planduration bezogen auf jede Annahme nutzen. Die Duration ist ein Risikomaß für die grundsätzliche Sensitivität einer Verpflichtung hinsichtlich der Veränderung einer zugrunde liegenden Annahme und gibt eine angemessene Abschätzung für kleinere bis mittlere Veränderungen solcher Annahmen an.

Beispielsweise wird die Zinsduration von der Veränderung der Leistungsverpflichtung bezogen auf abweichende Zinsannahmen abgeleitet, die die lokalen Aktuare für die jeweiligen Pläne ermitteln. Die sich daraus ergebende Duration wird zur Abschätzung des aus der Verpflichtung resultierenden Neubewertungsverlusts oder -gewinns bei verändertem Diskontierungszinssatz benutzt. Für die anderen Annahmen wird ein ähnlicher Ansatz angewandt, um die jeweiligen Sensitivitäten abzuleiten.

Seitdem der Konzern ein verpflichtungsorientiertes Anlagekonzept verfolgt, verursachen Veränderungen in den Verpflichtungen durch Änderung der kapitalmarktbedingten Bewertungsannahmen, hauptsächlich beim Zinssatz und bei der Inflationsrate, auch Bewegungen im Planvermögen. Um das Verständnis für das Gesamtrisikoprofil des Konzerns bezogen auf wichtige Kapitalmarktbewegungen zu erhöhen, werden deshalb die Nettoveränderungen von Pensionsverpflichtungen und Planvermögen dargestellt; bei Annahmen ohne Einfluss auf die Vermögenswerte wird nur die Veränderung der Verpflichtung gezeigt.

Die vermögensbezogenen Sensitivitäten werden durch den Konzernbereich Market Risk Management für die größten Pläne des Konzerns durch Nutzung von risikosensitiven Faktoren bestimmt. Diese Sensitivitätsberechnungen basieren auf Daten von den Vermögensmanagern der Pläne und werden linear extrapoliert, um die geschätzte Veränderung im Marktwert des Planvermögens im Falle der Veränderung des darunterliegenden Risikofaktors zu zeigen.

Die Sensitivitäten stellen in Bezug auf Kapitalmarktbewegungen und wesentliche Annahmen plausible Veränderungen über die Zeit dar. Der Konzern ist nicht in der Position, Einschätzungen zur Wahrscheinlichkeit dieser Veränderungen auf dem Kapitalmarkt oder in den Annahmen anzugeben. Während diese Sensitivitäten die Gesamtveränderung auf das Finanzierungsniveau verdeutlichen, können sich die Auswirkung des Einflusses und die Bandbreite angemessener alternativer Annahmen zwischen verschiedenen Plänen unterscheiden, was im Gesamtergebnis enthalten ist. Obwohl das Planvermögen wie auch die Verpflichtungen sensitiv auf ähnliche Risikofaktoren sind, können sich tatsächliche Veränderungen im Planvermögen und den Verpflichtungen durch eine unzureichende Korrelation zwischen Marktrisikofaktoren und versicherungsmathematischen Annnahmen nicht vollständig ausgleichen. Durch nichtlineare Zusammenhänge ist bei der Extrapolation dieser Sensitivitäten hinsichtlich der Kapitalmarktbedingungen und der wichtigsten Annahmen Vorsicht geboten in Bezug auf den gesamten Finanzierungsstatus. Etwaige Maßnahmen des Managements zur Reduzierung verbundener Risiken in den Pensionsplänen sind in diesen Sensitivitätszahlen nicht enthalten.

in Mio €	31.12.2014 Deutschland	Großbritannien	USA	Andere Länder	31.12.2013 Deutschland	Großbritannien	USA	Andere Länder
Diskontierungszinssatz (–100 bp):								
Anstieg (–) in der Leistungsverpflichtung	−1.740	−950	−90	−220	−1.355	−800	−60	−155
Erwarteter Anstieg (+) im Planvermögen[1]	1.525	925	75	115	1.200	640	55	85
Erwartete Nettoveränderung im Finanzierungsstatus (Anstieg (+)/Verringerung (–))	**−215**	**−25**	**−15**	**−105**	−155	−160	−5	−70
Diskontierungszinssatz (+100 bp):								
Verringerung (+) in der Leistungsverpflichtung	1.505	775	85	180	1.185	650	55	130
Erwartete Verringerung (–) im Planvermögen[1]	−1.525	−925	−75	−115	−1.200	−640	−55	−85
Erwartete Nettoveränderung im Finanzierungsstatus (Anstieg (+)/Verringerung (–))	**−20**	**−150**	**10**	**65**	−15	10	0	45
Kreditrisikorate (–100 bp):								
Anstieg (–) in der Leistungsverpflichtung	−1.740	−950	−180	−230	−1.355	−800	−140	−155
Erwarteter Anstieg (+) im Planvermögen[1]	880	225	45	40	705	170	35	20
Erwartete Nettoveränderung im Finanzierungsstatus (Anstieg (+)/Verringerung (–))	**−860**	**−725**	**−135**	**−190**	−650	−630	−105	−135
Kreditrisikorate (+100 bp):								
Verringerung (+) in der Leistungsverpflichtung	1.505	775	160	190	1.185	650	125	130
Erwartete Verringerung (–) im Planvermögen[1]	−880	−225	−45	−40	−705	−170	−35	−20
Erwartete Nettoveränderung im Finanzierungsstatus (Anstieg (+)/Verringerung (–))	**625**	**550**	**115**	**150**	480	480	90	110
Inflationsrate (–50 bp):[2]								
Verringerung (+) in der Leistungsverpflichtung	350	330	0	75	325	265	0	55
Erwartete Verringerung (–) im Planvermögen[1]	−245	−290	0	−10	−195	−260	0	−15
Erwartete Nettoveränderung im Finanzierungsstatus (Anstieg (+)/Verringerung (–))	**105**	**40**	**0**	**65**	130	5	0	40
Inflationsrate (+50 bp):[2]								
Anstieg (–) in der Leistungsverpflichtung	−365	−355	0	−80	−335	−285	0	−60
Erwarteter Anstieg (+) im Planvermögen[1]	245	290	0	10	195	260	0	15
Erwartete Nettoveränderung im Finanzierungsstatus (Anstieg (+)/Verringerung (–))	**−120**	**−65**	**0**	**−70**	−140	−25	0	−45
Gehaltssteigerungsrate (–50 bp):								
Verringerung (+) in der Leistungsverpflichtung	80	15	0	15	70	10	0	20
Gehaltssteigerungsrate (+50 bp):								
Anstieg (–) in der Leistungsverpflichtung	−80	−15	0	−15	−70	−10	0	−20
Anstieg der Lebenserwartung um 10 %[3]								
Anstieg (–) in der Leistungsverpflichtung	−275	−85	−25	−20	−220	−75	−20	−15

[1] Die erwarteten Veränderungen im beizulegenden Zeitwert des Planvermögens beinhalten nur die simulierten Auswirkungen der größten Pläne in Deutschland, Großbritannien, den USA, auf den Kanalinseln, in der Schweiz, den Niederlanden und Belgien, welche mehr als 99 % des gesamten Zeitwerts repräsentieren. Der Vermögenswert für die übrigen Länder bleibt bei dieser Darstellung unverändert.
[2] Umfasst zugleich die Sensitivität hinsichtlich des Rentenanstiegs, der im gewissen Grad direkt an die Inflationsrate gekoppelt ist.
[3] Dies entspricht geschätzt in etwa dem Anstieg der Lebenserwartung um circa 1 Jahr.

Erwarteter Kapitalfluss

Die im Folgenden dargestellten erwarteten Zahlungen des Konzerns im Jahr 2015 bezüglich seiner Pensionspläne umfassen sowohl die Leistungszahlungen für nicht extern ausfinanzierte Pläne, die Zuführungen zum Planvermögen extern ausfinanzierter leistungsdefinierter Pensionspläne als auch Beiträge an beitragsdefinierte Pensionspläne.

in Mio €	2015 Insgesamt
Erwartete Zuführungen	
zum Planvermögen leistungsdefinierter Versorgungspläne	265
zum BVV	50
zur Postbeamtenversorgungskasse	100
zu beitragsdefinierten Plänen	230
Erwartete Leistungszahlungen für intern finanzierte Versorgungspläne	35
Erwartete Zahlungen für Pensionspläne	680

Aufwendungen für Leistungen an Arbeitnehmer

Die folgende Tabelle bietet eine Aufstellung spezifischer Aufwandspositionen gemäß den Anforderungen nach IAS 19 beziehungsweise IFRS 2.

in Mio €	2014	2013	2012
Aufwendungen für leistungsdefinierte Pläne			
Dienstzeitaufwand	296	261	289
Nettozinsaufwand (+)/-ertrag (–)	3	10	11
Gesamtaufwendungen leistungsdefinierter Pläne	**299**	271	300
Aufwendungen für beitragsdefinierte Pläne			
Beiträge an den BVV	51	51	51
Beiträge an die Postbeamtenversorgungskasse	97	97	105
Beiträge an beitragsdefinierte Pläne	228	221	219
Gesamtaufwendungen beitragsdefinierter Pläne	**376**	369	375
Pensionsaufwendungen insgesamt	**675**	640	675
Arbeitgeberbeiträge zur gesetzlichen Rentenversicherung	**229**	230	231
Aufwand für in Aktien zu begebene aktienbasierte Vergütung[1]	860	918	1.097
Aufwand für in bar auszuzahlende aktienbasierte Vergütung[1]	11	29	17
Aufwand für aufgeschobene Barvergütungen[1]	815	811	1.133
Aufwand für Abfindungszahlungen[2]	205	274	472

[1] Einschließlich Akquisitionsprämien und Einmalaufwand zur beschleunigten Amortisation noch nicht amortisierter Komponenten für aufgeschobene Vergütung aufgrund der Beendigung des Beschäftigungsverhältnisses unter Einbezug solcher Anteile, die als Restrukturierungsaufwand erfasst wurden.
[2] Ohne Einmalaufwand zur beschleunigten Amortisation noch nicht amortisierter aufgeschobener Vergütungskomponenten.

36 – Ertragsteuern

in Mio €	2014	2013	2012
Laufender Steueraufwand/-ertrag (–):			
Steueraufwand/-ertrag (–) für das laufende Jahr	764	913	731
Periodenfremder laufender Steueraufwand/-ertrag (–)[1]	– 12	41	– 956
Laufender Steueraufwand/-ertrag (–) insgesamt	**752**	954	– 225
Latenter Steueraufwand/-ertrag (–):			
Effekt aus der Entstehung und Umkehrung temporärer Differenzen, noch nicht genutzter steuerlicher Verluste und Steuergutschriften	644	7	579
Effekt aus Änderungen der Steuergesetzgebung und/oder des Steuersatzes	44	35	9
Periodenfremder latenter Steueraufwand/-ertrag (–)[1]	– 15	– 221	135
Latenter Steueraufwand/-ertrag (–) insgesamt	**673**	– 179	723
Ertragsteueraufwand/-ertrag (–) insgesamt	**1.425**	775	498

[1] In 2012 beinhalten periodenfremde Steueraufwendungen/-erträge einen laufenden Steuerertrag in Höhe von 435 Mio €, dem ein korrespondierender latenter Steueraufwand gegenübersteht.

Der Ertragsteueraufwand für das Jahr 2014 beinhaltet einen Steueraufwand aus einer Steuer im Zusammenhang mit dem Versicherungsgeschäft („Policyholder Tax“) in Höhe von 2 Mio € (2013: 23 Mio € Steueraufwand; 2012: 12 Mio € Steueraufwand), der durch Einkünfte entsteht, die dem Versicherungsnehmer zuzurechnen sind.

Der laufende Steueraufwand ist aufgrund der Nutzung bisher nicht berücksichtigter steuerlicher Verluste, Steuergutschriften und abzugsfähiger temporärer Differenzen im Geschäftsjahr 2014 um einen Steuerertrag in Höhe von 5 Mio € vermindert (2013: 3 Mio € Verminderung des laufenden Steueraufwands; 2012: Erhöhung des laufenden Steuerertrags um 94 Mio €).

Der latente Steueraufwand ist aufgrund der Nutzung bisher nicht berücksichtigter steuerlicher Verluste, Steuergutschriften und abzugsfähiger temporärer Differenzen, der Wertaufholung aktiver latenter Steuern aus Vorjahren sowie aufgrund von Abwertungen aktiver latenter Steuern im Geschäftsjahr 2014 per Saldo um einen latenten Steuerertrag in Höhe von 303 Mio € reduziert (2013: Erhöhung des latenten Steuerertrags um 237 Mio €; 2012: Erhöhung des latenten Steueraufwands um 91 Mio €).

Unterschied zwischen der Anwendung des deutschen Ertragsteuersatzes und tatsächlich ausgewiesenem Steueraufwand

in Mio €	2014	2013	2012
Erwarteter Steueraufwand/-ertrag (–) bei einem Ertragsteuersatz von 31 % in Deutschland (31 % für 2013 und 2012)	**966**	451	252
Steuersatzdifferenzen auf ausländische Ergebnisse	88	154	36
Steuerbefreite Einnahmen	– 371	– 337	– 497
Steuereffekt aus mit der Equitymethode konsolidierten Beteiligungen	– 93	– 84	– 74
Nicht abzugsfähige Aufwendungen	649	571	563
Wertminderungen auf den Geschäfts- oder Firmenwert	0	0	630
Änderungen des Ansatzes und der Bewertung aktiver latenter Steuern[1]	– 308	– 240	– 3
Effekt aus Änderungen der Steuergesetzgebung und/oder des Steuersatzes	44	35	9
Effekt aus aktienbasierter Vergütung	78	– 5	– 17
Effekt aus der „Policyholder Tax“	– 2	23	12
Sonstige[1]	374	207	– 413
Ausgewiesener Steueraufwand/-ertrag (–)	**1.425**	775	498

[1] Der auf Vorperioden entfallende laufende und latente Steueraufwand/(-ertrag) wird überwiegend in den Positionen „Änderungen des Ansatzes und der Bewertung aktiver latenter Steuern“ und „Sonstige“ ausgewiesen.

Der Konzern unterliegt in verschiedenen Ländern der ständigen Prüfung durch die Steuerbehörden. In der vorstehenden Tabelle sind unter der Position „Sonstige“ für die Geschäftsjahre 2014, 2013 und 2012 überwiegend Effekte infolge dieser Betriebsprüfungen enthalten.

Der in Deutschland maßgebliche Ertragsteuersatz, der für die Berechnung latenter Steuerforderungen und -verbindlichkeiten angewandt wurde, setzt sich aus der Körperschaftsteuer, dem Solidaritätszuschlag und der Gewerbesteuer zusammen und hat in den Geschäftsjahren 2014, 2013 und 2012 31 % betragen.

Im Eigenkapital (sonstige erfolgsneutrale Eigenkapitalveränderungen/Kapitalrücklagen) verbuchte Ertragsteuern

in Mio €	2014	2013	2012
Versicherungsmathematische Gewinne/Verluste in Bezug auf leistungsdefinierte Versorgungszusagen	**407**	58	407
Zur Veräußerung verfügbare finanzielle Vermögenswerte:			
Unrealisierte Gewinne/Verluste der Periode	– 457	– 21	– 539
In die Gewinn- und Verlustrechnung umgegliederte Gewinne/Verluste	5	103	6
Derivate, die Schwankungen zukünftiger Zahlungsströme absichern:			
Unrealisierte Gewinne/Verluste der Periode	– 7	– 58	– 5
In die Gewinn- und Verlustrechnung umgegliederte Gewinne/Verluste	– 146	– 10	– 13
Sonstige Veränderungen im Eigenkapital:			
Unrealisierte Gewinne/Verluste der Periode	– 68	– 175	104
In die Gewinn- und Verlustrechnung umgegliederte Gewinne/Verluste	1	1	0
Steueraufwand (–)/-ertrag auf Gewinne/Verluste aus sonstigen erfolgsneutralen Eigenkapitalveränderungen	**– 265**	– 102	– 40
Ertragsteuern, die darüber hinaus dem Eigenkapital belastet (–) beziehungsweise gutgeschrieben wurden	**– 21**	65	34

Wesentliche Komponenten der latenten Steuerforderungen und -verbindlichkeiten

in Mio €	31.12.2014	31.12.2013
Latente Steuerforderungen:		
Noch nicht genutzte steuerliche Verlustvorträge	2.785	2.300
Noch nicht genutzte Steuergutschriften	192	191
Abzugsfähige temporäre Differenzen:		
Handelsaktiva/-passiva	8.454	8.719
Sachanlagen	459	796
Sonstige Aktiva	2.382	2.355
Bewertung von Wertpapieren	93	280
Wertberichtigungen für Kreditausfälle	1.020	814
Sonstige Rückstellungen	811	952
Sonstige Passiva	838	1.103
Latente Steuerforderungen insgesamt	**17.034**	17.510
Latente Steuerverbindlichkeiten:		
Zu versteuernde temporäre Differenzen:		
Handelsaktiva/-passiva	7.746	8.024
Sachanlagen	52	49
Sonstige Aktiva	832	843
Bewertung von Wertpapieren	1.628	1.123
Wertberichtigungen für Kreditausfälle	71	97
Sonstige Rückstellungen	233	298
Sonstige Passiva	782	1.106
Latente Steuerverbindlichkeiten insgesamt	**11.344**	11.540

Latente Steuerforderungen und -verbindlichkeiten, nach bilanzieller Saldierung

in Mio €	31.12.2014	31.12.2013
Latente Steuerforderungen	6.865	7.071
Latente Steuerverbindlichkeiten	1.175	1.101
Latente Steuerforderungen, rechnerischer Saldo	**5.690**	5.970

Die Änderung der Differenz zwischen latenten Steuerforderungen und latenten Steuerverbindlichkeiten entspricht nicht dem latenten Steueraufwand/-ertrag. Die Gründe hierfür sind (1) latente Steuern, die direkt dem Eigenkapital belastet beziehungsweise gutgeschrieben werden, (2) Effekte durch Wechselkursänderungen auf Steuerforderungen und -verbindlichkeiten, die in anderen Währungen als Euro notieren, (3) der Erwerb und Verkauf von Gesellschaften im Rahmen der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit und (4) die Umwidmungen von latenten Steuerforderungen und -verbindlichkeiten, die in der Bilanz als Bestandteile der Posten „Sonstige Aktiva“ und „Sonstige Passiva“ dargestellt werden.

Posten, für die keine latenten Steuerforderungen ausgewiesen wurden

in Mio €	31.12.2014[1]	31.12.2013[1]
Abzugsfähige temporäre Differenzen	**– 314**	– 341
Unverfallbar	– 3.745	– 3.720
Verfall in der folgenden Periode	– 4	– 1
Verfall nach der folgenden Periode	– 1.334	– 1.671
Noch nicht genutzte steuerliche Verlustvorträge	**– 5.083**	– 5.392
Verfall nach der folgenden Periode	– 88	– 224
Noch nicht genutzte Steuergutschriften	**– 88**	– 224

[1] Die Beträge in der Tabelle beziehen sich hinsichtlich der abzugsfähigen temporären Differenzen, noch nicht genutzten steuerlichen Verluste und Steuergutschriften auf Körperschaftsteuern.

Latente Steuerforderungen wurden für diese Posten nicht erfasst, da es nicht wahrscheinlich ist, dass zukünftig zu versteuernde Ergebnisse vorliegen, mit denen die noch nicht genutzten steuerlichen Verluste, noch nicht genutzten Steuergutschriften und abzugsfähigen temporären Differenzen verrechnet werden können.

Zum 31. Dezember 2014 beziehungsweise zum 31. Dezember 2013 hat der Konzern für Gesellschaften, die einen Verlust in der laufenden Periode oder in der Vorperiode erlitten haben, latente Steuerforderungen ausgewiesen, die die latenten Steuerverbindlichkeiten um 5,5 Mrd € beziehungsweise 5,4 Mrd € überstiegen. Grundlage für die Bildung latenter Steuern ist die Einschätzung des Managements, gemäß der es wahrscheinlich ist, dass die jeweiligen Gesellschaften zu versteuernde Ergebnisse erzielen werden, mit denen noch nicht

genutzte steuerliche Verluste, Steuergutschriften und abzugsfähige temporäre Differenzen verrechnet werden können. In der Regel verwendet das Management für die Bestimmung der auszuweisenden Beträge latenter Steuerforderungen Informationen zu historischer Profitabilität und gegebenenfalls Informationen über prognostizierte Geschäftsergebnisse auf Basis genehmigter Geschäftspläne einschließlich einer Aufstellung über die Vortragsperioden ungenutzter steuerlicher Verluste und Steuergutschriften, Steuerplanungsmöglichkeiten sowie sonstiger maßgeblicher Überlegungen.

Die Konzernobergesellschaft hat zum 31. Dezember 2014 keine latenten Steuerverbindlichkeiten für temporäre Differenzen in Höhe von 134 Mio € im Zusammenhang mit Beteiligungen an Tochtergesellschaften, Filialen und assoziierten Unternehmen sowie Beteiligungen an gemeinschaftlich geführten Unternehmen ausgewiesen (2013: 120 Mio €).

37 – Derivative Finanzinstrumente

Derivative Finanzinstrumente und Sicherungsgeschäfte

Zu den vom Konzern eingesetzten derivativen Kontrakten zählen Swaps, standardisierte Terminkontrakte, Termingeschäfte, Optionen und ähnliche Kontraktarten. Im Rahmen der üblichen Geschäftstätigkeit wickelt der Konzern unterschiedliche Transaktionen mit derivativen Finanzinstrumenten sowohl zu Handels- als auch zu Sicherungszwecken ab. Der Konzern setzt derivative Instrumente ein, um den Bedürfnissen der Kunden hinsichtlich des Risikomanagements Rechnung zu tragen und Risiken des Konzernobligos zu steuern.

Im Einklang mit den Rechnungslegungsgrundsätzen des Konzerns zur Bilanzierung von Derivaten und Sicherungsbeziehungen, wie sie in Anhangangabe 1 „Wesentliche Rechnungslegungsgrundsätze und -einschätzungen“ beschrieben sind, werden alle Derivate zum beizulegenden Zeitwert bilanziert, gleichgültig, ob sie für Handels- oder Nichthandelszwecke gehalten werden.

Zu Handelszwecken gehaltene Derivate

Verkaufs- und Handelsaktivitäten

Die Mehrzahl der Derivatetransaktionen des Konzerns steht im Zusammenhang mit Verkaufs- und Handelsaktivitäten. Zu den Verkaufsaktivitäten gehören die Strukturierung und Vermarktung derivativer Produkte an Kunden, um diesen die Übernahme, Übertragung, Modifizierung oder Reduzierung von gegenwärtigen oder zukünftigen Risiken zu ermöglichen. Die Handelsaktivitäten umfassen Marktpflege- und Arbitrageaktivitäten sowie das Eingehen von Eigenhandelspositionen. Marktpflege beinhaltet das Stellen von Geld- und Briefkursen für andere Marktteilnehmer mit der Absicht, mithilfe von Margen und Volumina Erträge zu erwirtschaften. Durch Eingehen von Eigenhandelspositionen steuert der Konzern seine Risikopositionen in der Erwartung, von günstigen Entwicklungen der Preise, Zinsen oder Indizes zu profitieren. Bei Arbitrageaktivitäten werden Preisabweichungen zwischen Märkten und Produkten ermittelt, um daraus Gewinne zu erzielen.

Risikomanagement

Im Rahmen seines Aktiv-Passiv-Managements setzt der Konzern Derivate zu Sicherungszwecken ein, um sein Marktrisiko zu reduzieren. Dies erfolgt durch Absicherung spezifischer Portfolios festverzinslicher Finanzinstrumente und geplanter Transaktionen sowie durch eine strategische Absicherung des gesamten Bilanzrisikos. Der Konzern steuert Zinsrisiken aktiv, unter anderem durch den Einsatz derivativer Kontrakte. Der Einsatz derivativer Finanzinstrumente wird von Zeit zu Zeit innerhalb vorgeschriebener Grenzen entsprechend den Veränderungen der Marktbedingungen sowie den Charakteristika und der Zusammensetzung der betreffenden Aktiva und Passiva angepasst.

Derivative, die die Anforderungen an Sicherungsgeschäfte erfüllen

Für Derivate, für die die in Anhangangabe 1 „Wesentliche Rechnungslegungsgrundsätze und -einschätzungen“ beschriebenen Anforderungen erfüllt sind, wendet der Konzern die Bilanzierung von Sicherungsgeschäften an.

Absicherung des beizulegenden Zeitwerts

Der Konzern wendet die Absicherung des beizulegenden Zeitwerts mittels Zinsswaps und Optionen an, um sich gegen Veränderungen des beizulegenden Zeitwerts festverzinslicher Finanzinstrumente infolge von Bewegungen der Marktzinssätze abzusichern.

	31.12.2014		31.12.2013	
in Mio €	Aktiva	Passiva	Aktiva	Passiva
Derivate als Sicherungsinstrumente zur Absicherung des beizulegenden Zeitwerts	3.679	2.136	2.810	200

Im Geschäftsjahr 2014 wies der Konzern einen Gewinn von 1,0 Mrd € (2013: Verlust in Höhe von 2,4 Mrd €; 2012: Verlust in Höhe von 0,1 Mrd €) aus Sicherungsinstrumenten aus. Im gleichen Zeitraum belief sich der Verlust aus den abgesicherten Grundgeschäften, der auf das abgesicherte Risiko zurückzuführen war, auf 1,3 Mrd € (2013: Gewinn von 1,7 Mrd €; 2012: Verlust von 0,4 Mrd €).

Absicherung von Zahlungsströmen

Der Konzern wendet die Absicherung von Zahlungsströmen mittels Zinsswaps, Aktienindexswaps und Devisentermingeschäften an, um sich gegen Risiken aus Schwankungen von Zinssätzen, Aktien und Wechselkursen zu schützen.

	31.12.2014		31.12.2013	
in Mio €	Aktiva	Passiva	Aktiva	Passiva
Derivate als Sicherungsinstrumente zur Absicherung des beizulegenden Zeitwerts	234	0	30	276

Berichtszeiträume, in denen mit dem Auftreten der abgesicherten Zahlungsströme gerechnet wird und wann diese voraussichtlich ergebniswirksam werden

in Mio €	Bis 1 Jahr	1 bis 3 Jahre	3 bis 5 Jahre	Über 5 Jahre
Zum 31. Dezember 2014				
Cashflow aus Aktiva	23	35	5	0
Cashflow aus Passiva	– 21	– 35	– 28	– 25
Netto-Zahlungsströme 2014	2	0	– 23	– 25
Zum 31. Dezember 2013				
Cashflow aus Aktiva	80	110	53	136
Cashflow aus Passiva	– 25	– 37	– 37	– 36
Netto-Zahlungsströme 2013	55	73	16	100

Absicherung von Zahlungsströmen

in Mio €	31.12.2014	31.12.2013	31.12.2012
Im Eigenkapital ausgewiesen[1]	118	– 215	– 341
davon terminierte Programme	– 15	– 16	– 17
Ins Eigenkapital des Berichtszeitraums eingestellte Gewinne/Verluste (–)	– 6	91	42
Aus dem Eigenkapital des Berichtszeitraums entnommene Gewinne/Verluste (–)	– 339	– 35	– 45
Erfolgswirksame Ineffektivität der Absicherung	– 3	1	1

[1] Im Eigenkapital ausgewiesen mit Bezug auf die sonstige erfolgsneutrale Eigenkapitalveränderung, für detailliertere Informationen verweisen wir auf die Konzern-Gesamtergebnisrechnung.

Anfang Juni 2014 wurde entschieden, die derzeitige Fremdfinanzierung der Maher Terminals, bei Fälligkeit Anfang Juli 2014, durch eine interne Finanzierung zu ersetzen. Bis zu diesem Zeitpunkt war es die konzernweit größte Initiative zur Absicherung von Zahlungsströmen. Diese Entscheidung führte dazu, dass die bisher im Eigenkapital ausgewiesenen Marktwertverluste im Zusammenhang mit einer Swap-Transaktion und im Einklang mit den Vorschriften des IAS 39 in Höhe von 313 Mio € in die Konzern-Gewinn- und Verlustrechnung im zweiten Quartal 2014 gebucht wurden.

Mit Stand vom 31. Dezember 2014 wird der Zahlungsstrom mit der längsten Laufzeit im Jahr 2022 fällig.

Absicherung von Nettoinvestitionen

Der Konzern sichert sich über Devisentermingeschäfte und -swaps gegen Risiken aus der Umrechnung von Abschlüssen ausländischer Tochterunternehmen in die Bilanzwährung der Muttergesellschaft zu Kassakursen am Bilanzstichtag ab.

	31.12.2014		31.12.2013	
in Mio €	Aktiva	Passiva	Aktiva	Passiva
Derivate als Sicherungsinstrumente in Absicherungen von Nettoinvestitionen	490	2.927	1.171	141

Im Geschäftsjahr 2014 wies der Konzern Verluste von 357 Mio € (2013: Verluste von 320 Mio €; 2012: Verluste 357 Mio €) aus Ineffektivität der Absicherung aus, die das Forwardelement des Sicherungsinstruments enthält.

38 – Geschäfte mit nahestehenden Dritten

Dritte Parteien gelten als nahestehend, sofern eine Partei die andere mittelbar oder unmittelbar kontrolliert oder maßgeblichen Einfluss auf deren geschäftliche oder operative Entscheidungen ausüben kann. Zu den nahestehenden Dritten des Konzerns gehören:

— Personen in Schlüsselpositionen, deren nahe Familienangehörige sowie Gesellschaften, die von diesen Personen oder deren nahen Familienangehörigen kontrolliert oder maßgeblich beeinflusst werden oder an denen dieser Personenkreis bedeutende Stimmrechte hält,
— Tochtergesellschaften, Joint Ventures und assoziierte Unternehmen und deren jeweilige Tochterunternehmen und
— Pensionspläne für Deutsche Bank-Mitarbeiter, die nach Beendigung des Arbeitsverhältnisses in Anspruch genommen werden.

Der Konzern unterhält Geschäftsbeziehungen mit einer Reihe von nahestehenden Dritten. Geschäfte mit diesen Dritten werden im Rahmen des normalen Geschäftsverlaufs durchgeführt und es gelten grundsätzlich die gleichen Bedingungen – einschließlich Zinssätzen und Sicherheiten – wie für im selben Zeitraum getätigte vergleichbare Geschäfte mit Dritten. Diese Geschäfte waren nicht mit ungewöhnlich hohen Einbringlichkeitsrisiken oder anderen ungünstigen Eigenschaften behaftet.

Geschäfte mit Personen in Schlüsselpositionen

Personen in Schlüsselpositionen sind Personen, die für die Planung, Leitung und Überwachung der Tätigkeiten der Deutschen Bank direkt oder indirekt zuständig und verantwortlich sind. Der Konzern zählt die Mitglieder des Vorstands und des Aufsichtsrats der Muttergesellschaft für Zwecke des IAS 24 zu Personen in Schlüsselpositionen.

Personalaufwand für Personen in Schlüsselpositionen

in Mio €	2014	2013	2012
Kurzfristig fällige Leistungen	26	18	17
Leistungen nach Beendigung des Arbeitsverhältnisses	4	3	3
Andere langfristig fällige Leistungen	7	6	14
Leistungen aus Anlass der Beendigung des Arbeitsverhältnisses	0	0	15
Aktienbasierte Vergütungen	5	8	16
Insgesamt	**42**	35	65

Die Tabelle enthält keine Vergütung, die Mitglieder des Aufsichtsrats (Arbeitnehmervertreter oder frühere Vorstandsmitglieder) erhalten. Die aggregierte Vergütung, die dieser Personenkreis für seine Dienste als Arbeit-

nehmer oder den Status als Pensionär (Ruhestand, Rente und aufgeschobene Vergütung) bezog, beläuft sich im Geschäftsjahr 2014 auf 1,1 Mio € (Dezember 2013: 1 Mio €; Dezember 2012: 1,6 Mio €).

Zum 31. Dezember 2014 hat der Konzern Kredite und Zusagen in Höhe von 3 Mio € an Personen in Schlüsselpositionen vergeben und Einlagen in Höhe von 16 Mio € von Personen in Schlüsselpositionen erhalten. Zum 31. Dezember 2013 beliefen sich die Kredite und Zusagen auf 4 Mio € an Personen in Schlüsselpositionen und Einlagen in Höhe von 12 Mio € von Personen in Schlüsselpositionen im Konzern.

Daneben bietet der Konzern Personen in Schlüsselpositionen und deren nahen Familienangehörigen Bankdienstleistungen wie zum Beispiel Zahlungsverkehrs- und Kontoführungsdienstleistungen sowie Anlageberatung an.

Geschäfte mit Tochtergesellschaften, Joint Ventures und assoziierten Unternehmen

Geschäfte zwischen der Deutschen Bank AG und deren Tochtergesellschaften gelten als Geschäfte mit nahestehenden Dritten. Sofern diese Transaktionen bei Konsolidierung eliminiert werden, werden sie nicht als Geschäfte mit nahestehenden Dritten offengelegt. Geschäfte zwischen dem Konzern und seinen assoziierten Unternehmen und Joint Ventures und deren jeweiligen Tochterunternehmen gelten ebenfalls als Geschäfte mit nahestehenden Dritten.

Kredite

in Mio €	2014	2013
Bestand am Jahresanfang	**357**	918
Im Laufe des Jahres begebene Forderungen aus dem Kreditgeschäft	596	528
Rückzahlungen von Forderungen aus dem Kreditgeschäft	657	676
Veränderung des Konsolidierungskreises[1]	– 1	– 397
Wechselkursveränderungen/Sonstige	27	– 16
Bestand am Jahresende[2]	**321**	357
Sonstige kreditrisikobehaftete Transaktionen:		
Wertberichtigungsbestand für Kreditausfälle	5	6
Wertberichtigungen für Kreditausfälle	0	0
Garantien und sonstige Verpflichtungen	45	54

[1] In 2014 ergaben sich geringe Veränderungen im Konsolidierungskreis. Im zweiten Quartal 2013 erfolgte für einige Unternehmen, die nach der Equitymethode bilanziert wurden, eine erstmalige Vollkonsolidierung. Für Kredite, die diesen Unternehmen bereitgestellt wurden, erfolgte eine Eliminierung im Rahmen des Konsolidierungsprozesses. In diesem Zusammenhang resultierte ebenfalls die Reduktion der zugehörigen Wertberichtigungen und Wertberichtigungsbestände für Kreditausfälle.
[2] Im Jahr 2014 waren 3 Mio € und 2013 waren 2 Mio € dieser Forderungen überfällig. Für die Forderungen aus dem Kreditgeschäft hielt der Konzern zum 31. Dezember 2014 Sicherheiten in Höhe von 70 Mio € (2013: 73 Mio €).

Einlagen

in Mio €	2014	2013
Bestand am Jahresanfang	**167**	245
Einlagenzuflüsse	245	105
Einlagenabflüsse	244	179
Veränderung des Konsolidierungskreises	– 43	– 3
Wechselkursveränderungen/Sonstige	4	– 2
Bestand am Jahresende[1]	**128**	167

[1] Die Einlagen sind unbesichert.

Sonstige Geschäfte

Zum 31. Dezember 2014 bestanden Handelsaktiva und positive Marktwertsalden aus derivativen Finanztransaktionen mit assoziierten Unternehmen in Höhe von 87 Mio € (31. Dezember 2013: 130 Mio €). Zum 31. Dezember 2014 bestanden Handelspassiva und negative Marktwertsalden aus derivativen Finanztransaktionen mit assoziierten Unternehmen in Höhe von 0,0 Mio € (31. Dezember 2013: 1 Mio €).

Weitere Transaktionen mit nahestehenden Dritten betreffen folgende Ereignisse:

Hua Xia Bank: Der Konzern hält einen Anteil von 19,99 % an der Hua Xia Bank und bilanziert diese Beteiligung seit dem 11. Februar 2011 nach der Equitymethode. Im Jahr 2006 hat die Deutsche Bank einen Vertrag über eine Kreditkartenkooperation mit der Hua Xia Bank abgeschlossen, die Erfahrungen des Konzerns im internationalen Kreditkartengeschäft mit lokaler Expertise der Hua Xia Bank verbindet. Es wurde für diese Kooperation eine Rückstellung gebildet. Dieser Rückstellungsbetrag betrug zum 31. Dezember 2014 52 Mio € und deckt die geschätzte Verpflichtung aus dieser Kooperation ab. Weitere Informationen finden sich in der Anhangangabe 17 „Nach der Equitymethode bilanzierte Beteiligungen“.

Geschäfte mit Pensionsplänen

Bestimmte Pläne für Leistungen an Arbeitnehmer nach Beendigung des Arbeitsverhältnisses werden nach IFRS als nahestehende Dritte erachtet. Der Konzern unterhält Geschäftsbeziehungen zu einer Reihe seiner Pensionspläne, für die er Finanzdienstleistungen einschließlich der Vermögensanlage erbringt. Pensionspläne des Konzerns können Aktien oder andere Wertpapiere der Deutschen Bank halten oder mit diesen handeln.

Geschäfte mit nahestehenden Pensionsplänen

in Mio €	2014	2013
Aktien des Konzerns im Planvermögen	6	2
Sonstige Vermögensgegenstände	73	29
Aus dem Planvermögen gezahlte Gebühren an konzerninterne Vermögensverwaltungen	31	39
Marktwert der Derivate mit konzerninternen Kontrahenten	−255	−419
Nominalbetrag der Derivate mit konzerninternen Kontrahenten	11.806	13.851

39 – Informationen zu Tochtergesellschaften

Zusammensetzung des Konzerns

Die Anteile an Tochtergesellschaften des Konzerns werden von der Deutschen Bank AG direkt oder indirekt gehalten.

Der Konzern besteht aus 1.485 (2013: 1.639) konsolidierten Unternehmen, davon sind 756 (2013: 812) konsolidierte strukturierte Unternehmen. An 869 (2013: 968) der vom Konzern beherrschten Unternehmen hält der Konzern direkt oder indirekt eine 100-prozentige Kapitalbeteiligung. 616 (2013: 671) der konsolidierten Unternehmen werden außerdem auch von Dritten gehalten (Anteile ohne beherrschenden Einfluss). Vorjahreszahlen für konsolidierte Unternehmen und von Dritten gehaltene Unternehmen wurden aufgrund einer Verfeinerung des Zählprinzips der Silo-Strukturen angepasst, welche nicht mehr einzeln gezählt werden. Zum 31. Dezember 2013 und 2014 waren die Anteile ohne beherrschenden Einfluss weder für sich betrachtet noch in ihrer Gesamtheit von wesentlicher Bedeutung für den Konzern.

Erhebliche Beschränkungen bezüglich des Zugangs zu oder der Nutzung von Vermögenswerten des Konzerns

Gesetzliche, vertragliche oder aufsichtsrechtliche Beschränkungen sowie Schutzrechte nicht beherrschender Anteile können den Konzern in seiner Fähigkeit beschränken, Zugang zu den Vermögenswerten zu erhalten und diese an oder von anderen Unternehmen ungehindert innerhalb des Konzerns zu transferieren und Schulden des Konzerns zu begleichen.

Zum Stichtag bestanden keine für den Konzern wesentlichen Anteile ohne beherrschenden Einfluss. Folglich existieren keine erheblichen Beschränkungen aufgrund von Schutzrechten zugunsten dieser Anteilseigner.

Beschränkungen hinsichtlich der Nutzbarkeit von Vermögensgegenständen innerhalb des Konzerns:

— Zur Besicherung der Verpflichtungen aus Repogeschäften, Wertpapierfinanzierungsgeschäften, forderungsbesicherten Wertpapieren und als Sicherheitsleistungen für Verbindlichkeiten aus außerbörslichen Derivategeschäften hat der Konzern Vermögenswerte verpfändet.
— Die Vermögenswerte konsolidierter strukturierter Unternehmen werden als Sicherheiten zugunsten der Anspruchsberechtigten gehalten, welche die von diesen Gesellschaften begebenen Wertpapiere erworben haben.
— Die Vermögenswerte der konsolidierten Versicherungsgesellschaften dienen im Wesentlichen der Erfüllung von Verpflichtungen gegenüber den Versicherungsnehmern.
— Regulatorische Anforderungen sowie Anforderungen der Zentralbanken oder lokale gesellschaftsrechtliche Bestimmungen können in bestimmten Ländern die Fähigkeit des Konzerns einschränken, Vermögenswerte an oder von anderen Unternehmen innerhalb des Konzerns zu transferieren.

Verfügungsbeschränkte Vermögenswerte

	31.12.2014		31.12.2013	
in Mio €	Aktiva gesamt	Verfügungsbeschränkte Vermögenswerte	Aktiva gesamt	Verfügungsbeschränkte Vermögenswerte
Verzinsliche Einlagen bei Kreditinstituten	63.518	1.254	77.984	1.115
Zum beizulegenden Zeitwert bewertete finanzielle Vermögenswerte	942.924	82.612	899.257	94.388
Zur Veräußerung verfügbare finanzielle Vermögenswerte	64.297	10.638	48.326	7.821
Forderungen aus dem Kreditgeschäft	405.612	51.450	376.582	56.553
Sonstige	232.352	9.506	209.252	7.675
Insgesamt	**1.708.703**	**155.460**	1.611.400	167.552

Die obige Tabelle enthält keine Angaben zu Vermögenswerten, die zwar auf Konzernebene gewissen Nutzungseinschränkungen unterliegen, bei denen sich jedoch auf Ebene einzelner Konzerngesellschaften keine konkreten Beschränkungen identifizieren lassen. Derartige Beschränkungen können auf lokalen Anforderungen bezüglich der Kreditvergabe oder ähnlichen regulatorischen Beschränkungen beruhen und lassen sich unter Umständen keinen bestimmten Bilanzpositionen zuordnen. Dies ist auch der Fall hinsichtlich der regulatorischen Mindestliquiditätsreserven, deren Gesamtvolumen der Konzern aufgrund der einzelnen lokalen Liquiditätsabflüsse unter Stressbedingungen ermittelt. Insgesamt belaufen sich die als verfügungsbeschränkt angesehenen Liquiditätsreserven zum 31. Dezember 2014 auf 32,4 Mrd € (2013: 19,4 Mrd €).

40 – Strukturierte Einheiten

Art, Zweck und Umfang der Beteiligung des Konzerns an strukturierten Einheiten

Zur Durchführung unserer Geschäftsaktivitäten nutzt der Konzern unter anderem sogenannte strukturierte Einheiten, die einem bestimmten Geschäftszweck dienen. Strukturierte Einheiten sind Einheiten, die derart ausgestaltet sind, dass Stimmrechte oder ähnliche Rechte bei der Entscheidung, wer das Unternehmen beherrscht, nicht ausschlaggebend sind. Dies ist beispielsweise der Fall, wenn Stimmrechte sich nur auf administrative Aufgaben beziehen und die relevanten Aktivitäten durch vertragliche Vereinbarungen gesteuert werden.

Eine strukturierte Einheit verfügt oft über einige oder alle der folgenden Merkmale:

— Limitierte Aktivitäten;
— Ein eng gefasstes und genau definiertes Ziel;

— Unzureichendes Eigenkapital, um ihre Aktivitäten ohne nachrangige finanzielle Unterstützung zu finanzieren;
— Finanzierung in Form zahlreicher vertraglich verknüpfter Instrumente für Investoren, um Kredit- oder anderen Risiken (Tranchen) zu bündeln.

Strukturierte Einheiten dienen hauptsächlich dazu, Kunden Zugang zu spezifischen Portfolios von Vermögenswerten zu bieten und durch die Verbriefung finanzieller Vermögenswerte Marktliquidität bereitzustellen. Sie können als Kapital-, Investment- oder Personengesellschaften gegründet werden. Strukturierte Einheiten finanzieren den Erwerb von Vermögenswerten üblicherweise durch die Emission von Schuld- oder Eigenkapitaltiteln, die durch von ihnen gehaltene Vermögenswerte besichert werden und/oder an diese gekoppelt sind. Die von strukturierten Einheiten begebenen Schuld- oder Eigenkapitaltitel können Tranchen mit unterschiedlichem Rang beinhalten.

Wie in der Anhangangabe 1 „Wesentliche Rechnungslegungsgrundsätze und -einschätzungen“ dargestellt, werden strukturierte Einheiten konsolidiert, wenn die Beziehung zwischen dem Konzern und den strukturierten Einheiten zeigt, dass diese vom Konzern beherrscht werden.

Konsolidierte strukturierte Einheiten

Der Konzern hat vertragliche Verpflichtungen, die es erfordern können, dass er den folgenden Arten von konsolidierten strukturierten Einheiten finanzielle Unterstützung zur Verfügung stellt:

Verbriefungsvehikel

Der Konzern nutzt Verbriefungsvehikel zur Finanzierung von Käufen diversifizierter Forderungspools. Der Konzern stellt diesen Einheiten Unterstützung in Form von Liquiditätslinien zur Verfügung. Zum 31. Dezember 2014 bestanden ausstehende Kreditzusagen gegenüber diesen Gesellschaften von 2 Mrd € (31. Dezember 2013: 6 Mrd €).

Fonds

Der Konzern kann Fonds, die vom Konzern konsolidiert werden, Finanzierungsmittel und Liquiditätslinien oder Garantien zur Verfügung stellen. Zum 31. Dezember 2014 betrug der Nominalwert der solchen Fonds vom Konzern zur Verfügung gestellten Liquiditätslinien und Garantien 28 Mrd € (31. Dezember 2013: 27 Mrd €).

Nicht konsolidierte strukturierte Einheiten

Diese Einheiten werden nicht konsolidiert, da der Konzern keine Beherrschung über Stimmrechte, Verträge, Finanzierungsvereinbarungen oder andere Mittel hat. Das Ausmaß der Beteiligungen des Konzerns an nicht konsolidierten strukturierten Einheiten variiert in Abhängigkeit von der Art der strukturierten Einheit.

Nachfolgend werden die Geschäftsaktivitäten des Konzerns mit nicht konsolidierten strukturierten Einheiten beschrieben:

Repackaging- und Investmentgesellschaften

Repackaging- und Investmentgesellschaften werden gegründet, um Kundennachfragen nach Kombinationen aus Derivaten und Verbriefungen befriedigen zu können. Diese Einheiten werden vom Konzern nicht konsolidiert, da dieser nicht die Verfügungsmacht besitzt, die von den Gesellschaften erzielten Erträge zu beeinflussen. Diese Gesellschaften werden für gewöhnlich aufgesetzt, um einen bestimmten zuvor mit den Anlegern vereinbarten Kapitalertrag zu liefern, und der Konzern ist nicht in der Lage, die Investitionsstrategie oder die Erträge während der Laufzeit der Transaktion zu ändern.

Finanzierungsgesellschaften Dritter

Der Konzern stellt Finanzierungsmittel für strukturierte Einheiten bereit, die eine Vielzahl verschiedener Vermögenswerte halten können. Diese strukturierten Einheiten können in Form von Finanzierungsgesellschaften, als Stiftungen oder als private Investmentgesellschaften gegründet werden. Die Finanzierung ist durch den gehaltenen Vermögenswert besichert. Der Konzern beteiligt sich hauptsächlich an Finanzierungskonstrukten.

Die Vehikel, die in diesen Transaktionen genutzt werden, werden von den Kapitalnehmern kontrolliert, wobei diese entscheiden können, ob zusätzliche Margeneinlagen oder Sicherheiten hinsichtlich der Finanzierung zu leisten sind. In den Fällen, in denen die Kapitalnehmer über die Fortführung oder Beendigung der Finanzierung entscheiden können, konsolidieren die Kapitalnehmer die Vehikel.

Verbriefungsvehikel

Der Konzern gründet Verbriefungsvehikel, die finanzielle Mittel in diversifizierte Pools von Vermögenswerten investieren. Dazu zählen unter anderem festverzinsliche Wertpapiere, Firmenkredite, Asset Backed Securities (vorwiegend verbriefte gewerbliche und private Immobilienkredite und Kreditkartenforderungen). Die Gesellschaften finanzieren diese Käufe durch die Emission verschiedener Tranchen von Schuld- und Eigenkapitaltiteln, deren Rückzahlung an die Performance der Vermögenswerte der Vehikel gekoppelt ist.

Der Konzern überträgt oft Vermögenswerte an diese Verbriefungsvehikel und stellt liquide Mittel in Form von Finanzierungen bereit.

Der Konzern investiert auch in von Dritten gesponserte Fonds und stellt diesen Liquidität zur Verfügung.

All diejenigen Verbriefungsvehikel, bei denen der Konzern nicht die Verfügungsmacht oder Möglichkeit besitzt, einseitig die Verwalter oder Forderungsverwalter abzulösen, werden nicht konsolidiert. Diese Verwalter wurden bevollmächtigt, die Geschicke der Gesellschaft zu leiten.

Fonds

Der Konzern kann strukturierte Einheiten gründen, um unterschiedliche Kundenanforderungen in Bezug auf Investitionen in spezifische Vermögenswerte zu erfüllen. Des Weiteren investiert der Konzern in Fonds, die von Dritten gesponsert werden. Eine Konzerngesellschaft kann die Funktion eines Fondsmanagers, Treuhänders oder eine andere Funktion ausüben. Die Finanzierung ist in der Regel durch den zugrunde liegenden Vermögenswert besichert, welches vom Fonds gehalten wird.

Der Konzern konsolidiert Fonds nicht, wenn die Deutsche Bank als Agent des Fonds gilt oder wenn externe Investoren die Möglichkeit haben, die Aktivitäten des Fonds zu bestimmen.

Sonstige Gesellschaften

Diese beinhalten von der Deutschen Bank oder Dritten gesponserte strukturierte Einheiten, die nicht in eine der oben genannten Kategorien fallen. Diese Gesellschaften werden vom Konzern nicht konsolidiert, wenn der Konzern keine Entscheidungsbefugnisse in der Gesellschaft hat.

Einnahmen aus der Mitwirkung an strukturierten Gesellschaften

Der Konzern erzielt Einnahmen aus Management-Vergütungen und gelegentlich Erfolgsbeteiligungen für seine fondsbezogenen Investment-Management-Leistungen. Zinserträge werden durch die Finanzierung von strukturierten Gesellschaften erzielt. Sämtliche Handelserträge, die sich aus dem Handel von Derivaten mit strukturierten Gesellschaften und den Wertveränderungen der gehaltenen Wertpapiere ergeben, sind in der Position „Nettogewinn/-verlust von finanziellen Vermögenswerten/Verbindlichkeiten, die zum beizulegenden Zeitwert bewertet sind“ enthalten.

Beteiligungen an nicht konsolidierten strukturierten Einheiten

Beteiligungen des Konzerns an nicht konsolidierten Einheiten bestehen aus vertraglichen und nicht-vertraglichen Beziehungen, die den Konzern zum Empfang von variablen Rückflüssen aus der Performance der nicht konsolidierten strukturierten Einheiten berechtigen. Beispiele von Beteiligungen an nicht konsolidierten strukturierten Einheiten umfassen Schuld- oder Eigenkapitalinstrumente, Liquiditätsfazilitäten, Garantien und verschiedene derivative Instrumente, in denen der Konzern Risiken aus strukturierten Einheiten absorbiert.

Beteiligungen an nicht konsolidierten strukturierten Einheiten beinhalten keine Instrumente, die Risiken in strukturierte Einheiten einbringen. Wenn der Konzern zum Beispiel Kreditabsicherungen von nicht konsolidierten strukturierten Einheiten kauft, deren Zweck und Design es ist, Kreditrisiken auf einen Investor zu übertragen, würde der Konzern dieses Risiko eher auf die Einheit übertragen, als es selbst zu übernehmen. Die gekaufte Kreditabsicherung ist deshalb nicht als Beteiligung in den unten dargestellten Tabellen berücksichtigt.

Höchstmögliches Ausfallrisiko von nicht konsolidierten strukturierten Einheiten

Das maximal mögliche Verlustrisiko bestimmt sich aus der Art der Beteiligung an einer nicht konsolidierten strukturierten Einheit. Das maximal mögliche Verlustrisiko von Forderungen aus Kreditgeschäften und Handelsaktiva besteht im Buchwert, der in der Bilanz abgebildet ist. Wie vom Konzern interpretiert, bestimmt sich der maximal mögliche Verlust von Derivaten und außerbilanziellen Verpflichtungen, wie zum Beispiel Garantien, Liquiditätsfazilitäten und Kreditzusagen, unter IFRS 12 durch ihren Nennwert. Diese Nennwerte stellen nicht das ökonomische Risiko dar, da weder Effekte aus Besicherungen oder Verbriefungen berücksichtigt werden noch die Wahrscheinlichkeit von Verlusten, die entstanden sein können. Am 31. Dezember 2014 betrug der Nennwert von Derivaten mit positivem Wiederbeschaffungswert 301 Mrd €, mit negativem Wiederbeschaffungswert 615 Mrd € und von außerbilanziellen Verpflichtungen 32 Mrd €.

Am 31. Dezember 2013 betrug der Nennwert von Derivaten mit positivem Wiederbeschaffungswert 311 Mrd €, mit negativem Wiederbeschaffungswert 529 Mrd € und von außerbilanziellen Verpflichtungen 27,3 Mrd €.

Größe von strukturierten Einheiten

Die Art der Geschäftsaktivitäten einer strukturierten Einheit bestimmt deren Größe. Die folgenden Kennzahlen werden als angemessene Indikatoren für die Bewertung der Größe strukturierter Einheiten angesehen:

— Fonds – Nettoinventarwert oder Höhe des verwalteten Vermögens, wenn der Konzern Fondsanteile hält, und der Nennwert von Derivaten, wenn die Beteiligung des Konzerns Derivate beinhaltet.
— Verbriefungen – Nennwert der ausgegebenen Wertpapiere, wenn der Konzern seine Beteiligungen durch Wertpapiere hält, und Nennwert von Derivaten, wenn die Beteiligung des Konzerns in Form von Derivaten besteht.
— Finanzierungsgesellschaften Dritter – Bilanzsumme der Einheiten.
— Repackaging- und Investmentgesellschaften – beizulegender Zeitwert der ausgegebenen Wertpapiere.

Für von Dritten gesponserte Finanzierungsgesellschaften, bei denen keine Kennzahl öffentlich verfügbar ist, hat der Konzern den höheren Betrag aus den erhaltenen/verpfändeten Sicherheiten oder dem Nennwert des Engagements der Deutschen Bank in die jeweilige Einheit veröffentlicht.

Die folgende Tabelle zeigt nach Art der strukturierten Einheit die Buchwerte der Beteiligungen des Konzerns, die in der Gewinn- und Verlustrechnung des Konzerns erfasst sind, sowie den maximal möglichen Verlust, der aus diesen Beteiligungen resultieren könnte. Sie gibt auch eine Indikation über die Größe von strukturierten Einheiten. Die Werte bilden nicht das ökonomische Risiko des Konzerns aus diesen Beteiligungen ab, da sie keine Sicherheiten oder Sicherungsbeziehungen berücksichtigen.

Buchwert von in der Bilanz ausgewiesenen Vermögenswerten und Verbindlichkeiten im Zusammenhang mit den Beteiligungen der Deutschen Bank

31.12.2014

in Mio €	Repackaging-vehikel und Investment-gesellschaften	Finanzierungs-gesellschaften Dritter	Ver-briefungen	Fonds	Summe
Vermögenswerte	0	0	0	0	
Verzinsliche Einlagen bei Kreditinstituten	0	13[1]	0	405	419
Forderungen aus übertragenen Zentralbank-einlagen und Wertpapierpensionsgeschäften (Reverse Repos)	0	0	0	1.599	1.599
Forderungen aus Wertpapieranleihen	0	0	0	17.367	17.367
Zum beizulegenden Zeitwert klassifizierte finanzielle Vermögenswerte insgesamt	1.292	6.875	21.282	65.934	95.384
Handelsaktiva	963	4.315	21.108	13.419	39.805
Positive Marktwerte (derivative Finanzinstrumente)	329	703	143	8.789	9.963
Zum beizulegenden Zeitwert klassifizierte finanzielle Vermögenswerte	0	1.858	31	43.726	45.616
Zur Veräußerung verfügbare finanzielle Vermögenswerte	0	410	875	1.418	2.703
Forderungen aus dem Kreditgeschäft	77	32.553	16.250	15.671	64.551
Sonstige Aktiva	11	87	2.280	21.447	23.824
Summe der Aktiva	1.380	39.938	40.687	123.842	205.846
Verbindlichkeiten	0	0	0	0	
Zum beizulegenden Zeitwert klassifizierte finanzielle Verbindlichkeiten insgesamt	225	626	579	16.968	18.398
Negative Marktwerte (derivative Finanzinstrumente)	225	626	579	16.968	18.398
Summe der Passiva	225	626	579	16.968	18.398
Außerbilanzielle Risikopositionen	3	3.064	1.268	27.699	32.035
Total	1.158	42.376	41.375	134.572	219.483
Größe der strukturierten Gesellschaft	10.938	98.197	3.044.623	3.695.476	

[1] Beinhalted 13 Mio € Barreserve.

					31.12.2013
in Mio €	Repackaging-vehikel und Investment-gesellschaften	Finanzierungs-gesellschaften Dritter	Ver-briefungen	Fonds	Summe
Vermögenswerte	0	0	0	0	
Verzinsliche Einlagen bei Kreditinstituten	0	0	0	303	303
Forderungen aus übertragenen Zentralbank-einlagen und Wertpapierpensionsgeschäften (Reverse Repos)	0	0	0	1.797	1.797
Forderungen aus Wertpapieranleihen	0	0	0	6.819	6.819
Zum beizulegenden Zeitwert klassifizierte finanzielle Vermögenswerte insgesamt	1.830	3.097	26.180	89.365	120.472
Handelsaktiva	1.216	2.586	26.002	12.949	42.753
Positive Marktwerte (derivative Finanzinstrumente)	600	175	169	7.640	8.584
Zum beizulegenden Zeitwert klassifizierte finanzielle Vermögenswerte	15	336	9	68.776	69.136
Zur Veräußerung verfügbare finanzielle Vermögenswerte	3	414	2.279	867	3.564
Forderungen aus dem Kreditgeschäft	101	27.978	13.406	6.153	47.639
Sonstige Aktiva[1]	0	47	546	7.869	8.461
Summe der Aktiva	1.935	31.536	42.412	113.173	189.056
Verbindlichkeiten	0	0	0	0	
Zum beizulegenden Zeitwert klassifizierte finanzielle Verbindlichkeiten insgesamt	471	85	223	8.836	9.615
Negative Marktwerte (derivative Finanzinstrumente)	471	85	223	8.836	9.615
Summe der Passiva	471	85	223	8.836	9.615
Außerbilanzielle Risikopositionen	0	2.135	1.104	24.064	27.304
Total	1.464	33.587	43.293	128.401	206.745
Größe der strukturierten Gesellschaft	20.771	74.278	1.665.626	4.488.622	

[1] Vorjahreswerte wurden in 2014 angepasst, um ausstehende Abwicklungen in Höhe von 29,4 Mrd € zu eliminieren, die unter Sonstige Aktiva ausgewiesen waren und aus der Definition des Konzerns für Beteiligungen herausgenommen wurden.

Handelsaktiva – Die Summe der Handelsaktiva zum 31. Dezember 2014 von 39,8 Mrd € (31. Dezember 2013: 42,8 Mrd €) besteht hauptsächlich aus Verbriefungen von 21,1 Mrd € (31. Dezember 2013: 26 Mrd €) und Fonds von 13,4 Mrd € (31. Dezember 2013: 12,9 Mrd €). Die Beteiligungen des Konzerns in Verbriefungen sind durch die gehaltenen Vermögenswerte besichert. Fondsanteile werden vom Konzern üblicherweise für das Marketmaking gehalten, andernfalls dienen sie als Besicherungsinstrumente für ausgegebene Wertpapiere. Des Weiteren wird das Kreditrisiko aus Forderungen aus dem Kreditgeschäft gegenüber Fremdfonds durch die erhaltene Sicherheit reduziert.

Finanzielle Vermögenswerte, die zum beizulegenden Zeitwert bewertet sind – Die Mehrheit der Beteiligungen in dieser Kategorie sind umgekehrte Pensionsgeschäfte für Fonds. Diese sind durch die gehaltenen Wertpapiere besichert.

Forderungen aus dem Kreditgeschäft – Die Forderungen aus dem Kreditgeschäft zum 31. Dezember 2014 von 64,6 Mrd € (31. Dezember 2013: 47,6 Mrd €) bestehen aus Investments in Verbriefungstranchen und Finanzierungen für von Dritten gesponserte Finanzierungsgesellschaften. Die vom Konzern den von Dritten gesponserten Finanzierungsgesellschaften zur Verfügung gestellte Liquidität ist durch den gehaltenen Vermögenswert in diesen Gesellschaften besichert.

Sonstige Aktiva – Die sonstigen Vermögenswerte zum 31. Dezember 2014 von 23,8 Mrd € (31. Dezember 2013: 8,4 Mrd €) bestehen hauptsächlich aus Forderungen aus dem Prime-Brokerage und Salden aus Cash-Margins.

Finanzielle Unterstützung

Während des Jahres stellte die Deutsche Bank nicht konsolidierten strukturierten Einheiten keine nicht-vertragliche Unterstützungen zur Verfügung.

Gesponserte nicht konsolidierte strukturierte Einheiten, an denen die Deutsche Bank zum 31. Dezember 2014 und 31. Dezember 2013 keine Beteiligung hält

Die Deutsche Bank sponsert die Gründung strukturierter Einheiten aus unterschiedlichen Gründen. Als Sponsor ist sie an der rechtlichen Errichtung und an der Vermarktung der Einheiten beteiligt und unterstützt diese auf unterschiedliche Art und Weise, unter anderem durch:

— die Übertragung von Vermögenswerten;
— die Bereitstellung von Gründungskapital;
— operative Unterstützung, um ihren Geschäftsbetrieb sicherzustellen;
— die Gewährung von Performancegarantien für die strukturierten Einheiten.

Die Deutsche Bank wird als Sponsor einer strukturierten Einheit angesehen, wenn Marktteilnehmer die Einheit begründeterweise mit dem Konzern verbinden. Die Verwendung des Namens Deutsche Bank für die strukturierte Einheit zeigt, dass die Deutsche Bank als Sponsor agierte.

Die Bruttoerträge von gesponserten nicht konsolidierten strukturierten Einheiten zum 31. Dezember 2014 betrugen 166 Mio € (31. Dezember 2013: 527 Mio €). Fälle, in denen der Konzern keine Anteile an nicht konsolidierten gesponserten strukturierten Einheiten hat, umfassen Einheiten, bei denen Gründungskapital oder Finanzierungen gegenüber strukturierten Einheiten während des Jahres bereits voll an den Konzern zurückgezahlt wurden. Dieser Betrag berücksichtigt nicht Auswirkungen von Sicherungsbeziehungen. Er wird in der Position „Nettogewinne/-verluste von finanziellen Vermögenswerten/Verbindlichkeiten, die zum beizulegenden Zeitwert bewertet werden“ ausgewiesen. Die gesamten Buchwerte der auf gesponserte nicht konsolidierte strukturierte Einheiten übertragenen Vermögenswerte betrugen in 2014 469 Mio € für Verbriefungen und 1,9 Mrd € für Repackaging- und Investmentgesellschaften. In 2013 beliefen sich diese auf 3,2 Mrd € in Verbriefungen und 3,7 Mrd € in Repackaging- und Investmentgesellschaften.

41 – Versicherungs- und Investmentverträge

Verbindlichkeiten aus Versicherungs- und Investmentverträgen

	31.12.2014			31.12.2013		
in Mio €	Bruttowert	Rück-versicherung	Nettowert	Bruttowert	Rück-versicherung	Nettowert
Versicherungsverträge	4.750	– 67	4.683	4.581	– 67	4.514
Investmentverträge	8.523	0	8.523	8.067	0	8.067
Insgesamt	**13.273**	**– 67**	**13.206**	12.648	– 67	12.581

Generell werden Beträge, die aus Rückversicherungsverträgen resultieren, brutto ausgewiesen, es sei denn, sie haben einen unwesentlichen Einfluss auf die entsprechenden Bilanzpositionen.

Buchwert

Die folgende Übersicht zeigt eine Analyse der Änderung von Verbindlichkeiten aus Versicherungs- und Investmentverträgen.

	2014		2013	
in Mio €	Versicherungsverträge	Investmentverträge	Versicherungsverträge	Investmentverträge
Buchwert am Jahresanfang	**4.581**	**8.067**	4.654	7.732
Zugänge	158	52	205	52
Inanspruchnahmen	−427	−544	−485	−589
Sonstige Veränderungen	118	429	306	1.023
Wechselkursveränderungen	320	519	−99	−151
Buchwert am Jahresende	**4.750**	**8.523**	4.581	8.067

Die Sonstigen Veränderungen der Vermögenswerte in Investmentverträgen in Höhe von 429 Mio € im Geschäftsjahr 2014 (2013: 1.023 Mio €) gehen hauptsächlich auf Marktwertveränderungen der zugrunde liegenden Vermögenswerte zurück.

Zum 31. Dezember 2014 betrug die Höhe der Verbindlichkeiten aus Versicherungsverträgen 4,8 Mrd €. Davon entfielen 2,5 Mrd € auf traditionelle Rentenversicherungsverträge, 1,8 Mrd € auf Universal-Life-Versicherungsverträge und 444 Mio € auf fondsgebundene Pensionsverträge mit garantierten Rentenzahlungen. Die garantierte Rentenzahlung gibt dem Versicherungsnehmer bei Renteneintritt die Option, eine zum Vertragsbeginn festgelegte Rentenzahlung in Anspruch zu nehmen. Die Verbindlichkeit für fondsgebundene Pensionsverträge mit garantierter Rentenhöhe in Höhe von 444 Mio € gliedert sich in 288 Mio € fondsgebundene Verbindlichkeiten und 156 Mio € Rückstellung auf Basis einer bestmöglichen Schätzung für die garantierten Rentenzahlungen. Die Rückstellung berechnet sich aus der Differenz der vertraglich vereinbarten und der erwarteten Rückzahlungsrate, der Höhe der fondsgebundenen Verbindlichkeit und der Annahme der Inanspruchnahme.

Zum 31. Dezember 2013 betrug die Höhe der Verbindlichkeiten aus Versicherungsverträgen 4,6 Mrd €. Davon entfielen 2,4 Mrd € auf traditionelle Rentenversicherungsverträge, 1,8 Mrd € auf Universal-Life-Versicherungsverträge und 397 Mio € auf fondsgebundene Pensionsverträge mit garantierten Rentenzahlungen (gegliedert in 288 Mio € fondsgebundene Verbindlichkeiten und 109 Mio € Rückstellung auf Basis einer bestmöglichen Schätzung für die garantierten Rentenzahlungen).

Wesentliche Annahmen im Versicherungsgeschäft

Die Verbindlichkeiten ändern sich in Abhängigkeit von Veränderungen der Zinssätze (dies gilt insbesondere für garantierte zukünftige Leistungen), der Anlageerträge sowie der Aufwendungen für Lebensversicherungs- und Rentenversicherungsverträge, für die sich die künftige Sterbewahrscheinlichkeit nicht mit Sicherheit vorhersagen lässt.

Annahmen werden für alle Faktoren getroffen, die zukünftige Zahlungsströme wesentlich beeinflussen. Dazu gehören Annahmen über zukünftige Zinssätze, Sterblichkeitsraten und Kosten. Die Annahmen, die langfristige Versicherungsaktivitäten am stärksten beeinflussen, sind die zur Abzinsung der Zahlungsströme verwendeten Zinssätze und die Sterbewahrscheinlichkeiten, diese insbesondere für Rentenversicherungsverträge.

Die Annahmen werden im Folgenden erläutert.

Zinssätze

In den zugrunde gelegten Zinssätzen spiegeln sich Schätzungen über zukünftige Anlageerträge wider. Sie beinhalten insofern Annahmen über Art und Laufzeit der zur Deckung der Verbindlichkeiten dienenden Vermögenswerte. Darüber hinaus werden angemessene Risikoabschläge zur Berücksichtigung von Ausfallrisiken berücksichtigt.

Sterbewahrscheinlichkeit

Die Sterbewahrscheinlichkeiten basieren auf veröffentlichten Sterbetafeln, die entsprechend angepasst wurden, um sowohl den Änderungen der Daten seit Veröffentlichung als auch unternehmensspezifischen Erfahrungswerten und aktualisierten Prognosewerten Rechnung zu tragen. Wenn erforderlich, wird eine angemessene Sicherheitsmarge hinzugefügt, um zukünftige nachteilige Abweichungen von den Erwartungswerten zu berücksichtigen. Die Sterbewahrscheinlichkeit für Rentenversicherungsverträge wird so angepasst, dass sie zukünftigen Erhöhungen der Lebenserwartung von Begünstigten Rechnung trägt. Die Ermittlung der Erhöhung der Lebenserwartung basiert zu 100 % auf Tabellen der Continuous Mortality Investigation 2013, wobei von einer Erhöhung von maximal 1 % per anno ausgegangen wird.

Aufwendungen

Für Verträge, die nicht fondsgebunden sind, werden Aufwendungen für zukünftige Versicherungskosten in Abzug gebracht.

Sonstige Annahmen

Zum Jahresende 2014 und 2013 wird davon ausgegangen, dass im Rentenversicherungsgeschäft Optionen auf garantierte Rentenzahlungen zu 67 % in Anspruch genommen werden.

Wesentliche Annahmen zum Wert des erworbenen Versicherungsgeschäfts

Bei Erwerb eines Versicherungsgeschäfts wird der Überschuss des Kaufpreises über den Anteil des Erwerbers an dem beizulegenden Nettozeitwert der identifizierbaren Vermögenswerte, Schulden und Eventualverbindlichkeiten als immaterieller Vermögenswert bilanziert. Dieser immaterielle Vermögenswert entspricht dem Barwert der zukünftigen Zahlungsströme der berichteten Verbindlichkeit zum Zeitpunkt des Erwerbs. Dies entspricht dem Wert des erworbenen Geschäftes („VOBA“).

Der Wert des erworbenen Versicherungsgeschäfts wird mit der Rate berücksichtigt, welche die Besonderheiten des erworbenen Geschäfts und den erwarteten Wertverzehr widerspiegelt. Der Wert des erworbenen Versicherungsgeschäfts wird regelmäßig auf Wertminderung überprüft, und Abschreibungen werden als Aufwand in der Konzern-Gewinn- und Verlustrechnung belastet.

Der Wert des erworbenen Versicherungsgeschäfts im Zusammenhang mit der Akquisition der Abbey Life Assurance Company Limited entspricht dem Barwert der zukünftigen Zahlungsströme für den Versicherungsbestand zum Erwerbszeitpunkt. Die in diesem Zusammenhang zu treffenden Annahmen berücksichtigen die geschäftsspezifischen Erfahrungswerte für zukünftige Sterbewahrscheinlichkeiten, Invaliditätsraten, Bestandsfestigkeit und sonstige Aufwendungen. Des Weiteren wurden bei Erwerb auch grundsätzliche Annahmen anhand gesamtwirtschaftlicher Indikatoren zugrunde gelegt.

Die zu erwartende Wertminderung des erworbenen Versicherungsgeschäfts bestimmt sich anhand der Zusammensetzung des erworbenen Versicherungsgeschäfts sowie der erwarteten Veränderungen der zukünftigen Zahlungsströme. Zum Ende jeder Berichtsperiode ist der noch bilanzierte Wert des erworbenen Versicherungsgeschäfts mit dem Barwert der zukünftigen Zahlungsströme für den Versicherungsbestand zum Erwerbszeitpunkt zu vergleichen.

Sollten die erwarteten zukünftigen Zahlungsströme unzureichend sein und der Barwert der zukünftigen Zahlungsströme den Bilanzwert unterschreiten, ist der Wert des erworbenen Versicherungsgeschäfts entsprechend zu verringern.

Wesentliche Änderungen der Annahmen

Bei der Akquisition der Abbey Life Assurance Company Limited im Oktober 2007 wurden deren bis dahin auf Basis regulativer Anforderungen berechnete Verbindlichkeiten für Versicherungsverträge, in Übereinstimmung mit den Vorschriften von IFRS 4, auf Basis der bestmöglichen Schätzung neu berechnet. Die zu diesem Zeitpunkt getroffenen Annahmen für nicht wirtschaftliche Faktoren haben sich nicht geändert. Allerdings wurden die für wirtschaftliche Faktoren getroffenen Annahmen unter Berücksichtigung von Veränderungen wesentlicher Wirtschaftsindikatoren überprüft. Die Verbindlichkeit für Rentenversicherungsverträge wurde mit dem bei erstmaliger Bilanzierung ermittelten Wert angesetzt.

Sensitivitätsanalyse für Versicherungsverträge

Die folgende Tabelle zeigt die Auswirkung von Änderungen der wesentlichen Annahmen, die der Berechnung der Verbindlichkeiten des Versicherungsgeschäfts zugrunde liegen, auf das Ergebnis vor Steuern und das Eigenkapital. Die Veränderung einer jeden Annahme erfolgt ceteris paribus.

	Veränderung des Ergebnisses vor Steuern		Veränderung des Eigenkapitals	
in Mio €	2014	2013	2014	2013
Annahme:				
Sterbewahrscheinlichkeit (Verschlechterung um 10 %)[1]	– 10	– 8	– 8	– 6
Aufwand (Anstieg um 10 %)	– 1	0	– 1	0
Zinssätze (Anstieg um 1 %)	8	10	– 185	– 144

[1] Dem Effekt der Sterbewahrscheinlichkeit liegen ein Rückgang im Rentenversicherungsgeschäft um 10 % und ein Anstieg im sonstigen Geschäft um 10 % zugrunde.

Für bestimmte Versicherungsverträge enthält die Bewertungsgrundlage eine sogenannte Sicherheitsmarge. Für diese Verträge würde eine Verschlechterung der Annahmen für die Einflussfaktoren so lange keine Anpassung der Rückstellung zur Folge haben, bis die Sicherheitsmarge aufgezehrt ist. Ebenso bewirkte eine Verbesserung der Annahmen für die Einflussfaktoren keine Erhöhung der Rückstellung. Deshalb handelt es sich bei den in der Sensitivitätsanalyse gezeigten Auswirkungen im Fall einer angenommenen Verschlechterung der Einflussfaktoren um jenen Betrag, um den die Verbindlichkeit die Sicherheitsmarge am Bilanzstichtag überschreitet. Aus diesem Grund sollten die in dieser Tabelle bereitgestellten Informationen nicht dazu verwendet werden, Rückschlüsse auf die Auswirkungen anderweitiger Veränderungen zu ziehen. Ebenso lässt sich daraus nicht ableiten, welche Veränderungen zu einem anderen Zeitpunkt auftreten könnten.

42 – Kurz- und langfristige Vermögenswerte und Verbindlichkeiten

Vermögenswerte und Verbindlichkeiten gegliedert nach ihren Realisierungs- und Erfüllungszeitpunkten

Aktivpositionen zum 31. Dezember 2014

	Realisierung oder Erfüllung		Insgesamt
in Mio €	in 2015	nach 2015	31.12.2014
Barreserve	20.055	0	20.055
Verzinsliche Einlagen bei Kreditinstituten	63.146	371	63.518
Forderungen aus übertragenen Zentralbankeinlagen und aus Wertpapierpensionsgeschäften (Reverse Repos)	17.494	303	17.796
Forderungen aus Wertpapierleihen	25.800	34	25.834
Zum beizulegenden Zeitwert bewertete finanzielle Vermögenswerte	906.129	36.796	942.924
Zur Veräußerung verfügbare finanzielle Vermögenswerte	7.740	56.557	64.297
Nach der Equitymethode bilanzierte Beteiligungen	0	4.143	4.143
Forderungen aus dem Kreditgeschäft	135.376	270.236	405.612
Sachanlagen	0	2.909	2.909
Geschäfts- oder Firmenwert und sonstige immaterielle Vermögenswerte	0	14.951	14.951
Sonstige Aktiva	130.891	7.089	137.980
Steuerforderungen aus laufenden Steuern	1.589	230	1.819
Summe der Aktiva vor Steuerforderungen aus latenten Steuern	1.308.224	393.614	1.701.838
Steuerforderungen aus latenten Steuern			6.865
Summe der Aktiva			1.708.703

Verbindlichkeiten zum 31. Dezember 2014

	Realisierung oder Erfüllung		Insgesamt
in Mio €	in 2015	nach 2015	31.12.2014
Einlagen	508.481	24.451	532.931
Verbindlichkeiten aus übertragenen Zentralbankeinlagen und aus Wertpapierpensionsgeschäften (Repos)	10.887	0	10.887
Verbindlichkeiten aus Wertpapierleihen	1.976	363	2.339
Zum beizulegenden Zeitwert bewertete finanzielle Verpflichtungen	680.496	17.203	697.699
Sonstige kurzfristige Geldaufnahmen	42.931	0	42.931
Sonstige Passiva	177.798	6.024	183.823
Rückstellungen	6.677	0	6.677
Steuerverbindlichkeiten aus laufenden Steuern	780	828	1.608
Langfristige Verbindlichkeiten	25.739	119.098	144.837
Hybride Kapitalinstrumente	4.906	5.667	10.573
Summe der Verbindlichkeiten vor Steuerverbindlichkeiten aus latenten Steuern	1.460.672	173.634	1.634.306
Steuerverbindlichkeiten aus latenten Steuern			1.175
Summe der Verbindlichkeiten			1.635.481

Aktivpositionen zum 31. Dezember 2013

	Realisierung oder Erfüllung		Insgesamt
in Mio €	in 2014	nach 2014	31.12.2013
Barreserve	17.155	0	17.155
Verzinsliche Einlagen bei Kreditinstituten	77.821	163	77.984
Forderungen aus übertragenen Zentralbankeinlagen und aus Wertpapierpensionsgeschäften (Reverse Repos)	26.355	1.008	27.363
Forderungen aus Wertpapierleihen	20.818	51	20.870
Zum beizulegenden Zeitwert bewertete finanzielle Vermögenswerte	867.731	31.525	899.257
Zur Veräußerung verfügbare finanzielle Vermögenswerte	6.561	41.765	48.326
Nach der Equitymethode bilanzierte Beteiligungen	0	3.581	3.581
Forderungen aus dem Kreditgeschäft	121.566	255.016	376.582
Sachanlagen	0	4.420	4.420
Geschäfts- oder Firmenwert und sonstige immaterielle Vermögenswerte	0	13.932	13.932
Sonstige Aktiva	106.737	5.803	112.539
Steuerforderungen aus laufenden Steuern	2.098	224	2.322
Summe der Aktiva vor Steuerforderungen aus latenten Steuern	1.246.842	357.487	1.604.330
Steuerforderungen aus latenten Steuern			7.071
Summe der Aktiva			1.611.400

Verbindlichkeiten zum 31. Dezember 2013

	Realisierung oder Erfüllung		Insgesamt
in Mio €	in 2014	nach 2014	31.12.2013
Einlagen	503.976	23.773	527.750
Verbindlichkeiten aus übertragenen Zentralbankeinlagen und aus Wertpapierpensionsgeschäften (Repos)	13.381	0	13.381
Verbindlichkeiten aus Wertpapierleihen	2.106	198	2.304
Zum beizulegenden Zeitwert bewertete finanzielle Verpflichtungen	620.172	17.232	637.404
Sonstige kurzfristige Geldaufnahmen	59.767	0	59.767
Sonstige Passiva	161.239	2.356	163.595
Rückstellungen	4.524	0	4.524
Steuerverbindlichkeiten aus laufenden Steuern	870	730	1.600
Langfristige Verbindlichkeiten	31.365	101.718	133.082
Hybride Kapitalinstrumente	5.190	6.736	11.926
Summe der Verbindlichkeiten vor Steuerverbindlichkeiten aus latenten Steuern	1.402.591	152.743	1.555.333
Steuerverbindlichkeiten aus latenten Steuern			1.101
Summe der Verbindlichkeiten			1.556.434

43 – Ereignisse nach dem Bilanzstichtag

Alle wesentlichen, berücksichtigungspflichtigen Ereignisse nach dem Bilanzstichtag sind in der Ertrags-, Finanz- und Vermögenslage des Konzerns enthalten.

44 – Ergänzende Erläuterungen zum Konzernabschluss gemäß § 315a HGB und die Kapitalrendite gemäß § 26a KWG

Personalaufwand

in Mio €	2014	2013
Personalaufwand:		
Löhne und Gehälter	10.466	10.406
Soziale Abgaben	2.046	1.923
davon: für Altersversorgung	659	615
Insgesamt	**12.512**	12.329

Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter

Die durchschnittliche Anzahl der während des Geschäftsjahres beschäftigten Mitarbeiter (arbeitswirksam) betrug insgesamt 97.689 (2013: 97.991), darunter befanden sich 43.281 (2013: 43.488) Mitarbeiterinnen. Teilzeitkräfte sind in diesen Zahlen entsprechend der geleisteten Arbeitszeit anteilig enthalten. Im Ausland waren im Durchschnitt 51.932 (2013: 51.323) Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter tätig.

Bezüge des Vorstands und des Aufsichtsrats

Im Jahr 2014 beliefen sich die Gesamtbezüge des Vorstands auf 31.709.671 € (2013: 36.890.500 €), davon entfielen 10.322.666 € (2013 24.947.250 €) auf variable Vergütungsbestandteile.

An frühere Vorstandsmitglieder der Deutschen Bank AG oder deren Hinterbliebene wurden im Jahr 2014 20.591.504 € (2013: 31.993.691 €) gezahlt.

Die Vergütung des Aufsichtsrats ist in der Satzung geregelt. Die Vergütungsregelungen wurden zuletzt durch Beschluss der Hauptversammlung vom 22. Mai 2014 geändert, die am 17. Juli 2014 wirksam wurden. Die Mitglieder des Aufsichtsrats erhalten eine feste jährliche Vergütung. Die jährliche Grundvergütung beträgt für jedes Aufsichtsratsmitglied 100.000 €, für den Aufsichtsratsvorsitzenden das 2-Fache und für den stellvertretenden Aufsichtsratsvorsitzenden das 1,5-Fache dieses Betrags. Für Mitgliedschaft und Vorsitz in den Ausschüssen des Aufsichtsrats werden zusätzliche feste jährliche Vergütungen gezahlt. Von der ermittelten Vergütung sind dem jeweiligen Aufsichtsratsmitglied 75 % nach Rechnungsvorlage im Februar des Folgejahres auszuzahlen. Die weiteren 25 % werden von der Gesellschaft zu demselben Zeitpunkt gemäß den Regelungen in der Satzung in Aktien der Gesellschaft umgerechnet (virtuelle Aktien). Der Kurswert dieser Zahl von Aktien wird dem jeweiligen Aufsichtsratsmitglied im Februar des auf sein Ausscheiden aus dem Aufsichtsrat beziehungsweise auf das Ablaufen einer Bestellungsperiode folgenden Jahres gemäß den Regelungen in der Satzung vergütet, wenn das betreffende Mitglied nicht aufgrund eines wichtigen Grundes zur Abberufung aus dem Aufsichtsrat ausscheidet. Bei unterjährigen Wechseln im Aufsichtsrat erfolgt die Vergütung für das Geschäftsjahr zeitanteilig, und zwar mit Aufrundung/Abrundung auf volle Monate. Für das Jahr des Ausscheidens wird die gesamte Vergütung in Geld ausgezahlt, die Verfallsregelung gilt für 25 % der Vergütung für dieses Geschäftsjahr entsprechend. Die Gesamtvergütung für die Mitglieder des Aufsichtsrats für das Geschäftsjahr 2014 betrug 4.588.710 € (2013: 3.862.500 €), von der gemäß den Regelungen in der Satzung 3.466.532 € im Februar 2015 (Februar 2014: 3.053.119 €) ausgezahlt wurden.

Die Pensionsverpflichtungen gegenüber früheren Mitgliedern des Vorstands und ihren Hinterbliebenen betrugen am 31. Dezember 2014 insgesamt 222.790.668 € (2013: 200.878.857 €).

Am 31. Dezember 2014 beliefen sich die gewährten Vorschüsse, Kredite sowie eingegangenen Haftungsverhältnisse für Vorstandsmitglieder auf 2.378.392 € (2013: 2.646.301 €) und für Aufsichtsratsmitglieder der Deutschen Bank AG auf 1.028.188 € (2013: 1.010.814 €). Aufsichtsratsmitglieder zahlten in 2014 Kredite in Höhe von 64.063 € zurück.

Kapitalrendite

In § 26a KWG wird die Kapitalrendite als Quotient aus Nettogewinn und Bilanzsumme definiert. Entsprechend dieser Definition lag die Kapitalrendite für das Jahr 2014 bei 0,10 % (2013: 0,04 %).

Corporate Governance

Die Deutsche Bank Aktiengesellschaft hat die nach § 161 Aktiengesetz vorgeschriebene Erklärung abgegeben und unter www.deutsche-bank.de/ir/de/content/entsprechenserklaerungen.htm publiziert.

Wesentliche Prüfungshonorare und -leistungen

Vom Abschlussprüfer abgerechnete Honorare nach Kategorien

Kategorie in Mio €	2014	2013
Prüfungshonorare	54	55
davon an KPMG AG	25	31
Honorare für prüfungsnahe Dienstleistungen	14	16
davon an KPMG AG	11	12
Honorare für Steuerberatung	8	8
davon an KPMG AG	6	2
Sonstige Honorare	2	0
davon an KPMG AG	2	0
Summe der Honorare	**78**	79

45 – Länderspezifische Berichterstattung

Die länderspezifische Berichterstattung nach § 26a KWG erfordert die jährliche Veröffentlichung bestimmter Informationen nach Ländern. Die veröffentlichten Informationen entstammen den Daten des IFRS-Konzernabschlusses der Deutschen Bank. Am 16. Dezember 2014 veröffentlichte die Bundesbank spezifische Anforderungen an die länderspezifische Berichterstattung. Diese enthielten die Anforderung, die länderspezifische Berichterstattung vor der Eliminierung von grenzüberschreitenden konzerninternen Transaktionen darzustellen. Entsprechend dieser Anforderung wurden lediglich die konzerinternen Transaktionen innerhalb eines Landes eliminiert. Diese Eliminierungen sind identisch zu den Eliminierungen, die im internen Management-Reporting für Länder vorgenommen werden, und betreffen größtenteils gezahlte Dividenden. Die Informationen der länderspezifischen Berichterstattung sind daher nicht abstimmbar mit anderen Finanzinformationen in diesem Bericht.

Die geografische Lage von Tochtergesellschaften und Niederlassungen berücksichtigt sowohl das Land des Sitzes oder der Ansässigkeit als auch die relevante Steuerhoheit. Für die Angabe der Firmenbezeichnungen, der Art der Tätigkeiten und der geografischen Lage der Tochtergesellschaften wird auf die Anhangangabe 46 „Anteilsbesitz“ verwiesen. Zudem haben die Deutsche Bank AG und ihre Tochtergesellschaften deutsche und ausländische Niederlassungen wie zum Beispiel in London, New York und Singapur. Der Umsatz besteht aus dem Zinsüberschuss und den zinsunabhängigen Erträgen.

in Mio € (sofern nicht anders angegeben)	Nettoerträge (Umsatz)	Angestellte (Vollzeit-äquivalente)	Ergebnis vor Steuern	Einkommen-steuer (Auf wand)/Ertrag
				31.12.2014
Argentinien	102	84	80	−28
Australien	357	547	49	−12
Österreich	35	119	6	−3
Belgien	183	644	17	0
Brasilien	145	334	40	−18
Kanada	69	50	7	−3
Cayman Islands	20	33	7	0
Chile	36	43	28	−6
China	313	524	193	−45
Kolumbien	0	0	−1	0
Tschechische Republik	8	43	2	0
Dänemark	0	1	1	0
Finnland	0	4	0	0
Frankreich	89	210	29	−9
Deutschland	12.037	45.392	1.980	−440
Großbritannien	3.806	8.057	−2.241	120
Griechenland	0	11	0	0
Guernsey	6	0	1	0
Hongkong	941	1.266	272	−39
Ungarn	21	59	8	−3
Indien	529	10.456	344	−160
Indonesien	127	296	74	−19
Irland	19	398	5	−1
Israel	24	13	15	−4
Italien	1.082	3.979	95	−55
Japan	602	686	257	−108
Jersey	24	122	−5	1
Lettland	1	0	0	0
Luxemburg	812	610	549	−157
Malaysia	71	202	46	−12
Malta	84	4	83	−23
Mauritius	33	198	14	−2
Mexiko	63	126	30	0
Niederlande	419	862	1	0
Neuseeland	40	22	24	−5
Norwegen	0	2	0	0
Pakistan	15	78	7	−2
Peru	14	19	10	−3
Philippinen	43	2.142	21	−6
Polen	277	2.191	88	−20
Portugal	70	415	3	−3
Katar	0	3	−1	0
Rumänien	3	198	2	0
Russische Föderation	161	1.276	77	−20
Saudi-Arabien	34	60	21	−5
Singapur	1.089	1.905	443	−24
Südafrika	38	105	9	5
Südkorea	152	310	52	−13
Spanien	541	2.522	−64	20
Sri Lanka	24	62	14	−5
Schweden	3	40	7	−2
Schweiz	357	726	3	−2
Taiwan	56	197	14	−2
Thailand	30	138	1	1
Türkei	77	129	50	−10
VAE	63	161	5	−1
Ukraine	5	20	2	0
Uruguay	0	0	0	0
USA	7.702	9.972	1.080	−274
Vietnam	18	71	8	−2

46 – Anteilsbesitz

506 Verbundene Unternehmen
520 Konsolidierte Strukturierte Gesellschaften
531 Nach der Equitymethode bilanzierte Beteiligungen
533 Andere Unternehmen, an denen mindestens 20 % der Kapitalanteile gehalten werden
538 Beteiligungen an großen Kapitalgesellschaften, bei denen die Beteiligung 5 % der Stimmrechte überschreitet

Nachfolgende Seiten zeigen den Anteilsbesitz des Konzerns Deutsche Bank gemäß § 313 Absatz 2 HGB.

Fußnoten:

1 Spezialfonds.
2 Control-Verhältnis.
3 Von dieser Gesellschaft wurden nur spezifische Aktiva und darauf bezogene Passiva (Silos) konsolidiert.
4 Bestehend aus 239 eigenständigen Trusts (nur abweichend in Nummer/Laufzeit), die kommunale Schuldverschreibungen kaufen und hierfür Short Puttable Exempt Adjusted Receipts (SPEARs) und Long Inverse Floating Exempt Receipts (LIFERs) ausgeben, die dann an Investoren verkauft werden.
5 Control-Verhältnis über geschäftsführenden Komplementär.
6 Kein Control-Verhältnis.
7 Nach der Equitymethode bilanzierte Beteiligung wegen signifikantem Einfluss.
8 Nach IFRS als nicht nach der Equitymethode zu bilanzierende strukturierte Gesellschaft klassifiziert.
9 Nach IFRS als nicht zu konsolidierende strukturierte Gesellschaft klassifiziert.
10 Nicht konsolidiert oder als nach der Equitymethode bilanzierte Beteiligung bewertet, da zur Veräußerung verfügbare Wertpapiere.
11 Kein signifikanter Einfluss.
12 Nicht nach der Equitymethode bilanzierte Beteiligung, sondern mit beizulegendem Zeitwert (Fair Value) bewertet.

Lfd. Nr.	Name der Gesellschaft	Sitz der Gesellschaft	Fußnote	Geschäftstätigkeit	Anteil am Kapital in %
1	Deutsche Bank Aktiengesellschaft	Frankfurt am Main		Einlagenkreditinstitut	
2	Abbey Life Assurance Company Limited	London		Erstversicherungsunternehmen	100,0
3	Abbey Life Trust Securities Limited	London		Sonstiges Unternehmen	100,0
4	Abbey Life Trustee Services Limited	London		Sonstiges Unternehmen	100,0
5	ABFS I Incorporated	Baltimore		Finanzunternehmen	100,0
6	ABS Leasing Services Company	Chicago		Anbieter von Nebendienstleistungen	100,0
7	ABS MB Ltd.	Baltimore		Finanzunternehmen	100,0
8	Acacia (Luxembourg) S.à r.l.	Luxemburg		Sonstiges Unternehmen	100,0
9	Accounting Solutions Holding Company, Inc.	Wilmington		Sonstiges Unternehmen	100,0
10	Agripower Buddosò Società Agricola a Responsabilità Limitata	Pesaro		Sonstiges Unternehmen	100,0
11	Airport Club für International Executives GmbH	Frankfurt		Sonstiges Unternehmen	84,0
12	Alex. Brown Financial Services Incorporated	Baltimore		Finanzunternehmen	100,0
13	Alex. Brown Investments Incorporated	Baltimore		Finanzunternehmen	100,0
14	Alex. Brown Management Services, Inc.	Baltimore		Finanzunternehmen	100,0
15	Alfred Herrhausen Gesellschaft - Das internationale Forum der Deutschen Bank - mbH	Berlin		Sonstiges Unternehmen	100,0
16	Americas Trust Servicios de Consultoria, S.A.	Madrid		Sonstiges Unternehmen	100,0
17	Apexel LLC	Wilmington		Sonstiges Unternehmen	100,0
18	Argent Incorporated	Baltimore		Kreditinstitut	100,0
19	Autumn Leasing Limited (in members' voluntary liquidation)	London		Finanzunternehmen	100,0
20	AWM Luxembourg SICAV-SIF	Luxemburg		Sonstiges Unternehmen	100,0
21	AXOS Beteiligungs- und Verwaltungs-GmbH	Köln		Finanzunternehmen	100,0
22	B.T.I. Investments	London		Finanzunternehmen	100,0
23	BAG	Frankfurt	1	Finanzunternehmen	100,0
24	Baincor Nominees Pty Limited	Sydney		Sonstiges Unternehmen	100,0
25	Bainpro Nominees Pty Ltd	Sydney		Sonstiges Unternehmen	100,0
26	Bainsec Nominees Pty Ltd	Sydney		Sonstiges Unternehmen	100,0
27	Bankers Trust International Finance (Jersey) Limited	St. Helier		Finanzunternehmen	100,0
28	Bankers Trust International Limited (in members' voluntary liquidation)	London		Kreditinstitut	100,0
29	Bankers Trust Investments Limited	London		Sonstiges Unternehmen	100,0
30	Bankers Trust Nominees Limited (in members' voluntary liquidation)	London		Sonstiges Unternehmen	100,0
31	Barkly Investments Ltd.	St. Helier		Finanzunternehmen	100,0
32	Bayan Delinquent Loan Recovery 1 (SPV-AMC), Inc.	Makati Stadt		Finanzunternehmen	100,0
33	Beachwood Properties Corp.	Wilmington	2	Sonstiges Unternehmen	0,0
34	Bebek Varlik Yönetym A.S.	Istanbul		Finanzunternehmen	100,0
35	Betriebs-Center für Banken AG	Frankfurt		Anbieter von Nebendienstleistungen	100,0
36	BHW - Gesellschaft für Wohnungswirtschaft mbH	Hameln		Finanzunternehmen	100,0
37	BHW - Gesellschaft für Wohnungswirtschaft mbH & Co. Immobilienverwaltungs KG	Hameln		Anbieter von Nebendienstleistungen	100,0
38	BHW Bausparkasse Aktiengesellschaft	Hameln		Einlagenkreditinstitut	100,0
39	BHW Financial Srl in liquidazione	Verona		Anbieter von Nebendienstleistungen	100,0
40	BHW Gesellschaft für Vorsorge mbH	Hameln		Finanzunternehmen	100,0
41	BHW Holding AG	Hameln		Finanzholding-Gesellschaft	100,0
42	BHW Invest, Société à responsabilité limitée	Luxemburg		Sonstiges Unternehmen	100,0
43	BHW Kreditservice GmbH	Hameln		Anbieter von Nebendienstleistungen	100,0
44	Billboard Partners L.P.	Georgetown		Finanzunternehmen	99,9
45	Biomass Holdings S.à r.l.	Luxemburg		Finanzunternehmen	100,0
46	Birch (Luxembourg) S.à r.l.	Luxemburg		Sonstiges Unternehmen	100,0
47	Blue Cork, Inc.	Wilmington		Anbieter von Nebendienstleistungen	100,0
48	Blue Ridge CLO Holding Company LLC	Wilmington		Finanzunternehmen	100,0
49	Bluewater Creek Management Co.	Wilmington		Kreditinstitut	100,0
50	BNA Nominees Pty Limited	Sydney		Sonstiges Unternehmen	100,0
51	Bonsai Investment AG	Frauenfeld		Anbieter von Nebendienstleistungen	100,0
52	Borfield S.A.	Montevideo		Sonstiges Unternehmen	100,0
53	BRIMCO, S. de R.L. de C.V.	Mexiko Stadt		Sonstiges Unternehmen	100,0
54	BT Commercial Corporation	Wilmington		Kreditinstitut	100,0

Lfd. Nr.	Name der Gesellschaft	Sitz der Gesellschaft	Fußnote	Geschäftstätigkeit	Anteil am Kapital in %
55	BT CTAG Nominees Limited (in members' voluntary liquidation)	London		Sonstiges Unternehmen	100,0
56	BT Globenet Nominees Limited	London		Sonstiges Unternehmen	100,0
57	BT International (Nigeria) Limited	Lagos		Anbieter von Nebendienstleistungen	100,0
58	BT Maulbronn GmbH	Eschborn		Finanzunternehmen	100,0
59	BT Milford (Cayman) Limited	Georgetown		Finanzunternehmen	100,0
60	BT Muritz GmbH	Eschborn		Anbieter von Nebendienstleistungen	100,0
61	BT Opera Trading S.A.	Paris		Finanzunternehmen	100,0
62	BT Sable, L.L.C.	Wilmington		Finanzunternehmen	100,0
63	BT Vordertaunus Verwaltungs- und Beteiligungsgesellschaft mbH	Eschborn		Anbieter von Nebendienstleistungen	100,0
64	BTAS Cayman GP	Georgetown		Finanzunternehmen	100,0
65	BTD Nominees Pty Limited	Sydney		Sonstiges Unternehmen	100,0
66	BTVR Investments No. 1 Limited	St. Helier		Finanzunternehmen	100,0
67	Buxtal Pty. Limited	Sydney		Finanzunternehmen	100,0
68	C. J. Lawrence Inc.	Wilmington		Kreditinstitut	100,0
69	CAM Initiator Treuhand GmbH & Co. KG	Köln		Finanzunternehmen	100,0
70	CAM PE Verwaltungs GmbH & Co. KG	Köln		Finanzunternehmen	100,0
71	CAM Private Equity Nominee GmbH & Co. KG	Köln		Finanzunternehmen	100,0
72	CAM Private Equity Verwaltungs-GmbH	Köln		Finanzunternehmen	100,0
73	3160343 Canada Inc.	Toronto		Finanzunternehmen	100,0
74	Caneel Bay Holding Corp.	Chicago	2	Finanzunternehmen	0,0
75	Cape Acquisition Corp.	Wilmington		Finanzunternehmen	100,0
76	CapeSuccess Inc.	Wilmington		Anbieter von Nebendienstleistungen	100,0
77	CapeSuccess LLC	Wilmington		Finanzunternehmen	82,6
78	Cardales Management Limited	St. Peter Port		Wertpapierhandelsunternehmen	100,0
79	Cardales UK Limited	London		Finanzunternehmen	100,0
80	Career Blazers Consulting Services, Inc.	Albany		Sonstiges Unternehmen	100,0
81	Career Blazers Contingency Professionals, Inc.	Albany		Sonstiges Unternehmen	100,0
82	Career Blazers Learning Center of Los Angeles, Inc.	Los Angeles		Sonstiges Unternehmen	100,0
83	Career Blazers LLC	Wilmington		Finanzunternehmen	100,0
84	Career Blazers Management Company, Inc.	Albany		Sonstiges Unternehmen	100,0
85	Career Blazers New York, Inc.	Albany		Sonstiges Unternehmen	100,0
86	Career Blazers of Ontario Inc.	London, Ontario		Sonstiges Unternehmen	100,0
87	Career Blazers Personnel Services of Washington, D.C., Inc.	Washington D.C.		Sonstiges Unternehmen	100,0
88	Career Blazers Personnel Services, Inc.	Albany		Finanzunternehmen	100,0
89	Career Blazers Service Company, Inc.	Wilmington		Sonstiges Unternehmen	100,0
90	Caribbean Resort Holdings, Inc.	New York	2	Finanzunternehmen	0,0
91	Castlewood Expansion Partners, L.P.	Wilmington		Anbieter von Nebendienstleistungen	87,5
92	Castor LLC	Wilmington	2	Finanzunternehmen	0,0
93	Cathay Advisory (Beijing) Company Ltd	Peking		Sonstiges Unternehmen	100,0
94	Cathay Asset Management Company Limited	Port Louis		Finanzunternehmen	100,0
95	Cathay Capital Company (No 2) Limited	Port Louis		Finanzunternehmen	67,6
96	CBI NY Training, Inc.	Albany		Sonstiges Unternehmen	100,0
97	Cedar (Luxembourg) S.à r.l.	Luxemburg		Sonstiges Unternehmen	100,0
98	Centennial River 1 Inc.	Denver		Sonstiges Unternehmen	100,0
99	Centennial River 2 Inc.	Austin		Sonstiges Unternehmen	100,0
100	Centennial River Acquisition I Corporation	Wilmington		Sonstiges Unternehmen	100,0
101	Centennial River Acquisition II Corporation	Wilmington		Sonstiges Unternehmen	100,0
102	Centennial River Corporation	Wilmington		Finanzunternehmen	100,0
103	Channel Nominees Limited (in members' voluntary liquidation)	London		Sonstiges Unternehmen	100,0
104	Cinda - DB NPL Securitization Trust 2003-1	Wilmington	2	Finanzunternehmen	0,0
105	Civic Investments Limited	St. Helier		Finanzunternehmen	100,0
106	Consumo Finance S.p.A.	Mailand		Kreditinstitut	100,0
107	Coronus L.P.	St. Helier		Wertpapierhandelsunternehmen	100,0
108	CREDA Objektanlage- und verwaltungsgesellschaft mbH	Bonn		Anbieter von Nebendienstleistungen	100,0
109	CTXL Achtzehnte Vermögensverwaltung GmbH	München		Finanzunternehmen	100,0

Lfd. Nr.	Name der Gesellschaft	Sitz der Gesellschaft	Fußnote	Geschäftstätigkeit	Anteil am Kapital in %
110	Cyrus J. Lawrence Capital Holdings, Inc.	Wilmington		Kreditinstitut	100,0
111	D B Rail Holdings (UK) No. 1 Limited (in members' voluntary liquidation)	London		Finanzunternehmen	100,0
112	D&M Turnaround Partners Godo Kaisha	Tokio		Finanzdienstleistungsinstitut	100,0
113	D.B. International Delaware, Inc.	Wilmington		Finanzunternehmen	100,0
114	DAHOC (UK) Limited	London		Finanzunternehmen	100,0
115	DAHOC Beteiligungsgesellschaft mbH	Frankfurt		Finanzunternehmen	100,0
116	DB (Gibraltar) Holdings Limited (in members' voluntary liquidation)	Gibraltar		Finanzunternehmen	100,0
117	DB (Malaysia) Nominee (Asing) Sdn. Bhd.	Kuala Lumpur		Sonstiges Unternehmen	100,0
118	DB (Malaysia) Nominee (Tempatan) Sdn. Bhd.	Kuala Lumpur		Sonstiges Unternehmen	100,0
119	DB (Pacific) Limited	Wilmington		Finanzunternehmen	100,0
120	DB (Pacific) Limited, New York	New York		Finanzunternehmen	100,0
121	DB (Tip Top) Limited Partnership	Toronto		Sonstiges Unternehmen	99,9
122	DB Abalone LLC	Wilmington		Finanzunternehmen	100,0
123	DB Alex. Brown Holdings Incorporated	Wilmington		Finanzunternehmen	100,0
124	DB Alps Corporation	Wilmington		Finanzunternehmen	100,0
125	DB Alternative Trading Inc.	Wilmington		Finanzunternehmen	100,0
126	DB Aotearoa Investments Limited	Georgetown		Anbieter von Nebendienstleistungen	100,0
127	DB Beteiligungs-Holding GmbH	Frankfurt		Finanzunternehmen	100,0
128	DB Bluebell Investments (Cayman) Partnership	Georgetown		Finanzunternehmen	100,0
129	DB Boracay LLC	Wilmington		Finanzunternehmen	100,0
130	DB Broker GmbH	Frankfurt		Wertpapierhandelsunternehmen	100,0
131	DB CAPAM GmbH	Köln		Anbieter von Nebendienstleistungen	100,0
132	DB Capital Management, Inc.	Wilmington		Finanzunternehmen	100,0
133	DB Capital Markets (Deutschland) GmbH	Frankfurt		Finanzholding-Gesellschaft	100,0
134	DB Capital Partners (Asia), L.P.	Georgetown		Finanzunternehmen	99,7
135	DB Capital Partners (Europe) 2000 - A Founder Partner LP	Wilmington	2	Finanzunternehmen	0,0
136	DB Capital Partners (Europe) 2000 - B Founder Partner LP	Wilmington	2	Finanzunternehmen	0,0
137	DB Capital Partners Asia G.P. Limited	Georgetown		Finanzunternehmen	100,0
138	DB Capital Partners Europe 2002 Founder Partner LP	Wilmington	2	Finanzunternehmen	0,0
139	DB Capital Partners General Partner Limited	London		Finanzunternehmen	100,0
140	DB Capital Partners Latin America, G.P. Limited	Georgetown		Finanzunternehmen	100,0
141	DB Capital Partners, Inc.	Wilmington		Finanzunternehmen	100,0
142	DB Capital Partners, Latin America, L.P.	Georgetown		Finanzunternehmen	80,2
143	DB Capital, Inc.	Wilmington		Finanzunternehmen	100,0
144	DB Cartera de Inmuebles 1, S.A.U.	Pozuelo de Alarcón		Anbieter von Nebendienstleistungen	100,0
145	DB Chestnut Holdings Limited	Georgetown		Anbieter von Nebendienstleistungen	100,0
146	DB Commodities Canada Ltd.	Toronto		Anbieter von Nebendienstleistungen	100,0
147	DB Commodity Services LLC	Wilmington		Anbieter von Nebendienstleistungen	100,0
148	DB Consorzio S. Cons. a r. l.	Mailand		Anbieter von Nebendienstleistungen	100,0
149	DB Corporate Advisory (Malaysia) Sdn. Bhd.	Kuala Lumpur		Finanzunternehmen	100,0
150	DB Crest Limited	St. Helier		Kreditinstitut	100,0
151	DB Delaware Holdings (Europe) LLC	Wilmington		Finanzunternehmen	100,0
152	DB Delaware Holdings (UK) Limited	London		Finanzunternehmen	100,0
153	DB Depositor Inc.	Wilmington		Finanzunternehmen	100,0
154	DB Energy Commodities Limited	London		Anbieter von Nebendienstleistungen	100,0
155	DB Energy Trading LLC	Wilmington		Anbieter von Nebendienstleistungen	100,0
156	DB Enfield Infrastructure Holdings Limited	St. Helier		Finanzunternehmen	100,0
157	DB Enfield Infrastructure Investments Limited	St. Helier		Anbieter von Nebendienstleistungen	100,0
158	DB Enterprise GmbH & Co. Zweite Beteiligungs KG	Lützen-Gostau		Finanzunternehmen	100,0
159	DB Equipment Leasing, Inc.	New York		Finanzunternehmen	100,0
160	DB Equity Limited	London		Finanzunternehmen	100,0

Lfd. Nr.	Name der Gesellschaft	Sitz der Gesellschaft	Fußnote	Geschäftstätigkeit	Anteil am Kapital in %
161	DB Equity S.à r.l.	Luxemburg		Finanzunternehmen	100,0
162	DB Fillmore Lender Corp.	Wilmington		Sonstiges Unternehmen	100,0
163	DB Finance (Delaware), LLC	Wilmington		Finanzunternehmen	100,0
164	DB Finanz-Holding GmbH	Frankfurt		Finanzholding-Gesellschaft	100,0
165	DB Fund Services LLC	Wilmington		Sonstiges Unternehmen	100,0
166	DB Funding LLC #4	Wilmington		Kreditinstitut	100,0
167	DB Funding LLC #5	Wilmington		Kreditinstitut	100,0
168	DB Funding LLC #6	Wilmington		Kreditinstitut	100,0
169	DB Global Technology SRL	Bukarest		Anbieter von Nebendienstleistungen	100,0
170	DB Global Technology, Inc.	Wilmington		Anbieter von Nebendienstleistungen	100,0
171	DB Group Services (UK) Limited	London		Anbieter von Nebendienstleistungen	100,0
172	DB Holdings (New York), Inc.	New York		Finanzunternehmen	100,0
173	DB Holdings (South America) Limited	Wilmington		Finanzunternehmen	100,0
174	DB HR Solutions GmbH	Eschborn		Anbieter von Nebendienstleistungen	100,0
175	DB iCON Investments Limited	London		Finanzunternehmen	100,0
176	DB Impact Investment Fund I, L.P.	Edinburgh		Finanzunternehmen	100,0
177	DB Industrial Holdings Beteiligungs GmbH & Co. KG	Lützen-Gostau		Finanzunternehmen	100,0
178	DB Industrial Holdings GmbH	Lützen-Gostau		Finanzunternehmen	100,0
179	DB Infrastructure Holdings (UK) No.3 Limited	London		Finanzunternehmen	100,0
180	DB Intermezzo LLC	Wilmington		Finanzunternehmen	100,0
181	DB International (Asia) Limited	Singapur		Einlagenkreditinstitut	100,0
182	DB International Investments Limited	London		Finanzunternehmen	100,0
183	DB International Trust (Singapore) Limited	Singapur		Sonstiges Unternehmen	100,0
184	DB Investment Management, Inc.	Wilmington		Anbieter von Nebendienstleistungen	100,0
185	DB Investment Managers, Inc.	Wilmington		Finanzunternehmen	100,0
186	DB Investment Partners, Inc.	Wilmington		Finanzunternehmen	100,0
187	DB Investment Services GmbH	Frankfurt		Einlagenkreditinstitut	100,0
188	DB Investments (GB) Limited	London		Finanzholding-Gesellschaft	100,0
189	DB IROC Leasing Corp.	New York		Finanzunternehmen	100,0
190	DB Jasmine (Cayman) Limited (in voluntary liquidation)	Georgetown		Finanzunternehmen	100,0
191	DB Kredit Service GmbH	Berlin		Anbieter von Nebendienstleistungen	100,0
192	DB Leasing Services GmbH	Frankfurt		Finanzunternehmen	100,0
193	DB Management Support GmbH	Frankfurt		Anbieter von Nebendienstleistungen	100,0
194	DB Managers, LLC	West Trenton		Wertpapierhandelsunternehmen	100,0
195	DB Mortgage Investment Inc.	Baltimore		Anbieter von Nebendienstleistungen	100,0
196	DB Nexus American Investments (UK) Limited	London		Finanzunternehmen	100,0
197	DB Nexus Iberian Investments (UK) Limited	London		Finanzunternehmen	100,0
198	DB Nexus Investments (UK) Limited	London		Finanzunternehmen	100,0
199	DB Nominees (Hong Kong) Limited	Hongkong		Anbieter von Nebendienstleistungen	100,0
200	DB Nominees (Singapore) Pte Ltd	Singapur		Sonstiges Unternehmen	100,0
201	DB Omega BTV S.C.S.	Luxemburg		Finanzunternehmen	100,0
202	DB Omega Ltd.	Georgetown		Finanzunternehmen	100,0
203	DB Omega S.C.S.	Luxemburg		Finanzunternehmen	100,0
204	DB Operaciones y Servicios Interactivos, A.I.E.	Barcelona		Anbieter von Nebendienstleistungen	99,9
205	DB Overseas Finance Delaware, Inc.	Wilmington		Finanzunternehmen	100,0
206	DB Overseas Holdings Limited	London		Finanzunternehmen	100,0
207	DB Partnership Management II, LLC	Wilmington		Finanzunternehmen	100,0
208	DB Partnership Management Ltd.	Wilmington		Finanzunternehmen	100,0
209	DB Platinum Advisors	Luxemburg		Kapitalanlagegesellschaft	100,0
210	DB Portfolio Southwest, Inc.	Houston		Anbieter von Nebendienstleistungen	100,0

Lfd. Nr.	Name der Gesellschaft	Sitz der Gesellschaft	Fußnote	Geschäftstätigkeit	Anteil am Kapital in %
211	DB Print GmbH	Frankfurt		Anbieter von Nebendienstleistungen	100,0
212	DB Private Clients Corp.	Wilmington		Kreditinstitut	100,0
213	DB Private Equity GmbH	Köln		Kapitalanlagegesellschaft	100,0
214	DB Private Equity International S.à r.l.	Luxemburg		Finanzunternehmen	100,0
215	DB Private Equity Treuhand GmbH	Köln		Finanzunternehmen	100,0
216	DB Private Wealth Mortgage Ltd.	New York		Kreditinstitut	100,0
217	DB PWM Private Markets I GP	Luxemburg		Finanzunternehmen	100,0
218	DB Rail Trading (UK) Limited (in members' voluntary liquidation)	London		Finanzunternehmen	100,0
219	DB Re S.A.	Luxemburg		Rückversicherungsunternehmen	100,0
220	DB Risk Center GmbH	Berlin		Anbieter von Nebendienstleistungen	100,0
221	DB RMS Leasing (Cayman) L.P.	Georgetown		Kreditinstitut	100,0
222	DB Road (UK) Limited	Georgetown		Finanzunternehmen	100,0
223	DB Samay Finance No. 2, Inc.	Wilmington		Finanzunternehmen	100,0
224	DB Securities S.A.	Warschau		Wertpapierhandelsunternehmen	100,0
225	DB Service Centre Limited	Dublin		Zahlungsinstitut	100,0
226	DB Service Uruguay S.A.	Montevideo		Kreditinstitut	100,0
227	DB Services Americas, Inc.	Wilmington		Anbieter von Nebendienstleistungen	100,0
228	DB Services New Jersey, Inc.	West Trenton		Anbieter von Nebendienstleistungen	100,0
229	DB Servicios México, Sociedad Anónima de Capital Variable	Mexiko Stadt		Anbieter von Nebendienstleistungen	100,0
230	DB Servizi Amministrativi S.r.l.	Mailand		Anbieter von Nebendienstleistungen	100,0
231	DB Strategic Advisors, Inc.	Makati Stadt		Anbieter von Nebendienstleistungen	100,0
232	DB Structured Derivative Products, LLC	Wilmington		Anbieter von Nebendienstleistungen	100,0
233	DB Structured Products, Inc.	Wilmington		Finanzunternehmen	100,0
234	DB Trips Investments Limited	Georgetown	2	Wertpapierhandelsunternehmen	0,0
235	DB Trustee Services Limited	London		Sonstiges Unternehmen	100,0
236	DB Trustees (Hong Kong) Limited	Hongkong		Sonstiges Unternehmen	100,0
237	DB U.K. Nominees Limited (in members' voluntary liquidation)	London		Anbieter von Nebendienstleistungen	100,0
238	DB U.S. Financial Markets Holding Corporation	Wilmington		Finanzunternehmen	100,0
239	DB UK Australia Finance Limited	Georgetown		Finanzunternehmen	100,0
240	DB UK Australia Holdings Limited	London		Finanzunternehmen	100,0
241	DB UK Bank Limited	London		Einlagenkreditinstitut	100,0
242	DB UK Holdings Limited	London		Finanzunternehmen	100,0
243	DB UK PCAM Holdings Limited	London		Finanzunternehmen	100,0
244	DB USA Corporation	Wilmington		Finanzholding-Gesellschaft	100,0
245	DB Valoren S.à r.l.	Luxemburg		Finanzholding-Gesellschaft	100,0
246	DB Value S.à r.l.	Luxemburg		Finanzholding-Gesellschaft	100,0
247	DB Vanquish (UK) Limited	London		Kreditinstitut	100,0
248	DB Vantage (UK) Limited	London		Kreditinstitut	100,0
249	DB Vantage No.2 (UK) Limited	London		Kreditinstitut	100,0
250	DB Vita S.A.	Luxemburg		Versicherung	75,0
251	DBAB Wall Street, LLC	Wilmington		Anbieter von Nebendienstleistungen	100,0
252	DBAH Capital, LLC	Wilmington		Finanzunternehmen	100,0
253	DBAS Cayman Holdings 2 Limited (in voluntary liquidation)	Georgetown	2	Kreditinstitut	0,0
254	DBC Continuance Inc.	Toronto		Sonstiges Unternehmen	100,0
255	DBCCA Investment Partners, Inc.	Wilmington		Wertpapierhandelsunternehmen	100,0
256	DBCIBZ1	Georgetown		Finanzunternehmen	100,0
257	DBCIBZ2	Georgetown		Finanzunternehmen	100,0
258	DBFIC, Inc.	Wilmington		Finanzunternehmen	100,0
259	DBG Vermögensverwaltungsgesellschaft mbH	Frankfurt		Finanzunternehmen	100,0
260	DBNY Brazil Invest Co.	Wilmington		Finanzunternehmen	100,0
261	DBNZ Overseas Investments (No.1) Limited	Georgetown		Finanzunternehmen	100,0

Lfd. Nr.	Name der Gesellschaft	Sitz der Gesellschaft	Fußnote	Geschäftstätigkeit	Anteil am Kapital in %
262	DBOI Global Services (UK) Limited	London		Anbieter von Nebendienstleistungen	100,0
263	DBOI Global Services Private Limited	Mumbai		Anbieter von Nebendienstleistungen	100,0
264	DBR Investments Co. Limited	Georgetown		Finanzunternehmen	100,0
265	DBRE Global Real Estate Management IA, Ltd.	Georgetown		Finanzunternehmen	100,0
266	DBRE Global Real Estate Management IB, Ltd.	Georgetown		Finanzunternehmen	100,0
267	DBRMSGP1	Georgetown		Finanzunternehmen	100,0
268	DBRMSGP2	Georgetown		Finanzunternehmen	100,0
269	DBS Technology Ventures, L.L.C.	Wilmington		Finanzunternehmen	100,0
270	DBUK PCAM Limited	London		Finanzholding-Gesellschaft	100,0
271	DBUSBZ1, LLC	Wilmington		Finanzunternehmen	100,0
272	DBUSBZ2, LLC	Wilmington		Finanzunternehmen	100,0
273	DBVR Investments No. 3 Ltd.	Wilmington		Finanzunternehmen	100,0
274	DBX Advisors LLC	Wilmington		Wertpapierhandelsunternehmen	100,0
275	DBX Strategic Advisors LLC	Wilmington		Wertpapierhandelsunternehmen	100,0
276	dbX-Asian Long/Short Equity 3 Fund	St. Helier	1	Finanzunternehmen	100,0
277	dbX-Commodity 1 Fund	St. Helier	1	Finanzunternehmen	100,0
278	dbX-Credit 2 Fund	St. Helier	1	Finanzunternehmen	94,8
279	dbX-Credit 3 Fund	St. Helier	1	Finanzunternehmen	78,4
280	dbX-CTA 11 Fund	St. Helier	1	Finanzunternehmen	98,6
281	dbX-CTA 16 Fund	St. Helier	1	Finanzunternehmen	80,3
282	dbX-CTA 18 Fund	St. Helier	1	Finanzunternehmen	98,7
283	dbX-CTA 2 Fund	St. Helier	1	Finanzunternehmen	98,7
284	dbX-CTA 7 Fund	St. Helier	1	Finanzunternehmen	93,3
285	dbX-CTA 9 Fund	St. Helier	1	Finanzunternehmen	100,0
286	dbX-Emerging Markets Macro 1 Fund	St. Helier	1	Finanzunternehmen	85,1
287	dbX-Event Driven 1 Fund	St. Helier	1	Finanzunternehmen	100,0
288	dbX-Global Long/Short Equity 10 (Sabre)	St. Helier	1	Finanzunternehmen	98,8
289	dbX-Global Long/Short Equity 9 Fund	St. Helier	1	Finanzunternehmen	100,0
290	dbX-Global Macro 9 Fund	St. Helier	1	Finanzunternehmen	96,9
291	dbX-Japan Long/Short Equity 4 (AlphaGen Hokuto)	St. Helier	1	Finanzunternehmen	98,8
292	dbX-Risk Arbitrage 1 Fund	St. Helier	1	Finanzunternehmen	96,7
293	dbX-Risk Arbitrage 6 Fund	St. Helier	1	Finanzunternehmen	94,9
294	dbX-Risk Arbitrage 9 Fund	St. Helier	1	Finanzunternehmen	99,2
295	dbX-US Long/Short Equity 13 Fund	St. Helier	1	Finanzunternehmen	100,0
296	De Meng Innovative (Beijing) Consulting Company Limited	Peking		Anbieter von Nebendienstleistungen	100,0
297	DeAM Infrastructure Limited	London		Finanzunternehmen	100,0
298	DeAWM Distributors, Inc.	Wilmington		Wertpapierhandelsunternehmen	100,0
299	DeAWM Service Company	Wilmington		Anbieter von Nebendienstleistungen	100,0
300	DeAWM Trust Company	Salem		Wertpapierhandelsunternehmen	100,0
301	DEBEKO Immobilien GmbH & Co Grundbesitz OHG	Eschborn		Anbieter von Nebendienstleistungen	100,0
302	DEE Deutsche Erneuerbare Energien GmbH	Düsseldorf		Finanzunternehmen	100,0
303	DEGRU Erste Beteiligungsgesellschaft mbH i.L.	Eschborn		Finanzunternehmen	100,0
304	Delowrezham de México S. de R.L. de C.V.	Mexiko Stadt		Finanzunternehmen	100,0
305	DEUFRAN Beteiligungs GmbH	Frankfurt		Finanzunternehmen	100,0
306	DEUKONA Versicherungs-Vermittlungs-GmbH	Frankfurt		Anbieter von Nebendienstleistungen	100,0
307	Deutsche (Aotearoa) Capital Holdings New Zealand	Auckland		Kreditinstitut	100,0
308	Deutsche (Aotearoa) Foreign Investments New Zealand	Auckland		Kreditinstitut	100,0
309	Deutsche (New Munster) Holdings New Zealand Limited	Auckland		Kreditinstitut	100,0
310	Deutsche Aeolia Power Production S.A.	Athen		Sonstiges Unternehmen	80,0
311	Deutsche Alt-A Securities, Inc.	Wilmington		Finanzunternehmen	100,0
312	Deutsche Alternative Asset Management (France) SAS	Paris		Sonstiges Unternehmen	100,0
313	Deutsche Alternative Asset Management (Global) Limited	London		Finanzunternehmen	100,0
314	Deutsche Alternative Asset Management (UK) Limited	London		Finanzdienstleistungsinstitut	100,0
315	Deutsche Asia Pacific Finance, Inc.	Wilmington		Anbieter von Nebendienstleistungen	100,0

Lfd. Nr.	Name der Gesellschaft	Sitz der Gesellschaft	Fußnote	Geschäftstätigkeit	Anteil am Kapital in %
316	Deutsche Asia Pacific Holdings Pte Ltd	Singapur		Finanzholding-Gesellschaft	100,0
317	Deutsche Asset & Wealth Management International GmbH	Frankfurt		Wertpapierhandelsunternehmen	100,0
318	Deutsche Asset & Wealth Management Investment GmbH	Frankfurt		Kapitalanlagegesellschaft	100,0
319	Deutsche Asset Management (Asia) Limited	Singapur		Wertpapierhandelsunternehmen	100,0
320	Deutsche Asset Management (Hong Kong) Limited	Hongkong		Wertpapierhandelsunternehmen	100,0
321	Deutsche Asset Management (India) Private Limited	Mumbai		Wertpapierhandelsunternehmen	100,0
322	Deutsche Asset Management (Japan) Limited	Tokio		Wertpapierhandelsunternehmen	100,0
323	Deutsche Asset Management (Korea) Company Limited	Seoul		Wertpapierhandelsunternehmen	100,0
324	Deutsche Asset Management (UK) Limited	London		Finanzunternehmen	100,0
325	Deutsche Asset Management Canada Limited	Toronto		Finanzunternehmen	100,0
326	Deutsche Asset Management Group Limited	London		Finanzunternehmen	100,0
327	Deutsche Auskunftei Service GmbH	Hamburg		Anbieter von Nebendienst-leistungen	100,0
328	Deutsche Australia Limited	Sydney		Kreditinstitut	100,0
329	Deutsche Bank (Cayman) Limited	Georgetown		Einlagenkreditinstitut	100,0
330	DEUTSCHE BANK (CHILE) S.A.	Santiago		Einlagenkreditinstitut	100,0
331	Deutsche Bank (China) Co., Ltd.	Peking		Einlagenkreditinstitut	100,0
332	Deutsche Bank (Malaysia) Berhad	Kuala Lumpur		Einlagenkreditinstitut	100,0
333	Deutsche Bank (Malta) Ltd	Floriana		Einlagenkreditinstitut	100,0
334	Deutsche Bank (Mauritius) Limited	Port Louis		Einlagenkreditinstitut	100,0
335	Deutsche Bank (Perú) S.A.	Lima		Einlagenkreditinstitut	100,0
336	Deutsche Bank (Suisse) SA	Genf		Einlagenkreditinstitut	100,0
337	Deutsche Bank (Uruguay) Sociedad Anónima Institución Financiera Externa	Montevideo		Einlagenkreditinstitut	100,0
338	DEUTSCHE BANK A.S.	Istanbul		Einlagenkreditinstitut	100,0
339	Deutsche Bank Americas Finance LLC	Wilmington		Kreditinstitut	100,0
340	Deutsche Bank Americas Holding Corp.	Wilmington		Finanzholding-Gesellschaft	100,0
341	Deutsche Bank Bauspar-Aktiengesellschaft	Frankfurt		Einlagenkreditinstitut	100,0
342	Deutsche Bank Corretora de Valores S.A.	Sao Paulo		Wertpapierhandelsunternehmen	100,0
343	Deutsche Bank Europe GmbH	Frankfurt		Einlagenkreditinstitut	100,0
344	Deutsche Bank Financial Inc.	Wilmington		Kreditinstitut	100,0
345	Deutsche Bank Financial LLC	Wilmington		Kreditinstitut	100,0
346	Deutsche Bank Holdings, Inc.	Wilmington		Finanzunternehmen	100,0
347	Deutsche Bank Insurance Agency Incorporated	Baltimore		Sonstiges Unternehmen	100,0
348	Deutsche Bank Insurance Agency of Delaware	Wilmington		Finanzunternehmen	100,0
349	Deutsche Bank International Limited	St. Helier		Einlagenkreditinstitut	100,0
350	Deutsche Bank International Trust Co. (Cayman) Limited	Georgetown		Sonstiges Unternehmen	100,0
351	Deutsche Bank International Trust Co. Limited	St. Peter Port		Sonstiges Unternehmen	100,0
352	Deutsche Bank Investments (Guernsey) Limited	St. Peter Port		Finanzunternehmen	100,0
353	Deutsche Bank Luxembourg S.A.	Luxemburg		Einlagenkreditinstitut	100,0
354	Deutsche Bank Mutui S.p.A.	Mailand		Kreditinstitut	100,0
355	Deutsche Bank México, S.A., Institución de Banca Múltiple	Mexiko Stadt		Einlagenkreditinstitut	100,0
356	Deutsche Bank National Trust Company	Los Angeles		Kreditinstitut	100,0
357	Deutsche Bank Nederland N.V.	Amsterdam		Einlagenkreditinstitut	100,0
358	Deutsche Bank Nominees (Jersey) Limited	St. Helier		Sonstiges Unternehmen	100,0
359	Deutsche Bank Polska Spólka Akcyjna	Warschau		Einlagenkreditinstitut	100,0
360	Deutsche Bank Privat- und Geschäftskunden Aktiengesellschaft	Frankfurt		Einlagenkreditinstitut	100,0
361	Deutsche Bank Real Estate (Japan) Y.K.	Tokio		Anbieter von Nebendienst-leistungen	100,0
362	Deutsche Bank Realty Advisors, Inc.	New York		Finanzunternehmen	100,0
363	Deutsche Bank S.A.	Buenos Aires		Einlagenkreditinstitut	100,0
364	Deutsche Bank S.A. - Banco Alemão	Sao Paulo		Einlagenkreditinstitut	100,0
365	Deutsche Bank Securities Inc.	Wilmington		Wertpapierhandelsunternehmen	100,0
366	Deutsche Bank Securities Limited	Toronto		Wertpapierhandelsunternehmen	100,0
367	Deutsche Bank Services (Jersey) Limited	St. Helier		Anbieter von Nebendienst-leistungen	100,0
368	Deutsche Bank Società per Azioni	Mailand		Einlagenkreditinstitut	99,8
369	Deutsche Bank Trust Company Americas	New York		Einlagenkreditinstitut	100,0
370	Deutsche Bank Trust Company Delaware	Wilmington		Einlagenkreditinstitut	100,0
371	Deutsche Bank Trust Company New Jersey Ltd.	Jersey City		Kreditinstitut	100,0
372	Deutsche Bank Trust Company, National Association	New York		Kreditinstitut	100,0
373	Deutsche Bank Trust Corporation	New York		Finanzholding-Gesellschaft	100,0

Lfd. Nr.	Name der Gesellschaft	Sitz der Gesellschaft	Fußnote	Geschäftstätigkeit	Anteil am Kapital in %
374	Deutsche Bank Trustee Services (Guernsey) Limited	St. Peter Port		Anbieter von Nebendienstleistungen	100,0
375	Deutsche Bank Österreich AG	Wien		Einlagenkreditinstitut	100,0
376	Deutsche Bank, Sociedad Anónima Española	Madrid		Einlagenkreditinstitut	99,8
377	Deutsche Capital Finance (2000) Limited	Georgetown		Kreditinstitut	100,0
378	Deutsche Capital Hong Kong Limited	Hongkong		Finanzunternehmen	100,0
379	Deutsche Capital Markets Australia Limited	Sydney		Wertpapierhandelsunternehmen	100,0
380	Deutsche Capital Partners China Limited	Georgetown		Finanzunternehmen	100,0
381	Deutsche Cayman Ltd.	Georgetown		Sonstiges Unternehmen	100,0
382	Deutsche CIB Centre Private Limited	Mumbai		Anbieter von Nebendienstleistungen	100,0
383	Deutsche Climate Change Fixed Income QP Trust	Salem	2	Finanzunternehmen	0,0
384	Deutsche Clubholding GmbH	Frankfurt		Finanzunternehmen	95,0
385	Deutsche Commodities Trading Co., Ltd.	Schanghai		Wertpapierhandelsunternehmen	100,0
386	Deutsche Custody Global B.V.	Amsterdam		Kreditinstitut	100,0
387	Deutsche Custody N.V.	Amsterdam		Kreditinstitut	100,0
388	Deutsche Custody Nederland B.V.	Amsterdam		Kreditinstitut	100,0
389	Deutsche Domus New Zealand Limited	Auckland		Kreditinstitut	100,0
390	Deutsche Emerging Markets Investments (Netherlands) B.V.	Amsterdam		Anbieter von Nebendienstleistungen	99,9
391	Deutsche Equities India Private Limited	Mumbai		Wertpapierhandelsunternehmen	100,0
392	Deutsche Far Eastern Asset Management Company Limited	Taipeh		Finanzdienstleistungsinstitut	60,0
393	Deutsche Fiduciary Services (Suisse) SA	Genf		Sonstiges Unternehmen	100,0
394	Deutsche Finance Co 1 Pty Limited	Sydney		Finanzunternehmen	100,0
395	Deutsche Finance Co 2 Pty Limited	Sydney		Finanzunternehmen	100,0
396	Deutsche Finance Co 3 Pty Limited	Sydney		Finanzunternehmen	100,0
397	Deutsche Finance Co 4 Pty Limited	Sydney		Finanzunternehmen	100,0
398	Deutsche Finance No. 2 (UK) Limited	London		Kreditinstitut	100,0
399	Deutsche Finance No. 2 Limited	Georgetown		Finanzunternehmen	100,0
400	Deutsche Finance No. 4 (UK) Limited (in members' voluntary liquidation)	London		Kreditinstitut	100,0
401	Deutsche Foras New Zealand Limited	Auckland		Kreditinstitut	100,0
402	Deutsche Friedland	Paris		Finanzunternehmen	100,0
403	Deutsche Futures Singapore Pte Ltd	Singapur		Wertpapierhandelsunternehmen	100,0
404	Deutsche Gesellschaft für Immobilien-Leasing mit beschränkter Haftung	Düsseldorf		Finanzunternehmen	100,0
405	Deutsche Global Markets Limited	Tel Aviv		Finanzunternehmen	100,0
406	Deutsche Group Holdings (SA) (Proprietary) Limited	Johannesburg		Finanzunternehmen	100,0
407	Deutsche Group Services Pty Limited	Sydney		Anbieter von Nebendienstleistungen	100,0
408	Deutsche Grundbesitz Beteiligungsgesellschaft mbH	Eschborn		Finanzunternehmen	100,0
409	Deutsche Grundbesitz-Anlagegesellschaft mit beschränkter Haftung	Frankfurt		Sonstiges Unternehmen	99,8
410	Deutsche Haussmann, S.à r.l.	Luxemburg		Wertpapierhandelsunternehmen	100,0
411	Deutsche Holdings (BTI) Limited	London		Finanzunternehmen	100,0
412	Deutsche Holdings (Luxembourg) S.à r.l.	Luxemburg		Finanzholding-Gesellschaft	100,0
413	Deutsche Holdings (Malta) Ltd.	Floriana		Finanzholding-Gesellschaft	100,0
414	Deutsche Holdings (SA) (Proprietary) Limited	Johannesburg		Finanzunternehmen	100,0
415	Deutsche Holdings Limited	London		Finanzholding-Gesellschaft	100,0
416	Deutsche Holdings No. 2 Limited	London		Finanzunternehmen	100,0
417	Deutsche Holdings No. 3 Limited	London		Finanzunternehmen	100,0
418	Deutsche Holdings No. 4 Limited	London		Finanzunternehmen	100,0
419	Deutsche Immobilien Leasing GmbH	Düsseldorf		Finanzdienstleistungsinstitut	100,0
420	Deutsche India Holdings Private Limited	Mumbai		Finanzholding-Gesellschaft	100,0
421	Deutsche International Corporate Services (Delaware) LLC	Wilmington		Finanzunternehmen	100,0
422	Deutsche International Corporate Services (Ireland) Limited	Dublin		Finanzunternehmen	100,0
423	Deutsche International Corporate Services Limited	St. Helier		Sonstiges Unternehmen	100,0
424	Deutsche International Custodial Services Limited	St. Helier		Sonstiges Unternehmen	100,0
425	Deutsche International Finance (Ireland) Limited	Dublin		Wertpapierhandelsunternehmen	100,0
426	Deutsche International Trust Company N.V.	Amsterdam		Sonstiges Unternehmen	100,0
427	Deutsche International Trust Corporation (Mauritius) Limited	Port Louis		Sonstiges Unternehmen	100,0
428	Deutsche Inversiones Dos S.A.	Santiago		Finanzholding-Gesellschaft	100,0
429	Deutsche Inversiones Limitada	Santiago		Finanzunternehmen	100,0
430	Deutsche Investment Management Americas Inc.	Wilmington		Finanzdienstleistungsinstitut	100,0

Lfd. Nr.	Name der Gesellschaft	Sitz der Gesellschaft	Fußnote	Geschäftstätigkeit	Anteil am Kapital in %
431	Deutsche Investments (Netherlands) N.V.	Amsterdam		Finanzunternehmen	100,0
432	Deutsche Investments Australia Limited	Sydney		Wertpapierhandelsunternehmen	100,0
433	Deutsche Investments India Private Limited	Mumbai		Kreditinstitut	100,0
434	Deutsche Investor Services Private Limited	Mumbai		Sonstiges Unternehmen	100,0
435	Deutsche IT License GmbH	Eschborn		Anbieter von Nebendienstleistungen	100,0
436	Deutsche Knowledge Services Pte. Ltd.	Singapur		Anbieter von Nebendienstleistungen	100,0
437	Deutsche Long Duration Government/Credit QP Trust	Salem	2	Finanzunternehmen	0,0
438	Deutsche Managed Investments Limited	Sydney		Kreditinstitut	100,0
439	Deutsche Mandatos S.A.	Buenos Aires		Finanzunternehmen	100,0
440	Deutsche Master Funding Corporation	Wilmington		Finanzunternehmen	100,0
441	Deutsche Morgan Grenfell Group Public Limited Company	London		Kreditinstitut	100,0
442	Deutsche Morgan Grenfell Nominees Pte Ltd	Singapur		Sonstiges Unternehmen	100,0
443	Deutsche Mortgage & Asset Receiving Corporation	Wilmington		Anbieter von Nebendienstleistungen	100,0
444	Deutsche Mortgage Securities, Inc.	Wilmington		Finanzunternehmen	100,0
445	Deutsche New Zealand Limited	Auckland		Kreditinstitut	100,0
446	Deutsche Nominees Limited	London		Kreditinstitut	100,0
447	Deutsche Oppenheim Family Office AG	Grasbrunn		Wertpapierhandelsunternehmen	100,0
448	Deutsche Overseas Issuance New Zealand Limited	Auckland		Anbieter von Nebendienstleistungen	100,0
449	Deutsche Postbank AG	Bonn		Einlagenkreditinstitut	94,1
450	Deutsche Postbank Finance Center Objekt GmbH	Schuttrange		Anbieter von Nebendienstleistungen	100,0
451	Deutsche Private Asset Management Limited	London		Sonstiges Unternehmen	100,0
452	Deutsche Securities (India) Private Limited	Neu Delhi		Wertpapierhandelsbank	100,0
453	Deutsche Securities (Perú) S.A.	Lima		Sonstiges Unternehmen	100,0
454	Deutsche Securities (Proprietary) Limited	Johannesburg		Wertpapierhandelsunternehmen	97,8
455	Deutsche Securities (SA) (Proprietary) Limited	Johannesburg		Finanzunternehmen	97,8
456	Deutsche Securities Asia Limited	Hongkong		Wertpapierhandelsunternehmen	100,0
457	Deutsche Securities Australia Limited	Sydney		Wertpapierhandelsbank	100,0
458	Deutsche Securities Corredores de Bolsa Spa	Santiago		Wertpapierhandelsunternehmen	100,0
459	Deutsche Securities Inc.	Tokio		Wertpapierhandelsbank	100,0
460	Deutsche Securities Israel Ltd.	Tel Aviv		Wertpapierhandelsunternehmen	100,0
461	Deutsche Securities Korea Co.	Seoul		Wertpapierhandelsunternehmen	100,0
462	Deutsche Securities Limited	Hongkong		Finanzunternehmen	100,0
463	Deutsche Securities Mauritius Limited	Port Louis		Wertpapierhandelsunternehmen	100,0
464	Deutsche Securities Menkul Degerler A.S.	Istanbul		Wertpapierhandelsunternehmen	100,0
465	Deutsche Securities New Zealand Limited	Auckland		Wertpapierhandelsunternehmen	100,0
466	Deutsche Securities Saudi Arabia LLC	Riad		Wertpapierhandelsbank	100,0
467	Deutsche Securities Sociedad de Bolsa S.A.	Buenos Aires		Wertpapierhandelsunternehmen	100,0
468	Deutsche Securities Venezuela S.A.	Caracas		Finanzunternehmen	100,0
469	Deutsche Securities, S.A. de C.V., Casa de Bolsa	Mexiko Stadt		Wertpapierhandelsunternehmen	100,0
470	Deutsche Securitisation Australia Pty Limited	Sydney		Wertpapierhandelsunternehmen	100,0
471	Deutsche StiftungsTrust GmbH	Frankfurt		Sonstiges Unternehmen	100,0
472	Deutsche Transnational Trustee Corporation Inc	Charlottetown		Sonstiges Unternehmen	100,0
473	Deutsche Trust Company Limited Japan	Tokio		Sonstiges Unternehmen	100,0
474	Deutsche Trustee Company Limited	London		Sonstiges Unternehmen	100,0
475	Deutsche Trustee Services (India) Private Limited	Mumbai		Sonstiges Unternehmen	100,0
476	Deutsche Trustees Malaysia Berhad	Kuala Lumpur		Sonstiges Unternehmen	100,0
477	Deutsche Ultra Core Fixed Income QP Trust	Salem	2	Finanzunternehmen	0,0
478	Deutsches Institut für Altersvorsorge GmbH	Frankfurt		Sonstiges Unternehmen	78,0
479	DFC Residual Corp.	Carson City		Finanzunternehmen	100,0
480	DI Deutsche Immobilien Baugesellschaft mbH	Frankfurt		Sonstiges Unternehmen	100,0
481	DI Deutsche Immobilien Treuhandgesellschaft mbH	Frankfurt		Sonstiges Unternehmen	100,0
482	DIB-Consult Deutsche Immobilien- und Beteiligungs-Beratungsgesellschaft mbH	Düsseldorf		Sonstiges Unternehmen	100,0
483	DIL Financial Services GmbH & Co. KG	Düsseldorf		Sonstiges Unternehmen	100,0
484	DISCA Beteiligungsgesellschaft mbH	Düsseldorf		Finanzunternehmen	100,0
485	DIV Holding GmbH	Lützen-Gostau		Finanzunternehmen	100,0
486	DMG Technology Management, L.L.C.	Wilmington		Finanzunternehmen	100,0

Lfd. Nr.	Name der Gesellschaft	Sitz der Gesellschaft	Fußnote	Geschäftstätigkeit	Anteil am Kapital in %
487	DMJV	New York	2	Anbieter von Nebendienstleistungen	0,0
488	DNU Nominees Pty Limited	Sydney		Anbieter von Nebendienstleistungen	100,0
489	DSL Portfolio GmbH & Co. KG	Bonn		Anbieter von Nebendienstleistungen	100,0
490	DSL Portfolio Verwaltungs GmbH	Bonn		Finanzunternehmen	100,0
491	DTS Nominees Pty Limited	Sydney		Sonstiges Unternehmen	100,0
492	Durian (Luxembourg) S.à r.l.	Luxemburg		Sonstiges Unternehmen	100,0
493	DWS Holding & Service GmbH	Frankfurt		Finanzunternehmen	99,4
494	DWS Investment S.A.	Luxemburg		Kapitalanlagegesellschaft	100,0
495	DWS Investments (Spain), S.G.I.I.C., S.A.	Madrid		Kapitalanlagegesellschaft	100,0
496	EC EUROPA IMMOBILIEN FONDS NR. 3 GmbH & CO. KG i.I.	Hamburg		Sonstiges Unternehmen	65,2
497	Elba Finance GmbH	Eschborn		Finanzunternehmen	100,0
498	Elizabethan Holdings Limited	Georgetown		Finanzunternehmen	100,0
499	Elizabethan Management Limited	Georgetown		Sonstiges Unternehmen	100,0
500	Equipment Management Services LLC	Wilmington		Sonstiges Unternehmen	100,0
501	Estate Holdings, Inc.	St. Thomas	2	Sonstiges Unternehmen	0,0
502	European Value Added I (Alternate G.P.) LLP	London		Finanzunternehmen	100,0
503	Evergreen Amsterdam Holdings B.V.	Amsterdam		Finanzunternehmen	100,0
504	Evergreen International Holdings B.V.	Amsterdam		Kreditinstitut	100,0
505	Evergreen International Investments B.V.	Amsterdam		Finanzunternehmen	100,0
506	Evergreen International Leasing B.V.	Amsterdam		Kreditinstitut	100,0
507	Exinor SA	Bastogne		Sonstiges Unternehmen	100,0
508	EXTOREL Private Equity Advisers GmbH	Köln		Finanzunternehmen	100,0
509	FARAMIR Beteiligungs- und Verwaltungs GmbH	Köln		Finanzunternehmen	100,0
510	Farezco I, S. de R.L. de C.V.	Mexiko Stadt		Finanzunternehmen	100,0
511	Farezco II, S. de R.L. de C.V.	Mexiko Stadt		Finanzunternehmen	100,0
512	Fenix Administración de Activos S. de R.L. de C.V.	Mexiko Stadt		Finanzunternehmen	100,0
513	Fenix Mercury 1 S. de R.L. de C.V.	Mexiko Stadt		Sonstiges Unternehmen	60,0
514	Fiduciaria Sant' Andrea S.r.L.	Mailand		Wertpapierhandelsunternehmen	100,0
515	Filaine, Inc.	Wilmington	2	Sonstiges Unternehmen	0,0
516	Finanza & Futuro Banca SpA	Mailand		Kreditinstitut	100,0
517	Firstee Investments LLC	Wilmington		Finanzunternehmen	100,0
518	Fondo de Inversión Privado NPL Fund Two	Santiago	1	Finanzdienstleistungsinstitut	70,0
519	Franz Urbig- und Oscar Schlitter-Stiftung Gesellschaft mit beschränkter Haftung	Frankfurt		Anbieter von Nebendienstleistungen	100,0
520	Funds Nominees Limited (in members' voluntary liquidation)	London		Sonstiges Unternehmen	100,0
521	Fünfte SAB Treuhand und Verwaltung GmbH & Co. Suhl "Rimbachzentrum" KG	Bad Homburg		Sonstiges Unternehmen	74,0
522	G Finance Holding Corp.	Wilmington		Finanzunternehmen	100,0
523	GbR Goethestraße	Köln		Anbieter von Nebendienstleistungen	94,0
524	Gemini Technology Services Inc.	Wilmington		Anbieter von Nebendienstleistungen	100,0
525	German Access LLP	London		Finanzunternehmen	100,0
526	German American Capital Corporation	Baltimore		Kreditinstitut	100,0
527	Global Commercial Real Estate Special Opportunities Limited	St. Helier		Anbieter von Nebendienstleistungen	100,0
528	Greenwood Properties Corp.	New York	2	Finanzunternehmen	0,0
529	Grundstücksgesellschaft Frankfurt Bockenheimer Landstraße GbR	Troisdorf		Sonstiges Unternehmen	94,9
530	Grundstücksgesellschaft Köln-Ossendorf VI mbH	Köln		Finanzunternehmen	100,0
531	Grundstücksgesellschaft Wiesbaden Luisenstraße/Kirchgasse GbR	Troisdorf		Sonstiges Unternehmen	59,7
532	Gulara Pty Ltd	Sydney		Finanzunternehmen	100,0
533	GUO Mao International Hotels B.V.	Amsterdam		Finanzunternehmen	100,0
534	Hac Investments Ltd.	Wilmington		Finanzunternehmen	100,0
535	HAC Investments Portugal - Servicos de Consultadoria e Gestao Lda	Lissabon		Finanzunternehmen	100,0
536	Hakkeijima Godo Kaisha	Tokio		Finanzunternehmen	95,0
537	Herengracht Financial Services B.V.	Amsterdam		Sonstiges Unternehmen	100,0
538	HTB Spezial GmbH & Co. KG	Köln		Industrieholding	100,0
539	Hypotheken-Verwaltungs-Gesellschaft mbH	Frankfurt		Sonstiges Unternehmen	100,0
540	IKARIA Beteiligungs- und Verwaltungsgesellschaft mbH	Köln		Finanzunternehmen	100,0

Lfd. Nr.	Name der Gesellschaft	Sitz der Gesellschaft	Fußnote	Geschäftstätigkeit	Anteil am Kapital in %
541	International Operator Limited (in members' voluntary liquidation)	London		Anbieter von Nebendienstleistungen	100,0
542	IOS Finance EFC, S.A.	Barcelona		Finanzunternehmen	100,0
543	ISTRON Beteiligungs- und Verwaltungs-GmbH	Köln		Finanzunternehmen	100,0
544	IVAF I Manager, S.à r.l.	Luxemburg		Finanzunternehmen	100,0
545	IVAF II Manager, S.à r.l.	Luxemburg		Finanzunternehmen	100,0
546	JADE Residential Property AG	Eschborn		Finanzunternehmen	100,0
547	JR Nominees (Proprietary) Limited	Johannesburg		Sonstiges Unternehmen	100,0
548	Jyogashima Godo Kaisha	Tokio		Finanzunternehmen	100,0
549	KEBA Gesellschaft für interne Services mbH	Frankfurt		Anbieter von Nebendienstleistungen	100,0
550	KHP Knüppe, Huntebrinker & Co. GmbH	Osnabrück		Wertpapierhandelsunternehmen	100,0
551	Kidson Pte Ltd	Singapur		Finanzunternehmen	100,0
552	Kingfisher Nominees Limited	Auckland		Anbieter von Nebendienstleistungen	100,0
553	Konsul Inkasso GmbH	Essen		Anbieter von Nebendienstleistungen	100,0
554	Kradavimd UK Lease Holdings Limited	London		Finanzunternehmen	100,0
555	Kunshan RREEF Equity Investment Fund Management Co. Ltd.	Kunshan		Finanzunternehmen	100,0
556	LA Water Holdings Limited	Georgetown		Finanzunternehmen	75,0
557	Lammermuir Leasing Limited	London		Finanzunternehmen	100,0
558	LAWL Pte. Ltd.	Singapur		Finanzunternehmen	100,0
559	Leasing Verwaltungsgesellschaft Waltersdorf mbH	Schönefeld		Finanzdienstleistungsinstitut	100,0
560	Legacy Reinsurance, LLC	Burlington		Rückversicherungsunternehmen	100,0
561	Leonardo III Initial GP Limited	London		Finanzunternehmen	100,0
562	Long-Tail Risk Insurers, Ltd.	Hamilton		Versicherung	100,0
563	LWC Nominees Limited	Auckland		Anbieter von Nebendienstleistungen	100,0
564	MAC Investments Ltd.	Georgetown		Finanzunternehmen	100,0
565	Maher 1210 Corbin LLC	Wilmington		Sonstiges Unternehmen	100,0
566	Maher Chassis Management LLC	Wilmington		Sonstiges Unternehmen	100,0
567	Maher Terminals Holding Corp.	Toronto		Sonstiges Unternehmen	100,0
568	Maher Terminals Holdings (Toronto) Limited	Vancouver		Finanzunternehmen	100,0
569	Maher Terminals LLC	Wilmington		Sonstiges Unternehmen	100,0
570	Maher Terminals Logistics Systems LLC	Wilmington		Sonstiges Unternehmen	100,0
571	Maher Terminals USA, LLC	Wilmington		Finanzunternehmen	100,0
572	Maritime Indemnity Insurance Co. Ltd.	Hamilton		Versicherung	100,0
573	Maxblue Americas Holdings, S.A.	Madrid		Finanzunternehmen	100,0
574	Mayfair Center, Inc.	Wilmington		Anbieter von Nebendienstleistungen	100,0
575	MEF I Manager, S.à r.l.	Luxemburg		Finanzunternehmen	100,0
576	MEFIS Beteiligungsgesellschaft mbH	Frankfurt		Finanzunternehmen	62,0
577	MHL Reinsurance Ltd.	Burlington		Versicherung	100,0
578	MIT Holdings, Inc.	Baltimore		Finanzunternehmen	100,0
579	"modernes Frankfurt" private Gesellschaft für Stadtentwicklung mbH i.L.	Frankfurt		Sonstiges Unternehmen	100,0
580	Morgan Nominees Limited (in members' voluntary liquidation)	London		Sonstiges Unternehmen	100,0
581	Mortgage Trading (UK) Limited	London		Finanzunternehmen	100,0
582	MortgageIT Securities Corp.	Wilmington		Anbieter von Nebendienstleistungen	100,0
583	MortgageIT, Inc.	New York		Kreditinstitut	100,0
584	MXB U.S.A., Inc.	Wilmington		Sonstiges Unternehmen	100,0
585	Navegator - SGFTC, S.A.	Lissabon		Anbieter von Nebendienstleistungen	100,0
586	NCKR, LLC	Wilmington		Anbieter von Nebendienstleistungen	100,0
587	NEPTUNO Verwaltungs- und Treuhand-Gesellschaft mit beschränkter Haftung	Köln		Finanzunternehmen	100,0
588	Nevada Mezz 1 LLC	Wilmington		Finanzunternehmen	100,0
589	Nevada Parent 1 LLC	Wilmington		Finanzunternehmen	100,0
590	Nordwestdeutscher Wohnungsbauträger Gesellschaft mit beschränkter Haftung	Frankfurt		Finanzunternehmen	100,0
591	norisbank GmbH	Bonn		Einlagenkreditinstitut	100,0
592	North American Income Fund PLC	Dublin		Finanzunternehmen	67,3

Lfd. Nr.	Name der Gesellschaft	Sitz der Gesellschaft	Fußnote	Geschäftstätigkeit	Anteil am Kapital in %
593	Novelties Distribution LLC	Wilmington		Sonstiges Unternehmen	100,0
594	OAM Köln GmbH	Köln		Finanzunternehmen	100,0
595	OOO "Deutsche Bank TechCentre"	Moskau		Anbieter von Nebendienstleistungen	100,0
596	OOO "Deutsche Bank"	Moskau		Einlagenkreditinstitut	100,0
597	Opal Funds (Ireland) Public Limited Company	Dublin		Anbieter von Nebendienstleistungen	100,0
598	OPB Verwaltungs- und Beteiligungs-GmbH	Köln		Finanzunternehmen	100,0
599	OPB Verwaltungs- und Treuhand GmbH	Köln		Finanzunternehmen	100,0
600	OPB-Holding GmbH	Köln		Finanzunternehmen	100,0
601	OPB-Nona GmbH	Frankfurt		Finanzunternehmen	100,0
602	OPB-Oktava GmbH	Köln		Finanzunternehmen	100,0
603	OPB-Quarta GmbH	Köln		Finanzunternehmen	100,0
604	OPB-Quinta GmbH	Köln		Finanzunternehmen	100,0
605	OPB-Septima GmbH	Köln		Finanzunternehmen	100,0
606	Oppenheim Asset Management Services S.à r.l.	Luxemburg		Kapitalanlagegesellschaft	100,0
607	OPPENHEIM Capital Advisory GmbH	Köln		Finanzunternehmen	100,0
608	Oppenheim Eunomia GmbH	Köln		Finanzunternehmen	100,0
609	OPPENHEIM Flottenfonds V GmbH & Co. KG	Köln		Finanzunternehmen	83,3
610	Oppenheim Fonds Trust GmbH	Köln		Anbieter von Nebendienstleistungen	100,0
611	OPPENHEIM PRIVATE EQUITY Manager GmbH	Köln		Finanzunternehmen	100,0
612	OPPENHEIM PRIVATE EQUITY Verwaltungsgesellschaft mbH	Köln		Finanzunternehmen	100,0
613	OPS Nominees Pty Limited	Sydney		Sonstiges Unternehmen	100,0
614	OVT Trust 1 GmbH	Köln		Sonstiges Unternehmen	100,0
615	OVV Beteiligungs GmbH	Köln		Finanzunternehmen	100,0
616	PADUS Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH	Düsseldorf		Finanzunternehmen	100,0
617	Pan Australian Nominees Pty Ltd	Sydney		Sonstiges Unternehmen	100,0
618	PB Factoring GmbH	Bonn		Finanzdienstleistungsinstitut	100,0
619	PB Firmenkunden AG	Bonn		Anbieter von Nebendienstleistungen	100,0
620	PB International S.A.	Schuttrange		Finanzunternehmen	100,0
621	PB Sechste Beteiligungen GmbH	Bonn		Sonstiges Unternehmen	100,0
622	PB Spezial-Investmentaktiengesellschaft mit Teilgesellschaftsvermögen	Bonn		Anbieter von Nebendienstleistungen	98,5
623	PBC Banking Services GmbH	Frankfurt		Finanzunternehmen	100,0
624	PBC Services GmbH der Deutschen Bank	Frankfurt		Anbieter von Nebendienstleistungen	100,0
625	PED Private Equity Deutschland GmbH & Co. geschl. Inv. KG	Köln		Finanzunternehmen	100,0
626	Pelleport Investors, Inc.	New York		Anbieter von Nebendienstleistungen	100,0
627	Pembol Nominees Limited (in members' voluntary liquidation)	London		Sonstiges Unternehmen	100,0
628	PHARMA/wHEALTH Management Company S.A.	Luxemburg		Kapitalanlagegesellschaft	99,9
629	Phoebus Investments LP	Wilmington		Kreditinstitut	100,0
630	Plantation Bay, Inc.	St. Thomas		Sonstiges Unternehmen	100,0
631	Pollus L.P.	St. Helier		Anbieter von Nebendienstleistungen	100,0
632	Polydeuce LLC	Wilmington		Finanzunternehmen	100,0
633	Postbank Akademie und Service GmbH	Hameln		Sonstiges Unternehmen	100,0
634	Postbank Beteiligungen GmbH	Bonn		Finanzunternehmen	100,0
635	Postbank Direkt GmbH	Bonn		Finanzunternehmen	100,0
636	Postbank Filial GmbH	Bonn		Anbieter von Nebendienstleistungen	100,0
637	Postbank Filialvertrieb AG	Bonn		Finanzunternehmen	100,0
638	Postbank Finanzberatung AG	Hameln		Sonstiges Unternehmen	100,0
639	Postbank Immobilien GmbH	Hameln		Sonstiges Unternehmen	100,0
640	Postbank Immobilien und Baumanagement GmbH	Bonn		Finanzunternehmen	100,0
641	Postbank Immobilien und Baumanagement GmbH & Co. Objekt Leipzig KG	Bonn		Anbieter von Nebendienstleistungen	90,0
642	Postbank Leasing GmbH	Bonn		Finanzdienstleistungsinstitut	100,0
643	Postbank P.O.S. Transact GmbH	Eschborn		Anbieter von Nebendienst-	100,0

Lfd. Nr.	Name der Gesellschaft	Sitz der Gesellschaft	Fußnote	Geschäftstätigkeit	Anteil am Kapital in %
				leistungen	
644	Postbank Service GmbH	Essen		Anbieter von Nebendienst-leistungen	100,0
645	Postbank Systems AG	Bonn		Anbieter von Nebendienst-leistungen	100,0
646	Postbank Versicherungsvermittlung GmbH	Bonn		Sonstiges Unternehmen	100,0
647	Primelux Insurance S.A.	Luxemburg		Versicherung	100,0
648	Private Equity Asia Select Company III S.à r.l.	Luxemburg		Anbieter von Nebendienst-leistungen	100,0
649	Private Equity Global Select Company IV S.à r.l.	Luxemburg		Anbieter von Nebendienst-leistungen	100,0
650	Private Equity Global Select Company V S.à r.l.	Luxemburg		Anbieter von Nebendienst-leistungen	100,0
651	Private Equity Select Company S.à r.l.	Luxemburg		Anbieter von Nebendienst-leistungen	100,0
652	Private Financing Initiatives, S.L.	Barcelona		Finanzunternehmen	51,0
653	PS plus Portfolio Software + Consulting GmbH	Rödermark		Sonstiges Unternehmen	80,2
654	PT. Deutsche Securities Indonesia	Jakarta		Wertpapierhandelsbank	99,0
655	PT. Deutsche Verdhana Indonesia	Jakarta	2	Wertpapierhandelsunternehmen	40,0
656	Public joint-stock company "Deutsche Bank DBU"	Kiew		Einlagenkreditinstitut	100,0
657	Pyramid Ventures, Inc.	Wilmington		Finanzunternehmen	100,0
658	R.B.M. Nominees Pty Ltd	Sydney		Sonstiges Unternehmen	100,0
659	RDIF SLP Feeder, L.P.	Edinburgh		Finanzunternehmen	100,0
660	Regula Limited	Road Town		Sonstiges Unternehmen	100,0
661	REIB Europe Investments Limited (in members' voluntary liquidation)	London		Finanzunternehmen	100,0
662	REIB International Holdings Limited (in members' voluntary liquidation)	London		Finanzunternehmen	100,0
663	Rimvalley Limited (in liquidation)	Dublin		Finanzunternehmen	100,0
664	RMS Investments (Cayman)	Georgetown		Finanzunternehmen	100,0
665	RoCalwest, Inc.	Wilmington		Finanzunternehmen	100,0
666	RoPro U.S. Holding, Inc.	Wilmington		Finanzunternehmen	100,0
667	Route 28 Receivables, LLC	Wilmington		Finanzunternehmen	100,0
668	Royster Fund Management S.à r.l.	Luxemburg		Anbieter von Nebendienst-leistungen	100,0
669	RREEF America L.L.C.	Wilmington		Finanzunternehmen	100,0
670	RREEF China REIT Management Limited	Hongkong		Sonstiges Unternehmen	100,0
671	RREEF European Value Added I (G.P.) Limited	London		Finanzunternehmen	100,0
672	RREEF India Advisors Private Limited	Mumbai		Sonstiges Unternehmen	100,0
673	RREEF Investment GmbH	Frankfurt		Kapitalanlagegesellschaft	99,9
674	RREEF Management GmbH	Frankfurt		Finanzunternehmen	100,0
675	RREEF Management L.L.C.	Wilmington		Sonstiges Unternehmen	100,0
676	RREEF Shanghai Investment Consultancy Company	Schanghai		Sonstiges Unternehmen	100,0
677	RREEF Spezial Invest GmbH	Frankfurt		Kapitalanlagegesellschaft	100,0
678	RTS Nominees Pty Limited	Sydney		Anbieter von Nebendienst-leistungen	100,0
679	SAB Real Estate Verwaltungs GmbH	Hameln		Finanzunternehmen	100,0
680	Sagamore Limited	London		Finanzunternehmen	100,0
681	SAGITA Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH	Düsseldorf		Finanzunternehmen	100,0
682	Sajima Godo Kaisha	Tokio	2	Finanzunternehmen	0,0
683	Sal. Oppenheim Alternative Investments GmbH	Köln		Finanzunternehmen	100,0
684	Sal. Oppenheim Global Invest GmbH	Köln		Anbieter von Nebendienst-leistungen	100,0
685	Sal. Oppenheim jr. & Cie. AG & Co. Kommanditgesellschaft auf Aktien	Köln		Einlagenkreditinstitut	100,0
686	Sal. Oppenheim jr. & Cie. Beteiligungs GmbH	Köln		Finanzunternehmen	100,0
687	Sal. Oppenheim jr. & Cie. Komplementär AG	Köln		Finanzunternehmen	100,0
688	Sal. Oppenheim jr. & Cie. Luxembourg S.A.	Luxemburg		Einlagenkreditinstitut	100,0
689	Sal. Oppenheim Private Equity Partners S.A., en liquidation volontaire	Luxemburg		Finanzunternehmen	100,0
690	SALOMON OPPENHEIM GmbH i.L.	Köln		Finanzunternehmen	100,0
691	SAPIO Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH	Düsseldorf		Finanzunternehmen	100,0
692	Service Company Four Limited	Hongkong		Sonstiges Unternehmen	100,0
693	Service Company Three Limited	Hongkong		Sonstiges Unternehmen	100,0
694	Sharps SP I LLC	Wilmington		Finanzunternehmen	100,0

Lfd. Nr.	Name der Gesellschaft	Sitz der Gesellschaft	Fußnote	Geschäftstätigkeit	Anteil am Kapital in %
695	Sherwood Properties Corp.	Wilmington		Kreditinstitut	100,0
696	Shopready Limited (in members' voluntary liquidation)	London		Finanzunternehmen	100,0
697	Silver Leaf 1 LLC	Wilmington		Finanzunternehmen	100,0
698	Structured Finance Americas, LLC	Wilmington		Wertpapierhandelsunternehmen	100,0
699	Sunbelt Rentals Exchange Inc.	Wilmington		Sonstiges Unternehmen	100,0
700	Süddeutsche Vermögensverwaltung Gesellschaft mit beschränkter Haftung	Frankfurt		Finanzunternehmen	100,0
701	TAF 2 Y.K.	Tokio		Finanzunternehmen	100,0
702	Tapeorder Limited (in members' voluntary liquidation)	London		Finanzunternehmen	100,0
703	Telefon-Servicegesellschaft der Deutschen Bank mbH	Frankfurt		Anbieter von Nebendienstleistungen	100,0
704	TELO Beteiligungsgesellschaft mbH	Schönefeld		Finanzunternehmen	100,0
705	Tempurrite Leasing Limited	London		Finanzunternehmen	100,0
706	Thai Asset Enforcement and Recovery Asset Management Company Limited	Bangkok		Finanzunternehmen	100,0
707	TOKOS GmbH	Lützen-Gostau		Finanzunternehmen	100,0
708	Treuinvest Service GmbH	Frankfurt		Sonstiges Unternehmen	100,0
709	Trevona Limited	Road Town		Sonstiges Unternehmen	100,0
710	Triplereason Limited	London		Finanzunternehmen	100,0
711	Urbistar Settlement Services, LLC	Harrisburg		Anbieter von Nebendienstleistungen	100,0
712	VCG Venture Capital Fonds III Verwaltungs GmbH	München		Finanzunternehmen	100,0
713	VCG Venture Capital Gesellschaft mbH	München		Finanzunternehmen	100,0
714	VCG Venture Capital Gesellschaft mbH & Co. Fonds III KG i.L.	München	2	Finanzunternehmen	37,0
715	VCG Venture Capital Gesellschaft mbH & Co. Fonds III Management KG	München	2	Sonstiges Unternehmen	26,7
716	VCM MIP III GmbH & Co. KG	Köln		Finanzunternehmen	61,0
717	VCM MIP IV GmbH & Co. KG	Köln		Finanzunternehmen	61,0
718	VCM Treuhand Beteiligungsverwaltung GmbH	Köln		Finanzunternehmen	100,0
719	VCP Treuhand Beteiligungsgesellschaft mbH	Köln		Finanzunternehmen	100,0
720	VCP Verwaltungsgesellschaft mbH	Köln		Finanzunternehmen	100,0
721	Vertriebsgesellschaft mbH der Deutschen Bank Privat- und Geschäftskunden	Berlin		Anbieter von Nebendienstleistungen	100,0
722	Vesta Real Estate S.r.l.	Mailand		Anbieter von Nebendienstleistungen	100,0
723	VI Resort Holdings, Inc.	New York	2	Sonstiges Unternehmen	0,0
724	VÖB-ZVD Processing GmbH	Frankfurt		Zahlungsinstitut	100,0
725	Wealthspur Investment Company Limited	Labuan		Finanzunternehmen	100,0
726	WEPLA Beteiligungsgesellschaft mbH	Frankfurt		Finanzunternehmen	100,0
727	Whale Holdings S.à r.l.	Luxemburg		Finanzunternehmen	100,0
728	5000 Yonge Street Toronto Inc.	Toronto		Finanzunternehmen	100,0
729	Zürich - Swiss Value AG in Liquidation	Zürich		Finanzunternehmen	50,1

Lfd. Nr.	Name der Gesellschaft	Sitz der Gesellschaft	Fußnote	Geschäftstätigkeit	Anteil am Kapital in %
730	Aberdeen Capital Trust	London		Sonstiges Unternehmen	100,0
731	Affordable Housing I LLC	Wilmington		Finanzunternehmen	100,0
732	Aggregator Solutions Public Limited Company - Opportunities Fund 2012	Dublin		Finanzunternehmen	
733	Allsar Inc.	Wilmington		Finanzunternehmen	100,0
734	Almutkirk Limited	Dublin		Finanzunternehmen	
735	Amber Investment S.à r.l.	Luxemburg		Finanzunternehmen	100,0
736	Andramad Limited	Dublin		Finanzunternehmen	
737	Apex Fleet Inc.	Wilmington		Sonstiges Unternehmen	100,0
738	Aqueduct Capital S.à r.l.	Luxemburg		Anbieter von Nebendienstleistungen	100,0
739	Argentina Capital Protected Investments Limited	Georgetown	3	Sonstiges Unternehmen	
740	Asia 1 Tokutei Mokuteki Kaisha	Tokio		Sonstiges Unternehmen	
741	Asian Hybrid Investments LLP	Singapur	2	Anbieter von Nebendienstleistungen	0,0
742	Aspen Funding Corp.	Wilmington		Finanzunternehmen	
743	Asset Repackaging Trust Five B.V.	Amsterdam	3	Finanzunternehmen	
744	Asset Repackaging Trust Six B.V.	Amsterdam	3	Finanzunternehmen	
745	Atena SPV S.r.l	Conegliano		Finanzunternehmen	
746	Atlas Investment Company 1 S.à r.l.	Luxemburg		Finanzunternehmen	
747	Atlas Investment Company 2 S.à r.l.	Luxemburg		Finanzunternehmen	
748	Atlas Investment Company 3 S.à r.l.	Luxemburg		Finanzunternehmen	
749	Atlas Investment Company 4 S.à r.l.	Luxemburg		Finanzunternehmen	
750	Atlas Portfolio Select SPC	Georgetown		Finanzunternehmen	0,0
751	Atlas SICAV - FIS	Luxemburg	3	Sonstiges Unternehmen	
752	Avizandum Limited	Dublin		Finanzunternehmen	
753	Axia Insurance, Ltd.	Hamilton	3	Rückversicherungsunternehmen	
754	Axiom Shelter Island LLC	San Diego		Anbieter von Nebendienstleistungen	100,0
755	Azurix AGOSBA S.R.L.	Buenos Aires		Finanzunternehmen	100,0
756	Azurix Argentina Holding, Inc.	Wilmington		Finanzunternehmen	100,0
757	Azurix Buenos Aires S.A. (en liquidacion)	Buenos Aires		Anbieter von Nebendienstleistungen	100,0
758	Azurix Cono Sur, Inc.	Wilmington		Finanzunternehmen	100,0
759	Azurix Corp.	Wilmington		Finanzunternehmen	100,0
760	Azurix Latin America, Inc.	Wilmington		Finanzunternehmen	100,0
761	BAL Servicing Corporation	Wilmington		Sonstiges Unternehmen	100,0
762	Baltics Credit Solutions Latvia SIA	Riga		Finanzunternehmen	
763	Bleeker Investments Limited	Wilmington		Finanzunternehmen	100,0
764	Block 1949, LLC	Wilmington	2	Anbieter von Nebendienstleistungen	0,0
765	BNP Paribas Flexi III - Fortis Bond Taiwan	Luxemburg		Sonstiges Unternehmen	
766	Bridge No.1 Pty Limited	Sydney		Sonstiges Unternehmen	
767	Broome Investments Limited	Wilmington		Finanzunternehmen	100,0
768	Büro Center Berlin-West Limited & Co. KG	Frankfurt		Sonstiges Unternehmen	
769	Bürohaus Blasewitzer Straße Gewerbeimmobilien Limited & Co. KG	Frankfurt		Sonstiges Unternehmen	
770	Bürohaus Hauptstraße Gewerbeimmobilien Limited & Co. KG	Frankfurt		Sonstiges Unternehmen	
771	Bürohaus Kronberg Gewerbeimmobilien Limited & Co. KG	Frankfurt		Sonstiges Unternehmen	
772	Büropark Heimstetten Vermögensverwaltungs Limited & Co. KG	Frankfurt		Sonstiges Unternehmen	
773	CA Berlin Funding Company Ltd.	Georgetown		Finanzunternehmen	
774	Capital Access Program Trust	Wilmington		Finanzunternehmen	
775	Capital Solutions Exchange Inc.	Wilmington		Sonstiges Unternehmen	100,0
776	Castlebay Asia Flexible Fund SICAV-FIS - Taiwan Bond Fund	Luxemburg		Sonstiges Unternehmen	
777	Cathay Capital (Labuan) Company Limited	Labuan		Sonstiges Unternehmen	
778	Cathay Capital Company Limited	Port Louis		Finanzunternehmen	9,5
779	Cathay Strategic Investment Company Limited	Hongkong		Finanzunternehmen	
780	Cathay Strategic Investment Company No. 2 Limited	Georgetown		Finanzunternehmen	
781	Cayman Reference Fund Holdings Limited	Georgetown		Anbieter von Nebendienstleistungen	
782	Cedar Investment Co.	Wilmington		Finanzunternehmen	100,0
783	Cepangie Limited	Dublin		Finanzunternehmen	
784	Charitable Luxembourg Four S.à r.l.	Luxemburg		Finanzunternehmen	

Lfd. Nr.	Name der Gesellschaft	Sitz der Gesellschaft	Fußnote	Geschäftstätigkeit	Anteil am Kapital in %
785	Charitable Luxembourg Three S.à r.l.	Luxemburg		Finanzunternehmen	
786	Charitable Luxembourg Two S.à r.l.	Luxemburg		Finanzunternehmen	
787	Charlton (Delaware), Inc.	Wilmington		Finanzunternehmen	100,0
788	China Recovery Fund LLC	Wilmington		Finanzunternehmen	85,0
789	CITAN Beteiligungsgesellschaft mbH	Frankfurt		Finanzunternehmen	100,0
790	CLASS Limited	St. Helier	3	Sonstiges Unternehmen	
791	Concept Fund Solutions Public Limited Company	Dublin	3	Sonstiges Unternehmen	1,9
792	Coriolanus Limited	Dublin	3	Finanzunternehmen	
793	COUNTS Trust Series 2007 - 3	Newark	3	Anbieter von Nebendienstleistungen	
794	Crofton Invest, S.L.	Madrid		Sonstiges Unternehmen	
795	Crystal CLO, Ltd.	Georgetown		Finanzunternehmen	
796	Danube Properties S.à r.l.	Luxemburg		Sonstiges Unternehmen	25,0
797	Dariconic Limited	Dublin		Finanzunternehmen	
798	Dawn-BV II LLC	Wilmington		Anbieter von Nebendienstleistungen	100,0
799	Dawn-BV LLC	Wilmington		Anbieter von Nebendienstleistungen	100,0
800	Dawn-BV-Helios LLC	Wilmington		Anbieter von Nebendienstleistungen	100,0
801	Dawn-G II LLC	Wilmington		Anbieter von Nebendienstleistungen	100,0
802	Dawn-G LLC	Wilmington		Anbieter von Nebendienstleistungen	100,0
803	Dawn-G-Helios LLC	Wilmington		Anbieter von Nebendienstleistungen	100,0
804	DB (Barbados) SRL	Christ Church		Anbieter von Nebendienstleistungen	100,0
805	DB Aircraft Leasing Master Trust	Wilmington	2	Finanzunternehmen	0,0
806	DB Alternative Strategies Limited	Georgetown		Wertpapierhandelsunternehmen	100,0
807	DB Apex (Luxembourg) S.à r.l.	Luxemburg		Finanzunternehmen	100,0
808	DB Apex Finance Limited	St. Julians		Finanzunternehmen	90,0
809	DB Apex Management Capital S.C.S.	Luxemburg		Kreditinstitut	100,0
810	DB Apex Management Income S.C.S.	Luxemburg		Kreditinstitut	100,0
811	DB Apex Management Limited	Georgetown		Finanzunternehmen	100,0
812	DB Asia Pacific Holdings Limited	Georgetown		Finanzunternehmen	100,0
813	DB Aster II, LLC	Wilmington		Anbieter von Nebendienstleistungen	100,0
814	DB Aster III, LLC	Wilmington		Anbieter von Nebendienstleistungen	100,0
815	DB Aster, Inc.	Wilmington		Finanzunternehmen	100,0
816	DB Aster, LLC	Wilmington		Anbieter von Nebendienstleistungen	100,0
817	DB Capital Investments S.à r.l.	Luxemburg		Finanzunternehmen	100,0
818	DB Chambers Limited	Georgetown		Anbieter von Nebendienstleistungen	100,0
819	DB Clyde, LLC	Wilmington		Anbieter von Nebendienstleistungen	100,0
820	DB Covered Bond S.r.l.	Conegliano		Finanzunternehmen	90,0
821	DB Credit Investments S.à r.l.	Luxemburg		Anbieter von Nebendienstleistungen	100,0
822	DB Dawn, Inc.	Wilmington		Finanzunternehmen	100,0
823	DB Elara LLC	Wilmington		Finanzunternehmen	100,0
824	DB ESC Corporation	Wilmington		Anbieter von Nebendienstleistungen	100,0
825	db ETC Index plc	St. Helier	3	Anbieter von Nebendienstleistungen	
826	db ETC plc	St. Helier	3	Anbieter von Nebendienstleistungen	
827	DB Finance International GmbH	Eschborn		Finanzunternehmen	100,0
828	DB Ganymede 2006 L.P.	Georgetown		Kreditinstitut	100,0
829	DB Global Markets Multi-Strategy Fund I Ltd.	Georgetown		Finanzunternehmen	100,0

Lfd. Nr.	Name der Gesellschaft	Sitz der Gesellschaft	Fußnote	Geschäftstätigkeit	Anteil am Kapital in %
830	DB Global Masters Multi-Strategy Trust	Georgetown		Finanzunternehmen	100,0
831	DB Global Masters Trust	Georgetown	3	Wertpapierhandelsunternehmen	
832	DB Green Holdings Corp.	Wilmington		Finanzunternehmen	100,0
833	DB Green, Inc.	New York		Finanzunternehmen	100,0
834	DB Hawks Nest, Inc.	Wilmington		Kreditinstitut	100,0
835	DB Hypernova LLC	Wilmington		Kreditinstitut	100,0
836	DB Immobilienfonds 1 Wieland KG	Frankfurt		Sonstiges Unternehmen	
837	DB Immobilienfonds 2 GmbH & Co. KG	Frankfurt		Sonstiges Unternehmen	74,0
838	DB Immobilienfonds 4 GmbH & Co. KG	Frankfurt		Sonstiges Unternehmen	0,2
839	DB Immobilienfonds 5 Wieland KG	Frankfurt		Sonstiges Unternehmen	
840	DB Impact Investment (GP) Limited	London		Finanzunternehmen	100,0
841	DB Infrastructure Holdings (UK) No.1 Limited	London		Finanzunternehmen	100,0
842	DB Infrastructure Holdings (UK) No.2 Limited (in members' voluntary liquidation)	London		Finanzunternehmen	100,0
843	DB Investment Resources (US) Corporation	Wilmington		Finanzunternehmen	100,0
844	DB Investment Resources Holdings Corp.	Wilmington		Finanzunternehmen	100,0
845	DB Io LP	Wilmington		Finanzunternehmen	100,0
846	DB Jasmine Holdings Limited (in members' voluntary liquidation)	London		Anbieter von Nebendienstleistungen	100,0
847	DB Lexington Investments Inc.	Wilmington		Kreditinstitut	100,0
848	DB Like-Kind Exchange Services Corp.	Wilmington		Sonstiges Unternehmen	100,0
849	DB Litigation Fee LLC	Wilmington		Finanzunternehmen	100,0
850	DB Master Fundo de Investimento em Direitos Creditórios Não-Padronizados de Precatórios Federais	Rio de Janeiro		Finanzunternehmen	29,5
851	DB Perry Investments Limited	Wilmington		Finanzunternehmen	100,0
852	DB Platinum	Luxemburg	3	Sonstiges Unternehmen	2,4
853	DB Platinum II	Luxemburg	3	Sonstiges Unternehmen	3,5
854	DB Platinum IV	Luxemburg	3	Sonstiges Unternehmen	3,0
855	DB Portfolio Euro Liquidity	Luxemburg		Finanzunternehmen	
856	DB Prevision 12, FP	Barcelona		Finanzunternehmen	
857	DB PWM II - LiquidAlts UCITS (Euro)	Luxemburg		Sonstiges Unternehmen	79,4
858	DB RC Holdings, LLC	Wilmington		Finanzunternehmen	100,0
859	DB Real Estate Canadainvest 1 Inc.	Toronto		Finanzunternehmen	100,0
860	DB Rivington Investments Limited (in voluntary liquidation)	Georgetown		Anbieter von Nebendienstleistungen	100,0
861	DB Safe Harbour Investment Projects Limited	London		Finanzunternehmen	100,0
862	DB STG Lux 4 S.à r.l.	Luxemburg		Sonstiges Unternehmen	100,0
863	DB STG Lux 5 S.à r.l.	Luxemburg		Sonstiges Unternehmen	100,0
864	DB STG Lux 6 S.à r.l.	Luxemburg		Sonstiges Unternehmen	100,0
865	DB STG Lux 7 S.à r.l.	Luxemburg		Sonstiges Unternehmen	100,0
866	DB STG Lux 8 S.à r.l.	Luxemburg		Sonstiges Unternehmen	100,0
867	DB STG Lux 9 S.à r.l.	Luxemburg		Sonstiges Unternehmen	100,0
868	DB Sylvester Funding Limited	Georgetown		Kreditinstitut	100,0
869	DB Warren Investments Limited (in voluntary liquidation)	Georgetown		Anbieter von Nebendienstleistungen	100,0
870	db x-trackers	Luxemburg	3	Sonstiges Unternehmen	2,3
871	db x-trackers (Proprietary) Limited	Johannesburg		Wertpapierhandelsunternehmen	100,0
872	db x-trackers II	Luxemburg	3	Sonstiges Unternehmen	2,9
873	dbInvestor Solutions Public Limited Company	Dublin	3	Finanzunternehmen	
874	DBRMS4	Georgetown		Finanzunternehmen	100,0
875	DBX ETF Trust	Wilmington	3	Sonstiges Unternehmen	
876	De Heng Asset Management Company Limited	Peking		Finanzunternehmen	
877	DeAM Capital Protect 2014	Frankfurt		Sonstiges Unternehmen	
878	DeAM Capital Protect 2019	Frankfurt		Sonstiges Unternehmen	
879	DeAM Capital Protect 2024	Frankfurt		Sonstiges Unternehmen	
880	DeAM Capital Protect 2029	Frankfurt		Sonstiges Unternehmen	
881	DeAM Capital Protect 2034	Frankfurt		Sonstiges Unternehmen	
882	DeAM Capital Protect 2039	Frankfurt		Sonstiges Unternehmen	
883	DeAM Capital Protect 2044	Frankfurt		Sonstiges Unternehmen	
884	DeAM Capital Protect 2049	Frankfurt		Sonstiges Unternehmen	
885	Deco 17 - Pan Europe 7 Limited	Dublin		Finanzunternehmen	
886	Deer River, L.P.	Wilmington		Finanzunternehmen	100,0

Lfd. Nr.	Name der Gesellschaft	Sitz der Gesellschaft	Fußnote	Geschäftstätigkeit	Anteil am Kapital in %
887	Deutsche Alt-A Securities Mortgage Loan Trust, Series 2007-3	Wilmington		Finanzunternehmen	
888	Deutsche Alt-A Securities Mortgage Loan Trust, Series 2007-OA5	Wilmington		Finanzunternehmen	
889	Deutsche Bank Capital Finance LLC I	Wilmington		Kreditinstitut	100,0
890	Deutsche Bank Capital Finance Trust I	Wilmington	2	Finanzunternehmen	0,0
891	Deutsche Bank Capital Funding LLC I	Wilmington		Kreditinstitut	100,0
892	Deutsche Bank Capital Funding LLC IX	Wilmington		Kreditinstitut	100,0
893	Deutsche Bank Capital Funding LLC V	Wilmington		Kreditinstitut	100,0
894	Deutsche Bank Capital Funding LLC VI	Wilmington		Kreditinstitut	100,0
895	Deutsche Bank Capital Funding LLC VII	Wilmington		Kreditinstitut	100,0
896	Deutsche Bank Capital Funding LLC VIII	Wilmington		Kreditinstitut	100,0
897	Deutsche Bank Capital Funding LLC XI	Wilmington		Kreditinstitut	100,0
898	Deutsche Bank Capital Funding Trust I	Newark	2	Finanzunternehmen	0,0
899	Deutsche Bank Capital Funding Trust IX	Wilmington	2	Finanzunternehmen	0,0
900	Deutsche Bank Capital Funding Trust V	Wilmington	2	Finanzunternehmen	0,0
901	Deutsche Bank Capital Funding Trust VI	Wilmington	2	Finanzunternehmen	0,0
902	Deutsche Bank Capital Funding Trust VII	Wilmington	2	Finanzunternehmen	0,0
903	Deutsche Bank Capital Funding Trust VIII	Wilmington	2	Finanzunternehmen	0,0
904	Deutsche Bank Capital Funding Trust XI	Wilmington	2	Finanzunternehmen	0,0
905	Deutsche Bank Capital LLC I	Wilmington		Kreditinstitut	100,0
906	Deutsche Bank Capital LLC II	Wilmington		Kreditinstitut	100,0
907	Deutsche Bank Capital LLC IV	Wilmington		Kreditinstitut	100,0
908	Deutsche Bank Capital LLC V	Wilmington		Kreditinstitut	100,0
909	Deutsche Bank Capital Trust I	Newark	2	Finanzunternehmen	0,0
910	Deutsche Bank Capital Trust II	Newark	2	Finanzunternehmen	0,0
911	Deutsche Bank Capital Trust IV	Newark	2	Finanzunternehmen	0,0
912	Deutsche Bank Capital Trust V	Newark	2	Finanzunternehmen	0,0
913	Deutsche Bank Contingent Capital LLC II	Wilmington		Kreditinstitut	100,0
914	Deutsche Bank Contingent Capital LLC III	Wilmington		Kreditinstitut	100,0
915	Deutsche Bank Contingent Capital LLC IV	Wilmington		Kreditinstitut	100,0
916	Deutsche Bank Contingent Capital LLC V	Wilmington		Kreditinstitut	100,0
917	Deutsche Bank Contingent Capital Trust II	Wilmington	2	Finanzunternehmen	0,0
918	Deutsche Bank Contingent Capital Trust III	Wilmington	2	Finanzunternehmen	0,0
919	Deutsche Bank Contingent Capital Trust IV	Wilmington	2	Finanzunternehmen	0,0
920	Deutsche Bank Contingent Capital Trust V	Wilmington	2	Finanzunternehmen	0,0
921	Deutsche Bank LIFERs Trust	Wilmington	3	Anbieter von Nebendienst-leistungen	
922	Deutsche Bank Luxembourg S.A. - Fiduciary Deposits	Luxemburg	3	Sonstiges Unternehmen	
923	Deutsche Bank Luxembourg S.A. - Fiduciary Note Programme	Luxemburg	3	Sonstiges Unternehmen	
924	Deutsche Bank SPEARs/LIFERs Trust	Wilmington	3	Anbieter von Nebendienst-leistungen	
925	Deutsche Bank SPEARs/LIFERs Trust (DB Series 100)	Wilmington	4	Anbieter von Nebendienst-leistungen	
926	Deutsche Colombia S.A.	Bogotá		Wertpapierhandelsunternehmen	100,0
927	Deutsche GUO Mao Investments (Netherlands) B.V.	Amsterdam		Finanzunternehmen	100,0
928	Deutsche Leasing New York Corp.	New York		Finanzunternehmen	100,0
929	Deutsche Mortgage Securities, Inc. Re-Remic Trust Certificates, Series 2007-RS4	New York		Finanzunternehmen	
930	Deutsche Mortgage Securities, Inc. Re-Remic Trust Certificates, Series 2007-RS5	New York		Finanzunternehmen	
931	Deutsche Postbank Funding LLC I	Wilmington		Kreditinstitut	100,0
932	Deutsche Postbank Funding LLC II	Wilmington		Kreditinstitut	100,0
933	Deutsche Postbank Funding LLC III	Wilmington		Kreditinstitut	100,0
934	Deutsche Postbank Funding LLC IV	Wilmington		Kreditinstitut	100,0
935	Deutsche Postbank Funding Trust I	Wilmington	2	Finanzunternehmen	0,0
936	Deutsche Postbank Funding Trust II	Wilmington	2	Finanzunternehmen	0,0
937	Deutsche Postbank Funding Trust III	Wilmington	2	Finanzunternehmen	0,0
938	Deutsche Postbank Funding Trust IV	Wilmington	2	Finanzunternehmen	0,0
939	Deutsche Services Polska Sp. z o.o.	Warschau		Anbieter von Nebendienst-leistungen	100,0
940	Deutsche Strategic Equity Long/Short Fund	Boston		Sonstiges Unternehmen	68,8
941	DJ Williston Swaps LLC	Wilmington		Anbieter von Nebendienst-leistungen	100,0
942	Dusk II, LLC	Wilmington		Anbieter von Nebendienst-	100,0

Lfd. Nr.	Name der Gesellschaft	Sitz der Gesellschaft	Fußnote	Geschäftstätigkeit	Anteil am Kapital in %
				leistungen	
943	Dusk LLC	Wilmington		Anbieter von Nebendienst-leistungen	100,0
944	DWS (CH) - Pension Garant 2014	Zürich		Sonstiges Unternehmen	
945	DWS (CH) - Pension Garant 2017	Zürich		Sonstiges Unternehmen	
946	DWS China A-Fund	Luxemburg	3	Sonstiges Unternehmen	100,0
947	DWS Dividende Garant 2016	Luxemburg		Finanzunternehmen	
948	DWS Garant 80 FPI	Luxemburg		Finanzunternehmen	
949	DWS Garant Top Dividende 2018	Luxemburg		Sonstiges Unternehmen	
950	DWS Global Protect 80 II	Luxemburg		Finanzunternehmen	
951	DWS Institutional Money plus	Luxemburg		Sonstiges Unternehmen	
952	DWS Institutional Rendite 2017	Luxemburg		Sonstiges Unternehmen	
953	DWS Institutional USD Money plus	Luxemburg		Sonstiges Unternehmen	
954	DWS Mauritius Company	Port Louis		Sonstiges Unternehmen	100,0
955	DWS Megatrend Performance 2016	Luxemburg		Finanzunternehmen	
956	DWS Performance Rainbow 2015	Luxemburg		Finanzunternehmen	
957	DWS Rendite Garant 2015	Luxemburg		Finanzunternehmen	
958	DWS Rendite Garant 2015 II	Luxemburg		Finanzunternehmen	
959	DWS SachwertStrategie Protekt Plus	Luxemburg		Finanzunternehmen	
960	DWS Zeitwert Protect	Luxemburg		Finanzunternehmen	
961	Earls Eight Limited	Georgetown	3	Sonstiges Unternehmen	
962	Earls Four Limited	Georgetown	3	Sonstiges Unternehmen	
963	EARLS Trading Limited	Georgetown		Finanzunternehmen	
964	1221 East Denny Owner, LLC	Wilmington		Sonstiges Unternehmen	
965	ECT Holdings Corp.	Wilmington		Kreditinstitut	100,0
966	Einkaufszentrum "HVD Dresden" S.à.r.l & Co. KG	Köln		Sonstiges Unternehmen	
967	Eirles Three Limited	Dublin	3	Finanzunternehmen	
968	Eirles Two Limited	Dublin	3	Finanzunternehmen	
969	Elmo Funding GmbH	Eschborn		Finanzunternehmen	100,0
970	Elmo Leasing Vierzehnte GmbH	Eschborn		Anbieter von Nebendienst-leistungen	100,0
971	Emerald Asset Repackaging Limited	Dublin		Anbieter von Nebendienst-leistungen	100,0
972	Emerging Markets Capital Protected Investments Limited	Georgetown	3	Sonstiges Unternehmen	
973	Emeris	Georgetown		Wertpapierhandelsunternehmen	
974	Enterprise Fleet Management Exchange, Inc.	Wilmington		Sonstiges Unternehmen	100,0
975	Equinox Credit Funding Public Limited Company	Dublin	3	Finanzunternehmen	
976	Erste Frankfurter Hoist GmbH	Eschborn		Finanzunternehmen	100,0
977	Escoyla Limited	Dublin		Finanzunternehmen	
978	Eurohome (Italy) Mortgages S.r.l.	Conegliano		Finanzunternehmen	
979	Fandaro Limited	Dublin		Finanzunternehmen	
980	Feale Sp. z o.o.	Wolica		Sonstiges Unternehmen	
981	Finaqua Limited	London		Finanzunternehmen	
982	Finsbury Circle Limited	Dublin		Sonstiges Unternehmen	
983	Fondo Privado de Titulización PYMES I Limited	Dublin		Finanzunternehmen	
984	Fortis Flexi IV - Bond Medium Term RMB	Luxemburg		Finanzdienstleistungsinstitut	100,0
985	FRANKFURT CONSULT GmbH	Frankfurt		Finanzunternehmen	100,0
986	Fundo de Investimento em Direitos Creditórios Global Markets	Rio de Janeiro		Finanzunternehmen	100,0
987	Fundo de Investimento em Direitos Creditórios Nao-Padronizados - Precatório Federal 4870-1	Rio de Janeiro		Finanzunternehmen	100,0
988	Fundo de Investimento em Direitos Creditórios Nao-Padronizados - Precatórios Federais DB I	Rio de Janeiro		Finanzunternehmen	100,0
989	Fundo de Investimento em Quotas de Fundos de Investimento em Direitos Creditórios Nao-Padronizados Global Markets	Rio de Janeiro		Finanzunternehmen	100,0
990	GAC-HEL II, Inc.	Wilmington		Anbieter von Nebendienst-leistungen	100,0
991	GAC-HEL, Inc.	Wilmington		Anbieter von Nebendienst-leistungen	100,0
992	Gemini Securitization Corp., LLC	Wilmington		Finanzunternehmen	
993	Gewerbepark Neurott Gewerbeimmobilien Limited & Co. KG	Frankfurt		Sonstiges Unternehmen	
994	GGGolf, LLC	Wilmington		Anbieter von Nebendienst-	100,0

Lfd. Nr.	Name der Gesellschaft	Sitz der Gesellschaft	Fußnote	Geschäftstätigkeit	Anteil am Kapital in %
				leistungen	
995	Glacier Mountain, L.P.	Wilmington		Finanzunternehmen	100,0
996	Global Credit Reinsurance Limited	Hamilton	3	Sonstiges Unternehmen	
997	Global Markets Fundo de Investimento Multimercado	Rio de Janeiro		Finanzunternehmen	100,0
998	Global Markets III Fundo de Investimento Multimercado - Crédito Privado e Investimento No Exterior	Rio de Janeiro		Finanzunternehmen	100,0
999	Global Opportunities Co-Investment Feeder, LLC	Wilmington		Finanzunternehmen	
1000	Global Opportunities Co-Investment, LLC	Wilmington		Finanzunternehmen	
1001	Godo Kaisha CKRF8	Tokio		Sonstiges Unternehmen	
1002	Goth Park GmbH	Frankfurt		Sonstiges Unternehmen	
1003	Grundstücksverwaltung Martin-Behaim-Strasse Gewerbeimmobilien Limited & Co. KG	Frankfurt		Sonstiges Unternehmen	
1004	GSAM ALPS Fund EUR	Georgetown		Wertpapierhandelsunternehmen	
1005	GSAM ALPS Fund USD	Georgetown		Wertpapierhandelsunternehmen	
1006	GWC-GAC Corp.	Wilmington		Anbieter von Nebendienst-	100,0
				leistungen	
1007	HAH Limited (in members' voluntary liquidation)	London		Finanzunternehmen	100,0
1008	Hamildak Limited	Dublin		Finanzunternehmen	
1009	Harbour Finance Limited	Dublin		Kreditinstitut	
1010	Harvest Select Funds - Harvest China Fixed Income Fund I	Hongkong		Sonstiges Unternehmen	
1011	Harvest Select Funds - Harvest China Fixed Income Fund II	Hongkong		Sonstiges Unternehmen	
1012	HCA Exchange, Inc.	Wilmington		Sonstiges Unternehmen	100,0
1013	Herodotus Limited (in voluntary liquidation)	Georgetown	2	Finanzunternehmen	0,0
1014	Hertz Car Exchange Inc.	Wilmington		Sonstiges Unternehmen	100,0
1015	Hotel Majestic LLC	Wilmington		Anbieter von Nebendienst-	100,0
				leistungen	
1016	Iberia Inversiones II Limited	Dublin		Finanzunternehmen	
1017	Iberia Inversiones Limited	Dublin		Finanzunternehmen	
1018	Infrastructure Holdings (Cayman) SPC	Georgetown		Finanzunternehmen	
1019	Inn Properties S.à r.l.	Luxemburg		Sonstiges Unternehmen	25,0
1020	Investor Solutions Limited	St. Helier	3	Sonstiges Unternehmen	
1021	Isar Properties S.à r.l.	Luxemburg		Sonstiges Unternehmen	25,0
1022	ITAPEVA II Multicarteira FIDC Não-Padronizado	Sao Paulo		Finanzunternehmen	100,0
1023	ITAPEVA Multicarteira FIDC Não-Padronizado	Sao Paulo		Finanzunternehmen	100,0
1024	IVAF (Jersey) Limited	St. Helier		Anbieter von Nebendienst-	
				leistungen	
1025	Jovian Limited	Douglas		Sonstiges Unternehmen	
1026	JWB Leasing Limited Partnership	London		Finanzunternehmen	100,0
1027	Kelsey Street LLC	Wilmington		Anbieter von Nebendienst-	100,0
				leistungen	
1028	Kelvivo Limited	Dublin		Finanzunternehmen	
1029	Kingfisher Canada Holdings LLC	Wilmington		Finanzunternehmen	100,0
1030	Kingfisher Holdings LLC	Wilmington		Finanzunternehmen	100,0
1031	KOMPASS 3 Beteiligungsgesellschaft mbH	Düsseldorf		Finanzunternehmen	50,0
1032	KOMPASS 3 Erste Beteiligungsgesellschaft mbH & Co. Euro KG	Düsseldorf		Anbieter von Nebendienst-	96,1
				leistungen	
1033	KOMPASS 3 Zweite Beteiligungsgesellschaft mbH & Co. USD KG	Düsseldorf		Anbieter von Nebendienst-	97,0
				leistungen	
1034	La Fayette Dedicated Basket Ltd.	Road Town		Wertpapierhandelsunternehmen	
1035	Lagoon Finance Limited	Dublin	3	Finanzunternehmen	
1036	Latin America Recovery Fund LLC	Wilmington		Finanzunternehmen	100,0
1037	Lemontree Investments GmbH & Co. KG	Berlin		Finanzunternehmen	
1038	Leo Consumo 1 S.r.l.	Conegliano		Finanzunternehmen	
1039	Leo Consumo 2 S.r.l.	Conegliano		Finanzunternehmen	70,0
1040	87 Leonard Development LLC	Wilmington		Anbieter von Nebendienst-	100,0
				leistungen	
1041	Leonardo Charitable 1 LLC	Wilmington		Anbieter von Nebendienst-	9,9
				leistungen	
1042	Leonardo Secondary Opportunities III (SLP GP) Limited	Edinburgh		Finanzunternehmen	
1043	Life Mortgage S.r.l.	Rom		Finanzunternehmen	
1044	Luscina Limited	Dublin		Finanzunternehmen	
1045	MacDougal Investments Limited	Wilmington		Finanzunternehmen	100,0

Lfd. Nr.	Name der Gesellschaft	Sitz der Gesellschaft	Fußnote	Geschäftstätigkeit	Anteil am Kapital in %
1046	Mallard Place, Inc.	Wilmington		Finanzunternehmen	100,0
1047	Manta Acquisition LLC	Wilmington		Finanzunternehmen	100,0
1048	Manta Group LLC	Wilmington		Finanzunternehmen	100,0
1049	Mars Investment Trust II	New York		Finanzunternehmen	100,0
1050	Mars Investment Trust III	New York		Finanzunternehmen	100,0
1051	Master Aggregation Trust	Wilmington		Sonstiges Unternehmen	
1052	Maxima Alpha Bomaral Limited (in liquidation)	St. Helier		Wertpapierhandelsunternehmen	
1053	Mercer Investments Limited	Wilmington		Finanzunternehmen	100,0
1054	Merlin I	Georgetown		Wertpapierhandelsunternehmen	
1055	Merlin II	Georgetown		Wertpapierhandelsunternehmen	
1056	Merlin XI	Georgetown		Wertpapierhandelsunternehmen	
1057	Mexico Capital Protected Investments Limited	Georgetown	3	Sonstiges Unternehmen	
1058	MH Germany Property III S.à r.l.	Luxemburg		Sonstiges Unternehmen	
1059	MH Germany Property V S.à r.l.	Luxemburg		Sonstiges Unternehmen	
1060	Mickleham Limited	Dublin		Anbieter von Nebendienstleistungen	
1061	Micro-E Finance S.r.l.	Rom		Finanzunternehmen	
1062	Midco 2 Limited	London		Finanzunternehmen	
1063	Midco 3 Limited	London		Finanzunternehmen	
1064	Mira GmbH & Co. KG	Frankfurt		Anbieter von Nebendienstleistungen	100,0
1065	MMCapS Funding XVIII Ltd. - Resecuritization Trust 2010-RS1	Wilmington		Anbieter von Nebendienstleistungen	
1066	MMDB Noonmark L.L.C.	Wilmington		Finanzunternehmen	100,0
1067	Montage Funding LLC	Dover		Finanzunternehmen	
1068	Monterey Funding LLC	Dover		Finanzunternehmen	
1069	Moon Leasing Limited	London		Finanzunternehmen	100,0
1070	Motion Picture Productions One GmbH & Co. KG	Frankfurt		Finanzunternehmen	100,0
1071	MPP Beteiligungsgesellschaft mbH	Frankfurt		Finanzunternehmen	100,0
1072	New 87 Leonard, LLC	Wilmington		Finanzunternehmen	100,0
1073	Newhall LLC	Wilmington		Finanzunternehmen	100,0
1074	Newport Funding Corp.	Wilmington		Finanzunternehmen	
1075	Nineco Leasing Limited	London		Finanzunternehmen	100,0
1076	North Las Vegas Property LLC	Wilmington		Anbieter von Nebendienstleistungen	100,0
1077	Northern Pines Funding, LLC	Dover		Kreditinstitut	100,0
1078	Norvadano Limited	Dublin		Finanzunternehmen	
1079	Oakwood Properties Corp.	Wilmington		Finanzunternehmen	100,0
1080	Oasis Securitisation S.r.l.	Conegliano	2	Finanzunternehmen	0,0
1081	Oder Properties S.à r.l.	Luxemburg		Sonstiges Unternehmen	25,0
1082	Odin Mortgages Limited	London		Finanzunternehmen	
1083	Oona Solutions, Fonds Commun de Placement	Luxemburg	3	Sonstiges Unternehmen	
1084	OPAL, en liquidation volontaire	Luxemburg	3	Sonstiges Unternehmen	
1085	Operadora de Buenos Aires S.R.L.	Buenos Aires		Finanzunternehmen	100,0
1086	Opus Niestandaryzowany Sekurytyzacyjny Fundusz Inwestycyjny Zamkniety	Warschau		Finanzunternehmen	
1087	Oran Limited	Georgetown		Finanzunternehmen	
1088	Orchid Pubs & Restaurants Limited	London		Sonstiges Unternehmen	
1089	Orchid Structureco 2 Limited	London		Finanzunternehmen	
1090	OTTAM Mexican Capital Trust Limited	Dublin	3	Finanzunternehmen	
1091	Owner Trust MSN 23336	Salt Lake City		Finanzunternehmen	
1092	Owner Trust MSN 23337	Salt Lake City		Finanzunternehmen	
1093	Owner Trust MSN 23338	Salt Lake City		Finanzunternehmen	
1094	Owner Trust MSN 23344	Salt Lake City		Finanzunternehmen	
1095	Owner Trust MSN 24452	Salt Lake City		Finanzunternehmen	
1096	Owner Trust MSN 24453	Salt Lake City		Finanzunternehmen	
1097	Owner Trust MSN 24778	Salt Lake City		Finanzunternehmen	
1098	Owner Trust MSN 264	Salt Lake City		Finanzunternehmen	
1099	Owner Trust MSN 27833	Salt Lake City		Finanzunternehmen	
1100	Owner Trust MSN 87	Salt Lake City		Finanzunternehmen	
1101	Owner Trust MSN 88	Salt Lake City		Finanzunternehmen	
1102	Palladium Securities 1 S.A.	Luxemburg	3	Finanzunternehmen	

Lfd. Nr.	Name der Gesellschaft	Sitz der Gesellschaft	Fußnote	Geschäftstätigkeit	Anteil am Kapital in %
1103	PALLO Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH	Düsseldorf		Finanzunternehmen	50,0
1104	PALLO Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH & Co. Objekt Seniorenresidenzen KG	Düsseldorf		Sonstiges Unternehmen	
1105	PanAsia Funds Investments Ltd.	Georgetown	3	Finanzunternehmen	
1106	PARTS Funding, LLC	Wilmington		Finanzunternehmen	100,0
1107	PARTS Student Loan Trust 2007-CT1	Wilmington		Finanzunternehmen	100,0
1108	PARTS Student Loan Trust 2007-CT2	Wilmington		Finanzunternehmen	100,0
1109	PD Germany Funding Company I, Ltd.	Georgetown		Finanzunternehmen	
1110	PD Germany Funding Company II, Ltd.	Georgetown		Finanzunternehmen	
1111	PD Germany Funding Company III, Ltd.	Georgetown		Finanzunternehmen	
1112	PD Germany Funding Company IV, Ltd.	Georgetown		Finanzunternehmen	
1113	PD Germany Funding Company V, Ltd.	Georgetown		Finanzunternehmen	
1114	Peruda Leasing Limited	London		Finanzunternehmen	100,0
1115	Perus 1 S.à r.l.	Luxemburg		Finanzunternehmen	
1116	Philippine Opportunities for Growth and Income (SPV-AMC), INC.	Manila		Finanzdienstleistungsinstitut	95,0
1117	PIMCO PARS I - Poste Vite	Georgetown		Sonstiges Unternehmen	
1118	PIMCO PARS V - Poste Vite	Georgetown		Sonstiges Unternehmen	
1119	Port Elizabeth Holdings LLC	Wilmington		Finanzunternehmen	100,0
1120	Postbank Dynamik Best Garant	Schuttrange		Sonstiges Unternehmen	
1121	Postbank Dynamik DAX Garant II	Schuttrange		Sonstiges Unternehmen	
1122	Postbank Dynamik Klima Garant	Schuttrange		Sonstiges Unternehmen	
1123	PPCenter, Inc.	Wilmington		Sonstiges Unternehmen	100,0
1124	PROVIDE Domicile 2009-1 GmbH	Frankfurt		Finanzunternehmen	
1125	Pyxis Nautica S.A.	Luxemburg		Anbieter von Nebendienst-leistungen	
1126	Quantum 13 LLC	Wilmington		Anbieter von Nebendienst-leistungen	49,0
1127	Quartz No. 1 S.A.	Luxemburg	2	Finanzunternehmen	0,0
1128	Reade, Inc.	Wilmington		Finanzunternehmen	100,0
1129	Red Lodge, L.P.	Wilmington		Anbieter von Nebendienst-leistungen	100,0
1130	Reference Capital Investments Limited	London		Kreditinstitut	100,0
1131	Regal Limited	Georgetown	3	Sonstiges Unternehmen	
1132	REO Properties Corporation	Wilmington		Anbieter von Nebendienst-leistungen	100,0
1133	REO Properties Corporation II	Wilmington	2	Anbieter von Nebendienst-leistungen	0,0
1134	Residential Mortgage Funding Trust	Toronto		Finanzunternehmen	
1135	Rhein - Main Securitisation Limited	St. Helier		Finanzunternehmen	
1136	Rheingold Securitisation Limited	St. Helier		Finanzunternehmen	
1137	Rhine Properties S.à r.l.	Luxemburg		Sonstiges Unternehmen	25,0
1138	RHOEN 2008-1 GmbH	Frankfurt		Finanzunternehmen	
1139	Ripple Creek, L.P.	Wilmington		Finanzunternehmen	100,0
1140	Riverside Funding LLC	Dover		Finanzunternehmen	
1141	RM Ayr Limited	Dublin		Finanzunternehmen	
1142	RM Chestnut Limited	Dublin		Finanzunternehmen	
1143	RM Fife Limited	Dublin		Finanzunternehmen	
1144	RM Multi-Asset Limited	Dublin		Finanzunternehmen	
1145	RM Sussex Limited	Dublin		Finanzunternehmen	
1146	RM Triple-A Limited (in liquidation)	Dublin		Finanzunternehmen	
1147	Royster Fund - Compartment SEPTEMBER 2013	Luxemburg		Sonstiges Unternehmen	100,0
1148	RREEF G.O. III Malta Limited	Valletta		Finanzunternehmen	
1149	RREEF G.O. III Mauritius One Limited	Port Louis		Finanzunternehmen	
1150	RREEF G.O. III Mauritius Two Limited	Port Louis		Finanzunternehmen	
1151	RREEF Global Opportunities Fund III, LLC	Wilmington		Finanzunternehmen	
1152	RREEF North American Infrastructure Fund A, L.P.	Wilmington		Finanzunternehmen	99,9
1153	RREEF North American Infrastructure Fund B, L.P.	Wilmington		Finanzunternehmen	99,9
1154	RV Dresden Funding Company Ltd.	Georgetown		Finanzunternehmen	
1155	SABRE Securitisation Limited	Sydney		Sonstiges Unternehmen	
1156	Saratoga Funding Corp., LLC	Dover		Finanzunternehmen	
1157	Sedona Capital Funding Corp., LLC	Wilmington		Finanzunternehmen	

Lfd. Nr.	Name der Gesellschaft	Sitz der Gesellschaft	Fußnote	Geschäftstätigkeit	Anteil am Kapital in %
1158	Serviced Office Investments Limited	St. Helier		Finanzunternehmen	100,0
1159	Silrendel, S. de R. L. de C. V.	Mexiko Stadt		Finanzunternehmen	100,0
1160	Singer Island Tower Suite LLC	Wilmington		Anbieter von Nebendienstleistungen	100,0
1161	SIRES-STAR Limited	Georgetown	3	Sonstiges Unternehmen	
1162	Sixco Leasing Limited	London		Finanzunternehmen	100,0
1163	SMART SME CLO 2006-1, Ltd.	Georgetown		Finanzunternehmen	
1164	SOLIDO Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH	Düsseldorf		Finanzunternehmen	100,0
1165	SP Mortgage Trust	Wilmington		Sonstiges Unternehmen	
1166	SPAN No. 5 Pty Limited	Sydney		Sonstiges Unternehmen	
1167	Stewart-Denny Holdings, LLC	Wilmington		Finanzunternehmen	
1168	STTN, Inc.	Wilmington		Anbieter von Nebendienstleistungen	100,0
1169	Sunrise Beteiligungsgesellschaft mbH	Frankfurt		Anbieter von Nebendienstleistungen	100,0
1170	Survey Trust	Wilmington		Sonstiges Unternehmen	
1171	Swabia 1 Limited	Dublin		Finanzunternehmen	
1172	Swabia 1. Vermögensbesitz-GmbH	Eschborn		Finanzunternehmen	100,0
1173	Sylvester (2001) Limited	Georgetown		Finanzunternehmen	100,0
1174	Tagus - Sociedade de Titularização de Creditos, S.A.	Lissabon		Finanzunternehmen	100,0
1175	Thaumat Holdings Limited	Nikosia		Finanzunternehmen	
1176	The CAP Accumulation Trust	Wilmington		Sonstiges Unternehmen	
1177	The Debt Redemption Fund Limited	Georgetown		Wertpapierhandelsunternehmen	99,8
1178	The GIII Accumulation Trust	Wilmington		Sonstiges Unternehmen	
1179	The GPR Accumulation Trust	Wilmington		Sonstiges Unternehmen	
1180	The PEB Accumulation Trust	Wilmington		Sonstiges Unternehmen	
1181	The SLA Accumulation Trust	Wilmington		Sonstiges Unternehmen	
1182	The Topiary Fund II Public Limited Company	Dublin		Wertpapierhandelsunternehmen	3,5
1183	THL Credit Wind River 2014-3 CLO Ltd.	Georgetown		Finanzunternehmen	
1184	Tintin III SPC	Georgetown		Wertpapierhandelsunternehmen	
1185	Titian CDO Public Limited Company	Dublin	3	Finanzunternehmen	
1186	Tokutei Mokuteki Kaisha CREP Investment V	Tokio	2	Anbieter von Nebendienstleistungen	0,0
1187	TQI Exchange, LLC	Wilmington		Sonstiges Unternehmen	100,0
1188	Trave Properties S.à r.l.	Luxemburg		Sonstiges Unternehmen	25,0
1189	TRS 1 LLC	Wilmington		Anbieter von Nebendienstleistungen	100,0
1190	TRS Aria LLC	Wilmington		Anbieter von Nebendienstleistungen	100,0
1191	TRS Babson I LLC	Wilmington		Anbieter von Nebendienstleistungen	100,0
1192	TRS Birch LLC	Wilmington		Anbieter von Nebendienstleistungen	100,0
1193	TRS Bluebay LLC	Wilmington		Anbieter von Nebendienstleistungen	100,0
1194	TRS Bruin LLC	Wilmington		Anbieter von Nebendienstleistungen	100,0
1195	TRS Callisto LLC	Wilmington		Anbieter von Nebendienstleistungen	100,0
1196	TRS Camulos LLC	Wilmington		Anbieter von Nebendienstleistungen	100,0
1197	TRS Cypress LLC	Wilmington		Anbieter von Nebendienstleistungen	100,0
1198	TRS DB OH CC Fund Financing LLC	Wilmington		Anbieter von Nebendienstleistungen	100,0
1199	TRS Eclipse LLC	Wilmington		Anbieter von Nebendienstleistungen	100,0
1200	TRS Elara LLC	Wilmington		Anbieter von Nebendienstleistungen	100,0
1201	TRS Elgin LLC	Wilmington		Anbieter von Nebendienstleistungen	100,0
1202	TRS Elm LLC	Wilmington		Anbieter von Nebendienst-	100,0

Lfd. Nr.	Name der Gesellschaft	Sitz der Gesellschaft	Fußnote	Geschäftstätigkeit	Anteil am Kapital in %
				leistungen	
1203	TRS Feingold O'Keeffe LLC	Wilmington		Anbieter von Nebendienst-leistungen	100,0
1204	TRS Fore LLC	Wilmington		Anbieter von Nebendienst-leistungen	100,0
1205	TRS Ganymede LLC	Wilmington		Anbieter von Nebendienst-leistungen	100,0
1206	TRS GSC Credit Strategies LLC	Wilmington		Anbieter von Nebendienst-leistungen	100,0
1207	TRS Haka LLC	Wilmington		Anbieter von Nebendienst-leistungen	100,0
1208	TRS Io LLC	Wilmington		Anbieter von Nebendienst-leistungen	100,0
1209	TRS Landsbanki Islands LLC	Wilmington		Anbieter von Nebendienst-leistungen	100,0
1210	TRS Leda LLC	Wilmington		Anbieter von Nebendienst-leistungen	100,0
1211	TRS Maple LLC	Wilmington		Anbieter von Nebendienst-leistungen	100,0
1212	TRS Metis LLC	Wilmington		Anbieter von Nebendienst-leistungen	100,0
1213	TRS Oak LLC	Wilmington		Anbieter von Nebendienst-leistungen	100,0
1214	TRS Plainfield LLC	Wilmington		Anbieter von Nebendienst-leistungen	100,0
1215	TRS Poplar LLC	Wilmington		Anbieter von Nebendienst-leistungen	100,0
1216	TRS Quogue LLC	Wilmington		Anbieter von Nebendienst-leistungen	100,0
1217	TRS Scorpio LLC	Wilmington		Anbieter von Nebendienst-leistungen	100,0
1218	TRS SeaCliff LLC	Wilmington		Anbieter von Nebendienst-leistungen	100,0
1219	TRS Spruce LLC	Wilmington		Anbieter von Nebendienst-leistungen	100,0
1220	TRS Stag LLC	Wilmington		Anbieter von Nebendienst-leistungen	100,0
1221	TRS Stark LLC	Wilmington		Anbieter von Nebendienst-leistungen	100,0
1222	TRS SVCO LLC	Wilmington		Anbieter von Nebendienst-leistungen	100,0
1223	TRS Sycamore LLC	Wilmington		Anbieter von Nebendienst-leistungen	100,0
1224	TRS Thebe LLC	Wilmington		Anbieter von Nebendienst-leistungen	100,0
1225	TRS Tupelo LLC	Wilmington		Anbieter von Nebendienst-leistungen	100,0
1226	TRS Venor LLC	Wilmington		Anbieter von Nebendienst-leistungen	100,0
1227	TRS Walnut LLC	Wilmington		Anbieter von Nebendienst-leistungen	100,0
1228	TRS Watermill LLC	Wilmington		Anbieter von Nebendienst-leistungen	100,0
1229	TXH Trust	Wilmington		Sonstiges Unternehmen	
1230	Varick Investments Limited	Wilmington		Finanzunternehmen	100,0
1231	VCM Golding Mezzanine GmbH & Co. KG	München	5	Finanzunternehmen	0,0
1232	Vermögensfondmandat Flexible (80 % teilgeschützt)	Luxemburg		Sonstiges Unternehmen	
1233	VEXCO, LLC	Wilmington		Sonstiges Unternehmen	100,0
1234	Village Hospitality LLC	Wilmington		Anbieter von Nebendienst-leistungen	100,0
1235	Whispering Woods LLC	Wilmington		Finanzunternehmen	100,0
1236	Whistling Pines LLC	Wilmington		Finanzunternehmen	100,0
1237	Winchester Street PLC	London	3	Finanzunternehmen	

Lfd. Nr.	Name der Gesellschaft	Sitz der Gesellschaft	Fußnote	Geschäftstätigkeit	Anteil am Kapital in %
1238	World Trading (Delaware) Inc.	Wilmington		Finanzunternehmen	100,0
1239	ZALLUS Beteiligungsgesellschaft mbH	Düsseldorf		Finanzunternehmen	50,0
1240	Zamalik Limited	Dublin		Finanzunternehmen	
1241	ZARAT Beteiligungsgesellschaft mbH	Düsseldorf		Finanzunternehmen	50,0
1242	ZARAT Beteiligungsgesellschaft mbH & Co. Objekt Leben II KG	Düsseldorf		Anbieter von Nebendienst-leistungen	97,7
1243	ZELAS Beteiligungsgesellschaft mbH	Düsseldorf		Finanzunternehmen	50,0
1244	ZELAS Beteiligungsgesellschaft mbH & Co. Leben I KG	Düsseldorf		Anbieter von Nebendienst-leistungen	98,0
1245	Zugspitze 2008-1 GmbH	Frankfurt		Finanzunternehmen	
1246	Zumirez Drive LLC	Wilmington		Anbieter von Nebendienst-leistungen	100,0
1247	ZURET Beteiligungsgesellschaft mbH	Düsseldorf		Finanzunternehmen	50,0

Lfd. Nr.	Name der Gesellschaft	Sitz der Gesellschaft	Fußnote	Geschäftstätigkeit	Anteil am Kapital in %
1248	AcadiaSoft, Inc.	Wilmington		Sonstiges Unternehmen	5,8
1249	Afinia Capital Group Limited	Hamilton		Finanzunternehmen	40,0
1250	AKA Ausfuhrkredit-Gesellschaft mit beschränkter Haftung	Frankfurt		Kreditinstitut	27,0
1251	Argantis GmbH i.L.	Köln		Industrieholding	50,0
1252	Atriax Holdings Limited (in members' voluntary liquidation)	Southend-on-Sea		Sonstiges Unternehmen	25,0
1253	Avacomm GmbH i.L.	Holzkirchen		Sonstiges Unternehmen	27,5
1254	Baigo Capital Partners Fund 1 Parallel 1 GmbH & Co. KG	Bad Soden am Taunus		Industrieholding	49,8
1255	BANKPOWER GmbH Personaldienstleistungen	Frankfurt		Sonstiges Unternehmen	30,0
1256	BATS Global Markets, Inc.	Wilmington		Finanzunternehmen	6,7
1257	Bestra Gesellschaft für Vermögensverwaltung mit beschränkter Haftung	Düsseldorf		Finanzunternehmen	49,0
1258	BFDB Tax Credit Fund 2011, Limited Partnership	New York	6	Finanzunternehmen	100,0
1259	BHS tabletop AG	Selb		Sonstiges Unternehmen	28,9
1260	Biopsytec Holding AG i.L.	Berlin		Sonstiges Unternehmen	43,1
1261	BVT-CAM Private Equity Beteiligungs GmbH	Grünwald		Finanzunternehmen	50,0
1262	BVT-CAM Private Equity Management & Beteiligungs GmbH	Grünwald		Finanzunternehmen	50,0
1263	Caherciveen Partners, LLC	Chicago		Wertpapierhandelsunternehmen	20,0
1264	Comfund Consulting Limited	Bangalore		Sonstiges Unternehmen	30,0
1265	Craigs Investment Partners Limited	Tauranga		Wertpapierhandelsbank	49,9
1266	DB Development Holdings Limited	Larnaka		Finanzunternehmen	49,0
1267	DB Real Estate Global Opportunities IB (Offshore), L.P.	Camana Bay		Finanzunternehmen	34,6
1268	DBG Eastern Europe II Limited Partnership	St. Helier		Finanzunternehmen	25,9
1269	DD Konut Finansman A.S.	Sisli		Kreditinstitut	49,0
1270	Deutsche Börse Commodities GmbH	Eschborn		Sonstiges Unternehmen	16,2
1271	Deutsche Financial Capital I Corp.	Greensboro		Finanzunternehmen	50,0
1272	Deutsche Financial Capital Limited Liability Company	Greensboro		Kreditinstitut	50,0
1273	Deutsche Gulf Finance	Riad		Kreditinstitut	40,0
1274	Deutsche Regis Partners Inc	Makati Stadt		Wertpapierhandelsunternehmen	49,0
1275	Deutsche TISCO Investment Advisory Company Limited	Bangkok		Wertpapierhandelsunternehmen	49,0
1276	Deutsche Zurich Pensiones Entidad Gestora de Fondos de Pensiones, S.A.	Barcelona		Sonstiges Unternehmen	50,0
1277	Deutscher Pensionsfonds Aktiengesellschaft	Bonn		Sonstiges Unternehmen	25,1
1278	DIL Internationale Leasinggesellschaft mbH	Düsseldorf		Finanzunternehmen	50,0
1279	Domus Beteiligungsgesellschaft der Privaten Bausparkassen mbH	Berlin		Finanzholding-Gesellschaft	21,1
1280	Elbe Properties S.à r.l.	Luxemburg		Sonstiges Unternehmen	25,0
1281	EOL2 Holding B.V.	Amsterdam		Finanzunternehmen	45,0
1282	eolec	Issy-les-Moulineaux		Sonstiges Unternehmen	33,3
1283	equiNotes Management GmbH	Düsseldorf		Sonstiges Unternehmen	50,0
1284	Erica Società a Responsabilità Limitata	Mailand		Finanzunternehmen	40,0
1285	EVROENERGIAKI S.A.	Alexandroupolis		Sonstiges Unternehmen	40,0
1286	Finance in Motion GmbH	Frankfurt		Wertpapierhandelsunternehmen	19,9
1287	Fünfte SAB Treuhand und Verwaltung GmbH & Co. "Leipzig-Magdeburg" KG	Bad Homburg		Sonstiges Unternehmen	40,7
1288	Fünfte SAB Treuhand und Verwaltung GmbH & Co. Dresden "Louisenstraße" KG	Bad Homburg		Sonstiges Unternehmen	30,6
1289	G.O. IB-SIV Feeder, L.L.C.	Wilmington		Finanzunternehmen	15,7
1290	German Access Fund L.P.	London	6	Finanzunternehmen	100,0
1291	German Public Sector Finance B.V.	Amsterdam		Kreditinstitut	50,0
1292	Gesellschaft bürgerlichen Rechts Industrie- und Handelskammer/Rheinisch-Westfälische Börse	Düsseldorf	7	Sonstiges Unternehmen	0,0
1293	Gesellschaft für Kreditsicherung mit beschränkter Haftung	Berlin		Industrieholding	36,7
1294	giropay GmbH	Frankfurt		Sonstiges Unternehmen	33,3
1295	Gordian Knot Limited	London		Wertpapierhandelsunternehmen	32,4
1296	Graphite Resources (Knightsbridge) Limited	Newcastle upon Tyne		Sonstiges Unternehmen	45,0
1297	Graphite Resources Holdings Limited	Newcastle upon Tyne	6	Industrieholding	70,0
1298	Great Future International Limited	Road Town		Finanzunternehmen	43,0
1299	Grundstücksgesellschaft Köln-Ossendorf VI GbR	Troisdorf		Sonstiges Unternehmen	44,9
1300	Grundstücksgesellschaft Leipzig Petersstraße GbR	Troisdorf		Sonstiges Unternehmen	33,2
1301	Harvest Fund Management Company Limited	Schanghai		Wertpapierhandelsunternehmen	30,0
1302	Hua Xia Bank Company Limited	Peking		Einlagenkreditinstitut	19,9
1303	Huamao Property Holdings Ltd.	Georgetown	7	Finanzunternehmen	0,0
1304	Huarong Rongde Asset Management Company Limited	Peking		Finanzunternehmen	40,7
1305	ILV Immobilien-Leasing Verwaltungsgesellschaft Düsseldorf mbH	Düsseldorf		Finanzunternehmen	50,0
1306	Immobilienfonds Büro-Center Erfurt am Flughafen Bindersleben II GbR	Troisdorf		Sonstiges Unternehmen	50,0
1307	ISWAP Limited	London		Wertpapierhandelsunternehmen	14,2

Lfd. Nr.	Name der Gesellschaft	Sitz der Gesellschaft	Fußnote	Geschäftstätigkeit	Anteil am Kapital in %
1308	IZI Düsseldorf Informations-Zentrum Immobilien Gesellschaft mit beschränkter Haftung	Düsseldorf		Finanzunternehmen	21,1
1309	IZI Düsseldorf Informations-Zentrum Immobilien GmbH & Co. Kommanditgesellschaft	Düsseldorf		Sonstiges Unternehmen	21,6
1310	K & N Kenanga Holdings Bhd	Kuala Lumpur		Finanzholding-Gesellschaft	13,8
1311	Kenanga Deutsche Futures Sdn Bhd	Kuala Lumpur		Wertpapierhandelsunternehmen	27,0
1312	KeyNeurotek Pharmaceuticals AG i.I.	Magdeburg		Sonstiges Unternehmen	29,0
1313	KölnArena Beteiligungsgesellschaft mbH	Köln		Finanzunternehmen	20,8
1314	Lion Residential Holdings S.à r.l.	Luxemburg		Finanzunternehmen	17,4
1315	Main Properties S.à r.l.	Luxemburg		Sonstiges Unternehmen	25,0
1316	MergeOptics GmbH i.I.	Berlin		Sonstiges Unternehmen	24,3
1317	MidOcean (Europe) 2000-A LP	St. Helier		Finanzunternehmen	19,9
1318	MidOcean (Europe) 2003 LP	St. Helier		Finanzunternehmen	20,0
1319	MidOcean Partners, LP	New York		Finanzunternehmen	20,0
1320	Millennium Marine Rail, L.L.C.	Elizabeth		Sonstiges Unternehmen	50,0
1321	Nexus II LLC	Wilmington		Finanzunternehmen	11,9
1322	North Coast Wind Energy Corp.	Vancouver	6	Sonstiges Unternehmen	96,7
1323	Nummus Beteiligungs GmbH & Co. KG	Frankfurt		Finanzunternehmen	27,8
1324	P.F.A.B. Passage Frankfurter Allee Betriebsgesellschaft mbH	Berlin		Sonstiges Unternehmen	22,2
1325	Pago e Transaction Services GmbH i.L.	Köln		Sonstiges Unternehmen	50,0
1326	Parkhaus an der Börse GbR	Köln		Sonstiges Unternehmen	37,7
1327	PERILLA Beteiligungsgesellschaft mbH	Düsseldorf		Finanzunternehmen	50,0
1328	Powerlase Limited (in members' voluntary liquidation)	Hove		Sonstiges Unternehmen	24,8
1329	Private Capital Portfolio L.P.	London		Finanzunternehmen	38,2
1330	PX Group Limited	Stockton on Tees		Finanzunternehmen	29,4
1331	Raymond James New York Housing Opportunities Fund I-A L.L.C.	New York		Finanzunternehmen	33,0
1332	Raymond James New York Housing Opportunities Fund I-B L.L.C.	New York		Finanzunternehmen	33,3
1333	Raymond James New York Housing Opportunities Fund II L.L.C.	New York		Finanzunternehmen	19,5
1334	Relax Holding S.à r.l.	Luxemburg		Sonstiges Unternehmen	20,0
1335	REON - Park Wiatrowy I Sp. z o.o.	Warschau		Sonstiges Unternehmen	50,0
1336	REON-Park Wiatrowy II Sp. z o.o.	Warschau		Sonstiges Unternehmen	50,0
1337	REON-Park Wiatrowy IV Sp. z o.o.	Warschau		Sonstiges Unternehmen	50,0
1338	Roc Capital Group, LLC	Wilmington		Finanzunternehmen	8,5
1339	Roc Capital Management, L.P.	Wilmington		Wertpapierhandelsunternehmen	8,5
1340	RREEF Property Trust, Inc.	Baltimore		Sonstiges Unternehmen	26,1
1341	Sakaras Holding Limited	Birkirkara	7	Finanzunternehmen	0,0
1342	Schiffahrts UG (haftungsbeschränkt) & Co. KG MS "DYCKBURG" i.I.	Hamburg		Sonstiges Unternehmen	41,3
1343	Schiffahrtsgesellschaft MS "Simon Braren" GmbH & Co KG	Kollmar		Sonstiges Unternehmen	26,7
1344	Shunfeng Catering & Hotel Management Co., Ltd.	Peking		Sonstiges Unternehmen	6,4
1345	SRC Security Research & Consulting GmbH	Bonn		Sonstiges Unternehmen	22,5
1346	Starpool Finanz GmbH	Berlin		Anbieter von Nebendienst-leistungen	49,9
1347	Station Holdco LLC	Wilmington		Industrieholding	25,0
1348	Teesside Gas Transportation Limited	London		Sonstiges Unternehmen	45,0
1349	TradeWeb Markets LLC	Wilmington		Wertpapierhandelsunternehmen	5,5
1350	Triton Beteiligungs GmbH	Frankfurt		Industrieholding	33,1
1351	Turquoise Global Holdings Limited	London		Finanzunternehmen	7,1
1352	U.S.A. Institutional Tax Credit Fund C L.P.	Dover		Finanzunternehmen	22,5
1353	U.S.A. Institutional Tax Credit Fund XCV L.P.	Wilmington		Finanzunternehmen	24,0
1354	U.S.A. ITCF XCI L.P.	New York	6	Finanzunternehmen	100,0
1355	Volbroker.com Limited	London		Finanzunternehmen	22,5
1356	Weser Properties S.à r.l.	Luxemburg		Sonstiges Unternehmen	25,0
1357	WestLB Venture Capital Management GmbH & Co. KG	Köln		Sonstiges Unternehmen	50,0
1358	Wilson HTM Investment Group Ltd	Brisbane		Wertpapierhandelsunternehmen	19,8
1359	zeitinvest-Service GmbH	Frankfurt		Anbieter von Nebendienst-leistungen	25,0
1360	Zhong De Securities Co., Ltd	Peking		Wertpapierhandelsbank	33,3
1361	ZINDUS Beteiligungsgesellschaft mbH	Düsseldorf		Finanzunternehmen	50,0
1362	ZYRUS Beteiligungsgesellschaft mbH	Schönefeld		Finanzunternehmen	25,0
1363	ZYRUS Beteiligungsgesellschaft mbH & Co. Patente I KG i.L.	Schönefeld		Sonstiges Unternehmen	20,4

Lfd. Nr.	Name der Gesellschaft	Sitz der Gesellschaft	Fußnote	Geschäftstätigkeit	Anteil am Kapital in %
1364	ABATE Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH	Düsseldorf	8	Finanzunternehmen	50,0
1365	ABATIS Beteiligungsgesellschaft mbH	Düsseldorf	8	Finanzunternehmen	50,0
1366	ABRI Beteiligungsgesellschaft mbH	Düsseldorf	8	Finanzunternehmen	50,0
1367	ACHTE PAXAS Treuhand- und Beteiligungsgesellschaft mbH	Düsseldorf	8	Sonstiges Unternehmen	50,0
1368	ACHTUNDZWANZIGSTE PAXAS Treuhand- und Beteiligungsgesellschaft mbH	Düsseldorf	8	Sonstiges Unternehmen	50,0
1369	ACHTZEHNTE PAXAS Treuhand- und Beteiligungsgesellschaft mbH	Düsseldorf	8	Sonstiges Unternehmen	50,0
1370	ACIS Beteiligungsgesellschaft mbH	Düsseldorf	8	Finanzunternehmen	50,0
1371	ACTIO Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH	Düsseldorf	8	Finanzunternehmen	50,0
1372	ADEO Beteiligungsgesellschaft mbH	Düsseldorf	8	Finanzunternehmen	50,0
1373	ADLAT Beteiligungsgesellschaft mbH	Düsseldorf	8	Finanzunternehmen	50,0
1374	ADMANU Beteiligungsgesellschaft mbH	Düsseldorf	8	Finanzunternehmen	50,0
1375	AFFIRMATUM Beteiligungsgesellschaft mbH i.L.	Düsseldorf	8	Sonstiges Unternehmen	50,0
1376	AGLOM Beteiligungsgesellschaft mbH	Düsseldorf	8	Finanzunternehmen	50,0
1377	AGUM Beteiligungsgesellschaft mbH	Düsseldorf	8	Finanzunternehmen	50,0
1378	ALANUM Beteiligungsgesellschaft mbH	Düsseldorf	8	Finanzunternehmen	50,0
1379	ALMO Beteiligungsgesellschaft mbH	Düsseldorf	8	Finanzunternehmen	50,0
1380	ALTA Beteiligungsgesellschaft mbH	Düsseldorf	8	Finanzunternehmen	50,0
1381	ANDOT Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH	Düsseldorf	8	Finanzunternehmen	50,0
1382	APUR Beteiligungsgesellschaft mbH	Düsseldorf	8	Finanzunternehmen	50,0
1383	ATAUT Beteiligungsgesellschaft mbH	Düsseldorf	8	Finanzunternehmen	50,0
1384	AVOC Beteiligungsgesellschaft mbH	Düsseldorf	8	Finanzunternehmen	50,0
1385	BAKTU Beteiligungsgesellschaft mbH	Schönefeld	8	Finanzunternehmen	50,0
1386	BALIT Beteiligungsgesellschaft mbH	Schönefeld	8	Finanzunternehmen	50,0
1387	BAMAR Beteiligungsgesellschaft mbH	Schönefeld	8	Finanzunternehmen	50,0
1388	Banks Island General Partner Inc.	Toronto	8	Finanzunternehmen	50,0
1389	Belzen Pty. Limited	Sydney	9	Finanzunternehmen	100,0
1390	Benefit Trust GmbH	Lützen-Gostau	9	Finanzunternehmen	100,0
1391	BIMES Beteiligungsgesellschaft mbH	Schönefeld	8	Finanzunternehmen	50,0
1392	BLI Beteiligungsgesellschaft für Leasinginvestitionen mbH	Düsseldorf	8	Finanzunternehmen	33,2
1393	BLI Internationale Beteiligungsgesellschaft mbH	Düsseldorf	8	Finanzunternehmen	32,0
1394	Blue Ridge Trust	Wilmington	8	Sonstiges Unternehmen	26,7
1395	BrisConnections Holding Trust	Kedron	10	Sonstiges Unternehmen	35,6
1396	BrisConnections Investment Trust	Kedron	10	Sonstiges Unternehmen	35,6
1397	Cabarez S.A.	Luxemburg	6, 8	Sonstiges Unternehmen	95,0
1398	CIBI Beteiligungsgesellschaft mbH i.L.	Düsseldorf	8	Finanzunternehmen	50,0
1399	City Leasing (Donside) Limited (in members' voluntary liquidation)	London	9	Finanzunternehmen	100,0
1400	City Leasing (Severnside) Limited (in members' voluntary liquidation)	London	9	Finanzunternehmen	100,0
1401	City Leasing (Thameside) Limited	London	9	Finanzunternehmen	100,0
1402	City Leasing Limited	London	9	Finanzunternehmen	100,0
1403	DB Advisors SICAV	Luxemburg	9	Sonstiges Unternehmen	97,2
1404	DB Master Accomodation LLC	Wilmington	9	Finanzunternehmen	100,0
1405	DB Petri LLC	Wilmington	9	Kreditinstitut	100,0
1406	dbalternatives Discovery Fund Limited	Georgetown	9	Sonstiges Unternehmen	100,0
1407	Deutsche River Investment Management Company S.à r.l.	Luxemburg	8	Finanzunternehmen	49,0
1408	Deutz-Mülheim Grundstücksgesellschaft mbH	Düsseldorf	8	Sonstiges Unternehmen	40,2
1409	DIL Europa-Beteiligungsgesellschaft mbH i.L.	Düsseldorf	9	Sonstiges Unternehmen	100,0
1410	DIL Fonds-Beteiligungsgesellschaft mbH	Düsseldorf	9	Finanzunternehmen	100,0
1411	DONARUM Holding GmbH	Düsseldorf	8	Finanzunternehmen	50,0
1412	Donlen Exchange Services Inc.	Boston	9	Sonstiges Unternehmen	100,0
1413	DREIUNDZWANZIGSTE PAXAS Treuhand- und Beteiligungsgesellschaft mbH	Düsseldorf	8	Sonstiges Unternehmen	50,0
1414	DREIZEHNTE PAXAS Treuhand- und Beteiligungsgesellschaft mbH	Düsseldorf	8	Sonstiges Unternehmen	50,0
1415	DRITTE Fonds-Beteiligungsgesellschaft mbH	Düsseldorf	8	Finanzunternehmen	50,0
1416	DRITTE PAXAS Treuhand- und Beteiligungsgesellschaft mbH	Düsseldorf	8	Sonstiges Unternehmen	50,0
1417	EINUNDZWANZIGSTE PAXAS Treuhand- und Beteiligungsgesellschaft mbH	Düsseldorf	8	Sonstiges Unternehmen	50,0
1418	ELC Logistik-Centrum Verwaltungs-GmbH	Erfurt	8	Finanzunternehmen	50,0
1419	ELFTE PAXAS Treuhand- und Beteiligungsgesellschaft mbH	Düsseldorf	8	Sonstiges Unternehmen	50,0
1420	Enterprise Vehicle Exchange, Inc.	Wilmington	9	Sonstiges Unternehmen	100,0
1421	FÜNFTE Fonds-Beteiligungsgesellschaft mbH	Düsseldorf	8	Finanzunternehmen	50,0
1422	FÜNFTE PAXAS Treuhand- und Beteiligungsgesellschaft mbH	Düsseldorf	8	Sonstiges Unternehmen	50,0
1423	FÜNFUNDZWANZIGSTE PAXAS Treuhand- und Beteiligungsgesellschaft mbH	Düsseldorf	8	Sonstiges Unternehmen	50,0
1424	FÜNFZEHNTE PAXAS Treuhand- und Beteiligungsgesellschaft mbH	Düsseldorf	8	Sonstiges Unternehmen	50,0

Lfd. Nr.	Name der Gesellschaft	Sitz der Gesellschaft	Fußnote	Geschäftstätigkeit	Anteil am Kapital in %
1425	Global Salamina, S.L.	Madrid	11	Industrieholding	26,7
1426	Goldman Sachs Multi-Strategy Portfolio XI, LLC	Wilmington	6, 11	Wertpapierhandelsunternehmen	99,7
1427	Grundstücksvermietungsgesellschaft Wilhelmstr. mbH	Grünwald	9	Finanzunternehmen	100,0
1428	Guggenheim Concinnity Strategy Fund LP	Wilmington	12	Finanzunternehmen	23,3
1429	Hudson 12655 Jefferson, LLC	Wilmington	9	Sonstiges Unternehmen	100,0
1430	Hydro S.r.l.	Rom	10	Industrieholding	45,0
1431	Immobilien-Vermietungsgesellschaft Schumacher GmbH & Co. Objekt Rolandufer KG	Berlin	8	Finanzunternehmen	20,5
1432	Intermodal Finance I Ltd.	Georgetown	8	Sonstiges Unternehmen	49,0
1433	JG Japan Grundbesitzverwaltungsgesellschaft mbH i.L.	Eschborn	9	Sonstiges Unternehmen	100,0
1434	Kinneil Leasing Company	London	8	Finanzunternehmen	35,0
1435	Legacy BCC Receivables, LLC	Wilmington	9	Sonstiges Unternehmen	100,0
1436	Lindsell Finance Limited	Valletta	9	Anbieter von Nebendienstleistungen	100,0
1437	London Industrial Leasing Limited	London	9	Finanzunternehmen	100,0
1438	M Cap Finance Mittelstandsfonds GmbH & Co. KG	Frankfurt	6, 10	Finanzunternehmen	77,1
1439	Maestrale Projects (Holding) S.A.	Luxemburg	8	Finanzunternehmen	49,7
1440	Magalhaes S.A.	Luxemburg	6, 8	Sonstiges Unternehmen	95,0
1441	Manuseamento de Cargas - Manicargas, S.A.	Matosinhos	11	Sonstiges Unternehmen	38,3
1442	MCT Südafrika 3 GmbH & Co. KG	Hamburg	10	Sonstiges Unternehmen	33,8
1443	Memax Pty. Limited	Sydney	9	Finanzunternehmen	100,0
1444	Metro plus Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH	Düsseldorf	8	Finanzunternehmen	40,0
1445	MFG Flughafen-Grundstücksverwaltungsgesellschaft mbH & Co. BETA KG i.L.	Grünwald	8	Sonstiges Unternehmen	29,6
1446	Midsel Limited	London	9	Sonstiges Unternehmen	100,0
1447	Mount Hope Community Center Fund, LLC	Wilmington	10	Finanzunternehmen	49,9
1448	Mountaintop Energy Holdings LLC	Wilmington	8	Finanzunternehmen	49,9
1449	NBG Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH	Düsseldorf	8	Finanzunternehmen	50,0
1450	NCW Holding Inc.	Vancouver	9	Finanzunternehmen	100,0
1451	NEUNTE PAXAS Treuhand- und Beteiligungsgesellschaft mbH	Düsseldorf	8	Sonstiges Unternehmen	50,0
1452	NEUNZEHNTE PAXAS Treuhand- und Beteiligungsgesellschaft mbH	Düsseldorf	8	Sonstiges Unternehmen	50,0
1453	Nexus Infrastruktur Beteiligungsgesellschaft mbH	Düsseldorf	8	Finanzunternehmen	50,0
1454	NOFA Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH	Düsseldorf	8	Finanzunternehmen	50,0
1455	Nortfol Pty. Limited	Sydney	9	Finanzunternehmen	100,0
1456	NV Profit Share Limited	Georgetown	8	Sonstiges Unternehmen	42,9
1457	OPPENHEIM Buy Out GmbH & Co. KG	Köln	2, 9	Finanzunternehmen	27,7
1458	PADEM Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH	Düsseldorf	8	Finanzunternehmen	50,0
1459	PADOS Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH i.L.	Düsseldorf	8	Finanzunternehmen	50,0
1460	PAGUS Beteiligungsgesellschaft mbH	Düsseldorf	8	Finanzunternehmen	50,0
1461	PALDO Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH	Düsseldorf	8	Finanzunternehmen	50,0
1462	Pan-European Infrastructure II, L.P.	London	6, 8	Finanzunternehmen	100,0
1463	PANIS Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH i.I.	Düsseldorf	8	Finanzunternehmen	50,0
1464	PANTUR Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH	Düsseldorf	8	Finanzunternehmen	50,0
1465	PAXAS Treuhand- und Beteiligungsgesellschaft mbH	Düsseldorf	8	Sonstiges Unternehmen	50,0
1466	PEDIS Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH	Düsseldorf	8	Finanzunternehmen	50,0
1467	PEDUM Beteiligungsgesellschaft mbH	Düsseldorf	8	Finanzunternehmen	50,0
1468	PENDIS Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH	Düsseldorf	8	Finanzunternehmen	50,0
1469	PENTUM Beteiligungsgesellschaft mbH	Düsseldorf	8	Sonstiges Unternehmen	50,0
1470	PERGOS Beteiligungsgesellschaft mbH	Düsseldorf	8	Finanzunternehmen	50,0
1471	PERGUM Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH	Düsseldorf	8	Finanzunternehmen	50,0
1472	PERLIT Mobilien-Vermietungsgesellschaft mbH	Düsseldorf	8	Finanzunternehmen	50,0
1473	PERLU Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH	Düsseldorf	8	Finanzunternehmen	50,0
1474	PERNIO Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH	Düsseldorf	8	Finanzunternehmen	50,0
1475	PERXIS Beteiligungsgesellschaft mbH	Düsseldorf	8	Finanzunternehmen	50,0
1476	PETA Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH	Düsseldorf	8	Finanzunternehmen	50,0
1477	PMG Collins, LLC	Tallahassee	9	Sonstiges Unternehmen	100,0
1478	PONTUS Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH	Düsseldorf	8	Finanzunternehmen	50,0
1479	PRADUM Beteiligungsgesellschaft mbH	Düsseldorf	8	Finanzunternehmen	50,0
1480	PRASEM Beteiligungsgesellschaft mbH	Düsseldorf	8	Finanzunternehmen	50,0
1481	PRATES Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH	Schönefeld	8	Finanzunternehmen	50,0
1482	PRISON Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH	Schönefeld	8	Finanzunternehmen	50,0
1483	Private Equity Invest Beteiligungs GmbH	Düsseldorf	8	Finanzunternehmen	50,0
1484	Private Equity Life Sciences Beteiligungsgesellschaft mbH	Düsseldorf	8	Finanzunternehmen	50,0

Lfd. Nr.	Name der Gesellschaft	Sitz der Gesellschaft	Fußnote	Geschäftstätigkeit	Anteil am Kapital in %
1485	PTL Fleet Sales, Inc.	Wilmington	9	Sonstiges Unternehmen	100,0
1486	PUDU Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH	Düsseldorf	8	Finanzunternehmen	50,0
1487	PUKU Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH	Düsseldorf	8	Finanzunternehmen	50,0
1488	PURIM Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH	Düsseldorf	8	Finanzunternehmen	50,0
1489	QUANTIS Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH	Schönefeld	8	Finanzunternehmen	50,0
1490	QUELLUM Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH	Düsseldorf	8	Finanzunternehmen	50,0
1491	QUOTAS Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH	Düsseldorf	8	Finanzunternehmen	50,0
1492	SABIS Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH	Düsseldorf	8	Finanzunternehmen	50,0
1493	Safron NetOne Partners, L.P.	Georgetown	10	Finanzunternehmen	21,7
1494	SALIX Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH	Düsseldorf	8	Finanzunternehmen	50,0
1495	SALUS Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH	Düsseldorf	8	Finanzunternehmen	50,0
1496	SALUS Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH & Co. Objekt Dresden KG	Düsseldorf	9	Finanzunternehmen	58,5
1497	SANCTOR Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH	Düsseldorf	8	Finanzunternehmen	50,0
1498	SANDIX Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH	Düsseldorf	8	Finanzunternehmen	50,0
1499	SANO Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH	Düsseldorf	8	Finanzunternehmen	50,0
1500	SARIO Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH	Düsseldorf	8	Finanzunternehmen	50,0
1501	SATINA Mobilien-Vermietungsgesellschaft mbH	Düsseldorf	8	Finanzunternehmen	50,0
1502	SCANDO Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH	Düsseldorf	8	Finanzunternehmen	50,0
1503	SCHEDA Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH	Düsseldorf	8	Finanzunternehmen	50,0
1504	Schumacher Beteiligungsgesellschaft mbH	Köln	8	Finanzunternehmen	33,2
1505	SCITOR Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH	Düsseldorf	8	Finanzunternehmen	50,0
1506	SCITOR Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH & Co. Objekt Heiligenstadt KG	Düsseldorf	9	Finanzunternehmen	71,1
1507	SCUDO Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH	Düsseldorf	9	Finanzunternehmen	100,0
1508	SCUDO Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH & Co. Objekt Kleine Alexander-straße KG	Düsseldorf	9	Sonstiges Unternehmen	95,0
1509	SECHSTE Fonds-Beteiligungsgesellschaft mbH	Düsseldorf	8	Finanzunternehmen	50,0
1510	SECHSTE PAXAS Treuhand- und Beteiligungsgesellschaft mbH	Düsseldorf	8	Sonstiges Unternehmen	50,0
1511	SECHZEHNTE PAXAS Treuhand- und Beteiligungsgesellschaft mbH	Düsseldorf	8	Sonstiges Unternehmen	50,0
1512	SEDO Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH	Düsseldorf	9	Finanzunternehmen	100,0
1513	SEGES Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH	Düsseldorf	8	Finanzunternehmen	50,0
1514	SEGU Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH	Düsseldorf	8	Finanzunternehmen	50,0
1515	SELEKTA Grundstücksverwaltungsgesellschaft mbH	Düsseldorf	8	Finanzunternehmen	50,0
1516	SENA Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH	Düsseldorf	8	Finanzunternehmen	50,0
1517	SENA Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH & Co. Objekt Fehrenbach KG i.L.	Düsseldorf	9	Sonstiges Unternehmen	94,7
1518	SENA Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH & Co. Objekt Halle II KG i.L.	Düsseldorf	9	Sonstiges Unternehmen	100,0
1519	SENA Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH & Co. Objekt Kamenz KG	Düsseldorf	6, 8	Sonstiges Unternehmen	100,0
1520	SERICA Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH	Düsseldorf	8	Finanzunternehmen	50,0
1521	SIDA Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH	Düsseldorf	8	Finanzunternehmen	50,0
1522	SIEBTE PAXAS Treuhand- und Beteiligungsgesellschaft mbH	Düsseldorf	8	Sonstiges Unternehmen	50,0
1523	SIEBZEHNTE PAXAS Treuhand- und Beteiligungsgesellschaft mbH	Düsseldorf	8	Sonstiges Unternehmen	50,0
1524	SIFA Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH	Düsseldorf	9	Finanzunternehmen	100,0
1525	SILANUS Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH	Düsseldorf	8	Finanzunternehmen	50,0
1526	SILEX Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH	Düsseldorf	8	Finanzunternehmen	50,0
1527	SILEX Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH & Co. Objekt Berlin KG	Düsseldorf	9	Finanzunternehmen	83,8
1528	SILIGO Mobilien-Vermietungsgesellschaft mbH	Düsseldorf	8	Finanzunternehmen	50,0
1529	SILUR Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH	Düsseldorf	8	Finanzunternehmen	50,0
1530	SIMILA Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH	Düsseldorf	8	Finanzunternehmen	50,0
1531	SOLATOR Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH	Düsseldorf	8	Finanzunternehmen	50,0
1532	SOLON Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH	Schönefeld	8	Finanzunternehmen	50,0
1533	SOLON Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH & Co. Objekt Heizkraftwerk Halle KG i.L.	Halle/Saale	8	Sonstiges Unternehmen	30,5
1534	SOLUM Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH	Düsseldorf	8	Finanzunternehmen	50,0
1535	SOMA Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH	Düsseldorf	8	Finanzunternehmen	50,0
1536	SOREX Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH	Düsseldorf	8	Finanzunternehmen	50,0
1537	SOSPITA Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH	Düsseldorf	8	Finanzunternehmen	50,0
1538	SPhinX, Ltd. (in voluntary liquidation)	Georgetown	8	Sonstiges Unternehmen	43,6
1539	SPINO Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH	Düsseldorf	9	Sonstiges Unternehmen	100,0
1540	SPLENDOR Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH	Schönefeld	8	Finanzunternehmen	50,0
1541	STABLON Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH	Düsseldorf	9	Finanzunternehmen	100,0
1542	STAGIRA Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH	Düsseldorf	8	Finanzunternehmen	50,0
1543	STATOR Heizkraftwerk Frankfurt (Oder) Beteiligungsgesellschaft mbH	Schönefeld	9	Finanzunternehmen	100,0

Lfd. Nr.	Name der Gesellschaft	Sitz der Gesellschaft	Fußnote	Geschäftstätigkeit	Anteil am Kapital in %
1544	STUPA Heizwerk Frankfurt (Oder) Nord Beteiligungsgesellschaft mbH i.L.	Schönefeld	9	Finanzunternehmen	100,0
1545	SUBLICA Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH	Düsseldorf	8	Finanzunternehmen	50,0
1546	SUBLICA Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH & Co. Objekt Promohypermarkt Gelsenkirchen KG i.L.	Düsseldorf	8	Finanzunternehmen	48,7
1547	SUBU Mobilien-Vermietungsgesellschaft mbH	Düsseldorf	8	Finanzunternehmen	50,0
1548	SULPUR Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH	Schönefeld	8	Finanzunternehmen	50,0
1549	SUPERA Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH	Düsseldorf	8	Finanzunternehmen	50,0
1550	SUPLION Beteiligungsgesellschaft mbH	Düsseldorf	8	Finanzunternehmen	50,0
1551	SUSA Mobilien-Vermietungsgesellschaft mbH	Düsseldorf	8	Finanzunternehmen	50,0
1552	SUSIK Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH	Düsseldorf	8	Finanzunternehmen	50,0
1553	TABA Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH	Schönefeld	8	Finanzunternehmen	50,0
1554	TACET Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH	Düsseldorf	8	Finanzunternehmen	50,0
1555	TAGO Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH	Düsseldorf	8	Finanzunternehmen	50,0
1556	TAGUS Beteiligungsgesellschaft mbH	Düsseldorf	8	Finanzunternehmen	50,0
1557	TAKIR Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH	Düsseldorf	9	Finanzunternehmen	100,0
1558	TARES Beteiligungsgesellschaft mbH i.L.	Düsseldorf	9	Sonstiges Unternehmen	100,0
1559	TEBA Beteiligungsgesellschaft mbH i.L.	Schönefeld	9	Sonstiges Unternehmen	100,0
1560	TEBOR Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH	Düsseldorf	8	Finanzunternehmen	50,0
1561	TEMATIS Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH i.L.	Düsseldorf	9	Finanzunternehmen	100,0
1562	TERRUS Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH	Düsseldorf	9	Finanzunternehmen	100,0
1563	TESATUR Beteiligungsgesellschaft mbH	Düsseldorf	8	Finanzunternehmen	50,0
1564	TESATUR Beteiligungsgesellschaft mbH & Co. Objekt Halle I KG	Düsseldorf	9	Finanzunternehmen	100,0
1565	TESATUR Beteiligungsgesellschaft mbH & Co. Objekt Nordhausen I KG	Düsseldorf	9	Finanzunternehmen	100,0
1566	TIEDO Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH	Düsseldorf	8	Finanzunternehmen	50,0
1567	TIEDO Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH & Co. Objekt Lager Nord KG	Düsseldorf	8	Finanzunternehmen	25,0
1568	TOSSA Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH	Düsseldorf	9	Finanzunternehmen	100,0
1569	TRAGO Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH	Düsseldorf	8	Finanzunternehmen	50,0
1570	TREMA Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH	Berlin	8	Finanzunternehmen	50,0
1571	TRENTO Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH	Düsseldorf	8	Finanzunternehmen	50,0
1572	TRINTO Beteiligungsgesellschaft mbH	Schönefeld	8	Finanzunternehmen	50,0
1573	TRIPLA Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH	Düsseldorf	9	Finanzunternehmen	100,0
1574	Triton Fund III G L.P.	St. Helier	6, 8	Finanzunternehmen	62,5
1575	TRS HY FNDS LLC	Wilmington	9	Anbieter von Nebendienstleistungen	100,0
1576	TUDO Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH	Düsseldorf	8	Finanzunternehmen	50,0
1577	TUGA Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH	Düsseldorf	8	Finanzunternehmen	50,0
1578	TYRAS Beteiligungsgesellschaft mbH	Düsseldorf	8	Finanzunternehmen	50,0
1579	VARIS Beteiligungsgesellschaft mbH	Düsseldorf	8	Finanzunternehmen	50,0
1580	VCJ Lease S.à r.l.	Luxemburg	6, 8	Sonstiges Unternehmen	95,0
1581	VCM / BHF Initiatoren GmbH & Co. Beteiligungs KG	Eichenried	8	Industrieholding	48,8
1582	VCM Initiatoren III GmbH & Co. KG	München	8	Finanzunternehmen	24,9
1583	VIERTE Fonds-Beteiligungsgesellschaft mbH	Düsseldorf	8	Finanzunternehmen	50,0
1584	VIERTE PAXAS Treuhand- und Beteiligungsgesellschaft mbH	Düsseldorf	8	Sonstiges Unternehmen	50,0
1585	VIERUNDZWANZIGSTE PAXAS Treuhand- und Beteiligungsgesellschaft mbH	Düsseldorf	8	Sonstiges Unternehmen	50,0
1586	VIERZEHNTE PAXAS Treuhand- und Beteiligungsgesellschaft mbH	Düsseldorf	8	Sonstiges Unternehmen	50,0
1587	Willem S.A.	Luxemburg	6, 8	Sonstiges Unternehmen	95,0
1588	Wohnungs-Verwaltungsgesellschaft Moers mbH	Düsseldorf	8	Finanzunternehmen	50,0
1589	Wohnungsgesellschaft HEGEMAG GmbH	Darmstadt	8	Finanzunternehmen	50,0
1590	XARUS Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH	Schönefeld	8	Finanzunternehmen	50,0
1591	XELLUM Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH	Düsseldorf	8	Finanzunternehmen	50,0
1592	XENTIS Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH	Düsseldorf	8	Finanzunternehmen	50,0
1593	XERA Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH	Düsseldorf	8	Finanzunternehmen	50,0
1594	XERIS Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH	Düsseldorf	8	Finanzunternehmen	50,0
1595	ZABATUS Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH	Düsseldorf	8	Finanzunternehmen	50,0
1596	ZAKATUR Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH	Düsseldorf	8	Sonstiges Unternehmen	50,0
1597	ZANTOS Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH i.L.	Düsseldorf	8	Finanzunternehmen	50,0
1598	ZARGUS Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH	Düsseldorf	8	Finanzunternehmen	50,0
1599	ZEA Beteiligungsgesellschaft mbH	Schönefeld	8	Finanzunternehmen	25,0
1600	ZEHNTE PAXAS Treuhand- und Beteiligungsgesellschaft mbH	Düsseldorf	8	Sonstiges Unternehmen	50,0
1601	ZENO Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH	Düsseldorf	8	Finanzunternehmen	50,0
1602	Zenwix Pty. Limited	Sydney	9	Finanzunternehmen	100,0

Lfd. Nr.	Name der Gesellschaft	Sitz der Gesellschaft	Fußnote	Geschäftstätigkeit	Anteil am Kapital in %
1603	ZEPTOS Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH	Düsseldorf	8	Finanzunternehmen	50,0
1604	ZEREVIS Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH	Düsseldorf	8	Finanzunternehmen	50,0
1605	ZERGUM Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH	Düsseldorf	8	Finanzunternehmen	50,0
1606	ZIBE Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH i.L.	Düsseldorf	8	Finanzunternehmen	50,0
1607	ZIDES Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH	Schönefeld	8	Finanzunternehmen	50,0
1608	ZIMBEL Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH	Schönefeld	8	Finanzunternehmen	50,0
1609	ZINUS Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH	Schönefeld	8	Finanzunternehmen	50,0
1610	ZIRAS Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH	Schönefeld	8	Finanzunternehmen	50,0
1611	ZITON Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH	Düsseldorf	8	Finanzunternehmen	50,0
1612	ZITRAL Beteiligungsgesellschaft mbH i.L.	Düsseldorf	8	Sonstiges Unternehmen	50,0
1613	ZITUS Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH	Schönefeld	8	Finanzunternehmen	50,0
1614	ZONTUM Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH	Düsseldorf	8	Finanzunternehmen	50,0
1615	ZORUS Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH	Düsseldorf	8	Finanzunternehmen	50,0
1616	ZWANZIGSTE PAXAS Treuhand- und Beteiligungsgesellschaft mbH	Düsseldorf	8	Sonstiges Unternehmen	50,0
1617	ZWEITE Fonds-Beteiligungsgesellschaft mbH	Düsseldorf	8	Finanzunternehmen	50,0
1618	ZWEITE PAXAS Treuhand- und Beteiligungsgesellschaft mbH	Düsseldorf	8	Sonstiges Unternehmen	50,0
1619	ZWEIUNDZWANZIGSTE PAXAS Treuhand- und Beteiligungsgesellschaft mbH	Düsseldorf	8	Sonstiges Unternehmen	50,0
1620	ZWÖLFTE PAXAS Treuhand- und Beteiligungsgesellschaft mbH	Düsseldorf	8	Sonstiges Unternehmen	50,0
1621	ZYLUM Beteiligungsgesellschaft mbH	Schönefeld	8	Finanzunternehmen	25,0

Lfd. Nr.	Name der Gesellschaft	Sitz der Gesellschaft	Fußnote	Geschäftstätigkeit	Anteil am Kapital in %
1622	Abode Mortgage Holdings Corporation	Vancouver		Kreditinstitut	8,5
1623	ABRAAJ Holdings	Georgetown		Finanzunternehmen	8,8
1624	Accunia A/S	Kopenhagen		Wertpapierhandelsunternehmen	9,9
1625	BBB Bürgschaftsbank zu Berlin-Brandenburg GmbH	Berlin		Kreditinstitut	5,6
1626	Bürgschaftsbank Brandenburg GmbH	Potsdam		Kreditinstitut	8,5
1627	Bürgschaftsbank Mecklenburg-Vorpommern GmbH	Schwerin		Kreditinstitut	8,4
1628	Bürgschaftsbank Sachsen GmbH	Dresden		Kreditinstitut	6,3
1629	Bürgschaftsbank Sachsen-Anhalt GmbH	Magdeburg		Kreditinstitut	8,2
1630	Bürgschaftsbank Schleswig-Holstein Gesellschaft mit beschränkter Haftung	Kiel		Kreditinstitut	5,6
1631	Bürgschaftsbank Thüringen GmbH	Erfurt		Kreditinstitut	8,7
1632	Bürgschaftsgemeinschaft Hamburg GmbH	Hamburg		Kreditinstitut	8,7
1633	Cecon ASA	Arendal		Sonstiges Unternehmen	9,6
1634	China Polymetallic Mining Limited	Georgetown		Sonstiges Unternehmen	8,4
1635	CIFG Holding Inc.	Wilmington		Versicherungsholding	11,5
1636	ConCardis Gesellschaft mit beschränkter Haftung	Eschborn		Zahlungsinstitut	16,8
1637	Damovo Group Holdings Limited	Camana Bay		Finanzunternehmen	16,0
1638	Deutsche Steinzeug Cremer & Breuer Aktiengesellschaft	Alfter		Sonstiges Unternehmen	17,2
1639	HYPOPORT AG	Berlin		Finanzunternehmen	9,7
1640	IVG Institutional Funds GmbH	Frankfurt		Kapitalanlagegesellschaft	6,0
1641	K.K. D&M Holdings	Kawasaki		Sonstiges Unternehmen	15,1
1642	Landgesellschaft Mecklenburg-Vorpommern mit beschränkter Haftung	Leezen		Sonstiges Unternehmen	11,0
1643	Liquiditäts-Konsortialbank Gesellschaft mit beschränkter Haftung i.L.	Frankfurt		Kreditinstitut	7,7
1644	OTCDeriv Limited	London		Finanzdienstleistungsinstitut	7,2
1645	Philipp Holzmann Aktiengesellschaft i.I.	Frankfurt		Sonstiges Unternehmen	19,5
1646	Prader Bank S.p.A.	Bozen		Einlagenkreditinstitut	9,0
1647	Private Export Funding Corporation	Wilmington		Kreditinstitut	6,0
1648	PT Buana Listya Tama Tbk	Jakarta		Sonstiges Unternehmen	14,8
1649	Reorganized RFS Corporation	Wilmington		Versicherungsholding	6,2
1650	Rinkai Nissan Kensetsu Kabushiki Kaisha	Tokio		Sonstiges Unternehmen	8,5
1651	RREEF America REIT III, Inc.	Baltimore		Finanzunternehmen	7,9
1652	Saarländische Investitionskreditbank Aktiengesellschaft	Saarbrücken		Einlagenkreditinstitut	11,8
1653	Servicios de Infraestructura de Mercado OTC S.A.	Santiago		Kreditinstitut	6,7
1654	Società per il Mercato dei Titoli di Stato - Borsa Obbligazionaria Europea S.p.A.	Rom		Sonstiges Unternehmen	5,0
1655	The Clearing House Association L.L.C.	Wilmington		Sonstiges Unternehmen	5,6
1656	TORM A/S	Hellerup		Sonstiges Unternehmen	6,2
1657	United Information Technology Co. Ltd.	Georgetown		Industrieholding	12,2

3

Bestätigungen

540 Bestätigungsvermerk des unabhängigen Abschlussprüfers

542 Versicherung der gesetzlichen Vertreter

543 Bericht des Aufsichtsrats

Bestätigungsvermerk des unabhängigen Abschlussprüfers

An die Deutsche Bank Aktiengesellschaft, Frankfurt am Main

Vermerk zum Konzernabschluss

Wir haben den beigefügten Konzernabschluss der Deutsche Bank Aktiengesellschaft und ihrer Tochtergesellschaften – bestehend aus Konzern-Gewinn- und Verlustrechnung, Konzern-Gesamtergebnisrechnung, Konzernbilanz, Konzern-Eigenkapitalveränderungsrechnung, Konzern-Kapitalflussrechnung und Konzernanhang für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis zum 31. Dezember 2014 – geprüft.

Verantwortung der gesetzlichen Vertreter für den Konzernabschluss

Die gesetzlichen Vertreter der Deutsche Bank Aktiengesellschaft sind verantwortlich für die Aufstellung dieses Konzernabschlusses. Diese Verantwortung umfasst, dass dieser Konzernabschluss in Übereinstimmung mit den IFRS, wie sie in der EU anzuwenden sind, den ergänzend nach § 315a Abs. 1 HGB anzuwendenden deutschen gesetzlichen Vorschriften sowie den IFRS insgesamt aufgestellt wird und unter Beachtung dieser Vorschriften ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Konzerns vermittelt. Die gesetzlichen Vertreter sind auch verantwortlich für die internen Kontrollen, die sie als notwendig erachten, um die Aufstellung eines Konzernabschlusses zu ermöglichen, der frei von wesentlichen – beabsichtigten oder unbeabsichtigten – falschen Darstellungen ist.

Verantwortung des Abschlussprüfers

Unsere Aufgabe ist es, auf der Grundlage unserer Prüfung ein Urteil zu diesem Konzernabschluss abzugeben. Wir haben unsere Abschlussprüfung in Übereinstimmung mit § 317 HGB unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung sowie unter ergänzender Beachtung der Standards des Public Company Accounting Oversight Board (United States) durchgeführt. Danach haben wir die Berufspflichten einzuhalten und die Abschlussprüfung so zu planen und durchzuführen, dass hinreichende Sicherheit darüber erlangt wird, ob der Konzernabschluss frei von wesentlichen falschen Darstellungen ist.

Eine Abschlussprüfung umfasst die Durchführung von Prüfungshandlungen, um Prüfungsnachweise für die im Konzernabschluss enthaltenen Wertansätze und sonstigen Angaben zu erlangen. Die Auswahl der Prüfungshandlungen liegt im pflichtgemäßen Ermessen des Abschlussprüfers. Dies schließt die Beurteilung der Risiken wesentlicher – beabsichtigter oder unbeabsichtigter – falscher Darstellungen im Konzernabschluss ein. Bei der Beurteilung dieser Risiken berücksichtigt der Abschlussprüfer das interne Kontrollsystem, das relevant ist für die Aufstellung eines Konzernabschlusses, der ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild vermittelt. Ziel hierbei ist es, Prüfungshandlungen zu planen und durchzuführen, die unter den gegebenen Umständen angemessen sind, jedoch nicht, ein Prüfungsurteil zur Wirksamkeit des internen Kontrollsystems des Konzerns abzugeben. Eine Abschlussprüfung umfasst auch die Beurteilung der Angemessenheit der angewandten Rechnungslegungsmethoden und der Vertretbarkeit der von den gesetzlichen Vertretern ermittelten geschätzten Werte in der Rechnungslegung sowie die Beurteilung der Gesamtdarstellung des Konzernabschlusses.

Wir sind der Auffassung, dass die von uns erlangten Prüfungsnachweise ausreichend und geeignet sind, um als Grundlage für unser Prüfungsurteil zu dienen.

Prüfungsurteil

Gemäß § 322 Abs. 3 Satz 1 HGB erklären wir, dass unsere Prüfung des Konzernabschlusses zu keinen Einwendungen geführt hat.

Nach unserer Beurteilung aufgrund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse entspricht der Konzernabschluss in allen wesentlichen Belangen den IFRS, wie sie in der EU anzuwenden sind, den ergänzend nach § 315a Abs. 1 HGB anzuwendenden deutschen gesetzlichen Vorschriften sowie den IFRS insgesamt und vermittelt unter Beachtung dieser Vorschriften ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens- und Finanzlage des Konzerns zum 31. Dezember 2014 sowie der Ertragslage für das an diesem Stichtag endende Geschäftsjahr.

Vermerk zum Konzernlagebericht

Wir haben den beigefügten Konzernlagebericht der Deutsche Bank Aktiengesellschaft für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis 31. Dezember 2014 geprüft. Die gesetzlichen Vertreter der Deutsche Bank Aktiengesellschaft sind verantwortlich für die Aufstellung des Konzernlageberichts in Übereinstimmung mit den nach § 315a Abs. 1 HGB anzuwendenden deutschen gesetzlichen Vorschriften. Wir haben unsere Prüfung in Übereinstimmung mit § 317 Abs. 2 HGB und unter Beachtung der für die Prüfung des Konzernlageberichts vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung durchgeführt. Danach ist die Prüfung des Konzernlageberichts so zu planen und durchzuführen, dass hinreichende Sicherheit darüber erlangt wird, ob der Konzernlagebericht mit dem Konzernabschluss sowie mit den bei der Abschlussprüfung gewonnenen Erkenntnissen in Einklang steht, insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage des Konzerns vermittelt und die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend darstellt.

Gemäß § 322 Abs. 3 Satz 1 HGB erklären wir, dass unsere Prüfung des Konzernlageberichts zu keinen Einwendungen geführt hat.

Nach unserer Beurteilung aufgrund der bei der Prüfung des Konzernabschlusses und Konzernlageberichts gewonnenen Erkenntnisse steht der Konzernlagebericht in Einklang mit dem Konzernabschluss, vermittelt insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage des Konzerns und stellt die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend dar.

Frankfurt am Main, 6. März 2015

KPMG AG

Wirtschaftsprüfungsgesellschaft

Pukropski
Wirtschaftsprüfer

Beier
Wirtschaftsprüfer

Versicherung der gesetzlichen Vertreter

Wir versichern nach bestem Wissen, dass gemäß den anzuwendenden Rechnungslegungsgrundsätzen der Konzernabschluss ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Konzerns vermittelt und im Konzernlagebericht der Geschäftsverlauf einschließlich des Geschäftsergebnisses und die Lage des Konzerns so dargestellt sind, dass ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild vermittelt wird, sowie die wesentlichen Chancen und Risiken der voraussichtlichen Entwicklung des Konzerns beschrieben sind.

Frankfurt am Main, den 4. März 2015

Jürgen Fitschen

Anshuman Jain

Stefan Krause

Stephan Leithner

Stuart Lewis

Rainer Neske

Henry Ritchotte

Chris

Bericht des Aufsichtsrats

Das Wachstum der Weltwirtschaft blieb im Jahr 2014 weiter relativ schwach und lag nur leicht über der Wachstumsrate des Vorjahrs. Die wirtschaftliche Dynamik hatte im ersten Quartal 2014 ihren Hochpunkt erreicht und schwächte sich im weiteren Jahresverlauf ab. Gestützt wurde die Weltkonjunktur durch die Geldpolitik der großen Zentralbanken, die weiterhin extrem expansiv ausgerichtet war. Dämpfend auf das Wachstum wirkte jedoch der Abbau der privaten Verschuldung, insbesondere in der Eurozone. Das Wachstum der deutschen Wirtschaft legte im Jahr 2014 gegenüber dem Vorjahr etwas zu. Die deutsche Konjunktur profitierte von der soliden Entwicklung des Konsums aufgrund eines Beschäftigungsrekords und solider, realer Einkommenszuwächse.

In diesem wirtschaftlichen Umfeld haben wir den Vorstand bei der Leitung des Unternehmens beraten und seine Geschäftsführung überwacht. Eingehend behandelten wir im Berichtsjahr die wirtschaftliche und finanzielle Entwicklung der Bank, ihr Umfeld, das Risikomanagementsystem, die Planung und das interne Kontrollsystem. Wie bereits in den Vorjahren befassten wir uns im Jahr 2014 mit zahlreichen gesetzlichen und regulatorischen Neuerungen, insbesondere den neuen Anforderungen an den Aufsichtsrat aus § 25d KWG, die sich in Teilen unmittelbar auf unsere Arbeit ausgewirkt haben. Fragen zur strategischen Weiterentwicklung der Bank und deren Umsetzung erörterten wir ausführlich mit dem Vorstand im Rahmen eines zweitägigen Workshops. Der Vorstand unterrichtete uns regelmäßig, zeitnah und umfassend über die Geschäftspolitik und andere grundsätzliche Fragen der Unternehmensführung und -planung, die finanzielle Entwicklung, die Ertragslage sowie das Risiko-, Liquiditäts- und Kapitalmanagement der Bank sowie über wesentliche Rechtsstreitigkeiten und Geschäfte sowie Ereignisse, die für die Bank von erheblicher Bedeutung waren. Bei Entscheidungen von grundlegender Bedeutung waren wir eingebunden. Wichtige Themen und anstehende Entscheidungen wurden zudem in regelmäßigen Gesprächen zwischen den Co-Vorsitzenden des Vorstands und dem Vorsitzenden des Aufsichtsrats erörtert. Die Vorsitzenden der Ausschüsse des Aufsichtsrats führten regelmäßige Besprechungen und inhaltliche Abstimmungen durch, um die Zusammenarbeit im Aufsichtsratsgremium insgesamt zu stärken. Zwischen den Sitzungen wurden wir über wichtige Vorgänge schriftlich informiert. Beschlüsse wurden, soweit zwischen den Sitzungen erforderlich, im Umlaufverfahren herbeigeführt.

Sitzungen des Aufsichtsrats

Im Geschäftsjahr 2014 fanden sechs Sitzungen des Aufsichtsrats statt.

In der ersten Sitzung des Jahres am 28. Januar 2014 erörterten wir die geschäftliche Entwicklung der Bank im vierten Quartal 2013 und im Geschäftsjahr 2013 sowie den Plan-Ist-Vergleich. Den Dividendenvorschlag für das Jahr 2013 sowie die Unternehmensplanung für die Jahre 2014 bis 2016 nahmen wir zustimmend zur Kenntnis. Wir erhielten vom Vorstand Sachstandsberichte zu wesentlichen Rechtsstreitigkeiten der Bank und die Bank betreffende regulatorische Untersuchungen, zu den Fortschritten hinsichtlich der Umsetzung des Operational Excellence Programms und des Kulturwandels, zum Programm zur Stärkung der Kontrollfunktionen sowie zum Vergütungssystem der Bank unter Berücksichtigung der gesetzlichen Anforderungen. Wir beschlossen auf Empfehlung des Präsidial- und des Prüfungsausschusses, dass die Herren Cryan, Dr. Achleitner und Prof. Trützschler im Geschäftsbericht als Finanzexperten und die Herren Dr. Achleitner und Prof. Kagermann als Vergütungsexperten des Vergütungskontrollausschusses gemäß § 25d Absatz 12 KWG benannt werden. Zudem stellten wir fest, dass sämtliche Mitglieder des Prüfungsausschusses unabhängig im Sinne der US-amerikanischen Vorschriften sind und dass nach unserer Einschätzung dem Aufsichtsrat eine ausreichende Anzahl unabhängiger Mitglieder angehört. Nach Überprüfung der Angemessenheit des Vergütungssystems für den Vorstand legten wir unter Berücksichtigung der Empfehlungen des Vergütungskontrollausschusses und unter Einbindung des neuen Vergütungskontrollbeauftragten der Bank und externer, unabhängiger Vergütungsberater die Höhe der variablen Vergütung für die Vorstandsmitglieder für das Geschäftsjahr 2013 fest.

Ferner passten wir die Geschäftsordnung des seit 1. Januar 2014 gesetzlich vorgeschriebenen Vergütungskontrollausschusses an.

In der Sitzung am 18. März 2014 billigten wir auf Empfehlung des Prüfungsausschusses und nach Erörterung mit dem Abschlussprüfer den Konzern- und Jahresabschluss 2013. Mit dem Vorstand erörterten wir den Sachstandsbericht zu wesentlichen Rechtsstreitigkeiten und regulatorischen Untersuchungen, den Fortschrittsbericht zur Stärkung der Kontrollfunktionen, den Personalbericht sowie den Vergütungsbericht 2013, welchen wir zustimmend zur Kenntnis nahmen. Weiterhin erhielten wir Berichte zum Risikomanagement innerhalb des Konzerns, zum Unternehmensbereich Group Technology & Operations sowie zum Status der von den Aufsichtsbehörden geforderten Sanierungspläne und -indikatoren. Auf Vorschlag des Vergütungskontrollausschusses beschlossen wir Anpassungen zur Vorstandsvergütung gemäß gesetzlicher und regulatorischer Vorgaben und legten hierbei die Gesamtvergütung der einzelnen Vorstandsmitglieder fest. Zudem beschlossen wir nach intensiver Erörterung das Vergütungssystem für den Vorstand einschließlich der wesentlichen Vertragselemente. Auf Vorschlag des Integritätsausschusses beschlossen wir, einige herausgehobene Sachverhalte, die Gegenstand von Rechtsstreitigkeiten oder aufsichtsbehördlichen Untersuchungen sind, aufgrund der gesteigerten Überwachungsverantwortung des Aufsichtsrats zukünftig intensiver als bisher zu begleiten. Zudem stimmten wir grundsätzlich der Ausgabe von „Additional Tier-1“-Kapital auf Grundlage der durch die Hauptversammlung vom 31. Mai 2012 gewährten Ermächtigung zu und delegierten die Beschlusszuständigkeit an den Präsidialausschuss.

In der Sitzung am Tag vor der ordentlichen Hauptversammlung erörterten wir deren Ablauf und die angekündigten Gegenanträge. Soweit erforderlich, wurden hierzu Beschlüsse gefasst.

In der Sitzung am 29. Juli 2014, die wir in London abhielten, haben wir uns eingehend mit den dortigen Geschäftsaktivitäten der Bank befasst. Mit dem Vorstand erörterten wir ferner die geschäftliche Entwicklung der Bank im ersten Halbjahr 2014 einschließlich der Unternehmensplanung und der von der Bank im Juni 2014 abgeschlossenen Kapitalerhöhung und erhielten einen weiteren Sachstandsbericht zu wesentlichen Rechtsstreitigkeiten und regulatorischen Untersuchungen sowie zur Stärkung der Kontrollfunktionen. Auf Vorschlag des Präsidial- und des Nominierungsausschusses wählten wir Frau Parent als Nachfolgerin von Frau Labarge zum Mitglied des Risikoausschusses und verlängerten die Vorstandsbestellungen der Herren Dr. Leithner, Lewis und Ritchotte jeweils bis Ablauf des 31. Mai 2020. Auf Vorschlag des Vergütungskontrollausschusses fassten wir Beschlüsse zur Aussetzung der Auszahlung von zurückbehaltenen variablen Vergütungsbestandteilen gegenwärtiger und ehemaliger Vorstandsmitglieder sowie hinsichtlich der Auswirkungen der Kapitalerhöhung auf nicht zugeteilte Aktienansprüche des Vorstands. Zudem beschlossen wir zwei weitere Sachverhalte der Bank, die Gegenstand von Rechtsstreitigkeiten oder aufsichtsbehördlichen Untersuchungen sind, in die am 18. März 2014 vom Aufsichtsrat beschlossene intensive Begleitung zu nehmen. Schließlich fassten wir auf Vorschlag des Präsidial- und des Integritätsausschusses Beschlüsse zu Schadenersatzansprüchen im Zusammenhang mit den Kirch-Prozessen und stimmten auf Empfehlung des Prüfungsausschusses der Erteilung des Prüfungsauftrags an die KPMG AG Wirtschaftsprüfungsgesellschaft, die auf der Hauptversammlung am 22. Mai 2014 zum Abschlussprüfer und Konzernabschlussprüfer für das Geschäftsjahr 2014 gewählt wurde, zu.

In einer außerordentlichen Sitzung am 28. Oktober 2014 beschlossen wir auf Vorschlag des Präsidial- und des Nominierungsausschusses die Bestellung von zwei neuen Vorstandsmitgliedern im Einklang mit laufenden strategischen, regulatorischen und rechtlichen Prioritäten der Bank. Herr Christian Sewing ab 1. Januar 2015 und Herr Dr. Marcus Schenck wurden mit Wirkung ab Beendigung der Hauptversammlung am 21. Mai 2015 jeweils für drei Jahre zu Vorstandsmitgliedern bestellt.

In der letzten Sitzung des Jahres am 29. Oktober 2014 wurden wir vom Vorstand über die geschäftliche Entwicklung im dritten Quartal 2014 und zu den Entwicklungen im regulatorischen- und Wettbewerbsumfeld unterrichtet und erörterten Sachstandsberichte zu wesentlichen Rechtsstreitigkeiten und regulatorischen Untersuchungen, zum Programm zur Stärkung der Kontrollfunktionen, zum Projekt „House of Governance“ zur Stärkung der Geschäftsorganisation der Bank sowie zur Struktur der D&O-Versicherung der Bank. Wir erörterten Fortschrittsberichte zum Kulturwandel, zu den Ergebnissen des Bilanztests (AQR) der Europäischen Zentralbank und Maßnahmen zur Weiterentwicklung der IT-Infrastruktur der Bank. Der Aufsichtsrat befasste sich außerdem mit strafrechtlichen Aspekten und Regressüberlegungen im Zusammenhang mit den Kirch-Verfahren. Außerdem beschlossen wir Anpassungen in den Geschäftsordnungen des Vorstands und des Aufsichtsrats und gaben die turnusgemäße Entsprechenserklärung nach § 161 Aktiengesetz ab. Darüber hinaus legten wir auf Empfehlung des Prüfungsausschusses die Höhe der Vergütung des Abschlussprüfers fest.

Ausschüsse des Aufsichtsrats

Im Geschäftsjahr 2014 fanden dreizehn Sitzungen des Präsidialausschusses statt. Zwischen den Sitzungen besprach der Vorsitzende des Präsidialausschusses mit den Ausschussmitgliedern regelmäßig Themen von besonderer Bedeutung. Der Ausschuss befasste sich mit den Verlängerungen der Vorstandsbestellungen der Herren Dr. Leithner, Ritchotte und Lewis sowie mit den Bestellungen der Herren Sewing und Dr. Schenck unter Berücksichtigung der Empfehlungen des Nominierungsausschusses. Erforderliche Anpassungen in der Geschäftsordnung und im Geschäftsverteilungsplan für den Vorstand sowie in den Geschäftsordnungen des Aufsichtsrats und seiner Ausschüsse wurden erörtert. Der Ausschuss erörterte außerdem Kapitalmaßnahmen und fasste nach Delegation durch den Aufsichtsrat entsprechende Beschlüsse. Soweit erforderlich, wurden Beschlüsse gefasst oder dem Aufsichtsrat Empfehlungen zur Beschlussfassung gegeben. Der Übernahme von Mandaten von aktuellen und ehemaligen Vorstandsmitgliedern bei anderen Unternehmen, Einrichtungen und Institutionen im Interesse der Bank stimmte der Präsidialausschuss zu.

Der Risikoausschuss behandelte in sieben regulären Sitzungen insbesondere Kredit-, Liquiditäts-, Refinanzierungs-, Länder-, Markt- und operationelle Risiken sowie die Entwicklung der Rechtsrisiken. Die Schwerpunkte im Geschäftsjahr 2014 lagen auf der Überwachung der Angemessenheit der Kapitalausstattung der Bank, insbesondere mit Blick auf die umfassende Bilanzprüfung inklusive Stresstest durch die EZB, der Weiterentwicklung unseres Modells zur Messung der operationellen Risiken, den Initiativen zur Behebung identifizierter Schwachstellen unserer Kontrollen, der Analyse möglicher Auswirkungen der Entwicklungen in Russland und der Ukraine auf unser Portfolio und unseren Geschäftsbetrieb sowie der Weiterentwicklung der von den Aufsichtsbehörden geforderten Sanierungs- und Abwicklungspläne („Living Wills") inklusive Analyse eines Krisenszenarios. Eingehend erörtert wurden zudem die strategische Risiko- und Kapitalplanung, die Auswirkungen des vorherrschenden Zinsumfelds, Fragen der IT-Sicherheit, verschiedene Fokusportfolios, darunter gewerbliche Immobilienfinanzierung, Leveraged Finance und Pensions- und Versicherungsmärkte, sowie die regelmäßigen Branchenportfolioberichte entsprechend des vom Risikoausschuss festgelegten Plans einschließlich der jeweiligen Strategie und Profitabilität. Neben der Refinanzierungs- und Liquiditätslage der Bank waren auch die Entwicklung und weitere Aspekte der Risikovorsorge Gegenstand der Sitzungen. Regelmäßig wurde der Risikoausschuss über die Entwicklungen wesentlicher Rechtsstreitigkeiten und aufsichtsrechtlichen Untersuchungen sowie aller Prüfungsfeststellungen informiert. Unabhängig von den Sitzungsterminen erhielt der Risikoausschuss monatlich Informationen über die Entwicklung des Risiko- und Kapitalprofils einschließlich der Konditionengestaltung entsprechend der Gesamtrisikobereitschaft und -strategie und überwachte deren entsprechende Umsetzung. Diskutiert wurden außerdem Weiterentwicklungen weiterer Risikomodelle und deren Überwachung. Der Risikoausschuss prüfte, teils in gemeinsamen Sitzungen mit dem Vergütungskontrollausschuss, zudem das Vergütungssystem, insbesondere im Hinblick auf die Frage, ob die gesetzten Anreize die Risiko-, Kapital- und Liquiditätsstruktur der Bank sowie die Wahrscheinlichkeit und Fälligkeit von Einnahmen berücksichtigen. Die nach Gesetz und Satzung vorlagepflichtigen Engagements der Bank wurden diskutiert und, sofern erforderlich, genehmigt.

Im Geschäftsjahr 2014 fanden zehn Sitzungen des Prüfungsausschusses statt. Vertreter des Abschlussprüfers nahmen an allen Sitzungen teil. Gegenstand der Sitzungen waren die Vorprüfung des Jahres- und des Konzernabschlusses 2013, die Zwischenberichte sowie der Bericht 20-F für die US-amerikanische Securities and Exchange Commission (SEC). Der Ausschuss befasste sich mit dem Vorschlag zur Wahl des Abschlussprüfers für das Geschäftsjahr 2014 und überprüfte dessen Unabhängigkeit nach den Anforderungen des Deutschen Corporate Governance Kodex sowie den Vorschriften des US-amerikanischen Public Company Accounting Oversight Board (PCAOB), unterbreitete dem Aufsichtsrat eine Empfehlung zur Erteilung des Prüfungsauftrags und zur Höhe der Vergütung des Abschlussprüfers. Der Prüfungsausschuss ist wie in den Vorjahren davon überzeugt, dass beim Abschlussprüfer keine Interessenkonflikte vorliegen. Der Prüfungsausschuss legte für 2014 drei eigene Prüfungsschwerpunkte fest. In Unterstützung des Aufsichtsrats hat der Prüfungsausschuss sich von der Wirksamkeit des Risikomanagementsystems, insbesondere des internen Kontrollsystems und der Internen Revision überzeugt und den Rechnungslegungsprozess sowie die Abschlussprüfung überwacht. Soweit erforderlich wurden Beschlüsse gefasst oder dem Aufsichtsrat Empfehlungen zur Beschlussfassung gegeben. Die Ergebnisse des Balance Sheet Assessments & Asset Quality Reviews der Europäischen Zentralbank wurden dem Prüfungsausschuss vom Vorstand vor ihrer Veröffentlichung vorgestellt und mit diesem diskutiert. Regelmäßig wurde dem Prüfungsausschuss über die Beauftragung von Wirtschaftsprüfungsgesell¬schaften einschließlich des Abschlussprüfers mit prüfungsfremden Dienstleistungen, über die Arbeit der Internen Revision und Fragen der Compliance, über Rechts- und Reputationsrisiken sowie über Sonderprüfungen und wesentliche Beanstandungen von Aufsichtsbehörden berichtet. Der Jahresplan der Internen Revision wurde zustimmend zur Kenntnis genommen. Fundierte Beschwerden in Bezug auf das Rechnungswesen, die internen Prüfverfahren zur Rechnungslegung und zu Fragen der Abschlussprüfung sind dem Prüfungsausschuss nicht zugegangen. Außerdem befasste er sich regelmäßig mit der Abarbeitung von Prüfungsfeststellungen des Abschlussprüfers zum Jahres- und Konzernabschluss 2013, Maßnahmen zur Bereinigung der weiteren Feststellungen sowie den Anforderungen an die Überwachungsaufgaben gemäß § 107 Abs. 3 AktG, den prüfungsvorbereitenden Maßnahmen zum Jahresabschluss und den festgelegten Prüfungsschwerpunkten.

Der Integritätsausschuss behandelte in fünfzehn Sitzungen insbesondere Themen zur Unternehmenskultur sowie zur präventiven Beobachtung und strategischen Analyse von Rechts- und Reputationsrisiken. Gegenstand der Sitzungen waren insbesondere aktuelle Rechtstreitigkeiten und regula¬torischen Untersuchungen mit Schwerpunkt auf den Verfahren, hinsichtlich derer der Aufsichtsrat im März und Juli 2014 eine enge Verfahrensbegleitung beschlossen hatte. Weitere Themenschwerpunkte in den Sitzungen waren interne Untersuchungen der Bank, die Überwachung der Umsetzung des Kulturwandels sowie die Erörterung der Aufgabenaufteilung und Zusammenarbeit zwischen dem Prüfungs-, dem Risiko- und dem Integritätsausschuss. Der Ausschuss befasste sich insbesondere auch mit dem Vergleich in Sachen Kirch und den weiteren Folgen aus den verschiedenen Verfahren im Zusammenhang mit Kirch. Weitere Themen waren die Nutzung von Social Media, das „Three Lines of Defence“ Programm der Bank zur weiteren Stärkung der Kontrollstrukturen sowie das Projekt „House of Governance“ zur Stärkung der Geschäftsorganisation der Bank.

Im Geschäftsjahr 2014 fanden 7 Sitzungen des Vergütungskontrollausschusses statt. Der Ausschuss befasste sich insbesondere mit den Erfordernissen hinsichtlich Vergütungsaspekten aufgrund der Umsetzung der europäischen Regeln zu Kapitalanforderungen (CRD IV), den nationalen Umsetzungsvorgaben durch das CRD IV-Umsetzungsgesetz sowie den neuen Anforderungen des Kreditwesengesetzes (KWG) und der Institutsvergütungsverordnung (InstVV). Er hat die angemessene Ausgestaltung der Vergütungssysteme des Vorstands und der Mitarbeiter, insbesondere der Leiter der Risikocontrolling-Funktion und der Compliance-Funktion sowie der Mitarbeiter mit wesentlichem Einfluss auf das Gesamtrisikoprofil überwacht und den Aufsichtsrat bei der Überwachung der angemessenen Ausgestaltung der Vergütungssysteme für die Mitarbeiter unterstützt. Der Ausschuss bereitete Vorschläge des Aufsichtsrats unter besonderer Berücksichtigung der Risiken und des Risikomanagements der Bank für die Vergütung des Vorstands vor und unterstützte den Aufsichtsrat bei der

Überwachung der ordnungsgemäßen Einbeziehung interner Kontroll- und aller sonstigen maßgeblichen Bereiche bei der Ausgestaltung der Vergütungssysteme. Der Ausschuss befasste sich regelmäßig mit der Ermittlung und Verteilung des Gesamtbetrags der variablen Vergütung für die Mitarbeiter der Bank, auch vor dem Aspekt der Risikotragfähigkeit, und erörterte die Abarbeitung von Revisionsfeststellungen zum Vergütungssystem der Bank, die Weiterentwicklung der Vergütungs-Governance-Struktur sowie Beschlussempfehlungen an den Aufsichtsrat hinsichtlich der vom ihm der Hauptversammlung am 22. Mai 2014 zur Zustimmung vorgeschlagenen Heraufsetzung der Grenze für die variable Vergütungskomponente für Mitarbeiter und für Organmitglieder von Tochtergesellschaften sowie für Vorstandsmitglieder.

Der Nominierungsausschuss tagte im Jahr 2014 fünfmal und behandelte dabei Nachfolge- und Besetzungsfragen im Aufsichtsrat und Vorstand. Soweit erforderlich, wurden hierzu Beschlüsse über Empfehlungen zur Beschlussfassung durch den Aufsichtsrat gefasst. Der Nominierungsausschuss hat sich darüber hinaus intensiv, unter Einbindung eines externen, unabhängigen Beraters, mit der Bewertung des Aufsichtsrats und der Geschäftsleitung aufgrund der seit 1. Januar 2014 bestehenden neuen Aufgaben des Nominierungsausschusses im Sinne vom § 25d Abs. 11 KWG auseinandergesetzt.

Sitzungen des nach den Vorschriften des Mitbestimmungsgesetzes gebildeten Vermittlungsausschusses waren im Jahr 2014 nicht erforderlich.

Die Vorsitzenden der Ausschüsse berichteten dem Aufsichtsrat regelmäßig über die Arbeit der Ausschüsse.

Die Mitglieder des Aufsichtsrats nahmen im Jahr 2014 wie folgt an den Sitzungen des Aufsichtsrats und der Ausschüsse teil:

	Sitzungen (inkl. Ausschüsse)	Sitzungsteilnahme	in %		Sitzungen (inkl. Ausschüsse)	Sitzungsteilnahme	in %
Achleitner	63	63	100	Löscher	21	18	85,71
Bsirske	31	29	93,54	Mark	16	14	87,50
Cryan	23	23	100	Parent	6	6	100
Dublon	13	13	100	Platscher	16	16	100
Garrett-Cox	6	6	100	Rose	16	15	93,75
Heider	21	21	100	Stockem	13	11	84,62
Herling	31	31	100	Szukalski	6	6	100
Irrgang	21	21	100	Teyssen	11	10	90,91
Kagermann	31	31	100	Thoma	21	21	100
Klee	21	20	95,24	Trützschler	15	14	93,33
Labarge	6	6	100				

Corporate Governance

Der Aufsichtsrat sowie die seit 1. Januar 2014 gesetzlich vorgeschriebenen Prüfungs-, Risiko-, Nominierungs- und Vergütungskontrollausschüsse befassten sich im letzten Jahr mit der Umsetzung der neuen Governance Anforderungen aus §§ 25c und 25d KWG. Im Mittelpunkt standen dabei insbesondere die neuen Aufgaben dieser Aufsichtsratsausschüsse.

Der Nominierungsausschuss und der Aufsichtsrat erörterten zudem in mehreren Sitzungen die Durchführung der Effizienzprüfung von Vorstand und Aufsichtsrat, die nach § 25d KWG gegenüber den bisherigen Effizienzprüfungen nach dem Deutschen Corporate Governance Kodex (DCGK) inhaltlich erweitert wurde. Die Ergebnisse wurden am 28. Januar 2015 im Plenum besprochen. Wir sind der Auffassung, dass die Arbeitsweise des Aufsichtsrats und des Vorstands effizient erfolgt und ein hoher Standard erreicht wurde. Die Prüfung ergab jedoch auch einzelne Ansatzpunkte für Verbesserungen, welche wir bereits teilweise im Jahr 2014 realisieren konnten.

Wir befassten uns außerdem mehrmals mit den Regelungen hinsichtlich der Anforderungen an die Zusammensetzung des Aufsichtsrats, die Qualifikation seiner Mitglieder, verpflichtenden Aus- und Weiterbildungsmaßnahmen sowie der Höchstgrenze für Mandate.

Die Entsprechenserklärung nach § 161 AktG, die Aufsichtsrat und Vorstand zuletzt am 29. Oktober 2013 abgegeben hatten, wurde in der Aufsichtsratssitzung am 29. Oktober 2014 erneuert. Vorstand und Aufsichtsrat erklärten, dass seitens der Deutsche Bank AG den Empfehlungen des Deutschen Corporate Governance Kodex in den Fassungen vom 13. Mai 2013 und 24. Juni 2014 mit den dort aufgeführten Ausnahmen entsprochen wurde und wird. Der Wortlaut der Entsprechenserklärung 2014 vom 29. Oktober 2014 sowie eine zusammenfassende Darstellung der Corporate Governance der Bank sind im Finanzbericht 2014 ab Seite 567 und auf der Homepage der Bank im Internet unter www.deutsche-bank.de/ir/de/content/corporate_governance.htm veröffentlicht. Dort finden sich auch die Geschäftsordnungen des Aufsichtsrats und seiner Ausschüsse sowie die des Vorstands in der jeweils aktuellen Fassung.

Aus- und Fortbildungsmaßnahmen

Mitglieder des Aufsichtsrats nahmen die für ihre Aufgaben erforderlichen Aus- und Fortbildungsmaßnahmen eigenverantwortlich wahr. Sie wurden dabei von der Deutschen Bank angemessen unterstützt. Für die Mitglieder des Aufsichtsrats fand im Oktober 2014 ein internes eintägiges Seminar zu den Themen Vergütung und Risikomanagement statt. Zusätzlich wurden die Mitglieder des Aufsichtsrats laufend über neue Entwicklungen auf dem Gebiet der Corporate Governance informiert.

Für die Mitglieder des Prüfungsausschusses fand im Dezember 2014 eine interne Schulungsveranstaltung statt. Es wurden aktuelle Themen in der Rechnungslegung und mögliche Auswirkungen auf den Jahresabschluss und regulatorische Entwicklungen sowie Entwicklungen hinsichtlich der Anpassung von Prüfungsstandards und Auswirkungen auf die Abschlussprüfung erörtert.

Interessenkonflikte und deren Behandlung

Interessenkonflikte einzelner Aufsichtsratsmitglieder hat es im Berichtsjahr nicht gegeben.

Rechtsstreitigkeiten und regulatorische Untersuchungen

Wir haben uns im Jahr 2014 wie in den Vorjahren regelmäßig über wesentliche Rechtsstreitigkeiten und Untersuchungen der Aufsichtsbehörden informiert und berieten jeweils über die weitere, angemessene Vorgehensweise. Wie oben bereits erwähnt, hat der Aufsichtsrat im März und Juli 2014 beschlossen, einige herausgehobene Sachverhalte, die Gegenstand von Rechtstreitigkeiten oder aufsichtsrechtlichen Untersuchungen sind, aufgrund der gesteigerten Überwachungsverantwortung des Aufsichtsrats intensiver als bislang zu begleiten.

Dabei waren auch die gegebenenfalls aus dem im Februar 2014 geschlossenen Vergleich über 925 Mio. € mit den Erben von Dr. Kirch zu ziehenden Konsequenzen (Geltendmachung von Regressansprüchen gegen Dr. Breuer, Inanspruchnahme der D&O-Versicherung) Gegenstand der Beratung, unter anderem im Integritätsausschuss. Darüber hinaus ließen wir uns fortlaufend im Aufsichtsrat sowie – mit unterschiedlichen Schwerpunkten – im Integritäts-, Prüfungs- und Risikoausschuss über den aktuellen Stand der Rechtsstreitigkeiten und regulatorischen Untersuchungen unterrichten.

Jahresabschluss

Die Buchführung, der Jahresabschluss mit Lagebericht für das Jahr 2014 sowie der Konzernabschluss mit Erläuterungen (Anhangangaben) und der Konzernlagebericht für das Jahr 2014 sind von der KPMG Aktiengesellschaft Wirtschaftsprüfungsgesellschaft geprüft worden. Diese wurde durch die ordentliche Hauptversammlung am 22. Mai 2014 als Abschlussprüfer und Konzernabschlussprüfer gewählt. Die Prüfungen haben zu einem jeweils uneingeschränkten Bestätigungsvermerk geführt. Der Prüfungsausschuss hat die Unterlagen zum Jahres- und Konzernabschluss in der Sitzung am 19. März erörtert und KPMG hat über den Stand der Prüfungshandlungen berichtet. Der Vorsitzende des Prüfungsausschusses hat uns hierüber in der heutigen Sitzung des Aufsichtsrats berichtet. Auf Empfehlung des Prüfungsausschusses, der sich in seiner Sitzung am 19. März 2015 mit dem Jahresabschluss mit Lagebericht für das Jahr 2014 sowie dem Konzernabschluss mit Erläuterungen (Anhangangaben) und dem Konzernlagebericht für das Jahr 2014 befasst hat, haben wir in der Bilanzsitzung am 20. März 2015 dem Ergebnis der Prüfungen nach Einsicht der Jahres- und Konzernabschlussunterlagen sowie eingehender Erörterung mit dem Abschlussprüfer zugestimmt und festgestellt, dass auch nach dem abschließenden Ergebnis unserer Prüfungen Einwendungen nicht zu erheben sind.

Den vom Vorstand aufgestellten Jahresabschluss sowie den Konzernabschluss haben wir heute gebilligt, der Jahresabschluss ist damit festgestellt. Dem Vorschlag des Vorstands für die Gewinnverwendung schließen wir uns an.

Personalia

Im Vorstand gab es in 2014 keine personellen Veränderungen. Seit 1. Januar 2015 ist Herr Sewing Mitglied des Vorstands und zuständig für die Bereiche Legal, Interne Revision und Incident Management. Mit Ablauf der Hauptversammlung am 21. Mai 2015 wird Herr Dr. Schenck als weiteres Vorstandsmitglied das Finanzressort übernehmen.

Im Aufsichtsrat gab es in 2014 folgende Veränderungen:

Frau Labarge ist am 30. Juni 2014 aus dem Aufsichtsrat ausgeschieden. Für sie wurde Frau Parent gerichtlich zum 1. Juli 2014 bestellt. Wir danken Frau Labarge für ihr großes Engagement und für die konstruktive Begleitung des Unternehmens während der vergangenen Jahre.

Frankfurt am Main, den 20.03.2015

Für den Aufsichtsrat

Dr. Paul Achleitner

Vorsitzender

4

Erklärung zur Unternehmensführung/Corporate-Governance-Bericht

552 Vorstand und Aufsichtsrat
563 Rechnungslegung und Transparenz
564 Geschäfte mit nahestehenden Dritten
565 Wirtschaftsprüfung und Controlling
567 Einhaltung des Deutschen Corporate Governance Kodex

Erklärung zur Unternehmensführung/ Corporate-Governance-Bericht

Alle in dieser Erklärung zur Unternehmensführung/Corporate-Governance-Bericht enthaltenen Angaben geben den Stand vom 20. Februar 2015 wieder.

Vorstand und Aufsichtsrat

Vorstand

Der Vorstand leitet das Unternehmen in eigener Verantwortung. Die Mitglieder des Vorstands tragen gemeinsam die Verantwortung für die Geschäftsleitung. Die Aufgaben, Verantwortlichkeiten und Verfahrensregeln des Vorstands und der von fünf wesentlichen von ihm eingesetzten Ausschüsse sind in seiner Geschäftsordnung niedergelegt, die in der jeweils aktuellen Fassung auf der Website der Deutschen Bank (www.deutsche-bank.de/corporate-governance) zur Verfügung steht.

Nachstehend folgen nähere Informationen zu den derzeitigen Mitgliedern des Vorstands einschließlich des Jahres ihrer Geburt und ihrer Bestellung und des Jahres, in dem ihre Bestellung endet, ihrer aktuellen Position und ihres Verantwortungsbereichs sowie ihrer sonstigen Mandate außerhalb des Deutsche Bank-Konzerns. Die Vorstandsmitglieder haben sich verpflichtet, außerhalb des Deutsche Bank-Konzerns grundsätzlich keinen Aufsichtsratsvorsitz anzunehmen.

Jürgen Fitschen

Geburtsjahr: 1948
Bestellung: 2009
Bestellt bis: 2017

Jürgen Fitschen wurde am 1. April 2009 Mitglied unseres Vorstands. Seit dem Ablauf der Hauptversammlung am 31. Mai 2012 ist er zusammen mit Herrn Jain Co-Vorsitzender des Vorstands. In der Sitzung des Aufsichtsrats am 29. Oktober 2013 wurde die Bestellung von Herrn Fitschen, Co-Vorsitzender des Vorstands, bis zum 31. März 2017 verlängert.

Herr Fitschen ist seit 1987 bei der Deutschen Bank, war bereits von 2001 bis Anfang 2002 Mitglied des Vorstands und ist seit 2002 Mitglied des Group Executive Committee. Im Jahr 2005 übernahm er die Leitung für das globale Regional Management und verantwortet seit Juni 2012 das Regional Management der Bank weltweit, jedoch ohne Europa, aber einschließlich Deutschland und Großbritannien.

Herr Fitschen studierte Wirtschaftswissenschaften an der Universität Hamburg und schloss das Studium 1975 als Diplom-Kaufmann ab.

Von 1975 bis 1987 hatte er verschiedene Positionen bei der Citibank in Hamburg und Frankfurt am Main inne. 1983 wurde er in die Geschäftsleitung Deutschland der Citibank berufen.

Herr Fitschen ist Mitglied des Verwaltungsrats der Kühne + Nagel International AG und Mitglied des Aufsichtsrats der METRO AG.

Anshuman Jain

Geburtsjahr: 1963
Erste Bestellung: 2009
Bestellt bis: 2017

Anshuman Jain wurde am 1. April 2009 Mitglied unseres Vorstands. Seit dem Ablauf der Hauptversammlung am 31. Mai 2012 ist er zusammen mit Herrn Fitschen Co-Vorsitzender des Vorstands.

Herr Jain kam 1995 zur Deutschen Bank und wurde 2001 Leiter von Global Markets sowie 2002 Mitglied des Group Executive Committee.

Herr Jain studierte Wirtschaftswissenschaften am Shri Ram College der Universität Delhi und erwarb 1983 einen BA-Abschluss. Danach folgte ein Studium der Betriebswirtschaft an der Universität von Massachusetts, das er 1985 mit einem MBA in Finanzen abschloss.

Nach Abschluss seines Studiums arbeitete Herr Jain bis 1988 für Kidder Peabody, New York, im Bereich Derivatives Research. Von 1988 bis 1995 war er für den Aufbau und die Leitung des globalen Hedgefonds-Betreuungsteams bei Merrill Lynch, New York, zuständig.

Herr Jain hat keine veröffentlichungspflichtigen externen Mandate.

Stefan Krause

Geburtsjahr: 1962
Erste Bestellung: 2008
Bestellt bis: 2018

Stefan Krause ist seit 1. April 2008 Mitglied unseres Vorstands sowie Mitglied des Group Executive Committee. Er ist unser Chief Financial Officer und zusätzlich seit 1. November 2014 Leiter des Ressorts Strategie & Organisationsentwicklung.

Vor seiner jetzigen Position war Herr Krause über 20 Jahre in der Automobilindustrie tätig und hatte verschiedene Senior-Management-Positionen mit einem starken Fokus auf die Bereiche Finance und Financial Services inne. Er begann seine Karriere 1987 im Controlling von BMW in München und ging 1993 in die USA, wo er den Financial-Services-Bereich des Unternehmens in Nord- und Südamerika aufbaute und schließlich leitete. 2001 kehrte er nach München zurück und übernahm den Posten des Head of Sales Western Europe (ohne Deutschland). Im Mai 2002 wurde er zum Mitglied des Vorstands der BMW AG ernannt. Dort war er bis September 2007 für das Ressort Finanzen und danach für das Ressort Vertrieb und Marketing zuständig.

Herr Krause studierte Betriebswirtschaftslehre in Würzburg und schloss das Studium 1986 als Diplom-Kaufmann ab.

Herr Krause hat keine veröffentlichungspflichtigen externen Mandate.

Dr. Stephan Leithner

Geburtsjahr: 1966
Erste Bestellung: 2012
Bestellt bis: 2020

Dr. Stephan Leithner ist seit 1. Juni 2012 Mitglied unseres Vorstands sowie Mitglied des Group Executive Committee. Er ist CEO Europa (ohne Deutschland und Großbritannien) und verantwortlich für die Bereiche Personal (HR), Compliance, Anti-Financial Crime (AFC), Government & Regulatory Affairs (G&RA) sowie Global Corporate Governance (GCG). Dr. Leithner trat 2000 in die Deutsche Bank ein.

Vor seiner jetzigen Position war Dr. Leithner als Co-Head der Corporate Finance-Sparte für die lokalen Corporate Finance-Länderteams der Deutschen Bank in Europa und Asien sowie für die Global Financial Institutions Group verantwortlich. Zuvor zeichnete Dr. Leithner unter anderem für das deutsche und europäische M&A-Geschäft der Deutschen Bank verantwortlich. Vor seinem Wechsel zur Deutschen Bank im Jahr 2000 war Dr. Leithner Partner bei McKinsey & Co.

Er studierte Wirtschaftswissenschaften mit dem Schwerpunkt Finanz- und Rechnungswesen an der Universität St. Gallen, Schweiz, wo er anschließend in Wirtschaftswissenschaften promovierte.

Dr. Leithner ist Mitglied in den folgenden Aufsichtsräten: BVV Versicherungsverein des Bankgewerbes a.G. und BVV Versorgungskasse des Bankgewerbes e.V.

Stuart Wilson Lewis

Geburtsjahr: 1965
Erste Bestellung: 2012
Bestellt bis: 2020

Stuart Wilson Lewis ist seit 1. Juni 2012 Mitglied unseres Vorstands sowie Mitglied des Group Executive Committee. Er ist unser Chief Risk Officer. Er begann seine Tätigkeit für die Deutsche Bank im Jahr 1996. Vor seiner jetzigen Position war Herr Lewis seit 2010 Deputy Chief Risk Officer und Chief Risk Officer der Corporate & Investment Bank. Davor war er seit 2006 als Chief Credit Officer tätig. Vor seinem Wechsel zur Deutschen Bank im Jahr 1996 arbeitete Stuart Lewis bei Credit Suisse und der Continental Illinois National Bank in London. Er studierte an der Universität von Dundee, wo er einen LLB (Hons) erwarb. Sein Studium an der London School of Economics schloss er mit einem LLM ab. Er studierte auch am College of Law, Guildford.

Herr Lewis ist Mitglied im Board of Directors der London Stock Exchange.

Rainer Neske

Geburtsjahr: 1964
Erste Bestellung: 2009
Bestellt bis: 2017

Rainer Neske ist seit 1. April 2009 Mitglied unseres Vorstands. Er begann seine Tätigkeit für die Deutsche Bank im Jahr 1990 und wurde 2000 zum Mitglied des Vorstands der Deutsche Bank Privat- und Geschäftskunden AG bestellt. Seit 2003 ist er Mitglied des Group Executive Committee. Von 2003 bis zum Jahre 2011 war Herr Neske Sprecher des Vorstands der Deutsche Bank Privat- und Geschäftskunden AG. Im Vorstand verantwortet er den Geschäftsbereich Privat- und Geschäftskunden.

Herr Neske studierte Informatik und Betriebswirtschaftslehre an der Universität Karlsruhe und erwarb 1990 den Abschluss des Diplom-Informatikers.

Herr Neske hat keine veröffentlichungspflichtigen externen Mandate.

Henry Ritchotte
Geburtsjahr: 1963
Erste Bestellung: 2012
Bestellt bis: 2020

Henry Ritchotte ist seit 1. Juni 2012 Mitglied unseres Vorstands sowie Mitglied des Group Executive Committee. Er ist unser Chief Operating Officer. Herr Ritchotte begann seine Tätigkeit für die Deutsche Bank im Jahr 1995. Herr Ritchotte wurde 2010 zum Chief Operating Officer der Corporate & Investment Bank ernannt, zuvor war er COO der Global Markets-Sparte. Er war entscheidend an der strategischen Neuausrichtung und weiteren Integration der Corporate & Investment Bank beteiligt. Andere Stationen bei der Deutschen Bank führten ihn unter anderem als Leiter Global Markets nach Tokio. Herr Ritchotte begann seine berufliche Laufbahn 1993 bei Merrill Lynch in New York, bevor er 1995 in den Bereich Fixed Income Sales der Deutschen Bank wechselte.

Er erwarb einen Bachelor am Haverford College sowie einen Master in ostasiatischen Studien und einen MBA an der University of Chicago.

Herr Ritchotte hat keine veröffentlichungspflichtigen externen Mandate.

Christian Sewing
Geburtsjahr: 1970
Erste Bestellung: 2015
Bestellt bis: 2017

Christian Sewing ist seit 1. Januar 2015 Mitglied unseres Vorstands sowie Mitglied des Group Executive Committee. Er ist verantwortlich für die Bereiche Legal, Incident Management Group und Group Audit. Vor Übernahme seiner gegenwärtigen Rolle war Herr Sewing Global Head von Group Audit und hatte zuvor eine Reihe verschiedener Rollen im Bereich Risk inne. Von 2012 bis 2013 war er Deputy Chief Risk Officer und Head of Risk Management und Risk Strategy. Von 2010 bis 2012 war er Chief Credit Officer der Bank.

Vor seinem berufsbegleitenden Studium an der Bankakademie Bielefeld und Hamburg absolvierte er 1989 eine Ausbildung zum Bankkaufmann bei der Deutschen Bank.

Von 2005 bis 2007 war Herr Sewing Mitglied des Vorstands der Deutsche Genossenschafts-Hypothekenbank.

Herr Sewing hat keine veröffentlichungspflichtigen externen Mandate.

Herr Dr. Marcus Schenck wird nach Abschluss der Hauptversammlung am 21. Mai 2015 in den Vorstand der Bank berufen, wo er dann die Funktion des Chief Financial Officer von Herrn Krause übernehmen wird.

Group Executive Committee
Das Group Executive Committee wurde im Jahr 2002 gebildet. Es besteht aus den Mitgliedern des Vorstands sowie Führungskräften der Regionen, der Unternehmensbereiche und der Infrastrukturfunktionen, die vom Vorstand ernannt wurden. Die Herren Fitschen und Jain, Co-Vorsitzende des Vorstands, sind auch Co-Vorsitzende des Group Executive Committee.

Das Group Executive Committee übernimmt beratende, koordinierende und entscheidungsvorbereitende Funktionen für den Vorstand, insbesondere zur strategischen Ausrichtung und zu Fragen der Unternehmensstruktur und -kultur.

Aufsichtsrat

Der Aufsichtsrat bestellt, überwacht und berät den Vorstand und ist in Entscheidungen, die von grundlegender Bedeutung für die Bank sind, unmittelbar eingebunden. Regelmäßig wird er vom Vorstand über die beabsichtigte Geschäftspolitik sowie grundsätzliche Fragen zur Vermögens-, Finanz- und Ertragslage, die Risikolage, das Risikomanagement und das Risikocontrolling unterrichtet. Mindestens einmal jährlich wird ihm über die Unternehmensplanung berichtet. Der Aufsichtsrat entscheidet auf Vorschlag des Präsidialausschusses über die Bestellung und Abberufung von Mitgliedern des Vorstands einschließlich der langfristigen Nachfolgeplanung im Vorstand. Der Aufsichtsrat setzt auf Vorschlag des Vergütungskontrollausschusses die jeweilige Gesamtvergütung der einzelnen Vorstandsmitglieder fest, beschließt das Vergütungssystem für den Vorstand und überprüft es regelmäßig. Der Aufsichtsratsvorsitzende koordiniert die Arbeit im Aufsichtsrat. Er hält mit dem Vorstand, insbesondere den Co-Vorsitzenden des Vorstands, regelmäßig Kontakt und berät mit ihnen die Strategie, die Geschäftsentwicklung und das Risikomanagement. Über wichtige Ereignisse, die für die Lage und Entwicklung sowie die Leitung der Deutsche Bank-Gruppe von wesentlicher Bedeutung sind, wird er von den Co-Vorsitzenden des Vorstands unverzüglich informiert. Geschäfte, zu deren Vornahme die Zustimmung des Aufsichtsrats erforderlich ist, sind in § 13 unserer Satzung aufgeführt. Bei Bedarf tagt der Aufsichtsrat ohne den Vorstand. Der Aufsichtsrat kann zur Erfüllung seiner Aufgaben nach eigenem Ermessen Wirtschaftsprüfer, Rechts- und sonstige interne und externe Berater hinzuziehen.

Die Aufgaben, Verfahrensregeln und Ausschüsse des Aufsichtsrats sind in seiner Geschäftsordnung niedergelegt, die in der jeweils aktuellen Fassung auf der Website der Deutschen Bank (www.deutsche-bank.de/corporate-governance) veröffentlicht ist.

Die als Vertreter unserer Aktionäre fungierenden Mitglieder wurden auf der Hauptversammlung am 23. Mai 2013 gewählt. Abweichend davon wurden Frau Garrett-Cox durch die Hauptversammlung am 26. Mai 2011 und die Herren Dr. Achleitner, Löscher und Prof. Dr. Trützschler durch die Hauptversammlung am 31. Mai 2012 gewählt. Die Wahl der Arbeitnehmervertreter erfolgte am 16. April 2013.

Frau Labarge ist am 30. Juni 2014 aus dem Aufsichtsrat ausgeschieden. Für sie wurde Frau Parent mit Wirkung vom 1. Juli 2014 gerichtlich bestellt.

Die nachstehende Tabelle enthält nähere Angaben zu den derzeitigen Mitgliedern des Aufsichtsrats. Aufgeführt sind ihr Geburtsjahr, das Jahr ihrer erstmaligen Wahl oder Bestellung, das Jahr, in dem ihr Mandat endet, ihre Haupttätigkeit, ihre Mitgliedschaft in Aufsichtsräten anderer Gesellschaften und sonstige Mandate.

Name	Haupttätigkeiten	Aufsichtsratsmandate und sonstige Mandate
Dr. Paul Achleitner Geburtsjahr: 1956 Erstmals gewählt: 2012 Gewählt bis: 2017	Vorsitzender des Aufsichtsrats der Deutsche Bank AG, Frankfurt	Bayer AG; Daimler AG; Henkel AG & Co. KGaA (Mitglied des Gesellschafterausschusses)
Frank Bsirske* Geburtsdatum: 1952 Erstmals gewählt: 2013 Gewählt bis: 2018	Vorsitzender der Vereinte Dienstleistungsgewerkschaft, (ver.di), Berlin	RWE AG (stellv. Vorsitzender); Deutsche Postbank AG (stellv. Vorsitzender); IBM Central Holding GmbH; Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW)
John Cryan Geburtsjahr: 1960 Erstmals gewählt: 2013 Gewählt bis: 2018	Präsident Europa, Leiter Afrika, Portfoliostrategie und Kreditportfolio der Temasek International Pte Ltd. (bis 31. Juli 2014), London	MAN Group plc (seit Januar 2015) ST Asset Management Pte Ltd (Chairman); Tana Africa Capital Limited
Dina Dublon Geburtsjahr: 1953 Erstmals gewählt: 2013 Gewählt bis: 2018		Accenture Plc; Microsoft Corporation (bis Dezember 2014); PepsiCo Inc.
Katherine Garrett-Cox Geburtsjahr: 1967 Erstmals gewählt: 2011 Gewählt bis: 2016	Chief Executive Officer Alliance Trust Plc, Dundee	Alliance Trust Savings Ltd. (Executive Chairman); Alliance Trust Investments (vormals Alliance Trust Asset Management Ltd.) (Chief Executive)
Timo Heider* Geburtsjahr: 1975 Erstmals gewählt: 2013 Gewählt bis: 2018	Vorsitzender des Konzernbetriebsrats der Deutsche Postbank AG; Vorsitzender des Gesamtbetriebsrats der BHW Kreditservice GmbH; Vorsitzender des Betriebsrats der BHW Bausparkasse AG, BHW Kreditservice GmbH, Postbank Finanzberatung AG und BHW Holding AG; Mitglied des Konzernbetriebsrats der Deutschen Bank; Mitglied des Europäischen Betriebsrats	Deutsche Postbank AG; BHW Bausparkasse AG (stellv. Vorsitzender); BHW Holding AG (stellv. Vorsitzender) (bis November 2014); Pensionskasse der BHW Bausparkasse AG VVaG (stellv. Vorsitzender); PBC Banking Services GmbH (Mitglied des Beirats)
Alfred Herling* Geburtsjahr: 1952 Erstmals gewählt: 2008 Gewählt bis: 2018	Stellvertretender Vorsitzender des Aufsichtsrats der Deutsche Bank AG; Vorsitzender des Gemeinschaftsbetriebsrats Wuppertal/Sauerland der Deutschen Bank; Vorsitzender des Gesamtbetriebsrats der Deutschen Bank; Mitglied des Europäischen Betriebsrats; Vorsitzender des Konzernbetriebsrats der Deutschen Bank	Keine veröffentlichungspflichtigen Mandate
Sabine Irrgang* Geburtsjahr: 1962 Erstmals gewählt: 2013 Gewählt bis: 2018	Leiterin Personalbetreuung (Württemberg), Deutsche Bank AG	Keine veröffentlichungspflichtigen Mandate
Prof. Dr. Henning Kagermann Geburtsjahr: 1947 Erstmals gewählt: 2000 Gewählt bis: 2018	Präsident der acatech – Deutsche Akademie der Technikwissenschaften, München	Münchener Rückversicherungs-Gesellschaft Aktiengesellschaft; Nokia Corporation (bis Juni 2014); Deutsche Post AG; Wipro Technologies (bis Juni 2014); BMW Bayerische Motoren Werke AG; Franz Haniel & Cie. GmbH
Martina Klee* Geburtsjahr: 1962 Erstmals gewählt: 2008 Gewählt bis: 2018	Vorsitzende des Betriebsrats Group COO Eschborn/Frankfurt der Deutschen Bank	Sterbekasse für die Angestellten der Deutschen Bank VVaG

Name	Haupttätigkeiten	Aufsichtsratsmandate und sonstige Mandate
Peter Löscher Geburtsjahr: 1957 Erstmals gewählt: 2012 Gewählt bis: 2017	Chief Executive Officer der Renova Management AG, Zürich	Münchener Rückversicherungs-Gesellschaft Aktiengesellschaft (bis April 2014); TBG Limited (bis November 2014); TBG AG (seit Dezember 2014); Sulzer AG (Präsident des Verwaltungsrats (seit März 2014); Conscientia Investment Limited (von Dezember 2014 bis Februar 2015)
Henriette Mark* Geburtsjahr: 1957 Erstmals gewählt: 2003 Gewählt bis: 2018	Vorsitzende des Gemeinschaftsbetriebsrats München und Südbayern der Deutschen Bank; Mitglied des Konzernbetriebsrats der Deutschen Bank; Mitglied des Gesamtbetriebsrats der Deutschen Bank	Keine veröffentlichungspflichtigen Mandate
Louise Parent Geburtsjahr: 1950 Gerichtlich bestellt: 2014	Rechtsanwältin (Of Counsel), Cleary Gottlieb Steen & Hamilton LLP, New York	Zoetis Inc.
Gabriele Platscher* Geburtsjahr: 1957 Erstmals gewählt: 2003 Gewählt bis: 2018	Vorsitzende des Gemeinschaftsbetriebsrats Braunschweig/Hildesheim der Deutschen Bank	BVV Versicherungsverein des Bankgewerbes a. G. (stellv. Vorsitzende); BVV Versorgungskasse des Bankgewerbes e. V. (stellv. Vorsitzende); BVV Pensionsfonds des Bankgewerbes AG (stellv. Vorsitzende)
Bernd Rose* Geburtsjahr: 1967 Erstmals gewählt: 2013 Gewählt bis: 2018	Vorsitzender des gemeinsamen Gesamtbetriebsrats der Postbank Filialvertrieb AG und Postbank Filial GmbH; Mitglied des Konzernbetriebsrats der Deutschen Postbank; Mitglied des Konzernbetriebsrats der Deutschen Bank; Mitglied des Europäischen Betriebsrats	Deutsche Postbank AG; Postbank Filialvertrieb AG; ver.di Vermögensverwaltungsgesellschaft (stellv. Vorsitzender)
Rudolf Stockem* Geburtsjahr: 1956 Als Ersatzmitglied nachgerückt: 2012 Gewählt bis: 2018	Gewerkschaftssekretär bei Vereinte Dienstleistungsgewerkschaft (ver.di), Berlin	Deutsche Bank Privat- und Geschäftskunden AG; PBC Banking Services GmbH (Mitglied des Beirats)
Stephan Szukalski* Geburtsjahr: 1967 Erstmals gewählt: 2013 Gewählt bis: 2018	Bundesvorsitzender des Deutschen Bankangestellten-Verbandes; Betriebsratsvorsitzender Betriebs-Center für Banken AG	Betriebs-Center für Banken AG; PBC Banking Services GmbH (Mitglied des Beirats)
Dr. Johannes Teyssen Geburtsjahr: 1959 Erstmals gewählt: 2008 Gewählt bis: 2018	Vorsitzender des Vorstands der E.ON SE, Düsseldorf	Salzgitter AG
Georg F. Thoma Geburtsjahr: 1944 Erstmals gewählt: 2013 Gewählt bis: 2018	Rechtsanwalt (Of Counsel) (bis 31. Dezember 2014 Partner), Shearman & Sterling LLP, Frankfurt	NOVA Chemicals Corporation (bis Februar 2014); Sapinda Holding B.V. (seit Juli 2014)
Prof. Dr. Klaus Rüdiger Trützschler Geburtsjahr: 1948 Erstmals gewählt: 2012 Gewählt bis: 2017		Sartorius AG; TAKKT AG (stellv. Vorsitzender) (bis Juni 2014); Wuppermann AG (Vorsitzender); Zwiesel Kristallglas AG (Vorsitzender); Wilh. Werhahn KG

* Von den Arbeitnehmern in Deutschland gewählt.

Nach dem Kreditwesengesetz müssen die Mitglieder des Aufsichtsrats zuverlässig sein, die zur Wahrnehmung der Kontrollfunktion sowie zur Beurteilung und Überwachung der Geschäfte, die das Unternehmen betreibt, erforderliche Sachkunde besitzen und der Wahrnehmung ihrer Aufgaben ausreichend Zeit widmen. Der Aufsichtsrat hat unter Berücksichtigung dieser Anforderungen gemäß Ziffer 5.4.1 des Deutschen Corporate Governance Kodex im Oktober 2010 die nachfolgenden Ziele für seine Zusammensetzung festgelegt und im Januar 2014 angepasst, die auch in § 4 der Geschäftsordnung für den Aufsichtsrat berücksichtigt wurden (www.deutsche-bank.de/corporate-governance):

Der Aufsichtsrat soll so besetzt sein, dass seine Mitglieder insgesamt über die zur ordnungsgemäßen Wahrnehmung der Aufgaben erforderlichen Kenntnisse, Fähigkeiten und fachlichen Erfahrungen verfügen. Insbesondere sollen die Aufsichtsratsmitglieder für die Wahrnehmung des Mandats ausreichend Zeit haben. Die Besetzung des Aufsichtsrats soll eine qualifizierte Kontrolle und Beratung des Vorstands in einer international tätigen, breit aufgestellten Bank durch den Aufsichtsrat sicherstellen und das Ansehen des Deutsche Bank-Konzerns in der Öffentlichkeit wahren. Dabei soll insbesondere auf die Integrität, Persönlichkeit, Leistungsbereitschaft, Professionalität und Unabhängigkeit der zur Wahl vorgeschlagenen Personen geachtet werden. Ziel ist es, dass im Aufsichtsrat insgesamt sämtliche Kenntnisse und Erfahrungen vorhanden sind, die angesichts der Aktivitäten des Deutsche Bank-Konzerns als wesentlich erachtet werden. Dem Aufsichtsrat sollen ferner eine angemessene Anzahl an unabhängigen Mitgliedern und nicht mehr als zwei ehemalige Mitglieder des Vorstands der Deutschen Bank AG angehören. Unter der Prämisse, dass allein die Ausübung des Aufsichtsratsmandats als Arbeitnehmervertreter keine Zweifel an der Erfüllung der Unabhängigkeitskriterien nach Ziffer 5.4.2 des Kodex begründen kann, sollen dem Aufsichtsrat insgesamt mindestens sechzehn Mitglieder angehören, die unabhängig im Sinne des Kodex sind. Der Aufsichtsrat soll so zusammengesetzt sein, dass eine Anzahl von mindestens sechs unabhängigen Anteilseignervertretern im Sinne von Ziffer 5.4.2 des Kodex erreicht wird. Die Mitglieder des Aufsichtsrats sollen keine Organfunktionen oder Beratungsaufgaben bei wesentlichen Wettbewerbern ausüben. Wesentliche und nicht nur vorübergehende Interessenkonflikte in der Person eines Aufsichtsratsmitglieds sollen zur Beendigung des Mandats führen. Mitglieder des Aufsichtsrats nehmen ab 1. Juli 2014 nicht mehr als die gemäß § 25d KWG zulässige Zahl an Aufsichtsratsmandaten beziehungsweise Mandaten in Aufsichtsgremien von Gesellschaften, die vergleichbare Anforderungen stellen, wahr. Es besteht für die Mitglieder des Aufsichtsrats eine Regelaltersgrenze von 70 Jahren. In begründeten Einzelfällen kann ein Aufsichtsratsmitglied für einen Zeitraum gewählt beziehungsweise bestellt werden, der längstens bis zur Beendigung der vierten ordentlichen Hauptversammlung reicht, die nach Vollendung seines 70. Lebensjahres stattfindet. Bei den Wahlvorschlägen an die Hauptversammlungen wurde diese Altersgrenze berücksichtigt und soll auch bei den nächsten Aufsichtsratswahlen beziehungsweise der Nachbesetzung vakant werdender Aufsichtsratspositionen Berücksichtigung finden.

Der Aufsichtsrat achtet auf Vielfalt bei der Besetzung des Aufsichtsrats. Mit Blick auf die internationale Ausrichtung der Deutschen Bank soll darauf geachtet werden, dass dem Aufsichtsrat eine ausreichende Anzahl an Mitgliedern mit einer langjährigen internationalen Erfahrung angehört. Derzeit haben vier Mitglieder des Aufsichtsrats ihren beruflichen und privaten Mittelpunkt im Ausland. Darüber hinaus verfügen alle Anteilseignervertreter des Aufsichtsrats aufgrund ihrer derzeitigen oder ehemaligen Tätigkeit als Vorstand/CEO oder einer vergleichbaren leitenden Funktion in international tätigen Unternehmen über langjährige internationale Erfahrung. Nach Auffassung des Aufsichtsrats wird der internationalen Tätigkeit des Unternehmens auf beiden Wegen hinreichend Rechnung getragen. Es ist das Ziel, das derzeit bestehende internationale Profil beizubehalten.

Bei den Wahlvorschlägen an die Hauptversammlung achtet der Aufsichtsrat auf eine angemessene Beteiligung von Frauen. Bereits bei den Aufsichtsratswahlen im Jahr 2008 und auch bei den Aufsichtsratswahlen im Jahr 2013 wurde hierauf im Auswahlprozess besonders Wert gelegt. Bei der Prüfung potenzieller Kandidaten für eine Neuwahl oder Nachbesetzung vakant werdender Aufsichtsratspositionen sollen wiederum qualifizierte Frauen in den Auswahlprozess einbezogen und bei den Wahlvorschlägen angemessen berücksichtigt werden. Im Einklang mit den festgelegten Zielen hat die Hauptversammlung 2011 Frau Garrett-Cox und die Hauptversammlung 2013 Frau Dublon, jeweils auf Vorschlag des Aufsichtsrats, in den Aufsichtsrat gewählt. Frau Parent wurde mit Wirkung vom 1. Juli 2014 gerichtlich bestellt. Seit den Aufsichtsratswahlen im Jahr 2003 waren zwischen 25 % und 40 % der Mitglieder des Aufsichtsrats Frauen. Derzeit gehören sieben Frauen dem Aufsichtsrat an, davon drei aufseiten der Anteilseignervertreter. Dies entspricht insgesamt 35 %. Der Aufsichtsrat ist bestrebt, diese Anzahl zu wahren. Dabei ist zu berücksichtigen, dass der Aufsichtsrat lediglich durch seine Wahlvorschläge an die Hauptversammlung Einfluss auf die Besetzung des Aufsichtsrats nehmen kann (zu den verschiedenen Diversity-Initiativen der Deutschen Bank siehe auch den Jahresbericht 2014, verfügbar unter www.deutsche-bank.de/ir/de/content/berichte_2014.htm, sowie im Karriereportal auf den Internet-Seiten der Deutschen Bank unter www.deutsche-bank.de/careers/content/de/to_diversity.html).

Der Aufsichtsrat hat gemäß Ziffer 5.4.2 des Deutschen Corporate Governance Kodex festgestellt, dass ihm eine nach seiner Einschätzung angemessene Anzahl unabhängiger Mitglieder angehört.

Einige Mitglieder des Aufsichtsrats sind oder waren im vergangenen Jahr in hochrangiger Position bei anderen Unternehmen, mit denen die Deutsche Bank in Geschäftsbeziehungen steht, tätig. Geschäfte der Deutschen Bank mit diesen Unternehmen erfolgen dabei zu Bedingungen wie unter fremden Dritten. Diese Transaktionen berühren nach unserer Ansicht die Unabhängigkeit der betroffenen Mitglieder des Aufsichtsrats nicht.

Ausschüsse des Aufsichtsrats

Unser Aufsichtsrat hat die folgenden sieben ständigen Ausschüsse eingerichtet. Über die konkrete Ausschussarbeit im vergangenen Geschäftsjahr informiert der Bericht des Aufsichtsrats im Finanzbericht 2014.

Präsidialausschuss: Der Präsidialausschuss ist insbesondere für Vorstands- und Aufsichtsratsangelegenheiten zuständig. Er bereitet die Entscheidungen des Aufsichtsrats über die Bestellung und Abberufung von Vorstandsmitgliedern einschließlich der langfristigen Nachfolgeplanung unter Berücksichtigung der Empfehlungen des Nominierungsausschusses vor. Er ist zuständig für den Abschluss, die Änderung und Beendigung der Dienst- und anderen Verträge unter Beachtung der alleinigen Entscheidungszuständigkeit des Aufsichtsratsplenums zu den Bezügen der Vorstandsmitglieder und für die Erteilung der Zustimmung des Aufsichtsrats zur Übernahme von Mandaten, Ehrenämtern oder Sonderaufgaben außerhalb des Konzerns durch einzelne Mitglieder des Vorstands nach § 112 AktG und zu bestimmten Verträgen mit Aufsichtsratsmitgliedern nach § 114 AktG. Darüber hinaus bereitet er die Entscheidungen des Aufsichtsrats auf dem Gebiet der Corporate Governance vor. Im Geschäftsjahr 2014 fanden dreizehn Sitzungen des Präsidialausschusses statt.

Die derzeitigen Mitglieder des Präsidialausschusses sind Dr. Paul Achleitner (Vorsitzender), Frank Bsirske, Alfred Herling und Prof. Dr. Henning Kagermann.

Nominierungsausschuss: Die Vertreter der Anteilseigner im Nominierungsausschuss bereiten die Vorschläge des Aufsichtsrats für die Wahl beziehungsweise die Bestellung der Aufsichtsratsmitglieder der Anteilseigner vor. Dabei orientieren sie sich an den vom Aufsichtsrat benannten Kriterien für die Zusammensetzung. Gemäß § 25d Absatz 11 KWG, der seit 1. Januar 2014 gilt, unterstützt der Nominierungsausschuss seitdem den Aufsichtsrat auch bei der Ermittlung von Bewerbern für die Besetzung einer Stelle im Vorstand der Bank, der Erarbeitung einer Zielsetzung zur Förderung des unterrepräsentierten Geschlechts im Aufsichtsrat sowie einer Strategie zu deren Erreichung. Er unterstützt den Aufsichtsrat bei der regelmäßig, mindestens einmal jährlich, durchzuführenden Bewertung der Struktur, Größe, Zusammensetzung und Leistung des Vorstands und des Aufsichtsrats und spricht dem Aufsichtsrat gegenüber diesbezügliche Empfehlungen aus. Er unterstützt den Aufsichtsrat weiterhin bei der regelmäßig, mindestens einmal jährlich, durchzuführenden Bewertung der Kenntnisse, Fähigkeiten und Erfahrungen sowohl der einzelnen Vorstandsmitglieder und der Mitglieder des Aufsichtsrats als auch des jeweiligen Organs in seiner Gesamtheit. Der Nominierungsausschuss überprüft die Grundsätze der Geschäftsleitung für die Auswahl und Bestellung der Personen der oberen Leitungsebene und unterstützt den Aufsichtsrat bei diesbezüglichen Empfehlungen an den Vorstand. Im Geschäftsjahr 2014 fanden fünf Sitzungen des Nominierungsausschusses statt.

Die derzeitigen Mitglieder des Nominierungsausschusses sind Dr. Paul Achleitner (Vorsitzender), Frank Bsirske, Alfred Herling, Prof. Dr. Henning Kagermann und Dr. Johannes Teyssen.

Prüfungsausschuss: Der Prüfungsausschuss unterstützt den Aufsichtsrat insbesondere bei der Überwachung des Rechnungslegungsprozesses, der Wirksamkeit des Risikomanagementsystems, insbesondere des internen Kontrollsystems, und der internen Revision, der Durchführung der Abschlussprüfung, insbesondere hinsichtlich der Unabhängigkeit des Abschlussprüfers und der vom Abschlussprüfer erbrachten Leistungen sowie der zügigen Behebung der vom Abschlussprüfer festgestellten Mängel durch den Vorstand mittels geeigneter Maßnahmen. Dem Prüfungsausschuss obliegen die Vorprüfung der Unterlagen zum Jahres- und Konzernabschluss sowie die Erörterung der Prüfungsberichte mit dem Abschlussprüfer. Er bereitet die Entscheidungen des Aufsichtsrats über die Feststellung des Jahresabschlusses und die Billigung des Konzernab-

schlusses vor und erörtert wesentliche Änderungen der Prüfungs- und Bilanzierungsmethoden. Der Prüfungsausschuss erörtert ferner die Zwischenberichte und die Berichte über die prüferische Durchsicht der Zwischenberichte vor ihrer Veröffentlichung mit dem Vorstand und dem Abschlussprüfer. Zudem unterbreitet der Prüfungsausschuss dem Aufsichtsrat Vorschläge für die Bestellung des Abschlussprüfers und bereitet den Vorschlag des Aufsichtsrats an die Hauptversammlung zur Wahl des Abschlussprüfers vor. Der Prüfungsausschuss berät den Aufsichtsrat hinsichtlich der Erteilung des Prüfungsauftrags an den von der Hauptversammlung gewählten Abschlussprüfer, unterbreitet Vorschläge an den Aufsichtsrat für die Höhe der Vergütung des Abschlussprüfers und unterstützt den Aufsichtsrat bei der Überwachung der Unabhängigkeit, Qualifikation und Effizienz des Abschlussprüfers sowie der Rotation der Mitglieder des Prüfungsteams. Der Prüfungsausschuss ist berechtigt, im Zusammenhang mit seiner Tätigkeit Auskünfte vom Abschlussprüfer, vom Vorstand, vom Leiter der Internen Revision und vom Leiter Risikocontrolling sowie – mit vorheriger Zustimmung des Vorstands – von leitenden Angestellten der Bank, die dem Vorstand unmittelbar berichten, einzuholen. Der Vorsitzende des Prüfungsausschusses ist neben dem Vorsitzenden des Aufsichtsrats berechtigt, Auskünfte direkt beim Leiter der Compliance-Abteilung einzuholen. Der Prüfungsausschuss ist zuständig für die Kenntnisnahme von Mitteilungen über wesentliche Kürzungen des Compliance-Budgets und die Entgegennahme und Behandlung des Berichts des Leiters der Compliance-Abteilung über die Angemessenheit und Wirksamkeit der Grundsätze, Mittel und Verfahren nach § 33 Abs.1 Satz 2 Nr. 5 WpHG (Compliance-Bericht). Der Compliance-Bericht erfolgt mindestens einmal jährlich. Der Leiter der Internen Revision berichtet regelmäßig über die Tätigkeit der Revision. Der Prüfungsausschuss wird über etwaige Sonderprüfungen und erhebliche Beanstandungen sowie sonstige außergewöhnliche Maßnahmen der Bankaufsichtsbehörden unterrichtet. Er ist zuständig für die Entgegennahme und Behandlung von Beschwerden im Zusammenhang mit der Rechnungslegung sowie internen Prüfverfahren und Fragen der Abschlussprüfung. Er unterstützt den Aufsichtsrat hinsichtlich dessen Zustimmung zu Aufträgen für nicht prüfungsnahe Dienstleistungen an den Abschlussprüfer (siehe dazu auch „Wesentliche Prüfungshonorare und -leistungen“ ab Seite 565 der Erklärung zur Unternehmensführung/Corporate-Governance-Bericht). Im Geschäftsjahr 2014 fanden zehn Sitzungen des Prüfungsausschusses statt.

Die derzeitigen Mitglieder des Prüfungsausschusses sind John Cryan (Vorsitzender), Dr. Paul Achleitner, Henriette Mark, Gabriele Platscher, Bernd Rose und Prof. Dr. Klaus Rüdiger Trützschler.

Risikoausschuss: Der Risikoausschuss berät den Aufsichtsrat insbesondere zur aktuellen und zur künftigen Gesamtrisikobereitschaft und -strategie und unterstützt ihn bei der Überwachung der Umsetzung dieser Strategie durch die obere Leitungsebene. Der Risikoausschuss wacht darüber, dass die Konditionen im Kundengeschäft mit dem Geschäftsmodell und der Risikostruktur der Bank im Einklang stehen. Soweit dies nicht der Fall ist, verlangt der Risikoausschuss vom Vorstand Vorschläge, wie die Konditionen im Kundengeschäft in Übereinstimmung mit dem Geschäftsmodell und der Risikostruktur ausgestaltet werden können, und überwacht deren Umsetzung. Der Risikoausschuss prüft, ob die durch das Vergütungssystem gesetzten Anreize die Risiko-, Kapital- und Liquiditätsstruktur der Bank sowie die Wahrscheinlichkeit und Fälligkeit von Einnahmen berücksichtigen. Darüber hinaus nimmt der Risikoausschuss alle ihm durch Gesetz oder Aufsichtsbehörden zugewiesenen Aufgaben wahr. Er ist zuständig für die Behandlung von Krediten, die gemäß Gesetz oder unserer Satzung eines Beschlusses des Aufsichtsrats bedürfen. Er gibt nach Prüfung seine Zustimmung zum Erwerb von Beteiligungen an anderen Unternehmen in Höhe von 2 % bis zu 3 % unseres haftenden Eigenkapitals, wenn es sich um eine Beteiligung handelt, die voraussichtlich nicht länger als zwölf Monate im vollen oder teilweisen Besitz der Bank verbleiben soll. In seinen Sitzungen berichtet der Vorstand über Kredit-, Markt-, Liquiditäts-, operationelle sowie Rechts- und Reputationsrisiken. Dem Ausschuss wird ferner über die Risikostrategie, Kreditportfolios, Kredite, die nach Gesetz oder Satzung eines Aufsichtsratsbeschlusses bedürfen, Fragen der Kapitalausstattung und Angelegenheiten, die nach den damit verbundenen Risiken von besonderer Bedeutung sind, berichtet (zur Offenlegung der Risikomanagementziele und -politik der einzelnen Risikokategorien siehe auch Risikobericht ab Seite 62 im Finanzbericht). Der Vorsitzende des Risikoausschusses ist berechtigt, im Zusammenhang mit seiner Tätigkeit unmittelbar Auskünfte vom Vorstand, vom Leiter der Internen Revision und vom Leiter des Risikocontrollings sowie – mit vorheriger Zustimmung des Vorstands – von leitenden Angestellten der Bank, die dem Vorstand unmittelbar berichten, einzuholen. Im Geschäftsjahr 2014 fanden sieben Sitzungen des Risikoausschusses statt.

Die derzeitigen Mitglieder des Risikoausschusses sind Dr. Paul Achleitner (Vorsitzender bis 28. Januar 2015), Dina Dublon (Vorsitzende seit 28. Januar 2015), John Cryan, Suzanne Labarge (bis 30. Juni 2014), Louise Parent (seit 29. Juli 2014) und Rudolf Stockem.

Integritätsausschuss: Der Integritätsausschuss berät und überwacht den Vorstand fortlaufend im Hinblick darauf, ob die Geschäftsleitung einer wirtschaftlich tragfähigen, nachhaltigen Entwicklung des Unternehmens verpflichtet ist und unter Beachtung der Grundsätze guter und verantwortungsvoller Unternehmensleitung sowie unter Wahrnehmung der sozialen Verantwortung des Unternehmens und gleichzeitiger Schonung der natürlichen Ressourcen der Umwelt erfolgt (Environment Social Governance – ESG) und ob die Ausrichtung der betriebswirtschaftlichen Unternehmensführung an diesen Werten mit dem Ziel einer ganzheitlichen Unternehmenskultur ausgerichtet ist. Der Integritätsausschuss behandelt insbesondere die folgenden Angelegenheiten: Er überwacht die Maßnahmen des Vorstands zur Sicherstellung der Einhaltung von Rechtsvorschriften, behördlichen Regelungen und der unternehmensinternen Richtlinien durch das Unternehmen. Er überprüft regelmäßig die Ethik- und Verhaltenskodizes der Bank, um ein vorbildliches Verhalten der Mitarbeiter des Unternehmens innerhalb und außerhalb des Unternehmens zu fördern, das nicht allein an der formalen Einhaltung von Rechtsvorschriften ausgerichtet ist. Er beobachtet und analysiert die für die Bank wesentlichen Rechts- und Reputationsrisiken und wirkt auf deren Vermeidung hin. Zu diesem Zweck berät er den Vorstand, wie auf die Bedeutung derartiger Risiken aufmerksam zu machen ist. Zur Vermeidung wesentlicher Rechts- und Reputationsrisiken überprüft er regelmäßig, ob das Risikomanagement als Grundlage für eine sachgerechte Wahrnehmung der Überwachungsaufgaben des Aufsichtsrates geeignet ist. Bei Bedarf bereitet er Entscheidungen des Aufsichtsrats vor, um eine angemessene Einbindung des Aufsichtsrats in das Risikomanagement der Bank sicherzustellen. Der Integritätsausschuss bereitet des Weiteren die Entscheidungen des Aufsichtsrats über die Verfolgung von Ersatzansprüchen oder die Ergreifung sonstiger Maßnahmen gegenüber amtierenden oder ehemaligen Mitgliedern des Vorstands vor. Im Geschäftsjahr 2014 fanden fünfzehn Sitzungen des Integritätsausschusses statt.

Die derzeitigen Mitglieder des Integritätsausschusses sind Georg Thoma (Vorsitzender), Dr. Paul Achleitner, Sabine Irrgang, Timo Heider, Martina Klee und Peter Löscher.

Vergütungskontrollausschuss: Der Ausschuss unterstützt den Aufsichtsrat bei der angemessenen Ausgestaltung der Vergütungssysteme für die Geschäftsleiter. Er überwacht die angemessene Ausgestaltung der Vergütungssysteme der Geschäftsleiter und Mitarbeiter und insbesondere die angemessene Ausgestaltung der Vergütungen für die Leiter der Risikocontrolling-Funktion und der Compliance-Funktion sowie solcher Mitarbeiter, die einen wesentlichen Einfluss auf das Gesamtrisikoprofil des Instituts haben. Er unterstützt den Aufsichtsrat bei der Überwachung der angemessenen Ausgestaltung der Vergütungssysteme für die Mitarbeiter des Unternehmens; die Auswirkungen der Vergütungssysteme auf das Risiko-, Kapital- und Liquiditätsmanagement sind durch ihn zu bewerten, wobei sicherzustellen ist, dass die Vergütungssysteme an der auf die nachhaltige Entwicklung der Bank gerichteten Geschäftsstrategie und an den daraus abgeleiteten Risikostrategien sowie an der Vergütungsstrategie auf Instituts- und Gruppenebene ausgerichtet sind. Der Vergütungskontrollausschuss bereitet die Beschlüsse des Aufsichtsrats über die Vergütung der Geschäftsleiter vor und berücksichtigt dabei besonders die Auswirkungen der Beschlüsse auf die Risiken und das Risikomanagement des Unternehmens; den langfristigen Interessen von Anteilseignern, Anlegern, sonstigen Beteiligten und dem öffentlichen Interesse ist Rechnung zu tragen. Er bereitet die Beschlüsse des Aufsichtsrats zur Festsetzung des Gesamtbetrags der variablen Vergütungen im Sinne des § 45 Abs. 2 Satz 1 Nummer 5a KWG unter Berücksichtigung des § 7 InstVV sowie zur Festlegung von angemessenen Vergütungsparametern, von Erfolgsbeiträgen, der Leistungs- und Zurückbehaltungszeiträume und der Voraussetzungen für einen vollständigen Verlust oder eine teilweise Reduzierung der variablen Vergütung vor und überprüft regelmäßig, mindestens jedoch jährlich, ob die beschlossenen Festlegungen noch angemessen sind. Ferner überprüft der Vergütungskontrollausschuss im Rahmen der Unterstützung des Aufsichtsrats bei der Überwachung der angemessenen Ausgestaltung der Vergütungssysteme für die Mitarbeiter insbesondere regelmäßig, mindestens jedoch jährlich, ob der Gesamtbetrag der variablen Vergütungen im Sinne des § 45 Abs. 2 Satz 1 Nummer 5a KWG unter Berücksichtigung des § 7 InstVV ermittelt ist und die festgelegten Grundsätze zur Bemessung von Vergütungsparametern, Erfolgsbeiträgen sowie Leistungs- und Zurückbehaltungszeiträumen

einschließlich der Voraussetzungen für einen vollständigen Verlust oder eine teilweise Reduzierung der variablen Vergütung angemessen sind. Des Weiteren unterstützt er den Aufsichtsrat bei der Überwachung der ordnungsgemäßen Einbeziehung der internen Kontroll- und aller sonstigen maßgeblichen Bereiche bei der Ausgestaltung der Vergütungssysteme. Im Geschäftsjahr 2014 fanden sieben Sitzungen des Vergütungskontrollausschusses statt.

Die derzeitigen Mitglieder des Vergütungskontrollausschusses sind Dr. Paul Achleitner (Vorsitzender), Frank Bsirske, Alfred Herling und Prof. Dr. Henning Kagermann.

Vermittlungsausschuss: Zusätzlich zu diesen sechs Ausschüssen unterbreitet der gesetzlich zu bildende Vermittlungsausschuss Personalvorschläge an den Aufsichtsrat, wenn für die Bestellung oder Abberufung von Vorstandsmitgliedern eine Zweidrittelmehrheit nicht erreicht wurde. Er tagt nur bei Bedarf. Im Geschäftsjahr 2014 fanden keine Sitzungen des Vermittlungsausschusses statt.

Die derzeitigen Mitglieder des Vermittlungsausschusses sind Dr. Paul Achleitner (Vorsitzender), Alfred Herling, Prof. Dr. Henning Kagermann und Stephan Szukalski.

Weitere Details zum Präsidialausschuss, Nominierungsausschuss, Prüfungsausschuss, Risikoausschuss, Integritätsausschuss und Vergütungskontrollausschuss sind in Geschäftsordnungen geregelt, die wie die Geschäftsordnung für den Aufsichtsrat in der jeweils aktuellen Fassung auf der Website der Deutschen Bank (www.deutsche-bank.de/corporate-governance) veröffentlicht sind.

Aktienprogramme

Informationen zu unseren aktienbasierten Vergütungsplänen sind in Anhangangabe 35 „Leistungen an Arbeitnehmer“ des Konzernabschlusses enthalten.

Rechnungslegung und Transparenz

Aktienbesitz von Vorstands- und Aufsichtsratsmitgliedern

Vorstand. Zum Aktienbesitz des Vorstands verweisen wir auf den ausführlichen Vergütungsbericht, der im Lagebericht abgedruckt ist.

Aufsichtsrat. Der individuelle Aktienbesitz (einschließlich Aktienanwartschaften gemäß unseren Aktienvergütungsprogrammen) der Mitglieder des Aufsichtsrats setzt sich wie folgt zusammen:

Mitglieder des Aufsichtsrats	Anzahl der Aktien	Anzahl Ansprüche auf Aktien
Dr. Paul Achleitner	0	0
Frank Bsirske	0	0
John Cryan	0	0
Dina Dublon	0	0
Katherine Garrett-Cox	0	0
Timo Heider	0	0
Alfred Herling	1.499	10
Sabine Irrgang	707	10
Professor Dr. Henning Kagermann	0	0
Martina Klee	1.099	0
Peter Löscher	0	0
Henriette Mark	960	10
Louise Parent	0	0
Gabriele Platscher	1.018	4
Bernd Rose	0	0
Rudolf Stockem	0	0
Stephan Szukalski	0	0
Dr. Johannes Teyssen	0	0
Georg Thoma	2.250	0
Professor Dr. Klaus Rüdiger Trützschler	2.950	0
Insgesamt	10.483	34

Die Mitglieder des Aufsichtsrats halten 10.483 Aktien, was weniger als 0,01 % der am 23. Februar 2015 ausgegebenen Aktien entspricht.

Die Spalte „Anzahl Ansprüche auf Aktien“ in der Tabelle zeigt diejenigen Aktienansprüche der Aufsichtsratsmitglieder, die Mitarbeiter der Deutschen Bank sind, die im Rahmen des Global Share Purchase Plan Gratisaktien („Matching Awards“) erhalten haben, die ihnen am 1. November 2015 zugeteilt werden.

Wie im Abschnitt „Lagebericht: Vergütungsbericht: Grundzüge des Vergütungssystems für die Mitglieder des Aufsichtsrats“ beschrieben, wird ein Viertel der Vergütung, die ein Aufsichtsratsmitglied für seine Tätigkeit erhält, im Februar eines jeweiligen Folgejahres grundsätzlich nicht in Geld ausgezahlt, sondern in virtuelle Aktien der Deutschen Bank umgewandelt. Der Kurswert dieser Zahl von Aktien wird jedem Aufsichtsratsmitglied im Februar des auf sein Ausscheiden aus dem Aufsichtsrat beziehungsweise auf das Ablaufen einer Bestellungsperiode folgenden Jahres vergütet. Als Grundlage für die Bewertung dient der Börsenkurs der Deutsche Bank-Aktie in zeitlicher Nähe vor dem Auszahlungstag. Die Tabelle im vorgenannten Abschnitt zeigt die Anzahl der virtuellen Aktien, die den Mitgliedern des Aufsichtsrats im Februar 2015 als Vergütung für das Geschäftsjahr 2014 gewährt wurde.

Geschäfte mit nahestehenden Dritten

Informationen zu Geschäften mit nahestehenden Dritten sind in Anhangangabe 38 „Geschäfte mit nahestehenden Dritten“ enthalten.

Wirtschaftsprüfung und Controlling

Finanzexperten des Prüfungsausschusses

Der Aufsichtsrat hat die folgenden Mitglieder des Prüfungsausschusses zu „Finanzexperten des Prüfungsausschusses“ gemäß der Begriffsdefinition in Section 407 der Ausführungsbestimmungen der Securities and Exchange Commission zum Sarbanes-Oxley Act 2002 benannt: Dr. Paul Achleitner, John Cryan und Prof. Dr. Klaus Rüdiger Trützschler. Die genannten Finanzexperten des Prüfungsausschusses sind entsprechend der Rule 10A-3 des US-amerikanischen Börsengesetzes (Securities Exchange Act) von 1934 und § 100 Absatz 5 AktG von der Bank „unabhängig“. Entsprechend §§ 107 Absatz 4, 100 Absatz 5 AktG sowie § 25d Absatz 9 KWG verfügen sie über Sachverstand auf den Gebieten Rechnungslegung und Abschlussprüfung.

Vergütungsexperten des Vergütungskontrollausschusses

Gemäß § 25d Absatz 12 KWG muss seit 1. Januar 2014 zudem mindestens ein Mitglied des Vergütungskontrollausschusses über ausreichend Sachverstand und Berufserfahrung im Bereich Risikomanagement und Risikocontrolling verfügen, insbesondere im Hinblick auf Mechanismen zur Ausrichtung der Vergütungssysteme an der Gesamtrisikobereitschaft und -strategie und an der Eigenmittelausstattung der Bank. Der Aufsichtsrat hat die folgenden Mitglieder des Vergütungskontrollausschusses zu „Vergütungsexperten des Vergütungskontrollausschusses“ benannt: Dr. Paul Achleitner und Prof. Dr. Henning Kagermann. Sie erfüllen die Anforderungen gemäß § 25d Absatz 12 KWG und verfügen demnach über Sachverstand und Berufserfahrung im Bereich Risikomanagement und Risikocontrolling. Zu weiteren Informationen zu ihrer Erfahrung in diesem Bereich verweisen wir auf das Kapitel „Lagebericht: Erklärung zur Unternehmensführung/Corporate Governance-Bericht: Vorstand und Aufsichtsrat: Aufsichtsrat“ auf den Seiten 556 bis 560 des Finanzberichts.

Verhaltens- und Ethikkodex

Der Verhaltens- und Ethikkodex für die Deutsche Bank legt die Werte und Mindeststandards für das Verhalten aller Mitarbeiter untereinander sowie gegenüber Kunden, Wettbewerbern, Geschäftspartnern, Behörden und Aktionären fest und enthält eine Selbstverpflichtung von Vorstand und Group Executive Commitee. Der Kodex orientiert sich dabei an unseren Werten und Überzeugungen. Er bildet auch die Basis für unsere Richtlinien, welche die Umsetzung geltender Gesetze und Verordnungen erläutern.

Entsprechend Section 406 des Sarbanes-Oxley Act 2002 haben wir zudem einen Ethikkodex mit besonderen Verpflichtungen für „Senior Financial Officer“ verabschiedet. Derzeit sind dies bei der Deutschen Bank die Co-Vorsitzenden des Vorstands, der Chief Financial Officer und der Head of Group Reporting sowie die Mitglieder des Group Finance Committee. Im Berichtsjahr wurden keine Bestimmungen dieses Ethikkodex angepasst oder ausgeschlossen. Informationen zu einer künftigen Anpassung oder einem künftigen Ausschluss von Bestimmungen des Ethikkodex werden auf der nachstehend genannten Internet-Seite der Deutschen Bank im Abschnitt „Ethikkodex“ veröffentlicht.

Die Ethikkodizes für die Deutsche Bank sind auf der Website der Deutschen Bank in der jeweils aktuellen Fassung unter www.deutsche-bank.de/ir/de/content/ethikkodizes veröffentlicht.

Wesentliche Prüfungshonorare und -leistungen

Nach deutschem Recht wird der Abschlussprüfer von der Hauptversammlung auf Vorschlag des Aufsichtsrats gewählt. Der Prüfungsausschuss unseres Aufsichtsrats bereitet den Vorschlag des Aufsichtsrats für die Wahl des Abschlussprüfers vor. Nach der Wahl des Abschlussprüfers erteilt der Prüfungsausschuss das Mandat, genehmigt in eigener Verantwortung Bedingungen und Umfang der Abschlussprüfung sowie sämtliche Prüfungshonorare und überwacht die Unabhängigkeit des Abschlussprüfers. Die KPMG AG Wirtschaftsprüfungsgesellschaft wurde als unser Abschlussprüfer für die Jahre 2013 und 2014 gewählt.

Die unten stehende Tabelle zeigt die gesamten von unserem Abschlussprüfer abgerechneten Honorare für die letzten beiden Geschäftsjahre in den folgenden Kategorien: (1) Prüfungshonorare, das heißt Honorare im Zusammenhang mit der gesetzlichen Abschlussprüfung durch den Abschlussprüfer, in Verbindung mit satzungsmäßigen und aufsichtsrechtlichen Prüfungen, die in den betreffenden Geschäftsjahren in Rechnung gestellt wurden; (2) Honorare für prüfungsnahe Dienstleistungen, das heißt Honorare für Gutachten und zugehörige Dienstleistungen, die in engem Bezug zu der Durchführung der Abschlussprüfung stehen und nicht unter Prüfungshonorare ausgewiesen werden; (3) Honorare für Steuerberatung, das heißt Honorare für professionelle Dienstleistungen zur Sicherstellung der Einhaltung von Steuervorschriften, Steuerberatung und Steuerplanung; sowie (4) alle sonstigen Honorare für Produkte und Dienstleistungen, die nicht unter Prüfungshonorare, Honorare für prüfungsnahe Dienstleistungen und Steuerberatung fallen. In diesen Beträgen sind Aufwendungen eingeschlossen, Umsatzsteuer ist nicht eingeschlossen.

Kategorie in Mio €	2014	2013
Prüfungshonorare	54	55
Honorare für prüfungsnahe Dienstleistungen	14	16
Honorare für Steuerberatung	8	8
Sonstige Honorare	2	0
Summe der Honorare	**78**	79

Die Prüfungshonorare beinhalten nicht die Prüfungshonorare für die Postbank und deren konsolidierte Gesellschaften, die derzeit nicht von der KPMG geprüft werden. Der Rückgang der Prüfungshonorare ist vorrangig auf zusätzliche Kosten für eine außerordentliche Hauptversammlung im Jahre 2013 zurückzuführen. Die Honorare für prüfungsnahe Dienstleistungen enthielten Honorare für Beratungsleistungen, Due-Diligence-bezogene Leistungen im Zusammenhang mit aktuellen oder geplanten Zukäufen und Verkäufen, Gutachtertätigkeiten und sonstige vereinbarte Dienstleistungen. Die Honorare für Steuerberatung inklusive Dienstleistungshonoraren enthielten Honorare für Beratungs- und Unterstützungsleistungen bei der Erstellung der Steuererklärung sowie für Beratungsleistungen im Zusammenhang mit der Erarbeitung von Strategien und Initiativen für die konzernweite Steuerplanung unter Beachtung der jeweiligen steuerlichen Regelungen. Die sonstigen Honorare umfassten projektbezogene Beratungsleistungen.

US-amerikanische Gesetze und Vorschriften sowie unsere eigenen Richtlinien sehen generell vor, dass jede Beauftragung unseres Abschlussprüfers vorab durch unseren Prüfungsausschuss oder gemäß den von diesem verabschiedeten Richtlinien und Weisungen genehmigt wird. Für prüfungsfremde Dienstleistungen unseres Abschlussprüfers hat unser Prüfungsausschuss folgende Richtlinien und Weisungen festgelegt: Anfragen zur Beauftragung müssen in erster Instanz unserem Group Finance Committee vorgelegt werden, das sich aus unserem Chief Financial Officer und leitenden Mitarbeitern unserer Finance- und Steuerabteilungen zusammensetzt. Bezieht sich eine Anfrage auf Dienstleistungen, welche die Unabhängigkeit unseres Abschlussprüfers gefährden würden, muss diese abgelehnt werden. Für bestimmte zulässige Gutachter- und Finanzberatungsleistungen sowie Steuerberatungsleistungen hat der Prüfungsausschuss eine Vorabgenehmigung erteilt, soweit die erwarteten Honorare für die einzelnen Leistungen 1 Mio € nicht übersteigen. Entsprechende Anfragen kann das Group Finance Committee genehmigen, hat darüber aber regelmäßig dem Prüfungsausschuss zu berichten. Betrifft eine Anfrage zur Beauftragung weder unzulässige noch vorab genehmigte prüfungsfremde Dienstleistungen, muss sie vom Group Finance Committee zur Prüfung an den Prüfungsausschuss weitergeleitet werden. Um die Prüfung von Anfragen zur Beauftragung zwischen den Ausschusssitzungen zu erleichtern, hat der Prüfungsausschuss zudem die Genehmigungskompetenz an mehrere seiner Mitglieder delegiert, die gemäß Definition der Securities and Exchange Commission und der New York Stock Exchange „unabhängig“ sind. Diese Mitglieder berichten dem Prüfungsausschuss über jede von ihnen erteilte Genehmigung in der jeweils nächsten Sitzung.

Darüber hinaus kann nach den geltenden US-amerikanischen Gesetzen und Vorschriften für die Beauftragung von prüfungsfremden Dienstleistungen, die insgesamt nicht mehr als 5 % der an unseren Abschlussprüfer bezahlten Honorare ausmachen, auf die Notwendigkeit der Vorabgenehmigung verzichtet werden, wenn der entsprechende Auftrag von uns zum Zeitpunkt der Beauftragung nicht berücksichtigt und unverzüglich dem Prüfungsausschuss oder einem dafür zuständigen Ausschussmitglied gemeldet sowie vor Abschluss der Prüfung genehmigt wurde. In den Geschäftsjahren 2013 und 2014 lag der Prozentsatz der an unseren Abschlussprüfer gezahlten Honorare, die durch Nichtprüfungsleistungen in den einzelnen Kategorien anfielen und für die auf eine Vorabgenehmigung verzichtet werden konnte, unter 5 %.

Einhaltung des Deutschen Corporate Governance Kodex

Erklärung gemäß § 161 des Aktiengesetzes (Entsprechenserklärung 2014)

Die Entsprechenserklärung nach § 161 AktG, die Aufsichtsrat und Vorstand zuletzt am 29. Oktober 2013 abgegeben hatten, wurde in der Aufsichtsratssitzung am 29. Oktober 2014 erneuert. Vorstand und Aufsichtsrat erklären gemäß § 161 Aktiengesetz:

1. Die letzte Entsprechenserklärung erfolgte am 29. Oktober 2013. Seit diesem Zeitpunkt hat die Deutsche Bank AG den Empfehlungen der „Regierungskommission Deutscher Corporate Governance Kodex“ in der Kodexfassung vom 13. Mai 2013, veröffentlicht im Bundesanzeiger am 10. Juni 2013, mit den folgenden Ausnahmen entsprochen:

– Hinsichtlich Ziffer 5.3.3, wonach der Aufsichtsrat einen Nominierungsausschuss zu bilden hat, der ausschließlich mit Vertretern der Anteilseigner besetzt ist. Aufgrund der Vorgaben von § 25 d KWG hat die Deutsche Bank AG nicht umfassend den Empfehlungen in Ziffer 5.3.3 entsprochen. § 25 d KWG schreibt vor, dass der Nominierungsausschuss des Aufsichtsrats der Deutsche Bank AG weitere Aufgaben übernehmen muss, die nicht nur von den Anteilseignervertretern im Aufsichtsrat wahrgenommen werden sollten. Daher ist der Nominierungsausschuss auch mit Vertretern der Arbeitnehmer besetzt. Es wird jedoch sichergestellt, dass die Wahlvorschläge an die Hauptversammlung nur durch die Anteilseignervertreter im Ausschuss bestimmt werden.

– Hinsichtlich Ziffer 4.2.3 Abs. 3, wonach der Aufsichtsrat bei Versorgungszusagen das jeweils angestrebte Versorgungsniveau – auch nach der Dauer der Vorstandszugehörigkeit – festlegen und den daraus abgeleiteten jährlichen sowie langfristigen Aufwand für das Unternehmen berücksichtigen soll. Für die Vorstandsmitglieder der Deutsche Bank AG galt bislang eine beitragsorientierte Zusage, deren jährlichen Versorgungsbeiträge auf einer von der jeweiligen Höhe der fixen und variablen Vergütung abhängigen Bemessungsgrundlage ermittelt wurden. Hierdurch variierte die Höhe der jährlichen Beiträge und eine Definition des angestrebten Versorgungsniveaus war weder möglich noch intendiert. Die Deutsche Bank AG hat rückwirkend zum 1. Januar 2014 die Versorgungszusagen dergestalt verändert, dass die jährlichen Beiträge als Festbeiträge gewährt werden, die nicht mehr von der Vergütungshöhe abhängig sind. Dies ermöglicht nunmehr – unter Annahme bestimmter Zusagezeiträume - die Bestimmung und den Ausweis des mit der Zusage angestrebten Versorgungsniveaus. Wir meinen, deshalb von Ziffer 4.2.3 Abs. 3 nur bis zu der rückwirkend zum 1. Januar 2014 vorgenommenen Neuregelung abgewichen zu sein und ab diesem Zeitpunkt der Empfehlung entsprochen zu haben, weil nach Maßgabe der nunmehr getroffenen individuellen Vereinbarungen eine Versorgungsleistung zu einem angenommenen Ausscheidenszeitpunkt bestimmt werden kann.

2. Der Kodex empfiehlt in Ziffer 4.2.3 Abs. 2 Satz 6, dass die Vergütung der Vorstandsmitglieder insgesamt und hinsichtlich ihrer variablen Vergütungsteile betragsmäßige Höchstgrenzen aufweisen soll. Die bestehenden Anstellungsverträge (in Verbindung mit den Aktienplanbedingungen) der Vorstandsmitglieder sehen eine betragsmäßige Höchstgrenze für die Gewährung der Vergütung insgesamt und ihrer variablen Vergütungsteile vor. Es wird in diesem Kontext auch die Auffassung vertreten, dass die Höchstgrenzen sich nicht ausschließlich auf die Gewährung und Zuteilung der Vergütungskomponenten, sondern auch auf den späteren Zufluss derselben beziehen müsse. Obwohl die Deutsche Bank AG diese Ansicht für nicht überzeugend erachtet, erklären wir dennoch rein vorsorglich, dass eine betragsmäßige Höchstgrenze für den Zufluss der zeitlich hinausgeschobenen aktienbasierten Vergütungsbestandteile nicht festgelegt worden ist und deshalb die Deutsche Bank AG der Empfehlung in Ziffer 4.2.3 Abs. 2 Satz 6 in dieser Ausprägung nicht entsprochen hat.

3. Die „Regierungskommission Deutscher Corporate Governance Kodex“ legte am 24. Juni 2014 eine neue Kodexfassung vor, die am 30. September 2014 im Bundesanzeiger veröffentlicht wurde. Die Änderungen dienen ausschließlich einer Präzisierung der Erläuterungen zu den Mustertabellen für die Vorstandsvergütung 2014. Die Deutsche Bank AG hat somit auch der neuen Fassung mit den vorstehend erklärten Ausnahmen entsprochen und entspricht ab dem heutigen Tag dieser Kodexfassung mit den folgenden Ausnahmen:

– Hinsichtlich Ziffer 5.3.3 mit der unter 1., erster Spiegelstrich genannten Begründung.

– Hinsichtlich Ziffer 4.2.3 Abs. 2 Satz 6 mit der unter 2. genannten Begründung.

Stellungnahme zu den Anregungen des Deutschen Corporate Governance Kodex

Die Bank entspricht freiwillig den Anregungen des Kodex in der Fassung vom 24. Juni 2014 mit folgenden Ausnahmen:

– Die von der Bank benannten Stimmrechtsvertreter sind für Teilnehmer der Hauptversammlung bis zur Abstimmung erreichbar. Aktionäre, die den Stimmrechtsvertretern schon zuvor Vollmacht erteilt haben, erreichen diese am Tag der Hauptversammlung bis 12.00 Uhr über das Weisungstool im Internet (Kodex-Ziffer 2.3.2). So kann das Risiko aus etwaigen technischen Störungen unmittelbar vor der Abstimmung weitgehend ausgeschlossen werden. Zudem endet auch die Übertragung der Hauptversammlung im Internet spätestens zu diesem Zeitpunkt, so dass für die Meinungsbildung der nur über Stimmrechtsvertreter teilnehmenden Aktionäre keine verwertbaren Informationen nach diesem Zeitpunkt mehr zu erwarten sind.

– Die Übertragung der Hauptversammlung im Internet (Kodex-Ziffer 2.3.3) erfolgt für die Eröffnung durch den Versammlungsleiter und den Bericht des Vorstands. Die Aktionäre haben so die Möglichkeit, unbelastet von einer weitgehend öffentlichen Übertragung mit der Verwaltung zu diskutieren.

5

Ergänzende Informationen

570 Vorstand
571 Aufsichtsrat
573 Advisory Boards
574 Der Konzern im Fünfjahresvergleich
575 Patronatserklärung
576 Impressum / Publikationen

Vorstand

Jürgen Fitschen
Co-Vorsitzender

Anshuman Jain
Co-Vorsitzender

Stefan Krause

Dr. Stephan Leithner

Stuart Wilson Lewis

Rainer Neske

Henry Ritchotte

Christian Sewing
(seit 1. Januar 2015)

Aufsichtsrat

Dr. Paul Achleitner
– Vorsitzender
München

Alfred Herling*
– Stellvertretender Vorsitzender
Deutsche Bank AG,
Wuppertal

Frank Bsirske*
Vorsitzender der ver.di – Vereinte Dienstleistungsgewerkschaft,
Berlin

John Cryan
Präsident Europa, Leiter Afrika, Portfoliostrategie und Kreditportfolio der Temasek International Pte, Ltd.
bis 31. Juli 2014,
London

Dina Dublon
New York

Katherine Garrett-Cox
Chief Executive Officer
Alliance Trust Plc,
Brechin, Angus

Timo Heider*
BHW Bausparkasse AG,
Emmerthal

Sabine Irrgang*
Deutsche Bank AG,
Mannheim

Prof. Dr. Henning Kagermann
Präsident acatech – Deutsche Akademie der Technikwissenschaften,
Königs Wusterhausen

Martina Klee*
Deutsche Bank AG,
Frankfurt am Main

Suzanne Labarge
bis 30. Juni 2014
Oakville

Peter Löscher
Chief Executive Officer
Renova Management AG,
München

Henriette Mark*
Deutsche Bank AG,
München

Louise Parent
seit 1. Juli 2014
Rechtsanwältin (Of Counsel), Cleary Gottlieb Steen & Hamilton LLP,
New York

Gabriele Platscher*
Deutsche Bank Privat- und Geschäftskunden AG,
Braunschweig

Bernd Rose*
Postbank GBR Filialbetrieb AG und Postbank Filial GmbH,
Menden

Rudolf Stockem*
Gewerkschaftssekretär der ver.di – Vereinte Dienstleistungsgewerkschaft,
Aachen

Stephan Szukalski*
Deutsche Postbank AG,
Frankfurt am Main

Dr. Johannes Teyssen
Vorsitzender des Vorstands
E.ON SE,
Düsseldorf

Georg Thoma
Rechtsanwalt (Of Counsel) (bis 31. Dezember 2014 Partner), Shearman & Sterling LLP
Neuss

Prof. Dr. Klaus Rüdiger Trützschler
Essen

* Von den Arbeitnehmern in Deutschland gewählt.

Aufsichtsratsausschüsse

Präsidialausschuss
Dr. Paul Achleitner
– Vorsitzender

Frank Bsirske*

Alfred Herling*

Prof. Dr. Henning Kagermann

Vermittlungsausschuss
Dr. Paul Achleitner
– Vorsitzender

Alfred Herling*

Prof. Dr. Henning Kagermann

Stephan Szukalski*

Prüfungsausschuss
John Cryan
– Vorsitzender

Dr. Paul Achleitner

Henriette Mark*

Gabriele Platscher*

Bernd Rose*

Prof. Dr. Klaus Rüdiger Trützschler

Risikoausschuss
Dina Dublon
– Vorsitzende ab 28. Januar 2015

Dr. Paul Achleitner
(Vorsitzender bis 28. Januar 2015)

John Cryan

Suzanne Labarge
bis 30. Juni 2014

Louise Parent
seit 1. Juli 2014

Rudolf Stockem*

Nominierungsausschuss
Dr. Paul Achleitner
– Vorsitzender

Frank Bsirske*

Alfred Herling*

Prof. Dr. Henning Kagermann

Dr. Johannes Teyssen

Integritätsausschuss
Georg Thoma
– Vorsitzender

Dr. Paul Achleitner

Timo Heider*

Sabine Irrgang*

Martina Klee*

Peter Löscher

Vergütungskontrollausschuss
Dr. Paul Achleitner
– Vorsitzender

Frank Bsirske*

Alfred Herling*

Prof. Dr. Henning Kagermann

* Von den Arbeitnehmern in Deutschland gewählt.

Advisory Boards

Die Advisory Boards finden Sie auf der Website der Deutschen Bank unter www.deutsche-bank.de/beraterkreise.

Der Konzern im Fünfjahresvergleich

Bilanz in Mio €	31.12.2014	31.12.2013	31.12.2012	31.12.2011	31.12.2010
Bilanzsumme	1.708.703	1.611.400	2.022.275	2.164.103	1.905.630
Forderungen aus dem Kreditgeschäft	405.612	376.582	397.377	412.514	407.729
Summe der Verbindlichkeiten[1]	1.635.481	1.566.434	1.968.035	2.109.443	1.855.262
Den Deutsche Bank-Aktionären zurechenbares Eigenkapital[1]	68.351	54.719	54.001	53.390	48.819
Anteile ohne beherrschenden Einfluss	253	247	239	1.270	1.549
Tier-1-Kapital[2]	63.898	50.717	50.483	49.047	42.565
Aufsichtsrechtliches Eigenkapital insgesamt[2]	68.293	55.464	57.015	55.226	48.688

Gewinn -und Verlustrechnung in Mio €	**2014**	2013	2012	2011	2010
Zinsüberschuss	14.272	14.834	15.975	17.445	15.583
Risikovorsorge im Kreditgeschäft	1.134	2.065	1.721	1.839	1.274
Provisionsüberschuss[3]	12.409	12.308	11.809	11.878	10.669
Ergebnis aus zum beizulegenden Zeitwert bewerteten finanziellen Vermögenswerten/Verpflichtungen[3]	4.299	3.817	5.608	2.724	3.354
Sonstige zinsunabhängige Erträge	969	956	344	1.181	−1.039
Zinsunabhängige Erträge insgesamt	**17.677**	17.082	17.761	15.783	12.984
Personalaufwand	12.512	12.329	13.490	13.135	12.671
Sachaufwand und sonstiger Aufwand	14.654	15.126	15.017	12.657	10.133
Aufwendungen im Versicherungsgeschäft	289	460	414	207	485
Wertminderung auf immaterielle Vermögenswerte	111	79	1.886	0	29
Restrukturierungsaufwand	133	399	394	0	0
Zinsunabhängige Aufwendungen insgesamt	**27.699**	28.394	31.201	25.999	23.318
Ergebnis vor Steuern	**3.116**	1.456	814	5.390	3.975
Ertragsteueraufwand	1.425	775	498	1.064	1.645
Jahresüberschuss	**1.691**	681	316	4.326	2.330
Den Anteilen ohne beherrschenden Einfluss zurechenbares Konzernergebnis	28	15	53	194	20
Den Deutsche Bank-Aktionären zurechenbares Konzernergebnis	1.663	666	263	4.132	2.310

Kennziffern	**2014**	2013	2012	2011	2010
Ergebnis je Aktie (unverwässert)[4]	€ 1,34	€ 0,64	€ 0,27	€ 4,25	€ 2,93
Ergebnis je Aktie (verwässert)[4]	€ 1,31	€ 0,62	€ 0,26	€ 4,11	€ 2,80
Dividendenzahlung je Aktie, gezahlt in der Periode	€ 0,75	€ 0,75	€ 0,75	€ 0,75	€ 0,75
Eigenkapitalrendite nach Steuern (basierend auf dem durchschnittlichen Eigenkapital)	2,7 %	1,2 %	0,5 %	8,2 %	5,5 %
Eigenkapitalrendite vor Steuern (basierend auf dem durchschnittlichen Eigenkapital)	5,0 %	2,6 %	1,3 %	10,2 %	9,5 %
Aufwand-Ertrag-Relation	86,7 %	89,0 %	92,5 %	78,2 %	81,6 %
Tier-1-Kernkapitalquote[2]	15,2 %	12,8 %	11,4 %	9,5 %	8,7 %
Tier-1-Kapitalquote[2]	16,1 %	16,9 %	15,1 %	12,9 %	12,3 %
Aufsichtsrechtliche Eigenkapitalquote insgesamt[2]	17,2 %	18,5 %	17,1 %	14,5 %	14,1 %
Mitarbeiter (in Vollzeitkräfte umgerechnet)[5]	98.138	98.254	98.219	100.996	102.062

[1] Die erstmalige Bilanzierung des Unternehmenserwerbs von ABN AMRO, die am 31. März 2011 abgeschlossen wurde, führte zu einer rückwirkenden Reduzierung der Gewinnrücklagen in Höhe von 24 Mio € zum 31. Dezember 2010.
[2] Werte für 2014 basieren auf den Übergangsregeln des CRR/CRD 4-Regelwerks. Werte für 2013, 2012 und 2011 basieren auf Basel 2.5. Werte für 2010 basieren auf Basel 2. Die Kapitalquoten setzen das jeweilige Kapital in Beziehung zu den risikogewichteten Aktiva. Bis 2013 sind keine Übergangsposten gemäß dem früheren § 64h Absatz 3 KWG enthalten.
[3] Vorjahreswerte wurden angepasst. Hierzu verweisen wir auf die Anhangangabe 1 „Wesentliche Rechnungslegungsgrundsätze und -einschätzungen“ in diesem Bericht.
[4] Die Anzahl der durchschnittlich ausstehenden Aktien (unverwässert und verwässert) wurde rückwirkend angepasst, um den Effekt der Bonuskomponente von Bezugsrechten, die im Rahmen der Kapitalerhöhungen im Juni 2014 und Oktober 2010 ausgegeben wurden, zu berücksichtigen.
[5] Die Deutsche Postbank passte die Berechnung der Mitarbeiter auf Basis von Vollzeitkräften per 31. Dezember 2011 an die der Deutschen Bank an. Dies führte zu einer Reduktion um 260 Vollzeitkräfte für den Konzern (vorherige Perioden wurden nicht angepasst).

Patronatserklärung

Die Deutsche Bank AG trägt für die folgenden Gesellschaften, abgesehen vom Fall des politischen Risikos, dafür Sorge, dass sie ihre vertraglichen Verbindlichkeiten erfüllen können

DB Investments (GB) Limited, London

Deutsche Asset & Wealth Management International GmbH, Frankfurt am Main

Deutsche Asset & Wealth Management Investment GmbH, Frankfurt am Main

Deutsche Australia Limited, Sydney

DEUTSCHE BANK A.Ş., Istanbul

Deutsche Bank Americas Holding Corp., Wilmington

Deutsche Bank (China) Co., Ltd., Peking

Deutsche Bank Europe GmbH, Frankfurt am Main

Deutsche Bank Luxembourg S.A., Luxemburg

Deutsche Bank (Malaysia) Berhad, Kuala Lumpur

Deutsche Bank Polska Spólka Akcyjna, Warschau

Deutsche Bank Privat- und Geschäftskunden AG, Frankfurt am Main

Deutsche Bank S.A., Buenos Aires

Deutsche Bank S.A. – Banco Alemão, São Paulo

Deutsche Bank, Sociedad Anónima Española, Madrid

Deutsche Bank Società per Azioni, Mailand

Deutsche Bank (Suisse) SA, Genf

Deutsche Bank Trust Company Americas, New York

Deutsche Futures Singapore Pte Ltd, Singapur

Deutsche Holdings (Malta) Ltd., St. Julians

Deutsche Immobilien Leasing GmbH, Düsseldorf

Deutsche Morgan Grenfell Group Public Limited Company, London

Deutsche Postbank AG, Bonn

Deutsche Securities Asia Limited, Hongkong

Deutsche Securities Limited, Hongkong

DWS Holding & Service GmbH, Frankfurt am Main

DWS Investment S.A., Luxemburg

norisbank GmbH, Berlin

Public joint-stock company „Deutsche Bank DBU“, Kiew

OOO „Deutsche Bank“, Moskau

Sal. Oppenheim jr. & Cie. AG & Co. KGaA, Köln

Impressum / Publikationen

Deutsche Bank Aktiengesellschaft
Taunusanlage 12
60262 Frankfurt am Main
Telefon: (0 69) 9 10 00
deutsche.bank@db.com

Aktionärshotline:
(08 00) 9 10 80 00

Hauptversammlungshotline:
(08 00) 1 00 47 98

Investor Relations:
(0 69) 9 10 3 80 80
db.ir@db.com

Publikationen zum Jahresabschluss

Bitte beachten Sie, dass der Geschäftsbericht des Deutsche Bank-Konzerns aus zwei separaten Teilen, dem Jahresbericht 2014 und dem Finanzbericht 2014, besteht.

- Jahresbericht 2014
  (in Deutsch und Englisch)
- Finanzbericht 2014
  (in Deutsch und Englisch)
- Unternehmerische Verantwortung Bericht 2014
  (in Deutsch und Englisch)
- Jahresabschluss und Lagebericht der Deutschen Bank AG 2014
  (in Deutsch und Englisch)
- Verzeichnis der Beiratsmitglieder
  (in Deutsch)

Bestellmöglichkeiten:
E-Mail – Internet
service-center@bertelsmann.de
www.deutsche-bank.de/14

Fax
(0 18 05) 07 08 08

Telefon
(08 00) 5 55 55 94

postalisch
arvato logistics services
Bestellservice Deutsche Bank
Gottlieb-Daimler-Straße 1
D-33428 Harsewinkel

Online
Alle Publikationen zum Jahresabschluss sind abrufbar unter:
www.deutsche-bank.de/14

Veröffentlichung
Veröffentlicht am 20. März 2015.

Hinweis in Bezug auf zukunftsgerichtete Aussagen

Dieser Bericht enthält zukunftsgerichtete Aussagen. Zukunftsgerichtete Aussagen sind Aussagen, die nicht Tatsachen der Vergangenheit beschreiben. Sie umfassen auch Aussagen über unsere Annahmen und Erwartungen. Diese Aussagen beruhen auf Planungen, Schätzungen und Prognosen, die der Geschäftsleitung der Deutschen Bank derzeit zur Verfügung stehen. Zukunftsgerichtete Aussagen gelten deshalb nur an dem Tag, an dem sie gemacht werden. Wir übernehmen keine Verpflichtung, solche Aussagen angesichts neuer Informationen oder künftiger Ereignisse anzupassen.

Zukunftsgerichtete Aussagen beinhalten naturgemäß Risiken und Unsicherheitsfaktoren. Eine Vielzahl wichtiger Faktoren kann dazu beitragen, dass die tatsächlichen Ergebnisse erheblich von zukunftsgerichteten Aussagen abweichen. Solche Faktoren sind etwa die Verfassung der Finanzmärkte in Deutschland, Europa, den USA und andernorts, in denen wir einen erheblichen Teil unserer Erträge aus dem Wertpapierhandel erzielen und einen erheblichen Teil unserer Vermögenswerte halten, die Preisentwicklung von Vermögenswerten und die Entwicklung von Marktvolatilitäten, der mögliche Ausfall von Kreditnehmern oder Kontrahenten von Handelsgeschäften, die Umsetzung unserer strategischen Initiativen, die Verlässlichkeit unserer Grundsätze, Verfahren und Methoden zum Risikomanagement sowie andere Risiken, die in den von uns bei der US Securities and Exchange Commission (SEC) hinterlegten Unterlagen dargestellt sind. Diese Faktoren haben wir in unserem SEC-Bericht nach „Form 20-F“ vom 20. März 2015 unter der Überschrift „Risk Factors“ im Detail dargestellt. Kopien dieses Berichts sind auf Anfrage bei uns erhältlich oder unter www.deutsche-bank.com/ir verfügbar.

2015

Wichtige Termine

29. April 2015
Zwischenbericht zum 31. März 2015

21. Mai 2015
Hauptversammlung in der Festhalle
Frankfurt am Main (Messegelände)

22. Mai 2015
Dividendenzahlung

30. Juli 2015
Zwischenbericht zum 30. Juni 2015

28. Oktober 2015
Zwischenbericht zum 30. September 2015

2016

Wichtige Termine

28. Januar 2016
Vorläufiges Jahresergebnis für das Geschäftsjahr 2015

15. März 2016
Geschäftsbericht 2015 und Form 20-F

28. April 2016
Zwischenbericht zum 31. März 2016

19. Mai 2016
Hauptversammlung in der Festhalle
Frankfurt am Main (Messegelände)

20. Mai 2016
Dividendenzahlung

28. Juli 2016
Zwischenbericht zum 30. Juni 2016

27. Oktober 2016
Zwischenbericht zum 30. September 2016

Jahresbericht 2014

- Printfassung
- PDF zum Download
- Online-Bericht unter www.deutsche-bank.de/14

Finanzbericht 2014

- Printfassung
- PDF zum Download
- Online-Bericht unter www.deutsche-bank.de/14

Unternehmerische Verantwortung – Bericht 2014

- Printfassung
- PDF zum Download
- Online-Bericht unter www.verantwortung.db.com/14

Personalbericht 2014

- PDF zum Download unter www.deutsche-bank.de/ir/berichte